REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

Landtag, Regierung und Gerichte 2006

Bericht des Landtages

Rechenschaftsbericht der Regierung an den Hohen Landtag

Berichte der Gerichte

Landesrechnung

2006

Landtag, Regierung und Gerichte 2006

Bericht des Landtages

Rechenschaftsbericht der Regierung an den Hohen Landtag

Berichte der Gerichte

Landesrechnung

INHALT

I. LANDTAG	Tätigkeitsbericht	9
	Finanzkontrolle	27
II. REGIERUNG		
Präsidium	Ressortbericht	31
Amtsstellen	Amt für Personal und Organisation	35
	Presse- und Informationsamt	47
	Ausländer- und Passamt	49
Stabsstellen	Regierungskanzlei	54
	Rechtsdienst der Regierung	57
	Stabsstelle EWR	60
	Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	62
	Stabsstelle öffenliches Auftragswesen	63
	Staatsanwaltschaft	64
Kommissionen	Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten	67
	Personalkommission	69
	Prüfungskommission für Rechtsanwälte	69
	Prüfungskommission für Treuhänder	69
	Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer	69
Stiftung	Pensionsversicherung für das Staatspersonal	70
Äusseres	Ressortbericht	71
Amtsstelle	Amt für Auswärtige Angelegenheiten	80
Stabsstelle	Stabsstelle Protokoll	91
Botschaften und	Liechtensteinische Botschaft in Bern	92
Vertretungen	Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone und beim Heiligen Stuhl	94
	Liechtensteinische Botschaft in Berlin	95
	Liechtensteinische Botschaft in Washington	97
	Liechtensteinische Botschaft in Wien	99
	Liechtensteinische Mission in Brüssel	101
	Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	101
	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York	104
	Ständige Mission in Genf	106
	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien	109
	Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	109
Stiftung	Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)	110
Inneres	Ressortbericht	115
Amtsstellen	Landespolizei	117
	Amt für Zivilschutz und Landesversorgung	122
	Zivilstandsamt	125
Kommissionen	Landesgrundverkehrskommission	127
	Regelungskommission	127
Bildungswesen	Ressortbericht	129
Amtsstellen	Schulamt	131
	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	143
Kommission	Schulzahnpflegekommission	150
Stiftungen	Hochschule Liechtenstein	151
	Kunstschule Liechtenstein	153
	Liechtensteinische Musikschule	154

Familie und Chancengleichheit	Ressortbericht	159
Amtsstelle	Kinder und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste)	160
Stabsstelle	Stabsstelle für Chancengleichheit	167
Kommissionen	Kommission für Chancengleichheit	170
	Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann	171
	Jugendrat	172
Kultur	Ressortbericht	173
Amtsstelle	Landesarchiv	174
Stabsstelle	Stabsstelle für Kulturfragen	178
Kommissionen	Kulturbeirat / Stiftung Pro Liechtenstein	181
	Denkmalschutzkommission	183
Stiftungen	Erwachsenenbildung Liechtenstein	184
	Kunstmuseum Liechtenstein	186
	Liechtensteinische Landesbibliothek	188
	Liechtensteinisches Landesmuseum	197
Sport	Ressortbericht	203
Dienststelle	Dienststelle für Sport	205
Kommission	Sportkommission	206
Finanzen	Ressortbericht	209
Amtsstellen	Steuerverwaltung	212
	Amt für Wohnungswesen	222
Stabsstellen	Stabsstelle Finanzen	223
	Stabsstelle Financial Intelligence Unit	223
Kommissionen	Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht	226
	Liechtensteinische Landessteuerkommission	226
Gesundheit	Ressortbericht	227
Amtsstellen	Amt für Gesundheitsdienste	231
	Amt für Volkswirtschaft (Sozialversicherungen)	233
	Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen	235
Kommissionen	Leistungskommission	239
	Kosten- und Qualitätskommission	240
	Sanitätskommission	240
	Kommission für Suchtfragen	240
	Weindegustationskommission	241
Stiftung	Liechtensteinisches Landesspital	241
Soziales	Ressortbericht	243
Amtsstelle	Amt für Soziale Dienste	244

INHALT

Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft	Ressortbericht	255
Amtsstellen	Landwirtschaftsamt	259
	Amt für Umweltschutz	265
	Amt für Wald, Natur und Landschaft	273
Stabsstelle	Stabsstelle für Landesplanung	280
Kommissionen	Beschwerdekommission für Bodenverbesserungen	281
	Kommission zur Beurteilung von Bau- und Planungsvorhaben (Art. 17ter Baugesetz)	281
	Bodenschutzkommission	282
	Fischereibeirat	282
	Kommission für die Durchführung der Fischereiprüfung	282
	Landestierzuchtkommission	282
Wirtschaft	Ressortbericht	283
Amtsstellen	Amt für Volkswirtschaft	286
	Amt für Zollwesen	297
Kommissionen	Akkreditierungsrat	301
	Einigungsamt	301
	Energiekommission	301
	Kommission für Energiemarktaufsicht	302
	Prüfungskommission für die Fachprüfung im Gastgewerbe	302
	Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraft-verkehrsunternehmens	302
	Prüfungskommission für Maurermeister- und Zimmermeisterprüfungen	303
	Kommission für Statistik	303
Verkehr und Kommunikation	Ressortbericht	305
Amtsstellen	Amt für Kommunikation	307
	Motorfahrzeugkontrolle	310
Kommissionen	Kommission für die Förderung des öffentlichen Verkehrs	314
	Medienkommission	314
	Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr	315
Justiz	Ressortbericht	317
Amtsstellen	Landespolizei (Landesgefängnis)	321
	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt	322
Stabsstelle	Stabsstelle für Datenschutz	324
Kommission	Datenschutzkommission	326
Bauwesen	Ressortbericht	327
Amtsstellen	Hochbauamt	327
	Tiefbauamt	339
	Bauadministration	359
Kommission	Schätzungskommission	360
III. GERICHTE	Fürstliches Landgericht	363
	Fürstliches Obergericht	365
	Fürstlicher Oberster Gerichtshof	371
	Verwaltungsgerichtshof	372
	Staatsgerichtshof	375
IV. LANDESRECHNUNG		379

I. LANDTAG

II. REGIERUNG

PRÄSIDIUM

ÄUSSERES

INNERES

BILDUNGSWESEN

FAMILIE UND CHANCENGLEICHHEIT

KULTUR

SPORT

FINANZEN

GESUNDHEIT

SOZIALES

UMWELT, RAUM, LAND- UND WALDWIRTSCHAFT

WIRTSCHAFT

VERKEHR UND KOMMUNIKATION

JUSTIZ

BAUWESEN

III. GERICHTE

IV. LANDESRECHNUNG

Satz und Druck: Matt Druck AG, Mauren

I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Klaus Wanger
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2006
Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit auch über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2006 informiert.

Plenarsitzungen
Der Landtag tagte im Berichtsjahr an insgesamt 20 Sitzungstagen während rund 191 Stunden.

Die erste Arbeitssitzung fand am 15. März 2006 statt und dauerte 3 Tage. Die Hälfte der Arbeitssitzungen des Jahres 2006 nahm drei Tage, die andere Hälfte zwei Tage in Anspruch. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitssitzungstages betrug im Jahr 2006 knapp 10 Stunden. Der längste Sitzungstag am 26. Oktober 2006 endete erst kurz nach Mitternacht und dauerte somit beinahe 14 Stunden.

Im Berichtsjahr wurden 191 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt, somit 41 Beschlüsse mehr als im Vorjahr (150). Der Landtag beriet 37 Gesetzesvorlagen in 1. Lesung (28 im Vorjahr) und 30 Gesetzesvorlagen (28 im Vorjahr) konnten im Anschluss der zweiten Lesung im Rahmen der Schlussabstimmung verabschiedet werden. Ausserdem behandelte der Landtag 24 Finanzvorlagen und 19 Wahlgeschäfte. Weiter wurden 21 Berichte und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen.

24-mal hatte sich der Landtag mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen und weitere 24-mal wurden periodische Standardtraktanden, zum Beispiel der Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung und der Landesvoranschlag in der November-Sitzung, behandelt. Diese beiden Themenkreise - Finanzhoheit sowie die Kontrolle der Staatsverwaltung - gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Anlässlich der Behandlung dieser Traktanden werden dem Landtag jeweils auch die Budgets und Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und Landesanstalten zur Genehmigung oder Kenntnisnahme vorgelegt.

Zudem stimmte der Landtag während dem Berichtsjahr 9 Einbürgerungsgesuchen zu.

Im Weiteren reichten die Landtagsabgeordneten 24 parlamentarische Eingänge - 2 Initiativen, 5 Motionen, 7 Postulate und 10 Interpellationen - ein. Der Überweisung von 4 Motionen der Freien Liste betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die Errichtung einer Stiftung «Solidarität Liechtenstein» sowie die Einführung eines bezahlten Elternurlaubes von zuerst 12 bzw. dann 5 Monaten an die Regierung im Laufe des Berichtsjahres stimmte der Landtag nicht zu. Der Landtag nahm ausserdem 4 Postulats– und 10 Interpellationsbeantwortungen der Regierung zur Kenntnis. Die Beantwortung von parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen erfolgte gemäss Geschäftsordnung in schriftlicher Form.

Zudem wurde dem Landtag 1 Petition übergeben, welche der Landtag zur geeigneten Verfügung an die Regierung weiterleitete. Die Petition der Gruppe «COLORIDA» betraf die Unterstrafestellung des Tragens von Nazi-Emblemen und rassendiskriminierenden Kennzeichen.

Im vergangenen Jahr stellten die Abgeordneten insgesamt 220 Kleine Anfragen an die Regierung. Dies waren 17 Kleine Anfragen mehr als im Vorjahr (203). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils am Ende des 2. bzw. 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet.

Im Berichtsjahr tagte der Landtag achtmal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In der nichtöffentlichen Sitzung werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert, beispielsweise der Bericht des Ad-hoc-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates betreffend den Dialog mit dem liechtensteinischen Parlament, die Informationen der Regierung betreffend das Schengen/Dublin-Abkommen und die Situation betreffend den liechtensteinischen Finanzplatz. Ausserdem werden auch organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen, in diesen Sitzungen besprochen.

Das Sitzungsjahr 2006 begann mit der Eröffnung am 16. Februar und endete mit der formellen Schliessung am 14. Dezember.

Landesausschuss
Gemäss Verfassung besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen der Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Klaus Wanger und den Abgeordneten Doris Beck, Pepo Frick, Rudolf Lampert und Heinz Vogt trat der Landesausschuss bis zur Wiedereröffnung am 16. Februar 2006 zu 2 Sitzungen zusammen.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen
Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlicher Sitzung. Sie haben vor allem vorberatende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission
Die Aussenpolitische Kommission tagte in 10 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten Landtagspräsident Klaus Wanger (Vorsitz), die Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Alois Beck, Harry Quaderer sowie Paul Vogt als Mitglieder an.

Neben der Vorberatung der aussenpolitischen Traktanden des Landtags wurden unter anderem etliche

Übereinkommen sowie Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt.

Als Standard-Traktanden wurden die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Landtagsdelegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA) beraten. Die Regierung informierte zudem unter anderem über den liechtensteinischen Finanzplatz, die Verhandlungen des Schengen-/Dublin-Abkommens, die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik sowie die Integration der Stabsstelle Protokoll in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die damit verbundene Auflösung der Stabsstelle Protokoll.

Am 30./31. Mai 2006 nahm Landtagspräsident Klaus Wanger an der Konferenz der Parlamentspräsidenten des Europarates in Tallinn (Estland) teil. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Schwerpunktthemen «Bridgebuilding through parliamentary diplomacy» und «The role of parliaments in promoting pluralistic democracy at home and abroad». Die nächste Präsidentenkonferenz des Europarates findet im Jahre 2008 am Sitz des Europarates in Strassburg statt.

Finanzkommission

Im Jahre 2006 gehörten der Finanzkommission die Abgeordneten Johannes Kaiser als Vorsitzender, Pepo Frick, Elmar Kindle, Ivo Klein und Günther Kranz an. In 14 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen diskutiert.

Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 1997 Nr. 61) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Auch hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung ausserordentlicher Beiträge und Unterstützungen zu prüfen und zu begutachten. Die Finanzkommission kann zudem vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden.

Erwähnenswerte Traktandenpunkte im Berichtsjahr waren unter anderem der Verpflichtungs- und Nachtragskredit für zwei Projekte in Jerusalem im Zusammenhang mit den Schlussfolgerungen der Regierung aus dem Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein «Zweiter Weltkrieg», die Schaffung eines Gesetzes über die Ausgabe einer Gold- und Silbermünze aus Anlass des Jubiläums «200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein» im Jahre 2006, die Abänderung des Steuergesetzes (Besteuerung von Investmentunternehmen), die Schaffung eines Gesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG), die Ausrichtung eines Sonderbeitrages des Landes zu Gunsten der Versicherten der Personalstiftung der Ferdinand Frick AG sowie der Finanzbeschluss über die Ausrichtung eines Sonderbeitrages im Jahre 2006 an das Kunstmuseum Liechtenstein für den Mitankauf der Sammlung Rolf Ricke.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle für die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt.

Die Geschäftsprüfungskommission trat zu insgesamt 8 Sitzungen im Berichtsjahr zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Heinz Vogt, Doris Frommelt, Rudolf Lampert, Andrea Matt und Gebhard Negele an. Der Abgeordnete Heinz Vogt hatte dabei den Vorsitz der Geschäftsprüfungskommission inne.

Im Berichtsjahr stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Tiefbauamt (mit Schwerpunkt LBA) sowie dem Ausländer- und Passamt einen Arbeitsbesuch ab. Die zuständigen Amtsleiter und Mitarbeiter stellten dabei die gemäss Gesetz auszuübenden Funktionen, Aufgaben sowie die internen Organisationsstrukturen vor. Diese Amtsbesuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils sehr interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten dieser Verwaltungsstellen. Zusätzlich ermöglichen diese Besuche, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Im Weiteren befasste sich die Geschäftsprüfungskommission neben den alljährlich zu behandelnden Berichten und Kenntnisschreiben der Regierung unter anderem mit nachstehenden Schwerpunktthemen: eine Akteneinsicht in Sachen illegale Ablagerungen auf dem Areal MZG Mauren, Ausführungen zur Vermögensbewirtschaftung, Pensionsversicherung und Informatik-Revisionen.

Das Landtagsbüro

Neben Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagsvizepräsident Ivo Klein gehörten die Fraktionssprecher Doris Beck, Markus Büchel und Paul Vogt sowie der Landtagssekretär mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an.

Das Landtagsbüro trat im Berichtsjahr zu 11 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnung der Landtagssitzungen.

Weitere Geschäfte waren unter anderem die Festsetzung des Landtagsbudgets per 2007, die Beratung möglicher Massnahmen zur Verbesserung der Landtagsarbeit, die Diskussion des weiteren Vorgehens betreffend den Verwaltungsrat des Liechtensteinischen Rundfunks

aufgrund des getroffenen Staatsgerichtshof-Entscheides sowie weitere im Zusammenhang mit der allgemeinen Organisation des Landtags stehende Aufgaben.

Das Landtagsbüro begrüsste am 8. Februar 2006 das Präsidium des Kantonsrates St. Gallen zu einem Besuchstreffen bzw. allgemeinen Meinungsaustausch in Vaduz.

Am 16. September 2006 empfing das Landtagsbüro diverse Mitglieder der CVP-Fraktion des Kantonsrates Zürich zu einem Treffen in Vaduz. Diskutiert wurden vorab nachstehende Themen:

– Finanzdienstleistungsplätze Liechtenstein und Kanton Zürich: Konkurrenten oder komplementäre Standorte?
– Integration in Europa: EWR und bilateraler Weg
– Die Bildungspolitik als wichtiger Faktor für die Wirtschaftsstandorte Liechtenstein und Kanton Zürich

Im Rahmen der so genannten schweizerisch-liechtensteinischen Parlamentarier Freundschaftsgruppe traf das Landtagsbüro am 28. und 29. November 2006 mit einer schweizerischen Parlamentarierdelegation, in welcher Mitglieder beider Ratsgremien vertreten sind, zu einem Gesprächstreffen in Vaduz zusammen. Die Themen, die an diesem Treffen erörtert wurden, betrafen insbesondere den Bildungsbereich, die Beziehungen beider Länder zur Europäischen Union, den Stand der Schengen-Verhandlungen mit der EU, die Erfahrungen der Schweiz und Liechtenstein als Mitglieder in der EFTA sowie die Erfahrungen mit parlamentarischen Kontakten zu anderen Staaten.

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag auch besondere Kommissionen bestellen. Ihre Funktionsdauer endet mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Aufgabe der besonderen Kommissionen ist es, einzelne Gesetze oder auch andere Geschäfte vorzubereiten und dem Gesamt-Landtag entsprechend Antrag zu stellen.

EWR-Kommission

Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Arthur Brunhart (Vorsitz), Andrea Matt und Renate Wohlwend überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. EU-Richtlinien und -Verordnungen. Sie behandelten insgesamt 244 Rechtsakte und kamen in 13 Fällen zum Schluss, dass eine Zustimmung des Landtags im Sinne des Art. 8 Abs. 2 der Verfassung erforderlich ist. 90 Rechtsakte wurden der EWR-Kommission des Landtags gemäss der neuen Praxis zur Vereinfachung des Verfahrens nicht vorgelegt.

Kommission betreffend den Dialog mit Vertretern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Mitglieder dieser Ad-hoc-Kommission waren Landtagspräsident Klaus Wanger als Vorsitzender, Landtagsvizepräsident Ivo Klein, die Abgeordneten Markus Büchel, Gebhard Negele und Paul Vogt.

Ziel des Dialogs war es, gemeinsam, das heisst, mit dem Ad-hoc-Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates die aktuellen Verfassungs- und politischen Praxen des Landes nach dem In-Kraft-Treten der neuen Verfassung zu studieren. Nicht von der Dialogsdiskussion umfasst war dabei die Verfassung selbst oder die Frage, auf welche Weise sie damals abgeändert wurde. Das Mandat des Ad-hoc-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war in der Definition nach vorne blickend und stand auf keinen Fall für eine Wiederholung der Vergangenheit, sondern verfolgte klar das Ziel einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der vom Landtag beauftragten Kommission.

Am 24. und 25. Januar 2006 fand die zweite, abschliessende Gesprächsrunde zwischen den beiden parlamentarischen Kommissionen in Strassburg statt.

Nach Beratung der Gesprächsergebnisse fasste das Büro der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im Mai 2006 den Beschluss, von einer Fortführung des Dialogs mit den Vertretern des liechtensteinischen Parlaments abzusehen bzw. den formellen Dialog einzustellen.

Baukommission Landtagsgebäude

Im Berichtsjahr formierte sich die Baukommission in gleicher Besetzung wie im Vorjahr. Landtagspräsident Klaus Wanger sowie die Abgeordneten Jürgen Beck, Rudolf Lampert, Harry Quaderer und Paul Vogt vertraten in 4 Sitzungen die Interessen des Landtags bei der Erstellung des neuen Landtaggebäudes. Die Berichte der Projektleitung über den Stand der Projektierungsarbeiten wurden hierbei ausführlich diskutiert und jeweils das weitere Vorgehen besprochen.

Zudem hielt die Subkommission «Kunst am Bau», welcher Landtagspräsident Klaus Wanger sowie die Abgeordneten Harry Quaderer und Paul Vogt angehörten, zwei Sitzungen ab.

Besondere Landtagskommission betreffend den StGH-Entscheid in Sachen Radio Liechtenstein

Anlässlich der Sitzung vom 26. Oktober 2006 hatte der Landtag gemäss Art. 55 der Geschäftsordnung für den Landtag eine besondere Landtagskommission zur Umsetzung des im StGH-Entscheid in Sachen Radio Liechtenstein geforderten Verfahrens zur Abberufung des Verwaltungsratspräsidenten und eines Verwaltungsratsmitgliedes eingesetzt. Der Kommission gehören die Abgeordnete Doris Beck als Vorsitzende, die Abgeordneten Heinz Vogt und Paul Vogt als weitere Mitglieder an. Die Kommission tagte im Berichtsjahr in 3 Sitzungen.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen

oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind gemäss Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, der im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden.

Parlamentarische Versammlung des Europarats

Die Abgeordneten Renate Wohlwend (Delegationsleiterin), Gebhard Negele, Doris Frommelt und Rony Bargetze vertraten Liechtenstein im Jahre 2006 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg. Insgesamt fanden 4 Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt. Ausserhalb dieser Sessionswochen wurden weitere Sitzungen verschiedenster Fachkommissionen des Europarates (Wirtschaft, Soziales, Kultur etc.) in Strassburg oder an verschiedensten Orten im Ausland abgehalten. Die liechtensteinischen Delegierten waren teils auch an diesen Sitzungen vertreten.

Pro Jahr wenden die Delegationsmitglieder einen ungefähren Zeitaufwand von sechs Wochen für ihre Aufgaben auf.

EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees

Erneut setzte sich die Delegation des liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees aus den Abgeordneten Franz Heeb als Vorsitzender und Henrik Caduff als Mitglied zusammen. Ausserdem gehörten die stellvertretenden Abgeordneten Adrian Gstöhl und Alexander Marxer der Delegation als Stellvertreter an. Sie nehmen bei einer allfälligen Verhinderung der ordentlichen Delegationsmitglieder für diese an den Sitzungen teil.

Aufgrund des Rücktritts des stellvertretenden Abgeordneten Alexander Marxer am 19. April 2006, nahm die stellvertretende Abgeordnete Ursula Oehry seinen Platz als Stellvertreterin der Delegation des EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees ein. Der Abgeordnete Franz Heeb amtete zudem im Berichtsjahr als Vorsitzender des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees. Die ordentlichen Delegationsmitglieder wendeten im Berichtsjahr einen Zeitaufwand von über 2 Wochen für Sitzungen und Seminare auf.

Neben zahlreichen informellen Gesprächen traf sich das EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitee vom 22. bis 24. Februar 2006 mit dem kroatischen Parlament in Zagreb. An diesem Treffen wurden vor allem die gegenwärtigen und künftigen Beziehungen zwischen Kroatien und der EFTA einerseits und der EU andererseits diskutiert. Auch die Verstärkung der Beziehungen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien im Lichte des europäischen Integrationsprozesses war ein Hauptthema des Besuchs.

Vom 27. bis 28. Juni 2006 fand in Höfn, Island, ein Ministertreffen statt. Themen, die anlässlich dieses Treffens besprochen wurden, waren neben verschiedenen Informationen betreffend die Aktivitäten des Ständigen EFTA-Ausschusses und des EFTA-Rates, unter anderem der freie Personenverkehr, die Globalisierung sowie die Entwicklungen in Bezug auf die EFTA-Drittlandbeziehungen.

Am zweiten Ministertreffen, welches am 1. Dezember in Genf stattfand, wurde wie üblich, das ESA-Budget für das kommende Jahr besprochen und die Mitglieder über die Entwicklungen im Europäischen Wirtschaftsraum mit Hinblick auf die anstehenden Erweiterungen informiert.

Weiter zu erwähnen gilt auch die Konferenz des EFTA-Parlamentarierkomitees und des Konsultativkomitees Mitte November in Genf mit dem Hauptthema «Die Europäische Freihandelszone in einer globalisierten Welt». An dieser Konferenz war Liechtenstein durch die Abgeordneten Franz Heeb, Henrik Caduff und Adrian Gstöhl vertreten.

Die Parlamentarische Versammlung (PV) der OSZE

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Jahre 2006 bestand aus den Abgeordneten Doris Beck und Josy Biedermann. Stellvertretende Mitglieder dieser Delegation sind die Abgeordneten Marlies Amann-Marxer und Doris Frommelt. Als Delegationsleiterin amtete auch in diesem Jahr die Abgeordnete Doris Beck.

Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern – ein Gesichtspunkt, der für die Herausforderungen der Demokratie im OSZE-Raum von zentraler Wichtigkeit ist.

Nach der alljährlich stattfindenden Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien vom 23. bis 24. Februar 2006 fand die 15. Jahresversammlung der OSZE vom 3. bis 7. Juli 2006 in Brüssel statt. Hauptthema dieser Sitzung war die «Stärkung der menschlichen Dimension der Sicherheit in der OSZE-Region». An diesen beiden Sitzungen nahmen die Abgeordneten Doris Beck und Josy Biedermann teil.

Die jährlich stattfindende Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, an der die Abgeordnete Josy Biedermann teilnahm, fand vom 17. bis 20. November 2006 in Malta statt. An dieser Sitzung wurden die Themen «Immigration, Integration und interkultureller Dialog» behandelt.

Interparlamentarische Union (IPU)

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder Landtagspräsident Klaus Wanger (Delegationsleiter), der Abgeordnete Rudolf Lampert sowie die stellvertretenden Abgeordneten Roland Büchel und Claudia Heeb-Fleck an.

Vom 7. bis 12. Mai 2006 fand die 114. Konferenz der IPU in Nairobi, Kenia, statt. Das Thema «Förderung der

Demokratie und Hilfe zur Gründung demokratischer Institutionen» stand dabei im Fokus der Generaldebatte.
Weitere in den diversen Fachausschüssen behandelte Themen lauteten:
– Kontrolle des Handels mit Klein- und Leichtwaffen
– Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen
– Bekämpfung der weltweiten Umweltzerstörung
– Notwendigkeit internationaler Hilfsmassnahmen zur Bekämpfung der Hungersnot und Armut infolge der Dürrekatastrophe in Afrika

Die liechtensteinische Delegation war an dieser Konferenz in Nairobi nicht vertreten.
Das zweite Jahrestreffen der IPU (115. Konferenz) wurde vom 16. bis 19. Oktober 2006 in Genf durchgeführt. Die liechtensteinische Delegation nahm geschlossen an dieser Konferenz teil.
Haupttraktanden dieser Konferenz waren unter anderem:
– Die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten und den Vereinten Nationen zur Förderung des Weltfriedens, insbesondere aus der Sicht der Terrorismusbekämpfung und der Energiesicherheit
– Die Rolle der Parlamente bei der Aufsicht über die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, insbesondere im Hinblick auf das Schuldenproblem
– Die Beseitigung von Armut und Korruption
– Verschwundene Personen
– Die finanzielle Situation der IPU per 30. Juni 2006
– Programm und Budget der IPU per 2007

Der Delegation boten sich wiederum viele Kontakte zum Dialog mit Mitgliedern anderer Länderdelegationen.

Parlamentarier-Kommission Bodensee
Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für die Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr wurde der liechtensteinische Landtag durch Landtagspräsident Klaus Wanger (Delegationsleiter), Landtagsvizepräsident Ivo Klein und die Abgeordnete Andrea Matt vertreten.

Die 25. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee fand am 31. März 2006 im Hotel Hecht in Appenzell Innerrhoden statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen eine Orientierung über die Expertise der Universität St. Gallen über die wirtschaftlichen Effekte einer Unesco-Weltkulturlandschaft Bodensee sowie eine Information über die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) im Jahre 2017.

Auf der Schwägalp/Säntis, Appenzell Ausserrhoden, wurde am 27. Oktober 2006 die 26. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee durchgeführt. Neben traditionellen Standard-Traktanden wurde den Teilnehmern die Thematik «Klimaschutz» in einem Referat näher gebracht. Hans Bruderer, Leiter Amt für Umwelt, und Hansruedi Kunz, Leiter Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, informierten über die Bilanz und Perspektiven zum Klimaschutz im Bodenseeraum.

Landtagssekretariat
Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm das Landtagssekretariat seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Somit existiert auch erst seit diesem Zeitpunkt ein eigentlicher Parlamentsdienst in Liechtenstein. Heute besteht das Landtagssekretariat aus dem Landtagssekretär, seiner Stellvertreterin, zwei Vollzeitangestellten und zwei Teilzeit-Mitarbeiterinnen. Der Aufgabenbereich des Sekretariats, der in der Geschäftsordnung des Landtags näher umschrieben ist, besteht in der Betreuung des Präsidenten, der Abgeordneten und der Kommissionen und Delegationen des Landtags. Der Arbeitsanfall ist seit Bestehen des Landtagssekretariats sehr stark angewachsen.

Das Landtagssekretariat verfügt zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung über 4.50 Stellen.

Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) können kostenlos beim Landtagssekretariat angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der ebenfalls aktualisierten Homepage des Landtags unter «www.landtag.li» einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2006

Eröffnungssitzung vom 16. Februar 2006
– Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
  S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession persönlich und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
– Ansprache des Alterspräsidenten
– Wahl des Landtagspräsidenten
  Abg. Klaus Wanger, Schaan
– Wahl des Landtagsvizepräsidenten
  Abg. Ivo Klein, Mauren
– Wahl der Schriftführer
  Abg. Wendelin Lampert, Triesenberg
  Abg. Heinz Vogt, Triesen
– Wahl der Aussenpolitischen Kommission (APK)
  Landtagspräsident Klaus Wanger, Schaan, Vorsitz
  Abg. Marlies Amann-Marxer, Eschen
  Abg. Alois Beck, Schaan
  Abg. Harry Quaderer, Schaan
  Abg. Paul Vogt, Balzers
– Wahl der Finanzkommission (FKO)
  Abg. Johannes Kaiser, Mauren, Vorsitz
  Abg. Pepo Frick, Schaan
  Abg. Elmar Kindle, Triesen
  Landtagsvizepräsident Ivo Klein, Mauren
  Abg. Günther Kranz, Eschen

– Wahl der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
  Abg. Heinz Vogt, Triesen, Vorsitz
  Abg. Doris Frommelt, Schaan
  Abg. Rudolf Lampert, Mauren
  Abg. Andrea Matt, Mauren
  Abg. Gebhard Negele, Triesen

Öffentliche Landtagssitzung vom 15./16./17. März 2006

– Eröffnung
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 23./24./25. November 2005
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 14./15./16. Dezember 2005
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 16. Februar 2006
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Motion betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen in Liechtenstein der Abgeordneten Doris Beck, Jürgen Beck, Marlies Amann-Marxer, Heinz Vogt, Arthur Brunhart, Ivo Klein, Günther Kranz, Henrik Caduff, Harry Quaderer und Gebhard Negele vom 23. Januar 2006
  Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
– Postulat zur Einführung strengerer Abgasvorschriften für Dieselmotoren der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick vom 8. Februar 2006
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Postulat über die gemeinsame Obsorge von Eltern nach Trennung, Scheidung und Ungültigkeitserklärung der Ehe als Regelfall der Abgeordneten Renate Wohlwend, Elmar Kindle, Klaus Wanger, Peter Lampert, Josy Biedermann, Johannes Kaiser, Doris Frommelt, Alois Beck, Markus Büchel, Franz Heeb, Rudolf Lampert und Wendelin Lampert vom 16. Februar 2006
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Anfragen des Abg. Jürgen Beck:
  – Steuerveranlagung von Wohnheimbewohnern
  – Personenverkehr
  – Internetübertragung von Landtagssitzungen
– Anfrage des Abg. Franz Heeb:
  – Tarmed-Einführung
– Anfrage des Stv. Abg. Rony Bargetze:
  – Bahnhof Schaan
– Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
  – Parkplatzbewirtschaftung im Mobilitätskonzept
  – Kunstmuseum Liechtenstein
  – Bestellung Amtsleiter Hochbauamt
– Anfragen des Abg. Günther Kranz:
  – Gesamtrevision des Baugesetzes
  – Bewährungshilfegesetz
– Anfrage des Abg. Elmar Kindle:
  – Unternehmertag
– Anfragen des Abg. Heinz Vogt:
  – neuer Lohnausweis
  – elektronische Übertragung von Lohndaten
– Anfrage des Abg. Alois Beck:
  – Revision des Stiftungsrechts
– Anfrage der Abg. Renate Wohlwend:
  – Opferhilfegesetz
– Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
  – Tarmed
  – Mehrwertsteuererträge
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Radio Liechtenstein
  – Kosten- und Qualitätskommission
– Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
  – Daten von ausländischen Verkehrssündern
  – Eisenbahnlärm
– Anfrage des Abg. Paul Vogt:
  – Ausbau des Schienenverkehrs
– Anfragen der Abg. Andrea Matt:
  – Studie der Stadt Feldkirch
  – Projektteam Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe
  – Klimabericht
  – Motorfahrzeugsteuer gemäss spezifischem CO_2-Ausstoss
– Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
  – elektronische Steuererklärung
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Berufsweltmeisterschaften 2007 in Japan
  – Stiftungsrat der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe LAK
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Rollstuhlgängigkeit des neuen Landtagssaals
  – LTN/LKW
  – Stabsstelle für Datenschutz
– Interpellation zum beabsichtigten Aufbau eines Honorarkonsulwesens der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt vom 16. Februar 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
– Interpellationsbeantwortung betreffend den Zustand des Waldes (Nr. 17/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Interpellationsbeantwortung betreffend illegal abgelagerte Abfälle in Mauren (Nr. 16/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Wahl eines Ersatzmitgliedes beim Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Gasversorgung
  Gewählt wird Horst Lorenz, Oberbühl 54, 9487 Gamprin.
– Ersatzwahl des Präsidenten der Regelungskommission für die restliche Mandatsdauer 2004 - 2008
  Gewählt wird Mag.iur. Konrad Lanser, Landrichter, Bahngasse 9, A-6850 Dornbirn.
– Neubestellung der Medienkommission für die Mandatsperiode von 4 Jahren (15.3.2006 - 14.3.2010)

Bestellt werden

Präsident:
Dipl. Ing. HTL Michael Biedermann, Auf Berg 25, 9493 Mauren
Vizepräsident:
Helmuth Müssner, Baumschulweg 8, 9485 Nendeln

Mitglieder:
Joachim Batliner, Leuengasse 7, 4057 Basel
Michaela Braun, Zollikerstrasse 148, 8008 Zürich
Marcel Ritter, Peter-Kaiser-Strasse 73, 9493 Mauren
Ersatzmitglieder:
Heinz Beck, Landstrasse 49, 9490 Vaduz
Thomas Ritter, Fürst-Franz-Josef-Str. 25, 9493 Mauren

- Ersatzwahl des Stellvertreters des Präsidenten der Landesgrundverkehrskommission
  Bestellt wird
  lic.iur. Markus Wille, Torkelgass 12, 9494 Schaan.
- Verpflichtungs- und Nachtragskredit für zwei Projekte in Jerusalem im Zusammenhang mit den Schlussfolgerungen der Regierung aus dem Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg (Nr. 5/2006)
  Dem Verpflichtungs- und Nachtragskredit wird zugestimmt.
- Bewilligung von Kreditüberschreitungen (VI/2005) (Nr. 13/2006)
  Die beantragten Kreditüberschreitungen werden bewilligt und der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
- Regierungsprogramm 2005-2009 (Schreiben der Regierung vom 11.1.2006, RA 2006/21-0030)
  Das Regierungsprogramm wird zur Kenntnis genommen.
- Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen vom 2. November 2005 (Nr. 2/2006)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Protokoll vom 28. November 2003 über explosive Kriegsmunitionsrückstände (Protokoll V) zum Übereinkommen vom 10.10.1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (Nr. 1/2006)
  Dem Protokoll wird zugestimmt.
- Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 30. Juni 2005)
  Die bereinigten Anlagen I und II werden gemäss LGBl. 2005 Nr. 270 zur Kenntnis genommen.
- Beschluss Nr. 146/2005 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, Richtlinie 2003/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 - Umsetzung der Abänderungsrichtlinie über den Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt sowie der Verordnung über den grenzüberschreitenden Stromhandel (Kurzbezeichnung Energiepaket) (Nr. 4/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Gesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BGlG) (Nr. 15/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) sowie des Arbeitsvertragsrechts (ABGB) (Nr. 6/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Gesetz über die Versicherungsvermittlung (Versicherungsvermittlungsgesetz; VersVermG) sowie die Abänderung des Gewerbegesetzes, des Finanzmarktaufsichtsgesetzes, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Sorgfaltspflichtgesetzes (Nr. 7/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Strassenverkehrsgesetzes (Nr. 8/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Gesetz über die Ausgabe einer Gold- und einer Silbermünze aus Anlass des Jubiläums «200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein» im Jahre 2006, 1. + 2. Lesung (Nr. 11/2006)
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Heimatschriftengesetzes (Nr. 12/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden und Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Nr. 109/2005), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes vom 16. Dezember 1999 über die Ausführung von Überweisungen (LGBl. 2005 Nr. 51) (Nr. 14/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Einbürgerung von Herrn Elmedin ZEKAN, Duxgass 22, 9494 Schaan
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Einbürgerung von Herrn Van Phu NGUYEN, Ehefrau Vilaphone PANYASAK, Tochter Jenny Anh Ngoc NGUYEN, Essanestrasse 73, 9492 Eschen
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Teilrevision des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung (einschliesslich Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung) (Nr. 3/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Gesetz über die elektronische Kommunikation (Kommunikationsgesetz; KOMG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 9/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen im Gesetz über den strafrechtlichen Schutz des persönlichen Geheimbereichs verabschiedet.
- Abänderung der Strafprozessordnung, des Strafgesetzbuches, des Jugendgerichtsgesetzes sowie des Bewährungshilfegesetzes und anderer Gesetze (Nr. 10/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit legistischen Änderungen verabschiedet.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 19./20. April 2006

– Eröffnung
– Erklärung des Rücktritts gemäss Art. 63 Abs. 2 Volksrechtegesetz des stv. Abgeordneten Alexander Marxer sowie Bestätigung der Wahlerklärung von Frau Ursula Oehry als stellvertretendes Mitglied des Landtages im Sinne von Art. 63 Abs. 2 und 3 Volksrechtegesetz (Vereidigung)
  Der Rücktritt des stv. Abgeordneten Alexander Marxer, Schaanwald, wird zur Kenntnis genommen.
  Frau Ursula Oehry, Badäl 84, 9487 Gamprin, wird als stv. Abgeordnete für gewählt erklärt und vereidigt.
– Interpellationsbeantwortung betreffend die Umsetzung der Agrarpolitik (Nr. 23/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Interpellationsbeantwortung betreffend die Errichtung von Honorarkonsulaten (Nr. 26/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Motion betreffend die Einführung eines bezahlten Elternurlaubes von 12 Monaten der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick vom 24. März 2006
  Der Überweisung der Motion an die Regierung wird nicht zugestimmt.
– Anfrage des Abg. Alois Beck:
  – Wirtschaftsleitbild und -konzept
– Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
  – Wahl des liechtensteinischen Richters beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
  – Stiftungsrat «Image Liechtenstein»
  – Abbruchverfügungen
– Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
  – Verlegung der Poststelle in Balzers
  – Kreuzungsstelle und Haltestelle Industrie Schaanwald
  – Vortragsreihe «200 Jahre Souveränität - Raum für neue Perspektiven»
  – Anstellungsverhältnis Zukunftsbüro
  – Kosten des Landwirtschaftlichen Leitbilds
– Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
  – Arbeitsvergaben für Neubau der Lift- und Beschneiungsanlage Malbun
– Anfragen des Abg. Rudolf Lampert:
  – Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit
  – Südumfahrung Feldkirch
– Anfragen des Abg. Franz Heeb:
  – amtliche Gesundheitsstatistik
  – Verbesserung der Chancen für Absolventen der Oberschule
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Empfehlung zur Impfung zum Schutz gegen Zecken (FSME)
  – Ablehnung von Kostengutsprachen durch die Krankenkassen
  – Verletzung der Schweigepflicht
  – Vertraulichkeit von Bewerbungen beim APO
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Reduktion des Taxpunktwertes bei den Praxislabors
  – Summe der Arztleistungen im Gesundheitswesen
– Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
  – finanzielle Entwicklung bei Radio Liechtenstein
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Patientenorganisation
  – Praxislabortarif
– Anfrage des stv. Abg. Adrian Gstöhl:
  – Radio Liechtenstein - künftige Finanzierung
– Anfragen des Abg. Günther Kranz:
  – Entflechtung von Staat und Kirche
  – Verrechnungssteuer auf Zinserträge bei den Postkonti in FL
  – Geschäftsführer bei den LTN
– Anfragen der Abg. Doris Beck:
  – Medienförderungsgesetz
  – Gesundheitswesen - Kostensteigerung
– Anfragen des Abg. Heinz Vogt:
  – Beitrag der Ärzte zur Gesundheitsreform
  – Mauer vor dem Regierungsgebäude
– Anfrage der Abg. Renate Wohlwend:
  – allgemeine Gewerbepolitik
– Anfragen der stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck:
  – Grossanlässe - finanzielle Beteiligung des Landes
  – Kosten Fassadenpflege des Kunsthauses
– Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
  – Time-out für Schüler und Schülerinnen
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – Zusammenarbeit der Regierung mit dem LOSV
– Anfragen des stv. Abg. Wolfgang Marxer:
  – Zeitplan zur Revision des Abfallgesetzes
  – Art. 19 des Krankenversicherungsgesetzes
– Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
  – Strompreis für inländische Lieferanten
– Ersatzwahl in die Delegation bei den Parlamentarierkomitees der EFTA- und EWR-Staaten infolge Rücktritts des stv. Abg. Alexander Marxer
  Für die laufende Mandatsperiode 2005 bis 2009 wird die stv. Abg. Ursula Oehry, Badäl 84, 9487 Gamprin, gewählt.
– Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes bei der Landesgrundverkehrskommission: Für die laufende Mandatsperiode bis 2008 wird Dr. Thomas Zwiefelhofer, Fürst-Franz-Josef-Strasse 64, 9490 Vaduz, bestellt.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums betreffend Wahl eines Ad-hoc-Richters für den Obersten Gerichtshof
  Der vom Richterauswahlgremium vorgeschlagene Dr.iur. Alexander Abfalterer, Landstrasse 140, 9494 Schaan, wird bestätigt.
– Wahl des Aufsichtsrates der Liechtensteinischen Kraftwerke für die Mandatsperiode 2006 - 2010

Gewählt werden

Präsident:
Klemens Oehri, Heiligwies 29, 9486 Schaanwald
Mitglieder:
Peter Büchel, St. Georg-Strasse 8, 9488 Schellenberg
Hans-Rudolf Hächler, Ober Betsche 5, 9488 Schellenberg

Ersatzmitglieder:
Gerlinde Mella, Rossboden 468, 9497 Triesenberg
Irene Wenaweser , Torkelgass 38, 9494 Schaan

– Wahl des Präsidenten des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Landesbank AG:
  Für die laufende Mandatsperiode wird Dr. Hans-Werner Gassner, Plattenbach 30, 9496 Balzers, bestellt.
– Bewilligung von Kreditüberschreitungen (VII/2005) (Nr. 28/2006)
  Die Kreditüberschreitungen VII/2005 gemäss Bericht und Antrag Nr. 28/2006 werden bewilligt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (I/2006) (Nr. 27/2006)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen I/2006 gemäss Bericht und Antrag Nr.27/2006 werden bewilligt und der Finanzbeschluss betreffend Kreditüberschreitungen wird als dringlich erklärt.
– Abänderung des Heimatschriftengesetzes (Nr. 24/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes vom 16. Dezember 1999 über die Ausführung von Überweisungen (LGBl. 2000 Nr. 51) (Nr. 14/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Tunesien vom 17. Dezember 2004 (Nr. 19/2006)
  Dem Freihandelsabkommen wird die Zustimmung erteilt.
– Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Korea sowie das Investitionsabkommen zwischen Island, Liechtenstein, der Schweiz und Korea vom 15. Dezember 2005 (Nr. 20/2006)
  Dem Freihandelsabkommen wird die Zustimmung erteilt.
– Teilrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (Nr. 18/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes über die Personen- und Gütertransporte auf der Strasse (Transportgesetz, TG) (Nr. 21/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (Anerkennung schweizerischer Konkursverfahren über Versicherungsunternehmen), 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Gerichtsgebühren und Abänderung des Finanzgesetzes für das Jahr 2006 (Nr. 25/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Steuergesetzes (Besteuerung von Investmentunternehmen) (Nr. 29/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 17./18. Mai 2006

– Eröffnung
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 15./16./17. März 2006
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Motion betreffend die Einführung eines bezahlten Elternurlaubes von mindestens 5 Monaten der Abgeordneten Andrea Matt und Pepo Frick vom 24. April 2006
  Der Überweisung der Motion an die Regierung wird nicht zugestimmt.
– Postulat über die Familienförderung der Abgeordneten Alois Beck, Josy Biedermann, Markus Büchel, Doris Frommelt, Franz Heeb, Johannes Kaiser, Elmar Kindle, Peter Lampert, Rudolf Lampert, Wendelin Lampert, Klaus Wanger und Renate Wohlwend vom 19. April 2006
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Postulat zur Einführung eines J+S-Anschlussprogrammes der Abgeordneten Pepo Frick, Ivo Klein, Andrea Matt, Heinz Vogt, Johannes Kaiser, Peter Lampert, Gebhard Negele und Harry Quaderer vom 24. April 2006
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Postulat über den Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen der Abgeordneten Alois Beck, Josy Biedermann, Markus Büchel, Doris Frommelt, Johannes Kaiser, Elmar Kindle, Peter Lampert, Rudolf Lampert, Wendelin Lampert und Klaus Wanger vom 24. April 2006
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Anfrage des Abg. Heinz Vogt:
  – Stand der Revision des Steuergesetzes
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Sozialhilfestatistik
  – Schwangerenberatungsstelle
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Ampelanlage Vaduz Süd
– Anfragen der Abg. Andrea Matt:
  – Nichtraucherzonen
  – Motorfahrzeugsteuer
  – Feinstaubmessungen
  – europäische Mobilitätswoche 2006
– Anfrage des Abg. Franz Heeb:
  – Gesundheitswesen
– Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
  – Umweltverträglichkeit des Projektes «Bergbahnen Malbun»
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – hohe Lebenshaltungskosten in Liechtenstein
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Umsetzung des Kyoto-Protokolls
  – Nachzählung des Rothirschbestandes
– Anfragen des Abg. Alois Beck:
  – Wirtschaftskonzept
  – Versorgungsnetze bzw. Hausarztmodelle
– Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
  – Hooligan-Gesetz
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – grenzüberschreitende Verkehrslösung

– Anfrage des Abg. Paul Vogt:
  – Medienförderung
– Interpellation zur Kostenanalyse im Gesundheitswesen der Abgeordneten Doris Beck, Jürgen Beck, Arthur Brunhart, Henrik Caduff, Ivo Klein, Günther Kranz, Gebhard Negele, Harry Quaderer und Heinz Vogt vom 21. April 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend Alkohol und Unfallverhütung im Strassenverkehr der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt vom 24. April 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend Vorsteherkonferenz der Abgeordneten Andrea Matt und Pepo Frick vom 24. April 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Information der Regierung betreffend die Schaffung eines Umweltschutzgesetzes (Schreiben der Regierung, RA 2006/1044-8601)
  Die Information wird zur Kenntnis genommen.
– Bewilligung von Nachtragskrediten (II/2006), (Nr. 33/2006)
  Die beantragten Nachtragskredite II/2006 werden bewilligt. Der Finanzbeschluss tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.
– Abänderung der Entschädigungsregelung für die Stellvertreter der Vorsitzenden sowie für die rechtskundigen Beisitzer der drei Senate des Obergerichtes (Schreiben der Regierung vom 25. April 2006, RA 2006/1025-1612)
  Unter Ablehnung von Punkt 1 des Antrags der Regierung mit Schreiben vom 25.4.2006 wird der Abänderung der Entschädigungsregelung zugestimmt.
– Abänderung des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) sowie des Arbeitsvertragsrechts (ABGB) (Nr. 30/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Versicherungsvermittlung (Versicherungsvermittlungsgesetz; VersVermG) sowie Abänderung des Gewerbegesetzes, des Finanzmarktaufsichtsgesetzes, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Sorgfaltspflichtgesetzes (Nr. 34/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Abänderung des Strassenverkehrsgesetzes (Nr. 35/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Teilrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (Nr. 18/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Abänderung des Steuergesetzes (Besteuerung von Investmentunternehmen) (Nr. 39/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
– Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 6. September 1978 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Anwendung von Sicherungsmassnahmen im Rahmen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nr. 32/2006)
  Dem Zusatzprotokoll wird zugestimmt.
– Abänderung des Gesetzes über die Durchführung der Wettbewerbsregeln im Europäischen Wirtschaftsraum [Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln und der Verordnung Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen] (Nr. 31/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Totalrevision des Medienförderungsgesetzes (Nr. 36/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 21./22./23. Juni 2006

– Eröffnung
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20. April 2006
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Interpellation der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick betreffend Umfahrungsstrasse Schaan vom 24. Mai 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Postulat zur Förderung der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligenarbeit vom 24. Mai 2006 der Abgeordneten Doris Beck, Jürgen Beck, Harry Quaderer, Günther Kranz, Arthur Brunhart, Ivo Klein, Gebhard Negele und Heinz Vogt
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellationsbeantwortung betreffend Alkohol und Unfallverhütung im Strassenverkehr (Nr. 59/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Postulatsbeantwortung betreffend die gesetzliche Festlegung von Immissionsgrenzwerten betreffend elektromagnetische Strahlung (Nr. 57/2006)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 15. Juni 2000 abgeschrieben.
– Wahl der Beschwerdekommission für Bodenverbesserungen für die Mandatsperiode 2006 bis 2010

Gewählt werden

Präsident:
Alois Beck, Mühlegasse 79, 9486 Schaanwald
Mitglieder:
Josef Schädler, Burkat 687, 9497 Triesenberg
Dipl.Ing. Simon Wehrli, Bondastrasse 94, 7000 Chur
Ersatzmitglieder:
Herbert Banzer, Landstrasse 236, 9495 Triesen
Dr. Thomas Nigg, Feldstrasse 72, 9495 Triesen

– Anfrage des Abg. Franz Heeb:
  – Finanzanlagen des Staates

– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Staatsgarantie der Liechtensteinischen Landesbank
– Anfragen des Abg. Jürgen Beck:
  – Patientenorganisation
  – Kosten und Finanzierung der Krankenversicherung 2004/2005 des AVW
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – Schaffung eines Spielbankengesetzes
– Anfrage der Abg. Andrea Matt:
  – Jugendschutz
– Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
  – umweltfreundliches Holz
– Anfrage des Abg. Alois Beck:
  – Kongress der AIPS
– Anfragen des Abg. Paul Vogt:
  – Wildfütterung
  – Arbeitsgruppe «Staat und Kirche»
  – Atem-Alkoholkontrolle
– Anfrage der Abg. Doris Beck:
  – Fürst Franz-Josef von Liechtenstein-Stiftung
– Anfrage des Stv. Abg. Ursula Oehry:
  – Ausweisdiebstahl
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Summe der Arztleistungen in der obligatorischen Krankenpflege im Jahr 2005
  – Kosten pro versicherter Person im Jahr 2005
  – übrige Kosten pro versicherte Person im Jahr 2005
– Wahl der Datenschutzkommission für die Mandatsperiode 2006 bis 2010

Gewählt werden
Vorsitzende:
Dr. Marie-Theres Frick, Im Ganser 4, 9494 Schaan
Stv. Vorsitzender:
Arno Sprenger, Tschingel 13a, 9496 Balzers
Mitglied:
Dipl.Ing. German Seger, Feldstrasse 3A, 9490 Vaduz
Ersatzmitglieder:
Peter Marxer, Oberbühl 32, 9487 Gamprin
Patrick Risch, Kesse 14, 9488 Schellenberg

– Abänderung des Finanzbeschlusses vom 23. Oktober 2003 (LGBl. 2003 Nr. 231) «Fristerstreckung zum Aus- und Aufbau der Sendeanlagen des LRF» (Nr. 46/2006).
  Die Abänderung des Finanzbeschlusses wird genehmigt und für das Rechnungsjahr 2006 ein Nachtragskredit in Höhe von CHF 49 000 genehmigt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten (III/2006) (Nr. 56/2006)
  Der Nachtragskredit wird genehmigt. Der Finanzbeschluss tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.
– Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2007 (Nr. 56/2006).
  Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Bemessungsjahr 2007 gemäss Art. 24a Abs. 2 KVG wird auf CHF 45 Mio. festgelegt.
– Rechenschaftsbericht Landtag, Regierung und Gerichte 2005 (Nr. 37/2006).
  Der Rechenschaftsbericht 2005 wird genehmigt und der Regierung, den Beamten und Angestellten Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.
– Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2005 (Nr. 43/2006)
  Die Landesrechnung wird genehmigt und der ausgewiesene Ertragsüberschuss von CHF 39'017'878.67 den Übrigen Eigenmitteln zugewiesen.
– Information der Regierung betreffend die Berechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
  Der Landtag hat die Information zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2005 der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA) (Nr. 40/2006)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2005 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Geschäftsbericht 2005 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 42/2006)
  Der Geschäftsbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2005 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 44/2006)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2005 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Jahresbericht und Jahresrechnung 2005 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 45/2006)
  Die Jahresrechnung und der Jahresbericht 2005 werden genehmigt.
– Jahresbericht der AHV/IV/FAK-Anstalten für das Jahr 2005 (Nr. 47/2006)
  Der Jahresbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen, die Verwaltungskostenrechnung 2005 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2005 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 54/2006)
  Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 werden zur Kenntnis genommen.
– Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2005 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 60/2006)
  Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2005 wird genehmigt, dem Antrag des Verwaltungsrates über die Gewinnverwendung zugestimmt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
– Jahresbericht 2005 der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) und Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung 2005 der FMA
  Der Jahresbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen und der Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung 2005 der FMA genehmigt.
– Bericht über die Justizpflege 2005 des Fürstlichen Landgerichts sowie Kommentar zum Bericht über die Justizpflege des Fürstlichen Landgerichtes und des Fürstlichen Obergerichtes (Nr. 38/2006)

Der Justizpflegebericht wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die Session 2005
  Der Jahresbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2005 der Delegation für die Parlamentarier-Kommission Bodensee
  Der Jahresbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2005 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
  Der Jahresbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen.
- Zusatzprotokoll vom 8. Dezember 2005 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Annahme eines zusätzlichen Schutzzeichens (Protokoll III) sowie Änderung des Gesetzes vom 27. Mai 1957 über den Schutz des Zeichens und des Namens des Roten Kreuzes, 1. + 2. Lesung (Nr. 41/2006)
  Dem Zusatzprotokoll vom 8. Dezember 2005 wird zugestimmt, das Gesetz über den Schutz des Zeichens und des Namens des Roten Kreuzes wird in 1. + 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Gewerbegesetzes vom 10.12.1969 (GewG; LGBl. 1970 Nr. 21) (Nr. 52/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die Zulassung als Strassentransportunternehmen und die grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransporte auf der Strasse (Strassentransportgesetz; STG) (Nr. 58/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden (Hundegesetz) und Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) (Nr. 55/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Gerichtsgebühren und Abänderung des Finanzgesetze für das Jahr 2006 (Nr. 50/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Durchführung der Wettbewerbsregeln im EWR [Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln und der Verordnung Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen] (Nr. 63/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Steuergesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes zur Anhebung des Landesanteils an der Kapital- und Ertragssteuer (Nr. 51/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle zu einem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, 1. und 2. Lesung (Nr. 49/2006)
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung und weiterer Gesetze (Konsolidierung der Invalidenversicherung) (Nr. 48/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG) (Nr. 53/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz; URG) (Nr. 62/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Bericht des Ad-hoc-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates betreffend den Dialog mit dem liechtensteinischen Parlament
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 20./21./22. September 2006
- Eröffnung
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 17./18. Mai 2006
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. Juni 2006
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Interpellation betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein vom 28. August 2006 der Abgeordneten Paul Vogt und Andrea Matt
  Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Postulatsbeantwortung betreffend die Einführung strengerer Abgasvorschriften für Dieselmotoren (Nr. 85/2006)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 7. Februar 2006 abgeschrieben.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Umfahrungsstrasse Schaan (Nr. 80/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Vorsteherkonferenz (Nr. 83/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Anfragen der Abg. Doris Beck:
  - Ausschreibung Amtsleiter Steuerverwaltung
  - Motion betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen in Liechtenstein
  - Arbeitsgruppe «Islamischer Religionsunterricht»
  - FMA - Mitarbeiter
- Anfragen des Abg. Franz Heeb:
  - Prüfung und Vereinfachung von Gesetzen
  - BAWAG-Finanzskandal - Verbindungen zu Liechtenstein

– Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
  – Rennstrecke Balzers
  – Transitverkehr
  – Zukunftsbüro Liechtenstein
  – Subventionen und Direktzahlungen in der Landwirtschaft
  – Anstellung von landwirtschaftlichen Praktikanten
  – Einführung offener Standards und Verwendung freier Software in der Landesverwaltung
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  – Mähen des Rheindamms
– Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  – grenzüberschreitender Verkehr
  – Einreise in Staaten mit Visumpflicht
– Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
  – Verantwortlichkeiten Homepage
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Ausländer- und Passamt / Arbeitsbedingungen
  – Asyl- und Flüchtlingswesen
  – Revision Flüchtlingsgesetz
  – Disziplinarverfahren
– Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
  – Umsetzung des Gewerbegesetzes
– Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  – Kostenentwicklung in der Grundversorgung
– Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
  – Venedig-Kommission
  – Leiter Hochbauamt
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  – Gemeindebürgerrecht/Landesbürgerrecht
– Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
  – Ernährungslehre im Unterricht der Sekundarschulen
– Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
  – Mitarbeiterbrief des Verwaltungsratspräsidenten der LKW
– Anfragen des Abg. Paul Vogt:
  – Preiserhöhungen bei der LBA
  – Aufenthaltsbewilligungen an ausländische Fussballprofis
– Anfragen der Stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck:
  – Festlichkeiten 200 Jahre Souveränität
  – Bushof Schaan
  – Klassengrössen an den Primarschulen
– Anfragen der Abg. Andrea Matt:
  – Umweltschutzgesetz
  – Zusammenarbeit im Bereich Verkehr mit Vorarlberg
  – Ruggeller Strasse in Gamprin
  – Umfahrungsstrasse Schaan/Stellungnahme Vorarlberg
– Interpellationsbeantwortung betreffend Kostenanalyse im Gesundheitswesen (Nr. 84/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
– Wahl eines Beisitzers des Kriminalgerichtes für die restliche Mandatsperiode 2006 bis 2009
  Gewählt wird lic.iur. Michael Jehle, Landstrasse 91, 9494 Schaan.
– Wahl eines Richters und einer Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes
  Gewählt werden
  Richter:
  Dr. iur. Kuno Frick, Taleze 13, 9496 Balzers
  Ersatzrichterin:
  Christa Bechter-Erni, Landstrasse 140, 9495 Triesen
– Wahl des Aufsichtsrates der AHV/IV/FAK-Anstalten für die Mandatsperiode 2006 bis 2010
  Gewählt werden
  Präsident:
  Fredy Vogt, Fürstenstrasse 13, 9496 Balzers
  Mitglieder:
  Jolanda Condito-Kaiser, Wegacker 4, 9493 Mauren
  lic.iur. Susanne Eberle, Auring 19, 9490 Vaduz
  Ersatzmitglieder:
  Waltraud Frohnwieser-Seger, Stelzagass 33, 9487 Gamprin
  Veronika Sprecher-Marxer, Oberbühl 90, 9487 Gamprin
– Verpflichtungskredit zur Drucklegung des Historischen Lexikons für das Fürstentum Liechtenstein (HLFL) (Nr. 73/2006)
  Dem Verpflichtungs- und Nachtragskredit wird zugestimmt.
– Sonderbeitrag an das Kunstmuseum Liechtenstein für den Mitankauf der Sammlung Rolf Ricke (Nr. 74/2006)
  Dem Verpflichtungs- und Nachtragskredit wird zugestimmt.
– Sonderbeitrag zu Gunsten der Versicherten der Personalstiftung der Ferdinand Frick AG für Bau- und Möbelschreinerei, Schaan (Nr. 79/2006)
  Der Sonderbeitrag wird genehmigt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IV/2006) (Nr. 81/2006)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt.
– Ergänzungskredit zur Realisierung eines multifunktionalen Landeswerkhofes (Nr. 82/2006)
  Dem Ergänzungskredit wird zugestimmt.
– Verpflichtungskredit zur Gewährung eines Landesbeitrages an die Anstalt Liechtensteinischer Rundfunk (LRF) für den Betrieb von Radio Liechtenstein (Nr. 86/2006)
  Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
– Bericht der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees für das Jahr 2005
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für das Jahr 2005
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Totalrevision des Medienförderungsgesetzes (Nr. 87/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Kenntnisnahme der bereinigten Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 31. Dezember 2005), LGBl. 2006 Nr. 106

Die bereinigten Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.

– Akte vom 29. November 2000 zur Revision des Übereinkommens vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen) sowie das Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente) (Nr. 65/2006)
  Der Akte vom 29. November 2000 über die Erteilung europäischer Patente wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 59/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2005/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2005 über die Rückversicherung und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 92/49/EWG des Rates sowie der Richtlinien 98/78/EG und 2002/83/EG), (Nr. 67/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 88/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2003/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Juni 2003 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Nr. 68/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 68/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge) (Nr. 69/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 68/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste) (Nr. 70/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Notenaustausch zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Fürstentum Liechtenstein im Hinblick auf die Interpretation und Anwendung des Vertrages vom 8. Juli 2002 betreffend die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (LGBl. 2003 Nr. 149) (Nr. 71/2006)
  Dem Notenaustausch wird zugestimmt.
– Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OP-CAT) (Nr. 72/2006)
  Dem Fakultativprotokoll wird zugestimmt.
– Schaffung eines Gesetzes über Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Gesundheitsdienste, 1. + 2. Lesung (Nr. 64/2006)
  Das Gesetz wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Bankengesetzes (Nr. 66/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes gegen Marktmissbrauch im Handel mit Finanzinstrumenten (Marktmissbrauchsgesetz; MG) und Abänderung damit verbundener weiterer Gesetze (Nr. 75/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über die Liechtensteinische Landesbank AG, 1. + 2. Lesung (Nr 76/2006)
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung der Rechtsgrundlagen zur Überführung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer in eine privatrechtliche Organisationsform (Nr. 77/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes betreffend die Aufsicht über Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Pensionsfondsgesetz; PFG) sowie Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes, des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge, des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie des Sorgfaltspflichtgesetzes (Nr. 78/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 25./26. Oktober 2006

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 25./26. Oktober 2006
– Postulatsbeantwortung betreffend den Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen vom 24. April 2006 (Nr. 93/2006)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat betreffend den Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen vom 24. April 2006 abgeschrieben.
– Postulatsbeantwortung betreffend die Einführung eines Jugend- und Sport-Anschlussprogrammes auf 7 bis 9-Jährige (Nr. 98/2006)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat betreffend die Einführung eines Jugend- und Sport-Anschlussprogrammes auf 7 bis 9-Jährige vom 19. April 2006 abgeschrieben.
– Initiative zur Abänderung des Paragraphen 773a des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick vom 2. Oktober 2006
  Die Initiative wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend den grenzüberschreitenden Verkehr der Abgeordneten Paul Vogt, Pepo Frick und Andrea Matt vom 2. Oktober 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl einer Ersatzrichterin des 1. Senates des Obergerichtes für die restliche Mandatsperiode bis 31. Dezember 2009
  Gewählt wird Frau Karin Büchel, Rotengasse 305, 9491 Ruggell.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Richters sowie Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes für die Mandatsperiode vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2011

Gewählt werden
als Richter:
Dr. Hilmar Hoch, Am Bach 16, 9495 Triesen
als Ersatzrichter:
Dr. Ralph Wanger, Plankner Strasse 24, 9494 Schaan.

– Fortführung des Aufbaus von Schulsozialarbeit an den liechtensteinischen Schulen (Nr. 92/2006)
  Der Ergänzungskredit von CHF 290 000 wird genehmigt.
– Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
  – Naturheilkunde
  – unabhängige Finanzkontrolle
– Anfragen der Abg. Andrea Matt:
  – Beurteilung von Varianten zur Entlastung von Feldkirch
  – Zusammenarbeit im Bereich Verkehr mit Vorarlberg
  – Auslosung von Aufenthaltsbewilligungen
– Anfrage des Abg. Franz Heeb:
  – Arbeitslosigkeit in Liechtenstein
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  – Prämien der obligatorischen Unfallversicherung
– Anfragen des Abg. Heinz Vogt:
  – Gewässerrevitalisierung des Liechtensteiner Binnenkanals
  – Mobilfunk Rheintal
– Anfragen des Abg. Günther Kranz:
  – Prämien der obligatorischen Unfallversicherung
  – Abänderung des Steuergesetzes bezüglich Zuteilung der Kapital- und Ertragssteuer
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Aktienverteilung der «Liechtensteinischen Volksblatt AG»
  – Aufbewahrung von Beweismitteln durch die Polizei
– Anfrage der Abg. Doris Beck:
  – Einkauf von Wissen bei der Landesverwaltung
– Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
  – Anzahl der Lehrlinge in der Landesverwaltung
  – Nutzung Burg Gutenberg
  – Implementierung der EWR-Gesetzgebung
  – Auftragsvergabe EDV-Arbeiten
  – barrierefreier Internetauftritt der Landesverwaltung
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Arbeitsgruppe Integration
  – betriebliches Mobilitätsmanagement in der Landesverwaltung
  – Letzetunnel
– Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  – Neuregelung Finanzausgleich/Finanzzuweisungen
– Anfrage des Abg. Alois Beck:
  – Mietrechtsrevision
– Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
  – Publikation der Kosten pro Versicherten in Liechtenstein in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
– OKP auf einer Homepage
– Anfrage des stv. Abg. Adrian Gstöhl:
  – Schulzentrum Unterland II, Ruggell
– Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
  – Fahrradwegkonzept und die Förderung des Fahrrades für den Arbeitsweg
– Anfragen des Abg. Paul Vogt:
  – Videoüberwachungen auf öffentlichen Plätzen
  – Entwicklung der Schülerzahlen am Schulzentrum Unterland
– Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
  – Aktionariat «Liechtensteiner Vaterland»
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (V/2006) (Nr. 99/2006)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
– Verkauf der Liegenschaft Telefonzentrale Vaduz und der Parzellen 1729 und 1730 an die LTN Liechtenstein TeleNet AG (Nr. 104/2006)
  Das Traktandum wird von der Regierung zurückgezogen.
– Schaffung eines Gesetzes über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BGlG) (Nr. 101/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung und weiterer Gesetze (Konsolidierung der Invalidenversicherung) (Nr. 94/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz; URG), [Umsetzung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft] (Nr. 90/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
– Abänderung des Bankengesetzes (Nr. 66/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Schaffung der Rechtsgrundlagen zur Überführung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer in eine privatrechtliche Organisationsform (Nr. 77/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beschluss Nr. 86/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2005/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 zur Änderung der Richtlinie 72/166/EWG, 84/5/EWG, 88/357/EWG und 90/232/EWG des Rates sowie der Richtlinie 2000/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung) (Nr. 91/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 93/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken) (Nr. 103/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Personalplanung der Landespolizei 2006 (Nr. 96/2006)

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und es werden vier Stellen bewilligt.
- Aufgaben und personelle Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik (Nr. 97/2006)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und den Anträgen der Regierung zugestimmt.
- Künftige Finanzierung von Liechtenstein Tourismus sowie Abänderung des Tourismus- Gesetzes (Nr. 89/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten. Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts sowie weiterer Gesetze (Nr. 95/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Aircraft Management-Leistungen und ähnliche Leistungen, Art. 14 Abs. 3 Bst. i MWSTG) (Nr. 100/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Massnahmenpakets zur Erhaltung und Stärkung der Sozialpartnerschaft in Liechtenstein (Nr. 102/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Entscheid des Staatsgerichtshofes vom 1. September 2006 betreffend die Abberufung des Präsidenten und eines VR-Mitgliedes des Liechtensteinischen Rundfunks durch den Landtag am 23. November 2005
  Der Entscheid des Staatsgerichtshofes wird zur Kenntnis genommen.
- Einsetzung einer Landtagskommission betreffend StGH-Urteil i.S. Radio Liechtenstein
  Der Landtag hat die Einsetzung einer besonderen Landtagskommission gem. Art. 55 der Geschäftsordnung beschlossen.
  Gewählt werden: Abg. Doris Beck, Vorsitzende, Abg. Heinz Vogt und Abg. Paul Vogt.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 22./23./24. November 2006
- Eröffnung
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21./22. September 2006
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Petition der Gruppe «COLORIDA» betreffend Unterstrafestellung des Tragens von Nazi-Emblemen und rassendiskriminierenden Kennzeichen vom 25. Oktober 2006
  Die Petition wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein (Nr. 113/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Motion zur Errichtung einer Stiftung «Solidarität Liechtenstein» der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt vom 30. Oktober 2006
  Der Überweisung der Motion an die Regierung wird nicht zugestimmt.
- Ausrichtung eines Sonderbeitrages von 2% der versicherten Besoldungen des Staatspersonals an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal pro 2006 (Nr. 106/2006)
  Die Ausrichtung eines Sonderbeitrages von 1% (anstatt 2%) wird bewilligt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VI/2006) (Nr. 122/2006)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
  - Klimaschutz
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Landespolizei
  - ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung
- Anfragen des Abg. Jürgen Beck:
  - Arztkonsultationen
  - Strassenbau
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
  - Mobilfunkantennen in Malbun
  - Lärmbelastung an der Ruggeller Strasse
  - Verkehrsplanung Feldkirch-Süd
- Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
  - Hundegesetz, Loipenbetrieb in Steg-Valüna
  - Ausarbeitung eines neuen Steuergesetzes
  - Landesrüfekommission
- Anfragen der Abg. Doris Beck:
  - Einkauf von Wissen bei der Landesverwaltung
  - islamischer Friedhof
  - Tänzerinnen-Statut
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
  - Grenzüberwachung
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
  - Waffenplatz St. Luziensteig
  - Arbeitsvergaben
  - Zahlungsmoral des Staates Liechtenstein
  - Beschilderung von Behinderten-Parkplätzen
- Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  - wirtschaftliche Sozialhilfe
  - Arbeitsvermittlung
  - Passivrauchen
  - Entsendungsgesetz
  - grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr
- Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  - Schutz vor Steinschlag
  - Aufklärungsunterricht
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  - Weiterbildungsprogramm
- Anfrage der Abg. Renate Wohlwend:
  - Unterrichtsfach Ethik
- Anfragen des Abg. Heinz Vogt:
  - Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche
  - Revision des Steuerrechts
- Anfragen des Abg. Arthur Brunhart:
  - Überladung Schulbusse
  - Nachbesetzung Amtsleiter Hochbauamt

– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Langlaufsprint in Mauren
  – schützenswerte Objekte, Lebensräume und Landschaften
– Genehmigung eines Ergänzungs- und Nachtragskredits zum Verpflichtungskredit aus dem Jahre 2002 im Zusammenhang mit der Klage Liechtensteins vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH), (Nr. 114/2006)
  Dem Ergänzungs- und Nachtragskredits wird zugestimmt.
– Voranschlag 2007 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 111/2006)
  Der Voranschlag 2007 sowie die Sonderinvestitionen werden genehmigt.
– Voranschlag 2007 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Nr. 115/2006)
  Der Voranschlag 2007 wird genehmigt.
– Voranschlag 2007 der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA), (Nr. 116/2006)
  Der Voranschlag 2007 wird genehmigt.
– Verwaltungskostenvoranschlag 2007 der AHV/IV/FAK-Anstalten (Nr. 123/2006)
  Der Voranschlag 2007 wird genehmigt.
– Voranschlag 2007 der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein
  Der Voranschlag 2007 wird genehmigt.
– Mittelfristige Planung des Neubaus und der Sanierung von Landstrassen und Brücken (erweitertes Strassenbauprogramm 2007), (Nr. 112/2006)
  Dem Strassenbauprogramm 2007 wird zugestimmt und der Finanzbeschluss wird genehmigt.
– Mittelfristige Planung staatlicher Bauten und Anlagen (Nachgeführte Fassung 2006 des Hochbautenberichtes), (Nr. 125/2006)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Bestand und Bedarf an Stellen an den liechtensteinischen Schulen (Stellenplan 2007/2008), (Nr. 109/2006)
  Die Schaffung von insgesamt 13,20 ständigen Stellen wird bewilligt. Der Abbau von 9,17 (Planzahl) nicht ständigen Stellen wird zur Kenntnis genommen.
– Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat (Stellenplan 2006/2007), (Nr. 120/2006)
  Der Schaffung von 8,60 Stellen bei der Regierung, in der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat wird zugestimmt und die Zuweisung gemäss Stellenplan 2006/2007 zur Kenntnis genommen. Der Gesamtbestand von 733,90 ständigen Stellen und der Erhöhung bei den selbstständigen Stiftungen des öffentlichen Rechts um 2,25 Stellen wird festgelegt sowie den unveränderten 22,10 Ausgleichsstellen zugestimmt.
– Finanzplanung 2007 – 2011 (Nr. 121/2006)
  Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2007 (Nr. 105/2006)
  Der Landesvoranschlag wird mit Änderungen genehmigt. Das Finanzgesetz für das Jahr 2007 wird in 2. Lesung verabschiedet und für dringlich erklärt.
– Schaffung eines Gesetzes gegen Marktmissbrauch im Handel mit Finanzinstrumenten (Markmissbrauchsgesetz; MG), (Nr. 110/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes betreffend die Aufsicht über Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Pensionsfondsgesetz; PFG) sowie Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes, des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge, des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie des Sorgfaltspflichtgesetzes (Nr. 118/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Tourismus-Gesetzes (Nr. 127/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
– Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Aircraft Management-Leistungen und ähnliche Leistungen, Art. 14 Abs. 3 Bst. i MWSTG), (Nr. 100/2006), 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– WIPO-Urheberrechtsvertrag vom 20. Dezember 1996 und WIPO-Vertrag über Darbietungen und Tonträger vom 20. Dezember 1996 (Nr. 88/2006)
  Den Verträgen wird zugestimmt.
– Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Zollwesen (Nr. 124/2006)
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
– Integration der Stabsstelle Protokoll in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die damit verbundene Auflösung der Stabsstelle Protokoll (Nr. 107/2006)
  Der Integration und Auflösung wird zugestimmt.
– Abänderung des Schulgesetzes, des Gesetzes über die Schulzahnpflege und des Lehrerdienstgesetzes (Nr. 108/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Strafgesetzbuches und des Jugendgerichtsgesetzes (Nr. 117/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden (Nr. 126/2006), 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Gesetz betreffend die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung von Bulgarien und Rumänien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), (Nr. 128/2006), 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gemeindegesetzes (Nr. 134/2006), 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 13./14. Dezember 2006

- Eröffnung
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 25./26. Oktober 2006
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Initiative betreffend Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen der Abgeordneten Markus Büchel, Elmar Kindle, Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Peter Lampert, Franz Heeb, Alois Beck, Rudolf Lampert, Johannes Kaiser und Klaus Wanger vom 9. November 2006
  Die Initiative wird in 1. Lesung beraten.
- Interpellation betreffend ambulante Seniorenarbeit der Abgeordneten Johannes Kaiser, Rudolf Lampert, Elmar Kindle, Markus Büchel, Franz Heeb, Alois Beck, Josy Biedermann, Doris Frommelt, Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Peter Lampert und Klaus Wanger vom 9. November 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation betreffend Schulnoten und Schülerbeurteilung der Abgeordneten Alois Beck, Elmar Kindle, Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Franz Heeb, Peter Lampert, Rudolf Lampert, Markus Büchel, Johannes Kaiser und Klaus Wanger vom 9. November 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation betreffend die Fachstelle Zukunftsbüro der Abgeordneten Harry Quaderer, Günther Kranz, Jürgen Beck, Henrik Caduff, Ivo Klein, Gebhard Negele, Heinz Vogt, Marlies Amann-Marxer und Doris Beck vom 20. November 2006
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Motion betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten der Abgeordneten Andrea Matt, Pepo Frick und Paul Vogt vom 20. November 2006
  Der Überweisung der Motion an die Regierung wird nicht zugestimmt.
- Postulat betreffend Corporate-Governance für Organisationen und Unternehmen im öffentlichen Sektor des Landes Liechtenstein der Abgeordneten Harry Quaderer, Günther Kranz, Jürgen Beck, Henrik Caduff, Ivo Klein, Gebhard Negele, Heinz Vogt, Marlies Amann-Marxer und Doris Beck vom 20. November 2006
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Schwerverkehrskontrolle
  - Image Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Pepo Frick:
  - liechtensteinisches Schulsystem
- Anfrage des Abg. Peter Lampert
  - Rechtsradikalismus in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
  - Einführung einer Orientierungshilfe
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
  - Unterstützung von Kindern mit Sprachentwicklungsstörungen
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Gesundheitswesen
  - Regierungsprogramm für die Jahre 2005 bis 2009
  - Rücktritt der externen Mitglieder der Kosten- und Qualitätskomission
  - Einigung über das weitere Vorgehen in der Gesundheitsreform
- Anfrage des Abg. Arthur Brunhart:
  - Grundstück an der Gnetschstrasse
- Anfragen des Abg. Alois Beck:
  - Profilschulen
  - Projekt SPES 1
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
  - Deregulation und Delegation von Amtsgeschäften
  - finanzielle Kompetenzen der Regierungsmitglieder und Amtsleiter
- Anfrage des Abg. Paul Vogt:
  - durchschnittliche Kosten pro Schülerinnen bzw. pro Schüler an der Sekundarstufe 1
- Anfrage des Abg. Markus Büchel
  - Grundverkehrsgesetz
- Anfragen der Abg. Doris Frommelt:
  - Schulschwänzen
  - Projekt SPES 1
- Interpellationsbeantwortung betreffend den grenzüberschreitenden Verkehr (Nr. 133/2006)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl von zwei Ad-hoc-Richtern für den Verwaltungsgerichtshof
  S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein werden zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
  Dr. Robert Beck, Landstrasse 11, 9495 Triesen
  Dr. Richard Bickel, Feldkircherstrasse 2, 9494 Schaan
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VII/2006), (Nr. 139/2006)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
- Finanzbeschluss über die Teilnahme an der 3. Generation der Europäischen Bildungsprogramme «Programm zum lebenslangen Lernen» (2007 – 2013), (Nr. 138/2006)
  Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Information über die Neuorganisation des Telekommunikationsbereichs der LTN Liechtenstein TeleNet AG und der Liechtensteinischen Kraftwerke Anstalt (LKW), (Nr. 135/2006)
  Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt.
- Voranschlag 2007 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 119/2006)
  Der Voranschlag 2007 wird genehmigt.
- Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen (Schreiben der Regierung vom 21. November 2006, RA 2006/2703-0022)
  Der Bericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts sowie weiterer Gesetze (Nr. 143/2006), 2. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Schaffung eines Massnahmenpakets zur Erhaltung und Stärkung der Sozialpartnerschaft in Liechtenstein (Nr. 102/2006), 1. und 2. Lesung
  Die weitere Behandlung erfolgt im März 2007.
- Abänderung des Strafgesetzbuches und des Jugendgerichtsgesetzes, 2. Lesung, sowie des Gewerbegesetzes und des Strassentransportgesetzes (Nr. 117/2006), 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 87/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung), (Nr. 130/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 127/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2005/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005) über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten), (Nr. 142/2006)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Siebentes Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 – 2013), (Nr. 144/2006)
  Dem Rahmenprogramm sowie dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Vorläufige Anwendung der Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Wahrnehmung der Aufgaben des liechtensteinischen Sicherheitsfonds (Nr. 136/2006)
  Der vorläufigen Anwendung wird zugestimmt.
- Übereinkommen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen (Nr. 137/2006)
  Dem Übereinkommen wird mit Vorbehalten zugestimmt.
- Einbürgerung von Herrn Dr. Georges BAUR, St. Markusgasse 11, 9490 Vaduz
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Einbürgerung von Herrn Oliver CUBELA, Landstrasse 62, 9494 Schaan
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Einbürgerung von Herrn Dimitri JIRIAKOV, Brata 15, 9493 Mauren
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Einbürgerung von Frau Daniela KIEBER-MARTINI und Sohn Michael KIEBER, Egerta 23, 9488 Schellenberg
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Einbürgerung von Herrn Harry Ludwig Konrad SAWATZKI, Im Pardiel 55B, 9494 Schaan
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Einbürgerung von Herrn Jeffrey Phu Tri NGUYEN, Essanestrasse 73, 9492 Eschen
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Einbürgerung von Herrn Amel SEPIC, In der Specki 3, 9494 Schaan
  Der Verleihung des Landesbürgerrechts wird vorbehaltlich der Zustimmung S. D. des Erbprinzen zugestimmt.
- Gesetz über den Schutz der Bevölkerung (Totalrevision des Gesetzes vom 25. März 1992 über den Katastrophenschutz (Nr. 129/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage zur Totalrevision des Gesetzes über den Katastrophenschutz wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln im Europäischen Wirtschaftsraum (Nr. 131/2006), 1. Lesung
  Die Abänderung wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die strategische Umweltprüfung (SUPG), (Nr. 132/2006), 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Sozialhilfegesetzes (Nr. 140/2006), 1. und 2. Lesung
  Die Abänderung wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Wahl des Landesausschusses 2006/2007
  Neben dem gemäss Verfassung dem Landesausschuss vorstehenden Landtagspräsidenten Klaus Wanger werden gewählt:
  Abg. Doris Beck, Ruggell
  Abg. Pepo Frick, Schaan
  Abg. Rudolf Lampert, Mauren
  Abg. Heinz Vogt, Triesen
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Schliessung des Landtages

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Im Zentrum der Tätigkeiten der Finanzkontrolle stehen die Umsetzung des Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Unverändert gegenüber den Vorjahren verfügt die Finanzkontrolle über 2.4 Stellen.

Diesem geringen Personalbestand stehen ständig wachsende Aufgaben gegenüber, was für die Finanzkontrolle eine grosse Herausforderung darstellt.

Gesetzlicher Auftrag

Als ständiges Organ der Finanzaufsicht unterstützt die Finanzkontrolle sowohl vorrangig den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung von Regierung und Verwaltung, unter Einschluss der Justizverwaltung, als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle gemäss Finanzhaushaltsgesetz beinhalten die Umsetzung des von der Geschäftsprüfungskommission genehmigten Revisionsprogramms, die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen sowie Tätigkeiten im Bereich der internen Finanzaufsicht.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig aus.

Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien der Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchgeführt.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das von der Finanzkontrolle erstellte, von der Geschäftsprüfungskommission genehmigte und von der Regierung zur Kenntnis genommene Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle rechnungslegende Dienststellen, selbständige und unselbständige öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, Amtsstellen sowie einzelne Positionen der Landesrechnung. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen in Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem immer wieder Sonderaufträge durch.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden einer Informatik-Revision durch eine in diesem Bereich spezialisierte externe Prüfungsgesellschaft unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird. Die Finanzkontrolle koordiniert diese Informatik-Revisionen und begleitet die Prüfungen aus revisionstechnischer Sicht.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht nimmt die Finanzkontrolle Rechnungskontrollen vor, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Dienststellen, Stiftungen und Schulen.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle informiert an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Notwendige Massnahmen werden diskutiert und im Einvernehmen mit der Kommission veranlasst.

Mitgliedschaften
Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Im Rahmen dieser Mitgliedschaften werden Erfahrungen über Prüfungsansätze und Prüfungsmethoden ausgetauscht sowie Entwicklungen im öffentlichen Revisionsbereich mitgestaltet.

II. REGIERUNG

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler

Im Berichtsjahr stand das Jubiläum «200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein» im Vordergrund. Das Jubiläum wurde mit zahlreichen Veranstaltungen, unter anderem mit einem Tag der Souveränität, einem Festspiel sowie der Ausgabe einer Gold- und Silbermünze feierlich begangen. Zu Beginn des Berichtsjahres hat die Regierung das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2005 bis 2009 verabschiedet. Im Bereich der Verwaltungsreorganisation wurden von der Regierung verschiedene Projekte gestartet und durchgeführt. So wurden unter anderem das Amt für Berufsbildung und die Berufsberatungsstelle zu einer Amtsstelle zusammengelegt. Weiters wurden verschiedene Fachbereiche aus sachlichen und organisatorischen Gründen anderen Amtsstellen übertragen. Mit der Abänderung des Heimatschriftengesetzes wurde die Grundlage für die Ausgabe von biometrischen Reispässen geschaffen. Die ersten derartigen Pässe wurden am 26. Oktober 2006 ausgestellt. Das Staatspersonalgesetz sowie das neue Gerichtsorganisationsgesetz und das Richterdienstgesetz wurden in die Vernehmlassung gegeben. Alle drei Gesetze sollen im Frühjahr 2007 dem Landtag zur Behandlung vorgelegt werden. Im Berichtsjahr konnten sodann die Verhandlungen mit der Europäischen Union betreffend eine Assoziation Liechtensteins zum Rechtsbestand von Schengen/Dublin erfolgreich zum Abschluss gebracht und die ausgehandelten Protokolle paraphiert werden.

200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein
Am 12. Juli 1806 wurde Liechtenstein in den Rheinbund aufgenommen und erhielt dadurch formell die Souveränität. Dieses Jubiläum wurde im Jahre 2006 mit zahlreichen Veranstaltungen und Projekten feierlich begangen. Schwerpunkte des Jubiläumsjahres waren der Tag der Souveränität am 12. Juli mit einem grossen Jubiläumsumzug und einem Festakt auf dem Rathausplatz in Vaduz sowie das Festspiel «Cirque souverain» auf dem Dorfplatz in Eschen. Die verschiedenen Veranstaltungen stiessen bei der Bevölkerung auf grosses Interesse und hinterliessen einen nachhaltigen Eindruck. Aus Anlass dieses Jubiläums wurden auf Beschluss der Regierung eine Gold- und Silbermünze ausgegeben. Der Reinerlös aus dem Verkauf der Jubiläumsmünzen, ergänzt durch Spenden der Liechtensteinischen Landesbank AG, des Liechtensteinischen Bankenverbandes sowie verschiedener Unternehmen der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, wurde der Stiftung «Menschen für Menschen» für den Bau einer Schule in Äthiopien zur Verfügung gestellt. Mit der Unterstützung dieses Projektes setzte die Regierung bewusst ein Zeichen und nahm das Jubiläum zum Anlass, seine Solidarität mit benachteiligten Menschen zu dokumentieren.

Regierungsprogramm 2005 - 2009
Am 10. Januar 2006 verabschiedete die Regierung das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2005-2009. Das Regierungsprogramm zeigt die wesentlichen Zielsetzungen und Schwerpunkte der Tätigkeit der Regierung für die nächsten Jahre auf. Es enthält zentrale Arbeitsschwerpunkte sowie Massnahmen, mit welchen den wesentlichen Herausforderungen begegnet und die Zukunft des Landes gestaltet wird. Die Regierung hat sich auf die Inhalte des Regierungsprogramms verpflichtet und wird deren Umsetzung in gemeinsamer Verantwortung vorantreiben. Die Regierung will den notwendigen Massnahmen zur Durchsetzung verhelfen, um Liechtenstein in eine erfolgreiche und lebenswerte Zukunft zu führen.

Regionale Regierungstreffen
In Fortführung einer langjährigen Tradition fanden im Berichtsjahr wiederum Regierungstreffen mit den Regierungen der Kantone Graubünden und St. Gallen sowie der Regierung des Bundeslandes Vorarlberg statt. Diese Regierungstreffen dienten vor allem der Kontaktpflege, aber auch der Erörterung von gemeinsam interessierenden Fragen. Der Regierungschef nahm wie in den Vorjahren an den beiden Regierungscheftreffen der Internationalen Bodenseekonferenz im Kanton Zürich teil.

Interpellation zur Vorsteherkonferenz
Die Regierung hat eine Interpellation betreffend die Vorsteherkonferenz zuhanden des Landtags beantwortet. Ziel der Interpellanten war es, die Stellung der Vorsteherkonferenz in der politischen Entscheidungsfindung zu hinterfragen und den Einfluss dieser Konferenz transparent zu machen. Die Regierung hat in ihrer Antwort unter anderem ausgeführt, dass es für die Konferenz der Gemeindevorsteher keine gesetzliche Grundlage gibt und auch keiner solchen bedarf. Die Konferenz setzt sich aus den direkt von der Bevölkerung gewählten Gemeindevorstehern zusammen. Sinn und Zweck dieser Konferenz ist einerseits die Wahrnehmung der Gemeindeinteressen gegenüber den Landesinteressen und andererseits der Gedankenaustausch und die Koordination von wichtigen Aufgaben.

Kommissionen, Beiräte, Stiftungsräte
Im Berichtsjahr lief die Mandatsperiode verschiedener gesetzlich vorgesehener Kommissionen, Beiräte und Stiftungsräte ab, welche von der Regierung neu zu bestellen waren:
– Stiftungsrat des Liechtensteinischen Landesmuseums
– Stiftungsrat der Kunstschule Liechtenstein
– Sanitätskommission
– Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
– Bodenschutzkommission
– Kommission für Statistik
– Akkreditierungsrat
– Kommission für die Energiemarktaufsicht
– Fischereibeirat

Neben diesen Neubestellungen hat die Regierung im Berichtsjahr erstmals den Integrationsausschuss für Rechtsanwälte bestellt und verschiedene Ersatzbestellungen in Kommissionen und Beiräte vorgenommen.

Personalangelegenheiten

Im Frühjahr 2006 schickte die Regierung den Entwurf für ein neues Staatspersonalgesetz in die Vernehmlassung. Mit dem neuen Staatspersonalgesetz soll ein zeitgemässes Personalrecht geschaffen werden, dass sowohl den Anforderungen an eine moderne Verwaltung als auch den Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entspricht. Mit dem vorgeschlagenen neuen Gesetz können zahlreiche Lücken im Bereich des öffentlichen Dienstrechts geschlossen werden. Nach Abschluss der Vernehmlassung wurde der Gesetzesentwurf aufgrund der zahlreich eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet. Zielsetzung der Regierung war es, den Gesetzesentwurf dem Landtag im März 2007 zur Behandlung vorzulegen.

Im Herbst des Berichtsjahres hat die Regierung einen Vernehmlassungsbericht zur Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal verabschiedet. Zielsetzung der Gesetzesrevision ist es, die Autonomie der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zu stärken, die Finanzierung neu zu regeln sowie die Flexibilität zur erhöhen.

Aufgrund der versicherungsmathematischen Bilanz per 1. Januar 2006 und einem entsprechenden Beschluss des Stiftungsrates der Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die Regierung dem Landtag den Antrag unterbreitet, für das Jahr 2006 den budgetierten Sonderbeitrag von 2 % zu leisten und dafür im Budget 2007 keinen Sonderbeitrag vorzusehen.

Die Regierung hat dem Landtag wie jedes Jahr einen Bericht und Antrag zum Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat zugestellt. Darin beantragte sie für das Jahr 2007 die Schaffung von drei ständigen Stellen sowie die Umwandlung von 5.60 nichtständigen Stellen in ständige Stellen. Unter Berücksichtigung dieser neuen Stellen und zusätzlicher beantragter Stellen für die Landespolizei sowie den Bereich der Aussenpolitik erhöhte sich die Zahl der ständigen Stellen per 1. Januar 2007 um 17.60 Stellen, oder um 2.45 %, auf 733.90 Stellen.

Im Berichtsjahr bestellte die Regierung neue Amtsleiter für das Amt für Umweltschutz, das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, die Steuerverwaltung, das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt sowie das Hochbauamt.

Reorganisation der Landesverwaltung

In Entsprechung des Regierungsprogrammes, gemäss dem die Regierungs- und Verwaltungsreform in der laufenden Legislaturperiode schrittweise umgesetzt werden soll, hat die Regierung im Berichtsjahr verschiedene Massnahmen beschlossen und durchgeführt. So wurden im Rahmen einer Gesetzesänderung das Amt für Berufsbildung und die Berufsberatungsstelle zu einem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zusammengelegt. Mit einer dem Landtag unterbreiteten Gesetzesvorlage wurde die Grundlage für die Überführung der Abteilung Sozialversicherung vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Gesundheit geschaffen. Weiters wurde die Durchführung eines Vorprojektes «Zusammenführung des Presse- und Informationsamtes und der Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit» beschlossen. Im Rahmen der Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft hat die Regierung beschlossen, die Prüf-, Mess- und Normenstelle sowie die Fachbereiche Geistiges Eigentum, Wettbewerbsrecht und Konsumentenschutz vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Handel und Transport, das frühere Amt für Zollwesen, zu überführen. Weiters wurde die Stabsstelle Protokoll auf Beschluss der Regierung in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten integriert. All diesen Reorganisationsmassnahmen lagen sachliche und organisatorische Überlegungen zugrunde.

Verlängerte Schalteröffnungszeiten

Die Regierung hat beschlossen, vorerst befristet die Schalteröffnungszeiten verschiedener Amtsstellen zu verlängern. Vom 1. Januar bis 30. Juni 2007 werden in einer Versuchsphase die Schalter der Regierungskanzlei, des Ausländer- und Passamtes, des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes, der Landgerichtskanzlei, der Motorfahrzeugkontrolle, des Amtes für Volkswirtschaft sowie des Zivilstandsamtes jeden Mittwoch bis 19.00 Uhr geöffnet bleiben. Der kundenfreundliche Service soll Privatpersonen die Möglichkeit bieten, Behördengänge nach Arbeitsschluss zu erledigen. Nach Abschluss der halbjährigen Versuchsphase wird die Regierung entscheiden, ob und in welchem Umfang auch in Zukunft verlängerte Schalteröffnungszeiten angeboten werden sollen.

Neues Erscheinungsbild

Die Regierung hat die Einführung eines neuen Erscheinungsbildes für sämtliche Broschüren und sonstigen Informationsmaterialien der Regierung und der Landesverwaltung beschlossen. Damit hat die Regierung ein wesentliches Anliegen, nämlich die Vereinheitlichung des Auftretens der Liechtensteinischen Landesverwaltung nach aussen im Bereich der Broschüren umgesetzt. Die Einführung des neuen modernen Erscheinungsbildes ist bildlicher Ausdruck der im Leitbild neu definierten Identität der Landesverwaltung. Das neue Erscheinungsbild soll in Zukunft einen einheitlichen und starken Auftritt der Landesverwaltung gewährleisten, der das gemeinsam erarbeitete Leitbild grafisch umsetzt und gleichzeitig ein Bekenntnis zur Marke Liechtenstein und den dahinter stehenden Werten und Qualitäten des Landes Liechtenstein darstellt.

Qualitätsmanagement
Im Rahmen des Projektes zur Deregulierung und Delegation von Aufgaben hatten in den zurückliegenden Jahren alle Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleiter die Aufgaben ihres Amtsbereiches kritisch daraufhin zu überprüfen, ob diese unter bestimmten Bedingungen wegfallen, vereinfacht oder durch Verlagerung oder Erweiterung von Kompetenzen weiter nach unten delegiert werden können. Die Regierung hat die von den Amtsstellen vorgeschlagenen Massnahmen zur Kenntnis genommen und die Regierungsmitglieder sowie die Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleiter beauftragt, die in den Eingaben der Amtsstellen aufgezeigten Verbesserungspotenziale zu besprechen und die wichtigsten Massnahmen und Projekte in die Zielvereinbarungen 2006/2007 der Regierungsmitglieder mit den Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleitern aufzunehmen.

Auf Antrag einer Jury hat die Regierung drei Regierungs- und Amtsstellen mit Anerkennungspreisen für innovative und effiziente Verbesserungsmassnahmen aus dem Selbstbewertungsprozess des Jahres 2005 bedacht. Die ausgezeichneten Projekte stammten von den Regierungsressorts, dem Amt für Volkswirtschaft sowie dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen.

Auf Antrag des Lenkungsausschusses zur Einführung des Qualitätsmanagements in der Landesverwaltung hat die Regierung die Durchführung eines Projektes zur Entwicklung eines Konzeptes für Kundenbefragungen durch die Regierungs- und Amtsstellen der Landesverwaltung beschlossen. Im Rahmen eines Pilotprojektes mit der Motorfahrzeugkontrolle sowie dem Presse- und Informationsamt soll das neue Konzept ausgetestet und anschliessend im Hinblick auf die spezifischen Bedürfnisse von einzelnen Amtsstellen angepasst werden.

Auf Beschluss der Regierung wurde im Berichtsjahr eine Internet-Plattform für das Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung geschaffen. Auf dem Internet sind somit sämtliche Informationen zum Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Die Internet-Lösung dokumentiert, dass sich die Landesverwaltung mit dem Leitbild nicht nur einer qualitätsorientierten Arbeit verpflichtet hat, sondern dieser Verpflichtung auch mit vielfältigen Massnahmen und Projekten nachkommt.

Neugestaltung des Landeskanals
Im Sinne des neuen Erscheinungsbildes von Regierung und Landesverwaltung soll auch der Landeskanal ein neues Design erhalten. Damit verbunden ist eine Neugestaltung des Landeskanals, wobei die Rubriken angepasst und erweitert und die Hintergrundgrafiken neu gestaltet werden sollen. Die entsprechenden Vorarbeiten wurden im Berichtsjahr durchgeführt. Damit der Landeskanal in Zukunft auch jenen Personen zur Verfügung steht, die über keinen eigenen Kabelanschluss verfügen bzw. nicht in Liechtenstein wohnhaft sind, hat die Regierung die Erstellung einer Webseite für den Landeskanal im Internet in Auftrag gegeben. Zukünftig soll somit über das Internet ein Zugang zu den Teletext- und Vollbildseiten des Landeskanals ermöglicht werden.

Filmdokumentation Liechtenstein
Das in Liechtenstein jährlich produzierte Filmmaterial wird heute gestützt auf das Archivgesetz im Sinne eines modernen und umfassenden Dokumentationsverständnisses gesammelt und archiviert. Dieses Filmmaterial soll künftig bei Bedarf durch gezielt produzierte Filmdokumentationen über historische und aktuelle Ereignisse von Bedeutung qualitativ aufgewertet und Interessierten (Medien, Bevölkerung etc.) unkompliziert zugänglich gemacht werden. Zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes hat die Regierung im Berichtsjahr ein Arbeitsgruppe bestellt. Die Regierung hat dieses Konzept Ende 2006 zur Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppe beauftragt, ein Programm für filmisch zu dokumentierende Ereignisse im Jahre 2007 vorzulegen. Die Arbeitsgruppe wurde weiters beauftragt, einen Vorschlag in Bezug auf das Verfahren und die Entscheidungskompetenzen bei der Vergabe von Filmaufträgen auszuarbeiten. Dabei soll auch die Möglichkeit sichergestellt werden, dass bei unvorhergesehenen Ereignissen (z.B. Naturereignisse) auch kurzfristig Aufträge erteilt werden können.

Heimatschriften
Die Regierung hat dem Landtag eine Abänderung des Heimatschriftengesetzes zukommen lassen. Im Rahmen einer Teilrevision ist die gesetzliche Grundlage für die Ausgabe von biometrischen Reisepässen nach internationalen Vorgaben geschaffen worden. Der bislang in Verwendung stehende maschinenlesbare Reisepass ist im Wesentlichen um einen elektronischen Chip ergänzt worden, auf welchem biometrische Daten gespeichert werden. Damit wird die zukünftige Generation von Reisepässen praktisch fälschungssicher. Seit dem 26. Oktober 2006 werden die so genannten e-Pässe vom Ausländer- und Passamt ausgegeben.

Öffentliches Auftragswesen
Im Berichtsjahr gab es verschiedene Anpassungen in Zusammenhang mit den gesetzlichen Grundlagen zum öffentlichen Auftragswesen. So wurde dem Landtag ein Bericht und Antrag zur Übernahme der Richtlinie 2004/18/EG zur Behandlung unterbreitet. Mit der Richtlinie werden die Richtlinien über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge geändert. Durch diese Modernisierung soll neuen Technologien und Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds Rechnung getragen werden. Ein weiterer dem Landtag zugestellter Bericht und Antrag betrifft die Übernahme der Richtlinie 2004/17/EG. Diese Richtlinie bezieht sich auf die Koordinierung der Auftragsvergabe der Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor. Diese Richtlinie wurde von der EU-Kommission

erlassen, um den Forderungen nach Vereinfachung, Modernisierung und Flexibilisierung zu entsprechen. Im Dezember hat die Regierung zwei Vernehmlassungsberichte zur Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie von Aufträgen im Telekommunikationssektor verabschiedet. Beide Gesetzesvorlagen haben ebenfalls die Vereinfachung, Modernisierung und Flexibilisierung der Bestimmungen zum Ziel.

Rechtsanwälte, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer und Treuhänder

In Bezug auf die Aufhebung des Wohnsitzerfordernisses für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit wurde im Berichtsjahr eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Bedingung eines Wohnsitzes im Inland oder in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit stellt grundsätzlich eine Beschränkung der Personenfreizügigkeit dar und widerspricht somit Sinn und Zweck des EWR-Abkommens. Solche Wohnsitzerfordernisse befinden sich noch im Bankengesetz, im Rechtsanwaltsgesetz, im Treuhändergesetz, im Patentanwaltsgesetz, im Gesetz über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften sowie im Rohrleitungsgesetz. Mit den vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen sollen diese Wohnsitzerfordernisse aufgehoben werden.

Einen weiteren Vernehmlassungsbericht hat die Regierung in Bezug auf die Abänderung des Gesetzes über die am Finanzmarkt teilnehmenden freien Berufe beschlossen. Anlass für die Überarbeitung der entsprechenden Gesetze ist ein von der EFTA-Überwachungsbehörde gegen Liechtenstein geführtes Vertragsverletzungsverfahren wegen Falschumsetzung der Diplomanerkennungsrichtlinie.

Gemäss geltender Rechtslage ist es Rechtsanwälten in Liechtenstein nicht erlaubt, sich in Form einer juristischen Person zusammenzuschliessen. Die Regierung hat eine Vernehmlassungsvorlage verabschiedet, womit es Rechtsanwälten künftig ermöglicht werden soll, sich in der Rechtsform einer juristischen Person zu organisieren. Die Regierung folgt mit dieser Vorlage einer internationalen Entwicklung und entspricht damit einem Bedürfnis der Rechtsanwaltskammer.

Gerichtswesen

Noch vor der Sommerpause hat die Regierung die Vernehmlassungsberichte für ein neues Gerichtsorganisationsgesetz und die Schaffung eines Richterdienstgesetzes verabschiedet. Mit dem Entwurf des Gerichtsorganisationsgesetzes soll die Grundlage für eine moderne Struktur der ordentlichen Gerichte (Landgericht, Obergericht und Oberster Gerichtshof) geschaffen werden. Mit der Vorlage sollen auch die Ergebnisse der durchgeführten Organisationsanalyse der Strukturen der ordentlichen Gerichte umgesetzt werden. Mit dem Entwurf des Richterdienstgesetzes wird für die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit die erforderliche dienstrechtliche Grundlage geschaffen. Bis anhin fehlte eine klare Rechtsgrundlage für die Rechte und Pflichten der Richter sowie für deren disziplinarische Verantwortlichkeit. Die beiden Gesetze sollen dem Landtag im Frühjahr 2007 zur Behandlung vorgelegt werden.

Mit einer Gesetzesänderung, welche die Regierung dem Landtag im Frühjahr 2006 vorgelegt hat, sollen die Gerichtsgebühren durchschnittlich um rund 20 % angehoben werden. Die Gerichtsgebühren wurden seit 1992 nicht mehr angepasst. Während die Kosten im gesamten Gerichtswesen in den letzten vierzehn Jahren sehr stark angestiegen sind, haben sich die Erträge aus den Gerichtsgebühren nur wenig erhöht. In diesem Sinne hat die Regierung dem Landtag eine Abänderung des Gesetzes betreffend die Gerichts-, Öffentlichkeitsregister- und Grundbuchgebühren vorgelegt.

Schengen/Dublin Verhandlungen

Die offiziellen Verhandlungen mit der Europäischen Union betreffend eine Assoziation Liechtensteins zum Schengen/Dublin-Acquis konnten im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Die Assoziation zu Schengen/Dublin erfolgt mittels Protokollen zu den entsprechenden Assoziationsabkommen der Schweiz, wobei Liechtenstein über einen gleichberechtigten Status wie die anderen Assoziationsstaaten verfügt. Die Protokolle wurden am 21. Juni 2006 von Liechtenstein paraphiert. Die Unterzeichung ist im Jahr 2007 vorgesehen.

Staat und Kirche

Das im Vorjahr von der Regierung in Auftrag gegebene Grundlagen- und Diskussionspapier zur Kirchenfinanzierung auf Gemeindeebene wurde anfangs 2006 mit den Gemeindevorstehern nochmals erörtert und vertieft. Es liegt nun im Interesse der einzelnen Gemeinden, die geschichtliche Entwicklung und heutige Situation der Kirchengüter genauer zu überprüfen, damit für eine eventuelle Neuregelung eine gesicherte Ausgangslage besteht.

Im Ressort Präsidium lag die Priorität im Jahre 2006 in der Aufbereitung und Bewertung von verschiedenen rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Dafür wurden umfangreiche kirchen- und verfassungsrechtliche Abklärungen vorgenommen, welche dann im November 2006 anlässlich einer Sitzung der Arbeitsgruppe «Staat und Kirche» vorgestellt und diskutiert wurden. Darin werden Möglichkeiten zu Verfassungsänderung und Religionsgesetz als Grundlage für die Anerkennung von Religionsgemeinschaften aufgezeigt.

AMTSSTELLEN

Amt für Personal und Organisation

Amtsleiter: Peter Mella

Der Jahresbericht des Amts für Personal und Organisation ist geprägt durch die Anzahl und Vielfalt der Projekte. Die Anzahl der Projekte hat mit der Bildung der Abteilung Organisationsentwicklung nochmals zugenommen. Der Organisationsbereich konnte aufgrund der fehlenden Ressourcen lange Zeit nicht mit der notwendendigen Priorität behandelt werden.

Neben verschiedenen Organisationsprojekten im Rahmen der Verwaltungsreform gibt es auch einige Projekte, die grössere Auswirkungen auf die gesamte Landesverwaltung haben werden. Zu nennen sind vor allem der Aufbau einer Public Key Infrastructure (PKI) oder das Projekt «Enterprise Content Management (ECM)». Ein wesentlicher Bestandteil ist auch der permanente Ausbau des Verwaltungsportals www.llv.li. Der Bereich Einkauf wurde nach der Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers neu organisiert und in die Abteilung Organisationsentwicklung integriert.

Im Personalbereich bleibt aufgrund des auf hohem Niveau bleibenden Standes an Ausschreibungen sowie dem vermehrten Aufwand für die Betreuung der Amtstellen sowie der MitarbeiterInnen wenig Zeit für eigentliche Projektarbeit. Dennoch konnte ein neues Tool für den Leistungsdialog entwickelt und auch Vorarbeiten für das Gesundheitsmanagement in Angriff genommen werden.

Wesentliche Veränderungen gab es auch in der Abteilung Besoldungsadministration/Versicherungen. Der bisherige Stelleninhaber musste aus gesundheitlichen Gründen andere Aufgaben übernehmen, sodass die Abteilungsleitung neu besetzt werden musste.

Die steigenden Sicherheitsrisiken in der immer vernetzteren Welt machen auch vor der Landesverwaltung nicht halt. Diesem Thema wurde deshalb in der Informatik besondere Aufmerksamkeit geschenkt und nebst der laufenden Verbesserung der Schutzmechanismen auch eine periodische Überprüfung der Wirksamkeit eingeführt. Im Weiteren wurden im Bereich Projektmanagement viele Verbesserungen vorgenommen. Die Anstellung eines Projektmanagers im Jahr 2005 hat sich diesbezüglich als sehr vorteilhaft herausgestellt. Verschiedene Projekte konnten zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. So war es im Juni 2006 auch möglich, die zwei «Urgesteine» des Rechenzentrums der Landesverwaltung, die IBM H50 Systeme, endgültig ausser Betrieb zu nehmen.

In personeller Hinsicht ist zu erwähnen, dass zwei Mitarbeiter der Abteilung Informatik sehr anspruchsvolle Ausbildungen mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen haben. Zum einen war dies der Hochschullehrgang »Software Entwickler objektorientiert", zum anderen das äusserst anspruchsvolle Zertifizierungsverfahren zum IPMA (International Project Management Association) Projektleiter Level C.

Personalwesen

Stellenplan 2006

Für das Jahr 2006 bewilligte der Landtag die Schaffung der folgenden Stellen:

Ausländer- und Passamt	1.00
Landespolizei	2.00
Presse- und Informationsamt	1.00
Steuerverwaltung	0.50
Regierung nachgeordnete Stellen	4.00
Total	**8.50**

Personalbestand per 31.12.2006

Übersicht Personalbestand	Stellen	Personen	Männer	Frauen
(Ständige Stellen, Ausgleichsstellen, Nichtständige Stellen)				
Stabstellen der Regierung inkl. Sekretariate	71.70	84	35	49
Landesverwaltung	643.00	701	444	257
Gerichte	51.70	58	26	32
Landtagssekretariat	4.80	5	2	3
Zwischensumme 1	**771.20**	**848**	**507**	**341**
Anstalten und Stiftungen	30.95	45	11	34
Übrige	1.20	3	1	2
Zwischensumme 2	**32.15**	**48**	**12**	**36**
Ausbildung	55.90	56	29	27
Hilfskräfte	96.24	118	54	64
Zwischensumme 3	**152.14**	**174**	**83**	**91**
Total	**955.49**	**1070**	**602**	**468**
Vorjahr	910.70	1080	594	486

Unter dem nichtständigen Personal werden jene Personen geführt, die ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis haben.

Personalselektion
Im Berichtsjahr wurden 85 (68) Stellen ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibungen sind insgesamt 1 177 (979) Bewerbungen eingegangen. Nach Vorabklärungen und dem Ausscheiden einzelner Bewerbungen wurden mit 196 (208) Personen Gespräche geführt.

Es kann festgehalten werden, dass die Stellen insgesamt mit qualifizierten InteressentInnen besetzt werden konnten.

Ausgleichsstellen
Per Ende 2006 sind von 22.10 bewilligten Ausgleichsstellen 17.90 Stellen mit 22 Personen besetzt. Die Gesamtzahl der besetzten Ausgleichsstellen hat sich von 18.20 Stellen (Stand 31.12.2005) um 0.30 Stellen reduziert bzw. die Personenzahl ist unverändert.

Diverse Praktika
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 47 (58) PraktikantInnen (zwischen einem Monat und einem Jahr) sowie 20 (18) FerialpraktikantInnen (zwischen zwei und sechs Wochen) beschäftigt. Bei den PraktikantInnen handelte es sich in der Regel um StudentInnen, die während oder nach dem Studium ein Praktikum zu absolvieren hatten. Daneben wurden regelmässig kaufmännische Praktikanten im Rahmen der Absolvierung einer kaufmännischen Vollzeit-Ausbildung für ein Jahr angestellt.

Im Berichtsjahr haben ausserdem 16 (23) Personen ein Gerichtspraktikum absolviert.

Projekte im Personalbereich

Kinderbetreuung in der Landesverwaltung
Die Kindertagesstätte der Landesverwaltung wurde im Frühjahr 2002 mit einer Betreuungskapazität von 10 Plätzen eröffnet. Beim fest angestellten Betreuungspersonal waren im Jahre 2006 keine Wechsel zu verzeichnen. Durchschnittlich teilten sich 26 Kinder die 10 resp. 11 (ab Oktober 2006) Betreuungsplätze.

Im Vordergrund stand 2006 der Umzug der KITA in ein grösseres Haus am Dammweg 8 in Vaduz. Durch die Trennung der Spiel-, Schlaf- und Essbereiche von Säuglingen und Kleinkindern wurde die Betreuungsarbeit optimiert. Aufgrund des grösseren Raumangebotes können nun seit Oktober 2006 mit dem gleichen Betreuungspersonal zwei zusätzliche Betreuungsplätze, d.h. 12 anstatt 10, angeboten werden. Einer der zusätzlichen Plätze wurde befristet für ein Jahr der Hochschule Liechtenstein zur Verfügung gestellt. Die Hochschule übernimmt für diesen Betreuungsplatz das anteilige Betriebsdefizit.

Revision Beamtenrecht – Neues Personalrecht
Anfang Jahr konnte die Arbeitsgruppe der Regierung den Vernehmlassungsentwurf vorlegen. Diese genehmigte im Mai den Entwurf. Die Vernehmlassung dauerte bis Mitte Juli. Anschliessend wurden die Eingaben gesichtet und ausgewertet. Die Vorlage wurde im Sinne der Vernehmlassung überarbeitet. Bis Ende Jahr konnte eine bereinigte Fassung erstellt werden. Es ist nun vorgesehen, dass sich der Landtag im Frühjahr 2007 mit der Vorlage befasst und das neue Personalrecht auf den 1. Januar 2008 in Kraft tritt.

Elektronisches Zutritts- und Zeiterfassungssystem
2003 wurde die Eignungsabklärung des Produkts «Web GeminiTIME» der BIXI AG für die Landesverwaltung positiv abgeschlossen. Beim Produkt «Web GeminiTIME» handelt es sich um einen virtuellen Zeiterfassungsleser, mit dem via Internet-Explorer Abfragen, Erfassungen und Bewilligungen von Zeitbuchungen über das Intranet direkt im Zeiterfassungssystem möglich sind. Neben der papierlosen Erfassung von Zeitbuchungen durch die MitarbeiterInnen wird auch die Absenzverwaltung und -kontrolle für die Vorgesetzten vereinfacht und übersichtlicher gestaltet. Im Jahre 2006 konnte WEB GeminiTIME stufenweise eingeführt werden. Mittlerweile arbeiten sämtliche Amtsstellen erfolgreich mit dem neuen Tool.

Applikation Leistungsdialog
Die Personalbewertungen konnten per Ende September 2006 erfolgreich abgeschlossen werden. Insgesamt wurden wiederum über 800 Leistungsdialoge durch die Vorgesetzten durchgeführt.

Die Applikation «eFocus» wurde im Jahr 2006 durch eine neue informatikgestützte Software abgelöst. Die Erfahrungen und Rückmeldungen der ersten Durchführungen sind in die Entwicklung der neuen Software eingeflossen. Die Rückmeldungen der AnwenderInnen über die neue Applikation waren durchwegs positiv.

Durchführung Lohnrunde
In den ersten beiden Jahren nach Einführung des neuen Lohnsystems wurde den Vorgesetzten aufgrund klarer Kriterien ein informatikgestützter Lohnverteilungsvorschlag zur Verfügung gestellt. Dies um den Vorgesetzten den Einstieg und Umgang mit dem neuen Lohnssystem zu vereinfachen.

Erstmalig konnte nun bei der Lohnrunde 2006 auf die Generierung eines Lohnvorschlages verzichtet werden. Die Vorgesetzten wurden mit den notwendigen Informationen ausgestattet, um die zugeteilten finanziellen Mittel aufgrund der beurteilten Leistungen zu verteilen.

Führungskonzept
In der Landesverwaltung soll zur Unterstützung der Führungsarbeit ein Führungskonzept entstehen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe bestellt, welche sich in einem ersten Schritt der Erarbeitung der Führungsgrundsätze widmete. In Workshops wurden diese abgeleitet vom Leitbild der Landesverwaltung entwickelt.

Im Anschluss wurden die Grundsätze im Entwurf den AmtsstellenleiterInnen an einer Amtsleiterkonferenz präsentiert. Die Rückmeldungen konnten entgegengenommen und in die weitere Ausarbeitung miteinbezogen werden. Anfang 2007 soll der Regierung ein Antrag mit den Führungsgrundsätzen sowie weiteren Umsetzungsmassahmen vorgelegt werden.

Gesundheitsmanagement
Die Förderung der Sicherheit sowie der Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz sind im Leitbild der Landesverwaltung verankert. Noch existiert aber keine umfassende und gezielte betriebliche Gesundheitsförderung. Um diesen Mangel zu beheben, hat die Regierung das Amt für Personal und Organisation mit der Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes beauftragt. Im Berichtsjahr hat eine Mitarbeiterin den Lehrgang «Betriebliche Gesundheitsförderung» bei der SUVA absolviert. Bei der Analyse der IST-Situation hat sich gezeigt, dass gute Ansätze (Organisationsstruktur, Aus- und Weiterbildungsangebot, Arbeitssicherheit) vorhanden sind und dass das Gesundheitsmanagement sinnvollerweise mit dem neuen Führungskonzept koordiniert werden soll.

Teuerungszulagen für das Staatspersonal
Für das Jahr 2006 wurde vom Landtag kein Teuerungsausgleich sondern nur eine individuelle Gehaltsanpassung bewilligt. Der gemäss Besoldungsgesetz Art. 28 zur Berechnung der Teuerung massgebliche Stand des Landesindexes für Konsumentenpreise des Monats August 2006 (Basis Mai 2000 = 100; 2004: 103.3 Punkten [ausgeglichen]; 2005: 104.3 Punkten) entsprach 105.8 Punkten, womit die effektive Teuerung seit dem letzten Ausgleich im Jahr 2004 2.4% beträgt. Aufgrund der aktuellen Budgetsituation, welche gemäss Besoldungsgesetz Art. 27 zu berücksichtigen ist, entschied die Regierung, nebst den individuellen Gehaltsanpassungen beim Landtag eine Anpassung des Teuerungsausgleichs zu beantragen. Mit der Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 2% per 1. Januar 2007 wurde die Teuerung auf den Indexstand von 105.8 Punkten ausgeglichen.

Veranstaltungen
Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Personal und Organisation folgende Veranstaltungen organisiert:
- Skitag der Landesverwaltung am 4. März 2006 in Lech
- Konferenz der AmtsstellenleiterInnen am 4. Mai 2006 und 4. Oktober 2006
- Pensionistentreffen am 5. September 2006
- Verwaltungsabend der Landesverwaltung am 17. November 2006.

Personalinformation

FLip – Die Personalzeitschrift

Die Personalzeitschrift FLip ist turnusgemäss im Dreimonatsrythmus erschienen. Die Auflage beträgt 1 800 Exemplare. Die Personalzeitschrift ist mittlerweile im 12. Jahrgang und nicht mehr aus der Informationslandschaft der Landesverwaltung wegzudenken.

Rundschreiben
Wichtige Informationen wurden im Intranet veröffentlicht und am Personal-Informationssystem ausgehängt.

Amtliche Kundmachungen
Im Auftrag der Regierung und der Amtsstellen (ohne Landgericht und Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt) wurden 955 (822) Amtliche Publikationen in den beiden Landeszeitungen veröffentlicht.

Aus- und Weiterbildung

Allgemeines
In den letzten Jahren hat die Regierung keine einschneidenden Budgetkürzungen bei der Aus- und Weiterbildung vorgenommen. Dank dieser antizyklischen Haltung konnte die Landesverwaltung im Ausbildungsbereich trotz wirtschaftlich schwierigerer Zeiten den hohen Standard halten und ihre Pflicht als Arbeitgeberin mit der systematischen und kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden erfüllen. Eine sinnvolle Investition, die sich längerfristig in Form von qualifizierten, einsatzfähigen und motivierten MitarbeiterInnen auszahlt und zugleich das Image der Landesverwaltung auf dem Arbeitsmarkt verbessert.

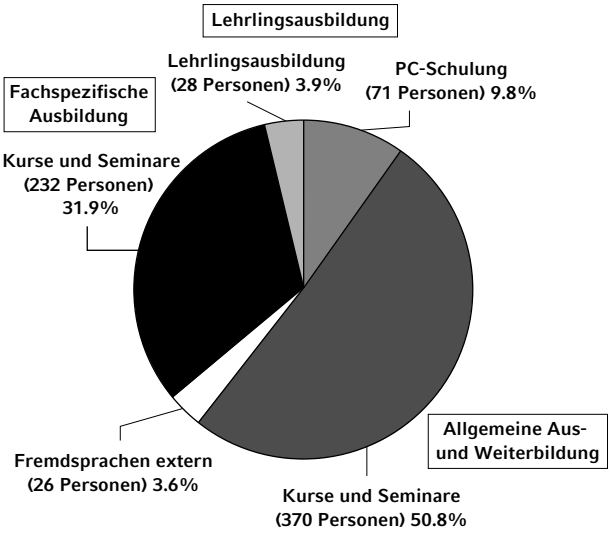
Das heutige Konzept der Aus- und Weiterbildung wurde im Jahre 2000 von der Regierung bewilligt und in den letzten Jahren sukzessive umgesetzt. Mit dem Führungsleitbild wird ein noch fehlender Baustein in absehbarer Zeit vorliegen. Daraus werden weitere Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung abzuleiten und umzusetzen sein.

Teilnehmerkreis
In der Landesverwaltung wurden im Berichtsjahr gesamthaft 3 292 (3 879) Weiterbildungstage absolviert. Dies ergibt durchschnittlich 3.22 (3.85) Weiterbildungstage pro MitarbeiterIn.

Insgesamt haben 542 (602) MitarbeiterInnen (260 Mitarbeiterinnen und 282 Mitarbeiter) die Angebote der allgemeinen und fachspezifischen Aus- und Weiterbildung genutzt. Im Weiteren standen 26 (26) Lehrlinge in Ausbildung an verschiedenen Berufsschulen.

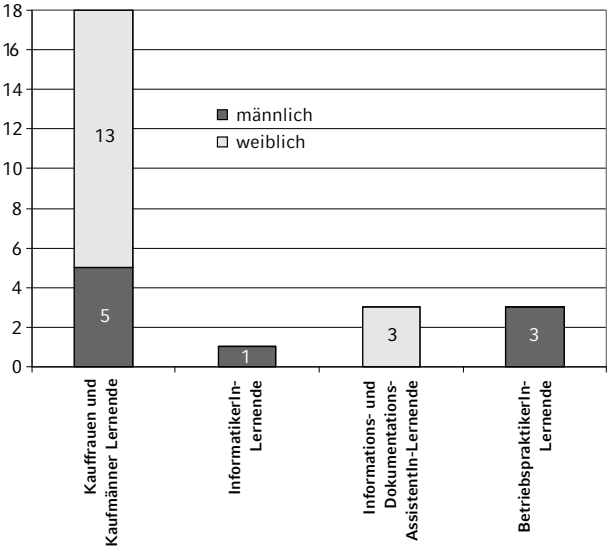
Die Gesamtzahl von 674 (725) absolvierten Ausbildungseinheiten können wie folgt den verschiedenen Bereichen der Aus- und Weiterbildung zugeordnet werden.

Ausbildungseinheiten aufgeteilt in die Fachbereiche



Fachspezifische Aus- und Weiterbildung
Im Berichtsjahr wurden für 230 verschiedene MitarbeiterInnen (84 Mitarbeiterinnen und 146 Mitarbeiter) fachspezifische Kurse und Seminare sowie Fremdsprachenkurse bewilligt. Zusätzlich wurden für einzelne MitarbeiterInnen für die Arbeitsbewältigung fachspezifische Ausbildungen und Lehrgänge bewilligt.

Lehrlingswesen
Mit Ende der ersten Hälfte des Berichtsjahres absolvierten alle 10 angetretenen Lernenden ihre Abschlussprüfungen. In der zweiten Hälfte des Jahres wurden 7 neue Lehrverträge abgeschlossen. D.h. seit Sommer 2006 werden bei der Landesverwaltung 25 Lernende - in folgenden Berufen - ausgebildet:



Im Sommer des Berichtjahres erlangten erstmals 5 Kaufleute (NKG) ihren Fähigkeitsausweis «Kauffrau/Kaufmann». Es ist ein vermehrter Erwerb von Zertifikaten, wie Informatik-Anwender-SIZ (Schweizerisches Informatik-Zertifikat), CFP-Diplome (Französisch) und Englisch-Zertifikate (BEC Preliminary und Vantage) während der Lehre als Kauffrau/Kaufmann zu verzeichnen.

Jede Amtsstelle, welche Lernende ausbildet, hat eine zuständige ausbildungsverantwortliche Person. Diese führt den Lernenden/die Lernende in die Amtsaufgaben ein und ist Ansprechperson. Der Kontakt zwischen den Ausbildungsverantwortlichen/BerufsbildnerInnen und der Lehrlingsbetreuerin ist wichtig. Die Ausbildungsverantwortlichen/BerufsbildnerInnen für den Beruf Kauffrau/Kaufmann bewerten die in den Amtsstellen durchgeführten Arbeits- und Lernsituationen (ALS) und Prozesseinheiten (PE).

Im Berichtsjahr absolvierten 28 SchülerInnen eine 1-tägige Schnupperlehre als Kauffrau/Kaufmann, 1 als BetriebspraktikerIn, 10 als Informatiker und 5 als Informations- und DokumentationsassistentIn.

Von den LehrabgängerInnen konnten drei Kauffrauen, eine Informations- und Dokumentationsassistentin, ein Informatiker und zwei Betriebspraktiker als Aushilfen weiterbeschäftigt werden.

Einführungswoche
Im ersten Lehrjahr findet für alle im Rahmen der Einführungswoche ein Lager statt. Im Berichtsjahr führte diese Reise ins Muotathal.

Arbeitswoche
Im zweiten Lehrjahr leisten die Lehrlinge/Lernenden einen freiwilligen Arbeitseinsatz, letztmals im Appenzell. In Teufen wurden Aufräumarbeiten erledigt.

Lehrabschlussreise
Eine Abschlussreise mit allen Lehrabschlusslehrlingen findet jeweils im dritten Lehrjahr statt. Das Reiseziel wird von den Lehrlingen/Lernenden selbst bestimmt.

Versicherungswesen

Neuabschluss der Versicherungsverträge
Ab 1. Januar 2006 sind die neu vergebenen Versicherungspolicen in Kraft getreten. Der Ablauf der neuen Versicherungspolicen wurde zwischen einem Jahr und max. vier Jahren vereinbart, um den Marktveränderungen gerecht zu werden. Betroffen sind die folgenden Versicherungsverträge:
– Obligatorische Unfallversicherung, samt Zusatzversicherungen und Schülerunfallversicherung
– All-Risk (Gebäude/Fahrhabe-) Versicherung
– Transportversicherung
– Betriebshaftpflichtversicherung
– Organhaftpflichtversicherung
– Motorfahrzeug-Flottenvertrag und Dienstfahrtenkasko.

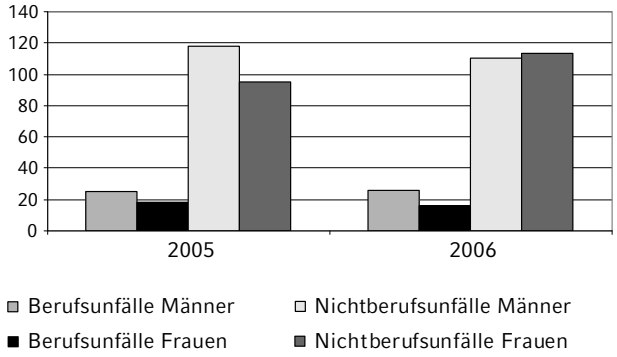
Kollektiv-Unfallversicherung

Unfallstatistik 2006

Art der Unfälle	2005	2006	Veränderung abs.
Berufsunfälle Männer	25	26	1
Berufsunfälle Frauen	18	16	-2
Nichtberufsunfälle Männer	118	110	-8
Nichtberufsunfälle Frauen	95	113	18
Total Berufsunfälle	**43**	**42**	**-1**
Total Nichtberufsunfälle	**213**	**223**	**10**

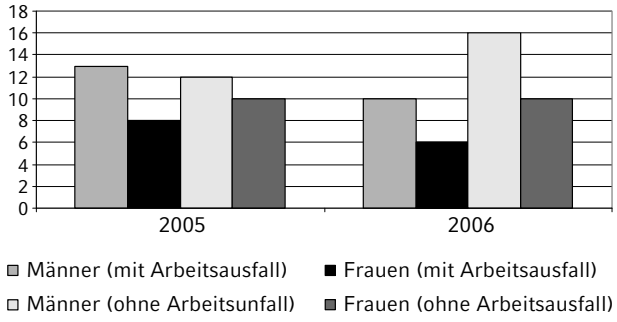
Nach einer Abnahme im Vorjahr hat die Zahl der Unfälle im vergangenen Jahr leider wieder leicht zugenommen.

Zusammenfassung BU- und NBU-Statistik



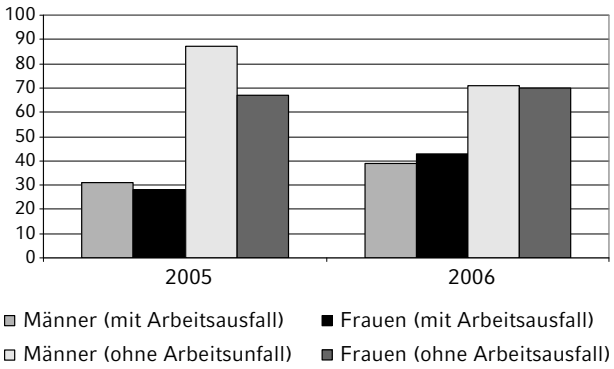
Erfreulicherweise konnte eine kleine Abnahme der Berufsunfälle verzeichnet werden. Bei den Nichtberufsunfällen Männer wurde eine Abnahme von 7% und bei den Frauen eine Zunahme von 19% verzeichnet.

Berufsunfallstatistik



Die Unfälle «mit Arbeitsausfall» haben sich um 24% (5 Unfälle) reduziert und die Unfälle «ohne Arbeitsausfall» haben um 18% (4 Unfälle) zugenommen.

Nichtberufsunfallstatistik



Die Unfälle «mit Arbeitsausfall» haben sich um 39% (23 Unfälle) erhöht und die Unfälle «ohne Arbeitsausfall» haben sich um 8% (13 Unfälle) reduziert.

Sachversicherungen

Schadenstatistik 2006

Art der Schäden	2005	2006	Veränderung abs.
Dienstfahrten-Kasko	10	2	-8
Gebäude-Fahrhabe (All-Risk)	2	0	-2
Haftpflichtversicherung	3	3	0
Motorfahzeug-Flottenversicherung	1	0	-1
Total	**16**	**5**	**-11**

Organisation der Amtsstellen

Einführung der neuen Stellenbeschreibungs-Applikation

Nach den Informationsveranstaltungen im Februar und März wurde die neue Stellenbeschreibungs-Applikation im April 2006 produktiv aufgeschaltet. Die Einführung verlief reibungslos, so dass bis Ende Juni 95% aller Stellenbeschreibungen im System eingepflegt waren.

Die Anbindung der Stellenbeschreibungs-Applikation an den ebenfalls neu gestalteten Leistungsdialog erfolgte im Juli 2006 und verlief ebenfalls ohne Probleme.

Bis Ende 2006 wurde die Funktionalität der Stellenbeschreibungs-Applikation schrittweise um folgende Zusatzmodule erweitert:

– Stellenzuordnungen
– Stellenausschreibung
– Einführung neue Mitarbeitende
– Arbeitszeugnis
– Funktionendiagramm
– Kompetenzdiagramm
– Virtuelle Stellenbeschreibung

Aufgrund der Realisierung dieser Applikation steht der Landesverwaltung ein einzigartiges System zur Verfügung, das die Vorgesetzten und Mitarbeitenden in Personal- und Organisationsthemen umfassend unterstützt.

Projekt «Verlängerte Schalteröffnungszeiten»
Das Amt für Personal und Organisation wurde im Juni 2006 mit der Leitung des Projekts «Verlängerte Schalteröffnungszeiten» betraut. Mit diesem Projekt soll im Rahmen einer Versuchsphase evaluiert werden, wie die Verlängerung der Öffnungszeiten bei den Schalterstellen jeweils am Mittwoch bis 19.00 Uhr bei der Kundschaft ankommt.

Nach ausführlichen Besprechungen mit den betroffenen Amtsstellen sowie den notwendigen Abklärungen und Abstimmungen in Bereichen wie z.B. Sicherheit, Informatik, Reinigung und Arbeitszeitregelung wurde von der Regierung beschlossen, die halbjährige Versuchsphase per 1. Januar 2007 zu starten.

Public Key Infrastructure (PKI)
Unter der Leitung des Amtes für Personal und Organisation wurde ein umfassender Schlussbericht zur Einführung einer Public Key Infrastructure (PKI) erstellt und der Regierung im April 2006 weitergeleitet. Unter PKI wird die eindeutige elektronische Feststellung der Identität eines Kunden/einer Kundin verstanden, so dass eine vertrauliche, gesicherte und rechtlich verbindliche Kommunikation zwischen den Kunden und der Verwaltung sowie innerhalb von Behörden nach standardisierten Prozeduren stattfinden kann.

Der Schlussbericht sieht folgende Einführungsphasen vor:
– Aufgrund der Vorgaben zur Erfüllung der von der EU beschlossenen Publizitätsrichtlinien werden auf 1. Januar 2007 die zuständigen Mitarbeitenden im Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt mit qualifizierten Zertifikaten ausgestattet.
– In einer zweiten Etappe erfolgt die Ausstattung aller Mitarbeitenden der Landesverwaltung mit qualifizierten Zertifikaten, so dass die Landesverwaltung im Geschäftsverkehr mit ihren KundInnen auf einem elektronisch gesicherten Weg kommunizieren kann.
– Die dritte Etappe sieht die Ausstellung von qualifizierten Zertifikaten für die EinwohnerInnen durch die Verwaltung vor. Dies soll durch die Einführung einer elektronischen Identitätskarte und eines elektronischen Ausländerausweises erfolgen.

Projekt «Elektronische Identitätskarte/Elektronischer Ausländerausweis»
Im Rahmen der dritten Phase zur Einführung einer Public Key Infrastructure ist die Einführung einer elektronischen Identitätskarte und eines elektronischen Ausländerausweises vorgesehen.

Mit der Erledigung der dafür notwendigen Vorarbeiten wurde das Ausländer- und Passamt beauftragt. Im Sinne einer möglichst effizienten Vorgehensweise und der bestmöglichen Synergienutzung wird dieses Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation durchgeführt.

Prototyping für «Enterprise Content Management (ECM)»
Unter «Enterprise Content Management» oder kurz «ECM» wird ein System verstanden, das die Abbildung des gesamten Lebenszyklus von Informationen in einem Unternehmen, d.h. von deren Erzeugung, über die Bearbeitung bis zur Bereitstellung sowie der abschliessenden Archivierung bzw. Vernichtung ermöglicht.

Unter der Leitung des Amtes für Personal und Organisation wurde ein Prototyping im Ausländer- und Passamt gestartet. Mit Hilfe dieses Prototypings sollen die im Schlussbericht dargestellten und verwaltungsweit geltenden Erkenntnisse konkretisiert und die notwendigen organisatorischen, technischen und applikatorischen Vorabklärungen durchgeführt werden. Ziel des Prototypings ist es, eine abschliessende Aussage darüber machen zu können, ob und wie ein ECM-System verwaltungsweit eingeführt werden kann.

Verwaltungsportal www.llv.li
Ende 2005 wurde ein umfassendes Review rund um www.llv.li, dem Portal der Landesverwaltung, durchgeführt. Dieses Review bestand aus einer Online-Kundenbefragung sowie einer Benchmark-Analyse. Die Auswertung erfolgte von einer in diesem Themenbereich spezialisierten Firma, die unter anderem auch das Portal der österreichischen Verwaltung betreut. Die Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:
– Die erzielten Resultate sind äusserst positiv und bescheinigen dem Verwaltungsportal eine grosse Akzeptanz.
– Die Kunden sind mit den bestehenden Möglichkeiten sehr zufrieden, wünschen sich aber gleichzeitig auch eine Erweiterung der angebotenen Informationen und Dienstleistungen.
– Der Schwerpunkt im Erweiterungsbereich liegt eindeutig im Auf- und Ausbau von interaktiven Anwendungen.
– Die grosse Nachfrage nach elektronischen Dienstleistungen zeigt, dass die Einführung einer Public Key Infrastructure notwendig ist, um den Kundenwünschen gerecht zu werden.

Die Detailergebnisse und -empfehlungen wurden auf deren Machbarkeit geprüft, priorisiert und anschliessend in die weitere Projektplanung aufgenommen. Basierend auf diesen Vorarbeiten wurden im Berichtsjahr verschiedene Verbesserungsmassnahmen realisiert. Die Portal-Suche wurde vollständig überarbeitet, indem sie anders platziert, optisch hervorgehoben und mit zahlreichen zusätzlichen Suchmöglichkeiten erweitert und verbessert wurde.

Der Bereich Portaldienste wurde umstrukturiert und um folgende neue Informationen und Anwendungen erweitert:
– Elektronische Gesetzesdatenkbank (www.gesetze.llv.li)
– Elektronischer Steuerrechner (www.steuerrechner.llv.li)
– RSS-Feed für aktuelle Pressemitteilungen (www.rss.llv.li)

– Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung (www.qualitaetsmanagement.llv.li)
– Gezielte Suche nach Bildungsmöglichkeiten in Europa (www.bildungsprogramme-finder.llv.li)
– Elektronische Wanderwege (www.wanderwege.llv.li)
– Kontakte und Standorte auf einen Blick (www.kontakte-standorte.llv.li)
– Öffnungszeiten auf einen Blick (www.oeffnungszeiten.llv.li)
– Aktueller Überblick über die Luftwerte in Liechtenstein (www.luftmesser.llv.li)

Die allgemeinen Informationen zu den einzelnen Amtsstellen wurden strukturell und inhaltlich überarbeitet und vereinfacht.

Im Bereich der Lebensthemen wurden die beiden neuen Lebensthemen «Bildungsprogramme» (www.bildungsprogramme.llv.li) und «Bewusster Leben» (www.bewussterleben.llv.li) umgesetzt und eingeführt.

TQM – Umsetzung im Amt für Personal und Organisation

Die Mitglieder der Regierung sowie die MitarbeiterInnen der Landesverwaltung haben sich verpflichtet, das Leitbild der Landesverwaltung durch Handlungsorientierung in der täglichen Arbeit umzusetzen. In mehreren Workshops wurden zuerst die für das Amt für Personal und Organisation relevanten Leitsätze durch Prioritätensetzung ausgewählt. Anschliessend wurden zu jedem Leitsatz die wichtigsten Handlungsmöglichkeiten ermittelt. Anschliessend wurden sieben konkrete Massnahmen resp. Projekte definiert sowie die Zuständigkeiten und Termine festgelegt. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung präsentierten die Mitglieder der Arbeitsgruppe Ende November die Ergebnisse. Anschliessend definierte jeder Mitarbeiter/jede Mitarbeiterin für sich persönlich diejenigen Handlungsprinzipien, die er in den kommenden Wochen umsetzen möchte.

Projekte im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation

Zur Umsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreform sowie des Regierungsprogramms 2005-2009 wurde das Amt für Personal und Organisation im Berichtsjahr mit der Leitung einiger Organisationsprojekte beauftragt. Im Rahmen dieser Projekte werden vom Amt zusammen mit dem spezifisch eingesetzten Projektteam Fragestellungen aus verschiedensten Teilbereichen wie z.B. Aufbau- und Ablauforganisation, Recht, Finanzen, Personal, Raum, Technik oder Kommunikation besprochen, auf einen koordinierten Zeitpunkt abgestimmt und die dafür notwendigen Umsetzungsmassnahmen zu Handen der Regierung oder zu Handen der jeweiligen Amtsleitung erarbeitet.

Integration verschiedener Fachbereiche vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Handel und Transport

Der konkrete Projektauftrag an das Amt für Personal und Organisation lautete «Integration der Prüf-, Mess- und Normenstelle (TPMN) sowie der Fachbereiche Geistiges Eigentum, Wettbewerbsrecht und Konsumentenschutz vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Handel und Transport (bisher Amt für Zollwesen)».

Zusätzlich zu den einleitend ausgeführten Teilbereichen wurde im Rahmen dieses Projekts auch ein Bericht und Antrag an den Landtag erstellt, der sich mit Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Zollwesen beschäftigt (BuA Nr. 124/2006). Dieser Bericht und Antrag wurde vom Landtag in seiner Sitzung vom 24. November 2006 verabschiedet.

Integration der Abteilung «Sozialversicherung» vom Amt für Volkswirtschaft in das Amt für Gesundheit

Zusätzlich zu den einleitend ausgeführten Teilbereichen wurde im Rahmen dieses Projekts ein Bericht und Antrag an den Landtag erarbeitet, der sich mit den notwendigen Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Gesundheitsdienste beschäftigt (BuA Nr. 64/2006). Dieser Bericht und Antrag, welcher sowohl die notwendigen Gesetzesanpassungen als auch die Abänderung des Namens «Amt für Gesundheitsdienste» in «Amt für Gesundheit» umfasst, wurde vom Landtag in seiner Sitzung vom 21. September 2006 verabschiedet.

Integration der Stabsstelle Protokoll in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Im Rahmen dieses Projekts wurde der Bericht und Antrag betreffend die Integration der Stabsstelle Protokoll in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die damit verbundene Auflösung der Stabsstelle Protokoll erarbeitet (BuA Nr. 107/2006). Die Verabschiedung dieses Berichts und Antrags durch den Landtag erfolgte in der Landtagssitzung vom 24. November 2006.

Projekt zur Zusammenführung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle

Im Rahmen des Vorprojekts wurde vom Projektteam ein Bericht zu Handen der Regierung verfasst, der neben einem Überblick über die Situation in den umliegenden Kantonen eine detaillierte Aufstellung der liechtensteinspezifischen Vor- und Nachteile einer Zusammenführung umfasst und dementsprechende Massnahmen und/oder Lösungsansätze aufzeigt. Basierend auf der ebenfalls vom Projektteam erarbeiteten Grobdarstellung der zukünftigen organisatorischen Ausrichtung erfolgte die Neubesetzung der Amtsleitung.

Die Zusammenführung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle wurde dem Landtag mit Bericht und Antrag bzgl. Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle vorgestellt (BuA Nr. 49/2006)

und vom Landtag in seiner Sitzung vom 23. Juni 2006 verabschiedet.

Nach Abschluss des Vorprojektes und der Genehmigung der gesetzlichen Grundlage durch den Landtag hat die Regierung im September 2006 das Hauptprojekt zur effektiven Zusammenführung der Berufsberatungsstelle und des Amtes für Berufsbildung beschlossen.

Amtsstellen-orientierte Projekte

Durchgeführte Stellenzuordnungen
Im Jahr 2006 wurden folgende Amtsstellen umfassend überprüft:
– Amt für Personal und Organisation
– Stabsstelle für Chancengleichheit
– Steuerverwaltung
– Tiefbauamt
Aufgrund des Umstiegs auf das neue Lohnsystem wurde im Weiteren die gesamte Landespolizei überprüft und in die bestehenden Lohnklassen eingereiht. Damit die Eigenheiten der Landespolizei berücksichtigt werden können, mussten zusätzlich zu den eigentlichen Stelleneinstufungen auch die polizeispezifischen Richtpositionen und Richtpositionsbeschreibungen erarbeitet werden.

Reorganisation im Amt für Umweltschutz
Zusammen mit der Amtsleitung wurden im Amt für Umweltschutz verschiedene organisatorische Massnahmen erarbeitet und von der Regierung beschlossen. Neben der Ernennung eines Führungsteams ist insbesondere die Schaffung der Stabsstelle «Dienste» zu erwähnen, über welche die technischen, administrativen und organisatorischen Tätigkeiten der Amtsstelle koordiniert werden sollen.

Reorganisation im Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen
In Zusammenarbeit mit der Amtsleitung wurden verschiedene Massnahmen erarbeitet, um die seit mehreren Jahren bestehende Arbeitsüberlastung des Amtsleiters zu reduzieren. Der Massnahmenkatalog sieht die Einführung einer klar definierten Aufbauorganisation sowie die dementsprechende Stellenzuteilung und Ernennung der Führungskräfte vor.

Einkauf
Obwohl es während des Berichtsjahres zu vielen Umzügen und damit verbundenen Anschaffungen gekommen war, konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden. Dies war nur dank der Verwendung und Anpassung von bestehendem Mobiliar und äusserster Zurückhaltung bei der Anschaffung von neuem Mobiliar möglich.

Mit der Sektion Autogewerbe der Gewerbe- und Wirtschaftskammer wurden die bestehenden Richtlinien auf die neuen ÖAWG-Richtlinien angepasst.

Für das neue Justizgebäude musste das Büromobiliar beschafft werden. Angesichts der geltenden ÖAWG-Schwellenwerte war eine internationale Ausschreibung notwendig. Dies hatte zur Folge, dass der Fachbereich Einkauf ab Mitte 2006 zu grossen Teilen damit beschäftigt war, die dementsprechende Ausschreibung auszuarbeiten und durchzuführen. Im Anschluss an die Auswertung der zahlreichen Offerteingaben erfolgte eine Bemusterung des Büromobiliars. Die Vergabe des Mobiliars wurde Ende 2006 von der Regierung beschlossen. Die definitive Bestellung erfolgt im Jahr 2007.

Neuorganisation des Bereichs Einkauf
Mit der Pensionierung des bisherigen Stelleinhabers ergab sich die Möglichkeit diesen Bereich neu zu organisieren und die Schnittstellen zu überprüfen. Es ergaben sich verschiedene Korrekturen, so z.B. die Aufgabenabgrenzung mit der Liegenschaftsverwaltung des Hochbauamtes. Auch das Aufgabengebiet wurde angepasst, so laufen in Zukunft alle Fragen und Aufträge im Zusammenhang mit Druck und Grafik bei der internen Druckerei der Informatikabteilung zusammen. Dies ist auch die Voraussetzung für die Wahrnehmung der neuen Aufgaben im Zusammenhang mit den Gestaltungsrichtlinien resp. den Richtlinien betreffend die Auftragsvergaben.

Raumbedarfsplanung

Generelle Raumbedarfsplanung
Die von der Regierung beauftragte Arbeitsgruppe legte der Regierung im Herbst einen Bericht über die mittelfristige Raumbedarfsplanung vor und schlug konkrete Massnahmen vor.

Mietobjekt Justizgebäude
Das abgelaufene Jahr stand ganz im Zeichen der Detailplanung. Es galt, die organisatorischen Aspekte und die Sicherheitsanforderungen auch in der Detailphase unter einen Hut zu bringen. Die Baukommission arbeitete gut und unbürokratisch, der Terminplan konnte eingehalten werden und der Stand auf der Baustelle entsprach Ende Jahr den Vorgaben, sodass der Bezugstermin Mai 2007 gesichert ist. Durch ein konsequentes Kostenmanagement wird die Einhaltung des Budgets gesichert.

Staatsanwaltschaft - Haus Scherzinger
Die Staatsanwaltschaft war bisher im Haus Risch im Zentrum von Vaduz untergebracht. Neu wird die Staatsanwaltschaft im Haus Scherzinger, in unmittelbarer Nähe des neuen Justizgebäudes, untergebracht sein. Der Landtag bewilligte einen Nachtragskredit für den notwendigen Umbau der Büroräumlichkeiten im neuen Mietobjekt. Die Umbauarbeiten wurden termingerecht abgeschlossen, sodass die Staatsanwaltschaft Ende Oktober die neuen Räume beziehen konnte. Staatsanwaltschaft und Landgericht sind nun räumlich in nebeneinander liegenden Gebäuden untergebracht.

Haus Risch
Durch den Auszug der Staatsanwaltschaft wurden im Haus Risch entsprechende Flächen frei. Im Rahmen des

Organisationsprojekts betreffend die Zusammenführung der Abteilung «Sozialversicherungen» mit dem Amt für Gesundheitsdienste wurde eine Raumbedarfsplanung erstellt. Es zeigte sich, dass die Zusammenführung in den bestehenden Räumlichkeiten im Postgebäude Schaan nicht möglich war, sodass sich die frei werdenden Büros im Haus Risch für diese Lösung anboten. Das Amt für Gesundheitsdienste zügelte Ende November in das Haus Risch. Die Abteilung Sozialversicherungen folgte etwas später.

Landesarchiv
Einer der grössten Umzüge in der Geschichte der Landesverwaltung betraf das Landesarchiv. Bedingt durch den Neubau mussten alle Archivmaterialien in ein Provisorium gezügelt werden. Ein paar Zahlen sollen den Umfang verdeutlichen:
- Die Vorbereitung des Umzuges dauerte ca. 25 Arbeitstage, Zeitraum Februar bis März.
- Beim Umzug wurden ca. 13 000 Kisten benötigt und befördert.
- Der Umzug erstreckte sich über einen Zeitraum von März 06 – Ende September 06.
- 4-6 Mitarbeiter des Tiefbauamtes waren ca. 60 Tage im Einsatz.
- Es wurden ca. 360 Transportfahrten von Vaduz nach Triesen gemacht.

Insgesamt sind ca. 7 800 Laufmeter Akten transportiert worden.

Postgebäude Schaan
Die Raumbedarfsplanung beim Postgebäude Schaan wurde durch zwei Projekte beeinflusst. Einerseits war dies die Zusammenführung des Amts für Berufsbildung mit der Berufsberatungsstelle und andererseits der Auszug des Amts für Gesundheit aufgrund der Neuorganisation. Erste Priorität bei der Planung hatte die Zusammenführung der beiden Amtsstellen. Gleichzeitig mussten auch die personellen Erweiterungen beim Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen berücksichtigt werden. Zusammen mit der Abteilung Projektierung des Hochbauamtes wurden anhand der Vorgaben des Handbuches für die Bedarfsplanung die Flächen ermittelt und erste Abklärungen getroffen.

Verlagerung von Amtsstellen
Die folgende Übersicht zeigt alle wesentlich Umzüge des abgelaufenen Jahres. Umstellungen von Einzel-Arbeitsplätzen oder kleineren Organisationseinheiten sind nicht enthalten.

Nr.	Amt	Von	Nach
1	Namenbuch / Historischer Verein / Lexikon	Messinagebäude Triesen	Gamanderhof / Schaan
2	Amt für Zivilschutz und Landesversorgung	Messinagebäude Triesen	Wille-Areal / Vaduz
3	Landesarchiv	Landesarchiv / Städtle 51	Messinagebäude Triesen
4	Staatsanwaltschaft	Haus Risch Vaduz	Haus Scherzinger Vaduz
5	Amt für Volkswirtschaft	Haus Risch DG	Haus Risch OG
6	Amt für Gesundheit	Post Schaan	Haus Risch Vaduz
7	Amt für Volkswirtschaft/Abt. Sozialversicherungen	Hanfland Vaduz	Haus Risch Vaduz
8	Tiefbauamt - Werkbetrieb	Werkbetrieb TBA	Wille-Areal / Vaduz

Informatik

EDV-Gesamtlösung für die Abteilung Arbeit des Amtes für Volkswirtschaft
Es wurden einige Zusatzfunktionen implementiert. Stellvertretend seien genannt: die Taggeldberechnung für Personen mit reduziertem Beschäftigungsgrad, die Berücksichtigung des variablen Existenz-Minimums bei der Pfändung der Arbeitslosengelder oder etwa die Anpassung des Lohnes bzw. des Zwischenverdienstes bei Teilzeitstellensuchenden. Die Abnahme der Module Arbeitsvermittlung (AV) und Arbeitslosenversicherung (ALV) erfolgte planmässig im 4. Quartal 2006.

EDV-Lösung für die Energiefachstelle beim Amt für Volkswirtschaft
Die Energiefachstelle des Amts für Volkswirtschaft ist zuständig für die Ausarbeitung und Umsetzung energiepolitischer Konzepte. Das Energiespargesetz fördert die Wärmedämmung von Gebäuden, die Umrüstung oder Neuerstellung auf Haustechnikanlagen welche auf erneuerbaren Energien basieren sowie den Einsatz von Solartechnik zur Warmwasseraufbereitung und zur Produktion von elektrischer Energie.

Für die gesamte administrative Abwicklung der Anträge sowie die Verwaltung der ausbezahlten Förderbeiträge wurde eine neue Softwarelösung benötigt. Diese Lösung wurde im Berichtsjahr realisiert und steht mittlerweile in produktivem Einsatz.

Erweiterung der Archivierungslösung ScopeArchiv beim Landesarchiv
Die Archivierungslösung wurde um das Modul «Übernahme-Assistent» erweitert. Diese Software ermöglicht den Import komplex strukturierter Daten aus Fremdbeständen in ScopeArchiv und erspart somit die manuelle Mehrfacherfassung bereits vorhandener Daten.

Erweiterung der Steuerlösung um die EU-Zinsbesteuerung
In einem zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft ausgehandelte Abkommen hat sich Liechtenstein verpflichtet, einen Steuerrückbehalt auf bestimmten Zinserträgen vorzunehmen. Damit dieser Verpflichtung nachgekommen werden kann, musste die Steuerlösung erweitert werden.

Softwarebeschaffung für die elektronische Steuererklärung (eTax)
Die Steuerverwaltung wird für das Steuerjahr 2006 eine elektronische Steuererklärung auf dem Portal der Landesverwaltung zur Verfügung stellen. Die dazu nötige Software wurde beschafft und an die liechtensteinischen Gegebenheiten angepasst.

Stipendienlösung beim Schulamt
Das im Herbst 2005 gestartete Projekt, mit dem Ziel eine neue EDV-Lösung für die Stipendienstelle beim Schulamt zu realisieren, wurde im Oktober des Berichtsjahres erfolgreich abgeschlossen. Anlässlich der letzten Projektausschusssitzung wurde das Abnahmeprotokoll der Lösung unterzeichnet und die Applikation offiziell in den produktiven Betrieb überführt.

Softwarelösung «Gebäudeinformationssystem» bei der Liegenschaftsverwaltung
Der Datenbestand hat in den letzten Jahren stark zugenommen, weshalb die Verarbeitungsgeschwindigkeit zunehmend langsamer wurde. Die Migration auf ein modernes Datenbanksystem wurde deshalb in Angriff genommen. Zusätzlich wurden neue Anforderungen, wie zentraler Einkauf und Einbindung des Sicherheitskonzepts, umgesetzt. Die migrierte Lösung befindet sich noch in der Testphase. Im ersten Quartal 2007 erfolgt die produktive Einführung.

Umsetzung der Publizitätsrichtlinie beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
Gemäss EU-Richtlinie haben die Mitgliedsstaaten dafür zu sorgen, dass ab dem 1. Januar 2007 im Bereich Öffentlichkeitsregister den KundInnen die Möglichkeit der elektronischen Auskunftseinholung sowie der elektronischen Geschäftsabwicklung geboten wird.

Um dieser Forderung nachzukommen wurde im Frühjahr ein umfangreiches Projekt gestartet, das sowohl technische wie auch organisatorische und gesetzliche Massnahmen beinhaltete. Ab Dezember konnte die Lösung zum Test freigegeben werden.

Erweiterung der Softwarelösung beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
Als Erweiterung der bestehenden Geschäftsapplikation des Grundbuches wurde das Modul TERRIS «Anzeige- und Meldewesen», sowie die Module TerIntra-WEB und TerIntra-Zugriffszählung beschafft. Mit Hilfe dieser Softwaremodule wird die Erstellung der Handänderungsmeldungen an die Gemeinden wesentlich vereinfacht, sowie externen Kunden der Zugriff via Internet ermöglicht.

IT-Sicherheit
Die Sicherheitsrisiken in der IT wachsen stetig an.

Deshalb ist es unerlässlich von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob die Sicherheitseinrichtungen die erwünschte Wirkung zeigen und Angriffe wirksam abwehren. Aus diesem Grund wurde alle drei Monate ein Sicherheitscheck durchgeführt. Etwaige Lücken und mögliche Angriffspunkte konnten so aufgespürt und anschliessend gezielt geschlossen werden.

Ausländer- und Passamt - Neue Passgeneration
Nach der Auftragsvergabe im April 2006 an die Österreichische Staatsdruckerei zur Bereitstellung der zur Ausgabe von biometrischen Pässen notwendigen Soft- und Hardware, wurde die Spezifikation für die Schnittstelle zur «Zentralen Personenverwaltung» (ZPV) erstellt. Anschliessend wurde basierend auf dieser Spezifikation die Schnittstelle ZPV – ePass-System realisiert.

Geschäftsapplikation für das Zivilstandesamt (Phase 2)
Die Phase 2 der Geschäftslösung wurde gemäss Pflichtenheft fertig gestellt. Folgende Bereiche werden dadurch abgedeckt:
- Alle bis anhin manuell zu bearbeitenden Ereignisse werden neu vom System unterstützt.
- Alle Scheine, Meldungen und Formulare werden elektronisch erstellt.
- Die Einhaltung der Geschäftsregeln wird automatisch überprüft.

Ausbau der USV Anlage (Unterbrechungsfreie Stromversorgung)
Die im Jahr 2003 in Betrieb genommene USV Anlage wurde um einen Batterieblock erweitert. Aufgrund des gestiegenen Energiebedarfs des Rechenzentrums der Landesverwaltung reichte die Kapazität nicht mehr aus, um bei einem länger anhaltenden Stromausfall die Systeme ordnungsgemäss herunterzufahren. Mit dem Ausbau erhöhte sich die Autonomiezeit auf über eine Stunde, was für eine ordnungsgemässe Systemabschaltung ausreichend ist.

Backoffice Migration
Nachdem im Vorjahr der Verzeichnisdienst «Active Directory» eingeführt wurde, konnte die Benutzermigration abgeschlossen werden. Ausstehend ist noch die Migration der MitarbeiterInnen in den Botschaften.

Ersatz der Print-Server
Die veraltete Print-Server-Infrastruktur, bestehend aus acht dedizierten Rechnern, wurde durch ein modernes Clustersystem ersetzt. Die Stabilität und Betriebssicher-

heit konnte dadurch wesentlich erhöht werden. Im Gegenzug sanken die Wartungs- und Betriebsaufwände.

Ausbau Storage-Infrastruktur
Dem stetig wachsenden Bedarf an Speicherplatz für die Dateiablage musste auch in diesem Jahr Rechnung getragen werden. Das vorhandene Clustersystem wurde daher entsprechend ausgebaut.

Virenschutz
Nachdem bereits im Vorjahr der Virenschutz durch eine neue Mail-Firewall aktualisiert wurde, konnte nun auch der Virenschutz im Bereich Client-PC und Server erneuert werden. Auch für den Proxy-Server, der eine zentrale Rolle bzgl. Virenschutz für den Internetzugang spielt, wurde ein neues Produkt evaluiert und installiert. Damit existiert in der Landesverwaltung ein modernes, mehrstufiges Virenschutzkonzept, welches Komponenten von drei verschiedenen Herstellern enthält.

Serverkonsolidierung
Die zunehmende Anzahl an Applikation hat in den vergangenen Jahren zu einer wachsenden Anzahl an Serversystemen geführt. Der so entstandene Engpass im Rechenzentrum (Klima, Notstromversorgung, Kabelinfrastruktur) wird heute mit verschiedenen Konsolidierungsstrategien behoben. Im Berichtsjahr wurden weitere Virtualisierungsplattformen realisiert, auf welchen mehrere Server virtuell zur Verfügung gestellt werden können. Die Anzahl physischer Server konnte dadurch reduziert werden.

Migration der ORACLE Anwendungen auf Version 10g (Web-Forms)
In einem Migrationsprojekt wurden die Client/Server basierten ORACLE-Applikationen der Landesverwaltung in eine browserbasierte Web-Architektur überführt. Der Umstieg auf die Web-Umgebung ist mit den ORACLE Werkzeugen mit relativ geringem Aufwand möglich. Durch die Migration werden langjährige Investitionen in bestehende Forms-Anwendungen geschützt. Gleichzeitig eröffnen sich durch das Web-Umfeld neue Möglichkeiten der Integration von Web Services, Java-Komponenten und anderen Services des Oracle Application Servers in die existierenden Forms-Anwendungen.

Auf Basis des Oracle Application Servers entstand somit eine hochverfügbare, datenbankgestützte Gruppe von Anwendungen, die an allen Arbeitsplätzen ohne Installationsaufwand zur Verfügung gestellt werden kann. Zukünftig wird auch eine einfachere Integration der Forms-Anwendungen in unternehmensweite Prozesse ermöglicht.

Releasewechsel der Finanzlösung CS/2
Die Beendigung der Herstellerunterstützung der im Einsatz stehenden Version der CS/2 Finanzlösung machte einen Wechsel auf den aktuellen Release notwendig. Nach umfangreichen Vorarbeiten konnte der neue Release im Juni 2006 erfolgreich in Betrieb genommen werden. Das runderneuerte CS/2 hat eine modernisierte Oberfläche erhalten und bietet neu auch einen Web-Client an. Gleichzeitig mit dem Software-Upgrade wurde auch die gesamte Hardware-Infrastruktur erneuert, was zu einer wesentlich höheren Gesamtperformance führte.

Einführung eines neuen Leitfadens für Informatikprojekte
Der bisherige Leitfaden wurde überarbeitet. Eine Projektgruppe erarbeitete einen Projektleitfaden, der nicht nur die Projektmethodik enthält, sondern auch diverse Vorlagen, welche von den ProjektleiterInnen und ProjektmitarbeiterInnen direkt genutzt werden können. In Zukunft werden Projekte, bei denen die Informatik einen wesentlichen Teil zur Leistungserstellung beiträgt, gemäss diesem Leitfaden einheitlich abgewickelt. Der Leitfaden wird der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.

Einführung Kompass 2
Die bisher eingesetzte Amtslösung beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zur Verwaltung von Lehrverhältnissen, Lehrberufen, Lehrbetrieben, Noten etc., weist in diversen Punkten Mängel auf. Es wurde deshalb der Entscheid getroffen diese Anwendung nicht mehr weiter zu entwickeln, sondern die Schweizer Standardlösung Kompass 2 einzuführen. Diese Anwendung wird von rund der Hälfte der Schweizer Kantone eingesetzt. Die Applikation inklusive der migrierten Daten wird gegenwärtig intensiv getestet. Die Einführung erfolgt modulweise im ersten und zweiten Quartal 2007.

Optimierung Versand Landtagsprotokolle
Die interne Druckerei der Landesverwaltung stellt verschiedenste Druckerzeugnisse her. Den grössten Anteil nehmen dabei die Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag (BuA) und die Landtagsprotokolle ein. Um die AbonnentInnen auf die bestehenden Online-Anwendungen für publizierte BuA (www.bua.llv.li) und Landtagsprotokolle (www.landtag.li) hinzuweisen, wurden zwei neue Newsletter im Portal der LLV aufgeschaltet. Etliche AbonnentInnen verzichteten danach auf die gedruckten Exemplare, was allein für die BuA eine Papierersparnis von rund 350 000 Seiten pro Jahr bedeutet.

Kommunikation

Ausbau Kommunikationsnetzwerk
Mit dem Gamanderhof in Schaan, dem Werkhof Wille-Areal und der Liegenschaft Haus Scherzinger wurden drei weitere Gebäude an das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung angeschlossen. Somit sind heute 32 Liegenschaften in das Kommunikationsnetzwerk integriert.

Das Verwaltungsgebäude 4b wurde über eine eigenständige Glasfaser- und Kupfererschliessung an das

öffentliche Netz der LKW angeschlossen. Dies ermöglicht gegenüber bisher, eine vom Verwaltungsgebäude 4a unabhängige Integration in das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung.

Mit der Realisierung der Kommunikationsinfrastruktur für das Justizgebäude und das neue Landtagsgebäude wurde begonnen. Die benötigten Netzwerkkomponenten konnten zum Teil noch im Berichtsjahr beschafft werden.

Anschluss der AHV an das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung
Es wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um der AHV Zugriff auf die Systeme der Landesverwaltung und den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Dies bedingte die Einbindung der AHV in das Kommunikationsnetz der Landesverwaltung, womit sie rein technisch weitgehend einer verwaltungsinternen Stelle entspricht und daher auch die Einhaltung der verwaltungsspezifischen Richtlinien und Regelungen gewährleisten muss. Zu diesem Zweck wurde ein Rahmenvertrag ausgearbeitet, der die Zusammenarbeit in diesen Bereichen sowie die Entschädigung der Dienstleistungen der Landesverwaltung regelt.

Neue Telefonzentrale
Die neue Telefonzentrale konnte im Berichtsjahr erfolgreich in Betrieb genommen werden. Mit der neuen Anlage wird nun zusammen mit den Daten auch der Sprachdienst über das Kommunikationsnetzwerk übertragen (VOIP – Voice over IP). Dadurch konnten diverse Glasfaserverbindungen gekündigt werden, was zu entsprechenden Einsparungen führte. Die beiden Hauptknoten der neuen Anlage sind heute noch im Gebäude der Landespolizei untergebracht. Nach der Fertigstellung des neuen Landtagsgebäudes wird ein Knoten dort stationiert. Durch diese geographisch getrennte Architektur kann eine hohe Ausfall- und Katastrophensicherheit gewährleistet werden.

Systemmanagement und Monitoring
Ein möglichst unterbruchsfreier Betrieb der IT-Infrastruktur verlangt ein hohes Mass an Ausfallsicherheit der Netzwerk- und Serverkomponenten. Das wird durch ein proaktives Systemmanagement sichergestellt. Der Ausbau der Systemüberwachung wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Heute werden mit diesem System über 400 Komponenten überwacht.

Interne Druckerei

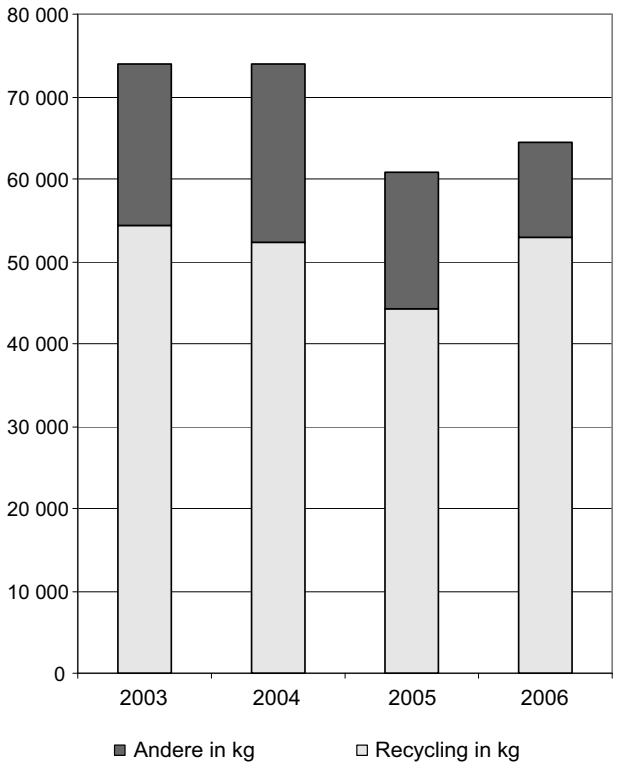
Vergabe von Drucksachen
Die Vergabe von Drucksachen durch den Einkauf der Abteilung Organisation wurde im Jahr 2006 von der internen Druckerei übernommen. Ab dem 1. Januar 2007 obliegt der internen Druckerei die Vergabe aller Drucksachen der Landesverwaltung. Die Vergabe basiert auf einem von der GWK Sektion Druck/Grafik und dem Amt für Personal und Organisation erarbeiteten Reglement, welches von der Regierung beschlossen wurde und per 1. Januar 2007 in Kraft ist. Durch die zentrale Vergabe wird einerseits eine faire Verteilung erreicht und andererseits ist mit Kosteneinsparungen zu rechnen.

Erscheinungsbild Landesverwaltung
Die Regierung beschloss im Februar neue Gestaltungsrichtlinien für Broschüren und sonstige Informationsmaterialien der Landesverwaltung. Mit der Umsetzung und Einhaltung der Richtlinien wurde das Amt für Personal und Organisation beauftragt. Parallel dazu wurden von einer Arbeitsgruppe kostengünstigere Alternativen für die Umsetzung des Leitbildes bei den Briefschaften geprüft. Die Abklärungen sind noch im Gange.

Papierverbrauch
Nachdem der Papierverbrauch im Jahr 2005 deutlich unter das Niveau der Jahre 2003 und 2004 gesunken war, ist er im Jahr 2006 wieder leicht angestiegen. Dies entspricht in etwa dem Niveau des Jahres 2002. Erfreulicherweise ist das Verbrauchsverhältnis der Papiersorten mit 82.25% deutlich zu Gunsten der Recycling Papiere ausgefallen.

	2006		2005		2004		2003		2002	
	kg	%	kg	%	kg	%	kg	%	kg	%
Recycling	52 930	82.25	44 292	72.88	52 314	71.3	54 324	73.5	53 498	81.4
Andere	11 420	17.75	16 475	27.12	21 685	29.6	19 636	26.5	12 258	18.6
Total	**64 350**		**60 767**		**73 355**		**73 960**		**65 756**	

Papiervergleich 2002-2006



Presse- und Informationsamt

Amtsleiterin: Daniela Clavadetscher

Neben der Information der Öffentlichkeit über behördliche Aktivitäten und Massnahmen, der Durchführung von Medienanlässen und der Betreuung von Medienschaffenden gehört die Organisation des Staatsfeiertages am 15. August zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes. Eine besondere Prägung erhielt das Jahr 2006 durch die Mitarbeit am Jubiläum «200 Jahre Souveränität 1806-2006».

Redaktion

Pressemitteilungen

Im Jahr 2006 wurden 716 (2005:623) Pressemitteilungen verschickt. Auf der Grundlage eines Vertrags mit einer entsprechenden Dienstleistungsfirma werden die Pressemitteilungen über eine Web-Maske direkt in ein Satellitennetz eingespeist. So können die Pressemitteilungen zeitgleich an die Redaktionssysteme von mehr als 330 tagesaktuellen Medien geschickt werden. Die Pressemitteilungen finden auch Eingang in Presseportale. Unter www.presseportal.ch können die Pressemitteilungen als RSS-Newsreader abonniert werden. Durchschnittlich konnten pro Monat rund 100 Neuregistrierungen für den RSS-Newsreader verzeichnet werden. Die höchste Anzahl an Neuregistrierungen erfolgte im Monat April (206 Neuregistrierungen).

Liechtenstein-Pressebulletin

Das Liechtenstein-Pressebulletin wurde im 15. Erscheinungsjahr 21 (22) Mal herausgegeben. Es erscheint alle 14 Tage - mit Ausnahme der Sommermonate - und enthält die wichtigsten Pressemitteilungen als Rückblick. Unter den Empfängern des Bulletins befinden sich die für Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate, die diese regelmässige Liechtenstein-Information sehr schätzen. Seit Januar 2005 wird das Liechtenstein Pressebulletin auch via Internet-Newsletter verschickt. Bereits 330 (150) Empfänger machen von dieser Möglichkeit Gebrauch, die gedruckte Version wird an rund 260 (400) Abonnenten geschickt.

Medienbetreuung

Mediengespräche und Medienkonferenzen

Das Presse- und Informationsamt organisierte im Berichtsjahr 19 (15) Mediengespräche der Regierung und 77 (49) Medienkonferenzen. Die Mediengespräche finden in der Regel jeweils am Tag nach der Regierungssitzung statt und dienen der Information über wichtige Beschlüsse der Regierung und über weitere aktuelle Themen. Die Medienkonferenzen hingegen sind jeweils einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet und werden im Anlassfall durchgeführt.

Interviews und Fototermine

Im Berichtsjahr konnte das Presse- und Informationsamt insgesamt 34 (11) Interviews mit Mitgliedern des Fürstenhauses und der Regierung vermitteln. Bei 64 (53) offiziellen Anlässen wurden den Medien Fototermine angeboten. Zusätzlich hat das Presse- und Informationsamts bei wichtigen offiziellen Anlässen Fotografen engagiert und die Fotos via Internet zugänglich gemacht.

Medienbesuche und -anlässe

Das Presse- und Informationsamt hat in Zusammenarbeit mit dem Liechtensteiner Presseclub (LPC) am 26. Juni 2006 die Redaktorinnen und Redaktoren der Vorarlberger Nachrichten und am 31. Oktober 2006 die Redaktorinnen und Redaktoren der Südostschweiz nach Liechtenstein eingeladen, um ihnen den Kleinstaat Liechtenstein näher zu bringen. Weiters wurde der LPC bei der Durchführung des Medien-Neujahrsempfangs am 6. Januar 2006 unterstützt. Im Zusammenhang mit dem Jubiläum «200 Jahre Souveränität 1806-2006» wurde am 4. und 5. Mai 2006 ein Medienanlass mitorganisiert, an dem 15 Vertreter von internationalen Medien teilnahmen.

Jeweils rund 50 Medienleute nahmen die Einladung des Presse- und Informationsamtes zum Medien-Sommertreffen am 5. Juli 2006 und zum Medien-Jahresabschluss am 20. Dezember 2006 an. Diese jährlich wiederkehrenden Anlässe bieten dem Regierungschef Gelegenheit, die

Medien in ungezwungener Atmosphäre über Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu informieren.

Beobachtung der Liechtenstein-Berichterstattung

Schwerpunkte der Berichterstattung in ausländischen Medien
Zu den wichtigsten Themen in der Berichterstattung in den ausländischen Medien zählte das Jubiläum «200 Jahre Souveränität 1806-2006». Zu den weiteren Schwerpunktthemen gehörten die Berichte über den Wirtschaftsskandal bei der BAWAG (Bank für Arbeit und Wirtschaft) in Österreich, die verschiedene Stiftungen in Liechtenstein unterhielt, sowie der Korruptionsskandal mit den «schwarzen Kassen» von Siemens, der u.a. aufgrund von Ermittlungen in Liechtenstein aufgedeckt wurde.

Pressespiegel
Im Berichtsjahr wurden 195 (169) tagesaktuelle Pressespiegel erstellt und intern (Landtag und Regierung) verteilt. Der Pressespiegel enthält eine Zusammenstellung von interessanten, für Liechtenstein relevanten Meldungen in der ausländischen Presse.

Die Presseausschnitte werden auf vertraglicher Basis von Medienbeobachtungsfirmen in elektronischer Form geliefert. Alle Presseausschnitte werden innerhalb der Landesverwaltung via Intranet zur Verfügung gestellt.

Landeskanal und Internet

Im Landeskanal wurden im Berichtsjahr folgende Sendungen ausgestrahlt (in Klammer die Anzahl der Ausstrahlungen): Film «Fürst Franz Josef und Fürstin Gina» aus Anlass des 100. Geburtstages von Fürst Franz Josef (4), Staatsfeiertagsansprachen (4), Jubiläumsumzug der Gemeinden am Tag der Souveränität (4), «Der gefesselte Strom - Zukunft Alpenrhein» (3), vier Filme über Projekte des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) in Südamerika und Afrika (je 2). Im Auftrag des Landtagssekretariats wurden von einer Firma die Landtagseröffnung und die Landtagssitzungen als Tonsendungen mit Standbildern live übertragen. Am 5. November 2006 hat das Presse- und Informationsamt die Ergebnisse der Abstimmung über das Hundegesetz via Landeskanal und via Internet übermittelt.

Im Berichtsjahr wurde der Landeskanal technisch erneuert, so dass die Texteingaben im Vollbild- wie auch im Teletext-System über eine Internet-Maske erfolgen können.

Unter www.pia.llv.li bietet das Presse- und Informationsamt umfangreiche Informationen an. Insgesamt konnten über 260 000 Zugriffe verzeichnet werden. Sehr beliebt sind die Pressefotos und die Fotogalerie mit einem grossen thematisch gegliederten Angebot sowie die Pressemitteilungen. Über 10 GB an Informationen wurde von den Besuchern heruntergeladen.

Informationsvermittlung

Rund 2 400 (1 150) Anfragen unterschiedlichster Art gelangten an das Presse- und Informationsamt, der Grossteil auf elektronischem Weg. Der überwiegende Teil der Anfragen (1 600) wurde direkt beantwortet. Rund 400 Anfragen wurden an die fachlich zuständigen Stellen zur Beantwortung weitergeleitet. Die meisten Anfragen kamen aus Frankreich (1 300) Deutschland (220), den USA und Kanada (140). Die Anfrager ersuchten vor allem um das Zusenden von Informations- oder Werbematerial oder wünschten spezielle Informationen wie z.B. Einreise-, Aufenthalts- oder Wohnsitznahme-Bestimmungen.

Öffentliche Veranstaltungen

Der Staatsfeiertag wird von einem Organisationskomitee unter dem Vorsitz der Leiterin des Presse- und Informationsamtes durchgeführt. Das Volksfest am Staatsfeiertag verzeichnet jeweils über 30 000 Besucherinnen und Besucher und stellt somit den grössten Anlass in Liechtenstein dar. Im Berichtsjahr war der Staatsfeiertag der wahrscheinlich einzige regenfreie Tag des ganzen Monats August. Das Volksfest im Zentrum von Vaduz vermochte wiederum mit einem breit gefächerten Angebot an Musik, Unterhaltung und kulinarischen Genüssen zu begeistern. Aus Anlass des Jubiläums «200 Jahre Souveränität 1806-2006» zeigte das Feuerwerk ein «Gemeindebild» sowie die Zahl «200» oberhalb der traditionellen Feuerschrift «Für Gott, Fürst und Vaterland».

Die Leiterin des Presse- und Informationsamtes wirkte seit dem Jahr 2004 im Organisationskomitee «200 Jahre Souveränität 1806-2006» mit und hat in diesem Zusammenhang die Projektleitung für den «Tag der Souveränität» am 12. Juli 2006 übernommen. Im Berichtsjahr wurde das Konzept für den «Tag der Souveränität» zur Umsetzungsreife entwickelt. Der «Tag der Souveränität» wurde mit einem Festakt, einem Jubiläumsumzug, einem Bankett für die geladenen Gäste sowie einem 200-Jahr-Fest begangen. Als Geschenk der Gemeinden an das Jubiläum gestalteten diese einen Jubiläumsumzug mit 11 Bildern, wobei jedes Bild einem bestimmten Thema sowie einer historischen Person als Symbolfigur gewidmet war. Obwohl die Umsetzung des Konzepts für den «Tag der Souveräntität» nicht vollständig nach Wunsch gelang, werden vor allem die schönen und thematisch hervorragend umgesetzten Umzugsbilder der Gemeinden in guter Erinnerung bleiben.

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das Presse- und Informationsamt wirkte (und wirkt) in verschiedenen Kommissionen, Arbeitsgruppen und bei Projekten mit: Arbeitsgruppe Filmdokumentation, Arbeitsgruppe Erscheinungsbild der Liechtensteinischen

Landesverwaltung, Arbeitsgruppe Landeskanal, Kommission Öffentlichkeitsarbeit der Internationalen Bodenseekonferenz, Medienkommission (Geschäftsstelle), Landesführungsstab, Projektgruppe Liechtenstein Dialog, Projekt betreffend Verlängerung der Öffnungszeiten von Amtsstellen («Service 19»). In Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation wurde im Berichtsjahr die Broschüre «Fürstentum Liechtenstein - Begegnung mit einem Kleinstaat» in deutsch, englisch und französisch herausgegeben.

Ausländer- und Passamt

Amtsleiter: mag. oec. HSG Hans Peter Walch

Im Jahr 2006 wurden 466 Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Davon entfallen 335 Bewilligungen auf den Familiennachzug. Dies hat damit zu tun, dass denjenigen Personen, die eine Aufenthaltsbewilligung zur Erwerbstätigkeit oder zur erwerbslosen Wohnsitznahme in Liechtenstein erhalten, auch das Recht zukommt, ihre Familienangehörigen, das sind üblicherweise der Ehepartner und die Kinder, nach Liechtenstein zu bringen.

224 so genannte biometrische Pässe wurden bis Jahresende ausgegeben. Seit dem 26. Oktober 2006 stellt Liechtenstein nur noch diese neueste Generation von Reisepässen aus und gehört damit einem immer grösser werdenden Kreis von Staaten an, die die Sicherheit ihrer Reisedokumente auf den letzten Stand der Technik gebracht haben.

Ausweisschriften

Liechtensteinische Reisepässe
Im Jahr 2006 wurden 1 954 blaue, maschinenlesbare Reisepässe und seit dem 26. Oktober 2006 221 so genannte e-Pässe, auch bekannt als biometrische Reisepässe, ausgestellt. Anders als die Schweiz stellt Liechtenstein ab dem genannten Datum nur noch e-Pässe aus, die sich durch ein bisher unerreichtes Mass an Fälschungssicherheit auszeichnen. Die Personendaten sind dreifach abgespeichert, jede Art in sich mehrfach abgesichert. So kann beispielsweise der im Pass befindliche Chip nur einmal beschrieben werden, ein Überschreiben ist unmöglich.

Die Arbeiten für die Bereitstellung dieser neuen Generation von Reisepässen waren in technologischer Hinsicht besonders aufwändig. Im Ausländer- und Passamt stehen heute zwei Einheiten von Personalisierungsinstrumenten, die es im Extremfall erlauben, einen Reisepass innert kürzester Zeit, d.h. in einer halben Stunde, auszustellen. Vorgängig mussten die Rechtsgrundlage, das Heimatschriftengesetz, vom Landtag revidiert und mit dem Generalunternehmer – der Österreichischen Staatsdruckerei - das Design und die weiteren Passspezialitäten festgelegt werden. Gleichzeitig mit der Ausgabe neuer Pässe konnten einige störende Fehler ausgemerzt werden, insbesondere die Falscheinfärbung der Lageskizze Liechtensteins auf der Passumschlagsinnenseite. Alle Informationen im Reisepass werden neu in den vier offiziellen Sprachen der ICAO (Internationale Luftfahrtbehörde), nämlich Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch, wiedergegeben.

Die Reisepässe der vorletzten Generation, farblich in Grün gehalten, konnten mit technisch einfachen Mitteln personalisiert werden und finden deshalb noch Einsatz in den schweizerischen Vertretungen für Notfälle, d.h. wenn einem liechtensteinischen Staatsangehörigen sein Pass im Ausland abhanden kommt. In solchen Fällen ist das grössere Fälschungsrisiko vertretbar, da diese Pässe auch nur für eine kurze Zeit, üblicherweise für die benötigte Zeit der Heimreise, ausgestellt werden.

Schweizer Pässe und Identitätskarten
Seit Januar 2003 werden die Anträge für Schweizer Reisepässe im Ausländer- und Passamt EDV-technisch erfasst. Es kommt neu zu einem Quervergleich der bereits im Computer gespeicherten Daten einer Person und den Daten auf dem Heimatschein. Die beim Ausländer- und Passamt hinterlegten Heimatscheine werden in jedem einzelnen Fall eigens für diesen Zweck ausgehoben. Allfällige Korrekturen werden dadurch unverzüglich im Programm vorgenommen.

Gleichzeitig werden seit Januar 2003 ebenfalls Anträge für Schweizer Identitätskarten beim Ausländer- und Passamt in Liechtenstein entgegengenommen. Bisher mussten diese Anträge bei der Einwohnerkontrolle in Buchs gestellt werden. Die Bearbeitung der Anträge für die Identitätskarten erfolgt analog derjenigen für die Schweizer Pässe.

Liechtensteinische Vertretungen im Ausland
Die liechtensteinischen Vertretungen im Ausland - damit sind auch die schweizerischen Botschaften und Konsulate gemeint, die die liechtensteinischen Interessen im Ausland wahrnehmen - verfügen nicht über die notwendige Infrastruktur, um selber Reisepässe auszustellen. Trotzdem wurden im Jahr 2006 in 6 besonders dringenden Fällen Notpässe ausgestellt.

Liechtensteinische Identitätskarten
Die liechtensteinischen Identitätskarten in Kreditkartenformat werden in der Schweiz hergestellt. Zwischen der Antragsstellung des Kunden und der Zustellung der Karten an den Kunden liegen ca. 10 Arbeitstage. Das Ausländer- und Passamt verfügt nicht über die nötige Infrastruktur, um die Karten selbst herzustellen.

Einige Zahlen im Vergleich

Ausgestellte…	2006	2005	2004	2003
FL Reisepässe,	1 954	3 141	6 637	3 590
davon e-Pässe	221			
Kindereinträge in FL Reisepässe	390	498	701	802
Dienstpässe	4	4	14	7
Diplomatenpässe	2	36	15	7
Identitätskarten	2 534	2 449	2 335	2 377
Staatsbürgerschaftsnachweise	256	208	227	192
Reiseausweise für anerkannte Flüchtlinge, inkl. Verlängerungen	11	21	6	20
Kostenpflichtige Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA	8	36	14	52
Kostenlose Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA für Schulen- und Altersausflüge	52	53	70	82
Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL -A und FL-D, ausgestellt durch die Grenzwachtposten	1 395	1 630	1 866	1 900
Bearbeitete Anträge für Schweizer Pässe und Identitätskarten	902	1 122	918	919

Bewilligungen

Verlängerung der Übergangsbestimmungen
Die Regierung hat im April 2006 entschieden, weiterhin von den Übergangsfristen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch zu machen. In Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Wohnsitznahme in Liechtenstein zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit werden die Staatsangehörigen der neuen EWR-Mitgliedstaaten für weitere 3 Jahre als Drittstaatsangehörige behandelt.

Neuer Aufenthaltsausweis
Der derzeitige Ausländerausweis soll durch einen neuen, modernen Aufenthaltsausweis ersetzt werden. Es gibt mehrere Gründe, welche für die Schaffung eines neuen Aufenthaltsausweises sprechen. Der derzeitige Ausweis ist in Sachen Fälschungssicherheit veraltet, hat ein unhandliches Format und die Beschriftung verklebt mit den Kunststoffhüllen. Der neue Aufenthaltsausweis wird die Anforderungen an einen modernen Ausweis erfüllen und soll spätestens im Frühjahr 2008 eingeführt werden. Im Berichtsjahr startete das internationale Ausschreibungsverfahren. Der neue Aufenthaltsausweis wird im Kreditkartenformat gehalten und mit einem Chip ausgestattet sein, welcher dank digitaler Signatur die Erledigung von Amtsgeschäften über das Internet ermöglichen wird.

Integration
Wachsende Bedeutung gewinnt die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Die im Jahr 2005 in Kraft getretene PVO enthält erstmals Bestimmungen über die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Das Ziel ist es dabei, dass die liechtensteinische und ausländische Wohnbevölkerung auf der Basis gemeinsamer Grundwerte und der rechtstaatlichen Ordnung in gegenseitiger Achtung und Toleranz zusammen lebt. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist, dass sich die ausländischen Staatsangehörigen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Liechtenstein auseinander setzen und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Im Berichtsjahr hatte das Ausländer- und Passamt erstmals ein Budget zur Förderung der Integration zur Verfügung. Insgesamt wurden Förderbeiträge in Höhe von CHF 33 400.- ausbezahlt.

Auslosung
Im Berichtsjahr fanden wiederum zwei Auslosungsrunden von Aufenthaltsbewilligungen für EWR-Staatsangehörige statt. An beiden Ziehungen haben jeweils rund 290 Personen teilgenommen. Insgesamt hatten 39 EWR-Bürger das Glück, über die Auslosung eine Aufenthaltsbewilligung für das Fürstentum Liechtenstein zu erlangen. Liechtenstein kommt mit den Auslosungen und der damit verbundenen Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen seinen EWR-rechtlichen Verpflichtungen im Sinne der ausgehandelten Sonderlösung, welche im Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegt wurde, nach.

Verschiedene Bewilligungsarten im Vergleich zu den letzten Jahren
Nachfolgend wird die Entwicklung einiger Bewilligungen aufgezeigt. Die angegebenen Zahlen können von den in früheren Jahresberichten aufgeführten Zahlen abweichen. Dies deshalb, weil sich die Zahlen durch nachträgliche Korrekturen verändern können. Dies geschieht beispielsweise durch rückwirkende An- und Abmeldungen oder durch Bewilligungserteilungen, welche zum Zeitpunkt der Auswertung noch hängig waren.

Unselbständige Grenzgänger aus dem EWR (Grenzgängermeldebestätigungen, Grenzgängerbewilligungen, Bewilligungen in Briefform)
Der Bestand von Grenzgängern aus dem EWR per 31.12.2006 belief sich auf 9 922 Personen. Per 31.12.2005 waren 9 564 Grenzgänger bzw. Grenzgängerinnen in Liechtenstein tätig. Damit stieg der Bestand an Grenzgängern um 358 Personen was einen Anstieg um 3.75% bedeutet.

Die Anzahl der neu gemeldeten Grenzgänger stieg im Vergleich zum Jahr 2005 um 6,6% auf 4 519. Dies zeigt, dass im Bereich der Grenzgänger aus dem EWR eine sehr hohe Volatilität herrscht. Die Ursache liegt darin, dass eine Grenzgängermeldebestätigung ihre Gültigkeit verliert, wenn nicht innert 5 Wochen nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ein neues eingegangen wird. Damit kann es vorkommen, dass eine Person mehrmals im Jahr eine Grenzgängermeldebestätigung erhält.

Da sich schweizerische GrenzgängerInnen beim Ausländer- und Passamt nicht zu melden haben, wird deren Bestand aufgrund der Meldungen beim Liechtensteinischen Unternehmungsregister (LUR) beim Amt für Volkswirtschaft im Nachhinein eruiert und publiziert.

Bestand GrenzgängerInnen in Liechtenstein (ohne Schweizer Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Schweiz und unselbständiger Tätigkeit in Liechtenstein)

per	Anzahl
31.12.2006	**9 922**
31.12.2005	9 564
31.12.2004	8 939
31.12.2003	8 620
31.12.2002	7 958

Neue bestätigte bzw. bewilligte Grenzgängertätigkeiten pro Jahr

Jahr	Anzahl
2006	**4 519**
2005	4 238
2004	4 709
2003	4 189
2002	4 380

Selbständige Grenzgänger (Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung, Dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit)

Gegenüber dem Jahr 2005 haben die grenzüberschreitenden Dienstleistungen um rund 13% abgenommen, jedoch liegt die Anzahl der gemeldeten grenzüberschreitenden Dienstleistungen über derjenigen der Vorjahre.

Dienstleistungserbringer haben die Möglichkeit, anstelle einer Bewilligung eine Bestätigung über eine längere Dauer zu erhalten, wenn diese nicht in Liechtenstein übernachten.

Die dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit nahm im Jahr 2006 erneut zu. Im Rahmen dieser Bestätigung ist es EWR-Grenzgängern möglich, in Liechtenstein Einzelfirmen zu eröffnen und auf diese Art und Weise kontinuierlich am Geschäftsleben Liechtensteins teilzunehmen. 2005 waren 162 Personen im Rahmen dieser Bewilligung in Liechtenstein tätig, 2006 bereits 178. Dies bedeutet einen Anstieg um ca. 10%.

Neue grenzüberschreitende Dienstleistungserbringungen (Bestätigungen und Bewilligungen) pro Jahr

Jahr	Anzahl Bestätigungen	Anzahl Bewilligungen	Total
2006	**794**	**99**	**893**
2005	936	66	1 002
2004	290	430	720
2003	496	209	705
2002	117	230	347

Bestand von Personen, die mittels einer Bewilligung bzw. Bestätigung grenzüberschreitend und dauernd am Wirtschaftsleben Liechtensteins teilnehmen

per	Anzahl
31.12.2006	**178**
31.12.2005	162
31.12.2004	128
31.12.2003	106
31.12.2002	76

Kurzaufenthalter

Die Zahl der neu erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen ist die letzten drei Jahre über nahe zu unverändert. Während die an EWR-Staatsangehörige erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen hat, ist bei Drittstaats-Angehörigen ein anhaltender Anstieg zu verzeichnen.

Erteilte L-Bewilligungen

	EU/EWR	CH	Drittstaaten	Total
2006	**307**	**36**	**584**	**927**
2005	311	36	580	927
2004	380	26	522	928
2003	580	36	514	1 130
2002	707	30	462	1 199
2001	764	20	484	1 268

Aufenthaltsbewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 466 Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Den grössten Teil davon macht der Familiennachzug aus, gemäss welchem 335 Personen einen Aufenthalt in Liechtenstein bekamen. 101 Aufenthaltsbewilligungen wurden zum Stellenantritt, 30 zur erwerbslosen Wohnsitznahme in Liechtenstein erteilt. Aufgrund der bilateralen Verträge mit der Schweiz und dem EWR werden nur noch in sehr wenigen Fällen Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit an Angehörige eines Drittstaates erteilt. Als Drittstaaten gelten Staaten, mit welchen Liechtenstein keine Abmachungen bezüglich des Personenverkehrs kennt.

Erteilte B-Bewilligungen nach Grund und Herkunft

	CH	EWR	Dritt	Total
Stellenantritt Vergabe, Ersatzanstellung, Auslosung)	14	82	5	101
Familiennachzug (inkl. Lebenspartner)	91	159	85	335
erwerbslose Wohnsitznahme	10	19	1	30
Total	**115**	**260**	**91**	**466**

Bestand an B-Bewilligungen

per	Anzahl
31.12.2006	**4 376**
31.12.2005	4 420
31.12.2004	4 409
31.12.2003	4 284
31.12.2002	4 014

Niedergelassene
Aus fremdenpolizeilicher Sicht bietet die Niederlassungsbewilligung, verglichen mit der Aufenthaltsbewilligung, im Falle des Beibehalts der Bewilligung sowie von aufenthaltsbeendenden Massnahmen Vorteile. Im privat- und gewerberechtlichen Bereich hingegen hat die Niederlassungsbewilligung für EWR- und Schweizer Staatsangehörige sehr an Attraktivität eingebüsst. Die Niederlassungsbewilligung stellt heute beispielsweise für diese Personengruppen keine Voraussetzung mehr für die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder etwa einem Eigentumserwerb dar. Der Wunsch, eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, hat daher bei EWR- sowie Schweizer Staatsangehörigen stark nachgelassen. Zudem wirken sich die Einbürgerungen, vor allem jene ausländischer Ehepartner und -partnerinnen von Liechtensteinern und Liechtensteinerinnen, direkt auf die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen aus. Die Frist für den Erhalt der Liechtensteinischen Staatsbürgerschaft und diejenige für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung weicht in diesen Fällen nur geringfügig voneinander ab. Der Antrag auf die Niederlassungsbewilligung bleibt deshalb öfters aus.

Bestand C-Bewilligungen

	EU/EWR	CH	Dritt	Total
2006	**3 169**	**2 663**	**1 462**	**7 294**
2005	3 122	2 726	1 397	7 245
2004	3 141	2 785	1 304	7 230
2003	3 114	2 719	1 233	7 066
2002	3 176	2 750	1 350	7 276

Sowohl Einbürgerungen als auch Abmeldungen von AusländerInnen beeinflussen die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen direkt.

Recht, administrative Massnahmen und internationaler Personenverkehr

Kontrolltätigkeiten und Vollzug
Die Abteilung Recht verarbeitete 366 Meldungen der Landespolizei oder der Strafgerichte (Strafanzeigen oder strafgerichtliche Verurteilungen) wegen eines Verbrechens oder Vergehens:
- 111 Personen mit Wohnsitz im Inland mussten infolge strafgerichtlicher Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens verwarnt (ermahnt) werden.
- 38 Verfahren von Personen mit Wohnsitz im Inland sind noch bei der Staatsanwaltschaft pendent.
- 10 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zufolge einer strafgerichtlichen Verurteilung im Inland durch die zuständige Behörde in der Schweiz verwarnt.
- 26 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zur Gewährleistung der inneren Ordnung und Sicherheit mit einer befristeten oder unbefristeten Einreisesperre für die Schweiz und Liechtenstein belegt.
- 181 inländische Strafverfahren wurden den zuständigen kantonalen Einwohnerdiensten und/oder der zuständigen Behörde in der Schweiz aufgrund der Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Schweiz gemeldet.

Ordnungsbussen, Verwaltungsstrafbote und Exekutionsverfahren
Die Abteilung Recht verhängte 200 Ordnungsbussen wegen Missachtung der Meldevorschriften für Grenzgänger oder infolge von Unterlassungen anderer Meldepflichten (Adressänderungen, Verlängerung der Bewilligung) nach den Vorschriften der PVO. Es wurden 60 Exekutionsverfahren wegen fälliger und unbezahlter Gebührenrechnungen durchgeführt.

Verwaltungsverfahren
Es wurden 17 Verfahren nach den Vorschriften über das Auslosungsverfahren durchgeführt. Im Weiteren wurden 19 Entscheidungen und 15 Verwaltungsbote wegen Abweisung von Gesuchen oder Anordnung von Massnahmen erlassen. Ein Gesuch um Verfahrenshilfe war zu entscheiden. Es mussten 4 Personen zur Sicherstellung der Wegweisung in Haft genommen werden. Insgesamt wurden 20 Personen weg gewiesen, die über keine Einreise- und Aufenthaltsberechtigung verfügten.

Einsitz in verschiedenen Gremien im In- und Ausland
Wie jedes Jahr war auch im Jahr 2006 der Besuch mehrerer Sitzungen im Ausland erforderlich. Es handelte sich dabei um die Teilnahme an Sitzungen der Arbeitsgruppe «Arbeitnehmerfreizügigkeit und Beschäftigung» sowie des «Technischen Komitees» in Brüssel. Letztere Sitzungsteilnahme beschäftigte sich insbesondere mit dem Bericht der Europäischen Kommission zum Funktionieren der Übergangsmassnahmen hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-/EWR-Beitrittsländer. Die erstgenannte Arbeitsgruppe ist zusammen mit der Arbeitsgruppe «Soziale Sicherheit» und «Gegenseitige Anerkennung von Diplomen» dem Subkomitee III, Personenverkehr, zugeordnet. Schwerpunktmässig wurde dort die weitere Behandlung der neuen EU-/EWR-Beitrittsländer hinsichtlich den Übergangsmassnahmen ab Mai 2006 bzw. die künftige Behandlung von Staatsangehörigen aus Rumänien und Bulgarien besprochen. Ferner wurden auch weiterhin die Entwicklungen hinsichtlich der, allenfalls mit Anpassungen, ins EWR-Abkommen zu übernehmenden Richtlinie

2004/38/EG vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, verfolgt.

Im Weiteren erfolgte eine Teilnahme an der Sitzung des CDMG (= Europäisches Komitee für Wanderarbeitnehmer) in Strassburg, welches dem Europarat zugeordnet ist.

Abschliessend zu erwähnen ist die Teilnahme an einer Sitzung der Höheren Beamten der Budapester Gruppe. Schwerpunkt der Sitzung war das Thema der Migration sowie die künftigen Aktivitäten. Der Budapester Prozess ist ein konsultatives Forum von mehr als 50 Regierungen und 10 internationalen Organisationen, welches auf die Entwicklung umfassender Systeme für eine ordnungsgemässe Migration gerichtet ist.

Eine zeitlich befristete Aufgabe nimmt der Amtsleiter als Vorsitzender des Subkomitees II (Freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), III (Freier Personenverkehr) und IV (flankierende und horizontale Massnahmen) seit Beginn 2005 wahr. Damit hat Liechtenstein den Vorsitz in einem wichtigen Gremium des EWR, wo es im Wesentlichen um die inhaltlich und zeitlich korrekte Übernahme der Rechtsakte gemäss EWR-Abkommen durch die drei Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein geht (8 Sitzungen à 2 Tage in Brüssel).

Das Ausländer- und Passamt nimmt auch intensiv an den Vorbereitungen der Verhandlungen zu einem allfälligen Beitritt Liechtensteins am Schengen/Dublin–Acquis teil. Dabei wurde im Vorfeld der formellen Verhandlungen abgeklärt, welche Vor- und Nachteile bzw. Rechte und Pflichten sich für Liechtenstein aus einer Teilnahme ergeben würden. In die Zuständigkeit des Ausländer- und Passamtes fallen insbesondere der Dublin-Acquis, d.h. die Frage nach dem zuständigen Land für die Durchführung eines Asylverfahrens, die Eurodac-Datenbank, das dublinet, sowie Teile des Schengen-Acquis, wie die Erteilung von Visa und die Grenzkontrollen.

Am 21. Juni 2006 wurde nach vier Verhandlungsrunden der Beitritt Liechtensteins zum Schengen/Dublin-Acquis von den Verhandlungsleitern in Brüssel paraphiert.

Ferner hat es in diesem Zusammenhang aufgrund der Anpassung des Verhältnisses zwischen der Schweiz und Liechtenstein drei Sitzungen mit Schweizer Vertretern aus den entsprechenden Bundesämtern gegeben, wovon 2 Sitzungen in Bern und eine in Vaduz stattfanden.

Das Ausländer- und Passamt hat landesintern Einsitz in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (4 Arbeitsitzungen) und nahm am Roundtablegespräch zum Thema Menschenhandel unter Vorsitz der Landespolizei teil.

Der Amtsleiter ist auch Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Integration von Muslimen, welche an 6 Sitzungen schwerpunktmässig folgende Themen diskutierte:

– Dachverband der Muslime in Liechtenstein;
– Religionsunterricht für Kinder auf der Primarschulstufe in deutscher Sprache;
– Finanzielle Unterstützung der Muslime in Liechtenstein;
– Räumlichkeiten für die Religionsausübung der Muslime in Liechtenstein.

Asyl und Flüchtlinge

Rückgang der Asylgesuche hält weiter an

Im Jahre 2006 wurden 47 Asylgesuche (inkl. Geburten) registriert, dies entspricht einem Rückgang von 6 Gesuchen (- 11.32 %) gegenüber 2005. Der Bestand der Personen im Asylbereich hat um 35 Personen (- 58.33 %) auf 25 abgenommen. Hauptgrund hierfür ist die Erteilung von 34 Jahresaufenthaltsbewilligungen aus humanitären Gründen per 1. Januar 2006. Über das ganze Jahr gesehen blieb der Bestand konstant.

Entwicklung der Asylgesuche ausgewählter europäischer Länder:

Schweiz	+ 4.7 %	
Polen	+ 26.2 %	
Frankreich	- 33.0 %	(per 30.11.2006)
Belgien	- 27.4 %	
Österreich	- 41.0 %	(per 30.11.2006)
Deutschland	- 27.3 %	
Schweden	+ 38.7 %	
Niederlande	+ 17.2 %	

Russland und GUS weiter Spitzenreiter

Die 2006 registrierten Gesuchsteller stammten aus 15 verschiedenen Staaten (2005: 18). Gesuchsteller aus Russland und den übrigen GUS-Staaten bilden weiterhin die Mehrheit (total 24 Gesuche), gefolgt von Gesuchstellern aus Afrika (11 Gesuche). Die meisten Asylgesuche wurden 2005 von Personen aus den übrigen GUS-Staaten gestellt (14 Gesuche).

Bei den Abgängen fällt der hohe Anteil an untergetauchten Asylsuchenden auf (19 Gesuchsteller). Dies ist in erster Linie auf den bereits in früheren Jahren erwähnten «Asyltourismus» zurückzuführen. Viele Asylsuchende hoffen, dass sie in Liechtenstein (als Nichtmitglied von Schengen/Dublin) ein neues Asylgesuch stellen und somit ihren Aufenthalt in Europa verlängern können. Spätestens mit der Abnahme der Fingerabdrücke entscheiden sich viele dafür, umgehend wieder unterzutauchen.

Erwartete Zunahme von vorläufigen Aufnahmen

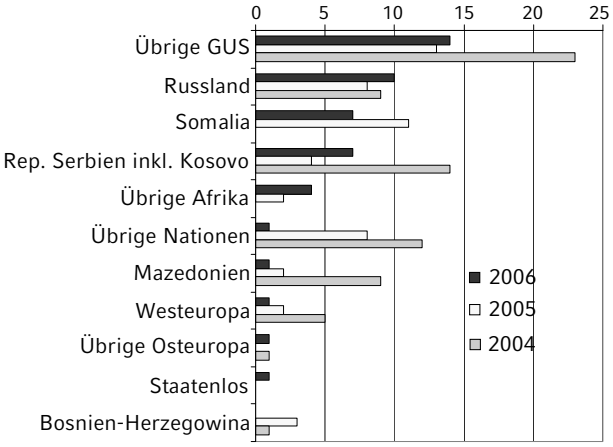
Aufgrund der Entwicklungen im Asylbereich muss in den nächsten Jahren mit einer Zunahme der vorläufigen Aufnahmen gerechnet werden. Dies bedeutet, dass das Asylgesuch zwar abgelehnt wird, ein Vollzug, d.h. die Rückkehr in die Heimat, auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Dies betrifft v.a. Gesuchsteller aus aktuellen Krisengebieten wie Somalia, Eritrea und Irak. Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf Art und Umfang der Betreuung haben.

Wiederaufbauhilfe

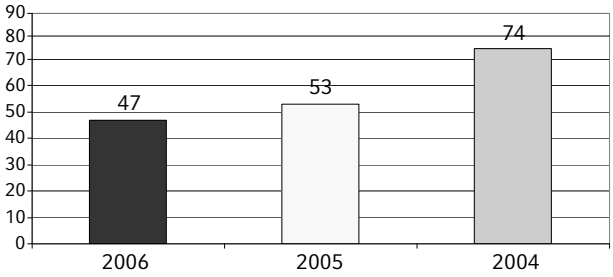
Der geografische Schwerpunkt der Wiederaufbauhilfe lag weiterhin in Bosnien und Herzegowina sowie dem Kosovo, die Zahl der ausserhalb dieser Region unterstützten Projekte nimmt jedoch laufend zu. Gesundheitsversorgung, Bau von Schulhäusern und die Wiedereingliederung von sozialen Randgruppen, vor allem ethnischen Minderheiten, bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte. Neu wurden Jugendprojekte in den Bereichen Kommunikation, Menschenhandel und -rechte gefördert.

Die grössten Einzelprojekte waren die Fortsetzung des Minderheitenprojektes MAAR2 im Kosovo und der Wiederaufbau in Prijedor (Bosnien und Herzegowina).

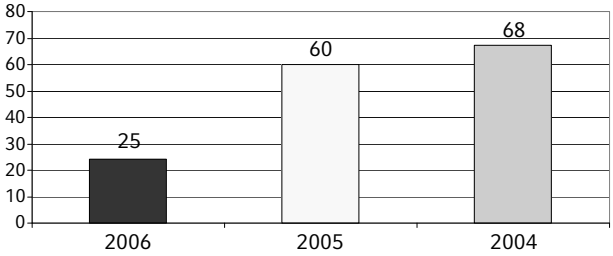
Asylgesuche nach Herkunftsstaaten



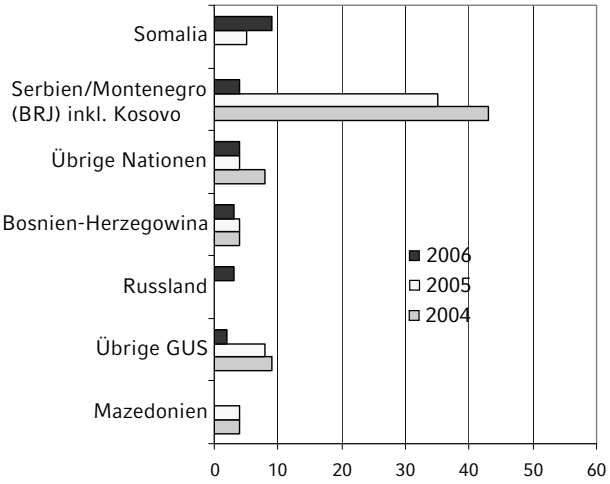
Asylgesuche in absoluten Zahlen



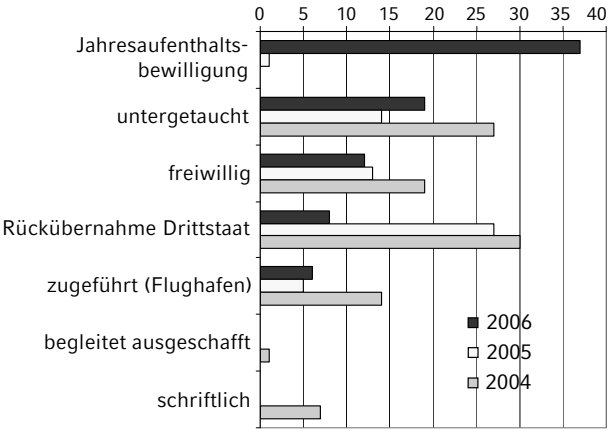
Bestand in absoluten Zahlen



Bestand nach Herkunftsstaaten



Abgänge nach Art



STABSSTELLEN

Regierungskanzlei

Stabsstellenleiter: lic. ès. sc. pol. Norbert Hemmerle

Im Berichtsjahr machten die Tagesgeschäfte einen Grossteil der Arbeit in der Regierungksanzlei aus. Daneben bildeten vor allem die politischen Volksrechte, aber auch die Programmvorbereitungen für Interreg IV Arbeitsschwerpunkte. Im Bereich der politischen Volksrechte fiel ein wesentlicher Teil der Vorbereitungsarbeiten für die Gemeindewahlen 2007 ins Berichtsjahr. Zudem wurde am 3. und 5. November die Volksabstimmung über das Referendum zum Gesetz vom 22. Juni 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden durchgeführt. Die Führung der Geschäfte der Regierungskanzlei erfolgte

selbständig durch die stellvertretende Leiterin, Anita Senti, unter der Aufsicht des Regierungssekretärs.

Kanzleiaufgaben

In der Regierungskanzlei sind die Bereiche Regierungskanzlei mit dem Schalter, die Registratur, die Telefonzentrale sowie die Beratungs- und Beschwerdestelle zusammengefasst. Die Kanzlei ist Ausgabestelle für verschiedene Publikationen der Regierung wie Staatskalender und Rechenschaftsbericht sowie Drucksachen im Gesetzgebungsprozess wie Vernehmlassungen, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Referendumsvorlagen, Landesgesetzblätter. Zudem ist sie Bewilligungsbehörde für diverse Themenbereiche.

Tagesgeschäfte

Die Beratungen und Hilfeleistungen, die von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierungskanzlei, der Telefonzentrale und der Registratur geleistet werden, können nicht oder nur schwer statistisch erfasst werden, sind aber ein sehr wichtiger Teil der täglichen Arbeit. Sie sind in den folgenden Ausführungen deshalb nicht enthalten.

Drucksachen

Die Regierungskanzlei koordiniert die Publikation des Rechenschaftsberichtes und des Staatskalenders. Die Drucksachen erschienen im Berichtsjahr zum ersten Mal nach den Vorgaben der anfangs 2006 in Kraft gesetzten Gestaltungsrichtlinien der Regierung.

- Der Rechenschaftsbericht 2005 wurde Anfang Mai 2006 fertig gestellt.
- Der Staatskalender wurde im Juli 2006 publiziert. Der Staatskalender wird auch im Internet in einer regelmässig aktualisierten Fassung als PDF-Download zur Verfügung gestellt. Auf der Internet-Seite www.rk.llv.li ist der Staatskalender das am häufigsten abgerufene Dokument.

Versand im Abonnement	**2006**	2005
(Anzahl Abonnenten per 31.12.2006)		
– Landesgesetzblätter	**268**	275
– chronologische Sammlung (gebunden)	**106**	105
– Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)	**124**	117
– EWR-Register	**70**	75
– Rechenschaftsberichte	**216**	222

In der Auflistung nicht erfasst sind alle Drucksachen, welche am Schalter bezogen oder telefonisch bestellt und verschickt wurden. Darunter fallen vor allem Landesgesetzblätter, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Vernehmlassungen, Publikationen der Regierung wie Staatskalender, Rechenschaftsberichte, EWR-Register, LR sowie diverse Antragsformulare, Listen und Verzeichnisse.

Beglaubigungen	**2006**	2005
– Apostillen	**13 555**	11 311
– Superbeglaubigungen	**1 155**	737
– Beglaubigungen Total	**14 710**	12 048

Bewilligungen	**2006**	2005
Bewilligungen für das Offenhalten von Geschäften an Sonn- und Feiertagen		
– Einzelbewilligungen	**20**	27
– Halbjahresbewilligungen	**5**	6
– Jahresbewilligungen	**29**	25
Aufführungsbewilligungen		
– Konzerte, Unterhaltungsanlässe, Sportveranstaltungen, Ausstellungen	**89**	91
– Tanzshows in Dancings (Monatsbewilligungen)	**84**	83
Lottomatches	**90**	102
Hausierbewilligungen	**14**	7
– Konzessionen für den Kleinhandel mit nicht gebrannten alkoholischen Getränken	**52**	52
– Konzessionen für den Kleinhandel mit gebrannten alkoholischen Getränken	**45**	45
Wappengesetz		
– Anfragen, Ablehnungen, Anzeigen, Verwarnungen	**30**	15
– Erteilte Bewilligungen	**7**	5

Im Berichtsjahr wurden keine neuen Bewilligungen nach dem Gesetz über die Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern vor liechtensteinischen Gerichten und Verwaltungsbehörden erteilt. Auf der von der Regierungskanzlei geführten und im Internet unter www.rk.llv.li publizierten Liste waren per 31.12.2006 somit elf Personen geführt, welche die Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch, Weissrussisch und Ukrainisch abdecken.

Rechtshilfe in Zivilsachen	**2006**	2005
– Weiterleitung an FL-Botschaft bzw. an ausländische Behörden	**42**	66
– Zustellungen	**89**	92
davon Amtshilfe	**23**	3

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse

Im Ausland eingetretene Zivilstandsereignisse (Eheschliessung, Ehescheidung, Adoption, Vaterschaftsanerkennung) werden von der Regierungskanzlei anerkannt. Die genauen Zahlen können dem Bericht des Zivilstandsamtes entnommen werden.

Politische Volksrechte

Die Regierungskanzlei nimmt alle Aufgaben im Zusammenhang mit den politischen Volksrechten, d.h. mit Wahlen und Abstimmungen, wahr.

Abstimmung
Am 3. und 5. November 2006 wurde die Volksabstimmung über das Referendumsbegehren zum Gesetz vom 22. Juni 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden durchgeführt. Das Referendumsbegehren wurde von der absoluten Mehrheit der gültig Stimmenden des ganzen Landes verworfen. Die Stimmbeteiligung betrug: 58.3%, der Anteil der brieflichen Stimmabgabe betrug 60.5%. Das Gesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft.

Vorbereitungsarbeiten für die Gemeindwahlen 2007
Ins Berichtsjahr fiel ein wesentlicher Teil der Vorbereitung für die Gemeindewahlen 2007. Dabei wurde die elektronische Zählhilfe zur Unterstützung der Zählarbeiten in den Wahlkommissionen erstmals landesweit für die Gemeindewahlen 2007 eingesetzt, nachdem die mit diesem Programm gemachten Erfahrungen bei den Landtagswahlen 2005 sehr positiv waren. Die amtliche Kundmachung zu den Gemeindewahlen 2007 sind im Internet unter www.rk.llv.li abrufbar.

Diverses

Interreg IIIA
Interreg ist ein Förderprogramm für die grenzübergreifende Zusammenarbeit, das aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) mitfinanziert wird. Mit Interreg soll eine ausgewogene Entwicklung in grenzüberschreitenden Räumen gefördert und damit ein Beitrag zur europäischen Integration geleistet werden. Liechtenstein nimmt seit 2001 Einsitz im Begleitausschuss.

In der Strukturfondsperiode, die im Berichtsjahr endete, wurden insgesamt 117 Projekte durchgeführt, wovon sich Liechtenstein mit privaten und öffentlichen Mitteln an 40 Projekten beteiligt hat. In den verschiedenen Bereichen Wirtschaft, Umwelt- und Raumentwicklung, Soziokulturelle Entwicklung, Programmentwicklung wurden u.a. folgende Projekte von Liechtenstein mitunterstützt:
– Tageskarte Euregio Bodensee
– Internationale Schule Rheintal
– Rundwanderweg Rätikon
– Der die das 3-Länder-Gender
– Entwicklungskonzept Alpenrhein
– Schadenspotentiale
– Gemeinden Mobil
– IBH, Hochschulkooperationen
– Frauen 50 plus
– Zukunft Rheintal

Interreg IV
Im Januar 2006 wurde von den Programmverantwortlichen eine international besetzte Programmierungsgruppe «Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein 2007-2013» eingerichtet. Die Programmierungsgruppe wurde im Mai 2006 durch die Regierungskanzlei mit Gaststatus erweitert.

Im Dezember 2006 erklärte die Regierung die erneute Teilnahme am Programm. Die stellvertretende Leiterin der Regierungskanzlei wurde als offizielles Mitglied in die Programmierungsgruppe aufgenommen, nimmt den Einsitz Liechtensteins im Lenkungsausschuss und zukünftige Aufgaben als Informations- und Anlaufstelle wahr.

Weiters sind in diesem Gremium vertreten: Das Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, für Österreich, die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) - Sekretariat, Kanton St. Gallen, für die Schweizer Kantone, das Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München, für den Freistaat Bayern, die Regierung von Schwaben, Augsburg, für den Regierungsbezirk Schwaben und das Regierungspräsidium Tübingen für das Land Baden-Württemberg. Das Operationelle Programm für die Strukturfondsperiode 2007-2013 wurde in 6 Arbeitssitzungen gemeinsam erarbeitet. Der Programmentwurf wurde im Dezember 2006 in Bregenz vorgestellt und vom Begleitausschuss einstimmig befürwortet. Der Entwurf wurde unter www.interreg.org im Rahmen einer Anhörung im Dezember 2006 zugänglich gemacht und soll Mitte Februar 2007 der EU-Kommission zugestellt werden.

Beratungs- und Beschwerdestelle
Die Beratungs- und Beschwerdestelle ist Anlauf- und Auskunftsstelle für rat- und hilfesuchende Personen. Sie übernimmt meist die Funktion einer Triage zwischen der Bevölkerung und den zuständigen Regierungs- und Amtsstellen, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spezifische Auskünfte erteilen können. Es wenden sich aber auch Personen an die Beratungs- und Beschwerdestelle, welche auf Grund von Entscheidungen von Amtsstellen nach deren Entscheidungsgrundlagen suchen. Sie möchten sich an einer «neutralen» Stelle nach den gesetzlichen Hintergründen erkundigen.

Die von der Beratungs- und Beschwerdestelle entgegengenommenen Anfragen betrafen Auskünfte zu Tätigkeiten in einzelnen Amtsstellen. Weil auch die Regierungskanzlei oft Anlaufstelle für allgemeine Auskünfte ist und die Beratungs- und Beschwerdestelle personell in die Regierungskanzlei integriert ist, sind die Übergänge fliessend. Viele Anfragen und Hilfeleistungen werden deshalb nicht statistisch erfasst.

Rechtsdienst der Regierung

Amtsleiterin: Dr. iur. Marion Frick-Tabarelli

Die Aufgaben des Rechtsdienstes bestehen gemäss Verordnung LGBl. 1987 Nr. 5 idgF schwerpunktmässig aus den Bereichen Ausarbeitung von Rechtsgutachten zuhanden der Regierung, legistische Überprüfung von Rechtsvorschriften und Publikation der Landesgesetzblätter. Daneben ist der Rechtsdienst für eine Vielzahl weiterer Angelegenheiten zuständig, wie bspw. für die innerstaatliche Umsetzung von Sanktionsmassnahmen, die Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag und zu den anderen Verträgen mit der Schweiz, die Kontrolle der Unterhaltsbevorschussungen als Vertreter des öffentlichen Rechts sowie die Aktualisierung und Betreuung der verschiedenen Rechtsdatenbanken, wie insbesondere der auf der Website www.gesetze.li angebotenen Gesetzesdatenbank LILEX. Schliesslich unterstützt der Rechtsdienst die Regierung durch seine Mitarbeit in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen.

Im Berichtsjahr wurden wiederum zahlreiche Rechtsgutachten unterschiedlichen Umfangs erstattet. Sie standen meist in engem Zusammenhang mit Gesetzgebungsvorhaben oder aktuellen Fragestellungen der Regierung und betrafen sämtliche Bereiche der liechtensteinischen Rechtsordnung.

Im Legistikbereich sind vorrangig zu nennen die Totalrevisionen im Bereich der Verwaltungs- und Gerichtsorganisation (Staatspersonalgesetz, Richterdienstgesetz, Gerichtsorganisationsgesetz), der Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung (Marktmissbrauchsgesetzgebung, Eigenmittelverordnung, Pensionsfondsgesetzgebung, Übernahmegesetz), der Gewerbe- und Strassentransportgesetzgebung, des Bauwesens (Energiegesetzgebung, Baugesetz), des Strafrechts (Reform des Strafvollzugs und der Untersuchungshaft), der Grundrechte (Behindertengleichstellungsgesetzgebung), des Jugendschutzes (Kinder- und Jugendgesetz), des Umweltrechts (Gesetz über die Strategische Umweltprüfung) sowie die Gesetzgebung im Bereich des Sachenrechts (Reform des Grundbuchrechts) und des Gesellschaftsrechts (u.a. Europäische Genossenschaft). Besonders hervorzuheben sind auch die zahlreichen Sanktionsmassnahmen gegenüber verschiedenen Staaten, die insbesondere wegen der bestehenden Sensibilität in Sachen Finanzplatz Liechtenstein und Terrorismusbekämpfung vom Rechtsdienst durch Ausarbeitung entsprechender Sanktionsverordnungen umgehend innerstaatlich umgesetzt wurden.

Als Gesetzgebungsprojekt, bei dem dem Rechtsdienst im Berichtsjahr die Federführung zukam, ist die Schaffung eines Opferhilfegesetzes zu nennen. Hier konnte der Bericht und Antrag verabschiedet, die erste Lesung im Landtag durchgeführt und die Arbeiten an der Stellungnahme zu Handen des Landtags aufgenommen werden.

Statistische Kurzübersicht

Bearbeitete Akten	**541**
Herausgegebene Landesgesetzblätter	**302**
Begutachtete Rechtsvorschriften	**377**
Rechtsgutachterliche Stellungnahmen	**50**
Unterhaltsvorschussfälle	**71**
Nachlieferungen LR	**4**
Register zur LR	**2**
Bereinigung der Anlagen	**2**
Ausbildung Praktikanten	**6**

Personalbestand

Das Rechtsdienst-Team umfasste im Berichtsjahr 2006 insgesamt sechs Juristinnen und Juristen zu 500 Stellenprozenten und eine Sekretärin/Sachbearbeiterin.

Der Rechtsdienst hat im Jahr 2006 fünf Rechtspraktikanten und einen Ferialpraktikanten ausgebildet.

Aufgaben gemäss Rechtsdienst-Verordnung

Im Berichtsjahr 2006 wurden vom Rechtsdienst insgesamt 541 neue Akten, insbesondere für rechtsgutachterliche Stellungnahmen, legistische Belange und grössere Verwaltungsaufgaben bearbeitet.

Rechtsgutachterliche Stellungnahmen

Der Rechtsdienst hat 50 schriftliche Rechtsabklärungen (Gutachten, Stellungnahmen, Äusserungen zu Vernehmlassungsberichten, usw.) von unterschiedlichem Umfang erarbeitet. Es handelt sich dabei vor allem um Abklärungen zuhanden der Regierung bzw. der verschiedenen Ressorts. Daneben wurde eine Vielzahl von mündlichen Beratungen und Auskunftserteilungen vorgenommen, die statistisch nicht eigens erfasst werden.

Legistische Überprüfungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 377 Rechtsvorschriften (insbesondere Gesetzesvorlagen in Berichten und Anträgen, Verordnungsentwürfe usw.) legistisch begutachtet. Einige der wichtigsten und komplexesten Legistikprojekte wurden eingangs erwähnt. Die legistische Begutachtung durch den Rechtsdienst umfasst gemäss Regierungsbeschluss vom 18. Juli 2006 (RA 2006/1942-0030) die formelle Überprüfung der definitiven Entwürfe zu Rechtsvorschriften auf der Grundlage der Legistischen Richtlinien sowie die materielle Kontrolle in Bezug auf offensichtliche Unstimmigkeiten rechtlicher und inhaltlicher Natur. Damit verbunden sind regelmässige Besprechungen mit den zuständigen Sachbearbeitern/innen sowie die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Schliesslich wurden auch im Legistikbereich im Vorfeld der eigentlichen Begutachtung durch den Rechtsdienst eine Vielzahl von mündlichen Beratungen, Informationen und Auskünften vorgenommen, die nicht eigens vermerkt wurden.

Herausgabe der Liechtensteinischen Landesgesetzblätter

302 Rechtsvorschriften (Gesetze, Verordnungen, Finanzbeschlüsse, Staatsverträge usw.) im Umfang von 3661 Seiten wurden legistisch aufbereitet, publikationstechnisch formatiert und im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt (LGBl.) kundgemacht. Als besonders arbeitsintensiv erwiesen sich hierbei vor allem die Staatsverträge und Rechtsvorschriften mit tabellarischen Anhängen sowie die Umsetzung des EWR-Rechtes.

In Zusammenhang mit dieser Publikationstätigkeit hat der Rechtsdienst an allen Landtagssitzungen teilgenommen.

Sanktionsmassnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten

Der Rechtsdienst hat die Aufgabe, im Rahmen der Umsetzung von Verpflichtungen aus Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und aus Embargomassnahmen der EU Detailabklärungen hinsichtlich notwendiger Umsetzungsmassnahmen vorzunehmen, Entwürfe zu entsprechenden liechtensteinischen Rechtsvorschriften zu verfassen und dem Ressort Äusseres zur Antragstellung zu unterbreiten (RA 99/2929-9714.3/3/1).

Im Jahr 2006 waren einerseits die Sanktionen gemäss den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bzw. den Beschlüssen der UN-Sanktionenkomitees gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban, Irak, Liberia, Côte d Ivoire, Kongo, Sudan, Korea und Libanon sowie andererseits die Sanktionen aufgrund der Gemeinsamen Standpunkte des EU-Rates gegenüber Myanmar, Usbekistan, Belarus und bestimmten Personen aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien umzusetzen. Der Rechtsdienst nahm die erforderlichen Überprüfungen vor und arbeitete zum Zwecke der innerstaatlichen Umsetzung insgesamt 30 Sanktionsverordnungen aus.

Aufgrund der staatsvertraglichen Bindungen mit der Schweiz mussten dabei insbesondere die gestützt auf den Zollvertrag und die Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften miteinbezogen werden.

Nebst dieser rechtlichen Abstimmung mit der Schweiz berücksichtigte der Rechtsdienst auch die entsprechenden Umsetzungsbestimmungen der Europäischen Union, insbesondere die aufgrund Gemeinsamer Standpunkte des Rates erlassenen Durchführungsverordnungen, die von Liechtenstein mitgetragen wurden.

Die jeweiligen Resolutionen bzw. Beschlüsse wurden umgesetzt gegenüber:

- Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban mit Verordnungen vom 17. Januar 2006, 24. Januar 2006, 14. Februar 2006, 7. März 2006, 2. Mai 2006, 16. August 2006, 5. September 2006, 17. Oktober 2006, 14. November 2006, 12. Dezember 2006 und 19. Dezember 2006 (LGBl. 2006 Nr. 7, LGBl. 2006 Nr. 18, LGBl. 2006 Nr. 44, LGBl. 2006 Nr. 59, LGBl. 2006 Nr. 76, LGBl. 2006 Nr. 172, LGBl. 2006 Nr. 189, LGBl. 2006 Nr. 206, LGBl. 2006 Nr. 220, LGBl. 2006 Nr. 267 und LGBl. 2006 Nr. 282);
- Irak mit Verordnung vom 23. Mai 2006 (LGBl. 2006 Nr. 83);
- Liberia mit Verordnungen vom 11. April 2006, 27. Juni 2006, 16. August 2006, 5. Dezember 2006 und 19. Dezember 2006 (LGBl. 2006 Nr. 67, LGBl. 2006 Nr. 141, LGBl. 2006 Nr. 171, LGBl. 2006 Nr. 238 und LGBl. 2006 Nr. 283);
- Côte d Ivoire mit Verordnungen vom 14. Februar 2006 und 13. Juni 2006 (LGBl. 2006 Nr. 45 und LGBl. 2006 Nr. 119);
- der Demokratischen Republik Kongo mit Verordnungen vom 10. Januar 2006, 20. Juni 2006 und 5. September 2006 (LGBl. 2006 Nr. 4, LGBl. 2006 Nr. 124 und LGBl. 2006 Nr. 190);
- Sudan mit Verordnung vom 2. Mai 2006 (LGBl. 2006 Nr. 77);
- der Demokratischen Volksrepublik Korea mit Verordnung vom 24. Oktober 2006 (LGBl. 2006 Nr. 208);
- Libanon mit Verordnung vom 24. Oktober 2006 (LGBl. 2006 Nr. 211).

Daneben wurden im Jahre 2006 auf der Grundlage von Gemeinsamen Standpunkten des EU-Rates und seiner Durchführungsverordnungen autonom Sanktionen verhängt gegenüber:

- Myanmar mit Verordnung vom 27. Juni 2006 (LGBl. 2006 Nr. 139);
- Usbekistan mit Verordnung vom 24. Januar 2006 (LGBl. 2006 Nr. 17);
- Belarus mit Verordnungen vom 27. Juni 2006 und 31. Oktober 2006 (LGBl. 2006 Nr. 140 und LGBl. 2006 Nr. 212);
- bestimmten Personen aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien mit Verordnung vom 26. September 2006 (LGBl. 2006 Nr. 196).

Im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung haben sich insbesondere hinsichtlich der Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen weitere Umsetzungsverpflichtungen ergeben, die auch im Jahre 2006 eine enge Zusammenarbeit des Rechtsdienstes mit der speziell hiefür eingesetzten Koordinationsgruppe «Terrorismusbekämpfung» erforderlich machten. Neben der Mitarbeit im Rahmen dieser Arbeitsgruppe war insbesondere auch die Erstellung von Personenlisten im Bereich der Finanzsanktionen zeitaufwändig.

Schliesslich ist noch auf die Mitarbeit des Rechtsdienstes in der von der Regierung am 11. März 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe betreffend Neuregelung und Koordination des Vollzugs von Sanktionen hinzuweisen.

Gesetzgebungsprojekt

Die Arbeiten am neu zu schaffenden Opferhilfegesetz wurden fortgesetzt. Im 1. Halbjahr 2006 konnte der Bericht und Antrag fertig gestellt, zu Handen des Landtags

verabschiedet und in erster Lesung behandelt werden. Die Vorlage wurde sehr positiv aufgenommen. Zur vollumfänglichen Nutzbarmachung der schweizerischen Literatur und Rechtsprechung in jenen Bereichen, in denen sich der Entwurf an der schweizerischen Rezeptionsvorlage orientiert, wurde er deren Systematik angepasst und die Stellungnahme zu Handen des Landtags vorbereitet. Die Vorlage an den Landtag zur zweiten Lesung wird erfolgen, sobald das Gesetz in der Schweiz endgültig verabschiedet ist.

Bereinigung der Anlagen zu den Verträgen mit der Schweiz

Im Rahmen der regelmässig stattfindenden Bereinigungen der Anlagen zum Zollvertrag, zum Währungsvertrag, zum Patentschutzvertrag, zu den Vereinbarungen über die Stempelabgaben und betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt sowie zu den Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen wird vom Rechtsdienst in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern die Anwendbarkeit schweizerischen Rechts in Liechtenstein überprüft und die bereinigten Anlagen kundgemacht.

Vierzehnte Bereinigung 2005/2006

Schwerpunkte dieser mit LGBl. 2006 Nr. 106 bis 111 kundgemachten Anlagenbereinigung bildete die neue schweizerische Chemikaliengesetzgebung (u. a. Chemikalienverordnung, SR 813.11, Verordnung über die Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen, SR 813.112.12, Biozidprodukteverordnung, SR 813.12, Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung, SR 814.81), die in die Anlage I zum Zollvertrag aufgenommen wurde.

Fünfzehnte Bereinigung 2006

Auch die fünfzehnte Bereinigung mit Stand 30. Juni 2006 konnte zum erfolgreichen Abschluss gebracht und am 29. Dezember 2006 publiziert werden (LGBl. 2006 Nr. 289 bis 294).

Wichtigste Themen dieser Bereinigung waren ua die Totalrevision der Bundesrechtspflege, mit der das Bundesgericht entlastet werden soll. Das neue Bundesgerichtsgesetz, welches das bisher in der Anlage befindliche Bundesrechtspflegegesetz ersetzt, sowie das ebenfalls neue Verwaltungsgerichtsgesetz waren zu prüfen und in die Anlagen aufzunehmen. Weiters ist die vorgezogene Bereinigung eines Teils der schweizerischen Lebensmittel- und Veterinärgesetzgebung per 31. Dezember 2006 (Revision Lebensmittelrecht 2006) im Rahmen der aktuellen Bereinigung hervorzuheben.

Vertreter des öffentlichen Rechts gemäss Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Seit dem Jahre 1990 (Regierungsbeschluss vom 30. Januar 1990 zu RB 448/110/90 idF des Beschlusses vom 4. April 1995 zu RA 95/1313) übt der Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts das Beschwerderecht im Sinne des Unterhaltsvorschussgesetzes, LGBl. 1989 Nr. 47, aus und ist insbesondere auch für die Antragstellung bezüglich Rückzahlungs- und Ersatzpflichten zuständig.

Die Zahl der durch den Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts zu betreuenden Unterhaltsvorschussakten belief sich im Berichtsjahr auf 71 Fälle. Der Rechtsdienst erhob in einem Fall Rekurs und stellte in einem weiteren Fall Antrag auf Ersatz zu Unrecht gewährter Unterhaltsvorschüsse.

Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)

Dem Rechtsdienst obliegt die Koordination, insbesondere hinsichtlich der Ausführung (Form und Inhalt) der LR samt Nachlieferungen, des Registers zur LR sowie der Textausgaben.

Die 38 Ordner umfassende Systematische Sammlung (22 Ordner Landesrecht, 16 Ordner Staatsvertragsrecht) wurde im Berichtsjahr mit 4 Nachlieferungen aktualisiert.

Ausserdem wurden zwei neue Register zu der Systematischen Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften mit Stand 1. Juli 2006 (bis LGBl. 2006 Nr. 141) bzw. 1. Januar 2007 (bis LGBl. 2006 Nr. 302) erstellt.

Gesetzesdatenbank LILEX unter www.gesetze.li

Im Berichtsjahr wurde die vom Rechtsdienst auf der Website www.gesetze.li angebotene Gesetzesdatenbank LILEX monatlich aktualisiert. Die Datenbank ermöglicht dem Rechtsanwender die unentgeltliche Volltextsuche im gesamten Bestand sowohl der Systematischen als auch der Chronologischen Sammlung des Liechtensteinischen Landes- und Staatsvertragsrechts.

Die Webseite zählt über 170 Besucher pro Tag und verzeichnet im Durchschnitt 437 Abfragen pro Stunde. Laut Webstatistik wurden im Berichtsjahr auf der Seite www.gesetze.li insgesamt 325 572 Detail-Abfragen getätigt.

Rechtsdienst online

Seit Februar 2006 ist der Rechtsdienst der Regierung mit seinem Internetauftritt im Portal der Liechtensteinischen Landesverwaltung bzw. unter www.rdr.llv.li online. Die Homepage bietet nicht nur einen Einblick in sämtliche Tätigkeitsgebiete des Rechtsdienstes, sondern ermöglicht es dem Anwender auch, die neuesten Landesgesetzblätter bereits am Tage ihrer Kundmachung einzusehen und herunterzuladen oder diese per Newsletter zu abonnieren.

Auch das jeweils aktuelle Register zur Systematischen Sammlung (LR) und die neuesten Textausgaben werden auf der Website des Rechtsdienste unentgeltlich angeboten.

Stabsstelle EWR

Stabsstellenleiterin: Dr. iur. Andrea Entner-Koch, LL.M.

Die Tätigkeiten der Stabsstelle EWR können vereinfacht in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: Koordinationsaufgaben bei der Übernahme und der Umsetzung von neuem EWR-Recht, Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde und Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden verschiedene Koordinierungsverfahren und -instrumente eingeführt, deren Überwachung und Steuerung der Stabsstelle EWR obliegen. Diese beziehen nicht nur die Landesverwaltung sondern auch Interessenverbände, Experten und Behörden in anderen Mitgliedstaaten, insbesondere deren Vertretungen in Brüssel, mit ein.

Übernahme und Umsetzung von neuem EWR-Recht

Übernahme von EWR-Recht

Sämtliche zur Übernahme anstehenden EU-Rechtsakte werden von den Fachexperten der Ämter und ergänzend von der Stabsstelle EWR auf die jeweiligen faktischen und rechtlichen Auswirkungen hin überprüft. Wo erforderlich, werden im Zuge einer Übernahme in das EWR-Abkommen entsprechende Anpassungen an den Rechtsakten vorgenommen. Die Überprüfung der ins EWR-Abkommen zu übernehmenden EU-Rechtsakte umfasst auch die Abklärung, ob die Übernahme des betreffenden EU-Rechtsaktes die Zustimmung des Landtages erfordert. Alle Vorarbeiten für die EWR-Kommission des Landtages werden von der Stabsstelle EWR koordiniert und die entsprechenden Unterlagen bereitgestellt. Die EWR-Kommission des Landtages hat im Jahr 2006 insgesamt 342 EU-Rechtsakte behandelt (ergänzend wird auf den Bericht der EWR-Kommission des Landtages verwiesen).

Im Jahr 2006 wurden durch 159 Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses 342 EU-Rechtsakte übernommen, womit sich die Zahl der rechtsverbindlichen EU-Rechtsakte im EWR-Abkommen auf total 4 752 erhöht hat. Darunter befanden sich insgesamt 13 EU-Rechtsakte, welche dem Zustimmungserfordernis des Landtages gemäss Art. 8 Abs. 2 Landesverfassung unterlagen. Dazu gehören insbesondere folgende EU-Richtlinien: Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung; die Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung; Richtlinie zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und die Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge; Richtlinie betreffend Durchführung in Bezug auf die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und die Meldung ernster Zwischenfälle und ernster unerwünschter Reaktionen; Richtlinie betreffend Durchführung in Bezug auf gemeinschaftliche Standards und Spezifikationen für ein Qualitätssystem für Blutspendeeinrichtungen; Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen; Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern; Richtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten; Richtlinie über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen sowie die Richtlinie über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt.

Umsetzungsquote

Die ins EWR-Abkommen übernommenen EU-Rechtsakte verlangen in vielen Fällen eine Umsetzung ins liechtensteinische Recht. Die Koordination der diesbezüglichen Arbeiten erfolgt über die zweimal jährlich erstellten EWR-Arbeitslisten für die Ressorts, anhand welcher die Regierung den von der Stabsstelle EWR aufgezeigten Handlungsbedarf zur Kenntnis nimmt und die entsprechenden Massnahmen für eine rechtzeitige Umsetzung gutheisst. Die EU-Staaten haben sich verpflichtet eine Umsetzungsquote von 98.5 % anzustreben. Es ist festzustellen, dass sich unsere Umsetzungsquote auf 97.9 % bzw. 98.1 % eingependelt hat. Da sich Liechtenstein aber als verlässlicher Partner im Europäischen Integrationsszenario präsentieren will und dies von entscheidendem Vorteil für andere aussenpolitische Positionierungen ist, wurden im Sommer 2006 Verbesserungsmassnahmen eingeleitet, die sich bereits in einer verbesserten Umsetzungsquote mit Stand Ende Oktober 2006 niedergeschlagen haben. Der Jahresbericht der EFTA-Überwachungsbehörde für 2006, der dazu detaillierte Angaben enthält, liegt derzeit noch nicht vor.

Umsetzungsdefizite

Umsetzungsdefizite bestehen derzeit dennoch in den Bereichen Umwelt (Umgebungslärm sowie Umweltauswirkungen von Plänen und Programmen), Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung (verschiedene Richtlinien im Bereich Arzneispezialitäten), Telekommunikation (Vollumsetzung des Neuen Telekompakets), Finanzdienstleistungen (Finanzsicherheiten, Finanzkonglomerate), Bauwesen (Gebäudeenergieeffizienz) und Energie (Erdgasbinnenmarkt und Elektrizitätsbinnenmarkt).

Umsetzungserfolge

Im Bereich Telekommunikation konnte im Juni 2006 eine Teilumsetzung des Telekompaketes notifiziert werden.

Die Vollumsetzung des Richtlinienpaketes soll bis zum Ende des ersten Quartals 2007 erfolgen.

Durch die Schaffung eines Versicherungsvermittlergesetzes wurde in der ersten Jahreshälfte 2006 im Bereich Finanzdienstleistungen die Umsetzung der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung abgeschlossen.

Im Bereich Geistiges Eigentum wurde durch die Abänderung des Urhebergesetzes die Richtlinie 2001/84/EG über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerks und die Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft umgesetzt.

Im Bereich Öffentliches Auftragswesen kam Liechtenstein durch eine Änderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im ersten Halbjahr 2006 bezüglich vier Richtlinien seinen Verpflichtungen aus dem EWR-Abkommen nach.

Im Jahr 2006 konnten insbesondere folgende Umsetzungen abgeschlossen werden: Im Bereich Gleichbehandlung von Männern und Frauen trat die Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen in Kraft.

In Bezug auf das Gesellschaftsrecht konnte durch das Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft die Richtlinie 2001/86/EG zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer umgesetzt werden. Gleichzeitig trat auch das Gesetz über das Statut der Europäischen Gesellschaft in Kraft.

Im Bereich Umwelt wurde mit der Anpassung der Störfallverordnung im Sommer letzten Jahres die Richtlinie 2003/105/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen umgesetzt. Gleiches gilt für die Richtlinie 2004/42/EG über Emissionen bei Farben und Lacken, welche ebenfalls letzten Sommer mittels der neu geschaffenen Verordnung über den Verkehr mit Farben und Lacken im EWR umgesetzt worden ist.

Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) kontrolliert die rechtzeitige und inhaltlich korrekte Umsetzung und Anwendung des EWR-Rechts in den EWR/EFTA-Staaten. Die Stabsstelle EWR fungiert in diesem Zusammenhang als direkter Ansprechpartner. Im Jahr 2006 waren bei der ESA neben verschiedenen Auskunftsersuchen auch 12 formelle Mahnschreiben (Letters of Formal Notice), 15 begründete Stellungnahmen (Reasoned Opinions) und zwei Klagen gegen Liechtenstein beim EFTA-Gerichtshof hängig. Diese betrafen insbesondere die Bereiche Diplomanerkennung, Sozialversicherungen, Umwelt, Arzneispezialitäten, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen und Transport.

Ein gutes Abschneiden Liechtensteins bei der Erfüllung der EWR-Verpflichtungen liegt unbestritten im Gesamtinteresse des Landes. Vertragsverletzungsverfahren beeinträchtigen nicht nur das politische Ansehen des Landes, sondern verursachen auch einen enormen Arbeitsaufwand für die Stabsstelle EWR bzw. die Verwaltung im Allgemeinen. Die Stabsstelle EWR ist daher in ihrer Koordinationsaufgabe bemüht, die Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung zu intensivieren sowie die internen Arbeitsabläufe stetig zu überprüfen und zu verbessern.

Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten

In einer vom Europarecht zunehmend tangierten Verwaltung ist die Stabsstelle EWR zentrale Anlaufstelle bei EWR-rechtlichen Fragen. Die Stabsstelle EWR erstellt in diesem Zusammenhang Gutachten im Auftrag der Regierung oder wirkt in verschiedenen Arbeitsgruppen beratend oder als Vorsitz mit (z.B. Veterinärwesen/Landwirtschaft).

Eine weitere zentrale Aufgabe der Stabsstelle EWR liegt darin, EWR-rechtliche Kenntnisse all jenen Landesangestellten zu vermitteln, die durch ihre Arbeit mit dem Europarecht in Berührung kommen. Die Stabsstelle EWR führt zu diesem Zweck alljährlich eine allgemeine EWR-Schulung für die Landesangestellten bzw. laufend spezielle EWR-Schulungen für die Experten in den Ämtern durch. Des Weiteren wurde 2006 erneut ein LLV-internes Seminar zur aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) organisiert.

Die Stabsstelle EWR vertritt die Regierung auch in Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof sowie dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Im Jahr 2006 entschied der EFTA-Gerichtshof fünf liechtensteinische Fälle, wobei diese (E-5/05 – E-9/05) das sog. Telekommunikationspaket betrafen. Die ESA hat Beschwerde wegen der nicht fristgerechten Umsetzung der fünf Telekommunikationsrichtlinien beim EFTA-Gerichtshof eingereicht. Der EFTA-Gerichtshof entschied am 29. Juni 2006, dass Liechtenstein durch die verspätete Umsetzung dieser Richtlinie seine Treuepflichten gemäss Art. 7 EWR-Abkommen verletzt hat. Die nationale Umsetzungsmassnahme, das neue Kommunikationsgesetz, trat kurz nach Urteilsverkündigung in Kraft. Die für die Vollumsetzung fehlenden Verordnungen werden im ersten Quartal 2007 in Kraft gesetzt werden.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Informations- und Dokumentationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit, welche von der EWR-Dokumentation der Stabsstelle EWR wahrgenommen werden. Ihr obliegt u. a. die kontinuierliche Nachführung der EWR-Rechtssammlung und des EWR-Registers sowie die

Betreuung der Internetseite der Stabsstelle EWR (www.sewr.llv.li) und des EWR-Teils im Liechtenstein-Portal (www.liechtenstein.li), welcher unter dem Menüpunkt «Staat / Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)» zu finden ist. Hervorzuheben sind die drei von der Stabsstelle EWR angebotenen Newsletter: vierteljährlich erscheint der «Newsletter SEWR-News». Bei Bedarf erscheint der «Newsletter EWR-Register» (nach jeder Aktualisierung der Onlineausgabe des EWR-Registers) und der «Newsletter EU-Programme» (bei Einlangen von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für laufende Projekte von EU-Programmen, an denen Liechtenstein im Rahmen des EWR-Abkommens teilnimmt). Alle drei Newsletter können unter www.sewr.llv.li (Rubrik: Allgemeines / Newsletter) abonniert werden.

Darüber hinaus wird die Informationstätigkeit auch durch Vorträge bei öffentlichen und privaten Organisationen wahrgenommen. Das System der EWR-Kontaktpersonen, bei welchem die Interessensverbände über neue Entwicklungen im EWR-Recht informiert werden bzw. die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu neuen EU-Rechtsakten abzugeben, wurde auch im Jahr 2006 mit Erfolg weitergeführt. Die Stabsstelle EWR ist zudem Kontaktstelle für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, welche sich durch ausländische Behörden in ihren Rechten gemäss EWR-Abkommen beschränkt fühlen. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Stabsstelle EWR auch am EWR-weiten Problemlösungsnetz «SOLVIT».

Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Stabsstellenleiterin: Dr. Gerlinde Manz-Christ

Die mit RA 2001/2262-0333 vom 7. August 2001 eingerichtete Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ist dem Regierungschef direkt unterstellt.

Die Stabsstelle hat die nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit für Liechtenstein mit dem Kommunikationskonzept II (2005-2009) kontinuierlich fortgesetzt und weiter ausgebaut. Der Schwerpunkt in der Umsetzung des Konzepts lag 2006 in der gezielten Einladung von Medienvertretern nach Liechtenstein, Liechtenstein-Sonderbeiträgen und -Artikeln in den Zielmärkten, in der Präsentation liechtensteinischer Themen bei Meinungsmittlern aus Politik und Wirtschaft, Verstärkung von Synergieeffekten der im Land vorhandenen Ressourcen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Erarbeitung und Publikation zahlreicher zielgruppenspezifischer Informationstexte, sowie Erarbeitung themenspezifischer Kommunikationskonzepte. Dadurch konnte der Multiplikatoreffekt der professionellen Darstellung des Landes Liechtenstein wesentlich verstärkt und ein deutlicher Anstieg positiver Medienberichte verzeichnet werden.

Kommunikationskonzept

Als oberstes Ziel des Kommunikationskonzeptes wurde zu Beginn die Nachhaltigkeit und verstärkte Integration aller Kräfte in der Öffentlichkeitsarbeit für das Fürstentum Liechtenstein definiert. Alle Massnahmen der Stabsstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stehen im Kontext zum vorliegenden gesamtheitlichen Kommunikationsmodell – ergänzt und verfeinert durch das Kommunikationskonzept II für das Land Liechtenstein (2005-2009) - und sind entsprechend abgestimmt. Die sechs Kernbotschaften werden konsequent mit Informationen aus der Regierungstätigkeit ausgestaltet und kommuniziert, z.B. mit dem einmal wöchentlich erscheinenden «Thema der Woche» auf *www.liechtenstein.li*.

Aktive Kommunikation

Die Stabsstelle hat im Jahr 2006 ca. 20 Präsentationen und Vorträge zu Liechtenstein-Themen im In- und Ausland (Location Branding Conference 2006 in London, 2. Public Management Forum Wallis, Kroatisches Aussenministerium, 200 österreichische Gemeindebedienstete, US-Universities Alumni, Vorstandssitzung der European Association of Political Consultants, Landesregierung Salzburg, u.v.m.) gemacht, an die 15 Artikel und Gastkommentare verfasst und Interviews in deutscher, englischer und französischer Sprache gegeben, ca. 50 Hintergrundgespräche mit hochrangigen Medienvertretern und anderen Meinungsmittlern geführt, durch Lobbying und Networking nachweislich einen guten Multiplikatoreffekt in der Öffentlichkeitsarbeit bewirkt, positive Präsenz für das Land Liechtenstein erzielt und Liechtenstein einem neuen Kreis von Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft näher gebracht (Deutschland, Österreich, Tschechien, Russland, China, Korea uvm.)

Basis-Informationsmaterialien

Die Stabsstelle hat 2006 die bisherigen Informationsmaterialien mit dem Buch «Das Fürstentum Liechtenstein – Begegnung mit einem Kleinstaat» vervollständigt, für das sie das Konzept erarbeitet und inhaltlich umgesetzt hat. Sämtliche bisherigen Informationsmaterialien der SKOE wurden inhaltlich und gestalterisch überarbeitet und aktualisiert. Im Jahr 2006 wurden 3 000 Liechtenstein CD-ROMs und DVDs, 15 000 Liechtenstein-Booklets, 20 000 Basisartikel und 3 000 bilaterale Ländervergleiche ausgegeben. Die bilateralen Ländervergleiche erfreuen sich zunehmender Beliebtheit im In- und Ausland. Dem Wunsch aus Landesverwaltung und Verbänden nach weiteren Ländervergleichen konnte wegen Kapazitätsmangel nicht entsprochen werden.

Die Stabsstelle überarbeitete Informationstexte zu Liechtenstein in deutsch- und englischsprachigen Websites und beantwortete monatlich ca. 80 Anfragen zu Liechtenstein allgemein sowie zum Wirtschafts- und Finanzstandort Liechtenstein, die nicht der vertieften fachlichen Antwort der zuständigen Amtsstellen bedürfen.

Organisation von Informationsveranstaltungen
Im Berichtsjahr übernahm die Stabsstelle wieder die Konzeption, inhaltliche Vorbereitung und Umsetzung von diversen Informations- und Spezialveranstaltungen, wie z.B. den Holocaust-Gedenktag, der 2006 erstmals durchgeführt wurde.

Beratung und Unterstützung der Regierung in informationspolitischen Angelegenheiten
Die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit hat für die Regierung und diverse Amtsstellen ca. zehn Kommunikationskonzepte erarbeitet und umgesetzt. Sie hat die Regierung und die Mitarbeiter der Regierung in der Öffentlichkeitsarbeit beraten und sie in der Durchführung von Massnahmen unterstützt. Der Stabsstelle oblag weiters die Organisation, inhaltliche Vorbereitung und Betreuung von Interviews sowie die inhaltliche Vorbereitung von Medienkonferenzen und das Verfassen von Presseaussendungen.

Stiftung Image Liechtenstein und Marke Liechtenstein
Die Stabsstelle arbeitet im Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein mit und leitet das Expertengremium, das die Entscheidungen des Stiftungsrates inhaltlich vorbereitet. Der Geschäftsleiter setzt die im Gesamtkommunikationskonzept definierten Massnahmen gemeinsam mit der Stabsstelle um.

Liechtenstein-Portal im Internet
Die Stabsstelle hat das Liechtenstein-Portal *www.liechtenstein.li* mit neuen Informationsinhalten, Videofilmen sowie TV-tauglichem Bildmaterial erweitert. Die Stabsstelle ist für Inhalt und Aktuellhaltung des Liechtenstein-Portals verantwortlich.

Auf- und Ausbau von Kommunikationsnetzwerken
Durch den verstärkten systematischen Einbezug sowohl der liechtensteinischen Aussenstellen als auch der in Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate in die Informations- und Kommunikationslinien bei Schwerpunktthemen der Regierung konnte die proaktive Öffentlichkeitsarbeit erheblich erweitert und intensiviert werden.

Mitwirkung in amtsstellenübergreifenden Arbeitsgruppen und Projekten
Die Stabsstelle arbeitet in zahlreichen Arbeitsgruppen mit, wie Neues Erscheinungsbild für die Liechtensteinische Landesverwaltung, Erweiterung Liechtenstein-Portal, Koordinierungsgruppe Finanzplatz, Terrorismusbekämpfung, Informationszeitschrift Liechtenstein, Gymnaestrada 2007, Restrukturierung Kommunikationsstellen.

Stabsstelle öffentliches Auftragswesen

Stabsstellenleiter: Dipl. Ing. HTL Wendelin Lampert

Die Stabsstelle öffentliches Auftragswesen berät und informiert zu Fragen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Sie bildet die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für sämtliche öffentliche Auftraggeber in der Landesverwaltung, die Gemeinden und für alle weiteren von den Gesetzen erfassten Auftraggeber sowie die Auftragnehmer. Mit der Aufsicht über die öffentlichen Auftragsvergaben hat sie eine wichtige Kontrollfunktion. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Stabsstelle lagen im Berichtsjahr bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen für sämtliche Auftraggeber und Auftragnehmer, zu den am 1. Januar 2006 in Kraft getretenen neuen gesetzlichen Bestimmungen, die Erstellung der Berichte und Anträge betreffend den Beschluss Nr. 68/2006 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/17/EG zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und der Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge), sowie der Erarbeitung des Vernehmlassungsberichtes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren; ÖAWSG) und der Erstellung des Vernehmlassungsberichtes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen; ÖAWG). In der Auftragsstatik wurde im Jahr 2005 gesamthaft Auftragsvergaben von CHF 167 Mio. erfasst. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt eine Zunahme von 74 %.

Kernaufgabe der Stabsstelle bildet die Beratung und Information sämtlicher Auftragnehmer und Auftraggeber im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Zu den Aufgaben der Stabsstelle gehört weiters die Erarbeitung von Strategien, Konzepten, Massnahmen und Instrumenten für eine optimale Umsetzung und Weiterentwicklung des Sachbereiches «öffentliches Auftragswesen». Überdies erstellt sie jährlich eine Statistik der öffentlichen Auftragsvergaben und wertet diese aus. Des Weiteren zählt zum Tätigkeitsbereich der Stabsstelle die Mitarbeit bei der Erarbeitung von Richtlinien der Europäischen Union sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für die Umsetzung in das nationale Recht.

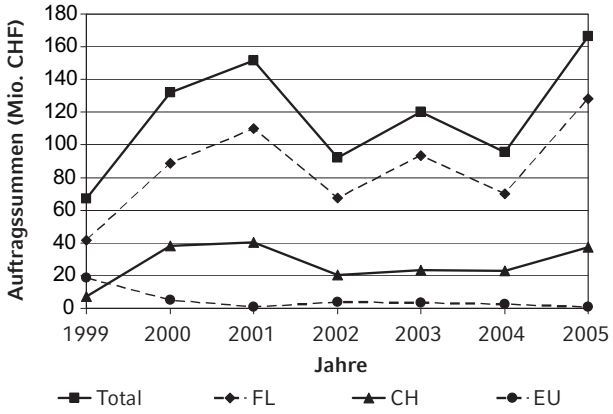
Die Stabsstelle nimmt auch die grenzübergreifende Koordination mit den Nachbarstaaten und Kantonen wahr und beobachtet die Weiterentwicklung des Auftragswesens in der Schweiz, in der WTO sowie im

EWR. Die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Landes und insbesondere in grenzübergreifenden Arbeitsgruppen, wie beispielsweise im Forum «Beschaffungswesen» der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz (BPUK) und in der Arbeitsgruppe «Öffentliches Auftragswesen» der EFTA, erweist sich gerade im Hinblick auf die Dynamik des Auftragswesens und der öffentlichen Märkte als anspruchsvoll.

Der Stabsstelle oblag im Berichtsjahr insbesondere die Durchführung von Informationsveranstaltungen über das am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Gesetz vom 21. September 2005 betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das öffentliche Auftragswesen, ÖAWG), LGBl. 2005 Nr. 218, sowie dem Gesetz vom 21. September 2005 über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG), LGBl. 2005 Nr. 220, und den dazu erlassenen Verordnungen (ÖAWV, LGBl. 2005 Nr. 222 und Nr. 263 sowie ÖAWSV, LGBl. 2005 Nr. 223). Ferner erstellte die Stabsstelle die Berichte und Anträge Nr. 69/2006 sowie Nr. 70/2006 betreffend den Beschluss Nr. 68/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses. Mit diesem Beschluss wurde die Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie die Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste in den EWR übernommen. Des Weiteren hatte die Stabsstelle die Federführung betreffend die Erstellung des Vernehmlassungsberichtes zur Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen; ÖAWG) sowie des Vernehmlassungsberichtes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren; ÖAWSG) inne. Die Vernehmlassungsfrist dieser beiden Berichte dauert von Mitte Dezember 2006 bis Ende April 2007. Im Rahmen des jährlichen Package Meetings mit der EFTA-Überwachungsbehörde wurde von dieser eine Anpassung der Verordnungen zum Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWV) und zum Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSV) an die entsprechenden Richtlinien der EU verlangt. Der EFTA-Überwachungsbehörde wurden entsprechende Vorschläge betreffend die Abänderungen der Verordnungen zur Prüfung zugestellt.

Die Statistik über die öffentlichen Auftragsvergaben wurde termingerecht erfasst und an die zuständigen Stellen in Genf (WTO) und Brüssel (EFTA) weitergeleitet. Die gesamthaft erfassten Auftragssummen sind im Bezugsjahr 2005 um ca. 74 % angestiegen. Dabei wurden 77 % sämtlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge an liechtensteinische Auftragnehmer erteilt. Von den restlichen 23 % aller Aufträge wurden 22 % an Auftragnehmer aus der Schweiz und 1 % an Auftragnehmer aus der EU vergeben.

Vergleich Auftragssummen 1999 bis 2005



Staatsanwaltschaft

Leitender Staatsanwalt: Dr. Robert Wallner

Die Staatsanwaltschaft hat alle Offizialdelikte, die zu ihrer Kenntnis kommen, von Amts wegen zu verfolgen (§ 21 StPO), in Rechtshilfeverfahren mitzuwirken und die Interessen des Landes zu wahren. Im Jahr 2006 sind insgesamt 2467 Straffälle angefallen, das sind um 172 weniger als im Vorjahr. Weiters sind 220 Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland eingelangt, das sind um 38 weniger als im Vorjahr.

Geschäftsausweis

Der Gesamtanfall von Straffällen gegen bekannte und unbekannte Täter ist im Jahr 2006 mit 2467 Fällen im Vergleich zum Vorjahr um 172 Fälle zurück gegangen. Der Rückgang betrifft hauptsächlich Straffälle wegen Übertretungen und Vergehen, die von 1980 im Vorjahr auf 1762 zurückgegangen sind. Bei Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen, die mit einer 6 Monate übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht sind, also bei den schweren Straftaten, hat der Anfall von 423 auf 407, also nur um 16 Verfahren, abgenommen. Im Jahr 2006 sind 220 Rechtshilfeersuchen eingelangt, um 38 weniger wie im vergangenen Jahr.

Es wurden 23 Anklageschriften, 105 Strafanträge und 1086 Bestrafungsanträge eingebracht. Staatsanwälte haben im Berichtsjahr insgesamt an 307 Verhandlungen und Tagsatzungen vor dem Landgericht und Obergericht teilgenommen. Die Haftfälle haben sich, im Vergleich zum Vorjahr halbiert, wobei in den insgesamt 16 Haftfällen 7 Ausschaffungshaften und 5 Auslieferungshaften enthalten sind.

Straffälle (Geschäfte) im Berichtsjahr neu angefallen	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
ST	407	4
UT	298	7 Ausschaffungshaften 5 Auslieferungshaften
SU	1 762	
Gesamt	**2 467**	**16**

Straffälle ST gegen bekannte Täter (Geschäfte) (Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monate bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	**Anzahl**
1 aus dem Jahre 2005 unerledigt übernommen	227
2 im Berichtsjahr neu angefallen	**407**
3 Gesamtzahl der Straffälle	634
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	413
5 unerledigt geblieben am 31. Dezember 2006	221

Straffälle UT gegen unbekannte Täter (Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monate bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	**Anzahl**
1 aus dem Jahre 2005 unerledigt übernommen	22
2 im Berichtsjahr neu angefallen	**298**
3 Gesamtzahl der Straffälle	320
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	299
5 unerledigt geblieben am 31. Dezember 2006	21

Straffälle SU gegen bekannte und unbekannte Täter (Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis sechs Monate Freiheitsstrafe)	**Anzahl**
1 aus dem Jahre 2005 unerledigt übernommen	130
2 im Berichtsjahr neu angefallen	**1 762**
3 Gesamtzahl der Straffälle	1 892
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	1 779
5 unerledigt geblieben am 31. Dezember 2006	113

Anklageschriften	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**23**	**6**

Strafanträge	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**105**	**0**

Bestrafungsanträge (ST und SU) (Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis zu 6 Monaten)	**Anzahl**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**1 086**

Einstellungen (ST und SU)	**Anzahl**
§ 1 Abs. 2 StPO	3
§ 21 Abs. 2 StPO	32
§ 22 Abs. 2 StPO	880
§ 64 StPO	8
§ 42 StGB	40

Erledigungen anderer Art	
§ 283 und 294 StPO (Abbrechungen)	543
Vereinigungen	46
Abtretungen	23

Rechtshilfeverfahren (RSt)	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**220**

Rechtsmittel (von StA eingebracht)	**Anzahl**
Berufungen	7
Beschwerden	18
Revisionen	6
Revisionsbeschwerden	11
Einspruch gg. Strafverfügung	2

Justizverwaltungssachen (Jv)	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**200**

Geschäftsfälle Nst	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**31**

Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung	**Anzahl**
Im Berichtsjahr gestellt	**28**

Internationale Kontakte

Auch im Berichtsjahr wurden wieder in mehreren komplexen Verfahren Arbeitsbesprechungen mit ausländischen Staatsanwälten zum Zwecke der Koordination der gegenseitigen Rechtshilfe und der jeweiligen Inlandsverfahren durchgeführt. In 28 Verfahren hat die Staatsanwaltschaft gemäss Art 74 RHG die Übernahme der Strafverfolgung durch ausländische Behörden erwirkt.

Mit Beschluss der Regierung vom 14.Februar 2006 wurde der Leitende Staatsanwalt zum liechtensteinischen Delegierten in den Konsultativrat der Europäischen Staatsanwälte (CCPE) bestellt. Es handelt sich dabei um ein beratendes Organ des Ministerkomitees des Europarates. Der Leitende Staatsanwalt hat an der

1. Sitzung dieses Komitees am 6. Juli 2006 in Moskau teilgenommen. Zudem hat er Liechtenstein im Berichtsjahr an der von Norwegen ausgerichteten Eurojustice-Konferenz vom 27. - 29. September 2006 in Oslo vertreten. Über Einladung des polnischen Generalstaatsanwaltes Janusz Kaczmarek hielt sich der Leitende Staatsanwalt am 6. und 7. Dezember 2006 zu einem Arbeitsgespräch über hängige Rechtshilfefälle in Warschau auf. Als Mitglied der liechtensteinischen Verhandlungsdelegation nahm er weiters am 20. März, 19. und 20. April sowie 10. Mai 2006 in Brüssel an Verhandlungen über eine Assoziierung Liechtensteins zu den Verträgen von Schengen und Dublin teil. Gegenstand einer weiteren Dienstreise am 10. Juli 2006 nach Brüssel war ein Treffen mit Vertretern des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF). Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes hielt sich gemeinsam mit einem Vertreter des Ressorts Justiz vom 15. - 19. November 2006 zu Konsultationen über hängige Rechtshilfefälle in Washington auf. Je ein Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin vertrat Liechtenstein bei den alljährlichen Konferenzen der Kontaktstellenleiter des Europäischen Justiziellen Netzwerkes (EJN) von 12. - 14. Juni 2006 in Graz und am 30. November in Rovaniemi/Finnland, sowie an der Regionalkonferenz der Internationalen Vereinigung der Staatsanwälte (IAP) am 16. und 17. Februar 2006 in Den Haag. Schliesslich hat ein liechtensteinischer Staatsanwalt vom 22. - 25. Mai 2006 an der jährlichen CARIN-(Camden Asset Recovery Interagency Network) Tagung in Salzburg teilgenommen. Die nachbarschaftlichen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich wurden durch Teilnahme an der Ostschweizer Staatsanwältekonferenz am 22. September 2006, der Tagung der schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie am 10. März 2006 und dem Treffen der Leitenden Staatsanwälte und Polizeichefs der Bodenseeregion am 4. Oktober 2006 gepflegt.

Am 29. Juni 2006 besuchten Studenten der Universität Luzern im Rahmen einer Lehrveranstaltung die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft.

Zusammenarbeit mit inländischen Behörden

Im Berichtsjahr fanden regelmässige Koordinationssitzungen des Leitenden Staatsanwaltes mit dem Leiter der Kriminalpolizei, dem Leiter der Stabsstelle FIU, einem Vertreter der Untersuchungsrichter und dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Finanzmarktaufsicht statt.

Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen der Regierung

Die Arbeitsbelastung durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen oder Verhandlungsdelegationen der Regierung hat im Berichtsjahr weiter zugenommen. Der Leitende Staatsanwalt hat als Mitglied der Verhandlungsdelegation Schengen/Dublin zahlreiche Sitzungs- und Verhandlungstermine wahrgenommen und Rechtsfragen, vor allem zur Rechtshilfe in Fiskalsachen, abgeklärt sowie an mehreren Informationsgesprächen mit Berufsverbänden teilgenommen. Auch im Rahmen der Vorbereitung des Bericht und Antrags der Regierung an den Landtag betreffend die Umsetzung der II. Geldwäscherei-Richtlinie, der Palermo-Konvention und der 40 Empfehlungen der FATF sind umfangreiche Arbeiten angefallen, etwa durch Aufarbeitung der Stellungnahmen der Verbände zum Vernehmlassungsbericht und Sitzungen mit Verbandsvertretern. Weiters hat der Leitende Staatsanwalt an zahlreichen Sitzungen der Arbeitsgruppen Terrorismus-Finanzierung, Korruptionsbekämpfung, «Oil-for-Food», der Arbeitsgruppe zur Neuregelung des Sanktionenvollzuges und des Gesetzes über Wirtschaftsmassnahmen gegen fremde Staaten, der Koordinationsgruppe Finanzplatz und der Arbeitsgruppe zur Reform des Haftrechtes teilgenommen.

Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes und weitere Staatsanwälte oder Staatsanwältinnen haben darüber hinaus in den Arbeitsgruppen Gefangenenbetreuung und Strafvollzug, Überprüfung des Revisionsbedarfes des strafprozessualen Vorverfahrens, in der Gewaltschutzkommission, in der Arbeitsgruppe gesetzliche Neuregelung der Vermittlung von Kriegsmaterial, nuklearen Gütern und doppelt verwendbaren Gütern, der Arbeitsgruppe Jugendschutz, der Drogenkommission und in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Vertrages zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die gemeinsame Nutzung von polizeilichen Datenbanken mitgearbeitet.

Diversion

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Vorarbeiten zur Einführung der Diversion im Strafrecht (Landesgesetzblatt 2006/99), die mit 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. Dazu wurde das Registerprogramm «Juris» angepasst, Formulare für diverse Verständigungen ausgearbeitet, der Ablauf des Diversionsverfahrens mit der Landespolizei, der Bewährungshilfe und dem Amt für Soziale Dienste koordiniert und mehrere interne und amtsübergreifende Fortbildungsveranstaltungen, wie beispielsweise ein Seminar am 8. November 2006 organisiert, an dem insgesamt 25 Vertreter der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, des Amtes für Soziale Dienste, der Bewährungshilfe und der Landespolizei teilgenommen haben.

Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen

Die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft hat im Rahmen der Vernehmlassung zu folgenden Gesetzen Stellungnahmen abgegeben: Jugendgesetz, Totalrevision des Gesetzes über den Katastrophenschutz, Bankengesetz, Staatspersonalgesetz, Gemeinnützige Leistungen statt Ersatzfreiheitsstrafe, Reform der Untersuchungshaft, Gerichtsorganisationsgesetz, Richterdienstgesetz, Gesetz über Investmentunternehmen, Sanitätsgesetz.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten

Präsident: lic.iur. Christian Ritter

Der Aufgabenbereich der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten wurde im Berichtsjahr 2006 wiederum erweitert. Insgesamt sind 56 Fälle anhängig geworden. Die Pendenzen konnten im Vergleich zu 2005 halbiert werden.

Zuständigkeit

Die Beschwerdekommission wurde auf Grund des Beschwerdekommissionsgesetzes vom 25. Oktober 2000, LGBL. 2000 Nr. 248, eingerichtet. Die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten besteht aus fünf Mitgliedern, welche vom Landtag gewählt werden. Der Präsident und der Vize-Präsident müssen rechtskundig sein. Sie ist für Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheidungen in den Bereichen Bauwesen, Strassenverkehr, Telekommunikation und elektrische Signaturen, Wohnungswesen, Hochschulwesen und öffentliches Auftragswesen zuständig.

Beschwerdefälle 2006

Im Berichtsjahr waren 56 neue Eingänge zu verzeichnen, davon 46 Beschwerden, 9 Vorstellungen und 1 Nachsichtsgesuch. Eine Beschwerde befasste sich mit dem Dienstrecht, wofür die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten unzuständig ist. Die restlichen 55 Fälle erstreckten sich auf die nachfolgenden Rechtsgebiete:

Bauwesen	25
Strassenverkehr	25
Telekommunikation und elektronische Signaturen	0
Wohnungswesen	4
Hochschulwesen	0
öffentliches Auftragswesen	1

Die im Berichtsjahr bereits anhängigen Fälle aus dem Vorjahr wurden wie folgt behandelt:

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand/Entscheid
VBK 2005/26	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/42	Bauvorschriften	26.01.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/43	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/44	Pertimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/45	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/46	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/47	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/49	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/52	Perimeterkosten	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/58	Baubewilligung	23.02.2007	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/59	Führerausweisentzug	26.01.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/60	Führerausweisentzug	26.01.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/61	Baubewilligung	20.04.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/62	Baubewilligung	23.02.2007	Beschwerde stattgegeben

Die im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen Fälle sind wie folgt behandelt worden:

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand/Entscheid
VBK 2006/01	Dienstrecht	07.02.2006	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2006/02	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/03	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/04	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/05	Strassensignalisation	29.03.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/06	Baubewilligung	20.04.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/07	Führerausweisentzug	23.02.2006	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2006/08	Führerscheinentzug	30.03.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/09	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/10	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/11	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand/Entscheid
VBK 2006/12	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/13	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/14	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/15	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/16	Perimeterkosten	23.02.2006	auf Vorstellung eingetreten
VBK 2006/17	Baubewilligung	29.06.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/18	Baubewilligung	18.05.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/19	Strassensignalisation	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/20	Baubewilligung	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/21	Baubewilligung	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/22	Strassensignalisation	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/23	Mietbeihilfe	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/24	Baubewilligung	29.06.2006	Verfahren unterbrochen
VBK 2006/25	Führerausweisentzug	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/26	Führerausweisentzug	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/27	Führerausweisentzug	23.06.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/28	Führerausweisentzug	29.06.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/29	Führerausweisentzug	28.09.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/30	Baubewilligung	17.08.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/31	Baubewilligung	26.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/32	Perimeterkosten	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/33	Perimeterkosten	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/34	Baubewilligung	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/35	Strassensignalisation	28.09.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/36	Strassensignalisation	28.09.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/37	Führerausweisentzug	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/38	Führerausweisentzug	28.09.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/39	Mietbeihilfe	28.09.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/40	Strassensignalisaton	09.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/41	Strassensignalisation	09.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/42	Bauvorschriften	26.10.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/43	Führerausweisentzug	03.11.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/44	Baubewilligung	14.12.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/45	Baubewilligung	14.12.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/46	Führerausweisentzug	26.10.2006	Nachsichtsgesuch abgewiesen
VBK 2006/47	Baubewilligung	30.11.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/48	Strassensignalisation	30.11.2006	Beschwerde stattgegeben
VBK 2006/49	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2006/50	Schwerverkehrsabgabe	30.11.2006	Beschwerde verworfen
VBK 2006/51	öffentl. Auftragswesen	14.12.2006	Beschwerde abgewiesen
VBK 2006/52	Wohnbauförderung		Verfahren hängig
VBK 2006/53	Strassensignalisation		Verfahren hängig
VBK 2006/54	Mietbeihilfe		Verfahren hängig
VBK 2006/55	Führerausweisentzug		Verfahren hängig
VBK 2006/56	Baubewilligung		Verfahren hängig

Pendenzen 2006

Im Berichtsjahr wurden von den 14 aus dem Vorjahr resultierenden Beschwerdefälle 13 verhandelt und entschieden; 1 Beschwerdefall aus dem Jahr 2005 ist auf Grund des besonderen Umfangs des vom Verwaltungsgerichtshof aufgetragenen Ermittlungsverfahrens noch hängig. Von den im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen 56 Fällen konnten im Berichtsjahr selbst 50 verhandelt und entschieden werden. Daraus ergeben sich insgesamt 7 Pendenzen. Die Pendenzen konnten im Vergleich zum Berichtsjahr 2005 halbiert werden.

Personalkommission

Die Personalkommission, welche sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammensetzt, schlichtet auf Antrag einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters bei allen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Zuordnung der Stelle, der Festlegung der Besoldung oder der Bewertung der Leistung stehen.

In der Berichtsperiode konnte die Personalkommission ein Schlichtungsverfahren betreffend Stellenzuordnung, das im Jahr 2005 anhängig gemacht worden war, zum Abschluss bringen und der Regierung als Entscheidungsgrundlage eine Empfehlung unterbreiten. Ein weiterer Schlichtungsantrag, welcher eine Leistungsbeurteilung betraf, wurde von der betroffenen Person im Verlaufe des Schlichtungsverfahrens zurückgezogen, womit das Verfahren eingestellt werden konnte.

Prüfungskommission für Rechtsanwälte

Vorsitzender: Dr. Hilmar Hoch

Die Prüfungskommission für Rechtsanwälte hat im Geschäftsjahr 2006 zwei Prüfungssessionen im Frühjahr und im Herbst 2006 abgehalten.

Frühjahrssession 2006
Für die im Frühjahr abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich fünf Kandidaten an. Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 20. bis 27. März 2006 und die mündlichen Prüfungen am 2. Mai 2006 abgehalten. Vier Kandidaten haben die Prüfung bestanden.

Herbstsession 2006
Für die im Herbst abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich sieben Kandidaten an:
– fünf Kandidaten zur Rechtsanwaltsprüfung
– zwei Kandidaten zur Eignungsprüfung für ausländische Rechtsanwälte (EWR)

Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 11. bis 18. September 2006 und die mündlichen Prüfungen am 23. Oktober 2006 abgehalten. Drei Rechtsanwaltsprüfungskandidaten und ein EWR-Prüfungskandidat haben die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Treuhänder

Vorsitzender: Dr. Walter Kert

Die Kommission hat im Jahre 2006 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten.

Die Treuhänderprüfungen wurden in der Zeit vom 16. bis 23.10.2006 (schriftlich) und am 20.11.2006 (mündlich) abgehalten. Von den elf angetretenen Kandidaten haben sechs die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

Vorsitzender: Bernhard Büchel, Mauren

Die schriftliche Prüfung fand am 20. Oktober 2006 statt und wurde von zwei Kandidaten absolviert. Beide Kandidaten erreichten bei den schriftlichen Prüfungen die erforderliche Punktezahl nicht und wurden somit zur mündlichen Prüfung nicht eingeladen. Beide Kandidaten sind in der Schweiz wohnhaft. Die Prüfung ist als Zusatzprüfung anzusehen, da von den Kandidaten ein ausländisches Diplom als Wirtschaftsprüfer oder ein gleichwertiger Ausbildungsnachweis als Zulassungsbedingung gefordert wird. Die Zulassungsbedingungen sind in den jeweiligen Verordnungen ersichtlich.

Prüfungskommission
Als Mitglieder der Prüfungskommission für die Mandatsperiode 2005 bis 2009 wurden die nachfolgenden Personen von der Regierung bestellt: Bernhard Büchel, Mauren als Vorsitzender; Arno Catrina, Haldenstein, und Martin Nigg, Landrichter, als Mitglieder. Ersatzmitglieder sind: Roger Frick, Triesen, Uwe Öhri, Landrichter, und Hans-Peter Urscheler, Laax.

Die Prüfungskommission führte am 23. August 2006 und 31. Oktober 2006 Sitzungen durch. An den Sitzungen wurden die definitiven Termine, die Prüfgebiete und verschiedene organisatorische Abläufe festgelegt. Die Erstellung der Prüfungsaufgaben und die Korrektur der Prüfungen wurde unter den Mitgliedern aufgeteilt.

Prüfung
Die schriftliche Prüfung dauerte 6.50 Stunden und umfasste die Prüfungsfächer «Revision und Gesellschaftsrecht» und «Steuerrecht und Abgabenrecht».

Die Prüfungsaufgaben konzentrierten sich insbesondere auf liechtensteinische Begebenheiten.

STIFTUNG

Pensionsversicherung für das Staatspersonal

Präsident: Peter Mella
Geschäftsleitung: Ralph Büchel

Aus dem Stiftungsrat
Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu 4 Sitzungen, in welchen insgesamt 28 Traktanden behandelt wurden. Schwerpunktmässig befasste sich der Stiftungsrat mit folgenden Geschäften:

Jahresrechnung und Jahresbericht, Revisionsbericht für das Jahr 2005
Der Stiftungsrat genehmigte in der Sitzung vom 21. Juni 2006 die Jahresrechnung und den Jahresbericht für das Jahr 2005. Gleichzeitig nahm der Stiftungsrat den Revisionsbericht der Ostschweizerischen Treuhandgesellschaft zur Kenntnis.

Versicherungsmathematische Bilanz per 1.1.2006
Die versicherungsmathematische Bilanz per 1. Januar 2006 wurde vom Stiftungsrat in der Sitzung vom 21. Juni 2006 zur Kenntnis genommen. Gestützt auf diese Bilanz und aufgrund der versicherungstechnischen Lage der Kasse hat der Stiftungsrat bei der Regierung für das Jahr 2006 einen Sonderbeitrag von 1 % der versicherten Besoldungen und für das Jahr 2007 einen solchen von 1% beantragt. In Absprache mit den verantwortlichen Stellen der Pensionsversicherung unterbreitete die Regierung dem Landtag den Antrag auf Ausrichtung eines Sonderbeitrages für das Jahr 2006 von 2%. Dafür sollte auf die Budgetierung eines Sonderbeitrages für das Jahr 2007 verzichtet werden. Der Landtag hat dann in seiner Sitzung vom 22. November 2006 in Abweichung des Regierungsantrages die Ausrichtung eines Sonderbeitrages von 1% für das Jahr 2006 bewilligt und für das Budget 2007 keinen Sonderbeitrag mehr budgetiert.

Vermögensanlagestrategie
Aufgrund der finanziellen Lage der Pensionsversicherung wurde die Anlagestrategie so optimiert, dass die Kasse eine bestmögliche Renditeperspektive in Bezug auf das verantwortbare Risiko erhält.

Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal
Die Revision des Gesetzes wurde von einer Arbeitsgruppe im Auftrag der Regierung soweit vorbereitet, dass der Stiftungsrat in der Sitzung vom 19. September 2006 den Vernehmlassungsbericht genehmigen und diesen anschliessend an die Regierung weiterleiten konnte. Die Vernehmlassung wurde bis Ende Jahr durchgeführt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement
Die Möglichkeiten der Pensionsversicherung zur Unterstützung des betrieblichen Gesundheitsmanagements bei den angeschlossenen Betrieben wurden von einer Arbeitsgruppe überprüft. Der Stiftungsrat hat einen Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und sich für eine Weiterführung der entsprechenden Abklärungen ausgesprochen.

Statistisches

Bestand und Veränderung der aktiven Versicherten und der Pensionsbezüger

Aktive Versicherte

	31.12.2006	in %	31.12.2005	in%	31.12.2004	in %
Männer	1 548	+1.8	1 520	+2.9	1 477	+5.5
Frauen	1 398	+3.1	1 356	+4.2	1 301	+19.4
Total	2 946	+2.4	2 876	+3.5	2 778	+11.6

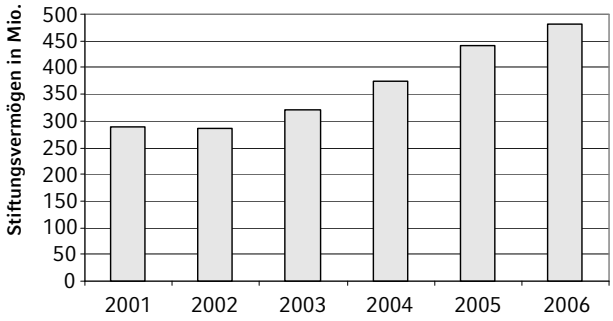
Pensionsbezüger

Pensionsart	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Alterspensionen	353	311	270
Invalidenpensionen	70	69	80
Witwen/Witwer	104	107	100
Total	**564**	**521**	**484**

Vermögensentwicklung
Die bereits im Vorjahr festgestellte positive Vermögensentwicklung hat sich im Jahre 2006 erfreulicherweise fortgesetzt. Per Ende 2006 beträgt der Vermögensstand der Kasse inkl. Immobilien rund 480 Mio. Franken.

Die Gesamtrendite unter Einbezug der Immobilien ist gegenüber dem Vorjahr zwar zurückgegangen, dennoch konnte eine Rendite von rund 5 Prozent erzielt werden.

Vermögensentwicklung 2001 – 2006



RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Das Ressort Äusseres unternahm wie im Vorjahr, zusammen mit der Verfolgung von anderen Schwerpunkten und der Federführung bei diesen, eine Reihe von Aktivitäten zur Wahrung der Interessen des Finanzplatzes und der aussenpolitischen Wirtschaftsinteressen und widmete der internationalen Terrorismusbekämpfung grosse Aufmerksamkeit. Zu diesem Zweck unternahm die Ressortinhaberin mehrere Dienstreisen zu Besprechungen auf bilateraler Ebene und zur Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen in internationalen Organisationen. Neben der Ressortinhaberin waren das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Vertretungen Liechtensteins im Ausland stark mit der Umsetzung von Massnahmen in diesen Schwergewichtsbereichen befasst und leisteten anderen Ressorts und Amtsstellen regelmässige und intensive Unterstützung.

Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses konnte Liechtenstein weitere Schritte im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung an «Schengen» und «Dublin» unternehmen.

Im Bereich der Menschenrechte, der weiterhin eine hohe Priorität in den aussenpolitischen Zielsetzungen der Regierung darstellt, erfolgte die aktive Mitarbeit in den internationalen Organisationen und im Rahmen relevanter Abkommen. Die Tätigkeiten im Rahmen der internationalen humanitären Zusammenarbeit (IHZ), welche sich aus der internationalen Nothilfe, der bilateralen und mulilateralen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Wiederaufbauhilfe zusammensetzt, wurden im Berichtsjahr gemäss Zielsetzungen der Regierung weiter verstärkt. Die Vernehmlassung zum IHZ-Gesetz konnte abgeschlossen und die Gesetzesvorlage finalisiert werden.

Das Klageverfahren Liechtensteins gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, welches das Ressort Äusseres federführend betreut hat, wurde im Februar 2005 beendet. Im Berichtsjahr wurden die Kosten der Klage abschliessend aufgearbeitet. Die Ansprüche Liechtensteins aufgrund der Beschlagnahme liechtensteinischen Vermögens in der früheren Tschechoslowakei bleiben weiter aufrecht.

Die bilateralen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich sowie zu Deutschland und den USA wurden weiter gepflegt und vertieft. Es fanden diverse Treffen auf hoher Ebene, aber auch zwischen Beamten und Experten statt. Die Pflege der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten kam durch Besuche im Ausland und aus dem Ausland zum Ausdruck. Per Ende 2006 sind 73 Staaten sowie der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen in Liechtenstein vertreten. Es sind zudem 6 Berufskonsularbeamte und 25 Honorarkonsularbeamte in Liechtenstein bestellt.

Das Ressort Äusseres befasste sich weiter mit der Verstärkung der konsularischen Präsenz Liechtensteins im Ausland. Honorarkonsularvertretungen in den USA und in Deutschland sind in Planung.

Die Vorarbeiten zur Eingliederung des Protokolls ins Amt für Auswärtige Angelegenheiten auf den 1. Januar 2007 wurden abgeschlossen.

Europäische Integration und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Übereinkommen über die Beteiligung Bulgariens und Rumäniens am EWR

Vor dem Hintergrund, dass ein Abschluss der Verhandlungen über die EWR-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien nicht rechtzeitig vor der EU-Erweiterung möglich erschien, wurde von der Mission in Brüssel in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der Stabsstelle EWR eine Gesetzesvorlage betreffend die vorläufige Anwendung der EWR-Mitgliedschaft ausgearbeitet. Das am 24. November vom Landtag verabschiedete und am 29. Dezember in Kraft getretene Gesetz gibt der Regierung die Kompetenz, die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung Bulgariens und Rumäniens am EWR zu beschliessen.

Schengen und Dublin

Im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung Liechtensteins an «Schengen» und «Dublin» fanden im Berichtsjahr formelle Verhandlungen mit der EG-Kommission, Vertretern des EU-Rats, der EU-Präsidentschaft Österreichs und den weiteren Assoziierungspartnern Norwegen und Island sowie der Schweiz statt. Die entsprechenden Vertragstexte wurden am 21. Juni paraphiert – eine Unterzeichnung ist für Frühjahr 2007 vorgesehen. Ziel bleibt es, eine Assoziierung Liechtensteins parallel zu jener der Schweiz zu erreichen. Mit der Schweiz wurden erste Gespräche betreffend die notwendige Anpassung und Konkretisierung des bilateralen Vertragsverhältnisses im Bereich des Personenverkehrs geführt.

Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Über 370 EU-Rechtsakte zur Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des gemeinsamen Binnenmarktes wurden in das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) übernommen. Zu den besonders komplexen Rechtsakten, deren Übernahme im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnte, gehören die so genannte Unionsbürgerschaftsrichtlinie sowie eine Richtlinie zur Reduktion des CO2- Ausstosses.

Neben den Gesprächen betreffend eine Assoziation Liechtensteins an «Schengen» und «Dublin» fanden auch erste Kontakte über ein mögliches Abkommen zur Betrugsbekämpfung zwischen Liechtenstein und der Europäischen Union (EU) statt. Bei dem Abkommen soll es gemäss Ansicht der EU insbesondere um die

Verstärkung des Informationsaustausches zum Schutze der finanziellen Interessen der EU gegen Betrug gehen.

Die Verhandlungen über ein Protokoll über den Beitritt Liechtensteins zum Landwirtschaftsübereinkommen zwischen der Schweiz und der EU wurden in der Substanz abgeschlossen. Ein formaler Beschluss soll 2007 erfolgen.

Des Weiteren galt es, Fragen über die Anwendung des Abkommens über die Zinsertragsbesteuerung mit der EU zu bearbeiten.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Im Mittelpunkt der EFTA-Aktivitäten in Genf standen auch in diesem Berichtsjahr wieder die Drittlandbeziehungen. Am 1. September trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Südkorea in Kraft, welches namhafte Vorteile für die liechtensteinische Industrie bringen wird. Trotz Kriegswirren konnte das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Libanon ratifiziert werden, so dass es Anfang 2007 in Kraft treten wird. Auch konnte ein Freihandelsabkommen mit den SACU-Staaten (SACU ist die Zollunion des südlichen Afrikas, bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Swaziland) unterzeichnet sowie ein Abkommen mit Ägypten abgeschlossen werden. Im Weiteren wurden Verhandlungen über den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Golfkooperationsrat (er setzt sich aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Saudi Arabien, Oman, Katar und Kuwait zusammen) lanciert. Die seit Jahren sistierten Verhandlungen mit Kanada konnten wieder aufgenommen werden. Verzögert hat sich die für den Herbst des Berichtsjahres vorgesehene Lancierung von Freihandelsverhandlungen mit Algerien. Mit Peru und Kolumbien wurde je eine Zusammenarbeitserklärung abgeschlossen. Die Aktivitäten der EFTA konnten auch in Asien ausgeweitet werden. Mit Indonesien wurde eine gemeinsame Machbarkeitsstudie über ein mögliches Freihandelsabkommen erstellt. Im Dezember wurde die Erstellung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie über ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien beschlossen. Mit mehreren Partnerstaaten fanden Routinetreffen zur Pflege und Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen statt.

Der neue strategische Schwerpunkt der EFTA-Staaten liegt in Asien. Neben Indonesien und Thailand sind Japan, China und Malaysia weitere Zielländer.

Im Berichtsjahr fanden zwei EFTA-Ministertreffen statt, an welchen Liechtenstein durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten war.

Welthandelsorganisation (WTO)

Im Rahmen der WTO lag das Schwergewicht erneut auf der neuen Welthandelsliberalisierungsrunde, die im November 2001 in Doha, Katar, lanciert worden war. Die laufenden Verhandlungen mussten jedoch im Juli des Berichtsjahrs erfolglos abgebrochen werden und die Doha-Runde wurde suspendiert. Bis zuletzt waren die Agrarverhandlungen der Hauptstreitpunkt. Auf technischer Ebene konnten die Verhandlungen Ende des Berichtsjahres wieder aufgenommen werden. Die Zukunft der Doha-Runde ist jedoch ungewiss.

Am 26. Juli fand in Genf eine Ministertreffen der G10-Staaten statt. Es handelt sich um Japan, Südkorea, Taiwan, Norwegen, Island, Liechtenstein, die Schweiz, Mauritius und Israel - Bulgarien ist am 1. Januar 2007 der EU beigetreten. An diesem Treffen nahm Liechtenstein auf Botschafterebene teil. Liechtenstein gehört bei den Agrarverhandlungen der Gruppe der G10-Staaten an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt.

Europarat

Ein wichtiges Ereignis für den Europarat war die 116. Session des Ministerrats, welche vom 18. - 19. Mai unter dem Vorsitz Rumäniens in Strassburg stattfand. Liechtenstein war durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten. Die Aussenministerinnen und Aussenminister zogen erstmals Bilanz über die Umsetzung der am Dritten Gipfeltreffen des Europarates 2005 in Warschau getroffenen Entscheidungen. Im Mittelpunkt standen dabei die Konsolidierung des Europaratssystems zum Schutz der Menschenrechte und die Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Union (EU). Es wurde beschlossen, das umfassende Reformpaket zur Festigung und Stärkung des Systems zum Schutz der Menschenrechte weiterzuverfolgen. Im Hinblick auf die Beziehungen mit der EU wurde eine Partnerschaftsvereinbarung in Aussicht genommen. Diese soll sich auf die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, die Förderung der Demokratie, die gute Regierungsführung und den Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beziehen.

Der Dialog der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit der liechtensteinischen Landtagsdelegation über die Liechtensteinische Verfassung konnte im April abgeschlossen werden. Er diente dazu, sowohl die verfassungsrechtliche als auch die politische Praxis nach Inkrafttreten der Verfassungsänderungen in Liechtenstein zu überprüfen.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) verabschiedete anlässlich seiner Plenarsession vom 30. Mai - 1. Juni in Strassburg einen Bericht über die Gemeindedemokratie (kommunale Selbstverwaltung) in Liechtenstein. Diese wurde als vorbildlich und im Einklang mit der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung bewertet. Empfohlen wurden eine noch klarere Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gemeinden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes, vermehrte Gemeindebefugnisse bei der Raumplanung und Sozialhilfe sowie die Ratifizierung aller Artikel der Charta der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat im April Dr. Mark Villiger zum neuen Richter für

Liechtenstein am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewählt. Der Richter wurde am 1. September vom Präsidenten des Gerichtshofs vereidigt und trat damit die Nachfolge von Dr. Lucius Caflisch an, der aus Altersgründen aus dem Amt ausgeschieden ist.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Das zentrale Ereignis in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), welche im Berichtsjahr unter belgischem Vorsitz stand, war der 14. Ministerrat, der im Dezember in Brüssel abgehalten wurde. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck leitete die liechtensteinische Delegation. Der Ministerrat befasste sich mit einer grossen Bandbreite von Fragen. Die Reform der Organisation stand ebenso auf der Agenda wie der Schutz der Menschenrechte, die Demokratisierung, die Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens, die Migration sowie wirtschafts-, umwelt- und sicherheitspolitische Fragen.

Liechtenstein war auch am OSZE-Implementierungstreffen der Humanen Dimension im Oktober in Warschau vertreten und leistete einen nationalen Beitrag zur Förderung der Toleranz, der Nicht-Diskriminierung sowie des gegenseitigen Respekts und Verständnisses.

Zum ersten Mal seit Bestehen der OSZE wurde vom 15. - 17. November in Triesenberg eine OSZE-Tagung in Liechtenstein abgehalten. Die Tagung widmete sich der Wahrung und dem Schutz der Menschenrechte und der wirksamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Liechtenstein beteiligte sich an den Kosten und entsandte Experten.

Liechtenstein unterstützte mit freiwilligen Beiträgen verschiedene OSZE-Aktivitäten, darunter die Aktivitäten der OSZE zur Förderung demokratischer Institutionen und Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York

Das wichtigste Ergebnis der Aktivitäten zur Reform der UNO war im Berichtsjahr die Einrichtung des UNO-Menschenrechtsrates in Genf, welcher die bisherige, einmal im Jahr tagende Menschenrechtskommission ersetzt. Liechtenstein spielte eine sehr aktive Rolle bei den monatelangen Verhandlungen, welche schliesslich zu Einrichtung des neuen Gremiums führten.

Liechtenstein setzte sein Engagement zur Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts erfolgreich fort. In einer gemeinsam mit Mexiko durchgeführten Initiative beantragte Liechtenstein, das Thema «Rechtsstaatlichkeit auf internationaler und nationale Ebene» auf die Agenda der Generalversammlung zu setzen. Diese schloss die Arbeiten zu diesem Thema mit einer Resolution ab, welche auf die langjährige Stärkung der entsprechenden Aktivitäten des UNO-Sekretariats abzielt. Der viel beachtete liechtensteinische Kompromissvorschlag zur «Definition von Terrorismus» wurde im Berichtsjahr im Rechtsauschuss stärker als im Vorjahr unterstützt. Die Arbeiten an der umfassenden Terrorismuskonvention dauern aber weiter an. Die Arbeiten zur Definition des Verbrechens der Aggression im Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, die unter liechtensteinischem Vorsitz stehen, gewannen im Berichtsjahr weiter an Profil.

Liechtenstein konnte dem Antiterrorismus-Ausschuss des Sicherheitsrates (CTC) den 5. liechtensteinischen Staatenbericht über die Umsetzung der entsprechenden Standards des Sicherheitsrates unterbreiten. Dem Ausschuss betreffend Massenvernichtungswaffen und Terrorismus stellte Liechtenstein einen zweiten Bericht zu. Im Bereich der Taliban-/Al Qaida-Sanktionen setzte sich Liechtenstein für mehr Transparenz und Verfahrensrechte ein, um die Treffsicherheit der Sanktionenliste zu verbessern. In diesem Zusammenhang erreichte Liechtenstein die Freigabe von gesperrten Geldern aus humanitären Gründen in einem konkreten Fall.

Vom 19. - 27. September fand in New York die Generaldebatte der 61. Generalversammlung der UNO unter dem Titel «Umsetzung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung» statt. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck forderte in ihrer Rede unter anderem einen neuen Anlauf zur Reform des Sicherheitsrates und setzte sich für die Weiterverfolgung der Initiative von fünf Staaten (Liechtenstein, Schweiz, Costa Rica, Mexico, Singapur) ein.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf

Bei den Vereinten Nationen in Genf stand die Teilnahme Liechtensteins an den Sitzungen des neuen Menschenrechtsrates sowie an verschiedenen Vertragsstaatentreffen im Mittelpunkt. Die Sitzungen des Menschenrechtrates finden nun mehrmals jährlich über zwei bis drei Wochen statt, was eine massive personelle Unterstützung der Liechtensteinischen Mission in Genf durch die Liechtensteinische Mission in New York und das Amt für Auswärtige Angelegenheiten erforderte.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien

Im Rahmen der Arbeiten der Vereinten Nationen in Wien nahm Liechtenstein an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) teil.

Da Liechtenstein 2005 beschlossen hat, einen Teil der beschlagnahmten Gelder aus einem Drogendelikt den Vereinten Nationen über einen Zeitraum von vier Jahren zukommen zu lassen, waren im Berichtsjahr die Kontakte mit den verschiedenen Stellen des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) häufig und intensiv. Diese Gelder kommen insbesondere UNODC-Aktivitäten auf dem Gebiet der Geldwäscherei, der Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenanbaus in Afghanistan zugute.

Internationaler Gerichtshof

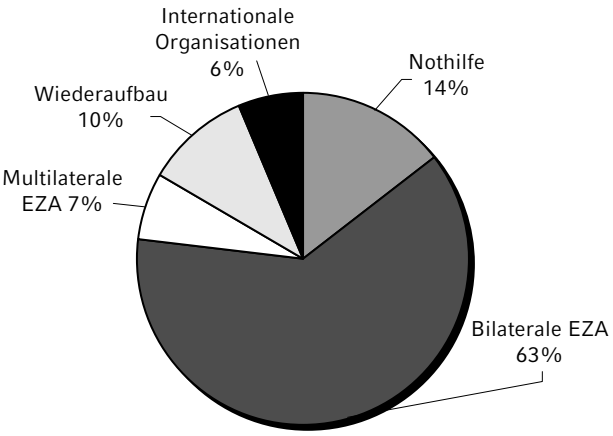
Klage beim Internationalen Gerichtshof (IGH)
Nachdem das Klageverfahren Liechtensteins gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag im so genannten Bilderfall mit Urteil vom 10. Februar 2005 entschieden worden war, wurden im Berichtsjahr die Kosten der Klage vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten mit Unterstützung des Ressorts Finanzen abschliessend aufgearbeitet. Der Landtag bewilligte am 22. November einen notwendigen Ergänzungskredit von 530 000 Franken, mit welchem die verbleibenden Honorarforderungen der mit der Prozessführung beauftragten Rechtsanwaltskanzlei beglichen werden konnten. Der IGH hatte 2005 entschieden, dass er zur Beurteilung des Streits keine Zuständigkeit besitze. Der Gerichtshof bestätigte zwar, dass zwischen Liechtenstein und Deutschland ein Streit besteht, wies die Klage jedoch aus formellen Gründen – «ratione temporis» – ab und äusserte sich zur Sache selbst nicht. Liechtenstein hatte vor dem IGH die Verletzung seiner Souveränität und Neutralität gerügt. Nach liechtensteinischer Auffassung behandelt Deutschland liechtensteinisches Vermögen auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei als deutsches Auslandsvermögen, das zur Begleichung deutscher Reparationsschulden herangezogen werden kann. Deutschland hat diese Argumentation zurückgewiesen und sich auf die mangelnde Zuständigkeit des Gerichts berufen. Die Ansprüche Liechtensteins aufgrund der Beschlagnahme liechtensteinischen Vermögens in der früheren Tschechoslowakei bleiben weiter aufrecht.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ)

Neue Gesetzesgrundlage
Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zur Gesetzesvorlage über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) abgeschlossen. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten hat daraufhin unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ämtern und dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) die Gesetzesvorlage finalisiert.

Mittelverwendung
Die Regierung hat im Berichtsjahr rund CHF 18.6 Mio. von den budgetierten CHF 18.8 Mio. für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit aufgewendet. Darunter fallen Beiträge in den Kategorien Internationale Nothilfe, bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit sowie Wiederaufbauhilfe. Ebenfalls berücksichtigt sind finanzielle Leistungen mit humanitärer, entwicklungs- oder umweltpolitischer Zielsetzung im Rahmen der Mitarbeit in internationalen Organisationen. Der provisorische Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gemäss OECD-Kriterien, zu dem auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung im Inland angerechnet werden, beträgt CHF 18.7 Mio.

IHZ-Beiträge 2006 nach Kategorien



Internationale Nothilfe
Im Berichtsjahr war der Konflikt im Nahen Osten der grösste aktuelle Brandherd. Liechtenstein hat sich mit verschiedenen Beiträgen für Notleidende in allen betroffenen Gebieten (Libanon, Israel und palästinensische Gebiete) eingesetzt. Hervorzuheben ist ein gemeinsames humanitäres Projekt mit der Schweiz im Libanon, welches auf Initiative der beiden Aussenministerinnen durchgeführt wurde. Auch im Berichtsjahr wurde die Unterstützung der Opfer des Tsunami in Südostasien von Ende 2004 fortgeführt. Nach dem Beschluss der Regierung, die damaligen Spendeneingänge beim Liechtensteinischen Roten Kreuz und bei Caritas Liechtenstein um CHF 2 Mio. zu erhöhen, wird über vier Jahre verteilt jährlich ein Teilbetrag in der Höhe von CHF 387 500 ausgeschüttet. Daneben wurde in der Nothilfe, wie in den vergangenen Jahren, ein Schwerpunkt auf vergessene Konflikte gelegt. Insgesamt wurden im Berichtsjahr CHF 2.7 Mio. für die Internationale Nothilfe eingesetzt.

Entwicklungszusammenarbeit
Wie in den vergangenen Jahren wurde der weitaus grösste Teil der Mittel über die Entwicklungszusammenarbeit ausgeschüttet. Für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wurden der Stiftung «Liechtensteinischer Entwicklungsdienst» (LED) von der Regierung Mittel in der Höhe von CHF 11.34 Mio. für Projekte bewilligt, welche der LED gemäss dem von der Regierung genehmigten Leistungsauftrag durchführte. Der LED trug zudem die Verantwortung für die Abwicklung des Schulprojekts der Stiftung «Menschen für Menschen» in Äthiopien. Neben dem Erlös aus den Jubiläumsmünzen von CHF 272 000 flossen in dieses Projekt zusätzliche Mittel von Privaten und vom LED (für mehr Informationen zum LED siehe separate Berichterstattung unter «Stiftungen»).

Für die relativ neue Budgetlinie «multilaterale Entwicklungszusammenarbeit» hat das Amt für Auswärtige Angelegenheiten ein Konzept ausgearbeitet und «Good Governance» als Schwerpunktthema festgelegt. Unterstützt werden damit Projekte zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, des Schutzes der Menschenrechte und zur Bekämpfung des internationalen Verbrechens sowie des Drogenanbaus und –handels. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung von HIV/Aids und der Förderung von «Microfinance», d.h. Finanzdienstleistungen für Menschen, die von traditionellen Finanzinstituten nicht wahrgenommen werden. Im Berichtsjahr standen rund CHF 690 000 für Projekte der UNO, des Europarats und der OSZE zur Verfügung. Weitere CHF 408 000, die aus konfiszierten Geldern aus einem Drogendeliktsfall stammen, wurden spezifisch für Projekte im Bereich Drogen- und Verbrechensbekämpfung eingesetzt. Diese Gelder sind Teil eines Gesamtpakets von insgesamt USD 2 Mio., die über vier Jahre hinweg für humanitäre Zwecke eingesetzt werden.

Mit insgesamt CHF 115 000 unterstützte das Amt für Wald, Natur und Landschaft ein Energieprojekt in Zentralasien (Kirgistan, Tadschikistan, Kasachstan) sowie die nachhaltige Dorfentwicklung im Kaukasus und in Russland.

Microfinance Initiative Liechtenstein

Mit der Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL) will eine Reihe von öffentlichen und privaten Institutionen (Liechtensteinischer Bankenverband, Hilti Familienstiftung, Medicor Foundation, Hochschule Liechtenstein und LED) einen effektiven und unternehmerischen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten und Liechtenstein als aktiven und kompetenten Akteur in diesem Bereich positionieren. Die MIL konzentriert ihre Aktivitäten auf die drei Arbeitsfelder Forschung zum Bereich Mikrofinanz, Technische Unterstützung für Mikrofinanzinstitute in Entwicklungsländern und Förderung privater Investitionen in Mikrofinanz. Erste Projekte sind im Berichtsjahr bereits lanciert worden. Die Regierung unterstützt dieses Projekt. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten ist in der MIL vertreten und arbeitet insbesondere im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mit.

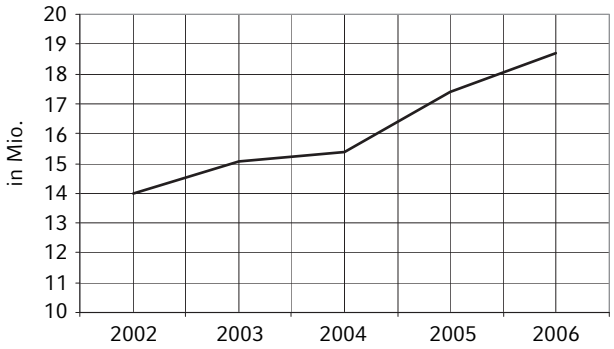
Wiederaufbauhilfe

Der inhaltliche Schwerpunkt der vom Ausländer- und Passamt durchgeführten Wiederaufbauhilfe lag in der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung sozial Ausgegrenzter, insbesondere ethnischer Minderheiten. Das traditionelle Engagement auf dem Balkan verlagerte sich im Berichtsjahr vermehrt auch auf andere Regionen mit Konfliktherden im Zusammenhang mit multiethnischer Bevölkerung z.B. Afghanistan oder Tadschikistan. Das grösste einzelne Engagement war das bereits in den vergangenen Jahren unterstützte Minderheitenprojekt im Kosovo, welches ethnische Minderheiten in den Bereichen Bildung, Wohnen und soziale Eingliederung unterstützt. Insgesamt wurden hierzu CHF 1.9 Mio. aufgewendet.

Mitarbeit in internationalen Organisationen

Liechtenstein leistete reguläre und freiwillige Beiträge in der Höhe von rund CHF 1.17 Mio. Darin sind auch die von Liechtenstein finanzierten Stellen eines «Junior Professional Officers» im UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) sowie eines Experten im Zuständigkeitsbereich Justiz und Polizei innerhalb des Stabilitätspakts für Südosteuropa enthalten.

Entwicklung der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit Liechtenstein (ODA)



Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA-anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz
2000	4 112	13 451 090	0.327
2001	3 782	15 114 860	0.4
2002	3 698	14 010 065	0.379
2003	3 538	15 055 869	0.426
2004	3 553	15 395 590	0.433
2005	Nicht bekannt	17 381 933	Nicht bekannt
2006	Nicht bekannt	18 689 436	Nicht bekannt

Umstrukturierung und Aussenpolitische Infrastruktur

Eingliederung der Stabsstelle Protokoll ins Ressort Äusseres

Gemäss Verordnung vom 21. April 2005 über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung wurde die Stabsstelle Protokoll, welche früher dem Ressort Präsidium angehörte, neu dem Ressort Äusseres zugeteilt. Im Berichtsjahr konnten die Vorarbeiten zur Eingliederung des Protokolls ins Amt für Auswärtige Angelegenheiten abgeschlossen werden. Das Protokoll ist ab 1. Januar 2007 keine eigene Stabsstelle der Regierung mehr, sondern gehört zum Amt für Auswärtige Angelegenheiten als Stabsstelle des Amtes.

Verstärkung der konsularischen Präsenz Liechtensteins im Ausland
Im Rahmen des Grundsatzbeschlusses der Regierung, liechtensteinische Honorarkonsularvertretungen im Ausland mit vorläufigem Schwerpunkt USA und Deutschland zu errichten, konnten im Berichtsjahr erste Kandidaturen in den USA in Vorschlag gebracht werden. Das bisherige Modell der Vertretung Liechtensteins im diplomatischen und konsularischen Bereich durch die Schweiz soll aber grundsätzlich unangetastet bleiben.

Besuche und Gespräche

Bilaterale Besuche und Gespräche in Liechtenstein
Der Aussenminister und Minister für Kultur und Entwicklungszusammenarbeit Andorras, Juli Minoves Triquell, weilte auf Einladung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vom 18. - 20. Februar zu Besuch in Liechtenstein. Bei einem Arbeitsgespräch kamen Themen der europäischen Integration sowie der kulturellen Zusammenarbeit zur Sprache. Der Gast stattete einen Höflichkeitsbesuch auf Schloss Vaduz und bei Regierungschef Otmar Hasler ab. Des Weiteren stand ein Besuch der Operette Balzers auf dem Programm.

Wie in den vorhergehenden Jahren lud die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) eine Delegation von Mitgliedern des U.S.-Kongresses vom 19. – 21. Februar nach Liechtenstein ein. Aufgrund der Korruptionsskandale und der damit verbundenen Kritik an von Lobbyisten veranstalteten Aktivitäten der Kongressmitglieder folgte nur ein Mitglied des Kongresses, Congressman James Sensenbrenner, der Einladung. Congressman Sensenbrenner traf mit Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zusammen. Das Programm umfasste auch eine «Policy Session» im Beisein einer Vertretung der Landesverwaltung und der Verbände sowie gesellschaftliche Aktivitäten.

Auf Einladung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck kamen am 23. Februar die in Liechtenstein akkreditierten, aber in Bern residierenden Botschafterinnen Ägyptens, Chiles, Kolumbiens, Kubas, Pakistans, der Philippinen, Perus, der USA und Südafrikas zu einem Besuch nach Vaduz. Nebst einem allgemeinen Informationsaustausch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck fand ein Besuch im Liechtensteinischen Kunstmuseum sowie eines liechtensteinischen Industriebetriebs statt.

Am 25. Februar stattete Richard Shelby, Vorsitzender des Banking Committees des US-Senats, Liechtenstein einen Kurzbesuch ab. Er traf dabei mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung des Liechtensteinischen Bankenverbands sowie dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein zusammen. Im Zentrum der Gespräche standen aktuelle Finanzplatzfragen.

Am 2. Mai fand der Besuch der Regierung des Kantons Graubünden bei der Regierung Liechtensteins statt.

Am 15. Mai empfing Regierungsrätin Rita Kieber-Beck den Thüringer Kultusminister, Professor Dr. Jens Goebel.

Adolf Ogi, Alt-Bundesrat und Sonderberater des UNO-Generalsekretärs für Sport im Dienste von Entwicklung und Frieden, hielt sich am 23. Mai für die Pressekonferenz anlässlich des internationalen Jugendfussballturniers «4. International Swiss U16 Cup» in Bad Ragaz auf. Er nutzte diese Gelegenheit für ein Treffen mit Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Vaduz. Diskutiert wurden vor allem die bevorstehenden Projekte von Alt-Bundesrat Ogi, insbesondere die Teilnahme einer israelisch-palästinensischen Jugendmannschaft am «4. International Swiss U16 Cup» im August 2006, welche von der Regierung finanziell unterstützt wurde.

Die CDU/CSU-Politikerin Dagmar Wöhrl, unter anderem Mitglied des Bundestages und seit dem 22. November 2005 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, stattete Regierungschef Otmar Hasler am 24. Mai einen Höflichkeitsbesuch ab. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Beziehungen Deutschlands und Liechtensteins sowie verschiedene aktuelle Themen aus dem Bereich Finanzen.

Vom 5. - 7. Juni besuchten 19 Journalisten aus vier Kontinenten Liechtenstein. Anlass des Besuches war das Jubiläum «200 Jahre Souveränität».

Die Regierung lud am 9. Juni die im Fürstentum Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zu einem Informationstag nach Balzers ein. Die seit 2001 stattfindende Informationsveranstaltung erfreut sich grosser Beliebtheit. So nahmen 80 diplomatische Vertreterinnen und Vertreter aus 60 Ländern daran teil. Das Programm umfasste einen Informationsteil, der die Arbeitsschwerpunkte des Regierungsprogramms vom Januar 2006 vorstellte. Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung stand die Rede von Georg Malin zum Thema «200 Jahre souveränes Fürstentum».

Der Regierungschef und Aussenminister der Färöer-Inseln, Joannes Eidesgaard, besuchte am 14. Juni Liechtenstein und führte ein Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Die Regierung der Färöer-Inseln überprüft Möglichkeiten einer verstärkten wirtschaftspolitischen Integration in Europa, was mit ein Grund für den Besuch in Liechtenstein war.

Eine Gruppe von sechs Jugendlichen aus dem US-Bundesstaat Louisiana, deren Familien im August 2005 Opfer des Hurrikans Katrina geworden sind, besuchte am 29. Juni Liechtenstein. Die Regierung bewilligte in der Folge der schweren Katastrophe, welche in den Staaten Louisiana und Mississippi grosse Zerstörungen angerichtet hat, ein Hilfsprojekt von insgesamt 100 000 Franken. S.D. Erbprinz Alois empfing die Jugendlichen auf Schloss Vaduz. Sowohl Regierungschef Otmar Hasler als auch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck begrüssten die Jugendlichen persönlich.

Im Rahmen eines Austauschtreffens zum Thema «Gleichstellung von Mann und Frau» empfing Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 3. Juli ihre St. Galler Amtskollegin, Regierungsrätin Kathrin Hilber, ihre Vorarlberger Amtskollegin, Landesrätin Greti Schmid sowie ihren Graubündner Amtskollegen, Regierungsrat Claudio Lardi, zu einem Gespräch über verschiedene grenzüberschreitende Projekte.

Am 11. Juli wurde das Honorarkonsulat der Russischen Föderation in Liechtenstein in Anwesenheit des Stellvertretenden Aussenministers Russlands, Alexander Grushko, und des Botschafters Russland in der Schweiz und in Liechtenstein, Dmitry Cherkashin, offiziell eröffnet. Die russische Delegation wurde am 12. Juli von Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zu einem Höflichkeitsbesuch im Regierungsgebäude empfangen. Der Stellvertretende Aussenminister Grushko nahm anschliessend in Vertretung des russischen Aussenministers Sergey Lavrov, welcher den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates innehatte, an den Feierlichkeiten zu «200 Jahre Souveränität» teil.

Am 12. Juli fand der «Tag der Souveränität» statt, der das zentrale Ereignis im Jubiläumsjahr «200 Jahre Souveränität» darstellte. Die Festlichkeiten starteten mit einem Empfang, gegeben von I.I.D.D. Fürst Hans Adam II. und Fürstin Marie, S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein in der Hofkellerei. Höhepunkt war ein zweistündiger Umzug der Gemeinden und das anschliessende Volksfest. Für die geladenen Gäste fand ein Festbankett im Vaduzer Saal statt. Unter den prominenten Gästen aus dem In- und Ausland befanden sich der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer, der schweizerische Bundespräsident Moritz Leuenberger sowie der deutsche Bundesratspräsident Peter Harry Carstensen.

Im Rahmen des Souveränitätsjubiläums lancierte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eine Vortragsreihe unter dem Titel «200 Jahre Souveränität – Raum für neue Perspektiven» und lud dazu Referentinnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ein. Vorträge hielten Gertrud Höhler, Managementberaterin, Ingrid Deltenre, Direktorin des Schweizer Fernsehens DRS, Raghida Dergham, leitende diplomatische Korrespondentin der führenden unabhängigen arabischen Tageszeitung Al Hayat, Susanne Riess-Passer, ehemalige österreichische Vizekanzlerin und Vorstandsvorsitzende der Bausparkasse Wüstenrot, Richterin Sandra Day O´Connor, ehemaliges Mitglied des Obersten Gerichtshofs der USA, Irena Lipowicz, Sonderbeauftragte Botschafterin des polnischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für deutschsprachige Beziehungen, Maud de Boer-Buquicchio, Stellvertretende Generalsekretärin des Europarates, und Gabriela Zuna-Kratky, Direktorin des Technischen Museums in Wien.

Anlässlich des Arbeitstreffens zur Reform der Überwachungsausschüsse der UNO-Menschenrechtsübereinkommen vom 14. - 16. Juli in Triesenberg kam die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, nach Liechtenstein. Am Rande des Treffens wurde die Hochkommissarin von Regierungschef Otmar Hasler zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Zudem traf sie sich mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zu einem Arbeitsgespräch.

Am 19. Juli fand in Vaduz ein Treffen der Aussenministerinnen der Schweiz, Österreichs und Liechtensteins statt. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Bundesministerin Ursula Plassnik und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck informierten sich gegenseitig über die Europäische Integrationspolitik ihrer Länder und sprachen über eine verstärkte Zusammenarbeit in internationalen Organisationen.

Die Regierung des Kantons St. Gallen besuchte am 29. August die liechtensteinische Regierung in Vaduz. Die Regierungsmitglieder erörterten im Rahmen eines Gedankenaustauschs verschiedene aktuelle Themen.

Der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, Dieter Althaus, besuchte Liechtenstein am 4. und 5. September, da Thüringen Gastland an der Liechtensteinischen Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung (LIHGA) war. Der Ministerpräsident stattete Regierungschef Otmar Hasler einen Höflichkeitsbesuch ab.

Am 14. September empfing Regierungsrätin Rita Kieber-Beck Gitta Connemann, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende der Enquete-Kommission «Kultur in Deutschland». Mit ihrem Besuch in Liechtenstein verschaffte sich die Vorsitzende der Enquete-Kommission einen fundierten Einblick in das kulturelle Schaffen in Liechtenstein.

Am 5. und 6. Oktober fand der dritte Liechtenstein Dialogue zum Thema «Global Risks and Investor Confidence» in Vaduz statt. Unter den Teilnehmern befanden sich der Regierungschef Andorras, Albert Pintat, und der Aussenminister und Minister für Kultur und Entwicklungszusammenarbeit Andorras, Juli Minoves Triquell, sowie der Vizepremierminister und Aussenminister Luxemburgs, Jean Asselborn.

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, kam am 9. Oktober zu einem Arbeitsgespräch nach Vaduz. Sie traf mit Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Regierungsrat Hugo Quaderer zusammen. Gesprächsthemen waren insbesondere die Wirtschaftslage und -politik der Schweiz und Liechtensteins sowie die Beziehungen der beiden Länder zur Europäischen Union sowie zu den Drittländern über die WTO und EFTA. Regierungschef Otmar Hasler empfing Bundesrätin Leuthard anschliessend zu einem Höflichkeitsbesuch.

Am 16. Oktober stattete der neue norwegische EFTA-Generalsekretär Kåre Bryn Regierungsrätin Rita Kieber-Beck seinen Antrittsbesuch ab, nachdem er am 1. September sein Amt angetreten hat.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eröffnete am 15. November die OSZE-Expertentagung zu Menschenrechten und Terrorismusbekämpfung, welche vom

15. - 17. November in Triesenberg stattfand. Zu der Tagung kamen 50 Experten aus den OSZE-Teilnehmerstaaten.

Die Regierung Vorarlbergs besuchte am 28. November die Regierung in Vaduz.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland
Regierungschef Otmar Hasler reiste am 7. Februar zu den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Bundespräsidenten a.D. Johannes Rau nach Berlin. Johannes Rau war von 1999 bis 2004 Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Er verstarb am 27. Januar.

Vom 2. - 11. März besuchte Regierungschef Otmar Hasler mit einer Delegation Peru und Costa Rica, um die von der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED) unterstützten Projekte in den beiden Ländern kennen zu lernen. In Moro, Peru, wo die liechtensteinische Missionarin Schwester Rebecca Frick seit Jahren arbeitet, konnte der Regierungschef den Gewerbehof feierlich einweihen. Höflichkeitsbesuche fanden beim Premierminister von Peru, Pedro Pablo Kuczynski, und beim Aussenminister, Oscar Maurtua de Romana, statt. In Costa Rica eröffneten der Regierungschef und I.D. Prinzessin Nora gemeinsam mit dem Erziehungsminister Manuel Antonio Bolañios den Kultursender von Tilarán. In San José traf sich die liechtensteinische Delegation mit der amtierenden Präsidentin Lineth Saborio Chaverri, Aussenminister Roberto Tovar Faja, Erziehungsminister Manuel Antonio Bolaños und Vize-Umweltminister Allan Flores zu einem Arbeitsgespräch.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck reiste am 6. Mai nach Rom, wo sie an den Jubiläumsfeierlichkeiten «500 Jahre Päpstliche Schweizergarde» teilnahm.

Vom 8. – 12. Mai machte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck bilaterale Besuche in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Neben aussenpolitischen Themen von gemeinsamem Interesse kamen Möglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit zur Sprache. In Slowenien wurde Regierungsrätin Rita Kieber-Beck von Aussenminister Dimitrji Rupel und vom Präsidenten des Parlaments, France Cukjati, empfangen, in Kroatien von Staatspräsident Stjepan Mesi , von Aussenministerin Kolinda Grabar-Kitarović und von Regierungschef Ivo Sanader. In Bosnien-Herzegowina traf Regierungsrätin Rita Kieber-Beck mit Aussenminister Mladen Ivanić zu einem Gespräch zusammen. Beim Besuch in Bosnien-Herzegowina wurde ausserdem ein Hilfsprojekt besichtigt, welches die liechtensteinische Regierung mit einem Betrag von 679 000 Franken unterstützt hat. Es handelt sich dabei um den Bau eines Schulhauses in Prijedor, welches eine bewusste Integration serbischer und anderer ethnischer Minderheiten fördert.

Am 18. und 19. Mai fand in Strassburg unter dem Vorsitz des rumänischen Aussenministers Ungureanu die 116. Ministersession des Europarats statt. Die Liechtensteinische Delegation wurde von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck geleitet. Am Abend des 18. Mai fand auf Einladung des Generalsekretärs des Europarats, Terry Davis, ein informelles Treffen der Aussenminister mit dem UNO-Sondergesandten über die Zukunft des Kosovo, dem früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari, statt. An der Ministersession vom 19. Mai wurde zum ersten Mal Bilanz gezogen über die Umsetzung der am 3. Europaratsgipfel in Warschau in 2005 getroffenen Entscheidungen. Im Vordergrund standen dabei die Konsolidierung des Europaratssystems zum Schutz der Menschenrechte und die Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Union.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck wurde am 29. Mai von Aussenminister Frank-Walter Steinmeier in Berlin zu einem Arbeitsgespräch empfangen, bei welchem ein Meinungs- und Informationsaustausch betreffend die bilaterale Zusammenarbeit und die europäische Integration stattfand. Die Beziehungen zwischen den Staaten wurden von beiden Regierungsmitgliedern positiv gewürdigt. Da Liechtenstein und Deutschland ein gemeinsamer Kultur- und Sprachraum verbindet, wurden Möglichkeiten einer weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen, insbesondere im kulturellen Bereich, besprochen.

Aus Anlass der UNO-Konferenz zur Beurteilung der Fortschritte im internationalen Kampf gegen HIV/AIDS weilte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 1. und 2. Juni bei den Vereinten Nationen in New York. Neben einer Rede anlässlich des hochrangigen Treffens am 2. Juni nutzte sie ihren Aufenthalt auch für bilaterale Gespräche. Bei einem Arbeitsgespräch mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan wurden der aktuelle Stand der Reformdiskussionen, die drohende Budgetkrise und die von Liechtenstein (zusammen mit der Schweiz, Costa Rica, Jordanien und Singapur) vorgeschlagene Resolution zur Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates diskutiert. Weitere Gespräche fanden mit dem Präsidenten der UNO-Generalversammlung, Jan Eliasson, und dem UNO-Rechtsberater, Nicolas Michel, statt. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck traf auch den luxemburgischen Minister für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, Jean-Louis Schiltz, und besprach sich mit ihm über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Entwicklungshilfe.

Auf Einladung des «World Affairs Council» weilte S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein in Begleitung von Botschafterin Claudia Fritsche am 30. und 31. Mai in San Francisco, wo er einen Vortrag über die Rolle des Kleinstaates Liechtenstein in einer globalisierten Welt hielt. Vorab stattete der Erbprinz dem Bürgermeister von San Francisco, Gavin Newsom, einen Höflichkeitsbesuch ab, bei welchem der Bürgermeister unter anderem über die Herausforderungen der Stadt und insbesondere über das Obdachlosenproblem berichtete. Ein Mittagessen mit Gästen aus Politik, den Medien sowie dem Geschäfts- und öffentlichen Leben rundete das Programm ab.

Am 12. Juni fand in Luxemburg der 25. EWR-Ministerrat statt. Liechtenstein wurde durch Regierungsrätin

Rita Kieber-Beck vertreten. Am darauf folgenden Tag traf sich die Regierungsrätin zu einem informellen Gedankenaustausch mit dem luxemburgischen Justiz- und Schatzminister Luc Frieden.

Anlässlich des Eröffnungstages der ersten Session des neuen UNO-Menschenrechtsrates am 19. Juni in Genf stellte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eine aktive Beteiligung Liechtensteins in der Fortentwicklung der UNO-Mechanismen zum internationalen Schutz der Menschenrechte in Aussicht. Zudem nutzte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ihren Aufenthalt in Genf für ein Arbeitsessen mit mehreren Aussenministerinnen.

Im Vorfeld zum EFTA-Ministerrat, welcher vom 25. bis 27. Juni unter isländischem Vorsitz in Höfn tagte, absolvierte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 22. Juni einen bilateralen Arbeitsbesuch in Reykjavik. Sie traf zum ersten Mal mit der isländischen Aussenministerin Valgerdur Sverrisdottir zusammen, welche seit dem 15. Juni im Amt ist und seit dem Jahr 1999 Ministerin für Industrie und Umwelt war. Die Gespräche konzentrierten sich auf Themen im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen, insbesondere wurde die bevorstehende Erweiterung des EWR auf Bulgarien und Rumänien diskutiert. Ein Höflichkeitsbesuch bei Premierminister Geir H. Haarde, dem ehemaligen Aussenminister, und ein Treffen mit Justizminister Björn Bjarnason rundeten den bilateralen Arbeitsbesuch in Reykjavik ab.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck konnte am 21. August die Ausstellung «Kunst aus Liechtenstein» in der Residenz der Botschaft Liechtensteins in Bern vorbesichtigen. Gezeigt wurde eine Auswahl zeitgenössischen Schaffens aus Liechtenstein. Der Anlass bot auch den Rahmen für einen von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck gegebenen Empfang für die Botschafter der Schweiz in Drittstaaten, die sich zu ihrer jährlichen Botschafterkonferenz in Bern aufhielten.

Am 22. August fand auf Einladung der Liechtensteinischen Botschaft ein grosser Festakt zum Souveränitäts-Jubiläum im Gropius-Bau in Berlin statt. Gleichzeitig war im Gropius-Bau die Ausstellung «Ägyptens versunkene Schätze», welche von der liechtensteinischen Hilti Foundation massgeblich unterstützt wurde, zu sehen. Neben zahlreichen Persönlichkeiten aus Liechtenstein konnte eine ganze Reihe prominenter Vertreter des öffentlichen Lebens aus Deutschland begrüsst werden.

Auf Einladung des slowenischen Aussenministers Dimitrij Rupel nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Begleitung von Amtsleiter Roland Marxer am 27. und 28. August am Strategischen Forum Bled in Slowenien teil. Am Forum Bled waren hochrangige Vertreter von Regierungen, der EU-Kommission und aus der Privatwirtschaft vertreten. Dabei wurde die geopolitische Relevanz der Kaspischen Region für die Europäische Union und andere europäische und internationale Organisationen sowie für einzelne Staaten nicht nur der Region, sondern generell, diskutiert.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck hielt am 22. September eine Ansprache vor der UNO-Generalversammlung in New York. Sie nutzte den Aufenthalt am UNO-Hauptquartier auch für bilaterale Termine. Sie traf sich mit den Amtskollegen aus Island, Guatemala, Andorra, Monaco und San Marino. Weitere Programmpunkte standen ganz im Zeichen der Stärkung der Rolle der Frau in der politischen Arena: So nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck auf Einladung von US-Aussenministerin Condoleezza Rice an einem Workshop zur Frage der stärkeren Einbindung von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen teil.

Am 10. Oktober nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zusammen mit ihren isländischen und norwegischen Amtskollegen an einem Treffen mit dem aussenpolitischen Ausschuss des Europäischen Parlaments und dem gemeinsamen EWR-Parlamentarierausschuss in Brüssel teil.

Aus Anlass der 200-Jahrfeier zur Souveränität Liechtensteins fand am 13. Oktober ein Festakt im Liechtenstein Museum in Wien statt. Neben einem Konzert des Symphonischen Orchesters Liechtenstein sprach der österreichische Nationalratspräsident, Andreas Kohl. David Beattie, ehemaliger britischer Botschafter in Liechtenstein, hielt eine Festrede. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Regierungsrat Martin Meyer nahmen an diesem Anlass teil. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck hielt anlässlich ihres Aufenthalts in Wien einen Vortrag an der Diplomatischen Akademie zum Thema «Liechtenstein – 200 Jahre Souveränität: Eine Europäische Erfolgsgeschichte».

Vom 10. bis 13. Oktober besuchte Regierungschef Otmar Hasler in Begleitung des Botschafters in Berlin die drei ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ziel der Reise war die Vertiefung der deutsch-liechtensteinischen Beziehungen auf verschiedenen Ebenen.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck weilte am 18. Oktober zu einem Arbeitsbesuch in Luxemburg, wo sie mit Minister Jean-Louis Schiltz die jeweilige Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe besprach. Anschliessend folgten Gespräche mit Marie-Josée Jacobs, Ministerin für Familie, Integration und Chancengleichheit, sowie mit Octavie Modert, Staatssekretärin für Kultur, höhere Bildung und Forschung. Ein kurzes Zusammentreffen fand auch mit Vizepremierminister Jean Asselborn und mit Justiz- und Schatzminister Luc Frieden statt. Es folgte ein Höflichkeitsbesuch beim Grossherzog von Luxemburg.

Auf Einladung von Bundespräsident Horst Köhler kamen am 6. November die Staatsoberhäupter von Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz in Meersburg am Bodensee zu informellen Arbeitsgesprächen zusammen.

Am 1. Dezember fand in Genf ein informelles EFTA-Ministertreffen unter dem Vorsitz von Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkwirtschaftsdepartements, statt. Liechtenstein war an

diesem Treffen durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hielt am 4. und 5. Dezember ihr 14. Ministertreffen ab. Zum Ministerrat lud der belgische Aussenminister und gegenwärtige OSZE-Ratsvorsitzende Karel de Gucht seine Amtskollegen nach Brüssel ein. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck folgte dieser Einladung.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm am 12. Dezember am EWR-Rat in Brüssel teil. Anlässlich dieses halbjährlich stattfindenden Treffens zwischen der EU und den EFTA/EWR-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein wird regelmässig das Funktionieren des EWR besprochen. Im Zentrum der Diskussionen dieses EWR-Rats stand der Beitritt Bulgariens und Rumäniens, insbesondere der von den EFTA/EWR-Staaten zu leistende Finanzbeitrag.

AMTSSTELLE

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter Roland Marxer

Zu den dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilten Aufgabenbereichen gehören insbesondere die Vorbereitung und Bearbeitung sämtlicher Regierungsgeschäfte in Bezug auf internationale Übereinkommen und Staatsverträge, bilaterale und multilaterale sowie europäische und internationale Zusammenarbeit, internationale Organisationen und Konferenzen sowie diplomatische und konsularische Beziehungen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in der Erstellung der entsprechenden Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Das Amt arbeitete in allen Bereichen eng mit den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland zusammen und übernahm zahlreiche Koordinationsaufgaben in den diversen Bereichen der Landesverwaltung bei den in der Zuständigkeit der diplomatischen Vertretungen liegenden Themen.

Im Berichtsjahr nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes neben den ihnen zugeteilten Aufgaben im Amt unter anderem auch die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, des Ständigen Vertreters bei der UNO, WTO und EFTA in Genf sowie weitere Aufgaben gemäss ihrer Zuteilung im Bereich der Aussenstellen wahr. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Amtsvorstandes und der diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes lagen in der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland sowie in der europäischen Zusammenarbeit: Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR,) Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] und der internationalen Zusammenarbeit (Vereinte Nationen, UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), internationale humanitäre Zusammenarbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch in diesem Berichtsjahr wieder mit den Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen befasst und massgeblich für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen verantwortlich. Sie beantworteten auch diverse Fragebogen der internationalen Organisationen.

Im bilateralen Bereich ist insbesondere der politische Dialog mit den beiden Nachbarländern zu erwähnen. So fand der politische Dialog mit Österreich am 13. Dezember in Vaduz zum achten Mal seit seiner Einführung 1999 statt. Der politische Dialog mit der Schweiz, welcher 2004 seinen Anfang nahm, wurde am 24. Mai zum dritten Mal in Vaduz abgehalten. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und den Vertretern des österreichischen Aussenministeriums einerseits und den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten andererseits. Des Weiteren wurden im bilateralen Bereich in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Protokoll zahlreiche Besuche im In- und Ausland vorbereitet und betreut sowie verschiedenste Anlässe organisiert und mitverfolgt. Insbesondere ist die Mitarbeit des Amtes bei der Betreuung der Ehrengäste am 200-jährigen Jubiläum der liechtensteinischen Souveränität am 12. Juli zu erwähnen. Mit dem Jubiläumsjahr beschäftigte sich das Amt in vielerlei Hinsicht. So wurden Vorträge gehalten, Informationsmaterialien abgegeben und Anlässe unter diesem Titel besucht und mitbetreut. Es wurden wie in den vergangenen Jahren diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Das Amt bearbeitete zahlreiche Fragen aus dem In- und Ausland betreffend allgemeine Themen zu Liechtenstein sowie spezielle Themen zur liechtensteinischen Aussenpolitik und war in der Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft aktiv. Der Amtsvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu Themen im Rahmen der liechtensteinischen Aussenpolitik. Die Vorbereitungen zur Integration der Stabsstelle Protokoll der Regierung in das Amt wurden zum Abschluss gebracht.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Amt an den Verhandlungen und am Abschluss diverser bilateraler Abkommen beteiligt. Es wurden einige bilaterale Abkommen mit der Schweiz abgeschlossen bzw. traten in Kraft, darunter das Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen,

der Vertrag über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile sowie weitere Vereinbarungen in den Bereichen Strassenverkehr, der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe und in Bezug auf die ergänzenden Schutzzertifikate für Arznei- und Pflanzenschutzmittel. Im Januar wurde ausserdem das trilaterale Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten ratifiziert. Es trat am 1. März zwischen Liechtenstein und Österreich in Kraft. Die Schweiz hat das trilaterale Abkommen noch nicht ratifiziert.

Zur Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener internationaler Übereinkommen leistete das Amt die entsprechenden Vorarbeiten. So konnten im Berichtsjahr im Menschenrechtsbereich das Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, welches die Einsetzung sowohl eines internationalen als auch nationalen Präventionsmechanismus vorsieht, ratifiziert werden. Ratifiziert wurde auch das dritte Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen von 1949, das die Einführung eines Roten Kristalls als zusätzlichem Emblem neben dem Roten Kreuz und dem Roten Halbmond regelt. Das Ziel des neuen Emblems ist die verstärkte Universalität der Rot-Kreuz-Bewegung und damit die Verbesserung der humanitären Hilfe in Krisengebieten. Das Amt leistete alle Vorbereitungsarbeiten zu diesen Ratifikationen.

Im Rahmen der Umsetzung von internationalen Menschenrechtsübereinkommen, bei denen Liechtenstein Vertragsstaat ist, wurden im Berichtsjahr in Genf der zweite Bericht zum Internationalen Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989 im Januar 2006 und der erste Bericht zum Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966 im Mai 2006 vorgestellt. Das Amt war neben der Erarbeitung der Berichte jeweils auch für die inhaltliche Vorbereitung dieser Vorstellungen und die Vorbereitung der Delegationen zuständig. Zudem nahm das Amt aktiv bei der Vorstellung der Berichte in Genf teil. Ferner konnte der dritte Länderbericht gemäss Art. 18 des Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verfasst und eingereicht werden. Sowohl die Länderberichte als auch die abschliessenden Bemerkungen und Empfehlungen der Ausschüsse sind unter www.liechtenstein.li abrufbar.

Der Amtsvorstand und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren im Berichtsjahr wiederum in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen auf bilateraler Ebene sowie auch innerhalb der Landesverwaltung vertreten. Der Amtsvorstand war weiterhin Mitglied in einer Reihe von Arbeitsgruppen innerhalb der Landesverwaltung, die sich der Finanzplatzthematik widmen. Zudem arbeitete er aktiv in der Stiftung Image Liechtenstein, im aussenpolitischen Expertenrat der Regierung, in der Kommission für Chancengleichheit, in der Arbeitsgruppe zur Revision des Verwaltungsorganisationsgesetzes sowie im TQM-Lenkungsausschuss mit. Das Amt hatte weiterhin den Vorsitz in der Arbeitsgruppe «Korruptionsbekämpfung und Korruptionsprävention», in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (AG R), und auf bilateraler Ebene in der Expertengruppe betreffend ergänzende Schutzzertifikate und Änderung des Zulassungsmechanismus für Arznei- und Pflanzenschutzmittel sowie in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisunterstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Ferner arbeiteten die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem aktiv in der Ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, in der Arbeitsgruppe zur Reorganisation der internationalen humanitären Zusammenarbeit, in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Strahlenschutzrechts, am Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, in der Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Gesetzes über die vorübergehende sachliche Immunität von Kulturgut, in der Arbeitsgruppe zur Neuregelung des Sanktionenvollzugs und Revision des Wirtschaftsmassnahmengesetzes sowie in der Projektgruppe für die Schaffung eines Integrationsgesetzes mit.

Das Amt war an der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Besuche und Konferenzen in Liechtenstein beteiligt, so am «UNO-Workshop zur Treaty-Body-Reform» und am «OSZE-Expert-Workshop on Human Rights and International Cooperation in Counter-Terrorism». Des Weiteren nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auftrag der Regierung an diversen Konferenzen und internationalen Treffen im Ausland teil.

Nachdem das Klageverfahren Liechtensteins gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im sog. Bilderfall mit Urteil vom 10. Februar 2005 entschieden worden war, wurden im Berichtsjahr die Kosten der Klage vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten mit Unterstützung des Ressorts Finanzen abschliessend aufgearbeitet. Der Landtag bewilligte am 22. November einen notwendigen Ergänzungskredit von 530 000 Franken, mit welchem die verbleibenden Honorarforderungen der mit der Prozessführung beauftragten Rechtsanwaltskanzlei beglichen werden konnten.

Vor dem Hintergrund, dass ein Abschluss der Verhandlungen über die EWR-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien nicht rechtzeitig vor der EU-Erweiterung möglich erschien, wurde von der Mission in Brüssel in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der Stabsstelle EWR eine Gesetzesvorlage betreffend die vorläufige Anwendung der EWR-Mitgliedschaft ausgearbeitet. Das am 24. November vom Landtag verabschiedete und am 29. Dezember in Kraft getretene

Gesetz gibt der Regierung die Kompetenz, die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung Bulgariens und Rumäniens am EWR zu beschliessen.

Im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung Liechtensteins an «Schengen» und «Dublin» fanden im Berichtsjahr formelle Verhandlungen mit der EG-Kommission, Vertretern des EU-Rats, der EU-Präsidentschaft Österreichs und den weiteren Assoziierungspartnern Norwegen und Island sowie der Schweiz statt. Das Amt war an den Verhandlungen und den damit zusammen hängenden Abklärungen, insbesondere hinsichtlich allgemeiner völkerrechtlicher Fragen und der Rechtshilfe, beteiligt. Die entsprechenden Vertragstexte wurden am 21. Juni paraphiert – eine Unterzeichnung ist für Frühjahr 2007 vorgesehen. Ziel bleibt es, eine Assoziierung Liechtensteins parallel zu jener der Schweiz zu erreichen. Mit der Schweiz wurden erste Gespräche betreffend die notwendige Anpassung und Konkretisierung des bilateralen Vertragsverhältnisses im Bereich des Personenverkehrs geführt.

Das Amt war in die Verhandlungen zum Abschluss und der Unterzeichnung der Vereinbarung mit der Schweiz zur Aufgabenwahrnehmung des liechtensteinischen Sicherheitsfonds durch den schweizerischen Sicherheitsfonds BVG involviert und ist mit der Erstellung des Berichts und Antrags zu ihrer Genehmigung durch den Landtag befasst. Die Vereinbarung wurde am 19. Dezember in Bern unterzeichnet. Der Sicherheitsfonds dient wie in der Schweiz in erster Linie der Sicherstellung der Versicherteninteressen im Falle von zahlungsunfähig gewordenen Einrichtungen der betrieblichen Personalvorsorge. Mit der Aufgabenwahrnehmung durch den schweizerischen Sicherheitsfonds ist die Anwendung der relevanten schweizerischen Rechtsvorschriften in Liechtenstein verbunden. Die Vereinbarung bedarf daher der Zustimmung des Landtages. Sie untersteht auch in der Schweiz aufgrund ihrer rechtsetzenden Bestimmungen der parlamentarischen Genehmigung und dem Staatsvertragsreferendum. Die Vereinbarung wird somit voraussichtlich im ersten Halbjahr 2008 in Kraft treten. Bis dahin wird sie seit dem 1. Januar 2007 vorläufig angewendet, wozu der Landtag in seiner Dezember-Sitzung seine Zustimmung erteilt hat. Mit der vorläufigen Anwendung wird dem gesetzlichen Auftrag entsprochen, bis zu diesem Datum einen liechtensteinischen Sicherheitsfonds zu errichten, wobei für seine Aufgabenwahrnehmung Vereinbarungen mit anderen Staaten geschlossen werden können.

In Zusammenarbeit mit den anderen einbezogenen Amtsstellen konnten die Verhandlungen zu einem dreiseitigen Abkommen mit der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft intensiviert und abgeschlossen werden, durch welches der Einbezug Liechtensteins in das bilaterale Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft (Agrarabkommen der «Bilateralen I» aus dem Jahr 1999) völkerrechtlich sichergestellt ist. Das Zusatzabkommen wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2007 unterzeichnet und in Kraft treten können, sobald seitens der Europäischen Kommission die dafür notwendigen Übersetzungen in alle EU-Sprachen vorliegen. Das Zusatzabkommen wird insbesondere der Nahrungsmittelindustrie Liechtensteins jene Vorteile für ihren Export in den EU-Raum verschaffen, welche die schweizerischen Unternehmungen seit dem Inkrafttreten des Agrarabkommens geniessen.

Das Amt beteiligte sich an den Folgearbeiten der neu bestellten Arbeitsgruppe zur Revision des Wirtschaftsmassnahmengesetzes und der Neuregelung des Vollzugs. Die Arbeitsgruppe steht unter dem Vorsitz der FIU und hat zu Handen des Ressorts Finanzen einen Vernehmlassungsentwurf erstellt, der auf den Vorarbeiten des Amtes beruht. Zielsetzung der Revision ist eine verbesserte innerstaatliche Durchsetzung internationaler Sanktionen der UNO, zu der Liechtenstein völkerrechtlich verpflichtet ist, wie auch jene der EU, mit welchen sich Liechtenstein assoziiert. Insbesondere die in diesem Rahmen erlassenen so genannten Finanzsanktionen sind für Liechtenstein aufgrund ihrer Relevanz zu Finanzplatzaktivitäten von aussenpolitischer Bedeutung.

Die Aspekte der Bekämpfung des internationalen Verbrechens, der Korruption und der Geldwäscherei bildeten weiterhin wichtige Tätigkeitsschwerpunkte des Amtes. Dazu gehören die Verfolgung der internationalen Entwicklung in den relevanten Gremien der UNO und des Europarats und die Vertretung der liechtensteinischen Interessen in diesen Gremien sowie die Vorbereitung der Umsetzung und Ratifikation der einschlägigen internationalen Instrumente. Ein zentrales Thema, dem verstärkt Beachtung geschenkt wird, ist die Bekämpfung und Prävention der Korruption. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten hat den Vorsitz der von der Regierung bestellten Arbeitsgruppe Korruptionsprävention inne.

Im Rahmen des Grundsatzbeschlusses der Regierung, liechtensteinische Honorarkonsularvertretungen im Ausland mit vorläufigem Schwerpunkt USA und Deutschland zu errichten, konnten erste Kandidaturen in den USA in Vorschlag gebracht werden. Das bisherige Modell der Vertretung Liechtensteins im diplomatischen und konsularischen Bereich durch die Schweiz soll aber grundsätzlich unangetastet bleiben.

Ein wichtiger Tätigkeitsbereich war auch in diesem Berichtsjahr die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ). Die Vernehmlassung zur Gesetzesvorlage über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) konnte abgeschlossen werden. Das Amt hat daraufhin unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ämtern und dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) die Gesetzesvorlage finalisiert.

Zudem war das Amt für das umfangreiche Tagesgeschäft im gesamten Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit verantwortlich. Im Rahmen der Nothilfe war der Konflikt im Nahen Osten der grösste

aktuelle Brandherd. Liechtenstein hat sich mit verschiedenen Beiträgen für Notleidende in allen betroffenen Gebieten (Libanon, Israel und palästinensische Gebiete) eingesetzt. Hervorzuheben ist ein gemeinsames humanitäres Projekt mit der Schweiz im Libanon, welches auf Initiative der Aussenministerinnen der Schweiz und Liechtensteins durchgeführt wurde. Daneben wurde in der Nothilfe, wie in den vergangenen Jahren, ein Schwerpunkt auf so genannte «vergessene Konflikte» gelegt, also auf Konflikte, die nicht mehr in der Aufmerksamkeit der Medien und der internationalen Öffentlichkeit stehen, aber trotzdem der Unterstützung bedürfen.

Wie in den vergangenen Jahren wurde der weitaus grösste Teil der Mittel der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit über die Entwicklungszusammenarbeit ausgeschüttet. Über die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit berichtet der LED separat. Für die relativ neue Budgetlinie «multilaterale Entwicklungszusammenarbeit» hat das Amt ein Konzept ausgearbeitet und «Good Governance» als Schwerpunktthema festgelegt. Unterstützt werden damit Projekte zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, zum Schutz der Menschenrechte und zur Bekämpfung des internationalen Verbrechens sowie des Drogenanbaus und –handels. Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Bereich liegt auf der Bekämpfung von HIV/Aids und der Förderung von «Microfinance», d.h. Finanzdienstleistungen für Menschen, die von traditionellen Finanzinstituten nicht wahrgenommen werden. Im Rahmen der Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL) wollen eine Reihe von öffentlichen und privaten Institutionen (Liechtensteinische Bankenverband, Hilti Familienstiftung, Medicor Foundation, Hochschule Liechtenstein und LED) mit Unterstützung der Regierung einen effektiven und unternehmerischen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten und Liechtenstein als aktiven und kompetenten Akteur in diesem Bereich positionieren. Die MIL konzentriert ihre Aktivitäten auf die drei Arbeitsfelder Forschung zum Bereich Mikrofinanz, Technische Unterstützung für Mikrofinanzinstitute in Entwicklungsländern und Förderung privater Investitionen in Mikrofinanz. Erste Projekte sind im Berichtsjahr bereits lanciert worden. Das Amt ist in der MIL vertreten und arbeitet insbesondere im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mit.

Der inhaltliche Schwerpunkt der vom Ausländer- und Passamt durchgeführten Wiederaufbauhilfe lag in der sozialen Eingliederung bzw. Wiedereingliederung sozial Ausgegrenzter, insbesondere ethnischer Minderheiten. Das traditionelle Engagement auf dem Balkan verlagerte sich im Berichtsjahr vermehrt auch auf andere Regionen mit Konfliktherden im Zusammenhang mit multiethnischer Bevölkerung z.B. in Afghanistan oder Tadschikistan. Das grösste einzelne Engagement im Berichtsjahr war das bereits in den vergangenen Jahren unterstützte Minderheitenprojekt in Kosovo, welches ethnische Minderheiten in den Bereichen Bildung, Wohnen und soziale Eingliederung unterstützt.

Liechtenstein finanzierte auch im Berichtsjahr Stellen in internationalen Organisationen und leistete damit einen Beitrag zur Erreichung von deren Zielen. Im Berichtsjahr wurde die Stelle eines «Junior Professional Officers» im Verbindungsbüro für die Schweiz und Liechtenstein des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) sowie die Stelle eines Experten im Zuständigkeitsbereich Justiz und Polizei innerhalb des Stabilitätspakts für Osteuropa in Brüssel finanziert. Die Sachbearbeitung betreffend die beiden so genannten Secondments wurde vom Amt wahrgenommen. Das Amt war auch federführend mit der Ausschreibung von zwei neuen Secondments beschäftigt. Dabei handelt es sich um die Stelle eines «Associate Expert» beim UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in Wien und um die Stelle eines «Associate Expert» im UNO-Büro für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten sowie im Büro der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte in New York. Zudem wurde die Stelle des «Junior Professional Officer» im Verbindungsbüro für die Schweiz und Liechtenstein des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) neu ausgeschrieben. Liechtenstein wird sie für weitere zwei Jahre finanzieren.

Konferenzen und Tagungen

EUTELSAT

34. (ausserordentliches) Treffen der Vertragsparteien: 11. 5. in Paris
Liechtenstein nahm am 33. (ordentlichen) Treffen der Vertragsparteien mit einer eigenen Delegation teil.

INTELSAT

29. (ordentliches) und 30. (ausserordentliches) Treffen der Vertragsparteien: 30.1.-2.2. in Washington, D.C. und 19.-21.7. in Paris
Liechtenstein nahm am 29. Treffen mit einer eigenen Delegation teil und war am 30. Treffen durch die Schweizer Delegation vertreten.

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Vollversammlung der CEPT: 13.-14.7. in Aachen
Liechtenstein nahm an den CEPT-Vollversammlungen mit einer eigenen Delegation teil.
Technische Treffen
An den diversen Treffen im Rahmen von ERO, ERC, ECTRA und ECC war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Vereinigung Europäischer Öffentlicher Postbetreiber (PostEurop)

Vollversammlung der PostEurop: 4.-5.9. in Kiew
Liechtenstein nahm mit einer eigenen Delegation an der Vollversammlung teil.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

15. Jahrestagung des Gouverneursrats: 21.-22.5. in London
(Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, Botschafter Roland Marxer)

Europarat

116. Session des Ministerkomitees: 18.-19.5. in Strassburg
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Daniel Ospelt, Andrea Hoch)

EFTA

16. EFTA-Ministerrat: 25.-27.6. in Höfn/Island
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Norbert Frick, Amtsleiter Roland Marxer)
17. EFTA-Ministerrat: 1.12. in Genf
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Norbert Frick, Doris Frick, Beatrice Fankhauser)

EWR

EWR-Ministerrat: 12.6. in Luxemburg
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur)
EWR-Ministerrat: 12.12. in Brüssel
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur)
ECOFIN-Tagung: 7.11. in Brüssel
(Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Hubert Büchel)

WTO

G 10-Ministertreffen: 26.7. in Genf
(Botschafter Norbert Frick)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Ministerrat : 4.-5.12. in Brüssel
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Günter Frommelt, Kerstin Appel)

OSZE-Expert-Workshop on Human Rights and International Cooperation in Counter-Terrorism : 15.-17.11. in Triesenberg
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Katja Gey, Marion Malin als Praktikantin)

UNO/Verschiedenes

- 21. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung: 12.1. in New York (Patrick Ritter, Stefan Barriga, Alice Nägele und Noemi Strauss als Praktikantinnen)
- 2. Konferenz der Vertragsparteien zum Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe: 1.-5.5. in Genf (Vertretung durch die Schweiz)
- Intersessionales Treffen der Arbeitsgruppe zum Verbrechen der Aggression: 8.-11.6. am Liechtenstein-Institut über Selbstbestimmung, Princeton University (Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga)
- 29. Internationale Rot-Kreuz-Konferenz: 20.-21.6. in Genf (Isabel Frommelt, Beatrice Fankhauser)
- Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW): 26.6. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Marco Bühler als Praktikant, Dominik Marxer als Praktikant)
- Überprüfungskonferenz zur Umsetzung des UNO-Programms zur Verhütung und Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen: 26.6.-7.7. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter, Stefan Barriga, Marco Bühler als Praktikant, Simeon Renoldner als Praktikant)
- 14.-16.7. Brainstorming zur Berichterstattungsreform in Malbun (Botschafter Christian Wenaweser, Alicia Längle, Andrea Hoch, Marion Malin als Praktikantin)
- Vertragsstaatentreffen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, 7.9. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Dominik Marxer als Praktikant)
- Generaldebatte der 61. Session der UNO-Generalversammlung: 22.9. in New York (Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Roland Marxer)
- 50. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 18.-22.9. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Franz Hoop, Ständiger Delegierter der Regierung für Fragen der Atomenergie, Esther Schindler, Benedikt Meier als Praktikant, mit Unterstützung durch die Schweizer Delegation)
- 3. Konferenz der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens über den Import und Export von Chemikalien: 9.-13.10. in Genf (Vertretung durch die Schweiz)
- Vertragsstaatenkonferenz Palermo-Konvention: 12.–13.10. in Wien (Katja Gey)
- Vertragsstaatenkonferenz UNO-Korruptionskonvention: 11.–15.12. in Jordanien (Katja Gey)

– 18. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe: 30.10.-3.11. in Neu Delhi (Vertretung durch die Schweiz)
– Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II (Landminenprotokoll) zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 6.11. in Genf (Botschafter Norbert Frick, Isabel Frommelt)
– 12. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 2. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 6.-17.11. in Nairobi (Teilnahme durch Felix Näscher am High-Level-Segment: 15.-17.11.)
– Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 7. – 17.11. in Genf (Botschafter Norbert Frick, Isabel Frommelt)
– IX. Alpenkonferenz (Konferenz der Vertragsparteien der Alpenkonvention): 8.-9.11. in Alpbach (Regierungsrat Hugo Quaderer, Felix Näscher, Stefan Hassler)
– 5. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Strafgerichtshof: 23.11.-3.12. in Den Haag (Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Letizia Meier, Wolfgang Danspeckgruber)
– 8. Konferenz der Vertragsparteien der Basler Konvention über die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Sonderabfällen und ihrer Beseitigung: 27.11.-1.12. in Nairobi (Vertretung durch die Schweiz)
– 1. Vertragsstaatentreffen des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 18.12. in Genf (Isabel Frommelt)
– Diplomatisches Treffen zur Wahl der Mitglieder der Internationalen Humanitären Ermittlungskommission: 7.12. in Bern (S.D. Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein)

Übereinkommen

UNO
– Unterzeichnung des Zusatzprotokolls vom 8. Dezember 2005 zum Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal: 16.1.
– Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Protokoll vom 28. November 2003 über explosive Kriegsmunitionsrückstände (Protokoll V) zum Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können: 12.5.
– Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Anwendung von Sicherungsmassnahmen im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen: 14.7.
– Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 3.11.

Europarat
– Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll zum Übereinkommen gegen Doping: 8.2.

EU/EFTA/EWR
– Unterzeichnung des Abkommens über die Änderung von Protokoll 4 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer EFTA-Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs (Anpassung infolge der Übernahme der EG-Verordnung 1/2003 über die Anwendung der Wettbewerbsregeln im EWR-/EFTA-Pfeiler): 10.3. in Brüssel; Ratifikation: 21.3. (Zustimmung durch den Landtag war nicht erforderlich)
– Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Korea vom 15. Dezember 2005: 26.5.
– Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Investitionsschutzabkommen zwischen der Republik Korea und der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 15. Dezember 2005: 30.5.
– Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Tunesien vom 17. Dezember 2004: 12.6.
– Paraphierung der Protokolle zur liechtensteinischen Assoziierung an «Schengen» und «Dublin»: 21.6.
– Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten der Zollunion des südlichen Afrikas (Southern African Customs Union, SACU): 26.6.
– Paraphierung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 21. Juni 1999: 1.12.

Bilateral
– Ratifikation des Vertrags zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile vom 15. Dezember 2004: 30.4.
– Ergänzungsvereinbarung zum Notenaustausch vom 11. Dezember 2001 zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die Geltung der schweizerischen Heilmittelgesetzgebung in Liechtenstein über die Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen; Notenaustausch vom 23. Mai 2006, Inkrafttreten am 1. Juni 2006
– Notenaustausch vom 23. Mai zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln mit neuen Wirkstoffen
– Ratifikation des Abkommens zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen vom

2. November 2005: 28.9.; Inkrafttreten am 1.12.; Notenaustausch vom 11.10. betreffend die vorläufige Anwendung
- Notenaustausch vom 28. September betreffend die Änderung von Anlage IV der Vereinbarung zum Vertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe
- Vereinbarung vom 25. Oktober zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Beteiligung Liechtensteins an der Führung und Nutzung von automatisierten schweizerischen Registern im Strassenverkehrsbereich (abgeschlossen per Notenaustausch)
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Wahrnehmung der Aufgaben des liechtensteinischen Sicherheitsfonds: 19.12.

Verschiedenes
- Ratifikation des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten: 27.1.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Schlussakte der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Marrakesch 2002) – Änderungen zur Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) (Genf 1992) geändert durch die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) und (Minneapolis 1998): 13.4.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll vom 8. Dezember 2005 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Annahme eines zusätzlichen Schutzzeichens (Protokoll III): 24.8.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Akte vom 29. November 2000 zur Revision des Übereinkommens vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente: 23.11.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente: 23.11.

Diplomatische und Konsularische Angelegenheiten

Per Ende 2006 sind 73 Staaten sowie der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Neu dazugekommen sind im Berichtsjahr Algerien und Aserbaidschan. Weiters sind per Ende Berichtsjahr 31 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestellt. 9 konsularische Posten sind vakant.

Berufskonsuln	Generalkonsuln	5
	Konsuln	1
Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	8
	Honorarkonsuln	16
	Honorarvizekonsuln	1

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ)

Die Regierung hat im Berichtsjahr rund CHF 18,6 Mio. von den budgetierten CHF 18,8 Mio. für untenstehende Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit aufgewendet. Der provisorische Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gemäss OECD-Kriterien, zu dem auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung im Inland angerechnet werden, beträgt CHF 18,7 Mio.

Internationale Nothilfe (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
Malawi	Spendenerhöhung für Weihnachtsaufruf 2005 zu Gunsten von Mary s Meals	LRK	30 000
Sri Lanka + Indien	1. Jahrestranche Spendenerhöhung Tsunami	LRK	290 625
International	Beitrag für Katastrophenfonds des LRK	LRK	30 000
International	Jahresbeitrag Katastrophenfonds des LRK	LRK	50 000
Haiti	«Mary s Meals»: Aufstockung Weihnachtsaufruf 2006	LRK	102 500
Pakistan	Spendenerhöhung für Erdbebenopfer in Südasien	Caritas FL	50 000
Sri Lanka + Indien	1. Jahrestranche Spendenerhöhung Tsunami	Caritas FL	96 875
International	Transportkosten HWL 2005	Hilfswerk Liechtenstein	114 175
International	Jahresbeitrag	Hilfswerk Liechtenstein	20 000
International	Jahresbeitrag an den Hauptsitz in Genf	IKRK	200 000
Somalia	Projektbeitrag IKRK	IKRK	100 000
Äthiopien	Projektbeitrag IKRK	IKRK	50 000
Libanon	Projektbeitrag IKRK	IKRK	50 000
Israel + Palästina	Projektbeitrag IKRK	IKRK	50 000
Uganda	Projektbeitrag IKRK	IKRK	50 000

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
Kolumbien	Projektbeitrag IKRK	IKRK	50 000
International	Nicht-zweckgebundener Beitrag für Hilfsprogramme	IKRK	70 000
International	Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minen-Räumung/Minenopferhilfe)	IKRK Sonderfonds für Behinderte	50 000
Mongolei	Projektbeitrag UNHCR	UNHCR	50 000
Mauretanien	Projektbeitrag UNHCR	UNHCR	50 000
International	Nicht-zweckgebundener Beitrag (Jahresbeitrag)	UNHCR	60 000
Afghanistan	Shelter Assistance in Bamyan	UNHCR	40 000
Kenya	OCHA flash appeal - Hilfe für Flutopfer	UNHCR	50 000
International	Jahresbeitrag Folterfonds	UNO-Fonds für Folteropfer	10 000
International	Central Emergency Response Fund (CERF)	OCHA	130 000
Demokratische Republik Kongo	Projektbeitrag Welternährungsprogramm WFP	WFP	50 000
Demokratische Republik Kongo	Projektbeitrag an UNICEF	UNICEF	50 000
International	Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minen-Räumung/Minenopferhilfe)	UNMAS	50 000
Philippinen	Hilfe für Opfer der Wirbelstürme	Internationale Rot-Kreuz-Föderation	30 000
Kenya	Kauf von Milchkamelen; Caritas-Projekt	ADA	100 000
Sudan	Wasserversorgung, Hygiene und Sanitäres in Darfur	Caritas CH	100 000
Libanon	Wiederinstandsetzung von Schulen	DEZA	97 548
Russland	Renovation der Flüchtlingsunterkunft «Rosto Hotel» in Nord-Ossetien	DEZA	352 452
Total			**2 674 175**

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst)

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
Diverse	Diverse (siehe Berichterstattung des LED)	Liechtensteinischer Entwicklungsdienst	11 340 000
Äthiopien	Schulprojekt der Stiftung «Menschen für Menschen». Beitrag aus dem Erlös der Jubiläumsmünzen. Zu den gesamten Projektkosten siehe Berichterstattung des LED	Stiftung «Menschen für Menschen»	272 000
Total			**11 612 000**

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
Gabon	UNICEF-Projekt zur Aidsprävention	UNICEF	45 825
International	Beitrag für die Teilnahme einer israelisch-palästinensischen Fussballmannschaft am Swiss U16 Cup 2006	Swiss U16 Cup	30 000
International	Beitrag an das generelle Budget	UNDP	20 000
International	Beitrag an das generelle Budget	UNFPA	10 000
International	Beitrag an das generelle Budget	UNICEF	20 000
International	Beitrag an das generelle Budget	UNIFEM	10 000
International	Beitrag an das generelle Budget	UNAIDS	10 000
International	Global Fund gegen HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose	Global Fund HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose	50 000
International	Mikrofinanz-Programm des Kapitalentwicklungsfonds	UNDP	50 000
International	Mit-Finanzierung des International Center on Asset Recovery (ICAR)	ICAR	100 000
International	UNDP-Programm zur Entwaffnung, Entmilitarisierung und Reintegration, insbesondere von Kindersoldaten	UNDP	50 000
FL	Projekt Willy Marxer - UNHCR interimistische Wohnunterkünfte	UNHCR	47 500
International	Umsetzung von Res. 1612	Save the Children	6 250

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
International	Doha Trust Fund	WTO	40 000
Republik Moldau	Capacity Building Actitivies	Europarat	20 000
Georgien	Aufbau einer Legal Task Force	Europarat	80 000
Zentralasien	ODIHR-Programm zur Förderung demokratischer Regierungsführung	OSZE	70 000
Zentralasien	ODIHR-Programm Menschenrechte, Frauen und Sicherheit	OSZE	30 000
Total			**689 575**

Projekte zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
Afghanistan	Studie zum alternativen Anbau von pharmazeutischen Pflanzen	UNODC	65 000
International	Global Fund against HIV/AIDS, Malaria and Tuberculosis	Global Fund HIV/Aids	65 000
International	Stärkung von Rechtssystemen gegen Terrorismus	UNODC	62 500
Albanien	HIV/Aids-Prävention unter jugendlichen Drogenabhängigen	UNICEF	53 680
Afghanistan	Alternative Einkommen zum Opiumanbau	UNODC	122 000
FL	Drogenpräventionskampagne im Inland	Kommission für Suchtfragen	39 843
Total			**408 023**

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
Kirgistan, Tadschikistan, Kasachstan	Energieprojekt «Energie sparen, natürliche Ressourcen schonen, Lebensqualität verbessern»	CAMP/AGOCA	35 000
Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Russland	Nachhaltige Entwicklung von Bergdörfern	REC Kaukasus/REC Russland	80 000
Total			**115 000**

Wiederaufbauhilfe (Ausländer- und Passamt)

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
Bosnien	OKB Caritas Banja Luka	Caritas CH	59 270
Kosovo	Landwirtschaftsprogramm	Caritas CH	100 000
Kosovo	Berufsfachschule Gjakova	Caritas CH	100 000
Kosovo	Fortsetzung Minderheitenprojekt DüK5 (MAAR 2)	Caritas CH	500 000
Bosnien	Betriebskosten Ambulanz	Caritas B. Luka	87 233
Burundi	Ausbildung von Flüchtlingen in Flüchtlingslagern (AAA)	RET, Genf	100 000
Kosovo	Medienhilfe im Kosovo	medienhilfe ZH	30 000
Afghanistan	Aufbau Kindertagesstätte (AAA)	Auswärtiges Amt DE	91 060
Bosnien	Wiederaufbau Region Prijedor	Caritas CH	200 000
Kosovo	Integration von ethnischen Minderheiten in Rahovec	Caritas Vorarlberg	152 137
Bosnien	Fertigstellung Obergeschoss Schule Donja Ljubija	Caritas CH	64 000
Bosnien	Betagtenbetreuung Krajiska Suza (Sanski Most)	cfd, Bern	43 000
Serbien	Sekundarschulbildung für Roma-Jugendliche	Stiftung Pestalozzi	50 000
Mazedonien	Schulbildung Roma-Jugendliche	Stiftung Pestalozzi	50 000
	Entwaffnung & Reintegration von Kindersoldaten (AAA)	UNDP	50 000
Kosovo	Restfinanzierung Kindergärten Drenas/Gllogovc	Caritas CH	32 500
Albanien	Wasserversorgung Gramsh	Caritas CH	80 000
Russland	Flüchtlingsunterkunft Nordossetien (AAA)	DEZA	50 000
Tadschikistan	Jugendzeitschrift Children Voices	Caritas CH	23 717
Bosnien	Krankenbetreuung Banja Luka	Caritas CH	36 000
Total			**1 898 917**

Mitarbeit in internationalen Organisationen (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und Diplomatische Aussenstellen)

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
International	Liechtensteinisches Secondment im Stabilitätspakt für Südosteuropa (2. Jahr)	Stabilitätspakt	347 427
International	Liechtensteinisches Secondment im Hochkommissariat für Flüchtlinge (5. Jahr)	UNHCR	153 615
International	Beitrag an das ordentliche UNO-Budget 2006	UNO	110 929
International	Beitrag an UNIFEM zur Förderung von Frauen in Friedensprozessen; Res. 1325	UNIFEM	12 500
International	Beitrag für die Umsetzung der Res. 1612	Save the Children	6 250
Albanien	Projekt zur Stärkung des nationalen Mechanismus zur Förderung der Gleichstellung	OSZE	15 708
Montenegro	Workshop z. Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung	OSZE	10 780
Georgien	Ausbildungsprogramm für georgische Polizeikräfte	OSZE	31 400
Zentral-, Ost- und Südosteuropa, GUS	Fonds zur Verbesserung der personellen Zusammensetzung von OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmissionen	OSZE	32 000
Ukraine	Projekt zur Weiterentwicklung der Verwaltungsgesetzgebung und der Verwaltungsgerichtsbarkeit	OSZE	22 560
FL	Workshop in Liechtenstein zu Terrorismus und Menschenrechten	OSZE	37 856
Georgien	Bekämpfung des Menschenhandels	Europarat	23 400
Georgien	Gründung einer Local Democracy Agency	Europarat	30 000
International	Beitrag für die Teilnahme einer israelisch-palästinensischen Fussballmannschaft am Swiss U16 Cup 2006	Swiss U16 Cup	10 000
International	Regulärer Beitrag an die Postunion (UPU)	UPU	39 360
International	Regulärer Beitrag an die UIT	UIT	159 000
International	Freiwilliger Beitrag technische Zusammenarbeit IAEO	IAEO	5 968
International	Regulärer Beitrag an die IAEO	IAEO	20 881
International	Beitrag an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC)	ICC	12 454
International	Jahresbeitrag Weltorganisation gegen die Folter (OMCT)	OMCT	15 000
International	Wüstenbildungskonvention: Beitrag an das generelle Budget	CCD (Convention to Combat Desertification)	540
International	Wüstenbildungskonvention: Beitrag an den Zusatzfonds	CCD (Convention to Combat Desertification)	5 000
International	Klimakonvention: Beitrag an das generelle Budget	UNFCC (UN Framework Convention on climate Change)	933
International	Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren/CMS: Beitrag an das generelle Budget	-	316
International	Biodiversitätskonvention: Beitrag an das generelle Budget	-	679
International	Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds): Jahresbeitrag	-	10 861
International	Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN): Beitrag an das generelle Budget	-	14 241
International	EMEP-Programm (Messung und Bewertung luftverunreinigender Stoffe): Jahresbeitrag	-	316
International	Genfer Übereinkommen betreffend weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigung: Beitrag an das generelle Budget	-	390
International	Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention: Beitrag an das Jahresbudget	-	25 385
International	Ramsar Konvention: Beitrag an das generelle Budget	-	1 000
International	UNEP: Beitrag an das generelle Budget bzw. Environment Fund	UNEP (UN Environment Programme)	5 070
International	Basler Konvention: Beitrag an das generelle Budget (neu ab 2005 Pflichtbeitrag)	-	320
International	Basler Konvention: Beitrag an den Technical Co-operation Trust Fund	-	6 500
International	Kyoto-Protokoll: Beitrag an das Budget 2005	-	720

Land	Projekt	Partner	Betrag in CHF
International	Rotterdamer Übereinkommen (PIC): Beitrag an das generelle Budget (ab 2005)	-	281
International	Internationaler Jagdbeirat (CIC): Jahresbeitrag	-	2 772
International	Stockholmer Übereinkommen: Beitrag an das generelle Budget (ab 2005)	-	473
International	ICP Forests	-	39
Total			**1 172 923**
Total der budgetierten IHZ-Mittel			**18 771 882**

Zusätzliche Mittel aus dem Erlös der Jubiläumsmünzen für das Schulprojekt der Stiftung «Menschen für Menschen» in Äthiopien. Zu den gesamten Projektkosten siehe Berichterstattung des LED	272 000
Budgetüberschreitung Konto Secondments (591.367.07)	1 041
Budgetunterschreitung Gelder Reyes Torres (Verpflichtungskredit)	341 977
Sonstige nicht verwendeten Mittel	132 333
Total der IHZ-Ausgaben gemäss Rechnung	**18 570 613**
Ausgaben für die Offizielle Entwicklungszusammenarbeit Liechtensteins (ODA) gemäss OECD-Kriterien, inkl. Katastrophenfonds der Gemeinden und anrechenbare Kosten der Flüchtlingsbetreuung im Inland (provisorische Zahl)	**18 689 436**

STABSSTELLE

Stabsstelle Protokoll

Stabsstellenleiter: Wilfried Hoop

Der Landtag hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 24. November 2006 der Integration der Stabsstelle Protokoll in das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der damit verbundenen Auflösung der Stabsstelle Protokoll zugestimmt. Gemäss Regierungsbeschluss vom 24. Oktober 2006 erfolgt die Eingliederung per 1. Januar 2007. Diese organisatorische Neuzuordnung erfolgt im Wesentlichen aufgrund der in den vergangenen Jahren stetig zunehmenden Aufgaben in den aussenpolitischen Beziehungen.

Das Protokoll befasst sich in erster Linie mit der Organisation und Durchführung von Besuchen ausländischer Staatsoberhäupter, Regierungsmitglieder und weiterer hochrangiger Gäste. Es ist daher ein wichtiges politisches Instrument, insbesondere der Aussenbeziehungen.

Einen weiteren wichtigen Teilbereich des Aufgabengebiets stellt die Betreuung diplomatischer und konsularischer Vertretungen dar. Das Protokoll ist die erste Anlaufstelle für rund 70 Botschaften und über 40 Konsulate. Es organisiert die Akkreditierung neuer Botschafter und die Exequaturerteilung (Zulassung) an Konsuln. Zu den wichtigsten Anlässen für das Diplomatische Korps gehören der Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz sowie eine jährliche Informationsveranstaltung der Regierung zu aktuellen liechtensteinischen Themen.

Weitere Anlässe, in deren Organisation und Durchführung das Protokoll in unterschiedlichem Masse involviert ist, sind u.a. die Jungbürgerfeier, die Landtagseröffnung, der Staatsfeiertag, verschiedene Anlässe des Fürstenhauses (z.B. Geburtstage, Hochzeiten, Todesfälle) sowie Vereidigungen von Landtagsabgeordneten, Regierungsmitgliedern, Richtern, Gemeindevorstehern und Polizisten.

Die wichtigsten Besuche und Anlässe des Berichtsjahres sind nachstehend aufgeführt.

Jährliche Anlässe

Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz, Geburts- und Namenstage I.I.D.D. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie, Geburtstage S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie, Landtagseröffnung, Staatsfeiertag, Jungbürgerfeier.

20 Botschafter überreichten ihr Beglaubigungsschreiben an S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, ein Honorarkonsul erhielt das Exequatur.

Besuche in Liechtenstein

Ebene Staatsoberhaupt / Regierung

17. -19. Febr.	Besuch des Aussenministers des Fürstentums Andorra, Herrn Juli Minoves Triquell
2. Mai	Besuch der Regierung des Kantons Graubünden in Liechtenstein
2. Juni	Informeller Besuch des Vizekanzlers und Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie der Republik Österreich, Herrn Hubert Gorbach
14. Juni	Besuch des Premierministers der Färöer Inseln, Herrn Jóannes Eidesgaard
19. Juli	Treffen der Aussenministerinnen Liechtensteins, Österreichs (Frau Ursula Plassnik) und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Frau Micheline Calmy-Rey) in Liechtenstein
23./24. August	Treffen der Innenminister Liechtensteins, der Bundesrepublik Deutschland (Herr Wolfgang Schäuble), der Republik Österreich (Frau Liese Prokop) und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Herr Christoph Blocher) in Liechtenstein
28. August	Teilnahme der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen der Republik Österreich, Frau Maria Rauch-Kallat, an der Startveranstaltung zur Stärkung der Gesundheitspräventions-Kampagne «bewusst (er) leben»
29. August	Besuch der Regierung des Kantons St. Gallen in Liechtenstein
4./5. Sept.	Besuch des Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Herrn Dieter Althaus (Das Bundesland Thüringen war Gastland an der LIHGA 2006)
9. Oktober	Besuch der Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Frau Bundesrätin Doris Leuthard
4.-6. November	Informeller Besuch des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Herrn Karl-Heinz Lambertz
10. November	Besuch des Vorstehers des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Herrn Bundesrat Samuel Schmid
28. November	Besuch der Vorarlberger Landesregierung in Liechtenstein

Vertreter Internationaler Organisationen

14./15. August	Abschiedsbesuch des EFTA-Generalsekretärs, Herrn William Rossier
16. Oktober	Antrittsbesuch des neuen Generalsekretärs der EFTA, Herrn Kåre Bryn

Weitere Besuche in Liechtenstein

20./21. Febr.	Besuch einer Delegation des US-Kongresses in Liechtenstein
23. Februar	Höflichkeitsbesuch des ehemaligen Stv. UNO-Generalsekretärs und Generaldirektors der UNO in Genf, Herrn Vladimir Petrovsky

24. Mai	Höflichkeitsbesuch von Frau Dagmar Wöhrl, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie der Bundesrepublik Deutschland
14. September	Besuch von Frau Gitta Connemann, Mitglied des Deutschen Bundestages
9. November	Höflichkeitsbesuch von Herrn Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit a.D. der Bundesrepublik Deutschland (aus Anlass des Wirtschaftsforums «Mut zur Zukunft»)

Vereidigungen

7. September	Vereidigung von Polizeianwärtern

Konferenzen

9. Juni	Informationsveranstaltung der Regierung für die in Liechtenstein akkreditierten Leiter diplomatischer Missionen
14. Juli	Brainstorming Meeting on the UN Human Rights Treaty Body System in Liechtenstein (Teilnahme der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Frau Louise Arbour)
5./6. Oktober	Liechtenstein Dialogue 2006 Auf Regierungsebene nahmen teil: – Herr Albert Pintat, Premierminister und Herr Juli Minoves Triquell, Aussenminister des Fürstentums Andorra – Herr Jean Asselborn, Vize-Premierminister des Grossherzogtums Luxemburg
15.-17. Nov.	OSCE Workshop on Human Rights and International Cooperation while Countering Terrorism in Liechtenstein

Weitere Anlässe

27. Januar	Holocaust Gedenktag
16. Februar	Eröffnung des Landtages durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
8. März	Preisübergabe Chancengleichheit
7. April	Verleihung des Liechtenstein-Preises 2005 für wissenschaftliche Forschung an den beiden Innsbrucker Universitäten
5. Mai	10. Liechtensteiner Europa-Symposium
2. Juni	Abendessen mit den ehemaligen Regierungsmitgliedern
12. Juli	Festakt 200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein Als wichtigste Ehrengäste aus dem Ausland nahmen teil: – Der Bundespräsident der Republik Österreich, Herr Heinz Fischer und Frau Margit Fischer – Der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Moritz Leuenberger – Der Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland, Herr Peter Harry Carstensen (in Vertretung von Herrn Bundespräsident Horst Köhler) – Der Botschafter der Republik Frankreich, Herr Jean-Didier Roisin (in Vertretung von Herrn Staatspräsident Jacques Chirac) – Herr Alexander Grushko, Stv. Aussenminister der Russischen Föderation (als Vertreter des Europaratsvorsitzes)
17. September	Gemeindebesuch S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein in Planken
1. Oktober	Gemeindebesuch S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein in Schellenberg
20. Oktober	Verleihung des Lorbeerblattes für den Sport des Landes Liechtenstein
21. Oktober	Jungbürgerfeier
6. November	Treffen der Bundespräsidenten Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein in Meersburg am Bodensee

Vortragsreihe zum Thema 200 Jahre Souveränität - Raum für neue Perspektiven

27. April	Vortrag von Frau Prof. Dr. Gertrud Höhler
19. Juni	Vortrag von Frau Ingrid Deltenre
11. Juli	Vortrag von Frau Raghida Dergham
31. August	Vortrag von Frau Dr. Susanne Riess-Passer
4. September	Vortrag von Justice Sandra Day O´Connor
14. September	Vortrag von Frau Prof. Dr. Irena Lipowicz
20. Oktober	Vortrag von Frau Maud de Boer-Buquicchio

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freund-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die Kontakte auf Regierungsebene sowie auf den Ebenen der Ämter bildeten auch 2006 Schwerpunkte. Die Teilnahme von Bundespräsident Moritz Leuenberger an den Feierlichkeiten zu «200 Jahre Souveränität» in Vaduz ist besonders hervorzuheben. Die Botschaft ist weiterhin Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Das Jahr 2006 in der Schweiz

Auch im Jahre 2006 waren die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union ein dominierendes Thema in der politischen Diskussion. Nach den bedeutenden Volksabstimmungen 2005 über den Beitritt zu Schengen/Dublin und die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten waren 2006 vor allem die Diskussion um den von der Schweiz zugesagten Beitrag von CHF 1 Mia zum EU-Kohäsionsfonds und in der Folge die Volksabstimmung über das damit zusammenhängende Osthilfegesetz die Schwerpunktthemen. Am 26. November 2006 kam es zur Volksabstimmung. Insgesamt 53,4% stimmten für das neue Osthilfegesetz, womit eine weitere Bestätigung des bilateralen Weges gelungen war.

Ende Juni, im Vorfeld der wichtigen Abstimmung, genehmigte der Bundesrat den Europabericht 2006. Aus der Perspektive bestmöglicher Interessenwahrung für die Schweiz wurden hier verschiedene europapolitische Instrumente untersucht. Der Bundesrat kam zum Schluss, dass mit der Weiterentwicklung des bestehenden Vertragswerks die Ziele der Schweiz erreicht werden können, solange Voraussetzungen wie z. B. eine ausreichende Beteiligung an der Entscheidungsfindung, genügend Handlungsspielraum, die aussenpolitische Machbarkeit und bestimmte wirtschaftliche Rahmenbedingungen gegeben sind. Auch die weiteren Schritte in Bezug auf das Verhältnis zur EU wurden definiert. So entschied der Bundesrat, die bestehenden bilateralen Abkommen so effizient als möglich umzusetzen und zu sichern. Dies betrifft sowohl deren Inkraftsetzung sowie deren Anwendung und - falls nötig - Anpassung oder Erneuerung. Weiters möchte man die vertraglichen Beziehungen vertiefen, wenn dies sinnvoll und machbar erscheint. Schliesslich bekräftigte die Landesregierung, dass die Schweiz auch weiterhin einen Beitrag zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa leisten möchte. Mit dem Europabericht wollte der Bundesrat die Basis für eine fundierte Debatte über die Beziehungen der Schweiz zur EU schaffen und zu ihrer Versachlichung beitragen. Ausgangspunkt sollte nicht so sehr die Frage der institutionellen Zugehörigkeit sein, sondern die Zielsetzung bestmöglicher Interessenwahrung. Dabei werden die schweizerischen Interessen sowohl im materiellen Sinne (bspw. Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit, Förderung des Wohlstandes), als auch im ideellen Sinne (bspw. Stärkung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der friedlichen Koexistenz) verstanden.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Europaberichtes wurde Ende Juni über die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der EU für ein Freihandelsabkommen im Bereich Landwirtschaft entschieden. Ziel des Freihandelsabkommens soll sein, alle tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse bei landwirtschaftlichen Gütern abzubauen. Dies hätte eine äquivalente Umsetzung aller landwirtschaftsrelevanten EU-Rechtsakte in der Schweiz zur Folge. Ausserhalb der harmonisierten Bereiche sollten die Vertragsstaaten (analog zum Warenverkehr) das Cassis de Dijon Prinzip anwenden. Bereits im Vorfeld äusserten sich Vertreter des Bauernverbandes sehr negativ zu diesen Sondierungen.

Ein Dauerthema waren 2006 auch die von der EU-Kommission kritisierten gewissen kantonalen Steuerregime, anwendbar auf Holding- und Sitz- Gesellschaften.

Die Beziehungen der Schweiz zur EU haben einen direkten Einfluss auf Liechtenstein und seine Wirtschaft. Die Botschaft ist daher in ständigem Kontakt mit den entsprechenden Ämtern der Schweiz, insbesondere im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und koordiniert den Informationsfluss in den für die europäische Integrationspolitik Liechtensteins wichtigen Fragen.

In Bezug auf die Beziehungen zu den USA entschied der Bundesrat Ende Januar 2006, die exploratorischen Gespräche über mögliche Verhandlungen zu einem bilateralen Freihandelsabkommen der Schweiz mit den USA nicht fortzusetzen. Begründet wurde dies mit den enormen Veränderungen, die ein solches Abkommen der Schweizer Landwirtschaft bringen würde. Stattdessen erzielte Bundesrat Deiss in Davos mit den USA eine Übereinkunft, die punktuelle Handelserleichterungen bringen soll. Unter dem Namen «Schweizerisch-amerikanisches Handels- und Investitionsforum» wurde eine neue bilaterale Plattform etabliert, welche den Rahmen für Gespräche und Verhandlungen in ausgewählten Bereichen bilden soll.

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, überraschte am 27. April mit seiner Rücktrittsankündigung auf Ende Juli 2006. Mit Bundesrat Deiss schied ein grosser Freund Liechtensteins aus dem Bundesrat. Insbesondere in seiner Amtszeit als Aussenminister hatte er sich intensiv auch für die Anliegen Liechtensteins eingesetzt. In den bilateralen Beziehungen der Schweiz mit Liechtenstein wurde unter Bundesrat Deiss mit der erstmaligen Ernennung eines Schweizerischen Botschafters für Liechtenstein im Jahr 2000 ein weiterer wichtiger Schritt gesetzt. Aber auch als Wirtschaftsminister vertrat er wichtige aussenwirtschaftliche Positionen im Sinne Liechtensteins. Die Regierung dankte dem scheidenden Bundesrat Deiss für diese Unterstützung.

Am 14. Juni wurde dann die bisherige CVP-Präsidentin Doris Leuthard zur Bundesrätin und Nachfolgerin als Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements gewählt. Bereits im Oktober stattete sie der Regierung Liechtensteins einen Antrittsbesuch ab.

Bundesrätin und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey wurde am 15. Dezember von der Vereinigten Bundesversammlung zur Bundespräsidentin für das Jahr 2007 gewählt. Sie ist damit erst die zweite Frau in diesem höchsten Amt der Schweiz.

Die Beziehungen Liechtenstein - Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins mit der Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt. Der direkte Kontakt zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichen eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisten die gegenseitige Information. 2006 kam es aber auch wieder zu einer Reihe direkter Kontakte mit der Schweiz auf Regierungsebene:

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschütscher besuchte am 14. Februar in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister Bundesrat Joseph Deiss in Bern.

Besonders hervorzuheben war 2006 die Teilnahme von Bundespräsident Moritz Leuenberger an den Feiern zu «200 Jahre Souveränität» am 12. Juli in Vaduz.

Am 19. Juli trafen sich die drei Aussenministerinnen der Schweiz, Österreichs und Liechtensteins in Vaduz auf Einladung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm am 21. August in der Residenz in Bern an einem Empfang zu Ehren der Schweizerischen Botschafterinnen und Botschafter teil. Gleichzeitig eröffnete die Aussen- und Kulturministerin damit in der Residenz die Ausstellung «Kunst aus Liechtenstein», mit Werken liechtensteinischer Künstlerinnen und Künstler. Dazu fand am 23. August noch einmal ein Vernissage-Empfang in der Residenz für Vertreterinnen und Vertreter aller Bundesämter statt. Die Ausstellung stiess auf grosses Interesse.

Parallel trafen sich die vier Innenminister Liechtensteins, Österreichs, der Schweiz und Deutschlands am 23. und 24. August in Vaduz auf Einladung von Regierungsrat Dr. Martin Meyer.

Regierungsrat Hugo Quaderer besuchte am 27. September Bundesrat Pascal Couchepin in Bern.

Ein Antrittsbesuch der neuen Vorsteherin des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements Bundesrätin Doris Leuthard fand am 9. Oktober in Vaduz statt. Nach einem Arbeitsgespräch mit Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck lud Regierungschef Otmar Hasler zu einem gemeinsamen Mittagessen ein.

Eine nochmalige Gelegenheit des Gedankenaustauschs auf der höchsten Ebene war am 6. November das Treffen der vier deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Meersburg, an dem ebenfalls Bundespräsident Leuenberger teilnahm.

Am 10. November besuchte Bundesrat Samuel Schmid Regierungsrat Martin Meyer in Vaduz zur Erörterung von Fragen der Zusammenarbeit bei Katastrophenfällen.

Am 28. und 29. November kam es dann in Vaduz zum zweiten Treffen der Freundschaftsgruppen des Landtags und des schweizerischen Parlaments. Nationalrätin Brigitta Gadient aus Graubünden (SVP) präsidiert die Gruppe auf Schweizer Seite.

Schliesslich traf Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher am 19. Dezember Bundesrat Couchepin in Bern, zur Unterzeichnung des bilateralen Abkommens Sicherheitsfonds.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1 700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Ausserdem werden sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen, vom EDA über die Botschaft geleitet. Diese Tätigkeit hielt sich 2006 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend war die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen.

Aufgrund der konsularischen Aufgaben war die Botschaft in der Liechtenstein-internen Arbeitsgruppe zur Schaffung einer neuen Passgeneration, den e-Pässen, vertreten. Im Berichtsjahr fanden verschiedene Kontakte dazu mit Schweizer Behörden und ausländischen Botschaften statt.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone und beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Die Botschaft beim Königreich Belgien und beim Heiligen Stuhl hatte wiederum Gelegenheit, vielfältige Kontakte mit offiziellen Stellen beider Partner zu pflegen, sei es durch die Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben, des Informationsaustausches, des Konsularwesens oder die Behandlung spezifischer Einzelfälle auf Anfrage.

Neben der Tätigkeit der Mission und Botschaft im engeren Sinne wurde wiederum eine Reihe von Aufgaben im Auftrag der Regierung und in Vertretung anderer Amtsstellen wahrgenommen. Dazu gehörte unter anderem auch ein Parlamentariertreffen in Brüssel im Rahmen der OSZE. Die Teilnahme an Sitzungen über den liechtensteinischen Finanzplatz, an Verhandlungen mit den USA und an den Sitzungen des Aussenpolitischen Expertenrates waren weitere abzudeckende Aufgaben der Mission.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: Botschafter Dr. Josef Wolf

Das Jahr 2006 war recht ereignisreich – sowohl was die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland als auch was die Aktivitäten der liechtensteinischen Botschaft in Berlin angeht. Für die Situation in Deutschland lässt sich festhalten, dass 2006 ein erstes Testjahr für die Arbeit der Grossen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel darstellte. Einige Reformprojekte wurden in Angriff genommen, doch nur wenige umgesetzt, weil sich die Differenzen zwischen den beiden grossen Volksparteien als zum Teil erheblich herausstellten.

Die bilateralen Kontakte zwischen Liechtenstein und Deutschland erfuhren im Laufe des Jahres eine Verdichtung und weitere Verbesserung. Von besonderer politischer Bedeutung waren das informelle Treffen der vier Staatsoberhäupter des deutschsprachigen Raums in Meersburg am Bodensee, der Besuch von Regierungschef Otmar Hasler in den drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie das Arbeitstreffen von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck mit Aussenminister Frank-Walter Steinmeier. Den Höhepunkt im gesellschaftlichen Veranstaltungskalender bildete der «Liechtenstein-Tag» im Martin-Gropius-Bau in Berlin, mit dem das Souveränitätsjubiläum Liechtensteins in Deutschland begangen wurde. In kultureller Hinsicht waren das Engagement und die Sichtbarkeit des Fürstentums Liechtenstein im Rahmen der Ausstellung «Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation» im Deutschen Historischen Museum von hoher Bedeutung. Schliesslich endete im Dezember 2006 auch die Amtszeit und zugleich die berufliche Tätigkeit von Botschafter Dr. Josef Wolf.

Entwicklung der bilateralen Beziehungen

Zwischenstaatliche Kontakte in den Bereichen Politik und Wirtschaft

Innenministerium: Treffen der vier Innenminister des deutschsprachigen Raums in Vaduz auf Einladung von Regierungsrat Dr. Martin Meyer am 24. August. Teilnahme von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Auswärtiges Amt: Der Antrittsbesuch von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck bei ihrem Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier fand am 29. Mai statt. Steinmeier zeigte sich erfreut über die von Liechtenstein implementierten Reformen zum Finanzplatz. Er wurde von seiner Kollegin auch über die gegenseitigen, regelmässig stattfindenden Besuche von liechtensteinischen und deutschen Wirtschafts- und Finanzausschüssen sowie über die allgemeine wirtschaftliche Situation in Liechtenstein informiert.

Bundespräsident/Bundespräsidialamt: Neben dem alljährlichen Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten bestanden die Kontakte vor allem in der engen Konsultation über das Treffen der vier Staatsoberhäupter des deutschsprachigen Raums in Meersburg (Bodensee) am 6. November 2006. Zur Vorbereitung dieses Treffens fanden mehrere Gespräche im Präsidialamt statt, an dem auch die Botschafter Österreichs und der Schweiz teilnahmen. Ein trauriger Anlass war im Februar 2006 der Trauergottesdienst für den verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, an dem der liechtensteinische Regierungschef teilnahm. Am 31. Mai lud Bundespräsident Horst Köhler das Diplomatische Corps zu einer alljährlich veranstalteten Informationsreise durch deutsche Lande ein. Dieses Mal ging es ins Havelland, in die Stadt und Umgebung von Rathenow. Das Optikunternehmen «Fielmann AG» hat sich dort mit einem Werk angesiedelt.

Bundesministerium der Finanzen: siehe «Deutscher Bundestag»

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Für die Eröffnung der Ausstellung «Ägyptens versunkene Schätze» weilte auch Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher am 11. Mai in Berlin. Im Rahmen dieses Besuchs traf er mit Wirtschaftsminister Michael Glos zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Aus aktuellem Anlass diskutierten die beiden Minister auch über die Verhandlungen Liechtensteins über den Schengen-Beitritt.

Deutscher Bundestag: Eine hochrangige Delegation der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) nutzte am 18./19. Mai die Gelegenheit, die bereits geknüpften Kontakte zum Deutschen Bundestag durch einen Besuch in Berlin zu vertiefen. Die sechsköpfige Gruppe traf sich mit Abgeordneten des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie sowie des Finanzausschusses und mit hohen Beamten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie des Finanzministeriums. Ein Besuch beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) leitete das Programm ein. In den Gesprächen standen die Bedeutung der liechtensteinischen EWR-Mitgliedschaft und die Reformen bezüglich des Finanzplatzes im Mittelpunkt.

Deutsche Bundesländer: Die Beziehungen zu den deutschen Bundesländern wurden in diesem Jahr stark intensiviert – vor allem durch den Besuch des liechtensteinischen Regierungschefs in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Mitte Oktober 2006. Das Land Thüringen plant für Herbst 2008 eine Kunstausstellung in Vaduz, um sich dort auch kulturell zu präsentieren.

Zwischenstaatliche Kontakte in den Bereichen Kunst und Kultur

Kunstausstellungen: Zwei grosse Ausstellungen in Berlin hatten einen Bezug zum Fürstentum Liechtenstein. Zum einen die von der Hilti Foundation gesponserte Ausstellung «Ägyptens versunkene Schätze», die zwischen dem 13. Mai und 4. September 2006 im Martin Gropius-Bau zu besichtigen war. Durch den Liechtenstein-Tag am

22. August, der inmitten der ägyptischen Sammlung stattfand, war die Verbindung zum Land Liechtenstein gegeben. Auch konnte die Botschaft die Gelegenheit zur politischen Imagepflege des Landes nutzen, indem sie mehrere Führungen durch die Ausstellung organisierte, so etwa für den Berlin Capital Club oder für eine Gruppe aus dem Auswärtigen Amt. Die grosse Schau ist noch bis März 2007 im Grand Palais in Paris zu sehen, danach kommt sie zurück nach Deutschland in die renommierte Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Im Rahmen der zweiten Ausstellung («Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation» im Deutschen Historischen Museum) gab es mehrere historische Verweise auf das Fürstentum Liechtenstein und zwei Exponate aus der Fürstlichen Sammlung als konkrete Leihgaben. Die persönliche Teilnahme S.D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein an der Ausstellungseröffnung am 27. August erhöhte die Sichtbarkeit Liechtensteins in Berlin. Schliesslich kam der enge geschichtliche Bezug Liechtensteins zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation auch in der begleitenden, wissenschaftlichen Vortragsreihe anhand einzelner Referate zum Ausdruck.

Künstleratelier «La Fabrik»: Am 1. September 2006 feierten der liechtensteinische Kulturbeirat und die Stabsstelle für Kultur gemeinsam mit der Botschaft die Eröffnung des liechtensteinischen Künstlerateliers «La Fabrik» im Szenebezirk Berlin-Friedrichshain. Von Oktober bis Dezember zog der Schriftsteller Stefan Sprenger als erster Stipendiat in das Atelier ein. Das Atelier bedeutet eine Aufwertung und Verstetigung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Liechtenstein, weil es den praktischen Austausch zwischen den Künstlern selbst gewährleistet.

Enquête-Kommission «Kultur in Deutschland» zu Besuch in Liechtenstein: Am 14. September 2006 empfing Regierungsrätin Rita Kieber-Beck Frau Gitta Connemann, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende der Enquête-Kommission «Kultur in Deutschland». Mit ihrem Besuch in Liechtenstein verschaffte sich die Vorsitzende einen fundierten Einblick in das kulturelle Schaffen Liechtensteins. Die Kommission hat den Auftrag, eine umfassende Bestandsaufnahme über die Kultur in Deutschland zu erstellen und daraus ableitend Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber zu entwickeln. Gitta Connemann ist es ein Anliegen, auch die Kultur anderer europäischer Länder, insbesondere des deutschsprachigen Raums, in den Bericht einzubeziehen.

Kontakte zu anderen Botschaften in Berlin

Die Kontakte beziehen sich vor allem auf die Verbindungen zu den Botschaften der Schweiz und Österreichs. Mit beiden erfolgte eine enge Abstimmung bei der Vorbereitung des informellen Treffens der vier Staatsoberhäupter in Meersburg am 6. November. Die Schweizer Botschaft informiert darüber hinaus regelmässig über ihren kulturellen Veranstaltungskalender. Die liechtensteinische Botschaft hat es sich ihrerseits zur Praxis gemacht, die liechtensteinischen Stipendiaten des Künstlerateliers «La Fabrik» auf die Veranstaltungen der Schweiz hinzuweisen, um auf diese Weise Kontakte zur Berliner und Schweizer Künstlerszene zu knüpfen.

Öffentlichkeitsarbeit

Medienkontakte

Die Pflege der Kontakte zu den deutschen Medien orientierte sich im Jahr 2006 in erster Linie an den Anlässen der Botschaft. Hierzu zählten vor allem der Liechtenstein-Tag im August, das Engagement Liechtensteins im Rahmen der Ausstellung «Heiliges Römisches Reich» und der Besuch des liechtensteinischen Regierungschefs in Ostdeutschland. Liechtenstein geriet 2006 nur selten mit negativen Schlagzeilen in die Presse. Aus dem Fall Siemens scheint eher ein Imagegewinn als ein Imageverlust zu resultieren, weil die liechtensteinische Staatsanwaltschaft positiv in Erscheinung getreten ist, nämlich als eine Institution, die konsequente Aufklärung betreibt.

Liechtenstein Report 2006 – Sonderbeilage in der Welt am Sonntag

Am 9. Juli 2006 erschien anlässlich des Souveränitätsjubiläums eine zehnseitige Sonderbeilage über das Land Liechtenstein in der deutschen Sonntagzeitung «Welt am Sonntag». Liechtenstein wurde in vielen Facetten porträtiert: von der Landesgeschichte über das Regierungssystem bis hin zum Wirtschaftsstandort und Finanzplatz, Tourismus, Kultur und Sport. Die Vorbereitungen für diesen Landesreport hat die Botschaft in Berlin fast ein Jahr lang durch den engen Kontakt zu der zuständigen Redaktion begleitet. Der Report lieferte einen wertvollen Beitrag zur Vermittlung eines differenzierten und positiven Liechtenstein-Bildes in Deutschland.

Liechtenstein-Tag im Martin Gropius-Bau: 200 Jahre Souveränität

In Anwesenheit S.D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein sowie der Landtags- und Regierungsspitze feierte Liechtenstein am 22. August 2006 im Martin Gropius-Bau in Berlin den Festakt «200 Jahre Souveränität 1806 - 2006». Rund 180 Persönlichkeiten aus Liechtenstein und Berlin waren gekommen. Die deutsche Seite war mit einigen zentralen Personen des öffentlichen Lebens gut vertreten, darunter Prof. Jutta Limbach (Präsidentin des Goethe-Instituts), Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks (Bundesministerium der Finanzen), Dr. Michael Schäfer (Politischer Direktor des Auswärtigen Amtes), Unternehmensberaterin Prof. Gertrud Höhler, die Abgeordneten Hans-Ulrich Klose und Rainer Wend sowie der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Clemens Graf von Waldburg-Zeil oder der frühere Intendant des ZDF sowie heutiges Vorstandsmitglied des Springer-Konzerns, Prof. Dieter Stolte.

Liechtenstein-Salon in der Residenz des Botschafters
Am 20. November fand in der liechtensteinischen Residenz in Berlin-Grunewald der dritte Liechtenstein-Salon statt. Im Mittelpunkt stand die Präsentation des Buches «Welt ohne Weltordnung. Wer wird die Erde erben?» von Prof. Michael Stürmer.

Allgemeine Lage in Deutschland, dargestellt anhand von einigen ausgewählten Themen

Innenpolitik
Ein Jahr Grosse Koalition: 2006 war das erste Testjahr für das politische Wirken der Großen Koalition aus SPD und den beiden Unionsparteien CDU/CSU unter der Führung von Angela Merkel.

Deutsche Islam-Konferenz (DIK): Am 27. September fand in Berlin unter der Leitung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die konstituierende Sitzung der Deutschen Islam-Konferenz («Islamgipfel») statt, die das Ziel einer verbesserten religions- und gesellschaftspolitischen Integration der muslimischen Bevölkerung in Deutschland verfolgt.

Aussen- und Sicherheitspolitik
Relative aussenpolitische Kontinuität: Bei ihren zahlreichen Antrittsbesuchen im europäischen und aussereuropäischen Ausland hat Bundeskanzlerin Merkel im Laufe des Jahres 2006 im Großen und Ganzen aussenpolitische Kontinuität demonstriert. Dies entspricht der wichtigen bundesrepublikanischen Tugend, den Ruf Deutschlands als zuverlässigen, fairen und berechenbaren Partner in den Außenbeziehungen zu pflegen. An diesem Grundsatz hat sich nichts geändert. Richtungswechsel in der deutschen Außenpolitik beziehen sich auch während der Grossen Koalition allenfalls auf leichte Kurskorrekturen. Am sichtbarsten erscheint eine solche Kurskorrektur im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu Russland. Eine neue Qualität in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist das gewachsene Selbstvertrauen in die Auslandseinsätze der Deutschen Bundeswehr, verbunden mit einer zunehmenden Bereitschaft, Verantwortung in Fragen der internationalen Sicherheit zu übernehmen. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich Deutschland in Zukunft erneut um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat bemühen wird.

Einsätze der Bundeswehr: Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente im Ausland betrug 2006 9166 Personen. Die wichtigsten Missionen liegen in Afghanistan, Kosovo, vor der Küste Libanons, weiterhin in Bosnien und Herzegowina sowie am Horn von Afrika im Rahmen der «Operation Enduring Freedom». Die Streitpunkte des vergangenen Jahres konzentrierten sich auf die Mission in Kongo, deren Sinn von der Opposition (FDP, Grüne, PDS) massiv in Frage gestellt worden war, und auf den heiklen Einsatz vor der libanesischen Küste im Rahmen von UNIFIL.

Organisatorisches/Botschafterwechsel

Ende Dezember 2006 ging die über vierjährige Amtszeit von Botschafter Dr. Josef Wolf in Berlin zu Ende. Zugleich endete mit dem Wechsel in den Ruhestand auch seine berufliche Tätigkeit. Botschafter Wolf war der erste residierende Botschafter Liechtensteins in Berlin. Er war im Jahre 2002 Botschafter Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten gefolgt, der diese Funktion von Vaduz aus ausgeübt hatte. Die Tätigkeit von Botschafter Wolf wurde auch von deutscher Seite wiederholt gewürdigt.

Zu seinem Nachfolger wurde S. D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein ernannt. Es ist beabsichtigt, dass er die Amtsgeschäfte in Berlin im Frühjahr des Jahres 2007 aufnimmt. In der Übergangszeit hat Frau Esther Schindler die Leitung der Botschaft als Geschäftsträgerin ad interim übernommen.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Die gute Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und liechtensteinischen Justiz- und Finanzaufsichtsbehörden konnte fortgesetzt und durch Besuche und Besprechungen auf hoher Beamtenebene gefestigt werden. Die Botschaft bemühte sich, das bestehende Beziehungsnetz zu pflegen und zu erweitern, dies sowohl auf der Ebene des Kongresses und der Regierung als auch im Rahmen der zahlreichen in Washington tätigen Think Tanks und akademischen Institutionen. Der neue amerikanische Botschafter Peter Coneway überreichte am 20. November sein Beglaubigungsschreiben in Vaduz. Am 15. März erfolgte der Umzug in die Residenz 4605 Charleston Terrace NW, Washington DC 20007.

Innenpolitische Entwicklungen

Das Jahr 2006 war insbesondere in der zweiten Jahreshälfte gekennzeichnet von den Halbzeitwahlen, welche am 7. November stattfanden und eine Machtverschiebung mit sich brachten. Sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus erlangte die Demokratische Partei die Mehrheit, und mit Nancy Pelosi steht erstmals in der amerikanischen Geschichte eine Frau an der Spitze des US-Kongresses. Die Demokratische Partei hat des weiteren die Mehrheit unter den Gouverneuren in den 50 Bundesstaaten.

Im Rahmen eines humanitären Hilfsprojekts zugunsten Betroffener der Wirbelstürme Katrina und Rita verbrachten in einem 1. Teil sechs Jugendliche und deren

Begleitpersonen auf Einladung der liechtensteinischen Regierung vom 25. Juni – 2. Juli eine Woche in Liechtenstein. Das Projekt wurde am 5. Dezember durch eine Scheckübergabe der Botschafterin an den *Louisiana Family Recovery Corps* komplettiert. Die Regierung hatte insgesamt CHF 100 000 zur Verfügung gestellt.

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Am 25. und 26. Januar weilte René Brülhart, Leiter der FIU, für Gespräche im *National Security Council*, mit FinCEN und im Finanzministerium in Washington, bevor er seine Reise nach New York fortsetzte.

Am 10. April besuchte die Botschafterin den ausserhalb von Washington gelegenen Hauptsitz von FinCEN und traf mit dem Direktor sowie dessen Mitarbeiterstab zusammen, um generell über FinCEN informiert zu werden. Dabei wurde die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der FIU gewürdigt.

Am 6. September trafen FIU-Leiter René Brülhart und die Botschafterin mit Juan Zarate, stellvertretender nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten für Terrorismusbekämpfung, zusammen und diskutierten u.a. Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der Korruptionsbekämpfung.

Nach Ablauf der Referendumsfrist erfolgte am 26. Oktober der diplomatische Notenaustausch zwischen Liechtenstein und den USA betreffend eine Interpretation des Rechtshilfevertrages. Die Unklarheit war über der Frage entstanden, ob *civil forfeiture*-Verfahren vom Rechtshilfevertrag abgedeckt sind oder nicht.

Am 16. November fanden unter der Leitung von S.D. Prinz Nikolaus von Liechtenstein exploratorische Gespräche mit Beamten des US-Finanzministeriums im Hinblick auf die Verlängerung des QI-Status für die liechtensteinischen Banken und damit zusammenhängend den allfälligen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten statt. Sie dienten in erster Linie der Absteckung der Parameter, innerhalb welcher ein solches Rahmenabkommen von liechtensteinischer Seite in Aussicht genommen werden könnte.

Honorarkonsularwesen

Vom 18. - 20. September trafen sich der Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Roland Marxer, und die Botschafterin mit vier Kandidaten für den Posten eines liechtensteinischen Honorarkonsuls in den USA. Es stellte sich in der Folge heraus, dass aufgrund des Erfordernisses der Niederlassungsbewilligung *(green card)* lediglich zwei davon in Frage kommen. Die Angelegenheit wird weiter bearbeitet.

Kontakte mit der Regierung

Gespräche mit dem für Liechtenstein zuständigen Referat im *State Department* dienten der gegenseitigen Information. Sämtliches Personal in diesem Referat wurde im Sommer des Berichtsjahres ausgewechselt, sodass die Herbstmonate dazu dienten, das neue Team besser mit Liechtenstein bekannt zu machen.

Die Botschafterin nahm zudem regelmässig an der *Ambassador Discussion Series* teil, welche, organisiert von Paula Dobriansky, *Under Secretary of State for Democracy and Global Affairs,* Botschafterinnen und hochrangige Beamte des Aussenministeriums beinhaltet und der Diskussion verschiedener globaler Themen gewidmet ist.

Als Folge des Treffens von Aussenministerin Dr. Condoleezza Rice am Rande der UNO-Generalversammlung mit einer Reihe von Aussenministerinnen und weiteren (weiblichen) politischen Führungskräften wurde in Washington das *Women s Empowerment Action Team (WEAT)* gegründet. Nachdem Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zum Treffen in New York eingeladen war, nahm die Botschafterin an den WEAT-Treffen in Washington teil. Sie leitet die Untergruppe *Women, Peace and Security.*

Kontakte mit dem Kongress

Aufgrund der Korruptionsskandale und der damit verbundenen Kritik an von Lobbyisten veranstalteten Aktivitäten der Mitglieder des Kongresses hatte Congressman Sensenbrenner vom 19.-21. Februar als einziger Vertreter Liechtenstein besucht.

Im Gegensatz zu früheren Jahren fiel der Name Liechtenstein in den diversen Anhörungen von Ausschüssen des Kongresses zu Themen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Terrorismus kaum, und wenn, dann im Rahmen der Aufzählung von Fällen der guten Zusammenarbeit.

Die Botschaft pflegte ihre Kontakte mit Mitgliedern des Kongresses und deren Mitarbeiterstab durch persönliche Gespräche und Informationsveranstaltungen in den Botschaftsräumlichkeiten.

Öffentlichkeitsarbeit, Kultur, Bildung

Das teils vom *International Management and Development Institute (IMDI)* und teils von der Botschaft organisierte Besuchs- und Gesprächsprogramm für die Vorstandsmitglieder der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (3.–6. April) umfasste Treffen mit Vertretern des Repräsentantenhauses und des Senats, mit hochrangigen Vertretern im Handels-, Aussen- und Finanzministerium, der *Securities and Exchange Commission,* der amerikanischen Handelskammer, dem wirtschaftlichen Beratungsteam von Präsident Bush, dem *National Security Council* sowie mit Think Tanks. Die Treffen dienten in erster Linie dem Gedankenaustausch über gemeinsam interessierende wirtschaftliche und transatlantische Themen sowie aktuelle politische Fragen. Des Weiteren konnte dadurch das liechtensteinische Beziehungsnetz in Washington gefestigt und erweitert werden.

Auf Einladung des *World Affairs Council* besuchte S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein in Begleitung der Botschafterin am 30. und 31. Mai San Francisco, wo er einen Vortrag über die Rolle des Kleinstaates Liechtenstein in einer globalisierten Welt hielt. Weitere Programmpunkte waren der Besuch beim Bürgermeister von San Francisco, eine Gesprächsrunde mit dem früheren Aussenminister George Shultz und weiteren Mitgliedern der Fakultät an der *Hoover Institution (Stanford University)* sowie ein Mittagessen mit Gästen aus Politik, den Medien sowie des Privatsektors und des öffentlichen Lebens in San Francisco.

Am 13. September fand ein Liechtenstein-Abend im Goethe-Institut statt. Er bestand aus einem Vortrag der Botschafterin sowie einem anschliessenden Empfang mit Weinen aus Wilfersdorf.

Zusammen mit Botschafter Roland Marxer hielt die Botschafterin am 19. September an der Georgetown Business School einen Vortrag über Liechtenstein als Industriestandort und Finanzplatz sowie über seine aussenpolitischen Aktivitäten und Schwerpunkte.

Die Botschaft gab am 8. Oktober eine Konzerteinladung aus Anlass des Auftrittes des Cleveland Orchestra unter der Leitung des in Liechtenstein lebenden Dirigenten Franz Welser-Möst.

Die Botschafterin hielt am 16. und 17. Oktober in St. Paul-Minneapolis im Bundesstaat Minnesota eine Reihe von Vorträgen über Liechtenstein als Industriestandort und Finanzplatz, multilaterale Zusammenarbeit sowie transatlantische Beziehungen. Schauplätze dieser Vorträge waren die *University of Minnesota Law School, das College of Liberal Arts,* das *Center for Austrian Studies* sowie das *Committee on Foreign Relations.* Eine Reihe von Treffen mit Studenten und Studentinnen sowie Mitgliedern der Fakultät boten weitere Gelegenheiten zum Informationsaustausch.

Die Botschaft war am 17. Oktober am «German Day» im McDaniel College, Maryland, vertreten zwecks Information über Liechtenstein und sein Kunsthandwerk.

Am 19. Oktober fand die mittlerweile bereits traditionelle jährliche Gedichtlesung einer Gruppe von Kleinstaaten, darunter Liechtenstein, statt. Der Veranstaltungsort war die bekannte *Library of Congress.* Das von der Botschafterin auf Englisch vorgetragene liechtensteinische Gedicht «Die Drei Schwestern» stammt von Johann Baptist Büchel.

Aus Anlass von «200 Jahre Souveränität» gab der liechtensteinische Pianist Jürg Hanselmann am 20. November ein Konzert im Meridian Center, welchem ein Empfang für die geladenen Gäste folgte. Am 21. November trat Jürg Hanselmann im *Kennedy Center for the Performing Arts* auf, dies im Rahmen des Projektes *Millennium Stage.* Sein Konzert wurde per Internet live weltweit ausgestrahlt.

Diverse Vorträge der Botschafterin an verschiedenen Schulen und Universitäten in und um Washington, Informationsveranstaltungen in den Botschaftsräumlichkeiten sowie die Teilnahme an einer Fernsehdiskussionsrunde über Cultural Diplomacy boten weitere Gelegenheiten, über Liechtenstein zu berichten.

Besuche

11. März	Informationsbesuch von Senator Richard Shelby (R-AL) in Liechtenstein
5. Mai	Teilnahme von Frau Colleen Graffy, *Deputy Assistant Secretary of State for Public Diplomacy*, am Europa Symposium in Vaduz. Sie wurde von Regierungschef Otmar Hasler zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen und traf auch mit S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zusammen.
4. September	Vortrag von Sandra Day O´Connor, bis vor kurzem Richterin am Obersten Gerichtshof, in Vaduz im Rahmen der Veranstaltungsreihe «200 Jahre Souveränität – Raum für neue Perspektiven»
22. September	Besuch der Botschafterin bei der Firma Neutrik in Lakewood, New Jersey – anwesend waren aus diesem Anlass nebst Vertretern der Geschäftsleitung auch State Senator Robert W. Singer und Bürgermeister Meir Lichtenstein
15./16. Nov.	Besuch von Dr. Alma Wille, stellv. Leiterin der Staatsanwaltschaft, und Dr. Gert Zimmermann zwecks Konsultationen mit Beamten des Justizministeriums im Rahmen des Rechtshilfeübereinkommens

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft war es die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im vergangenen Jahr fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsangehöriger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien. Die Feierlichkeiten zu 200 Jahre Souveränität Liechtensteins sowie die österreichische EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2006 gaben Gelegenheit zur regen Kontaktpflege. Die Gründung der Österreich-Liechtenstein Gesellschaft bereicherte

die bereits engen Bande. Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit Österreich im Bereich der Auslandshilfe und der Österreich-Bibliotheken wurde erfolgreich fortgesetzt.

S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein in Salzburg
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein nahm an der Konferenz «Sound of Europe» in Salzburg teil. Bundeskanzler Schüssel lud aus Anlass der österreichischen EU-Präsidentschaft und des Mozartjahres europäische Persönlichkeiten zu einem Gedankenaustausch ein.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer zu Besuch in Liechtenstein
Der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer und seine Gattin Margit Fischer weilten anlässlich der 200-jährigen Souveränität Liechtensteins in Vaduz, wo sie am Festakt teilnahmen.

Forum Alpbach
Regierungschef Otmar Hasler hat auch in diesem Jahr am Europäischen Forum Alpbach teilgenommen.

Treffen auf Regierungsebene

Treffen mit der österreichischen Bundesregierung
Auf höchster Regierungsebene fanden zahlreiche Treffen zwischen Liechtenstein und Österreich in Vaduz statt. So nahm die österreichische Aussenministerin Ursula Plassnik an einem trilateralen Treffen mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Vaduz teil. An einem Treffen der deutschsprachigen Innenminister in Vaduz nahm auf Einladung von Regierungsrat Martin Meyer neben dem deutschen und dem Schweizer Innenminister auch Bundesministerin Liese Prokop teil. Ausserdem weilte Bundesministerin Maria Rauch-Kallat auf Einladung von Regierungsrat Martin Meyer in Vaduz.

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2006 kam es zu einer Reihe von Besuchen liechtensteinischer Regierungsmitglieder in Österreich. Regierungsrat Hugo Quaderer besuchte ein informelles Treffen der Beschäftigungs- und Sozialminister in Wien. Ausserdem nahm Regierungsrat Hugo Quaderer an einem informellen Bildungsministertreffen in Wien teil. Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher besuchte die Tourismuskonferenz in Wien. Auf Einladung von Justizministerin Karin Gastinger weilte Regierungsrat Klaus Tschütscher in Wien. Im Rahmen ihres Wien-Besuches im Oktober hielt Regierungsrätin Rita Kieber Beck einen Vortrag an der Diplomatischen Akademie.

Treffen mit österreichischen Landesregierungen
Auf Einladung der liechtensteinischen Regierung weilte im November die Vorarlberger Landesregierung in Liechtenstein. Im Rahmen des jährlich statt findenden Arbeitsbesuches wurden Themen wie Verkehr, Sicherheit und Soziales besprochen.

Treffen auf Beamtenebene

Der mittlerweile gut institutionalisierte Politische Dialog zwischen dem liechtensteinischen Amt für Auswärtige Angelegenheiten und dem Aussenministerium Österreichs auf der Ebene der Generalsekretäre fand ebenfalls wieder statt. Themen der Gespräche waren die EU, Internationale Entwicklungshilfe, Schengen/Dublin und OSZE.

Botschafter Michael Linhart, Geschäftsführer der Austrian Development Agency (ADA), traf sich mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED).

Festakt zu «200 Jahre Souveränität» in Wien

Anlässlich der Feierlichkeiten zu 200 Jahre Souveränität Liechtensteins lud die Botschaft am 13. Oktober 2006 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie und der hohen Beamtenschaft aus Österreich und Liechtenstein zu einem Festakt ins Liechtenstein Museum ein. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eröffnete als Vertreterin der liechtensteinischen Regierung den Festakt. Das Symphonische Orchester Liechtenstein gab ein Konzert im Liechtenstein Museum. Diese Veranstaltung konnte u.a. Dank des grosszügigen Sponsorings der Centrum Bank und einer Reihe anderer Sponsoren durchgeführt werden. Der Einladung sind über 400 Gäste gefolgt.

Gründung der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft

Im Juni wurde in Österreich die Österreichisch-Liechtensteinische Gesellschaft gegründet. Sie steht unter dem Präsidium von Karl Stoss, Generaldirektor der Österreichischen Lotterien, und dient der Freundschaftspflege. Die Österreichisch-Liechtensteinische Gesellschaft ist Mitglied im Dachverband der Auslandsgesellschaften (PaN).

Teilnahme Liechtensteins an der Moya-Europa-Ausstellung

Im Juli fand erstmals die nun jährlich stattfindende Europa Ausstellung «Young Art Europe» des Museum of Young Modern Arts (Moya) statt. Die Ausstellung soll jungen Kunstschaffenden aus verschiedenen europäischen Ländern eine Plattform bieten. Liechtenstein wurde durch die Schaaner Künstlerin Anna Hilti vertreten. Die Teilnahme an der Ausstellung wurde durch die Förderung des Kulturbeirats der Regierung ermöglicht.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Das Berichtsjahr war für die Mission Brüssel in erster Linie eine Zeit intensiver Verhandlungen: Es wurden Abkommen zur Assoziation Liechtensteins zum Rechtsbestand von Schengen (Öffnung der Grenzen für den Personenverkehr) und Dublin (Asylkooperation) formell begonnen und abgeschlossen. Im Juli fingen auch offizielle Gespräche für den Einbezug von Bulgarien und Rumänien als neue EU-Mitglieder in das EWR-Abkommen an. Ein Abkommen über den Einbezug Liechtensteins in das Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz war ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich und konnte im Wesentlichen zum Abschluss geführt werden. Die Mitverwaltung des EWR-Abkommens und seiner vielfältigen Institutionen war, trotz seines Routinecharakters, ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Mission, zumal wieder eine Vielzahl von für Liechtenstein bedeutenden Rechtsakten zu behandeln waren.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

Über 370 EU-Rechtsakte wurden zur Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des gemeinsamen Binnenmarktes in das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) übernommen. Einige dieser Rechtsakte benötigten inhaltliche Anpassungen, sei es für alle beteiligten EFTA-Staaten oder auch nur für Liechtenstein. Zu den besonders komplexen Rechtsakten, deren Übernahme im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnte, gehörten die so genannte Unionsbürgerschaftsrichtlinie sowie eine Richtlinie zur Reduktion des CO2 - Ausstosses, zu denen intensive Verhandlungen stattfanden.

Bei der Umsetzung von EWR-Vorschriften befindet sich Liechtenstein im Ländervergleich weiterhin deutlich im letzten Drittel, Fortschritte konnten aber erzielt werden. Die Zahl von komplexen Rechtsvorschriften ist weiterhin hoch.

Am 5. Juli fand die erste formelle Verhandlungssitzung über die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in den EWR statt. Hauptverhandlungspunkte waren von Anbeginn die EFTA-Finanzbeiträge an Projekte in weniger entwickelten Regionen, was bei beiden Ländern das ganze Territorium betrifft, sowie Handelsfragen. Bis Ende des Jahres konnte noch keine abschliessende Lösung gefunden werden, wodurch beide Länder seit 1. Januar 2007 zwar EU- Mitglieder sind, aber noch nicht dem EWR angehören.

Besser voran kamen die Gespräche für die Assoziation Liechtensteins zum Rechtsbestand von «Schengen» und «Dublin». Zwischen März und Juni konnten die notwendigen Protokolle ausgehandelt werden, durch welche Liechtenstein den entsprechenden Assoziationsabkommen der Schweiz beitritt. Liechtenstein wird dadurch mit den grundsätzlich gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen drei EFTA-Staaten den jeweiligen Rechtsbestand übernehmen und in den Institutionen dieser umfassenden Kooperation im Bereich des Personenverkehrs, der Sicherheits- und Asylkooperation Einsitz nehmen. Allerdings konnte im Berichtsjahr noch nicht die Bereinigung der Texte, inklusive Übersetzungen, abgeschlossen werden; die Unterzeichnung ist im Verlauf von 2007 vorgesehen.

Im Gefolge von «Schengen» begannen auch erste Kontakte über ein mögliches Abkommen zur Betrugsbekämpfung zwischen Liechtenstein und der EU. Die EU wünscht insbesondere eine Verstärkung des Informationsaustausches zum Schutze der finanziellen Interessen der EU gegen Betrug. Möglicherweise werden diesbezüglich 2007 formelle Verhandlungen eröffnet.

In der Substanz abgeschlossen wurden die Verhandlungen über ein Protokoll über den Beitritt Liechtensteins zum Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Auch diesbezüglich sollte ein formaler Abschluss 2007 möglich sein.

Zu bearbeiten waren weiters Fragen über die Anwendung des Abkommens über die Zinsertragsbesteuerung mit der EU.

Neben diesen Tätigkeiten in den vertraglichen Bereichen mit der EU gab es mehrere Gelegenheiten, die Beziehungen zu pflegen und sich liechtensteinischerseits an Diskussionen über die europäische Zukunft zu beteiligen sowie einen aussenpolitischen Dialog mit den Institutionen in Brüssel aufrecht zu halten. Erwähnt sei insbesondere ein Treffen der drei EFTA/EWR-Aussenminister mit dem Auswärtigen Ausschuss des Europa-Parlaments im Herbst. Regierungsrätin Kieber-Beck vertrat Liechtenstein an diesem Anlass, der hauptsächlich der europäischen Nachbarschaftspolitik gewidmet war. Zu den weiteren Ministertreffen gehörten die halbjährlichen EWR-Ratssitzungen, an denen ebenfalls die Aussenministerin teilnahm, sowie ein Treffen der EFTA-Minister mit den Wirtschafts- und Finanzministern der EU (ECOFIN).

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Wichtige politische Ereignisse in der Berichtsperiode waren die 116. Session der Aussenminister am 18.-19. Mai in Strassburg, die Wahl eines neuen Richters für Liechtenstein beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte,

die Verabschiedung eines Berichts über die Gemeindedemokratie in Liechtenstein, die Amtseinsetzung eines neuen Menschenrechtskommissars des Europarats sowie die Aufnahme der Republik Serbien in den Europarat.

Zu den Prioritäten der rumänischen Präsidentschaft im Ministerkomitee bis zum Vorsitzwechsel am 19. Mai zählten die Arbeiten zur Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte, Bemühungen um die soziale Integration und den interkulturellen Dialog sowie eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU, OSZE und UNO.

Schwerpunkte des russischen Vorsitzes im Ministerkomitee vom 19. Mai bis zum 15. November waren die Stärkung der staatlichen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte; die Menschenrechtserziehung und der Minderheitenschutz; die Schaffung eines einheitlichen europäischen Rechtsraums zum Schutz des Einzelnen vor den aktuellen Herausforderungen mit Hilfe der Übereinkommen des Europarats; der Schutz sozial schwacher Gruppen (z.B. Frauen und Kinder) und besserer Zugang aller zu sozialen Rechten; die Errichtung eines Zentrums für interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in St. Petersburg und die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Kultur, Jugend und Sport zur Förderung von Toleranz und gegenseitigem Verständnis.

Am 15. November fand die Übergabe des Vorsitzes im Ministerkomitee an San Marino statt.

Ministertreffen/Konferenzen/Besuche

Am 18.-19. Mai fand die 116. Aussenministersession des Europarats unter dem Vorsitz des rumänischen Aussenministers Ungureanu in Strassburg statt. Die Aussenminister zogen erstmals Bilanz über die Umsetzung der am Dritten Gipfeltreffen des Europarats in Warschau in 2005 getroffenen Entscheidungen. Im Mittelpunkt standen dabei die Konsolidierung des Europaratssystems zum Schutz der Menschenrechte und die Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Union.

Die Minister beschlossen zur Festigung und Stärkung des Systems zum Schutz der Menschenrechte das umfassende Reformpaket weiter zu verfolgen. Sie verabschiedeten eine Erklärung über Massnahmen zur stärkeren Achtung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auf nationaler und auf europäischer Ebene sowie Regeln für die Überwachung des Vollzugs der Urteile des Gerichtshofs durch das Ministerkomitee. Die verschiedenen Massnahmen sollen insbesondere die Effizienz des mit Beschwerden überlasteten Gerichtshofs sicherstellen. Die im Protokoll Nr. 14 der Menschenrechtskonvention (EMRK) vorgesehenen Reformen sollen die Kapazität des Gerichtshofs zur Bearbeitung von Beschwerden erhöhen. Das Protokoll tritt aber erst in Kraft, wenn es von allen Mitgliedsstaaten des Europarats ratifiziert worden ist. Bis Ende 2006 haben 45 Mitgliedsstaaten, darunter Liechtenstein, das Protokoll ratifiziert.

Der zweite Hauptdiskussionspunkt betraf die künftige Ausgestaltung der Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Union (EU). Zu diesem Zweck wurde der Entwurf einer Partnerschaftsvereinbarung (Memorandum of Understanding) besprochen und ein Fortschrittsbericht zur Kenntnis genommen. Die Partnerschaftsvereinbarung soll sich auf die Bereiche Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Förderung der Demokratie und gute Regierungsführung sowie den Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Xenophobie beziehen.

Weitere Punkte der Tagesordnung betrafen die Weiterverfolgung der auf dem Warschauer Gipfeltreffen beschlossenen übrigen Schwerpunkte. Dazu gehören unter anderem Arbeiten zur stärkeren Verankerung der Demokratie und zur Förderung vorbildlicher Regierungs- und Verwaltungstätigkeit sowie Bemühungen zur Entwicklung des interkulturellen Dialogs innerhalb Europas und mit den Nachbarregionen. Weiters nahmen die Minister einen Bericht über gewisse Reformen der Strukturen und Arbeitsmethoden des Europarats zur Kenntnis.

Am Vorabend des 19. Mai fand auf Einladung von Generalsekretär Terry Davis ein informelles Treffen der Aussenminister mit dem UNO-Sondergesandten über die Zukunft des Kosovo, dem früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari, statt. Dieser berichtete über den Stand der Entwicklung im Kosovo und die Aussichten auf eine baldige Entscheidung über den Status dieser Provinz.

Liechtenstein war an der 116. Ministersession durch Aussenministerin Rita Kieber-Beck vertreten. Zur liechtensteinischen Delegation gehörten zudem der Ständige Vertreter beim Europarat, Botschafter Daniel Ospelt, und Andrea Hoch, diplomatische Mitarbeiterin.

An der 6. Europäischen Konferenz für Gleichberechtigung von Frau und Mann am 8.-9. Juni in Stockholm standen die wirtschaftlichen Kosten der andauernden Geschlechterungleichheit zwischen Frauen und Männern im Mittelpunkt der Diskussionen. Diese Ministerkonferenz verabschiedete eine Entschliessung zur «Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern: Eine Herausforderung für die Menschenrechte und eine Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung.» Liechtenstein war durch die Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit und eine Mitarbeiterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, vertreten.

Die Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, Maud der Boer-Buquicchio, hielt am 20. Oktober im Vaduzer Rathaussaal einen Vortrag zum Thema «Europe without dividing lines: the Council of Europe today and tomorrow». Beim anschliessenden Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und auch beim Gespräch mit S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein wurden aktuelle Themen des Europarats besprochen.

Teilnahme an Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der 116. Ministersession am 18.-19. Mai in Strassburg 33 Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene, einschliesslich der Menschenrechtssitzungen (so genannte DH-Sitzungen) statt.

Zudem gab es noch 111 Treffen von Arbeitsgruppen des Ministerkomitees, bei denen der Ständige Vertreter infolge der äusserst beschränkten personellen Ressourcen lediglich an den folgenden Sitzungen teilnahm:
- Follow-up Komitee des Dritten Gipfeltreffens (CM-SUIVI3)
- Berichterstattergruppe Demokratie(GR-DEM)
- Berichterstattergruppe Aussenbeziehungen (GR-EXT)
- Berichterstattergruppe Menschenrechte (GR-H)
- Ad-hoc-Arbeitsgruppe institutionelle Reformen (GT-REF.INST)
- Berichterstattergruppe administrative und budgetäre Fragen (GR-AB)
- Liaisonkomitee mit dem Gerichtshof (CL-CEDH)

Der Ständige Vertreter nahm weiters an Sitzungen des Aufsichtsrats und des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris teil.

Im Berichtsjahr erfolgte eine Teilnahme von liechtensteinischen Experten an 31 Sitzungen von Expertenkomitees des Europarats sowie an 5 Sitzungen aufgrund von Teilabkommen des Europarats.

Neuer liechtensteinischer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Die Parlamentarische Versammlung hat am 11. April Prof. Dr. Mark Villiger zum neuen Richter für Liechtenstein gewählt. Er wurde aus einer Liste von drei Kandidaten gewählt, die von der Regierung über die Ständige Vertretung bei der Generaldirektion für Menschenrechte Ende Januar 2006 eingereicht worden war. Prof. Dr. Villiger wurde am 1. September vom Präsidenten des Gerichtshofs vereidigt und trat damit die Nachfolge von Lucius Caflisch an, der aus Altersgründen am 31. August aus dem Amt ausscheiden musste.

13. Jahressession des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) hielt seine 13. Jahressession vom 30. Mai bis 1. Juni in Strassburg ab. Der bisherige Präsident der Kammer der Gemeinden, Halvdan Skard aus Norwegen wurde zum neuen Präsidenten des Kongresses für eine zweijährige Amtszeit gewählt. Er löst den bisherigen Präsidenten, Giovanni Di Stasi aus Italien, ab. Liechtenstein war durch die Vorsteher Donath Oehri (Gamprin) und Norman Wohlwend (Schellenberg) vertreten.

Im Plenum wurden u. a. die Bekämpfung des Menschenhandels auf kommunaler und regionaler Ebene sowie die Errichtung eines Zentrums für interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in St. Petersburg diskutiert und entsprechende Empfehlungen verabschiedet:

Die Kammer der Gemeinden erörterte Berichte zu den Gemeindefinanzen in den Niederlanden sowie zur kommunalen Selbstverwaltung in Zypern, Moldawien und in Liechtenstein.

Bericht des Kongresses über die Gemeindedemokratie in Liechtenstein

Die Kammer der Gemeinden verabschiedete anlässlich der 13. Plenarsession mit viel Lob und Anerkennung den Bericht des Engländers Christopher Newbury über die Gemeindedemokratie (kommunale Selbstverwaltung) in Liechtenstein. Diese wurde als vorbildlich und im Einklang mit der Charta der kommunalen Selbstverwaltung bewertet. Es wurden aber eine noch klarere Aufgabenverteilung Staat-Gemeinden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes, vermehrte Gemeindebefugnisse bei der Raumplanung und Sozialhilfe sowie die Ratifizierung aller Artikel der Charta für kommunale Selbstverwaltung empfohlen.

Abschluss des Dialogs über die Verfassung

Nach der ersten Gesprächsrunde zwischen dem Ad hoc-Ausschuss des Landtags und dem der Parlamentarischen Versammlung (PV) Ende September 2005 in Liechtenstein fand am 24.-25. Januar 2006 ein Gegenbesuch in Strassburg statt. Nach dieser zweiten Gesprächsrunde wurde vom Ad hoc-Ausschuss der PV unter Leitung des luxemburgischen Vorsitzenden Glesener ein Bericht für das Präsidium der PV ausgearbeitet. Am 13. April beschloss das Präsidium, auf der Grundlage dieses Berichts den Dialog abzuschliessen. Der Ständige Ausschuss bestätigte dies am 29. Mai und beschloss die Freigabe des Berichts zur Veröffentlichung sowie dessen Veröffentlichung im Anhang zum Fortschrittsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses für April bis Juni. Der Fortschrittsbericht wurde von der PV an der Juni-Session zur Kenntnis genommen.

Freiwillige Beiträge

Liechtenstein unterstützte mit freiwilligen Beiträgen die Gründung eines Büros für kommunale Selbstverwaltung (LDA) in Kutaisi/Georgien, den Aufbau einer Legal Task Force und ein Projekt zur Bekämpfung des Menschenhandels in Georgien sowie ein Capacity Building Projekt in der Republik Moldau.

Verfahren gemäss Art. 52 EMRK

Von Generalsekretär Davis wurden alle Vertragsstaaten der Menschenrechtskonvention aufgefordert, bis Ende Februar darzulegen, wie ihr innerstaatliches Recht die wirksame Anwendung der Menschenrechtskonvention in bestimmten Bereichen sicherstelle. Im Rahmen dieser Untersuchungen zu geheimen CIA-Gefängnissen für terrorismusverdächtige Personen und ihrer Überführung per Flugzeug hat sich gezeigt, dass es mitunter an rechtlichen Handhaben fehlt, um in derartigen Fällen Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden.

Aufgrund dieser Untersuchungen schlug Generalsekretär Davis am 6. September im Ministerkomitee die Ausarbeitung von Mindestnormen zur Kontrolle in- und ausländischer Geheimdienste und zur Überwachung des Luftverkehrs sowie die Einschränkung oder Aufhebung der Staatenimmunität in bestimmten Fällen vor.

Neuer Menschenrechtskommissar des Europarats
Am 3. April erfolgte die feierliche Amtsübergabe von Alvaro Gil-Robles (Spanien) an Thomas Hammarberg aus Schweden. Thomas Hammarberg war von der Parlamentarischen Versammlung anlässlich der Herbstsession im Oktober 2005 aus einer vom Ministerkomitee vorgelegten Dreierliste gewählt worden.

Wahl eines neuen Gerichtshof-Präsidenten
In geheimer Wahl haben die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte am 29. November Jean-Paul Costa (Frankreich) zum neuen Präsidenten ab dem 19. Januar 2007 gewählt. Seine Amtszeit beträgt drei Jahre und ist verlängerbar.

Juncker-Bericht zum Verhältnis Europarat - EU
Auf dem Warschauer Gipfeltreffen 2005 war der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker gebeten worden, Vorschläge zum künftigen Verhältnis Europarat - EU auszuarbeiten. Der im April veröffentlichte Bericht empfiehlt eine enge Zusammenarbeit in fast allen Bereichen, ausser Umweltschutz, Gesundheitswesen und Sozialpolitik.

Premierminister Juncker fordert die EU auf, schon jetzt der Menschenrechtskonvention und - nach Erlangung eigener Rechtspersönlichkeit - bis 2010 auch dem Europarat beizutreten. Ferner soll die EU mehr als bisher die zahlreichen Übereinkommen und Arbeitsergebnisse des Europarats und seines Menschenrechtskommissars in ihre Arbeit einbeziehen. Die geplante Grundrechtsagentur in Wien soll sich auf Grundrechtsprobleme bei der Anwendung von EU-Vorschriften beschränken.

Aufnahme der Republik Serbien in den Europarat
Nach der Unabhängigkeitserklärung der Republik Montenegro vom 3. Juni und in Übereinstimmung mit Art. 60 der gemeinsamen Verfassung von Serbien und Montenegro hat das Ministerkomitee am 14. Juni das Schreiben des Präsidenten der Republik Serbien an den Vorsitzenden des Ministerkomitees zur Kenntnis genommen, demzufolge die Republik Serbien die bisherige Mitgliedschaft Serbien-Montenegros im Europarat fortsetzt und die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Die Republik Serbien erhielt 7 Sitze in der Parlamentarischen Versammlung.

Republik Montenegro
Nach der Unabhängigkeitserklärung hat das Ministerkomitee am 14. Juni das Beitrittsgesuch der Republik Montenegro zur Kenntnis genommen und gemäss dem üblichen Verfahren der Parlamentarischen Versammlung zur Stellungnahme überwiesen. Für die Zeit der Prüfung des Beitrittsgesuchs wurde der Vertreter Montenegros eingeladen, an den Sitzungen des Ministerkomitees als Beobachter teilzunehmen.

Europaratskampagnen
Im Berichtsjahr wurden folgende drei Kampagnen gestartet:
– zum Kinderschutz: «Ein Europa von Kindern für Kinder»,
– gegen Diskriminierung: «Alle anders, alle gleich»,
– gegen Menschenhandel: «Menschen stehen nicht zum Verkauf»,
– gegen häusliche Gewalt: «Stopp der häuslichen Gewalt gegen Frauen».

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung setzte ihr aktives Engagement in diversen formellen und informellen UNO-Gremien in New York fort, unter besonderer Berücksichtigung finanzplatzrelevanter Entwicklungen (v.a. Finanzsanktionen des Sicherheitsrates) und der aussenpolitisch prioritären Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) und humanitäre Hilfe. Diverse Prozesse zur Umsetzung der im Gipfeltreffen im September 2005 beschlossenen Massnahmen standen dabei im Mittelpunkt, insbesondere die Verhandlungen zur Errichtung des Menschenrechtsrates, eine Initiative zur Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates, sowie eine Initiative zur Stärkung der UNO-Aktivitäten zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen
Die Kooperation mit der Kommission zur Untersuchung des Oil-for-Food-Programmes wurde abgeschlossen, sämtliche von Liechtenstein unterbreiteten Dokumente wurden retourniert. Die Ständige Vertretung unterbreitete dem Antiterrorismus-Ausschuss des Sicherheitsrates (CTC) den 5. liechtensteinischen Staatenbericht über die Umsetzung der entsprechenden Standards des Sicherheitsrates. Dem Ausschuss nach Resolution 1540 betreffend Massenvernichtungswaffen und Terrorismus wurde ein zweiter Bericht zugestellt. Im Bereich der Taliban-/Al-Qaida-Sanktionen setzte sich Liechtenstein für mehr Transparenz und Verfahrensrechte ein, um die Treffsicherheit der Sanktionenliste zu verbessern. In diesem Zusammenhang erreichte Liechtenstein die Freigabe von gesperrten Geldern aus humanitären Gründen in einem konkreten Fall. Der Sicherheitsrat beschloss neue Sanktionenregimes, die innerstaatlich umgesetzt wurden (Nordkorea, Iran). In den Verhandlungen zur Resolution der Generalversammlung über wirtschaftliche Entwicklung setzte sich die Vertretung für finanzplatzfreundliche Formulierungen betreffend innovativer Quellen der Entwicklungsfinanzierung ein.

Menschenrechte
Im Rahmen der Vizepräsidentschaft in der Generalversammlung (GV) setzte sich Liechtenstein für eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen dem Dritten Hauptausschuss und dem GV-Plenum bei der Beurteilung und Weiterführung der Arbeiten des Menschenrechtsrates ein. Im Dritten Hauptausschuss der GV, welcher für die Beurteilung von Menschenrechtsthemen zuständig ist, brachte sich die liechtensteinische Delegation in den Verhandlungen zu diversen Resolutionen, wie z.B. zum Folterverbot und zu den Rechten von Kindern, mit eigenen Textvorschlägen ein. Im Rahmen der Reform des Überprüfungsmechanismus für die Menschenrechtsübereinkommen der UNO wurde ein weiteres Expertentreffen unter Teilnahme der Hochkommissarin für Menschenrechte in Liechtenstein durchgeführt (Malbun II). Liechtenstein übernahm zudem durch den Vorsitz des «Drafting Committee» eine Schlüsselrolle bei der Erarbeitung einer Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit
Liechtenstein setzte sein Engagement zur Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts erfolgreich fort. In einer gemeinsam mit Mexiko durchgeführten Initiative beantragte Liechtenstein, das Thema «Rechtsstaatlichkeit auf internationaler und nationaler Ebene» auf die Agenda der GV zu setzen. Diese schloss die Arbeiten zu diesem Thema mit einer Resolution ab, welche auf die langfristige Stärkung der entsprechenden Aktivitäten des UNO-Sekretariates abzielt. Liechtensteins Rechtsberater Stefan Barriga fungierte als Vize-Vorsitzender des Rechtsausschusses der Generalversammlung. Der vielbeachtete liechtensteinische Kompromissvorschlag zur «Definition von Terrorismus» wurde im Rechtsausschuss 2006 stärker unterstützt als noch im Vorjahr; die Arbeiten an der umfassenden Terrorismuskonvention dauern aber weiter an. Die Arbeiten zur Definition des Verbrechens der Aggression im ICC-Statut, die von Botschafter Wenaweser geleitet werden, gewannen weiter an Profil auf der Agenda der Vertragsstaaten, nachdem in Zusammenarbeit mit dem «Liechtenstein Institute on Self-Determination» der Universität Princeton ein drittes intersessionales Expertentreffen organisiert wurde.

UNO-Reform
Höhepunkt der Aktivitäten im Bereich UNO-Reform war die Einrichtung des Menschenrechtsrates: Nach monatelangen Verhandlungen, bei denen Liechtenstein eine sehr aktive Rolle spielte und zusammen mit Neuseeland, der Schweiz und Singapur eine Beratergruppe des Präsidenten der GV bildete, legte dieser eine Resolution auf, welche am 15. März in einer historischen Entscheidung mit 170 Ja-Stimmen bei vier Gegenstimmen (USA, Israel, Marshall Inseln und Palau) und drei Enthaltungen (Iran, Venezuela, Belarus) verabschiedet wurde. Im Bereich der Reform des Sicherheitsrates stand das Jahr 2006 im Zeichen der Initiative der sogenannten «S-5» (Costa Rica, Jordanien, Liechtenstein, Singapur, Schweiz), die eine Resolution über die Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats vorlegten. Der Text wurde nicht zur Abstimmung gebracht, veranlasste jedoch ein Umdenken im Sicherheitsrat selbst, der selbst einige Beschlüsse zu diesem Thema fasste.

Generalversammlung

Generaldebatte
Vom 19. bis 27. September 2006 fand die Generaldebatte der 61. GV-Session unter dem Motto «Umsetzung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung» statt. Aussenministerin Rita Kieber-Beck forderte in ihrer Rede u.a. einen neuen Anlauf zur Reform des Sicherheitsrats und setzte sich für eine Weiterverfolgung der S-5 Initiative ein. Besonders auffallend an der Generaldebatte war die Aufmerksamkeit, welche anti-amerikanischen Reden zuteil wurde (Venezuela, Iran, Sudan und Zimbabwe). Neben einem Höflichkeitsbesuch bei GV-Präsidentin Haya Rashed Al Khalifa (Bahrain, die erst dritte Frau in dieser Position) nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck bilaterale Termine mit Island, Guatemala, Andorra, Monaco und San Marino wahr. Weiters bemerkenswert ist die Teilnahme an einem Abendessen der anwesenden Aussenministerinnen, gesponsert von Barbados, sowie an einem Workshop mit US-Aussenministerin Condoleezza Rice zum Thema der stärkeren Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse.

Arbeit in Ausschüssen
Die Ständige Vertretung setzte nebst den zeitintensiven Arbeiten zur Reform (v.a. Menschenrechtsrat, Reform Sicherheitsrat) auch die Arbeit in den diversen Ausschüssen der Generalversammlung fort, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte (3. Ausschuss) und Völkerrecht (6. Ausschuss, zu beiden siehe oben, Prioritäten). Im 1. Ausschuss (Abrüstung) unterstützte Liechtenstein eine Resolution, die den Auftakt zur Ausarbeitung eines Abkommens zur Regulierung des weltweiten Handels mit Kleinwaffen setzt. Im 2. Ausschuss (v.a. betreffend wirtschaftliche Entwicklung) wurde u.a. eine Folgekonferenz zum Thema Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2008 in Doha beschlossen. Aus dem 5. Ausschuss (UNO-Budget und Administration) ist insbesondere zu berichten, dass die Renovierung des UNO-Hauptquartiers beschlossen wurde, sowie die Beibehaltung der derzeitigen Beitragsskala. Diese wirkt sich für Liechtenstein jedoch in einer Erhöhung des Beitrages aus, der damit wieder dem Stand des Jahres 2000 entspricht (0,01 %).

Sicherheitsrat

Ländersituationen
Der Sicherheit befasste sich im Jahr 2006 mit einer Reihe neuer Situationen, darunter in Nordkorea und im Iran

(zu beiden Situationen wurden kurz vor Jahresende noch Sanktionenregimes beschlossen), sowie die militärische Auseinandersetzung in Libanon. Die Einrichtung eines Tribunals zur Aufklärung der Ermordung des ehemaligen libanesischen Regierungschefs Hariri wurde beschlossen. Neu auf der Tagesordnung befand sich weiters die Situation in Myanmar, zu der jedoch aufgrund eines Doppelvetos von China und Russland keine Resolution verabschiedet wurde. Fortgesetzt wurde die Arbeit insbesondere zu Irak, Afghanistan, Nahost, Sudan (Darfur), Burundi, der Demokratischen Republik Kongo und der Elfenbeinküste. Momentan sind weltweit 15 Operationen zur Wahrung des Friedens im Einsatz (sieben in Afrika, eine in Nord-, Mittel- und Südamerika, eine in Asien, drei in Europa und drei im Mittleren Osten), sowie drei politische Missionen (Afghanistan, Sudan, Timor-Leste). Die Kosten für friedenserhaltende Massnahmen steigen weiterhin an, und die Anzahl friedenserhaltenden Truppen hat einen historischen Höchststand erreicht.

Thematische Schwerpunkte

Im Mittelpunkt der thematischen Aktivitäten des Sicherheitsrates steht weiterhin die Terrorismusbekämpfung. Alle drei Monate finden entsprechende Briefings der Vorsitzenden aller einschlägigen Ausschüsse des Sicherheitsrates statt (Counter-Terrorism Committee, Taliban/Al-Qaida-Sanktionenausschuss, Ausschuss betreffend Massenvernichtungswaffen). Liechtenstein beteiligt sich an diesen Debatten regelmässig und betont dabei insbesondere die Notwendigkeit, im Rahmen dieser Massnahmen die Verfahrensrechte der betroffenen Personen zu wahren. Liechtenstein beteiligte sich ausserdem an Debatten zu den Themen «Frauen, Frieden und Sicherheit» (betreffend die Stärkung der Rolle von Frauen in Friedensprozessen), sowie an Debatten über den «Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten» und die «Stärkung des Völkerrechts durch den Sicherheitsrat».

Internationaler Strafgerichtshof

Das Dossier Internationaler Strafgerichtshof wird von der Vertretung in New York betreut, welche auch die Versammlung der Vertragsstaaten abdeckt (23. November – 1. Dezember 2006), mit Schwerpunkt Arbeitsgruppe Aggression (vgl. oben, Völkerrecht). Die Zahl der Vertragsstaaten stieg auf 104 und liegt damit weiterhin deutlich unter universeller Beteiligung. Die Opposition der USA, die für die Stagnation zu einem grossen Teil verantwortlich ist, nahm zuletzt jedoch an Schärfe ab. Im Jahr 2007 ist zudem mit der Ratifikation Japans zu rechnen. Der Gerichtshof selbst befasst sich mit drei Situationen (DR Kongo, Uganda, Darfur), wobei zur Situation im Kongo bereits ein Angeklagter vor dem Gericht erschien. Der ICC unterstützte ausserdem die UNO-Untersuchungen im Libanon und stellte seine Räumlichkeiten für das Verfahren des Sierra-Leone-Tribunals gegen Charles Taylor zur Verfügung.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit erster Priorität wurden dabei bisher die EFTA- und WTO-Agenden bearbeitet. Infolge der Gründung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf sind die Aktivitäten der Mission in diesem Bereich jedoch im letzten Jahr ausgebaut worden.

Im Mittelpunkt der EFTA-Aktivitäten in Genf stehen die Drittlandbeziehungen. Am 1. September 2006 trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Südkorea in Kraft. In der Berichtsperiode konnten ein Freihandelsabkommen mit den SACU-Staaten (SACU: Zollunion des südlichen Afrikas, bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swaziland) unterzeichnet sowie ein solches mit Ägypten abgeschlossen werden. Im Weiteren wurden Verhandlungen über den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Golfkooperationsrat (GCC, bestehend aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Saudi Arabien, Oman, Katar, Kuwait) lanciert. Die seit Jahren sistierten Verhandlungen mit Kanada konnten endlich wieder aufgenommen werden. Mit Peru und Kolumbien wurde je eine Zusammenarbeitserklärung abgeschlossen. In Asien konnten die Aktivitäten ebenfalls ausgeweitet und mit Indonesien eine gemeinsame Machbarkeitsstudie über ein mögliches Freihandelsabkommen erstellt werden. Die Erstellung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie zwischen den EFTA-Staaten und Indien wurde zudem am EFTA-Ministertreffen im Dezember 2006 beschlossen. Mit mehreren Partnerstaaten fanden die üblichen Treffen zur Pflege und Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen statt. Im Berichtsjahr fanden ebenfalls zwei EFTA-Ministerratstreffen statt, an welchen Liechtenstein durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten war.

In Bezug auf die WTO befasste sich die Ständige Mission vor allem mit der neuen Welthandelsliberalisierungsrunde, die im November 2001 in Doha/Katar lanciert worden war. Die laufenden Verhandlungen mussten jedoch Anfang Juli 2006 erfolglos abgebrochen und die Doha-Welthandelsrunde suspendiert werden. Hauptstreitpunkt waren bis zuletzt die Agrarverhandlungen. Ende 2006 wurden dann die Verhandlungen auf technischer Ebene wieder aufgenommen. Das ursprüngliche Ziel des Abschlusses der Doha-Welthandelsliberalisierungsrunde bis Ende 2006 wurde somit verfehlt und die Zukunft der Verhandlungsrunde ist ungewiss.

In Bezug auf die UNO und andere internationale Organisationen in Genf waren im Berichtsjahr die Schaffung eines permanenten Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf sowie die Teilnahme an dessen regulären und ausserordentlichen Sessionen die zentralen Themen. Weitere wichtige Ereignisse in diesem Jahr waren die Teilnahme an der internationalen

Rotkreuzkonferenz in Genf, an welcher u.a. der Rote Kristall als neues Emblem des IKRK beschlossen wurde, sowie die Teilnahme an diversen Vertragsstaatentreffen. Ansonsten beschränkte sich die Mission im UNO-Bereich weitgehend auf die Wahrnehmung der Routinetätigkeiten und auf die notwendige Pflege der Beziehungen.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Der bisherige Generalsekretär William Rossier verliess sein Amt per Ende August 2006 und sein Nachfolger, der norwegische Botschafter Kåre Bryn, trat sein Amt als neuer EFTA-Generalsekretär am 1. September 2006 an. Neuer Stellvertreter des EFTA-Generalsekretärs in Genf wurde der Schweizer Didier Chambovey.

Die EFTA-Aktivitäten in Genf konzentrieren sich auf die EFTA-Drittlandbeziehungen, d.h. im Wesentlichen auf den Abschluss, die Weiterentwicklung und die Verwaltung von Freihandelsabkommen. Ziel ist es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können sowie eine Diskriminierung gegenüber ihren Konkurrenten aus den EU-Staaten aber auch aus den USA zu vermeiden.

Die in der Berichtsperiode angefallenen EFTA-Ministertreffen fanden am 26./27. Juni in Höfn/Island sowie am 1. Dezember in Genf statt. Liechtenstein war an diesen Treffen durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten. Die EFTA-MinisterInnen trafen dabei im Juni auch mit dem EFTA-ParlamentarierInnen- und mit dem EFTA-Konsultativkomitee sowie im Dezember mit dem EFTA-ParlamentarierInnenkomitee zusammen.

Das Ende 2005 zwischen den EFTA-Staaten und Südkorea unterzeichnete Freihandelsabkommen trat am 1. September 2006 in Kraft. Es wird erwartet, dass das Abkommen namhafte Vorteile für die liechtensteinische Industrie bringen wird. Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Libanon konnte trotz Kriegswirren im Berichtsjahr durch Libanon ratifiziert werden, so dass das Freihandelsabkommen auf Anfang 2007 ebenfalls in Kraft treten wird. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens in Höfn/Island konnte zudem das Freihandelsabkommen mit den SACU-Staaten unterzeichnet werden. Für Liechtenstein unterzeichnete Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Das Freihandelsabkommen trägt dem Entwicklungsstand dieser Länder Rechnung und regelt im Wesentlichen nur den Warenverkehr. Im Weiteren wurde Ende Oktober 2006 das Freihandelsabkommen mit Ägypten nach langjährigen Verhandlungen abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens findet Anfang 2007 statt.

Nach mehrjährigem Unterbruch wurden die Verhandlungen mit Kanada über den Abschluss eines Freihandelsabkommens im Oktober 2006 wieder aufgenommen. Die im Herbst 2006 vorgesehene Lancierung von Freihandelsverhandlungen mit Algerien hat sich verzögert.

Der neue strategische Schwerpunkt der EFTA-Staaten liegt in Asien. Mit Thailand fand Anfang Jahr eine zweite Verhandlungsrunde statt. Die weiteren geplanten Verhandlungsrunden mussten jedoch infolge der politischen Ereignisse in Thailand auf 2007 verschoben werden. Im Berichtsjahr schlossen die EFTA-Staaten mit Indonesien eine gemeinsame Machbarkeitsstudie über den Abschluss eines Freihandelsabkommens ab. Die Studie empfahl die baldmögliche Aufnahme von Freihandelsaverhandlungen. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 1. Dezember 2006 in Genf lancierten die EFTA-MinisterInnen zusammen mit ihrem indischen Amtskollegen zudem eine solche Machbarkeitsstudie zwischen den EFTA-Staaten und Indien. Weitere Hauptzielländer in Asien sind Japan, China und Malaysia, mit welchen Kontakte gepflegt werden.

In der Berichtsperiode wurden mit Peru und Kolumbien Zusammenarbeitserklärungen unterzeichnet. Mit beiden Staaten sollen im Verlaufe des Jahres 2007 Freihandelsverhandlungen aufgenommen werden. Im Weiteren bestehen auch Kontakte mit Russland und der Ukraine, mit welchen ebenfalls Freihandelsverhandlungen aufgenommen werden sollen, sobald beide Länder ihre Verhandlungen über den WTO-Beitritt abgeschlossen haben.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiter entwickelt. In diesem Jahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse statt mit den Freihandelspartnern Chile, Türkei und Ukraine sowie unter den Zusammenarbeitserklärungen mit Kolumbien und Peru. Zudem fanden zahlreiche Expertentreffen statt (z.B. im Bereich Dienstleistungen mit Mexiko). Mit Chile wurde anlässlich des Treffens des Gemeinsamen Ausschusses beschlossen, Nachverhandlungen in den Bereichen Industrie- und Agrarprodukte, Dienstleistungen sowie für gewisse Aspekte des Geistigen Eigentums zu führen. Die Nachverhandlungen haben im Berichtsjahr noch zu keinem Ergebnis geführt.

An den Treffen der EFTA-Parlamentarier und -Parlamentarierinnen im Jahre 2006 war Liechtenstein durch die Landtagsabgeordneten Franz Heeb und Henrik Caduff vertreten. Josef Beck als Vertreter der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Albert Jehle und/oder Sigi Langenbahn als Vertreter des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, einem Forum der Sozialpartner, teil.

Im Weiteren fanden die üblichen regelmässigen Treffen auf der Ebene der BotschafterInnen und StellvertreterInnen (Deputies) in Genf statt. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Mission nahmen zudem jeweils an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees und des EFTA-Budgetkomitees (unter der Leitung von Ministerin Doris Frick) teil.

Welthandelsorganisation (WTO)

Im November 2001 wurde in Doha/Katar eine neue WTO-Welthandelsliberalisierungsrunde lanciert. Die seither laufenden Verhandlungen in Genf haben sich als sehr zäh erwiesen. Stolperstein für raschere Verhandlungsfortschritte waren vor allem die Agrarverhandlungen. Das Abschlussdokument der Ministerkonferenz vom Dezember 2005 in Hongkong sah vor, die Modalitäten (ein bereits relativ eng formulierter Rahmen mit konkreten Zahlen und Formeln) bis Ende April 2006 zu verabschieden und am Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2006 festzuhalten. Ende Juni 2006 fand dann in Genf ein Mini-Ministertreffen statt, welches im Vorfeld als «die letzte Chance» für einen fristgerechten Abschluss der Doha-Welthandelsrunde bezeichnet worden war. Da die Schlüsselakteure (G-6-Länder: USA, EU, Brasilien, Indien, Australien, Japan) jedoch v.a. im Schlüsseldossier Agrarverhandlungen keine Annäherung erzielen konnten, wurde das Treffen am 1. Juli 2006 ergebnislos abgebrochen und die Doha-Welthandelsrunde suspendiert. Auf rein technischer Ebene wurden die Verhandlungen Ende 2006 in Genf wieder aufgenommen. Zu einem formellen Beschluss zur Wiederaufnahme der Verhandlungen ist es jedoch noch nicht gekommen.

Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Inhalt der derzeit suspendierten Welthandelsrunde ist demzufolge die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Als Kleinstaat ist Liechtenstein nicht nur auf den Zugang zu den Weltmärkten, sondern auch auf verlässliche Spielregeln und auf durchsetzbares Recht im Welthandel angewiesen, beispielsweise auf einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein – u.a. zusammen mit den anderen drei EFTA-Staaten - der Gruppe der 10 (G10-Staaten, bestehend aus Japan, Südkorea, Taiwan, Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz, Mauritius, Israel; Bulgarien ist per 1. Januar 2007 der EU beigetreten) an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt. Sprecher der Gruppe ist die Schweiz.

Am 26. Juli 2006 fand in Genf ein Ministertreffen der G10-Staaten statt, an welchem Liechtenstein durch Botschafter Norbert Frick vertreten war.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Die Ständige Mission ist für die Wahrnehmung der Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf zuständig. Vor allem aufgrund der beschränkten Personalressourcen musste die Mission der Mitarbeit in den Gremien der UNO in der Vergangenheit nachgeordnete Priorität einräumen. Die Ständige Mission in Genf beschränkte sich in der Regel auf die Wahrnehmung von unerlässlichen Konferenzen, von Routinetätigkeiten sowie von Verpflichtungen, die Liechtenstein aus der Mitgliedschaft bei der UNO und deren Spezialorganisationen und Sonderorganen mit Sitz in Genf erwachsen.

Am 19. Juni 2006 wurde jedoch der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf etabliert, welche die UN-Menschenrechtskommission, die jährlich einmal in Genf tagte, abgelöst hatte. An der Eröffnungszeremonie war Liechtenstein durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten. Mit der Gründung des UN-Menschenrechtsrates festigte sich Genf als Zentrum der Menschenrechtsbearbeitung. Da der Bereich Menschenrechte ein prioritärer Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik darstellt, musste der Schaffung des UN-Menschenrechtsrates in Genf in organisatorischer und personeller Hinsicht Rechnung getragen werden. Die Bearbeitung des Menschenrechtsrates stellt nun die zentrale Tätigkeit der Mission im Rahmen der UNO in Genf dar. Im Berichtsjahr war eine Mitarbeiterin hauptsächlich in diesem Bereich tätig und wurde während den Sessionen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Ständigen Mission New York resp. des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt. Im Berichtsjahr fanden drei ordentliche Sessionen (jeweils über zwei oder drei Wochen) sowie vier ein-/mehrtägige Sondersessionen des Menschenrechtsrates statt. Im November 2006 hat der Landtag eine zusätzliche permanente Vollzeitstelle für die Bearbeitung der UNO in Genf, mit Schwerpunkt Menschenrechtsbearbeitung, ab dem Budgetjahr 2007 geschaffen.

Am 20./21. Juni 2006 war Liechtenstein an der 29. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes in Genf vertreten. Nach langen Diskussionen und einer Abstimmung konnte das dritte Zusatzprotokoll, welches die Schaffung des Roten Kristalls als zusätzliches Emblem vorsieht, in den Statuten der Internationalen Rotkreuzbewegung verankert werden. Zudem konnte die Bewegung um zwei weitere nationale Gesellschaften, Magen David Adom und den Palästinensischen Roten Halbmond, erweitert werden.

Im Weiteren hat die Mission in der Berichtsperiode u.a. an folgenden Konferenzen teilgenommen:

- Vorstellung des 1. Länderberichts Liechtensteins zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Pakt I) am 4. Mai 2006
- Brainstorming meeting on the United Nations human rights treaty body system - (Malbun II) am 14. -16. Juli 2006, Triesenberg
- Achte Vertragsstaatenkonferenz zum revidierten Protokoll II (Landminenprotokoll) des Übereinkommens über konventionelle Waffen am 6. November 2006
- Dritte Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommens über konventionelle Waffen vom 7.-17. November 2006
- Erste Konferenz der Vertragsstaaten des Zusatzprotokolls zur Antifolterkonvention der UNO (Wahl des Ausschusses für Prävention) am 18. Dezember 2006

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zu 200 Jahre Souveränität Liechtensteins organisierte die Mission, in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, vom 5.-7. Juni 2006 einen gemeinsamen Besuch von Journalisten und Journalistinnen der «Vereinigung der Auslandspresse in der Schweiz und in Liechtenstein» und der «Genfer Assoziation der UNO-Korrespondenten». Der Besuch verlief erfolgreich und die daraus resultierende weltweite Berichterstattung positiv. Auch die Zusammenarbeit der Ständigen Mission Genf mit der Auslandspresse konnte nachhaltig verbessert werden.

Darüber hinaus nahm der Ständige Vertreter während des ganzen Jahres an zahlreichen gesellschaftlichen Anlässen teil.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien - Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) und Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) - ist in der Berichtsperiode enger geworden. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck traf mit dem Stellvertretenden UNO-Generaldirektor Franz Baumann in Wien zusammen. Thema der Zusammenkunft war das verstärkte Engagement Liechtensteins in diesen UNO-Organisationen in Wien.

Konferenzen
Die liechtensteinische Vertretung nahm im Jahr 2006 an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie der Internationalen Atomenergieorganisation teil. Für diese Konferenzen kamen zur Unterstützung auch Experten aus Liechtenstein nach Wien. Zahlreiche Vorbereitungs- und Arbeitssitzungen wurden von der Ständigen Vertretung wahrgenommen.

Liechtensteinische Beiträge
Die Kontakte mit verschiedenen Stellen der UNODC in Wien waren aufgrund der liechtensteinischen Beitragsleistungen aus den Geldern des Suchtmitteldeliktsfalls Reyes-Torres regelmässig und eng. Diese Unterstützung kommt insbesondere UNODC-Aktivitäten im Bereich der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Terrorismus und des Drogenanbaus in Afghanistan über einen vier jährigen Zeitrahmen zugute.

Unterzeichnung und Ratifikation
In der Berichtsperiode wurde das vom liechtensteinischen Landtag im voraus genehmigte IAEO-Zusatzprotokoll zu den Kontrollabkommen (Safeguards) von der liechtensteinischen Vertreterin am 14. Juli 2006 in Wien unterzeichnet.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Wie in den Vorjahren nahm die Ständige Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien regelmässig und aktiv an den Beratungen der zahlreichen politischen Gremien der OSZE teil. Die Zusammenarbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf die Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet. Zum ersten Mal fand eine OSZE-Expertentagung zum Thema «Menschenrechte und die internationale Kooperation bei der Bekämpfung des Terrorismus» in Liechtenstein statt. Im Weiteren engagierte sich Liechtenstein mit freiwilligen Beiträgen an zahlreichen Aktivitäten der OSZE. Die Zusammenarbeit in der OSZE gab der Ständigen Vertretung abermals Gelegenheit, die Beziehungen zu den diplomatischen Vertretungen bei der OSZE kontinuierlich weiterzuentwickeln. Insbesondere hervorzuheben ist dabei die enge Zusammenarbeit der Ständigen Vertretung in der sogenannten Gruppe der Like Minded Countries (Kanada, Schweiz, Norwegen und Island) und im Rahmen des regelmässigen Gedankenaustausches mit Vertretern der EU, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Belgien im Vorsitz 2006
Die OSZE stand 2006 unter belgischem Vorsitz. Die OSZE-Führungstroika setzte sich damit zusammen aus den OSZE-Teilnehmerstaaten Slowenien, Belgien und dem Vorsitzland für das kommende Jahr Spanien.

14. Ministerrat in Brüssel, Belgien
Zentrales Ereignis in der OSZE war die Vorbereitung und Abhaltung des 14. OSZE-Ministerrates am 4. und 5. Dezember 2006 in Brüssel. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck leitete die liechtensteinische Delegation. Der Ministerrat befasste sich mit einer grossen Bandbreite von Fragen. Die Reform der Organisation stand ebenso auf der Agenda wie der Schutz der Menschenrechte, die Demokratisierung, die Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens, die Migration sowie wirtschafts-, umwelt- und sicherheitspolitische Fragen.

Die Ständige Vertretung Liechtensteins beteiligte sich intensiv an den Vorbereitungsarbeiten für den Ministerrat.

11. Implementierungstreffen in Warschau, Polen
Liechtenstein war am 11. OSZE-Implementierungstreffen zur Humanen Dimension in Warschau im Oktober 2006 durch Minister Günter Frommelt vertreten. Liechtenstein lieferte einen nationalen Beitrag zum Thema Förderung der Toleranz, Nicht-Diskriminierung und gegenseitigen Respekt und Verständnis. Darin wurden die zahlreichen Bemühungen der liechtensteinischen Regierung und der Behörden dargestellt.

Expertentagung in Triesenberg, Liechtenstein
Die Veranstaltung dieser Expertentagung war ein besonderes Ereignis. Zum ersten Mal seit dem Bestehen der OSZE im Jahr 1995 wurde eine OSZE-Tagung in Liechtenstein durchgeführt. Die Tagung wurde vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau und dem Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) in Genf veranstaltet und wurde am 15. bis 17. November in Triesenberg durchgeführt. Die Experten widmeten sich der Wahrung und dem Schutz der Menschenrechte und der wirksamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Regierungsrätin Kieber-Beck eröffnete die Tagung. Die Ergebnisse der Tagung wurden als sehr gut bezeichnet.

Finanzielle Beitragsleistungen für den OSZE-Raum
Liechtenstein unterstützte Aktivitäten zur Förderung demokratischer Institutionen. Es wurden Massnahmen unterstützt zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung, zur Stärkung nationaler Mechanismen zur Förderung der Gleichstellung, Ausbildungsunterstützungsprogramm für georgische Polizeikräfte sowie ein Trainingsseminar für Richter der ukrainischen Verwaltungsgerichte. Im Weiteren hat Liechtenstein das prominente OSZE-Engagement bei der Beobachtung von Wahlen in den OSZE-Teilnehmerstaaten mit finanziert.

STIFTUNG

Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED)

Präsidentin: Marie Louise Eberle
Geschäftsführer: Dr. Rudolf Batliner

Auch im Jahr 2006 stand die Bearbeitung, Betreuung und Kontrolle der Projekte in Afrika und Lateinamerika im Mittelpunkt der Tätigkeit von Stiftungsrat und Geschäftsstelle. Neu hinzu kamen mehrere kleinere Projektunterstützungen in Osteuropa und der Aufbau des Projektportfolios in Moldau, dem ersten Schwerpunktland des LED im Osten. Die Besuche von Regierungschef Otmar Hasler in Peru und in Costa Rica und einer Delegation von sechs Mitgliedern des Landtags und zwei Gemeinderätinnen in Mozambique verliefen sehr erfolgreich. Der LED schätzt sich glücklich, dass er den politisch Verantwortlichen die liechtensteinische Entwicklungszusammenarbeit näher bringen konnte.

In der Öffentlichkeitsarbeit in Liechtenstein standen zwei Anlässe im Mittelpunkt: die Bio-Baumwollausstellung und das Afrika-Fäscht. Beide Anlässe stiessen auf sehr reges Interesse. Hohe Präsenz wurde auch durch die Gründung der MicroFinance Initiative Liechtenstein erreicht.

Stiftungsrat, Geschäftsstelle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Stiftungsrat
Im Berichtsjahr war der Stiftungsrat folgendermassen zusammengesetzt:

Mitglied	Bestellungsorgan
Eberle Marie Louise, Triesenberg, Präsidentin	Regierung
Lic. Lorenz Jehle, Schaan, Vizepräsident	Regierung
Melanie Konrad, Triesenberg	Regierung
Lic. Andreas Gstöhl, Vaduz	Regierung
Dr. Manfred Oehry, Ruggell	Regierung
Mag. Brigitte Batliner, Vaduz	Verein Welt und Heimat
Gerda Bicker, Triesen	Verein Welt und Heimat
Dr. Marxer Marianne, Vaduz	Liechtensteinisches Rotes Kreuz
Ernst Vedana, Schaan	Liecht. Industrie- und Handelskammer

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen, über deren Beschlüsse die Protokolle Auskunft geben. Ausserdem hatte er im Oktober eine Klausurtagung. Das Leitungsteam, bestehend aus der Präsidentin, dem Vize-Präsidenten, dem Geschäftsführer und der Sachbearbeiterin für Finanzen, hatte sechs Sitzungen.

Geschäftsstelle
Die Geschäftsstelle war mit folgenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besetzt:
– Dr. Rudolf Batliner, Geschäftsführer und Sachbearbeiter Lateinamerika (70%)
– Ute Mayer, Sachbearbeiterin für Afrika und Öffentlichkeitsarbeit (100%)
– Tamara Büchel, Sachbearbeiterin Finanzen und Sekretariat (80%)
– Pius Frick, Sachbearbeiter für Osteuropa und Asien, MicroFinance Initiative Liechtenstein und die EDV (100%)

Zur Struktur des LED gehören auch die beiden Aussenstellen in Harare und Cochabamba.

Die Geschäftsstelle zog im Mai in neue Büros Im Malarsch, Schaan, um.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz
– Dr. Heinz Frick, Architekt, 1.1.1999 - 31.12.2007, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Dozent und Fachbuchautor für ökologisches Bauen
– Petra Widmer, Umweltwissenschafterin, 1.3.2004 - 28.2.2006, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Organisation und Dokumentation einer internationalen Fachtagung zu ökologischem Bauen, Erstellung von Lehrmitteln und Unterricht im Masterprogramm für Umwelt und Stadtplanung
– Roman Dudler, Primarlehrer, 1.3.2003 - 31.12.2007, Costa Rica, ICER, Förderung von Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen den fünf Radioschulen in Zentralamerika
– Kurt Künzle, Elektro-Telematiker, 1.7.2004 - 31.12.2007, Nicaragua, Berufsschule INATEC, Aufbau der Elektroabteilung
– Johanna Sele-Forster, Kindergärtnerin, 1.10.2004 - 30.4.2008, Tansania, Adilisha, Unterstützung der Organisation bei der Erarbeitung von Lehrunterlagen für Elternbildung, Kurse für «Life Skills» für Jugendliche und Memory-books (Familienchroniken) für HIV-positive Familien.
– Markus Forster, Schreiner und Sozialarbeiter, 1.10.2004 - 30.4.2008, Tansania, Kivulini, HIV/Aidsprävention und Unterstützung der Frauenrechtsorganisation bei einkommensschaffenden Tätigkeiten
– Marion Plüss, Hotelfachfrau, 1.8.2005 - 31.7.2008, Bolivien, CEDESCO, Aufbau der Hotellerie für ein Bildungs- und Tagungszentrum und Ausbildung des Personals.
– Nicole Bolomey, Landschaftsarchitektin, 1.3.2006 - 28.2.2009, Indien, Regionalbüro UNESCO, Beratung beim Schutz von historisch wertvollen Naturdenkmälern.
– Peter Ritter, Maschinenbauingenieur, 1.5.2006 - 30.4.2009, Tansania, Water for the Third World, Berater für die Förderung von angepassten Bewässerungstechnologien.
– Sarafina Ritter, Kaufm. Angestellte, 1.10.2006 - 30.4.2009, Tansania, WEETU, Beraterin für den Aufbau der lokalen NGO im Bereich Rehabilitation von Primarschulen und Vergabe von Stipendien.
– Yos Suprapto, Berater für Umweltfragen, 1.1.2006 - 31.12.2007, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Übersetzung der Fachbücher von Heinz Frick aus dem Indonesischen ins Englische

Im Jahr 2006 absolvierten 11 Personen ein Praktikum und leisteten 32 Monate Einsatz: Karin Goop in Südafrika, Nicole Matt und Stefanie Thöny in Costa Rica, Nicole Wenaweser in Bolivien, Sabine Schädler in Brasilien, Patricia Oehri in Indonesien, Martin Sprenger in Nepal, Ute Wild in Benin sowie Désirée Meier, Sabine Wachter und Wolfgang Wohlwend in Peru. Die Kosten für die Fachleute und Praktikanten/-innen im Ausland beliefen sich auf CHF 633 056.

Liechtensteiner Missionare
Im Jahr 2006 wirkten folgende liechtensteinische Ordensleute in Afrika und Südamerika:
– Sr. Rebecca Frick in Moro, Peru
– Br. Stefan Frommelt in Umtata, Eastern Cape, Südafrika
– Sr. Leoni Hasler in Tsumeb, Namibia
– P. Josef Oehri in Lubango, Angola

Öffentlichkeitsarbeit
Das Berichtsjahr 2006 zeichnete sich durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit aus. Höhepunkt war die Ausstellung Bio-Baumwolle, die von insgesamt 1 238 Personen, davon 707 Schülerinnen und Schüler, besucht wurde. Das Afrika-Fäscht beim TAK war ebenfalls sehr gut besucht.

Der LED verdoppelte 99 Aktionen von Schulen, Vereinen, Sternsingern, Firmlingen, Firmen usw. Der an Projekte überwiesene Betrag betrug CHF 1 304 241. Der LED hat dazu CHF 561 417 beigesteuert.

Projekte und Finanzen
Finanzen: Der LED verfügte im Jahr 2006 über ein ordentliches Budget von CHF 11 340 000. Aus dem Erlös der Münze 200 Jahre Souveränität gingen zusätzlich CHF 187 000 ein, die durch private zweckgebundene Spenden für das Gymnasium Alem Ketema in Äthiopien noch um CHF 28 100 erhöht wurden.

Zwei liechtensteinische Stiftungen stellten für Grossprojekte CHF 1 455 728 bereit, für die MicroFinance Initiative Liechtenstein gingen CHF 21 100 und als allgemeine Spenden zur Weiterleitung an Projekte CHF 30 071 ein.

PROJEKTLISTE 2006

2006 Diverse Beiträge
(34 Kleinprojekte CHF bis 25 000) 560 876

2006 Verdoppelungen
(Eingang 742 824 aus 99 Aktionen) 561 417

Grossprojekte: Im Einzelnen wurden vom Stiftungsrat folgende Projekte und Programme genehmigt:

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
101	2005/07	Bolivien	Berufliche Aus- und Weiterbildung im Barrio Plan 3000	152 883.80
102	2007/09	Bolivien	Aus- und Weiterbildung für berufstätige Jugendliche	156 780.00
103	2006	Bolivien	Gesundheitssystem für Arme	94 500.00
104	2005/06	Bolivien	Umweltgerechte Entsorgung von Spitalabfällen (M)	220 000.00
105	2006/08	Bolivien	Entsendung von Fachleuten	128 000.00
106	2002/06	Bolivien	Frauenbildungszentrum «Granja Hogar»	146 195.20
108	2006/09	Bolivien	Bildungszentrum CEFOI	22 815.00
110	2006	Bolivien	Training and Production Workshops (M)	366 060.00
111	2007	Bolivien	Proceso - Umweltbildung	45 260.00
121	2004/06	Peru	Tarea: Institutionelle Unterstützung	216 667.00
122	2004/06	Peru	EDUCA: Institutionelle Unterstützung	250 000.00
123	2004/06	Peru	EDUVIDA: Leader für ein gesundes Leben	191 500.00
124	2003/06	Peru	Moro 2008	223 830.00
125	2005/07	Peru	Landwirtschaftsmodul Moro	305 516.00
126	2006/10	Peru	Stärkung von drei Microfinance Instituten	99 248.35
129	2005/08	Peru	Ausbildung von zweisprachigen, interkulturellen Lehrpersonen	80 320.00
141	2005/07	Nicaragua	Stärkung der praktischen Ausbildung	108 541.10
142	2006	Nicaragua	Lokale Entwicklung des Naturschutzgebietes Kahka Creek	106 267.00
143	2004/06	Nicaragua	Nachhaltige Landwirtschaft am Oberlauf des Rio Yaoga, Nicaragua	18 620.00
147	2002/06	Nicaragua	Ausbildung von Lehrpersonen in ländlichen Gemeinden	21 250.00
151	2006	Nicaragua	Solaranlage für Mehrzwecksaal und Schule in Laguna de Perlas	27 384.00
161	2006	Costa Rica	Kleiner Kultursender Perez Zeledon (L)	45 148.00
162	2005/06	Costa Rica	Erweiterung des Sendegebiets der Kleinen Kultursender	200 000.00
163	2005/07	Costa Rica	Unterstützung für Radioschule und kleine Kultursender	225 000.00
165	2006/07	Costa Rica	Personelle Unterstützung in Marketing und Administration	35 320.00
166	2006	Brasilien	Hospital for Face Surgery (M)	210 000.00
201	2005/07	Mozambique	Cabo Delgado Health Support	550 000.00
202	2007/09	Mozambique	Gesundheitsprogramm	195 106.00
204	2004/07	Mozambique	Hilfe auf kommunaler Ebene für Aids-Waisen	197 267.00
206	2004/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südsofala, Distrikte Buzi und Chibabaya	502 971.00
207	2005/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südsofala, Distrikt Machanga (M)	234 520.00
210	2004/06	Mozambique	Bildungsprogramm in den Provinzen Maputo und Cabo Delgado	171 000.00
221	2004/06	Zimbabwe	PSDC Ausbildungszentrum	121 592.00
222	2004/06	Zimbabwe	Umweltbildungsprogramm für ländliche Gemeinden	118 250.25
223	2004/07	Zimbabwe	Frauenzentrum Lupane	99 833.00
224	2003/06	Zimbabwe	Ausbildungsprogramm und Bewässerungsprojekt in Mwenezi	120 979.00
242	2005/06	Sambia	Aidsprogramm in der Südprovinz von Sambia	216 000.00
244	2005/06	Sambia	Bildungszentren in der Südprovinz von Sambia	30 058.00
245	2004/07	Sambia	Aids-Präventionsprogramm	84 826.00
261	2005/06	Malawi	Gesundheitsprogramm für Jugendliche und Kinder (M)	380 000.00
271	2004/07	Namibia	Aids-Programm in der Erongo-Region	50 000.00
276	2005/07	Kenia	Internetplattform für ökologische Kontrolle von Schädlingen	100 000.00
277	2006/09	Tanzania	Aufbau des Kommunalradio Humura	341 760.00
301	2005/08	Burkina Faso	Förderung beruflicher Kompetenzen	342 000.00
302	2005/07	Burkina Faso	Gesundheit und Ernährung für Mutter und Kind	206 074.00
305	2005/07	Burkina Faso	SAH-Entwicklungsprogramm Burkina Faso	328 700.00
321	2006/08	Mali	Förderung des Anbaus von biologischer Baumwolle	125 400.00
322	2005/07	Mali	Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft	72 694.50

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
323	2002/06	Mali	Unterstützung des Privatsektors im Bereich Wasser	68 400.00
326	2007/09	Mali	Landwirtschaftliche Diversifizierung	380 000.00
332	2007/08	Niger	Bessere Chancen für arbeitslose Jugendliche	399 000.00
341	2006/07	Senegal	Nachhaltige Landwirtschaft in der Region Fimela	66 265.70
342	2005/07	Senegal	Dezentralisierung in Nioro du Rip	113 441.90
344	2006/08	Senegal	Frauen, Kinder, Bildung	62 587.50
345	2006/07	Senegal	Unterstützung von Frauen im Bereich Fischfang	156 750.50
346	2005/07	Senegal	Heilpflanzen und traditionelle Pflanzenmedizin	185 172.20
347	2004/07	Senegal	Aidsprävention in der Region Thiadiaye	44 495.80
348	2004/07	Senegal	Frauenförderung in der Region Thiès	15 146.00
349	2004/06	Senegal	Förderung des Anbaus von biologischer Baumwolle	142 500.00
350	2005/06	Senegal	Nachhaltiges Ressourcenmanagement in Notto und Tassette	70 470.00
361	2004/06	Benin	Waldschutzprogramm in Tobe, Benin	60 000.00
365	2006	Äthiopien	Alem Ketema-Gymnasium	340 000.00
460	2004/06	Tajikistan	Health Centre Odamiyat in Dushanbe	50 000.00
461	2004/06	Tajikistan	Home Care Odamiyat in Dushanbe	50 000.00
472	2006	Rumänien	Curcubeu - Unterricht für marginalisierte Kinder und Jugendliche	30 000.00
483	2006	Russland	Erweiterung der physiotherap. Abteilung im Krankenhaus Slavgorod	40 575.00
501	2006/07	Indonesien	Übersetzer für Baufachbücher	15 000.00
				10 575 940.80

Evaluationen Insgesamt wurden fünf Projekte evaluiert, zwei davon im Auftrag des LED. Mit einem Projekt wurde darauf hin die Zusammenarbeit beendet, weil die Ergebnisse nicht vollumfänglich den Erwartungen entsprachen.

Projektbesuche Im Berichtsjahr wurden sieben Projektreisen durchgeführt. Zwei davon waren speziell, da der Regierungschef bzw. Landtagsabgeordnete daran teilnahmen. Bei drei Reisen war jeweils ein Mitglied des Stiftungsrates dabei. Alle Projektreisen verliefen ohne besondere Zwischenfälle. Sie zeigten einmal mehr, wie wichtig der persönliche Kontakt ist.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Dr. Martin Meyer

Zentrale Themen im Ressort waren die Vernehmlasssung sowie die erste Lesung im Landtag betr. die Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes. Weitere Projekte, wie das jährlich stattfindende Bodenseesicherheitsgespräch und die enge Zusammenarbeit in der «EUREGIO Bodensee», der liechtensteinische Beitrag zum Thema «EUROPOL», sind zentrale Bestandteile einer umfangreichen Sicherheitskonzeption. Zudem ist anlässlich eines informellen Treffens mit dem Tiroler Landeshauptmann die internationale Zusammenarbeit im Kongress der Gemeinden und Regionen im Europarat «KGRE» thematisiert und dabei die verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten auf Ebene der Gemeinden und Regionen diskutiert worden.

Internationale Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr wurde die regionale und internationale Zusammenarbeit verstärkt. So fand vom 29. bis 30. März in Wien ein Ministertreffen statt, bei welchem die Einsatz- und Krisenintervention im Mittelpunkt stand. Dabei wurden die erneuerten Strukturen und Organisationen bei Katastrophen- und Kriseneinsätzen, wie die Methoden und Vorgehensweisen der öffentlichen Information in Krisensituationen, thematisiert. Liechtenstein wurde an dieser Sitzung durch Regierungsrat Dr. Martin Meyer vertreten.

Regierungsrat Dr. Martin Meyer weilte vom 4. bis 5. Mai 2006 in seiner Funktion als Innenminister an der Ministerkonferenz zum Thema «Die innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn» in Wien. Im Zentrum der Konferenz standen die Themen Asyl und Migration, organisierte Kriminalität und Korruption sowie Terrorismusprävention. Zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa haben die teilnehmenden Länder die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa unterzeichnet.

Am 23./24. August 2006 haben sich die Innenminister der deutschsprachigen Länder, der Innenminister der Schweiz, Bundesrat Christoph Blocher, die österreichische Innenministerin Liese Prokop, der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble und der liechtensteinische Innenminister Martin Meyer, zu einem gemeinsamen Arbeitsgespräch in Vaduz getroffen. Das Treffen fand auf Einladung von Regierungsrat Martin Meyer statt und stand im Zeichen des Titels «Vier Länder – Ein gemeinsamer Sicherheitsraum». Die thematischen Schwerpunkte des Treffens bildeten erstens die polizeiliche Integration der Schweiz und Liechtensteins in die Schengener Sicherheitszusammenarbeit. Dabei wurden zudem allgemeine Themen im Zusammenhang mit der Schengen-Sicherheitspartnerschaft erörtert. Darüber hinaus wurden am Innenministertreffen in Vaduz auch allgemeine Fragen zur Integration diskutiert, wie etwa massgebende Faktoren bzw. Voraussetzungen für erfolgreiche Integration. Den dritten Themenblock des Treffens bildete die Sicherheit bei Grossanlässen. Dabei wurden die bisherigen Erfahrungen im Rahmen der Fussball-WM 2006 besprochen sowie sicherheitsrelevante Fragen betr. die EURO 2008 behandelt. Im Anschluss an das Arbeitsgespräch wurden die Gäste von Regierungchef Otmar Hasler zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Ein Gespräch und ein Empfang durch Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz bildete den Abschluss des Treffens.

Auf Einladung von Regierungsrat Dr. Martin Meyer besuchte Bundesrat Samuel Schmid am 10. November 2006 das Fürstentum Liechtenstein. Der Vorsteher des eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), traf sich bei dieser Gelegenheit mit seinem liechtensteinischen Amtskollegen zu einem Arbeitsgespräch. Im Zentrum des Gesprächs standen insbesondere Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Katastrophen- und Unglücksfall. Zudem gehörte ein Rückblick auf die trinationale, grenzüberschreitende Katastrophenschutzübung «Rheintal 06» ebenso zu den Themen wie die Zusammenarbeit zwischen dem schweizerischen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und dem Fürstentum Liechtenstein im Aus- und Weiterbildungsbereich. Regierungsrat Dr. Martin Meyer bedankte sich bei dieser Gelegenheit bei Bundesrat Samuel Schmid für die Möglichkeit der Teilnahme an der trinationalen Katastrophenschutzübung «Rheintal 06», welche für alle Beteiligten aus der Schweiz, aus Österreich und aus dem Fürstentum Liechtenstein sehr wertvoll war. Die Übung im Dreiländereck zeigte deutlich auf, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein intensives Üben voraussetzt. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Arbeitsgespräches war die Evaluierung der bestehenden Staatsverträge. Dabei wurde insbesondere die Vereinbarung über die Teilnahme des Fürstentums Liechtenstein am Sicherheitsfunknetz «Polycom» sowie das Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen thematisiert. «Polycom» ist seit Mai 2006 bei der liechtensteinischen Landespolizei produktiv im Einsatz.

Öffentliche Sicherheit und Rettungsorganisation

Neben der Landespolizei sind für die öffentliche Sicherheit insbesondere die liechtensteinischen Rettungsorganisationen (u.a. Feuerwehren, Bergrettung, Samaritervereine) zuständig. Eine zentrale Aufgabe im Berichtsjahr war der Bericht und Antrag anlässlich der ersten Lesung im Landtag betreffend das Katastrophenschutzgesetz, welches künftig durch das Gesetz über den Schutz der Bevölkerung ersetzt werden wird. Im Berichtsjahr wurde ausserdem der Landesführungsstab reaktiviert, indem sechs Sitzungen und die trinationale und grenzüberschreitende Übung «Rheintal 06» abgehalten wurden. Bei der im Oktober durchgeführten grenzüberschreitenden Grossübung wurde ein mittelschweres Erdbeben der Stärke 6 als Ausgangslage angenommen. Neben dem Landesführungsstab war auch der Gemeindeführungsstab

Ruggell/Schellenberg während beiden Übungstagen im Einsatz. Diese Übung hat aufschlussreiche Erkenntnisse in Bezug auf Information/Kommunikation, Lagedarstellung und internationale Hilfe und landesinterne Zusammenarbeit gebracht. Diese Thematik ist in die Erarbeitung des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes eingeflossen.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Kurse der Zivilschutzorganisationen durchgeführt. Die Feuerwehrausbildung und die Ausbildung in den anderen Rettungsorganisationen haben sich mittlerweile materiell, aber auch finanziell, auf einem sehr hohen Niveau eingependelt und bestens bewährt. Die im Land existenten verschiedenen Rettungsorganisationen sind durch zahlreiche Subventionen unterstützt worden. Neben den Nothilfekursen für Schulen wurden die ausserordentlichen Kursangebote der Samariter sehr gut genutzt. Weitere Projekte im Bereich des Zivilschutzes waren im Berichtsjahr der Schutzraumbau und die Erarbeitung eines UKW-Notsendekonzeptes in ausserordentlichen Lagen, welches abgeschlossen werden konnte.

Gewaltschutzkommission
Die Kommission kam im Berichtsjahr zu 7 Sitzungen zusammen, wobei zwei Schwerpunkte gesetzt wurden. Erstens ist das Gewaltpräventionsprojekt «Respect bitte!» mit einer pädagogischen DVD realisiert und die Lancierung der Gewaltpräventionskampagne begleitet worden. Im Rahmen dieses Projektes, an dem sich im Auftrag der Regierung die Gewaltschutzkommission beteiligt hat, ist eine pädagogische DVD realisiert worden, welche nunmehr unter anderem im Schulbetrieb als Lehrmittel verwendet werden kann. Als weiteres Hilfsmittel für die Umsetzung dieser Kampagne ist einerseits die Internetseite www.respect-bitte.li geschaffen worden, über die die ganze Kampagne organisatorisch abgewickelt werden kann und andererseits konnte ein umfangreicher Referentenpool mit Fachleuten aus Liechtenstein zusammengesellt werden, die zu diesem Thema an verschiedenen Veranstaltungen Fachbeiträge leisten werden. Als weiteren Schwerpunkt hat die Gewaltschutzkommission in Zusammenarbeit mit der Vorsteherkonferenz die Gewaltreduktion an öffentlichen Anlässen selbst in die Hand genommen. Dieses Projekt konnte inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden, indem ein Handbuch zur Durchführung öffentlicher Veranstaltungen – unter besonderer Berücksichtigung von Jugendschutz und Gewaltprävention - erarbeitet wurde. Dieses Handbuch enthält Informationen zur Durchführung von Veranstaltungen unter den Gesichtspunkten «Reduktion des Gewaltrisikos und Durchsetzung des Jugendschutzes» und beinhaltet darüber hinaus ein vereinheitlichtes Antrags- und Bewilligungsformular für Veranstaltungen in den Gemeinden.

Regelungskommission
Die Kommission (Vorsitzender: Mag. iur. Konrad Lanser) hat im Berichtsjahr insgesamt drei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden insgesamt sechs Entscheidungen getroffen. Daneben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Regelungsausschüsse der Gemeinden auch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht beraten und die zahlreichen Anfragen einer Erledigung zugeführt.

Landesgrundverkehrskommission
Die Kommission (Präsident: Dr. Benedikt Marxer) hat im Berichtsjahr insgesamt fünf nichtöffentliche Sitzungen abgehalten.

Landes- und Gemeindebürgerrecht
Im Rahmen des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes sind im Berichtsjahr insgesamt 162 Personen eingebürgert worden. Nach § 5a (Einbürgerung für Alteingesessene) des genannten Gesetzes wurden 111 Personen, nach § 5 (infolge Eheschliessung) 43 Personen eingebürgert. Gemäss § 6 (im ordentlichen Verfahren, Gemeindeabstimmung) konnten 8 Personen eingebürgert werden.

Grundverkehr
Das Ressort war im Berichtsjahr mit insgesamt 320 Grundverkehrsangelegenheiten befasst. Gegen 9 Beschlüsse von Gemeindegrundverkehrskommissionen wurde Beschwerde an die Landesgrundverkehrskommission erhoben. Seit dem 1. Januar 2002 wird das Beschwerde- und Gegenäusserungsrecht gemäss Art. 18 Abs. 2 und 4 des Grundverkehrsgesetzes durch das Ressort Inneres ausgeübt

Auflistung nach Gemeinden	Gesamt	davon Beschwerden
Gemeinde Balzers	21	1
Gemeinde Eschen	37	1
Gemeinde Gamprin	23	1
Gemeinde Mauren	25	0
Gemeinde Planken	5	0
Gemeinde Ruggell	20	2
Gemeinde Schaan	63	0
Gemeinde Schellenberg	11	0
Gemeinde Triesen	66	3
Gemeinde Triesenberg	16	0
Gemeinde Vaduz	33	1
Total	**320**	**9**

Auflistung nach Erwerbstypen	
Baurecht	12
Kauf	255
Miete	4
Schenkung	13
Tausch	15
Widmung (Einbringung in Familienstiftung)	8
Sonstiges	13
Total	**320**

AMTSSTELLEN

Landespolizei

Amtsleiter: Polizeichef lic. oec. HSG Adrian Hasler

Im Rahmen der strukturellen Weiterentwicklung hat die Landespolizei im Berichtsjahr wesentliche Fortschritte erzielt. Nachdem die geplanten Sofortmassnahmen am Polizeigebäude erfolgreich abgeschlossen wurden, hat sich die Führung der Landespolizei mit der nächsten Phase auseinandergesetzt. Als Planungsvariante wird derzeit die Anbindung des Gebäudes des Ausländer- und Passamtes an das Polizeigebäude geprüft. Mit dieser Lösung kann die akute Raumnot der Landespolizei entschärft werden. Auch die Erneuerung der Landesnotruf- und Einsatzzentrale wurde im Detail geplant und vorbereitet. Die Umsetzung ist für das Jahr 2007 vorgesehen.

Im Berichtsjahr konnte die Landespolizei strategisch wichtige Projekte weiterführen und zum Teil abschliessen. Wie bereits im vergangenen Jahr gehörte die Einführung des digitalen Funknetzes «Polycom» zu den zentralen Projekten der Landespolizei. Sämtliche Antennenstandorte in Liechtenstein sind mittlerweile funktionsfähig. Seit Mai 2006 funkt die Landespolizei auf dem neuen digitalen Funknetz «Polycom». Der definitive Abschluss des Projektes ist für 2007 vorgesehen.

Auch die Überführung der Landespolizei in das neue Besoldungsgesetz der Landesverwaltung wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen. Der Projektfahrplan wurde eingehalten und die Systemumstellung wurde bereits Ende Mai 2006 kostenneutral vollzogen. Somit verfügt nun auch die Landespolizei über ein modernes Beurteilungs- und Lohnsystem, das die Honorierung von Leistung erlaubt.

Die Landespolizei im Einsatz

Die Landespolizei leistete im Berichtsjahr in verschiedenen Diensten einen durchgehenden Betrieb. Die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) war rund um die Uhr durch zwei Mitarbeitende besetzt. Sie disponierten insgesamt 4 345 Einsätze. Die Zahl dieser Einsätze entspricht dem Vorjahreswert (4 377).

Im uniformierten Aussendienst besorgten die Patrouillen in Früh-, Spät- und Nachtdiensten eine lückenlose Präsenz. Dabei wurden die Polizisten insbesondere am Wochenende durch die Bereitschaftspolizei unterstützt.

Tätigkeiten und Dienstleistungen	**2006**	2005
Durch die Einsatzzentrale disponierte Einsätze	**4 345**	4 377

Personalbestand

Bei der Landespolizei waren per Ende des Berichtsjahres 113.8 Stellen besetzt. Davon entfielen 82.4 Stellen auf Polizeibeamte mit hoheitlichen Funktionen, 2.0 Stellen auf Polizeiaspiranten und 29.4 Stellen auf Verwaltungsangestellte (inkl. Vollzugsbeamte Landesgefängnis). Ferner wurde die Landespolizei noch durch 37 Bereitschaftspolizisten unterstützt.

Aus- und Weiterbildung

Die Grundausbildung der Polizeiaspiranten wurde für das Schuljahr 2005/06 zum letzten Mal an der Zentralschweizer Polizeischule in Sempach vermittelt. Aufgrund der Zentralisierungsanstrengungen im Bereich der Polizeiausbildung wurde nun auch in der Ostschweiz eine gemeinsame Polizeischule gegründet, welche ihren Betrieb im Herbst 2006 in Amriswil aufgenommen hat. Die Landespolizei beteiligte sich sowohl an der Evaluation des Standortes als auch an der Ausarbeitung der Lehrinhaltsvorgaben. Die weitere Vereinheitlichung der Ausbildung im Bereich des Ostschweizer Polizeikonkordates hebt die Professionalität der gemeinsamen Einsätze und stärkt das gegenseitige Verständnis der in der Region tätigen Polizeikräfte. Derzeit besuchen zwei Polizeiaspiranten den ersten Lehrgang an der Polizeischule Ostschweiz in Amriswil.

Weiters absolvierten Polizistinnen und Polizisten berufsbezogene Weiterbildungen in schweizerischen, österreichischen und deutschen Polizei-Fachhochschulen und Polizeiinstituten. Das fachliche Training im sicherheitspolizeilichen Bereich wurde durch ausgebildete Instruktoren der Landespolizei durchgeführt.

Internationale Zusammenarbeit

Auch 2006 wurden wieder zahlreiche Aussenbeziehungen gefestigt und erweitert. Interpol, mit seinen über 180 Mitgliedsstaaten, ist für die Landespolizei ein unerlässliches Mittel in der täglichen Polizeikooperation. Im Berichtsjahr stellte Interpol Vaduz 422 Anfragen an ausländische Polizeistellen. Gleichzeitig richteten sich 479 konkrete Anfragen an Interpol Vaduz. Im Rahmen der Zonenverbreitung wurden 37 679 Anfragen durch Interpol Vaduz bearbeitet.

Tätigkeiten und Dienstleistungen Interpol Vaduz (Auszug)	**2006**	2005
Konkrete Anfragen an Interpol Vaduz	**479**	382
Konkrete Anfragen durch Interpol Vaduz an ausländische Interpol-Büros	**422**	328
Anfragen an Interpol Vaduz im Rahmen von Zonenverbreitungen	**37 679**	35 883
Ersuchen von Interpol Vaduz an Interpol-Zonen	**61**	35

Neben der Mitgliedschaft bei Interpol ist die Landespolizei in der Polizeichefvereinigung Bodensee und dem Ostschweizer Polizeikonkordat als Mitglied vertreten. Diese Einbettung in die regionale Polizeikooperation ist äusserst wertvoll. Sie ermöglicht der Landespolizei, von den Erfahrungen der Partner zu profitieren und Kriminalitätsphänomene in einem internationalen Kontext zu bearbeiten.

Verkehrssicherheit

Im Bereich der Verkehrssicherheit wurde auch im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit gelegt. Die Verkehrsinstruktoren der Landespolizei erteilten 751 Stunden Verkehrsunterricht in praktischer und theoretischer Form an Kindergartenklassen, Primarschulen, der Heilpädagogischen Tagesstätte sowie an der Waldorfschule. Zur praktischen Verkehrserziehung gehörte auch die Verkehrsschulungsanlage, welche in Vaduz wieder für einen Monat aufgebaut und betrieben wurde. Im Bereich der Kindergärten wurde das bereits 2004 erfolgreich eingeführte Puppentheater, in welchem den Kindern spielerisch der Umgang mit Verkehrsregeln dargeboten wird, erneut angeboten.

Neben diesen Unterrichtseinheiten setzte die Landespolizei einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung. Die Landespolizei war an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und bei Lichtsignalanlagen präsent und hat auf die jüngsten Verkehrsteilnehmer geachtet. Insgesamt leistete die Landespolizei im Bereich der Verkehrsinstruktion, Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung 1 454 Stunden.

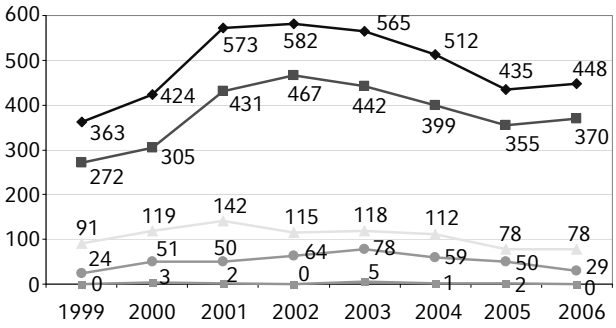
Verkehrspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	**2006 Anzahl**	**Std.**	2005 Anzahl	Std.
Rechtshilfeersuchen von ausl. Amtsstellen (im Sinne SVG)	**609**		640	
Verkehrskontrollen allgemein (ohne Geschwindigkeit)	**59**		83	
Geschwindigkeitskontrollen mobil	**131**		116	
Rotlichtübertretungen	**1 060**		1 854	
Schulwegsicherung / -überwachung		**703**		713
Verkehrsunterricht an Schulen		**751**		744
Alkohol- / Drogenuntersuchungen (Blutproben)	**308**		438	

In Zusammenarbeit mit der Kommission für Unfallverhütung erarbeitete die Landespolizei mehrere Präventionskampagnen beziehungsweise Aktionen. Besonders erwähnenswert sind die Jahreskampagne «gschnallt» sowie die Kampagne zum Schulbeginn und zur Alkoholproblematik.

Im Bereich der Unfallstatistik verzeichnete die Landespolizei einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Unfälle erhöhte sich von 435 (2005) auf 448 (2006). Erfreulich ist, dass es im Berichtsjahr zu keinem schweren Verkehrsunfall mit Todesfolge kam.

Verkehrsunfallstatistik	**2006**	2005
Verkehrsunfälle total (inkl. Nichtgenügen der Meldepflicht)	**448**	435
davon Verkehrsunfälle mit Sachschäden (inkl. Parkschäden)	**370**	355
davon Nichtgenügen der Meldepflicht	**118**	144
davon Täter ermittelt	**31 %**	38 %
davon Verkehrsunfälle mit Verletzten	**78**	78
dabei verletzte Personen	**97**	109
davon Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang	**0**	2
dabei Verkehrstote	**0**	2
davon Unfallort innerorts	**378**	357
davon Unfallort ausserorts	**70**	78

Entwicklung der Verkehrsunfälle



Öffentliche Sicherheit

Im Berichtsjahr leistete die Landespolizei 1 020 Stunden Ordnungsdienst bei Fussballspielen und bei Grossanlässen wie dem Staatsfeiertag. Obwohl die Fussballspiele grösstenteils friedlich verliefen, ist die Präsenz der Landespolizei je nach Lage unabdingbar. Im Rahmen der Polizeikooperation leistete die Landespolizei drei Assistenzeinsätze in der Schweiz.

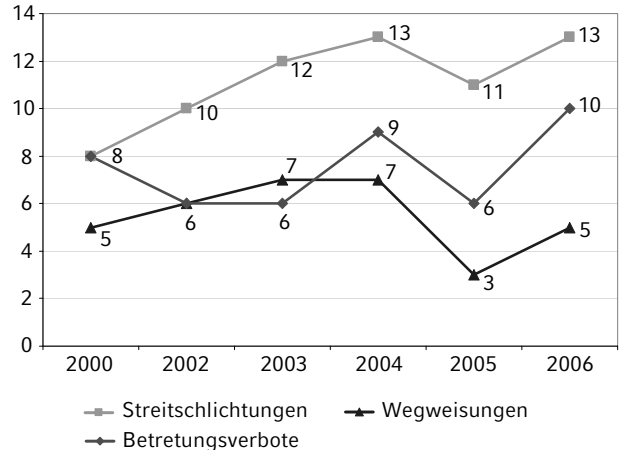
Sicherheitspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	**2006 Anzahl**	2005 Anzahl
Ordnungs- und Sicherheitsdienst	**21**	24
Ordnungsdiensteinsätze im Ausland	**3**	2
Einsätze der Interventionseinheit	**5**	7
Personen- und Objektschutz	**30**	21
Alarmeingänge total	**16**	20
davon Alarmausrückungen	**11**	12

Die Interventionseinheit, eine im Milizsystem geführte Spezialeinheit für Einsätze mit hohem Gefährdungspotential, leistete im Berichtsjahr 5 Einsätze. Zudem wird die Interventionseinheit auch für Personen- und Objektschutz eingesetzt.

Der Schutz von Staatsgästen und die Sicherung des tagenden Landtages erforderten 820 Mannstunden. Hierzu gehören auch die Einsätze bei internationalen Konferenzen wie dem «Liechtenstein Dialogue».

Im Bereich der häuslichen Gewalt verzeichnete die Landespolizei im Jahr 2006 wieder eine Zunahme der Einsätze sowie der ausgesprochenen Betretungsverbote. Während die Landespolizei im Vorjahr 20 Interventionen verzeichnete, erhöhte sich die Anzahl der Interventionen im Berichtsjahr auf 28 (2006). Die Zahl der ausgesprochenen Betretungsverbote stieg von sechs auf zehn.

Entwicklung der Häuslichen Gewalt



Kriminalitätsentwicklung

Straftaten nach dem Strafgesetzbuch

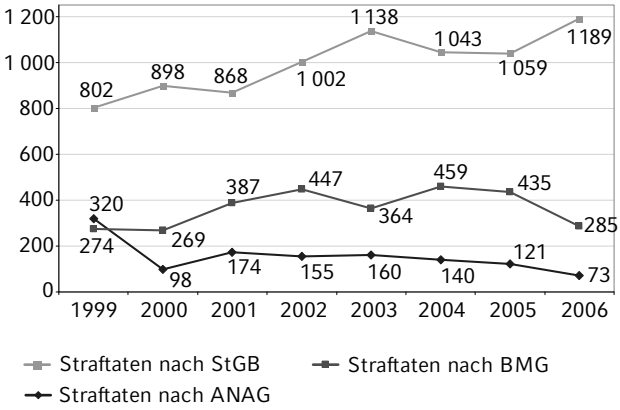
Die Landespolizei erfasste im Berichtsjahr 1189 Straftaten nach dem Strafgesetzbuch. Nachdem sich das Niveau in den vergangenen zwei Jahren bei rund 1040 Straftaten eingependelt hat, weist das Berichtsjahr mit einer Erhöhung um über 12 Prozent den höchsten Stand der letzten Jahre auf. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Kriminalstatistik um eine Straftaten- und keine Fallstatistik handelt. Das bedeutet, dass ein Fall mit mehreren Straftatbeständen in der Statistik aufscheinen kann (z.B. Wirtschaftsfall mit drei Straftatbeständen: Untreue, Betrug, Geldwäsche).

Wie bereits im Vorjahr betrafen über 600 Straftaten Eigentumsdelikte wie Sachbeschädigungen, Einbruch, Diebstahl usw. Die Delikte gegen Leib und Leben (insbesondere Körperverletzung) haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht (+ 24 Prozent). Im Bereich der Wirtschaftsdelikte nahm die Zahl der Straftatbestände ebenfalls deutlich zu. Wie in den vergangenen Jahren handelte es sich hauptsächlich um Betrug / Anlagebetrug, Geldwäscherei und Untreue / Veruntreuung.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 43 Sittlichkeitsdelikte registriert (Vorjahr 37); das entspricht einer Zunahme von 16.2 Prozent. Diese Zunahme resultiert insbesondere von Anzeigen aus dem Bereich sexuelle Nötigung sowie Pornografie.

Von allen ermittelten Tatverdächtigen waren 14.5 Prozent minderjährig, wobei der Anteil der jugendlichen Tatverdächtigen speziell bei den typischen Jugendkriminalitätsdelikten wie Sachbeschädigung mit 25 Prozent und Einbruchdiebstahl mit 31 Prozent über dem Durchschnittswert liegt.

Entwicklung der Kriminalität



Mit 37 Prozent liegt die Aufklärungsquote leicht über dem Niveau des Vorjahres. Dennoch ist diese Zahl nur bedingt aussagekräftig. Die Bereiche Wirtschaftskriminalität und Betäubungsmitteldelikte, die eine Aufklärungsquote von 100 Prozent aufweisen, werden nicht berücksichtigt.

Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 285 Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (BMG) begangen und 100 Tatverdächtige verzeigt (Vorjahr 154). Diese Zahl gliedert sich in 79 Verzeigungen wegen Konsum, Besitz und Ankauf, 18 Verzeigungen wegen Verkauf oder Abgabe und 3 wegen gewerbsmässigem Handel. Im Berichtsjahr wurden 6 Kilogramm Heroin und 7 350 LSD-Konsumeinheiten sichergestellt.

Die markante Abnahme der registrierten Straftaten bzw. verzeigten Tatverdächtigen ist darauf zurückzuführen, dass durch einige grössere Fälle von Drogensicherstellungen an der Grenze zeitintensive Ermittlungen notwendig waren. In diesen Fällen waren im Inland jedoch keine Abnehmer involviert.

Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	**2006**	2005
Straftaten total	**285**	435
Verzeigte Personen total	**100**	154
davon Konsum, Besitz und Ankauf	**79**	116
davon Verkauf oder Abgabe	**18**	24
davon gewerbsmässiger Handel, Grossmengen	**3**	14

Straftaten nach dem Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG)

Im Berichtsjahr hat die Zahl der Migrationsdelikte auf 73 abgenommen. Die wesentlichen Verzeigungen erfolgten

wegen Verstössen gegen die Einreisebestimmungen (35), wegen Beihilfe zur illegalen Einreise (10), wegen Verstössen gegen Aufenthaltsbestimmungen (9) und wegen Missachtung der Einreisesperre (8). Insgesamt wurden 19 Personen ausgeschafft.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten
Die folgende Übersicht zeigt einen Auszug aus den kriminalpolizeilichen Tätigkeiten.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten (Auszug)	**2006**	2005
Rechtshilfetätigkeiten bei Wirtschaftsdelikten	**78**	106
Verhaftungen	**21**	23
Hausdurchsuchungen	**131**	105
Telefonkontrollen	**15**	7
Observationsmassnahmen	**7**	7
Ausschaffung / Abschiebung (Anzahl Personen)	**40**	43
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	**105**	91
Ausweisprüfung	**36**	38

Verwaltungspolizeiliche Tätigkeiten
Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwaltungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. Im Berichtsjahr nahmen die Anzeigen in diesem Bereich deutlich ab. Dies ist hauptsächlich auf die verringerte Anzahl von Tatbeständen aus dem Jugendgesetz zurückzuführen. Die Landespolizei misst dem Jugendschutz einen hohen Stellenwert zu und setzt deshalb auf Präventionsmassnahmen im Jugendbereich. Jährlich werden 10 bis 12 spezifische Jugendschutzkontrollen durchgeführt.

Straftaten nach Verwaltungsrecht und strafrechtlichen Nebengesetzen[1)]	**2006**	2005
Straftaten total	**255**	379
davon Jugendgesetz	**86**	179
davon Tourismusgesetz	**10**	21
davon Tierschutz, Tierseuchen, Tierhaltung, Kadaverbeseitigung	**14**	17
davon Waffengesetz	**94**	90
davon persönlicher Geheimbereich, Telefonbelästigung	**6**	14

[1)] diese Tabelle zeigt lediglich einen Auszug aus den Straftaten nach Verwaltungsrecht und strafrechtlichen Nebengesetzen. Einzelne Interventionen können Tatbestände unterschiedlicher Verwaltungsgebiete beinhalten.

Kriminalstatistik 2006

Straftaten nach StGB	Anzeigen		Veränderung		geklärte Fälle		ermittelte Täter		
	2006	2005	in Zahlen	in %	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
Total der Straftaten	**1 189**	1 059	130	12.3	384	37	531	77	454
Leib und Leben	**93**	75	18	24.0	67	72	101	11	90
Tötungsdelikte	**0**	0	0	na					
Körperverletzung	**78**	64	14	21.9	61	78	90	8	82
Gefährdung der körperlichen Sicherheit	**13**	10	3	30.0	4	31	7	3	4
Raufhandel	**2**	1	1	100.0	2	100	4	0	4
Freiheit	**80**	63	17	27.0	66	83	80	2	78
Freiheitsentzug / Entführung / Geiselnahme	**0**	0	0	na					
Nötigung	**16**	13	3	23.1	15	94	21	0	21
Drohung	**56**	44	12	27.3	44	79	52	1	51
Hausfriedensbruch	**8**	6	2	33.3	7	88	7	1	6
Fremdes Vermögen (ohne Fahrzeug- u. Wirtschaftsdelikte)	**616**	602	14	2.3	168	27	241	50	191
Sachbeschädigungen	**230**	183	47	25.7	59	26	79	20	59
davon Vandalismus / Sprayen	**31**	10	21	210.0	11	35	14	12	2
davon an Fahrzeugen	**75**	71	4	5.6	12	16	14	3	11
Einbruchdiebstahl	**120**	97	23	23.7	16	13	32	10	22
Fahrzeugaufbruch	**18**	12	6	50.0	12	67	17	2	15
Einschleichdiebstahl	**4**	6	-2	-33.3	4	100	6	0	6
Entreissdiebstahl	**1**	0	1	na	1	100	4	3	1
Diebstahl (einfach)	**151**	173	-22	-12.7	34	23	51	11	40
Trick-/Taschendiebstahl	**4**	4	0	0.0	2	50	4	1	3
Ladendiebstahl	**13**	5	8	160.0	4	31	4	0	4
Diebstahl ab/aus Fahrzeugen (ohne Aufbrechen)	**6**	23	-17	-73.9	0	0	0	0	0
Kontrollschilddiebstahl ab Fahrzeugen	**10**	5	5	100.0	0	0	0	0	0

Straftaten nach StGB	Anzeigen		Veränderung		geklärte Fälle		ermittelte Täter		
	2006	2005	in Zahlen	in %	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
Veruntreuung / Unterschlagung	**23**	11	12	109.1	13	57	15	3	12
Hehlerei	**6**	13	-7	-53.8	6	100	8	0	8
Raub	**4**	1	3	300.0	1	25	2	0	2
Erpressung	**1**	2	-1	-50.0	1	100	2	0	2
Betrug / Zechprellerei	**25**	67	-42	-62.7	15	60	17	0	17
Fahrzeugdelikte									
(Diebstahl u. Entwendung)	**84**	80	4	5.0	3	4	6	0	6
Autos	**5**	2	3	150.0	3	60	6	0	6
Motorräder / Kleinmotorräder /									
Motorfahrräder	**2**	8	-6	-75.0	0	0	0	0	0
Fahrräder	**77**	70	7	10.0	0	0	0	0	0
Wirtschaftsdelikte	**147**	107	40	37.4					
Betrug / Anlagebetrug	**82**	59	23	39.0					
Konkursdelikte	**13**	7	6	85.7					
Geldwäscherei	**32**	25	7	28.0					
Untreue / Veruntreuung	**20**	16	4	25.0					
Gemeingefahr	**6**	4	2	50.0	2	33	3	0	3
Brandstiftung (vorsätzlich)	**2**	2	0	0.0	1	50	2	0	2
Fahrlässiges Herbeiführen einer									
Feuersbrunst	**4**	2	2	100.0	1	25	1	0	1
Sittlichkeit	**43**	37	6	16.2	24	56	28	2	26
Vergewaltigung / sex. Nötigung /									
Zwang zur Unzucht	**7**	7	0	0.0	1	14	1	0	1
Unzucht mit Unmündigen /									
Sittl. Gefährdung Unmündiger	**5**	7	-2	-28.6	4	80	4	0	4
öffentl. unzüchtige Handlungen									
(Exhibitionismus)	**2**	11	-9	-81.8	0	0	0	0	0
sexuelle Belästigung	**20**	10	10	100.0	12	60	14	2	12
Pornographie	**9**	2	7	350.0	7	78	9	0	9
Urkunden und Beweiszeichen	**54**	30	24	80.0	26	48	31	6	25
Delikte gegen Geld / Wertpapiere /									
Wertzeichen	**1**	2	-1	-50.0	0	0	0	0	0
Kriminelle Organisation (§ 278a)	**1**	0	1	na	1	100	1	0	1
Übrige Abschnitte StGB*	**64**	59	5	8.5	27	42	40	6	34
davon Rassendiskriminierung	**1**	3	-2	-66.7	1	100	6	0	6
davon Widerstand gegen die Staatsgewalt	**0**	3	-3	-100.0			0		
Davon Straftaten, bei welchen ein PC									
und/oder das Internet als Tatmittel									
verwendet wurden:	**16**	14	2	14.3					
Pornographie / Sittlichkeitsdelikte	**5**	7	-2	-28.6					
Vermögensdelikte	**10**	7	3	42.9					
Freiheitsdelikte	**0**	0	0	na					
Andere	**4**	0	4	na					

* Rubrik «Übrige Abschintte StGB» für das Jahr 2005 um + 19 Tatbestände korrigiert!

Amt für Zivilschutz und Landesversorgung

Amtsleiter: Alfred Vogt

Im Mittelpunkt des Berichtsjahres standen für das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung einerseits die Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes, das dem Landtag zu einer ersten Lesung zugeführt werden konnte. Andererseits wurde die trinationale grenzüberschreitende Stabsrahmenübung «Rheintal 06» in Zusammenarbeit mit dem Kt. St. Gallen, dem Bundesland Vorarlberg, der Territorialregion 4 der Schweizer Armee und dem österreichischen Bundesheer durchführt.

Allgemeines Amtsorganisation

Das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung wies per Ende des Berichtsjahres einen Personalbestand von 5 Personen mit insgesamt 500 Stellenprozenten auf. Das Sekretariat wurde am 1. Dezember neu besetzt. Zudem wurde während der meisten Zeit ein Lehrling beschäftigt.

Im November 2006 ist das Amt und dessen Lager sowie das Depot der Bergrettung von Triesen nach Vaduz an die Zollstrasse 45 in Vaduz verlegt worden.

Bericht und Antrag zum Bevölkerungsschutzgesetz
Das Gesetz über den Katastrophenschutz (LGBl. 1992 Nr. 48) wurde einer Totalrevision unterzogen, in Vernehmlassung gegeben und mit Bericht und Antrag als «Gesetz über den Schutz der Bevölkerung» von der Regierung dem hohen Landtag für die erste Lesung übermittelt.

Schwerpunkte der Überarbeitung sind die Einbindung der Gemeinden in den Bevölkerungsschutz, die klare Definition der Führungsverantwortung und die Aufgabentrennung zwischen Land und Gemeinden.

Landes-Führungsstab (LFS) / Gemeinde-Führungsstäbe

Der Schwerpunkt der Arbeit des Landesführungsstabes war die Vorbereitung und die Durchführung der grenzüberschreitenden Grossübung «Rheintal 06», bei der Mitte Oktober ein mittelschweres Erdbeben der Stärke 6 als Ausgangslage angenommen wurde. Neben dem Landes-Führungsstab war auch der Gemeinde-Führungsstab Ruggell-Schellenberg während beiden Übungstagen im Einsatz. Liechtenstein hatte den Auftrag, die Abschlussveranstaltung in Ruggell zu organisieren.

An 6 Sitzungen hat sich der Stab einerseits mit grundsätzlichen und andererseits mit übungsspezifischen Problemen befasst. Durch die intensive Vorbereitung der Übung wurden erste Grundlagen für die weitere Stabsarbeit geschaffen. Der Landes-Führungsstab wurde dabei durch Fachpersonal des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz aus Bern unterstützt.

Das für die Durchführung der Übung benötigte zusätzliche Personal (Regie, Übungsleitung etc.) wurde teilweise durch die Landespolizei und teilweise durch Freiwillige aus den Hilfs- und Rettungsorganisation (insbesondere der Feuerwehr) gestellt. Die Übung «Rheintal 06» brachte aufschlussreiche Erkenntnisse in Bezug auf Information/Kommunikation, Lagedarstellung, internationale Hilfe und landesinterne Zusammenarbeit.

Alarmierung in Liechtenstein

SMT-Telefonalarmierung
Die Alarmierung der Hilfs- und Rettungsorganisationen über die SMT-(Telefon-) Alarmierung aus der Landesnotruf und Einsatzzentrale (LNEZ) hat sich bewährt und mit wenigen minimalen Einschränkungen einwandfrei funktioniert. Die 2. Kommandostelle (Auslösestelle) wurde aus dem Amt für Zivilschutz und Landesversorgung in den unterirdischen Kommandoposten der Landespolizei verlegt.

Sirenenalarmierung
Der Probealarm am 1. Februar 2006 diente vor allem auch der Erprobung der neuen Sirenenfernsteuerung und verlief mit einer Ausnahme (Sirene auf der Gemeindeverwaltung Eschen) erfolgreich. Der Fehler lag bei der Schaltung der Steuerung am Standort. Er konnte behoben werden. Weitere Tests verliefen positiv.

Feuerwehr

Feuerwehrstützpunkt Vaduz
Als Folge der vollzogenen Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden wurde der Feuerwehr-Stützpunkt mit 1. Januar 2006 zu einer Aufgabe des Landes. Die vorhandene Infrastruktur ist von den Gemeinden an das Land abgetreten worden. Alle für den Betrieb des Stützpunktes notwendigen Rechtsgrundlagen wurden entsprechend angepasst oder neu erstellt.

Strahlenschutz
Der Strahlenschutz ist in die Stützpunkt-Feuerwehr integriert, personell aber unabhängig. Ihm stehen derzeit 12 Aktivmitglieder aus verschiedenen Feuerwehren zur Verfügung. In Vaduz fand ein Strahlenschutz-Weiterbildungskurs statt, an welchem auch eine Strahlenschutzgruppe aus Thurgau teilgenommen hat.

Personalbestand
In Liechtenstein standen per 31. Dezember 2006 11 freiwillige Gemeindefeuerwehren mit 462 Aktiven und 6 Betriebsfeuerwehren (bzw. Löschgruppen) mit 139 Leuten zur Verfügung. Der gesamte Personalbestand belief sich auf 601 Feuerwehrleute (davon 18 Frauen). Von den Feuerwehren wurden 46 Jugendfeuerwehr-Mitglieder aus acht Gemeinden gemeldet.

Feuerwehrausbildung

Inlandkurse
In 14 Kursen der Feuerwehren wurde in Liechtenstein an 27 Tagen Aus- und Weiterbildung angeboten. Es nahmen 341 Personen teil. Diese absolvierten 644.5 Kurstage (Personentage).

Auslandkurse
Im Ausland wurden an 19 Tagen 10 verschiedene Kurse besucht und dabei 70 Personentage absolviert.

Kurse für die Jugendfeuerwehr
An 5 Tagen wurden 4 Informations- und Weiterbildungsanlässe für die Mitglieder der Jugendfeuerwehren und deren Betreuer angeboten und von 88 Interessenten besucht.

Feuerwehr-Einsätze

Gesamthaft haben die Feuerwehren Liechtensteins im Berichtsjahr 442 Einsätze mit total 5551 Einsatzstunden geleistet.

Gemeindefeuerwehren
Die Gemeindefeuerwehren leisteten total 375 Einsätze – davon 41 Brandereignisse - mit 5285 Einsatzstunden. Es rückten total 1886 Personen aus.

Stützpunktfeuerwehr Vaduz
Als Stützpunktfeuerwehr hatte die Feuerwehr Vaduz im Berichtsjahr keine Einsätze. Pikettdienst wurde an 64 Wochenenden und Feiertagen geleistet.

Betriebsfeuerwehren
Die Betriebsfeuerwehren verzeichneten 67 Einsätze, davon nur 6 Brände. Es rückten total 288 Leute für 366 Stunden aus.

Übungstätigkeit

Der Gesamtaufwand an Übungsstunden aller Feuerwehren beträgt 17 605 Stunden, davon wurden 14 327 von den Gemeinde- und 3 278 von den Betriebsfeuerwehren aufgebracht.

Inspektionen

2006 wurden 8 Gemeinschaftsübungen in den Gemeinden und Betrieben inspiziert. Die Inspektionen konzentrierten sich speziell auf die Zusammenarbeit unter den Feuerwehren. Zusammenfassend konnte ein sehr gutes Ergebnis festgestellt werden.

Subventionierung von Feuerwehrfahrzeugen

Den Gemeinden wurden CHF 605 069 Subventionen für insgesamt 8 Feuerwehr-Fahrzeuge ausbezahlt.

Aufgrund der Aufgabenentflechtung wird die Subventionierung von Feuerwehrmaterial durch das Land eingestellt.

Feuerwehrinstruktoren

Es stehen 25 eigene Instruktoren zur Verfügung, welche 2006 gesamthaft 117 Einsatztage als Ausbildner an Kursen leisteten. Für die persönliche Aus- und Weiterbildung wurden von den Feuerwehrinstruktoren 48 Tage aufgewendet.

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die «Arbeitsgruppe für die Feuerwehr-Koordination 2003 plus» erledigte ihre Sachgeschäfte an insgesamt 9 Sitzungen.

Die ständige Kommission für Stützpunkt und Chemiewehr tagte 7 Mal. In zwei zusätzlichen temporären Arbeitsgruppen wurden die Erneuerung des Feuerwehr-Ausbildungskonzeptes und die Möglichkeiten für Übungen am Feuer behandelt.

Hilfs- und Rettungsorganisationen

Samariterwesen
Im März 2006 wurde der Pfadfinder-Samariterverein aufgelöst, sodass noch 6 Samaritervereine tätig sind.

Personalbestand
Ende Jahr waren in diesen 6 Vereinen noch 184 Samariter/innen über Telefon alarmierbar.

Kurswesen
Fünf Vereine haben insgesamt 39 Kurse für die Bevölkerung inkl. 21 Nothilfekurse an Schulen durchgeführt. Durch die Kaderleute wurden an 30 Kursen insgesamt 165 Personen-Tage an Aus- und Weiterbildung geleistet. Darin eingeschlossen ist ein Teil der Ausbildung von 4 neuen Techn. Leitern/Kursleitern.

Bergrettung

Personal
In der Liechtensteinischen Bergrettung (LBR) waren Ende Jahr 29 Mitglieder (davon 5 Frauen) und 2 Aspiranten tätig.

Einsätze
Die LBR wurde zu 7 Einsätze aufgeboten. Dafür rückten total 86 Bergretterinnen und Bergretter für insgesamt 399 Einsatzstunden aus. Betroffen waren 5 Personen, davon waren 2 unverletzt. 3 konnten nur noch tot

geborgen werden. 2 Einätze wurden abgebrochen, weil die Gesuchten wieder auftauchten.

Kurse und Übungen
Insgesamt wurden 13 interne Übungen mit durchschnittlich ca. 20 Teilnehmern und 11 weitere Vereinsanlässe organisiert. 5 externe Kader- und Spezialistenkurse wurden besucht und dabei 31 Personen-Tage absolviert.

Rettungshundegruppe Liechtenstein

Die Rettungshundegruppe Liechtenstein bestand aus 8 aktiven Hundeführern mit ausgebildeten Hunden. 4 Junghunde kamen neu dazu. Davon sind nach wie vor 4 auch bei der Alpinen Rettung Schweiz tätig. Die Rettungshundegruppe verzeichnete 2005 keine Wintereinsätze. 2 Hundeführer arbeiten innerhalb der Alpinen Rettung Schweiz auch in der Geländesuche (Sommerarbeit) mit. Bei 5 regionalen Erstfall-Einsätzen war je ein Hundeführer aus Liechtenstein dabei.

Beobachtungsdienst / Schneemessung

Der Beobachtungsdienst wurde durch 4 Personen abgedeckt. Sie wendeten für ihren Dienst total 197 Stunden auf, davon 15 für 7 Schneeprofile zur genaueren Abklärung des Aufbaus der Schneedecke (gerechnet von November 2005 bis November 2006). Ein Beobachter absolvierte im Frühwinter 2006/07 einen Weiterbildungskurs beim ISL

Lawinendienst

In der Wintersaison 2005/06 waren keine Lawinenabgänge in der Nähe von touristisch genutzten Zonen zu verzeichnen.

Die Kosten des Lawinendienstes wurden den Gemeinden weiterverrechnet; dem Land entstanden keine Kosten.

Wasserrettung

Die liechtensteinische Wasserrettung verfügte im Berichtsjahr über 29 Aktivmitglieder, darunter sind 3 Frauen. Sie absolvierte 3 ganz- und 3 halbtägige Weiterbildungskurse. Die Wasserrettung hatte keinen Ernstfall-Einsatz zu verzeichnen.

Landesversorgung

Für die Landesversorgung gibt es neu nur noch drei Bereichsleiter bei der Rationierung: Lebensmittel, Treibstoffe und Heizöl. Alle drei wurden namentlich bestimmt.

Die vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung geforderte Information der Gemeinden wurde auf die Zeit nach den Wahlen verschoben, um die aktuellen Verantwortlichen zu erreichen.

Heizölbewirtschaftung
Die Ausbildung des Bereichsverantwortlichen «Heilölrationierung» wurde abgeschlossen und die notwendigen Dokumente für die Umsetzung in Liechtenstein liegen vor. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz bestand die Aufgabe vorwiegend aus Vorbereitungsarbeiten für die Registrierung von Heizungsanlagen, welche mit Heizöl betrieben werden.

Treibstoffbewirtschaftung
Der Verantwortliche aus der MFK für die Treibstoffrationierung konnte seine Grundausbildung abschliessen.

Heizöllager «Forst»

Das Land Liechtenstein besitzt 1450 Anteilscheine der Genossenschaft für Heizöllagerhaltung für die Berechtigung der Einlagerung von je 5 Tonnen Heizöl. Die gesamte mögliche Einlagerungskapazität des Landes beträgt also 7250 Tonnen. Sie ist ungenutzt bzw. das Lager leer.

Fachtechnik und Logistik

Logistik
Die Hauptaufgabe der Logistik im Jahre 2006 bestand darin, das vom Amt zur Verfügung gestellte Einsatz- und Kursmaterial für die Hilfs- und Rettungsorganisationen bereit zu stellen, vor Ort zu bringen, Unterhalt und Einsatzbereitschaft zu gewährleisten und wenn nötig neues Material zu beschaffen. Ein besonderer Schwerpunkt war das Zügeln des grössten Teils des Lagers.

Kleinlöscherschulungen
Im Jahre 2006 wurden 23 Kleinlöscherschulungen mit 1045 Teilnehmer durchgeführt. Teilnehmer waren Mitglieder von der Feuerwehren, Schulen, Banken oder Mitarbeiter von Industrie und Gewerbe. Die Personalkosten für die Stiftung für den Brandschutz und das Löschwesen beliefen sich auf CHF 18 231 und auf Materialkosten von Fr. 2 367.

Zivilschutz

Schutzraumbau / Schutzplatzangebot
Schutzraum- / Schutzplatzübersicht

Gemeinde	Einwohner Juni 06	Schutzplatz-angebot	In Prozent
Vaduz	**5050**	2694	53.35
Triesen	**4652**	2013	43.27
Balzers	**4437**	1012	22.81
Triesenberg	**2554**	2311	90.49
Schaan	**5771**	1475	25.56
Planken	**375**	16	4.27
Eschen/Nendeln	**4118**	1818	44.15
Mauren/Schaanwald	**3678**	1951	53.05
Gamprin/Bendern	**1462**	573	39.19
Ruggell	**1913**	844	44.12
Schellenberg	**1000**	471	47.10
Total	**35010**	**15178**	**43.35**

Das Schutzplatzangebot konnte in den letzten Jahren kontinuierlich mit Landessubventionen erhöht werden.

Führungsraum im «Neuen Landtagsgebäude»
Im Untergeschoss des neuen Landtagsgebäudes wird ein geschützter Führungsraum mit vollständiger Führungs-Infrastruktur realisiert.

Schutzraumprojekte
Das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung bearbeitete 4 Projekte mit total 1065 Schutzplätzen in privaten Bauten.

In neue Gemeindebauprojekten sind derzeit keine neuen Schutzraumprojekte geplant.

Spezialprojekte

Eine Arbeitsgruppe erarbeitete im Auftrag der Regierung ein «UKW-Notsendekonzept in ausserordentlichen Lagen für das Fürstentum Liechtenstein».

Gruppen des Amtes

Übermittlungsgruppe
Im Jahr 2006 bestand die Übermittlungs-Gruppe des Landes Liechtenstein aus 18 Mitgliedern und 2 Aspiranten, darunter 4 Frauen. Insgesamt wurden 8 gemeinsame Übungen, Ausbildungen bzw. Einsätze durchgeführt. Dabei wurden etwas über 713 Einsatz-Stunden geleistet. Schwerpunkte waren die Sicherstellung der Kommunikation am LGT-Marathon und der Leitungsbau von Schellenberg nach Vaduz im Rahmen der Übung «Rheintal 06».

Betriebsgruppe Landesführungsraum
Diese Gruppe des Amtes besteht aus 10 Mitgliedern, die auch als Stabs-Assistenten dem Landes-Führungsstab oder den Gemeinde-Führungsstäben zur Verfügung stehen. Im Jahr 2006 wurden 12 Übungen mit insgesamt 477 Stunden abgeleistet.

Kernteams für die Zivilschutzorganisationen
Drei Kernteams (Anlagewart, Betreuung und Versorgung) bilden den Dreh- und Angelpunkt der Zivilschutzgruppen. Sie übernehmen wichtige Auggaben in der Gruppenführung sowie gezielte Spezialaufträge - insbesondere bei der Ausbildung.

Die Anlagewarte führen alle Arbeiten für Funktionskontrollen in den Schutzräumen und die periodischen Probeläufe der Notstromgeräte in den landeseigenen Schutzräumen durch.

Die Gruppe «Betreuung» plant die Aufnahme von Obdachlosen/Evakuierten Personen in Sammelplätzen oder Notunterkünften und leitet solche Aktionen. Diese Gruppe konnte gegründet werden; für sie wurden aber erst die Leitplanken für die Arbeit festgelegt. Die Mitglieder des Versorgungswesens sind spezialisiert auf die Vorsorgung mit Lebensmitteln von Rettungs- und Hilfsorganisationen sowie von Obdachlosen oder Notleidenden.

Zivilschutzausbildung

Zivilschutzaus- und -weiterbildung in Liechtenstein
Der Zivilschutz-Einführungs- und der Grundkurs wurden mit je 11 Teilnehmern durchgeführt.

Weiterbildungsangebote in der Schweiz
In der Schweiz wurden besucht: Grundkurse für Anlagewarte im Kanton St. Gallen, Kurse zur Führung der «Elektronische Wandtafel» und zur Kartenführung sowie Kaderkurse für den Chef Lage und den Chef Telematik.

Zivilstandsamt

Amtsleiter: Hansjörg Meier

Die Schwerpunktaufgaben des Zivilstandsamts lagen im Berichtsjahr in der Führung und laufenden Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister, der Beantwortung von Anfragen, beim Vollzug von Eheschliessungen, bei der Bearbeitung von Geburts-, Ehe- sowie Todesereignissen, der Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen), der Anerkennung von ausländischen Zivilstandsereignissen, der Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil 1996/36, der Registrierung alteingesessener Ausländer, die erleichtert eingebürgert wurden (LGBl. 2000 Nr. 141), der Registrierung ausserehelicher Kinder liechtensteinischer Väter (LGBl. 1998 Nr. 75), der Ausgabe von Registerauszügen, Dokumenten und Bestätigungen, der Durchführung von Namensänderungen, der Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung sowie der Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

Ziviltrauungen in Liechtenstein

Vollzug von Eheschliessungen		**2006**	2005
Liechtensteiner	: Liechtensteinerinnen	**33**	49
Liechtensteiner	: Ausländerinnen	**52**	56
Ausländer	: Liechtensteinerinnen	**64**	58
Ausländer	: Ausländerinnen	**27**	40
Total		**176**	**203**

Heimatscheine, Todesfall-Aufnahmen und Namensänderungen

Ausstellung von Dokumenten und Durchführung von Namensänderungen	2006	2005
Heimatscheine	**38**	63
Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen)	**231**	254
Namensänderungen	**58**	63
Annahme des ledigen Namens	**21**	23

Anerkennungen ausländischer Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse	2006	2005
Ausländische Eheschliessungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	**57**	57
Ausländische Ehescheidungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	**25**	18
Adoptionen ausländischer Kinder durch liechtensteinische Staatsangehörige	**1**	5

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36)

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger	2006	2005
Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2006-31.12.2006 aufgrund des Staatsgerichtshofurteils 1996/36 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (Kinder liechtensteinischer Mütter)	**200**	224

Registrierung alteingesessener Ausländer, die aufgrund LGBl. 2000 Nr. 141 erleichtert eingebürgert wurden

Registrierung alteingesessener Ausländer	2006	2005
Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2006-31.12.2006 aufgrund des Gesetzes vom 12. April 2000 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, LGBl. 2000 Nr. 141, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer)	**111**	100

Schwerpunktaufgaben 2006

- Führung und laufende Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister (Geburts-, Ehe-, Familien- und Todesregister);
- Aufnahme von Eheverkündungsgesuchen (Ehevorbereitung);
- Vollzug von Eheschliessungen;
- Ausstellung von Geburts-, Ehe- und Todesscheinen, Familienregisterauszügen, Heimatscheinen, Ehefähigkeitszeugnissen, Zivilstandsausweisen, Bestätigungen sowie anderen Dokumenten;
- Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen);
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Ämter, Behörden, Gemeinden, Gerichte, Konsulate etc.;
- Mitteilung in Bezug auf ausserehelichen Kinder an Kinder- und Jugenddienst sowie Landgericht;
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Regierungskanzlei zur Beglaubigung und Weiterleitung;
- Registrierung von Ehetrennungen, Ehescheidungen, Legitimationen und Adoptionen;
- Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36 – Kinder liechtensteinischer Mütter);
- Registrierung alteingesessener Ausländer, die aufgrund LGBl. 2000 Nr. 141 erleichtert eingebürgert wurden;
- Registrierung ausserehelicher Kinder liechtensteinischer Väter aufgrund LGBl. 1998 Nr. 75;
- Registrierung eingebürgerter Ausländer durch Eheschliessung aufgrund LGBl. 1996 Nr. 124;
- Registrierung von Gemeindebürgerrechtsänderungen;
- Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse liechtensteinischer Staatsangehöriger (Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen);
- Beglaubigungen;
- Durchführung von Namensänderungen;
- Führung des Heimatscheinregisters;
- Umsetzung des Internationalen Privatrechts (IPR);
- Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung (ZPV);
- Abschluss Phase 2 des EDV-Projekts ZSA;
- Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

KOMMISSIONEN

Landesgrundverkehrskommission

Präsident: Dr. Benedikt Marxer

Die LGVK hielt im Jahr 2006 am 25.01., 10.05., 13.09., 25.10. und 29.11. insgesamt fünf nicht-öffentliche Sitzungen ab.

Anhängige Rechtssachen 2006 12

Anfall Beschwerden 2006 **11**
davon: a) Hertrag 2005 1
b) Neuanfall 2006 10

Anfall Sonstige Anträge 2006
(amtswegige Prüfung der Erfüllung einer Auflage etc.) 2

davon: a) Hertrag 2005 1
b) Neuanfall 2006 1

Beschwerdeführer/Antragsteller des Neuanfalls 2006

a) Regierung 10
b) Vertragspartei 1

Erledigung Rechtssachen 2006 11

davon: a) Stattgebung/Teilstattgebung 6
b) Abweisung 0
c) Zurückweisung und sonstige Erledigungen 5

Übertrag in das Geschäftsjahr 2007 2

Aktenzeichen der übertragenen Geschäftsfälle
(G.2006.10, G.2006.11)

Regelungskommission

Vorsitzender: Mag. Konrad Lanser

Die Kommission bzw. der Vorsitzende hat im Jahre 2006 insgesamt drei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden insgesamt sechs Entscheidungen getroffen.

Daneben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Regelungsausschüsse der Gemeinden auch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht beraten und Anfragen einer Erledigung zugeführt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Hugo Quaderer

Das Ressort Bildungswesen strebt eine ständige Weiterentwicklung der schulischen und der beruflichen Bildung an. Im Berichtsjahr bildeten die Weiterentwicklung von Reformen und Gesetzesrevisionen einen Schwerpunkt, es kam aber auch zu strukturellen Veränderungen.

Die Revision des Berufsbildungsgesetzes, das Vorprojekt «Weichenstellung und Grundlagen zur Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)» und die Reform der Lehrerbesoldung wurden im Berichtsjahr weiter vorangetrieben, eine Revision des Schulgesetzes wurde eingeleitet. Auf das Thema «Heterogenität» wurde weiterhin besonderes Augenmerk gelegt. Daneben wurde eine Vielfalt von Geschäften erledigt, so hat die Kleinschule Planken erfolgreich ihren Betrieb aufgenommen, und die Zusammenlegung der Berufsberatungsstelle und des Amtes für Berufsbildung wurde weitestgehend vollzogen. Auch wurden die Bildungsprogramme «Sokrates» und «Leonardo da Vinci» in eine gemeinsame Zukunft überführt mit der Zusammenlegung im Nachfolgeprogramm «Lebenslanges Lernen 2007-2013».

Schul- und Hochschulwesen

SPES I

Im Berichtsjahr 2006 wurde mit dem Vorprojekt zur «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I» begonnen, das heisst, das Lenkungsgremium hat sich zu zahlreichen informativen Sitzungen getroffen. Es konnte folgender bildungspolitischer Konsens erreicht werden: «Zukünftig sollen an jedem Schulstandort die Schülerinnen und Schüler aller Leistungsniveaus an einer gemeinsamen Profilschule unterrichtet werden. Einigkeit besteht auch darin, dass alle Schulstandorte im Rahmen einer verstärkten Schulautonomie einen Schulentwicklungsprozess durchlaufen, in welchem sie ihr Schulprofil, ihr Schulmodell sowie ihre Organisationsstruktur ausarbeiten und umsetzen.»

Offen blieb noch die Frage, ob und in welcher Form am jetzigen Standort nach wie vor eine gymnasiale Unterstufe geführt werden soll. Die Regierung hat am Ende des Berichtsjahres den Bericht betreffend die Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I) zur Kenntnis genommen. Das Ressort Bildungswesen hat diesen im Anschluss zur Information und zur Stellungnahme an interessierte Kreise, wie zum Beispiel allen Gemeinden, Schulen oder Verbänden, übermittelt. Sie wurden eingeladen, insbesondere zur noch offenen Frage betreffend die Führung des zentralen Unterstufengymnasiums eine Stellungnahme abzugeben.

Revision der Lehrerbesoldung – Konzept für ein neues Besoldungsmodell

Ende 2005 hatte die Regierung grünes Licht für die Erarbeitung eines neuen Besoldungsgesetzes für das liechtensteinische Lehrpersonal gegeben. Im Berichtsjahr hat das dafür eingesetzte Projektteam unter der Leitung des Lenkungsausschusses in einem ersten Schritt ein Konzept für ein neues Besoldungsmodell entwickelt, welches von der Regierung im Berichtsjahr genehmigt wurde.

Das Konzept sieht vor, dass die Anfangsbesoldung des Lehrpersonals grundsätzlich neu nach demselben System wie bei den Staatsangestellten festgelegt werden soll. Auch beim Lehrpersonal soll der bisherige Stufenautomatismus mit betraglich festgelegter Gehaltskarriere abgeschafft werden. An dessen Stelle soll der auch für das Staatspersonal massgebliche Mechanismus für Besoldungsanpassungen treten. Die Lohnentwicklung soll jedoch unter Berücksichtigung des Leistungsaspektes und der Beurteilungsressourcen Lehrer-spezifisch geregelt werden. Anstelle des in der Landesverwaltung eingeführten Systems des Leistungsdialoges soll ein den Ansprüchen im Lehrberuf angemessenes und praktikables System eingeführt werden.

Revision des Schulgesetzes

Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Schulgesetzes und des Gesetzes über die Schulzahnpflege zuhanden des Landtags verabschiedet. Eine erste Lesung der Vorlage hat im November-Landtag stattgefunden.

Mit der Teilrevision des Schulgesetzes will die Regierung eine gesetzliche Regelung der Matura für Absolventinnen und Absolventen von Privatschulen schaffen. Mangels Rechtsgrundlagen ist unklar, unter welchen Bedingungen Absolventinnen und Absolventen eines privaten Gymnasiums die Matura erlangen können. Zum Schutz der Schülerinnen und Schüler, welche eine solche Schule besuchen, und im Hinblick auf die internationale Anerkennung der liechtensteinischen Matura macht es Sinn, entsprechende Rechtsgrundlagen zu erlassen. Weiters sind unter anderem eine Reorganisation des Lehrmittelwesens und die Gratisabgabe von Lehrmitteln und des Schulmaterials vorgesehen. Zudem sollen einzelne Vorschriften, die überholungsbedürftig oder veraltet sind, zugunsten einer besseren Schulverwaltung revidiert werden.

Heterogenität macht Schule – Herausforderungen und Chancen

Die Regierung legt im Bereich der Bildung weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Herausforderungen und Chancen, die sich in Zusammenhang mit der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler ergeben. So ist das Schulamt weiterhin beauftragt, das Konzept «Heterogenität macht Schule – Herausforderungen und Chancen» und die damit verbundenen konkreten Projekte umzusetzen (Begabtenförderung, Tagesschulstrukturen, etc.).

Heterogenität und Begabtenförderung

Die Regierung hat im Berichtsjahr das Feinkonzept «Begabtenförderung im Fürstentum Liechtenstein» zur

Kenntnis genommen, welches auf der Grundlage des Konzeptes «Begabungsförderung in Liechtenstein» entstanden ist. Die Umsetzung und Weiterentwicklung des Feinkonzeptes wurde den Primarschulen dabei ausdrücklich empfohlen, zumal das Feinkonzept ein relevanter Teil der Thematik «Umgang mit Heterogenität» ist.

Zur Zielgruppe dieses Feinkonzeptes zählen grundsätzlich die Primarschülerinnen und Primarschüler, insbesondere die 15 bis 20 Prozent der besonders Begabten unter ihnen. Diese sollen speziell und integrativ gefördert werden. Die Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes ist für die einzelnen Primarschulen freiwillig. Im Berichtsjahr sind fünf Primarschulen in das Projekt eingestiegen, weitere werden voraussichtlich folgen.

Massnahmen im Bereich «Tagesschulen – Tagesschulstrukturen»

Im Berichtsjahr hat die Regierung die zusammengefassten Rückmeldungen zu den Empfehlungen der Bedürfnisanalyse «Tagesstrukturen und ausserhäusliche Betreuung – Situation und Bedürfnisse» zur Kenntnis genommen. Den Schulleitungen wurde empfohlen, ihr Angebot im Bereich «Hausaufgabenhilfe/Lernbegleitung» den Bedürfnissen entsprechend auszugestalten und den Eltern bekannt zu machen. Die Koordinations- und Aufbauarbeit im Bereich der Tagesschulstrukturen auf Gemeindeebene sollen weitergeführt werden.

Weiters wurden die Bemühungen vorangetrieben, in Kooperation mit den Gemeinden Tagesschulen bzw. Teil-Tagesschulen an bestehenden Schulstandorten einzurichten.

Schulsozialarbeit

Im Jahre 2003 hat der Landtag beschlossen, den Aufbau einer nachhaltigen Schulsozialarbeit in Angriff zu nehmen. Das Projekt «Schulsozialarbeit FL» war ursprünglich auf drei Jahre, das heisst bis Ende 2006, angelegt. Im Projekt «Schulsozialarbeit FL» sind drei Schulsozialarbeiter mit insgesamt 220 Stellenprozenten tätig. Sie arbeiten an vier Schulstandorten der Sekundarstufe: Weiterführende Schulen Triesen, Oberschule Vaduz, Schulzentrum Mühleholz und Schulzentrum Unterland. Die Realschule Balzers und die Realschule Schaan können von den Schulsozialarbeitern nur punktuell betreut werden.

Das Projekt Schulsozialarbeit unterstützt die Lehrpersonen im Umgang mit den heterogenen Verhaltensweisen ihrer Schülerinnen und Schüler. Das Projekt wurde im Berichtsjahr mittels Landtagsbeschluss bis Ende des Jahres 2007 verlängert. Dies ermöglicht, den vorgelegten Evaluationsbericht der Hochschule für Soziale Arbeit Basel genau zu analysieren und für die Implementierung des Projektes in das Schulwesen geeignete Massnahmen vorzuschlagen.

Kleinschule Planken

Die Regierung hat zu Beginn des Berichtsjahrs die Durchführung des Schulprojekts «Kleinschule Planken» als Profilschule beschlossen. Die «Kleinschule Planken als Profilschule» hat mit der Unterrichtsarbeit im Schuljahr 2006/07 begonnen. Sie beinhaltet die Merkmale einer Kleinschule sowie Tagesschulstrukturen und Elemente der Basisstufe.

Die Kinderzahlen in Planken sind in den kommenden Jahren weiter rückläufig. Deshalb musste ein Konzept entwickelt werden, durch welches ein qualitativ guter Unterricht auch mit wenigen Schülerinnen und Schülern gewährleistet wird und das durch ein attraktives Schulprofil Anreize für Eltern von Kindern aus anderen Gemeinden bietet, ihre Kinder in Planken in die Schule zu schicken. Das Konzept baut im Wesentlichen auf drei Säulen auf: Merkmale einer Kleinschule, Elemente aus Tagesschulstrukturen sowie Elemente aus der Konzeption der Basis- bzw. Grundstufe.

Teilnahme an der 3. Generation der europäischen Bildungsprogramme «Programm zum lebenslangen Lernen» (2007-2013)

Im Dezember des Berichtsjahres erfolgte die Zustimmung des Landtags zur Teilnahme am Nachfolgeprogramm «Lebenslanges Lernen 2007-2013» (Sokrates und Leonardo da Vinci - schulische und berufliche Bildung) durch den Landtag. Dieses neue EU-Programm vereint die beiden bisherigen Programme Leonardo da Vinci und Sokrates.

Lehrstellenplanung

Der Bericht und Antrag betreffend den Stand an Lehrstellen an den liechtensteinischen Schulen wurde von der Regierung genehmigt und im November des Berichtsjahres im Landtag behandelt.

Revision des Berufsbildungsgesetzes

Zur Revision des Berufsbildungsgesetzes und der dazugehörigen Verordnungen wurde eine Projektgruppe bestellt. Diese hat einen Vernehmlassungsbericht erarbeitet, welcher im Berichtsjahr genehmigt und an interessierte Kreise versandt wurde.

Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle

Im Berichtsjahr wurden die Vorarbeiten zur Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle geleistet.

Die Zusammenlegung hat insbesondere die Anpassung des Berufsbildungsgesetzes in Bezug auf die Abänderung der Amtsbezeichnungen erfordert. So wurde ein Bericht und Antrag zur Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und der Berufsberatungsstelle zu einem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung im Berichtsjahr im Landtag verabschiedet.

Teilnahme Liechtensteins an der Bildungsstudie PISA 2009

Im Berichtsjahr hat die Regierung beschlossen, dass Liechtenstein an der vierten Erhebung der Bildungsstudie

PISA im Jahr 2009 teilnehmen wird. Es wird auch für diese Erhebung eine vollumfängliche Testung aller Schulkinder der neunten Klasse angestrebt, neben der Erhebung der Daten aller 15-jährigen. Damit ist die Kontinuität zu den früheren Erhebungen sowie zur vergleichenden Analyse mit den Schweizer Kantonen gewährleistet.

Konferenzen / Treffen

Konferenz der Europäischen Bildungsministerinnen und Bildungsminister in Wien vom 16. – 17. März 2006
Liechtenstein hat am 17. März an der Konferenz der Europäischen Bildungsministerinnen und Bildungsminister im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft teilgenommen, vertreten durch den Ressortinhaber und der Mitarbeiterin des Ressorts.

Besuch bei Bundesrat Couchepin in Bern
Am 27. September besuchte der Ressortinhaber Bundesrat Pascal Couchepin in Bern. Die Themenschwerpunkte lagen neben dem bildungspolitischen vor allem im sozialpolitischen Bereich.

Schulbesuche an liechtensteinischen Schulen
Der Ressortinhaber hat im Berichtsjahr Schulen verschiedener Stufen besucht und mit den dortigen Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler über deren Anliegen und Probleme diskutiert: das liechtensteinische Gymnasium, eine Primarschule und je eine Real- und Oberschule; die Besuche werden im nächsten Jahr mit dem Besuch eines Kindergartens abgeschlossen werden.

Beiträge an Bildungseinrichtungen

Liechtensteins Studierende sind in Österreich betreffend der zu entrichtenden Studiengebühren den österreichischen Studierenden gleichgestellt, ohne dass das Land Liechtenstein hierfür Platzkostenbeiträge an österreichische Bildungseinrichtungen leistet. Als Gegenleistung zeigt sich Liechtenstein durch verschiedene Zuwendungen an österreichische Bildungseinrichtungen erkenntlich.

So hat Liechtenstein den «Liechtenstein-Preis» («Preis des Fürstentums Liechtenstein für die wissenschaftliche Forschung an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck») geschaffen. Er wurde am 7. April in Vaduz durch den Ressortinhaber übergeben. Im Berichtsjahr hat die Regierung entschieden, die Dotation für diesen Preis ab 2007 zu erhöhen.

Liechtenstein entrichtet zudem jährlich CHF 250 000 ab den «Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung». Auch haben österreichische Studierende an der Hochschule Liechtenstein eine vergleichsweise geringe Studiengebühr zu entrichten.

An den Schweizerischen Nationalfonds wurde ein Beitrag von CHF 250 000 geleistet.

Studien und Berichte

Die von der Regierung mitfinanzierte Studie der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein, «Bildung als öffentliche Aufgabe in Liechtenstein – Eine ökonomische Analyse des Bildungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Hochschule», wurde im Berichtsjahr fertig gestellt und von der Regierung zur Kenntnis genommen. Eine öffentliche Präsentation der Studie fand an der Hochschule Liechtenstein statt.

Internationale Berufswettbewerbe

Die Organisation World Skills Liechtenstein wurde in das Amt für Berufsbildung eingegliedert. Im Berichtsjahr hat die Regierung eine betreffende Studie zur Neuausrichtung zur Kenntnis genommen. Dieses Konzept wird nun in Hinblick auf die Wettbewerbe 2007 in Japan umgesetzt.

AMTSSTELLEN

Schulamt

Amtsleiter: Guido Wolfinger

Das Jahr 2006 stand einerseits wiederum ganz im Zeichen der Schulentwicklung in verschiedenen Bereichen, um das schulische Lernen und Lehren so zu gestalten, dass alle Schülerinnen und Schüler bestmögliche Lernfortschritte erzielen können. Dabei soll dem Faktum der zunehmenden Heterogenität in Gesellschaft und Schule weiterhin besondere Beachtung geschenkt werden. Dieser auf drei Schuljahre festgelegte Schwerpunkt als Reaktion auf inner- und ausserschulische Entwicklungen stellt eine besondere Herausforderung für die Schulen dar. Durch konkrete Massnahmen sollen sie dabei unterstützt werden. Weiters standen auf den verschiedenen Schulstufen interne und externe Evaluationen, die Begabungsförderung, die Entwicklung von Standards und die Sprachförderung u.v.m. im Mittelpunkt der pädagogischen Bemühungen.

Andererseits wurden im Berichtsjahr unter der Leitung des Ressorts Bildungswesen grosse Reformprojekte in Angriff genommen. Im Projekt «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I» (SPES I) sowie bei der Revision der Lehrerbesoldung konnten wesentliche Fragen geklärt und grundlegende Weichenstellungen vorgenommen werden.

Schulentwicklung

Zielsetzung und Entwicklungsbereiche
Hinter allen Bemühungen seitens der Regierung, des Schulamtes, der Schulen, der Lehrpersonen und der Eltern steht immer die Absicht, das schulische Lernen

und Lehren bestmöglich zu gestalten und dadurch optimale Lernfortschritte bei den Schülerinnen und Schülern zu erzielen. Die Entwicklung der Schulen bzw. die Schulentwicklung hat sich an dieser Maxime auszurichten. Schulentwicklung geschieht im Zusammenspiel von:

- Unterrichtsentwicklung als Entwicklung des Kerns der schulischen Arbeit;
- Personalentwicklung als Entwicklung des Qualitätspotenzials der in der Schule arbeitenden Personen;
- Organisationsentwicklung als Entwicklung der formalen Organisation und der inneren Struktur der Schule;
- Kooperationsentwicklung als Entwicklung von Beziehungen innerhalb und ausserhalb der Schule.

Diese Entwicklungsbereiche hängen zusammen und beeinflussen sich gegenseitig. Schulentwicklung ist auf die Qualität der schulischen Arbeit ausgerichtet, basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Bezug nehmend auf gesellschaftliche Entwicklungen.

Gesellschaftliche Entwicklung
Die heutige pluralistische Gesellschaft wirkt sich auf viele Lebensbereiche aus. Besonders spiegelt sich diese Vielfalt in den Kindern und Jugendlichen. Die Schule muss darauf flexibel und individuell reagieren können. Die Heterogenität in unseren Schulklassen nimmt ständig zu. Dabei spielen die unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, Werthaltungen, biografischen und gesellschaftlichen Hintergründe eine wichtige Rolle. Dies führt zu unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und somit zu unterschiedlichen schulischen Leistungen. Auf diese Entwicklung muss das Bildungswesen reagieren.

Die Strategie hat sich gegenüber dem letzten Berichtsjahr nicht verändert. Die Thematik «Heterogenität» bleibt im Fokus der Lehrpersonen, Schulen und Bildungsverantwortlichen.

Heterogenität an der Schule
Die Heterogenität der Schülerschaft, beispielsweise bezüglich Lernvoraussetzung, Interesse, Einstellung, Motivation, Fähigkeit, Persönlichkeit, Lerntempo, Arbeitstechnik Lernstil, Kenntnisstand (u.a.) und schliesslich der Leistungen, stellt die Behörden und Lehrpersonen vor grosse Herausforderungen. Es soll ja für alle Kinder das Prinzip der Chancengleichheit gelten. Dies bedeutet, dass allen Kindern die beste – und nicht die gleiche – Bildung ermöglicht werden soll. Auf der Ebene «Unterricht» und auf der Ebene «Schule» wurde deshalb mit Beginn des Schuljahres 2005/06 die Thematik «Heterogenität» ins Zentrum der Schulentwicklung gestellt. Dabei spielen insbesondere der Unterricht (Unterrichtsentwicklung) und die Weiterbildung (Personalentwicklung) eine wichtige Rolle. Ziel ist es, einen möglichst produktiven Umgang mit heterogenen Schülergruppen aufzubauen und zu pflegen. Diese Schwerpunktsetzung gilt sicher bis und mit Schuljahr 2007/08. Auf der Ebene «Schulwesen» wurde die Schulentwicklung im Bereich der Sekundarstufe I neu lanciert (SPES I/Organisationsentwicklung). Ausgangspunkt der Bemühungen ist auch hier die zunehmend heterogene Schülerschaft einerseits, die starre Dreigliedrigkeit der Sekundarstufe I andererseits und die damit verbundene mangelnde Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen. Diese Situation soll verbessert werden.

Konkrete Massnahmen

Die Massnahmen zur Schwerpunktsetzung «Heterogenität macht Schule – Herausforderungen und Chancen» präsentieren sich kurz zusammengefasst wie folgt:

Interne und externe Evaluation der Schulen
Die Kindergärten und Schulen evaluierten im Schuljahr 2005/06 ihren Umgang mit Heterogenität im Rahmen ihrer Jahresplanung. Von der Situationsanalyse ausgehend wurde der Handlungsbedarf abgeleitet. Die Umsetzung des festgestellten Handlungsbedarfs begann im Schuljahr 2006/07 und wird im Schuljahr 2007/08 fortgesetzt. Der Umgang mit Heterogenität bleibt auch fester Bestandteil der externen Evaluation der Schulen und Kindergärten.

Weiterbildung und Beratung
Zur Beratung der Lehrpersonen steht diesen ein Beratungsangebot der Pädagogischen Hochschule Zürich zur Verfügung.

Schulsozialarbeit
Das Projekt Schulsozialarbeit unterstützt die Lehrpersonen im Umgang mit den heterogenen Verhaltensweisen ihrer Schülerinnen und Schüler. Das Projekt wurde bis Ende des Jahres 2007 verlängert. Dies ermöglicht, den vorgelegten Evaluationsbericht der Hochschule für Soziale Arbeit Basel genau zu analysieren und für die Implementierung des Projektes in das Schulwesen geeignete Massnahmen vorzuschlagen.

Ergänzungsunterricht
Die Arbeitsgruppe Ergänzungsunterricht befasste sich auf der Grundlage der Empfehlungen der Schweizerischen Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH) mit der Verbesserung der Förderdiagnostik und Förderplanung. Konkrete Ergebnisse können im Sommer 2007 vorgelegt werden.

Begabungsförderung
Auf der Grundlage des Konzeptes «Begabungsförderung in Liechtenstein» ist das Feinkonzept «Begabtenförderung im Fürstentum Liechtenstein» entstanden. Zur Zielgruppe dieses Feinkonzeptes zählen grundsätzlich die Primarschülerinnen und Primarschüler, insbesondere die 15 bis 20 % der besonders Begabten unter ihnen. Diese sollen speziell und integrativ gefördert werden. Im Jahre 2006 sind fünf Primarschulen in das Projekt eingestiegen, weitere werden folgen.

Förderung und Beratung im Kindergarten
Ein Konzept «Heilpädagogische Begleitung in den Kindergärten des Fürstentums Liechtenstein» liegt im Entwurf vor. Die darin beschriebene Situationsanalyse zeigt, dass das Bedürfnis der Kindergärtnerinnen nach heilpädagogischer Unterstützung gross ist. Es wird nun angestrebt, zwei Gemeinden für einen Schulversuch zu gewinnen.

Tagesstrukturen, Unterstützungssysteme
In allen Primar- und Sekundarschulen sind Hausaufgabenhilfen eingerichtet und in allen Sekundarschulen sind die Stütz- und Förderkurse sowie die Lernbegleitung im Rahmen der Lektionentafel fest installiert. Fast alle Sekundarschulen und eine Primarschule bieten Mittagsverpflegung an. Der Auftrag zur Errichtung von zwei (Teil-)Tagesschulen an Primarschulstandorten wurde geprüft und für den Standort Triesen ein Konzept für Tagesstrukturen ausgearbeitet, das sich auch auf andere Standorte übertragen lässt.

Standards
Für die Primar- und Sekundarschulen werden in Mathematik, Deutsch und Englisch Standards erarbeitet. Standards ermöglichen einerseits einen besseren Leistungsvergleich unter den Schülerinnen und Schülern und andererseits zeigen sie den Förderbedarf der Kinder und Jugendlichen auf. Bereits im Einsatz ist das Qualitätsinstrument «Klassencockpit» für die 3. bis 9. Stufe. Es ermöglicht den Lehrpersonen, den Erfolg des eigenen Unterrichts besser einzuschätzen. In den 2. Primarklassen kann das Instrument «LernLot» eingesetzt werden zur Überprüfung der Erreichung der Minimalziele des Lehrplanes. Seit März 2006 kommt das so genannte «Stellwerk» in allen 8. Klassen zum Einsatz. Mit Aufgaben, die dem individuellen Leistungsvermögen der Lernenden entsprechen, wird in den Fächern Mathematik, Naturlehre, Deutsch, Französisch und Englisch ein Profil ermittelt, das eine differenzierte Leistungsbeurteilung zulässt.

Sprachförderung
Der Förderung und Pflege des Hochdeutschen wird auf dem Hintergrund der PISA-Studie und der steigenden Anzahl Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache weiterhin besonderes Augenmerk geschenkt. Das Projekt «Hochdeutsch im Kindergarten» ist abgeschlossen. Die Kindergärten entwickeln ihre Hochdeutschpraxis in den nächsten Schuljahren weiter. Begleitend dazu wird ein Weiterbildungsprogramm zur Sprachförderung im Kindergarten allgemein angeboten. Ab dem Schuljahr 2009/10 wird in allen Kindergärten konsequent Hochdeutsch gesprochen.

Öffentliche Schulen

Statistische Daten Schuljahr 2006/07

Schüler

Schulbezeichnung	Schulen	Klassen	Schüler m	Schüler w	gesamt	Schüler je Klasse
Kindergärten im Oberland		30.5	244	214	458	15.02
Kindergärten im Unterland		20	161	135	296	14.80
Total Kindergärten		**50.5**	**405**	**349**	**754**	**14.93**
Primarschulen im Oberland (inkl. Einführungsklassen)	7	77	640	677	1317	17.22
Primarschulen im Unterland (inkl. Vorschule)	7	52	403	420	823	15.83
Total Primarschulen	**14**	**128.5**	**1043**	**1097**	**2140**	**16.65**
Oberschule Triesen	1	12	69	71	140	11.67
Oberschule Vaduz	1	8	54	31	85	10.63
Oberschule Eschen	1	13	92	83	175	13.46
Total Oberschulen	**3**	**33**	**215**	**185**	**400**	**12.12**
Realschule Balzers	1	6	56	48	104	17.33
Realschule Triesen	1	9	81	87	168	18.67
Realschule Vaduz	1	6	45	51	96	16.00
Realschule Schaan	1	7	69	52	121	17.29
Realschule Eschen	1	12	114	110	224	18.67
Total Realschulen	**5**	**40**	**365**	**348**	**713**	**17.83**
Liecht. Gymnasium Unterstufe		21	167	224	391	18.62
Liecht. Gymnasium Oberstufe		18	135	175	310	17.22
Liechtensteinisches Gymnasium Total	**1**	**39**	**302**	**399**	**701**	**17.97**

Schulbezeichnung	Schulen	Klassen	Schüler m	Schüler w	gesamt	Schüler je Klasse
Frw. 10. Schuljahr	**1**	**5**	**39**	**44**	**83**	**16.60**
Total Sekundarschulen	**10**	**117**	**921**	**976**	**1897**	**16.21**
Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache		2	6	6	12	6.00
Gesamttotal	**24**	**298**	**2375**	**2428**	**4803**	**16.12**
Berufsmittelschule	1	6	77	43	120	20.00

Lehrpersonen

	Lehrpersonen	männlich	weiblich	FL	Andere	Grenzgänger
Kindergarten	79	0	79	64	15	8
Primarschule	254	64	190	195	59	42
Oberschule	90	46	44	43	47	35
Realschule	101	50	51	45	56	32
Freiwilliges 10. Schuljahr	11	7	4	8	3	1
Gymnasium	90	56	34	38	52	33
Berufsmittelschule	13	7	6	4	9	5
Total	**638**	**230**	**408**	**397**	**241**	**156**

Kindergarten

Der Sprachförderung im Kindergarten wird in verschiedenen Bereichen ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Evaluation des Projektes «Hochdeutsch im Kindergarten» (2004-2006) zeigte, dass Kindergärtnerinnen und Eltern den konsequenten Hochdeutschgebrauch im Kindergarten mehrheitlich positiv beurteilen. Die Kindergärtnerinnen des Projektkindergartens werden auch weiterhin im Unterricht Hochdeutsch sprechen. Alle Kindergärten des Fürstentums Liechtenstein haben kleinere Hochdeutschprojekte durchgeführt und evaluiert. Ab dem Schuljahr 2006/07 wurde allen Kindergärten empfohlen, mit konsequentem Hochdeutsch zu beginnen. Ausserdem sollen alle Deutsch als Zweitsprache-Kindergärtnerinnen konsequent Hochdeutsch sprechen. Für jede neu in Liechtenstein angestellte Kindergärtnerin ist Hochdeutsch obligatorisch. Bis zum Schuljahr 2009/10 soll Hochdeutsch in allen Kindergärten selbstverständliche Umgangssprache sein. In geeigneten Sequenzen soll der Dialekt bewusst sprachhandelnd und -reflektierend eingesetzt werden. Zu einem Sprachförderungsprogramm für Migrantenkinder und Kinder mit Spracherwerbs- und Sprachentwicklungsstörungen wurde eine obligatorische Weiterbildung absolviert. Ein umfassendes Sprachförderungskonzept und damit die Weiterbildung der Kindergärtnerinnen für die nächsten drei Jahre sind in Erarbeitung.

Das Thema Heterogenität findet sich in allen Jahresplanungen der Kindergärten. Es gibt auch kleine Evaluationen dazu. Nach der Erstellung des Vorkonzeptes «Heilpädagogische Begleitung in den Kindergärten des Fürstentums Liechtenstein» wurde bei allen Kindergärtnerinnen mittels Online-Umfrage eine Bedarfsanalyse durchgeführt. Die Auswertung zeigt, dass heilpädagogische Begleitung im Kindergarten in allen Bereichen nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig wäre.

Primarschule

Schwerpunkte der Bearbeitung an den Primarschulen bildeten:

- die konkrete Umsetzung von Massnahmen auf Grund der Bestandesaufnahme zum Umgang mit Heterogenität (Wie werden wir den unterschiedlichen Begabungen, Bedürfnissen, Lerntypen, … der Schülerinnen und Schüler gerecht?);
- die Bildung eines Netzwerkes im Bereich der Begabtenförderung und die Ausarbeitung von Hilfsmitteln für die Lehrpersonen (z.B. Materialliste für eine Ressourcenecke, konkrete Unterrichtseinheiten mit anreicherndem Charakter, Elterninformationsbroschüre etc.);
- die Erarbeitung einer landesweiten Grundlage im Bereich Förderdiagnostik und Förderplanung im Ergänzungsunterricht;
- Optimierungsmassnahmen im Bereich der besonderen schulischen Massnahmen sowie im Bereich der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (Kontingent Ergänzungsunterricht, spezielle Förderung und Deutsch als Zweitsprache, Beratung Ergänzungsunterricht für die 1. Klassen, Beratungsressource «Logopädie» im Schulhaus);
- die Umsetzung der schriftlichen Ergänzung zum Elterngespräch, bei der es sich um eine summative Bewertung mittels einer mehrstufigen Skala handelt

und die Bereiche Deutsch, Mathematik, Mensch und Umwelt, Englisch, Gestalten, Musik und Sport sowie auf einem Beiblatt die Bereiche Lern- und Arbeitsverhalten beinhaltet;
- die Entwicklung von Standards in den Bereichen Deutsch und Mathematik;
- die Überprüfung der möglichen Einführung von Englisch bereits in der 1. Primarschulklasse;
- die Konzepterarbeitung für die Einführung von Tagesstrukturen;
- die Zusammenlegung der Schulleitungen Vaduz Äule und Vaduz Ebenholz zu einer schulorganisatorischen Einheit.

Oberschule
Im Schuljahr 2006/07 besuchen 400 Jugendliche die drei Oberschulen Eschen, Vaduz und Triesen. Durch die ständige Abnahme der Schülerzahl mussten in diesen Schulen bereits Angebote gestrichen werden. Die Betroffenen warten auf die Schulreform. Die Oberschule Vaduz ist in diesem Schuljahr extern evaluiert worden und hat anschliessend Empfehlungen für eine weitere Qualitätsverbesserung erhalten. Das Projekt «Mathematik auf Realschulniveau» wurde erfolgreich weitergeführt. Der Ergänzungsunterricht wurde in einem Stufenmodell völlig neu organisiert und es wurde dadurch mehr Effizienz erreicht. Weitere Projekte betrafen die Gesundheitsförderung und das Schülerverhalten.

Realschule
Die Statistik für das Berichtsjahr zeigt auf, dass die Durchlässigkeit zwischen der Ober-, der Realschule und dem Gymnasium bezüglich der aufsteigenden Selektion nicht mehr gegeben ist, obwohl alle möglichen, die Durchlässigkeit fördernden Massnahmen umgesetzt wurden. Sie zeigt auch auf, dass die absteigende Selektion zwischen dem Gymnasium und der Realschule in der sechsten und siebten Schulstufe marginal ist. Lehrpersonen aller Klassen der Realschulen, die Mathematik oder Englisch unterrichten, setzen im Schuljahr 2006/07 für alle Realschulen verbindliche Jahresplanungen um. Die Lehrpersonen, die an den Realschulen in den zweiten, dritten und vierten Klassen das Fach Mathematik unterrichten, richten im Schuljahr 2006/07 ihren Unterricht nach verbindlichen Standards aus. Die Realschulen setzen somit ihren Weg zu verbindlichen Jahresplanungen und Standards konsequent fort. Die Lehrpersonen für Mathematik absolvierten weitere Einführungskurse in die Lehrmittel «Zahlenbuch» und «mathbu.ch». Allen Englisch-Lehrpersonen wurden im Rahmen eines ganztägigen Workshops Sprachkompetenzen vermittelt, die im angelsächsischen Sprachraum zentral sind und insbesondere den Anforderungen des Cambridge-Zertifikats «PET» gerecht werden. In der zweiten Hälfte des Schuljahr 2005/06 haben 16 Schülerinnen und Schüler die Prüfungen zum Cambridge Zertifikat «PET» absolviert. Im Juli des Berichtjahres konnten mit wenigen Ausnahmen alle Schülerinnen und Schüler der achten Schulstufe ein Berufswahl-Portfolio vorweisen, welches eine wesentliche Zielsetzung in der Berufswahlfindung der Schülerinnen und Schüler darstellt. Alle Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Klassen absolvierten den Test «Stellwerk». Die Lehrpersonen sammelten die ersten Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung des Tests sowie mit der Interpretation der Profile der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Sportschule
Im Schuljahr 2006/07, dem dritten Jahr der Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan, werden dort 48 sportlich talentierte Jugendliche unterrichtet: 14 Sportlerinnen und Sportler vom Liechtensteinischen Skiverband, 28 vom Fussballverband, vier vom Tennisverband und je eine Sportlerin vom Schwimmverband und dem Liechtensteiner Turn- und Leichtathletikverband.

Die Sportschülerinnen und Sportschüler werden in Regelklassen der Realschule Schaan integriert unterrichtet.

Der Schulbesuch der Sportschule Liechtenstein steht Jugendlichen aller drei Sekundarschulniveaus offen. Sechs Jugendliche waren im Rahmen des Übertrittsverfahrens zwischen Primarschule und Sekundarschulen der Oberschule zugeteilt worden; elf hatten sich zum Zeitpunkt des Übertritts anstelle des Liechtensteinischen Gymnasiums für die Sportschule entschieden.

Neun Sportschülerinnen und Sportschüler der 3. Schulstufe interessieren sich für einen möglichen Übertritt in die vierte Klasse des Liechtensteinischen Gymnasiums, wo ab dem kommenden Schuljahr eine Weiterführung der Sportschule umgesetzt wird.

Für die Mehrheit der vertretenen Sportverbände bietet die Sportschule ein unverzichtbares Angebot mit entsprechenden Rahmenbedingungen, um die Nachwuchstalente auf ihrem Weg zum Leistungssport anforderungsgemäss fördern zu können. Dazu gehören nebst den erforderlichen Zeitgefässen für Training, Wettkampf und Regeneration seitens der Schule auch eine optimale schulische Betreuung, reibungslos funktionierende Informationsflüsse, Flexibilität und eine effiziente, zielführende Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Freiwilliges 10. Schuljahr
Im Schuljahr 2006/07 besuchen 83 Jugendliche in fünf Klassen das Freiwillige 10. Schuljahr. Für die jährliche Zunahme der Schülerzahl gibt es viele Gründe: Berufswahlunreife, fehlende passende Lehrstellen, mangelhafte schulische Kompetenzen. Neuerdings melden sich aber auch Jugendliche völlig freiwillig an, weil die Schule einen guten Ruf hat und weil sich herumgesprochen hat, dass man als Abgänger dieser Schule sehr gute Berufschancen hat. Vier verschiedene Brückenangebote (Prolingua, Cyberclass, Zukunftsbrücke, Werkklasse) stehen im 10. Schuljahr zur Auswahl. Die Werkklasse wird in diesem Schuljahr mit zehn Jugendlichen erstmals geführt. Zur Hälfte wird klassischer Unterricht besucht und daneben werden praktische Projekte und Arbeitseinsätze absolviert.

Liechtensteinisches Gymnasium

Nach dem Schuljahr mit der letzten 8. Klasse und der Doppelmatura war das Schuljahr 2005/06 wieder ein «normales» Jahr. Die Klassenzahl ging von 42 auf 39 zurück. Zum zweiten Mal wurden die Maturaprüfungen am Ende der 7. Stufe durchgeführt. 84 Schülerinnen und Schüler erhielten am 7. Juli 2006 das «Reifezeugnis».

An den Sitzungen des Rektorats und der Steuergruppe, in den Lehrerinnen- und Lehrer-Konferenzen und den Konferenzen der Fachvorstände wurden schwerpunktmässig folgende Themen bearbeitet:

– Gymnasium im Spannungsfeld zwischen dem Bildungsauftrag und zunehmenden Belastungen für die Schülerinnen und Schüler;
– Weiterführung des Projekts «Reform der gymnasialen Oberstufe» (REGYOS);
– Evaluation des REGYOS-Projektes (EVA-REGYOS);
– Wahlpflichtkurse der 6. und 7. Stufe;
– Projekt- und Sonderwoche;
– Hausordnung: Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler; Leitfaden für die Klassenlehrpersonen – Rolle der Vertrauenslehrerinnen und Vertrauenslehrer;
– Absenzenwesen für die 5. bis 7. Stufe – Erfahrungen mit den Absenzengutscheinen;
– Abänderung des Schulgesetzes;
– Teilnahme an zwei COMENIUS-Projekten;
– Raumsituation nach dem Auszug der RSV.

Die Schule führte im Verlauf des Jahres wieder mehrere öffentliche Anlässe durch und lud dazu mit einem von der Elternvereinigung unterstützten Kulturkalender ein. Themen der schulinternen Fortbildungsveranstaltungen (SCHILF) waren: «Neue Deutsche Rechtschreibung», «Evaluation der reformierten Oberstufe» und «Heterogenität macht Schule – Herausforderungen und Chancen». Ein grosser Erfolg war der «Tag der offenen Türen» am 20. Mai 2006. Viele Eltern und Interessierte freuten sich über das grosse Programmangebot und erlebten die Vielfalt der Schulgemeinschaft LG. Einen zusätzlichen Einblick in das Schulgeschehen ermöglichen das viermal herausgegebene Mittelungsblatt «LGnachrichten» und der Jahresbericht. Zusätzlich wurde der Band 9 der LG-Schriftenreihe vorgestellt.

Die Unterrichtskommission für das Liechtensteinische Gymnasium übt im Auftrag der Regierung Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Sie wurde von der Regierung für die Mandatszeit 2006 bis 2010 neu bestellt.

Berufsmittelschule Liechtenstein

Die Berufsmittelschule Liechtenstein (BMS) bietet eine vier Semester dauernde berufsbegleitende Ausbildung an, die mit der Berufsmatura und den damit verbundenen Studienberechtigungen abschliesst.

Studierende im Schuljahr 2005/06	138
Studierende im Schuljahr 2006/07	120
Abschluss mit Berufsmaturitätszeugnis	37
Abschluss von Teilprüfungen mit einem oder mehreren Zertifikaten	17

Die wichtigsten im Schuljahr 06/07 in Angriff genommenen und weitergeführten Aufgaben sind:

– Abschluss der Evaluation und Adaption der Lehrpläne;
– Besprechung der Fachschaften mit dem jeweiligen Mitglied der Unterrichtskommission;
– Entwicklung eines Feedbackinstruments zur Evaluation der Studentenzufriedenheit;
– Erarbeitung eines Reglements zur Handhabung der Abwesenheit von Studierenden vom Unterricht;
– Adaption der «Richtlinien und Grundlagen der interdisziplinären Projektarbeit» als Basis für eine klassenübergreifende einheitliche Gestaltung;
– Einsatz von audio-visuellen und interaktiven Lehrmitteln (v.a. als Massnahme zur Förderung schwächerer Studierender und zum Ausgleich von Ausbildungsdefiziten).

Die Unterrichtskommission der Berufsmittelschule Liechtenstein übt im Auftrag der Regierung und nach Massgabe eines Statuts Beratungs- und Kontrollbefugnisse an der BMS aus. Sie leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Die sieben Mitglieder sind Experten, welche die angebotenen Schwerpunkte fachlich abdecken. Sowohl die Rückmeldungen der Kommissionsmitglieder über die Unterrichtsbesuche wie auch deren Eindrücke an den Maturaprüfungen ergeben ein positives Gesamtbild der Schule. In der Jahressitzung der Kommission wurde beschlossen, in Zukunft ergänzend zum Unterrichtsbesuch der Zusammenarbeit mit den Fachschaften mehr Gewicht beizumessen, um sich gemeinsam zum Beispiel mit Fragen der Vergleichbarkeit von Anforderungen und der Beurteilung von Leistungen auseinanderzusetzen.

Religionsunterricht

Im Schuljahr 2006/07 besuchten ca. 90% der katholischen Schülerinnen und Schüler das Fach Religion und Kultur, 10% besuchten den konfessionellen katholischen Religionsunterricht. Der Schwerpunkt der Arbeit im Berichtsjahr lag in der weiteren Konsolidierung des Faches «Religion und Kultur». Seit dem Schuljahr 2005/06 besteht nun in der gesamten Sekundarstufe I die Wahlmöglichkeit zwischen den Fächern Religion und Kultur und konfessionellem Religionsunterricht. Evangelischer Religionsunterricht findet auf der Sekundarstufe I einzig am Liechtensteinischen Gymnasium statt. In den anderen weiterführenden Schulen ist keine Gruppe für den evangelischen Religionsunterricht zustande gekommen. Die evangelische Kirche bietet als Ersatz den so genannten Präparandenunterricht an, der von der Regierung finanziell unterstützt wird. Die Fortbildungsveranstaltungen für die Lehrkräfte des

Faches Religion und Kultur fanden im Berichtsjahr zum Thema «Sterben, Tod und was dann? Antworten der grossen Religionen» statt. Vertreter aus dem Judentum, dem Islam, dem Buddhismus und dem Christentum haben Vorträge zu diesem Thema gehalten.

Sportunterricht
Im Rahmen der Umsetzung des Sportkonzeptes wurde ein Projekt zum Ausbau des Freiwilligen Schulsports und zur vermehrten Förderung der Teilnahme von liechtensteinischen Schülern an internationalen Schulsportmeisterschaften gestartet. Das Teilnahmealter an Aktivitäten des Freiwilligen Schulsports wurde um zwei Jahre gesenkt. Zudem wurden schulhausübergreifende Aktivitäten ermöglicht. Die Teilnahme an Wettkämpfen beruht immer auf Freiwilligkeit. Um den ständigen Entwicklungen im Sportunterricht gerecht zu werden, wurden für die Sportlehrerschaft Aus- und Weiterbildungskurse in verschiedenen Bereichen organisiert. Dabei wurden für drei Schulzentren erstmals spezielle Karten für Orientierungsläufe auf dem Schulareal entwickelt.

In sportstättenbaulicher Hinsicht wurde der Neubau der Sportanlagen des Schulzentrums Mühleholz II fachlich begleitet.

Textiles und Technisches Gestalten, Haushaltkunde
Im Schuljahr 2006/07 traten die ersten Lehrpersonen, welche ihre Primarlehrerausbildung an einer Pädagogischen Hochschule besuchten, in den Schuldienst ein. Diese Lehrpersonen besitzen auch die Berechtigung, den Bereich Textiles Gestalten zu unterrichten. Damit können Fach- und Klassenlehrpersonen den textilen wie technischen Bereich individuell verteilen und unterrichten. Somit eröffnen sich Wege für eine neue Zusammenarbeit, in welcher Stärken der Lehrpersonen im Sinne des Schülers und der Schülerin zum Tragen kommen. Für die Fachlehrerinnen im Bereich Haushaltkunde wurde die Gesundheitskampagne «bewusst (er) leben», welche von der Regierung gestartet wurde, zum Mittelpunkt. Im Bereich «gesunde Ernährung» wird damit auf breiter Basis eine gute Idee unterstützt. Für das obligatorische Fach Haushaltkunde ist diese Kampagne von grosser Bedeutung. Es ist aber auch eine Herausforderung, diese Kampagne mitzutragen und in den jeweiligen Schulhäusern bei Aktionen, Projekten, Elternabenden und weiteren Veranstaltungen zu helfen. Es ist das Bestreben aller Fachlehrerinnen für Haushaltkunde, dass diese Kampagne eine nachhaltige Wirkung zeigt.

Private Schulen, Hochschulen und Forschungsinstitute

Heilpädagogisches Zentrum

Bereich «Sonderpädagogische Tagesschule im Kresta»
Die sonderpädagogische Tagesschule fördert Kinder und Schüler mit deutlichen Sprachstörungen (Sprachentwicklungsverzögerung) einerseits und anderseits Kinder und Schüler, die in ihrer intellektuellen Entwicklung verzögert sind. Die Kinder mit Sprachentwicklungsverzögerung werden in den Spracheilkindergärten, den Sprachtherapieklassen (Einführungsklassen) und bei anhaltender Problematik in Langzeitklassen (Unterstufen, Mittelstufen, Oberstufe), die Kinder mit einer Entwicklungsverzögerung in den Spracheilkindergärten und in Heilpädagogischen Klassen schulisch gefördert. Zusätzlich finden Kinder Aufnahme, die durch ihr Verhalten auffallen oder körperbehindert sind.

Schülerzahlen (Stichtag 31.12.2006)

Abteilung	Total	FL	CH
Sprachheilkindergarten	22	15	7
Sprachtherapieklassen	40	15	25
Langzeitklassen	25	18	7
Heilpädagogische Klassen	27	24	3
Total	**114**	**72**	**42**
Anteil in %	100	63	37

Bereich Therapie
Mit einem vielseitigen Therapieangebot können die Kinder in Ergänzung zum Unterricht oder ambulant ihren Behinderungen entsprechend entweder mit Heilpädagogischer Früherziehung, Logopädie, Psychomotoriktherapie, Physiotherapie, Ergotherapie und/oder Psychotherapie (extern) behandelt werden.

	Abklärungen	Behandlung HPZ intern	Behandlung Ambulant	Beratungen	Insgesamt
Früherziehung	17		33	3	53
Logopädie	214	136	308	121	779
Psychomotorik	54	41	90	24	209
Physiotherapie	24	31	4	1	60
Ergotherapie	26	87	30	0	143
Insgesamt	**335**	**295**	**465**	**149**	**1 244**

f o r m a t i o - Bilinguale Privatschule
Die f o r m a t i o Privatschule in Triesen besteht aus einer bilingualen Primar- und Sekundarschule, die sich nach den offiziellen liechtensteinischen Lehrplänen richten. Beide Schulen werden zweisprachig (deutsch und englisch) geführt. Die Privatschule, die 1995 gegründet wurde, besitzt seit 2003 das Öffentlichkeitsrecht. 2006 wurde die Bewilligung zur Führung eines vierstufigen Oberstufengymnasiums mit Matura durch die Regierung erteilt. Die Vorbereitungen für das Oberstufengymnasium wurden in Angriff genommen.

In der bilingualen Primarschule werden die Schülerinnen und Schüler der 1., 2. und 3. Klasse sowie die Frühleser und Frührechner ab 5 Jahren in der Eingangsstufe und die 4. und 5. Klasse in der Übergangsstufe unterrichtet. Die Unterrichtssprachen Deutsch und Englisch

kommen dabei gleichwertig zum Einsatz. Neben den verschiedenen Lerninhalten liegt der Schwerpunkt auch auf der Vermittlung unterschiedlicher Arbeitstechniken, bei Projektarbeiten und in der individuellen Begabungsförderung. Vorschulkinder besuchen den Englischkurs, der wöchentlich in einer Doppelstunde angeboten wird. Der Schwerpunkt der bilingualen Sekundarschule liegt in der individuellen Schülerförderung, wobei die Begabungsförderung in den unterschiedlichen Bereichen und Fächern stattfindet. Der bilinguale Unterricht wird durch die Fächer Geographie und Musik, die auf Englisch unterrichtet werden, erweitert. Verschiedene Projekte werden klassenübergreifend durchgeführt. Die Schülerfirma «f o r m a t i o Kleinunternehmen» ist das Jahresprojekt der 4. Klasse Sekundarschule. Das Fach «Kultur und Religion» ist als Projekt mit dem Thema «Islam» interessant gestaltet worden.

Verschiedene international anerkannte Zertifikate wurden von Schülerinnen und Schülern der Primar- und Sekundarschule erlangt: FLYER, MOOVER, KET, PET, DELF, ECDL. Die beiden laufenden von der EU gesponserten Comenius Projekte der f o r m a t i o Primar- und Sekundarschule wurden weiterhin durchgeführt. Durch gegenseitige Besuche und gemeinsames Arbeiten mit den Partnerschulen wurden die guten Kontakte zu den ausländischen Schülern und Lehrern gepflegt. Die Projekte sind noch nicht abgeschlossen. Das f o r m a t i o Oberstufengymnasium ist in Vorbereitung und die erste Klasse wird im August 2007 beginnen.

Waldorfschule

Im Schuljahr 2006/07 sind 154 Kinder in neun Klassen und zwei Kindergärten an der Waldorfschule eingeschrieben. Alle Klassen werden als Einzelklassen geführt. Eine Spielgruppe wurde ins Leben gerufen. Die pädagogische Arbeit basiert auf der Menschenkunde Rudolf Steiners mit Fokus auf die künstlerische Unterrichtsgestaltung. Die Erziehung der Kinder verlangt nach einem möglichst optimalen Zusammenspiel von Schule und Elternhaus. Der Landesschulrat Österreichs setzt das Abschlusszeugnis der Waldorfschüler nach dem 9. Schuljahr dem Hauptschulabschluss gleich. Die Liechtensteinische Waldorfschule arbeitet im Projekt «Wege zur Qualität» mit der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf Steiner Schulen der Schweiz zusammen.

Internationale Akademie für Philosophie

Im Sommersemester 2006 waren 20 Studierende an der IAP inskribiert. Im Juni 2006 konnten zwei Studierende ihr Doktorat abschliessen. Im darauf folgenden Wintersemester 2006/07 waren 21 Studierende an der IAP inskribiert. Im akademischen Jahr 2006 haben an der IAP verschiedene Professoren/Dozenten gelehrt.

Die IAP verfügt über zwei Forschungsinstitute mit unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten: das *Internationale Zentrum für Studien über Platon und die platonischen Wurzeln in der abendländischen Philosophie* und das *Forschungszentrum für Frieden und Menschenwürde*. Als Ergebnis der Forschungstätigkeiten an der IAP erschienen 2006 am Platon-Institut verschiedene Werke. Im April fand unter dem Titel «Islam and Civil Democracy: Are They Compatible?» an der IAP eine Agora von Dr. Pawel Bernat (Polen/Schottland) statt.

Auf der Grundlage des mit der Pontificia Universidad Catolica de Chile (PUC) abgeschlossenen Kooperationsabkommen obliegt Prof. Dr. Josef Seifert als Direktor der IAP-PUC am Campus in Santiago de Chile (Chile) der dortige Lehr- und Forschungsbetrieb. Zwei Mal im Jahr (Winter/Sommer) hält Professor Seifert Blockkurse in Liechtenstein ab. Seine Dissertanden an der IAP in Liechtenstein werden ganzjährig von ihm betreut. Im Frühjahr 2006 wurde die IAP im Auftrag der Regierung einer turnusmässigen Evaluation (Peer Review) unterzogen.

Universität für Humanwissenschaften

Das Lehrangebot der Universität für Humanwissenschaften (UFL) konnte im Berichtsjahr um ein weiteres Studienprogramm, dem dreisemestrigen E-Master in Vermögensrecht (LL.M.), erweitert werden. So startete am 5. Oktober der Studiengang mit 21 Studierenden. Das im Herbst 2005 erstmals gestartete Doktoratsstudium «Wissenschaftliche Medizin» ist inzwischen im 3. Semester. Den im August 2005 gestarteten E-Master-Lehrgang in Mediation schlossen im Dezember sämtliche 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgreich ab. Ergänzend zum Studienprogramm in Triesen erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während ihrer 18-monatigen Ausbildung die Gelegenheit, Erfahrung in einem Praktikum in Austin, Texas, zu sammeln. Von den insgesamt 54 eingeschriebenen Studierenden der UFL kommen je ein Drittel aus Liechtenstein und Österreich, die übrigen (je zu 20 %) aus der Schweiz und Deutschland. Für die Unterrichtsqualität und Studieninhalte sind wissenschaftliche Beiräte, besetzt mit unabhängigen, international anerkannten Fachexperten, besorgt. Regelmässig durchgeführte Umfragen bei den Studierenden ergeben ein durchwegs positives Bild, was Studienorganisation und Unterrichtsqualität betreffen. Die im Jahr 2006 von Wissenschaftlern und Doktoranden der UFL erzielten Forschungsergebnisse in Medizin und Neurobiologie resultierten in insgesamt elf Veröffentlichungen in international renommierten Fachzeitschriften.

Liechtenstein-Institut

Das Liechtenstein-Institut betreibt und fördert Liechtenstein-relevante Forschung in den Fachbereichen Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft sowie Geschichte. Die Forschungsergebnisse werden der Öffentlichkeit u.a. durch Veranstaltungen und Publikationen zugänglich gemacht. Mit seiner Tätigkeit will das Liechtenstein-Institut einen verantwortungsvollen Beitrag zur Beschäftigung mit Liechtenstein und zum liechtensteinischen Selbstverständnis leisten. Im Berichtsjahr waren acht Forschungsprojekte in Bearbeitung. Das Forschungsprojekt

«Die rasche Modernisierung einer kleinen Volkswirtschaft im 20. Jahrhundert» wurde abgeschlossen und wird in Kürze publiziert. Im Bereich Lehre fanden zwei Vorlesungsreihen statt: eine zum Thema «Männer und Frauen in Bildung, Beruf und Politik», die andere zum Thema «Liechtenstein vor neuen Herausforderungen der europäischen Integration und der Globalisierung». Das Liechtenstein-Institut führte zwei Tagungen durch: «Bürgergesellschaft und Kleinstaat» mit Hauptreferent Jakob Kellenberger am 23. Juni; «Kleinstaaten in Europa» mit Hauptreferent Gerard Batliner anlässlich des Gedenkjahres «200 Jahre Souveränität» vom 11. bis 13. September. Verschiedene Vorträge, u.a. der 17. Peter Kaiser-Vortrag von Jutta Limbach mit dem Titel «Sprache und Politik – Mehrsprachigkeit in Europa», trugen zu einem reichhaltigen akademischen Jahr am Liechtenstein-Institut bei. Eine rege Vortrags- und Publikationstätigkeit der Forscher und Forscherinnen rundete das arbeitsreiche Jahr ab.

Dienste

Schulpsychologischer Dienst (SPD)
Bei der Schulpsychologin und dem Schulpsychologen gingen im Berichtsjahr insgesamt 498 Anmeldungen ein. Sie verteilen sich auf folgende Schularten:

Kindergarten	121	Heilpädagogisches Zentrum	48
Vorschule	35	Waldorfschule	2
Primarschulen	216	f o r m a t i o Privatschule	1
Oberschulen	31	Lehrlinge/Lehrtöchter	2
Realschulen	18	Andere	19
Gymnasium	5	Total	498

Bei 79 Kindern erfolgte die Anmeldung aufgrund des Wunsches nach Schulfähigkeitsabklärung, bei vier aufgrund des Wunsches nach Abklärung der Kindergartenfähigkeit. Die Gründe zur Anmeldung bei den anderen Kindern und Jugendlichen waren Lern- und Verhaltensprobleme. Im Berichtsjahr wurde der SPD für die Zeit der höchsten Beanspruchung, im zweiten Semester des Schuljahres, mit einer befristete Entlastungsstelle unterstützt, die mit zwei Psychologinnen zu je einer 50%-Anstellung besetzt wurde. Die Hauptaufgaben für diese waren die Schulfähigkeitsabklärungen und die Abklärungen im Zusammenhang mit der Verlängerung von Sonderschulmassnahmen.

Neben den erwähnten Abklärungen und Beratungen nahmen die Psychologen des SPD im Berichtsjahr zusätzlich folgende Aufgaben wahr: Sie betreuten zwei Psychologie-Praktikantinnen, informierten in den Medien und in Fachzeitschriften über schulpsychologisch relevante Themen, hielten Vorträge an Elternabenden, berieten Lehrpersonen über Interventionen bei Mobbing und anderen Krisen. Sie hatten Einsitz in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen, z.B. in der Projektgruppe zur Einführung der Schulsozialarbeit, in der Gewaltschutz-Kommission der Regierung, in der Arbeitsgruppen Heilpädagogik im Kindergarten und Begabtenförderung. Sie beteiligten sich an einem Präventionsprojekt zur Verminderung von Jugendgewalt. In den Vorschulen untersuchten sie den Sprachentwicklungsstand im Zusammenhang mit der Früherkennung von Lese- und Rechtschreibproblemen. Sie bildeten sich in verschiedenen Kursen (Neue Medien, Psychotherapie, Prävention von Burnout, forensische Psychologie und andere) weiter.

Besondere Schulbereiche
Die Besonderen Schulbereiche setzen sich zusammen aus den besonderen schulischen Massnahmen (BSM), den pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM), der integrierten Sonderschulung sowie der Sonderschulung in Sonderschulen. Im Bereich der BSM konnten im Berichtsjahr das Angebot «Spezielle Förderung» kontingentiert und der ehemals so genannte «Legasthenieunterricht» in den «Ergänzungsunterricht» integriert werden. Im Bereich der PTM wurde versuchsweise für jedes Primarschulhaus eine Logopädin bezeichnet, welche bei Bedarf Beratungen vor Ort anbieten kann. Nach einem Jahr wird dieses Beratungsangebot analysiert werden. Die Sonderschulungen und PTM haben im Vergleich zum letzten Berichtsjahr zugenommen. Die aktuellen Zahlen (Kalenderjahr 2006) sind:

Sonderschulungen 2006

Bereich	Anzahl Kinder
integrierte Sonderschulungen	61
Sonderschulungen im HPZ / FL	83
Sonderschulungen in der CH	17
Sonderschulungen in A	9
Total	**170**

Pädagogisch-therapeutische Massnahmen 2006

Logopädie (inkl. Beratung)	**421**
Psychomotorik	73
Früherziehung	36
Total	**530**

Zentrum für Mediendidaktik und Mediensupport
Mit Beginn des Schuljahres 2006/07 wurden die bisher selbständigen Bereiche «Arbeitsstelle Schulinformatik», «Didaktische Medienstelle» und «Lehrmittelverlag» unter einem Dach im Zentrum für Mediendidaktik und Mediensupport (ZeMM) zusammengeführt. Die Schaffung des Zentrums ermöglicht die Nutzung von Synergien und erlaubt eine bessere Abstimmung zwischen den verschiedenen Medienbereichen.

Das Schulnetz, das die Informatikbedürfnisse der öffentlichen Schulen abdeckt und von der **Arbeitsstelle**

Schulinformatik (assi) betreut wird, umfasst über 1 500 PCs, die von fünf Technikern gewartet werden. Im Berichtsjahr wurden auch sämtliche Kindergarten-PCs mittels ADSL-Verbindungen ins Schulnetz eingebunden. Um das Netz auf einem modernen Stand zu halten, wurden sämtliche PCs auf Windows XP umgestellt. Auch im Serverbereich waren zahlreiche Erneuerungen notwendig. So bietet ein modernes Schulnetz den ca. 5 000 Benutzern zahlreiche Dienste im Bereich der Ausbildung und Schulverwaltung an. In diesem Jahr wurden auch die Voraussetzungen geschaffen, um zahlreiche Medien der DMS online im Schulnetz anzubieten. Durch die neuen Möglichkeiten sind die Informationen nach Thema sehr rasch abruf- und effizient darstellbar. Allgemein kann festgehalten werden, dass ein sehr stabiler, qualitativ hoch stehender Netzwerkbetrieb zur Verfügung gestellt wird.

Das Angebot der **Didaktischen Medienstelle (DMS)** an unterrichtsdidaktischem Material wurde sehr gut genutzt. Besonderes Gewicht wird der mediendidaktischen und medienpädagogischen Beratung beigemessen. Gegen Entrichtung einer Jahresgebühr können auch die Lehrpersonen der Nachbargemeinden in der Schweiz von den Angeboten profitieren. Der elektronische Katalog im Schulnetz bewährt sich und ist benutzerfreundlich zu handhaben. Somit kann in Zukunft auf Papierkataloge verzichtet werden. Bewährt haben sich zudem die Mediensonderausstellungen zu speziellen Gebieten. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen wurde auch in diesem Jahr in den Bereichen der «pädagogischen ICT-Kompetenz für den Unterricht» und mit medienpädagogischen Inhalten ausgebaut. Die Medienstelle steht den Lehrpersonen mit Frage- und Sprechstunden beratend zur Verfügung. Sie betreut an jeder Schule einen Medienkoordinator, dessen Aufgabe es ist, Einsatzmöglichkeiten von Medien anhand konkreter Unterrichtskonzepte im eigenen Team zu fördern.

Neben dem termingerechten Ankauf und dem Bereitstellen der Lehrmittel für alle Stufen zum Schuljahrbeginn wurden vom **Lehrmittelverlag** wie jedes Jahr auch die in Liechtenstein verlegten Bücher an den Buchhandel im In- und Ausland verkauft und versandt. Schulen, Schulleitungen und Gemeinden wurden je nach Bedarf beliefert. Der Lagerbestand wurde verkleinert und auf einen aktuellen Stand gebracht.

Atelier Neues Lernen

Comenius: In den letzten drei Jahren wurde im Comenius Projekt «Neues Lernen – Train the Trainers» eine modulare Weiterbildung im Gesamtumfang von 15 Kurstagen entwickelt. Die Ausbildung von mehr als 20 Pädagogen aus elf Ländern zu «Neues Lernen Trainern» wurde abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurde ein Ausbildungsmeeting in Belgien organisiert. Einige Trainer arbeiteten im Atelier an der Übersetzung der Kursmaterialien in ihre Landessprache. In mehreren Ländern sind betreute Pilotkurse durchgeführt worden.

Atelierbetrieb: Die Neues Lernen Unterrichtsmaterialen unterliegen einer ständigen Überarbeitung, Erweiterung und Verbesserung. Thematische Pakete wurden hergestellt und stehen in der DMS zur Ausleihe bereit. Das Beratungsangebot wird von Lehrpersonen aus der Region gerne angenommen. Auch Sprachassistenten und Lehrpersonen der Erwachsenenbildung erstellen hier eigenes Unterrichtsmaterial. In Zusammenarbeit mit der Flüchtlingshilfe wurden Sprachkurse mit dieser Methode durchgeführt.

Hallenbad SZU

Im Jahr 2006 besuchten 45 110 Erwachsene, 18 703 Kinder und 3 387 Vereins-Mitglieder das Hallenbad SZU. Dazu kamen 18 695 Eintritte des Schulschwimm-Unterrichts. Ein Tagesdurchschnitt von 261 Personen an 334 Betriebstagen und eine Besucherspitze von 569 Badegästen führte mit 85 895 Eintritten zum dritthöchsten Ergebnis in den 26 Betriebsjahren. Vier Badmeister, drei Stellvertreter und Bad-Aufsichten sowie zwei Teilzeit-Reinigungs-Angestellte sorgten für einen einwandfreien Betrieb. Die Abklatsch- und Wasser-Proben der vorgeschriebenen Selbstkontrolle wie auch die vom Amt für Lebensmittelkontrolle durchgeführten Wasserproben gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlass.

Jugendhaus Malbun

Vor gut 35 Jahren als Unterkunft für die Jugend realisiert worden, hat sich an dieser Zielsetzung auch im vergangenen Berichtsjahr nichts geändert. Das jährlich stattfindende Caritaslager im Sommer ist das erste Mal für zwei Mal 10 Tage durchgeführt worden. Ursache war die gestiegene Nachfrage nach Lagerplätzen für Kinder in den Sommerferien. Vor grösseren Unfällen und Erkrankungen blieben die Lagerteilnehmer zum Glück verschont. Im Berichtsjahr haben 37 verschiedene Besuchergruppen das Jugendhaus für ein oder zwei Wochen benützt (26 Gruppen aus Primar-, Ober- und Realschule, vier Gruppen aus Privatschulen, HPZ und Freiwilligem 10. Schuljahr, fünf Gruppen aus Liechtenstein und zwei Gruppen aus der Schweiz). Für diese ca. 1 350 Gäste wurden 12 700 Mahlzeiten zubereitet. Hinzu kamen noch 5 700 Übernachtungen mit Frühstück. Das Budget bei den laufenden Betriebskosten konnte eingehalten werden. Die Rückmeldungen von den Lagerteilnehmern und den Lagerverantwortlichen belegen, dass die Arbeit der Hausverwaltung und der Betriebskommission sehr geschätzt wurde.

Nationalagentur SOKRATES

Die zweite Phase des SOKRATES-Programms (2000-2006) wurde von der Sokrates-Nationalagentur Liechtenstein betreut, welche im Schulamt integriert ist. Liechtenstein war vor allem in den Aktionen COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung) und ARION (Entscheidungsträger im Bildungsbereich) aktiv. Im Bereich «Comenius» waren

im Berichtsjahr fünf Schulen aus Liechtenstein an Projekten mit Partnerschulen aus anderen Ländern beteiligt. Eine weitere Schule nahm zur Abklärung einer Projektteilnahme an einem vorbereitenden Besuch teil. Im Rahmen von anderen Comenius-Aktivitäten war das Atelier Neues Lernen als Projektkoordinator am Projekt «Neues Lernen - Train the Trainers» beteiligt. Des Weiteren wurden auch Einzelstipendien für Fortbildungsaktivitäten ausgerichtet. Im Rahmen der Aktion «Erasmus» kann die Hochschule Liechtenstein, welche als einzige Hochschule im Land von der EU-Kommission die Erasmus-Charta erhalten hat, an allen Erasmus-Unterprogrammen teilnehmen sowie Fördermittel bei der EU beantragen. Total beantragten 44 Studierende ein Erasmus-Stipendium für ein mehrmonatiges Studium an einer europäischen Gasthochschule. Des Weiteren wurden acht Unterstützungsanträge für einen Lehrauftrag an einer europäischen Gastinstitution im Rahmen der Dozentenmobilität bewilligt. In der Aktion «Arion» absolvierten zwei Schulamtsmitarbeiter einen Studienaufenthalt in Schottland bzw. Österreich. In der Erwachsenenbildung hat die Kunstschule Liechtenstein das Grundtvig-Projekt «Training Course for the Promotion of Visual Literacy» begonnen und eine Lehrperson einen Grundtvig-Kurs besucht. Im Rahmen von «Eurydice» liefert Liechtenstein die Grunddaten des nationalen Bildungssystems, die in vergleichenden Bildungsinformationen der EU ihren Niederschlag finden. Innerhalb des «Naric»-Netzwerkes erteilt das nationale akademische Anerkennungs- und Informationszentrum Auskünfte zu Äquivalenz- und Anerkennungsfragen an Einzelpersonen sowie Institutionen und nimmt die Interessen der in Liechtenstein ansässigen Hochschuleinrichtungen in Europa wahr.

Stipendienstelle

Im Berichtsjahr sind von der Stipendienstelle 1173 neue Anträge von 996 Personen eingegangen und wurden dort bearbeitet. Es sind 1143 Verfügungen für 1000 Personen erstellt worden. Von den Gesuchen mussten 223 abgewiesen werden, da die gesetzlichen Voraussetzungen fehlten oder die Einkommen der Antrag stellenden Person und/oder deren Eltern die Einkommensgrenze überschritten haben.

Entscheide im Jahr 2006

Anträge	Ablehnungen	Stipendien in CHF	Darlehen in CHF
1 143	**223**	**5 516 114**	**4 079 610**

Ausgaben u. Darlehensrückzahlungen für das Jahr 2006

Stipendien		Darlehen		Rückzahlung Studiendarlehen (in Rechnung gestellt)
Anzahl	Betrag CHF	Anzahl	Betrag CHF	Betrag CHF
879	5 213 265	460	2 522 847	1 522 282.70

Die Auszahlungen für Stipendien und Darlehen setzten sich wie folgt zusammen:

		Stipendien in CHF	Darlehen in CHF
Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen)	Doktorat	176 978	46 284
	Bachelor, Master	3 342 405	1 881 096
Höhere Fachschulen		476 323	260 069
Berufsbildung Sek II	Fachschulen	252 334	111 319
	Berufslehren	104 849	24 419
Allgemeinbildung Sek II	Gymnasium, BMS, DMS	78 681	27 900
	Internate	29 831	11 755
Weiterbildung		751 864	160 005

Kommissionen, Arbeitsgruppen und Vereinigungen

Stipendienkommission

Die Stipendienkommission entscheidet gemäss Art. 34 StipG über Beschwerden gegen Verfügungen der Stipendienstelle und gibt Stellungnahmen zuhanden der Regierung ab.

Im Berichtsjahr hat die Stipendienkommission sechs Sitzungen abgehalten. Insgesamt mussten sechs Beschwerden behandelt und sechs Stellungnahmen zuhanden der Regierung abgegeben werden. Sämtliche sechs Beschwerden gegen Verfügungen der Stipendienstelle nach Art. 30 Abs. 1 StipG wurden abgewiesen. Bei den Stellungnahmen zuhanden der Regierung handelte es sich zweimal um den anerkennbaren Höchstbetrag gemäss Art. 16 Abs. StipG, zweimal um fehlende Unterlagen gemäss Art. 22 Abs. 3 StipG und zweimal um Modalitäten der Darlehensrückzahlung gemäss Art. 26 Abs. 6 StipG. Sämtliche Stellungnahmen der Stipendienkommission zuhanden der Regierung wurden von dieser inhaltlich übernommen. Ebenfalls hat die Stipendienkommission gemäss Art. 33 Abs. 2 StipG eine Geschäftsordnung erlassen.

Maturakommission

Nach der aussergewöhnlichen Situation mit der Doppelmatura im Schuljahr 2005/206 kehrte im letzten Schuljahr mit einer Maturaprüfung wieder «Normalität» ein. Zum zweiten Mal fanden die Maturaprüfungen am Schluss der 7. Stufe gemäss der neuen Maturaverordnung statt. In der Zeit vom 7. bis 13. Juni wurden die Maturandinnen und Maturanden in den Grundlagenfächern Deutsch, Mathematik, Französisch und Englisch sowie in den Profilfächern Spanisch, Latein, Betriebswirtschaftslehre, Bildnerisches Gestalten und Musizieren, Biologie, Chemie und Geografie im Mehrzwecksaal der Gemeinde Vaduz schriftlich geprüft. Die mündlichen Prüfungen fanden vom 26. bis 30. Juni an der Schule statt.

Insgesamt nahmen die Fachlehrerinnen und Fachlehrer 344 mündliche Prüfungen ab.

Für die Durchführung der Prüfungen trägt die Maturakommission zusammen mit dem Rektorat die Verantwortung, zusätzlich wirken jeweils die Mitglieder der Unterrichtskommission des LG als Experten mit. Sie erlebten mehrheitlich gute bis sehr gute Prüfungen und ein durchwegs vorteilhaftes Auftreten der Maturae und Maturi. Anlässlich der Maturafeier erhielten 84 Maturandinnen und Maturanden, 50 junge Frauen und 34 junge Männer, das Maturazeugnis.

Berufsmaturakommission

Die Berufsmaturakommission leitet und beaufsichtigt das Verfahren zur Erlangung der Berufsmaturität. Zu den Aufgaben, die von der Berufsmaturakommission wahrgenommen werden, zählen:

- Genehmigung der Prüfungsmodalitäten;
- Genehmigung der Prüfungstermine (Sommer- und Herbsttermin);
- Aufsicht bei den schriftlichen Abschlussprüfungen;
- Expertentätigkeit bei den mündlichen Abschlussprüfungen;
- Genehmigung der Prüfungsnoten, Festsetzen der Abschlussnoten und Entscheid über die Erlangung der Berufsmaturität;
- Entscheide über die Aufnahmegesuche von Studierenden, die keinen anerkannten Lehrabschluss vorweisen können, ob Ausbildung und Berufstätigkeit den in der Verordnung geforderten Qualifikationen entsprechen;
- Entscheide über die Gesuche von Kandidatinnen und Kanditaten, die zum dritten Mal zu den Prüfungen antreten wollen, und Erteilen von Auflagen;
- Unterschrift der Berufsmaturazeugnisse durch den Vorsitzenden der Berufsmaturakommission.

Die Berufsmaturakommission nimmt nicht nur rechtliche Aufgaben wahr, sondern übt auch in organisatorischen Fragen eine wichtige Kontrollfunktion aus. Die Kommission stellt sicher, dass sowohl Prüfungsstandards als auch das Ausbildungsniveau der Schule laufend evaluiert, gesichert und weiterentwickelt werden.

Kommission zur Prüfung von provisorisch angestellten Lehrpersonen

Im Berichtsjahr 2006 legten insgesamt 128 Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und Lehrer an sieben Prüfungsterminen die im Lehrerdienstgesetz vorgeschriebenen Prüfungen in Schulgesetzgebung, Staatskunde und Geschichte ab. Die Prüfungen fanden in allen Fachgebieten in schriftlicher Form statt, allfällige Nachprüfungen wurde mündlich durchgeführt.

Schulrat

Der Schulrat entscheidet u.a. in Fragen der Schullaufbahn der Kinder, bewilligt das Lehrpersonal an den Privatschulen in Liechtenstein und ist berechtigt, obligatorische Weiterbildungskurse für Lehrpersonen anzusetzen. Im Rahmen des Übertrittsverfahrens von der Primarschule in die Sekundarschule hatte der Schulrat aufgrund von Uneinigkeit zwischen der Lehrerempfehlung und dem Elternwunsch in 42 Fällen zu entscheiden. 36 Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit einer Prüfung in Anspruch genommen. Sieben davon haben die Prüfungen positiv absolviert (5 OS/RS; 2 RS/LG).

Übertrittsverfahren 2006 - Schülerzuteilung von den Primar- in die Sekundarschulen

Oberschule 28.4%			Realschule 45.8%			Gymnasium 25.8%			Total
m	w	Schüler	m	w	Schüler	m	w	Schüler	
50	59	109	91	85	176	47	52	99	**384**

Übertritte innerhalb der Sekundarschulen (Schuljahr 2005/06)

	ohne Prüfung	mit Prüfung	gesamt
Übertritt 1. OS - 1. RS	7	4	**11**
Übertritt 1. OS - 2. RS	0	0	**0**
Übertritt 2. OS - 2. RS	2	0	**2**
Übertritt 1. RS - 2. LG	7	0	**7**
Übertritt 2. RS - 3. LG	2	0	**2**
Übertritt 3. RS - LG Oberstufe	2	0	**2**
Übertritt 4. RS - LG Oberstufe	8	0	**8**

Umteilungen in eine andere Schulart auf der Sekundarstufe I (Schuljahr 2005/06)

	Umteilung	Frw. Wechsel	gesamt
1. RS - 1. OS	11	0	**11**
2. RS - 2. OS	7	0	**7**
3. RS - 3. OS	3	0	**3**
1. LG - 1. RS	2	0	**2**
2. LG - 2. RS	1	2	**3**
3. LG - 3. RS	3	0	**3**

Der Schulrat hat in mehreren Fällen dem Antrag auf Befreiung von der Schulpflicht um ein Jahr bzw. auf vorzeitigen Schuleintritt stattgegeben. Auch die freiwillige Wiederholung der 5. Schulstufe der Primarschule und das Überspringen einer Schulstufe wurden in Einzelfällen bewilligt. In mehreren Fällen stimmte der Schulrat der integrierten Sonderschulung bzw. der Verlängerung dieser Massnahme zu. Mehrere Kinder und Jugendliche wurden der Sonderschulung im HPZ oder in ausländischen Sonderschulen zugewiesen.

Dachverband der Elternvereinigung

Der Dachverband der Elternvereinigungen der liechtensteinischen Schulen (DEV) besteht aus 15 Mitgliedsvereinen und dem durch die Delegiertenversammlung gewählten Vorstand (fünf Mitglieder). Im Vereinsjahr 2006 des Dachverbandes fanden sechs Vorstandssitzungen,

eine Jahreshauptversammlung und eine ausserordentliche Delegiertenversammlung statt. Die Aktivitäten des DEV umfassten Projekt- und Kommissionsarbeit:

Projektarbeit / Themen
– Bildung/Bildungsreform
– Schulzentrum Unterland II (SZU II)
– Lesesäcke
– Homepage
– EPA - European Parents Association

Kommissionen / Projektgruppen
– Lenkungsgremium SPES I
– Projektgruppe Bildungsreform
– Projektgruppe Verkehrssicherheit
– Kommission: Schulsozialarbeit
– Kommission: Gesundheitsförderung Thema «Kopfläuse»

Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Amtsleiter Amt für Berufsbildung: Werner Kranz
Leiter Berufsberatungsstelle:
Dr. Karl Jehle (bis 30.6.2006)
Amtsleiter Amt für Berufsbildung und Berufsberatung:
Werner Kranz (ab September 2006)

Wie vielerorts in der beruflichen Grund- und Weiterbildung Veränderungen stattfinden, so war auch das Amtsjahr 2006 im Amt für Berufsbildung und Berufsberatung geprägt von Veränderungen.

Anfangs Jahr wurde das Vorprojekt «Zusammenlegung der Berufsberatungsstelle und des Amtes für Berufsbildung» erarbeitet. Am Ende des ersten Jahresquartals hat die Regierung die von der Projektgruppe empfohlene Zusammenlegung beschlossen. Bis Ende Jahr wurde ein durchgängiges und ganzheitliches Konzept für die künftige Neuausrichtung des neu geschaffenen Amtes erarbeitet.

Praktisch gleichzeitig wurde das Projekt «Organisatorische Neuausrichtung der EU-Programme Sokrates und Leonardo da Vinci sowie der Internationalen Berufswettbewerbe» lanciert und ein Detailkonzept zur möglichen Umsetzung im Jahr 2007 erarbeitet.

Mit viel Einsatz und Motivation konnten die geplanten Jahresziele erfolgreich umgesetzt werden ohne das Tagesgeschäft in den Bereichen der nationalen und internationalen beruflichen Grund- und Weiterbildung vernachlässigen zu müssen.

Nebst diesen vorgegebenen Zielen wurden zahlreiche weitere wie beispielsweise die Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen und die Implementierung von WorldSkills ins Amt oder das Vorprojekt «Kompass 2» (neue Amtssoftware) realisiert.

Die Nationalagentur Leonardo da Vinci, die für die Bereiche der Mobilitätsförderung und der angewandten Forschungstätigkeiten der Berufsbildung tätig ist, konnte die gesteckten Jahresziele im gleichnamigen Programm erreichen.

Bereichernd für die berufliche Grundausbildung sowie für die Teilnehmenden ist die Neuauflage des internationalen Mobilitätsprojektes «Inform-ICT». Die Schülerinnen und Schüler des zehnten Schuljahres des Inform Colleges Triesen, absolvierten ein vierwöchiges Praktikum mit integriertem Sprachkurs in Malta. Ebenso wurde das gut angelaufene Mobilitätsprojekt «PONTE», ein zusätzliches Dienstleistungsangebot für stellensuchende Personen in Liechtenstein, um 16 weitere Praktikumsplätze ergänzt.

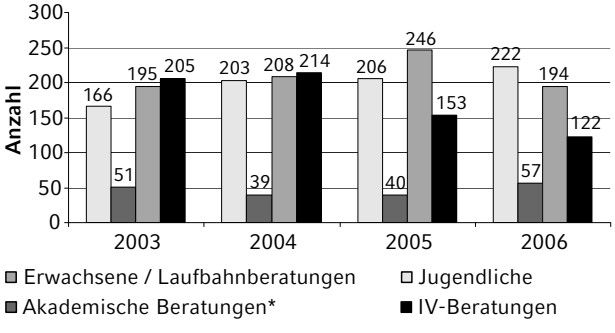
Berufsberatung

Einleitung
Der Schwerpunkt der Arbeit der Berufsberatung lag im Jahr 2006 in der individuellen Beratung (Einzelberatung von Jugendlichen und Erwachsenen).

Durch die Frühpensionierung des ehemaligen Leiters der Berufsberatungsstelle per Ende Juni 2006 und durch die zusätzlichen aus der Zusammenlegung der beiden Ämter entstandenen Aufgaben musste der generelle Beratungsbereich (BIZ, Elternabende, BIZ-Einführungen, Projektwochen zur Berufs- und Studienwahl, Informationsveranstaltungen) bei den Informationsveranstaltungen leicht gekürzt werden.

Einzelberatung
Wie aus untenstehender Grafik ersichtlich, liegen die Einzelberatungen im Jahr 2006 wiederum im Durchschnitt der vergangenen Jahre.

Anzahl Einzelberatungen der Jahre 2003 bis 2006



* ohne Gymnasiasten/innen der Maturaklassen, die im Rahmen der Berufs- und Studienwahlseminare 2006 eine sehr individuelle Beratung und Betreuung erhielten.

Durch verschärfte Vollzugsbestimmungen der Invalidenversicherung wurde die Klientenzahl während der letzten Jahre reduziert. Die 122 Klienten im Berichtsjahr verursachten jedoch, bedingt durch eine qualifizierte Anspruchsberechtigung, einen ähnlichen Arbeitszeit-Aufwand für die beraterische Arbeit wie in den Vorjahren.

Der Erwachsenenanteil (Akademische Beratungen, Erwachsene / Laufbahnberatungen und IV-Beratung) liegt auch im Berichtsjahr bei 63 %.

Generelle Beratung

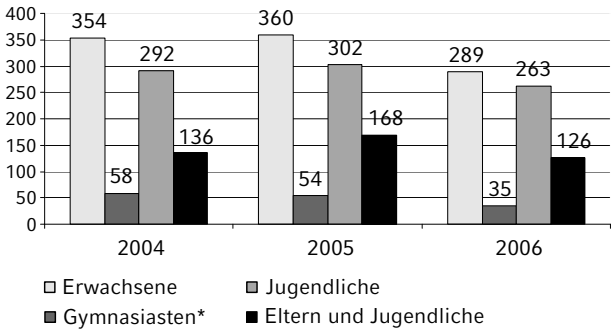
Die Berufswahlvorbereitung ist primär Sache der Jugendlichen und deren Eltern. Gleichzeitig bedarf es der Koordination aller Bemühungen seitens der Helferinnen und Helfer (Schule, Wirtschaft, Berufsberatung und Berufsbildung). Dieser Aufgabe hat sich die Berufsberatung auch 2006 wieder gestellt und das Berufswahlvorbereitungs-Kooperationsmodell in den 3. und den 4. Klassen der Ober- und Realschulen mit Beginn des Schuljahres flächendeckend fortgesetzt.

Zu diesen Bemühungen gehören folgende Aktivitäten:
- Führen des Berufsinformationszentrums;
- Betreuung der berufskundlichen Dokumentationsschränke an den Schulzentren des Landes mit regelmässiger Aktualisierung;
- BIZ-Einführungen für alle 3. Klassen der Ober- und Realschulen inkl. Tagesschule Formatio und dem Freiwilligen 10. Schuljahr;
- Eltern-/Schülerabende zum Thema «Berufswahlvorbereitung»;
- Kurzberatungen an den Schulzentren für die 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Tagesschule Formatio und der Waldorfschule sowie für die Klassen des Freiwilligen 10. Schuljahres;
- berufskundliche Informationsveranstaltungen zu den Themen «Weiter zur Schule?» und «Zwischenjahr» für die Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen der Ober- und Realschulen;
- Gruppentests;
- Konzept und Durchführung von Seminaren zur Berufs- und Studienwahlvorbereitung für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der 7. Klassen;
- «BSW-Kurzseminare» zur Einführung der 4. Klassen des LG in die Berufs- und Studienwahlproblematik;
- «Einführungen Profilwahl / Berufswahl» der 3. Klassen des LG.

Berufsinformationszentrum (BIZ)

Das Berufsinformationszentrum BIZ startete im Jahr 2006 ins 26. Betriebsjahr und war an 100 Tagen für die Öffentlichkeit zugänglich. Das BIZ ist eine der drei Selbstinformationseinrichtungen (BIZ, Dokumentationsschrank an den Schulzentren, Informationsveranstaltungen), die den Jugendlichen und Erwachsenen bei ihrer Berufs- und Laufbahnwahl als Informationsquellen zur Verfügung stehen.

Anzahl BIZ-Besuche der Jahre 2004 bis 2006



*Besuche anlässlich der BSW-Seminare nicht eingerechnet.

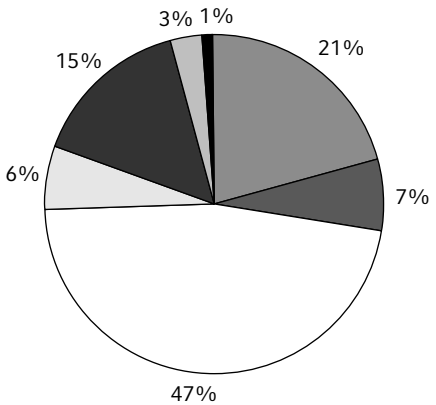
Weitere Aktivitäten der Berufsberatung

Qualitätsmanagement/-entwicklung

Durch den besonderen Einsatz des ehemaligen Leiters der Berufsberatungsstelle zu diesem Thema, insbesondere bezüglich Kundenorientierung/Kundenbefragung, hat die Berufsberatungsstelle auch auf internationaler Ebene mit dem Qualitätsmanagementsystem grosse Beachtung gefunden.

Im Berichtsjahr 2006 wurden sowohl sämtliche BSW-Seminare der 3., 4. und 7. Klassen evaluiert als auch eine Nachbefragung der Einzelberatungen von Erwachsenen / Laufbahnberatungen durchgeführt.

Eingeschlagene Laufbahnen der Jugendlichen nach Erfüllung der obligatorischen Pflichtschulzeit im Sommer 2006 in Prozent



Berufswahlverhalten der Schülerinnen und Schüler aus den Real- und Oberschulen, der Tagesschule Formatio, der Walddorfschule und dem Freiwilligen 10. Schuljahr im Sommer 2006

	Realschulen, 10. Schuljahr Formatio, Waldorfschule		Oberschulen		Total	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Lehre	154	58.3	52	48.1	206	55.4
10. Schuljahr	29	11.0	42	38.9	71	19.1
Gymnasium Vaduz / BORG	12	4.5		0.0	12	3.2
Lösung nicht bekannt (ev. Job)	10	3.8	1	0.9	11	3.0
Anlehre / Attest	5	1.9	4	3.7	9	2.4
Handelsakademie	7	2.7			7	1.9
HTL Rankweil, Dornbirn, Imst	6	2.3			6	1.6
Fach- oder Wirtschaftsmittelschule	5	1.9			5	1.3
Tourismusschulen Bludenz	5	1.9			5	1.3
Schule für med. Praxisassistenz	5	1.9			5	1.3
Praktikum	2	0.8	3	2.8	5	1.3
Höhere Lehranstalt f. wirtsch. Berufe	4	1.5			4	0.0
Haushaltungsschule	2	0.8	2	1.9	4	1.1
Handelsschule	2	0.8	1	0.9	3	0.8
Keine Ausbildung (Job)/Fabrikarbeiter	2	0.8	1	0.9	3	0.8
Sprachschule im Ausland / Schule in Spanien	2	0.8			2	0.5
Kosmetikfachschule	2	0.8			2	0.5
Sozialjahr	1	0.4	1	0.9	2	0.5
Gymnasium Riedenburg	1	0.4			1	0.3
Bundesanstalt für Kindergartenpädagogik	1	0.4			1	0.3
Bildhauerschule	1	0.4			1	0.3
Massagefachschule	1	0.4			1	0.3
Hotel- und Touristikfachschule Chur	1	0.4			1	0.3
Arbeitstraining	1	0.4			1	0.3
Theresianum Ingenbohl	1	0.4			1	0.3
Vorkurs Schule für Gestaltung	1	0.4			1	0.3
Sportgymnasium	1	0.4			1	0.3
Fussballschule in Türkei			1	0.9	1	0.3
Total	**264**		**108**		**372**	

Berufsbildung

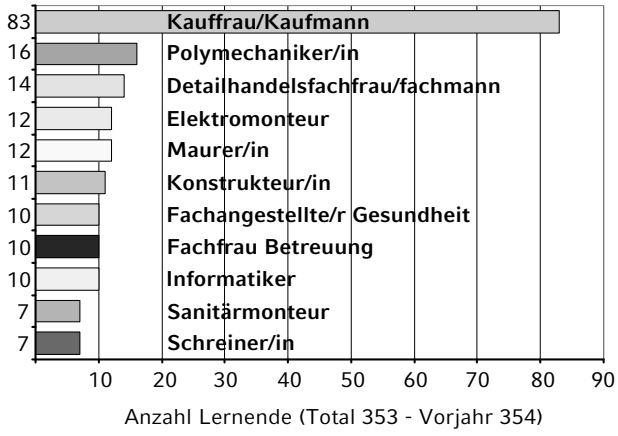
Gesamtzahl der Lehrverhältnisse

Die Gesamtzahl aller Lehrverhältnisse inklusive der Anlehren betrug per 31. Dezember 2006 total 1135, diese verteilen sich auf 126 verschiedene Berufe und Anlehrberufe. 406 Personen davon sind weiblich (36%).

Lehrstellensituation – Sommer 2006

Mitte August haben insgesamt 352 Lernende ihre berufliche Grundausbildung in 84 verschiedenen Lehrberufen begonnen.

Berufswahl-Hitliste – Lehrbeginn im Sommer 2006



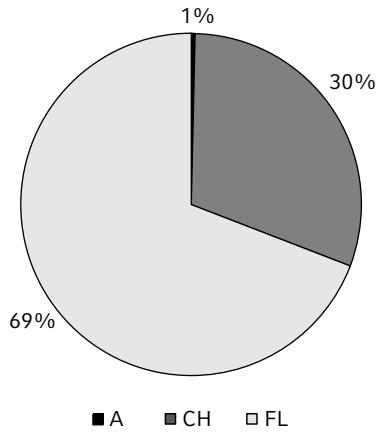
Auf dem 1. Platz der Hitliste liegt nach wie vor die berufliche Grundbildung Kauffrau/Kaufmann (83 oder 23.6 %).

Aufteilung der Gesamtzahl der Lehrverhältnisse nach Wohnort

Gegenüber dem Vorjahr blieb der Anteil der Lernenden mit Wohnort Schweiz mit rund 30 % praktisch unverändert.

Sieben lernende Personen haben ihren Wohnsitz im benachbarten Österreich.

Anzahl Lernende FL-CH-A

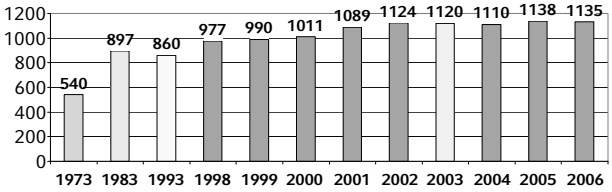


Aufteilung der Gesamtzahl der Lehrverhältnisse nach Lehrbetriebsart

Rund die Hälfte (53 %) aller lernenden Personen absolvieren ihre berufliche Grundbildung in einem gewerblichen Lehrbetrieb und rund ein Drittel der Lernenden (32 %) in einem industriellen Lehrbetrieb. Die restlichen 15 % verteilen sich auf Verwaltung, Dienstleistung, Haus- und Landwirtschaft.

Entwicklung - Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung

Entwicklung der Anzahl Lernenden der Jahre 1973 - 2006



Lehrvertragsauflösungen

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 73 Lehrverhältnisse aufgelöst. Diese Zahl liegt im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Von diesen insgesamt 73 lernenden Personen wechselten 14 in einen anderen Lehrberuf, 15 wechselten den Lehrbetrieb und 3 Lehrverhältnisse wurde in eine Anlehre (2-jährige Berufslehre) umgewandelt. Viele dieser lernenden Personen suchen nach Auflösung des Lehrvertrages die Berufsberatungsstelle auf und orientieren sich neu (bspw. Besuch eines Brückenangebots oder eine weiterführende Schule, Praktikum, Einstieg in die Arbeitswelt, Sprach- Auslandaufenthalt usw.). Das Amt unterstützt diese jungen Menschen bedarfsorientiert bei der Suche nach einer für sie geeigneten Lösung. Bei rund einem Drittel der Lehrvertragsauflösungen handelt es sich um junge Menschen mit Wohnort Schweiz.

Prüfungswesen

Abschlussprüfungen

Im Berichtsjahr haben gesamthaft 341 Lernende die Lehrabschlussprüfung bestanden. Gegenüber dem Vorjahr sind dies acht Personen mehr. Zudem haben 22 Lernende, davon 14 in kaufmännischen und acht in technischen Lehrberufen, die lehrbegleitende Berufsmittelschule abgeschlossen.

Im Januar 2006 fand der dritte obligatorische Kurs für Fachvorgesetzte statt (19 Personen). Diese begleiten einen Absolventen oder eine Absolventin bei der Ablegung der individuellen praktischen Prüfung (Lehrabschlussprüfung im Fach «Praktische Arbeiten»).

Zwischenprüfungen / Standortbestimmungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 62 Zwischenprüfungen abgenommen. 53 waren obligatorische Zwischenprüfungen und neun wegen Erstausbildung. Zusätzlich wurden im Beruf Kauffrau/Kaufmann 114 Standortbestimmungen mit Zwischenprüfungscharakter abgenommen.

Teilprüfungen

Im Sommer 2006 wurden 48 Teilprüfungen abgenommen. Diese Teilprüfungen wurden in den Berufen Anlage- und Apparatebauer, Automatiker, Elektroniker, Konstrukteur, Mechapraktiker, Multimediaelektroniker, Polymechaniker, Schreiner und Zahntechniker durchgeführt.

Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz

Zum 32. Mal konnten sich am 25. August auf Schloss Vaduz 25 erfolgreiche Lehrabsolventinnen und Lehrabsolventen ins «Goldene Buch» eintragen. Die 25 jungen Berufsleute absolvierten ihre Lehre in 15 verschiedenen Berufen mit einem Gesamtnotendurchschnitt von 5.3 und besser:

Anzahl Lehrabsolventen/innen nach Berufen mit einem Gesamtnotendurchschnitt von ≥ 5.3

Beruf	Anz. Berufsleute
Bauzeichner	1
Elektroniker Niveau E	1
Fachangestellte Gesundheit	2
Gärtner Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau	2
Kaufmann Erweiterte Grundbildung	2
Kaufmännische Angestellte	1
Kleinkindererzieherin	2
Konstrukteur Niveau E	1
Landwirt	1
Pflegefachfrau DN II	1
Physiklaborant	1

Beruf	Anz. Berufsleute
Polymechaniker Niveau E	4
Sanitärmonteur	3
Textilveredler	1
Verkäuferin Branche Lebensmittel	2
Gesamtergebnis	**25**

Lehrstellenumfrage
Für den Lehrbeginn im Sommer 2007 wurde im August 2006 bei den Lehrbetrieben die erste Lehrstellenumfrage durchgeführt. Von den Lehrbetrieben wurden insgesamt 215 Lehrstellen als frei gemeldet, was in etwa dem Vorjahreswert entspricht.

Ausbildungsbewilligungen 2006
Im Geschäftsjahr 2006 wurde an 36 Lehrbetriebe eine Ausbildungsbewilligung in verschiedenen Lehrberufen erteilt. Aktuell sind beim Amt 668 aktive Lehrbetriebe registriert, wovon derzeit 382 Betriebe lernende Personen in rund 90 verschiedenen Lehrberufen ausbilden.

Amts-EDV
Die Einführungs- und Umstellungsarbeiten auf die neue Amtssoftware «Kompass» sind angelaufen. Diese Software wird in der Schweiz von elf Kantonen, unter anderem auch von den beiden Nachbarkantonen St. Gallen und Graubünden, eingesetzt. Der Einsatz dieser Software bringt wesentliche Vorteile in den Bereichen Synergiennutzung, Datenpflege und Datenaustausch, sowie Betreuung und Unterhalt mit sich.

Aus diesem Grunde ist das Land Liechtenstein der Interessensgemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF) beigetreten und wird ab 1. Januar 2007 in diesem Verein als ordentliches Mitglied vertreten sein. Seit Oktober 2006 laufen die Umstellungsarbeiten mit dem Ziel, die Lehrabschlussprüfung erstmalig im Sommer 2007 mit dieser neuen Bildungssoftware produktiv abwickeln zu können.

Laufende Amts-Projekte
Im Berichtsjahr wurden vom Amt folgende Projekte bearbeitet:
- Totalrevision Berufsbildungsgesetz;
- Zusammenführung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatungsstelle;
- Zusammenführung der beiden Nationalagenturen Socrates und Leonardo da Vinci (3. Programmgeneration 2007 – 2013);
- Einführen der neuen Amtssoftware «Kompass 2w»;
- WorldSkills (internationale Berufswettbewerbe) - Konzeptumsetzung;
- Berufliche Grundbildung verbunden mit Spitzensport.

Kommission und Konferenzen

Das Amt hat im Berichtsjahr an den folgenden Anlässen teilgenommen:

- Die erste Sitzung der Lehrabschlussprüfungskommission der kaufmännischen Berufe fand im Januar in St. Gallen statt. Ziel war es, die Kommission zusammenzustellen. In der Herbstsitzung wurde dann vor allem über die vergangene Prüfungsperiode berichtet.
- Die Frühjahrssitzung des Gewerbeverbandes St. Gallen der gewerblichen Berufe fand am 21. März in Schaan statt.
- Die Jahrestagung der Deutschweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz (DBK) fand am 18. Mai in Leukerbad im Kanton Wallis statt.
- Am 18./19. Mai wurde die Jahrestagung der SBBK in Leukerbad im Kanton Wallis abgehalten. Schwerpunktmässig wurden die Bildungsthemen Interkantonale Schulabkommen, aktueller Stand betreffend das neue Dienstleistungszentrum der Berufsbildung/Berufs-/Studien- und Laufbahnberatung, Projekt «Nahtstelle obligatorische Schule – Sekundarstufe II», Interkantonale Fachkurse – Konzept und Umsetzungsmodell, Erfahrungen in der Berufsentwicklung und verschiedene Finanzierungsfragen behandelt.
- Dieses Jahr fand die Herbsttagung der Prüfungsleiter in Flüelen, Kanton Uri, statt. Neben den allgemeinen Informationen aus der DBK (Deutschschweizer Berufsbildungsämterkonferenz) und dem BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) fand ein interessanter Erfahrungsaustausch betreffend die Umsetzung der neuen Berufsverordnungen statt. Bei den Informatiker sind die Gleichwertigkeitsanerkennungen der Module ein Thema, und im Detailhandel sind noch nicht alle Kompetenzen betreffend die künftigen Lehrabschlussprüfungen klar verteilt.
- Am 10. November fand das traditionelle Ämtertreffen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Berufsbildungsämter des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons Graubünden statt. Im Vordergrund stand der Gedanken- und Erfahrungsaustausch sowie die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Grund- und Weiterbildung.

Mobilitätsprojekte im Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Berufsbildungsrat (BBR)
Im Geschäftsjahr beschäftigte sich der Berufsbildungsrat mit aktuellen und laufenden Themen im Bereich der beruflichen Grund- und Weiterbildung, sowie der notwendigen Neuausrichtung des BBR.

Per Ende Dezember wurde der Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Liechtenstein als Ersatz für seinen Vorgänger in den Berufsbildungsrat gewählt. Im Weiteren ist der ehemalige Amtsleiter der Berufsberatungsstelle aufgrund seiner Pensionierung per Ende Geschäftsjahr aus dem BBR ausgeschieden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Mobilitätsflüsse in den Projekten MOJA und PONTE bezogen auf die Praktikumsländer und Berufsgruppen auf. Daraus geht hervor,

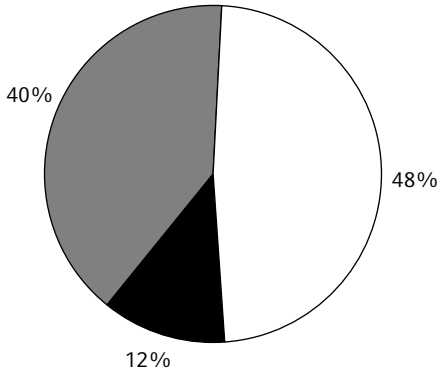
dass die kaufmännischen Berufe die EU-Berufsbildungsprogramme am intensivsten nutzen. Ebenfalls ist eine Zunahme von Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu verzeichnen.

MOJA
13 junge Berufsleute und Jungakademikerinnen und -akademiker nutzten die Chance zur Teilnahme an einem Berufspraktikum, welches mit einem EU-Beitrag in der Höhe von € 34 743 gefördert wurde.

Um das internationale Beziehungsnetzwerk zu stärken und die Geschäftsbeziehungen weiter auszubauen, besuchte die Projektleiterin im März 2006 den Projektpartner in Malta.

PONTE
Von Januar bis Dezember 2006 nutzten zwölf junge Personen dieses Angebot und wurden von der Europäischen Kommission mit € 29 280 gefördert.

Übersicht – Mobilitätsprojekte, Teilnehmer/innen und Praktikumsländer



Übersicht – Anz. Teilnehmer/innen nach Projekt und Berufsfeld und Zielland

		Berufsfeld																
Mobilitätsprojekt	Land	Archäologe	Architekt/in	Bachelor of Arts	Buchhändler/in	Coiffeuse	Dolmetscher	Gastronomiefachangestellte	Hochbauzeichner/in	Informations- und Dokumentationsassistent	Kauffrau/-mann	Kindergärtnerin	Maschinenbauingenieur	Medienfachmann	Pharma-Assistent/in	Polygraf/in	Typograf/in	Winzer	**Gesamtergebnis**
MOJA	Deutschland					2													**2**
	England				1						2	1			1	1	1		**7**
	Frankreich	1																	**1**
	Griechenland					1					1								**2**
	Luxemburg		1																**1**
MOJA Summe		**1**	**1**		**1**	**3**					**3**	**1**			**1**	**1**	**1**		**13**
PONTE	Deutschland			1										1					**2**
	Italien																	1	**1**
	Malta							2	1		1		1			1			**6**
	Spanien						1			1	1								**3**
PONTE Summe				**1**			**1**	**2**	**1**	**1**	**2**		**1**	**1**		**1**		**1**	**12**
Gesamtergebnis		**1**	**1**	**1**	**1**	**3**	**1**	**2**	**1**	**1**	**5**	**1**	**1**	**1**	**1**	**2**	**1**	**1**	**25**

Xchange
Xchange fördert den grenzüberschreitenden Austausch von Lernenden der IBK und der ARGE ALP. Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) ist ein kooperativer Zusammenschluss der an den Bodensee angrenzenden und mit ihm verbundenen Länder und Kantone Baden-Württemberg, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, beide Appenzell, Liechtenstein, Vorarlberg und Bayern. Die Arbeitsgemeinschaft ARGE ALP will durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinsame Probleme und Anliegen, insbesondere auf ökologischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet behandeln, das gegenseitige Verständnis der Völker im Alpenraum fördern und das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für den alpinen Lebensraum stärken.

Übersicht – Anz. Teilnehmer/innen nach Berufsfeld und Zielland

Land / Bundesland	Anzahl Teilnehmer	Beruf
Baden Württemberg → FL	1 weiblich	Kauffrau
SG → FL	5 weiblich	Fachangestellte Gesundheit
FL → SG	5 weiblich	Fachangestellte Gesundheit
Bayern → FL	1 weiblich	Handelsfachwirtin
FL → Freiburg	1 männlich	Elektroniker

Nationalagentur Leonardo da Vinci (LdV) - berufliche Bildung

Zusammenfassung LdV 2006
Das EU-Berufsbildungsprogramm Leonardo da Vinci wird von der Nationalagentur geführt, welche im Amt für Berufsbildung und Berufsberatung integriert ist. Das Programm fördert die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und legt die Basis für die gegenseitige Anerkennung von beruflichen Bildungsabschnitten. Um die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft langfristig zu sichern, legt dieses Bildungsprogramm einen Schwerpunkt auf den Grundsatz des lebensbegleitenden Lernens.

Die Nationalagentur Leonardo da Vinci ist das Bindeglied zwischen der nationalen und europäischen beruflichen Bildung. Der operative Nutzen für Wirtschaft und Bildung wird mit den erhaltenen EU-Fördergeldern von CHF 285 000 für das Geschäftsjahr 2006 deutlich unterstrichen.

Realisierte Förderungsprojekte für Auslandspraktika
Im Vertragsjahr 2006 wurden der Nationalagentur Leonardo da Vinci Liechtenstein € 165 000 EU-Fördergelder zur Unterstützung der Mobilität von Lernenden, jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln werden die nachfolgenden drei Mobilitätsprojekte in Liechtenstein mit einer Laufzeit zwischen 12 und 24 Monaten gefördert.

Mobilitätsprojekte 2006	Antragssteller	Zielgruppe	Teilnehmende	(Euro) Max. EU-Förderung
Inform-ICT	Inform College, Triesen	Lernende	6	11 550
MOJA-2006	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	Junge Fachkräfte	25	92 500
PONTE-2	Amt für Volkswirtschaft	Stellensuchende	16	60 950
Gesamt			**47**	**165 000**

Europass
Im Jahr 2006 konnte das National Europass Center weitere 33 «Europässe» ausstellen. Der Europass ist ein anerkanntes europäisches Dokument, der die berufliche wie akademische Aus- und Weiterbildung festhält. Der Europass drückt die Bereitschaft und den Willen zur europaweiten Weiterbildung aus und dokumentiert die so erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen in transparenter Weise.

CEDEFOP Studienbesuch
Im Oktober empfing die Nationalagentur Leonardo da Vinci Liechtenstein zehn internationale Berufsbildungsexpertinnen und -experten zu einem viertägigen Wissensaustausch. Ziel war es, den Zusammenhang zwischen Auslandspraktika und Weiterbildung aus der Perspektive des lebensbegleitenden Lernens aufzuzeigen. Um den Bildungsexpertinnen und -experten aus Norwegen, Deutschland, Ungarn, Frankreich, Polen, Tschechien und England die berufliche Mobilität in Liechtenstein näher zu bringen standen zahlreiche Informationsveranstaltungen in Liechtenstein auf dem Programm, z.B. von der Hochschule Liechtenstein, der Hilti Aktiengesellschaft, der Industrie- und Handelskammer sowie vom Amt für Berufsbildung und Berufsberatung.

WorldSkills Liechtenstein

Generalversammlung WorldSkills in Melbourne
Vom 6. bis 10. Mai 2006 vertraten der Technische Delegierte und der Offizielle Delegierte, die Organisation WorldSkills Liechtenstein an der Jahressitzung und Generalversammlung der WorldSkills in Melbourne.

Vorbereitungen für Shizuoka, Japan
Die Austragung der 39. Berufswettbewerbe findet vom 14. bis 21. November 2007 in Shizuoka in Japan statt. Die nationalen Ausscheidungen in zwölf Berufen laufen auf Hochtouren. Ende November 2006 hat das Liechtenstein-Team, zusammengesetzt aus den Berufen des Landschaftsgärtners, Grafikers und Sanitärinstallateurs, an den Südtiroler Berufslandesmeisterschaften teilgenommen. Mit dem Gewinn der Goldmedaille bei den Landschaftsgärtnern und zwei vierten Plätzen hat das Team eine erstklassige Generalprobe für Japan abgelegt.

KOMMISSION

Schulzahnpflegekommission

Präsident: Dr. Stefan Büchel

Die anfallenden Kosten in der Schulzahnpflege sind für konservierende Behandlungen stabil, für kieferorthopädische Behandlung gestiegen. Gründe für diesen Anstieg sollen von der Schulzahnpflegekommission untersucht, die weitere Entwicklung beobachtet werden.

Die Revision des Gesetzes über die Schulzahnpflege soll vorangetrieben werden, in diesem Zusammenhang wird die Überführung der Schulzahnpflege in das Amt für Gesundheit besprochen.

Abrechnungsstatistik

Konservierende Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen vom Vorjahr)
Im Berichtsjahr 2006 wurden 4 452 (4 316) Schüler für konservierende Behandlungen abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 823 829 (777 387) ergibt dies durchschnittliche Fallkosten von CHF 185 (180). Die Hälfte der aufgeführten Kosten wird vom Land übernommen.

Zur Beurteilung der Kostenentwicklung sind hier die Gesamtkosten und die durchschnittlichen Fallkosten pro Patient der letzten Jahre (in CHF) aufgelistet:

Jahr	Gesamtkosten	Durchschnittliche Fallkosten
2006	823 829.45	185.05
2005	777 386.70	180.12
2004	863 853.75	194.04
2003	799 615.15	183.57
2002	790 044.25	181.00
2001	736 765.85	173.30
2000	732 579.55	180.95
1999	795 990.15	200.10
1998	781 128.50	199.30
1997	719 015.40	199.80
1996	690 385.05	190.80
1995	760 746.00	208.65

Wie in den letzten Jahren belegen die Zahlen weiterhin, dass sich die durchschnittlichen Fallkosten auf einem sehr gleichmäßigen Niveau halten.

Die Anzahl der abgerechneten Schüler zeigt wiederum, dass mit dieser Administrationsvariante der «Schulzahnpflege» (d. i. Erfassung über die Schulklassen) ein sehr hoher Prozentsatz der in Liechtenstein wohnhaften Kinder erfasst und einer adäquaten zahnärztlichen Betreuung zugeführt werden kann.

Kieferorthopädische Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen für das Vorjahr)
Im Berichtsjahr wurden 1 893 (1 849) Patienten für kieferorthopädische Behandlung abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 1 278 304 (1 094 207) ergibt dies durchschnittliche Fallkosten von CHF 675 (592). Auch wenn man berücksichtigt, dass in die diesjährige Statistik erstmals die Behandlungen in ausländischen Kieferorthopädie-Praxen miteinbezogen wurden, so verbleibt doch (um eben diesen «Auslandsanteil» korrigiert) eine Steigerung der durchschnittlichen Fallkosten um ca. 10 %, dies obwohl Tarif und Taxpunktwert seit 1994 unverändert beibehalten werden. Diese Entwicklung widerspiegelt somit mindestens zum Teil zunehmende Behandlungsansprüche, die bei gleichzeitig zunehmendem Behandlungsangebot zu weiterreichenden Behandlungen führen. Die Schulzahnpflegekommission wird Hintergründe untersuchen und die Kostenentwicklung beobachten.

Auch die Kosten in der Kieferorthopädie werden hälftig vom Land übernommen.

Jahr	Gesamtkosten	Durchschnittliche Fallkosten
2006	1 278 304.18	675.27
2005	1 094 206.55	591.78
2004	1 098 812.40	592.35
2003	971 920.95	570.38
2002	920 054.80	526.95
2001	932 851.05	509.47
2000	1 036 613.05	568.65
1999	986 815.15	530.83
1996	874 465.20	493.20
1995	865 941.30	492.00

Ablauf und Administration der Schulzahnpflege können im Grossen und Ganzen als unproblematisch bezeichnet werden.

Allerdings entspricht – wie schon in früheren Jahresberichten erwähnt – der Ablauf in der Schulzahnpflege, bedingt durch notwendige Anpassungen in den letzten Jahren, nicht mehr in allen Bestimmungen dem «Gesetz über die Schulzahnpflege» vom 18. Dezember 1980. Eine Überarbeitung dieses Gesetzes wurde im Zuge der Revision des Schulgesetzes in Angriff genommen und vom Landtag im Berichtsjahr in erster Lesung beraten.

STIFTUNGEN

Hochschule Liechtenstein

Präsident: Regierungsrat Hugo Quaderer
Rektor: Klaus Näscher

Die Hochschule Liechtenstein führt in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften und Architektur konsekutive Bachelor- und Master-Studiengänge durch, bietet eine breite Palette von Weiterbildungsmöglichkeiten auf Hochschulstufe an und betreibt angewandte Forschung und Entwicklung sowie Wissens- und Technologietransfer. Mit 995 Studierenden und 314 Absolventinnen und Absolventen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung wurden im Berichtsjahr neue Höchstzahlen erreicht. Professoren, Dozentinnen und Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten im Rahmen von Forschungs- und Transferprojekten sowie im Rahmen von Bachelor- und Master-Theses, Nachdiplom- und Abschlussarbeiten in über 200 Projekten mit, welche grösstenteils in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bearbeitet wurden. Die Institute und An-Institute veranstalteten ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm. Rund 4 500 Teilnehmer besuchten Kurse, Seminare, Foren und Vorträge.

Der Ausbau der Forschung wurde durch den Forschungsförderungsfonds der Hochschule massgeblich gefördert und unterstützt. Die Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein (KOFL) baute die Forschungs- und Gutachtertätigkeit weiter aus. Eine von der Universität St. Gallen international durchgeführte Studie belegte, dass die Studierenden über eine besonders «hohe unternehmerische Kraft» verfügen. Die Hochschule nimmt damit international einen Spitzenplatz im Bereich des unternehmerischen Denken und Handelns von Studierenden ein. Mit dem Unternehmertag 2006 und dem Businessplan Wettbewerb setzte das KMU-Zentrum Impulse besonders im Bereich der Förderung von Unternehmern. Kooperationen mit verschiedenen Unternehmen und Organisationen wurden weiter ausgebaut oder neu vereinbart. Die Hochschule intensivierte damit den Dialog mit der Wirtschaft. Die «Kinder-Uni Liechtenstein» wurde wieder erfolgreich mit vier Veranstaltungen in Kooperation mit dem «aha – Tipps und Infos für junge Leute» durchgeführt. Über 1 000 Kinder haben die vier Vorlesungen besucht.

Anzahl Studierende – Aus- und Weiterbildung

Bachelor / Master-Studiengänge (Stichtag 15. November)	
Architektur / Bachelor-Studiengang	96
Architektur / Master- Studiengang	58
Banking and Financial Management / Master- Studiengang	43
Betriebswirtschaft / Bachelor- Studiengang	278
Entrepreneurship / Master- Studiengang	51
Finanzdienstleistungen / Master- Studiengang (auslaufend)	2
Wirtschaftsinformatik / Bachelor- Studiengang	65
Wirtschaftsinformatik / Master- Studiengang	40

Nachdiplom Studiengänge/Hochschullehrgänge	
Baumanagement Bauprojektleitung / Hochschullehrgang	12
International Management / Nachdiplom Studiengang / MBA	19
KMU Management / Hochschullehrgang	21
KMU Marketing / Hochschullehrgang	12
Liechtensteinisches Gesellschaftsrecht / Hochschullehrgang	27
Private Banking / Hochschullehrgang	18
Private Banking / Nachdiplom Studiengang	26
Software Entwickler objektorientiert / Hochschullehrgang	13
Treuhandwesen / Hochschullehrgang	60
Treuhandwesen / Nachdiplom Studiengang	19
Wirtschaftsingenieur / Nachdiplom Studiengang	99
Zertifizierter kaufmännisch Befähigter / Hochschullehrgang	36
Studierende Bachelor und Master Studiengänge	633
Studierende Nachdiplom Studiengänge und Hochschullehrgänge	362
Gesamt (Bachelor, Master, Nachdiplom, Hochschullehrgänge)	**995**

Diplome, Nachdiplome, Zertifikate

Diplome und akademische Grade, die verliehen wurden	146
Nachdiplome / Zertifikate, die ausgehändigt wurden	168

Kurse, Seminare, Vorträge

Anzahl der Kurs- und SeminarteilnehmerInnen	223
Anzahl der TeilnehmerInnen an Vortragsveranstaltungen und Foren	ca. 4 500

Neuerungen in der Ausbildung
Im Bachelor-Studiengang BWL wurden das Angebot an englischsprachigen Modulen erweitert, neue Praxismodule eingeführt und im Curriculum Anpassungen zur flexibleren Studiengestaltung vorgenommen. Der Studienprozess «Berufspraxis» wurde neu strukturiert und inhaltlich verbessert. Der Studienplan des Bachelor-Studiengangs Architektur wurde neu strukturiert und noch deutlicher in die Modulgruppen Entwurf, Bautechnik sowie Geschichte, Theorie und Gestaltung gegliedert. Damit wird das integrierte Arbeiten gefördert und das interdisziplinäre Denken verankert. Im Master-Studiengang Banking and Financial Management wurde der Lehrplan überarbeitet, mit neuen Inhalten ergänzt und eine Kooperation mit dem «Stuttgart Institute of Management and Technology» gestartet.

Der Master-Studiengang Architektur wird neu mit drei Vertiefungsrichtungen in «Sustainable Design», «Urbanscape» und «Theory Design» angeboten, alle Module in englischer Sprache durchgeführt und ein verpflichtender einsemestriger Aufenthalt an einer Partnerhochschule wurde eingeführt. Im Bereich der Hochschul-Didaktik wurden verschiedene Massnahmen weiterentwickelt und Lehrende aller Bereiche absolvierten Aus- und Weiterbildungsprogramme.

Für eine hervorragende Thesis mit Bezug zum Bankenplatz Liechtenstein wurde an einen Absolventen des Master-Studiums der Liechtensteinische Bankenverband-Award überreicht.

Ausbau der Weiterbildung

Die Hochschule Liechtenstein hat sich als bedeutendes Weiterbildungszentrum in der Region etabliert. Mit über 5 000 Studierenden, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an diversen Studiengängen, Kursen, Seminaren, Foren und Vorträgen wurde eine neue Höchstzahl erreicht. Erstmals wurden «Executive Master-Studiengänge» entwickelt und lanciert.

Das Institut für Finanzdienstleistungen führte erstmals die «Liechtensteinische Steuerfachtagung» und die Fachtagung «Fondsplatz Liechtenstein» erfolgreich durch. Der Nachdiplom-Studiengang Private Banking wurde mit einer Master-Stufe zum «Executive MBA in Wealth Management» erweitert. In Kooperation mit der Fund-Academy Zürich AG wurden zwei neue Hochschullehrgänge «International Fund Business» und «International Fund Strategy» entwickelt und lanciert. Der Hochschullehrgang Liechtensteinisches und Internationales Gesellschaftsrecht wurde zum LL.M. in Gesellschaftsrecht weiterentwickelt. Das An-Institut «ICQM – Institute for Compliance and Quality Management» leistete mit einer breiten Palette an Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich Compliance einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und zur Stärkung der Qualitätsstandards auf dem Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein.

Das Institut für Entrepreneurship und das KMU-Zentrum führten verschiedene Massnahmen zur Förderung des Unternehmertums durch. Das «Business Forum» verzeichnete im achten Jahr seines Bestehens über 1 000 Zuhörer. Neu etabliert wurde das «Leadership-Forum» für Führungskräfte, Personalleiter und Verantwortliche für die Personal- und Organisationsentwicklung. Der Nachdiplom-Studiengang Wirtschaftsingenieur wurde mit einer Master-Stufe zum «Executive MBA in Entrepreneurial Management» erweitert.
Das KMU-Zentrum führte erstmals den «Unternehmertag 2006» durch und unterstützte rund 400 Jungunternehmerinnen und -unternehmer im Rahmen von Beratungen. Der Businessplan Wettbewerb Liechtenstein wurde mit 53 eingereichten Businessplänen zum dritten Mal erfolgreich durchgeführt.

Das Institut für Wirtschaftsinformatik startete sehr erfolgreich ein themenspezifisches Netzwerk für Wirtschaftsinformatiker mit Veranstaltungen und organisierte zahlreiche Vorträge und Seminare. In Kooperation mit der SAP Schweiz AG und durch Unterstützung regional ansässiger Unternehmen wurde der neue «Executive MBA in Business Process Integration» entwickelt und eingeführt.

Das Institut für Architektur und Raumplanung organisierte Vortragsreihen, führte in den Bereichen Baumanagement und Bauökonomie Hochschulkurse und Seminare in «Bauarbeitenkoordination» und «Private Bauherrschaften» durch. Es wurde eine Kooperation eingegangen mit der FHS St. Gallen für den Basiskurs «Immobilienbewertung». Hochschulkurse im Bereich Energie und Ökologie wurden in Kooperation mit dem Energieinstitut Vorarlberg entwickelt und lanciert.

Forschung und Entwicklung

Die angewandte Forschung und Entwicklung stellt einen gesetzlichen Auftrag dar. Die Hochschule baut diesen Leistungsbereich kontinuierlich weiter aus. Zur besonderen Förderung der Forschung wurde aus Erträgen der Hochschule der Forschungsförderungsfonds eingerichtet, woraus sieben Forschungsprojekte gefördert wurden. Verschiedene wissenschaftliche Publikationen und Veranstaltungen, welche im Berichtsjahr durchgeführt wurden, sind weiters Ausdruck des Ausbaus der Forschung. Drei Stipendiaten arbeiten im Bereich Architektur und Raumplanung in der Vorbereitungsphase für die Zulassung zum Promotionsstudium. Dies erfolgt im Rahmen «Kooperativer Doktoratsprogramme» mit Universitäten. Mehrere wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nebenberuflich an Dissertationen. Die Inhalte haben Bezug zu Themenbereichen der Hochschule.

Transferleistungen

Entsprechend dem gesetzlichen Auftrag waren die Institute und An-Institute im Bereich des Wissens- und Technologietransfers aktiv. Verschiedene Projekte, Gutachten und Dienstleistungen für in- und ausländische Unternehmen sowie für Verwaltung und Kommunen wurden durchgeführt. Transferleistungen ergaben sich auch bei der Durchführung von Bachelor- und Master-Theses.

Internationale Kooperationen und Programme

Im Rahmen des EU-Berufsbildungsprogramms Leonardo da Vinci absolvierten im Berichtszeitraum elf Studierende der Hochschule Liechtenstein ein mehrmonatiges Berufspraktikum in England, Italien, Deutschland, Spanien, Frankreich und den Niederlanden. Dafür standen Mittel der EU und Liechtensteins zur Verfügung. Zwei Studenten absolvierten Praktikumsaufenthalte in Brasilien und Malta im Rahmen des Praktikumsnetzwerkes IAESTE. Ein Student konnte erstmals ein Praktikum in China absolvieren.

Insgesamt haben 38 Studierende der Bachelor- und Master-Studiengänge ein- bzw. zweisemestrige Auslandsaufenthalte an einer Partnerhochschule in England, Schottland, Wales, Dänemark, Finnland, Schweden, Italien, Irland, Spanien, Mexiko, Belgien, Polen, Japan oder Lettland verbracht. Im Gegenzug studierten 39 Austauschstudierende von Partnerhochschulen aus Portugal, Spanien, Italien, Deutschland, Irland, Wales, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Mexiko, Lettland und Japan an der Hochschule Liechtenstein. Insgesamt 59 Partnerschaftskooperationen wurden mit Hochschulen aus Europa, Nord- und Südamerika, Afrika und Asien abgeschlossen.

Im Rahmen des EU Bildungsprogramms Erasmus wurden zwei 10-tägige Intensivprogramme unter Mitwirkung von Studierenden und Dozenten von Partneruniversitäten aus Italien, Finnland, England, Spanien, Portugal, Slowenien, Lettland, Dänemark und Norwegen durchgeführt. Zwei weitere Programme werden durch die EU gefördert. Verschiedene Dozentenaustauschprogramme mit Partnerhochschulen in Deutschland, Schottland, Slowenien, Spanien, England, Italien, Norwegen, Lettland, Portugal, Dänemark und Finnland wurden genehmigt und durchgeführt.

Die Hochschule Liechtenstein beteiligte sich an Aktivitäten für internationale Studierende der Hochschulen im Bodenseeraum im Rahmen der Internationalen Bodenseehochschule IBH.

Personelles
Im Berichtsjahr bestanden an der Hochschule 59 Vollzeitäquivalente, aufgeteilt auf 82 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daneben unterrichteten rund 300 teilzeitliche Lehrbeauftragte. Im Berichtsjahr sind elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingetreten und sieben ausgetreten.

Stiftungsprofessuren, Sponsoring, Fremdfinanzierung
Die Truus- und Gerrit van Riemsdijk-Stiftung finanziert weiterhin die Stiftungsprofessur «Entrepreneurship». Die HILTI AG hat die Finanzierung einer Stiftungsprofessur im Bereich der Wirtschaft zugesagt.

Namhafte Beiträge zur Durchführung verschiedener Forschungsprojekte, für Projekte in der Lehre, zur Durchführung von Weiterbildungsprogrammen und für die Kinder-Uni Liechtenstein wurden durch verschiedene Stiftungen, Unternehmen und Organisationen zur Verfügung gestellt.

Hochschulrat
Der Ausbau der wissenschaftlichen Forschung an der Hochschule Liechtenstein bildete einen wesentlichen Schwerpunkt der Tätigkeit des Hochschulrates. Dabei ging es neben der Förderung von Forschungsprojekten durch den Forschungsförderungsfonds vorrangig auch um die Schaffung von Strukturen und Ressourcen, die eine Forschung in den inhaltlichen Schwerpunkten der Hochschule ermöglichen und unterstützen.

In den fünf Sitzungen des Hochschulrates wurden zudem verschiedene strategische Fragen im Rahmen von den bestehenden Studiengängen erörtert, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Forschung, Lehre und Verwaltung bestellt sowie eine neue Kategorisierung des wissenschaftlichen Personals der Hochschule Liechtenstein in Kraft gesetzt.

Kunstschule Liechtenstein

Vorsitzender des Stiftungsrates: Dr. Peter Goop
Direktor: Bruno Kaufmann

Der nachfolgende Rechenschaftsbericht gibt Auskunft über die Tätigkeit des Stiftungsrates und der Schulleitung der Kunstschule Liechtenstein bezüglich Beschäftigten, Unterricht, Teilnehmerzahlen und Aktivitäten.

Stiftungsrat
Neben den alltäglichen Aufgaben und der Oberleitung der Kunstschule Liechtenstein konzentrierte sich die Arbeit des Stiftungsrates auch 2006 auf die Verbesserung administrativer Angelegenheiten, die Erstellung von Reglementen und die Optimierung der Buchhaltung. Dazu kamen die Weiterentwicklung der Kunstschule sowohl im Bildungsbereich als auch im Bereich künftiger Ausbildung, personeller Angelegenheiten und Kompetenz-Klärungen Stiftungsrat - Direktor.

Als Nachfolgerin für die verstorbene Elisabeth Büchel wurde neu Roswitha Feger Risch in den Stiftungsrat bestellt.

Beschäftigte
In der ersten Jahreshälfte waren an der Kunstschule Liechtenstein zehn Lehrpersonen (inkl. Direktor) beschäftigt und in der zweiten Jahreshälfte neun Lehrpersonen. Dazu ist die Stelle des Verwalters zu rechnen. Gesamthaft sind dies 401 Stellenprozente.

Kurse
Das Interesse an den angebotenen Bildungskursen ist konstant geblieben. Die Zahl der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer im Bereich Bildung belief sich im ersten Halbjahr auf 233 Kinder, Jugendliche und Erwachsene und im zweiten Halbjahr auf 226.

Obwohl es im Bereich Ausbildung weniger Anmeldungen für den Vorkurs 2006/07 gegeben hat, kam er wiederum mit 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zustande.

Aktivitäten
Durch Werbemassnahmen und der Öffentlichkeit zugängliche Aktivitäten ist das Interesse gegenüber der Kunstschule Liechtenstein gestiegen. Behörden, Institutionen und leitende Personen besuchten die Kunstschule Liechtenstein, um sich vor Ort zu informieren, so der Gemeinderat und die Kulturkommission Ruggell, der Rotary Club, die Soroptimistinnen, Marianne Burki von der Stiftung pro Helvetia und Barbara Ellenberger (künstlerische Direktorin TaK).

Seitens der Kunstschule erfolgte eine nähere Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen des Landes Liechtenstein, so z.B. mit der Hochschule Liechtenstein, der Kunstgesellschaft, der Jugendfilmwerkstatt des TaK und mit dem Kunstmuseum Liechtenstein.

Die über EU-Projekte entstandene Zusammenarbeit mit europäischen Partnern wurde weiter gepflegt und ausgebaut, neu z.B. mit der Hochschule für Film Beijing.

Zumiete eines Raumes
Wegen zunehmender Platznot musste von der Firma Keramik Schädler AG ein grosser Raum im 1. Stockwerk zu günstigen Bedingungen dazugemietet werden. Er konnte durch einfache Einbauten von Holzwänden in einen Vielzweckraum (Zeichnen, Malen, Werken), ein Fotostudio und einen Lagerraum unterteilt werden. Dafür wurden Eigenmittel verwendet. Die Miete ist im ersten Jahr gratis und wird im zweiten Jahr aus Eigenmitteln bezahlt.

Liechtensteinische Musikschule

Präsidentin: Dr. Gisela Biedermann
Direktor: Klaus Beck

Hauptaufgabe der Musikschule ist es, musikalische Fertigkeiten und Freude an der Musik zu vermitteln und so das kulturelle Leben Liechtensteins mitzugestalten und zu prägen. In rund 180 Veranstaltungen wie Vorspielübungen, Umrahmungen von Feierlichkeiten, unzähligen Konzerten, Wettbewerben, den Internationalen Meisterkursen bis hin zum Festival «Grenzenlos» konnten die Erfolge dieser Arbeit den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern sicht- und hörbar gemacht werden.

Das vergangene Jahr können wir als eine Art «Ernte» bezeichnen. Zwei Marksteine lassen dies verdeutlichen: Seit März 2006 ist unsere Homepage fertiggestellt und zur Benutzung freigegeben worden und im August wurde das Musikschulgebäude in Triesen ausgezeichnet für «Gutes Bauen 2001 bis 2005». Beide Ereignisse stellen unsere Institution sowohl real als auch virtuell der Öffentlichkeit vor, für Jedermann zum Anschauen und Anfassen, wann und wo immer es beliebt. Mit Recht kann insbesondere die Auszeichnung unseres Neubaus als Zeichen des unermüdlichen Einsatzes der damit betrauten Personen bezeichnet werden. Und die Homepage liefert dazu den virtuellen Hintergrund.

Lehrkörper und Schülerzahlen
Ende 2006 unterrichteten 88 Lehrerinnen und Lehrer an der Liechtensteinischen Musikschule, davon 18 Hauptlehrerinnen und -lehrer, 67 Teilzeitlehrerinnen und -lehrer, eine Praktikantin und zwei Aushilfen. Gesamthaft waren 2 550 Personen (inkl. Doppelbelegungen) zum Unterricht angemeldet, davon ca. 30 % Erwachsene. Pro Woche wurden 1 490 Stunden Unterricht zu 50 Minuten erteilt.

Stiftungsrat
Der Stiftungsrat traf sich im vergangenen Jahr zu vier ordentlichen Sitzungen sowie einer Sitzung zusammen mit dem Freundeskreis Musikschule. Ferner fanden im Zusammenhang mit Stellungnahmen zuhanden der Regierung, des Ressorts Kultur und der Finanzkontrolle mehrere Arbeitssitzungen der Präsidentin mit dem Direktor statt. Zum Jahresende stand die Konferenz mit den Fachgruppenleitern an, gemeinsam mit der Schulleitung und dem Vertreter des Schulamtes. Diese Konferenz bietet den Rahmen für die gemäss neuem Qualitätsmanagement vorgesehene Jahreszielplanung, welche hier auch breiten Raum einnahm. Wie in den vergangenen Jahren hatte sich der Stiftungsrat ausser mit dem Tagesgeschäft mit Budget- und Personalfragen zu befassen.

Mitglieder des Stiftungsrates und die Schulleitung vertraten die Liechtensteinische Musikschule bei mehreren ausländischen Konferenzen und Veranstaltungen, wie der Generalversammlung der Europäischen Musikschulunion (EMU) in Kuopio (Finnland), der Delegiertenversammlung des Verbandes Musikschulen Schweiz, der General- und Delegiertenversammlung des Regionalverbandes Musikschulen St. Gallen/Appenzell/Glarus/Liechtenstein (REMU) sowie der Schulleiterkonferenz. Zahlreiche Besuche von musikalischen Veranstaltungen im In- und Ausland ergänzten die Tätigkeiten des Stiftungsrates und der Schulleitung. Wiederum konnte der Stiftungsrat mit grosser Freude das rege Interesse der Lehrerinnen und Lehrer an Fortbildung feststellen.

Unterrichtskommission
Die unabhängige Unterrichtskommission hat gemäss dem gesetzlichen Auftrag den Unterricht bei den entsprechenden Fachlehrern besucht. Die jährliche Sitzung mit der Unterrichtskommission wurde auf Anfang des neuen Jahres verlegt, da es erfahrungsgemäss von Vorteil ist, nach Schuljahresbeginn genügend Zeit für die Unterrichtsbesuche zu haben, bevor eine vernünftige Beurteilung möglich ist.

Fachgruppen
In diesem Jahr wurden sechs Fachgruppenleitersitzungen einberufen. In den Sitzungen befassten man sich hauptsächlich mit den immer wiederkehrenden Anlässen Lehrerkonzert, Workshop, Instrumenteninformation, Jahresschlusskonzerte, Musikwettbewerb, Information über Beschlüsse des Stiftungsrates, Weiterbildungsvorschläge, Konzerte und Anschaffungen. Viel Zeit beanspruchten Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung des Festivals Grenzenlos, die Erarbeitung des Jahreszielplans 2007 und die Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten zum Frühunterricht. Daraus resultierte der Workshop «Einstieg in die Musikschule», welcher diverse Anregungen und Ideen zu Tage brachte, die im Jahr 2007 weiterbearbeitet werden.

Die Fachgruppenleiterinnen und -leiter sind angehalten, diese Informationen in regelmässigen Sitzungen ihrer Fachgruppe an die Lehrerschaft weiterzugeben. Über die Arbeit in den Fachgruppen haben die Fachgruppenleiter zu Handen des Stiftungsrates und der Schulleitung eigene Jahresberichte verfasst.

Weiterbildung
Der traditionelle Gründonnerstagsworkshop fand unter dem Titel «Ermüdungs- und Erschöpfungsfallen – wie die Batterien aufgeladen werden» statt. Dabei wurden folgende Fragestellungen erörtert: Wie können Lehrpersonen, die mit sehr grossem Engagement und unter hoher Belastung ihre Schüler in die Welt der Musik einführen, selber immer wieder die eigenen Batterien aufladen und berufliche Belastungen im Alltag kompensieren? Wie können Schülerinnen und Schüler motiviert werden, das in der Musikstunde Erlernte zuhause umzusetzen? Gibt es Parallelen zum Sport, und was können wir davon lernen? Mit Beat Kappeler und Martin Andermatt konnten zwei hervorragende Referenten gewonnen werden, die uns in ihren Vorträgen begeisterten und in den anschliessenden Diskussionen mit ihrem grossen Fachwissen Fragen beantworteten und Hilfestellung gaben.

Weiters bot die Musikschule im Berichtsjahr verschiedene Weiterbildungskurse an. Daneben haben viele Lehrpersonen Weiterbildungskurse im In- und Ausland besucht.

Projekt «Einstieg in die Musikschule»
Seit die musikalische Früherziehung und Grundschulung in die öffentliche Schule integriert wurde, hat die Musikschule ausser dem Gruppenunterricht im 2. Kindergartenjahr keine weiteren Angebote mehr für die frühe Beschäftigung mit Musik. Deshalb hat der frühe Beginn mit Instrumentalunterricht stark zugenommen. Erfahrungen zeigen jetzt aber, dass viele Kinder damit körperlich und altersmässig überfordert sind.

Deshalb soll versucht werden, mit verschiedenen Angeboten die jungen Schülerinnen und Schüler dazu zu bewegen, länger einen altersentsprechenden Gruppenunterricht mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu besuchen. Ziel ist es, eine Struktur aufzubauen, die ein durchgehendes Angebot für das Kleinkind bis zum Einstieg in den Instrumentalunterricht beinhaltet. Bei besonderen Begabungen soll aber ein früher Beginn mit dem Instrumentalunterricht nach gründlicher Abklärung der Eignung weiterhin möglich sein. In einem ersten Workshop wurden Ideen, Vorschläge und Massnahmen erarbeitet. Die Resultate werden nun aufbereitet und in Arbeitsgruppen die weiteren Schritte konkretisiert. Insgesamt haben 25 Musiklehrerinnen und Musiklehrer daran teilgenommen. In weiteren Schritten müssen nun die in Frage kommenden Angebote benannt und inhaltlich definiert werden. Nach der Zustimmung des Stiftungsrates kann eine Informationsbroschüre gestaltet werden. Die Einführung des neuen Angebotes ist auf den Schuljahresbeginn 2007/08 geplant.

Die Musikschule im Internet
Auf www.musikschule.li wird die Bildungsstätte Musikschule präsentiert, das Angebot vorgestellt und über Veranstaltungen und Aktivitäten rund um die LMS informiert. Mit der neuen Informationsplattform wird den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, der Lehrerschaft und allen Interessierten ein rascher Zugriff auf alle wichtigen Daten zur Musikschule ermöglicht. Online-Formulare machen es möglich, sich via PC zum Unterricht bzw. zu den verschiedenen Kursen anzumelden. Nützliche Downloads, interessante Links und eine Fotogalerie runden das Angebot ab.

Mit der neuen Homepage nutzt die Liechtensteinische Musikschule das Internet als ergänzende, aktuelle Informations- und Kommunikationsplattform.

Veranstaltungen
Im Jahr 2006 wurden wiederum rund 180 Veranstaltungen durch die LMS durchgeführt. Höhepunkte im Jahresprogramm waren:

Lehrerkonzert «Spanische Nacht»
Am Sonntag, den 2. April öffneten sich im Peter Kaiser Saal des Musikschulzentrums Unterland in Eschen wiederum die Türen zur traditionellen Wohltätigkeitsveranstaltung der Lehrerschaft zugunsten des Stipendienfonds für sozial benachteiligte Schüler und Schülerinnen. Auch diesmal schenkte der Abend unterhaltende Musikerlebnisse. Unter dem Titel «Spanische Nacht» warteten Lehrerinnen und Lehrer der LMS mit einem dem Motto entsprechenden Programm auf. Dabei spannte sich der Bogen von Werken der Renaissance bis zum neuzeitlichen Tango. In verschiedenen Instrumental- und Gesangsstücken erklangen Werke von Ortiz, Bizet, Albeniz und Rodrigo, um nur einige zu nennen.

Die Einnahmen aus diesem Lehrerkonzert fliessen vollumfänglich in den Stipendienfonds der LMS. Dieser kommt bereits seit 40 Jahren musikalisch begabten Kindern und Jugendlichen aus finanziell schwächer gestellten Familien zugute. Neben den Konzertbesucherinnen und Konzertbesuchern unterstützen auch zahlreiche Gönner den Stipendienfonds.

Regionalausscheidung des Schweizerischen Jugendmusikwettbewerbes in Eschen
Die Liechtensteinische Musikschule beherbergte vom 24. - 26. März in Eschen schon zum zweiten Mal einen Teil der Regionalwettbewerbe des 31. Schweizerischen Jugendmusikwettbewerbs. Als Abschluss und Höhepunkt des Wettbewerbes wurden die Erstpreisträger in einem Preisträgerkonzert der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Wettbewerb steht musikbegeisterten Amateuren im Alter von 8 bis 20 Jahren mit Schweizer Nationalität oder Wohnsitz in der Schweiz oder dem Fürstentum Liechtenstein offen. Gerade weil Liechtenstein an diesem nationalen Wettbewerb stets willkommen ist, freut sich die Liechtensteinische Musikschule, durch die Organisation eines Regionalwettbewerbes einen Beitrag zur musikalischen Förderung von begabten Schülerinnen und Schüler zu leisten. Im Musikschulzentrum Eschen haben sich über 120 Jugendliche aus der Ostschweiz, dem Raum Zürich, Graubünden

und dem Tessin in den Sparten Violine, Violoncello, Kontrabass, Fagott, Harfe, Querflöte und Akkordeon der Jury gestellt.

Instrumenteninformation der Musikschule
Am Samstag, 13. Mai informierten sich weit über 250 Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern im Musikschulzentrum Oberland in Triesen über das Fächerangebot der LMS. Die grosse Besucherzahl verdeutlicht, welch hohen Stellenwert die Wahl des Instruments bei zukünftigen Musikschülerinnen und -schülern hat.

In einem kleinen Konzert konnten sich die Besucherinnen und Besucher einen Eindruck von den einzelnen Musikinstrumenten verschaffen. Anschliessend durften die Kinder und Jugendlichen die über 30 verschiedenen Instrumente, die an der Musikschule unterrichtet werden, nach Lust und Laune ausprobieren. Die Lehrerinnen und Lehrer der LMS standen für Informationen und Beratungen zur Verfügung.

Förderung durch den Freundeskreis Musikschule
Anlässlich der Generalversammlung des Freundeskreises Musikschule erhielt die LMS einen Check zur Anschaffung kindgerechter Instrumente. Damit kann die LMS ihren Schülerinnen und Schülern Mietinstrumente anbieten, die auf die körperlichen Voraussetzungen der jungen Musikerinnen und Musiker abgestimmt sind.

Schlusskonzerte
Pünktlich zum Schulschluss präsentierten sich Schülerinnen und Schüler aller Alterstufen in zwei abendfüllenden Konzerten einem interessierten Publikum. Das erste Konzert, unter dem Patronat des Freundeskreis Musikschule stehend, beinhaltete vorwiegend das weite Genre der «E-Musik». In Solo- und Gruppenvorträgen konnten sich die hervorragend aufspielenden jungen Musikerinnen und Musiker dem Publikum präsentieren. Das zweite Konzert unter dem Titel «Bring On The Night» wurde von verschiedensten Workshopgruppen aus dem Jazz- und Rockbereich bestritten und wurde vom zahlreich erschienen, vorwiegend jugendlichen Publikum mit grosser Begeisterung aufgenommen.

Festival Grenzenlos in Vaduz
Im Verbund mit dem Vorarlbergischen Musikschulwerk Bregenz und dem Regionalverband Musikschulen St. Gallen / Appenzell / Glarus / Liechtenstein hat die Liechtensteinische Musikschule vor sechs Jahren das Internationale Musikschulfestival «Grenzenlos» ins Leben gerufen. Seither wird im Zwei-Jahres-Rhythmus in einem der beteiligten Länder ein mehrtägiger Anlass mit Konzerten und Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Im Juni wurde das Festival zum zweiten Mal in Liechtenstein durchgeführt. Unter dem Motto «Kammermusik grenzenlos – im Kontext mit den Künsten» hatte die LMS als Organisatorin ein interessantes und vielseitiges Programm geplant. Rund 350 Mitwirkende haben das 4. Internationale Musikschulfestival zu einem Kammermusik-Erlebnis der ganz besonderen Art werden lassen.

Die Kammermusik mit anderen Künsten verbunden haben die 30 Ensembles, welche im Rahmen der «Langen Nacht der Musik» an verschiedenen Standorten im Vaduzer Städtle aufgetreten sind. Sie begeisterten das Publikum mit ihren musikalischen, tänzerischen, literarischen und visuellen Darbietungen.

Im Rahmen des Festivals Grenzenlos setzten sich knapp 100 Personen mit dem Thema Kammermusik auseinander. Namhafte Persönlichkeiten aus der internationalen Musikszene empfingen die interessierten Musiklehrerinnen und -lehrer am 9. Juni zu sieben Workshops. Die Vorträge zum Thema Kammermusik und deren mögliche Verknüpfungen wurden durch die exemplarische Arbeit mit Schülerensembles praxisbezogen ergänzt. Breiten Raum nahmen während der gesamten Veranstaltung die Diskussion und der Erfahrungsaustausch ein. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere die Bildung von Kammermusik-Ensembles die Lehrkräfte sehr stark fordert.

Musikwettbewerb
Die Musikwettbewerbe 2006 und das Preisträgerkonzert sind mit über 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wieder ein voller Erfolg gewesen. Die strenge Bewertungsform hat sich bestens bewährt. Dabei ist die Bewertung so gestaltet, dass hörbare Unterschiede sich auch im erreichten Rang niederschlagen. Zudem sollen erste Ränge mit Auszeichnung und 1. Ränge nur für wirklich hervorragende und sehr gute Leistungen vergeben werden. Die Jury zeigte sich sehr angetan von den gebotenen Leistungen.

Internationale Meisterkurse
Erstmals in der über 35-jährigen Geschichte der Internationalen Meisterkurse fand heuer ein Tango-Workshop statt. Das Abschlusskonzert der Kursteilnehmer sowie eine «argentinische Tangonacht» bildeten dabei die Höhepunkte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Meisterkurs-Workshops wie auch das Publikum des Abschlusskonzerts und der Tangonacht «Noche de Tango» erlebten diese emotionale Ausdrucksform hautnah und waren begeistert. Die sieben Kursleiter sind erstklassige Musiker mit weltweiter Konzerterfahrung. Sie führten die über 40 Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer in die spannende Welt des Tangos ein.

Daneben haben über 80 Studentinnen und Studenten vom klassischen Meisterkursangebot Gebrauch gemacht. Die Meisterkurse bieten jungen Berufsmusikern und fortgeschrittenen Musikstudenten Unterricht auf sehr hohem Niveau, um sie durch konzentriertes und intensives Training in ihrer Vorbereitung auf eine Solokarriere oder auf die Tätigkeit in einem professionellen Orchester zu unterstützen.

Auszeichnung für «gutes Bauen»

Organisiert vom Architektur-Forum Ostschweiz wurden die Auszeichnungen für «gutes Bauen» für die Jahrgänge 2001–2005 zum vierten Mal vergeben. Von insgesamt 26 Auszeichnungen bekam Liechtenstein eine für das Musikschulgebäude in Triesen.

Unter den 250 Bewerbern waren 19 Bauten aus Liechtenstein. Jedoch nur ein Gebäude in Liechtenstein bekam die Auszeichnung: das Musikschulzentrum Oberland in Triesen. Die Jury meinte: «Die Musikschule spannt mit ihrem speziellen Farb- und Raumkonzept einen scheinbaren Dialog zwischen innen und aussen auf. Die Jury ist begeistert».

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Neben verschiedenen internationalen und regionalen Aktivitäten bildeten im Bereich Familie die Erarbeitung des neuen Kinder- und Jugendgesetzes sowie die Vorarbeiten zur Beantwortung des Postulates über die Familienförderung Schwerpunkte.

Im Bereich Chancengleichheit wurde der neunte Umsetzungsplan des Massnahmenkataloges von der Regierung verabschiedet. Der erste Preis des Chancengleichheitspreises 2006 ging an die infra, Informations- und Kontaktstelle für Frauen in Schaan. Im Juli 2006 trat im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG die Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann sowie des Arbeitvertragsrechtes in Kraft.

Familie

Neues Kinder- und Jugendgesetz
Im Januar fand eine Medienorientierung betreffend das neue Kinder- und Jugendgesetz statt, welches im Dezember 2005 in die Vernehmlassung geschickt wurde. Der Gesetzesentwurf wurde - wo möglich - unter Berücksichtigung der vielfältigen Rückmeldungen überarbeitet. Es ist vorgesehen, den Landtag im ersten Halbjahr 2007 mit der Gesetzesvorlage zu befassen.

Postulat über die Familienförderung
Am 17. Mai hat der Landtag das Postulat über die Familienförderung an die Regierung überwiesen. Darin wird die Regierung eingeladen, verschiedene vielschichtige sozialpolitische Fragestellungen zu untersuchen. Ebenso soll die Beantwortung der Komplexität der familienpolitischen Herausforderungen sowie der besonderen Situation Liechtensteins Rechnung tragen und sich an liberalen Grundsätzen und Prinzipien der Gleichheit sowie der Freiwilligkeit orientieren. Aufgrund des umfassenden interdisziplinären Ansatzes, des sehr komplexen Auftrages als auch des damit einhergehenden entsprechend aufwändigen Abklärungs- und Koordinationsaufwandes wurde die Postulatsbeantwortung auf voraussichtlich Juni 2007 verschoben.

Interpellation betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein
Die Regierung hat die Beantwortung der Interpellation betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein zuhanden des Landtags am 31. Oktober verabschiedet. Die Interpellationsbeantwortung wurde an der November-Landtagssitzung zur Kenntnis genommen.

Chancengleichheit

Motion betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen in Liechtenstein
Der Landtag hat am 15. März 2006 eine Motion betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen in Liechtenstein an die Regierung überwiesen. Diese hat im April 2006 die Stabsstelle für Chancengleichheit beauftragt, zuhanden der Regierung einen Projektantrag bzw. ein Konzept im Hinblick auf die Ausarbeitung der mit dieser Motion beantragten gesetzlichen Regelungen zu unterbreiten und vorgängig mit der Kommission für Chancengleichheit abzustimmen. Im Zuge der Erörterung der Thematik hat sich ergeben, dass mit der Revision des Landesbürgerrechts sowie der Ausarbeitung eines liechtensteinischen Ausländergesetzes die in der Motion formulierten Forderungen und Ziele im Hinblick auf die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in wesentlichen Punkten umgesetzt werden könnten. Die Stabsstelle für Chancengleichheit nimmt dabei Koordinationsaufgaben wahr.

Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann
Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann sowie des Arbeitsvertragsrechts zuhanden des Landtags verabschiedet. Damit wird die Richtlinie 2002/73/EG, welche die Verwirklichung der grundsätzlichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen zum Inhalt hat, umgesetzt. Kerninhalt der Richtlinie ist die Festlegung eines gemeinsamen Konzepts, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Formulierung und Umsetzung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Politiken und Tätigkeiten aktiv zu berücksichtigen.

Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 2006 - Massnahmenkatalog
Der neunte Umsetzungsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann, zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern, zu den Bereichen Behinderung, soziale Benachteiligung und sexuellen Orientierung wurde im März von der Regierung genehmigt.

Veranstaltungen/Treffen

«Ländergender»-Tagung
Um eine optimale regionale Umsetzung von Gender Mainstreaming voran zu treiben, entschlossen sich die Landesregierungen von Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen zur Gründung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Form des Interreg IIIA-Projektes «Ländergender». Im Rahmen einer Tagung im Vorarlberger Landhaus in Bregenz am 13. Januar, unter der Teilnahme von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Liechtenstein, Regierungspräsident Willi Haag, St. Gallen, Regierungsrätin Kathrin Hilber, St. Gallen, Landesrätin Greti Schmid, Vorarlberg, sowie Führungskräften der beteiligten Verwaltungen wurden jene Umsetzungsbeispiele vorgestellt, die während des Projekts entwickelt worden sind, und die gewonnenen Erfahrungen ausgetauscht.

Chancengleichheitspreis 2006
Am Internationalen Tag der Frau, am 8. März, überreichte die Ressortinhaberin die Anerkennungspreise an die Gewinnerinnen und Gewinner. Mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde die infra, Informations- und Kontaktstelle für Frauen in Schaan für das Projekt «Familien-ManagerInnen - Unterwegs zur Anerkennung». Weitere Preise erhielten das Projekt «deine - meine = unsere Sprache», vom Verein Kindertagesstätten Liechtenstein, sowie «Chancengleichheit an der Hochschule», eingereicht von der Kommission für Chancengleichheit an der Hochschule Liechtenstein.

Austauschtreffen
Beim Treffen der Ressortinhaberin mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann im März des Berichtsjahres wurden bereits umgesetzte sowie geplante Massnahmen diskutiert. Ein Schwerpunkt bildete die Thematik der verstärkten Mitwirkung von Frauen in politischen Gremien sowie die Jubiläumsveranstaltung vom 3. Juli. Ein weiteres Treffen - mit den neuen und scheidenden Mitgliedern der Kommission - fand am 18. August statt.

Jugendprojektwettbewerb
Liechtenstein, Vorarlberg und St. Gallen führten im Berichtsjahr zum zweiten Mal den Jugendwettbewerb durch, welcher in den drei Regionen separat durchgeführt und prämiert wird. Der regionale Präsentationsabend in Triesenberg wurde am 12. Mai von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eröffnet. Das Finale des interregionalen Jugendwettbewerbs, für welches die besten Projekte aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein nominiert wurden, fand am 10. Juni in Schaan statt. Regierungsrätin Kieber-Beck, Regierungsrätin Kathrin Hilber, St. Gallen, sowie die Vorarlberger Landesrätin Greti Schmid eröffneten gemeinsam die Veranstaltung.

Regierungstreffen und Jubiläumsveranstaltung
Im Rahmen eines Austauschtreffens zum Thema «Gleichstellung von Frau und Mann» empfing Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 3. Juli ihre Amtskolleginnen Kathrin Hilber (Regierungsrätin St. Gallen), Greti Schmid (Landesrätin Vorarlberg) und ihren Amtskollegen Claudio Lardi (Regierungspräsident Graubünden) in Vaduz. Besprochen wurden verschiedene grenzüberschreitende Projekte und Fragen der aktuellen Gleichstellungspolitik. Nach dem Ende des offiziellen Teils wurde gemeinsam die Jubiläumsveranstaltung «20 Jahre Gleichstellungskommission» und «10 Jahre Stabsstelle für Chancengleichheit» besucht, welche von der Ressortinhaberin feierlich eröffnet wurde.

Workshop «Vereinbarkeit Familie und Beruf»
Am 31. August fand auf Einladung und unter Mitwirkung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ein Workshop zum Thema «Vereinbarkeit Familie und Beruf» in der Hochschule Liechtenstein statt. Experten und Expertinnen aus Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Deutschland tauschten Erfahrungen aus und entwarfen Ideen zu familienfreundlichen Modellen und Massnahmen.

AMTSSTELLE

Kinder- und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste)

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Die Klientenzahl hat sich verringert, was auf verminderte Betreuungen im Jugendschutzbereich zurückzuführen ist. Das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stand im Mittelpunkt des politischen Interesses. Die Europaratskampagne gegen Fremdenfeindlichkeit «alle anderscht-alle gliich» wurde mit reger Beteiligung durchgeführt. Für die Kinderrechtskonvention fand die 2. Berichterstattung bei der UNO in Genf statt.

Allgemeine Kinder- und Jugendangelegenheiten

Internationale Aktivitäten

UNO / Kinderrechtskonvention
Im Sinne des Artikels 12 der Kinderrechtskonvention, der Kindern und Jugendlichen das Recht auf Meinungsbildung und auf Anhörung zubilligt, wird jährlich im Herbst die «Zualosa-Bank» veranstaltet. Über 150 Kinder aus den Gemeinden Triesen, Triesenberg, Vaduz, Schaan, Eschen/Nendeln und Schellenberg haben den Zuhörern und Zuhörerinnen ihr Herz ausgeschüttet. In den Gemeinden Triesenberg und Schellenberg stellten sich auch die Vorsteher, in Schaan der Vizevorsteher als Zuhörende zur Verfügung. Neben der «Zualosa-Bank» wurden verschiedene Aktionen zum Thema Kinderrechte und Solidarität mit Kindern in der Welt durchgeführt, von Luftballon- bis Spendenaktionen. In Eschen/Nendeln veranstaltet die Jugendarbeit am 19. November 2006 die Aktion «Trau Di», bei welcher neben der «Zualosa-Bank» auch gestalterisches Tun im Vordergrund stand. Ebenfalls am 19. November 2006 wurde Kindern auf dem Abenteuerspielplatz Dräggspatz ein Mikrofon zur Verfügung gestellt, um sich gegenseitig zu interviewen. Die aufgezeichneten Kinderaussagen wurden an Radio Liechtenstein weitergegeben und in die Kindersendung «Kids & Co» eingebaut.

Am 13. Januar 2006 behandelte der UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes den zweiten Länderbericht Liechtensteins in Form eines Hearings. Liechtenstein entsandte eine Delegation nach Genf mit Vertretern der Diplomatie und der verschiedenen Fachbereiche (Schulamt, Ausländer- und Passamt, Staatsgericht, Staatsanwaltschaft,

Auswärtiges Amt). Vom Amt für Soziale Dienste waren zwei Mitarbeiterinnen des Kinder- und Jugenddienstes delegiert. In seinen abschliessenden Bemerkungen zeigt sich der Ausschuss erfreut über positive Entwicklungen wie z.B. die getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die verschärften Strafbestimmungen für Sexualdelikte gegen Minderjährige, die angestrebte Entkriminalisierung von straffälligen Jugendlichen durch den Einsatz aussergerichtlicher Massnahmen oder die bereits angelaufene Kampagne zur Drogen- und Alkoholprävention. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass mit dem Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendgesetzes, bei dessen Ausarbeitung explizit darauf geachtet wurde, die zentralen Bestimmungen der Kinderrechtskonvention umzusetzen, weitere Verbesserungen erreicht werden können. Insbesondere die beabsichtigte Einsetzung einer Ombudsperson für Kinder ist ein zentrales Anliegen des Ausschusses. Weitere Empfehlungen betreffen unter anderem die explizite Verankerung des Verbots von körperlicher Züchtigung von Kindern im Gesetz, die Festlegung einer maximalen Dauer der Untersuchungshaft für Minderjährige, die verstärkte Kontrolle von in ausländischen Institutionen platzierten Kindern und verbesserte Prävention von und Betreuung bei Jugendschwangerschaften.

Europarat

Der Jugendausschuss des Europarates (CDEJ) initiierte eine Kampagne für 2006/07 unter dem Motto «all different – all equal». Ziel der Kampagne ist es, Jugendliche zu ermutigen und zu befähigen, am Aufbau friedlicher Gesellschaften, die auf Verschiedenheit und Inklusion basieren, mitzuwirken. Die neue Kampagne knüpft an die ebenfalls vom Europarat vor zehn Jahren durchgeführten Kampagne gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, die in Liechtenstein unter dem Namen «alle anderscht – alle gliich» bekannt wurde, an.

Am 8. April 2006 fand der Startschuss für die Kampagne im Jugendcafé Camäleon statt. Informationen zur Zielsetzung der Kampagne erfolgten über Medien und Veranstaltungen. Pins und T-Shirts mit dem Logo «alle anderscht-alle gliich» wurden produziert und verteilt. Sechs Schul- und Jugendprojekte kamen zustande, welche an der Abschlussveranstaltung im Februar 2007 vorgestellt und prämiert werden. Darüber hinaus stellte die Landesbibliothek im Oktober 2006 einen Bücherstand zum Thema bereit. Zwei Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes wirkten im Rahmen der Gesundheitstage an den weiterführenden Schulen in Triesen mit einem Workshop zum Thema «Vorurteile?-alle anderscht-alle gliich» mit.

Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Eine Mitarbeiterin koordiniert die Tätigkeiten dieser Arbeitsgruppe mit den Aktivitäten des Amtes in diesem Bereich. Der Jahresbeginn war geprägt von der Durchführung des ersten Holocaust-Gedenktages sowie der Plakatkampagne «Ohne Ausgrenzung». Ziel der Kampagne, welche 15 verschiedene Plakat-Sujets umfasste, war eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit in Bezug auf ethnisch-kulturelle Ausgrenzung. Das Schwerpunktthema der Arbeitsgruppe «Sensibilisierung Jugendlicher» ergänzte gut die neue Europaratskampagne «alle anderscht – alle gliich».

EU/EWR / Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

Nahtlos an die Europaratskampagne fügt sich das vom EWR für 2007 ausgerufene «Jahr der Chancengleichheit für alle» an. Das Europäische Jahr will die Botschaft verbreiten, dass alle Menschen Anspruch auf Gleichbehandlung haben, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung. Dem Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle für Chancengleichheit obliegen die Federführung. Das Amt will als eigenen Beitrag zwei themenbezogene Studien einbringen: Zum einen eine Studie über Armut und Benachteiligung, als Replikationsstudie des Armutberichtes aus dem Jahre 1997 und zum anderen die Beteiligung an einer von der Universität St. Gallen durchgeführten Studie, die sich mit Diskriminierung im Alter befasst. Dank dieser Beteiligung wird die Situation unter Senioren und Seniorinnen in Liechtenstein miterhoben.

Im Oktober 2006 wurde ein Informationsabend durchgeführt, an dem über die Ziele informiert wurde und es wurde die Einladung ausgesprochen, Projekte einzureichen. Der Einladung sind acht Interessengruppen und Vereine gefolgt, deren Projekte im Februar 2007 anlässlich der offiziellen Auftaktveranstaltung vorgestellt werden. Die eingereichten Projekte werden von der EU finanziell unterstützt.

Liechtenstein beteiligte sich aktiv am *EU- Programm «Jugend»* (Laufzeit 2000-2006) und kam dadurch in den Genuss von Förderungsmitteln. Diese Projektmittel kommen der Nationalagentur sowie konkreten Jugendprojekten zugute. Das Jugendinformationszentrum «aha - Tipps und Infos für junge Leute» nimmt die Funktion und Aufgaben der Nationalagentur wahr. Der Kinder- und Jugenddienst vertritt die liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Kommission. Eine Mitarbeiterin des Kinder- und Jugenddienstes übt im Auswahlgremium den Vorsitz aus, welcher auf nationaler Ebene über die Vergabe der Liechtenstein zugeteilten Gemeinschaftsmittel entscheidet. Im Berichtsjahr wurden vier Jugendaustauschprojekte, fünf Jugendinitiativen, zwei Zukunftskapitalprojekte und ein Seminar gefördert. Zwölf junge Menschen waren im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes in einer gemeinnützigen sozialen Organisation im In- und Ausland im Einsatz. Zwölf liechtensteinische Jugendarbeitende nahmen an Weiterbildungsangeboten des Programms teil. Auch wurden Vorbereitungen für die Implementierung des Nachfolgeprogramms getroffen. Das neue Programm trägt die Bezeichnung «Jugend in Aktion» (Laufzeit 2007 bis 2013).

Regionale Zusammenarbeit
Mit dem Kanton St. Gallen und dem Bundesland Vorarlberg wird seit Jahren eine gute Zusammenarbeit im Jugendbereich gepflegt. Neben mehreren Koordinierungstreffen der für die Jugendförderung zuständigen Amtsleiter und Sachbearbeiter stand als Höhepunkt die Durchführung des II. Interregionalen Jugendprojektwettbewerbes auf dem Programm, welches dieses Mal in Liechtenstein mit grossem Erfolg veranstaltet werden konnte. Das «aha - Tipps und Infos für Junge Leute» war, in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugenddienst, für die operative Durchführung des liechtensteinischen und des interregionalen Wettbewerbes verantwortlich. Zudem nahmen im Herbst über 140 Personen aus der Jugendarbeit und jugendpolitischen Gremien an der gemeinsam organisierten interregionalen Fachtagung - «Respect» Gewaltprävention in der Jugendarbeit - in Rebstein teil.

Familienpolitik

Im Berichtsjahr ist die Familienpolitik stark in den Vordergrund gerückt. Das Interesse an der Familienpolitik drückte sich sowohl in den Medien als auch im Landtag in Form parlamentarischer Vorstösse aus. Im Landtag wurde ein Postulat über die Familienförderung sowie eine Interpellation betreffend Familie und Beruf eingereicht. Der Kinder- und Jugenddienst war diesbezüglich mit der Bearbeitung verschiedener komplexer Fragestellungen befasst.

Von grosser Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Tagesbetreuung. Hier war in den letzten Jahren nicht nur eine quantitative Zunahme der Kindertagesstätten zu verzeichnen. Es sind auch mehrere Einrichtungen in Betrieb genommen worden, die sich in ihren Angeboten eigene Profile geben. Für eine gute Versorgung ist nicht nur ein genügendes Angebot an Plätzen zur Verfügung zu stellen, sondern entscheidend für die Nutzung des Angebots sind die Kosten, die den Eltern durch die Inanspruchnahme von Tagesbetreuungsplätzen entstehen.

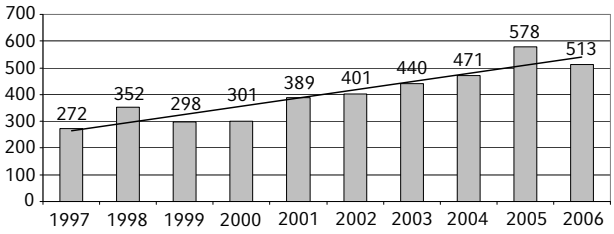
Psychosoziale Versorgung im Kinder- und Jugendbereich
Mit den Kindertagesstätten stand die Abänderung des Tarifsystems (Elternbeiträge) an. Es wurden zwischen dem Vorstand des Vereins Kindertagesstätten und dem Amt bzw. Ressort intensive Verhandlungen geführt, mit dem Ergebnis, dass für die nahe Zukunft die jetzigen Tarife beibehalten werden. Die Finanzierung der Kinderhorte soll aber grundsätzlich überdacht werden, wobei alternative Finanzierungsmodelle überprüft werden sollen.

Im Berichtsjahr wurde eine Adaptierung des Leistungsvertrages mit den Pfadfindern vorgenommen.

Jugendhilfe

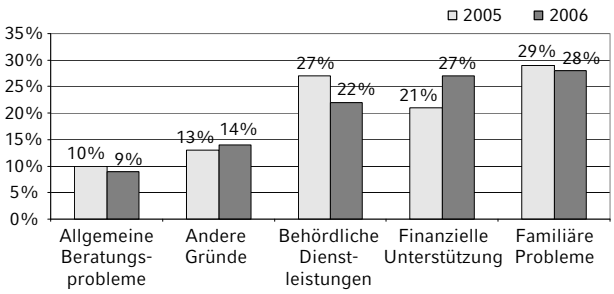
Klientenstatistik und Fallarbeit
Die Klientenzahlen sind absolut von 578 im Jahr 2005 auf 513 im Jahr 2006 gefallen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf die geringere Fallzahl im Jugendschutz zurückzuführen. Dieser Rückgang lässt sich zum einen damit erklären, dass weniger Anzeigen wegen Jugendgesetzübertretungen eingegangen sind und zum anderen, dass Verstösse gegen die Ausgangsregelungen mehrheitlich nicht mehr im Klientenprogramm erfasst wurden.

Entwicklung der Klienten (Kinder- und Jugenddienste)



Klientenanzahl 1997-2006
Die durchschnittliche Zunahme der Klienten in dem Zeitraum der letzten zehn Jahre beträgt 8% p.a.

Probleme (Kinder- und Jugenddienst 2005 und 2006)



Probleme nach Kategorien 2006

Probleme (Mehrfachnennungen möglich)

ICD-10	Titel	**2006** Nennungen	2005 Nennungen
Z61+Z62+Z63	Familiäre Probleme Entwicklungspsychologische Probleme (Z61) und Probleme bei der Erziehung (Z62) sowie Probleme in der primären Bezugsgruppe (Z63)	**224**	266
B03+B04	Gründe für die Inanspruchnahme behördlicher Dienstleistungen	**176**	258
C	Finanzielle Unterstützungen	**218**	198
F+Z5+Z60+Z64	Andere Gründe (davon 53 (52) psychische Störungen, 32 (31) Anpassungsprobleme)	**118**	126
V) B01+B02	Allgemeine Beratungsprobleme	**75**	92
Summe		**814**	940

Probleme nach Kategorien

Von familiären Problemen waren 224 Familien betroffen. Diese Gruppe unterteilt sich wie folgt:

a) 150 mit Erziehungsschwierigkeiten (Z62)
   48 Fälle emotionaler bzw. körperlicher Vernachlässigung, unangebrachter elterlicher Druck oder mangelnde Aufsicht;
   39 Belastung der Erziehung durch die Trennungs- und Scheidungssituation der Eltern;
   14 Ablöseprobleme in der Pubertät;
   13 Schwierigkeiten aus einer Stief- bzw. Pflegefamilienproblematik;
   11 Erziehungsschwierigkeiten geprägt durch die Situation Alleinerziehender.
b) 47 Kinder und Jugendliche litten unter Beziehungsproblemen zu ihren Eltern bzw. Stiefeltern, unter Abwesenheit oder Tod von Angehörigen sowie unter den Umständen von Trennung und Scheidung (Z63).
c) 27 Kindern und Jugendlichen mit entwicklungspsychologischen Problemen (Z61).

Sexueller Missbrauch:
2 Verdacht auf sexuellen Missbrauch innerhalb oder ausserhalb der Familie;
7 Verdachtsabklärungen.

*Körp*erliche Misshandlung:
6 Intervention bei körperlicher Misshandlung;
6 Verdachtsabklärungen.

Faktoren, die zur Inanspruchnahme von behördlichen Dienstleistungen führten:
59 (69) Vaterschaftsfeststellungen;
48 (121) pädagogische Gespräche bei Jugendschutzübertretungen;
18 (16) Stellungnahmen / Gutachten bei Besuchsrechtsregelungen bzw. in Obsorgeverfahren;
8 (4) Unterhaltsverträge für ausserehelich geborene Kinder;
7 (7) Amtshilfe für andere Behörden;
7 (4) Beistand in Unterhaltsfragen;
6 (7) Obsorge (Vormundschaft) über Kinder bzw. Jugendlichen;
6 (8) Pflegebewilligungen (neues Pflegebewilligungsgesetz)

Die Kategorie «Finanzielle Unterstützung» (C) gibt die Ausgaben nach Art der Unterstützung und Anzahl der Unterstützten wieder. 145 Klienten erhielten insgesamt 218 Hilfen (Mehrfachhilfen im Einzelfall möglich).

Finanzielle Unterstützung 2006 (Kinder- und Jugenddienst)

		Anzahl finanzielle Hilfen	Betrag in CHF
Ausserhäusliche Tagesbetreuung (Unterstützung an Elternbeitrag)	a) Kindertagesstätte (53 Personen) b) Eltern Kind Forum (12) c) Private Tagesmutter (16)	81	239 625
Familienbegleitung	a) Sozialpädagogische Familienbegleitung (45) b) Begleitetes Besuchsrecht (9)	54	119 660
Pflegeverhältnisse		12	52 557
Sonderhilfen		18	94 722
Stationäre Einrichtung im Ausland	a) Wohnheim, sozialpädagogisches (2) b) Psychiatrie, Suchtklinik (2) c) Schulheim, Internat (5)	9	226 813
Stationäre Einrichtung im Inland	a) JWG (41), b) TWG (3)	44	206 640
Summe		**218**	**940 017**

Psychische Störungen 53 (52), Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten führen (davon 22 Probleme in Ausbildung und Bildung) 27 (39), Soziale Umgebung 32 (31) und Psychosoziale Umstände 6 (4).

Allgemeine Beratungsprobleme:
39 (45) Regelung des Besuchsrechtes; 16 (23) Betreuungsplatz und Obsorgefragen;
8 (10) Adoptionswunsch bzw. Fragen zur Adoption.

Korrespondierend zu den geschilderten Problemen wurden folgende Dienstleistungen erbracht:

Unterstützungsarten (Kinder- und Jugenddienst)

	Anzahl	Prozent
Beratung	428	44
Finanzielle Unterstützungen	218	22
Behördliche Dienstleistungen	176	18
Delegierte Betreuung	89	9
Casemanagement	69	7

Ausgewählte Themen

Kinder- und Jugendgesetz

In einer Medienkonferenz des Ressorts wurde die Vernehmlassung des Kinder- und Jugendgesetzes im Januar 2006 gestartet. Das Vernehmlassungsverfahren zum

neuen Kinder- und Jugendgesetz wurde im Juni abgeschlossen. In den zahlreichen Stellungnahmen fanden sich viele gute Hinweise und Anregungen, sowie manche sinnvolle Ergänzungsvorschläge. Der Entwurf zum neuen Kinder- und Jugendgesetz wurde entsprechend überarbeitet. Insbesondere wurden im Kapitel Kinder- und Jugendhilfe die Bestimmungen über die Unterbringung von Kinder und Jugendlichen in geeigneten Einrichtungen sowie über die Meldepflichten grundlegend neu geregelt. Im Frühjahr soll die Gesamtrevision des Jugendgesetzes als Bericht und Antrag für ein Kinder- und Jugendgesetz dem Landtag vorgelegt werden.

Auch in der Schweiz wurde man auf die Vorlage aufmerksam. Der Vernehmlassungsentwurf zum neuen Kinder- und Jugendgesetz stiess bei Delegierten der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung in der Schweiz auf grosses Interesse.

Ein Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes konnte im November an der Fachtagung «Jugendarbeit im Kanton Zürich» das Kapitel Jugendförderung näher vorstellen. Der Kanton Basel-Stadt möchte unser neues Kinder- und Jugendgesetz zum Vorbild für seine eigene Revision des Jugendgesetzes nehmen.

Jugendarbeitslosigkeit – Projekt «Zünder»

In Kooperation mit der Hochschule Liechtenstein, Institut Entrepreneurchip, der Jugendberatungsstelle «aha - Tipps und Infos für junge Leute» und dem Kinder- und Jugenddienst wurde das Projekt Zünder konzipiert. Zielgruppe dieses Pilotprojektes sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16-22 Jahren, die noch keine Lehr- oder Arbeitsstelle gefunden haben. Die Jugendlichen besuchen einen viertägigen Workshop und erarbeiten im Anschluss eigene Projekte, welche sie bei der Ideenmesse «Birne 07» präsentieren. Bei der Erarbeitung ihrer eigenen Projekte werden die Jugendlichen von der Studentengruppe START unterstützt. Weiters bekommen die Jugendlichen persönliche Mentoren zur Seite gestellt, welche sie bei Suche nach einer Lehr- oder Arbeitsstelle oder der Umsetzung unternehmerischer Gelegenheiten unterstützen. Nach der Konzeptphase soll das Projekt im Januar 2007 starten. Dieses Projekt wird von der Regierung finanziell unterstützt.

Schulsozialarbeit

Das Projekt Schulsozialarbeit ist von der Regierung um ein weiteres Jahr verlängert worden. Das Amt für Soziale Dienste wird deshalb noch eine entsprechende Zeit lang eine Vertreterin in die Projektleitungsgruppe entsenden. Der Abschlussbericht über die Projektevaluation liegt inzwischen vor. Von daher wird es im letzten Jahr vor allem darum gehen, welche Auswirkungen die Empfehlungen des Evaluators haben werden oder welche Anforderungen sich daraus auch für den Kinder- und Jugenddienst ergeben.

Zur Beteiligung des Kinder- und Jugenddienstes bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die vom Unterricht ausgeschlossen wurden, wurden dem Schulamt Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit unterbreitet. Ein weiterer Austausch aller Beteiligten wurde ins Auge gefasst.

«Coolness-Trainings»

Im Berichtsjahr wurden durch einen Psychologen des Kinder- und Jugneddienstes mit fünf Jugendlichen «Coolness-Trainings» in Einzelsettings durchgeführt. Ziel des Trainings ist es, den Jugendlichen ein Handlungsschema zu vermitteln, das zur Beeinflussung aggressiver Impulse und zur Gewaltvermeidung dient.

Sexueller Missbrauch

Die Fachgruppe befasste sich mit insgesamt 12 Missbrauchsfällen, davon drei aus dem vergangenen Jahr.

Im Berichtsjahr führte die «Fachgruppe gegen Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen», die von einer Psychologin des Amtes für Soziale Dienste geleitet wird, eine erfolgreiche Fachtagung durch. Sie war dem Thema: «Beurteilung des Realitätsgehalts von Kinderaussagen bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch» gewidmet, als Referent konnte Prof. Steller vom Institut für Forensische Psychiatrie in Berlin gewonnen werden. Im Berichtsjahr wurde eine Homepage der Fachgruppe konzipiert, aufgeschaltet und durch Pressearbeit der Öffentlichkeit bekannt gemacht (www.stoppkindsmissbrauch.li). Weiters führte die Leiterin der Fachgruppe zusammen mit der Landespolizei im Rahmen einer dreijährigen Kampagne zwei Referate zum Thema «Kinderpornographie im Internet» durch, hielt zudem einen Vortrag beim Fussballclub Vaduz (Sexuelle Übergriffe im Sport), konnte ca. 250 Schülerinnen und Schüler durch Workshop-Leitung bei den Gesundheitstagen einer weiterführenden Schule in Liechtenstein sensibilisieren und initiierte ein für Primarschulkinder wertvolles Präventionsprogramm, welches im kommenden Jahr in einigen Primarschulen durchgeführt wird.

Gemeinsames Sorgerecht

Die Ausgestaltung elterlicher Verantwortung bei Trennung und Scheidung ist angesichts der hohen Scheidungsrate in Liechtenstein in vielen Familien und damit in verschiedenen Berufsfeldern bei einem breiten Fachpersonenkreis und betroffenen Eltern ein stark diskutiertes Thema.

Das Amt lud im September zu einem Fachvortrag mit Dr. Rainer Balloff, Freie Universität Berlin, zum Thema «Gemeinsames Sorgerecht - Möglichkeiten und Grenzen» ein. Dr. Balloff berichtete von Erfahrungen und Entwicklungen in Deutschland, wo das gemeinsame Sorgerecht seit 1998 der Regelfall ist.

Elternbeiträge bei Platzierungen

Das Schulamt und das Amt für Soziale Dienste erarbeiteten im Auftrag der Regierung ein einheitliches Tarifmodell für die Unterbringung Minderjähriger in

pädagogisch-therapeutischen Einrichtungen und Schulheimen. Die Vorgabe, die unterschiedlichen Elternbeitragsregelungen aneinander anzugleichen und so Ungleichbehandlungen und Fehlsteuerungen zu beseitigen, wurde mit einem neuen, einheitlichen Tarif erfüllt.

Bewilligungspflicht für Pflegeeinrichtungen
Im Rahmen der Aufsichtspflicht gemäss Jugendgesetz überprüfte der Kinder- und Jugenddienst einzelne bestehende Institutionen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Einer Einrichtung wurde die definitive Betriebsbewilligung erteilt. Insgesamt wurde ein guter Betreuungsstandart festgestellt.

Fachaustausch
Die Leiterin des Kinder- und Jugenddienstes vertrat Liechtenstein an der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Kinderschutz und Jugendhilfe, die im Berichtsjahr zum Themenschwerpunkt «Pflegekinderwesen» in Sissach tagte.

Amtsintern wurde im Berichtsjahr ein Fortbildungsschwerpunkt im Themenbereich «Gutachten» gelegt. Dr. Rainer Haller aus Vorarlberg konnte als Referent zum Thema «Erstellen von Gutachten» und Dr. Rainer Balloff aus Berlin zum Thema «Familienpsychologische Gutachten» für die amtsinterne Fortbildung gewonnen werden.

Jugendschutz

Im Berichtsjahr resultierten 69 Anzeigen gegen Jugendliche wegen Jugendschutzübertretungen.

33 der Anzeigen erfolgten wegen Nichteinhaltung der Ausgangsregelungen. Bei marginalen Ausgangsübertretungen wurden die Eltern mit einem Schreiben auf ihre Verantwortung für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen hingewiesen. Zudem erhielten die Eltern eine Broschüre mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen sowie ein Beratungsangebot. Bei wiederholten Verstössen von Jugendlichen gegen das Jugendgesetz wurden auch wegen Nichteinhaltung der Ausgangsregelungen pädagogische Gespräche geführt.

Bei 36 Übertretungen des Jugendgesetzes wegen Alkohol- und Tabakkonsum wurden die Eltern mit ihrem Kind zu einem pädagogischen Gespräch eingeladen. Anschliessend erfolgte eine Berichterstattung an die Staatsanwaltschaft über erziehungswirksame Massnahmen. In der Folge wurde in der Regel das Strafverfahren eingestellt.

Dem Amt für Soziale Dienste wurden auch Jugendstraftaten von der Landespolizei gemeldet (Diebstahl (9), Raub (2), Sachbeschädigung (4), Körperverletzung (8), Gefährliche Drohung (1), Hehlerei (5), Raufhandel (1), Urkundenunterdrückung (1), unbefugter Gebrauch von Fahrzeugen (1) – teilweise Mehrfachnennungen). Zudem wurden auch Betäubungsmittelgesetzübertretungen (2), Verstösse von Jugendlichen gegen die Verkehrsordnung (9), gegen das Waffengesetz (1) und gegen das Giftgesetz (1) gemeldet. In der Regel wurden mit den betroffenen Jugendlichen mit Einbezug ihrer Eltern pädagogische Gespräche geführt. Daraus resultierten erfreulicherweise Initiativen der Jugendlichen zur Schadenswiedergutmachung, zu gemeinnütziger Arbeit, Täter-Opfer-Vereinbarungen, die Teilnahme an einem Anti-Gewalt-Training oder eine längerfristige Betreuung durch die Jugendhilfe.

Weitere Aktivitäten des Jugendschutzbeauftragten sind:
- Mitarbeit in der Steuergruppe der Suchtpräventionskampagne;
- Weiterführung der aufsuchenden Arbeit sowohl bei Grossanlässen wie auf öffentlichen Plätzen, die von Jugendlichen häufig frequentiert werden und persönliche Kontakte zu verschiedenen Jugendszenen;
- Betreibung eines Internet-Forums zu Jugendschutzfragen (www.jugendgesetz.li);
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Jugendschutz: Öffentliche Veranstaltung für Erziehende zu Videogames in Kooperation mit dem Dachverband der Elternvereinigung im Mai am Gymnasium Vaduz sowie breite Öffentlichkeitsarbeit;
- Umsetzung des Jugendschutzes bei Grossanlässen im Zusammenwirken mit Landespolizei und Veranstaltern;
- Zusammenarbeit mit den Jugendschutzbeauftragen aus Vorarlberg und St. Gallen zur Nutzung gemeinsamer Synergien im Hinblick auf präventive Massnahmen. Auf legistischer Ebene wurden die Harmonisierungsmöglichkeiten als gering eingestuft.

Jugendpflege (Jugendförderung)

Die seit Jahren gepflegte Zusammenarbeit mit Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen VLJ dem Jugendinformationszentrum aha und den Jugendkommissionen der Gemeinden wurde themenspezifisch weitergeführt. Mit dem VLJ standen neben Austausch und Koordination zwei Weiterbildungen für die in der Jugendarbeit Tätigen im Mittelpunkt. Dabei erfolgte eine fachliche Mitarbeit des KJD bei den Themen «Jugendszenen und ihre Bedeutung für die Jugend und die Jugendarbeit» sowie «Neue Medien- psychische Auswirkungen, Prävention und Praxis in der Jugendarbeit».

Mit den Delegierten der Jugendkommissionen sowie Vertretern der Elternvereine wurde der Gesetzesentwurf zum Kinder- und Jugendgesetz diskutiert.

Im Rahmen der Gesundheitstage im April 2006 leiteten zwei Mitarbeitende Workshops an den Weiterführenden Schulen zur Thematik Vorurteile und Rassismus.

Ein Mitarbeiter nahm auf Anfrage der Pro Lingua Klasse des 10. Schuljahres an einem «Gastgespräch» teil, bei dem er sich Fragen zu seiner Berufsbiographie und zu diversen Tätigkeiten des Kinder- und Jugenddienstes stellte.

Ein Mitarbeiter nahm nach vorangegangen Beratungsgesprächen an einer Zusammenkunft von Spielgruppenleiterinnen teil. Zur Diskussion standen Organisations- Struktur- Finanzierungs- und Aufsichtsfragen.

Ausgewählte Themen

Aus der Jugendszene gab es einige Meldungen über Jugendgewalt, rechtsradikales Verhalten und Gangbildung. Beklagt wurden einerseits das provozierende und gewalttätige Auftreten rechts denkender junger Männer, und andererseits gewaltbereites Verhalten von ausländischen Jugendlichen sowie vereinzelte Gangbildungen. Ende des Jahres fand ein Austausch zwischen Lehrpersonen, dem Schulsozialarbeiter des Schulzentrums Unterland und einem Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes statt.

Ein Mitarbeiter war als Mitglied der Gewaltschutzkommission der Regierung massgeblich bei der Schaffung des Handbuches «Jugendschutz und Gewaltprävention» für Veranstalter in den Gemeinden beteiligt. Ende Jahr wurde das Handbuch von der Vorsteherkonferenz gutgeheissen. Es soll in Zukunft in allen Gemeinden zur Anwendung kommen.

Finanzielle Förderung der Jugendpflege
Gemäss den Richtlinien zur Jugendförderung wurden acht Veranstaltungen und zwei Projekte im Kinder und Jugendbereich finanziell unterstützt. Das Jugendinformationszentrum aha erhielt für drei Praktikumsplätze finanzielle Zuschüsse. Sechs ehrenamtliche Jugendleiter erhielten eine finanzielle Unterstützung für den Besuch von Leiterkursen.

Im Bereich des Jugendleiterurlaubes wurden insgesamt 229 Personen finanziell unterstützt. Dies teilt sich wie folgt auf: 107 Personen aus dem Bereich Sport, 102 Personen aus dem Bereich der soziokulturellen Animation und 20 Personen aus dem musischen Bereich. Die Zahlen bewegen sich im Rahmen der Vorjahre.

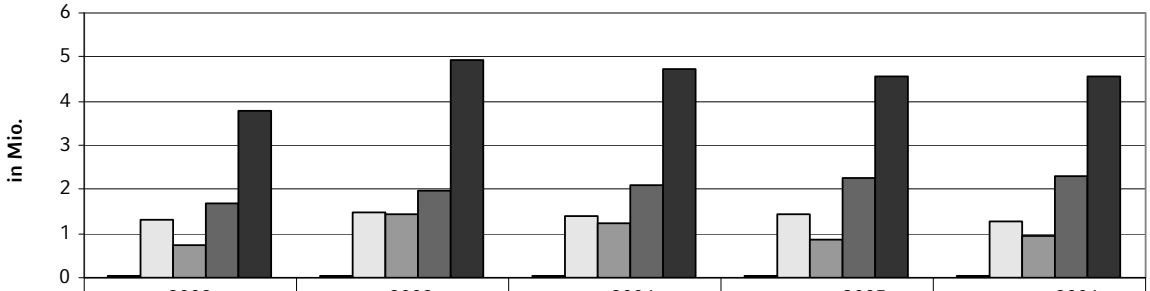
Jugendbeteiligungsmodell «Jubel»
Nach einer Überarbeitung des ursprünglichen Konzeptes wurde das Projekt JUBEL (JugendBeteiligung Liechtenstein) von der Regierung für eine Pilotphase von drei Jahren genehmigt und das «aha - Tipps und Infos für Junge Leute» mit der Durchführung beauftragt. Das Projekt hat das Ziel, aufbauend auf einem Klassensprechermodell alle Jugendlichen stärker in die Entwicklung Liechtensteins einzubeziehen und sie aktiver am gesellschaftlichen und politischen Leben Liechtensteins zu beteiligen. Während der einjährigen Vorprojektphase (bis August 2007) wird das Projekt verschiedenen Beteiligten (Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler, etc.) vorgestellt und die Umsetzung des Projektes geplant und vorbereitet. Die eigentliche zweijährige Projektphase startet mit Beginn des neuen Schuljahres im August 2007.

Jugendstudie 2006
Die Regierung beauftragte das Österreichische Institut für Jugendforschung in Wien zur Durchführung einer Jugendstudie. Die begleitenden Aufgaben wurden vom ASD übernommen. Die Erhebung wurde inzwischen abgeschlossen und die Ergebnisse werden im März 2007 veröffentlicht.

Die Jugendstudie 2006 soll über die Lebensbedingungen von 500 Liechtensteinischen Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren Aufschluss geben. Im Rahmen einer repräsentativen Quotenstichprobe (nach Alter, Geschlecht und Bildungstyp) wird ein Einblick in die aktuelle Situation der Jungen und Mädchen, ihre Meinungen und Einstellungen möglich. Die Themenstellungen beschäftigen sich mit Beziehungen und Wertemuster, Schule / Ausbildung / Arbeitswelt, dem Geschlechterverhältnis, Liebe und Sexualität, gesellschaftlicher und politischer Partizipation, Freizeitverhalten, Probleme und Sorgen, Gewalt und Gesundheit.

Aufwand Jugendpflege, Jugendschutz, Jugendhilfe

Aufwand Kinder und Jugend 2002–2006 (Land und Gemeinden)



	2002	2003	2004	2005	2006
■ Jugendschutz	40 435	26 415	27 595	20 799	36 627
□ Jugendpflege	1 300 083	1 488 139	1 410 052	1 449 641	1 290 409
▒ Einzelhilfe (JH)	743 670	1 441 530	1 227 814	844 455	936 931
▒ Institutionen (JH)	1 682 216	1 968 824	2 079 671	2 247 515	2 291 971
■ Gesamtaufwand	3 766 404	4 924 908	4 745 132	4 562 410	4 555 938

Institutionen der Jugendhilfe sind:
– Verein für Kinderbetreuung, Planken
– Verein Kindertagesstätten Liechtenstein
– Verein Kindertagesstätten Pimbolino
– Beratungsstelle für Eltern, Kinder, Jugendliche
– Eltern-Kind-Forum
– Sozialpädagogische Jugendwohngruppe (JWG)
– Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF)
– Sorgentelefon
Institutionen der Jugendpflege sind:
– Liecht. Pfadfinderkorps
– Jugendtreffs der Gemeinde
– Vereinigung Liecht. Jugendorganisationen
– Bildungshaus Gutenberg
– Jugendinformationszentrum «aha»
– Nationalagentur «Jugend»

STABSSTELLE

Stabsstelle für Chancengleichheit

Stabsstellenleiterin: Bernadette Kubik-Risch

Hauptpunkte bildeten im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann die Vertretung von Frauen in politischen Gremien, die Chancengleichheit im Erwerbsleben und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Im Bereich Migration und Integration von Ausländerinnen und Ausländern wurden vor allem Grundlagen erarbeitet und Aufbauarbeit geleistet. Im Bereich Behinderung wurde eine Sensibilisierungsaktion gestartet. Für das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle (2007) wurden im Berichtsjahr von der Stabsstelle für Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste Vorbereitungen getroffen.

Gleichstellung von Frau und Mann

Massnahmenkatalog
Am 14. März 2006 hat die Regierung den neunten Umsetzungsplan beschlossen. Die Umsetzung umfasste dabei die Bereiche: Bildung; Frau und Wirtschaft; Vereinbarkeit von Familie und Erwerb; Familie; Soziale Stellung; Vernetzung; Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen; Gewalt gegen Frauen und institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung. Die Umsetzung der Aktionsplattform wurde im Februar 2006 als fortlaufender Broschürenteil veröffentlicht.

Jubiläumsveranstaltung zu 20 Jahre Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und 10 Jahre Stabsstelle
Das Jubiläumsprogramm vom 3. Juli 2006 haben verschiedene Frauenorganisationen und eine Amtsstelle mitgestaltet. An der Veranstaltung erhielten die rund 120 Gäste als Geschenk die Broschüre «Zahlen und Fakten, Fragen und Antworten – Frauen und Männer in Liechtenstein sowie Zuckerbeutel mit Zitaten von Frauen und Männern.

«Zahlen und Fakten, Fragen und Antworten – Frauen und Männer in Liechtenstein»
In sieben Kapiteln wird aufgrund statistischer Daten die Situation der Frauen und Männer in Liechtenstein analysiert und kommentiert. Die Themen reichen von der Bildung über die Hausarbeit und Kinderbetreuung bis zur Politik. Die Broschüre ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit erhältlich.

Gleichstellung lohnt sich – Informationskampagne
Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG wurden das Gleichstellungsgesetz und das Arbeitsvertragsrecht revidiert. Die Revision trat am 14. Juli 2006 in Kraft.

Die Informationskampagne wurde im November 2006 gestartet und dauert mindestens ein Jahr. Ziel der Kampagne ist die Sensibilisierung der Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden für das revidierte Gleichstellungsgesetz. Sie wird von der Stabsstelle für Chancengleichheit gemeinsam mit der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen und dem LANV Liechtensteinischen Arbeitnehmer/innenverband durchgeführt.

Produkte der Informationskampagne sind: Die beiden neu aufgelegten Broschüren «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» und «Gleichstellung im Erwerbsleben»; Infoflyer für Betriebe; Inserate in beiden Landeszeitungen sowie konkrete Fallbeispiele auf der Webseite der infra, des LANV und der Stabsstelle für Chancengleichheit.

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz
Die infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen erhielt Finanzhilfen für die Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit nach dem Gleichstellungsgesetz.

Politik – Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

Politiklehrgang für Frauen
Der 3. länderübergreifende Politiklehrgang dauerte von Februar 2006 bis November 2006. Aus Liechtenstein nahmen sieben Frauen teil.

Gemeinderatswahl 2007
Der Frauenanteil in den Gemeinderäten beträgt seit dem Jahr 2003 27.4 Prozent. Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann strebte eine Erhöhung des Frauenanteils bei der Wahl 2007 an. Zu diesem Zweck führte die Kommission Gespräche mit den Medien und den Ortgruppenvorsitzenden der Fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union. Inhalt der Gespräche waren u.a. die Untersuchung von Dr. Wilfried Marxer über die «Wahlchancen von Frauen in der liechtensteinischen Politik» wie auch die Nachwahlbefragung

bei den Kandidatinnen der Landtagswahl 2005, durchgeführt vom Frauennetz. Zudem wurden auf Ressourcen wie die Datenbank Frauenpool, die Checkliste für Parteien oder den Politiklehrgang hingewiesen.

Bildung

Workshops für Jugendliche an den weiterführenden Schulen
Unter dem Titel «Internationaler Tag der Frau – Frauen machen Geschichten – Frauen bewegen Geschichte – Frauen bewegen die Welt» führte die Stabsstelle für Chancengleichheit im März 2006 in sieben Klassen (3 Klassen der Realschulen, 1 Klasse Oberschule und 3 Klassen Gymnasium) einen Workshop durch. Die Schülerinnen und Schüler waren zwischen 15 und 17 Jahre alt.

Sensibilisierung von Lehrpersonen der Unterstufe
Nach der Durchführung der Workshopreihe weder «Weder Rambo noch Softie» sollte die Zielgruppe Lehrpersonen der Unterstufe noch gezielter angesprochen werden. Dazu erarbeiteten die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Schulamt die Weiterbildung «Mit Buben erfolgreich durch das Jahr». Der Kurs beabsichtigt in fünf Nachmittagen, Anregungen für die tägliche Arbeit mit Buben zu liefern. Der Kurs richtet sich stark auf die Praxis aus, da er über das Schuljahr verteilt ist und laufend der Arbeit im Unterricht angepasst werden kann.

Familie/Vereinbarkeit von Familie und Erwerb

Chancengleichheitspreis 2006
Am 8. März 2006 wurden die Gewinnerinnen und Gewinner des Chancengleichheitspreises 2006 ausgezeichnet.

Den ersten Preis, einen zweckgebundenen Barpreis in der Höhe von CHF 20 000, erhielt das Projekt «Familienmanager/innen – Unterwegs zur Anerkennung», der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen in Schaan. Ein Anerkennungspreis mit CHF 3 000 bzw. CHF 2 000 ging an das Projekt «deine – meine = unsere Sprache» des Vereins Kindertagesstätten Liechtenstein sowie an das Projekt «Chancengleichheit an der Hochschule» der Kommission für Chancengleichheit an der Hochschule Liechtenstein.

Interpellationsbeantwortung betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein
Am 20. September 2006 wurde eine Interpellation betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein eingereicht, im Rahmen welcher die Stabsstelle mit Abklärungs- und Koordinationsaufgaben befasst war.

Männer im Gleichstellungsprozess – Projektgruppe MannsBilder
Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Koordinations- und Administrationsstelle für die Projektgruppe «MannsBilder». Zentrales Thema bildete das Thema Scheidung und die gemeinsame Obsorge. Aus den Projektgeldern der Gruppe MannsBilder wird eine unentgeltliche Rechtsberatung für Männer über den Verein Netzwerk angeboten. 27 Männer haben im vergangenen Jahr die Rechtsberatung in Anspruch genommen.

Vätertag
Das Projekt Vätertag wurde mittlerweile in Betrieben und an Schulen dreimal durchgeführt. Für die Auswertung wurden rund 300 Betriebe und alle Schulen und Kindergärten des Landes angeschrieben. Wie der Vätertag ab 2007 weitergeführt wird, ist anfangs 2007 zu entscheiden.

Gewalt gegen Frauen

Notfallkarten
Aus dem Interreg-Projekt «Grenzen überschreiten – Grenzen setzen» wurden die Produkte «Notfallkarte» und der Leitfaden für Angehörige und Freunde/innen an verschiedene öffentliche Stellen versandt.

Kampagne des Europarates gegen Gewalt an Frauen
Die Landtagsabgeordneten wurden im November 2006 durch eine Plakataktion des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder in Zusammenarbeit mit dem Landtagssekretariat und der Stabsstelle für Chancengleichheit auf die Problematik Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt aufmerksam gemacht.

Soziale Stellung der Frau

Interreg-Projekt Frauenleben 50+ in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen
Ziel des Projekts ist es, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern im Alter ab 50 zu erkennen und entsprechende Angebote für Frauen und möglicherweise auch für Männer auszubauen bzw. anzubieten. Das Projekt dauert von Januar 2006 bis Juni 2008.

Im Berichtsjahr konnte die geplante Studie ausgeschrieben und vergeben werden. Unter Einbezug eines Fachbeirats wird die Projektgruppe Massnahmen aus den Ergebnissen ableiten. Die Ergebnisse sind bis Frühjahr 2007 zu erwarten.

Vernetzungen/Zusammenarbeit

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung
Die Arbeitsgruppe traf sich zu sechs Sitzungen. Die im November 2005 gestartete Plakatkampagne «gleichgestellt entspannt sich s leichter» wurde im Februar 2006 abgeschlossen. Sie thematisierte die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie Frauen in Führungspositionen.

Zudem setzte sie sich mit Weiterbildungsideen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Erwerb sowie

Rollenbilder auseinander und brachte als Resultat für das Weiterbildungsangebot 2007/2008 beim Amt für Personal und Organisation einen Vorschlag ein.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung haben Dr. Wilfried Marxer vom Liechtenstein Institut beauftragt, eine Lohngleichheitsuntersuchung in der Landesverwaltung durchzuführen. Erste Ergebnisse sind bis Frühjahr 2007 zu erwarten.

Im Weiteren gab die Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Stabsstelle für Chancengleichheit und der Gleichstellungskommission eine Stellungnahme zur Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung des Staatspersonals ab. Eine weitere Stellungnahme der Arbeitsgruppe und der Stabsstelle befasste sich mit dem Staatspersonalgesetz.

Frauennetz Liechtenstein
Die Aktivitäten des Frauennetzes standen 2006 ganz im Zeichen von «DemoGrazia» dem Preis für Zivilcourage. Im Oktober 2006 wurde der Preis erstmals vergeben. Der Internationale Tag der Frau 2006 wurde wiederum vom Frauennetz geplant und durchgeführt.

Länderübergreifende Vernetzung
Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums und der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Enge Vernetzungen im Rahmen von Projekten (wie 3Ländergender oder Frauennetzwerken) werden mit dem Frauenreferat Vorarlberg, der Gleichberechtigungsstelle Chur und St. Gallen gepflegt.

Gender Mainstreaming

Das Interreg-Projekt «Ländergender»
Das dreijährige Projekt konnte 2006 abgeschlossen werden. Die Strategie von 3Länder-Gender bestand darin, die grenzüberschreitende Sensibilisierung durch konkrete Umsetzungsbeispiele zu Gender Mainstreaming zu fördern, ein entsprechendes Netzwerk an Trainer/innen sowie Experten/innen aufzubauen, eine Datenbank für Materialien zur Umsetzung von Gender Mainstreaming zur Verfügung zu stellen (www.laendergender.org) sowie die grenzübergreifenden thematischen Veranstaltungen zu organisieren.

Am 13. Januar 2006 wurden an der Tagung «Länderübergreifendes Gender Mainstreaming in Politik und Verwaltung» die Umsetzungsbeispiele vorgestellt. An der länderübergreifenden Veranstaltung nahmen rund 90 Personen aus Regierungskreisen und führenden Positionen teil.

Im September 2006 konnte die Broschüre «Ländergender - Beispiele für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in den Verwaltungen von Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg» realisiert werden.

Gleichstellungscontrolling
Das Amt für Berufsbildung stellte sich als erstes Pilotamt zur Einführung des Gleichstellungscontrollings zur Verfügung. Die Regierung hat im April 2006 den ersten Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. Es wurde vorgeschlagen, dass das Amt für Berufsbildung ein Gleichstellungsziel in den Leistungsdialog 2006/2007 aufnimmt. Im Weiteren wurde die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Amt für Personal und Organisation beauftragt, der Regierung ein zweites Pilotamt vorzuschlagen. Im November 2006 wurde mit dem Amt für Umweltschutz das Analyse-Interview zum Gleichstellungscontrolling durchgeführt.

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Koordination
Seit Oktober 2005 ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit der Bereich Migration/Integration mit einer Fachperson (60%) besetzt. Diese ist zwecks Koordination der verwaltungsinternen Integrationsbestrebungen in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und in der nationalen Koordinationsgruppe der Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich» (2006) vertreten. Sie führt die Geschäfte der Kommission für Chancengleichheit und hat den Vorsitz der Projektgruppe «Integration» inne.

Projektgruppe «Integration»
Diese Gruppe begleitet die vom Ressort Inneres vorzunehmende Revision des Landesbürgerrechts sowie die vom Ressort Präsidium unter Federführung des Ausländer- und Passamtes durchzuführende Erarbeitung des neuen Ausländergesetzes. Die Gruppe hat die Aufgabe, die beiden Gesetzesvorhaben unter dem Aspekt der Integration zu beurteilen und der Regierung Bericht zu erstatten.

«alle anderscht – alle gliich»
Liechtenstein beteiligte sich im Berichtsjahr an der zum zweiten Mal durchgeführten Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich». An der Kampagne, die ihren Fokus auf Vielfalt, Menschenrechte und Jugendpartizipation legte, nahmen folgende Projekte teil: der Verein Nudos mit dem Projekt «Liechtenstein geht fremd», die Gruppe Colorida mit einer Petition und Veranstaltung gegen Rechtsradikalismus, der Verein Liechtensteiner Jugendarbeiter/innen (VLJ) mit dem «Newcomer-Konzert», die Bocciagruppe von Special Olympics mit einem zweitägigen Boccia-Anlass und die Primarschule Ruggell mit dem Musical «König der Löwen». Die Kampagne, welche vom Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle für Chancengleichheit koordiniert wurde, wird in Liechtenstein im Februar 2007 mit einer öffentlichen Prämierung der Projekte abgeschlossen.

Plakatkampagne «Ohne Ausgrenzung»
Zusammen mit der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus führte die Stabsstelle für Chancengleichheit die von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus freundlicherweise zur Verfügung gestellte Kampagne «Ohne Ausgrenzung» auch in Liechtenstein durch. Die Plakatkampagne wurde am 20. März 2006 mit einer Pressekonferenz eröffnet und dauerte bis Mitte April 2006.

Arbeitskreis Integration
Im November 2006 traf sich unter dem Vorsitz der Stabsstelle für Chancengleichheit erstmals der Arbeitskreis Integration. Für die Mitarbeit im Arbeitskreis Integration wurden alle Ausländer/innenvereine und Nichtregierungsorganisationen eingeladen, die sich mit dem Thema Integration befassen. Ein erstes gemeinsames Projekt stellt die Pressekampagne «In Liechtenstein daheim» dar, die im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 realisiert werden soll.

Migration von A bis Z
Für die vom Liechtensteinischen Landesmuseum anlässlich der Souveränitätsfeierlichkeiten herausgebrachte Publikation «Das Fürstentum Liechtenstein, 1806 – 2006» schrieb Veronika Marxer einen Beitrag mit dem Titel «Migration von A bis Z». Es handelt sich um einen Überblick über die Themen Migration und Integration in Liechtenstein.

Gruppe Colorida
Die Stabsstelle für Chancengleichheit begleitet gemeinsam mit der Informationsstelle «aha - Tipps und Infos für junge Leute» eine Gruppe von Jugendlichen, die sich gegen Rechtsradikalismus und Rassismus einsetzen. Im Oktober 2006 überreichte die Gruppe zu Handen des Landtags eine Petition mit über 1000 Unterschriften, in welcher eine Verschärfung der Anti-Rassismusnorm (§ 283 StGB) gefordert wird.

Finanzielle Unterstützungen
Die Stabsstelle für Chancengleichheit unterstützte das Filmprojekt «Ausländische Kinder in einer Deutschklasse» sowie den vom marokkanischen Verein organisierten Vortrag «Islam und Okzident» mit einem finanziellen Beitrag. Auch die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie das Ausländer- und Passamt leisteten finanzielle Hilfe im Integrationsbereich.

Behinderung

Sensibilisierungskampagne – Zeitungsseite «mittendrin»
Im November 2006 startete die Stabsstelle für Chancengleichheit eine Sensibilisierungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Ziel der Kampagne ist die Sensibilisierung der Bevölkerung für verschiedene Behinderungsarten. Unter der Federführung der Stabsstelle für Chancengleichheit wurde ein 10-köpfiges Redaktionsteam gebildet, das vorwiegend aus Menschen mit einer Behinderung besteht. Das Redaktionsteam veröffentlicht alle zwei Monate eine Zeitungsseite mit dem Titel «mittendrin» – und will die Bevölkerung auf die Anliegen, Bedürfnisse und Wünsche von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren. Am 6. November wurde die Projektidee sowie die gesamte Gruppe in einer Medienkonferenz vorgestellt. Am 9. November 2006 erschien die erste Seite mit dem Titel «mittendrin und doch draussen» und im Dezember 2006 wurde eine Weihnachtsausgabe herausgegeben. Dabei schilderten verschiedene Menschen mit Behinderungen wie sie Weihnachten erleben oder wie sich die Weihnachtszeit für sie durch ihre Behinderung verändert hat.

Chancengleichheit übergreifend

Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle (2007)
Liechtenstein beteiligt sich am «Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle». Das Europäische Jahr will die Botschaft verbreiten, dass alle Menschen Anspruch auf Gleichbehandlung haben, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist gegenüber der Europäischen Kommission die nationale Koordinationsstelle. Auf nationaler Ebene sind die Stabsstelle und das Amt für Soziale Dienste mit der Umsetzung betraut. Im Oktober 2006 wurde eingeladen, Projekte für das EU-Jahr einzureichen. Insgesamt sind acht Projekte aus den Bereichen Gender, Behinderung, Herkunft und Religion eingereicht worden. Das Amt für Soziale Dienste und die Stabsstelle für Chancengleichheit haben weitere zehn Projekte bzw. Studien vorbereitet. Die Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit fand am 12. Februar 2007 statt.

Kontakte und Anregungen
Insgesamt haben sich 197 Personen an die Stabsstelle für Chancengleichheit gewandt. Dabei waren 90 Anfragen von Privaten, 79 von Organisationen und 28 aus der Landesverwaltung.

KOMMISSIONEN

Kommission für Chancengleichheit

Vorsitzender: Regierungssekretär Norbert Hemmerle

Die Kommission für Chancengleichheit, welche für die ämterübergreifende Koordination von Fragen der

Chancengleichheit zuständig ist und die sich aus den Leiterinnen und Leitern der mit diesen Themen befassten Amtsstellen zusammensetzt, führte im Berichtsjahr vier Sitzungen durch. Den Schwerpunkt bildete die Erarbeitung eines Entwurfes für ein Grundsatzpapier der Regierung zur liechtensteinischen Integrationspolitik.

Das von der Kommission erarbeitete Reglement, in welchem unter anderem die Ziele, Aufgaben, Zuständigkeiten sowie die Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Chancengleichheit geregelt sind, wurde von der Regierung am 21. Februar 2006 genehmigt. Gemäss der in diesem Reglement formulierten Zielsetzung legt die Kommission die Strategien zur Erreichung der Chancengleichheit fest, erarbeitet ämterübergreifende Problemlösungen und stellt sicher, dass die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Der Entwurf für ein integrationspolitisches Leitpapier wurde der Regierung anfangs 2006 unterbreitet. Das integrationspolitische Leitpapier soll als Richtschnur für alle künftigen integrationspolitischen Bemühungen gelten. Die Regierungsmitglieder haben zum Entwurf der Kommission ausführlich Stellung genommen. Anschliessend wurde der Entwurf von der Kommission unter Berücksichtigung der Abänderungswünsche der Regierungsmitglieder überarbeitet. Eine wichtige Abänderung betraf die Umbenennung des integrationspolitischen Leitpapiers in ein Grundsatzpapier der Regierung. Im Weiteren wurde der Entwurf präzisiert und gestrafft. Die Verabschiedung zu Handen der Regierung wurde auf die erste Sitzung der Kommission im Jahre 2007 festgelegt.

Im Berichtsjahr beschloss die Regierung die Durchführung eines Projektes zur Ausarbeitung von gesetzlichen Regelungen betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen. In die entsprechende Projektgruppe wurden auch zwei Mitglieder der Kommission für Chancengleichheit bestellt. Die Kommission wurde als Steuerungsgruppe des Projektes eingesetzt. Die entsprechenden Arbeiten werden voraussichtlich im Jahre 2007 abgeschlossen.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Vorsitzende: Martha Spiegel

Die Kommission trat im Berichtsjahr zu
- acht Sitzungen als Gesamtkommission
- zwei Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck
- je einem Meeting mit den Ortsgruppenvorständen der Parteien (FBP und VU)

zusammen.

Arbeitsschwerpunkte

Die Kommission setzte sich im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen 2007 folgendes Ziel:

Je 1 Frau als Vorsteherin im Unter- und Oberland sowie die Erhöhung des Frauenanteils in den Gemeinderäten von 30 % auf 40 %.

Die Kommission führte zur Zielerreichung folgende Massnahmen bzw. Veranstaltungen durch:
- Gespräche mit den Ortsgruppenkonferenzen der FBP und der VU
  Diese Gespräche dienten zur Sensibilisierung der Parteileitungen sowie der Ortsgruppenvorsitzenden, um den Frauenanteil in den Gemeinderatsstuben zu erhöhen und wurden im Januar 2006 durchgeführt.
- Auf Grund einer Anregung aus den Gesprächen mit den Ortsgruppen hat die Gleichstellungskommission einen Zeitungsartikel verfasst, der die Frauen zu einer Kandidatur ermutigen sollte.

Weitere Medienarbeit:
- Interview im Liecht. Volksblatt mit der Vorsitzenden der Gleichstellungskommission und mit Karin Rüdisser im Liecht. Vaterland.
- Radio-Interview am 19. Juni 2006 im Sendegefäss «Zur Sache» – mit der Vorsitzenden der Gleichstellungskommission sowie der Schaaner Gemeinderätin Karin Rüdisser.
- Am 20. März 2006 fand das Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck statt. Auch bei diesem Treffen war das Hauptthema die Ermutigung von Frauen für die Gemeindewahl 2007, weiters die Vertretung von Frauen und Männern in Landeskommissionen sowie die Jubiläumsveranstaltung vom 3. Juli 2006 – 30 Jahre Gleichstellung von Frau und Mann – 20 Jahre Gleichstellungskommission und 10 Jahre Stabsstelle.
- Es wurde am 20. Juni 2006 bzw. am 22. Juni 2006 je ein Info-Abend mit Mandatarinnen aus allen drei Parteien in Mauren und in Schaan organisiert. Ziel dieser Infoabende war wiederum, Frauen für die Kandidatur als Gemeinderätin zu ermutigen.
- Inserat in den Landeszeitungen mit den Kandidatinnen aller drei Parteien.

Am 20. Juni 2006 wurde von der Regierung die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann neu bestellt.

Als Schwerpunkte der neu gewählten Gleichstellungskommission werden folgende Themen festgelegt:
- Kommissionsbesetzungen
- Öffentlichkeitsarbeit

Am 18. August 2006 trafen sich die neugewählten sowie die scheidenden Mitglieder der Gleichstellungskommission zu einem Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Es wurden Themen wie die Erhöhung des Frauenanteils bei den Gemeinderatswahlen 2007, Kommissionsbesetzungen etc. diskutiert.

Die Jubiläumsveranstaltung – 30 Jahre Gleichstellung von Frau und Mann – 20 Jahre Gleichstellungskommission und 10 Jahre Stabsstelle wurde am 3. Juli 2006 mit

grossem Erfolg in Zusammenarbeit mit der Stabstelle für Chancengleichheit und dem Frauen-Netzwerk durchgeführt.

Im Herbst 2006 wurde der Frauenanteil in den Kommissionen der einzelnen Gemeinden untersucht.

Diese von der Stabstelle für Chancengleichheit erstellte Auswertung wurde den Mitgliedern der einzelnen Ortsgruppen-Vorstände zugestellt. Gleichzeitig wurden sie im Begleitschreiben gebeten, den von der Gleichstellungskommission avisierten Frauenanteil von 40 % bei den Kommissions-Neubesetzungen ebenfalls einzuhalten.

Laut der Auswertung (Staatskalender 2006) hat sich der Frauenanteil in den Landeskommissionen nochmals verringert. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck wurde mit einem Schreiben auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht, da es das Ziel der Regierung ist, dass bis Ende 2006 der Frauenanteil in den Landeskommissionen 30 % und bis Ende 2010 50 % beträgt.

Es wurde aufgrund der positiven Rückmeldungen der Kursbesucherinnen wiederum beschlossen, einen Politiklehrgang für Frauen in Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung anzubieten und durchzuführen.

Zielgruppe sind Frauen, die in Institutionen, Parteien, öffentlichen Gremien, Organisationen etc. aktiv sind oder sich künftig engagieren wollen. Der Politiklehrgang will Frauen befähigen und ermutigen, ihre Anliegen und Potenziale in politischen Gremien und in der Öffentlichkeit einzubringen.

Der Politiklehrgang 2006 konnte am 24. November 2006 mit der Zertifikatsübergabe durch die Vorsitzende abgeschlossen werden.

Vernehmlassungen

Im Rahmen der im Jahre 2006 durchgeführten Vernehmlassungsverfahren befasste sich die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau mit der

– Revision Invalidenversicherungs-Gesetz
– Teilrevision Berufsbildungsgesetz
– Abänderung Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal

und gab – zum Teil mit der Stabsstelle für Chancengleichheit - gemeinsame Stellungnahmen an die Regierung ab.

Teilnahme an Veranstaltungen

8. März – Tag der Frau

Öffentlichkeitsarbeit

Rene B. Ott vertrat die Kommission in der Jury für den Anerkennungspreis der Regierung zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann «Chancengleichheitspreis».

Jugendrat

Vorsitzender: Dr. Marcus Büchel

Der Jugendrat ist gemäss Jugendgesetz ermächtigt, Massnahmen der freiwilligen Einzelhilfe anzuordnen, sowie Massnahmen der gesetzlichen Einzelhilfe beim Landgericht zu beantragen. Dementsprechend wendet sich der Kinder- und Jugenddienst in Fällen, in denen Zwangsmassnahmen gegen den Willen der Eltern angezeigt sind, an den Jugendrat. Im Berichtsjahr musste sich der Kinder- und Jugenddienst mit keinem derartigen Fall an den Jugendrat wenden.

Es wird auch festgestellt, dass der Jugendrat selten Anlass hatte sich zu versammeln. Der Jugendrat nimmt zur Kenntnis, dass der Aufgabenbereich, die fachliche Kompetenz und die organisatorische Einbindung des Amtes für Soziale Dienste sich aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung gewandelt haben. Der Jugendrat anerkennt diese Entwicklung.

Der Jugendrat erörterte eingehend den Vernehmlassungsbericht zum neuen Kinder- und Jugendgesetz. Er äusserte sich positiv zum Vorschlag der Schaffung einer Ombudsstelle für Kinder- und Jugendfragen sowie für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirates. Mit dem Kinder- und Jugendbeirat soll neu ein Laienorgan im Kinder- und Jugendbereich aktiv sein, das eine breite Mitwirkung der Bevölkerung ermöglicht. Der Kinder- und Jugendbeirat übernimmt auch die Aufgabe als Beratungsorgan der Regierung sowie weitere Aufgaben zur Förderung der Partizipation von Jugendlichen.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Schwerpunkte des Berichtsjahres waren die Neuregelung der Kulturförderung, die Arbeiten zur Neuschaffung der Kulturgüterpflegegesetzgebung sowie die Initiierung und Realisierung umfangreicher Projekte.

Neuorganisation der Kulturförderung
Am 4. Juli verabschiedete die Regierung den Vernehmlassungsbericht zur Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes. Die Förderung der kulturellen Tätigkeit von privaten Personen und Organisationen soll neu geregelt werden. War die Kulturförderung bislang in verschiedenen Gesetzen verankert, so soll in Zukunft der Bereich der Förderung privater kultureller Tätigkeit in einem Gesetz zusammengefasst werden. Die Organisation und das Verfahren im Bereich der Kulturförderung soll massgebend vereinfacht werden. Dadurch soll mehr Effizienz und Transparez geschaffen werden.

Neuschaffung der Kulturgüterpflegegesetzgebung
Die Regierung hat Anfang Juli den Entwurf für ein neues Kulturgüterpflegegesetz genehmigt und in die Vernehmlassung geschickt. Damit erfährt der Kulturgüterschutz, einschliesslich der Archäologie, erstmals eine gesetzliche Regelung und das bestehende Denkmalschutzgesetz von 1977 wird heutigen Vorgaben angepasst. Mit dieser Vorlage übernimmt das Land die politische Verantwortung gegenüber dem eigenen Kulturgut, dessen langfristige Erhaltung und Weiterentwicklung sowie der inzwischen eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen. Ziel der durchführten Informationsveranstaltungen der Regierung vom 23. August und 25. September 2006 in Schaan und Mauren war sowohl die Erläuterung der Aufgaben und Instrumente der Vorlage als auch die Förderung des Bewusstseins zur Pflege und möglichst umfassenden Erhaltung und Weiterentwicklung des Kulturgutes und die Sensibilisierung für die Kulturpolitik des Landes.

Immunitätsgesetz
Da im internationalen Leihverkehr die Gewährung einer Rückgabegarantie in den letzten Jahren eine zunehmend wichtigere Rolle spielt und viele leihgebende Institutionen und Kunstmuseen von den autorisierten Behörden des Gastlandes eine Rückgabegarantie, welche die Leihgabe von Rechtsansprüchen Dritter und entsprechenden Gerichtsverfahren schützt, verlangen und in Liechtenstein diesbezüglich keine Rechtsgrundlage besteht, hat die Regierung in ihrer Sitzung vom 18. Juli 2006 die Erarbeitung der hierzu notwendigen gesetzlichen Grundlagen beschlossen.

Historisches Lexikon
Die Regierung hat am 23. August einen Finanzbeschluss betreffend die Drucklegung des Historischen Lexikons für das Fürstentum Liechtenstein zuhanden des Landtags verabschiedet. Um die Arbeiten rechtzeitig abschliessen und die Drucklegung in Auftrag geben zu können, war ein Gesamtkredit von 746 000 Franken erforderlich. Das «Historische Lexikon für das Fürstentum Liechtenstein» ist das erste Lexikon Liechtensteins, das nach lexikographischen Kriterien und wissenschaftlichen Standards erarbeitet wird. Nach der Fertigstellung des Manuskripts Ende 2007 wird das Nachschlagewerk qualitativ hoch stehende Informationen über Liechtenstein von der Urzeit bis in das 21. Jahrhundert bieten. Es umfasst Artikel über Personen, Familien, Landesherrschaften, Orte und Themen. Als Pionierwerk und einmaliges Informationsmittel wird es die Kenntnisse über Liechtenstein im In- und Ausland fördern und jederzeit greifbar machen. Anlässlich der September-Landtagssitzung wurde dem Finanzbeschluss einhellig zugestimmt.

Sonderbeitrag für den Mitankauf der Sammlung Ricke
An ihrer Sitzung vom 23. August wurde ein Finanzbeschluss über die Ausrichtung eines Sonderbeitrages in Höhe von 1 150 000 Franken an das Kunstmuseum Liechtenstein für den Mitankauf der Sammlung Rolf Ricke zuhanden des Landtages verabschiedet. Das Kunstmuseum Liechtenstein, das Kunstmuseum St. Gallen und das Museum Moderner Kunst Frankfurt/M. haben beschlossen, neue Wege der Kooperation zu gehen, um die bedeutende Sammlung wegweisender zeitgenössischer Kunst von Rolf Ricke geschlossen erhalten zu können. Insgesamt kann das Museum als Nationalgalerie damit seinen Auftrag zur Repräsentation nach aussen deutlich besser erfüllen. Diesem Finanzbeschluss stimmte der Landtag im September mehrheitlich zu.

Jahresbericht Kulturbeirat
Im Berichtsjahr legte der Kulturbeirat der Regierung zum dritten Mal in einem eigenen, öffentlichen Jahresbericht Rechenschaft über seine Tätigkeit ab. Er listet darin im Detail auf, wohin die Förderungsbeiträge geflossen sind und stellt gleichzeitig den Kontext zu den gesamten Finanzmitteln her, die der Staat im Bereich Kultur aufgewendet hat. Der Bericht leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz in der staatlichen Kulturförderung.

Theater am Kirchplatz
Der neue Vertrag zwischen der Regierung und der Genossenschaft TaK wurde anlässlich der Regierungssitzung vom 12. September genehmigt und gewährt mit Inkrafttreten per 1. Januar 2007 eine lückenlose Weiterführung des Zusammenwirkens der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Genossenschaft Theater am Kirchplatz. Der neue Vertrag ist Grundlage für die Ausrichtung des jährlichen Beitrages des Landes Liechtenstein an die Genossenschaft Theater am Kirchplatz. Er regelt die Leistungen der beiden Partner, die Modalität der Auszahlung und die Rechenschaftslegung über die Verwendung der Landesmittel.

Europa-Tag des Denkmals
Der 14. Europäische Tag des Denkmals im Fürstentum Liechtenstein, welcher am 16. September durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eröffnet wurde, stand im Zeichen des «Neuen Wohnens im Baudenkmal». Das zur Besichtigung zugängliche Denkmalschutzobjekt «Brendlehaus» in Schellenberg wurde unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten instand gestellt und architektonisch weiterentwickelt. Um- und ausgebaut bot es am Denkmaltag erstmals Einblicke in die spezifischen Anforderungen und die besonderen Qualitäten des heutigen Lebens in historischer Bausubstanz. Rund 600 interessierte Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich die neuen Wohnungen anzusehen.

Konferenzen/Treffen

Gesprächsrunden Kultur
Regierungsrätin Rita Kieber-Beck lud die Vertreterinnen und Vertreter der Kulturinstitutionen des Landes am 23. Januar sowie am 8. November des Berichtsjahres jeweils zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Die Arbeitstreffen, welche seit einigen Jahren unter dem Titel «Gesprächsrunde Kultur» stattfinden sind wichtige Grundlagen der Zusammenarbeit. Die gegenseitigen Informationen ermöglichen ein koordiniertes Vorgehen und einen direkten Informationsfluss, wodurch nützliche Querverbindungen und Synergieeffekte, aber auch Schwerpunktbildungen entstehen können.

Anerkennungspreis
Am 22. Februar 2006 hat die Regierung auf Antrag des Kulturbeirates Georg Malin zum 80. Geburtstag einen Anerkennungspreis für kulturelles Schaffen verliehen. Der Preis wurde dem Jubilar im Rahmen einer kleinen Feier überreicht. Kulturministerin Rita Kieber-Beck würdigte in ihrer Laudatio die grossen Verdienste des Jubilars.

Ortsbildkonferenz
Auf Einladung von Kulturministerin Rita Kieber-Beck trafen sich am 27. April im Auditorium der Hochschule Liechtenstein Fachleute aus der Verwaltung, Experten aus der angrenzenden Schweiz sowie frei schaffende Architekten und Ingenieure zu einem Erfahrungsaustausch.

Besuche
Anlässlich der Südosteuropareise von Regierungsrätin Kieber-Beck im Mai wurde im Rahmen eines Arbeitsgespräches mit dem kroatischen Kulturminister Bozo Biskupic die Möglichkeit eines gemeinsamen kulturaussenpolitischen Projekts thematisiert.

Am 15. Mai stattete der Kultusminister des Freistaates Thüringen, Herr Jens Goebel, Regierungsrätin Kieber-Beck einen Besuch ab.

Frau Gitta Connemann, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende der Enquete-Kommission «Kultur in Deutschland» traf sich im Rahmen Ihres Besuches in Liechtenstein am 14. September auch mit der Ressortinhaberin zu Gesprächen.

AMTSSTELLE

Landesarchiv

Amtsleiter: Paul Vogt

Eine wichtige Aufgabe war der Umzug in die Räumlichkeiten an der Messinastrasse 5 in Triesen, wo das Landesarchiv bis zur Fertigstellung des Archivneubaus Ende 2009 provisorisch untergebracht sein wird. Daneben kam dem Projekt Archivneubau selber hohe Priorität zu. Ende September erfolgte der Spatenstich. Obwohl das Berichtsjahr somit als aussergewöhnliches Jahr bezeichnet werden muss, hielten sich die Kennzahlen betr. Erschliessung und Benutzung in etwa im gewohnten Rahmen. Die Zahlen bei der Mikroverfilmung gingen insgesamt etwas zurück, was einerseits auf personelle Umbesetzungen und andererseits auf krankheitsbedingte Ausfälle zurückzuführen ist. Der Schwerpunkt bei der Konservierung lag bei der Massenentsäuerung: Insgesamt wurden eineinhalb Tonnen Archivalien entsäuert.

Die wichtigsten Kenndaten im Mehrjahresvergleich

	2006	2005	2004
Anzahl bewilligte Stellen	6,5	6,5	8
Anzahl fix angestellte Personen	9	9	11
Gesamtbestände in Laufmetern	ca. 6600	ca. 6500	ca. 6300
Zuwachs in Laufmetern	248	239	
Anzahl der ablieferungspflichtigen Behörden (ohne Kommissionen, ohne Abteilungen in Ämtern)	81	79	81
Anzahl Amtsstellen, die abgeliefert haben	35	34	30
Anzahl der Zugänge insgesamt	412	500	469
Stand der Erschliessung (Datensätze insgesamt)	900 759	857 418	807 018
Neuerschliessung (Datensätze)	43 341	50 400	57 819
Zuwachs Handbibliothek (Einheiten)	93	115	144
Anzahl Benützer (ohne Landesverwaltung)	138	113	161
Anzahl Benützertage (ohne LLV)	244	220	335
Erteilte Ausnahmebewilligungen	7	8	3
Vorlage von Akten im Benutzerraum (ohne LLV)	968	838	1049
Ausleihen an Private (in der Regel Fotos)	486	402	490
Ausleihen innerhalb der Landesverwaltung	1008	1136	1243
Vorlage von Akten im Archiv für Landesverwaltung	125	157	196
Schriftliche Auskünfte	130	120	150
Erstellte 35-mm Mikrofilme	209	290	409
Aufnahmen 35-mm Filme	187 658	246 306	335 467
Erstellte 16-mm Mikrofilme	182	76	110
Aufnahmen 16 mm-Filme	232 259	169 945	242 000
Massenentsäuerung (in Kilogramm)	1531	1213	1146

Allgemeine Verwaltung
Das Schwergewicht der Aktivitäten lag beim Umzug der Bestände des Landesarchivs an die Messinastrasse 5 in Triesen. Da die Magazine am provisorischen Standort zu klein sind, musste rund ein Drittel des Archivguts in den Kulturgüterschutzräumen des Landesmuseums eingelagert werden. Zur Vorbereitung gehörte nicht nur die Planung der Arbeitseinsätze, der Termine und Abläufe, sondern vor allem auch eine detaillierte Bestandesaufnahme der vorhandenen Archivalien sowie das sorgfältige Abpacken und Beschriften aller noch nicht eingeschachtelten Unterlagen. Dank dieser sorgfältigen Vorbereitung verlief dann der eigentliche Umzug praktisch problemlos. Wichtig war, dass keine Archivalien beschädigt werden und keine verloren gingen. Dank dem detaillierten Bestandesverzeichnis konnte für alle Unterlagen ein Abgleich alter – neuer Standort gemacht werden. Der Transport selber beanspruchte insgesamt nur 60 Tage (verteilt auf mehrere Etappen von März bis September). Für externe Benutzer war das Archiv nur 10 Tage geschlossen. Gearbeitet wurde bewusst mit einem kleinen Team (in der Regel fünf oder sechs Personen, aufgeteilt in je eine Equipe am alten und am neuen Standort). Während der gesamten 60 Tage wurden drei bis vier Männer vom Tiefbauamt zur Verfügung gestellt. Sehr gut unterstützt wurden wir auch von Praktikanten und Studenten.

Personal
Im Berichtsjahr gingen zwei Personen in Pension. Von den total neun Angestellten arbeiteten fünf halbtags. Wie in den Vorjahren bot das Landesarchiv immer wieder Praktikanten (insgesamt 5) und Langzeitarbeitslosen (ebenfalls 5) Beschäftigungsmöglichkeiten. Damit die erforderliche Qualität gewährleistet werden kann, ist eine intensive Begleitung notwendig. Eine ausgebildete Archivarin, die bereits im Vorjahr mit der Aufarbeitung des Gemeindearchivs Planken begonnen hatte, setzte ihre Arbeit ab Oktober 2006 wieder fort. Sie hatte Gastrecht im Landesarchiv, wo sie die Infrastruktur mitbenutzen konnte. Drei Lehrlinge der Liechtensteinischen Landesbibliothek erhielten die Möglichkeit zu einer mehrwöchigen Ausbildung im Archiv.

Insgesamt fanden sechs Teamsitzungen statt, an denen archivinterne Probleme und Arbeitsabläufe besprochen wurden. Im September fanden die Personalbeurteilungsgespräche statt. Von den guten Weiterbildungsmöglichkeiten in der Landesverwaltung wurde unterschiedlicher Gebrauch gemacht. Der Weiterbildung des gesamten Personals diente auch eine Führung durch den Neubau des Staatsarchivs Zürich. Bei einem Besuch des fürstlichen Hausarchivs auf Schloss Vaduz konnten die Mitarbeitenden dieses Archiv kennenlernen, das die meisten vorher noch nie gesehen hatten.

Gebäude und Archivneubau
Die Arbeitsmöglichkeiten am neuen Standort sind – besonders im Vergleich zu den beengten Verhältnissen am alten Standort – sehr grosszügig. Die Magazine sind zu klein, so dass die Bestände auf zwei Standorte aufgeteilt werden mussten. Die Klimaverhältnisse sind nicht ganz optimal, aber für einen beschränkten Zeitraum akzeptabel.

Die Planung für den Neubau kam gut voran. Grosses Gewicht wurde dem Thema natürliche Klimatisierung beigemessen. Die Hoffnung, dass ein funktional optimales und ästhetisch ansprechendes Archivgebäude, das zudem noch den Minergie-P-Standard erfüllt, entstehen wird, ist gross. Die Zusammenarbeit mit dem Architektenteam ist hervorragend. Gemäss Kostenschätzung kann der Verpflichtungskredit problemlos eingehalten werden. Am 28. September 2006 erfolgte der Spatenstich, Anfang Oktober 2006 wurde mit dem Bau der Hangbefestigungsmauer begonnen. Der Wettbewerb Kunst am Bau wurde bereits abgeschlossen. Drei Projekte wurden zur Weiterbearbeitung und Realisierung empfohlen. Der Bau stösst auch im Ausland auf Interesse. So konnte der Staatsarchivar das Projekt an der Jahresversammlung der Vereinigung Schweizerischer Archivare und am Deutschen Bundesarchiv in Berlin einem Expertenkreis präsentieren.

Öffentlichkeitsarbeit
Einer der Kernsätze im Leitbild des Landesarchivs ist, dass es gute Dienstleistungen bietet und sich als kundenfreundlicher Partner profilieren will. Für die Kommunikation nach aussen ist die Homepage von zentraler Bedeutung. Auf der Homepage werden auch aktuelle Meldungen aus dem Landesarchiv veröffentlicht. Der grösste Teil der ca. 130 Anfragen erreichte uns als E-Mails. Aus grundsätzlichen sicherheitstechnischen Überlegungen ist es leider nach wie vor nicht möglich, dass Recherchen direkt auf unserer produktiven Datenbank via Internet durchgeführt werden können. Ein teilweiser Ersatz sind die herkömmlichen Findbücher die auch im Internet angeboten werden. Neu zugänglich via Internet sind eine historische Rechtsquellenedition (Texte der Rechtstexte, die nicht im Landesgesetzblatt erschienen sind) und die Regesten von Teil I des Liechtensteinischen Urkundenbuchs.

Insgesamt wurden drei Archivführungen durchgeführt. Für eine Klasse der Kantonsschule Chur und eine Gruppe von Studenten der Universität Bern wurden einführende Vorträge in die Landesgeschichte gehalten. Der Staatsarchivar hielt im Rahmen der Matinee der Gemeindebibliothek Balzers einen Vortrag zur Aufnahme Liechtensteins in den Rheinbund. Erwähnt werden soll auch ein Handschriftenlesekurs, den der stellvertretende Archivleiter für Mitarbeitende der Landesverwaltung anbot und durchführte.

Forschungs- und Publikationstätigkeit
Die Forschungs- und Publikationstätigkeit hielt sich im üblichen Rahmen. Die beiden wissenschaftlichen Archivare verfassten und kontrollierten für das Historische Lexikon mehrere Artikel. Mit erheblichem Stolz erfüllte

uns die Präsentation der sog. «Seli-Chronik» der Gemeinde Triesen, die unsere Mitarbeiterin Olga Anrig in ihrer Freizeit transkribiert hatte. Die Chronik wurde vom Staatsarchivar kommentiert und von der Gemeinde Triesen herausgegeben. Für einen im Frühjahr 2007 erscheinenden Band über Archivbauten in der Schweiz wurde ein Beitrag über den Neubau des Liechtensteinischen Landesarchivs verfasst. Das Projekt zur Edition historischer Rechtsquellen im Internet lief im abgelaufenen Jahr auf Sparflamme, immerhin waren Ende Jahr ca. 70 Rechtstexte im Internet.

Der Bearbeiter des Liechtensteinischen Urkundenbuchs geniesst seit vielen Jahren Gastrecht im Landesarchiv. Im Berichtsjahr setzte er den Schwerpunkt auf die Präsentation im Internet. Seit Spätherbst 2006 können Interessierte Bilder der Urkunden aus der Zeit 1417 bis 1510 und die vorliegenden Ergebnisse der Editionsarbeiten herunterladen.

EDV

Bei der Archivsoftware erfolgte im Berichtsjahr die Anschaffung des Moduls Übernahmen und die Migration auf die neuste Version 4.2. Das Query-Modul steht nach wie vor nur Archivbenützenden im Leseraum zur Verfügung. Die Handbibliothek wird im Bibliothekssystem der Landesbibliothek erfasst, die ebenfalls auf eine neue Version migriert wurde. Die Archivmitarbeitenden wurden in die neuen Programm-Versionen eingeschult.

Wie in den Vorjahren muss auf das Problem der Archivierung elektronischer Daten hingewiesen werden. Dies ist die grösste Sorge der Archive im Hinblick auf die langfristige Sicherung wertvoller Informationen. Auch in der Landesverwaltung gibt es einen ganz erheblichen Teil von Unterlagen, die nur noch in elektronischer Form vorhanden sind. Konzepte für die elektronische Langzeitarchivierung fehlen ebenso wie die technischen Voraussetzungen, damit relevante Metadaten zu Geschäftsprozessen, die für die Archivierung notwendig sind, aufgezeichnet werden können.

Archivische Zusammenarbeit, internationale Kontakte

Das Landesarchiv pflegt seit Jahren die Zusammenarbeit vor allem mit den Schweizer KollegInnen und ist deshalb gut vernetzt. Der Staatsarchivar vertrat das Landesarchiv in der Schweizerischen Archivdirektorenkonferenz, in der Koordinationsstelle zur Archivierung elektronischer Daten (Kost), im Bildungsausschuss der Vereinigung Schweizerischer Archivare sowie in der Arbeitsgruppe Normen und Standards des VSA. Der Amtsleiterstellvertreter ist Vorstandsmitglied des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, der Internationalen Rheinberger-Gesellschaft, der Rheticus-Gesellschaft und des Vorarlberger Wirtschaftsarchivs. Weiter arbeitete er in der Arbeitsgruppe der ScopeArchiv UserGroup «Erschliessung» und in der Arbeitsgruppe «Mikroformen» des VSA mit. Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit pflegte er Kontakte zu den Archiven in Vorarlberg.

Archivbenutzung

Die Archivbenutzung bewegte sich in etwa im Rahmen der Vorjahre. Der Umzug an die Messinastrasse bewirkte vor allem bei den Benutzenden aus der Landesverwaltung einen deutlichen Einbruch. Im Berichtsjahr wurden sieben Anträge auf Ausnahmebewilligungen zur Verkürzung der Sperrfrist gestellt, von denen drei nach Beratungsgesprächen zurückgezogen wurden oder formell abgewiesen wurden.

Es gab keine Forschenden, die über einen längeren Zeitraum regelmässig das Archiv benutzten. Die wichtigsten Benutzergruppen kamen im Auftrag des Historischen Lexikons oder des Liechtenstein-Instituts. Im Rahmen der 200-Jahrfeierlichkeiten wurden im TaKino und im Kunstmuseum auch Liechtenstein-Filme aus dem Landesarchiv gezeigt. Auch das Skimuseum griff für eine Filmproduktion über die Entwicklung des Skisports auf historische Filme im Landesarchiv zurück.

Vorarchivische Betreuung

Die Beratung der Registraturen bei den Ämtern ist eine wichtige Archivaufgabe. Dieser Aufgabe konnte im Berichtsjahr wegen des Umzugs nicht mit der wünschbaren Intensität nachgegangen werden. Insgesamt wurden drei Amtsstellen beraten.

Aktenablieferungen, Schenkungen und Ankäufe

Die Zahl und der Umfang der Ablieferungen war mit 412 (500) tiefer als in den Vorjahren, der Zuwachs mit 248 (239) Laufmetern lag im Durchschnitt, obwohl vom Frühjahr bis Herbst wegen des Umzugs nach Möglichkeit alle Ablieferungen zurückgestellt wurden. Grössere Ablieferungen (d.h. mehr als 5 Laufmeter) kamen von folgenden Amtsstellen: Amt für Briefmarkengestaltung, Amt für Volkswirtschaft, Ausländer- und Passamt, Ingenieurbüro Frommelt (Tiefbauamt), Landespolizei, Landgericht, Regierung. Kleine und mittlere Mengen lieferten ab: Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Amt für Gesundheitsdienste, Amt für Personal und Organisation, Amt für Umweltschutz, Amt für Wald, Natur und Landschaft, Amt für Wohnungswesen, Didaktische Medienstelle, Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt, Hochbauamt (Abt. Denkmalpflege und Baurecht), Landesarchiv, Landtag, Oberschule Eschen, Postwertzeichenstelle, Presse- und Informationsamt, Realschule Balzers, Realschule Eschen, Regierungskanzlei, Schulamt, Staatsanwaltschaft, Stabsstelle EWR, Stabsstelle für Chancengleichheit, Stabsstelle Protokoll, Steuerverwaltung, Tiefbauamt, Vermittleramt Vaduz, Verwaltungsgerichtshof. Von den Gemeinden und Landesinstituten wurden die Jahresberichte archiviert.

Die wertvollsten Zuwächse im nichtstaatlichen Bereich waren das Archiv des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, die Unterlagen des Frauenprojekts in Liechtenstein (Veronika Marxer, Schaan) sowie ein weiterer Bestand der Pfadfinder. Kleinere Zuwendungen kamen von: Peter Amann, Dr. Alois Büchel,

Ivo Bürkli, Eduard von Falz-Fein, Flüchtlingshilfe Liechtenstein, Claudius Gurt, Internationale Regierungskommission Alpenrhein, Norbert Jansen, Nationales Liechtensteinisches Komitee für das Europäische Jahr des Films, Liechtensteinisches Rotes Kreuz, Dr. Georg Malin, Egon Oehri, Operette Balzers, Herbert Reich, Royalis Auktionen, Klaus Schädler, Meinrad Suter, Theater am Kirchplatz, VCL, Westdeutscher Rundfunk. Es wurden insgesamt 14 antiquarische Ankäufe getätigt.

Archivalienerschliessung, Aktenrevision, Aktenbewertung

Die Bestände sind insgesamt betrachtet gut erschlossen, die meisten archivierten Unterlagen bis auf die Stufe Dossier. Im Berichtsjahr wurden etwa 43 000 Metadatensätze in der Datenbank neu erfasst. Die Neuzugänge wurden prioritär bearbeitet, doch musste die Bearbeitung einiger Ablieferungen wegen des Umzugs zurückgestellt werden. Bei der Erschliessung der Altbestände lagen die Schwerpunkte bei den Gerichtsakten (Zivilsachen 1808-1825, Fürstliches Appellationsgericht Wien 1864-1922, Zivilsachen 1901-1933) sowie den Akten der Botschaft in Bern (1944-1992) und der Landespolizei (1979-1992). Im Bereich der nicht-staatlichen Bestände beendete Leo Büchel, Schellenberg, die Arbeit am Bestand der Pfadfinder, der sich als Depot im Landesarchiv befindet.

Im Bereich Aktenrevision wurden verschiedene Bestände für die Mikroverfilmung vorbereitet, so die Regierungsakten der Jahre 1942-1943 und die Abhandlungsakten 1926-1952.

Archivaliensicherung, Restaurationen

Die Strategie zur Bestandeserhaltung setzt in erster Linie auf die Schadensvermeidung (optimale Lagerbedingungen), dann auf die Massenkonservierung (Papierentsäuerung) und drittens auf die Restauration besonders wertvoller Einzeldokumente. Im Berichtsjahr wurde eine Reihe von Handschriften (AV 3/20-AV 40, AS 33/1 – AS 44) entsäuert. Restauriert wurden Notendrucke aus dem Rheinberger-Archiv und Dokumente aus dem Bestand Oberamtsakten bis 1808.

Mikrofilm

Die Zahlen der Mikrofilmstelle sind tiefer als in den Vorjahren, da einerseits für die Verfilmung weniger Personal zur Verfügung stand und andererseits beide Mitarbeiter gesundheitsbedingt längere Zeit ausfielen. Nichtsdestotrotz ist die Zahl der Mikrofilmaufnahmen im Vergleich zu anderen Archiven beachtlich. Von der Mikrofilmzentrale im Regierungsgebäude wurden die Regierungsakten aus den Jahren 1942-1943, die Landeszeitungen 2005 (farbig), die Plansammlung (farbig) und die Belege der Landeskasse und der Motorfahrzeugkontrolle verfilmt. Von der Mikrofilmstelle an der Messinastrasse wurden die Pfarrarchive Triesen und Bendern sowie Polizeiakten der Jahre 1969-1981 verfilmt. Von der Firma Microsafe wurden die Abhandlungsakten 1912-1950 und die Baubewilligungen 2001 verfilmt. Wiederum wurde eine grössere Serie von sog. Printmastern (Erstkopien) erstellt, die zum Erstellen weiterer Kopien und zum Scannen verwendet werden. Die Originalfilme kommen unter Verschluss und werden nicht mehr verwendet.

Sondersammlungen

Die 93 (115) Neuzugänge in der Handbibliothek wurden bearbeitet. In der Abteilung Amtsdruckschriften wurden die liechtensteinischen Neuerscheinungen laufend angefordert und bearbeitet.

In der Bild-, Film- und Tonsammlung wurden die Neuzugänge grösstenteils erfasst. Die Entwicklung zur digitalen Fotografie stellt für das Archiv eine Herausforderung dar, da die langfristige Sicherung digitaler Dokumente nicht gelöst ist. Neue analoge Aufnahmen werden mittlerweile kaum mehr gemacht. Mit der Aufarbeitung der Fotosammlung Walter Wachter wurde begonnen. Von der Didaktischen Medienstelle wurden die alten Schulfilme übernommen. Weitere Aufzeichnungen von Landtagssitzungen wurden auf DVDs umkopiert. Da es in Liechtenstein keine Fernsehanstalten gibt, die Filmaufnahmen von wichtigen Ereignissen oder auch von Strukturveränderungen produzieren, wurde von der Regierung eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Staatsarchivars geschaffen, die ein Konzept für eine filmische Dokumentation für Liechtenstein ausarbeiten soll. Der Landtag hat im November einen Kredit für diesen Zweck bewilligt, so dass ab 2007 mit einer Filmdokumentation zu Liechtenstein gerechnet werden kann.

Im Pressearchiv wurden wichtige Presseausschnitte aus der internationalen Presse und den Landeszeitungen archiviert. Die Presseausschnitte werden täglich aufgearbeitet.

Bei der Sammlung «Regesten zur liechtensteinischen Geschichte in Vorarlberger Archiven» kam es nur zu einem geringen Zuwachs.

Gemeinde- und Pfarrarchive

Der Gemeindearchivtag 2006 fand am 12. Dezember in Planken statt. Im Zentrum der Tagung stand ein Vortrag von Stadtarchivar Werner Matt (Dornbirn) über das Fotoarchiv der Stadt Dornbirn. Antje Mai berichtete über die Erschliessung des Gemeindearchivs Planken. Im Anschluss an das Treffen lud die Gemeinde Planken zu einem Imbiss ein.

Antje Mai bearbeitete wiederum den Altbestand des Gemeindearchivs Planken, wobei sie Gastrecht im Landesarchiv genoss. Die Gemeinde Vaduz wurde in Bezug auf die Pflege des Gemeindearchivs beraten.

Josef G. Rheinberger Archiv

Die Förderung der Rheinberger-Forschung ist seit 2003 Aufgabe der Internationalen Rheinberger-Gesellschaft, in deren Vorstand das Landesarchiv vertreten ist. In der

Sammlung selber war nur ein geringer Zuwachs zu verzeichnen (alte Notendrucke und CDs). Einige alte Notendrucke wurden restauriert. Im Rahmen der Josef-Rheinberger-Gesamtausgabe erschienen sechs weitere Bände: Bd. 9 Oratorien und Kantaten, Bd. 11 Die sieben Raben (Dramatische Musik), Bd. 18 Vokalmusik (2 Bde.), Bd. 25 Kleinere Orchesterwerke und Bd. 26 Orchestermusik, Kleinere Orchesterwerke. Weiter erschienen fünf Einzelausgaben mit Werken Rheinbergers.

Zusammenarbeit mit der Stiftung Dokumentation Kunst in Liechtenstein

Durch Vertrag vom 20.12.2005 war eine Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Kunst in Liechtenstein (DKL) und dem Landesarchiv vereinbart worden. Nach dem Umzug an die Messinastrasse sah sich das Landesarchiv ab November in der Lage, der DKL wie vereinbart die Infrastruktur für ihre Sammeltätigkeit zu bieten. Die aus der Dokumentationsstelle Kunst in Liechtenstein hervorgegangene Stiftung verfügt über eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten zur Gegenwartskunst in Liechtenstein. Der Beginn der Sammlung basiert auf einer Idee des Tangente-Vereins in Eschen und reicht zurück in das Jahr 1988. Im Oktober 2005 konnte dieses Sammlungsprojekt als gemeinnützige Stiftung mit Karl Gassner als Präsident institutionalisiert werden. Durch die Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv werden in den archivischen Kernbereichen Erschliessung, Aufbewahrung und Benutzung viele Synergien genutzt. Die Dokumentation des liechtensteinischen Kunst- und Kulturgeschehens findet damit eine dauerhafte Absicherung.

STABSSTELLE

Stabsstelle für Kulturfragen

Stabsstellenleiter: Thomas Büchel

Die Stabsstelle für Kulturfragen hat die Aufgabe, das Ressort Kultur bei der Wahrnehmung des kulturellen Auftrages gemäss den Gesetzen im Bereich der Kunst und Kultur zu unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Unterstützung des Kulturbeirates der Regierung, indem sie die Aufgaben einer Geschäftsstelle wahrnimmt. Zusätzlich ist die Stabsstelle für die Durchführung verschiedener kultureller Projekte verantwortlich.

Tätigkeit

Arbeit für das Ressort Kultur

Die Stabsstelle für Kulturfragen erledigt ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Ressort Kultur. Gemäss Auftrag durch die Ressortinhaberin gehört die Mitarbeit bei verschiedensten kulturellen Angelegenheiten zum Arbeitsgebiet. Die Stabsstelle wurde mit der Vorbereitung und je nach Inhalt auch mit der Erledigung von entsprechenden Geschäften beauftragt.

Im Mittelpunkt der Arbeit stand die Überarbeitung des Kulturförderungsgesetzes. War die Kulturförderung bislang in verschiedenen Gesetzen verankert, so soll in Zukunft der Bereich der Förderung privater kultureller Tätigkeit in einem Gesetz zusammengefasst werden. Auch die Organisation soll vereinfacht und das Fördergremium mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden.

Im internationalen Leihverkehr zwischen den Museen spielt die Gewährung einer Rückgabegarantie in den letzten Jahren eine zunehmend wichtige Rolle. Die Stabsstelle für Kulturfragen wurde von der Regierung beauftragt, unter Einbezug externer Experten, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für Liechtenstein vorzubereiten.

Seit der Schaffung im Jahre 1999 hat der Arbeitsumfang der Stabstelle ständig zugenommen. Der Leiter hat zudem als Vertreter in zahlreichen Arbeitsgruppen und internationalen Gremien Einsitz zu nehmen.

Geschäftsstelle für den Kulturbeirat

Der Kulturbeirat ist eine Kommission der Regierung. Sie berät die Regierung in kulturellen Fragen, insbesondere im Bereich der Kulturförderung. Gemäss Kulturförderungsgesetz werden die Förderbeiträge im Bereich Kultur von der Regierung auf Antrag des Kulturbeirats beschlossen. Die Stabsstelle für Kulturfragen nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle für dieses Gremium und damit auch der Stiftung Pro Liechtenstein wahr. Die Fülle der eingegangenen Fördergesuche machte im Berichtsjahr zwölf Kulturbeiratssitzungen und die Vorbereitung von rund 90 Ressortanträgen notwendig. Die Stabsstelle war für die Vor- und Nachbereitung dieser zwölf Sitzungen mitverantwortlich. Zudem wurden von der Stabsstelle auch die Protokollführung, Korrespondenz sowie Akten- und Rechnungsführung für den Kulturbeirat und für die Stiftung Pro Liechtenstein erledigt.

Projekte mit Beteiligung der Stabsstelle für Kulturfragen

Atelier Berlin

Nach langer Vorarbeit konnte am 1. September 2006 das Wohnateliers für Liechtensteiner Kunstschaffende in Berlin eröffnet und die Räumlichkeiten ihren Zweckbestimmungen übergeben werden. Das Wohnatelier des Fürstentums Liechtenstein ist im 2. Obergeschoss des Kunst- und Kulturhauses La Fabrik untergebracht. Bei La Fabrik handelt es sich um ein ehemaliges Industriegebäude, das ab dem Jahre 2002 saniert wurde. In dieser Zeit nahm auch das Projekt La Fabrik als Haus für Kunst, Kultur, Begegnung und Wirtschaft Form an. Die Mieteinheiten sind einfach aber zweckmässig und eignen sich hervorragend als Arbeits- und Wohnort. Ein besonderer Vorteil liegt darin, dass die Einheiten nicht an

einzelne Kunstsparten gebunden sind. Egal ob Bildende Kunst, Theater, Tanz, Musik, Literatur - die Räumlichkeiten eignen sich grundsätzlich für alle Kunstschaffenden. Dies war mit ein Grund für die Eröffnung eines Liechtensteiner Ateliers an diesem Ort, denn die Kulturförderung soll bewusst möglichst breit angelegt sein.

Das Atelier Berlin ist ein Förderprojekt des Kulturbeirats der Regierung. Mit der Organisation, Einrichtung und Betreuung des Ateliers wurde die Stabsstelle für Kulturfragen beauftragt.

Ausstellung Prag
Im August 2002 überraschte eines der schlimmsten Hochwasser der letzten Jahre Teile von Österreich, Deutschland, der Tschechischen und der Slowakischen Republik. In den Depots des Tschechischen Nationalmuseums in Theresienstadt wurden an die 20000 Bücher, vor allem aus den Beständen der Schlossbibliotheken, beschädigt. Die Regierung entschied deshalb, CHF 150 000 für die Restaurierung von wertvollen Büchern und Drucken des Nationalmuseums in Theresienstadt zur Verfügung zu stellen. Dank der finanziellen Hilfe des Fürstentums Liechtenstein konnte das Nationalmuseum die wertvollsten Bände restaurieren und die Lagerräume instand setzen. Wichtiges Kulturgut konnte so vor dem drohenden Verlust bewahrt werden. Anlässlich einer Sonderausstellung zeigt das Nationalmuseum in Prag nun Bücher, die vom Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen wurden, und gab einen Einblick in die verschiedenen Stadien der Restaurierung. Die Ausstellung sollte gleichzeitig eine Danksagung an das Fürstentum Liechtenstein sein. Daher wurde sie mit Bild- und Texttafeln zu Liechtenstein ergänzt. Informiert wurde über das Fürstenhaus, Land und Leute sowie Geschichte und Gegenwart. Die Stabsstelle für Kulturfragen wurde mit der Koordination der Ausstellungsvorbereitung beauftragt.

Kunstraum Engländerbau
Der Ausstellungsbetrieb im Kunstraum im zweiten Obergeschoss des Engländerbaus im Vaduzer Städtle konnte auch im letzten Jahr der Projektphase erfolgreich gestaltet werden. Fünf Ausstellungen, begleitet von fünf Vernissagen und 22 Rahmenveranstaltungen wurden von gut 4800 Kunstinteressierten besucht.

Die Stabsstelle für Kulturfragen erarbeitete im Auftrag und in Absprache mit der Betriebskommission ein Konzept für die Weiterführung des Kunstraums. Das Konzept konnte Anfang Dezember 2006 der Regierung vorgelegt werden.

Sammlung Kulturbeirat
Der Kulturbeirat kauft seit 1965 Werke von Kunstschaffenden im Fürstentum Liechtenstein an. Die Ankäufe werden durch Mittel der Stiftung Pro Liechtenstein finanziert. Alle angekauften Kunstwerke bleiben im Eigentum der Stiftung Pro Liechtenstein, werden aber der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, indem sie in den Büroräumlichkeiten der Landesverwaltung ausgestellt werden können. Mit der Ausstellung «Aus dem Depot des Kulturbeirats» im Sommer 2006 im Kunstraum Engländerbau konnten die angekauften Werke dem interessierten Publikum gezeigt werden.

Sammlungszugänge sowie die Ausleihe werden von der Stabsstelle für Kulturfragen betreut und elektronisch erfasst.

Arbeitsgruppen und Kommissionen

Der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen arbeitete auch im Berichtsjahr in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen mit. Die wichtigsten Arbeitsgebiete und Ergebnisse sind im Folgenden kurz dargestellt:

Kulturförderungsgesetz
Zur Neuorganisation der Kulturförderung wurde eine Arbeitsgruppe bestellt. Diese wurde mit der Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage beauftragt, welche die Überführung der Arbeit des Kulturbeirates in eine geeignete schlanke Organisationsform ermöglicht, welche den Zielsetzungen der Effizient und Transparenz gerecht wird, sowie die Abläufe vereinfachen soll. Der Vernehmlassungsbericht zur Totalrevision wurde von der Regierung anlässlich der Sitzung vom 4. Juli 2006 verabschiedet.

Immunitätserklärungen
Die Regierung hat eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen für die Gewährung von Rückgabegarantien/Immunitätserklärungen bestellt. Das daraus resultierende Immunitätsgesetz soll Voraussetzungen und Verfahren der rechtsverbindlichen Erklärung der vorübergehenden sachlichen Immunität von Kulturgut klären, das vorübergehend vom Ausland nach Liechtenstein zu Ausstellungszwecken verbracht werden soll.

200 Jahre Souveränität
Im Verpflichtungskredit für die Feierlichkeiten zu 200 Jahre Souveränität waren auch finanzielle Mittel für das themenbezogene kulturelle Schaffen im Jubiläumsjahr vorgesehen. Das OK «200 Jahre Souveränität» bat den Kulturbeirat um die Umsetzung dieses Programmteils. Eine Arbeitsgruppe, welcher auch die Stabsstelle für Kulturfragen angehörte, koordinierte in der Folge die Projekte mit den Kunstschaffenden und Organisationen. So wurde es möglich, die Anlässe von neun Projektpartnern zu lancieren und finanziell zu unterstützen.

Die Stabsstelle für Kulturfragen war darüber hinaus mit der Betreuung des Projektes «Kunstkiste» beauftragt. Daraus entstanden zwei interessante Anlässe in Zusammenarbeit mit den Liechtensteinischen Botschaften in Bern und in Washington.

Liechtensteinische Botschaft Bern
«Kunst aus Liechtenstein» lautete der Titel der Ausstellung in der Residenz der Botschaft des Fürstentums

Liechtenstein in Bern. Zehn Künstlerinnen und Künstler boten Einblicke in das liechtensteinische Kunstschaffen. Mit dieser Ausstellung wurden die guten Beziehungen mit der Schweiz dokumentiert. Über die Schweiz hinaus konnte die Ausstellung einer grossen Zahl von Schweizer Diplomatinnen und Diplomaten vorgestellt werden, die Liechtenstein in über 120 Ländern vertreten. Somit gingen die Eindrücke von «Kunst aus Liechtenstein» von Bern aus in die weitere Welt. Ein kleiner Katalog wird weiterhin an diese Ausstellung erinnern.

Liechtensteinische Botschaft Washington
Mit zwei Auftritten brachte der Liechtensteiner Pianist und Komponist Jürg Hanselmann die Souveränitätsbotschaft nach Washington. In Zusammenarbeit mit Botschafterin Claudia Fritsche fanden zwei Konzerte statt, am 20. November im Meridian International Center und am 21. November im John F. Kennedy Center for the Performing Arts. Auf dem Programm standen Werke von Ludwig van Beethoven, Josef Gabriel Rheinberger, Jürg Hanselmann, Alexander Scriabin und Franz Liszt.

Mit den Veranstaltungen in Bern und Washington hat die Kunst den Gedanken der Souveränität in die liechtensteinischen Botschaften getragen und somit Brücken zur Welt geschlagen.

Der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen arbeitete zudem in einer Kommission der Gemeinde Vaduz mit, welche den Auftrag hatte, das Umzugsbild «Josef Gabriel Rheinberger» für den grossen Festumzug vorzubereiten.

Aktuelles liechtensteinisches Kunstschaffen im zweiten Obergeschoss des Engländerbaus
Der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen ist Mitglied der Betriebskommission des Engländerbaus und die Stabsstelle für Kulturfragen ist Kontrollstelle für die finanziellen Angelegenheiten der Geschäftsführung des Engländerbaus. Im Berichtsjahr konnten die fünf geplanten Ausstellungen erfolgreich durchgeführt werden.

Frankfurter Buchmesse
Die Arbeitsgruppe «Frankfurter Buchmesse» begleitete auch im Berichtsjahr die Teilnahme Liechtensteins mit einem eigenen Länderstand an der Frankfurter Buchmesse. Das Konzept «Lesezeichen Liechtenstein» war einmal mehr erfolgreich. Die ausgestellten Bücher und Filme wurden zudem wiederum anlässlich einer Sonderausstellung in der Liechtensteinischen Landesbibliothek gezeigt.

Burg Gutenberg
Eine Arbeitsgruppe erhielt im September 2003 von der Regierung den Auftrag, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, welche Ziele, Chancen und Möglichkeiten bezüglich einer umfassenden und im öffentlichen Interesse liegenden Nutzung der Burg Gutenberg in Balzers bestehen. Im Berichtsjahr konnte die Studie zur Erschliessung der Burganlage zur Kenntnis genommen werden. Eine Machbarkeitsstudie betreffend die Renovation und den Ausbau der Burg wurde der Regierung unterbreitet. Erste Schritte zur Vorbereitung und Umsetzung der Entwicklungsstufen 1 und 2 wurden von der Regierung in Auftrag gegeben.

Aufsichtsrat Theater am Kirchplatz (TAK)
Aufgrund der besonderen Bedeutung des Theaters am Kirchplatz war das Land Liechtenstein immer wieder bereit, die Arbeit mit verschiedenen Verpflichtungskrediten zu unterstützen und die Existenz des Theaters zu sichern. Im Berichtsjahr wurde zwischen Regierung und Theater am Kirchplatz ein neuer Vertrag ausgehandelt, welcher das Zusammenwirken ab dem 1. Januar 2007 regelt. Im Hinblick auf diese Neuregelung wurde vom TAK ein neuer Businessplan erarbeitet. Der Zielsetzung, die Überschuldung des Theaters abzubauen, kam man mit dem Ergebnis der Spielzeit 2005/06 einen grossen Schritt näher. Nach dem Ausscheiden des bisherigen Intendanten musste die Stelle neu besetzt werden. Zukünftig wird Barbara Ellenberger für die künstlerische Leitung des TAKs verantwortlich sein.

Gender Mainstreaming
Der Lenkungsausschuss wurde von der Regierung beauftragt, die Bereiche Politik, Bildung, Soziales, Wirtschaft und Kultur zu überprüfen und eine Auswahl an Umsetzungen vorzuschlagen. Liechtenstein beteiligte sich am Interreg Projekt «Ländergender – Umsetzung von Gender Mainstreaming in den Verwaltungen von Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg». Im Rahmen dieses Projekt erarbeiteten Vertreterinnen und Vertreter des Schulamtes, des Amtes für Volkswirtschaft, der Stabstelle Finanzen, der Stabsstelle für Landesplanung sowie der Stabsstelle für Kulturfragen für ihre Amts- bzw. Stabsstellen Genderprojekte.

Stiftung Image Liechtenstein
Die Verankerung der Dachmarke, das Kommunikationskonzept sowie die Bereitstellung von Informationsmaterial standen auch in diesem Jahr im Mittelpunkt der umfangreichen Arbeit. Die Stiftungsräte trafen sich zudem zu einem Workshop zur zukünftigen Ausrichtung.

Internationale Zusammenarbeit

Das EFTA-Komitee für kulturelle Angelegenheiten beschäftigte sich im Berichtsjahr hauptsächlich mit der Einführung des EU-Kulturförderungsprogramms «Kultur» (2007-2013) sowie mit der Teilnahme am EU-Projekt «Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs 2008».

Die Kommission Kultur der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen. Die Fördergaben wurden im Bereichreich «Lyrik» vergeben. Von Liechtensteiner Seite war es in diesem Jahr leider nicht möglich, Teilnehmer zu nominieren.

Die Organisation der Fördergaben 2007 im Bereich «Kinder- und Jugendtheater» wurde an das Fürstentum Liechtenstein vergeben. Verantwortlich für die Organisation und Durchführung ist die Stabsstelle für Kulturfragen.

Die Konferenz der Kulturbeauftragten für die Ostschweiz und das Fürstentum Liechtenstein (KBK-Ost) traf sich zu zwei Sitzungen, in welchen jeweils der gegenseitige Informationsaustausch im Vordergrund stand.

Die Arbeitsgruppe «Bevölkerung und Kultur» der Alpenkonvention konnte im Berichtsjahr die Arbeit an der Deklaration «Bevölkerung und Kultur» abschliessen. Die Deklaration wurde von den Umweltministerinnen und -ministern der Alpenstaaten anlässlich der 9. Alpenkonferenz am 9. November 2006 verabschiedet.

KOMMISSIONEN

Kulturbeirat / Stiftung Pro Liechtenstein

Präsident: Dipl. Ing. Josef Braun

Im Berichtsjahr hat der Kulturbeirat in insgesamt zwölf Sitzungen zahlreiche Gesuche um Projektbeiträge, Jahresbeiträge und Subventionen behandelt. Die Mitglieder des Kulturbeirates engagierten sich weiters in Arbeitsgruppen, bei Vorabklärungen von Anträgen und besuchten diverse kulturelle Veranstaltungen. Insgesamt wurden rund 90 Ressortanträge mit Empfehlungen an die Regierung erstellt. Der Kulturbeirat wurde in seiner Arbeit von der Stabsstelle für Kulturfragen unterstützt, welche seit ihrem Bestehen u.a. die Aufgaben einer Geschäftsstelle für den Kulturbeirat wahrnimmt.

Das Mandat des Kulturbeirats endete im März 2006. Mit Beschluss der Regierung wurde das Mandat verlängert, bis die Neuorganisation im Bereich der Kulturförderung mit neuem Gesetz geregelt ist.

Tätigkeit

Grundsätzliche Arbeiten und Projekte

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet von einer hohen Anzahl von Beitragsgesuchen, welche an den Kulturbeirat gestellt wurden. Insgesamt traf sich der Kulturbeirat zu zwölf ordentlichen Sitzungen und behandelte jeweils rund 30 Geschäfte. Die Bearbeitung der Geschäfte und deren Vor- und Nachbereitung waren mit entsprechend hohem Zeitaufwand verbunden. Dabei wurde den persönlichen Beratungsgesprächen viel Aufmerksamkeit gewidmet. Zahlreiche Gesuchsteller wurden zur Präsentation ihrer Projekte in die Sitzungen eingeladen.

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt wurde der Präsentation des liechtensteinischen Kunst- und Kulturschaffens im Ausland gewidmet. Daraus resultierten verschiedene Projekte. Ende Jahr konnte ein Konzept zum liechtensteinischen Kunstschaffen im Ausland verabschiedet werden, dessen Umsetzung mit einer Ausstellung im Goethe-Institut in Washington im Februar 2007 seinen Auftakt nimmt. Für die Gewährung von Subventionen im Bereich «Ausbildung, Trachten, Uniformen und Instrumente» wurde eine Regelung mittels Leistungsvereinbarung realisiert. Die staatliche Förderung der Ludothek Fridolin konnte einer neuen Lösung zugeführt werden. In enger Zusammenarbeit mit dem Verein Liechtensteiner Gitarrenzirkel wurde die Weiterführung der Liechtensteiner Gitarrentage mit neuen Statuten, einem neuen Finanzierungskonzept sowie Vorstandswahlen geregelt. An der Zukunft des Skimuseums wurde gearbeitet.

Zur Neuorganisation der Kulturförderung wurde von der Regierung eine Arbeitsgruppe bestellt, in welcher der Kulturbeirat mit zwei Mitgliedern vertreten ist. Die Arbeitsgruppe wird mit der Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage beauftragt, welche die Überführung der Arbeit des Kulturbeirates in eine geeignete schlanke Organisationsform ermöglicht, welche den Zielsetzungen der Effizient und Transparenz gerecht wird, sowie die Abläufe vereinfachen soll.

Unter der Leitung des Präsidenten des Kulturbeirates befasste sich eine von der Regierung eingesetzte Kommission bestehend aus Vertreterinnen bzw. Vertreter des Kunstmuseums Liechtenstein, der Kunstgesellschaft, der Stabsstelle für Kulturfragen und einer Fachperson aus dem benachbarten Ausland mit dem Ausstellungsbetrieb für das aktuelle liechtensteinische Kunstschaffen im zweiten Obergeschoss des Engländerbaus. Im Berichtsjahr konnten fünf Ausstellungsprojekte realisiert werden. Gezeigt werden konnten: «*The house of pleasures & deceit*» von Arno Oehri, «*Industrieformen*» von Marco Eberle, «*Aus dem Depot des Kulturbeirats*» der Sammlung des Kulturbeirats, «*Die Zeit und ihre Musikalität*» von Roberto Altmann und «*Anatomie des Alltags*» von Barbara Geyer und Susanne Windelen. Die einzelnen Ausstellungen dauerten rund sechs Wochen und wurden von insgesamt 4800 Personen besucht. Der Betrieb des Kunstraums Engländerbau war von der Regierung für die Jahre 2002 bis 2006 als Projekt bewilligt. Die Betriebskommission erarbeitete eine Publikation und präsentierte der Regierung ein Konzept für die Weiterführung des Kunstraums über das Jahr 2006 hinaus.

Seit dem Jahr 2000 wird an der Frankfurter Buchmesse jährlich mit einem eigenen Länderstand teilgenommen. Der Auftritt in Frankfurt fand im Jahre 2004 zum ersten Mal unter dem Titel «Lesezeichen Liechtenstein» statt. Das erfolgreiche Konzept wurde auch für die Teilnahme im Berichtsjahr übernommen. Gezeigt wurden Bücher, die in den letzten beiden Jahren herausgegeben wurden. Ein Schwerpunkt der Ausstellung informierte die Besucherinnen und Besuchern des Standes über die internationale Vernetzung Liechtensteins. Im November 2006 wurde die Ausstellung erneut auch in der Liechtensteinischen Landesbibliothek präsentiert.

Der Wettbewerbe «Die schönsten Bücher Liechtensteins» wurde wiederum durchgeführt. Die prämierten Werke wurden für die Teilnahme am internationalen Wettbewerb nominiert.

Nach langen Vorabklärungen und Verhandlungen konnte am 1. September 2007 das Künstleratelier in Berlin eröffnet werden. Die Atelierstipendien für 2006 und 2007 wurden an Stefan Sprenger, Brigitte Hasler, Werner Marxer, Marco Eberle und Doris Bühler vergeben. Sie haben die Möglichkeit, jeweils drei Monate in Berlin zu leben und zu arbeiten. Der Aufenthalt in Berlin wird die künstlerische Entwicklung der Stipendiaten anregen.

Im Dezember 2004 hat der Landtag für die Jubiläumsfeierlichkeiten «200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein» einen Verpflichtungskredit gesprochen. Darin waren für das kulturelle Schaffen im Jubiläumsjahr finanzielle Mittel vorgesehen. Das OK 200 Jahre Souveränität hat den Kulturbeirat mit der Durchführung dieser Aktivitäten beauftragt. Der Kulturbeirat bestellte dafür eine Arbeitsgruppe mit Manfred Biedermann, Josef Braun, Elisabeth Büchel, Thomas Büchel, Walter Kranz und Silvia Tiefenthaler. Diese koordiniert die Projekte mit den Kunstschaffenden und Organisationen und begleitete deren Arbeit. Durchgeführt wurden im Jubiläumsjahr Projekte mit folgenden Partnern: Fürstlich Liechtensteinischer Sängerbund, Liechtensteiner Blasmusikverband, IG Jugendtanzprojekt, Freunde der Liechtensteinischen Blues- und Rockmusik e.V., Filmclub Frohsinn, Literaturhaus Liechtenstein, Verein Schichtwechsel und Fotoclub Spektral. Zudem fanden im Rahmen des Angebots «Kulturkiste» eine Ausstellung zum liechtensteinischen Kunstschaffen in der Liechtensteinischen Botschaft in Bern sowie ein Klavierkonzert mit Jürg Hanselmann in Washington statt. Dieses konnte in Zusammenarbeit mit der Botschaft in Washington organisiert werden.

Stiftung Pro Liechtenstein

Die Stiftung Pro Liechtenstein wird aus Mitteln der Interkantonalen Landeslotterie unterhalten. Die Tätigkeit der Stiftung liegt schwerpunktmässig in der Unterstützung von grösseren kulturellen Projekten, Ausrichtung von Werkjahrstipendien und Ankäufen von Werken liechtensteinischer Kunstschaffender.

Nachdem die Mittel im Konto «Kulturförderung» der laufenden Rechnung 2006 ein weiteres Mal auf CHF 1 Mio. gekürzt wurden, mussten vermehrt Mittel aus der Stiftung Pro Liechtenstein für die Unterstützung und Realisation verschiedener Projekte eingesetzt werden. Beck Stephanie konnte ihr Werkjahr erfolgreich abschliessen, Beiro Susana trat ihr Werkjahr im Mai und Frommelt Beate im September an. Mit einem namhaften Beitrag wurde die Teilnahme Liechtensteins an der Frankfurter Buchmesse und die Aufnahme des Atelierbetriebs in Berlin ermöglicht. Daneben wurden zahlreiche Projekte im Bereich Musik, Theater, Tanz, Literatur, bildende und angewandte Kunst, Film und Kino sowie kulturelles Erbe und Brauchtumspflege gefördert. Namhafte Beiträge erhielten im Berichtsjahr die Liechtenstein Musical Company, der Verein «Junges Theater Liechtenstein», das Kleintheater Schlösslekeller, das Liechtensteiner Gabarett, die Ausstellung BadRagartz in Vaduz, das Filmprojekt «Die Elf», die Liechtensteiner Gitarrentage, der Filmclub im Takino sowie der Verein zur Förderung und Führung eines Skimuseums. Mit Mitteln aus der Stiftung Pro Liechtenstein wurden Georg Malin und Edwin Malin mit Anerkennungspreisen bedacht. Georg Malin erhielt den Preis anlässlich seines 80. Geburtstages von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck überreicht. Der Preis für Edwin Malin wurde anlässlich seiner Verabschiedung als langjähriger Dirigent des Musikvereins Konkordia Mauren vom Präsidenten des Kulturbeirats verliehen.

Die Sammlung des Kulturbeirates der Regierung beinhaltet Ankäufe, welche aus Mitteln der Stiftung Pro Liechtenstein finanziert werden. Sie verfolgt insbesondere die Zielsetzung, das liechtensteinische Kunstschaffen und die Entwicklung der einzelnen Kunstschaffenden zu dokumentieren und wird laufend durch Neuankäufe ergänzt. Im Berichtsjahr konnten Sammlungslücken durch gezielte Ankäufe geschlossen werden. Die Ankäufe werden in der Regel an die Amtsstellen der Landesverwaltung zur Präsentation in ihren Räumlichkeiten ausgeliehen. Im Berichtsjahr konnten die Werke anlässlich der vielbeachteten Ausstellung «Aus dem Depot des Kulturbeirats» im Kunstraum Engländerbau gezeigt werden.

Kulturförderung

Rechenschaftsbericht 2005

Zum dritten Mal legte der Kulturbeirat der Regierung in einem eigenen, öffentlichen Jahresbericht Rechenschaft über seine Tätigkeit ab. Er listete darin im Detail auf, wohin die Förderungsbeiträge geflossen sind und stellte gleichzeitig den Kontext zu den gesamten Finanzmitteln her, die der Staat im Jahr 2005 im Bereich Kultur aufgewendet hat. Der Bericht leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz in der staatlichen Kulturförderung. Der Kulturbeirat lud alle Kulturinteressierten zu einer Präsentation und Diskussion des Berichtes ein.

Fördermittel 2006

Im Jahre 2006 wurden aus dem Konto «Kulturförderung» der Landesrechnung CHF 919 842.54 und aus der Stiftung Pro Liechtenstein CHF 996 228.08 zur Unterstützung von kulturellen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen sowie für die Förderung von kulturellen Projekten und Aktivitäten verwendet.

Die Beitragsgewährung unterteilt sich in die Bereiche

- Gewährung von Jahresbeiträgen an kulturelle Verbände und Vereinigungen;
- Kulturförderung gemäss Subventionsgesetz (30% an Aufwendungen der Vereine für Anschaffungen von

Uniformen, Trachten, Instrumenten etc. und für Weiterbildung bei der Liechtensteinischen Musikschule);
– Unterstützungen gemäss Richtlinien des Kulturbeirates für Auslandauftritte, Jugendlager, Weiterbildungskurse und CD-Produktionen;
– Ankäufe von Kunstwerken;
– Förderung von kulturellen Projekten und Aktivitäten.

Nach Sparten aufgeteilt ergibt sich für das Jahr 2006 folgendes Bild:

	Landesrechnung	Stiftung Pro Liechtenstein	Total
Anerkennungsgaben	0.00	20 554.00	20 554.00
Werkjahre, Werkbeiträge	0.00	81 660.00	81 660.00
Atelier Berlin	0.00	41 610.68	41 610.68
Musik	651 047.60	85 500.00	736 547.60
Theater, Tanz	5 000.00	144 500.00	149 500.00
Literatur, Publikationen	25 000.00	122 422.10	147 422.10
Bildende und angewandte Kunst	118 000.00	167 481.75	285 481.75
Foto, Film, Kino	16 000.00	115 000.00	131 000.00
Museen, Ausstellungen	35 000.00	105 248.75	140 248.75
Kulturelles Erbe, Brauchtumspflege	45 000.00	0.00	45 000.00
Bildung, Wissenschaft und Forschung	0.00	20 000.00	20 000.00
Besondere kulturelle Projekte	0.00	75 300.00	75 300.00
Weitere Kulturbeiträge	14 000.00	0.00	14 000.00
Diverses, Administration, Spesen	10 794.94	16 950.80	27 745.74
Total 2006	**919 842.54**	**996 228.08**	**1 916 070.62**

Die detaillierten Angaben zur Verwendung der Fördermittel werden wiederum in einem gesonderten Rechenschaftsbericht des Kulturbeirates veröffentlicht.

Denkmalschutzkommission

Vorsitz: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Hauptziel der Denkmalpflege ist die Erhaltung des Kulturgutes in Liechtenstein. Dazu gehören auch die Pflege und der Schutz der gesamten Kulturlandschaft. Kernaufgaben bilden dabei die Inventarisation, die Bauforschung, Unterschutzstellungsmassnahmen und Baubegleitung. Dokumentation und Administration ergänzen die Arbeit der Denkmalpflege. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben steht ihr die Denkmalschutzkommission der Regierung zur Seite. Diese stellt ein beratendes Gremium mit Experten aus den Fachbereichen Architektur, Geschichte, Kunstgeschichte und Archäologie dar.

Denkmalschutzkommission

Die Denkmalschutzkommission setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:
- Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Vorsitzende
- Klaus Biedermann, Historiker, Vaduz
- Frank Brunhart, Architekt, Balzers (ab Juni 2006)
- Urs Clavadetscher, Kantonsarchäologe GR, Felsberg
- Paul Eberle, Architekt, Eschen
- Markus Sprenger, Architekt, Triesen (bis März 2006)
- Dagmar Streckel, Kunsthistorikerin, Schaan
- Markus Vogt, Architekt, Balzers

Sitzungsvorbereitung, Beratung, Protokoll und Ausführung der Beschlüsse:
- Patrik Birrer, Hochbauamt/Abteilung Denkmalpflege und Archäologie

Das «Kosthaus» in Triesen wurde im Berichtsjahr in das Inventar der geschützten Kulturdenkmäler aufgenommen.

Denkmalschutz - Denkmalpflege

Im Berichtsjahr wurden durch die Denkmalschutzkommission in acht Sitzungen rund 50 Traktanden mit Bau- oder Abbruchvorhaben an Denkmalobjekten behandelt.

Im April 2006 hat die Abt. Denkmalpflege und Archäologie des Hochbauamtes unter Mitwirkung zahlreicher in- und ausländischer Experten die Ortsbildschutzkonferenz 2006 durchgeführt, an welcher rund 100 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer anwesend waren. Ziele dieser Konferenz waren die Sensibilisierung für die wichtige Aufgabe zur Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung der Ortsbilder sowie grundsätzliche Informationen über das diesbezügliche Vorgehen in Liechtenstein und im benachbarten Ausland. Vorträge und Podiumsdiskussion haben offensichtlich aufgezeigt, dass eine dauernde Kommunikation, Beratung und Überprüfung der Grundlagen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Ortsbilder unumgänglich sind.

Im Berichtsjahr ist auf Antrag der Denkmalschutzkommission das im Jahr 1873 errichtete «Kosthaus» in

Triesen, Gässle 2, formell unter Denkmalschutz gestellt worden.

Auf Empfehlung der Denkmalschutzkommission hat die Regierung staatliche Subventionsbeiträge an die Restaurierungen der Kapelle St. Josef in Planken, des «Kosthauses» in Triesen sowie der Häusergruppe «Landweibelhaus» in Schaan genehmigt.

Europa-Tag des Denkmals 2006

Der 14. Europa-Tag des Denkmals im Fürstentum Liechtenstein widmete sich dem «Neuen Wohnen im Baudenkmal». Das am 16. September 2006 zur Besichtigung zugängliche Denkmalschutzobjekt «Brendlehaus» in Schellenberg wurde unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten instand gestellt und architektonisch weiterentwickelt. Um- und ausgebaut bot es am Denkmaltag erstmals Einblicke in die spezifischen Anforderungen und die besonderen Qualitäten des heutigen Lebens in historischer Bausubstanz. Rund 600 interessierte Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich die neuen Wohnungen anzusehen.

Der 14. Europa-Tag des Denkmals 2006 lockte rund 600 Besucherinnen und Besucher in das denkmalgeschützte «Brendlehaus».

STIFTUNGEN

Erwachsenenbildung Liechtenstein

Präsident: Otto Kaufmann
Geschäftsführerin: Renate Haas-Beck

Im Berichtsjahr wurde ein neues Reglement über die Förderung der Erwachsenenbildung entwickelt, welches von der Regierung im Dezember 2006 genehmigt und in Kraft gesetzt wurde. Die Behandlung von Förderanträgen war im Jahr 2006 sehr aufwendig. Die Aktivitäten der Stiftung waren vielfältig: Kontakte zur Regierung und zu den Veranstaltern, Projekt Illettrismus, Stellungnahme zum Berufsbildungsgesetz, Pflege des Netzwerkes von europäischen und schweizerischen Organisationen, Besuch von Tagungen und Konferenzen.

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat der Mandatsperiode 2003-2007 setzt sich am Ende des Jahres 2006 aus folgenden Personen zusammen:
– Otto Kaufmann, Schaan (Präsident)
– Josef Eberle, Triesenberg (Vizepräsident)
– Monika Bereiter-Amann, Eschen
– lic.iur. Brigitte Haas, Vaduz
– Dr. Rosi Büchel, Nendeln
– Daniel Hilti, Schaan

Im vergangenen Jahr ist Herr Wolfgang Strunk aufgrund seiner beruflichen Veränderung aus dem Stiftungsrat ausgetreten. Der Sitz im Stiftungsrat war per Ende Jahr noch vakant.

Tätigkeit

Finanzen und Förderung

Die Neuregelung zur Aufgabenentflechtung sah für die Stiftung vor, dass das Land die bisherigen Finanzierungsanteile der Gemeinden übernimmt. Der budgetierte Staatsbeitrag wurde deshalb um den Gemeindeanteil von CHF 172 000 auf CHF 1 370 000 angehoben.

Im Oktober 2006 musste der Stiftungsrat einen Nachtragskredit in Höhe von CHF 190 000 beantragen, da aufgrund eines Rechtsentscheids rückwirkend Fördergelder für die Jahre 2004–2006 zugunsten eines Veranstalters ausgerichtet werden mussten.

Der Grossteil der Mittel der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein ging an die Veranstalter von Erwachsenenbildung. Folgende Veranstalter wurden gefördert:
– Erwachsenenbildung Stein-Egerta Anstalt (Erwachsenenbildung sowie Freizeit und Weiterbildung)
– Haus Gutenberg
– Gemeinschaftszentrum Resch
– Verein Bildungsarbeit Frauen

– Stefanuskreis
– Eltern Kind Forum
– Kloster St. Elisabeth
– Liechtensteiner Arbeitnehmerverband
– Verein für interkulturelle Bildung
– Seniorenkolleg
– ISB Institut für Sprachkurse und Bildungsreisen AG

Die Behandlung der Gesuche im Berichtsjahr war vor allem auch aufgrund der neuen Entscheidungssituation sehr aufwendig. Die Rechtsentscheide haben gezeigt, dass die Voraussetzungen sowie die Kriterien für die Förderung noch klarer geregelt werden müssen. Das neu entwickelte detaillierte Reglement über die Förderung der Erwachsenenbildung wird es dem Stiftungsrat in Zukunft ermöglichen, die Vergabe der Gelder mit den abzuschliessenden Leistungsvereinbarungen den zur Verfügung stehenden Mitteln anzupassen.

Kontrolle

Die Stiftung hat wie in den Vorjahren die detaillierten Kursstatistiken der Veranstalter kontrolliert. Die Entwicklung der Teilnehmer/Lektionen (ohne Gemeinschaftszentrum Resch) ergibt eine Steigerung von 3%.

Geschäftsmodell

Das neue Reglement über die Förderung der Erwachsenenbildung wurde fertig gestellt und von der Regierung im Dezember 2006 genehmigt und in Kraft gesetzt. Wichtige Neuerungen dabei sind die Beitragsvoraussetzungen, welche neu für jährliche geförderte Veranstalter eine Akkreditierung erfordern. Diese Akkreditierung kann mit einem schriftlichen Gesuch mit Angaben und Unterlagen zur Institution, zum Bildungsangebot, der Qualitätssicherung sowie zum Controlling beantragt werden. Bei der Akkreditierung des Veranstalters wird der Antrag auf jährliche Förderung geprüft und kann durch Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit detailliertem Leistungsprofil sowie einem Pflichtenkatalog vom Stiftungsrat genehmigt werden. Das Geschäftsmodell soll nach Einführung des Reglements mit entsprechenden Richtlinien zu den einzelnen Sachverhalten präzisiert werden.

Koordination und Kooperation

Es fanden zwei Informations- und Koordinationssitzungen mit allen Veranstaltern statt. Gleichzeitig wurde in persönlichen Gesprächen der Kontakt zu den Veranstaltern gepflegt. Diese wurden über die Einführung des neuen Reglements, das künftig den Abschluss von Leistungsvereinbarungen vorschreibt, informiert. Die entsprechenden Massnahmen werden ab 2007/2008 zum Tragen kommen.

Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht betreffend die Totalrevision des Berufsbildungsgesetzes

Die Stiftung hat zu dieser Vernehmlassung eine ausführliche Stellungnahme verfasst und dabei den Grundsatzantrag zur Schaffung eines neuen integralen Weiterbildungsgesetzes gestellt.

Projekte

Projekt Illettrismus

Von der Stiftung wurde ein Grundlagenpapier in Auftrag gegeben, welches die Situation in Liechtenstein im Bereich Lesen und Schreiben prüfen sollte. Die Interpretation der Ergebnisse zeigte auf, dass Illettrismus – wie auch in vielen anderen wissenschaftlichen Studien erwiesen – ein Problem der sozialen und finanziellen Armut ist. Beim Vergleich der erhobenen Werte dieser Studie mit bisherigen Ergebnissen aus den Nachbarländern zeigen sich bei hoher Bedürftigkeit ähnliche Werte wie in der deutschsprachigen Schweiz. Eine genaue Abschätzung der Höhe der Werte liesse sich aber nur durch eine genaue Erfassung wie in der ALL-Studie aus der Schweiz realisieren, jedoch sei dabei auf die hohen Kosten einer solchen Erhebung verwiesen.

Die Stiftung hat alle Veranstalter über die Erkenntnisse dieser Studie informiert und ihnen Gelegenheit gegeben, sich mit einem Antrag zur Durchführung eines Pilotprojekts zum Aufbau eines entsprechenden Kursangebotes zu bewerben.

Internationale Kontakte

Die Geschäftsführerin pflegte im vergangenen Jahr das internationale Netzwerk der Stiftung durch persönliche Kontakte, Mitarbeit in Projekten sowie den Besuch von verschiedenen Konferenzen und Tagungen.

Europa: Mitglied EAEA Europäischer Verband für Weiterbildung, Mitglied Grundtvig Working Group, Kontakte OECD/CERI, Mitarbeit Arbeitsgruppe Communication on Adult Learning «it s never too late to learn», Beobachterstatus beim OECD-Projekt «Recognition of non-formal and informal learning and credit transfer», Kontakte zu Niace Nationale Institute of Adult Continuing Education, CEAN Consumer Education for Adults Network 2, DARE Democracy and Human Rights Education in Europe

Schweiz: Mitglied IKW Interkantonale Konferenz der Weiterbildung, Mitglied Schweizerischer Dachverband Lesen und Schreiben, Mitglied IG Lesen und Schreiben Deutsche Schweiz und Liechtenstein, Kontakte zu: Schweiz Verband für Weiterbildung, Geschäftsstelle eduQua, Geschäftsstelle moduQua, ZKW Züricher Konferenz für Weiterbildung, SVW St. Galler Verband für Weiterbildung

Franz-Josef Jehle von der Erwachsenenbildung Stein-Egerta Anstalt ist mit dem Mandat als Delegierter der Europäischen Föderation für Katholische Erwachsenenbildung FEECA betraut.

Kunstmuseum Liechtenstein

Präsident: Dr. Peter Goop
Direktor: Dr. Friedemann Malsch

Das Berichtsjahr war von intensiver Tätigkeit auf allen Ebenen gekennzeichnet. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Abschluss der internen Reorganisation.

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt sechs Sitzungen ab. In ihnen wurden die statutarischen Geschäfte, Jahresbericht und Jahresrechnung 2005 sowie der Voranschlag für 2007 eingehend beraten und die entsprechenden Beschlüsse gefasst. In einer zusätzlichen Sitzung mit der Regierung besprach der Stiftungsrat, unterstützt von Internationalem Beirat, Ankaufskommission und Museumsleitung, die strategische Ausrichtung des Kunstmuseums Liechtenstein.

Die im Jahr 2005 begonnene interne Reorganisation wurde konsequent zu Ende geführt. Am 1. Februar wurde die neu geschaffene Stelle Marketing/Öffentlichkeitsarbeit mit besetzt. Weiterhin erarbeitete das Museumsteam in zwei Klausurtagungen erläuternde Texte zum Leitbild, die anschliessend publiziert wurden, ein Marketing-Konzept sowie aktualisierte Stellenbeschreibungen. Ausserdem konnten dank der Unterstützung des liechtensteinischen Hochbauamtes kleinere bauliche Veränderungen in den Räumen der Verwaltung vorgenommen werden, die die Abläufe im Museum dauerhaft optimieren werden.

Dank der Initiative von Michael Hilti und Dr. Heinz Meier sowie mit Unterstützung durch den Stiftungsrat und die Leitung des Kunstmuseums wurde am 27. Oktober die «Stiftung Freunde des Kunstmuseum Liechtenstein» gegründet. Ihr Ziel ist die Unterstützung des Museums gegenüber der Öffentlichkeit sowie die Hilfe bei der Erweiterung der Sammlungsbestände des Museums. Stifter sind neben den Initianten Dr. Peter Goop und die Liechtensteinische Kunstgesellschaft.

Stiftungsrat und Museumsleitung konnten ein bereits im Jahre 2005 begonnenes anspruchsvolles und wegweisendes Projekt verwirklichen. Gemeinsam mit dem Kunstmuseum St. Gallen und dem Museum Moderner Kunst Frankfurt/M. konnte der Ankauf der Sammlung Rolf Ricke, Köln, realisiert werden. Dieses Projekt einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Kunstmuseen zum Erwerb ganzer Sammlungen ist wegweisend und wurde entsprechend in der Öffentlichkeit aufgenommen. Zur Verwirklichung des Projektes bedurfte es eines Sonderbeitrags seitens des Landes Liechtenstein, der auf Antrag der Regierung vom Landtag im September 2006 genehmigt wurde.

Ausstellungen

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet von einem breit gefächerten Programm an Wechselausstellungen, die allesamt vom Kunstmuseum Liechtenstein produziert wurden. Dazu wurden 108 Begleitveranstaltungen durchgeführt. Im Einzelnen waren folgende Ausstellungen zu sehen:

Die Ausstellung «Faites vos jeux! Kunst und Spiel seit Dada», vom Kunstmuseum Liechtenstein produziert und im Sommer 2005 in Vaduz gezeigt, war 2006 in Berlin (Akademie der Künste), Siegen (Museum für Gegenwartskunst) und Amsterdam (CoBrA-Museum) zu sehen. Die Ausstellung «Fred Sandback», ebenfalls vom Kunstmuseum Liechtenstein produziert, lief noch bis zum 19. Februar 2006. Sie war anschliessend in Edinburgh (The Fruitmarket Gallery) und Graz (Neue Galerie im Landesmuseum Joanneum) zu sehen. Das capcMusée d art contemporain in Bordeaux sagte nach einem Wechsel in der Direktion die Übernahme der Ausstellung ab.

Noch bis zum 27. August 2006 lief die Ausstellung «Biedermeier im Hause Liechtenstein. Die Epoche im Licht der Fürstlichen Sammlungen». Diese Ausstellung musste wegen der Behebung baulicher Mängel in der Zeit vom 30. März bis 15. Mai 2006 geschlossen werden.

In der Zeit vom 26. Januar bis zum 12. März 2006 zeigte das Kunstmuseum eine Ausstellung mit Werken von Georg Malin anlässlich seines 80. Geburtstages. Die Ausstellung fand im Land Liechtenstein ein herausragendes Echo und trug erkennbar dazu bei, das Museum in der liechtensteinischen Bevölkerung zu verankern. Katalog und Ausstellung wurden von der Gerda Techow gemeinnützigen Stiftung, Vaduz, finanziell unterstützt.

Vom 10. März bis zum 21. Mai 2006 zeigte das Museum gleichzeitig zwei Ausstellungen zur zeitgenössischen Malerei. Die Ausstellung «Sean Scully . Architektur der Farbe» wurde von Dr. Uwe Wieczorek kuratiert und zeigte eine der Tradition der Moderne verpflichtete Position abstrakter Malerei. Die Ausstellung «Matts Leiderstam. Grand Tour» zeigte eine konzeptuelle Position heutiger Malerei, die in bewusster Auseinandersetzung mit der Medialität der Malerei alter Meister entstand. Beide Ausstellungen wurden sehr gut angenommen.

Die Ausstellung «Transformation. Aus eigener Sammlung» lief vom 9. Juni bis zum 1. Oktober 2006. Sie zeigte am Beispiel eines Themenkomplexes auf, wie die Sammlung des Kunstmuseums in den vergangenen Jahren erweitert werden konnte und dass sie einen Umfang anzunehmen beginnt, dass aus ihr heraus Ausstellungsthemen erarbeitet werden können. Die Ausstellung hatte angesichts der stets niedrigeren Attraktivität von Ausstellungen aus Sammlungsbeständen einen guten Erfolg beim Publikum.

Am 14. September 2006 wurde die Ausstellung «Über Kreuz mit der Welt. Ferdinand Nigg und Schüler, Magdeburger Jahre, 1903-1912» eröffnet. Sie war der eigenständige Beitrag des Kunstmuseum Liechtenstein zum

Festjahr «200 Jahre Souveränität des Fürstentum Liechtenstein» und fand zeitgleich zu der kleinen Ausstellung über Ferdinand Nigg als Sammler im Liechtensteinischen Landesmuseum statt. Die Ausstellung hatte besonders bei den liechtensteinischen Schulen grossen Erfolg.

Am 19. Oktober 2006 wurde die grosse Ausstellung «Jannis Kounellis» im Obergeschoss des Museums eröffnet. Diese gemeinsam mit dem Künstler erarbeitete Ausstellung stellte einen Überblick über 50 Schaffensjahre dieses Weltstars der zeitgenössischen Kunst dar und gab darüber hinaus einen vertieften Einblick in sein Werk, das in der Sammlung des Museums mit herausragenden Arbeiten vertreten ist. Die Resonanz auf die Ausstellung war hervorragend, auch weil es die erste derartige Ausstellung im deutschsprachigen Raum seit 20 Jahren war.

Für zwei weitere Ausstellungen stellte das Kunstmuseum seine Räume zur Verfügung. Im Foyer des Museums wurde von 20. September bis 10. Oktober 2006 die Ausstellung «Rückkehr nach Afghanistan» gezeigt, eine vom UNHCR erarbeitete Schau mit Arbeiten des Dokumentarfotografen Zalmaï. Ausserdem zeigte das Museum in der Zeit vom 6. bis 22. Oktober 2006 im Auditorium die Ausstellung «Der Raum», eine Produktion des Schichtwechsel e.V., Triesen, mit Werken von Arno Oehri, Ruggell, Scott Fields, Köln, und Thomas Hornung, Basel.

Die Ausstellungen wurden im Berichtsjahr von 25 022 Personen (2005: 28 041) besucht. Die niedrigere Besucherfrequenz erklärt sich einerseits aus geringeren Besucherzahlen bei Grossanlässen (Staatsfeiertag, Lange Nacht der Museen), andererseits durch die zeitweise Schliessung der Ausstellung «Biedermeier» aus den Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein und durch die niedrigere Attraktivität der Ausstellung aus den eigenen Sammlungsbeständen.

Führungen in Deutsch, Englisch, Italienisch und Französisch wurden 233 mal (2005: 225) durchgeführt. Vertreter anderer öffentlicher und privater Institutionen besuchten die Ausstellungen, ebenso Schulklassen aller Schultypen in Liechtenstein, dem Kanton St. Gallen und Vorarlbergs, der Kunstschule sowie der Hochschule Liechtenstein.

Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Der neue Leiter «Marketing/Öffentlichkeitsarbeit» nahm am 1. Februar 2006 seine Arbeit auf. Er reorganisierte die Strukturen innerer und äusserer Kommunikation grundlegend und erarbeitete ein Marketing-Konzept. Darüber hinaus optimierte er deutlich das Kosten-Nutzen-Verhältnis auf diesem Feld.

Die Zusammenarbeit mit Veranstaltern in- und ausserhalb Liechtensteins wurde intensiv betrieben. Es kam zu gemeinsamen Veranstaltungen mit der Liechtensteinischen Kunstgesellschaft, der Erwachsenenbildung, dem Schulamt, dem TaK, dem Liechtensteinischen Landesmuseum, der Kunstschule Liechtenstein, dem Kunstraum Engländerbau, der Hochschule Liechtenstein sowie weiteren privaten Partnern. Ausserdem wurde die Zusammenarbeit mit den Gemeinden auf verschiedene Weise weitergeführt. Die Gemeinden Ruggell und Mauren richteten im Kunstmuseum jeweils einen «Tag der Gemeinde im Kunstmuseum» aus. Die Zusammenarbeit zwischen den Kunstmuseen der Rheintalregion (St. Gallen, Bregenz, Vaduz, Chur) im Bereich der Werbemassnahmen wurde erfolgreich weitergeführt. Weitere Kooperationen konnten mit dem ORF («Lange Nacht der Museen», Ö1-Club), sowie mit Liechtenstein-Tourismus (Erlebnis-Pass), dem Internationalen Bodensee-Tourismus (Bodensee-Erlebniskarte) und Kinos in der Region realisiert werden.

Eine besondere Zusammenarbeit erfolgte mit dem «Private Wealth Council», einem Think Tank für die Wirtschaft, der während seiner Tagung in Bad Ragaz am 25. September zwei Module im Kunstmuseum Liechtenstein abhielt. Auf diese Weise konnte das Kunstmuseum Fragen der Kunst im Zusammenhang mit Weltwirtschaftsfragen zur Diskussion bringen und sich als Ort der geistigen Auseinandersetzung in Liechtenstein profilieren.

Die Informationsschrift «Brief» erschien in zwei Ausgaben. Sie ist ein wesentliches Element der Selbstdarstellung des Kunstmuseums Liechtenstein in der Region und international.

Die «Kunstagenda 2007» erschien in ihrer 19. Ausgabe mit einem Überblick über die Entwicklung der Sammlungsbestände des Kunstmuseums Liechtenstein.

Kunstvermittlung

Die Zahl der das Museum besuchenden Schulklassen aus Liechtenstein und der Region stieg leicht an (69, 2005: 66) und liegt damit auf ähnlich hohem Niveau wie bei den weiteren Museen der Region. Zusätzliche Veranstaltungsformen (Kunstsamstag, Familiensonntag, Liechtensteiner Familientag) fanden sehr gute Resonanz und mussten wegen der starken Nachfrage teilweise wiederholt werden. Die Schaffung einer festen Stelle für Kunstvermittlung hat sich bereits im zweiten Jahr vollständig ausgezahlt.

Ankaufskommission

Die Ankaufskommission tagte im Berichtsjahr zweimal. Auf der Basis der von ihr gefassten Ankaufsbeschlüsse wurden folgende Werke erworben:

Künstlerin/Künstler und Werke	erworben bei
Marcel Duchamp (F), 1 Edition	Jacqueline Monnier, Paris
Gloria Friedmann (D/F), 1 Wandarbeit	Galerie Cent8, Paris
Georg Herold (D), 1 Edition	Edition Snoeck, Köln
Urs Lüthi (CH), 1 Grafik	Gal. am Lindenplatz, Schaan
Georg Malin (FL), 1 Aquarell	Benefiz-Auktion im Kunstmuseum
Regina Marxer (FL), 2 Gemälde	Benefiz-Auktion im Kunstmuseum
dies., 1 Installation	der Künstlerin
Rita McBride (USA/D), 1 Skulptur	Galerie Mai 36, Zürich
Marcel Odenbach (D), 1 Video-Edition	235 Media, Köln
Christophe Ray (CH), 1 Fotografie	Centre d`édition contemp., Genf
Fred Sandback (USA), 3 Grafikmappen	Galerie Fred Jahn, München
Gregor Schneider (D), 1 Grafik	Kunstzeitung, Regensburg
Martin Walch (FL), 1 Zeichnung	Benefiz-Auktion im Kunstmuseum
Sunhild Wollwage (FL), 1 Wandobjekt	Benefiz-Auktion im Kunstmuseum
Carol Wyss (FL), 1 Radierung	Benefiz-Auktion im Kunstmuseum

Folgende Werke hat das KML im Berichtsjahr als Schenkungen erhalten:
– Jan Jedlicka (CZ/CH), 1 Fotografie vom Künstler
– Bernhard Luginbühl (CH), 1 Lithografie Graph. Anstalt Wolfensberger, Birmensdorf
– Martin Walch (FL), 1 Zeichnungvom Künstler

Personal

Im Berichtsjahr gab es verschiedene Veränderungen. Im Kassa- und Aufsichtspersonal schied eine Mitarbeiterin auf eigenen Wunsch aus und zwei Mitarbeiterinnen wurden neu ins Team aufgenommen. Ebenfalls wurde der Leiter «Marketing/Öffentlichkeitsarbeit» zu 100 % angestellt und eine Mitarbeiterin wurde zu 100% für das Sekretariat/Empfang angestellt. Eine Mitarbeiterin wird projektbezogen zu 50% weiter beschäftigt.

Archiv und Bibliothek

Die Erfassung der Neuankäufe, Leihgaben und Schenkungen erfolgte kontinuierlich. Ausserdem wurden die allgemeine Künstlerdokumentation sowie die Dokumentation zum Kunstschaffen in und aus Liechtenstein weiter aktualisiert.

Die Bibliothek konnte durch intensiven Schriftentausch und gezielte Zukäufe verstärkt werden.

Buchhandlung

Die Buchhandlung wurde weiterhin in Kommission mit dem Kunstbuchhändler Walther König, Köln, vom Kunstmuseum Liechtenstein in Eigenregie betrieben. Sie ist wichtiger Bestandteil des Bildungsauftrags des Museums.

Café im Kunstmuseum

Die Cafeteria im Kunstmuseum wurde weiterhin in Pacht von der Adler-Gastronomie, Vaduz, betrieben.

Liechtensteinische Landesbibliothek

Präsident: Dr. Donat P. Marxer
Landesbibliothekarin: Barbara Vogt

Das Berichtsjahr war für die Landesbibliothek im personellen Bereich ein aussergewöhnliches Jahr: Im Zeitraum zwischen Anfang Juni und Mitte August wurden drei Bibliothekarinnen mit Nachwuchs beglückt. Durch den dezimierten Personalbestand mussten viele Dinge zurückgestellt oder auf das Nötigste reduziert werden, trotzdem wurde Vieles umgesetzt und erreicht.

Die Ausleihstatistik 2006 weist wiederum eine kleine Steigerung der Ausleihen nach: 140 811 Ausleihvorgänge konnten registriert werden, das sind um 3.38 % oder 4 605 Ausleihvorgange mehr als im Vorjahr. Mit diesem Ergebnis kann die Landesbibliothek sehr zufrieden sein, es zeigt doch, dass das Angebot bei der Einwohnerschaft Liechtensteins und der Region sehr positiv aufgenommen wird.

Nach langwierigen Vorbereitungsarbeiten und Testphasen konnte Ende Oktober der Versionswechsel unseres Bibliothekssystems ohne Probleme durchgeführt werden. Die auch sehr aufwändigen Nachbearbeitungen sollten spätestens im Frühjahr 2007 abgeschlossen sein. Das Projekt «Scannen von Inhaltsverzeichnissen» läuft bestens, der grösste Teil des zu scannenden Bestandes aus dem Freihandbereich der Landesbibliothek ist bereits im Katalog mit Inhaltsverzeichnissen versehen, Anfang 2007 wird mit dem Scannen der Liechtenstein-Literatur begonnen werden.

Die im August 2006 durchgeführte Revision bestätigte der Landesbibliothek ein einwandfreies finanzielles Gebaren. Das im Herbst von der Regierung gestartete Beteiligungscontrolling soll die Regierung besser über die Tätigkeiten der ihr unterstellten Stiftungen unterrichten.

Auch das Veranstaltungsangebot durfte sich sehen lassen. Im Berichtsjahr trafen sich in der Landesbibliothek

viele Freunde der Bücher und Literatur aller Altersgruppen zu Lesungen. Im Frühjahr schmückte eine Ausstellung von Künstlerbüchern und Kunstinstallationen alle Freiflächen zwischen den Regalen. Den Abschluss der Veranstaltungen bildete wie jedes Jahr der «Weihnachtliche Kindernachmittag».

Allgemeines

Der vom Stiftungsrat in seiner Sitzung vom 15. Februar 2006 beschlossene Jahresbericht 2005 wurde von der Regierung am 14. März 2006 zur Kenntnis genommen. Die von der Landeskasse erstellte Jahresrechnung 2005 wurde von der Regierung am 22. März 2006 genehmigt und der Staatsbeitrag für die Stiftung Liechtensteinische Landesbibliothek für das Jahr 2005 auf CHF 1 488 398.15 festgesetzt.

Ab dem Jahr 2006 muss die Landesbibliothek Urheberrechtsgebühren für das Verleihen von nach dem Urheberrechtsgesetz geschützten Tonträgern, Tonbildträgern und Büchern bezahlen. Nach längeren Verhandlungen mit «Pro Litteris», der in Liechtenstein tätigen Verwertungsgesellschaft, wurden nachfolgende Tarife festgelegt: Vergütungen für Tonträger und Tonbildträger: CHF 0.05 je Verleihvorgang, Vergütungen für Bücher: CHF 0.025 je Verleihvorgang. Dieser Tarif gilt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2010.

Am 8. August 2006 wurde in der Landesbibliothek eine ganztägige Revision durch die Leiterin der Finanzkontrolle durchgeführt. Aufgrund dieser Prüfungen wurde festgestellt, dass die Vermögens- und Erfolgsrechnung mit der Buchhaltung übereinstimmt, die Buchführung ordnungsgemäss erfolgt ist, die allgemein gültigen Buchführungsgrundsätze sowie die gesetzlichen Vorschriften bei der Darstellung der Vermögenslage und des Rechnungsergebnisses eingehalten wurden und der Staatsbeitrag korrekt ausgewiesen ist.

Die Regierung beschloss die Einführung eines politischen Beteiligungscontrollings, von dem die Landesbibliothek als Stiftung öffentlichen Rechts betroffen ist. Nachfolgende Hauptziele wurden von der Regierung definiert: zwischen den Beteiligungsunternehmen und der Regierung soll eine Abstimmung der strategischen Ausrichtung erfolgen, zudem erwartet die Regierung periodische Kurzinformationen über die Strategieumsetzung, die finanzielle Entwicklung sowie die Hauptaktivitäten des Berichtsjahres. Der Präsident des Stiftungsrats und die Landesbibliothekarin nahmen an den von der Stabsstelle Finanzen, die mit der Durchführung dieses Projekts betraut ist, anberaumten Besprechungen teil.

Stiftungsrat

Mitglieder des Stiftungsrats (Mandatsperiode 2003 - 2007)
- Dr. oec. Donat P. Marxer, Präsident, Schaan (Liecht. Akademische Verbindung Rheinmark)
- Maria Wohlwend, Vizepräsidentin, Nendeln (Berufsbildungsrat)
- lic. phil. Thomas Batliner, Triesen (Liechtensteinische Akademische Gesellschaft)
- Rosmarie Frick, Schaan (Verein Bäuerlicher Organisationen)
- lic. iur. Brigitte Haas, Vaduz (Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer)
- Petra Hoffmann, Schaan (Gewerbe- und Wirtschaftskammer für das Fürstentum Liechtenstein)
- Sigi Langenbahn, Planken (Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband)

Seine ihm gesetzlich übertragenen Geschäfte erledigte der Stiftungsrat an drei Sitzungen.

Petra Hoffmann schied mit Ende Januar 2006 aus der Gewerbe- und Wirtschaftskammer für das Fürstentum Liechtenstein aus und legte daher ihre Tätigkeit sowohl im Stiftungsrat als auch in der Bibliothekskommission der Liechtensteinischen Landesbibliothek nieder. An einer Stiftungsratssitzung wurde die Gewerbe- und Wirtschaftskammer von Nadja Hasler vertreten, eine Neubesetzung erfolgte im Jahr 2006 nicht.

Bibliothekskommission

Mitglieder der Bibliothekskommission (Mandatsperiode 2003 - 2007):
- Landesbibliothekarin Barbara Vogt, Vorsitz
- lic. phil. Thomas Batliner
- lic. iur. Brigitte Haas
- Petra Hoffmann (bis 31. Januar 2006)
- Maria Wohlwend (ab 15. Februar 2006)

An der Stiftungsratssitzung vom 15. Februar 2006 erklärte sich Maria Wohlwend bereit, die durch das Ausscheiden von Petra Hoffmann frei gewordene Stelle in der Bibliothekskommission zu übernehmen.

Da durch den Mutterschaftsurlaub von drei Bibliothekarinnen die Überarbeitung des Zeitschriftenbestands auf 2007 verschoben werden musste und zudem keine grösseren Werke, die sich in den Bestand der Landesbibliothek gut einfügen würden, angeboten wurden, fand keine Bibliothekskommissionssitzung statt.

Verwaltung und Betrieb

Räumlichkeiten

Im Berichtsjahr gab es keine räumlichen Veränderungen in der Landesbibliothek. Die ursprünglich geplante und von der Regierung grundsätzlich zugesagte Nutzung des gesamten Gebäudes bleibt weiterhin ein wichtiges Ziel.

Ein stets aktueller und interessanter Bibliotheksbestand ist eine wesentliche Voraussetzung für das Interesse des Publikums. Jedes Jahr werden daher im Schnitt ca. 5 500 Medien angeschafft und für die Benutzerinnen und Benutzer bereitgestellt. Um die Neuanschaffungen in der Bibliothek präsentieren zu können, müssen jährlich sehr viele Werke ins Aussenmagazin gestellt werden. Die Ausleihe aus dem Aussenmagazin Pflugstrasse wird schlecht genutzt, sie beträgt nur etwa 0.85 % der gesamten Ausleihe. Zudem macht sich der fehlende Raum für

Veranstaltungen und Ausstellungen immer stärker negativ bemerkbar.

Anfang Oktober 2006 wurden die Bauarbeiten für die Erdbebensicherungsmassnahmen des Bibliotheksgebäudes in Angriff genommen. Im Erdgeschoss wurde das Gebäude an allen 4 Seiten durch eine schwere Stahlkonstruktion, die tief in den Boden verankert wurde, statisch gesichert.

Die Sicherheitsanlage im Aussenmagazin Pflugstrasse ist unzuverlässig und störungsanfällig und soll ersetzt werden.

Kontakte zu anderen Bibliotheken

Seit 1997 nimmt die Liechtensteinische Landesbibliothek regelmässig an den Jahrestagungen und Expertentreffen der in der CENL (Conference of European National Librarians) zusammengeschlossenen europäischen Nationalbibliotheken der im Europarat vertretenen Länder teil. An der 20. Jahrestagung der CENL vom 29. bis 30. September 2006 in St. Petersburg waren 35 Nationalbibliotheken von Mitgliedsstaaten des Europarats vertreten. Zurzeit besteht die Konferenz aus 47 Mitgliedern von 45 europäischen Staaten.

Die CENL betreibt ein Internet-Portal «The European Library» (TEL), das den Zugang zu den Beständen der 47 Nationalbibliotheken in Europa ermöglicht. Als Mitglied der CENL und EWR-Mitgliedsland wurde die Liechtensteinische Landesbibliothek eingeladen, am EU-Projekt, European Digital Library (EDL) teilzunehmen. Dieses Projekt hat zum Ziel, die Katalogdaten und digitalen Sammlungen der Nationalbibliotheken von Belgien, Griechenland, Irland, Island, Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Schweden und Spanien in The European Library zu integrieren. Zudem soll das EDL-Projekt die Voraussetzungen für einen mehrsprachigen Zugriff auf The European Library schaffen und erste Schritte zur Zusammenarbeit zwischen TEL und anderen, nicht bibliothekarischen, kulturellen Initiativen initiieren.

Die Landesbibliothek hat diese Chance ergriffen, um von dieser Starthilfe in die Welt der Digitalen Bibliothek zu profitieren und die Liechtenstein-Bestände in Zukunft auch international zugänglich machen zu können. Das Projekt startete mit einem Kick-off Meeting an der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt am Main, an dem die Landesbibliothekarin teilnahm.

Die BBS (Verband der Bibliotheken und der Bibliothekarinnen/Bibliothekare der Schweiz) -Interessensgemeinschaft «Studien- und Bildungsbibliotheken» veranstaltete 2006 zwei Treffen, die von der Landesbibliothekarin besucht wurden. Schwerpunkte wurden auf Ausbildungsangebote im Informations- und Dokumentationswesen und auf Sondersammlungen der Stadt- und Universitätsbibliothek Bern (StUB) gelegt. Die Tagungsmitglieder erhielten einen Einblick in «DigiBern», eine Sammlung von Texten und Bildern im Bereich Bernensia, welche online und über das Internet mittels Stichwortsuche im Volltext abfragbar ist, und in Sammlung, Erwerbung, Erschliessung und Aufbewahrung der historischen Buchbestände der StUB.

Die Treffen der Bibliotheken der Regio Bodensee widmeten sich vor allem zwei Themen: einerseits wurde ein Projekt zur Digitalisierung historisch bedeutender Zeitschriften der Region in die Wege geleitet, andererseits wurde die Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken auf die rechtliche Basis eines Vereins gestellt. Ein Leitbild und Statuten wurden erarbeitet.

Das Gremium der «Ostschweizerischen Kurse für Angestellte in Schul- und Gemeindebibliotheken», Bibliotheksverantwortliche der Kantone Appenzell, Glarus, St. Gallen, Thurgau und des Fürstentums Liechtenstein, organisierte an zwei Sitzungen Aus- und Weiterbildungskurse für Schul- und Gemeindebibliothekare und -bibliothekarinnen.

Öffentlichkeitsarbeit und Kundendienst

Die Landesbibliothek machte im Berichtsjahr durch Veranstaltungen, Lesungen, Vorträge, Ausstellungen, Führungen und Bücherständer auf sich aufmerksam. Nachfolgend eine Auflistung in chronologischer Reihenfolge.

An einer Pressekonferenz am 19. Januar 2006 stellte die Landesbibliothek ihren neuen Internetauftritt der Öffentlichkeit vor. Die Website der Landesbibliothek ist sehr übersichtlich und optisch ansprechend gestaltet und informiert über alle Belange der Bibliothek. Sie bietet Zugriff auf den Online-Bibliothekskatalog und gibt eingeschriebenen Leserinnen und Lesern unter anderem die Möglichkeit, Bücher online aus dem Aussenmagazin zu bestellen oder ausgeliehene Medien vorzumerken.

Am 27. Januar 1945 fand die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau (Polen) statt. Die Regierung rief die Bevölkerung auf, dieses historischen Datums zu gedenken. Aus Anlass dieses Gedenktages präsentierte die Landesbibliothek für alle Interessierten auf einem speziellen Ständer im Eingangsbereich der Bibliothek Medien zum Thema Nationalsozialismus.

Aus Anlass des Weltbuchtags am 23. April 2006 stellte die Landesbibliothek die Lieblingsbücher von Jacqueline Beck, Marco Büchel, Rita Kieber-Beck, Jürgen Kindle, Katja Langenbahn-Schremser, Egon Matt, Mathias Ospelt und Silvia Ruppen aus.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Landesbibliothekarin sowohl vom Rotary Club Liechtenstein, dem Zonta Club Vaduz als auch dem Rotary Club Liechtenstein-Eschnerberg eingeladen, die Landesbibliothek und ihre durch die digitale Welt gewandelten Aufgaben vorzustellen.

Von 31. März bis 13. Mai 2006 präsentierte die Landesbibliothek in ihren Räumlichkeiten die Ausstellung «Zeitenlauf». Gezeigt wurden ausgewählte Werke der Alpha Presse, so genannte «Künstlerbücher». Alle Interessierten waren 31. März 2006 zur Eröffnung der Ausstellung eingeladen, bei der Wol Müller seine Werke vorstellte. Die Ausstellung fügte sich wunderbar in die Bibliotheksräumlichkeiten ein und war recht erfolgreich.

Viele Benutzerinnen und Benutzer nutzten die Gelegenheit, die Künstlerbücher von Wol Müller und seinem Team zu «erfahren», also sie nicht nur zu lesen, sondern sie auch anzufassen, anzusehen und anzuhören.

Als Rahmenveranstaltung zur Ausstellung fand am 7. April eine Klang/Leseperformance statt. Hans-Jörg Rheinberger trug aus seinem neuesten Werk bisher noch unveröffentlichte Gedichte vor, Tobias Rüger begleitete die Lesung musikalisch mit seinem Saxophon. Zu dieser Ausstellung wurde eine Künstlerbuchpublikation mit unveröffentlichten Gedichten von Hans-Jörg Rheinberger aufgelegt.

Die Feierlichkeiten zu 200 Jahre Souveränität Liechtenstein würdigte die Landesbibliothek mit einem Medienständer im Eingangsbereich der Landesbibliothek. Zudem beteiligte sie sich an der Sonderausstellung «Meilensteine der Liechtensteinischen Souveränität 1806-2006» im Landesmuseum: eine Leseecke wurde eingerichtet und lud zum Schmökern in der Literatur zur liechtensteinischen Geschichte ein.

«Alle anderscht – alle gliich» in der Landesbibliothek: Aus Anlass der Jugendkampagne des Europarats «All different – all equal» bot die Landesbibliothek im Oktober auf einem speziellen Bücherständer Literatur für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an. Die Auswahl beinhaltete Romane sowie Sach- und Fachbücher zum Thema Toleranz, Chancengleichheit und politische Mitwirkung von Jugendlichen.

Vom 25. Oktober bis zum 11. November wurden – wie bereits in den vergangenen Jahren – in der Landesbibliothek die an der Frankfurter Buchmesse ausgestellten Medien dem Publikum präsentiert. Die Ausstellung «Frankfurter Buchmesse in Liechtenstein» wurde vom Präsidenten des Kulturbeirats Josef Braun eröffnet.

Zwei gut besuchte Veranstaltungen umrahmten die Ausstellung: Am 30. Oktober las Klaus Koppe aus dem Werk des verstorbenen Autors Ludwig Marxer «Tödliches Dreieck – zehn Kurzgeschichten» und am 9. November bot die Landesbibliothek für Kinder ab vier Jahren Geschichten zum Thema Freundschaft erzählt mit dem japanischen Bilderbuchkoffer «Kamishibai».

Anstelle eines Adventskalenders wurden dieses Jahr täglich Gedichte, Geschichten oder Lieder auf speziellem Papier ausgedruckt und auf einer weihnachtlich geschmückten Tafel ausgestellt.

Der «Weihnachtliche Kindernachmittag», der im Berichtsjahr am 15. Dezember durchgeführt wurde, ist bereits zur Tradition geworden. Am Programm wurde nichts geändert, es hat sich so bestens bewährt: Vorlesen einer weihnachtlichen Geschichte, «Krömle» essen und Tee trinken und abschliessend basteln.

13 Schulklassen aus Liechtenstein und dem St. Galler Rheintal und verschiedene Erwachsenengruppen, insgesamt 215 Personen, wurden im Berichtsjahr durch die Landesbibliothek geführt.

Die Bibliotheksführungen jeweils am ersten Montag und die Schulungen zur Datenrecherche im elektronischen Katalog der Landesbibliothek jeweils am ersten Dienstag des Monats sind auch im Jahr 2006 durchgeführt worden.

Im Eingangsbereich der Landesbibliothek und im 3. Obergeschoss wurden monatlich wechselnde Ausstellungen angeboten, die auf grosses Interesse bei der Benutzerschaft stiessen. So gab es beispielsweise spezielle Medienangebote zu «250 Jahre Mozart», «God save the Queen» zum 80. Geburtstag von Queen Elizabeth II, zum Jahr der Informatik «Interessantes aus der Welt der Computer», «Fussball» zur Fussball-WM in Deutschland und zu einigen weiteren aktuellen Themen.

Ab Ende Oktober stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbibliothek im Liechtensteiner Volksblatt wöchentlich unter der Rubrik «Buchtipp» Neuerwerbungen und Medien zu speziellen Themen vor.

In den Kinos von Balzers und Vaduz wurde während des ganzen Jahres mittels eigens gestalteter Dias Werbung für die Landesbibliothek eingeblendet. Auch an den 17 Abenden des 11. Film Festes auf dem Vaduzer Rathausplatz wurden Werbedias gezeigt.

Beziehungen zu Schulen und kulturellen Institutionen

Insgesamt 13 Schulklassen aus Liechtenstein und der Region wurden während des ganzen Jahres durch die Landesbibliothek geführt. Fast 200 Schülerinnen und Schüler lernten dabei das vielfältige Angebot und die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung kennen, 64 davon haben sich aufgrund dieser Führungen als neue Benutzerinnen und Benutzer der Landesbibliothek eingeschrieben.

Die Arbeitsgruppe «Frankfurter Buchmesse» wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Sie bereitete die Teilnahme Liechtensteins an der Frankfurter Buchmesse mit einem eigenen Länderstand vor. Die in Frankfurt präsentierten Medien wurden in der Zeit vom 25. Oktober bis 11. November in der Landesbibliothek ausgestellt.

Die vom Kulturressort der Regierung veranstalteten «Gesprächsrunden Kultur» boten Gelegenheit zum Informations- und Gedankenaustausch zwischen den Vertretern und Vertreterinnen der liechtensteinischen Kulturinstitutionen.

Schul- und Gemeindebibliotheken

Die Kommission für die Ausbildung von Angestellten in Gemeinde- und Schulbibliotheken führte im Jahr 2006 erstmals einen dreitägigen Einführungskurs durch, der sich an Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger in Schul- und Gemeindebibliotheken ohne oder mit nur wenig Bibliothekserfahrung richtete. Er vermittelte erste Grundkenntnisse für die praktische Arbeit und bot an zwei Tagen Einblick in die Bereiche Benutzung, Bestand und Katalogisierung. Am dritten Kurstag wurden im Rahmen von Besichtigungen zwei verschiedene Bibliothekssysteme vorgestellt, die in der Region Ostschweiz verbreitet sind.

Zudem wurden zwei Leitungskurse für Bibliothekarinnen und Bibliothekare SAB (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken) und diverse Weiterbildungskurse durchgeführt.

Die Ausbildung für Angestellte in Schul- und Gemeindebibliotheken wird getragen von den Bibliotheksverantwortlichen der Kantone Appenzell Inner- und Ausserrhoden, Glarus, St. Gallen, Thurgau und des Fürstentums Liechtenstein. In dem für die Vorbereitung und Durchführung dieser Kurse zuständigen Gremium vertrat die Landesbibliothekarin Liechtenstein. Für Liechtenstein ist mindestens ein Ausbildungsplatz zugesichert.

In den liechtensteinischen Schul- und Gemeindebibliotheken wurden 2006 insgesamt 49 599 Medien (Vorjahr: 47 283) ausgeliehen, damit konnte die Gesamtausleihzahl um fast 5 % gesteigert werden. Besonders hervorzuheben ist die Bibliothek der Hochschule Liechtenstein, die mit einer Ausleihe von 6 564 Medien (Vorjahr: 5 253) eine Steigerung von knapp 25 % nachweisen kann.

Kinder- und Jugendbibliothek

Im Berichtsjahr wurden für die Kinder- und Jugendbibliothek für 16 771 Franken insgesamt 691 Medien angekauft: 487 Bücher, 54 Videos, 74 CD-ROMs und 76 Hörbücher. Für die Bücher wurden 10 214 Franken, für die Nonbooks 6 557 Franken aufgewendet.

Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 20 Jahren sind nach wie vor mit insgesamt 1 023 Personen die eifrigste Bibliotheksbenutzerschaft, sie stellen 22.25 % der aktiven Leserinnen und Leser. 9 510 Kinder- und Jugendbücher stehen 27 567 Ausleihen gegenüber, das bedeutet, dass im Durchschnitt jedes Kinder- und Jugendbuch aus dem Freihandbereich im Berichtsjahr beinahe dreimal ausgeliehen wurde.

Um leseschwache Jugendliche zu fördern und für sie Anreiz zum Lesen zu schaffen, erwarb die Landesbibliothek so genannte «Easy-Books». Diese in einem einfacheren Wortschatz gehaltenen, nicht allzu seitenstarken Bücher handeln von aktuellen Themen, die Jugendliche interessieren und ansprechen. Dieser neue Bestand wird mit dem speziellen Stoffkreiskleber «Easy-Book» gekennzeichnet und an gesondertem Platz in der Jugendbibliothek aufgestellt.

Jeweils am 28. Juni und am 8. November organisierte die Landesbibliothek Lesungen für Kinder ab 4 Jahren mit Brigitte Marxer, die mit dem japanischen Bilderbuchkoffer «Kamishibai» spannende Geschichten zu wunderbaren Illustrationen erzählte.

Am 15. Dezember fand der traditionelle Weihnachtsnachmittag statt. Ulla Racz, Primarschullehrerin, las die Geschichte «Kommt ein Engel geflogen» von Ulrike Kaup und Daniele Winterhager vor, eine Kollegin untermalte die Erzählung mit Klängen aus dem Saxophon. Gestärkt mit Krömle und Tee durften anschliessend alle Kinder weihnachtliche Scherenschnitte basteln.

Kataloge und Verzeichnisse

Die Graphiksammlung von rund 800 Blättern und der Bestand der Bibliothek des «Rings der Liechtensteinsammler» wurden vollständig im Online-Bibliothekskatalog verzeichnet.

Die Liechtensteinische Bibliographie wird nicht mehr in gedruckter Form vorgelegt, sondern fortan allein im Bibliothekskatalog veröffentlicht. Gegenwärtig sind die Daten in der normalen Abfrage im vollen Umfang zugänglich. Sobald die neue Version des elektronischen Bibliothekssystems Aleph komplett installiert ist, werden die technischen Möglichkeiten einer gesonderten Bibliographie-Abfrage geprüft.

Die Sammlung Liechtenstein-Literatur in Form von kurzen Beiträgen in Zeitschriften und Monographien wurde fortgesetzt. Von den rund 1 300 Titeln sind noch etwa 250 zu rekatalogisieren. Seit diesem Jahr liefern viele Bibliotheken die bestellten Texte vermehrt als digitalisierte Dateien. Es ergeben sich daraus Probleme der Sicherung, des Copyrights, und damit verknüpft der Weitergabe an die Benutzerinnen und Benutzer. Diese Fragen werden gegenwärtig geklärt.

Im Berichtsjahr wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbibliothek im elektronischen Katalog insgesamt 26 750 Titelaufnahmen bearbeitet. Hier machte sich die Abwesenheit der 3 Bibliothekarinnen auf Mutterschaftsurlaub besonders deutlich bemerkbar: im Vorjahr waren es 35 295 Titelaufnahmen. Davon wurden 5 738 (Vorjahr: 6 372) Titelaufnahmen neu erstellt, 20 119 (Vorjahr: 27 818) Katalogisate wurden überarbeitet. Fast 900 Aufnahmen für Medienreihen, Verweise und Bestandesangaben wurden erstellt. Diese Daten werden nicht über das Bibliothekssystem Aleph, sondern von den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren anhand von Strichlisten erhoben. Sie sind daher nur als richtungweisend zu betrachten.

Die Katalogabfrage über den Online-Bibliothekskatalog hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Immer mehr Benutzerinnen und Benutzer greifen für Medienrecherchen von zu Hause auf den Bibliothekskatalog zu, aber auch um Medien vorzumerken oder zu verlängern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbibliothek und der Zweigbibliotheken recherchieren über eine spezielle Arbeitsoberfläche. Die Statistik zeigt, dass es bei den Abfragen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger häufig zu «zu viele Treffer» oder «kein Resultat» als bei der weniger geübten Leserschaft führt.

Wurden 2003 insgesamt 267 231 Katalogabfragen durchgeführt, so waren es 2006 bereits 568 150, also mehr als doppelt so viele. Pro Tag wird im Durchschnitt 1 557 mal auf den Katalog zugegriffen.

Elektronische Datenverarbeitung

Anfang Jahr konnte die neue Homepage der Landesbibliothek in Betrieb genommen werden. Diese wurde am 19. Januar anlässlich einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Scannen von Inhaltsverzeichnissen wurde auch im Berichtsjahr vorangetrieben. Zusätzlich zu den eigenen Sachbüchern wurden während der Sommerferienzeit für die Hochschule Liechtenstein von 1 000 Titeln die Inhaltsverzeichnisse gescannt und seit diesem Zeitpunkt

jeweils auch deren Neuerwerbungen. Per Ende 2006 waren von total 26 000 Büchern die Inhaltsverzeichnisse gescannt. Diese stehen jeweils am nächsten Tag der Leserschaft über unseren Katalog zur Verfügung.

Die Umstellung auf die Aleph Version 16 nahm viel Zeit in Anspruch. Dies nicht zuletzt, weil massgebliche Teile neu erstellt wurden und auf unserer Seite dementsprechend neu konfiguriert und angepasst werden mussten. Dies betraf vor allem den Formulardruck, die öffentlich zugängliche Katalogabfrage über das Internet sowie die Benutzeroberfläche für die Bibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Die Änderungen der Benutzeroberfläche waren so gross, dass eine eingehende Schulung für das Personal der Landesbibliothek und aller Zweigbibliotheken notwendig war. Diese konnte vom 7. bis 9. Juni gruppenweise im Schulungsraum des APO von Pierre Gavin durchgeführt werden. Herr Gavin steht als Systembibliothekar der Landesbibliothek seit vielen Jahren unterstützend zur Seite. Diese Schulungen führte er auch für die Deutschschweizer Hochschulen durch.

Ende August fand an der ETH Zürich die jährlich durchgeführte Tagung der deutschsprachigen Aleph-Anwendergruppe DACH statt, an der Meinrad Büchel und Barbara Vogt teilnahmen.

Im September startete die Landesbibliothek mit dem EU-Projekt «European Digital Library» (EDL). Dieses Projekt hat zum Ziel, Liechtenstein-Literatur in Zukunft über das Portal «The European Library» der CENL (Conference of the European National Librarians) zugänglich zu machen und soll zudem Unterstützung bei der Einbindung digitaler Sammlungen in den Bibliothekskatalog bieten.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Bibliothek der Finanzmarktaufsicht verzeichnen ab 2006 ihre Medien als neue Zweigbibliotheken im Bibliothekssystem Aleph. Die Bibliothek der Stabsstelle für Chancengleichheit ist eine weitere Bibliothek im Verbund Liechtensteiner Bibliotheken, deren Publikationen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Im Berichtsjahr überschritten die Zweigbibliotheken die 100 000-Exemplare-Schwelle: am Jahresende wies der Bibliothekskatalog Aleph für die Zweigbibliotheken 100 648 Exemplare nach.

Europabibliothek

Im Jahr 2006 wurden für die Europabibliothek 117 Bücher, 2 Werkausgaben und 41 Lieferungen zur Fortsetzung angekauft sowie 10 Zeitschriftenabonnements geführt. Für den Ankauf der Fachliteratur und für die Abonnements von Zeitschriften und CD-ROM-Ausgaben erhält die Landesbibliothek 50 % Subvention aus dem Wirtschaftsförderungsfonds. Insgesamt wurden CHF 18984.13 für Literaturbeschaffung und -bearbeitung aufgewendet.

Patentbibliothek

Im Berichtsjahr wurden 43 Recherchen in den CD-ROM-Datenbanken Espace A, Espace B, Espace CH, US Patent Images, Espace World und PAJ (Patent Abstracts of Japan) durchgeführt. Da bereits sehr viele Datenbanken online zur Verfügung stehen, verlagert sich ein grösserer Teil der Abfragen zum Internet. Aus dem Ausland verzeichnete die Landesbibliothek 18 Anfragen bezüglich liechtensteinischer Patente und Marken. Sie wurden entweder an das IGE (Institut für Geistiges Eigentum) Bern oder an das Amt für Volkswirtschaft weitergeleitet.

Werkstatt, Kulturgüterschutz, Restauration

Am 11. Mai wurde eine weitere Ladung der vom Papierzerfall bedrohten liechtensteinischen Zeitungen und Bücher abgeholt, um in der Massenentsäuerungslage in Wimmis behandelt zu werden.

Werkstattarbeiten

Im Berichtsjahr wurden 3 433 Bände mit Klarsichtfolie überzogen, um 365 Bände weniger als im Vorjahr. Ansteigend ist die Anzahl der Buchreparaturen, was bis zu einem gewissen Grad auf die Steigerung der Ausleihzahlen zurückzuführen ist.

Personal

Der Personalbestand der Landesbibliothek blieb im Berichtsjahr unverändert. In der Landesbibliothek arbeiten 15 Personen, davon 8 in einer Teilzeitanstellung. Zudem werden 3 Lernende zu Informations- und Dokumentationsassistentinnen ausgebildet. An den monatlichen Personalsitzungen wurde über neue Entwicklungen informiert, aktuelle Fragen und anstehende Probleme wurden besprochen.

Eine Mitarbeiterin befindet sich seit März 2006 im Krankenstand, 3 Mitarbeiterinnen bekamen im Zeitraum von Juni bis August Nachwuchs und nahmen anschliessend daran Mutterschaftsurlaub. Zur Stellvertretung wurde eine Informations- und Dokumentationsassistentin befristet von September 2006 bis Januar 2007 eingestellt. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten Tagungen und Weiterbildungskurse.

Die Ausbildung zum Beruf Informations- und Dokumentationsassistent/-assistentin wird von der Landesbibliothek mit grossem Einsatz wahrgenommen. Sie leistet hier einen wichtigen, im Verhältnis zum Personalbestand sehr grossen Beitrag zur beruflichen Ausbildung der liechtensteinischen Jugend. Eveline Weigand, für die Ausbildung verantwortlich, nahm an den von den schweizerischen Fachverbänden organisierten Lehrmeistertreffen teil.

Im Laufe des Jahres 2006 absolvierten 6 Jugendliche, die sich für den Beruf Informations- und Dokumentationsassistentin/-assistent interessierten, zumindest einen Schnuppertag in der Liechtensteinischen Landesbibliothek und erhielten Einblick in den gesamten Betrieb.

Während der Sommerferien standen für einige Wochen 2 Studentinnen als Ferialpraktikantinnen im Einsatz. Sie ergänzten bereits vorhandenene Inventarlisten, führten die Liechtensteiner Autorenlisten nach,

prägten die von der Entsäuerung aus Wimmis zurückgebrachten Liechtenstein-Bücher und ordneten sie wieder an ihren Standplatz im Kulturgüterschutzraum ein. Zudem halfen sie beim Scannen der Inhaltsverzeichnisse mit.

Anschaffungen

Im Jahr 2006 verfügte die Landesbibliothek wie im Vorjahr über einen staatlichen Kredit von CHF 256 000 zum Ankauf von Medien. Anschaffungen über den Kreditrahmen hinaus werden durch Spenden finanziert.

Dem nach wie vor steigenden Interesse an Hörbüchern wurde durch die Anschaffung von Sachhörbüchern Rechnung getragen. Sie bilden eine von vielen Benutzerinnen und Benutzern gewünschte Ergänzung zu den belletristischen Hörbüchern.

Verteilung der Mittel für Medienanschaffung 2006

Gebundene Mittel total	**CHF**	**80 786.33**
Zeitschriften, Lieferungs- und Fortsetzungswerke, laufende Serien und Werkausgaben		64 251.98
CD-ROM-Produkte (zur Fortsetzung)		16 534.35
Freie Mittel total	**CHF**	**179 597.26**
Bücher (ausser Sonderanschaffungen)		127 026.92
Audiovisuelle Medien		9 742.55
CD-ROM-Werke (einmalig, abgeschlossen)		5 267.36
CDs, Tonkassetten		8 461.31
Mikrofilmreproduktionen		-
Sonderanschaffungen (Antiquariat, Bibliophiles, grössere Werke)		19 572.15
Europabibliothek (nur freie Mittel)		9 526.97
Total Anschaffungen	**CHF**	**260 383.59**

Spenden und Beiträge

Auch im Berichtsjahr durfte die Landesbibliothek vielseitige Unterstützung durch Buchgaben und Geldspenden erfahren. Dafür sei allen Donatoren auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Landesbibliothek als Zentrum des Bibliothekswesens in Liechtenstein ist immer bestrebt, den Schul- und Gemeindebibliotheken bei bibliothekarischen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es freut uns, dass die Gemeinden uns ihre Wertschätzung entgegen bringen.

Zuwachszahlen 2006

Zuwachs an Medien

	Kauf	Geschenk	Tausch	Belegexemplar	Total
Freihandbibliothek und Magazine					
Bücher	3 030	472	19	487	4 008
Videokassetten	229	1	-	22	252
CD-ROMs	68	1	-	11	80
Hörbücher	341	2	-	16	359
Bilder	13	-	-	-	12
Landkarten	3	1	-	2	6
Mikroformen	-	-	-	-	-
Zeitschriften[1)]	51	6	6	37	100
Multimediapakete	2	-	-	-	2
Gesamttotal	**3 737**	**483**	**25**	**575**	**4 820**
Davon: Liechtensteinensia					
Bücher	253	107	-	487	847
Videos	2	-	-	22	24
CD-ROMs	2	1	-	11	14
Hörbücher / Musik	19	2	-	16	37
Bilder	13	-	-	-	13
Landkarten	3	1	-	2	6
Mikroformen	-	-	-	-	-
Zeitschriften	19	2	-	37	58
Total Liechtensteinensia	**311**	**113**	**-**	**575**	**999**
Depotbibliotheken					
Landes-Lehrer-Bibliothek					

[1)] Zeitschriften: Statistik nicht aussagekräftig, da hier nur Exemplare gezählt werden.

Benutzung

Die Ausleihstatistik 2006 weist wiederum eine kleine Steigerung der Ausleihen nach: 140 811 Ausleihvorgänge konnten registriert werden, das sind um 3.38 % oder 4 605 Ausleihvorgange mehr als im Vorjahr (136 206). An 245 Tagen wurden durchschnittlich 575 Ausleihen und Verlängerungen vorgenommen. Mit diesem Ergebnis kann die Landesbibliothek sehr zufrieden sein, da es zeigt, dass das Angebot von der Einwohnerschaft Liechtensteins und der Region äusserst positiv aufgenommen wird.

Nach wie vor machen den grösseren prozentualen Anteil an der Ausleihe Bücher (58.4 %) aus, die verbleibenden 41.6 % verteilen sich folgendermassen auf die audiovisuellen Medien: 12.4 % Hörbücher, 26.2 Prozent Videos, 2.6 % CD-ROMs und 0.4 % Zeitschriftenbände. Im Durchschnitt wurde jedes Medium aus dem Freihandbestand 1.95 mal ausgeliehen. Bei den audiovisuellen und digitalen Medien betrug die Ausleihquote sogar 6.48 %. Die Ausleihe aus dem Aussenmagazin Pflugstrasse beträgt 0.85 %. Aus dem Sachbuchbereich wurden die Bücher des Bereichs angewandte Wissenschaften und Medizin weitaus am häufigsten entlehnt (22.6 %), gefolgt vom Bereich Geografie und Landeskunde (13.3 %) und den Bereichen Philosophie und Psychologie (13 %).

Trotz steigender Ausleihzahlen ging im Berichtsjahr die Zahl der aktiven Leserinnen und Leser zurück. Waren es 2005 4 789 Personen, die die Landesbibliothek zumindest einmal im Lauf des Jahres besuchten, so trifft dies 2006 nur mehr auf 4 598 Personen zu. Leider sind es die in Liechtenstein wohnhaften Personen, die weniger

häufig in die Bibliothek kommen, denn die Anzahl der Benutzerinnen und Benutzer aus den umliegenden Regionen konnte auf 1 743 Personen (Vorjahr: 1 680) gesteigert werden. Somit kommen fast 38 % unserer Leserschaft aus dem benachbarten Ausland, 1 610 Personen davon aus der Schweiz, 125 aus Österreich und 8 Personen stammen aus anderen Ländern.

Rückläufig sind die Benutzerinnen und Benutzer der Altersgruppe bis 50 Jahre, alle weiteren Altersgruppen konnten einen Zuwachs erfahren, 79 Personen kommen aus der Gruppe der über 70-jährigen Personen, um 14 Personen mehr als im Vorjahr. Für uns bedeutet dies einerseits, den Bedürfnissen und Wünschen der älteren Benutzerschaft weiterhin nachzukommen, andererseits müssen Wege gefunden werden, den jüngeren Leserinnen und Leser trotz der enormen Konkurrenz des Internets durch attraktive Angebote und Dienstleistungen den Bibliotheksbesuch wieder schmackhafter zu machen.

Um den Benutzerinnen und Benutzern die Auswahl bei den Hörbüchern zu erleichtern, wurden im Berichtsjahr alle literarischen Hörbücher (Hörbücher für Kinder, Jugendliche und Erwachsene) mit Stoffkreisklebern versehen und somit thematisch zugeordnet. Die Sachhörbücher, die seit Herbst 2006 ein neues Medienangebot der Landesbibliothek darstellen, werden wie auch die Sachbücher mittels der Dezimalklassifikation sachlich erschlossen.

Im Sachbuchbereich im 3. OG konnte durch neue Regalbeschriftungen die Benutzungsfreundlichkeit erheblich verbessert werden. An den Stirnseiten der Bücherregale wurden Plakate angebracht, auf denen eine Übersicht über den im Regal aufgestellten Bestand aufgeführt ist. Ausserdem wurden die Sachbereiche mit grossen, weithin sichtbaren Plakaten in Plexiglastafeln angeschrieben, die die Suche nach einem Sachbereich wesentlich erleichtern.

Interbibliothekarischer und internationaler Leihverkehr
Über den interbibliothekarischen Leihverkehr wurden im Berichtsjahr 713 Einheiten (Bücher, Zeitschriften, Fotokopien) für die Benutzerschaft der Landesbibliothek besorgt. Aus den eigenen Beständen wurden 96 Einheiten an andere Bibliotheken ausgeliehen.

Bibliotheken, die bei uns Titel über den interbibliothekarischen Leihverkehr beziehen, haben die Möglichkeit, sich als Benutzer im Bibliothekssystem Aleph einschreiben zu lassen. So können diese Bibliotheken ihre Fernleihaufträge auch direkt über die Internet-Katalogabfrage platzieren.

Landes-Lehrer-Bibliothek
Josef Eberle, der bisherige Präsident der Landes-Lehrer-Bibliothek, trat Anfang 2006 in den Ruhestand. Da seine Nachfolge noch nicht geklärt ist, fand 2006 keine Sitzung der Kommission der Landes-Lehrer-Bibliothek statt.

Im Berichtsjahr entschied die Landesbibliothekarin nach Rücksprache mit dem Schulamt über den Medienerwerb und neue Zeitschriftenabonnements zu den Themen Pädagogik, Geschichte der Pädagogik und Psychologie. Der staatliche Anschaffungskredit für diese von der Landesbibliothek verwaltete Bibliothek war mit CHF 5 000 festgelegt. Damit wurden 103 Bücher, 4 Lieferungen zur Fortsetzung und 2 Zeitschriftenabonnements finanziert. Ausgeliehen wurden 898 Titel.

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Neuanschaffungen auf einem Bücherständer im Eingangsbereich der Landesbibliothek präsentiert. Über das Schulamt lud die Landesbibliothek die Lehrerschaft ein, sich über die neuen Medien zu informieren.

Depotbibliotheken
Mitte Oktober 2005 begann eine Informations- und Dokumentationsassistentin mit der Katalogisierung der Bücher des «Rings der Liechtensteinsammler». Im Frühjahr 2006 konnte die Arbeit abgeschlossen werden. Somit ist der gesamte Bestand dieser Depotbibliothek im Bibliothekskatalog Aleph verzeichnet und über das Internet abfragbar.

Anhang

Ausleihstatistik

	2004	2005	2006	2006 Anteil %
Freihandbereich				
Erwachsene				
Sachbücher	19 283	17 899	19 731	17.29
Liechtensteinensia	978	1 020	1 124	0.99
Deutschsprachige Literatur	11 625	11 596	11 648	10.21
Französische Literatur	250	159	296	0.26
Englische Literatur	679	612	731	0.64
Italienische Literatur	50	62	107	0.09
Spanische Literatur	83	151	120	0.11
Taschenbücher	3 007	3 055	3 606	3.16
Nonbooks (Videos, CDs, CD-ROMs)	31 340	32 459	31 408	27.53
Kinder, Jugend				
Sachbücher und Belletristik	28 550	29 161	27 578	24.17
Nonbooks (Videos, CDs, CD-ROMs)	15 484	14 714	15 345	13.45
Total Freihandbereich	**111 329**	**110 888**	**111 694**	**97.89**
Magazine				
Aussendepot	1 008	1 157	974	0.85
Magazin im Haus (Liechtensteinensia)	1 070	1 155	1 434	1.26
Total Magazine	**2 078**	**2 312**	**2 408**	**2.11**

	2004	2005	2006	2006 Anteil %
Total ausgeliehene Medienaus eigenen Beständen	113 407	113 200	114 102	100
Total Fristverlängerungen für ausgeliehene Medien aus eigenen Beständen	19 987	23 006	26 709	
Total Ausleihvorgänge) ohne Interbibliothekarischen Leihverkehr**	**133 394**	**136 206**	**140 811**	

**) Das alte Ausleihsystem zählte eine Fristverlängerung als erneute Ausleihe. Die Ausleihe in den Lesesaal wurde statistisch nicht erfasst.

Interbibliothekarischer Leihverkehr

	2003	2004	2005	**2006**
gebende Fernleihe aus eigenen Beständen	123	101	98	**96**
nehmende Fernleihe aus ausländischen Bibliotheken vermittelt	633	655	685	**713**

Ausleihe nach Medienarten (Freihandbereich)

	2005		2006	
	Ausleihe	Anteil %	Ausleihe	Anteil %
Nonbooks (Videos, CDs, CD-ROMs)	47 677	42.12	47 467	41.60
Bücher	65 523	57.88	66 635	58.40
Total	113 200	100.00	114 102	100.00

Ausleihe Bücher nach Sachgebiet (Freihandbereich, ohne Liechtensteinensia)

	2005		2006	
	Ausleihe	Anteil %	Ausleihe	Anteil %
Kinder, Jugend				
Belletristik	25 088	40.08	23 738	37.02
Sachbücher	3 380	5.40	3 355	5.23
Erwachsenenbibliothek				
Belletristik	15 857	25.34	16 508	25.74
Sachbücher	18 264	29.18	20 523	32.01
Total	**70 289**	100.00	**64 124**	100.00

Aufteilung Sachbücher		2005		2006	
DK0	Allgemeines	262	1.46	433	2.20
DK1	Philosophie/ Psychologie	1 971	10.96	2 570	13.04
DK2	Religion/ Theologie	873	4.85	500	2.54
DK3	Sozialwissenschaften/ Politik	2 620	14.56	2 550	12.94
DK5	Mathematik/ Naturwissenschaften	656	3.65	778	3.95
DK6	Angewandte Wissenschaften	3 427	19.05	4 461	22.63
DK7	Kunst/ Musik/Spiel	1 906	10.59	2 175	11.04
DK 796-799	Sport	995	5.53	1 098	5.57
DK8	Sprache/ Literatur	727	4.04	702	3.56
DK91	Geographie	3 084	17.14	2 626	13.32
DK92	Biographien	957	5.32	631	3.20
DK93-99	Geschichte	410	2.28	546	2.77
Ohne DK		103	0.57	640	3.25
Total		**25 964**	100.00	**19 710**	100.00

Bibliotheksbenutzung 1996-2006

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausleihe aus eigenen Beständen	75 847	75 849	72 906	87 649	91 435	88 953	104 896	104 281	113 407	113 200	114 102
Verlängerungen[1)]						10 028	12 401	15 921	19 987	23 006	26 709
Ausleihe - davon an ausländische Bibliotheken[2)]	(670)	(610)	(1085)	(811)	(240)	(102)	(81)	(123)	(101)	(98)	(96)
Ausleihe aus ausländischen Bibliotheken	1 730	1 310	1 224	1 318	857	811	731	633	655	685	713
Total Ausleihe	**77 577**	**77 159**	**74 130**	**88 967**	**92 292**	**99 792**	**118 028**	**120 835**	**134 049**	**136 891**	**141 524**
neu eingeschriebene Leser und Leserinnen	1 020	723	1 035	1 115	1 145	1 110	933	876			
aktive Leserinnen und Leser	4 095	3 993	3 772	4 029	4 064	4 219	4 542	4 583	4 807	4 789	4 598
Ausleihtage	246	237	240	239	246	242	242	243	244	243	245
Ausleihvorgänge pro Tag	315	326	309	372	377	412	488	497	549	563	578

1) ab 2001 werden Verlängerungen getrennt aufgeführt

2) ist bereits im Wert «Ausleihe aus eigenen Beständen» enthalten

Liechtensteinisches Landesmuseum

Präsidentin: Irene Lingg-Beck
Museumsleiter: lic. phil. Norbert W. Hasler

Das Berichtsjahr ist gekennzeichnet von einem markanten Wechselausstellungsprogramm, einer abwechslungsreichen Veranstaltungsagenda und dem Abschluss mehrerer grosser Publikationsprojekte.

Stiftungsrat und Museumskommission
In der Sitzung vom 7. März 2006 wurde der Stiftungsrat des Liechtensteinischen Landesmuseums durch die Liechtensteinische Regierung für die Mandatsperiode 2006 bis 2010 neu bestellt.
In den Stiftungsrat gewählt wurden:
– Mag. Eva-Maria Bechter, Triesen
– Dr. Mario F. Broggi, Triesen
– Christa Eberle, Triesenberg
– Michael Goop, Triesen
– Irene Lingg-Beck, Planken (Präsidentin)
– Christel Hassler, Schellenberg (bisher)
– Luise Walser, Vaduz (bisher)

Der Stiftungsrat nahm seine statutarischen Geschäfte an insgesamt vier Sitzungen wahr. In der konstituierenden Sitzung vom 12. April 2006 wurde Irene Lingg-Beck zur Präsidentin des Stiftungsrates gewählt.

Im März 2006 endete die Mandatsdauer der Museumskommission. In der Sitzung vom 16. Mai 2006 wurde die Museumskommission durch den Stiftungsrat wie folgt neu bestellt:
– Petra Büchel, Triesen
– Josef Eberle, Triesenberg
– Silvio Hoch Triesen

Der Vorsitz der Museumskommission liegt gemäss Statuten beim Leiter des Landesmuseums, lic. phil. Norbert W. Hasler.

Die scheidenden, langjährigen Mitglieder des Stiftungsrates und der Museumskommission wurden in einer würdigen Feier durch den Direktor des Landesmuseums und Mitarbeiter verabschiedet.

Verwaltung
Das Museumsjahr 2006 stand sehr stark im Zeichen des Jubiläums «200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806 bis 2006». Das Liechtensteinische Landesmuseum war durch lic. phil. Arthur Brunhart, Stv. Direktor des Landesmuseums und wissenschaftlicher Mitarbeiter, im Organisationskomitee vertreten. Zahlreiche Projekte des Liechtensteinischen Landesmuseums hatten direkten Bezug zu diesem Jubiläum.

Wie in der Vergangenheit war das Landesmuseum auch 2006 wieder häufige Anlaufstelle für Anfragen und stand mit Rat und Tat, mit Fachwissen und Bildmaterial aus dem stetig wachsenden Bildarchiv für Publikationen, Filme, Ausstellungen etc. zur Verfügung.

Museumspersonal
Das Landesmuseum konnte auch im Berichtsjahr im wesentlichen auf die bewährte Mitarbeit des seit der Neueröffnung 2003 bestehenden Teams zählen. Den Kassa- und Aufsichtsdienst verliessen auf eigenen Wunsch zwei Mitarbeiterinnen, wovon eine in den Aufsichtsdienst des Postmuseums wechselte. Am 1. Dezember 2006 traten zwei neue Mitarbeiterinnen in den Kassa- und Aufsichtsdienst ein.

Durch die Eingliederung des Postmuseums des Fürstentums Liechtenstein in die Stiftung Liechtensteinisches Landesmuseum, die auf 1. Januar 2006 erfolgte, wurde eine Mitarbeiterin als Kuratorin des Postmuseums sowie fünf Mitarbeiterinnen im Aufsichtsdienst des Postmuseums in das Mitarbeiterteam des Liechtensteinischen Landesmuseums aufgenommen, das somit über 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 21 davon mit Teilzeitbeschäftigung, verfügt.

Auch im Jahr 2006 bot das Landesmuseum zwei Praktikantinnen die Möglichkeit zur Mitarbeit in den vielfältigen Museumsaufgaben. Die beiden Praktikantinnen konnten unter der Anleitung des Museumsrestaurators Thomas Müssner Einblick in den aufwendigen Restaurierungsprozess der Wachssammlung des Landesmuseums nehmen sowie sich am Aufbau der Sonderausstellung «Meilensteine der liechtensteinischen Souveränität» beteiligen und somit erste und wertvolle Museumserfahrungen sammeln.

Museumsleiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an zahlreichen kulturellen Veranstaltungen, Vernissagen, Museumsbesuchen, Tagungen etc. als Teilnehmer und Vertreter des Liechtensteinischen Landesmuseums teil. In zahlreichen kulturellen Projekten ausserhalb des Museums war die Mitarbeit des Museumsdirektors wie seines Stellvertreters auch im Berichtsjahr gefragt.

Veranstaltungen, Museumsevents und Besuche
Das Berichtsjahr war wiederum reich an Veranstaltungen und Events ganz unterschiedlicher Art im Landesmuseum und machte dieses zu einem gern besuchten Ort der Begegnung. Auch über 2006 gibt die Homepage in Rückschau und Fotogalerie laufend einen aktuellen Einblick in die vielfältigen Veranstaltungen. Diese wird auch im Jahre 2007 weitergeführt. Eine Vorschau weist jeweils auf die kommenden Veranstaltungen hin.

Vom 13. bis 15. Januar 2006 fand im Landesmuseum eine Fachtagung der Arbeitsgruppe für Klinische Paläopathologie statt mit «Diagnostikübungen an Skeletten aus Eschen». Vorbereitet wurde die Tagung von lic. phil. II. Marianne Lörcher, Anthropologin bei der Archäologie FL und freie Mitarbeiterin beim Liechtensteinischen Landesmuseum.

Am 27. Januar 2006 führte die Regierung erstmals die Holocaust Gedenkstunde im Mediensaal des

Liechtensteinischen Landesmuseums durch, zu dem zahlreiche Besucherinnen und Besucher des In- und Auslandes erschienen waren.

Die Naturkundliche Forschung stellte am 8. Februar 2006 im Medienraum des Landesmuseums im Auftrag des Amtes für Wald, Natur und Landschaft und der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft Liechtenstein-Sargans-Werdenberg den 22. Forschungsband vor, der der einheimischen Vogelwelt gewidmet ist.

Am 8. Februar 2006 durften lic. phil. Eva Pepic, Präsidentin des Stiftungsrates, und lic. phil. Norbert W. Hasler, Museumsdirektor, in den Räumen der Verwaltungs- und Privatbank in Triesen verdankenswerterweise vier Gemälde von Prof. Eugen Jussel, Feldkirch, und Anton Ender, aus den Händen von Fürstl. Rat Hans Brunhart, Verwaltungsratspräsident der Verwaltungs- und Privatbank, für die Sammlungen des Landesmuseums übernehmen. Auch an dieser Stelle ein herzlicher Dank an den Donator.

Am 27. Februar 2006 konnte der Museumsdirektor Prälat Prof. Dr. Georg Ratzinger aus Regensburg in Begleitung mehrerer Stiftungsräte der Peter Kaiser Gedächtnisstiftung im Landesmuseum begrüssen. Nach einem Rundgang durch ausgewählte Teile der Dauerausstellungen spielte Prälat Georg Ratzinger auf der Historischen Orgel im Barocksaal, der Museumsdirektor fungierte als Orgelkalkant.

Im Rahmen der eindrücklichen Sonderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern – Spätrömische Kastelle im Bodenseeraum, die bis zum 7. Mai 2006 im Landesmuseum zu sehen war, fand am 8. März 2006 ein Vortrag statt von Dr. Jörg Heiligmann, Leiter des Archäologischen Landesmuseums Konstanz – eine Aussenstelle des Badenwürttembergischen Landesmuseums Stuttgart zum Thema «Der Bodenseeraum im 3. und 4. Jahrhundert n. Chr.».

Im Rahmen der Reorganisation des Postwesens im Fürstentum Liechtenstein und der damit verbundenen Aufhebung des Amtes für Briefmarkengestaltung, dem das Postmuseum bisher angegliedert war, wurde auf 1. Januar 2006 das Postmuseum und seine Sammlungen in die Stiftung Liechtensteinisches Landesmuseum integriert. Das Postmuseum ist die zweite Aussenstelle des Landesmuseums und administrativ diesem unterstellt. Das Postmuseum wird weiterhin durch die Kuratorin Erika Babaré betreut. In Anwesenheit von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland wurde am 9. März 2006 im Rahmen einer Feier die Eingliederung des Postmuseums offiziell durchgeführt.

Am 10. März 2006 führte lic. phil. II. Marianne Lörcher, Mitglied des FührerInnenteams des Landesmuseums, Gäste der Firma Swarovski durch die Ausstellungen.

Am 21. März 2006 fand im Rahmen der Sonderausstellung «Im Schutz mächtiger Mauern – Spätrömische Kastelle im Bodenseeraum» in Zusammenarbeit mit den Archäologen Hansjörg Frommelt und Mag. Ulrike Mayr, der Museumspädagogin und Archäologin Dr. Gudrun Schnekenburger aus Konstanz und der Schulleitung ein «Römertag» der Realschule Triesen im Liechtensteinischen Landesmuseum statt.

Dr. Timo Hembach, Archäologe und Kurator der Sonderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern – Spätrömische Kastelle im Bodenseeraum», hielt am 22. März 2006 im Landesmuseum einen weiteren Vortrag zum Thema «Zeit des Umbruchs – Der Bodenseeraum auf dem Weg von der Spätantike ins frühe Mittelalter».

Ein besonderer Anlass des Landesmuseums fand am 24. März 2006 mit der Präsentation der Faksimile-Edition der Helbert-Chronik - einem Gemeinschaftswerk der Gemeinde Eschen und des Liechtensteinischen Landesmuseums - im Rahmen der Veranstaltungen «200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806 – 2006» im Gemeindesaal von Eschen statt.

Die erste umfassende Gesamtausgabe der Helbert-Chronik stiess auf ein sehr reges Interesse in der Bevölkerung.

Am 2. April 2006 hielt lic. phil. Arthur Brunhart, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Landesmuseum und Bearbeiter und Redaktor der Helbert-Chronik, einen Vortrag zum Thema «Helbert und seine Chronik auf dem geschichtlichen Hintergrund». Die Veranstaltung, die im Rittersaal der Pfrundbauten von Eschen hätte stattfinden sollen, musste wegen allzu grossem Publikumsandrang kurzfristig in die Pfarrkirche verlegt werden!

Hansjörg Frommelt, Leiter der Fachstelle Archäologie und Denkmalpflege in Liechtenstein und seine Mitarbeiterin Mag. Ulrike Mayr führen am 5. April 2006 zahlreiche Besucherinnen und Besucher der Rheticus Gesellschaft Feldkirch durch die archäologische Sonderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern – Spätrömische Kastelle im Bodenseeraum».

Mag. Ulrike Mayr schloss am 19. April 2006 mit dem Referat «Die Römer kommen! Liechtenstein vom 1. bis zum 5. Jh. n. Chr.» die Vortragsreihe zur Sonderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern – Spätrömische Kastelle im Bodenseeraum».

Das Projekt des Landesmuseums - das «Lernspiel Liechtenstein» - fand mit der Präsentation am 4. Mai 2006 im Rahmen der Schulprojekte zum «Jubiläum 200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806 – 2006» im Auditorium der Liechtensteinischen Musikschule in Triesen seinen Abschluss.

Zum Ausklang der Sonderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern – Spätrömische Kastelle im Bodenseeraum» fand am 5. Mai 2006 die Exkursion «Auf den Spuren der Römer in Liechtenstein» statt. Die Veranstaltung führt u.a. an römerzeitliche Fundstellen in Nendeln, Schaan und Balzers.

Am 13. Mai 2006 konnte der Museumsdirektor eine hochrangige Delegation aus Weimar, u.a. Prof. Dr. Jens Goebel, Kultusminister des Freistaats Thüringen, Andreas von Stechow, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz, Dr. Volkhardt Germer, Oberbürgermeister

der Stadt Weimar und zahlreiche Mitglieder des Kulturkreises Liechtenstein – Weimar im Landesmuseum begrüssen und sie auf dem Rundgang durch die Ausstellungen begleiten.

Mit einem besonderen Festakt fand am 22. Mai 2006 im Mediensaal des Landesmuseums die Übergabe der Bronzeplastik «Herakles Archer» von Emile Antoine Bourdelle durch die Alexander S. Onassis Public Benefit Foundation an das Land Liechtenstein statt. Den Festvortrag hielt Dr. Georg Malin. Der Pianist Jean Lemaire spielte zur musikalischen Umrahmung Werke aus der Zeit Bourdelles von Debussy, Ibert und Satie.

Das Liechtensteinische Landesmuseum verfügt über ein gut ausgebildetes, motiviertes FührerInnenteam. Als eine besondere Dienstleistung des Hauses wurden ab 31. Mai 2006 die «Mittwoch-Abend-Führungen» angeboten. An jedem Mittwoch-Abend finden von 17.30 Uhr bis 18.15 Uhr eine Kurzführung durch ausgewählte Ausstellungsbereiche des Liechtensteinischen Landesmuseums statt. Der reguläre Eintrittspreis berechtigt zur Teilnahme an den Führungen.

Erstmals war das Liechtensteinische Landesmuseum am 10. Juni 2006 auch einer der Austragungsorte während der «Langen Nacht der Musik», dem 4. Internationalen Musikfesitval CH – A – FL, das von der Liechtensteinischen Musikschule Vaduz mitorganisiert wurde. Im Mediensaal des Landesmuseums spielten das «Quartetto a Plettro», Musikschule Rorschach-Rorschacherberg, Leitung Niklaus Looser, die «Kleinwalsertaler Volksmusik», Musikschule Wolfurt-Lauterach, Leitung Markus Vallazza und John Gillard, «Don Quichotte», Musikschule Bregenz, Leitung Susanne Scheier, «Historisches aus dem Bregenzerwald», Musikschule Bregenzerwald, Leitung Bertram Waldner, «Bob Dylan – Musiker und Poet», Musikschule Wolfurt, Leitung Markus Vallazza.

Peter Niederklopfer, Präparator und Betreuer der Naturkundlichen Sammlung, führte am 12. Juni 2006 die Belegschaft des Bündner Naturmuseums Chur mit Direktor Dr. Jürg P. Müller durch das Liechtensteinische Landesmuseum, namentlich durch die naturkundliche Abteilung.

Ganz im Zeichen des «Souveränitäts-Jubiläums» standen die Events des Liechtensteinischen Landesmuseums der 26. Kalenderwoche.

Am 27. Juni 2006 fand im Medienraum des Landesmuseums in Anwesenheit von Regierungschef Otmar Hasler sowie zahlreicher geladener Gäste die Präsentation der Jubiläumsfestschrift «Das Fürstentum Liechtenstein 1806 bis 2006» statt, ein Bild- und Textband, der das Fürstentum Liechtenstein der Gegenwart porträtiert. Mitautor und Redaktor der Publikation ist lic. phil. Arthur Brunhart, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landesmuseums und Mitglied des OK «200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806 bis 2006». Erschienen ist die Publikation im Verlag Liechtensteinisches Landesmuseum Vaduz.

Am 29. Juni 2006 konnte der Museumsleiter 40 Personen des Vereins Bündner Kulturforschung unter Führung von Dr. G. Jäger im Landesmuseum begrüssen und sie durch die verschiedenen Ausstellungen begleiten.

Am Nachmittag des 29. Juni 2006 wurde ebenfalls im Landesmuseum der 105. Band der Jahrbuchreihe des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein präsentiert. Die wesentlichen Beiträge dieser Neupublikation sind ebenfalls dem Thema «Souveränität des Fürstentums Liechtenstein» gewidmet.

Am 30. Juni 2006 fand in Anwesenheit zahlreicher Besucher und Besucherinnen aus dem In- und Ausland die feierliche Eröffnung der Sonderausstellung «Meilensteine der liechtensteinischen Souveränität 1806 - 2006» statt. Einen besonderen Glanz erhielt die Vernissage durch die musikalische Umrahmung der Liechtensteiner Hofmusik, ein Ensemble von Berufsmusikern, das 2006 aus Anlass «200 Jahre Souveränität Liechtensteins» neue gegründet wurde und an die lange Tradition Fürstlicher Hofmusik des 18. Jahrhunderts anknüpft. Die Ausstellung dauerte bis 22. Oktober 2006. An insgesamt 15 Sonntagen bot das Landesmuseum jeweils vormittags Führungen durch die Sonderausstellung an, ein Angebot, das rege benutzt wurde.

Am 12. Juli 2006, dem offiziellen Tag der Souveränität, war das Liechtensteinische Landesmuseum bei freiem Eintritt bis 20 Uhr geöffnet. Es fanden sich viele Besucherinnen und Besucher im Museum ein, daneben auch mehrere Fernsehequippen aus dem benachbarten Ausland.

Der Kindersommer im Liechtensteinischen Landesmuseum fand an vier Nachmittagen im Juli und August 2006 statt. In speziell entwickelten Führungen konnten Kinder im Alter von fünf bis zwölf Jahren – mit oder ohne Begleitung ihrer Eltern – das Landesmuseum und seine Schätze auf spielerische Art und Weise kennen lernen. Die Kinder erlebten eine interaktive Zeitreise, verpackt in eine spannende Rahmengeschichte.

Im Rahmen der aktuellen Sonderausstellung «Meilensteine der liechtensteinischen Souveränität 1806 bis 2006» hielt Prof. Heinz Dopsch von der Universität Salzburg am 3. September 2006 den Vortrag «Fürstentum und Fürstenstand als Grundlagen der liechtensteinischen Souveränität». Der Referent behandelte darin den «Sonderfall Liechtenstein», das als einziges der Fürstentümer des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation bis heute Bestand hat.

An einer Pressekonferenz im Kunstmuseum Liechtenstein stellten am 13. September 2006 die Museumsdirektoren Dr. Friedemann Malsch und lic. phil. Norbert W. Hasler sowie die Ausstellungskuratorinnen Dr. Nicole Ohneberg, Christiane Meyer-Stoll und Christina Jacobi die beiden Ausstellungen über Leben und Werk des Liechtensteiner Künstlers Ferdinand Nigg vor, die zeitgleich in zwei Häusern, dem Landesmuseum und dem Kunstmuseum, gezeigt wurden.

In feierlichem Rahmen wurden beide Ausstellungen am 14. September 2006 im Liechtensteinischen Landesmuseum vor einem zahlreich erschienenen Publikum eröffnet. Die Ausstellungen dauerten bis 7. Januar 2007.

Ebenfalls in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Kunstmuseum Liechtenstein stellten Vertreter des Landesmuseums wie des Kunstmuseums am 20. September 2006 ihre Projekte für den 2. Familientag und die Lange Nacht der Museen vor.

Am 22. September 2006 führten die Inventarisatoren und Inventarisatorinnen der Kunstdenkmäler der Schweiz, ein Projekt der Schweizerischen Kunstgesellschaft, ihre Jahrestagung 2006 im Liechtensteinischen Landesmuseum durch. Gastgeber waren neben dem Landesmuseum Frau Dr. Cornelia Herrmann, Projektleiterin der Kunstdenkmäler des Fürstentums Liechtenstein.

Am 24. September 2006 fand der 2. Familientag, ein Projekt des Kunstmuseums, des Landesmuseums, des Kunstraums Engländerbau und des TaK in Schaan statt. Im Mittelpunkt des Angebotes aus dem Landesmuseum stand das Thema «Vom Teddybär zum Alaskabär». Das faszinierende und abwechslungsreich gestaltete Thema rund um die Welt der Bären wurde von Jung und Alt gleichermassen begeistert aufgenommen. Das Landesmuseum konnte am Familientag rund 300 Eintritte verzeichnen.

Am 7. Oktober 2006 beteiligte sich das Landesmuseum erneut an der durch den ORF organisierten «Langen Nacht der Museen». Rund 400 Besucherinnen und Besucher, viele davon aus dem benachbarten Vorarlberg, erfreuten sich an einem reichhaltigen nächtlichen Museumsprogramm.

Zum Abschluss der Ausstellung «Meilensteine der liechtensteinischen Souveränität 1806 – 2006» hielt Frau Prof. Dr. Brigitte Mazohl-Wallnig von der Universität Innsbruck auf Einladung des Landesmuseums am 22. Oktober 2006 einen Vortrag zum Thema «1806 – Zeitenwende der europäischen Geschichte». Auch dieser Anlass stiess auf grosses Interesse.

Am 17. November 2006 wurde die Sonderausstellung «Oetzi cultour – Der Mann aus dem Eis» eröffnet. Die spannende Ausstellung, die um ein sog. Liechtenstein-Fenster ergänzt wurde, dauert bis zum 25. März 2007. Zur Ausstellung wurde ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm entwickelt.

Zum Jahresausklang erfreute am 1. Dezember 2006 die Liechtensteiner Hofmusik erneut ein begeistertes Publikum im Mediensaal des Landesmuseums mit einem erlesenen Festkonzert. Zur Aufführung gelangten Werke von Vivaldi, Brandl, Mozart und Manfredini.

Der Museumsdirektor und Mitglieder des OK «200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806 bis 2006» überreichten am 6. Dezember 2006 auf Schloss Vaduz S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein die Nr. 1/15 der Faksimile-Ausgabe der Rheinbundakte von 1806.

Am 6., 20. und 30. Dezember 2006 wurden unter Leitung der Archäologin und Museumspädagogin Dr. Gudrun Schnekenburger, Konstanz, im Rahmen der Ausstellung «Oetzi cultour – Der Mann aus dem Eis» sog. Aktionsnachmittage für Kinder durchgeführt, an denen mit Materialien aus der Welt der berühmten Eismumie Oetzi experimentiert wurde. Mehl mahlen, Feuer schlagen oder Holz hacken – alles mit Werkzeugen aus grob oder auch feinst behauenen Steinen. Dass dies funktioniert, und wie effektiv das sein kann, konnten Kinder im Landesmuseum an diesen Nachmittagen erleben.

Museumspädagogik / Besucherbetreuung

Trotz eines reichhaltigen und vielseitigen Angebotes seitens des Museums hat sich die Besucherzahl von insgesamt 10 235 Eintritten beim Ergebnis des Vorjahres eingependelt. Wie weit sich der andauernde Baustellenbetrieb rund um das Landesmuseum, namentlich im Strassenbereich, negativ auf die Besucherzahl auswirkte, wird sich erst im Laufe der nächsten Jahre abschätzen lassen, wenn die Zugänglichkeit zu den Museumsbauten behinderungsfrei gewährleistet ist und das Landesmuseum sich schlussendlich mitten im Städtle von Vaduz befindet.

Über 1000 Besucher und Besucherinnen beteiligten sich an rund 100 Führungen durch das Museum und seine Dauer- wie Sonderausstellungen. Schulklassen aller Alterstufen aus Liechtenstein und der Region zählten regelmässig zu den Besuchern des Museums, einzelner Ausstellungen oder Veranstaltungen.

Neben dem Kindersommer im Museum, den Aktionstagen und den jeweils speziell auf Kinder ausgerichteten Programmen am sog. Familientag und der «Langen Nacht der Museen» kommt besonders der Betreuung von Schulklassen im Museum eine besondere Bedeutung zu. So fanden 2006 mehrere Schulungstage für das FührerInnenteam unter der bewährten Leitung der Museumspädagogin lic. phil. Flavia Krogh, St. Gallen, statt, zum Vertiefungsthema Museumsführungen für Schulklassen. Das Ausbildungsprojekt wird 2007 konsequent weitergeführt.

Sonderausstellungen 2006

Das Liechtensteinische Landesmuseum realisierte im Berichtsjahr 2006 folgende Sonderausstellungsprojekte:

Bis 7. Mai 2006 wurde die am 2. Dezember 2005 eröffnete Ausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern – Spätrömische Kastelle im Bodenseeraum» gezeigt, ein Gemeinschaftsprojekt des Vorarlberger Landesmuseums Bregenz, des Amtes für Archäologie des Kantons Thurgau, des Archäologischen Landesmuseums Baden-Württemberg, Konstanz, des Museums zu Allerheiligen, Schaffhausen, und des Liechtensteinischen Landesmuseums Vaduz.

Im Foyer des Landesmuseums konnten die Besucherinnen und Besucher über die Ostertage 2006 erstmals sämtliche Liechtensteiner Jahres-Eier (1988 bis 2006) auf einen Blick betrachten.

Das erste Jahresei von 1988 wurde vom Liechtensteiner Künstler Louis Jäger gestaltet, das jüngste von 2006 durch die Künstlerin Myriam Bargetze aus Triesen.

Mitarbeiter des Liechtensteinischen Landesmuseums waren auch am Aufbau der Ausstellung «Biobaumwolle»

in den Räumen der Hochschule Liechtenstein in Vaduz beteiligt, ein Ausstellungsprojekt des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes, das vom 28. Februar bis 10. April 2006 gezeigt wurde.

Die grosse Sommerausstellung 2006 des Liechtensteinischen Landesmuseums war dem Thema des Jubiläumsjahres gewidmet. Die am 30. Juni 2006 in feierlichem Rahmen eröffnete Ausstellung mit dem Titel «Meilensteine der Liechtensteinischen Souveränität 1806 bis 2006» wurde inhaltlich von lic. phil. Arthur Brunhart vorbereitet und vom Atelier Silvia Ruppen, Vaduz, grafisch gestaltet und in Zusammenarbeit mit dem Museumsteam realisiert.

Die Ausstellung wurde im Loggiaraum ergänzt durch eine Präsentation von Fotodokumenten des Pressefotografen Fritz Baum, Ruggell. Die Aufnahmen zeigten Staatsbesuche im Fürstentum Liechtenstein in den Jahren 1970 bis 1990. Sowohl die Ausstellung wie auch das Rahmenprogramm sind bei Besucherinnen und Besuchern wie bei den Medien auf ein positives Echo gestossen. Der zur Ausstellung erschienene Führer war bereits nach wenigen Wochen vergriffen.

Erstmals führten die beiden grossen Museen in Liechtenstein, das Kunstmuseum Liechtenstein und das Liechtensteinische Landesmuseum, gleichzeitig zwei Ausstellungen durch, die demselben Künstler, Prof. Ferdinand Nigg (1865 – 1949), gewidmet waren.

Zwei Häuser, zwei Ausstellungen, ein Künstler war das Motto.

Das Kunstmuseum zeigte die Ausstellung «Über Kreuz mit der Welt – Ferdinand Nigg und Schüler. Magdeburger Jahre, 1903 – 1912», das Liechtensteinische Landesmuseum widmete seine Ausstellung dem Thema «Ferdinand Nigg und seine Sammelleidenschaft». Die Ausstellung im Landesmuseum wurde von Dr. Nicole Ohneberg, Hard, und lic. phil. Norbert W. Hasler, Direktor des Landesmuseums, kuratiert und vom Atelier Silvia Ruppen, Vaduz, gestaltet und präsentiert. Die beiden Ausstellungen über Leben und Werk von Ferdinand Nigg, die von einem reichhaltigen museumspädagogischen Rahmenprogramm begleitet wurden, dauerten vom 14. September 2006 bis 7. Januar 2007.

Anlässlich der «Langen Nacht der Museen» erinnerte das Landesmuseum in Zusammenarbeit mit der Prof. Eugen Zotow-Ivan-Miassojedoff-Stiftung in einer kleinen Ausstellung mit Neuerwerbungen für den künstlerischen Nachlass Zotows an den 125. Geburtstag des Russischen Künstlers Eugen Zotow (1881 – 1953), der die Jahre 1938 bis 1953 in Liechtenstein verbracht hatte. Der künstlerische Nachlass, der mehr als dreitausend Originalwerke umfasst, wird seit der Gründung der Zotow-Stiftung 1992 in den Depots des Liechtensteinischen Landesmuseums verwahrt.

Mit der Sonderausstellung «OETZI Cultour – Der Mann aus dem Eis», eine Wanderausstellung des Südtiroler Archäologiemuseums Bozen, die am 17. November 2006 eröffnete wurde und die bis zum 25. März 2007 dauert, wurde das reichhaltige und anspruchsvolle Ausstellungsprogramm für 2006 abgeschlossen.

Publikationen

Im Berichtsjahr konnten mehrere Projekte, die seit einiger Zeit in Vorbereitung waren, erfolgreich abgeschlossen werden.

Nach langjähriger Bearbeitung konnte im März 2006 die Edition der Helbert Chronik einem interessierten Publikum in Eschen präsentiert werden. Die inhaltliche Bearbeitung und redaktionelle Arbeit lag in den Händen von lic.phil. Arthur Brunhart. Herausgeber sind das Landesmuseum und die Gemeinde Eschen, die das Projekt grosszügig finanziert hat. Die Nachfrage war enorm, so dass die Ausgabe bereits nach kurzer Zeit nahezu vergriffen war.

In Zusammenarbeit mit dem OK «200 Jahre Souveränität Liechtensteins 1806 bis 2006» und dem Atelier grafikdesign Triesen war es dem Landesmuseum möglich, die Rheinbundakte 1806 nach dem Original des ehemaligen Fürstentums Hohenzollern-Hechingen aus dem Staatsarchiv Sigmaringen in einer Kleinstauflage als Faksimile herauszugeben.

Im Rahmen der Schulprojekte zu den Jubiläumsfeierlichkeiten konnte das «Lernspiel Liechtenstein» dank finanzieller Mittel des OK «200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806 bis 2006» und einem namhaften Beitrag der Karl Mayer Stiftung, Triesen, ebenfalls realisiert werden. Das Lernspiel Liechtenstein ist ein Quiz für Kinder und Erwachsene mit 665 Fragen und 2660 Antworten über das Fürstentum Liechtenstein aus unterschiedlichen Bereichen wie Geschichte, Brauchtum, Sagen, Mundart, Staat, Fürstenhaus, Gemeinden, Wirtschaft und Naturraum. Die Aufarbeitung und Herausgabe lag in den Händen von Roland Repnik, Lehrer an der Primarschule Triesen, Josef Eberle, Mitglied des Organisationskomitees 200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1808 bis 2006» und zuständig für die «Projekte Schulen» sowie dem Leiter des Liechtensteinischen Landesmuseums. Das «Lernspiel Liechtenstein» erfreute sich grosser Nachfrage und war ebenfalls schon nach kurzer Zeit beinahe vergriffen.

Unter dem Titel der Sommerausstellung «Meilensteine der liechtensteinischen Souveränität» gab das Landesmuseum einen reich illustrierten 80 Seiten starken Ausstellungsführer heraus, der schon nach kurzer Zeit vergriffen war.

Mehrere museums- und ausstellungsrelevante Beiträge der Museumsleitung erschienen 2006 in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften.

Im Auftrag der Regierung und der Stabsstelle für Kulturfragen wurden vom Landesmuseum die Vorlagen in Text und Bild über «das Fürstenhaus von Liechtenstein, Geschichte, Wirtschaft und Kultur des Fürstentums Liechtenstein» für eine Ausstellung im Tschechischen Nationalmuseum in Prag, die am 9. Oktober 2006 im Rahmen eines offiziellen Festaktes eröffnet wurde,

erstellt. Kopien dieser Bild-Text-Tafeln dienen nun den Besucherinnen und Besuchern des Landesmuseums als Informationsquellen im Foyer des Liechtensteinischen Landesmuseums.

Im Dezember 2006 konnte das Konzert mit Einbezug des Historischen Orgelpositivs des Landesmuseums vom Dezember 2005 unter dem Titel «Barocke Klänge im Liechtensteinischen Landesmuseum» als zweite CD erscheinen. Zur Aufführung gelangten weitgehend unbekannte Werke italienischer Meister, interpretiert durch das Ensemble mit Josef, Helga und Clarissa Frommelt, Thomas Dünser, Maciej Zborowski und Celia Längle.

Eine Publikation zur Sonderausstellung «Ferdinand Nigg und seine Sammelleidenschaft» ist in Drucklegung und wird im Januar 2007 erscheinen.

Sammlungen

Auf- und Ausbau sowie die konservatorische Erhaltung von Sammlungsbeständen ist nach wie vor eine der zentralsten Aufgaben eines Museums, geht es doch darum, kommenden Generationen das historische Erbe der Vergangenheit und Gegenwart zu erhalten.

Das Landesmuseum konnte auch im Berichtsjahr durch zahlreiche Schenkungen und gezielte Ankäufe von Objekten bestehende Sammlungslücken schliessen.

Ein besonderes Augenmerk fanden im Berichtsjahr die Präzisierungen in der Sammlungserfassung und Sammlungsinventarisation durch das EDV-Programm Museum Plus und die konservatorische Bearbeitung und Inventarisierung der 2005/2006 erworbenen Wachssammlung durch Thomas Müssner, Restaurator, und lic. phil. II. Marianne Lörcher, die projektbezogen an der Aufarbeitung der «Wachssammlung Bühler» tätig ist.

Im Zuge der Ausstellung «Aus dem Depot des Kulturbeirates» im Kunstraum Engländerbau Vaduz erstellte der Leiter der Abteilung Fotografie und Dokumentation des Landesmuseums im Auftrag des Kulturbeirates der Regierung im Juli/August 2006 eine Fotodokumentation von mehr als dreihundert Werken der Kunstsammlung des Kulturbeirates.

Aussenstelle Wohnmuseum Haus Nr. 12 in Schellenberg

Das Wohnmuseum Haus Nr. 12 in Schellenberg – besser bekannt als das Haus Biedermann – ist bereits das 12. Jahr als Museum der Öffentlichkeit zugänglich. Das Wohnmuseum wurde von rund 500 Besucherinnen und Besuchern aufgesucht. Am 16. September 2006, dem 14. Europa-Tag des Denkmals, der in Liechtenstein dem Thema «Neues Wohnen im Baudenkmal. Das «Brendlehaus» in Schellenberg» gewidmet war, stand auch das Haus Biedermann als Wohnmuseum ganztägig zur freien Besichtigung offen.

Aussenstelle Postmuseum des Fürstentums Liechtenstein

Im Rahmen eines offiziellen Festaktes wurde am 9. März 2006 die Eingliederung des Postmuseums in die Stiftung Liechtensteinisches Landesmuseum durch Frau Regierungsrat Rita Kieber-Beck in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik, Kultur und Wirtschaft, vollzogen. Neuer Leiter des Postmuseums ist lic. phil. Norbert W. Hasler, Direktor des Liechtensteinischen Landesmuseums, Kuratorin des Postmuseums ist nach wie vor Frau Erika Babaré.

Im Zuge der Neustrukturierung wurden entsprechende Anpassungen im administrativen Bereich eingeleitet und durchgeführt. In regelmässigen Sitzungen mit Museumsleitung und Kuratorin werden die administrativen und inhaltlichen Fragen und Projekte diskutiert und gelöst.

Nach wie vor erfreut sich das Postmuseum einer grossen Beliebtheit bei Besucherinnen und Besuchern. Die Besucherzahl konnte sich im Vergleich zum Vorjahr von 9 987 auf 12 137 steigern. Erstmals beteiligte sich das Postmuseum im Oktober 2006 an der «Langen Nacht der Museen» und verzeichnete insgesamt 223 Besucherinnen und Besucher. Die beiden Vorträge «Der Postweg des Mailänder Boten» und «200 Jahre Souveränität auf Briefmarken» wurden rege besucht. In einer kleinen Sonderschau mit Originalentwürfen und Material aus der Druckvorstufe von Marken wie Staatswappen und Fürstenporträts nahm das Postmuseum Bezug zum Jubiläum «200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806 bis 2006».

Die Sammlung postgeschichtlicher Dokumente wurde durch den Zukauf von 108 grafischen Blättern, 32 Post- und Ansichtskarten und einer Goebel-Porzellanfigur eines Briefträgers erweitert. Die philatelistische Liechtensteinsammlung wurde durch die Dokumente der Briefmarkenausgaben 2006 der Liechtensteinischen Post AG ergänzt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschütscher

Im Berichtsjahr konnte das Ressort auf verschiedenen Gebieten des Sports wichtige Vorhaben verwirklichen. Besondere Bedeutung ist der erstmaligen Unterzeichnung einer Leistungsvereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Liechtensteinischen Olympischen Sportverband beizumessen, mit welcher die Zusammenarbeit auf eine klar geregelte Grundlage gestellt wird. Im Bereich des Sports im früheren Kindesalter konnte aufgrund eines Postulats die Einführung eines altersgerechten Jugend+Sport-Anschlussprogrammes für 7- bis 9-Jährige bewirkt werden. Dieses steht seit 1. Januar 2007 den Leiterinnen und Leitern bzw. deren Sportvereinen zur Verfügung. In weiterer Umsetzung des Sportkonzepts konnte in Bezug auf den Freiwilligen Schulsport und die Teilnahme an internationalen Schulsportveranstaltungen ein diesbezügliches Konzept verabschiedet werden. Auf dessen Grundlage wurden auf Beginn des Schuljahres 2006/07 entsprechende Fördermassnahmen eingeführt. Mit einem Partnerschaftsvertrag wurde der Grundstein für den Miteinbezug und Auftritt Liechtensteins bei der 13. Welt-Gymnaestrada vom 8. – 14. Juli 2007 in Dornbirn gelegt. Liechtenstein wird an diesem Grossereignis des Weltturnsports den Status eines offiziellen Gastlandes haben. Mittels eines beim Landtag erwirkten Nachtragskredits konnte auch für die Zukunft im Malbun die Bereitstellung einer der Bedeutung des Skisports gerecht werdenden modernen Infrastruktur sichergestellt werden. In Bezug auf die Fussball-Europameisterschaften 2008 in Österreich und der Schweiz wurden Möglichkeiten einer Einbindung Liechtensteins geprüft. Das «Goldene Lorbeerblatt» der Regierung für besondere Verdienste um den Sport in Liechtenstein wurde zum vierten Mal an herausragende Sportpersönlichkeiten verliehen und war zugleich ein Dank an alle, die sich im vergangenen Jahr im Sport engagiert haben.

Besuch bei Staatssekretär Schweitzer

Der Ressortinhaber stattete im März dem österreichischen Staatssekretär für Sport, Karl Schweitzer, einen Höflichkeitsbesuch ab. Dabei wurden Fragen des Sports allgemein und dessen Bedeutung für die Gesundheit, die Gesellschaft und hier insbesondere für die Jugend, und die Wirtschaft erläutert. Zudem wurde die mögliche Einbindung Liechtensteins in die Rahmenaktivitäten zur Fussball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz erörtert.

Konzept zur Förderung des Freiwilligen Schulsports

Im Juni des Berichtsjahres wurde ein Pilotprojekt zur Umsetzung der Massnahmen zur Förderung des Freiwilligen Schulsports und zur Förderung der Teilnahme an internationalen Schulsportveranstaltungen auf Beginn des Schuljahres 2006/07 für die Dauer von drei Jahren lanciert. Die Leitung des Pilotprojekts liegt beim Inspektorat für Schulsport.

Um dem Freiwilligen Schulsport neue Attraktivität und Impulse zu verleihen, werden verschiedene Änderungen umgesetzt. Das Teilnahmealter zum Freiwilligen Schulsport wird um zwei Jahre gesenkt, Kurse können nunmehr ab der vierten Stufe der Primarschule angeboten werden und die an einer Schule angebotenen Kurse des Freiwilligen Schulsports können auch von Schülerinnen und Schülern anderer liechtensteinischer Schulen besucht werden.

Im Sportkonzept der Regierung, das sich umfassend mit allen Bereichen des Sports beschäftigt, ist festgehalten, dass die Regierung den freiwilligen Schulsport als wertvolles Instrument für die vertiefte Ausbildung in einzelnen Sportarten und für die Animation zur leistungssportlichen Betätigung erachtet.

Sportseminar 2006

Anfangs Juli fand im Haus Stein Egerta in Schaan das 8. Sportseminar des Ressorts Sport mit der Sportkommission zum Thema «Revision des Sportgesetzes» statt. Das Sportgesetz trat vor rund sieben Jahren, am 1. April 2000 in Kraft. Obwohl sich das Gesetz grundsätzlich sehr bewährt hat, ist es aufgrund der gemachten Erfahrungen notwendig, verschiedene Anpassungen vorzunehmen. So sind die bestehenden Strukturen hinsichtlich ihrer Zeitgemässheit und Effizienz zu überprüfen. Zudem ist u.a. im Bereich der Spitzen- und Leistungssportförderung den Entwicklungen der vergangenen Jahre Rechnung zu tragen. Auch der Bedeutung des Behindertensports soll angemessen Ausdruck verliehen werden. Das Ressort Sport wurde mit den entsprechenden Arbeiten zur Abänderung des Sportgesetzes beauftragt.

13. Welt-Gymnaestrada 2007 in Dornbirn

Die Welt-Gymnaestrada - das größte Breitensportfestival des Weltturnverbandes FIG - findet alle vier Jahre statt. Im Juli 2006 unterzeichneten Landesrat Stemer und der Ressortinhaber eine Partnerschaftsvereinbarung zwischen Liechtenstein und der Welt-Gymnaestrada 2007 Management gemeinn. GmbH, Dornbirn. Die Vereinbarung regelt den umfassenden Miteinbezug und Auftritt Liechtensteins bei verschiedenen Veranstaltungen vor Ort und in der Kommunikation. Liechtenstein hat hierbei den offiziellen Status als «Gastland» inne. Die Welt-Gymnaestrada 2007 bietet für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein, insbesondere Tourismus, den Imagetransfer und den Sport viele Chancen und Herausforderungen, mit denen sich ein eigens hiefür eingesetztes Organisationskomitee befasst.

Zur 13. Welt-Gymnaestrada vom 8. bis 14. Juli 2007 in Dornbirn werden rund 22 000 Aktive aus über 50 Ländern erwartet. Der Liechtensteinische Turn- und Leichtathletikverband wird an der Welt-Gymnaestrada 2007 mit ca. 110 Personen vertreten sein. Nebst verschiedenen Aufführungen wird der LTLV auch bei der Eröffnungsfeier mitwirken. In rund 400 täglichen

Nonstop-Hallenvorführungen im Dornbirner Messegelände, bei 19 Nationalen Abenden und FIG-Galas, bei Großgruppenvorführungen im Reichshofstadion Lustenau und über 300 Präsentationen auf acht Außenbühnen im Rheintal werden während rund 1 500 Stunden vielfältige Gruppenshows geboten.

Leistungsvereinbarung mit dem LOSV

Der Ressortinhaber und der Präsident des Liechtensteinischen Olympischen Sportverbandes, Leo Kranz, unterzeichneten im Juli des Berichtsjahres erstmals eine Leistungsvereinbarung zwischen der Regierung und dem Liechtensteinischen Olympischen Sportverband.

Mit dieser Leistungsvereinbarung wird, in Umsetzung des Regierungsprogramms 2005-2009, zum Zwecke der Förderung und Weiterentwicklung des Sports in Liechtenstein, die Zusammenarbeit des Landes mit dem Liechtensteinischen Olympischen Sportverband auf eine klare vertragliche Basis gestellt. In der Leistungsvereinbarung sind die Rechte und Pflichten beider Partner geregelt. Der Liechtensteinische Olympische Sportverband ist demnach wie bis anhin für Fragen betreffend Beschickungen (z.B. Olympische Spiele, Kleinstaatenspiele, etc.) verantwortlich. Weitere wichtige Aufgaben betreffen insbesondere die Verpflichtung zur Mitarbeit bei der Umsetzung des Sportkonzepts, die Koordination der Landesmeisterschaften, die sportmedizinische Betreuung und die Bekämpfung des Dopings. Der Liechtensteinische Olympische Sportverband erstattet zu Handen der staatlichen Stellen periodisch Bericht über seine diesbezügliche Tätigkeit.

4. Verleihung des Goldenen Lorbeerblatts der Regierung für besondere Verdienste um den Sport in Liechtenstein

Mitte Oktober verlieh der Ressortinhaber zum vierten Mal das Goldene Lorbeerblatt der Regierung für besondere Verdienste um den Sport in Liechtenstein. Die Auszeichnung ging an Ihre Durchlaucht Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein und Andreas Wenzel und wurde im Rahmen einer offiziellen Feier, bei der die Sportkommission und weitere geladene Gäste, so insbesondere die Lorbeerblattträger der Jahre 2003, 2004 und 2005, anwesend waren, überreicht. Die beiden Persönlichkeiten wurden für ihre herausragenden Verdienste und Leistungen um den Sport gewürdigt. I.D. Prinzessen Nora vertritt Liechtenstein seit mehr als 20 Jahren im Internationalen Olympischen Komitee und ist seit dem Jahr 2002 Präsidentin der «Special Olympics» Liechtenstein. Andreas Wenzel hatte eine äusserst erfolgreiche Karriere als Skirennsportler, gewann unter anderem mehrere Medaillen an Grossanlässen und holte 1980 als Krönung den Gesamtweltcup.

Das Goldene Lorbeerblatt wird für herausragende Leistungen an Personen, welche sich um den Sport in Liechtenstein besonders verdient gemacht haben, und an erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler verliehen. Es ist die höchste Anerkennung, welche die Regierung im Bereich des Sports vergibt.

***Jugend+Sport*-Anschlussprogramm für 7- bis 9-jährige**

Mit Postulat vom 19. April 2006 wurde die Regierung eingeladen, die Einführung eines Jugend+Sport-Anschlussprogrammes für 7- bis 9-Jährige zu überprüfen, um die fachkundige und altersgerechte Sportausübung unter Anleitung speziell dafür ausgebildeter Leiterinnen und Leiter bereits in früherem Kindesalter zu garantieren und entsprechend finanziell zu fördern.

Die diesbezügliche Postulatsbeantwortung der Regierung wurde vom Landtag anlässlich seiner Sitzung im Oktober zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Regierung war darin der Ansicht, dass die Einführung eines Anschlussprogramms nach dem Vorbild des Kantons Graubünden auch in Liechtenstein sinnvoll sei. Das bestehende Jugend+Sport-Programm hat daher eine entsprechende Ergänzung bzw. Erweiterung erfahren, so dass seit dem 1. Januar 2007 das liechtensteinische Anschlussprogramm für die Leiterinnen und Leiter bzw. deren Sportvereine zur Verfügung steht. Kontaktstelle ist die Dienststelle für Jugend und Sport.

Liechtenstein nimmt seit 1979 am nationalen Sportförderprogramm der Schweiz Jugend+Sport (kurz J+S) teil. Dieses Sportförderprogramm umfasste bis anhin die Jugendlichen von 10 bis 20 Jahren.

Wissenschaftliche Studie

Im November des Berichtsjahres veranstaltete das Ressort Sport einen öffentlichen Vortragsabend mit dem Titel «Und sie bewegen sich doch!». Dabei stellte der Sportwissenschaftler Dr. Jürgen Kühnis die zentralen Ergebnisse seiner landesweiten Jugendsportstudie auf der Sekundarstufe I und II vor. Jürgen Kühnis hat hierzu 687 Jugendliche im Alter von 12 bis 19 Jahren zu ihrem Bewegungsalltag und ihren sportlichen Aktivitäten befragt. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Sport im Leben der befragten Jugendlichen einen hohen Stellwert geniesst. In einer vom Ressort Sport in Auftrag gegebenen Broschüre wurden die wichtigen und aussagekräftigen Ergebnisse der Studie zusammengefasst.

Bewegung ist in jeglicher Form von sehr grosser gesundheits- und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Die landesweite Aufarbeitung grundsätzlicher Fragen des Sports ist trotz der gegebenen Notwendigkeit bis anhin wenig betrieben worden. Studien bilden jedoch eine wichtige Grundlagenarbeit für weitere Projekte und allfällig notwendig werdende Massnahmen.

Besuch von Bundesrat Samuel Schmid

Der Ressortinhaber empfing im November des Berichtsjahres den Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Herrn Bundesrat Samuel Schmid, zu einem Höflichkeitsbesuch. Dabei wurden verschiedene Themen des Sports erörtert. Die sehr gut funktionierende und seit

Jahrzehnten andauernde nachbarschaftliche Verbundenheit auf dem Gebiet des Sports konnte anhand vieler partnerschaftlicher Programme und Veranstaltungen, wie z.B. Jugend und Sport, slowUp, der Zusammenarbeit bei der Dopingbekämpfung etc., dokumentiert werden. Zudem waren die Bedeutung und Förderung des Behindertensports und die Fussball-Europameisterschaften 2008 Gegenstand der Unterredung. Für die Zukunft wurde ein enger Informationsaustausch vereinbart.

Sportpaket Bergbahnen Malbun
Im Berichtsjahr gelangte die Regierung im Zuge des Ausbaus der Bergbahnen Malbun mit einem Nachtragskredit an den Landtag und beantragte für Infrastruktureinrichtungen des Skisports einen Nachtragskredit in Höhe von CHF 150 000. Die ursprünglich vorhandene Infrastruktur, welche für Skirennen und Skitrainings genutzt wurde, wurde im Zuge des neuen Bahnenkonzepts im Malbun grösstenteils abgebrochen. Eine Wiederherstellung war ursprünglich nicht geplant. Aus sportlicher Sicht wäre es bedauerlich gewesen, wenn die betreffenden Infrastrukturen nicht ersetzt worden wären. Der Liechtensteinische Skiverband ist mit beinahe 2 500 Mitgliedern der zweitgrösste Sportverband des Landes. Dies unterstreicht den Stellenwert des Wintersports in Liechtenstein. Aber nicht nur der Skiverband, der regelmässig Trainings und Wettkämpfe auf der Rennpiste durchführt, auch Vereine, Firmen und Skischulen sind Nutzergruppen, welche auf diese Infrastrukturen angewiesen sind. Der Landtag genehmigte den Nachtragskredit an seiner Sitzung im Oktober.

DIENSTSTELLE

Dienststelle für Sport

Dienststellenleiter: Stefano Näscher

Die Dienststelle für Sport befasste sich im Jahr 2006 mit mehreren Schwerpunktthemen. Im Vordergrund standen vor allem die Umsetzung des J+S-Anschlussprogramms für 7- bis 9-Jährige in Liechtenstein, die weitere administrative Verbesserung der Förderbereiche und die Umsetzung des Sportkonzeptes. Im Bereich «Ausbildung» konnte die Zusammenarbeit mit den Verbänden und Vereinen mit einem optimierten Kursangebot weiter gefördert werden. Die Dienststelle für Sport ist in der Projektkommission «Sportschule Liechtenstein» vertreten.

Jugend und Sport
Liechtenstein beteiligt sich seit 1979 am Sportförderwerk Jugend+Sport der Schweiz. Die Vermittlung von jugendgerechtem Sport für Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren ist das Hauptziel. Neu können in Liechtenstein auch 7- bis 9-jährige Kinder durch das eingeführte Anschlussprogramm an der Jugendausbildung partizipieren. Jährlich sind rund 416 J+S-Leitende, weitgehend ehrenamtlich, in der Jugendarbeit in Liechtenstein tätig.

J+S-Anschlussprogramm 7- bis 9-Jährige
Am 19. April 2006 haben Abgeordnete aller drei Parteien ein Postulat zur Einführung eines Anschlussprogramms für 7- bis 9-Jährige eingereicht. Bereits am 25. Oktober 2006 wurde die entsprechende Postulatsbeantwortung vom Landtag zur Kenntnis genommen und die Dienststelle für Sport mit der Umsetzung der darin gemachten Vorschläge beauftragt. Bis zum Jahresende konnten alle Formulare auf dem E-Government Portal der Landesverwaltung angepasst und aufgeschaltet werden.

Das Anschlussprogramm (AP) unterstützt liechtensteinische Sportvereine bei der Durchführung von Sportangeboten mit 7- bis 9-Jährigen. Dabei zählen die gleichen Bedingungen und Weisungen wie bei Jugend und Sport. Die 7- bis 9-Jährigen profitieren, weil Sportvereine bereits in der untersten Stufe ausgebildete J+S Leiterinnen und Leiter einsetzen.

Jugendausbildung und Nachwuchsförderung
Das statistische Datenmaterial der Jugendausbildung und J+S-Nachwuchsförderung 2006 präsentiert sich wie folgt:

Organisationen, Vereine und Verbände	49
Sportarten	21
Kurse/Lager	210
Angebote	63
Knaben	1 417
Mädchen	1 081
Total Teilnehmende	2 498
Leitende	416

Nationale Datenbank für Jugend und Sport (NDBJS)
Die Nationale Datenbank für Jugend und Sport (NDBJS) erfährt erneut eine grundlegende Überarbeitung. Nach den verschiedenen Programmierungseinheiten konnte im Berichtsjahr die Realisierungseinheit sieben (RE7) präsentiert und in den Feldversuch verabschiedet werden. Die Umsetzung sieht vor, dass nahezu die gesamte J+S-Administration auf elektronischem Weg erfolgen soll.

Kaderbildung

Leiteraus- und -weiterbildung
Zur Leiterausbildung werden Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen, die im Kursjahr das 18. Altersjahr vollenden, vom zuständigen J+S-Coach empfohlen werden und sich verpflichten, für eine Sportorganisation in der Jugendausbildung tätig zu sein. Zur Weiterbildung werden J+S-Leiterinnen und Leiter zugelassen, die über eine

ausreichende Leitertätigkeit verfügen und vom zuständigen J+S-Coach empfohlen werden. Im Jahr 2006 besuchten 65 Leiterinnen und Leiter aus Liechtenstein ein Aus- oder Weiterbildungsangebot der kantonalen Sportämter der Schweiz oder des Bundesamtes für Sport in Magglingen.

Die Dienststelle für Sport führte im Jahr 2006 für die Sportarten Fussball, Lagersport/Trekking, Skilanglauf, Skifahren und Schwimmen zehn Aus- und Fortbildungskurse mit insgesamt 215 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch.

KOMMISSION

Sportkommission

Präsident: Josef Eberle

Geschäftsstelle der Sportkommission
Die Dienststelle für Sport ist als Geschäftsstelle für die Sportkommission der Regierung tätig. Dieser Auftrag beinhaltet folgende Tätigkeiten:
- Bearbeitung aller administrativen Aufgaben und Weisungen der Sportkommission
- Umsetzung der Protokollbeschlüsse
- Zahlungswesen und Budgetkontrolle
- Geschäftsstelle für den Spitzensportausschuss
- Durchführung des Förderprogramms «Jugend und Sport»

Sportseminar 2006
Am 3. Juli 2006 fand auf Einladung des Ressorts Sport das 8. Sportseminar im Haus Stein-Egerta in Schaan statt. Das Thema des Sportseminars war die Revision des Sportgesetzes, insbesondere hinsichtlich der Überprüfung der staatlichen Sportstrukturen sowie in Bezug auf die Sportförderung. Jürgen Kühnis präsentierte die Ergebnisse seiner Dissertation «Sport/Bewegung in der Lebenswelt von Jugendlichen in Liechtenstein».

Goldenes Lorbeerblatt
Zum vierten Mal wurde das Goldene Lorbeerblatt an zwei verdienstvolle Sport-Persönlichkeiten überreicht.

I.D. Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein, IOC-Mitglied, und Andreas Wenzel, Silbermedaillengewinner an den Olympischen Winterspielen 1980 im Riesenslalom und in der Kombination (Ski Alpin), wurden am 20. Oktober 2006 durch Regierungschef-Stellvertreter und Sportminister Klaus Tschütscher und den Präsidenten der Sportkommission Josef Eberle geehrt.

Prämien für erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler
Im Berichtsjahr wurden zwei Sportlerinnen, fünf Sportler und eine Mannschaft aus den Sportarten Ski Alpin, Kickboxen und Modellkunstflug mittels einer Erfolgsprämie aus der Sportförderung für ihre herausragenden Leistungen an bedeutenden internationalen Veranstaltungen (Olympische Spiele, Welt- und Europameisterschaften, Kleinstaatenspiele) unterstützt.

Jahresbeiträge an die Verbände
Eine neue Lösung zur Ermittlung der Jahresbeiträge an die Verbände und Einzelvereine ist in Erarbeitung. Das Wesentliche dabei ist, dass durch den Einsatz eines verbesserten EDV-Systems die Administration der staatlichen Sportförderung vereinfacht werden soll, sowohl für die Verbände und Vereine wie auch für die Dienststelle für Sport. Die zu erhebenden Daten werden über ein Internet-Formular eingegeben und automatisch berechnet. Der übliche Auszahlungstermin nach einer Neuerhebung soll eingehalten werden. 38 Sportverbände werden mit Jahresbeiträgen in einer Gesamthöhe von CHF 870 000 unterstützt.

Sportarteneinteilung
Die Sportkommission hat einen Kriterienkatalog erstellt, welcher zur Einteilung der in Liechtenstein durchgeführten Sportarten angewendet werden soll. Die Kriterien wurden in folgende Kategorien festgelegt:
- Internationaler Leistungsnachweis: Ergebnisse und/oder Teilnahmen an Olympia, WM, EM oder Kleinstaatenspielen
- Nachwuchsförderung: Wird in dieser Sportart Nachwuchsförderung betrieben, J+S-Nachwuchsförderung, Sportschüler, internationale Erfolge
- Olympische Sportart, Ja/Nein
- Hat diese Sportart Spitzen- oder Leistungssportler
- Internationale und nationale Bedeutung: Anzahl Mitgliedernationen an den internationalen Dachverbänden, Anzahl Mitglieder der nationalen Dachorganisationen.

Spitzensportausschuss
Der Spitzensportausschuss setzt sich wie folgt zusammen: Eberle Josef, Vorsitz, Beck-Blum Birgit, LOSV, Hasler Ernst, Sportkommission, Heeb Marcel, LOSV, Ott René B., Wirtschaftsvertreter, Eberle Petra (neu), Trainervertreterin, Rothmund Nicole, Athletenvertreterin, Näscher Stefano, Dienststelle für Sport.

28 Gesuche – 16 Gesuche für Wintersportarten, 12 Gesuche für Sommersportarten – wurden im Berichtsjahr behandelt, wovon 23 Gesuchsteller eine Zusage erhielten.

Die geförderten Athletinnen und Athleten sind in den folgenden Sportarten tätig: Kickboxen, Pferdesport, Radsport, Ski Alpin, Ski Nordisch, Skibergsteigen, Speed-Inline-Skating, Schiesssport, Tennis, Triathlon/Duathlon, Wintertriathlon.

Es erfolgten acht Rücktritte oder Verzichte auf Förderbeiträge von Spitzen-, Leistungs- oder Nachwuchssportlern.

Sportschüler im Ausland
Die liechtensteinische Sportförderung sieht als Förderungsmassnahme einen Unkostenbeitrag für talentierte Sportler vor, die sich an ausländischen Sportbildungsinstitutionen weiterentwickeln möchten. Im Jahr 2006 waren elf Schülerinnen und Schüler (sechs Mädchen, fünf Knaben) aus den Sportarten Ski Alpin und Ski Nordisch an fünf Sportschulen in der Schweiz und Österreich eingeschrieben, die aus den Mitteln der Sportförderung unterstützt wurden.

Entwicklung der Sportförderung
Die finanziellen Aufwendungen im Jahr 2006 für die Sportförderung liegen mit einem Gesamtaufwand von CHF 3 243 Mio. im selben Bereich wie in den vergangenen Jahren.

Beschickungen der Verbände an Welt- und Europameisterschaften
Eine spezielle Unterstützung erhielten zehn Verbände für 16 Weltmeisterschafts- oder Europameisterschaftsteilnahmen.

Internationale Sportveranstaltungen in Liechtenstein
Mittels Pauschalbeiträgen wurden neun Verbände oder Organisatoren für die Durchführung von zehn internationalen Sportveranstaltungen in Liechtenstein aus der Sportförderung unterstützt.

Weitere Förderbereiche 2006

Breitensport
Die beliebten «Konditionstrainings für Jedermann», die vom Verein für Sport in der Schule (LVSS) geleitet und betreut wurden, werden von der Sportkommission unterstützt. Eine durchgeführte Erhebung des LVSS (Anwesenheitsliste) hat ergeben, dass das Angebot mit durchschnittlich 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (zwischen mindestens 25 Teilnehmern und maximal 43 Teilnehmern pro Trainingseinheit) von der Bevölkerung rege genutzt wird.

Im Weiteren unterstützt die Sportkommission der Regierung als Beitrag zur Breitensportförderung:
- den Verein Valünalopp jährlich mit einem Beitrag von CHF 20 000 zur Präparierung und Unterhalt der Langlauf-Loipen sowie als Infrastrukturbeitrag für die Unterhaltskosten des Spurgerätes;
- den Rodelclub Triesenberg jährlich mit einem Beitrag von CHF 8 000 für den Unterhalt der Rodelbahn Sücka-Steg.

Neben den Jahresbeiträgen an die Sportverbände erhält der Behindertenverband zur Förderung des Behindertensports einen Jahresbeitrag in Höhe von CHF 15 000.

Jahresbericht Schulsport 2006

Ausbau des Freiwilligen Schulsports
Der Freiwillige Schulsport gilt als wertvolles Instrument für die vertiefte Ausbildung in einzelnen Sportarten und für die Animation zu leistungssportlicher Betätigung. Um dem Freiwilligen Schulsport zusätzliche Attraktivität und Impulse zu verleihen, wurde das Reglement in wesentlichen Punkten angepasst. Das Teilnahmealter wurde um zwei Jahre gesenkt, Kurse können nunmehr ab der vierten Stufe der Primarschule angeboten werden. So kann das beste motorische Lernalter genutzt werden. Die an einer Schule angebotenen Kurse des Freiwilligen Schulsports können auch von Schülern anderer liechtensteinischer Schulen besucht werden. Kleinere Schulen haben oft Mühe, genügend Schüler zu rekrutieren, um spezialisierte Sportfachkurse durchführen zu können. Die Dauer der Kurseinheiten, die Durchführungszeiten, die Anzahl wöchentlicher Einheiten und das Pensum der Lehrpersonen wurden den Bedürfnissen angepasst.

Förderung der Teilnahme an internationalen Schulsportveranstaltungen
Mit der Genehmigung des Pilotprojektes wurde ein Bekenntnis zu schulsportlicher Wettkampftätigkeit und zu deren Förderung abgegeben. Die Teilnahme an internationalen Schulsportveranstaltungen bedingt gutes bis sehr gutes Können in einer sportlichen Disziplin. Gezielte Vorbereitung und Wettkampferfahrung sind unabdingbare Voraussetzungen für einen befriedigenden Auftritt. Der Schulsport kann die Basis dafür legen. Schülerinnen und Schüler, die gern an Wettkämpfen teilnehmen, sollen auch im Rahmen der Schule diese Möglichkeit haben und dabei pädagogisch geführt und betreut werden. Die Förderung soll so angelegt sein, dass im Rahmen des Schulsportes eine sportliche Grundausbildung, eine vertiefte und spezialisierte Ausbildung durch systematisches Training und Basiserfahrung im Wettkampfsport erworben werden können.

Karten für Orientierungslauf auf dem Schulareal
Als Teil der Lehrerfortbildung im Fachbereich Sport wurde ein Kurs «Orientierungslauf auf dem Schulareal» durchgeführt. Hierfür und für die weitere Arbeit mit den Schülern wurden für das Schulzentrum Balzers, für die Schule Resch Schaan und für das Schulzentrum Unterland in Eschen spezielle Schularealkarten angefertigt. Es liegt auf der Hand, dass man das sich Orientieren mit einer Karte in einer bekannten Umgebung besser lernen kann. Den Bezug zwischen einer Karte und der Wirklichkeit kann das Kind besser herstellen, wenn es das, was es auf der Karte sieht, in die vertraute Umgebung übertragen kann. Die attraktiven Schulkarten, auf denen nebst Wegen auch Bäume, Sträucher, Lampen, Stiegen, Brunnen, Zäune, Papierkörbe und vieles mehr eingezeichnet sind, animieren die Schüler zu freudiger Auseinandersetzung mit dem Lernziel Kartenlesen und sich orientieren.

Heterogenität im Sportunterricht
Ebenfalls in Rahmen der Lehrerfortbildung wurde das Buchprojekt «Games guide – Sammlung von Fitnessspielen all inclusive» begleitet und unterstützt. Das Ziel der Sammlung ist es, gerade den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern «auf die Sprünge» zu helfen und sie besser in das Spielgeschehen zu integrieren. Die Fitnessspiele wurden von den Autorinnen Beata Horvath und Elisabeth Schmid-Anderson so angepasst, dass sie der Idee des gemeinsamen Trainings je nach Fähigkeiten entsprechen. Alle Spieler strengen sich in dieser Konstellation ebenso an wie bei Einzelaufgaben, ihre individuellen Schwächen werden aber nicht mehr von der ganzen Gruppe bemerkt – und die Freude aller am Spiel bleibt erhalten.

Schulsportliche Wettkampftätigkeit
Auf internationaler Ebene waren die Teilnahmen eines Teams an der Volleyball-Schülerweltmeisterschaft in Porec/Kroatien und je eines Schwimm- und Leichtathletikteams an der Gymnasiade in Athen zu verzeichnen. Des Weiteren wurde der Schweizerische Schulsporttag mit drei Schulteams besucht. An den traditionellen liechtensteinischen Schülermeisterschaften nahmen 631 Schülerinnen und Schüler der Sekundarschulen teil.

Liechtensteinischer Olympischer Sportverband (LOSV)

Jahresbeitrag an den LOSV
Der Liechtensteinische Olympische Sportverband erhielt aus der Sportförderung einen Jahresbeitrag in Höhe von CHF 750 000, welcher für die Personalkosten, Miete, Versicherungen, Telefon, Autoleasing etc. eingesetzt wird.

Olympische Winterspiele Torino 2006
Die Teilnahme der Delegationen Liechtensteins an den Olympischen Winterspielen in Torino wurde von der Sportkommission mit CHF 91 668 finanziert.

Medical Team
Athletinnen und Athleten aus diversen Verbandskadern haben sich bei den Ärzten des LOSV Medical-Teams untersuchen lassen. Bei den Sportuntersuchungen steht die Früherkennung von leistungsmindernden und allenfalls gesundheitsgefährdenden Faktoren im Vordergrund. Der Aufwand für die sportmedizinischen Tests und Untersuchungen wurde aus der Sportförderung mit CHF 40 568 finanziert.

Wettkampfvorbereitungen Kleinstaatenspiele
Die Sportkommission unterstützte Vorbereitungsprojekte hinsichtlich der Lie-Games 2011, mit Zwischenzielen Monaco 2007 und Zypern 2009 mit einem Beitrag von CHF 43 018 aus der Sportförderung 2006.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler

Im Berichtsjahr konnten mehrere Rechtsetzungsprojekte, die für den Finanzplatz von zentraler Bedeutung sind, zum Abschluss gebracht oder vorangetrieben werden. Zum einen betrifft dies die Schaffung eines Marktmissbrauchsgesetzes und zum anderen die erste Teilumsetzung von Basel II im Bankengesetz sowie in der Banken- und Eigenmittelverordnung. Im Weiteren wurde eine Gesetzesvorlage betreffend die Besteuerung von Investmentunternehmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Fondsplatzes zusätzlich erhöht, ausgearbeitet und in den Landtag eingebracht. Die Gesetzesänderung konnte noch im Berichtsjahr in Kraft gesetzt werden. Daneben hat die Regierung einen Entwurf für ein total revidiertes Prospektgesetz in die Vernehmlassung gegeben.

Mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzeptes für eine Steuerrechtsrevision hat die Regierung ein bedeutsames Reformvorhaben für den Finanz- und Wirtschaftsplatz Liechtenstein eingeleitet.

Finanzplatz

Ende Oktober 2006 hat die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Steuerrechtsrevision eingesetzt. Das liechtensteinische Steuerrecht hat seit längerer Zeit nur punktuelle Änderungen erfahren. Eine umfassende Reform des nationalen Steuerrechts konnte nicht verwirklicht werden; so hat das liechtensteinische Stimmvolk im Jahre 1990 eine Totalrevision des Steuergesetzes abgelehnt. Die nunmehr eingesetzte Arbeitsgruppe wurde von der Regierung beauftragt, ein Reformkonzept für eine Steuerrechtsreform vorzulegen, das folgenden Grundsätzen Rechnung trägt: Steuergerechtigkeit und Steuertradition, Einfachheit und Transparenz, Internationale Kompatibilität, Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität, Aufkommensneutralität, Entscheidungsneutralität sowie europarechtliche Konformität. In einem ersten Schritt hat die Arbeitsgruppe eine Tax Road Map zuhanden der Regierung erstellt.

Ebenfalls im Oktober 2006 setzte die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Assessment des Finanzplatzes Liechtenstein durch den Internationalen Währungsfonds, welches im Frühjahr 2007 stattfinden wird, ein.

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres teilte das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung der liechtensteinische Mission in Brüssel mit, dass seitens der EU der Wunsch bestehe, ein Betrugsabkommen mit Liechtenstein abzuschliessen. Im November 2006 verabschiedete der ECOFIN sodann ein Verhandlungsmandat für ein Betrugsabkommen mit Liechtenstein. Seitens der Regierung wurde noch kein Verhandlungsmandat erlassen.

Am 5. und 6. Oktober 2006 fand die dritte Ausgabe des international ausgerichteten Liechtenstein Dialogs statt. Das diesjährige Dialogforum war dem Thema «Global risks and investor confidence» gewidmet. 19 Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland, darunter der luxemburgische Aussenminister, beleuchteten das Thema aus den Perspektiven der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand insbesondere die Fragestellung, wie globale Risiken bewältigt werden können und Anlegervertrauen langfristig gewonnen werden kann.

Im Berichtsjahr wurden schliesslich die Zusammenarbeitsvereinbarungen der Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU) mit der FIU von Chile und Rumänien durch die Regierung genehmigt.

Gesetzgebung

Im Berichtsjahr konnten wichtige Rechtsetzungsprojekte, wie das Marktmissbrauchsgesetz oder die Teilumsetzung von Basel II im Bankengesetz sowie in der Banken- und Eigenmittelverordnung, abgeschlossen werden. Mit Beginn des Berichtsjahres trat zudem das neu geschaffene Gesetz über die Vermögensverwaltung in Kraft.

Das Gesetz gegen Marktmissbrauch im Handel mit Finanzinstrumenten (Marktmissbrauchsgesetz), welches am 1. Februar 2007 in Kraft treten wird, ist vom Landtag im September und November in erster und zweiter Lesung behandelt worden. Mit dem Marktmissbrauchsgesetz wird – in Umsetzung der Marktmissbrauchsrichtlinie (2003/6/EG) – ein Regelwerk geschaffen, um marktmissbräuchliche Aktivitäten auf dem Finanzplatz Liechtenstein zu bekämpfen. Zu diesem Zweck wurde der bisherige Insiderstraftatbestand erweitert und ein neuer Tatbestand der Marktmanipulation eingeführt. Durch die Gesetzesvorlage werden die Finanzintermediäre, sofern sie den Verdacht haben, dass eine Transaktion ein Insidergeschäft oder eine Marktmanipulation darstellen könnte, zu einer Verdachtsmitteilung an die FIU verpflichtet.

Die Abänderungen der Bankenkoordinierungsrichtlinie (2000/12/EG) und der Kapitaladäquanzrichtlinie (93/6/EWG), welche die von Banken anzuwendenden Eigenmittel- und Risikovorschriften (Basel II) betreffen, machten eine Revision des Bankengesetzes notwendig. Im April 2006 hat die Regierung einen entsprechenden Vernehmlassungsbericht verabschiedet. Der Bericht und Antrag zuhanden des Landtages konnte von der Regierung im Juli 2006 genehmigt werden. Der Landtag behandelte die Vorlage in erster Lesung im September 2006; die zweite Lesung erfolgte im Oktober 2006. Da es sich bei den Eigenmittel- und Risikovorschriften um technische Ausführungsbestimmungen handelt, wurden nur die Grundsätze im Bankengesetz selbst geregelt. Die restliche Übernahme erfolgte in der Bankenverordnung sowie in der Eigenmittelverordnung, welche von der Regierung in der Sitzung vom 5. September 2006 verabschiedet wurden.

Im Februar des Berichtsjahres verabschiedete die Regierung einen Bericht und Antrag zuhanden des

Landtages betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Ausführung von Überweisungen. Infolge der Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro war das bestehende Gesetz um die fehlenden Strafbestimmungen zu ergänzen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Fondsplatzes weiter zu steigern, liess die Regierung dem Landtag im März 2006 einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Steuergesetzes im Bereich der Besteuerung von Investmentunternehmen zukommen. Die Regierung schlug darin vor, die Kapitalsteuer auf das verwaltete Vermögen abzuschaffen. Gleichzeitig wurde eine Gleichstellung bei der steuerlichen Behandlung von Fondsleitungen und Anlagegesellschaften beantragt. Der Landtag verabschiedete die Gesetzesvorlage in seiner Mai Sitzung.

Im August 2006 verabschiedete die Regierung einen Bericht und Antrag zuhanden des Landtags, in welchem eine Reduktion der Mindestanzahl an Direktoriumsmitgliedern bei der Landesbank von fünf auf drei in Vorschlag gebracht wurde. Dies mit dem Ziel, die Flexibilität bei der Bildung der Geschäftsleitung zu erhöhen. Der Landtag verabschiedete die entsprechende Gesetzesänderung in seiner September Sitzung.

Im Oktober des Berichtsjahres unterbreitete die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes im Bereich Aircraft-Management-Leistungen. Leistungen dieser Art werden gemäss Gesetzesvorlage, welche vom Landtag in seinen Oktober und November Sitzungen behandelt wurde, neu dem Empfängerortsprinzip unterstellt, womit die bestehende Benachteiligung der inländischen Luftfahrzeugbetreiber behoben werden konnte.

Daneben liess die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend die Übernahme der 3. Geldwäsche-Richtlinie (2005/60/EG) zukommen. Der Landtag erteilte dem betreffenden Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses im Dezember 2006 seine Zustimmung. Mit der Übernahme der 3. Geldwäsche-Richtlinie werden die bestehenden Anforderungen im Bereich der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung an die revidierten 40 Empfehlungen der FATF angepasst.

Im Weiteren hat die Regierung im Juli 2006 einen Vernehmlassungsbericht zur Totalrevision des Prospektgesetzes verabschiedet. Erforderlich wurde die vorgesehene Totalrevision durch die Übernahme der Prospektrichtlinie, welche eine Harmonisierung des Rechtsrahmens sowie die Vollendung des Binnenmarktes für Wertpapiere zum Ziel hat. Im November des Berichtsjahres eröffnete die Regierung das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Schaffung eines Finanzkonglomeratsgesetzes, welches zusätzliche Aufsichtsvorschriften für Finanzkonglomerate vorsieht. Erfasst werden dabei Finanzkonglomerate, die in beträchtlichem Umfang branchenübergreifend tätig sind. Die Vernehmlassungsfrist endet Mitte Januar 2007.

Finanzhaushalt

Das im November 2006 vom Landtag beschlossene Finanzgesetz für das Jahr 2007 sieht in der Laufenden Rechnung bei einem Ertrag von CHF 864,7 Mio., einem Aufwand von CHF 789,4 Mio. und Abschreibungen von CHF 74,1 Mio. einen Ertragsüberschuss von CHF 1,2 Mio. vor. Dabei steigen im Budgetvergleich die Erträge mit plus 6,3 % deutlich stärker als der Aufwand mit 3,1%. Unter Berücksichtigung der leicht erhöhten Abschreibungen verbessert sich das Resultat der Laufenden Rechnung beträchtlich, aus dem Fehlbetrag im Budget 2006 in Höhe von CHF 25,0 Mio. wird im Budget 2007 ein Überschuss von 1,2 Mio., das ist eine Verbesserung um CHF 26,2 Mio.

Laufende Rechnung	**Budget 07**	**Budget 06**	**Veränderung B07/B06**	
	Mio. CHF	Mio. CHF	**abs.**	**in%**
Ertrag	864.7	813.6	51.1	+6.3
./. Aufwand	789.4	765.8	23.6	+3.1
Cash Flow	**75.3**	**47.8**	**27.5**	**+57.5**
./. Abschreibungen	74.1	72.8	1.3	+1.8
Ertrags-/Aufwandüberschuss	**1.2**	**-25.0**	**26.2**	**+104.8**

Die geplanten Investitionen liegen in etwa auf der Höhe des Vorjahres. Die für das Jahr 2007 vorgesehenen Bruttoinvestitionen bewegen sich mit CHF 109,4 Mio. dennoch über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 101 %, d.h. aus dem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Cash Flow der Laufenden Rechnung in Höhe von CHF 75,3 Mio. können die geplanten Nettoinvestitionen von CHF 74,6 Mio. gänzlich bezahlt werden. Der vom Finanzleitbild geforderte Eigenfinanzierungsgrad von 90 % wird damit deutlich überschritten. Die gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 20,0 Mio. höheren Investitionseinnahmen tragen wesentlich zur Erfüllung dieses Eckwertes bei. Der damit verbundene Vorgang ist eine geplante Kapitalreduktion bei der LTN Liechtenstein-Telenet AG. Nach dem Verkauf des Festnetzes an die LKW soll die hohe Eigenkapitalisierung der LTN im Jahre 2007 reduziert werden.

Investitionsrechnung	**Budget 07**	**Budget 06**	**Veränderung B07/B06**	
	Mio. CHF	Mio. CHF	**abs.**	**in%**
Ausgaben	109.4	111.3	-1.9	-1.7
./. Einnahmen	34.8	14.8	20.0	+135.1
Nettoinvestitionen	**74.6**	**96.5**	**-21.9**	**-22.7**
Selbstfinanzierungsgrad	101%	50%	51%P	+102.0

Die Rahmenbedingungen für die Budgetierung 2007 haben sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Von der positiven Wirtschaftsentwicklung profitieren auch die öffentlichen Haushalte, wodurch für die nahe Zukunft

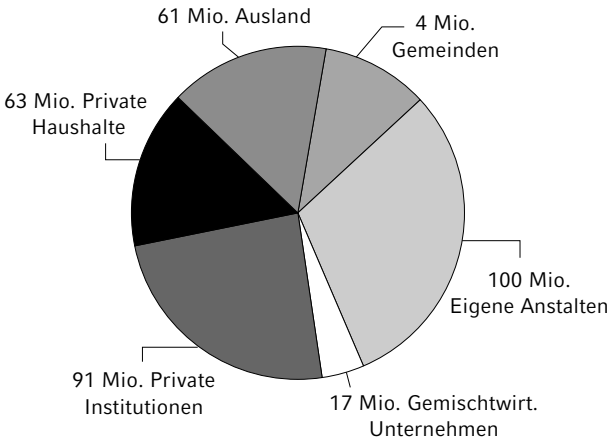
mit teilweise beträchtlichen Steuerzuwächsen gerechnet werden kann. Dank einer prognostizierten Steigerung im Bereich der Steuern und Abgaben von 7,2% gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die Erträge aus der ordentlichen Staatstätigkeit von rd. CHF 775 Mio. auf nunmehr CHF 831 Mio. Dabei sind es in erster Linie die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, der Kapital- und Ertragssteuer sowie den Stempelabgaben, welche für das kommende Jahr auf deutlich höherem Niveau erwartet werden. Etwas höher als im Voranschlag 2006 figurieren die Vermögenserträge, welche mit einem Betrag von CHF 92,3 Mio. mittlerweile eine bedeutende Position in der Landesrechnung einnehmen. Dabei ist die in den letzten Jahren sukzessiv erhöhte Dividende der Landsbank der grosse Gewinnbringer.

Der Regierung ist es gelungen, die Steigerung des Aufwands im Voranschlag 2007 gegenüber dem Vorjahresbudget auf 3,1% zu begrenzen. Ohne Berücksichtigung der durch die höheren Steuereinnahmen zwangsläufig höheren Finanzzuweisungen wäre die Aufwandsteigerung mit 1,6% moderat ausgefallen. Dies ist in erster Linie das Resultat der mit der letztjährigen Finanzplanung angekündigten Massnahme zur Sanierung der Finanzierungsseite der Invalidenversicherung. - In der nachstehenden Tabelle fallen vor allem die grossen Veränderung beim Personalaufwand sowie bei den laufenden Beiträgen auf, was jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass ab Budget 2007 die Personalaufwendungen im Primarschul- und Kindergartenbereich neu unter dem Personalaufwand der Landesrechnung geführt werden, währenddem sie bis anhin als Subventionsposition an die Gemeinden und damit unter den laufenden Beiträgen figurierten.

Laufende Aufwendungen	Budget 2007	Budget 2006	Abweichung in CHF	Abweichung in %
Personalaufwand	191.4	155.5	35.9	+23.1
Sachaufwand	87.6	82.3	5.3	+6.5
Laufende Beiträge	337.9	367.9	-30.0	-8.1
Finanzzuweisungen	166.8	155.1	11.7	+7.5
Passivzinsen / Abschr. Finanzvermögen	0.6	0.3	0.3	+106.9
Einlagen in Spezialfinanzierungen	0.2	0.2	0.0	-3.3
Aufwand ordentliche Staatstätigkeit	**784.5**	**761.2**	**23.3**	**+3.1**
Aufwand Poolanlagen	4.9	4.6	0.3	+6.5
Total Aufwand	**789.4**	**765.8**	**23.6**	**+3.1**

Mit dem Voranschlag 2007 beantragte die Regierung dem Landtag eine Teuerungszulage von 2% für das Staatspersonal, nachdem die Konsumentenpreise per Ende August 2006 gegenüber dem letztmaligen Ausgleich um 2,4 % angestiegen waren. Des Weiteren wurde die Gesamtlohnsumme der Landesverwaltungsangestellten um 2 % erhöht, davon 1,5% für den fixen und 0,5 für den variablen Besoldungsanteil.

Beitragsleistungen Budget 2007 (Mio. CHF)



Die mit der letztjährigen Finanzplanung genannten Massnahmen zur Verbesserung der Struktur des Laufenden Haushaltes sind teilweise bereits in Umsetzung und wirken sich positiv auf die Bestrebungen der Regierung aus, bis Ende der laufenden Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dennoch ergibt sich in der Finanzplanung 2007 – 2011 mit den dort unterlegten Prämissen noch kein ausgeglichener Haushalt, es resultieren noch immer Finanzierungsfehlbeträge zwischen CHF 19 Mio. und CHF 39 Mio. p.a.. Deshalb hat die Regierung erneut ein Massnahmenpaket aufgezeigt, welches den Cash Flow der Laufenden Rechnung auf ein Niveau anheben soll, mit welchem die Finanzierung der geplanten Nettoinvestitionen möglich ist, somit einer ausgeglichenen Rechung gleichkommt.

Bei der derzeitigen guten Wirtschaftslage schliesst die Landesrechnung tendenziell besser ab als der Voranschlag, da sich die Erträge überdurchschnittlich gut entwickeln und sich dabei mehrere Faktoren gleichzeitig positiv entwickeln. Dennoch hält die Regierung am bisher verfolgten Ansatz einer vorsichtigen Finanzplanung fest und legt dem Landtag eine aus ihrer Sicht vorsichtige Finanzplanung vor, bei welcher nicht ein einzelnes Jahr betrachtet werden darf, sondern der Fokus und die Einschätzung der Entwicklung auf einen etwas längeren Zeitraum gelegt wird.

AMTSSTELLEN

Steuerverwaltung

Amtsleiter: Hugo Biedermann

Die Steuerverwaltung führt die Veranlagung und den Bezug der meisten Steuerarten durch. Zu den ertragsmässig gewichtigsten Steuerarten zählten im Berichtsjahr die Mehrwertsteuer, die Kapital- und Ertragssteuer der juristischen Personen sowie die Vermögens- und Erwerbssteuer der natürlichen Personen. Organisatorisch ist die Steuerverwaltung in die fünf Abteilungen direkte Steuern natürliche Personen, direkte Steuern juristische Personen, Mehrwertsteuern, Spezialsteuern, Steuerbezug und Administration sowie den Rechtsdienst gegliedert. Der Personalbestand der Steuerverwaltung betrug im Berichtsjahr 45 Personen.

Direkte Steuern natürliche Personen
Die Abteilung direkte Steuern natürliche Personen führt in Zusammenarbeit mit den Gemeindesteuerkassen die Veranlagungen der natürlichen Personen betreffend die Entrichtung der Vermögens- und Erwerbssteuern durch. Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 25 467 (Vorjahr 25 267) Veranlagungen mit einem Steuerergebnis von CHF 138,7 Mio. (Vorjahr CHF 127,3 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr nahm die Anzahl der Veranlagungen um 0.8% zu und das Steuerergebnis erhöhte sich um 9.0 %.

Die grosse Zahl der jährlich durchzuführenden Veranlagungen erfordert eine enge und effiziente Zusammenarbeit zwischen der Steuerverwaltung und den Gemeindesteuerkassen. Wo erforderlich, unterstützen und beraten die Revisoren der Steuerverwaltung die Gemeindesteuerkassen. Im Berichtsjahr wurde zudem eine gemeinsame Sitzung mit allen Gemeindekassieren durchgeführt.

Zu den besonderen Aufgaben der Abteilung direkte Steuern natürliche Personen zählen u.a. die Unterstützung der Gemeindesteuerkassen bei der Inventarisation des Nachlasses verstorbener Personen, die Überwachung der gesetzlichen Meldepflicht von Pensionskassen sowie die Überprüfung von Stipendienanträgen bezüglich der Höhe des steuerbaren Vermögens und Erwerbs. Bei Steuerpflichtigen, die keine Steuererklärung eingereicht hatten, wurden Vermögen und Erwerb eingeschätzt sowie eine Ordnungsbusse verfügt.

Direkte Steuern juristische Personen
Die Hauptaufgabe der Abteilung direkte Steuern der juristischen Personen besteht in der Veranlagung und Erhebung der Kapital- und Ertragssteuer von Gesellschaften, welche im Lande ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben. Im Zuge der Prüfung der Steuererklärung wird jeweils auch die Couponsteuer von 4 % der Obligationen- und Aktiencoupons in Rechnung gestellt sowie die Abgabe der Stempelsteuererklärung kontrolliert.

Im Berichtsjahr wurden rund 2 800 (Vorjahr rund 3 000) Veranlagungen betreffend die Entrichtung von Kapital- und Ertragssteuern vorgenommen. Die Gesamteinnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer beliefen sich auf CHF 163,6 Mio. gegenüber CHF 137,3 Mio. im Vorjahr, was einem Einnahmenanstieg von über 19 % entspricht.

Als zeitintensiv erwiesen sich im Berichtsjahr wie bereits im Vorjahr: die Mitarbeit beim Informatikprojekt einer integrierten neuen Steuerlösung (INES); die Überprüfung und Bereitstellung von VGR-Basisdaten; die Bearbeitung der vielen Anfragen sowie die sich aus solchen Abklärungen ergebenden steuerlichen Umsetzungen, insbesondere hinsichtlich der Umwandlung der Rechtsform, des Steuerstatuswechsel, der Umstrukturierung und der Abspaltung von Unternehmensteilen; die zahlreichen Abklärungen, die zur Ergänzung der eingereichten Unterlagen durchgeführt werden mussten; die Einschätzung jener steuerpflichtigen Gesellschaften, die keine Steuererklärung abgegeben haben.

Der Leiter der Abteilung juristische Personen wurde von der Regierung in die Arbeitsgruppe «Steuerrechtsrevision» bestellt. Die Arbeitsgruppe wurde damit beauftragt, bis Dezember 2006 eine FL Tax Road Map und bis Ende März 2007 Grundlagen, Analysen sowie einen Vorgehensplan für eine Steuerrechtsreform zu erarbeiten.

Der Leiter der Abteilung juristische Personen ist zudem Mitglied der Arbeitsgruppe «QI».

Mehrwertsteuern
Die Abteilung Mehrwertsteuern hat für die umfassende, exakte und termingerechte Erhebung der Mehrwertsteuer zu sorgen. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören die Administration von mehrwertsteuerpflichtigen Personen, die Bearbeitung der eingereichten Anträge, die fachtechnische Kontrolle der Selbstveranlagungen, das Erstellen von Ergänzungsabrechnungen oder Gutschriften, der Erlass von Verfügungen, die Durchführung von externen Buchprüfungen sowie die Publikation der Verwaltungspraxis in Form von Broschüren und Merkblättern. Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie der Eidgenössischen Zollverwaltung aufgrund der bestehenden staatsvertraglichen Vereinbarungen bezüglich der einheitlichen Umsetzung der Vorschriften im Bereich der Mehrwertsteuer.

Im Berichtsjahr 2006 konnte erstmals mit der neuen «MWST-Informatik-Lösung» gearbeitet werden; diese neue Informatik-Lösung hat sich in der Praxis bewährt.

Schwerpunktmässig wurden im Jahr 2006 externe Revisionen sowie deren Nachbesprechungen durchgeführt. Die Abteilung Mehrwertsteuer war in die Erarbeitung von Einspracheentscheidungen und Gegenäusserungen zu Beschwerden involviert. Des Weiteren haben im Berichtsjahr vermehrt Gesellschaften um Eintragung

in das MWST-Register angesucht. In diesem Zusammenhang mussten verschiedene rechtsmittelfähige Verfügungen verfasst werden.

Per Ende des Berichtsjahres waren 3 603 (Vorjahr 3 436) aktiv tätige Mehrwertsteuerpflichtige registriert; gegenüber den im Vorjahr registrierten Steuerpflichtigen ergaben sich 332 Neueintragungen und 165 Löschungen. Die in der Landesrechnung ausgewiesenen Mehrwertsteuereinnahmen beliefen sich auf CHF 176,4 Mio. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2005 bedeutet dies einen Zuwachs der Mehrwertsteuereinnahmen von 1,4 %, in welchem sie sich auf CHF 174,0 Mio. beliefen. Zu erwähnen ist, dass bei den ausgewiesenen Einnahmen von CHF 176,4 Mio. der Betrag von CHF 7,6 Mio., welcher der Schweizerischen Eidgenossenschaft aufgrund einer Korrektur der Basisdaten zur Aufteilung der Mehrwertsteuererträge aus dem Jahre 2004 zurückerstattet wurde, in Abzug gebracht ist. Ohne diese Korrektur lägen die Mehrwertsteuereinnahmen bei CHF 184,0 Mio. Die Mehrwertsteuer war im Berichtsjahr wiederum mit Abstand die einnahmenstärkste Steuerart.

Da Liechtenstein und die Schweiz aufgrund des bestehenden Mehrwertsteuervertrages ein gemeinsames Mehrwertsteuergebiet bilden, werden die Einnahmen beider Vertragsstaaten aus der Mehrwertsteuer (inkl. der durch die Eidg. Oberzolldirektion erhobenen Einfuhrumsatzsteuer) während des Jahres einem gemeinsamen Mehrwertsteuerpool zugewiesen. Die Verteilung der gemeinsamen Mehrwertsteuererträge erfolgt jeweils auf Ende des Kalenderjahres, wobei die in einem festgelegten Dienstleistungssektor erzielten Mehrwertsteuererträge in vollem Umfang an jenen Vertragsstaat zurückfliessen, in welchem sie erhoben wurden. Der verbleibende Ertrag des Mehrwertsteuerpools wird gemäss einem jährlich zu ermittelnden Verteilungsschlüssel aufgeteilt. Dieser Verteilungsschlüssel ergibt sich aus der Bevölkerungszahl sowie dem Volkseinkommen pro Kopf der beiden Vertragsstaaten, um so die unterschiedliche einkommensabhängige Pro-Kopf-Nachfrage nach mehrwertsteuerbelasteten Gütern und Dienstleistungen zu berücksichtigen. Der liechtensteinische Anteil am Mehrwertsteuerpool belief sich im Berichtsjahr auf rund 0,67 %.

Spezialsteuern

Zu den Spezialsteuern zählen die Grundstücksgewinnsteuer, die Nachlass- und Erbanfallssteuer sowie die Schenkungssteuer. Im Bereich der Grundstücksgewinnsteuer bearbeitete die Abteilung Spezialsteuern im Berichtsjahr insgesamt 1 674 (Vorjahr 1 359) grundbücherliche Grundstücksübertragungen. Bei insgesamt 970 (Vorjahr 705) Grundstücksübertragungen hatten die Steuerpflichtigen Grundstücksgewinnsteuern zu entrichten, während bei 704 (Vorjahr 654) Übertragungen keine Steuerzahlungen zu leisten waren. Aus einem steuerpflichtigen Grundstücksgewinn von insgesamt CHF 99,4 Mio. (Vorjahr CHF 95,3 Mio.) resultierten dabei Steuereinnahmen von CHF 15,3 Mio. (Vorjahr CHF 14,5 Mio.), welche zu zwei Dritteln den Gemeinden und zu einem Drittel dem Land zufliessen. Erhoben wird die Grundstücksgewinnsteuer von den Grundstücksverkäufern, wobei die Steuer für jedes verkaufte Grundstück bzw. Stockwerkeigentum gesondert in Rechnung gestellt wird.

Im Zuge der Veranlagung der Grundstücksgewinnsteuer werden die eingereichten Kauf- und Dienstbarkeitsverträge sowie die Meistbotsbeschlüsse der Versteigerungen erfasst und gemeinsam mit den eingereichten Steuererklärungen geprüft, insbesondere hinsichtlich der Erwerbs- und Verkaufspreise sowie der anrechenbaren Anlagekosten. Verschiedentlich ist es dabei erforderlich, den Verkaufspreis von Amtes wegen festzusetzen, wobei z.T. Expertisen beigezogen und Augenscheine durchgeführt werden. Nach Erstellung der Grundstücksgewinnsteuerrechnung und Zahlungseingang leitet die Abteilung Spezialsteuern die Grundstücksverträge an das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt zur grundbücherlichen Eintragung weiter.

Im Bereich der Nachlass- und Erbschaftssteuern wurden im Berichtsjahr insgesamt 315 (Vorjahr 278) Fälle bearbeitet, wobei in 216 (Vorjahr 188) Fällen Steuern zu entrichten waren. Insgesamt ergaben sich Steuereinnahmen von CHF 3,0 Mio. (Vorjahr CHF 7,9 Mio.) aus einem Gesamtnachlass von CHF 66,7 Mio. (Vorjahr CHF 182,3 Mio.).

Zu den Aufgaben im Zusammenhang mit der Erhebung der Nachlass- und Erbschaftssteuer zählen die edv-mässige Erfassung der durchgeführten Inventarisationen, die Durchsicht der gerichtlichen Verlassenschaftsakte, die Festsetzung des steuerpflichtigen Reinnachlasses und die Ausfertigung der Steuerrechnungen. Nach Eingang der Zahlungen wird das Erbe mittels Umschriftsbewilligung zuhanden des Landgerichtes freigegeben.

Aus Schenkungssteuern resultierte im Berichtsjahr ein Betrag von CHF 3,7 Mio. (Vorjahr CHF 0,8 Mio.). Steuerbasis dieser Schenkungssteuern war eine Schenkungssumme von insgesamt CHF 481,7 Mio. (Vorjahr CHF 96,1 Mio.). Bearbeitet wurden insgesamt 562 (Vorjahr 511) Schenkungen, wobei in 439 (Vorjahr 374) Fällen Steuern zu entrichten waren. Nach der edv-mässigen Erfassung der Schenkungsverträge und Schenkungsanzeigen sind jeweils die Werte der geschenkten Vermögensobjekte festzusetzen und die Schenkungssteuerrechnungen zu erstellen. Im Falle von Grundstücksschenkungen werden die Schenkungsverträge nach Eingang der Steuerzahlungen an das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt weitergeleitet.

Steuerbezug und Administration

Die Abteilung Steuerbezug und Administration ist insbesondere zuständig für den Bezug der Kapital- und Ertragssteuern, der Couponsteuern, der Besonderen Gesellschaftssteuern, der Lohnsteuerabzüge, der Quellensteuern der österreichischen Grenzgänger und der Rentnersteuern sowie für eine Reihe weiterer administrativer Aufgaben.

Aus den Lohnsteuerabzügen und den Quellensteuern der österreichischen Grenzgänger resultierten im

Berichtsjahr Einnahmen von CHF 97,0 Mio. (Vorjahr CHF 94,2 Mio.). Die Lohnsteuerabzüge werden vom jeweiligen Arbeitgeber vorgenommen, welcher gemäss Steuergesetz verpflichtet ist, einen bestimmten Anteil des an seine Arbeitnehmer auszubezahlenden Bruttolohnes zurückzubehalten und der Steuerverwaltung abzuliefern. Der Arbeitnehmer erhält für diese Vorauszahlung seiner Vermögens- und Erwerbssteuer einen Skonto gutgeschrieben, welcher sich für das Steuerjahr 2005 auf 0.5 % (Vorjahr 1 %) des abgelieferten Lohnsteuerbetrags belief. Insgesamt rechneten die Arbeitgeber im Berichtsjahr eine Bruttolohnsumme von CHF 2 184 Mio. (Vorjahr CHF 2 115 Mio.) ab, was einer Zunahme von CHF 69 Mio. bzw. 3,3 % entspricht. Auf die 7 258 (Vorjahr 7 072) österreichischen Grenzgänger entfiel dabei eine Lohnsumme von CHF 437 Mio. (Vorjahr CHF 425,1 Mio.). Da sich der Quellensteuerabzug der österreichischen Grenzgänger auf 4 % des Bruttolohnes beläuft, resultierten hieraus Steuereinnahmen von CHF 17,5 Mio. (Vorjahr CHF 16,9 Mio.).

Aus der Besonderen Gesellschaftssteuer der Sitzgesellschaften resultierten im Berichtsjahr CHF 97,6 Mio. (Vorjahr CHF 93,8 Mio.). Die Gesamteinnahmen aus der Couponsteuer beliefen sich auf CHF 34 Mio. (Vorjahr CHF 37,6 Mio.).

In den Aufgabenbereich der Abteilung Steuerbezug und Administration fällt auch die Bearbeitung von Neugründungen, Löschungen, Kapitalerhöhungen, Rechtsformwechseln und Sitzverlegungen von Gesellschaften. Bei Neugründungen von Gesellschaften erhebt die Steuerverwaltung direkt die liechtensteinische Gründungs- oder Wertstempelgebühr sowie die eidgenössische Stempelabgabe (Emissionsabgabe). Im Berichtsjahr wurden aufgrund von Neugründungen oder Kapitalerhöhungen CHF 1,1 Mio. (Vorjahr CHF 1,9 Mio.) an Gründungs- oder Wertstempelgebühren sowie CHF 5,7 Mio. (Vorjahr CHF 2,3 Mio.) an Emissionsabgaben eingehoben. Der gesamte Anteil Liechtensteins an den eidgenössischen Stempelabgaben (Emissionsabgabe, Effektenumsatzabgabe, Abgabe auf Versicherungsprämien) belief sich auf CHF 65,4 Mio. (Vorjahr CHF 50,3 Mio.).

In den administrativen Aufgabenbereich fallen weiters die Führung des Steuerregisters und das damit verbundene Mutationswesen, die sorgfältige Verwahrung und Nachführung der Steuerakten aller Gesellschaften sowie die Datenerfassung für die Revisoren und das Amt für Volkswirtschaft als Grundlage für die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Liechtensteins.

Rechtsdienst und Gesetzgebung

Rechtsmittelverfahren und rechtliche Abklärungen
Die Haupttätigkeit des Rechtdienstes besteht in der Erledigung aller anfallenden Steuerverfahren bzw. Rechtsmittelverfahren. Im Berichtsjahr verfasste er diverse Einspracheentscheidungen sowie Gegenäusserung und Beschwerden an obere Instanzen. Weiters liegt seine Tätigkeit in der rechtlichen Unterstützung aller Abteilungen der Steuerverwaltung, Wahrnehmung der rechtlichen Aufsicht über sämtliche Steuerarten im Sinne einer einheitlichen Verwaltungspraxis, Beantwortung von internen und externen Anfragen, Klärung verschiedener Fragen im Rahmen der abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen.

Gesetzgebung
Der Rechtsdienst verfasste im abgelaufenen Berichtsjahr Stellungnahmen zu verschiedenen Vernehmlassungsvorlagen, unter anderem zur Vorlage betreffend die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Modernisierung des Geschäftsverkehrs mit dem Grund- und Öffentlichkeitsregisteramt sowie Teilrevision verschiedener Rechtsformen).

Vom Rechtsdienst wurden zu Handen der Regierung eine Abänderung des Steuergesetzes betreffend die Besteuerung von Investmentunternehmen sowie eine Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Besteuerung von Aircraftmanagement-Leistungen) sowie eine Abänderung der Mehrwertsteuerverordnung (insbesondere betreffend Behandlung von Formmängeln) vorbereitet.

Die Amtsleitung sowie der Rechtsdienst haben sich mit dem Entwurf von Prof. Manfred Rose für die Einführung eines neuen Einkommensteuergesetzes für das Fürstentum Liechtenstein auseinandergesetzt und zu Handen des Ressorts Finanzen Stellung dazu bezogen.

Internationales Steuerrecht
Im Zusammenhang mit dem zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossenen Zinsbesteuerungsabkommen war der Rechtsdienst für die reibungslose Weiterleitung der Zinsmeldungen (Formular 151) an die EU-Mitgliedstaaten für das Steuerjahr 2005 (1. Juli 2005 – 31. Dezember 2005) verantwortlich. Die Weiterleitung der Zinsmeldungen des Steuerjahrs 2005 erfolgte im Juni 2006. Der Rechtsdienst erstellte auch eine Statistik, aus welcher sowohl die Anzahl der an die EU-Mitgliedstaaten ergangenen Meldungen (insgesamt 506 Meldungen) sowie die an die einzelnen EU-Mitgliedstaaten überwiesenen Rückbehaltsbeträge ersichtlich sind. Einbehalten wurden Zinserträge in der Höhe von CHF 4 Mio. und an die EU-Mitgliedstaaten wurden nach Abzug eines 25%-Anteils rund CHF 3 Mio. weitergeleitet. Weiters erteilte der Rechtsdienst Auskünfte für materielle und steuerrechtliche Fragen gegenüber den liechtensteinischen Zahlstellen.

Der Rechtsdienst hat den «Bericht 2006 – Assessment by the Global Forum on Taxation» der OECD auf allfällige Änderungen per Stichtag 1. Januar 2007 in Bezug auf Aussagen zu Liechtenstein geprüft und Ergänzungen/Erläuterungen dazu an das dafür zuständige Ressort Finanzen weitergeleitet. Aufgrund u. a. dieser Informationen wird das OECD Global Forum on Taxation den Fortschrittsbericht 2007 erstellen.

Im Berichtsjahr fanden keine persönlichen Treffen zwischen Vertretern der OECD und der liechtenstei-

nischen Delegation, in welcher auch Mitarbeiter des Rechtsdienstes der Steuerverwaltung vertreten sind, statt. Die zuständigen Mitarbeiter des Rechtsdienstes pflegten jedoch während des ganzen Jahres laufenden Kontakt mit ihren Ansprechpartnern bei der OECD, um so über die neuesten Entwicklungen und Bestrebungen der Organisation hinsichtlich ihrer Initiative zu den schädlichen Steuerpraktiken informiert zu sein.

1. Vermögens- und Erwerbssteuer (Steuerjahr 2005)

Gemeinde	Anzahl Veranlagungen	Steuerbares Vermögen	Steuerbarer Erwerb	Steuerergebnis Total	Gemeindesteuer	Landessteuer	Skonto auf Lohnsteuer	Landessteuer abz. Skonto auf Lohnsteuer
Balzers	2 933	470 790 000	121 244 900	11 980 648.45	7 695 914.05	4 284 734.40	43 764.00	4 240 970.40
Triesen	3 331	623 172 000	139 410 400	16 171 327.75	10 751 002.12	5 420 325.63	51 612.15	5 368 713.48
Triesenberg	1 886	204 514 000	74 329 500	7 107 708.65	4 729 368.95	2 378 339.70	27 697.70	2 350 642.00
Vaduz	4 740	1 753 820 000	233 082 800	31 020 017.10	18 676 019.10	12 343 998.00	77 763.45	12 266 234.55
Schaan	4 483	3 407 718 000	210 930 000	41 308 629.35	25 996 369.48	15 312 259.87	77 749.90	15 234 509.97
Planken	232	96 515 000	13 068 100	1 591 398.05	995 222.00	596 176.05	5 138.15	591 037.90
Eschen	2 724	314 015 000	107 892 400	9 982 419.55	6 630 714.15	3 351 705.40	40 385.00	3 311 320.40
Mauren	2 377	339 729 700	105 345 000	9 599 278.95	6 398 372.70	3 200 906.25	33 484.70	3 167 421.55
Gamprin	951	91 006 000	39 193 600	3 423 804.35	2 281 402.35	1 142 402.00	14 478.00	1 127 924.00
Schellenberg	606	63 826 000	22 007 200	1 866 310.55	1 243 716.50	622 594.05	7 980.00	614 614.05
Ruggell	1 204	127 784 000	52 652 100	4 685 723.85	3 119 627.55	1 566 096.30	19 350.80	1 546 745.50
Total	25 467	7 492 889 700	1 119 156 000	138 737 266.60	88 517 728.95	50 219 537.65	399 403.85	49 820 133.80
Vorjahr	25 267	6 844 284 000	1 059 963 900	127 329 194.34	81 725 467.28	45 603 727.06	775 104.25	44 828 622.81
Veränderung	+200	+648 605 700	+59 192 100	+11 408 072.26	+6 792 261.67	+4 615 810.59	-375 700.40	+4 240 110.19

2. Grundstückgewinnsteuern

Gemeinde	Veranlagungen	Steuerbarer Gewinn	Total Steuereinnahmen	Gemeindeanteil 2/3	Landesanteil 1/3
Balzers	65	7 889 998.85	1 110 991.80	740 661.20	370 330.60
Triesen	105	15 160 994.55	2 322 084.30	1 548 056.20	774 028.10
Triesenberg	43	2 690 020.05	323 601.00	215 734.00	107 867.00
Vaduz	46	12 768 462.05	2 158 159.65	1 438 773.10	719 386.55
Schaan	90	21 846 534.95	3 663 692.02	2 442 461.35	1 221 230.67
Planken	10	2 459 213.65	388 633.05	259 088.70	129 544.35
Eschen	264	8 773 660.65	1 106 612.10	737 741.40	368 870.70
Mauren	157	12 582 311.50	1 781 865.90	1 187 910.60	593 955.30
Gamprin	102	5 958 913.40	952 395.00	634 930.00	317 465.00
Schellenberg	41	1 051 124.30	153 689.25	102 459.50	51 229.75
Ruggell	47	8 256 753.30	1 385 322.05	923 548.05	461 774.00
Total	970	99 437 987.25	15 347 046.12	10 231 364.10	5 115 682.02
Vorjahr	705	95 330 178.10	14 465 581.50	9 643 721.00	4 821 860.50
Veränderung	+ 265	+ 4 107 809.15	+ 881 464.62	+ 587 643.10	+ 293 821.52

3. Kapital- und Ertragssteuern

Gemeinde	Total Steuereinnahmen	Gemeindeanteil 50 %	Landesanteil 50 %
Balzers	6 490 640.60	3 245 320.30	3 245 320.30
Triesen	32 363 117.30	16 181 558.65	16 181 558.65
Triesenberg	1 196 076.88	598 038.44	598 038.44
Vaduz	72 453 331.60	36 226 665.80	36 226 665.80
Schaan	24 865 890.80	12 432 945.40	12 432 945.40
Planken	1 916 362.50	958 181.25	958 181.25
Eschen	8 275 172.75	4 137 586.38	4 137 586.37
Mauren	5 248 032.25	2 624 016.13	2 624 016.12
Gamprin	8 473 162.59	4 236 581.30	4 236 581.29
Schellenberg	163 197.35	81 598.68	81 598.67
Ruggell	2 140 014.00	1 070 007.00	1 070 007.00
Total	163 584 998.62	81 792 499.33	81 792 499.29
Kürzungsbetreffnis		-5 293 239.00	+ 5 293 239.00
Effektiv		76 499 260.33	87 085 738.29
Vorjahr	137 251 705.37	68 625 858.70	68 625 846.67
Veränderung	+ 26 333 293.25	+ 7 873 401.63	+ 18 459 891.62

4. Ergebnis der in den Finanzausgleich fallenden Steuern, Stempelabgaben und Zölle

	Gesamteinnahmen 2006	Finanzausgleich 15%	Gesamteinnahmen 2005	Finanzausgleich 15%
Rentnersteuern	2 355 890.00	353 383.50	2 625 566.65	393 835.00
Quellensteuern	17 251 758.05	2 587 763.70	16 739 838.55	2 510 975.80
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer	6 762 051.75	1 014 307.75	8 718 471.17	1 307 770.70
Motorfahrzeugsteuern	10 334 784.00	1 550 217.60	10 051 297.40	1 507 694.60
Besondere Gesellschaftssteuern				
Holding- und Sitzgesellschaften ohne die aus der Erhöhung der Mindeststeuer zufliessenden Einnahmen	63 935 828.98	9 590 374.35	61 463 732.05	9 219 559.80
Ausl. Versicherungsgesellschaften	2 996 129.45	449 419.40	2 836 380.80	425 457.10
Couponsteuern	33 965 778.53	5 094 866.80	37 622 721.83	5 643 408.25
Stempelabgaben	65 435 585.52	9 815 337.85	50 276 793.64	7 541 519.05
Mehrwertsteuern	176 399 562.74	26 459 934.40	173 953 048.58	26 092 957.30
Zölle	35 764 705.00	5 364 705.75	34 576 140.00	5 186 421.00
Kapital- und Ertragssteuer 50%-Anteil	81 792 499.29	12 268 874.90	68 625 846.67	10 293 877.00
Kürzungsbetreffnisse aus den Gemeindeanteilen an der Kapital- und Ertragssteuer	5 293 239.00	793 985.85	0.00	0.00
Total	502 287 812.31	75 343 171.85	467 489 837.34	70 123 475.60

Von den Gesamteinnahmen 2006 in der Höhe von CHF 502 287 812.31 gemäss Art. 3 des Finanzgesetzes entfallen

auf die Gemeinden	15%	CHF	75 343 171.85
auf das Land	85%	CHF	426 944 640.46

Details zu den Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern

Steuerjahr	Veranlagungen	Steuerbarer Vermögensübergang	Total Steuereinnahmen
2006	877	542 782 918.70	6 762 051.75
2005	789	273 458 051.20	8 718 471.17
Veränderungen	+88	+269 324 867.50	-1 956 419.42

davon Nachlass- und Erbanfallsteuern

Steuerjahr	Veranlagungen	Total Steuereinnahmen
2006	315	3 013 845.35
2005	278	7 910 276.07
Veränderungen	+37	-4 896 430.72

davon Schenkungssteuern

Steuerjahr	Veranlagungen	Total Steuereinnahmen
2006	562	3 748 206.40
2005	511	808 195.10
Veränderungen	+51	+2 940 011.30

Details zu den besonderen Gesellschaftssteuern der Holding- und Sitzgesellschaften

	2006	2005	Veränderung
Steuereinnahmen von Holding und Sitzgesellschaften	97 611 952.64	93 837 832.05	+3 774 120.59
Einnahmen die nicht in den Finanzausgleich fallen (Erhöhung Mindeststeuer von CHF 600.– auf CHF 1 000.– von 1973)	-33 676 123.66	-32 374 100.00	-1 302 023.66
Einnahmen, die in den Finanzausgleich fallen	63 935 828.98	61 463 732.05	+2 472 096.93

Detail zu den Couponsteuern

Steuerobjekt	Steuerbare Leistung	Steuereinnahmen
Steuerbare Gewinnausschüttung an Aktionäre und Kapitalinhaber, langfristige Darlehen usw.	849 144 463.25	33 965 778.53
2005	940 568 045.75	37 622 721.83
Veränderungen	-91 423 582.50	-3 656 943.30

Details zu den Stempelabgaben

	2006	2005	Veränderungen
Emissionsabgaben	5 720 409.51	2 255 249.28	+3 465 160.23
Effektenumsatzabgaben	51 761 093.19	39 090 671.39	+12 670 421.80
Prämienquittungen	8 647 174.58	9 466 890.89	- 819 716.31
./. Beitrag für die Durchführung der Stempelabgaben	-693 091.76	-536 017.92	-157 073.84
Einnahmen Total für Finanzausgleich	65 435 585.52	50 276 793.64	+15 158 791.88

5. Diverse Steuern und Gebühren, die nicht in den Finanzausgleich fallen

	2006	2005	Veränderungen
Liecht. Gründungsgebühren	1 146 633.80	1 937 464.85	-790 831.05
Verwaltungsgebühren und Bussen	483 219.35	605 568.08	-122 348.73
Einbürgerungssteuern	1 850.00	2 250.00	-400.00
Inventarisationsgebühren [1)]	120 274.75	0.00	+120 274.75
Total	1 631 703.15	2 545 282.93	-793 305.03

[1)] Die Inventarisationsgebühren wurden bis 31.12.2005 im Verhältnis zur Einwohnerzahl den Gemeinden zugewiesen.
Ab dem 1.1.2006 fallen die Inventarisationsgebühren dem Lande zu.

Aufteilung der Steuern, der Stempelabgaben und der Zollerträgnisse zwischen Land und Gemeinden

	Gesamtergebnis		Land		Gemeinden	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Vermögens- und Erwerbssteuern	138 737 266.60	127 329 194.34	50 219 537.65	45 603 727.06	88 517 728.95	81 725 467.28
Grundstückgewinnsteuern	15 347 046.12	14 465 581.50	5 115 682.02	4 821 860.50	10 231 364.10	9 643 721.00
Kapital- und Ertragssteuern	163 584 998.62	137 251 705.37	87 085 738.29	68 625 846.67	76 499 260.33	68 625 858.70
Steuern, Stempelabgaben und Zölle, die in den Finanzausgleich fallen	502 287 812.31	467 489 837.34	426 944 640.46	397 366 361.74	Gemeindeanteil 15% 75 343 171.85	Gemeindeanteil 15% 70 123 475.60
Besondere Gesellschaftssteuern Holding- und Sitzgesellschaften aus Steuererhöhung	33 676 123.66	32 374 100.00	33 676 123.66	32 374 100.00		
Gebühren, die nicht in den Finanzausgleich fallen (Liecht. Gründungsgebühren etc.)	1 631 703.15	2 545 282.93	1 631 703.15	2 545 282.93		
Total	855 264 950.46	781 455 701.48	604 673 425.23	551 337 178.90	250 591 525.23	230 118 522.58
Veränderungen	+73 809 248.98		+53 336 246.33		+20 473 002.65	

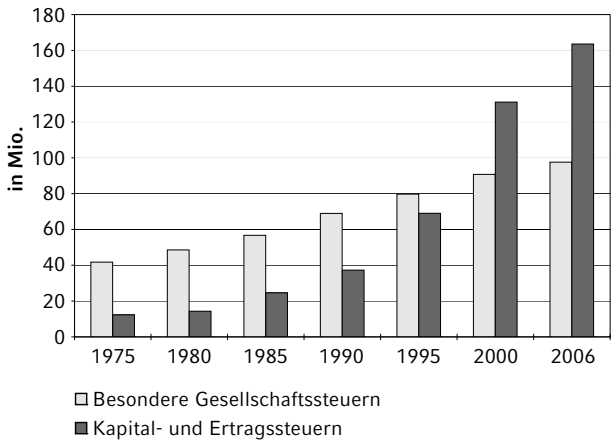
Vergleich Gesamtsteuereinnahmen und Zollerträgnisse 2006/2005

		2006		2005	Veränderung
Gesellschaftssteuern					
a) Sitz- und Holdinggesellschaften	97 611 952.64		93 837 832.05		
b) ausl. Versicherungsgesellschaften	2 996 129.45		2 836 380.80		
c) Kapital- und Ertragssteuern	163 584 998.62	264 193 080.71	137 251 705.37	233 925 918.22	+ 30 267 162.49
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern		6 762 051.75		8 718 471.17	- 1 956 419.42
Mehrwertsteuern		176 399 562.74		173 953 048.58	+2 446 514.16
Grundstückgewinnsteuern		15 347 046.12		14 465 581.50	+ 881 464.62
Stempelabgaben	65 435 585.52		50 276 793.64		
Gebühren	1 631 703.15	67 067 288.67	2 545 282.93	52 822 076.57	+14 245 212.10
Couponsteuern		33 965 778.53		37 622 721.83	- 3 656 943.30
Motorfahrzeugsteuern		10 334 784.00		10 051 297.40	+283 486.60
Vermögens- und Erwerbssteuern	138 737 266.60		127 329 194.34		
Rentnersteuern	2 355 890.00	141 093 156.60	2 625 566.65	129 954 760.99	+11 138 395.61
Quellensteuern		17 251 758.05		16 739 838.55	+511 919.50
Total Steuern und Stempelabgaben		732 414 507.17		678 253 714.81	+54 160 792.36
Zollerträgnisse		35 764 705.00		34 576 140.00	+1 188 565.00
Total Steuern und Zollerträgnisse		768 179 212.17		712 829 854.81	+55 349 357.36

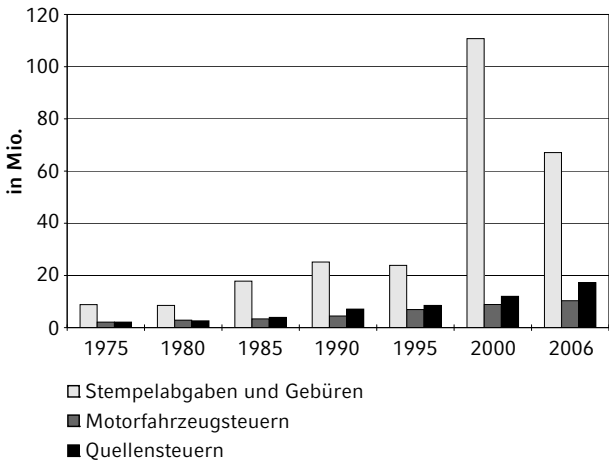
Vergleich der Steuern, Abgaben und Zölle 1975 - 2006 (in CHF 1 000)

	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2006
Besondere Gesellschafts-steuern	41 766	48 587	56 725	68 947	79 757	90 794	97 612
Kapital- und Ertragssteuern	12 331	14 317	24 576	37 300	69 000	131 123	163 585
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern	2 858	2 626	1 023	1 231	821	3 648	6 762
Mehrwertsteuern	10 696	15 924	26 329	38 762	84 449	161 611	176 400
Grundstückgewinnsteuern	1 851	3 856	9 822	10 447	9 662	21 200	15 347
Stempelabgaben und Gebühren	8 834	8 501	17 802	25 118	23 867	110 739	67 067
Couponsteuern	4 276	8 049	20 168	20 242	24 494	56 779	33 966
Motorfahrzeugsteuern	2 117	2 874	3 369	4 440	6 926	8 859	10 334
Vermögens- und Erwerbs-steuern, inkl. Rentnersteuern	32 180	39 882	49 884	64 164	88 737	110 130	141 093
Quellensteuern	2 105	2 607	3 922	7 088	8 531	12 016	17 252
Zölle	11 568	12 502	16 249	19 854	27 568	31 910	35 765
Total	130 582	159 725	229 869	297 593	423 812	738 809	765 183

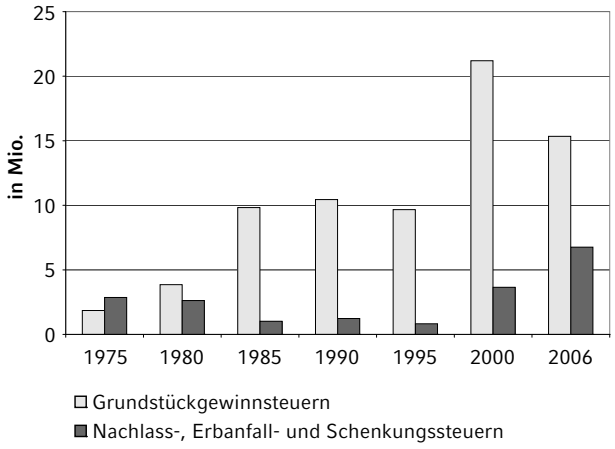
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



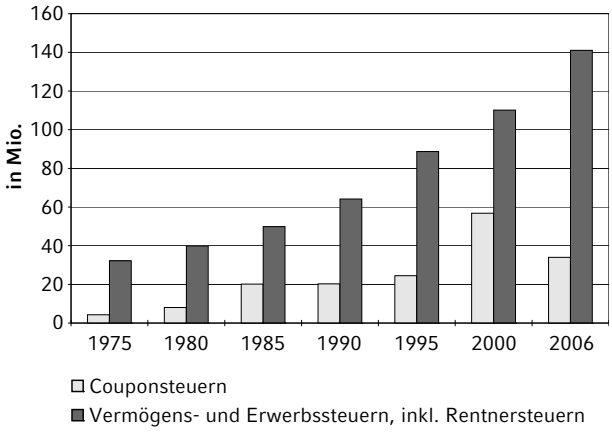
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



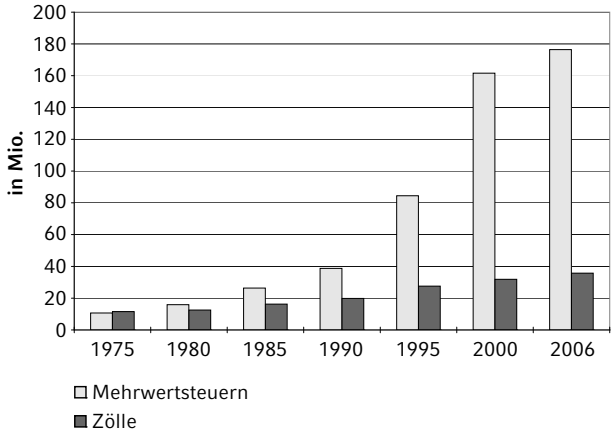
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



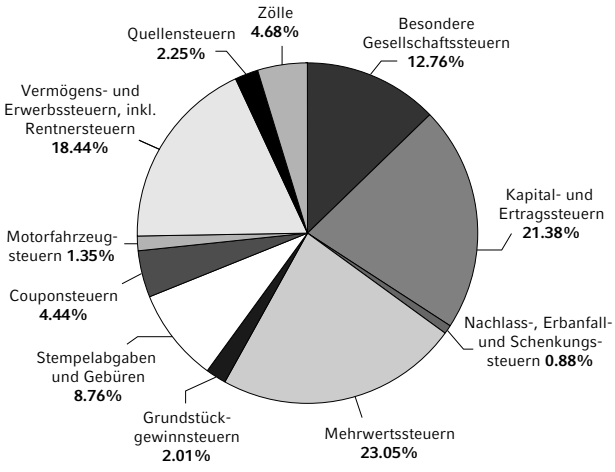
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



Aufteilung der Steuern, Abgaben und Zölle



Finanzausgleich 2006

Gemeinde	Einwohner	Zuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer auf 200% berechnet	Steuerteilung unter Gemeinden	Anteil Grundstück-gewinnsteuer 2/3	Anteil Kapital- und Ertrags-steuer 50%	Zwischentotal	Einnahmen pro Kopf (LM 1)	Differenz zu LM 1	Anhebung LM 1 (4 759.18)
Balzers	4 436	8 569 468.80	-167 149.15	740 661.20	3 245 320.30	12 388 301.15	2 792.67	2 564.41	1 966.51
Triesen	4 643	10 751 002.12	87 287.45	1 548 056.20	16 181 558.65	28 567 904.42	6 152.90	0.00	0.00
Triesenberg	2 542	4 729 368.95	4 780.75	215 734.00	598 038.44	5 547 922.14	2 182.50	3 174.59	2 576.68
Vaduz	5 047	24 687 996.00	629 164.20	1 438 773.10	31 147 645.80	57 903 579.10	11 472.87	0.00	0.00
Schaan	5 811	30 624 519.74	-274 155.60	2 442 461.35	12 432 945.40	45 225 770.89	7 782.79	0.00	0.00
Planken	366	1 192 352.10	-35 862.05	259 088.70	743 962.25	2 159 541.00	5 900.39	0.00	0.00
Eschen	4 076	6 630 714.15	-110 536.60	737 741.40	4 137 586.38	11 395 505.33	2 795.76	2 561.33	1 963.42
Mauren	3 649	6 398 372.70	79 858.00	1 187 910.60	2 624 016.13	10 290 157.43	2 819.99	2 537.09	1 939.19
Gamprin	1 436	2 281 402.35	-120 055.40	634 930.00	4 236 581.30	7 032 858.25	4 897.53	459.55	0.00
Schellenberg	974	1 273 716.00	-25 594.10	102 459.50	81 598.68	1 432 180.08	1 470.41	3 886.68	3 288.77
Ruggell	1 925	3 119 627.55	-67 737.50	923 548.05	1 070 007.00	5 045 445.10	2 621.01	2 736.08	2 138.17
Total	34 905	100 258 540.46	0.00	10 231 364.10	76 499 260.33	186 989 164.89	5 357.09	0.00	0.00

Finanzausgleich 2006

50% zur Annäherung an LM 1 (an Anspruchs-berechtigte) Stufe 1	LM 2	30% zu gleichen Teilen (an Anspruchs-berechtigte) Stufe 2	Zwischentotal	LM 3	7.5% an Berggemeinden wovon 50% gleich	50% n. Einw. Stufe 3	5% an finanzschwächere Gemeinden wovon 50% gleich	50% n. Einw. Stufe 4	Zwischentotal
8 723 435.60	4 759.18	2 511 439.05	23 623 175.80	5 325.33	-.-	-.-	-.-	-.-	23 623 175.80
0.00	6 152.90	2 511 439.05	31 079 343.47	6 693.81	-.-	-.-	-.-	-.-	31 079 343.47
6 549 917.80	4 759.18	2 511 439.05	14 609 278.99	5 747.16	941 789.65	2 080 387.75	-.-	-.-	17 631 456.39
0.00	11 472.87	0.00	57 903 579.10	11 472.87	-.-	-.-	-.-	-.-	57 903 579.10
0.00	7 782.79	0.00	45 225 770.89	7 782.79	-.-	-.-	-.-	-.-	45 225 770.89
0.00	5 900.39	2 511 439.05	4 670 980.05	12 762.24	941 789.65	203 479.95	-.-	-.-	5 816 249.65
8 002 897.15	4 759.18	2 511 439.05	21 909 841.53	5 375.33	-.-	-.-	-.-	-.-	21 909 841.53
7 076 101.55	4 759.18	2 511 439.05	19 877 698.03	5 447.44	-.-	-.-	-.-	-.-	19 877 698.03
0.00	4 897.53	2 511 439.05	9 544 297.30	6 646.45	-.-	-.-	-.-	-.-	9 544 297.30
3 203 259.30	4 759.18	2 511 439.10	7 146 878.48	7 337.66	941 789.65	541 501.25	-.-	-.-	8 630 169.38
4 115 974.50	4 759.18	2 511 439.10	11 672 858.70	6 063.82	-.-	-.-	-.-	-.-	11 672 858.70
37 671 585.90	6 436.35	22 602 951.55	247 263 702.34	7 083.90	2 825 368.95	2 825 368.95	0.00		252 914 440.24

Finanzausgleich 2006

LM 4	Einwohner n. anspruchsbe-rechtigten Gemeinden	7.5% u. 5.0% aus Stufe 4 nach effekt. Einwohner Stufe 5	Total Gemeindesteuer-einnahmen inkl. FAG	LM 5		Finanzausgleich (ohne Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 / FAG)	Das Total der Gemeindesteuer-Einnahmen setzt sich wie folgt zusammen: (mit Berücksichtigung der Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 / FAG) Finanzaus-gleich	in %	Gemeinde-steuer	in %	Gemeinde
5 325.33	4 436	1 737 338.90	25 360 514.70	5 716.98	[1]	12 972 213.55	8 985 327.55	42.04	12 388 301.15	57.96	Balzers
6 693.81	4 643	1 818 409.50	32 897 752.97	7 085.45	[2]	4 329 848.55	3 792 947.35	11.72	28 567 904.42	88.28	Triesen
6 936.06	2 542	995 562.55	18 627 018.94	7 327.70		13 079 096.80	13 079 096.80	70.22	5 547 922.14	29.78	Triesenberg
11 472.87	0	0.00	57 903 579.10	11 472.87		0.00	0.00	0.00	57 903 579.10	100.00	Vaduz
7 782.79	0	0.00	45 225 770.89	7 782.79		0.00	0.00	0.00	45 225 770.89	100.00	Schaan
15 891.39	366	143 342.20	5 959 591.85	16 283.04	[3]	3 800 050.85	3 146 914.65	59.30	2 159 541.00	40.70	Planken
5 375.33	4 076	1 596 346.60	23 506 188.13	5 766.97		12 110 682.80	12 110 682.80	51.52	11 395 505.33	48.48	Eschen
5 447.44	3 649	1 429 114.00	21 306 812.03	5 839.08		11 016 654.60	11 016 654.60	51.70	10 290 157.43	48.30	Mauren
6 646.45	1 436	562 402.80	10 106 700.10	7 038.09		3 073 841.85	3 073 841.85	30.41	7 032 858.25	69.59	Gamprin
8 860.54	974	381 462.60	9 011 631.98	9 252.19	[4]	7 579 451.90	6 457 693.00	81.85	1 432 180.08	18.15	Schellenberg
6 063.82	1 925	753 917.35	12 426 776.05	6 455.47		7 381 330.95	7 381 330.95	59.40	5 045 445.10	40.60	Ruggell
7 245.79	24 047	9 417 896.50	262 332 336.74	7 515.61		75 343 171.85	69 044 489.55	26.97	186 989 164.89	73.03	Total

[1] Kürzung Balzers wegen Gemeindesteuerzuschlag	-873 554.75	
lt. Art. 5 Abs. 1 / FAG, wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (24%)	-3 113 331.25	-3 986 886.00
[2] Kürzung Triesen wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (12.4%)		-536 901.20
[3] Kürzung Planken wegen Gemeindesteuerzuschlag	-197 130.10	
lt. Art. 5 Abs. 1 / FAG, wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (12%)	-456 006.10	-653 136.20
[4] Kürzung Schellenberg wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (14.8%)		-1 121 758.90
Total Finanzausgleich abzüglich Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 FAG		69 044 489.55

Gemeindesteuern

Gemeinde	Gemeindezuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer	Steuerteilung +/-	Einbürgerungssteuer	Anteil Grundstückgewinnsteuer 2/3	Anteil Kapital- und Ertragssteuer 50%	Steuern und Abgaben gem. Finanzausgleich	Total Steuereinnahmen
Balzers	7 695 914.05	-167 149.15	500.00	740 661.20	3 245 320.30	8 985 327.55	20 500 573.95
Triesen	10 751 002.12	87 287.45	0.00	1 548 056.20	16 181 558.65	3 792 947.35	32 360 851.77
Triesenberg	4 729 368.95	4 780.75	0.00	215 734.00	598 038.44	13 079 096.80	18 627 018.94
Vaduz	18 676 019.10	629 164.20	0.00	1 438 773.10	31 147 645.80	-.-	51 891 602.20
Schaan	25 996 369.48	-274 155.60	0.00	2 442 461.35	12 432 945.40	-.-	40 597 620.63
Planken	995 222.00	-35 862.05	0.00	259 088.70	743 962.25	3 146 914.65	5 109 325.55
Eschen	6 630 714.15	-110 536.60	400.00	737 741.40	4 137 586.38	12 110 682.80	23 506 588.13
Mauren	6 398 372.70	79 858.00	0.00	1 187 910.60	2 624 016.13	11 016 654.60	21 306 812.03
Gamprin	2 281 402.35	-120 055.40	0.00	634 930.00	4 236 581.30	3 073 841.85	10 106 700.10
Schellenberg	1 243 716.50	-25 594.10	0.00	102 459.50	81 598.68	6 457 693.00	7 859 873.58
Ruggell	3 119 627.55	-67 737.50	1 050.00	923 548.05	1 070 007.00	7 381 330.95	12 427 826.05
Total	88 517 728.95	0.00	1 950.00	10 231 364.10	76 499 260.33	69 044 489.55	244 294 792.93
Vorjahr	81 725 467.28	0.00	2 350.00	9 643 721.00	68 625 858.70	63 924 343.70	223 921 740.68
Veränderung	+6 792 261.67	0.00	-400.00	+587 643.10	+7 873 401.63	+5 120 145.85	+20 373 052.25

Amt für Wohnungswesen

Amtsleiter: Marxer Harald

Wohnbauförderung

Im Berichtsjahr 2006 wurden zinslose Darlehen in der Höhe von CHF 17 810 000 ausbezahlt. Der Darlehensbestand hat sich von CHF 194 799 551 auf CHF 198 691 201 erhöht. Ca. 91 % der Darlehen wurden an Liechtensteiner ausbezahlt.

Tätigkeiten des Amtes
Das Amt für Wohnungswesen bewilligte im Berichtsjahr 91 Anträge auf Wohnbauförderung. Unter anderem wurden Stundungs- und Sistierungsgesuche behandelt sowie Anträge auf Um- und Anbauten.

Budget
Gemäss dem Landesvoranschlag für 2006 wurde die Höhe der Förderungsmittel auf CHF 17 000 000 budgetiert, zusätzlich musste ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 1.5 Mio. beantragt werden. Im Berichtsjahr wurden Darlehen in der Höhe von CHF 17 810 000 ausbezahlt. Getilgt wurden Darlehen in der Höhe von CHF 3 099 750. Das Budget der Subventionen betrug CHF 4 580 000, auch hier wurde ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 1.3 Mio. gewährt. Ausbezahlt wurden CHF 5 502 200. Zur vorzeitigen Rückzahlung fällig wurden Subventionen in der Höhe von CHF 264 550.

Verteilung der zinslosen Darlehen und Subventionen nach Nationen

Nation	Anzahl	zinslose Darlehen	Subventionen	in %
FL	126	16 312 000	5 015 900	91.30
A	7	887 000	323 900	5.07
CH	1	148 000	0	0.74
D	1	126 000	42 000	0.72
I	2	205 000	78 400	1.45
P	1	132 000	42 000	0.72
Total	**138**	**17 810 000**	**5 502 200**	**100.00**

Entwicklung des Darlehensbestands

Darlehensbestand per 1.1.2006 (inkl. Depot-Saldo von CHF 0)	**CHF**	**194 799 551**
Darlehensauszahlungen	17 810 000	
Stundungen	31 330	
Sistierungen	218 820	Fakturierte
Tilgungsraten	-10 952 795	Reduzierte
Tilgungsraten (nach Sistierung)	-110 955	
Darlehenstilgungen	-3 099 750	Auflösung
offene KS	-5 000	
Darlehensbestand per 31.12.2006 (inkl. Depot-Saldo von CHF 0)	**CHF**	**198 691 201**

Mietbeiträge für Familien

Im Rechnungsjahr 2006 wurden Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2 048 607 ausbezahlt. Hierbei handelt es sich um 360 Bezüger. An zehn Bezüger wurde ein Gesamtbetrag von CHF 44 825 zuviel ausbezahlt. Da diese Bezüger die gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen nicht mehr erfüllen, werden die zu Unrecht bezogenen Mietbeiträge zurückgefordert.

Budget
Im Rechnungsjahr 2006 wurden Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2 048 607 ausbezahlt. Hierbei handelt es sich um 360 Bezüger. Im Dezember 2006 wurde die jährliche Überprüfung der Mietbeiträgebezüger durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass an fünf Bezüger zuviel und an zehn Bezüger zu Unrecht Mietbeiträge ausbezahlt wurden. Dabei handelt es sich um einen Gesamtbetrag von CHF 22 955. Da diese Bezüger weiterhin bezugsberechtigt sind, werden die zuviel bezogenen Beträge mit den laufenden Auszahlungen verrechnet.

An die anderen zehn Bezüger wurde ein Gesamtbetrag von CHF 44 825 zuviel ausbezahlt. Da diese Bezüger die gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen nicht mehr erfüllen, werden die zu Unrecht bezogenen Mietbeiträge zurückgefordert.

Im Landesvoranschlag 2006 waren Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2,5 Mio. budgetiert.

Verteilung der Mietbeiträge nach Staatsbürgerschaft

Empfänger nach Staatsbürgerschaft	Anzahl Empfänger	In %	Auszahlung CHF	In %
Bosnien-Herzegowina	7	1.9	27 308	1.3
Brasilien	2	0.6	7 846	0.4
Bulgarien	1	0.3	4 826	0.2
Deutschland	9	2.5	42 242	2.1
Dominikanische Republik	1	0.3	8 446	0.4
Frankreich	1	0.3	3 250	0.2
Fürstentum Liechtenstein	134	37.2	795 076	38.8
Griechenland	1	0.3	7 240	0.4
Italien	21	5.8	103 556	5.1
Kanada	1	0.3	450	0.0
Kolumbien	2	0.6	5 430	0.3
Kroatien	4	1.1	24 770	1.2
Mazedonien	4	1.1	28 732	1.4
Niederlande	1	0.3	2 413	0.1
Österreich	28	7.8	178 340	8.7
Peru	1	0.3	8 446	0.4
Portugal	11	3.1	53 056	2.6
Schweiz	38	10.6	176 415	8.6
Serbien u. Montenegro	21	5.8	104 585	5.1
Slowakische Republik	2	0.6	8 626	0.4
Slowenien	1	0.3	9 540	0.5
Spanien	3	0.8	11 239	0.5
Thailand	3	0.8	11 159	0.5
Türkei	63	17.5	425 618	20.8
Total	**360**	**100.0**	**2 048 607**	**100.0**

STABSSTELLEN

Stabsstelle Finanzen

Stabsstellenleiter: Thomas Lorenz

Das Schwergewicht der Tätigkeit der Stabsstelle Finanzen liegt in der Koordination des Planungsprozesses (Budget, Finanzplanung), der Mitarbeit bei der Erstellung und Kommentierung der Landesrechnung, der Erstellung von Nachtragskreditvorlagen sowie allgemein in der Unterstützung aller Regierungsressorts und Amtsstellen in finanziellen, finanzhaushaltsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen, im Speziellen des Ressorts Finanzen. Im Berichtsjahr wurde der Aufgabenumfang der Stabsstelle wesentlich erweitert, indem die Stabsstelle Finanzen beauftragt wurde, ein Kosten-/Leistungsrechnungssystem für einen breiten aber gezielten Einsatz in der Landesverwaltung aufzubauen. Die Erarbeitung eines Reformvorschlags für das Finanzzuweisungssystem vom Land zu den Gemeinden sowie die Arbeiten an einem neuen Finanzhaushaltsgesetz bildeten weitere Schwerpunkte im vergangenen Jahr.

Organisation / Personelles

Die Aufgaben der Stabsstelle werden von vier Personen (2.9 Stellen) wahrgenommen. Per 1.1.2007 hat die Regierung Herrn Andreas Gritsch zum Stellvertreter des Stabsstellenleiters befördert. Für die neue Aufgabe «Kosten-/Leistungsrechnung» wurde in der Stabsstelle Finanzen eine zusätzliche Stelle geschaffen, welche seit dem 1.10.2006 mit einer ausgewiesenen Fachfrau mit einem 50 % Pensum besetzt werden konnte.

Ständige Aufgaben

- Koordination des Budgetprozesses des Landes;
- Erstellung von Nachtragskreditvorlagen;
- Mitarbeit beim Abschluss und der Kommentierung der Landesrechnung;
- Monatliche Berichterstattung zuhanden des Ressorts Finanzen hinsichtlich relevanter Daten zur Landesrechnung;
- Unterstützung der Regierung bei Sitzungen mit der Finanzkommission des Landtags;
- Unterstützung der Amtsstellen in finanziellen und betriebswirtschaftlichen Fragen;
- Mitwirkung im Anlageausschuss für die Bewirtschaftung der staatlichen Reserven;
- Aufarbeitung der Voranschläge der Gemeinden zuhanden der Regierung als Aufsichtsorgan;
- Berechnung der für den Finanzausgleich an die Gemeinden notwendigen Faktoren anhand der Jahresrechnungen der Gemeinden.

Schwerpunkte der Tätigkeit 2006

Verwaltungsinterne Projekte
- Erarbeitung eines Reformvorschlags für das Finanzzuweisungssystem vom Land zu den Gemeinden;
- Weiterentwicklung des Finanzhaushaltsrechts des Landes;
- Konzepterarbeitung und Umsetzung eines politischen Beteiligungscontrollings für die Regierung;
- Mitarbeit im Projekt «Konsolidierungsvertrag LKW/LTN»;
- Teilprojekte «Budgetierung» und «Kosten-/Leistungsrechnung» im Rahmen eines umfangreichen Updates des zentralen Finanzsystems;
- Projektstart zum Aufbau eines Kosten-/Leistungsrechnungssystems für die Landesverwaltung;
- Mitarbeit im Lenkungsausschuss des Projekts «Revision der Lehrerbesoldung»;
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Berufliche Weiterbildung»;
- Mitarbeit im Projekt zur Konzeption einer Anlagenbuchhaltung für das Land;
- Mitarbeit in einem Projekt zur Vereinheitlichung der Kontierungspraxis der Gemeinden.

Finanzbeziehungen zur Schweiz
- Mitwirkung in der gemischten Kommission Schweiz/Liechtenstein betreffend LSVA;
- Mitwirkung in der gemischten Kommission Schweiz/Liechtenstein betreffend Mehrwertsteuer.

Stabsstelle Financial Intelligence Unit

Stabsstellenleiter: René Brülhart

Die FIU hat im Jahr 2006 ihre Bemühungen der letzten Jahre in Bezug auf eine nachhaltige Aufsetzung eines präventiven Abwehrdispositivs bei der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung weiter ausgebaut. Die Aktivitäten auf nationaler Ebene, insbesondere die Früherkennung und damit verbunden der direkte Kontakt mit den Finanzinstituten konnte grundsätzlich verstärkt werden. Im internationalen Bereich hat die FIU mittlerweile eine starke Verwurzelung erfahren, welche einerseits in der Wahrnehmung von zahlreichen Expertentätigkeiten im Bereich der Bekämpfung von Geldwäscherei und Finanzierung des Terrorismus durch die Leitung der FIU zum Ausdruck kommt. Andererseits hat die FIU verschiedene Mandate zur Unterstützung von Initiativen wie der Aufbau von nationalen FIUs (Indien, Kirgistan) übernommen, welche es erlauben, einen aktiven Beitrag Liechtensteins im Rahmen der weltweiten Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zu leisten.

Die erneute Abnahme im Meldebereich von über 15 % im Vergleich zum Vorjahr (2006: 163 Verdachtsmitteilungen; 2005: 193 Verdachtsmitteilungen) ist einerseits auf eine Verbesserung des präventiven Abwehrdispositivs zurückzuführen, wobei der Sensibilisierungsprozess, insbesondere im Treuhandsektor, nicht als abgeschlossen betrachtet werden darf und andererseits auf die Tatsache, dass im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr keine grösseren Fallkomplexe den Finanzplatz tangiert haben. Erfreulich ist, dass von den insgesamt erstatteten 163 Verdachtsmitteilungen mehr als zwei Drittel auf der Arbeit der internen Compliance der Finanzintermediäre beruhen, was auf ein funktionierendes präventives Abwehrdispositiv schliessen lässt.

Personal und Organisation

Im Jahre 2006 arbeiteten sechs Mitarbeiter in folgenden Funktionen bei der FIU:
– Leitung
– Strategische Analyse (Stellv. Leitung)
– Voranalyse/Operative Analyse
– Operative Analyse
– Operative Analyse / IT
– Sekretariat

Diese Struktur hat sich bewährt. Ein detaillierter Workflow, der die einzelnen Schritte der Analyse einer Verdachtsmitteilung beschreibt, ergänzt diese Organisation und die entsprechenden Stellenbeschreibungen.

Seit dem 1. August 2003 ist ein ehemaliger Lehrling bis vorerst Ende 2008 befristet angestellt. Diese befristete Anstellung erlaubte einerseits die gezielte Förderung von jungen Liechtensteinern und andererseits eine Verbesserung der Performance der FIU im Bereich der Operativen Analyse und der Voranalyse. Zudem trägt diese Anstellung sehr stark zur IT-Sicherheit der FIU bei.

Die Ausweitung der Funktionen der FIU (wie die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung oder im Zusammenhang mit dem Marktmissbrauchsgesetz sowie die geplanten Neukompetenzen im Bereich der Wirtschaftssanktionen) haben direkte Auswirkungen auf die personellen Resourcen und die für eine erfolgreiche Umsetzung notwendigen IT-Lösungen. Diesbezüglich werden adäquate Anpassungen vorzunehmen sein.

Tätigkeiten der FIU

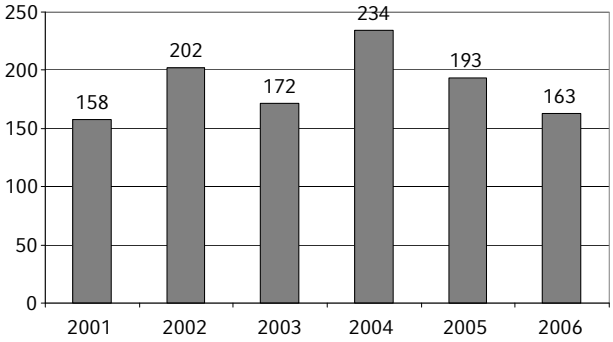
Die FIU bearbeitet schwergewichtig die folgenden Kernbereiche:
– die Entgegennahme und Auswertung der Mitteilungen der Finanzintermediäre gemäss Art. 16 und Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes;
– die Beschaffung von Informationen, die für das Erkennen von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei, Organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung notwendig sind.

Weitere Kernaufgaben sind die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die internationale Zusammenarbeit sowie die Leitung von nationalen Arbeitsgruppen.

a) Entgegennahme und Auswertung der Verdachtsmitteilungen der Finanz-intermediäre gemäss Art. 16 und Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes

Im Berichtsjahr hat die Anzahl Verdachtsmitteilungen an die FIU abgenommen. Es wurden insgesamt 163 Mitteilungen erstattet. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme um 15.5%.

Vergleich 2001–2006



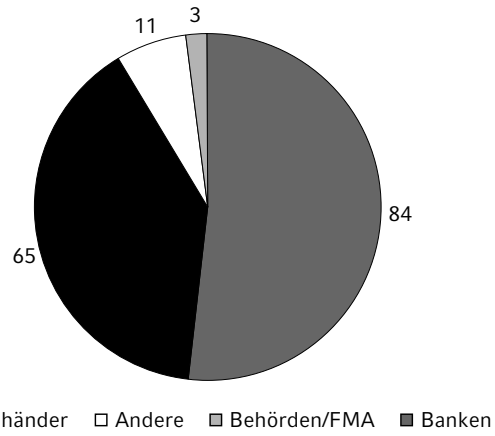
Die Ursachen für die jährlichen Schwankungen sind vielfältigen Ursprungs. Einerseits sind sie statistischer Natur, wonach sich wenige umfangreiche Fallkomplexe, die diverse Finanzintermediäre tangieren können, entsprechend auf das Gesamtbild auswirken. Andererseits haben neben Art und Umfang der internen Erhebungen der Finanzintermediäre (interne Compliance) auch die vom Ausland eingehenden Rechtshilfeersuchen und die im Inland eröffneten Strafverfahren direkte Auswirkungen auf die Anzahl Verdachtsmitteilungen. Im Jahr 2006 sind in absoluten Zahlen leicht mehr Verdachtsmitteilungen aufgrund von interner Compliance erstattet worden wie im Vorjahr. Abgenommen haben Verdachtsmitteilungen, die aufgrund von Inlandverfahren oder Rechtshilfeersuchen erstattet wurden.

Die Durchführung von Evaluationsgesprächen als präventives Element im Rahmen der Bekämpfung von Geldwäscherei und Finanzierung des Terrorismus ist in der Praxis weit verankert und trägt u. a. zur Verbesserung der Qualität der Meldetätigkeit bei.

Von den insgesamt 163 eingegangenen Verdachtsmitteilungen wurden 113 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Banken und Treuhänder waren im Jahr 2006 für knapp 92 % der erstatteten Verdachtsmitteilungen verantwortlich. Insbesondere die Entwicklung bei den Banken zeigt, dass der eingeleitete Sensibilisierungsprozess weit verankert ist.

Jahresstatistik



Weitere Details und Analysen zur Tätigkeit der FIU sind dem Jahresbericht 2006 zu entnehmen.

b) Informationsbeschaffung

Die Beschaffung von Informationen ist für die FIU zur Erfüllung ihres Auftrages essentiell. Die FIU kann sich einerseits Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen (dies sind insbesondere Wirtschaftsdatenbanken wie Lexis Nexis oder Reuters bzw. Fachpublikationen wie le monde de renseignement, International Enforcement Law Reporter, Kriminalistik) und andererseits aus nicht öffentlichen Quellen beschaffen. Bei den letzteren stehen im Vordergrund die Abfrage von Registern und Datenbanken der Landesverwaltung, die Anfrage bei anderen FIUs, die Amtshilfe sowie die Durchführung von Evaluationsgesprächen mit Finanzintermediären. Zudem werden der FIU diejenigen Rechtshilfegesuche sowie Gerichtsbeschlüsse (Beschlagnahmung, Hausdurchsuchung, Vermögenssperre) zur Verfügung gestellt, die im Zusammenhang mit Delikten der Geldwäscherei oder Organisierten Kriminalität gestellt werden bzw. ergangen sind. Wie im Vorjahr kam im Berichtsjahr der Informationsbeschaffung in Bezug auf die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus grosse Bedeutung zu. Die Informationsbeschaffung ist ein zentrales Element beim Erkennen von potentiellen Missbrauchshandlungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein. Diesbezüglich wurde die internationale Zusammenarbeit im Jahre 2006 weiter ausgebaut.

Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung

Die Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere dessen Finanzierung, ist zu einem festen und wichtigen Bestandteil im Tätigkeitsfeld der FIU geworden. Im Jahr 2006 haben wie im Vorjahr zahlreiche Aktivitäten in diesem Bereich, insbesondere auf operativer Ebene, stattgefunden. Im Zentrum dieser Handlungen standen die Verarbeitung von Anfragen und die Vornahme von Abklärungen für in- und ausländische Stellen. Die FIU hatte in diesem Rahmen meistens Anmerkungen, Informationen und Lösungsansätze zu formulieren, ob gewisse Vermögenswerte zum Umfeld von terroristischen Vereinigungen zu zählen oder ob bestimmte Personen terroristischen Vereinigungen zuzuordnen sind. Die nationale Koordination aller behördlichen Aktivitäten in diesem Bereich (Arbeitsgruppe Bekämpfung Terrorismusfinanzierung) wird durch die FIU vorgenommen. Auf internationaler Ebene wurde die Zusammenarbeit mit dem Counter-Terrorism-Committee (CTC) der UNO weiter geführt, wobei auch der Aspekt der Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere in Bezug auf die Listenproblematik, mehr und mehr an Gewicht gewinnt und Liechtenstein sich diesbezüglich auch entsprechend positioniert.

Internationale Zusammenarbeit

23. – 27.01.	Arbeitsbesuch Washington/NY
09. – 11.02.	EGMONT Transitional Sub-Committee, London
13. – 17.03.	EGMONT Working Group Meetings, Kairo
02. – 05.04.	Aufbau FIU Indien, Delhi
24. – 25.04.	2.Int. Anti-Geldwäsche-Tagung, München
10. – 11.05.	EU-FIU Platform, Brüssel
14. – 17.05.	Seminar on Financial Services and Corporate Vehicles, Berlin
17. – 20.05.	EGMONT Committee, Bangkok
31.05. – 02.06.	Wolfsberg Forum, Wolfsberg
10. – 16.06.	EGMONT Group Plenary, Limassol
27.6.	European Banking Forum, Brüssel
26. – 28.06.	Arbeitsbesuch FIU Rumänien, Bukarest
03. – 04.07.	Plenarversammlung MONEYVAL, Strasbourg
24. – 25.08.	Premeeting MONEYVAL, Strasbourg
05. – 09.09.	Arbeitsbesuch Washington
11. – 13.09.	Plenarversammlung MONEYVAL, Strasbourg
09. – 11.10.	Plenarversammlung FATF, Vancouver
11. – 13.10.	Arbeitsbesuch Washington/NY
07. – 10.11.	EGMONT Working Group Meetings, Warschau
27. – 30.10.	Typologies Working Group Meeting FATF, Shanghai
27. – 30.11.	Plenarversammlung MONEYVAL, Strasbourg

Die Egmont Group ist der weltweite Zusammenschluss von nationalen Financial Intelligence Units. Sie umfasst zurzeit 101 nationale Financial Intelligence Units (Stand Dezember 2006). Die Egmont Group ist ein Forum zur Unterstützung der nationalen Programme in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Diese Unterstützung besteht insbesondere in der Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen den nationalen Financial Intelligence Units. Die FIU ist seit Juni 2001 Mitglied der Egmont Group.

MONEYVAL ist das Expertenkomitee des Europarates für die Evaluierung von Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Es überprüft seine Mitgliedsstaaten, die nicht Mitglied der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) sind, ob diese ihre nationalen Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Lichte der Konvention gegen Geldwäscherei aus dem Jahre 1990 und der 40 Empfehlungen der FATF ausgerichtet haben. Zudem werden die Mitgliedsländer hinsichtlich der 9 Spezialempfehlungen der FATF zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus überprüft.

Arbeitsgruppen

Koordinationsgruppe Terrorismusfinanzierung
Im Berichtsjahr hat eine Sitzung stattgefunden.

Arbeitsgruppe Sanktionengesetz
Die FIU ist gemäss Beschluss der Regierung vom 14. Februar 2006 mit der Leitung der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Wirtschaftsmassnahmengesetzes betraut worden. Der Entwurf des Vernehmlassungsberichtes wurde mit Antrag vom 7. Dezember 2006 zugestellt.

Arbeitsgruppe Vermittlung von Kriegsmaterial
Die FIU ist gemäss Beschluss der Regierung vom 15. November 2006 mit der Leitung der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Regelung der Vermittlungstätigkeit von Kriegsmaterial betraut worden.

Informatik-Lösung

Für die Bearbeitung der Fallinformationen setzt die FIU seit 2001 Financial Investigation Tools ein. Für die administrative Verwaltung der Fälle steht eine ständig fortentwickelte Individual-Softwarelösung zur Verfügung. Zurzeit wird eine Neubeurteilung der bestehenden IT-Lösung vorgenommen.

Ausbildung

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung fand ein Fachbesuch von zwei Mitarbeitern bei der FIU Rumänien statt.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht

Präsident: Dr. iur. Stefan Wenaweser

Die Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht (FMA-BK) hat im Berichtsjahr 5 Sitzungen abgehalten.

Aufgaben

Gemäss Gesetz vom 18. Juni 2004 über die Finanzmarktaufsicht (FMAG), LGBl. 2004 Nr. 175, hat die FMA-BK die Aufgabe, über Beschwerden gegen anfechtbare Entscheidungen und Verfügungen der FMA zu entscheiden. Der Tätigkeitsbereich der FMA-BK ist sohin analog zum Aufgabenbereich der FMA gemäss Art. 5 FMAG.
Arbeitsschwerpunkte

Im Berichtsjahr sind insgesamt 6 Beschwerdefälle bei der FMA-BK eingelangt. Die letzten drei Beschwerden (FMA-BK 2006/4 bis FMA-BK 2006/6), welche eine Amtshilfeangelegenheit betreffen, sind erst am 21. November 2006 eingelangt und konnten daher im Berichtsjahr keiner Erledigung zugeführt werden.
Die Gegenstände der erledigten Beschwerdefälle lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Amtshilfe gemäss Art. 36 Bankengesetz (FMA-BK 2006/1, FMA-BK 2006/2 und FMA-BK 2006/4 bis FMA-BK 2006/6)
- Anordnung einer Sonderprüfung gemäss SPG (FMA-BK 2006/3).

Liechtensteinische Landessteuerkommission

Präsident: Dr. iur. Christian Gstöhl

Im Laufe des Geschäftsjahres 2006 gelangten drei Fälle aus dem Geschäftsjahr 2003 wegen Zurückverweisung durch den Verwaltungsgerichtshof erneut zur Beurteilung durch die Liechtensteinische Landessteuerkommission. Ebenso gelangte eine Beschwerdesache aus dem Geschäftsjahr 2004 zur Beurteilung, die die Liechtensteinische Landessteuerkommission damals fälschlicherweise als seitens der Liechtensteinischen Steuerverwaltung erledigt erachtete.

Die per 1. Januar 2006 insgesamt noch 7 pendenten Beschwerdesachen aus dem Geschäftsjahr 2005 sind mit Ausnahme von einer einzigen erledigt. Diese Beschwerdesache blieb unentschieden, da in einem ähnlich gelagerten Fall noch auf ein Urteil des schweizerischen Bundesgerichts zu warten war, welches für diesen Mehrwertsteuerfall teilpräjudizielle Wirkung haben wird.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2006 gingen bei der Liechtensteinischen Landessteuerkommission insgesamt 9 neue Fälle ein, wovon 6 Beschwerdesachen erledigt und 3 mangels Spruchreife nicht entschieden werden konnten.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Dr. Martin Meyer

Die Aufgaben des Ressorts Gesundheit waren auch in diesem Jahr sehr unterschiedlich und breit gefächert. Wesentliche Aufgabenschwerpunkte stellten die Anpassungen im Krankenversicherungsbereich und die verschiedenen Tarifverhandlungen dar. Zusätzlich wurden Sonderbereiche, wie das Thema Nichtraucherschutz, Strahlenschutz und zukunftsweisende Gespräche betreffend die grundsätzliche Weiterentwicklung des Gesundheitswesens, bearbeitet. Die Gesundheitsförderungskampagne wurde zudem geplant und umgesetzt. Der Veterinärbereich war geprägt von der Diskussion zum Hundegesetz.

Regionale / internationale Beziehungen
Das Ressort Gesundheit hat regelmässig an den Konferenzen der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren der Ostschweiz teilgenommen und damit den wichtigen Informationsaustausch gepflegt. Auf Einladung Liechtensteins wurde eine Sitzung in Balzers durchgeführt. Zusätzlich fand ein Treffen mit Regierungsrätin Heidi Hanselmann aus St. Gallen im August statt, an welchem unter anderen auch Themen der regionalen Zusammenarbeit besprochen wurden. Einen ersten Bericht als Diskussionsgrundlage für ein Pilotprojekt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde dem St. Galler Gesundheitsdepartement übermittelt.

Aufgrund des erhöhten Risikos der Vogelgrippe nahm Regierungsrat Dr. Meyer am Fachministertreffen zur Vogelgrippe im März in Singen teil

Anlässlich der eHealth-Konferenz 2006 in Malaga nahm Regierungsrat Dr. Meyer am informellen Treffen der Gesundheitsminister teil, welches ihm die Möglichkeit eines Meinungsaustausches mit Bundesrat Couchepin und weiteren Amtskollegen bot.

Fachgespräche
Zur Klärung der künftigen Ausrichtung im Gesundheitswesen und möglicher Zielfestlegung wurden vom Ressort Gesundheit mit allen Parteien politische Fachgespräche geführt. Zusätzlich wurden zwei Round-Table-Gespräche mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und aus dem Gesundheitswesen durchgeführt.

Vereinbarungen mit ausländischen Spitälern
Im Berichtsjahr mussten einige Spitalvereinbarungen aufgrund von Tarifveränderungen überarbeitet werden. So wurde die Vereinbarung mit dem Ostschweizer Kinderspital, den Psychiatrischen Diensten Graubünden und den Schmieder Kliniken angepasst. Mit den bestehenden Vereinbarungen wird die Versorgungsqualität für die liechtensteinische Bevölkerung im stationären und spitalambulanten Bereich sichergestellt und entsprechend auf qualitativ hohem Niveau gehalten.

Sanitätsgesetz
Die anvisierte Totalrevision des Sanitätsgesetzes wurde in die Vernehmlassung gegeben.

Im Rahmen der Konzessionserteilung an Betriebe der Gesundheitspflege wurde ein Antrag eingereicht und bearbeitet. Zu zwei Entscheidungen des Vorjahres steht das klärende Urteil des Verwaltungsgerichtshofs aus, welcher einen entsprechenden Normenkontrollantrag auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des Art. 52 Abs. 1 Bst. d Sanitätsgesetz bei Staatsgerichtshof einreichte. In diesem Zusammenhang musste die Bearbeitung einer bei der Regierung eingereichten Beschwerde unterbrochen werden. Zum gestellten Normenkontrollantrag wurde von der Regierung eine Stellungnahme beim Staatsgerichtshof eingereicht.

Aufgrund der Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden wurde die Mütter- und Väterberatung neu im Sanitätsgesetz geregelt. Zur Weiterführung der bestehenden Leistungen des Roten Kreuzes in diesem Bereich, genehmigte die Regierung eine entsprechende Leistungsvereinbarung.

Krankenversicherung
Die Arbeiten im Krankenversicherungsbereich waren auch dieses Jahr wieder sehr intensiv. So erfolgten verschiedene Anpassungen der Krankenversicherungsverordnung, mit welchen die Laboranalysen in Arztpraxen geregelt, eine Generika-Regelung eingeführt, die Bedarfsplanung für die ärztliche Versorgung und die Zusammensetzung der Kosten- und Qualitätskommission angepasst sowie die vergütungspflichtigen Leistungen für Ärzte unter Berücksichtigung der Schweizerischen Regelung aktualisiert wurde.

Die Tarifstreitigkeiten zwischen der Ärztekammer und dem Kassenverband konnten beendet und der im Oktober vorgelegte Tarifvertrag mit Auflagen genehmigt werden. Aufgrund der gefundenen Lösung wurde die ausgehandelte Lizenzvereinbarung mit TARMED Suisse hinfällig. Weitere Verträge wurden von der Regierung behandelt und genehmigt. Diese betrafen die Verrechnung von ambulanter kardialer Rehabilitation, von Laborleistungen und Leistungen von Hebammen sowie eine Qualitätssicherungsvereinbarung im Laborbereich betreffend Qualitätsstandards.

Die Kostenanalyse im Krankenversicherungsbereich konnte im Jahr 2006 wesentlich verbessert werden, indem die Statistiken der vergangenen Jahre vollständig aufgearbeitet und veröffentlicht wurden. Hinzu kamen detaillierte Ausführungen im Bericht und Antrag an den Landtag betreffend den Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2007 sowie die Interpellationsbeantwortung der Regierung an den Landtag betreffend Kostenanalyse im Gesundheitswesen.

Nachdem sich eine Krankenversicherung von einem Verein in eine Aktiengesellschaft umwandelte, musste die neu entstandene Aktiengesellschaft als Krankenkasse anerkannt werden.

Im Rahmen der Gewährung von Prämienverbilligung für das Jahr 2005 wurden vier Beschwerden eingereicht und bearbeitet.

Liechtensteinisches Landesspital
Die Verhandlungen zum Globalbudget und Tarifvertrag konnten im Frühling 2006 abgeschlossen werden. Damit wurde ein pauschaliertes Abrechnungssystem sowie ein planbares Globalbudget anstatt einer nicht planbaren Defizitdeckung eingeführt.

Das Landesspital hat zudem die Durchführung der ambulanten kardialen Rehabilitation vom Amt für Gesundheitsdienste übernommen und einen entsprechenden Vertrag mit dem Kassenverband abgeschlossen. Ferner konnte auch die Vergütung der ambulanten Leistungen des Spitals über einen zusätzlichen Anhang zum Tarifvertrag geregelt werden.

Gesundheitsförderung - «bewusst(er)leben»
Im Jahr 2006 wurde eine dreijährige Gesundheitsförderungskampagne mit dem Motto «bewusst(er)leben» ausgearbeitet. Diese Kampagne konzentriert sich auf die wichtigen drei Themen ‚Bewegung und Gesundheit', ‚Gesunde Ernährung' sowie ‚Seelische Gesundheit'. Die Regierung verfolgt mit dieser Kampagne das Ziel, eine gesunde Lebensweise in Liechtenstein zu fördern. Dazu soll das Bewusstsein der Bevölkerung für diese Fragen und Themen gestärkt werden. Unter anderem soll beispielsweise die Anzahl Unternehmen, die ein betriebliches Gesundheitsmanagement betreiben, gefördert werden. Zudem sollen die Gesundheitskompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gesamthaft erhöht werden.

Den Beginn der Gesundheitsförderungskampagne stellte die Startveranstaltung am 28. August dar, an welcher die österreichische Bundesministerin Rauch-Kallat Ergebnisse aus der österreichischen Gesundheitsförderung präsentierte. Zusätzlich wurde eine Meinungsumfrage zu Gesundheitsförderung und Prävention durchgeführt. Ferner wurden der Gesundheitspass lanciert, «Liechtensteinische Gesundheitsgespräche» durchgeführt und der Landtag zu diesem Thema sensibilisiert.

Grippepandemie
Im September wurde der «Pandemieplan FL» von der Regierung zur Kenntnis genommen und dessen laufende Aktualisierung beschlossen. Im Zusammenhang mit einer drohenden Grippepandemie wurde zudem beschlossen, in Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden einen neuen präpandemischen Impfstoff zum Schutz der gesamten liechtensteinischen Bevölkerung zu beschaffen.

Nichtraucherschutz
Mit der Einreichung des Postulats über den Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen wurde die Diskussion zum Nichtraucherschutz gestartet. Das Ressort Gesundheit hat sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt und mit der Gastronomie im Rahmen eines Round-Table-Gespräches das Thema «Rauchfreie Gastronomie» diskutiert. Damit konnten einerseits die Anliegen der Gastronomie aus erster Hand aufgenommen und andererseits mit der Gastronomie ein wertvoller Erfahrungsaustausch zum Thema ‚Rauchfreie Gastronomie' geführt werden. Das Postulat wurde im Oktober von der Regierung beantwortet und verschiedene Lösungsvarianten aufgezeigt. Aufgrund der Diskussion im Landtag wurde eine differenzierte Gesetzeslösung erarbeitet. Diese Lösung umfasst ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und in Schulgebäuden sowie eine spezifische Lösung für das Gastgewerbe.

Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen
Im Strahlenschutzbereich wurde intensiv an der Erarbeitung eines Vernehmlassungsberichtes wie auch an einem Vertragsentwurf zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit der liechtensteinischen und der schweizerischen Behörden im Bereich des Strahlenschutzes gearbeitet. Der Vertragsentwurf konnte den schweizerischen Behörden im Dezember zugestellt werden.

Im Frühjahr musste aufgrund des Vogelzugs erneut eine Verordnung über vorsorgliche Sofortmassnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest erlassen werden. Im Herbst wurden schliesslich vorsorgliche Massnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest beschlossen, welche die Bestimmung von Risikogebieten zulässt und damit die daraus resultierenden Massnahmen entsprechend vorhersehbar werden.

Die Anpassung des Gesetzes über das Halten von Hunden bedurfte nach einem Referendum einer Volksabstimmung. Das Referendumsbegehren wurde vom Volk am 5. November 2006 abgelehnt. Die notwendigen Details zum Gesetz wurden mit der Verordnung über das Halten von Hunden geklärt. Die Verordnung enthält eine Liste der als potentiell gefährlich einzustufenden Hunderassen und präzisiert die Haltebewilligung für diese Tiere beziehungsweise die Antragstellung. Zudem werden Ausbildung und Durchführung der Sachkunde- und Sozialverträglichkeitsprüfungen geregelt.

Nach der Bestellung der Weindegustationskommission im März konnte ebenfalls die Geschäftsordnung dieser Kommission genehmigt werden.

Bevor ein klinischer Versuch an Menschen durchgeführt werden darf, muss ein Antragsteller die Stellungnahme einer durch das Land anerkannten Ethikkommission einholen. Erst wenn die Zustimmung der Ethikkommission vorliegt, darf ein klinischer Versuch von Heilmitteln oder andere biomedizinische Versuche am Menschen durchgeführt werden. Diese Aufgabe wird seit dem Jahr 2000 von der kantonalen Ethikkommission Zürich wahrgenommen, da Liechtenstein über keine

eigene Ethikkommission verfügte. Dieses Verhältnis wurde formalisiert, indem ein Vertrag zwischen Zürich und Liechtenstein abgeschlossen und die Kantonale Ethikkommission Zürich als die für Liechtenstein zuständige Ethikkommission für Klinische Versuche mit Heilmitteln und andere biomedizinischer Versuche am Menschen benannt wurde.

Im Betäubungsmittelbereich wurden zwei Marinolbewilligungen erteilt.

Tierschutzbeauftragter

Die Regierung hat mit Beschluss vom 16. Mai 2006 Herrn Mag. med. vet. Martin Hilti, Schaan, zum Tierschutzbeauftragten bestellt. Die Bestellung stützt sich auf Art. 18a des Tierschutzgesetzes. Der Tierschutzbeauftragte ist verpflichtet, der Regierung jährlich Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Herr Mag. med. vet. Martin Hilti hat dieser Verpflichtung durch Vorlage eines Rechenschaftsberichtes entsprochen.

Neben der Beratung von Tierhaltern sowie der Information der Öffentlichkeit unterstützte der Tierschutzbeauftragte in neun Fällen das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen im Rahmen der Erlassung von Verfügungen. Ausserdem absolvierte er zwei Kurse als Zusatzausbildung im Bereich des Tierschutzes.

Spitalbeiträge des Landes

	Rechnung 2002		Rechnung 2003		Rechnung 2004		Rechnung 2005		Rechnung 2006	
	Anzahl Tage	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Beitrag CHF
St. Gallen										
St. Gallen - Allg. Abteilung	1 469	915 481	1 881	1 280 831	2 190	1 381 866	1 674	998 649	1 462	1 021 966
St. Gallen - Privat/Halbprinvat	2 969	597 696	3 412	984 367	3 146	1 319 283	2 696	1 291 837	2 331	1 058 833
Zwischentotal SG	4 438	1 513 177	5 293	2 265 198	5 336	2 701 149	4 370	2 290 486	3 793	2 080 799
Grabs - Allg. Abteilung	3 786	1 771 659	3 478	1 824 122	4 247	1 897 635	3 574	1 691 144	4 187	1 785 119
Grabs - Privat/Halbprivat	6 446	1 013 585	5 815	1 349 209	6 977	2 061 037	6 473	2 121 682	6 371	2 108 458
Zwischentotal Grabs	10 232	2 785 244	9 293	3 173 331	11 224	3 958 672	10 047	3 812 826	10 558	3 893 577
Walenstadt - Allg. Abteilung	144	67 385	158	82 839	353	180 137	214	104 670	81	54 471
Walenstadt - Privat/Halbprivat	226	36 802	128	45 704	99	44 401	111	43 934	79	32 863
Zwischentotal Walenstadt	370	104 187	286	128 543	452	224 538	325	148 604	160	87 334
Ostschweiz. Kinderspital St.Gallen	468	309 076	328	473 447	378	303 085	242	403 988	645	296 645
Valens	1 362	172 408	1 684	256 830	3 638	414 468	2 419	222 352	2 408	221 364
RehabilitationsZentrum Lutzenberg [2]	93	37 769	93	18 608	226	35 765	103	4 551	0	3 769
Total St. Gallen	16 963	4 921 861	16 977	6 315 957	21 254	7 637 677	17 506	6 882 807	17 564	6 583 487
Graubünden										
Fontana Frauenspital Chur [1]	148	47 458	689	171 602	86	58 944	196	116 974	159	113 729
Kreuzspital Chur [1]	80	32 013	34	18 924	228	97 997	158	68 997	279	145 061
Rätisches Kantonsspital Chur [1]	2 560	854 804	2 976	1 044 408	1 807	1 034 769	1 635	991 352	1 762	1 269 281
Total Graubünden	2 788	934 275	3 699	1 234 933	2 121	1 191 711	1 989	1 177 323	2 200	1 528 071
Vorarlberg										
Landeskrankenhaus Feldkirch	3 999	1 630 403	4 533	1 637 687	4 263	1 518 934	5 002	1 885 100	3 632	1 318 639
Landesnervenkrankenhaus Valduna	1 669	387 494	1 119	309 824	1 224	286 915	1 203	264 405	1 828	454 972
Stiftung Maria Ebene, Frastanz [2]	926	55 238	469	28 150	75	4 692	469	33 216	644	50 881
Total Vorarlberg	6 594	2 073 135	6 121	1 975 662	5 562	1 810 542	6 674	2 182 721	6 104	1 824 492
Liechtentsein										
Liecht. Landesspital Vaduz	26 904	6 039 601	23 494	5 665 356	24 201	6 245 358	24 762	6 227 401	25 072	6 343 259
TOTAL	**53 249**	**13 968 872**	**50 291**	**15 191 907**	**53 138**	**16 885 288**	**50 931**	**16 470 252**	**50 940**	**16 279 309**

[1] Per 01.01.2006 Fusion zum Kantonsspital Graubünden
[2] Institutionen im sozialen Bereich (Suchttherapie)

AMTSSTELLEN

Amt für Gesundheitsdienste

Amtsleiter: Peter Gstöhl

Im Mittelpunkt des Berichtsjahres standen für das Amt für Gesundheitsdienste der Start der Gesundheitsförderungskampagne, die Revision des Sanitätsgesetzes (neu: Gesundheitsgesetz), die Erstellung eines Pandemieplanes sowie grundlegende organisatorische Änderungen.

Allgemeines

Amtsorganisation
Im Regierungsprogramm 2005 – 2009 ist ausgeführt, dass die Aufgaben im Gesundheitswesen beim Amt für Gesundheitsdienste zu konzentrieren seien. Im Rahmen dieser Zielsetzung wurde die Integration der Abteilung Sozialversicherungen aus dem Amt für Volkswirtschaft vorbereitet und auf den 1. Januar 2007 vollzogen.

Im Zuge der Neustrukturierung war ein Umzug von Schaan in neue Räumlichkeiten in Vaduz nötig, um das vergrösserte Amt auch räumlich zusammen zu führen. Nach längerer Vakanz konnte die Stelle eines Amtsarztes / einer Amtsärztin auf Anfang 2007 besetzt werden.

Das Amt für Gesundheitsdienste wies per Ende des Berichtsjahres - inkl. einer Praktikantenstelle - einen Personalbestand von 9 Personen mit insgesamt 730 Stellenprozenten auf.

Vernehmlassungsentwurf Gesundheitsgesetz
Im September des Berichtsjahres konnte der Entwurf eines revidierten Gesetzes über das Gesundheitswesen in die Vernehmlassung geschickt werden. Durch die Revision soll vor allem eine Modernisierung und homogene Ausgestaltung des geltenden Berufsrechts für die Gesundheitsberufe erzielt werden. Daneben wurden einige begriffliche Anpassungen vorgenommen. Der Vernehmlassungsentwurf schlug ein schlankes Rahmengesetz vor, auf dessen Grundlage flexibel auf die Veränderungen im Gesundheitswesen reagiert werden kann. Neu soll auch der Beruf des Naturheilpraktikers im Gesundheitsgesetz geregelt werden. Die Details sollen auf Verordnungsebene festgelegt werden. Des Weiteren werden Anpassungen in Umsetzung der neuen Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen berücksichtigt.

Elektronisches Gesundheitsnetz
Die Arbeiten aus dem Jahr 2005, wie die Versorgungsprozesse mit Hilfe der Versichertenkarte ausgebaut werden könnten, wurden zu Beginn des Berichtsjahres abgeschlossen. Bei der Situationsanalyse musste festgestellt werden, dass auch im Ausland noch keine erprobten Lösungen in einem grösseren Zusammenhang im Einsatz sind. Nach Diskussion des Zwischenberichtes in der Sanitätskommission entwickelten das Ressort Gesundheit und das Amt für Gesundheitsdienste eine Neuausrichtung der Strategie. Als nächste Zielsetzungen des Projektes wurden der verstärkte Einsatz der Versichertenkarte, die flächendeckende Einführung der elektronischen Leistungsverrechnung, die Neuorganisation des Datenpools sowie das Monitoring relevanter Entwicklungen im Bereich E-Health definiert.

Aufsicht

Gesundheitsberufe
Im Jahr 2006 stellt sich der Stand von erteilten Konzessionen und Bewilligungen folgendermassen dar:

Leistungserbringer	Stand 31.12.2006	Im 2006 erteilte Bewilligungen / Konzessionen
Ärzte	82	5
Apotheken	2	-
Augenoptiker	8	-
Chiropraktoren	4	-
Drogerien	2	-
Ergotherapeuten	4	1
Ernährungsberater	5	-
Hebammen	12	1
Heilgymnastiker	1	-
Fachmann/-frau für Hörhilfen	2	-
Krankenschwestern/Pfleger	13	1
Med. Laborleiter	3	-
Med. Masseure und Bademeister	10	-
Physiotherapeuten/Physiotherapien	44	3
Podologen	2	-
Psychologen/nichtärztliche Psychotherapeuten	15	3
Zahnärzte	28	1
Zahntechniker/Laborinhaber	28	1

In Zusammenhang mit der Erteilung von Konzessionen wurden acht Praxisinspektionen durchgeführt. Bei Eintritt in eine bestehende (Gemeinschafts-)Praxis ist keine neue Besichtigung erforderlich. Vier weitere Inspektionen waren aufgrund eines Standortwechsels notwendig.

Leistungsvereinbarung mit dem Liechtensteinischen Roten Kreuz

Das Liechtensteinische Rote Kreuz (LRK) bietet einen Mütter- und Väterberatungsdienst an. Bis Ende 2005 wurde dieser im Wesentlichen von den Gemeinden finanziert. Im Rahmen der Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden wurde die Finanzierung dem Land übertragen. Daher wurde mit dem LRK eine entsprechende Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

Gesundheitsvorsorge

bewusst(er)leben
Am 28. August 2006 fand die sehr gut besuchte Startveranstaltung der Gesundheitsförderungskampagne «bewusst(er)leben» statt. Hauptrednerin war die österreichische Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, Maria Rauch-Kallat.

Als inhaltliche Schwerpunkte der Kampagne wurden folgende Bereiche definiert:
– Gesundheit und Bewegung (2006/2007);
– Gesunde Ernährung (2007/2008);
– Seelische Gesundheit (2008/2009).
Als erster Baustein wurde eine Gesundheitsbroschüre mit Informationen zu den genannten Schwerpunkten entwickelt und zusammen mit einem Gesundheitspass über verschiedene Wege an die Bevölkerung abgegeben. Diverse Anlässe konnten genutzt werden, um Broschüre und Pass mit umfassenden Informationen vorzustellen. Auf einer eigens erstellten Homepage können aktuelle Informationen eingesehen und Dokumente herunter geladen werden.

Ein Team von Prominenten, das «Promi-Team», förderte die Bekanntmachung der Kampagne. In der September-Sitzung des Landtags fand die «Sensibilisierungsaktion Gesundes Körpergewicht» statt. Die Landtagsabgeordneten wurden aufgefordert, ihr «politisches Gewicht» für die Gesundheitsförderung einzusetzen.

Mit verschiedenen Organisationen und Institutionen konnten konkrete Projekte gestartet bzw. für das Jahr 2007 geplant werden.

Vorsorgeuntersuchungen

Jede in Liechtenstein wohnhafte Person wird vom Amt schriftlich in den im Vorsorgeplan vorgesehenen Abständen zu ärztlichen Untersuchungen eingeladen.

Der Inhalt der Vorsorgeuntersuchungen ist in der Verordnung zum Gesetz über die Krankenversicherung festgelegt. Vorsorgeuntersuchungen dienen der Früherkennung von Krankheiten oder Behinderungen. Bei der Erwachsenenuntersuchung wird aus Kapazitätsgründen seit einiger Zeit auf eine zentrale Datenerfassung und –auswertung verzichtet. Bei den Kindervorsorgeuntersuchungen werden die erhobenen Daten nach wie vor anonymisiert erfasst, um damit für die Gesundheitsvorsorge wertvolle Erkenntnisse zu gewinnen.

Weitere Projekte

Kinderfüsse – Kinderschuhe
Im Berichtsjahr wurden in Zusammenarbeit mit den Gemeindegesundheitskommissionen und dem Sportwissenschafter Dr. Kinz im März bei 682 Kindern und im September bei 566 Kindern die Passform von Strassen- und Hausschuhen gemessen.

	März 06	Sept. 06	Jan. 05	Juni 05
Strassenschuhe zu kurz	30,2 %	58,7 %	33 %	34,5 %
Hausschuhe zu kurz	73,9 %	60 %	74,8 %	66,8 %

Das Amt für Gesundheitsdienste arbeitet zur Verbesserung der Situation weiter eng mit den Kindergärtnerinnen zusammen. Es ist die Einrichtung von «Servicestationen» geplant, welche es den Eltern ermöglichen sollen, im Kindergarten die richtige Passform zu messen.

Hitzekampagne
Das Amt für Gesundheitsdienste unterstützte die Kampagne «Schutz bei Hitzewellen» des Bundesamtes für Gesundheit mit Medienkampagnen. Bei mehrere Tage anhaltender Hitze können vor allem ältere Menschen und kleine Kinder gefährdet sein.

Gesundheitsschutz

Pandemieplanung
Im Berichtsjahr konnte mit der Erstellung eines grundlegenden Pandemieplans ein wichtiges Ziel erreicht werden. Der Liechtensteiner Pandemieplan bildet den Grundpfeiler des Krisenmanagements im Falle einer Pandemie. Wichtigste Zielsetzungen des Pandemieplans sind neben dem Schutz der Bevölkerung die Aufrechterhaltung und das Funktionieren wichtiger Bereiche des öffentlichen Lebens im Krisenfall, sowie die Organisation des Gesundheitssystems. Dazu wird das Hauptaugenmerk entsprechend der Bedrohungslage auf den Gesundheitsdienst gelegt.

Nachdem immer wieder neue Erkenntnisse in den Pandemieplan einfliessen müssen, ist der Liechtensteiner Pandemieplan einer dauernden Überarbeitung zu unterziehen und auf dem aktuellsten Stand zu halten. Ferner werden landesinterne Vorbereitungen weiterhin koordiniert und aufeinander abgestimmt.

Übertragbare Krankheiten
Ärztinnen und Ärzte, Spitäler sowie andere öffentliche oder private Institutionen des Gesundheitswesens melden dem Amt für Gesundheitsdienste die Feststellung definierter übertragbarer Krankheiten. Das Erkrankungsmuster entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Aus der angefügten Tabelle sei hervorgehoben:

– Meningokokken: keine Meldung;
– Tuberkulose: eine Meldung;
– HIV: eine Meldung;
– FSME: eine Meldung;
– Windpocken: es war eine Häufung in den Monaten März bis Juli sowie im Dezember zu beobachten.

Kleinere Probleme im Rahmen von *Salmonellenerkrankungen* im Bereich des Lebensmittelgewerbes oder des Gastgewerbes wurden jeweils sehr rasch und effizient

durch das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen gelöst. Es handelte sich meistens um Einzelerkrankungen.

Eingegangene Meldungen

Übertragung vorwiegend über die Atemwege		Übertragung vorwiegend über den Magen-Darmtrakt	
Diphtherie	0	Botulismus	0
Grippeartige Erkrankungen	397	Brucella	0
Haemophilus influenzae	0	Campylobacter	10
Keuchusten	0	Cholera	0
Legionellose	1	EHEC	0
Masern	0	Hepatitis A	2
Meningokokken	0	Hepatitis E	0
Mumps	0	Listeria	0
Pneumokokken	0	Paratyphus (Salmonella)	14
Psittacose	0	Poliomyelitis	0
Q-Fieber	0	Shigella	0
Röteln	0	Typhus	0
Tuberkulose	1	Yersinia	0
Andere Übertragungswege			
Borreliose	0	Lues	0
Chlamydia	3	Malaria	0
Creutzfeld-Jakob-Krankheit	0	Milzbrand	0
FSME	1	Mononukleose	0
Gonorrhoe	1	Pest	0
Haemorrhagisches Fieber und Gelbfieber	0	Rickettsiose	0
Hepatitis B akut	1	Streptokokken A (Scharlach)	83
Hepatitis C akut	2	Tetanus	0
Hepatitis D	0	Tollwut	0
HIV	1	Windpocken	145
Leptospirose	0		

Gutachterliche Tätigkeiten

Rechtsmedizin

In erster Linie sind für das Landgericht oder für die Landespolizei rechtsmedizinische Arbeiten zu leisten, vor allem zu folgenden Fragen:

- Vormundschaftsrechtliche Massnahmen: zwei Anträge und 14 Gutachten;
- Massnahmen nach dem Sozialhilfegesetz: Einweisungen in eine psychiatrische Klinik oder in eine andere geeignete Betreuungseinrichtung gegen den Willen des Patienten. Die Einweisungen wurden vermehrt durch Notfall- und Hausärzte vorgenommen. Es fehlen daher einschlägige Zahlen;
- Vernehmungs- und Prozessfähigkeit: drei Beurteilungen;
- Hafterstehungsfähigkeit: eine Beurteilungen;
- Schuldfähigkeit: eine Beurteilungen;
- Körperverletzung im Sinne des Strafrechtes: zwei Beurteilungen;

Aussergewöhnliche Todesfälle: 21 Inspektionen, bei acht Leichen wurde eine Obduktion angeordnet.

Andere Gutachten

Für die Motorfahrzeugkontrolle und deren Abteilung für Administrativmassnahmen (ADMAS), werden seit Jahren jährlich ca. 700 Routineuntersuchungen über die Fahreignung durchgeführt.

Bei Einreisenden - mit Ausnahme aus dem EWR-Raum und dem Nordamerikanischen Kontinent - werden im Auftrag des Ausländer- und Passamtes grenzsanitäre Kontrollen durchgeführt. Im Berichtsjahr wurden bei den Einreisenden keine gravierenden akuten Gesundheitsprobleme beobachtet.

Internationales

Die wichtigsten internationalen Aktivitäten des Amtes für Gesundheit im Jahr 2006 sind im Folgenden stichwortartig aufgeführt:

- Auf Einladung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) konnte der Amtsleiter als Beobachter an der jährlichen Tagung des Regionalbüros für Europa der WHO teilnehmen;
- Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO wurden revidiert und im Mai 2005 von der Weltgesundheitsversammlung erlassen. Sie sollen im Juni 2007 in Kraft treten. Die IGV decken alle Gesundheitsgefährdungen – welchen Ursprungs auch immer – ab. Da Liechtenstein nicht Mitglied der WHO ist, wurden erste Abklärungen für einen Beitritt Liechtensteins zu den IGV getroffen;
- Die Beteiligung am zweiten Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2007-2013) wurde beschlossen;
- Die Beteiligung am Programm «Drogenprävention und Drogenaufklärung» für den Zeitraum 2007-2013 als Teil des Rahmenprogramms «Grundrechte und Justiz» wurde beschlossen;
- Für die Umsetzung der neuen Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen wurden die notwendigen Vorarbeiten geleistet;
- Das Amt für Gesundheitsdienste ist in der Kommission Gesundheit und Soziales der Internationalen Bodenseekonferenz IBK vertreten.

Amt für Volkswirtschaft (Sozialversicherung)

Amtsleiter: Dr. Hubert Büchel

Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung der KGV-Revision weitergeführt, v.a. durch Verordnungsanpassungen und neue Tarifverträge. Wesentlich waren im Weiteren die Vorbereitungen für die Überführung der Abteilung Sozialversicherung vom Amt für Volkswirtschaft ins Amt für Gesundheit per 1.1.2007.

Krankenversicherung

Entwicklung der Krankenpflegekosten
Im Jahr 2006 erreichten die Aufwendungen für die obligatorischen Krankenpflegekosten (nach Abzug der Kostenbeteiligungen) einen Betrag von CHF 106.97 Mio. (Vorjahr CHF 101.2 Mio.), was einem Anstieg der Aufwendungen von CHF 5.76 Mio. bzw. +5.69 % gegenüber dem Jahr 2005 entspricht. Die Leistungen haben sich um CHF 6.02 Mio. bzw. 5.50 % erhöht.

Staatsbeitrag
Der Staat leistet im Sinne von Art. 24a Abs. 1 und 2 KVG den Krankenkassen an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeleistungen und der präventivmedizinischen Massnahmen einen jährlichen Beitrag.

Im Jahre 2006 wurden die Anträge von 4 Krankenkassen auf Ausrichtung des Staatsbeitrages kontrolliert. Die Restsubventionen für das Rechnungsjahr 2005 beliefen sich auf CHF 4.32 Mio. Hinzu kamen Akontozahlungen für das Berichtsjahr von 90 % des vom Landtag genehmigten Staatsbeitrages, welche CHF 38.68 Mio. ausmachten. Schliesslich wurden noch Akontozahlungen für das Berichtsjahr im Umfang von CHF 6.29 Mio., sowie Restzahlungen für das Jahr 2005 von CHF 0.64 Mio. für die Prämienbefreiung der Kinder geleistet. Insgesamt waren daher im Jahre 2006 Staatsbeiträge von CHF 49.93 Mio. notwendig (Vorjahr CHF 47.9 Mio.).

Risikoausgleich
Das Gesamtverteilungsvolumen im Risikoausgleich zwischen den Kassen hat sich wie folgt entwickelt:

Risikoausgleichsjahr	Umverteilungsvolumen		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in CHF	in % der Nettoleistungen*	in CHF	in %
2004	1 960 077	2.3	-314 716	-13.8
2005	528 351	1.05	-1 431 726	-73.02
2006	1 182 389	2.1	+654 038	+123.79

* der am Risikoausgleich teilnehmenden Altersgruppen

Im Jahr 2006 wurde der Berechnungsmodus des Risikoausgleichs dem schweizerischen System angeglichen. Es besteht deshalb nur noch eine beschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren.

Der definitive Risikoausgleich 2006 basiert auf den Daten der Kassen des Jahres 2006.

Das Umverteilungsvolumen auf Basis der Versicherten 2006 betrug CHF 11.2 Mio. (Vorjahr CHF 9.8 Mio.). Der Grossteil dieses Umverteilungsvolumens spielt sich innerhalb der einzelnen Krankenkassen ab und wird deshalb nicht über das Amt für Volkswirtschaft umverteilt.

Prämienverbilligung
Die Zahl der Anträge auf Prämienverbilligung im Sinne von Art. 24b KVG stieg im Berichtsjahr. Insgesamt erhielten 3 966 Versicherte einen staatlichen Beitrag an ihre Krankenkassenprämie 2006 (Vorjahr: 3 816). Der Betrag der staatlichen Prämienverbilligung belief sich auf CHF 4.73 Mio. (Vorjahr: CHF 4.68 Mio.), was einen Nachtragskredit von CHF 600 000 erforderlich machte, dieser wurde jedoch nur im Umfang von CHF 431 188 ausgeschöpft.

Verteilung der Prämienverbilligung auf Altersgruppen

Altersgruppe	Bezüger	Betrag in CHF
Bis 25 Jahre	353	242 450.75
Bis 65 Jahre	1 802	1 895 544.55
Über 65 Jahre	1 811	2 593 193.15
TOTAL	**3 966**	**4 731 188.45**

Krankenkassenprämien
Das Amt für Volkswirtschaft hat Ende 2006 die Prämien der Kassen für die obligatorische Krankenpflegeversicherung 2007 überprüft und zur Kenntnis genommen. Die gewichtete Steigerung der Durchschnittsprämie stellte sich in den letzten Jahren wie folgt dar:

Jahr	Durchschnittsprämie der Erwachsenen (ohne Unfall) in CHF	gewichtete Veränderung in %
2005	204	0
2006	204	+0.3
2007	207	+1.2

Weiterentwicklung Gesundheitswesen
Im Berichtsjahr gab es bei der Verordnung zum Gesetz über die Krankenversicherung einige Anpassungen. Im Medikamentenbereich wurde der Selbstbehalt von 10 % auf 20 % angehoben, wenn Originalarzneimittel verschrieben bzw. abgegeben werden, obwohl diese durch preisgünstigere Generika ersetzbar wären, ausgenommen bei medizinischer Indikation. Weiters wurden die Anhänge 1 und 2 über die ärztlichen Leistungen und Präventivleistungen in der Grundversicherung sowie der Anhang 2b über die Abgeltung von Analysen in Praxislabors angepasst. Daneben wurde die Verordnung betreffend die Bedarfsplanung für die ärztliche Versorgung in der Grundversicherung angepasst und ein Tarifvertrag über die Vergütung ärztlicher Leistungen im Rahmen der obligatorische Krankenpflegeversicherung mit Geltung ab Januar 2007 von der Regierung im Dezember 2006 unter bestimmten Auflagen genehmigt. Auch bei anderen Berufsgruppen kam es zu Neuverhandlungen von Tarifverträgen (Hebamme, Labor, Psychotherapeut). Bei der Statistik zur Krankenversicherung gab es Ver-

besserungen in Transparenz und Vergleichbarkeit und sämtliche ausstehenden Statistiken der Vorjahre wurden aufbereitet und veröffentlicht.

Internationales
Mit Ende des Berichtsjahres hat Liechtenstein den Vorsitz in der EFTA-Arbeitsgruppe über Soziale Sicherheit gemäss dem geltenden Rotationsprinzip an Norwegen abgegeben. Während dem liechtensteinischen Vorsitz gelang es, ein Arbeitsprojekt zur Erstellung einer Synopse der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und der Verordnung (EWG) Nr. 883/04 unter Einbezug des Kommissionsentwurfes für eine neue Durchführungsverordnung zu starten und voranzutreiben. Diese Arbeiten dienen der besseren Analyse des neuen anwendbaren Rechts und den erforderlichen Umsetzungsarbeiten.

Die vom Amt für Volkswirtschaft berechneten Durchschnittskosten für die Abrechnung von Leistungen für in Liechtenstein lebende und in der Krankenversicherung betreute Rentner mit ausländischen Renten sowie deren Familienangehörigen wurden für alle Jahre der EWR-Angehörigkeit, rückwirkend bis 1996, vom Rechnungsausschuss der Verwaltungskommission für Soziale Sicherheit der Wanderarbeiter genehmigt und zum Grossteil wurden die Aussenstände bereits bezahlt.

Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen

Amtsleiter: Dr. Peter Malin

Im Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen waren im Berichtsjahr neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Beschäftigungsgrad von 820 Stellenprozent tätig. Sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter absolvierten fachspezifische Aus- und Weiterbildungen. Das Berichtsjahr war aus Sicht der Amtsstelle geprägt von der Umsetzung und Anwendung vieler neuer Rechtsvorschriften. Dies gilt sowohl für den Bereich der Lebensmittelsicherheit als auch in denjenigen des Veterinärwesens und der Milchqualität. Der rasche Wandel der von Seiten der Marktteilnehmer zu beachtenden und von der Amtsstelle anzuwendenden Rechtsvorschriften hält an. Neben dem eigenständigen Rechtssetzungsbedarf wirkt sich die Regelungsdichte der Europäischen Gemeinschaft über den EWR unmittelbar und über das Zollvertragsrecht mittelbar auf die Aufgabenbereiche der Amtsstelle aus. Das diesbezügliche Ziel, die für die liechtensteinische Lebensmittelwirtschaft massgeblichen Erlasse zeitgleich mit der Schweiz und damit fristgerecht in Kraft zu setzen, wurde erreicht. Dasselbe gilt für die Erfassung der bewilligungspflichtigen Betriebe nach dem Lebensmittelrecht. Die Komplettierung der meldepflichtigen Betriebe war zum Jahresabschluss noch im Gang. Ebenso die Implementierung des elektronischen Datenaustauschs mit dem zuständigen Bundesamt für Veterinärwesen.

Qualitätssicherung

Die Amtsbereiche «Lebensmittelkontrolle» und «Milchwirtschaftlicher Inspektionsdienst» sind nach EN 45004 akkreditiert. Das Überwachungsaudit dieser Amtsbereiche verlief ebenso problemlos wie das Wiederholaudit für die ISO-Zertifizierung der gesamten Amtsstelle (9001:2000). Im Vorjahr war die Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell durchgeführt worden. Zwei der drei Verbesserungspotentiale wurden umgesetzt. Auftragsgemäss wurde der Regierung der Zwischenbericht der Amtsstelle über deren Umsetzung zugestellt. Dabei erhielt die Amtsstelle für die Innovation und Effizienz der «Identifikation und Definition von sinnvollen Kennzahlen für die Leistungsprozesse» einen Anerkennungspreis zugesprochen.

Internationale Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden erfolgte auf verschiedenen Ebenen:
- Vertretung in der liechtensteinischen Delegation der Arbeitsgruppe für Warenverkehr der Gemischten Kommission Schweiz-Fürstentum Liechtenstein.
- Paraphierung des Zusatzabkommens betreffend die Ausdehnung des Landwirtschaftsabkommens Schweiz-EG auf das Fürstentum Liechtenstein.
- Bemühungen um Genehmigung einer liechtensteinischen Anpassung im Rahmen der Übernahme des Pharmaceutical Packages.
- Inkrafttreten der auf 3 Jahre befristeten Ergänzungsvereinbarung zum Notenaustausch vom 11. Dezember 2001 zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Geltung der schweizerischen Heilmittelgesetzgebung in Liechtenstein über die Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen.
- Informationsaustausch anlässlich des Besuchs einer Delegation der Sektion Aufsicht und Bewilligungen aus der Abteilung Strahlenschutz des Bundesamtes für Gesundheit.
- Abschluss einer Vereinbarung mit dem schweizerischen Bundesamt für Landwirtschaft hinsichtlich der Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten für die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten.
- Beauftragung der ANIS Animal Identity Service AG mit der Führung der Datenbank für gekennzeichnete Hunde des Fürstentums Liechtenstein im Zusammenhang mit der Abänderung des Hundegesetzes; damit wurde zugleich der Landespolizei, den Gemeinden, dem Tierschutzverein und den in Liechtenstein konzessionierten Tierärzten der Zugang zur Hundedatenbank eröffnet.
- Vereinbarung mit dem schweizerischen Kontrolllaboratorium QUALITAS AG betreffend die Durchführung der gesetzlichen Qualitätskontrolle der Verkehrsmilch.

Gesetzgebung

Folgende Rechtsvorschriften wurden zur Übernahme in den liechtensteinischen Rechtsbestand überprüft:
– 28 Rechtsakte im Bereich Lebensmittel EWRA;
– 3 Rechtsakte im Bereich Humanarzneimittel EWRA;
– 6 Rechtsakte im Bereich Tierarzneimittel EWRA;
– 23 Rechtsakte im Bereich Futtermittelrecht EWR.

Folgende Rechtsvorschriften wurden nach Vorbereitung durch die Amtsstelle von der Regierung bzw. vom Landtag erlassen:
– Verordnung vom 24. Januar 2006 über die Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten für die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten, LGBl. 2006 Nr. 43;
– Verordnung vom 16. Februar 2006 über vorsorgliche Sofortmassnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest (Verbot der Geflügelhaltung im Freien);
– Verordnung vom 10. Oktober 2006 über vorsorgliche Massnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest (Stallpflicht nur für Risikogebiete, deren Bezeichnung im Berichtsjahr nicht notwendig war);
– Gesetz vom 22. Juni 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden, LGBl. 2006 Nr. 277 (u.a. Einführung des Begriffs «potentiell gefährliche Hunde», der obligatorischen Haftpflichtversicherung und der Mikrochip-Kennzeichnung), bestätigt in der Volksabstimmung vom 3./5. November 2006;
– Gesetz vom 24. November 2006 über die Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 2006 betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden, LGBL. 2006 Nr. 278;
– Hundeverordnung (HV) vom 19. Dezember 2006, LGBL. 2006 Nr. 284.

Die Amtsstelle hat ausserdem an der fristgerechten Kundmachung der Revision des schweizerischen Verordnungsrechts im Lebensmittelbereich, der Schweizer Messmittelverordnung sowie 11 weiterer Schweizer Verordnungen im Messwesen mitgewirkt. Weiters wurden ein Bericht und Antrag betreffend eine Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln im EWR erarbeitet sowie Vorarbeiten im Bereich Strahlenschutzgesetzgebung geleistet.

Lebensmittelsicherheit

Dank der temporären Unterstützung eines zugezogenen Lebensmittelkontrolleurs konnte das Inspektionsdefizit der Vorjahre aufgearbeitet werden.

Ergebnisüberblick der Betriebsinspektionen 2006

Betriebskategorie	Anzahl Betriebe			Anzahl Beanstandungen in den Beurteilungsbereichen			
	Summe I	Summe I/B	Summe IN	A	B	C	D
A1 Industrielle Verarbeitung von tierischen Rohstoffen							
A2 Verarbeitung von pflanzlichen Rohstoffen	1						
A3 Getränkeindustrie							
A4 Produktion von Gebrauchsgegenständen							
A5 Diverse	1						
B1 Metzgereien, Fischhandlungen	8	7	1	7	6	6	7
B2 Käsereien, Molkereien, Glacerien	10						
B3 Bäckereien, Konditoreien	15	4	2	2		2	3
B4 Getränkehersteller	6						
B5 Landwirtschaftsbetriebe mit Verkauf ab Hof	3						
B6 Diverse	4	1	1	1		1	1
C1 Grosshandel	7						
C2 Verbraucher- und Supermärkte	59	11	7	10	1	11	2
C3 Klein- und Detailhandel, Drogerien	12	3		3		2	1
C4 Versandhandel							
C5 Handel mit Gebrauchsgegenständen							
C6 Diverse	1						
D1 Kollektivverpflegungsbetriebe	188	56	16	34	4	47	20
D2 Cateringbetriebe, Party-Services, Imbiss-Stände	16	1	1	1		1	
D3 Spital- und Heimbetriebe	21						
D5 Diverse							
E1 Trinkwasserversorgungen	1						
Total	**353**	**83**	**28**	**58**	**11**	**70**	**34**

Zeichenerklärung für Beanstandungsgründe
A = Selbstkontrolle
B = Lebensmittel
C = Prozesse und Tätigkeiten
D = Räumlichbetriebliche Voraussetzungen

Legende der Abkürzungen
Summe I = Inspektionen (alle, inkl. Beanst. und NK)
Summe I/B = Inspektionen mit Beanstandungen
Summe IN = Anzahl Nachkontrollen (NK)

Die nachstehende Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Beanstandungsgründe bezogen auf die Betriebe mit Beanstandungen.

Beurteilungsbereich	Verteilung der Beanstandungsgründe in %
A: Selbstkontrolle	70
B: Lebensmittel	13
C: Prozesse und Tätigkeiten	84
D: Räumlichbetriebliche Voraussetzungen	41

Untersuchungstätigkeit

Warengattung	untersuchte Proben	beanstandete Proben	Beanstandungsgrund (Mehrfachbeanstandung einer Probe möglich)
Diverse Untersuchungen: Total der Proben aus den Warengattungen 01 - 87	195	54	A 0 B 1 C 42 D 9 E 3 F 1

Zeichenerklärung:
A: Sachbezeichnung, Anpreisung usw.
B: Zusammensetzung
C: Mikrobiologische Beschaffenheit, Bakterien u. Mycotoxine
D: Inhalts- und Fremdstoffe
E: Physikalische Eigenschaften
F: Andere Beanstandungsgründe

Probenprovenienz

	untersuchte Proben	beanstandete Proben
Lebensmittelproben	168	51
Nicht der Lebensmittelgesetzgebung unterstellte Proben	27	3

Heilmittelkontrolle

Bewilligungen

Art	Anzahl
Grosshandelsbewilligungen	5
Herstellungsbewilligungen	2
Betäubungsmittelbezug	1
Führung einer Praxisapotheke	7
Bezug von Marinol / Bewilligungserteilung vorbereitet	2

Inspektionen

Art	Anzahl
Gute Vertriebspraxis	3
Gute Herstellungspraxis	2
Praxisapotheken	11

Zulassungen

Die Arzneimittel-Zulassungen des Schweizerischen Heilmittelinstituts Swissmedic finden in Liechtenstein unmittelbar Anwendung. Davon ausgenommen sind Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen. Dies betraf im Berichtsjahr 20 Arzneimittel, für welche die Swissmedic-Zulassung für Liechtenstein keine Gültigkeit erlangte. Im gleichen Zeitraum wurde die Zulassung von 11 Arzneimitteln mit neuem Wirkstoff nach rund einjähriger Verzögerung in Liechtenstein wirksam.

Basierend auf dem Beschluss Nr. 74/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses wurden folgende Entscheidungen der Europäischen Kommission betreffend EWR-Arzneimittel übernommen:

Art	Anzahl
Zulassung von Humanarzneimitteln	39
Zulassung von Tierarzneimitteln	9
Widerruf von Humanarzneimitteln	7
Aussetzung von Humanarzneimitteln	1
Widerruf von Tierarzneimitteln	0
Verlängerung von Humanarzneimitteln	65
Verlängerung von Tierarzneimitteln	6
Zulassung von Arzneimitteln für seltene Leiden	0

Meldungen von Medizinprodukten

Art	Anzahl
Erst-Inverkehrbringen von Medizinprodukten der Klasse I im Europäischen Wirtschaftsraum	7
Klinische Versuche	1

Im Berichtszeitraum wurden 84 Zertifikate und Bescheinigungen für liechtensteinische Firmen ausgestellt.

Eichwesen

Eichungen

Art der Messmittel	geeicht	beanstandet
Wiegegeräte (Laden-, Industrie-, Brückenwaagen / 200 g bis 60 Tonnen)	269	21
Abgasmessgeräte (Benzinmotoren, Dieselrauch, Kombigeräte)	53	4
Durchlaufzähler (Zapfsäulen, Durchlaufzähler für Heizöl, ...)	142	1

Mit Ausnahme der Wiegegeräte (84 %) wurden 100 % der eichpflichtigen Messmittel geprüft.

Kontrollen nach der Deklarationsverordnung

Bei 14 industriellen Herstellern und 20 Verkaufsstellen erfolgte die Überprüfung der deklarierten Gewichtsangaben. Die Ergebnisse bestätigten eine gute Abfüllpraxis, wogegen beim Offenverkauf wiederholt der Verkauf nach «Brutto für Netto» zu beanstanden war.

Veterinärwesen

Die Abnahme der landwirtschaftlichen Nutztierhaltungen setzte sich auch im Berichtsjahr fort. Die Anzahl

der gehaltenen Tiere liegt gesamthaft geringfügig über den Vorjahreszahlen, über einen grösseren Zeitraum betrachtet jedoch auf gleich bleibendem Niveau.

Statistikdaten

Tierart	Anzahl Halter	+/- gegenüber Vorjahr	Anzahl Tiere	+/- gegenüber Vorjahr
Rindvieh	98	-8	5 826	+262
Pferde	93	-5	426	+17
Schweine	14	-2	1 723	+20
Schafe	49	-1	3 661	+58
Ziegen	21	-5	358	+34
Imker	98	-3	*854	-179
Hunde			1 438	-44

* entspricht Anzahl Bienenvölker

Tiergesundheit

Es traten keine seuchenhaften Erkrankungen auf. Der Tiergesundheitsstatus wurde im Rahmen eines Stichprobenprogramms überwacht. Es bestätigte die Seuchenfreiheit des Nutztierbestandes.

Fleischhygiene

Die Gesamtzahl regulär geschlachteter Tiere hat sich auf 947 Stück und damit um 15.3 % gegenüber dem Vorjahr (Zahlen in Klammern) verringert.

Schlachttiergattung	Anzahl	Schlachttiergattung	Anzahl
Stiere, Ochsen, Rinder	60 (-15)	Kälber< 6 Monate	36 (-24)
Kühe	26 (-22)	Schafe	236 (-52)
Ziegen	92 (-25)	Schweine	495 (-35)
		Pferde	2

Die Schlachtungen wurden in 2 Betrieben durchgeführt. Mit Einführung der schweizweiten Fleischkontrolldatenbank zur Online-Erfassung von Fleischkontrollmeldungen durch die IDENTITAS AG im Frühjahr des Berichtsjahres wurde eine raschere Erfassung des Tiergesundheitsstatus möglich und ein weiterer Schritt in Richtung einer verbesserten Rückverfolgbarkeit tierischer Lebensmittel gesetzt. Die in den Schlachtlokalen erhobenen Proben waren bezüglich der gesuchten Tierarzneimittel-Rückstände einwandfrei. Die Untersuchung von Koch- und Rohwurstwaren auf ihre mikrobiologische Beschaffenheit ergab mit einer Ausnahme einwandfreie Ergebnisse.

Notschlachtwesen

Zu Jahresbeginn trat die Vereinbarung zwischen der Politischen Gemeinde Gams und dem Fürstentum Liechtenstein über die Benützung des Schlachtlokales «Pilgerbrunnen» der Politischen Gemeinde Gams für Notschlachtungen aus dem Fürstentum Liechtenstein in Kraft.

Dort wurden insgesamt 14 Tiere notgeschlachtet. Die Tiere stammten aus 9 Gemeinden des Landes, je 7 aus dem Ober- und Unterland. Die Gesamtzahl der notgeschlachteten Tiere lag knapp unter dem Durchschnitt der letzten Jahre und liegt somit entsprechend dem rückläufigen Trend an Not- und Krankschlachtungen in etwa im erwarteten Bereich.

Tierschutz

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 16 Landwirtschaftsbetriebe im Rahmen einer koordinierten amtstierärztlichen Kontrolle bzw. Milchhygienekontrolle zusätzlich einer planmässigen Tierschutzkontrolle unterzogen. Bei einem Viertel aller Betriebe wurden bauliche Mängel beanstandet und bei einem Drittel der Betriebe qualitative Tierschutzmängel.

Neben den planmässigen Kontrollen wurden 2006 insgesamt 13 landwirtschaftliche wie private Tierhaltungseinrichtungen auf Grund einer Parteienbeschwerde teilweise wiederholt tierschutzrechtlich inspiziert und die vorgefundenen Mängel zur Behebung angeordnet. In 2 Fällen wurden Hunde wegen unrichtiger Haltung eingezogen. In einem weiteren Fall die Haltung von Tieren auf unbestimmte Zeit verboten, schliesslich ein bestehendes Tierhalteverbot neuerlich durchgesetzt und 4 Verwaltungsstrafen verhängt. Dem Tierschutzbeauftragten wurde die nach Art. 18b TSchG zustellende Parteistellung gewährt.

Zusätzlich wurden im Berichtsjahr 8 Bauvorhaben im Zuge des tierschutzrechtlichen Begutachtungsverfahrens bearbeitet und eine Vielzahl von tierschutzrechtlichen Anfragen behandelt.

11 Gesuche um Ausrichtungen von Veranstaltungen mit Tieren (Sport, Zucht, Schau und Kunst) wurden bearbeitet. 10 Gesuche wurden bewilligt, 1 Antrag abgelehnt.

6 Gesuche um Erteilung von Bewilligungen zur Wildtierhaltung wurden bearbeitet. Im Anschluss daran wurden 5 private und 1 gewerbsmässige Wildtierhaltung bewilligt.

Amtstierärztliche Kontrollen

Das von Seiten des Bundesamtes für Veterinärwesen für das Jahr 2006 vorgegebene Plansoll im Umfang von 12 Betrieben wurde zu 100 % erfüllt. Über die Ergebnisse im Hinblick auf Mängel bei den zur Überprüfung anstehenden Kontrollparametern gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss:

Tierart	Anzahl geprüfter Betriebe	Anzahl Betriebe (%) mit Mängel im Bereich			
		Tiergesundheit	Eutergesundheit	Tierarzneimittel	Tierverkehr
Rind	12	1 (8,3 %)	7 (58 %)	12 (100 %)	10 (83 %)

In Zusammenarbeit mit anderen Amtsstellen wurde ein Konzept zur Koordination von Kontrollen auf Landwirtschafts-

betrieben ausgearbeitet. Dieses Konzept wurde Ende Jahr fertig gestellt, aber bezüglich des strategischen Vorgehens bereits bei der Betriebsauswahl 2006 berücksichtigt.

Viehsömmerung
Die Anzahl der in Liechtenstein selbst gealpten Tiere nahm gegenüber dem Vorjahr deutlich zu. Der Anteil an Tieren schweiz. Herkunft nahm geringfügig ab. Die Bestossung der liecht. Alpen in Vorarlberg bewegte sich auf Vorjahresniveau. Eine längere Trockenperiode führte auf einigen Alpen zu Engpässen in der Wasserversorgung. Der Grenzübertritt des Sömmerungsviehs verlief bei Alpauf- und Alpabfahrt reibungslos.

Alpen	Liechtensteiner Vieh	Schweizer/Österreicher Vieh
Inlandalpen	2 298	571
Eigenalpen in Vorarlberg	381	205

Futtermittel
Ein industrieller Hersteller von Heimtierfuttermitteln wurde zweimal inspiziert. Eine Inspektion erfolgte zusammen mit Vertretern der BSE-Einheit des Bundes und der Forschungsanstalt ALP. Die Umsetzung der angeordneten Massnahmen wurde im Rahmen einer zusätzlichen Kontrolle überprüft.

Beseitigung tierischer Nebenprodukte
Die Entsorgung der tierischen Nebenprodukte erfolgte wiederum reibungslos über die Regionale Tierkörpersammelstelle RTS Buchs.

Die Anzahl der auf landwirtschaftlichen Betrieben von der TMF Extraktionswerk AG direkt abgeholten Tierkörper (Kadaver über 200 kg) lag mit 136 Stück geringfügig über dem Vorjahr (132 Kadaver).

Über die Regionale Tierkörpersammelstelle in Buchs wurden rund 100 to tierischer Nebenprodukte an die Tiermehlfabrik Extraktionswerk AG Bazenheid entsorgt.

Milchwirtschaftlicher Inspektionsdienst

Verkehrsmilch
Wird von einer geringen Milchmenge schweizerischen Ursprungs abgesehen, so wurden im Jahr 2006 13 212 045 kg Verkehrsmilch an den Liechtensteiner Milchverband geliefert. Die Anzahl Verkehrsmilch produzierender heimischer Landwirtschaftsbetriebe ist von anfänglich 64 Betrieben zu Beginn des Jahres 2005 um weitere 3 Betriebe gefallen, was einem prozentualen Rückgang von 4.6 % entspricht. Diese Abnahme liegt damit geringgradig über dem schweizerischen Bundestrend von durchschnittlich 4.2 % jährlich.

Zwecks Überprüfung der Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Qualitätsparameter für Verkehrsmilch wurden im Jahr 2006 im Laufe von 14 Erhebungsterminen von allen Verkehrsmilchproduzenten als auch von den Sammelstellen insgesamt 1006 Milchproben erhoben. Die Anzahl beanstandeter Proben im Vergleich zum Vorjahr (Zahlen in Klammern) aufgeschlüsselt nach den gesetzlich vorgegebenen Kontrollparametern zeigt die folgende Tabelle:

Kontrollparameter	Gesamtzahl beurteilter Proben 2006	Beanstandete Proben 2006
Keimbelastung	925	9 (7)
Zellzahl	925	58 (63)
Hemmstoff	925	0 (0)
Gefrierpunkt	925	0 (3)

In 25 Milchproduktionsbetrieben wurde eine Hygienekontrolle durchgeführt. Die häufigsten Mängel betrafen die Dokumentation (66 %), die vorschriftswidrige, zweckentfremdete Nutzung von Milchlagerräumen und Milchkammern (55 %) sowie Mängel im Bereich von Reinigung und Desinfektion (44 %).

Die Amtsstelle beteiligte sich am schweizerischen Fremdstoff-Monitoringprogramm mit insgesamt 25 Milchproben im Hinblick auf die Sicherung der Exportfähigkeit liecht. Milch und Milchprodukte. Sämtliche Proben waren einwandfrei.

KOMMISSIONEN

Leistungskommission

Vorsitzende:
Dr. Kornelia Vallaster, Amt für Volkswirtschaft

Im Jahre 2006 fanden fünf ordentliche Sitzungen der Leistungskommission statt, wobei die Sitzungen zum Teil im erweiterten Mitgliederkreis (Teilnahme auch von Vertretern der anderen Berufe der Gesundheitspflege) abgehalten wurden. Dabei befasste sich die Leistungskommission mit folgenden Themen:
- Überprüfung des Leistungskatalogs in der Grundversicherung Anhang 1 und 2 (ärztliche Leistungen);
- Überprüfung des Leistungskatalogs in der Grundversicherung Anhang 4 (Leistungen anderer Berufe der Gesundheitspflege);
- Überprüfung der Notwendigkeit von Anpassungen im Bereich der von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung übernommenen Mittel und Gegenstände (MIGEL) sowie der Analysen in Praxislabors.

Die Empfehlungen der Leistungskommission an die Regierung fanden Eingang in die Verordnung vom 23. August 2006 (LGBl. 2006, Nr. 177) betreffend die Abänderung der Verordnung zum Gesetz über die

Krankenversicherung. Die Empfehlungen der Leistungskommission an die Regierung betreffend Anhang 4 werden Anfang 2007 ausgearbeitet und weitergeleitet.

Kosten- und Qualitätskommission

Vorsitzende:
Dr. Kornelia Vallaster, Amt für Volkswirtschaft

Am 23. Januar 2006 fand die konstituierende Sitzung der im Dezember des Vorjahres neu bestellten Kosten- und Qualitätskommission statt. Anschliessend führte die Kommission im Laufe des Jahres fünf Arbeitssitzungen durch. Dabei befasste sie sich mit folgenden Themen:

- Festlegung eines Reglements für die Kommission, genehmigt von der Regierung mit Beschluss vom 15. Februar 2006;
- Beratung der Regierung bei der Festsetzung des Staatsbeitrages in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für die übrigen Versicherten;
- Beratung der Regierung bei der Festlegung von Kostenzielen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für 2007;
- Erarbeitung von Positionen betreffend die Krankenversicherung, das Gesundheitswesen und die Spitalpolitik in Liechtenstein.

Mit Verordnung vom 14. November 2006 (LGBl. 2006 Nr. 221) änderte die Regierung Art. 77a KVV dahingehend, dass neu neben dem amtlichen Vorsitz, dem Landesphysikus und den unabhängigen Experten der Kommission ein Vertreter des Liechtensteinischen Dachverbandes von Berufen der Gesundheitspflege Einsitz in die Kommission erhält. Als Vertreter des Dachverbandes von Berufen der Gesundheitspflege wurde ein in Liechtenstein tätiger Arzt bestellt. Die Experten sahen dadurch den Grundsatz der Unabhängigkeit der Kommission nicht mehr gewährleistet, sodass im Dezember 2006 sämtliche sechs unabhängigen Experten als Mitglieder aus der Kommission ihren sofortigen Rücktritt erklärten. Es steht somit eine Neubesetzung bzw. Neuorientierung der Kosten- und Qualitätskommission im Jahr 2007 an.

Sanitätskommission

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Martin Meyer

Seit dem vergangenen Jahr sind in der Sanitätskommission die neu gegründete Patientenorganisation sowie auch das Landsspital vertreten.

Die Sanitätskommission hat im Jahr 2006 elf Sitzungen abgehalten. Dabei wurden die folgenden Themen behandelt:
- TARMED;
- Patientenorganisation;
- Elektronisches Gesundheitsnetz;
- Laborversorgung in Liechtenstein;
- Stellungnahmen zu diversen Vernehmlassungsberichten und Postulaten;
- Gesundheitsbefragung;
- Regionale Freizügigkeit im Gesundheitswesen;
- Stammzellenforschung;
- Wertschöpfung und Beschäftigung im Gesundheitssektor;
- Notfalldienst/Notfallversorgung.

Kommission für Suchtfragen

Vorsitzender: Dr. Marcus Büchel

Die Kommission wurde 1980 von der Regierung gebildet und berät diese in Fragen zur Suchtpolitik. Im Jahre 2006 wurden sieben Kommissionssitzungen mit folgenden Schwerpunktthemen abgehalten:
- Planung und Durchführung der Suchtpräventionskampagne: Die Kampagne konzentriert sich auf Alkohol, Tabak und Medikamente mit einer präventiven Zielsetzung und basiert auf einer epidemiologischen Vollerhebung über die Verbreitung des Konsums und des Missbrauchs von Substanzen unter liechtensteinischen Schülern, welche 2005 durchgeführt wurde. Am 10. Juli erfolgte der Kampagnenstart. Das erste Kampagnenhalbjahr galt der Sensibilisierung der Öffentlichkeit mit gezielter Medienarbeit. Der Slogan «Du sescht wia» wurde bekannt gemacht, um möglichst viele Menschen zur Mitarbeit bei den darauf folgenden Kampagnenprojekten zu gewinnen.
- Diversion: Das Verfahren zur Diversion, welches unter anderem bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz nach Art. 20 Abs. 1 und Art. 21 Abs. 1 angewendet werden kann, wurde in der Kommission diskutiert.
- Übereinkommen zum unerlaubten Verkehr mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen (88er-Übereinkommen): Die Kommission hat eine Stellungnahme abgegeben, welche im Bericht und Antrag an den Landtag eingeflossen ist.
- Durch eine freiwillige Vereinbarung mit der Betreiberfirma gelang es dem Jugendschutzbeauftragten, dass

Zigaretten aus den Automaten entfernt werden. Die Möglichkeit des unkontrollierten Zigarettenbezugs aus Automaten von Minderjährigen, verstiess gegen den Jugendschutz.
- Die etablierten Präventionsprogramme, die im Auftrag der involvierten Amtsstellen vom Verein NetzWerk insbesondere an den Schulen durchgeführt werden, wurden weiterhin angeboten. Hervorzuheben ist das Schulförderungsprojekt im Schulzentrum Triesen.
- Der Vertreter der Landespolizei stellte der Kommission die Kriminalprävention vor und es wurden Schnittstellen zur Schule, Jugendschutz und Suchtpräventionskampagne definiert.
- Zu einer kleinen Anfrage zur Heroinabgabestelle in Liechtenstein wurde eine Antwort formuliert.
- Im Jahre 2006 war Liechtenstein durch die Suchtbeauftragte am wichtigen Gremium des Europarats zum Thema Drogenpolitik vertreten.

Postulat: «Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen»
In ihrer Stellungnahme empfahl die Kommission der Regierung, ein allgemeines Rauchverbot zum Schutze vor dem Passiv rauchen zu erlassen. Die Kommission stellte sich auf den Standpunkt, dass es sich auf allgemein zugängliche, also nicht private Räume wie öffentliche Gebäude, Veranstaltungsräume, Gaststätten und Betriebe erstrecken solle. Die Einführung eines Rauchverbotes stelle keine Diskriminierung der Raucher dar, sondern sei durch den Schutz vor Fremdschädigung motiviert. Man folge damit einem Grundprinzip der Sucht- und Drogenpolitik der letzten Jahre, wonach die Schädigung anderer Personen, die durch Drogenkonsum entstehe, geahndet werde. Die Kommission sei nicht der Meinung, dass das Ziel des Schutzes vor Passivrauchen durch Freiwilligkeit zu erreichen sei, vielmehr sei eine konsequente Regelung erforderlich. Bei der konkreten gesetzlichen Ausgestaltung sei eine für unser Land vernünftige Regelung auszuarbeiten, die die reichhaltige Erfahrung anderer Länder berücksichtige.

Weindegustationskommission

Vorsitz: Theodor Temperli

Anfang März wurde die durch die Weinqualitätsverordnung (WQV, LGBl. 2005 Nr. 87) vorgesehene Weindegustationskommission (WDK) von der Regierung bestellt. Im Berichtsjahr beschränkte sich die Tätigkeit der Kommission v.a. auf organisatorische Details, wie z.B. die Erarbeitung einer Geschäftsordnung, sowie eine schulende Vergleichsdegustation zur Justierung der sensorischen Wahrnehmung der Kommissionsmitglieder. Die beiden ausgeschriebenen, offiziellen Degustationstermine wurden aufgrund fehlender Anmeldungen abgesagt. Somit konnte die WDK 2006 zwar ihre offizielle Tätigkeit noch nicht ausüben, es wurden jedoch alle nötigen Vorbereitungen erfolgreich abgeschlossen, damit die Kommission ihre zukünftigen Aufgaben optimal wahrnehmen kann.

STIFTUNG

Liechtensteinisches Landesspital

Präsident: Thomas Büchel
Verwaltungsdirektor: Walter Marxer

Schwerpunkte des Jahres 2006 waren die Neuregelung des Tarifsystems, die Einführung eines neuen Finanzierungsmodells mittels Globalkredit sowie der Beginn einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland und mit dem Tumorzentrum ZeTuP in St. Gallen. Nach mehrjährigen Vorbereitungsarbeiten begann Mitte Jahr die Implementierung des neuen Qualitätssicherungssystems. Durch einen Tag der offenen Tür sowie die Präsenz an der LIHGA konnten die Leistungen des Landesspitals einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Langwierige Tarifverhandlungen
Die langwierigen Verhandlungen mit der Regierung und mit der Ärzteschaft über den Abschluss eines neuen Tarifvertrags begannen bereits im Jahr 2005. Er konnte erst am 28.4.2006, rückwirkend auf den 1.1.2006 unterzeichnet werden.

Die Kosten im stationären Bereich werden neu über eine Fall- und eine Tagespauschale abgerechnet. Die Kosten des Spitalaufenthalts werden zu 23 Prozent vom Land und zu 77 Prozent von den Kostenträgern (Krankenkassen, Unfallversicherungen) getragen. Mit den Belegärzten musste ebenfalls eine neue Abrechnungsbasis für die von Ihnen erbrachten Leistungen erarbeitet werden.

Im ambulanten Bereich wird das bisherige System beibehalten. Die Tarife des Landesspitals für ambulante Behandlungen entsprechen jenen der Praxisärzte in Liechtenstein.

Neues Finanzierungsmodell
Seit 2006 gilt für das Liechtensteinische Landesspital ein neues Finanzierungsmodell. Während der Staat bis 2005 automatisch das Defizit aus der Jahresrechnung gedeckt hat, spielt dieser Automatismus nicht mehr. Stattdessen konnte das Landesspital erstmals autonom über einen Globalkredit verfügen, der für das laufende Jahr auf CHF 6,46 Mio. festgesetzt worden war. Daraus waren die gesamten Betriebs- und Unterhaltskosten zu

bestreiten sowie ein Teil der Investitionen zu finanzieren, soweit sie sich im Rahmen eines festgesetzten Höchstbetrags bewegten. Mit dem Globalkredit werden auch gemeinwirtschaftliche Leistungen (z.B. Notfalldienst, Ausbildung etc.) abgegolten.

Das neue Globalkreditmodell bedeutet für den Stiftungsrat zwar mehr Freiheit in der Gestaltung der Haushaltfinanzierung und Mittelsteuerung, aber auch mehr Verantwortung für die Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens.

Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit

Im Jahr 2006 wurden mit der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland (SRRWS) Gespräche über eine verstärkte Zusammenarbeit über die Grenzen geführt. Im Berichtsjahr kam es bereits zu gemeinsamen Weiterbildungs-Aktivitäten; auch die Zusammenarbeit auf Managementebene wurde intensiviert. Langfristiges Ziel wäre die Aufnahme von Patienten aus der Schweiz am Liechtensteinischen Landesspital. Eine diesbezügliche Neuregelung muss aber auf der Ebene Regierung/Bundesrat ermöglicht werden.

Eine erfolgversprechende Zusammenarbeit wurde mit dem privat geführten Tumorzentrum in St. Gallen vereinbart, das ab Februar 2007 am Landesspital wöchentliche Beratungsgespräche für Krebspatienten anbietet.

Neues Qualitätssicherungs-Konzept

Das im November 2003 gestartete Projekt Qualitätssicherung erreichte 2006 die Umsetzungsphase. Im Projekt ging es darum, Abläufe und Tätigkeiten des Spitalbetriebs genau zu beschreiben sowie Schnittstellen zu definieren und Verantwortlichkeiten festzulegen und die Dokumentation der einzelnen Prozessschritte zu regeln. Diese Vorarbeiten konnten 2005 weitgehend abgeschlossen werden, so dass 2006 die ersten neu definierten Prozesse umgesetzt und erste Erfahrungen mit dem neuen Modell gesammelt werden konnten.

Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit

Das Jahr 2006 war das 25-jährige Jubiläum des 1981 neu errichteten Landesspitals. Aus diesem Grund wurden vermehrte Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit unternommen. Im Mai bot ein Tag der offenen Tür Gelegenheit, die im Jahr zuvor abgeschlossenen Neu- und Umbauten zu besichtigen, und im September präsentierte das Landesspital an der LIHGA seine Leistungen in den verschiedenen medizinischen Fachgebieten sowie in der Pflege und Weiterbildung.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Hugo Quaderer

Schwerpunkte im Berichtsjahr bildeten der Invalidenversicherungsbereich und dabei insbesondere die Revision des Invalidenversicherungsgesetzes und weiterer Gesetze, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sowie die Alterspolitik. Im Bereich der Invalidenversicherung konnte eine umfangreiche Revision durchgeführt werden, welche wesentliche Korrekturen beinhaltet. Das Behindertengleichstellungsgesetz sowie die entsprechende Verordnung konnten verabschiedet werden und im Bereich des Alterspolitik wurden erste erforderliche Schritte eingeleitet.

Gesetzesrevisionen

Invalidenversicherung
Bei der Invalidenversicherung (IV) stellte sich im Jahre 2004 erstmals seit 10 Jahren wieder ein durch Einnahmen ungedecktes Defizit ein. Die Gründe für diese Entwicklung sind sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zu suchen. Für die kurzfristige Deckung dieses Defizits wurden auf den 1. Januar 2006 die Beitragssätze der Versicherten und der Arbeitgeber von 1.2 Prozent auf 1.5 Prozent angehoben. Bei dieser Anpassung der Einnahmenseite war unbestritten, dass auch auf der Ausgabenseite Korrekturen zu prüfen sind. Die Regierung hat im Mai 2006 einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung und weiterer Gesetze (Konsolidierung der Invalidenversicherung) zuhanden des Landtags verabschiedet. Schwerpunkte der Vorlage sind die Einführung einer Früherfassung, die Verbesserung der interinstitutionellen Zusammenarbeit sowie Korrekturen im Bereich der Kinderrenten.

Der Bericht und Antrag wurde im Berichtsjahr vom Landtag in drei Lesungen beraten und verabschiedet. Aufgrund der Gesetzesrevision hat die Regierung im Dezember 2006 die Abänderung der folgenden Verordnungen beschlossen:
- Verordnung zum Gesetz über die Invalidenversicherung
- Verordnung zum Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
- Verordnung über besondere medizinische Eingliederungsmassnahmen

Behindertengleichstellung
Der Bericht und Antrag betreffend die Schaffung eines Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurde im Januar 2006 von der Regierung zu Handen des Landtags verabschiedet. Die Vorlage sieht ein allgemeines Diskriminierungs- und Belästigungsverbot von Menschen mit Behinderungen vor. Auch Vorschriften zum Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt sind vorgesehen. Des Weiteren sind namhafte Verbesserungen für Menschen mit Behinderung insbesondere in den Bereichen der Bauten und Anlagen, der öffentlichen Verkehrswege und Verkehrsanlagen sowie im Bereich des öffentlichen Verkehrs vorgesehen. Der Landtag hat den Gesetzesentwurf im Berichtsjahr in drei Lesungen beraten und verabschiedet. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Im Berichtsjahr wurde schliesslich die Verordnung zum Behindertengleichstellungsgesetz ausgearbeitet und mit Inkrafttreten 1. Januar 2007 von der Regierung genehmigt.

Sozialhilfegesetz
Mit Abänderung des Sozialhilfegesetzes im Jahre 2005 wurde die Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe neu dem Amt für Soziale Dienste mit der Einschränkung übertragen, dass der Entscheid des Amtes der Zustimmung durch die Fürsorgekommission der jeweiligen Gemeinde unterliegt. Im Berichtsjahr wurde nunmehr ein Bericht und Antrag zur Abänderung des Sozialhilfegesetzes zuhanden des Landtags verabschiedet. Mit der geplanten Änderung soll die Zuständigkeit für die Gewährung von Unterhaltsvorschüssen sowie die Inkassohilfe auch dem Amt für Soziale Dienste übertragen werden. Wie bei der übrigen wirtschaftlichen Hilfe wird jedoch auch die Gewährung von Unterhaltsvorschüssen und die Inkassohilfe von der Zustimmung der Fürsorgekommission der jeweiligen Gemeinde abhängig gemacht.

Der Landtag hat die Gesetzesrevision im Rahmen einer Landtagssitzung in drei Lesungen beraten. Mit der geplanten Gesetzesänderung wird einem Anliegen der Fürsorgekommissionen der Gemeinden entsprochen und das Verfahren an dasjenige der sonstigen wirtschaftlichen Hilfe angepasst. Hierdurch werden die Fürsorgekommissionen der Gemeinden entlastet und ein einheitliches und effizientes Verfahren für sämtliche Fälle der wirtschaftlichen Hilfe geschaffen.

Familienzulagen
Im Berichtsjahr wurde der Entwurf für die Abänderung des Gesetzes über die Familienzulagen genehmigt und interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet. Der Gesetzesvorschlag umfasst im Wesentlichen zwei Punkte: Die Ausdehnung der Frist für rückwirkende Leistungskorrekturen von bisher zwei auf neu fünf Jahre sowie die Lockerung der Voraussetzungen für den Anspruch von Verheirateten auf eine Alleinerziehendenzulage.

Alleinerziehendenzulagen werden heute gemäss geltendem Recht getrennt lebenden Verheirateten erst ausgerichtet, wenn bereits eine Klage auf Trennung oder Scheidung der Ehe gerichtshängig ist. Neu sollen auch gerichtliche Verfügungen in Bezug auf die Obsorge, den Unterhalt oder andere die Trennung zum Ausdruck bringende gerichtliche Massnahmen für den Anspruch auf Alleinerziehendenzulage genügen, wenn die Eheleute faktisch getrennt leben.

Postulate

Postulat zur Förderung der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligenarbeit
Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 21. Juni 2006 das Postulat zur Förderung der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligenarbeit vom 24. Mai 2006 an die Regierung überwiesen. Die Federführung bei der Beantwortung des Postulats obliegt dem Ressort Soziales. Im Berichtsjahr hat das Ressort wesentliche Arbeiten zur Beantwortung des Postulats vorgenommen.

Alterspolitik
Im Berichtsjahr hat das Ressort die Ausarbeitung eines Expertenberichtes betreffend ein Gesamtkonzept für die zukünftige Alterspolitik in Auftrag gegeben. Der Expertenbericht vom November 2006 hat die Regierung zur Kenntnis genommen. Des Weiteren hat das Ressort zusammen mit dem beauftragten Experten den Bericht den betroffenen Organisationen und Institutionen vorgestellt. Der Bericht enthält wesentliche inhaltliche und strukturelle Eckpfeiler der zukünftigen Alterspolitik sowie die erforderlichen Massnahmen. Die Regierung strebt die Umsetzung der Empfehlungen im kommenden Jahr an.

Bestandteil der Arbeiten im Bereich der Alterspolitik bildete zudem die Neuordnung der organisatorischen Verhältnisse zwischen der Regierung und der Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK). Das Ressort wurde von der Regierung mit einem Verhandlungsmandat betraut. Erste Gespräche mit Vertretern des Stiftungsrates wurden im Berichtsjahr geführt. Aufgrund der Vorsteherwahlen im Januar 2007 wurden die Gespräche jedoch unterbrochen.

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen im Arbeitsprozess
Im Zuge der Beratungen des Behindertengleichstellungsgesetzes hat die Regierung im Berichtsjahr eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Ressorts Soziales eingesetzt und beauftragt, eine Bestandesaufnahme der Möglichkeiten zur verbesserten Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsprozess vorzunehmen. Die Arbeitsgruppe hat ihren Bericht fertig gestellt und der Regierung zur Kenntnis gebracht. Im Bericht werden die Ist-Situation dargestellt und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Detailprüfung der vorgesehenen Massnahmen erfolgt im Jahr 2007.

Bilaterale und internationale Beziehungen

Treffen mit Bundesrat Pascal Couchepin
Regierungsrat Hugo Quaderer hat in seiner Funktion als Sozial- und Bildungsminister am 28. September 2006 seinen schweizerischen Amtskollegen Bundesrat Pascal Couchepin in Bern zu einem Arbeitsgespräch getroffen. Das Gespräch diente der Pflege und der Intensivierung der Beziehungen im Sozial- und Bildungsbereich. Das Treffen gab die Möglichkeit zu einem generellen Informationsaustausch über die laufende 11. AHV-Revision in der Schweiz sowie über die Entwicklung im Bereich der Invalidenversicherung. Die beiden Minister sprachen weiters über die Erfahrungen des Behindertengleichstellungsgesetzes in der Schweiz, welches am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Regierungsrat Hugo Quaderer diskutierte mit Bundesrat Couchepin zudem im Bildungsbereich über die Entwicklung im Hochschulwesen und über die europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme.

Informelles Treffen der Sozial- und Beschäftigungsminister
Am 20. Januar 2006 nahm Regierungsrat Hugo Quaderer am informellen Treffen der Minister für Soziales und Beschäftigung in Villach teil. Die Konferenz stand unter dem Titel «Flexicurity Flexibilität durch Sicherheit für ein Soziales Europa». Die Minister der EU- Mitgliedsländer, der Beitrittskandidaten, der Beitrittswerber und EFTA-Mitgliedsstaaten sprachen über die soziale Dimension der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung und diskutierten über Arbeitsmodelle, die sowohl der notwendigen Flexibilität, als auch der sozialen Sicherheit gerecht werden. Im Vordergrund stand dabei die Koordination und Zusammenarbeit in den Bereichen der sozialen Eingliederung und des Sozialschutzes.

AMTSSTELLE

Amt für Soziale Dienste[1]

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Mit 1292 Klienten ist die Gesamtzahl der Klienten des Amtes leicht gesunken. Bei der wirtschaftlichen Hilfe hat sich bezüglich der Anzahl unterstützungsbedürftiger Personen (Haushalte) sowie bezüglich der Ausgaben keine wesentliche Veränderung ergeben. Infolge einer Änderung im Sozialhilfegesetz ging die Zuständigkeit für die Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe an das Amt über. Mit organisatorischen Massnahmen wurde der Bereich «Persönliche Hilfe» gestärkt. Wegen der hohen Zahl hilfsbedürftiger junger Erwachsener in der Sozialhilfe wurden spezielle Projekte geplant und durchgeführt. Im Suchtpräventionsbereich startete die Kampagne «Du sescht wia». Die zukünftige Alterspolitik bildete zudem einen Schwerpunkt der Arbeiten des Amtes.

[1] Siehe auch Ressort Familie und Gleichberechtigung, Kinder- und Jugenddienst

Organisation und Personelles

Im Rahmen des internen Qualitätsmanagements wurden die Prozesse des Sekretariats analysiert, optimiert und systematisch dokumentiert. Ein Prozesshandbuch wurde erstellt, welches unter anderem eine verbesserte Einschulung des Personals (z.B. Lehrlinge) ermöglicht. Schwerpunkt der internen Fortbildung bildete das Thema: Begutachtungen.

Das Amt hat in der Klientenarbeit einen allgemeinen gesetzlichen Integrationsauftrag. Die Arbeit mit Erwachsenen bestimmen zwei Säulen: die Existenzsicherung, die mit der wirtschaftlichen Hilfe gewährleistet wird und die Wiedereingliederung. Für die Wiedereingliederung gibt es durch die persönliche Hilfe eine besondere Unterstützungsform. Es geht hierbei um sozialarbeiterische und psychologische/psychiatrische Beratung, um Abklärungen, Hausbesuche, Beratung in sozial- und versicherungsrechtlichen Belangen, die Vermittlung von Sachhilfen (Wohnungssuche, Spenden usw.), die Zuweisung in stationäre Betreuung sowie die Führung von Vormundschaften.

Im Rahmen einer Organisationsentwicklung wurden im Sozialen Dienst zwei eigene Fachbereiche für die wirtschaftliche und die persönliche Hilfe geschaffen. Mit der Organisationsentwicklungsmassnahme werden zwei Ziele verfolgt:

- der zunehmenden Komplexität bei der Gewährung wirtschaftlicher Hilfe muss fachlich entsprochen werden;
- der persönlichen Hilfe muss den Klientenbedürfnissen entsprechend Platz eingeräumt werden.

Diese Spezialisierungen haben sich nach der bisherigen Erfahrung sehr gut bewährt.

Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Berichterstattung in den Medien erstreckte sich über eine Vielzahl von Themen. Solche waren: die Jugendkampagne «alle anderschtalle gliich», der UN Kinderrechtsausschuss, die Änderungen im Jugendleiterurlaub, das Thema Schulden und Armut, die Suchtprävention («erfolgreiche Prävention am Jahrmarkt», «Im Kampf gegen Alltagsdrogen», «Mehr Spass durch Genuss mit Mass», die Suchtpräventionskampagne «du sescht wia»); sozialpolitische Themen («der Einsatz für junge Erwachsene», «Verantwortung für sich und andere übernehmen»); die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; die Gewaltprävention; das gemeinsame Sorgerecht; die Alterspolitik («Souveränität im Alter», «Es müssen vermehrt innere Kräfte mobilisiert werden»); Jugendpartizipation («Offene Ohren für Kinder/Zualosa Bank»); den dritten internationalen Jugendprojektwettbewerb.

Es wurden dreizehn Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen abgegeben. Sieben Kleine Anfragen im Landtag bezogen sich auf soziale bzw. Kinder- und Jugendthemen.

Klientenstruktur und Umfang der psychosozialen Hilfen

Klientenstatistik

In der folgenden Tabelle finden sich Angaben über Alter, Geschlecht, Zivilstand und Nationalität der Klienten des Amtes.

Klientenstatistik Amt für Soziale Dienste gesamt (Kinder- und Jugend- sowie Erwachsenenbereich)

	2006	2005	Proz. Veränderung
Gesamtzahl der Klienten[1]	1 292	1 390	-7
Männlich	53%	53%	±0
Weiblich	47%	47%	±0

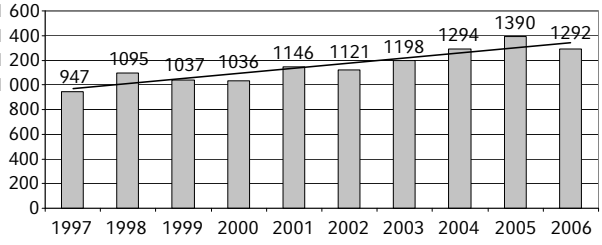
[1] Es ist zu beachten, dass einzelne Klienten von mehreren Diensten betreut werden. Die Summe der Klienten aller Dienste (1 416) ist deswegen grösser als die Gesamtklientenzahl.

Zivilstand (nur Personen ab 18 Jahren)

	2006 in %	2005 in %
Ledig	34	36
Verheiratet	34	33
Geschieden/getrennt	31	31
Verwitwet	1	0.3
Altersstruktur		
Kinder und Jugendliche bis und mit 20 J.	32	31
Personen über 20 Jahre	68	69
Klienten nach Staatsbürgerschaft		
FL	52	53
EU	22	19
CH	8	9
Andere	18	19

Der Rückgang der Klientenanzahl ist auf eine verringerte Fallanzahl im Bereich Jugendschutz zurückzuführen (vgl. Bericht über den Kinder- und Jugenddienst im Ressort Familie und Chancengleichheit). Lässt man die Zufallsschwankungen ausser Acht, beträgt die durchschnittliche Zunahme über die letzten Jahre 4% p.a.

Verlauf der Klientenzahl in den letzten 10 Jahren



Problemstruktur der Klienten

Das häufigste Problem, das sich in der Fallarbeit stellt, sind nach wie vor sozioökonomische Probleme (813 Nennungen). 499 Klienten (Haushalte) beziehen wirtschaftliche Hilfe. Im Vergleich zum letzten Jahr ist erkennbar, dass

die sozioökonomischen Problemstellungen häufiger Gegenstand in den Beratungen waren (Zunahme von 764 auf 813), die wirtschaftliche Bedürftigkeit hingegen praktisch gleich geblieben ist (499 Bezüger wirtschaftlicher Hilfe zu 506 im Vergleich zum Vorjahr). Neben der eigentlichen wirtschaftlichen Unterstützung haben viele Klienten zusätzliche sozioökonomische Probleme wie Verschuldung und andere finanzielle Schwierigkeiten, Probleme bei der Wohnungsbeschaffung, finanzielle Probleme im Zusammenhang mit einer Ausbildung, woraus sich die deutlich höhere Anzahl dieser Hilfsbedürftigen erklärt. Auf die Wirtschaftliche Hilfe wird genauer im Abschnitt Sozialer Dienst eingegangen.

Bei den erwachsenen Klienten wurden weniger psychische Probleme festgestellt (294 Problemnennungen gegenüber 363). Behördliche Dienstleistungen wurden 344 erbracht. Im Folgenden die summarische Darstellung der Probleme sämtlicher Klienten des Amtes (Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche[2]).

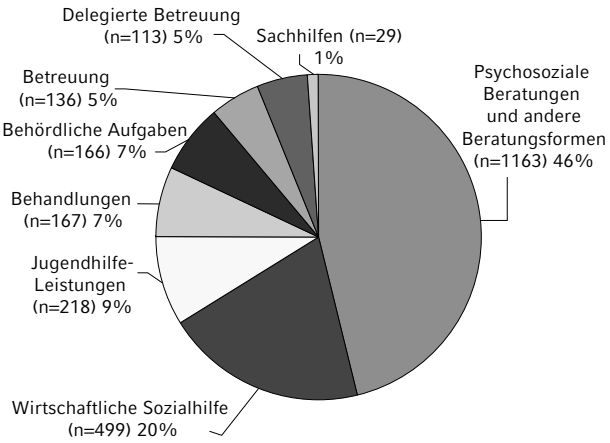
Problemstruktur der Klienten (ICD-10)	Nennungen	
	2006	2005
Wirtschaftliche Probleme Erwachsene	813	764
Psychische Störungen	294	363
Faktoren, die zur Beanspruchung einer behördlichen Dienstleistung führen	344	350
Probleme in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen	224	266
Finanzielle Probleme Jugendhilfe (JH)	218	198
Soziale Umgebung	50	59
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen führen	47	59
Psychosoziale Umstände	31	35
Untersuchungen	10	14
Sonstige Beratung	4	4
Summe	**2 088**	**2 112**

[2] Ausführlich zum Kinder- und Jugendbereich siehe Bericht des Kinder- und Jugenddienstes im Ressort Familie und Chancengleichheit.

Hilfen nach Unterstützungsart

Den Problemen der Klienten stehen die Hilfen, die nach Art der Unterstützung aufgelistet sind, gegenüber. Die Hilfen werden nach der individuellen Problemlage erbracht und somit kann es auch erforderlich sein, bei einem Klienten gleichzeitig mehrere Hilfen zu erbringen. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick, welche Unterstützung wie oft geleistet wurde.

Unterstützungsarten



Erwachsenenbereich[3]

Allgemeine Soziale Angelegenheiten

Internationales

UNO

Liechtenstein ist seit 1999 Vertragsstaat des UN-Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSK). Die Vorstellung des ersten Länderberichts fand am 3. und 4. Mai in Genf unter Teilnahme des Amtes statt. Der Ausschuss hat verschiedene Empfehlungen zur Verbesserung ausgesprochen. Das Amt bzw. den Sozial- und Jugendbereich betreffen Empfehlungen zur ethnischen und religiösen Toleranz; zur Hilfe von Opfern häuslicher Gewalt; die Wohnungsmarktstatistik von Nicht-Liechtensteinern; die Suchtprävention sowie die Förderung von Migranten.

Schweiz

Anlässlich eines Besuchs von Regierungsrat Hugo Quaderer bei Bundesrat Couchepin in Bern konnten verschiedene das Amt betreffende soziale Themen erörtert werden.

Ausgewählte Themen

Integration

Verschiedene Initiativen sind von der Arbeitsgruppe zur Integration von Muslimen ausgegangen und beinhalten den Religionsunterricht sowie den religiösen Ritus. Es wurde darauf geachtet, dass Klienten mit geringen Deutschkenntnissen den ihnen entsprechen Sprachunterricht beim Verein für Interkulturelle Bildung erhielten. Verschiedene Integrationsprojekte wurden gefördert. Das Amt hat im Rahmen der Kommission der Chancengleichheit an einem integrationspolitischen Leitbild mitgearbeitet.

[3] Kinder- und Jugendbereich siehe Ressort Familie und Gleichberechtigung: Kinder und Jugenddienst / Amt für Soziale Dienste

Arbeitsgruppen und Koordination
Das Amt hat seinen Koordinationsauftrag in verschiedenen Arbeitsgruppen wahrgenommen. Der Koordinierungsausschuss für Altersfragen hat sich mit der Thematik des altersgerechten Wohnens befasst. Diesem Thema war die Veranstaltung zum Tag des älteren Menschen am 1. Oktober gewidmet. Dabei wurden von einer Architekturklasse der Hochschule Liechtenstein verschiedene Modelle vorgestellt. Unter seiner Herausgeberschaft konnten wie geplant vier Nummern der Seniorenzeitung 60plus produziert werden. Die aufwändige Sondernummer war dem Souveränitätsjahr gewidmet.

Eine Dienstleiterin arbeitete in der Projektgruppe zur Ausarbeitung der Führungsgrundsätze der Landesverwaltung unter der Leitung des APO mit.

Alterspolitik
Im Zuge der Umstrukturierung der Kontakt- und Beratungsstelle für das Alter (KBA) der LAK wurden Aufgaben neu verteilt. Die Aufgaben mit präventivem bzw. animatorischem Charakter konnten teilweise vom Seniorenbund übernommen werden. Die Subvention an den Seniorenbund wurde entsprechend angepasst.

Als zuständige Behörde wirkte das Amt bei der Erstellung einer vom Ressort in Auftrag gegebenen Expertise zu einer künftigen Alterspolitik mit. Der Hauptschwerpunkt betrifft die Planung der Ausgestaltung der ambulanten und stationären Versorgung. Da die gerontopsychiatrischen Fälle zunehmen, steigt sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich die Nachfrage nach fachlich kompetenten Dienstleistungen. Hier sind Schritte erforderlich, um die Versorgung in Zukunft gewährleisten zu können. Auf die ambulanten Versorger werden vermehrt Aufgaben zukommen. In diesem Bereich nehmen die Familienhilfen eine Schüsselrolle ein. Im Berichtsjahr wurden Gespräche geführt über die Professionalisierung der Organisation und die zeitliche Erweiterung der Dienstleistungen für Pflegebedürftige sowie über qualitative Aspekte.

Behindertengleichstellung
Das Behindertengleichstellungsgesetz ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Das Amt wurde beauftragt, mit dem Behindertenverband einen Leistungsvertrag abzuschliessen.

Kommission für Suchtfragen
Die Suchtpräventionskampagne «du sescht wia», deren Durchführung dem Amt obliegt, wurde im Juli mit einer Medienorientierung offiziell gestartet. Als Grundlage für die Kampagne ist eine epidemiologische Erhebung über den Konsum von Alkohol, Tabak oder anderen psychoaktiven Substanzen durchgeführt worden.

Psychosoziale Versorgung
Seit dem 1.1.2006 werden private Sozialhilfeträger nach Art. 24 des Sozialhilfegesetzes ausschliesslich vom Land finanziell gefördert. Dem Amt obliegen die Ausarbeitung von Leistungsverträgen, die finanzielle Förderung sowie die Budgetkontrolle. Darüberhinaus sind die Aktivitäten der privaten und öffentlichen Sozialhilfeträger zu koordinieren.

Adaptierungen der bestehenden Leistungsverträge erfolgten mit verschiedenen Kindertagesstätten, mit der Bewährungshilfe, dem Arbeitsprojekt Brandis sowie den Pfadfindern. Der Leistungsvertrag mit dem Verein Netz-Werk wurde überprüft.

Übersicht: Geförderte Institutionen und Leistungsverträge

Förderung nach Art. 24 SHG (Sozialhilfegesetz)	Leistungsvertrag (LV)
Therapeutische Wohngemeinschaft Mauren	LV ausstehend
Mobiles Sozialpsychiatrisches Team	LV bestehend
Arbeitsprojekt Brandis	LV bestehend, in Überarbeitung
INFRA Informations- und Kontaktstelle für Frauen	LV bestehend, in Überarbeitung
Frauenhaus	LV bestehend, in Überarbeitung
Alters- und Pflegeheim Balzers	LV bestehend
Stiftung für Krisenintervention	LV bestehend
Netzwerk-Verein für Gesundheitsförderung	LV bestehend
Bewährungshilfe	LV bestehend
Liecht. Behindertenverband	LV in Ausarbeitung

IVSE
Liechtenstein ist mit Wirkung vom 01. Januar 2006 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) beigetreten. Die IVSE ist ein Konkordat, das die Aufnahme von Personen mit besonderen Betreuungs- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons ermöglicht. Die Vertragsparteien tauschen insbesondere Informationen über Massnahmen, Erfahrungen sowie Ergebnisse aus, stimmen ihre Angebote an Einrichtungen aufeinander ab und fördern die Qualität derselben. Infolge des Beitritts zur IVSE musste eine Verbindungsstelle in Liechtenstein benannt werden. Das Amt wurde beauftragt, diese Funktion zu übernehmen.

Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen in Liechtenstein
Mit einem «Selbsthilfetag» im Sommer im Rahmen des «GZ Resch Fäscht» stellten die Kontaktstelle und die Selbsthilfegruppen ihre individuellen Dienstleistungen der interessierten Öffentlichkeit vor. Derzeit sind im Arbeitskreis 24 Selbsthilfegruppen organisiert. Die Kontaktstelle ist die zentrale Anlaufstelle für Gruppen wie für einzelne Hilfesuchende. Im Vordergrund der Kontaktstelle steht die Beratung und Vermittlung von Hilfesuchenden an die entsprechende Selbsthilfegruppe,

ebenso bietet sie Unterstützung und Begleitung bei Gruppengründungen an. Die Kontaktstelle wird gemäss SHG Art. 25 finanziell gefördert.

Das Amt ist gemäss Bewährungshilfegesetz Aufsichtsorgan über die Bewährungshilfe. Gemeinsam (Bewährungshilfe und Amt) waren zahlreiche Klienten zu betreuen. Darüber hinaus fanden Gespräche betreffend strategische Ausrichtung der Organisation statt. Im Berichtsjahr wurden von der Bewährungshilfe 31 Klienten betreut.

Private Spendenbeiträge, Sozialsponsoring

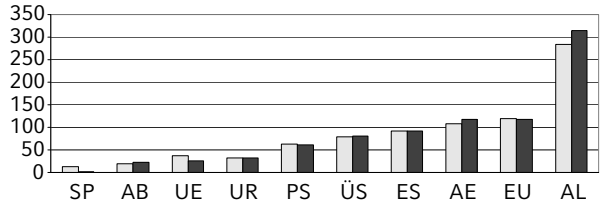
Dem Amt wurde von privaten Sponsoren erhebliche Mittel zur persönlichen Hilfe für die Klienten sowie zur Durchführung von Projekten zur Verfügung gestellt. Ebenfalls konnten dank entsprechender Zuwendungen von Seiten privater Stiftungen Projekte gefördert werden. Alleine im Rahmen der alljährlichen Weihnachtsaktion konnten Hilfsbedürftige in 168 Haushalten mit einer Spende bedacht werden.

Sozialer Dienst

Fallarbeit und Klientenstatistik

Die Gesamtanzahl der Klienten im Sozialen Dienst erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4% auf 690 (664) Haushalte. Anlass für die Beratungen und die wirtschaftliche Hilfe war Arbeitslosigkeit, gefolgt von Erwerbsunfähigkeit und Problemstellungen, die aus der Ein-Eltern-Situation erwuchsen. Wie schon im Vorjahr waren dies in der Reihenfolge der Nennung die Hauptanlassgründe für die Aufsuchung des Sozialen Dienstes. Gegenstand der Beratungen der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen waren 881 Problemstellungen, die sich wie folgt aufgliedern.

Problemstruktur 2005/2006 (Sozialer Dienst)



	SP	AB	UE	UR	PS	ÜS	ES	AE	EU	AL
2005	13	19	37	32	63	79	92	108	119	284
2006	2	22	26	33	61	81	92	118	118	315

AL Arbeitslosigkeit / AE Alleinerziehender Elternteil / EU Erwerbsunfähigkeit / ES Sonstige Gründe für Einkommensschwäche / ÜS Überschuldung / PS Psychische Störungen (ohne Abhängigkeit) / UE Ungenügendes Einkommen / UR Ungenügende Rente / AB Psych. Störungen durch Alkohol oder psychotrope Substanzen / SP Spezielle soziale Probleme, Anpassungsprobleme

(AL) Das häufigste Problem stellte mit 315 Nennungen die Arbeitslosigkeit dar. Der nach wie vor hohe Anteil in dieser Problemkategorie ist auf die Arbeitsmarktsituation im Land zurückzuführen. Diese Situation wirkte sich auch auf die wirtschaftliche Sozialhilfe aus. Kurzfristige Überbrückungen erhielten Stellenlose, die bei der Arbeitslosenversicherung eine Wartefrist bis zum Anspruchsbeginn (Taggeld) hatten. Viele Stellenlose hatten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden und waren deshalb nach der Aussteuerung bei der Arbeitslosenversicherung auf Sozialhilfe angewiesen. Teilweise gelang die Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach kürzerer Unterstützungsdauer. Die stellenlosen Personen sind alle in der Stellenvermittlung beim Amt für Volkswirtschaft gemeldet. Mehrere Stellenlose konnten in einem Beschäftigungsprogramm eingesetzt werden.

(EU) Bei 118 Klienten lag eine Erwerbsunfähigkeit vor, wobei aufgrund einer vorübergehenden krankheits- oder unfallbedingten Erwerbsunfähigkeit wirtschaftliche Hilfe geleistet werden musste. Ein Teil der Klienten war seit längerem erwerbsunfähig und bei der Invalidenversicherung war ein Rentenantrag in Überprüfung.

(AE) Die Alleinerziehenden (n=118) bildeten die drittgrösste Gruppe. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein geringfügiger Anstieg bei dieser Klientengruppe.

(ES) Sonstige Gründe stellt eine Sammelkategorie folgender Problemstellungen dar:

Ungedeckte stationäre Aufenthaltskosten (14); Wohnungsprobleme (11); Ausbildung (9); Verwahrlosung/ Sozialisationsdefizit (5); Sonstige Gründe (53).

(ÜS) Bei 81 Klienten lag eine Verschuldung vor. Das Amt bietet in solchen Situationen als Hilfestellung Budget- und Schuldenberatungen an.

(UR) Rentner und Rentnerinnen benötigten meist nur in jenen Fällen wirtschaftliche Hilfe, bei denen kein bzw. noch kein Anspruch auf Ergänzungsleistungen besteht. 33 Rentner waren auf Sozialhilfe angewiesen.

(UE) 26 Klienten benötigten wirtschaftliche Hilfe aufgrund der Tatsache, dass das Erwerbseinkommen den Existenzbedarf nicht deckte. Diese Haushalte werden gemäss Definition den «working poors» zugerechnet. Als «working poors» gelten Personen, die trotz einer vollen Erwerbstätigkeit den Existenzbedarf für sich und/oder ihre Familienangehörigen nicht decken können.

Die folgende Tabelle gibt darüber Auskunft, welche Unterstützungen die Klienten erhalten haben.

Hilfen des Sozialen Dienstes nach Unterstützungsarten	2006 Anzahl Klienten	2005 Anzahl Klienten
Psychosoziale Beratung und andere Beratungsformen	589	560
Wirtschaftliche Sozialhilfe	499	506
Sachhilfen (Spenden, Schuldensanierung, Wohnungssuche, Vermittlung von Sozialversicherungsleistungen)	29	39
Rentenverwaltung	31	35
Vormundschaften/ Beistandschaften, Casemanagement, Massnahmenbegleitung	34	30
Delegierte Betreuungen (Therapieeinrichtungen, Pflegerische Einrichtungen)	7	13
Behördliche Aufgaben (Abklärungen und Stellungnahmen, Amtshilfe, Einleitung gerichtlicher Massnahmen, u.a.)	5	9

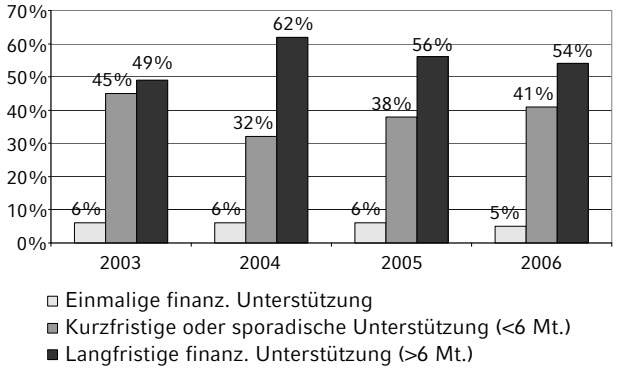
Grundsätzlich erhalten sämtliche Klienten eine Beratung. Es gibt lediglich eine geringe Anzahl von Klienten, die bloss administrativ geführt werden (z.B. Liechtensteiner im Ausland, Übernahme von Krankenkassenprämienrückständen). Unter «psychosoziale Beratungen» sind sowohl einmalige/sporadische als auch die regelmässigen und aufwendigeren Beratungen aufgeführt.

Zusätzlich wurden mehrere einmalige Beratungsgespräche geführt und telefonische Auskünfte erteilt. Diese sind in der obigen Beratungsstatistik nicht erfasst.

Die Zahl der Bezüger wirtschaftlicher Sozialhilfe hat von 506 (2005) um 7 Haushalte auf 499 unterstützte Haushalte (2006) abgenommen. Die drei Hauptunterstützungsgründe waren Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Alleinerziehung.

Dauer der wirtschaftlichen Unterstützung

Wirtschaftliche Sozialhilfe nach Unterstützungsdauer (2003-2006)



Die prozentuelle Betrachtungsweise gibt Aufschluss über die Umschichtung der Klienten von einem Jahr auf das nächstfolgende. Die Tabelle schlüsselt die Klienten nach Bezugsdauer der wirtschaftlichen Sozialhilfe auf. Die Anzahl der Klienten, die längerfristig auf Sozialhilfe angewiesen waren, verringerte sich von 56% (2005) auf 54% (2006). Die Anzahl jener Klienten, die nur kurzfristig auf finanzielle Unterstützung angewiesen waren, belief sich auf 41%. Aus der Sicht des Wiedereingliederungsauftrages des Amtes ist dies eine positiv zu wertende Tatsache. Die Prozentzahl jener Klienten, die nur einmalige finanzielle Unterstützung benötigen, ist seit Jahren in etwa konstant.

Wirtschaftliche Hilfe

Anlässlich einer Vorsteherkonferenz wurden Fragen zur Durchführung der Sozialhilfe diskutiert. Als Ergebnis konnten einige Änderungen in das Amtshandbuch zur Durchführung der Sozialhilfe aufgenommen werden. Da aufgrund der Abänderung von Art. 20 und 21 Sozialhilfegesetz (SHG) die Zuständigkeit bei der Durchführung von den Fürsorgekommissionen auf das Amt übergegangen ist, wurde es erforderlich, das Verwaltungsverfahren den neuen gesetzlichen Gegebenheiten anzupassen. Seither werden die Verfügungen vom Amt erlassen, den Fürsorgekommissionen obliegt die Zustimmung. Das neue Verwaltungsverfahren wurde an einer Vorsteherkonferenz vorgestellt und von den Vorstehern einhellig begrüsst.

Im Berichtsjahr wurden die Art. 20 und 21 SHG nachträglich noch einmal abgeändert. Im Zuge der Neuregelung für die Zuständigkeit der wirtschaftlichen Hilfe, die seit 1.1.06 beim Amt für Soziale Dienste liegt, wurde übersehen, die Zuständigkeit für die Gewährung von Unterhaltsvorschüssen, ebenfalls an das Amt zu übertragen. Diese Anpassung nahm der Landtag aufgrund des Berichtes und Antrages im Dezember 2006 vor.

Die Verordnung zum Sozialhilfegesetz soll einer Revision unterzogen werden. Vorarbeiten dafür wurden noch im Berichtsjahr geleistet. Angepasst werden sollen u.a. die Richtsätze für den Lebensunterhalt. Es soll zudem ein erweitertes Anreizsystem für Arbeits- und Integrationsbemühungen geschaffen werden, wobei das spezielle Augenmerk auf die Reintegration junger Erwachsener gelenkt wird.

Rückforderungen

In Folge der Abänderung des Sozialhilfegesetzes wurde auch die Zuständigkeit für die Kostenrückerstattungen von den Fürsorgekommissionen auf das Amt übertragen. Bei Grundstücksvermögen, dessen Veräusserung nicht zumutbar ist und von unterstützten Personen selbst bewohnt wird, wird seither systematisch ein grundbücherlicher Eintrag zwecks pfandrechtlicher Sicherung durch das Amt vorgenommen. Vermögen, das dem Hilfsbedürftigen und dessen Familie nicht als Unterkunft dient, muss aufgelöst werden.

Sachhilfen

In Einzelfällen werden aus bestimmten Gründen an Klienten Einkaufsgutscheine anstelle von Bargeld übergeben. Falls ein Soziahilfebezüger mit der wirtschaftlichen Hilfe nicht das Auslangen findet, wird keine weitere finanzielle Unterstützung gewährt. Um trotzdem den

täglichen Lebensbedarf decken zu können, wurden mehrfach Klienten Lebensmittel aus Spenden übergeben.

«Working Poor»
Die Anzahl der Unterstützungsfälle, die als working poor - Haushalte zu bezeichnen sind, hat deutlich abgenommen. Im Berichtsjahr wurden 26 Familien oder Einzelpersonen mit dieser wirtschaftlichen Problematik (im Vorjahr 37) betreut.

Altersarmut
Senioren und Seniorinnen gehören entgegen internationaler Entwicklungen nicht zur armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppe. Es waren lediglich zehn Haushalte mit Personen im Rentenalter von der Sozialhilfe zu unterstützen.

Datenaustausch bei finanziellen Leistungen
Um Fehler und Missbrauch zu vermeiden, ist der Datenaustausch zwischen jenen staatlichen Behörden und privaten Organisationen wichtig, die finanzielle Sozialleistungen erbringen. Dazu gehören die AHV, IV, die Krankenkassen, die Arbeitslosenversicherung, das Amt für Wohnungswesen, das Amt für Gesundheit usw. Bei der Ausrichtung der Sozialhilfe sind sämtliche Sozialleistungen, die ein Hilfsbedürftiger erhält, zu berücksichtigen. Da die Komplexität der Unterstützungssysteme zugenommen hat, ist Transparenz immer notwendiger geworden. Zwischen dem Amt für Wohnungswesen und dem Amt für Soziale Dienste wird seit drei Jahren ein regelmässiger und systematischer Datenaustausch gepflegt.

Fürsorgekommissionen
Seit Abänderung des Sozialhilfegesetzes vom 1.1.2006 ist das Amt für Soziale Dienste zuständig für die Durchführung der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Die Verfügungen des Amtes bedürfen der Zustimmung der Kommissionen, um Rechtswirksamkeit zu erhalten. Die Kosten für die wirtschaftliche Hilfe werden hälftig von Land und Gemeinden getragen. Vom Amt für Soziale Dienste wurden bei den zuständigen Fürsorgekommissionen der Wohnsitzgemeinden 799 Anträge traktandiert, wobei in 797 Fällen der Verfügung des Amtes die Zustimmung erteilt wurde.

Qualitätszirkel Wirtschaftliche Hilfe
Aufgabe dieses Qualitätszirkels ist es, Regelungen auszuarbeiten, Grundsatzentscheidungen zu treffen und Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Am Qualitätszirkel nehmen die Sozialarbeiterinnen und die in die wirtschaftliche Sozialhilfe involvierten Verwaltungsangestellten teil. Im Berichtsjahr wurden im Qualitätszirkel unter anderem Verfahrensweisen entwickelt bezüglich: Berücksichtigung von Erbschaften, grundbücherliche Eintragungen, Berücksichtigung von Stipendien, Vermögensfreibetrag bei Fahrzeugen, Revision der Richtsätze in der Verordnung, Kürzungsgründe.

Ausgewählte Themen

Junge Erwachsene
Im Berichtsjahr wurde ein spezielles Projekt für sämtliche Klienten zwischen 18 und 25 Jahren, die wirtschaftliche Hilfe beziehen, lanciert. In diesem Alter sollte jeder entweder einer Erwerbsarbeit nachgehen oder in einer Ausbildung stehen. Wenn dies nicht der Fall ist, ist es Aufgabe der Sozialhilfe, das Erwünschte zu erreichen. Bei diesen jungen Sozialhilfebezügern ist genau diese Problematik gegeben, dass weder das eine noch das andere zutrifft. 42 Klienten gehören zu dieser Gruppe.

Weiters wurden Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 25 Jahren in dieses Projekt aufgenommen, die zwar keine wirtschaftliche Hilfe beziehen, aber aus den zwei genannten Gründen gefährdet sind, wirtschaftlich hilfsbedürftig zu werden. Speziell bei den Jugendlichen handelt es sich um solche, bei denen eine schlechte Prognose besteht, dass sie einen Ausbildungsplatz finden oder eine Stelle erhalten werden. Aufgrund der gravierenden Folgen sowohl für die persönliche Entwicklung der jungen Menschen als auch für die ökonomischen und gesellschaftlichen Belastungen sind bei dieser Gruppe die grösstmöglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Eingliederung oder Wiedereingliederung zu erreichen. Aus diesem Grund wurde dieser Gruppe auch höchste Priorität eingeräumt. Zu dieser Gruppe gehören 18 Klienten, insgesamt waren 60 Personen in diesem Projekt.

Nationalität	Sprache	Geschlecht	Ausbildung
34 FL	44 deutsch	33 Männer	10 ohne Schulabschluss
26 Nicht FL	16 fremdsprachig	27 Frauen	38 obligatorischer Schulabschluss (davon 11 mit Lehrabbruch) 12 qualifizierte Ausbildung

Das Ziel des Projektes war, während sechs Monaten besondere Anstrengungen zu unternehmen, um ein segmentspezifisches Integrationsziel zu erreichen. Bei jenen Personen, die die entsprechenden Voraussetzungen aufweisen, wurde der Antritt einer Stelle oder die Aufnahme einer Ausbildung angestrebt. Bei jenen Personen ohne entsprechende Voraussetzungen wurden Interventionen mit längerfristigen Integrationszielen eingeleitet. Eine Intervention konnte sein: therapeutische Betreuung, Verhaltens-, Kompetenztraining, Suchttherapie, ambulante oder stationäre Betreuung, Abklärung beruflicher Möglichkeiten, IV-Abklärung, begleitende Unterstützung während Berufstätigkeit.

Wohnprojekte für junge Erwachsene
Es hat sich gezeigt, dass neue Wohnformen für bestimmte Klientengruppen junger Erwachsener erforderlich sind.

Es handelt sich um junge Klienten, die auf wirtschaftliche Hilfe angewiesen sind, aber nicht zu Hause wohnen können. Da vermieden werden soll, dass mit Hilfe der wirtschaftlichen Hilfe ein eigener Hausstand gegründet wird, sind kollektive Wohnformen als geeignete Alternative anzusehen. Die Planungsarbeit geht in zwei Richtungen. Einerseits in gemeinschaftliche Unterkünfte für persönlich, selbständige junge Erwachsene, die einer Arbeit nachgehen oder sich in Ausbildung befinden. Andererseits soll eine geeignete betreute Wohnform errichtet werden für eine junge Klientengruppe, die keiner Arbeit nachgeht und keine Ausbildungsambitionen hat, wobei häufig eine Suchtproblematik besteht. Hier soll eine Wohnform mit intensiver Betreuung gefunden werden.

Arbeitsprojekt der öffentlichen Hand

Das Arbeitsprojekt der öffentlichen Hand wird von Land und Gemeinden gemeinsam getragen. Ziel dieses Projektes ist es, stellenlose, arbeitsfähige Sozialhilfebezüger, befristet bis maximal sechs Monate, bei den Gemeinden oder der Landesverwaltung zu beschäftigen. Es wird in dieser Zeit ein normales Erwerbseinkommen erzielt. Die Arbeitseinsätze sollen darüber hinaus die beruflichen und sozialen Kompetenzen trainieren. Dadurch sollen die Chancen für den Erhalt einer Stelle auf dem freien Arbeitsmarkt erhöht werden. Das Amt für Soziale Dienste fungiert dabei als Koordinations- und Vermittlungsstelle. Dadurch sollen die Chancen für den Erhalt einer Stelle auf dem freien Arbeitsmarkt erhöht werden. Im Berichtsjahr wurden 17 stellenlose Personen an einen Arbeitsplatz in einer Gemeinde oder in der Landesverwaltung vermittelt.

Weitere Arbeitsprojekte

Im Arbeitsprojekt Brandis wurden 13 Personen, im Heilpädagogischen Zentrum/Zentrum für berufspraktische Arbeit 9 stellenlose Personen und in den Beschäftigungsprogrammen der Arbeitslosenvermittlung wurden 17 Personen eingesetzt.

Übersicht zu den Arbeitsprojekten

Arbeitsprojekt der Öffentlichen Hand (Land und Gemeinden)		
- Gemeinde Schaan	0 Personen	0 Monate
- Gemeinde Vaduz	12 Personen	35,6 Monate
- Gemeinde Triesen	5 Personen	16 Monate
- Tiefbauamt	1 Person	16 Monate
- Amt für Soziale Dienste	1 Person	4 Monate
Arbeitsprojekte der Arbeitslosenvermittlung (AVW)		
- Beschäftigungsprogramme		
- Horetex/Buchs	13 Personen	26 Monate
- Impuls/Bad Ragaz	2 Personen	5,5 Monate
- Gonzen/Bad Ragaz	2 Personen	5 Monate
Arbeitsprojekte privater Sozialhilfeträger		
- Arbeitsprojekt Brandis (VBW)	13 Personen	36 Monate
- Heilpädagogisches Zentrum	9 Personen	16 Monate

Vormundschaftswesen

Per Ende Dezember 2006 wurden vom Fachbereich Vormundschaftswesen 40 Mandate für Erwachsene im Alter zwischen 20 und 86 Jahren geführt. Zu den Aufgaben des Beistandes gehören die Verwaltung des Einkommens und Vermögens der Mündel, die Sicherstellung der persönlichen Betreuung und die gesetzliche Vertretung. Das vom Beistand verwaltete Vermögen belief sich auf insgesamt ca. CHF 16 810 000.- (Umlaufvermögen CHF 4 544 000.- / Anlagevermögen CHF 12 266 000.-). Angesichts der steigenden Mandatszahl wurden einige geeignete Mandate an einen Kreis von sieben Privatpersonen übertragen, die als Freiwillige je ein oder zwei Mandate führen.

Infolge eines Gerichtsbeschlusses ergab sich ein Problem für die Antragstellung einer vormundschaftlichen Massnahme. Danach ist das Amt nur bei psychischen Erkrankungen nicht aber bei Suchterkrankungen berechtigt, bei Gericht einen derartigen Antrag zu stellen. Dies stellt eine praxisferne, die Klientenarbeit behindernde Situation dar. Aus diesem Grund soll in Zusammenarbeit mit dem Ressort Justiz eine rechtliche Lösung ausgearbeitet werden, wonach das Amt auch bei Suchtkranken antragsberechtigt sein soll.

Schuldenberatung / Schuldenprävention

Im Fachbereich Schuldenberatung wurden 49 Fälle (im Vorjahr 45) behandelt. Es wurden 40 Schulden-, Budgetberatungen und 9 Schuldensanierungen durchgeführt. Bei 40 Klienten bzw. Haushalten erfolgten eine Schulden- sowie eine Budgetberatung. Bei 29 Klienten konnte aufgrund des geringen Einkommens keine Schulden getilgt werden. In 9 Fällen konnte eine Schuldensanierung durchgeführt werden.

Ein Projekt ‚Schuldenprävention' mit der Zielgruppe Jugendliche (14 – 18 Jahre) wurde ausgearbeitet und umgesetzt. 18 Schulklassen der Ober- und Realschulen sowie im Gymnasium wurden über die Schuldenproblematik informiert.

Pfändungsfreie Beiträge und Existenzminimum

Der pfändungsfreie Betrag bei Exekutionen auf Arbeits- und Diensteinkommen unterscheidet sich bei der Betragshöhe vom Existenzminimum nach dem Sozialhilfegesetz.

Personen mit Lohnpfändungen haben unter Umständen ein niedrigeres verfügbares Einkommen zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten als Sozialhilfebezüger zur Verfügung.

Das führt dazu, dass Personen, deren Lohn gepfändet ist, unter dem Existenzminimum leben, das ihnen vom Sozialhilfegesetz her eigentlich zustehen würde. Die Sozialhilfe kann diesen Fehlbetrag nicht ausgleichen, das führt dazu, dass es im Land Haushalte gibt, die unter dem Existenzminimum leben, obwohl sie einen Rechtsanspruch hätten, diesen zu bekommen. Es wurde deshalb mit dem Ressort Justiz vereinbart, eine angemessene rechtliche Lösung dieses Problem auszuarbeiten.

Therapeutischer Dienst

Fallarbeit und Klientenstatistik
Im Berichtsjahr wurden 213 Klienten gegenüber 259 im Vorjahr betreut. Bei diesen wurden folgende Störungen festgestellt:

	2006	2005
Anzahl Klienten	**213**	259
I. Formen der Störungen (nach ICD-10 / Mehrfachnennungen möglich)	Angaben in absoluten Zahlen	
Anpassungsprobleme	**86**	122
Störung durch Sucht-Substanzen	**69**	64
Schizophrene Störungen	**40**	49
Depressive und manische Störungen	**38**	47
Neurotische Störungen	**23**	14
Persönlichkeitsstörungen	**22**	22
Nicht anders klassifizierte Verhaltensauffälligkeiten	**7**	2
Störungen bei Intelligenzminderung	**4**	16
Verhaltensstörungen und emotionale Störungen	**4**	4
Persönliche Krisen anderer Art	**4**	1
Psychische Störungen durch hirnorganische Krankheiten	**3**	5
Massnahmenvollzug		
Probleme innerhalb der Rehabilitation	**17**	16
Allgemeine Untersuchungen	**3**	11
Spezielle behördliche Massnahmen	**2**	3
II. Hilfen		
Therapeutische Behandlungen	**143**	172
Beratungen	**169**	161
Betreuungen	**19**	32
Behördliche Hilfestellungen	**10**	19

Aus dem Vergleich zum Vorjahr sind folgende Beobachtungen hervorzuheben:
- Die Gesamtzahl der Klienten hat um 18% abgenommen. Ursache ist die notwendig gewordene Vermittlung langjähriger Klienten in die extramurale Betreuung. Schwerpunkte sind nunmehr die amtsinternen Klienten, also Klienten, die intern von den Diensten (KJD; SD) zugewiesen werden.
- Die Zusammensetzung der Klienten hat sich nur unwesentlich verändert.
- Auffallend ist die weitere Zunahme der Störungen durch Sucht-Substanzen (von 64 auf 69 bei abnehmender Gesamtzahl).
- Die Anzahl der Beratungen ist weiter (von 161 auf 169) gestiegen.
- Die Anzahl der psychotherapeutischen Betreuung musste aufgrund mangelnder Zeitressourcen gekürzt werden.

Sozialpsychiatrische Grundversorgung
Die wichtigste Aufgabe des Therapeutischen Dienstes besteht in der Gewährleistung der sozialpsychiatrischen Grundversorgung. Die Zuweisung der Klientel erfolgt hauptsächlich über Amtswege. Das sind Zuweisungen von der Landespolizei, Landesphysikus, Landgericht, interne Dienste sowie dem Verein für Betreutes Wohnen (MST, TWG). Die Funktion des Therapeutischen Dienstes beinhaltet:

Beratung, Betreuung und Versorgung dieser ausgewählten Klientengruppe. Das heisst, für viele ist das Amt für Soziale Dienste die letzte Versorgungsinstanz. Die wichtigsten Partner im sozialpsychiatrischen Netz sind:

Verein für Betreutes Wohnen, Heilpädagogisches Zentrum, Liecht. Alters- und Krankenhilfe, Landesspital Vaduz, Infra – Frauenhaus, Landgericht und Bewährungshilfe, niedergelassene Hausärzte und Fachärzte für Psychiatrie.

Das Mobile Sozialpsychiatrisches Team (MST) ergänzt im Auftrag des ASD die staatliche ambulante sozialpsychiatrische Grundversorgung. Die Klienten des MST werden wie folgt kategorisiert.

Betreute Klienten des MST

Kategorie	
Über 65 Jahre	16
Schwere psychiatrisch jugendliche Erwachsene	7
Suchtklientel	15
Dauerunterbringung	1
Nicht kategorisiert	54
	93

Das MST nimmt gemeinsam mit dem Therapeutischen Dienst die sozialpsychiatrische Nachbetreuung von Patienten nach Zwangseinweisungen wahr. Das MST nimmt nach jeder Zwangseinweisung Kontakt mit der Klinik und dem Patienten auf, damit der TD in einem Abklärungsgespräch den sozialpsychiatrischen Nachbetreuungsbedarf feststellen und erforderlichenfalls organisieren kann. Der MST führt eine Warteliste, die derzeit 17 Personen umfasst.

Zwangseinweisungen 2006 nach Art. 11f SHG

KLINIK	**06**	**05**	**04**	**03**	**02**
St. Pirminsberg	19	12	13	18	15
LKH Valduna	1	2	1	1	1
Burghölzli	0	0	0	0	1
Beverin-Cazis	1	0	0	0	0
Klinik Waldhaus	0	0	2	2	1
Klinik Littenheid/TG	2	4	1	1	1
Spital Grabs	0	0	1	0	0
Total	23	18	18	22	19

EINWEISUNGSART	**06**	**05**	**04**	**03**	**02**
Gefahr in Verzug	23	18	18	22	18
Gerichtsbeschluss	0	0	0	0	1
Total	**23**	**18**	**18**	**22**	**19**

Die Zahl der Einweisungen blieb über die letzten Jahre schwankend um die 20 Personen.
- Die bevorzugte Psychiatrische Klinik für Zwangseinweisungen ist St. Pirminsberg (19 von 23).
- Alle Einweisungen erfolgten bei Gefahr in Verzug, d.h. durch einen Notfallarzt (Notfalldienst, Landesphysikus, Hausarzt)
- Die ambulante Nachbetreuung erfolgte in 12 Fällen durch den Therapeutischen Dienst, in 9 Fällen durch das MST (MST und TD haben gemeinsam betreute Fälle). Zwei Personen wurden in der Therapeutischen Wohngemeinschaft (TWG) platziert. Vier Personen mussten unter Vormundschaft gestellt werden.

Betreuung der zwangseingewiesenen Klienten

Kategorie	MST	Nicht MST
Über 65 Jahre	1	1
Schwere psychiatrische jugendliche Erwachsene	3	3
Suchtklientel	0	2
Dauerunterbringung	0	2
Nicht kategorisiert	5	5
Total	**9**	**14**

Ausgewählte Themen

Betreuung von Insassen im Gefängnis
Die alle 14 Tage stattfindende Sprechstunde im Gefängnis wird vom Therapeutischen Dienst weiterhin durchgeführt. Die Sprechstunde wird von den Insassen rege genutzt und dient zur Besprechung individueller Probleme und Konflikte.

Wegweiserecht
Der Gewalt in der Familie sind durch die neuen gesetzlichen Möglichkeiten der Wegweisung und des Betretungsverbotes (Art. 30b PolG) Schranken gesetzt worden.

Aufgrund einer polizeilichen Meldung wird sowohl der Täter als auch das Opfer zu einem Abklärungsgespräch eingeladen, um Hilfe anzubieten. Nicht alle Einladungen werden angenommen, da sie ja auf Freiwilligkeit beruhen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick.

Kategorie	2006	2005
Wegweisungen	13	9
Gespräch mit Opfer	8	0
Gespräch mit Täter	6	0
Therapie	2 Täter in Therapie	0
	8 Opfer in delegierte Betreuung	0

Therapiegruppe für Alkoholabhängige
Mit dem therapeutischen Gruppenangebot für Menschen mit problematischem Alkohol- oder Medikamentenkonsum wird dem Bedürfnis nach professioneller Hilfe und Beratung aber auch dem Austausch mit anderen Betroffenen Rechnung getragen. Das Gruppenangebot hilft bei der Loslösung von Suchtmitteln und fördert die Problemlösung ohne zu Hilfenahme von Substanzen.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Hugo Quaderer

Die Internationale Zusammenarbeit im Entwicklungskonzept Alpenrhein wurde im Berichtsjahr weiter konkretisiert. Am informellen Treffen der EU-Umweltminister zum Thema «Unterwegs zu einer neuen Umweltpolitik» nahm Regierungsrat Hugo Quaderer auf Einladung des finnischen Umweltministers Jan-Erik Enestam in Turku, Finnland, teil. Die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Alpenkonvention in Alpbach, an welcher Regierungsrat Hugo Quaderer teilgenommen hat, befasste sich mit den Themen Naturgefahren, Wasser und Klimawandel. Unter dem Dach der internationalen Partnerschaft für Berggebiete spricht sich die Alpenkonferenz für eine aktive Beteiligung aller Vertragsstaaten und die konkrete Umsetzung von Projekten und Aktivitäten in den Karpaten, im Kaukasus, in Zentralasien und auf dem Balkan aus.

Zur Klimakonvention und zum Kyoto-Protokoll stellte das Ressort parallel zur Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes die Weichen für Strategien und Massnahmen zur Erfüllung der CO2-Reduktionsverpflichtungen von 8% gegenüber dem Jahr 1990.

Es wurde ein Umweltschutzgesetz in die Vernehmlassung gegeben. Zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls und der europäischen Emissionshandelsrichtlinie wurde ein Klimaschutzgesetz erarbeitet. Zur Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme wurde eine Gesetzesvorlage erarbeitet. Die Verordnung über die Emissionsbegrenzung auf Baustellen und baustellenähnlichen Betrieben wurde erlassen. Die Arbeiten mit den involvierten Landesstellen und Gemeinden zu einem Deponiekonzept wurden koordiniert. Die Regierung hat ein Massnahmenplan bei ausserordentlich hoher Luftbelastung durch Feinstaub und einen Aktionsplan gegen die Ozonbelastung verabschiedet.

Die Regierung hat einen entsprechenden Projektauftrag zur Schaffung eines neuen Rahmengesetzes für die Landwirtschaft genehmigt. Durch die Abänderung der Direktzahlungsverordnung wurden Kuhhalterbeiträge eingeführt. Die Verordnung über besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme wurde geändert um einen Gleichstand mit den neuen schweizerischen Bestimmungen zu gewährleisten. Die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Förderung des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten wurde in Auftrag gegeben.

Die Abänderung des Jagdgesetzes im Jahre 2005 und die damit erfolgte Beschlusskompetenz des Jagdbeirates in der Frage der Notzeit hat zu einer spürbaren Versachlichung der angespannten Situation geführt. Die Regierung beschloss, dass der Saminatal-Wanderweg wieder instand gestellt werden soll. Dieser erlitt grosse Schäden beim Unwetter vom August 2005. Die Bemühungen zur Förderung der liechtensteinischen Wald- und Holzwirtschaft wurden im Berichtsjahr weitergeführt.

Die Regierung bewilligte im Berichtsjahr unter Vorbehalt der Zustimmung des Landtages eine finanzielle Unterstützung an die Hochschule Liechtenstein für das Forschungsprojekt «Perspektiven Alpenrheintal». Liechtenstein bewarb sich im Berichtsjahr für eine Teilnahme an der Internationalen Gartenbauausstellung 2017 (IGA) im Bodenseeraum.

Internationale Zusammenarbeit

Entwicklungskonzept Alpenrhein

Die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Alpenrhein wurde 2006 weiter konkretisiert. Themenschwerpunkte waren das Monitoringprogramm Alpenrhein, die Sicherheit der Stabilität der Rheindämme im Hochwasserfall sowie das Notentlastungskonzept. Anlässlich der LIHGA 2006 wurde die Wanderausstellung «Wasserlandschaft Alpenrhein» einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes wurden Möglichkeiten der zukünftigen Organisationsform diskutiert.

EU-Umweltministertreffen

Auf Einladung des finnischen Umweltminister Jan-Erik Enestam nahm Regierungsrat Hugo Quaderer am informellen Treffen der EU-Umweltminister in Turku (Finnland) teil. Neben den EU-Mitgliedstaaten waren die EFTA-/EWR-Länder und weitere europäische Staaten zum Treffen eingeladen. Das Hauptthema des informellen Treffens lautete «Unterwegs zu einer neuen Umweltpolitik». Unter Teilnahme führender Experten der unterschiedlichen Fachbereiche werden dabei Strategien zur schnelleren Verwirklichung einer ökologischen Gesellschaft diskutiert und aktuelle Vorstösse der EU-Umweltpolitik untersucht.

Durch seine Lage mitten in Europa ist Liechtenstein von der europäischen Umweltpolitik in besonderem Masse betroffen. Regierungsrat Hugo Quaderer nahm die Gelegenheit wahr, aktuelle Informationen einzuholen und den Austausch mit Ministerkollegen zu pflegen.

9. Vertragsstaatenkonferenz der Alpenkonvention

Der Ressortinhaber nahm an der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Alpenkonvention im österreichischen Alpbach teil. Die Konferenz befasste sich mit den Themen Naturgefahren, Wasser und Klimawandel. Die Minister zeigten sich in einer Deklaration zum «Klimawandel in den Alpen» besorgt über die sich abzeichnenden Veränderungen, speziell im Alpenraum. Deshalb wurden insbesondere die Umsetzung der Ziele des Kyotoprotokolls und ein Bericht verlangt, der die alpenspezifischen Auswirkungen der Klimaerwärmung behandeln soll.

An der Konferenz wurde ebenfalls der Auftrag erteilt, sich vermehrt dem Thema «Wasser» zu widmen. Wasser soll in seiner gesamten Bedeutung für den Alpenraum in einem Bericht zuhanden der nächsten Alpenkonferenz dargelegt werden. Die bisherigen Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention haben sich vornehmlich mit sektoriellen Bereichen beschäftigt, zum Beispiel mit Verkehr, Raumplanung und Energie. Eine von der

9. Alpenkonferenz verabschiedete Deklaration zu «Bevölkerung und Kultur» befasst sich neu mit dem Leben und Arbeiten, den Kulturen und dem Zusammenleben.

Internationale Partnerschaft für Berggebiete
Unter dem Dach der Internationalen Partnerschaft für Berggebiete spricht sich die Alpenkonferenz für eine aktive Beteiligung aller Vertragsstaaten und die konkrete Umsetzung von Projekten und Aktivitäten in den Karpaten, im Kaukasus, in Zentralasien und auf dem Balkan aus. Liechtenstein engagierte sich insbesondere im Kaukasus in einem Projekt zur nachhaltigen Entwicklung von Bergdörfern, in Zentralasien in Projekten zur Energieeinsparung durch Häuserisolation oder Bau von Heizöfen und Herden sowie in den Karpaten in einem Projekt zur Schaffung eines Netzwerkes von Schutzgebieten.

Klimakonvention und Kyoto-Protokoll
Parallel zur Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes wurden die Weichen für Strategien und Massnahmen zur Erfüllung der CO2-Reduktionsverpflichtungen von 8 % gegenüber dem Jahr 1990 gestellt. Neben Massnahmen im Inland sind dabei auch solche im Ausland notwendig. Zur Wahrnehmung seiner Interessen nahm Liechtenstein durch den Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft im Dezember an der Vertragsstaatenkonferenz in Nairobi teil und beteiligte sich im Rahmen der aus fünf Ländern bestehenden Environment Integrity Group aktiv am Verhandlungsprozess.

Umweltschutz

Umweltschutzgesetz
Die Regierung gab im Berichtsjahr ein umfassendes Umweltschutzgesetz (USG) in die Vernehmlassung. Neben vielem anderen wurden die Themenbereiche «Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung» und «Lärmschutz» in den Entwurf des USG integriert.

Klimaschutzgesetz
Im Jahr 2006 wurde zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls und der europäischen Emissionshandelsrichtlinie ein Klimaschutzgesetz erarbeitet. Die Vernehmlassung kann im Frühjahr 2007 durchgeführt werden.

Strategische Umweltprüfung
Der zur Umsetzung der Richtlinie 2002/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme erarbeitete Gesetzesentwurf konnte Anfang 2006 in die Vernehmlassung gegeben werden. Im Dezember fand die erste Lesung der Gesetzesvorlage im Landtag statt. Die zweite Lesung soll im März 2007 durchgeführt werden.

Baustellen-Emissionsbegrenzungs-Verordnung
Art. 7 des Luftreinhaltegesetzes verlangt die Begrenzung der Schadstoffemissionen von Baustellen. Gestützt darauf wurde im Berichtsjahr die Verordnung über die Emissionsbegrenzung auf Baustellen und baustellenähnlichen Betrieben erlassen.

Im Vordergrund steht das Ziel, die Emissionen des Krebs erzeugenden Dieselrusses von Baumaschinen zu reduzieren. Neben dem Beitrag zur Minderung der Feinstaubbelastung ist dies gleichzeitig eine Massnahme zur Förderung des Gesundheitsschutzes für Arbeitnehmer. Der Anteil von Baumaschinen an den Dieselrussemissionen liegt bei gut 20%. Hinsichtlich der Reduktion der besonders gefährlichen Russpartikel ist die Partikelfilterpflicht für Baumaschinen eine sehr effiziente Massnahme.

Der Verordnungsentwurf wurde vorgängig in die Vernehmlassung gegeben. Streitpunkt war insbesondere die Nachrüstungspflicht für bereits in Betrieb stehende Baumaschinen. Daraufhin fand unter der Leitung des Ressorts eine Aussprache unter den Interessengruppierungen statt. Nach intensiver Diskussion konnte eine Einigung erzielt werden.

Demnach sind neu in Betrieb genommene Baumaschinen mit einer Leistung ab 37 kW mit Partikelfiltern auszurüsten. Für die Nachrüstung bestehender Maschinen wurden die Fristen entsprechend der EU-Richtlinie 97/68/EG festgelegt. Ab diesen Fristen sind alle in Betrieb stehenden Maschinen der jeweiligen Leistungsklasse mit Partikelfiltern nachzurüsten oder ausser Betrieb zu nehmen.

Verordnung über den Verkehr mit Farben und Lacken im Europäischen Wirtschaftsraum
Im Berichtsjahr wurde eine Verordnung erlassen zur Umsetzung der Richtlinie 2004/42/EG sowie zur Festschreibung der parallelen Verkehrsfähigkeit der darin geregelten Produkte. Im Zentrum stehen dabei Grenzwerte für den Höchstgehalt an flüchtigen organischen Verbindungen (VOC). Ziel ist die Verminderung des VOC-Ausstosses (VOC sind Vorläuferstoffe von Ozon) aus diesen Produkten in die Umwelt, um die Bildung von bodennahem Ozon zu vermindern.

Deponiekonzept
Die Unterländer Gemeinden sowie Schaan und Planken erarbeiten auf Basis des im Februar 2005 von der Regierung verabschiedeten Deponiekonzeptes die Grundlagen für ein gemeinsames Deponiekonzept. Im Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft werden die Arbeiten mit den involvierten Landesstellen und Gemeinden koordiniert.

Fischereiaufseher
Die Regierung ernannte Herrn Markus Risch, Ruggell, zum Fischereiaufseher. Er wurde am 20. Dezember 2006 von Regierungsrat Hugo Quaderer vereidigt.

Temporäre Massnahmen gegen Feinstaubbelastung
Die Regierung beschloss im Berichtsjahr, dass Liechtenstein sich dem von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz BPUK der Schweizer Kantone beschlossenen Interkantonalen Interventionskonzept PM10 für temporäre Massnahmen bei ausserordentlich hoher Luftbelastung durch Feinstaub anschliesst.

Im weiteren schloss sich Liechtenstein für die Umsetzung des Interventionskonzeptes dem Vorgehen der Ostschweizer Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen und Thurgau an.

Bei Erreichen der Informationsschwelle (75 µg/m3) erfolgt eine verstärkte Information gemeinsam mit den Kantonen. Bei Überschreiten des ersten Interventionswertes von 100 µg/m3 wird der Betrieb von mit Feststoff befeuerten Zweitheizungen (Cheminées, Cheminéeöfen etc.) eingeschränkt, sofern diese nicht mit Partikelabscheidern ausgerüstet sind. Die Einhaltung des im Luftreinhaltegesetz festgeschriebenen Verbotes des Verbrennens von Abfällen im Freien, inklusiv des Verbrennens organischer Abfälle aus der Land- und Forstwirtschaft sowie aus Hausgärten, wird verstärkt kontrolliert. Bei Überschreiten des zweiten Interventionswertes von 150 µg/m3 wird der Einsatz von dieselbetriebenen Maschinen, Geräten und Fahrzeugen eingeschränkt.

Aktionsplan Ozon
Die Regierung erliess im Berichtsjahr einen Aktionsplan gegen die Ozonbelastung. Da die Umsetzung von Massnahmen nur im grösseren Raum sinnvoll ist, koordiniert Liechtenstein die Massnahmen mit den umliegenden Ländern und insbesondere mit den entsprechenden Plänen der schweizerischen Kantone. Im Zentrum stehen ein «Informationskonzept Sommersmog», eine Zwischenstufe mit Aufruf zu freiwilliger Temporeduktion und Sofortmassnahmen bei Erreichen der Alarmschwelle. Der Aktionsplan Ozon ist auf der Homepage des Amtes für Umweltschutz abrufbar (www.aus.llv.li).

Landwirtschaft

Landwirtschaftsgesetz
Ein neues Rahmengesetz für die Landwirtschaft soll den heutigen Bedürfnissen der Landwirtschaft besser Rechnung tragen, indem die Grundaussagen auf Gesetzesstufe getroffen werden. Die Regierung genehmigte einen entsprechenden Projektauftrag. Erstes Ziel ist es, in der zweiten Jahreshälfte 2007 eine Vernehmlassung durchzuführen.

Abänderung der Direktzahlungsverordnung
Durch eine Abänderung der Direktzahlungsverordnung wurden im Berichtsjahr Kuhhalterbeiträge, d.h. Beiträge von CHF 200.- pro Grossvieheinheit und Jahr, eingeführt. Mit dieser Anpassung wurden der Schweiz vergleichbare Wettbewerbbedingungen für den Bauernstand erhalten.

Abänderung der Verordnung über besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme
Die Verordnung über die Abänderung der Verordnung über besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS-Verordnung) wurde im Berichtsjahr abgeändert. Neu können in BTS-Ställen verformbare Liegematten nicht nur bei weiblichen, sondern auch bei männlichen Tieren der Rindergattung eingesetzt werden. Mit der Abänderung der Verordnung wird ein Gleichstand mit der geänderten schweizerischen Bestimmung gewährleistet.

Absatzförderung
Im Berichtsjahr gab die Regierung die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Förderung des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten in Auftrag. Die Resultate werden im Frühjahr 2007 vorliegen; die Umsetzung beginnt in der 1. Hälfte des Jahres 2007.

Erhaltung alter Sorten
Im Berichtsjahr genehmigte die Regierung die Phase III (2006-2010) zur Erhaltung der genetischen Vielfalt von Kulturpflanzen im Fürstentum Liechtenstein. Damit wird die weitere Suche und Dokumentation von alten Kulturpflanzen unterstützt.

Wald, Natur und Landschaft

Jagd

Jagdbeirat
Die Abänderung des Jagdgesetzes im Jahre 2005 und die damit erfolgte Beschlusskompetenz des Jagdbeirates in der Frage der Notzeit hat zu einer spürbaren Versachlichung der angespannten Situation geführt. Im Berichtsjahr befasste sich der Jagdbeirat im Weiteren mit folgenden Schwerpunkten: Wildbestandeserfassung, Abschussplanung, Umsetzung des Konzeptes der Notfuttervorlage im Winter, Massnahmen zur Regulierung der Rabenkrähen und Schutz der landwirtschaftlichen Kulturen, Jagdverbot im Schaaner Riet, Massnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Wildlebensraumes vor Störungen durch Freizeitaktivitäten. Ab Herbst 2006 veröffentlichte der Jagdbeirat in den Landeszeitungen Informationen zum Thema «Wald und Wildtiere».

Saminatal-Wanderweg
Die starken Niederschläge im August 2005 führten am Saminatal-Wanderweg zu sehr grossen Schäden. Die Regierung beschloss, dass der seit Jahrzehnten von der Liechtensteiner Bevölkerung sehr beliebte, in einer reizvollen Landschaft gelegene Wanderweg wieder instand gestellt werden soll. Denn trotz der dabei anfallenden relativ hohen Kosten gibt es keine anderen Freizeitinfrastrukturen, die ein so günstiges Verhältnis von Kosten und Nutzen aufweisen wie die Wanderwege. Der Landtag bewilligte auf Antrag der Regierung zur In-

standstellung des Saminatal-Wanderweges einen Nachtragskredit.

Durch die enormen Zerstörungen war auf verschiedenen Streckenabschnitten die alte Linienführung nicht mehr herzustellen. Um in Zukunft bei Hochwasser weniger Schäden am Wegtrassee in Kauf nehmen zu müssen, soll der neue Weg von Steg bis zum Falleck auf der linken Talseite verlaufen, womit keine Brücken mehr notwendig sind. Im weiteren wird das beschädigte, am Bach verlaufende Trassee hangaufwärts verlegt.

Wald

Im Berichtsjahr wurden die Bemühungen zur Förderung der liechtensteinischen Wald- und Holzwirtschaft weitergeführt. Die Holzverwendung soll namentlich im Baubereich begünstigt werden, ebenso die energetische Holznutzung anstelle von fossilen Energieträgern. Die einheimische Holzverarbeitung soll damit auch gegenüber der Importkonkurrenz gestärkt werden.

Die Regierung sieht im Zusammenhang mit den Kyoto-Verpflichtungen zwar davon ab, sich CO2-Bindung durch waldbauliche Massnahmen anrechnen zu lassen. Durch gezielte Nutzungs-, Verarbeitungs- und Verwendungsstrategien lässt sich der Beitrag von Wald und Holz zur Verringerung der Treibhausgase aber de facto dennoch erhöhen. Um die bezüglich des Klimas bedeutsamen globalen CO2-Emissionen zu reduzieren, soll die Waldwirtschaft daher auf eine dauernd hohe Zuwachsleistung hinarbeiten.

Ziel der Regierung ist es somit, den Wald im Hinblick auf einen nachhaltig hohen Zuwachs, der laufend abgeschöpft wird, zu bewirtschaften. Das bedeutet einen stark gesteigerten Verbrauch und eine starke Holzwirtschaft. Der Holzverbrauch soll bei den Holzprodukten gegenüber heute um 35% und beim Energieholz um 85% erhöht werden. Das zusätzlich gewonnene Holz würde hauptsächlich zur Deckung des gesteigerten Inlandverbrauchs verwendet. Daneben würden aber auch die Exporte von verarbeitetem Holz erhöht bzw. die Holzwarenimporte verringert. Ebenfalls verringert werden sollen die Rohholzexporte. Im Berichtsjahr wurden die Vorarbeiten geleistet, um diesen Weg gehen zu können, und um eine starke liechtensteinische Holzwirtschaft aufzubauen.

Naturschutz

Die Stiftung CICONIA wurde zwecks Teilnahme mit einer Wanderausstellung an der LIHGA 2006 zum Weissstorch mit einem Beitrag unterstützt. Die Stiftung CICONIA ist als Liechtensteiner Partner am Interreg-Projekt «Feuchtgrünland und Storchenlebensräume zwischen Alpenrhein und Donau» beteiligt. Schwerpunkte des Projektes in Liechtenstein bilden Massnahmen zur Verbesserung des Storchen-Lebensraumes sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auf der Ebene der Umweltbildung.

Raum

Perspektiven Alpenrheintal

Die Regierung hat sich gemäss Regierungsprogramm zum Ziel gesetzt, Forschung und Entwicklung stärker zu unterstützen. In diesem Sinne wird das Forschungsprojekt «Perspektiven Alpenrheintal» der Hochschule Liechtenstein unterstützt.

Für die Forschenden ist das Alpenrheintal ein idealer Untersuchungsraum für ein interdisziplinäres, wissenschaftlich anspruchsvolles, anwendungsorientiertes und regional verankertes Forschungsprojekt. Hier lassen sich auf engem Raum zahlreiche Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt untersuchen, die typisch für viele Regionen Europas sind. Aufgrund seiner speziellen Lage mit drei Anrainerstaaten sowie der veränderten und sich weiter verändernden Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen wird das Alpenrheintal zu einem «Forschungslabor», in dem die konkreten Auswirkungen von Globalisierung und Europäisierung in Raum und Zeit untersucht werden können.

Für die Regierung ist das Wissen um diese Zusammenhänge von grundlegender Notwendigkeit für die Definition der gewünschten räumlichen Entwicklung. Nur aufbauend auf diesem Wissen können Entscheide getroffen werden, die eine langfristig kohärente Entwicklung ermöglichen. Das vorliegende Forschungsprojekt generiert Informationen und zeigt Methoden auf, die sehr hilfreich sind für die Festlegung der Strategie für die zukünftige räumliche Entwicklung.

Internationale Gartenbauausstellung

Liechtenstein bewarb sich im Berichtsjahr für Teilnahme an der Internationalen Gartenbauausstellung 2017 (IGA) im Bodenseeraum, die alle zehn Jahre in Deutschland stattfindet. Interessierte Städte müssen sich um die Austragung bewerben. Im Berichtsjahr stellte sich heraus, dass die Bewerbung Liechtensteins zumindest in Form einer assoziierten Partnerschaft Erfolg versprechend ist.

Ziel der IGA ist die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen durch Aufwertung großräumiger Grünstrukturen und durch Sicherung ökologisch bedeutender Freiflächen. Die länderübergreifende Zusammenarbeit soll anhand konkreter kommunaler und internationaler Projekte gefördert werden. Die Bodenseeregion präsentiert sich an der IGA 2017 mit dem Thema «Wasser verbindet».

Mit der IGA als gemeinsamem Projekt wird die länderübergreifende Zusammenarbeit anhand konkreter Aufgabenstellungen gefördert. Zukunftsorientiert soll miteinander die Lebensqualität als Wohn-, Freizeit- und Arbeitsstätte gestärkt werden. Gemeinsame Probleme in der Raumentwicklung sollen nachhaltig gelöst werden. Der verantwortungsbewusste Umgang mit Natur und Ressourcen soll aufgezeigt werden. So werden Umweltqualitätsziele für sämtliche Bereiche der Organisations-, Planungs- und Durchführungsphase formuliert und später durch eine Umweltfachstelle kontrolliert.

AMTSSTELLEN

Landwirtschaftsamt

Amtsleiter: Dipl. Ing. ETH Julius Ospelt

Das Landwirtschaftsamt ist zuständig für den Vollzug der landwirtschaftlichen Gesetze und nimmt zu landwirtschaftlichen Fragen Stellung. Im Berichtsjahr prägte die Fortsetzung der Arbeiten am landwirtschaftlichen Leitbild die Arbeit des Amtes, insbesondere zum Thema Paralandwirtschaft. Eine Arbeitsgruppe nahm sich zudem den speziellen Fragen des Berggebietes an. Ein anderer zentraler Bereich für die Landwirtschaft ist die Umsetzung der Vorwärtsintegration der Milchmarktordnung. Weitere Schwerpunkte im Landwirtschaftsamt waren die Erhaltung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, die Neubewertung der Alpen und die Trilateralisierung des Landwirtschaftsabkommens Schweiz-EU.

Allgemeines

Rechtssetzung
Das Landwirtschaftsamt hat bei der Erarbeitung des Landwirtschaftsgesetzes und bei der Anpassung der Direktzahlungsverordnung mitgewirkt.

Agrarmarkt
Der Produzentenpreis landwirtschaftlicher Erzeugnisse stieg (November 05-November 06) um 1,0%, was vor allem den guten Preisen beim Gemüse und beim Kalb- und Rindfleisch zu verdanken war. Der Preisindex für landwirtschaftliche Produktionsmittel (1997=100%) ist vom November 05 bis November 06 wieder auf den gleichen Stand gelangt. Deutlich günstiger waren hier Energie- und Schmierstoffe, sowie Material und Kleinwerkzeuge. Die Kaufkraft aus dem Erlös für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln verharrte damit auf dem tiefen Stand des Vorjahres.

Agrarpolitik

Aufgaben im nationalen Bereich

Landwirtschaftliches Leitbild-Phase II
Der von den Zielen hergeleitete Handlungsbedarf wurde analysiert und formuliert. Zu den einzelnen Zielbereichen wurden Massnahmen evaluiert und erarbeitet. Weitere Themenbereiche wie Paralandwirtschaft, Pferdehaltung, Abgrenzung von Gartenbaubetrieben, Direktzahlungen und Betriebsanerkennung, Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft wurden erörtert.

Die eigenständige Arbeitsgruppe Berglandwirtschaft Triesenberg hat in mehreren Sitzungen unter Expertenbegleitung Lösungsvorschläge für Massnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen, um die Berglandwirtschaft in der Gemeinde Triesenberg zu erhalten.

Für die Bereiche Paralandwirtschaft, Gartenbau und Pferdehaltung wurde eine ämterübergreifende Stellungnahme erarbeitet, welche aufzeigt, dass eine präzise Regelung des Sach- und Rechtsverhaltes unumgänglich ist. Es wurde festgestellt, dass das Baurecht, die Nutzungsordnungen der Gemeinden und das Bodenerhaltungsgesetz angepasst werden müssen.

Landwirtschaftsgesetz
Ein neues Rahmengesetz für die Landwirtschaft soll den heutigen, sich rasch ändernden Bedürfnissen der Landwirtschaft besser Rechnung tragen. Die Grundaussagen sollen auf Gesetzesstufe getroffen werden, die Vollzugsverordnungen können dann auf Stufe Regierung den veränderten Bedürfnissen rasch angepasst werden. Zu diesem Zweck wurde ein Projektauftrag formuliert, welcher dann im Januar 2007 von der Regierung genehmigt wurde. Ziel ist es, bis Sommer 2007 eine Vernehmlassung durchzuführen.

Aufgaben im internationalen Bereich

Agrarpolitik 2011
Neben der Grobanalyse wurde im Berichtsjahr ein Evaluationsbericht erstellt, welcher den notwendigen Handlungsbedarf auf liechtensteinischer Seite analysierte. Da die parlamentarische Behandlung der AP 2011 bis Mitte 2007 andauern und die AP 2011 auf den 01.01.2008 in Kraft treten soll, ergibt sich für Liechtenstein besonders in der 2. Hälfte 2007 Handlungsbedarf. Zwischenzeitlich wurde rechtzeitig auf den 01.01.2007 die Einführung der Kuhhalterbeiträge auf CHF 200 pro Grossvieheinheit umgesetzt.

Ausweitung des Agrarabkommens Schweiz-EU auf Liechtenstein
Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen für das Zusatzabkommen abgeschlossen und am 01. Dezember 2006 konnte die Vereinbarung in Vaduz paraphiert werden. Mit diesem Zusatzabkommen wird Liechtenstein die Teilnahme am Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der EU ermöglicht.

Ausgewählte Themen

Bodenschutz / Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche
Das Gesetz über die Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens gibt den Auftrag, das der Landwirtschaftszone zugeordnete Land für die landwirtschaftliche Nutzung zu erhalten. Zweckentfremdungen oder Verminderungen der Flächen sind nicht zulässig. Im Berichtsjahr gab es neben kleineren Abklärungen vor allem die beiden Projekte der Ortsplanrevision Balzers und Mauren unter diesem Aspekt weiter zu vertiefen.

In diesem Bereich konnten vollzugstechnische Grundsatzfragen geklärt werden, welche künftig die rechtssichere Beurteilung erleichtern.

Pflanzenbau

Feuerbrand
Im Jahr 2006 waren nur an wenigen Tagen optimale Witterungsbedingungen für die Infektion des Feuerbrandes gegeben. Dank der vorsorglichen Rodung der Wirtspflanzen (Cotoneaster) und der rigorosen Ausrottung der befallenen Bäume und Sträucher, konnte der Feuerbrand bis dato in Schach gehalten werden. Erstmals in unserem Land sind 5 Quittenbäume dem Feuerbrand zum Opfer gefallen.

Wegen der hohen Infektionsgefahr bleibt das Pflanzverbot von Wirtspflanzen und das Verstellverbot für die Bienen bestehen.

Statistik Feuerbrand: Gerodete Pflanzen

Jahr	Gemeinde	Apfelbäume Anzahl	Birnbäume Anzahl	Quitte Anzahl	Cotoneaster salicifolius Anzahl	Weissdorn Anzahl	Cotoneaster dammeri m^2
2005	Planken	4					
	Eschen					195	
	Ruggell	5					
	Schellenberg	20	10		15	2	
	Total	29	10		15	197	
2006	Balzers			2			
	Mauren		1	1			3
	Ruggell						2
	Schellenberg		7	2	15	2	3
	Total		**8**	**5**	**15**	**2**	**8**

Angebaute Kulturen
Die Anbauflächen der wichtigsten Ackerkulturen sind über die Jahre stabil. Beim Freiland-Konservengemüse nehmen die Flächen immer noch ab. Der Anbau der Treibzichorie hat sich bei rund 15 Hektaren eingependelt. Eine Abnahme ist bei den Buntbrachen zu verzeichnen.

Projekte

Entwicklungskonzept Natur und Landwirtschaft
Der Bericht und die Plangrundlagen wurden einer verwaltungsinternen Anhörung unterzogen. So konnte Mitte 2006 der Bericht für das Modul Landwirtschaft fertig gestellt werden. Die Resultate basierend auf den agrarpolitischen Aussagen des Leitbildes und der bestehenden Gesetzgebung, sind ein wertvolles Vollzugshilfsmittel für Aktivitäten auf landwirtschaftlich genutzten Flächen und formuliert die landwirtschaftliche Seite für die Diskussion beim Flächenanspruch.

Absatzförderung
Im Berichtsjahr gab die Regierung die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Förderung des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten in Auftrag. Die Resultate sollten Anfangs 2007 vorliegen und mit der Umsetzung sollte noch in der 1. Hälfte des Jahres 2007 begonnen werden können.

Projekt zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der Kulturpflanzen
Die Regierung hat die Phase III (2006-2010) zur Erhaltung der genetischen Vielfalt von Kulturpflanzen im Fürstentum Liechtenstein genehmigt. Die Schwerpunkte der Phase III sind die weitere Suche und Dokumentation von alten Kulturpflanzen, der Aufbau einer Datenbank und der Aufbau und die Stärkung des Vereins «Hortus» als langfristige Trägerschaft dieses Projektes.

Agrarpolitische Massnahmen

Milchwirtschaft
Die liechtensteinische Marktsituation ist massgeblich vom Geschehen auf dem schweizerischen Milchmarkt abhängig. Insgesamt bestand 2006 eine gute Marktlage, weil sich zentrale Einflussgrössen in der Schweiz und International gleichzeitig positiv entwickelt haben. Zu nennen sind insbesondere eine gute Inlandnachfrage, rückläufige Milcheinlieferungen in der Schweiz und in der EU, eine positive Entwicklung der Fettbilanz, vorteilhafte Wechselkursentwicklungen und gute Preise auf den internationalen Märkten für Milchpulver. Zentrale Faktoren für die künftige Entwicklung sind internationale Trends (WTO-Runde, EU-Freihandelsabkommen) und die Ausgestaltung der Reformen im Rahmen der AP 2011, wo wichtige Weichenstellungen für die Milchwirtschaft vorgenommen werden.

In Liechtenstein wurde im Berichtsjahr praktisch gleichviel Milch produziert wie im Vorjahr. Positiv ist festzustellen, dass der Anteil der wertschöpfungsstarken Fertigprodukte (Konsummilch, Jogurt, Rahm) gegenüber dem Vorjahr um 19 % gesteigert werden konnte. Das grösste Segment der Halbfabrikate konnte gegenüber dem Vorjahr um knapp 8 % reduziert werden. Auch diese Entwicklung ist positiv zu bewerten, da dies zur Hauptsache jener Teil ist, der nicht kostendeckend zu Butter verarbeitet wird.

Milchmarktordnung

2006 war das zweite Jahr unter der neuen Milchmarktordnung (MMO), deren Ziel und Zweck es ist, die liechtensteinische Milchwirtschaft nachhaltig zu stärken und eine grösstmögliche Selbstversorgung zu sichern. Dazu sollen mit der Vorwärtsintegration in die offenen Märkte wettbewerbsfähige Milchverarbeitungsstrukturen geschaffen und eine grösstmögliche Wertschöpfung erzielt werden.

Im Berichtjahr wurden von vier Milchverarbeitern und der Milchmarktkommission 16 Förderungsanträge behandelt und Budgetmittel von CHF 1.5 Mio. zugesichert.

MMO-Projekte im Jahr 2006

Typ	Anzahl Projekte 2006	zugesicherte Verteilung 2006 %
Projektfinanzierung	6	16.3
Absatzförderung	7	13.5
Infrastrukturbeiträge	1	30.0
Verarbeitungsprämien	1	35.2
Investitionshilfen	1	5.0
Total	**16**	**100.0**
Zugesicherte Fördermittel (in CHF)		1 500 000

Milchmarktkommission

Die Milchmarktkommission hielt im Berichtsjahr 9 Sitzungen ab.

Folgende Themen waren Gegenstand der Sitzungen: Erarbeitung einer Geschäftsordnung, Ausarbeitung des Berichtes zum Stand der Vorwärtsintegration, Herleitung und Gewichtung von Kriterien zur Bewertung der Zielerreichung von eingereichten Gesuchen, Festlegung der mittelfristigen Budgetverteilung, Abänderung der Milchmarktordnungsverordnung.

Milchkontingentierung

Die Öffnung der Agrarmärkte setzt die Milchwirtschaft mächtig unter Druck und lässt den Milchpreis weiter sinken. Der Grundpreis für Milch lag in den vergangenen zwei Jahren für die Produzenten bei CHF 0.67. Für die folgenden Jahre ist eine weitere Senkung des Produzentenpreises angekündigt. Die Milchproduzenten werden aus diesem Grund mit steigenden Kuhhalterbeiträgen gestützt.

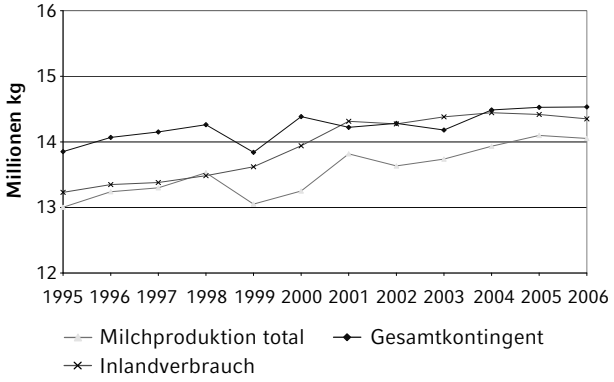
Eckdaten zur Milchkontingentierung 2006

		2004	2005	2006
Betriebe mit aktivem Kontingent		86	84	83
Gesamtkontingent	kg	14 486 747	14 451 975	14 532 387
Betriebe mit Milchablieferung		86	84	81
Verkehrsmilchproduktion (LMV)	kg	13 462 800	13 408 737	13 212 045
Verkehrsmilchproduktion inkl. Alpen	kg	13 938 122	14 098 728	14 052 486
Anzahl Überlieferer		7	3	16
Überlieferte Menge	kg	16 577	45 506	113 919
Zweijährige Abrechnung 2005 + 2006				
Anzahl Überlieferer		13		16
Überlieferte Menge	kg	30 281		128 161

Alpenmilchproduktion und verarbeitete Produkte im Jahre 2006

Alpe	Gesamtmilch-menge in kg	Käse fett in kg	Käse sauer in kg	Butter in kg	Konsummilch auf der Alp in kg	Abgelieferte Milch an Milchhof in kg
Guschg	17 320	1 687		206		-
Pradamee	103 887	9 111	1 396	914	218	-
Sücka	109 335	8 832	1 424	1 524	300	-
Valüna	51 894	3 694	1 962	346		-
Älple	33 698					33 698
Total 2006	**316 134**	**23 324**	**4 782**	**2 990**	**518**	**33 698**
Total 2005	294 967	20 997	5 358	3 077	1 239	34 198

Entwicklung der Milchproduktion, des Inlandverbrauches und des Gesamtmilchkontingentes



Einkommensverbessernde Direktzahlungen

Einkommensverbessernde Direktzahlungen dienen der Verbesserung des bäuerlichen Einkommens der bodenbewirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe. Es sind Zahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen. Die verschiedenen Beiträge (Basis-, Tierhalter-, Pflanzenbau-, Flächenbeitrag, Beitrag für die raufutterverzehrenden landwirtschaftlichen Nutztiere sowie der Anbaubeitrag) können von den Betrieben beansprucht werden. Mit diesen Beiträgen wird die flächendeckende Nutzung mit Tieren und Kulturen gewährleistet.

Einkommensverbessernde Direktzahlungen 2006 – Stand Dezember 2006

Beitragsart	Beitrags-berechtigte Landwirtschafts-betriebe	Durchschnittliche Beiträge pro Betrieb in CHF	Aus-bezahlte Beiträge in %
Basisbeitrag	125	12 307	30
Tierhalterbeitrag	114	5 768	14
Pflanzenbaubeitrag	130	6 380	15
Flächenbeitrag	131	3 907	9
Raufutterbeitrag [1)]	114	12 582	31
Anbaubeitrag	9	237	1
Total Direktzahlungen	**131**		**100**

[1)] 1 828 GVE erhielten Raufutterbeiträge

Abgeltungen ökologischer und tiergerechter Leistungen

Der Landwirtschaftsbetrieb erhält für Leistungen Beiträge, die er für die Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume, für die bodenschonende Bewirtschaftung oder den extensiven Ackerbau erbringt. Die integrierte bzw. biologische Produktion ist bei fast allen Landwirtschaftsbetrieben Standard. Für die Aufwendungen für die Ethologie, dem regelmässigen Auslauf der landwirtschaftlichen Nutztiere und den besonders tierfreundlichen Stallhaltungssystemen werden die Landwirtschaftsbetriebe abgegolten. Für die umweltschonende und tiergerechte Produktion werden 60 % der Abgeltungsbeiträge verwendet.

Übersicht der Abgeltungsmassnahmen und deren Beanspruchung im Jahre 2006

Massnahme	Anzahl Vertragspartner	Einheiten	Beiträge in %
Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume			
Extensiv genutzte Wiesen	119	501 ha	25
Wenig intensiv genutzte Wiesen	29	47 ha	1
Obstbäume einzeln	105	4 851St.	2
Obstbäume Gärten	67	4 032 St.	2
Obstbäume auf extensiv genutzten Standorten	38	1 516 St.	2
Bodenschonende Bewirtschaftung			
Begleitflora	28	111 ha	1
Winterbegrünung	63	241 ha	2
Buntbrache	7	10 ha	1
Dauerwiesen	55	403 ha	4
Extensiver Ackerbau			
Extenso-Beiträge	38	144 ha	1
Umweltschonende und tiergerechte Betriebsführung			
Integrierte Produktion (IP)	88	2 677 ha	30
Biologische Produktion (Bio)	35	1 030 ha	14
Bio-Umstellung	1	1 Betr.	0
Regelmässiger Auslauf (RAUS)	86	3 390 GVE	13
Besonders tierfreundliche Stallhaltung (BTS)	36	1 684 GVE	4
Total			**100**

Kontrollen
Die integriert produzierenden Bauern und die Bio-Landwirte werden von unabhängigen und zertifizierten Kontrollstellen aus der Schweiz überprüft. In unserem Land sind dies der Kontrolldienst für umweltschonende und tierfreundliche Qualitätsproduktion (KUT) des Kantons St. Gallen für die integriert produzierenden Bauern und die Kontrollorganisation bio-inspecta mit Sitz in Frick für die nach den biologischen Richtlinien produzierenden Bauern.

Bei den integriert produzierenden Betrieben wurden bei 10 Betrieben Mängel festgestellt. Bei 2 Betrieben musste der IP-Beitrag gekürzt werden. Alle Bio-Betriebe wurden kontrolliert, bei 10 Betrieben wurden Mängel festgestellt, was bei 4 Betrieben zu Abzügen beim Biobeitrag führte.

Die Gemeindekontrolleure betreuen verschiedene Bereiche beim Vollzug des Abgeltungsgesetzes sowie des Hanglagen- bzw. Berggebietsgesetzes und sind eine wichtige Stütze für das Landwirtschaftsamt.

Verwaltungsinterne Fachgruppe
Landwirtschaftsbetriebe müssen die Bestimmungen der Tierschutz-, Naturschutz- und Umweltschutzgesetzgebung einhalten. Die verwaltungsinterne Fachgruppe, die sich aus Vertretern des Landwirtschaftsamtes, des Amtes für Umweltschutz, des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen und des Amtes für Wald, Natur und Landschaft zusammensetzt, hat im Vorfeld der Auszahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe über die notwendigen Sanktionen beraten. Bei 1 Landwirtschaftsbetrieb mussten die Direktzahlungen und Abgeltungen wegen der Nichteinhaltung der Tierschutzvorschriften reduziert werden.

Die Fachgruppe hat zudem ein Konzept über die Kontrollkoordination erarbeitet, indem auch als erklärtes Ziel definiert wurde, die Anzahl notwendiger Vor-Ort-Kontrollen in Liechtenstein auf einen Betriebsbesuch pro Jahr zu beschränken.

Förderung Berglandwirtschaft und Hanglagen
Produktionserschwernisse haben Landwirtschaftsbetriebe, insbesondere in den Gemeinden Triesenberg, Planken und Schellenberg. Die Produktionsnachteile bestehen vor allem wegen ungünstigen topografischen Verhältnissen. Dies führt zu einem höheren Aufwand bei der Bewirtschaftung. Die Beiträge tragen wesentlich zur Einkommensverbesserung im Berggebiet bei.

Förderung Berglandwirtschaft und Hanglagen im Jahre 2006

Gemeinde	Betriebszuschuss		Flächenbewirtschaftungsbeiträge		Total
	GVE	CHF	ha	CHF	CHF
Balzers	0	0	1.8	513	513
Triesen	0	0	115.6	81 370	81 370
Triesenberg	331.3	380 920	343.0	304 892	685 812
Vaduz	0	0	11.4	5 496	5 496
Schaan	0	0	0	0	0
Planken	7.7	6 478	26.6	17 309	23 787
Eschen	0	0	31.9	8 820	8 820
Mauren	0	0	26.4	9 460	9 460
Gamprin	0	0	39.9	12 226	12 226
Ruggell	0	0	20.6	12 439	12 439
Schellenberg	88.2	74 938	55.2	31 869	106 807
Total	**427.3**	**462 336**	**672.4**	**484 394**	**946 730**

Alpwirtschaft

Alpbestossung 2006
Auf den Inlandalpen wurden gegenüber dem Vorjahr etwas weniger Tiere gealpt. Die Bestossung betrug im Durchschnitt 88% der festgesetzten Stösse, gegenüber 89% im Vorjahr. Auf den Liechtensteiner Alpen in Vorarlberg wurden ebenfalls etwas weniger Tiere gealpt. Die Bestossung betrug 92% gegenüber 93% im Vorjahr. Bei den Inlandalpen und bei den Alpen in Vorarlberg erreichte je eine Alpe die geforderte Bestossung von 75% der festgesetzten Stösse nicht und erhielt den Alpungskostenbeitrag nur für die effektiv gealpten Tiere.

Gealpte Tiere und Alpungskostenbeiträge im Jahr 2006 (Inlandalpen und Eigenalpen in Vorarlberg)

	2005		2006	
	Alpen in FL	Alpen in Vlbg.	Alpen in FL	Alpen in Vlbg.
Kühe mit Milchverwertung	286	-	269	-
Kühe ohne Milchverwertung	136	-	121	1
Mutterkühe	186	-	188	2
Rinder/Ochsen über 2 Jahre	491	97	94	451
Rinder/Ochsen 1 – 2 Jahre	632	322	246	299
Kälber bis 1 Jahr	315	141	389	158
Pferde/Esel/Ponys	71	5	73	10
Schafe	147	-	-	-
Ziegen	177	1	-	12
Gealpte GVE	1 626	334	1586	330
Alpungskostenbeiträge in CHF	473 458	85 228	464 042	87 568

Alpverbesserungen 2006
Im Berichtsjahr wurden auf folgenden Alpen Sanierungsmassnahmen nach dem Alpwirtschaftsgesetz durchgeführt:

Guschgfiel	Alpgebäude Riet: Sanierung Aussenmauern, Reparatur Dach
Guschgfiel	Alpgebäude Matta: Speicherofen
Pradamee	Abdeckung Jauchegrube
Sareis	Ausbau Innenraum Hirtenhütte
Dürrwald	Hütte Oberalpe: Holzherd
Dürrwald	Hütte Unteralpe: Gasofen für Boiler
Fahren-Ziersch	Sanierung Weg und Hang zur Oberalpe
Rauz	Sanierung Hirtenhütte
Tiefensee	Rodungen

Landesalpenkommission
Die Landesalpenkommission hat im Jahr 2006 Begehungen auf den Alpen Rauz, Elsa-Alpe, Turna-Sareis und der Alpe Pradamee durchgeführt. An diesen Begehungen wurden grössere Bauvorhaben auf diesen Alpen begutachtet und die Bewirtschaftung überprüft.

Alpwirtschaftliche Projekte
Die Kartierung der Inländischen Alpen wurde im Jahr 2006 abgeschlossen. Die Resultate müssen mit den Alpbesitzern diskutiert und bereinigt werden.

Grundlagenverbesserung

Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft
Da die Förderhöhe mit der endgültigen Zusicherung definitiv festgelegt wird, ändert sich bei Eintreten von Mehr- oder Minderkosten des jeweiligen Projektes an der Höhe der subventionsberechtigten Kosten nichts. Wer vorausschauend plant und kostengünstig baut, kann von der seit 2001 geänderten Handhabung profitieren. Dieser Vorteil blieb im Berichtsjahr von den meisten Bauherren ungenutzt.

Erstmalig, seit Inkrafttreten des Gesetzes über Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft im Jahre 2001, wurden im Berichtsjahr zwei Kühlhallen von Gemüseproduzenten realisiert und gefördert.

Aufgrund der auch in diesem Jahr ausserordentlich tiefen Hypothekarzinssätze fielen die Aufwendungen im Bereich Zinsendienst, in dem für 50 % der subventionsberechtigten Baukosten während der typischen Lebensdauer der geförderten Objekte der Zins vom Land übernommen wird, analog zum Vorjahr erneut gering aus. Viele, insbesondere grössere Projekte ziehen sich über mehrere Jahre hin. Die Anzahl und Art der eingereichten Projekte ist nicht vorsehbar. Die gestaffelten Subventionen sind leicht angestiegen. Sie werden auch in Zukunft noch stärker ins Gewicht fallen.

Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft
Die Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft hielt im Berichtsjahr fünf Arbeitssitzungen ab. Der Schwerpunkt der Arbeit lag in der Behandlung der anstehenden Gesuche. Ausserdem erfolgten diverse Bauabnahmen realisierter Projekte. Neu ins Leben gerufen wurde eine kommissionsinterne Fachgruppe «Förderung von Einrichtungen und Anlagen».

Projektstatus	2005	2006	Davon im Jahr 2006 abgelehnt
Neue Betriebsstandorte			
Regierung	-	1	-
Vorbescheid Kommission	6	10	1
Vorbescheid Regierung	2	7	-
Endgültige Zusicherung			
Kommission	6	10	1
Endgültige Zusicherung			
Regierung	2	7	-
Abrechnung	12	4	-
Starthilfe für Junglandwirte	2	1	-
Betriebsübernahmen / -übergaben	1	4	-
Verpachtung von Betrieben	3	-	-
Umnutzung eines Stallteiles	-	-	-

Bodenverbesserungen
Das Projekt «automatische Grundwasserregulierung des Vaduzer und Teile des Gampriner Rietes» wurde abgeschlossen. Das ausgeführte Projekt hat zum Ziel, die Pumpwassermengen zu reduzieren und dem Boden nur in denjenigen Gebieten Wasser zu entnehmen, wo dies aufgrund der Bodenverhältnisse auch wirklich notwendig ist. Nebst einer nachhaltigen Grundwasserbewirtschaftung wurden auch landwirtschaftliche Aspekte in das Projekt miteinbezogen.

Amt für Umweltschutz

Amtsleiter: Dr. Helmut Kindle

Nach der Neubestellung des Amtsleiters im Mai 2006 erfolgte eine interne Reorganisation des Amtes. Das neu erarbeitete Organigramm wurde auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

Im gesetzgeberischen Bereich standen die Arbeiten für ein umfassendes Umweltschutzgesetz nach schweizerischem Vorbild sowie die Schaffung eines eigenständigen Klimaschutzgesetzes im Vordergrund. Weitere vorbereitende Arbeiten im gesetzgeberischen Bereich betrafen die Themen Chemikalien, Strahlenschutz, strategische Umweltprüfung, Grundwasserschutz und Lagerung von Hofdüngern.

Die seit 1995 bestehende Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) hat im Dezember 2005 das «Entwicklungskonzept Alpenrhein» vorgestellt. Im Jahre 2006 beschäftigte sich die IRKA mit möglichen Organisationsformen zur zukünftigen Umsetzung des Konzeptes.

Zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie wurde 2006 das Untersuchungsprogramm für den Alpenrhein und den Bodensee festgelegt. Damit sollen Grundlagendaten für den bis 2009 zu erstellenden Bewirtschaftungsplan erhoben werden.

2006 konnten wichtige Bauvorhaben der Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerrenaturierung abgeschlossen werden. An die Baukosten der Verbandsanlagen wurden 50 %-ige Landesbeiträge ausgerichtet. Ab 1.1.2007 gilt die neue Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden und es werden keine projektbezogenen Subventionen mehr gewährt.

Im Bereich Luftreinhaltung lag das Schwergewicht bei den Kontrollen aller Feuerungsanlagen, der Blockheizkraftwerke und der Tankstellen. Die Überwachung der Immission erfolgte weiterhin gemeinsam mit den Ostschweizer Kantonen (OSTLUFT). Der Vorsitz in der Geschäftskommission ging von Liechtenstein an Appenzell Ausserrhoden über.

Die Arbeiten im Bereich Klimaschutz konzentrierten sich auf die Implementierung der Vorgaben, welche sich aus den Verpflichtungen der Klimakonvention und des Kyoto-Protokolls ergeben. Im Vordergrund standen die Erarbeitung des vollständigen Klimainventars für alle Jahre seit 1990 nach den internationalen Vorgaben und die Erstellung des so genannten Initial Reports. Auf diesen Grundlagen werden die definitiven Reduktionsmengen für Liechtenstein festgelegt.

Als Grundlage für die Bewilligung von Erdsonden zur Wärmeerzeugung wurde die Eignungskarte für Erdwärmesonden bereitgestellt.

Die Unterländer Gemeinden sowie die Gemeinden Schaan und Planken prüfen eine Zusammenarbeit im Deponiebereich. In Zusammenarbeit mit den Schweizer Kantonen wurden Faktenblätter für einheitliche Standards bei Entsorgungsbetrieben erarbeitet.

Zur Überwachung der Altablagerungen entlang des Rheindammes wurde ein Konzept für ein Grundwassermonitoring erstellt.

Die Risikoanalyse zur Erdgashochdruckleitung im Bereich Rheinparkstadion wurde dem Amt vorgelegt und einer ersten Beurteilung unterzogen.

Insgesamt befinden sich zwölf Projekte in den verschiedenen Verfahrensschritten gemäss dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Organisation
Nach der Neubestellung des Amtsleiters im Mai 2006 erarbeiteten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine neue Organisationsstruktur. Das vorgeschlagene Organigramm wurde von der Regierung genehmigt und auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Mit der neuen Struktur ist das Amt nun gut gerüstet für die zukünftigen Herausforderungen.

Rechtsetzung
Das Amt für Umweltschutz hat im Berichtsjahr bei folgenden Projekten mitgewirkt:
- Umweltschutzgesetz;
- Klimaschutzgesetz;
- Gesetz über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (Strategische Umweltprüfung);
- Verordnung über den Verkehr mit gefährlichen Stoffen im EWR;
- Verschiedene Entwürfe zu Verordnungen zum Schutz von Quellfassungen und von Grundwasserpumpwerken;
- Verordnung über die Lagerung von Hofdüngern in der Landwirtschaft.

Das Amt für Umweltschutz nahm Einsitz in eine Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der liechtensteinischen Strahlenschutzgesetzgebung.

Verkehr mit gefährlichen Stoffen
Im Jahre 2005 traten in der Schweiz das neue Chemikaliengesetz und die darauf abgestützten Verordnungen in Kraft. Diese neue Gesetzgebung ist seit Juni 2006 auch in Liechtenstein anwendbar. Trotz der Angleichung des schweizerischen Rechts an die Vorschriften der EU bestehen weiterhin diverse Unterschiede zum EU-Recht.

In Liechtenstein gilt das Prinzip der parallelen Verkehrsfähigkeit im Bereich der Chemikalien. Die Verordnung über den Verkehr mit gefährlichen Stoffen im EWR ist entsprechend der neuen Gesetzgebung anzupassen. Diesbezügliche Vorarbeiten sind angelaufen.

Schutz von Quellfassungen und von Grundwasserpumpwerken
Verschiedene Entwürfe zu Verordnungen zum Schutz von Quellfassungen und von Grundwasserpumpwerken wurden erarbeitet.

Lagerung von Hofdüngern
Vorbereitet wurde ebenfalls eine Verordnung über die Lagerung von Hofdüngern in der Landwirtschaft.

EWR-Abkommen
Im Jahr 2006 waren mehr als 40 EU-Rechtsakte zu prüfen. Besondere Aufmerksamkeit erforderten die Richtlinie über ein System für den Handel mit Emissionszertifikaten in der Gemeinschaft sowie die Richtlinie über die absichtliche Freisetzung von genetisch veränderten Organismen in die Umwelt.

Internationale Übereinkommen
Liechtenstein nahm im Berichtsjahr 2006 an folgenden Konferenzen teil oder liess sich durch die Schweizer Delegation vertreten:
- 2. Konferenz der Vertragsparteien zum Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe in Genf (Vertretung durch die Schweiz);
- 3. Konferenz der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens über den Import und Export von Chemikalien in Genf (Vertretung durch die Schweiz);
- 18. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe in Neu Delhi (Vertretung durch die Schweiz);
- 12. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 2. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls in Nairobi (Teilnahme durch Felix Näscher am High-Level-Segment);
- 8. Konferenz der Vertragsparteien der Basler Konvention über die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Sonderabfällen und ihrer Beseitigung in Nairobi (Vertretung durch die Schweiz).

Im Rahmen der Arbeit in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) arbeitete das Amt für Umweltschutz in der Kommission Umwelt mit.

Umweltmanagementsysteme
Der Kontakt mit Industrie- und Gewerbebetrieben betreffend Umweltmanagementsysteme wurde weitergepflegt. Speziell Abfallentsorgungsbetriebe zeigen an einer Zertifizierung nach ISO 14000 grosses Interesse.

Umweltinformation
Der vom Amt bearbeitete Umweltschutzkalender 2006 war dem Thema «Zeit zum Handeln - das Klima wartet nicht» gewidmet.

Die Arbeiten am Umweltinformationssystem (UIS) wurden weitergeführt. Ein Prototyp zur Überprüfung des fachlichen und technischen Grobkonzeptes wurde in Auftrag gegeben und sollte bis Mai 2007 realisiert sein.

Umweltverträglichkeitsprüfungen
Im Jahre 2006 wurde für drei neue Projekte die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt:
- Bau einer Biogasanlage in Balzers
- Bau einer 110-kv-Hochspannungsleitung von Triesen nach Balzers
- Bau eines Parkhauses im Zuge der Expansion einer liechtensteinischen Bank.

Für weitere vier Projekte wurde die UVP-Relevanz negativ beurteilt respektive das Projekt wurde vom Projektträger zurückgezogen.

Insgesamt befanden sich Ende 2006 zwölf Projekte in einem UVP-Verfahren (Umweltbericht ausarbeiten, Vernehmlassung des Berichtes, Kontrolle der Auflagen).

Wasserwirtschaft

Allgemeines und internationale Zusammenarbeit
An der 52. Tagung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) im Mai 2006 in Mannenbach/TG konnte festgestellt werden, dass sich die Wasserqualität des Bodensees erfreulich entwickelt. Damit ist der Erfolg der Gewässerschutzmassnahmen im Einzugsgebiet eindrücklich bestätigt. Erhebliche Defizite bestehen aber bei der Gewässermorphologie. Gemäss Aktionsprogramm 2004 bis 2009 ist es eine vordringliche Aufgabe, die verbauten Seeufer und die kanalisierten Fliessgewässer naturnah zu gestalten und als aquatische Lebensräume wieder herzustellen.

Das Koordinierungskomitee zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Rheineinzugsgebiet traf sich im Juni 2006 in Metz/Frankreich zur 13. Sitzung. Es legte fest, wie die Übersichtsüberwachung des Gewässerzustandes im gesamten Rheineinzugsgebiet zu erfolgen hat und welche weiteren Schritte erforderlich sind, um bis 2009 den geforderten Bewirtschaftungsplan für das 200 000 km² grosse Rheineinzugsgebiet unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu erstellen.

Für das Bearbeitungsgebiet Alpenrhein/Bodensee wurde 2006 das Gewässer-Monitoring-Programm festgelegt und in einem Bericht publiziert. Daraus geht hervor, dass viele Sachdaten bereits im Rahmen der See- und Zuflussuntersuchungen erhoben werden.

Die Grenzgewässerkommission Liechtenstein-Vorarlberg befasste sich 2006 insbesondere mit dem Projekt Egelsee an der Landesgrenze bei Mauren, den wasserwirtschaftlichen Verhältnissen bei der Samina, den ökologischen Auswirkungen der Entleerung des Stausees

Steg im Juli 2006, dem Projekt für die Renaturierung der Spiersbachmündung sowie den wasserbautechnischen Fragen am Alpenrhein.

Das Amt für Umweltschutz wirkte im Berichtsjahr an der weiteren Konkretisierung der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Alpenrhein mit.

Oberflächengewässer

Die Jahres-Niederschlagsmenge 2006 betrug bei der Messstelle Vaduz 962 mm und lag damit etwas über dem langjährigen Mittelwert von 943 mm. Der trockene Spätherbst führte zu tiefen Grundwasserständen und geringen Abflussmengen in den Fliessgewässern.

2006 wurde der Fliessgewässerkataster als digitales Gewässernetz erstellt. Er dient zukünftig der Visualisierung, Lokalisierung und Analyse von gewässerbezogenen Sachdaten, wie Abflussmenge, Struktur und Gewässergüte.

Das Daueruntersuchungsprogramm zur Ermittlung des chemischen Zustands der Fliessgewässer wurde 2006 weitergeführt. Die Auswertung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse 2005/2006 zeigt, dass beim Binnenkanal, Spiersbach, Speckigraben, Scheidgraben und der Samina die Qualitätsziele eingehalten sind. Dem gegenüber ist die Esche nach wie vor deutlich bis stark belastet. Sie weist, besonders im Mündungsbereich, einen unbefriedigenden chemischen Gütezustand auf.

Die Ergebnisse der Kartierung der Strukturgüte (Ökomorphologie) der Fliessgewässer Liechtensteins 2005 wurden zum Weltwassertag am 22. März 2006 publiziert. Die Bestandesaufnahme zeigt, dass besonders bei den stark beeinträchtigten Fliessgewässern im Talraum wie Binnenkanal, Esche und Spiersbach und deren Zubringer ein grosser Handlungsbedarf besteht. Gemäss Art. 34 Gewässerschutzgesetz soll in den nächsten Jahren ein zwischen Land und Gemeinden abgestimmter Massnahmenplan zur Gewässerrenaturierung erstellt werden.

2006 konnte die Renaturierung Vaduzer Giessen sowie die dritte Etappe der Korrektion Waschgraben in Schaan abgeschlossen werden. An die Baukosten hat das Land einen 50 %-igen Landesbeitrag ausgerichtet.

Grundwasser

Die Dauerüberwachung der Grundwasser-Spiegellagen wurde weitergeführt. Der Zustand des Grundwassers in chemischer und bakteriologischer Hinsicht wurde vornehmlich bei den Grundwasserpumpwerken erhoben. Es zeigten sich keine nennenswerten Veränderungen der Güte des für die Wasserversorgung genutzten Grundwassers.

Die Untersuchungen im Abstrombereich der Deponie Eschnerau in Bendern zeigten, dass die Eluate schadstoffbelastet sind und weiter unter Kontrolle gehalten werden müssen. Weitergehende Abklärungen sind im Gange.

Die Flurabstandskarten auf der Grundlage des digitalen Gelände- und Grundwassermodells zeigen, in welcher Tiefe unter der Erdoberfläche das Grundwasser ansteht. Im Talraum wird der Grundwasserspiegel vielerorts direkt von der Wasserspiegellage des Rheins diktiert.

Das stationäre Grundwassermodell wurde 2006 zu einem dynamischen Grundwassermodell Alpenrheintal erweitert. Damit wird es möglich sein, zukünftig die wichtigen Wechselwirkungen zwischen Rhein und Grundwasserstrom und damit die Auswirkungen von wasserbaulichen Massnahmen (Gerinneaufweitungen, Umbau Blockrampen), wie sie im Entwicklungskonzept Zukunft Alpenrhein vorgesehen sind, prognostizieren zu können.

Der planerische Schutz der Trinkwasser-Gewinnungsgebiete durch Ausscheidung von Schutzzonen und -arealen wurde weiterverfolgt. 2006 wurden die technischen und rechtlichen Grundlagen für den Schutz der Quellfassungen der Gemeinde Triesenberg auf der Rheintalseite und im Saminatal sowie für das Grundwasserschutzareal Im Damm, Triesen, bearbeitet.

Wassernutzungen

Die Trinkwassernutzung erfolgte im 2006 im gleichen Umfang wie im Vorjahr. Da die Daten 2006 noch nicht vorliegen, werden die Werte für 2005 genannt: Der Verbrauch von Trink- und Brauchwasser betrug rund 7.8 Mio. m3. Die öffentlichen Wasserwerke lieferten rund 6.4 Mio. m³. Von den konzessionierten Selbstversorgern wurden etwa 1.3 Mio. m³ Grundwasser gefördert. Die Wasserbedarfsdeckung erfolgt gesamthaft zu 53 % durch Grundwasser, zu 47 % durch Quellwasser. Der spezifische Wasserbedarf (inkl. Industrie auf 200 Arbeitstage gerechnet) betrug 827 Liter pro Einwohner und Tag.

Die Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland (WLU) sowie die in der Gruppenwasserversorgung Oberland (GWO) zusammengeschlossenen Gemeindewasserwerke haben 2006 weitere Massnahmen zur Qualitätssicherung umgesetzt. Die Wasserreglemente wurden überarbeitet und soweit möglich vereinheitlicht. Das Generelle Wasserversorgungsprojekt für die Gemeinden des Unterlandes wurde im Dezember 2006 von der Regierung genehmigt. Dieses sieht als mittelfristige Massnahme den Bau einer zweiten Trinkwasser-Verbundleitung Schaan-Nendeln vor.

2006 wurden die Quellfassungen Bleika in Triesenberg sowie das Reservoir Maree in Vaduz in Betrieb genommen. Saniert wurden das Grundwasserpumpwerk Unterau/Schaan sowie die Reservoire Stieg/Vaduz, Spitaler/Schellenberg und Duxwald/Schaan. An die Baukosten wurde ein Landesbeitrag von 50 % ausgerichtet (Konto 700.562.01 und 700.562.02)

Zunehmende Bedeutung gewinnt die thermische Wassernutzung. Im Juni 2006 wurde in Vaduz eine neue Anlage zur Wärmegewinnung aus dem Grundwasser konzessioniert. Derzeit bestehen insgesamt elf konzessionierte Anlagen, in denen im Berichtsjahr insgesamt 2.1 Mio. m³ Quell-, Grund- und Binnenkanalwasser thermisch genutzt wurden.

Siedlungsentwässerung

Gemäss den Bestimmungen des Gewässerschutzgesetzes sind verschmutzte Abwässer der Kläranlage zuzuleiten. Dem gegenüber sind unverschmutzte Abwässer, wie Regenwasser, vor Ort zu versickern oder getrennt in die Vorfluter abzuleiten. Im Kanalnetz ist stetig anfallendes unverschmutztes Abwasser besonders unerwünscht, da es den Reinigungseffekt der Kläranlage vermindert. Somit kommt den Massnahmen zur Abtrennung von «Fremdwasser» eine besondere Bedeutung zu.

2006 wurden die Zustandsberichte Einzugsgebiete, Abwasseranfall, Fremdwasser, Versickerung, Kanalisation und Gefahrenbereiche für den Generellen Verbands-Entwässerungsplan (VGEP) abgeschlossen. Der VGEP ist ein Projekt des Abwasserzweckverbandes der Gemeinden Liechtensteins. Er regelt die übergeordneten Belange der Abwasserentsorgung und legt Inhalt und Darstellung der Generellen Entwässerungspläne (GEP) der Gemeinden fest. In der VGEP-Begleitkommission sind auch Vertreter des Landes (Amt für Umweltschutz, Tiefbauamt) und der Gemeinden vertreten. Somit ist die Koordination zwischen den Akteuren gewährleistet.

Der Zustandsbericht Kanalisation zeigte, dass die anfangs der Siebzigerjahre erbauten Verbandskanäle entlang der Esche sowie im Bereich Bendern und Nendeln teilweise sanierungsbedürftig sind. Im Mai 2006 haben die Gemeindedelegierten des AZV einen entsprechenden Vorgehensplan beschlossen und die erforderlichen Finanzmittel genehmigt.

Das Gewässerschutzgesetz verpflichtet die Gemeinden, die Generellen Entwässerungspläne nach den Vorgaben des Abwasserzweckverbandes zu erstellen und diese der Regierung zur Genehmigung vorzulegen.

Kommunale Abwasserreinigung und Klärschlammverwertung

Sammlung und Reinigung der kommunalen Siedlungsabwässer obliegen dem 1971 gegründeten Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins (AZV). Diesem Zweckverband gehören seit dem 1. Januar 2000 alle Gemeinden an.

Die mechanisch-biologische Abwasserreinigung mit simultaner Phosphatfällung erfolgt seit 1976 in der Kläranlage Bendern. Diese wurde 1997 bis 2005 erweitert und ausgebaut. 2006 wurden 9.5 Mio. m³ Abwasser gereinigt. Die Qualität des in den Alpenrhein abgeleiteten gereinigten Abwassers wird online überwacht. Die rund 75 Analysen des Kläranlagebetreibers sowie die vier Kontrollen des Amtes für Umweltschutz belegen, dass das gereinigte Abwasser sowie die Reinigungsleistung der Kläranlage Bendern 2006 den gesetzlichen Anforderungen entsprachen.

Die im November 2005 in Betrieb genommene neue Schlammbehandlungsanlage zur Entwässerung und Trocknung des bei der Abwasserreinigung anfallenden Klärschlamms arbeitete 2006 einwandfrei. Optimierungsbedarf besteht noch beim Energieverbrauch. 2006 fielen total 1 120 Tonnen Klärschlamm-Granulat (Trockensubstanz grösser 97 %) an, welches im Zementwerk Untervaz/GR thermisch verwertet wurde. Das anfallende Klärgas diente der Strom- und Wärmeproduktion.

Die wichtigsten Bauprojekte im Berichtsjahr waren die Fertigstellung der Schlammbehandlungsanlagen sowie die Bestandesaufnahme (Phase 1) des Verbandsentwässerungsplanes.

Abwasser aus Haushalt, Gewerbe und Industrie

Die Gemeinden üben die Aufsicht über die privaten Liegenschaftsentwässerungen aus. Sie erteilen auf der Grundlage ihrer Kanalisationsreglemente die Bewilligungen zur Einleitung von häuslichem Abwasser in das öffentliche Kanalnetz. Bauten und Anlagen ausserhalb des Kanalisationsbereichs wie auch die in Sonderfällen erforderliche Vorbehandlung des Abwassers in gewerblichen und industriellen Betrieben werden vom Amt für Umweltschutz bewilligt und kontrolliert.

Bei den zwei grossen Lebensmittelbetrieben fallen grosse Mengen an organisch belasteten Abwässern an. Diese Betriebe sind verpflichtet, ihre Abwässer betriebsintern vorzubehandeln. Die Vorbehandlungsanlagen funktionierten 2006 einwandfrei.

Die Betriebsabwässer der zwei grossen Metall verarbeitenden Betriebe müssen aufgrund ihrer speziellen Zusammensetzung in betriebseigenen Kläranlagen behandelt werden. Die gereinigten Abwässer werden direkt in die Oberflächengewässer (Esche, Scheidgraben) eingeleitet. Die amtlichen Kontrollen der Betriebskläranlagen sowie der Aufnahmegewässer ergaben, dass 2006 die vom Amt für Umweltschutz verfügten Einleitungsbedingungen erfüllt waren.

2006 wurde wieder eine Anzahl Tankstellen und Garagenbetriebe gewässerschutztechnisch überprüft; erforderlichenfalls wurde die Sanierung von Missständen angeordnet und überprüft.

Gewässerschutz in der Landwirtschaft

Das Gewässerschutzgesetz verlangt bei Betrieben mit Nutztierhaltung ausreichend grosse Lageranlagen für Hofdünger. Ungenügende oder zu kleine Hofdüngerlager haben in der Vergangenheit, bei langen schneereichen Wintern, zu Verstössen des Düngeraustragverbots auf Schnee geführt. Deshalb hat das Amt für Umweltschutz 2006 alle Landwirte aufgefordert, ihre Anlagen zur Hofdüngerlagerung zu deklarieren. Die Selbstdeklarationen gingen vollzählig und zeitgerecht ein. Die gewässerschutztechnische Beurteilung der 120 Betriebe mit Nutztierhaltung zeigte, dass bei zirka 20 Betrieben eine Sanierung der Hofdüngerlager erforderlich sein wird. Um Rechtssicherheit im Vollzug der gewässerschutzrechtlichen Anforderungen zu gewährleisten, wurde ein Verordnungsentwurf betreffend die Lagerung von Hofdüngern in der Landwirtschaft ausgearbeitet und den involvierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet. Der Vollzug erfolgt 2007.

Das Amt für Umweltschutz ist in der Projektgruppe Landwirtschaftliches Leitbild und in der Fachgruppe Direktzahlungen vertreten. In diesen Gremien wurden 2006 die Umsetzung des Landwirtschaftlichen Leitbildes (Phase 2), die Koordination von Kontrollaufgaben in der Landwirtschaft sowie unter anderem die Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen erörtert.

Luftreinhaltung

Emissionen

Überprüfung von Feuerungsanlagen
In Industrie- und Gewerbebetrieben wurden vom Amt für Umweltschutz 47 Öl-/ Gasfeuerungsanlagen überprüft.

Die Feuerungskontrolleure der Gemeinden überprüften 8 346 Öl-/Gasfeuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung unter einem Megawatt. 1974 Anlagen mussten beanstandet werden.

Durch die Änderung der Luftreinhalteverordnung im Jahre 2005 (Verschärfung der Emissionsgrenzwerte) musste bei ca. 900 Öl- und Gasfeuerungsanlagen eine Sanierung angeordnet werden. Dieser Trend wird sich voraussichtlich 2007 fortsetzen.

Bei neun Holzfeuerungen wurde eine Emissionsmessung durchgeführt. Es mussten drei Feuerungen beanstandet werden.

Überprüfung von besonderen Anlagen
Bei elf Blockheizkraftwerken wurden die Schadstoffemissionen überprüft. Es mussten fünf Anlagen beanstandet werden. Diese wurden einem Service unterzogen und neu einreguliert. Zwei Anlagen konnten wegen Umbauarbeiten nicht kontrolliert werden.

Im Rahmen der periodischen Tankstellenkontrolle wurden 34 Tankstellen kontrolliert. Es wurden 152 Zapfhahnen überprüft. Bei 15 Zapfhahnen zeigte die Gasrückführung keine Wirkung und musste beanstandet werden. Bei 24 Zapfhahnen musste die Gasrückführung nachreguliert werden, zudem mussten fünf Pumpen ausgewechselt werden. Neun Tankstellen wurden aus anderen Gründen beanstandet.

Emissionskataster
Im Berichtsjahr konnten aus terminlichen und technischen Gründen keine Emissionserhebungen durchgeführt werden.

Immissionen

Ostluft (Überwachung der Luftqualität zusammen mit den Ostschweizer Kantonen)
Liechtenstein gab den Vorsitz in der Geschäftskommission ab. Der Vorsitz liegt neu bei Appenzell Ausserrhoden. Schwerpunkte bildeten verschiedene Projekte zur Überwachung der Russ- und Feinstaubbelastung.

Kontinuierliche Immissionsmessungen
Der neue Standort zur kontinuierlichen Immissionsmessung befindet sich seit Mai 2005 an der Austrasse in Vaduz. Deshalb existieren für diese beiden Standorte für 2005 keine Jahresmittelwerte. Durch die lang anhaltende Inversionslage im Januar und Februar 2006 wurden bei den Stickoxiden und vor allem beim Feinstaub stark erhöhte Messwerte ermittelt.

Der Tagesmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO2) von 80 µg/m³ wurde 12 mal überschritten. Der höchst gemessene Tagesmittelwert lag bei 101 µg/m³. Trotz der hohen Messwerte in den ersten beiden Monaten wurde mit einem Jahresmittelwert von 26 µg/m³ der Grenzwert von 30 µg/m³ unterschritten.

Der Tagesmittelgrenzwert für Feinstaub von 50 µg/m³ wurde 30 mal überschritten. Der höchste gemessene Tagesmittelwert lag im Januar bei 145 µg/m³. Der Jahresmittelgrenzwert von 20 µg/m³ wurde mit einem Jahresmittel von 22 µg/m³ leicht überschritten.

Der Stundenmittelgrenzwert für Ozon von 120 µg/m³ wurde an insgesamt 55 Tagen 343 mal überschritten. Der höchste gemessene Stundenmittelwert betrug 184 µg/m³.

Zusätzlich zur permanenten Messstation in Vaduz (Austrasse) wurden mit einer mobilen Messstation in Vaduz (Äulestrasse), Ruggell (Landstrasse) und Schaanwald (Vorarlbergerstrasse) zeitlich beschränkte Feinstaubmessungen durchgeführt. Bei den Standorten Vaduz (Messperiode Winter/Frühjahr) und Schaanwald (Messperiode Herbst/Winter) wurden Überschreitungen des Tagesmittelwertes gemessen, beim Standort Ruggell lagen die Tagesmittelwerte in der untersuchten Messperiode (Sommer/Herbst) unterhalb des Grenzwertes. In diesem Zusammenhang muss aber festgehalten werden, dass sich der Einfluss der lokalen Emitenten je nach Jahreszeit und Witterung stark auf die Feinstaubbelastung und somit auf die Messergebnisse auswirken. Die höchsten Feinstaubbelastungen treten üblicherweise im Winter auf. Es ist daher davon auszugehen, dass auch am Standort Ruggell im Winter anlässlich von Inversionswetterlagen die Tagesmittelgrenzwerte überschritten werden. Anhand der Ergebniss der zeitlich beschränkten Messstationen im Vergleich mit der permanenten Messstation in Vaduz (Austrasse) muss zudem davon ausgegangen werden, dass an allen untersuchten Standorten der Jahresmittelgrenzwert überschritten wird.

Stickstoffdioxidmessung mit Passivsammlern
An 15 Standorten wurde Stickstoffdioxid mit Passivsammlern gemessen. Wie im Vorjahr musste wieder landesweit eine Zunahme der gemessenen Konzentrationen festgestellt werden. Mit 5 % lag sie aber unter der letztjährigen Zunahme von 9 %.

Überschreitungen des Jahresmittelgrenzwertes von 30 µg/m³ wurden an sieben Standorten festgestellt: in Schaanwald wurden 68 µg/m³ beim Grenzübergang und 31 µg/m³ an der Vorarlbergerstrasse, in Bendern 38 µg/m³, in Eschen 42 µg/m³, in Schaan 41 µg/m³,

in Triesen 39 µg/m³ und in Triesenberg 36 µg/m³ gemessen. An den übrigen Standorten wurde der Grenzwert nicht überschritten. In Ruggell wurden 29 µg/m³, beim «Schwarzen Strässle» 18 µg/m³, oberhalb Vaduz 15 µg/m³, Vaduz/Mühleholz 26 µg/m³ (ehemaliger Standort der fixen Messstation), in Balzers 26 µg/m³ und in Malbun 9 µg/m³ gemessen. Für den Standort Schellenberg konnte kein Jahresmittelwert ermittelt werden, da wegen Bauarbeiten für längere Zeit der Passivsammler entfernt werden musste.

Benzolbelastung
Die Benzolmessungen mit Passivsammlern zeigten, dass der EU-Grenzwert von 5 µg/m³ Benzol auch an Strassenstandorten nicht überschritten wird. Gegenüber dem Jahr 2005 konnte keine Verbesserung der Benzolbelastung festgestellt werden.

Klima

CO2-Emissionen der neu in Verkehr gesetzten Personenwagen
Der durchschnittliche CO2-Ausstoss aller neu in Verkehr gesetzten Fahrzeuge (Daten 2005) ist mit 205 g/km praktisch gleich wie im Vorjahr (207 g/km) geblieben und lag über der Zielvorgabe gemäss Vereinbarung der EU mit den Automobilherstellern von 140 g/km.

Erhebung Treib- und Brennstoffverbrauch
Die Arbeiten zum neuen Erhebungssystem für die abgesetzten Treibstoffe konnten abgeschlossen werden und fanden Eingang ins nationale System zur Erstellung des Klimagasinventars nach den Bestimmungen des Kyoto-Protokolls. In Zukunft wird beim Dieselabsatz in der Landwirtschaft aufgrund von Änderungen bei der Rückerstattung der Treibstoffzölle nicht mehr auf die Daten der Zollverwaltung zurückgegriffen werden können. Bezüglich der Daten zum Brennstoffverbrauch muss weiterhin auf die Erhebungen des Amtes für Volkswirtschaft zurückgegriffen werden.

Treibhausgas-Handelssystem und Nationales Register
Die Zusammenarbeit mit der Schweiz hinsichtlich des Aufbaus des Nationalen Registers gemäss den Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll wurde vertieft. Die notwendigen Verträge mit der Lieferantin des Software-Systems sowie zur Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz wurden vorbereitet.

Berichtspflichten gemäss der Klimakonvention und dem Kyoto-Protokoll
Im Mai 2006 wurde das jährlich zu erstellende Klimagasinventar für die beiden Jahre 1990 und 2004 erstmals vollständig nach den methodischen Vorgaben der Beschlüsse der Vertragsstaaten beim Konventionssekretariat eingereicht. Die Submission umfasste zudem den ersten liechtensteinischen Inventarbericht. Im Dezember 2006 erfolgte eine ausführliche Resubmission mit vollständigen Inventaren für alle Jahre seit 1990. Diese Inventare und der aktualisierte Inventarbericht bildeten die Grundlage für den so genannten Initial Report, welcher ebenfalls bis Ende 2006 abzuliefern war. Aufgrund dieses Berichtes wird die Reduktionsverpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll definitiv festgelegt. Zusätzlich musste ein Bericht zum Stand der Umsetzungsarbeiten aus dem Kyoto-Protokoll (Report on Demonstrable Progress) erstellt werden.

Klimaschutz im Bodenseeraum
Die Arbeiten der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) zum Thema Klimaschutz wurden mit der Erarbeitung eines Berichtes zur effizienten Energienutzung fortgesetzt.

Abfall

Allgemeines
Im Bereich des Recyclings mineralischer Bauabfälle wurde die Qualitätssicherung weiter optimiert. Im Frühjahr 2006 wurde die verbindliche PAK-Untersuchungen bei der Entsorgung von Asphaltmengen > 30 m³ eingeführt.

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Abfallfachstellen der Ostschweiz beteiligte sich das Amt für Umweltschutz an den Projekten «Vollzugsordner» sowie «Strassenbeläge».

Mit dem Aushub-, Rückbau- und Recycling-Verband Schweiz (ARV) wurde eine Vollzugsvereinbarung vorbereitet. Der Vertragsabschluss ist für das erste Quartal 2007 geplant, so dass die Betriebskontrollen bei den Bauabfall-Recyclingbetrieben ab 2007 neu durch den ARV durchgeführt werden können.

Das EDV-Projekt «Abfallstatistik Liechtenstein» wurde im Dezember 2006 in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um eine Datenbank, welche für die EWRA-Berichterstattung die Abfälle von Abgeberbetrieben mit mehr als zehn Beschäftigten erfasst.

Für die Bauabfall-Recyclingbetriebe wurde aufbauend auf das EDV-Projekt «Abfallstatistik Liechtenstein» eine Online-Materialbuchhaltung erstellt, welche im September 2006 in Betrieb genommen wurde.

Das EDV-Projekt «Bauaktdatenverwaltung» ist seit 2005 in Betrieb. Aufbauend auf die praktischen Erfahrungen wurden verschiedene Optimierungen vorgenommen.

Abfallanfall und -behandlung
Im Jahr 2006 wurden insgesamt 11 991 Tonnen Siedlungsabfälle über den Verein für Abfallentsorgung (VfA Buchs) entsorgt, was einer Zunahme gegenüber den korrigierten Angaben von 2005 um 108 Tonnen oder 0.9 % entspricht. Davon betrugen die Abfälle aus Haushaltungen und Gewerbe, welche über die Kehrichtabfuhr gesammelt werden, 8 267 Tonnen. Bei dieser Fraktion

ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 229 Tonnen oder 2.9 %. Die Direktanlieferungen durch die Industrie lagen bei 2 054 Tonnen. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber 2005 von 67 Tonnen oder 3.2 %.

Bei der Anlieferung von organischen Abfällen zur Kompostierung im Umfang von 1 567 Tonnen wurde eine leichte Abnahme gegenüber den korrigierten Angaben von 2005 um 7.5 Tonnen oder 0.5 % festgestellt.

Im Jahr 2006 wurden 103 Tonnen Metzgereiabfälle in die KVA geliefert, was einer Abnahme von 47.3 Tonnen oder 31.5 % entspricht.

Bei den Anlieferungen von Muldengut aus Gewerbe und Industrie zur Sortieranlage Sennwald war im Jahr 2006 eine Zunahme um 601 Tonnen bzw. 15.1 % auf 4 585 Tonnen zu verzeichnen. Die nicht wieder verwertbaren brennbaren Abfälle wurden dort zerkleinert, zwischengelagert und im Winter der KVA Buchs zugeführt.

Deponiekonzept
Das Amt für Umweltschutz wirkte bei der Planung eine gemeinsamen Deponie der Unterländer Gemeinden sowie Schaan und Planken mit.

Im Zusammenhang mit der neuen Au-Gewässerschutzkarte wurde eine hydrogeologische Beurteilung der Deponien in Angriff genommen. Ziel ist die Prüfung der Konformität aller Deponien mit den Bestimmungen der Technischen Verordnung über Abfälle.

Inertstoffdeponien
Die von den Gemeinden betriebenen Deponien, auf denen Inertstoffe wie Bauschutt, Aushubmaterial und Kieswaschschlamm abgelagert werden, wurden vom Amt für Umweltschutz kontrolliert. 2006 wurden insgesamt 191 257 m³ Inertstoffe abgelagert, was gegenüber 2005 einer Abnahme von 39 718 m³, bzw. 17.2 % entspricht.

Kompostierung
Auf den Kompostierplätzen der Gemeinden wurden im Berichtsjahr 16 492 m³ Häckselgut (Äste, Gras, Heu) zu Kompost verarbeitet. Dies entspricht einer Abnahme von 3 552 m³, bzw. 17.7 %. Die im Rahmen der Qualitätssicherung durchgeführten Analysen und Kontrollen bestätigen eine landesweit gute Kompostqualität.

Sonderabfälle
In Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurden im Jahr 2006 wieder zwei Separatsammlungen von Sonderabfällen aus Privathaushaltungen organisiert und durchgeführt. Insgesamt wurden in den Gemeinden 17.8 Tonnen Sonderabfälle eingesammelt (Vergleich Vorjahre: 2004: 19.4 Tonnen, 2005: 19.5 Tonnen).

Die Sonderabfallstatistik 2006 kann erst nach Vorliegen aller Daten der Sonderabfallentsorgungsunternehmen erstellt werden. Da die Daten nicht vor April verfügbar sind, werden die Vorjahresdaten genannt. 2005 sind total 9 444.2 Tonnen Sonderabfälle angefallen. Nahezu der gesamte Anfall an Sonderabfällen wurde via spezialisierte Entsorgungsunternehmen bewilligten Entsorgungsanlagen im Ausland zugeführt. 2005 wurden 200.9 Tonnen Sonderabfälle nach Deutschland verbracht.

Altlasten
Im Zuge von Baugesuchen wurden einige belastete Standorte bewertet und entsprechende Untersuchungen eingeleitet. Erforderliche Massnahmen wurden begleitet und umgesetzt.

Zur Überwachung der Altablagerungen (ehemalige Gemeindedeponien) entlang des Rheindammes wurde ein Konzept für ein Grundwassermonitoring erstellt. Eine erste Untersuchungsreihe wurde durchgeführt, die Analysenresultate liegen im 2007 vor.

Tankwesen / Schadenwehr

Allgemeines
Nach wie vor steht die Pflege und Aktualisierung des Tankkatasters an erster Stelle. Der Kataster ist ein wertvolles Vollzugsinstrument und ermöglicht jederzeit eine flächendeckende Übersicht. Anlagen, die nicht mehr gewartet werden, stellen in der Zukunft ein potentielles Risiko, vor allem für unser Trinkwasser dar.

Tankrevisionen / Sanierungen
Im Jahr 2006 wurden 347 Tankanlagen einer Revision unterzogen. Zusätzlich wurden 121 Tankanlagen mit insgesamt 1.1 Mio. Liter Inhalt durch Neuanlagen ersetzt oder, infolge Umstellung auf andere Energieträger, ausser Betrieb genommen.

Tankeinbringung bei Alt- und Neubauten
Im Berichtsjahr wurden vier bewilligungspflichtige Tankanlagen mit total 95 000 Liter Inhalt bewilligt. Zudem wurden zwei meldepflichtige Anlagen (Nutzvolumen bis 4 000 Liter) mit insgesamt 6 000 Liter Inhalt erfasst. Bei den Anlagen handelt es sich ausschliesslich um Kellertankanlagen.

Die Anzahl neu in Betrieb genommener Tankanlagen ist weiterhin rückläufig. Dies ist vor allem auf den vermehrten Einsatz von Erdgas und alternativen Heizsystemen zurückzuführen.

Schadenwehr / Öl- und Chemieunfälle
Im Bereich Tankanlagen waren im Berichtsjahr zwei Unfälle zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich um Fehlmanipulationen beim Umschlag von Heizöl. Die Ölwehr musste beigezogen werden. Durch den schnellen Einsatz der Ölwehr konnte eine Gewässerverschmutzung verhindert werden.

Erdsonden
Wärmepumpenanlagen mit Erdsonden zur Wärmeerzeugung sind eine sinnvolle Alternative gegenüber der Nutzung von fossilen Brennstoffen. Um dem Schutz des Grundwassers Rechnung zu tragen, steht auf dem

Geoportal des Landes seit Frühjahr 2006 die Eignungskarte für Erdwärmesonden zur Verfügung.

Im Berichtsjahr wurden 18 Gesuche bewilligt (neu total 62).

Chemikalien

Allgemeines
Im Chemikalienbereich stand die Inkraftsetzung des neuen Schweizer Chemikalienrechtes in Liechtenstein im Vordergrund. Zu den wichtigsten Erneuerungen der Gesetzesänderung zählen die Kennzeichnung nach den Richtlinien der EU, eine Selbstkontrolle der Hersteller und Importeure und die Abschaffung der Bewilligungen für den Verkehr und den Bezug von Giften (Allgemeine Bewilligungen, Giftbücher und Giftscheine). Neu sind für bestimmte berufliche oder gewerbliche Tätigkeiten eine Sachkenntnis und/oder eine Fachbewilligung erforderlich. Zudem müssen alle Betriebe und Betriebsstätten, die mit Chemikalien umgehen, eine Chemikalien-Ansprechperson bezeichnen und je nach Tätigkeit diese unaufgefordert dem Amt mitteilen.

Im Vordergrund standen die Information sowie die Beratung der Betriebe in Bezug auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen. Nach dem Inkrafttreten des neuen Schweizer Chemikalienrechtes in Liechtenstein wurden alle Inhaber von Giftbewilligen nach dem alten Giftgesetz, alle Importeure sowie Schulen (ca. 250 Adressaten) über die Gesetzesänderung informiert.

Überwachung
Die Inspektionstätigkeit in Industrie- und Gewerbebetrieben (Betriebskontrollen) war in Folge der Gesetzesänderung reduziert.

Die Überwachung der Importe aufgrund der parallelen Verkehrsfähigkeit wurde aufgrund der Gesetzesänderung nur stichprobenweise weitergeführt. Das Amt für Zollwesen übermittelte 119 Einfuhrmeldungen zur Bearbeitung an das Amt für Umweltschutz.

Im Berichtsjahr beteiligte sich das Amt an der vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) organisierten Kampagne zur Überprüfung des Verbotes von klimarelevanten Treibgasen in Druckgaspackungen. In diesem Zusammenhang erteilte das BAFU einem Betrieb aus Liechtenstein eine Ausnahmebewilligung für die Einfuhr von Druckgaspackungen mit R134a.

Anmeldungen von Stoffen nach EU-Chemikalienrecht
Die Bundesanstalt für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund, berichtete keine Anmeldungen für neue Stoffe von Betrieben aus Liechtenstein.

Fachbewilligungen
Seit der Einführung dieser Bestimmungen wurden Fachbewilligungen wie folgt für die einzelnen Bereiche ausgestellt: Holzschutzmittel: 48, Kältemittel: 49, Pflanzenschutzmittel im Gartenbau: 6, im Wald: 20 und in Spezialbereichen: 5. Nach der neuen Rechtslage ist das Amt nur noch für die Kontrolle, aber nicht mehr für das Ausstellen der Fachbewilligungen zuständig. Diese werden nun durch die jeweiligen Prüfungsstellen erteilt. Neu sind auch für die Desinfektion von Badewasser in Gemeinschaftsbädern, Schädlingsbekämpfungsmittel für Dritte und Begasung mit hochgiftigen Gasen Fachbewilligungen erforderlich. Alle Inhaber von Gemeinschaftsbädern wurden diesbezüglich informiert.

Bewilligungen und Meldungen von Kältemittelanlagen
Das Erstellen von stationären Kälte-, Klima- und Wärmepumpenanlagen (Wärmepumpen erst ab Januar 2009) mit mehr als 3 kg in der Luft stabilen Kältemitteln unterliegt einer Bewilligungspflicht. Darunter fallen Neuanlagen, Ersatzanlagen, Erweiterungen und Umbauten. Bis Ende 2006 wurden über PEBKA insgesamt 14 Bewilligungen erteilt

Mit der Einführung der Bewilligungspflicht wurde auch die Meldepflicht eingeführt. Zu melden sind die Inbetriebnahme einer neuen Anlage sowie der Betrieb und die Ausserbetriebsetzung einer bereits bestehenden Anlage mit mehr als 3 kg Ozonschicht abbauenden oder in der Luft stabilen Kältemitteln. Insgesamt wurden bis Ende des Berichtsjahres 74 Anlagen gemeldet.

Ozonschichtabbauende Stoffe
Es wurden keine Ausnahmebewilligungen für die Verwendung von ozonschichtabbauenden Stoffen erteilt.

Dem UNEP Sekretariat Ozone wurde über die Importe und Exporte von Ozonschicht abbauenden Stoffen Bericht erstattet.

Strahlenschutz

Radon
Die Gemeinden Triesenberg und Schaan weisen ein mittleres Radonrisiko auf. Baugesuche aus diesen Gemeinden müssen eine Erklärung der Bauherrschaft betreffend «Schutz vor erhöhter Radonkonzentration» enthalten. Es wurden stichprobenweise Radonkontrollen durchgeführt.

Störfallvorsorge
Die Überarbeitung der Risikoanalyse Rheinpark Stadion Vaduz für die Erdgashochdruckleitung wurde durch ein Ingenieurbüro durchgeführt und eingereicht. Die Risikoanalyse wird einer Beurteilung unterzogen.

Gentechnisch veränderte und pathogene Organismen
Die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für biologische Risiken in Zürich hat sich wieder bestens bewährt. Mehrere Abklärungen rechtlicher und technischer Art konnten auch dieses Jahr speditiv und mit einem sehr geringen finanziellen Aufwand erledigt werden. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag in der Ausarbeitung einer Einsatzplanung für natürlich bedingte Ereignisse und Bio-Terror-Ereignisse.

Gefahrgutsicherheitsbeauftragte
Ende des Berichtsjahres verfügen 27 Betriebe, die unter die Bestimmungen der Verordnung über den Transport gefährlicher Güter auf der Strasse (VTGGS) fallen, über einen Gefahrgutbeauftragten. Der Gefahrgutbeauftragte ist verpflichtet, innerhalb eines halben Jahres nach Ablauf des Geschäftsjahres einen Jahresbericht zu erstellen. Die Jahresberichte des Geschäftsjahres 2005 wurden bei allen Betrieben eingefordert und geprüft. Die Daten der Jahresberichte wurden unter anderem auch für die Beurteilung der Störfallvorsorge im Verkehrsbereich verwendet.

Die «Vorschriften für die Sicherung», Kapitel 1.10 des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (ADR), betrifft Absender und Beförderer von gefährlichen Gütern. Diese Vorschriften definieren die zu treffenden Vorkehrungen, um Personen, Güter oder die Umwelt vor Einwirkungen zu schützen, die durch Diebstahl oder missbräuchliche Verwendung gefährlicher Güter entstehen können. Für gefährliche Güter mit hohem Gefahrenpotenzial ist zudem ein Sicherungsplan erforderlich. In diesem Zusammenhang wurden in Zusammenarbeit mit der Landespolizei eine Liste von an der Beförderung von Gefahrgütern mit hohem Gefahrenpotenzial beteiligten Beförderern und Absendern erstellt und eine Vorlage für den Sicherungsplan erarbeitet.

Fischerei

Internationale Zusammenarbeit
Die 113. Tagung der Internationalen Bevollmächtigtenkonferenz für die Fischerei im Bodensee und seinen Zuflüssen (IBKF) fand am 20/21. Juni 2006 in Bregenz statt.

Fischökologische Gesamtuntersuchung Alpenrhein
Im August 2005 fand die erste systematische Befischung im Rahmen des künftigen Gesamtuntersuchungsprogramms Alpenrhein statt. Vorrangiges Ziel des Befischungsprogrammes ist, anhand des Fischbestandes den Alpenrhein in bestimmten zeitlichen Abständen ökologisch zu bewerten. Die Untersuchungen zeigten einen erfreulich guten Bestand an Seeforellen und einen verhältnismässig beachtlichen Bestand an Strömern, einer seltenen Kleinfischart. Die Ergebnisse wurden 2006 umfassend ausgewertet und werden 2007 in einem ausführlichen Bericht zusammen gestellt.

Revitalisierung von Fliessgewässern
Die im Fischereigesetz verlangte Verbesserung der Gewässer als Lebensräume für Wassertiere und Pflanzen wurde auch 2006 weitergeführt. Die Ergebnisse der Befischungen lassen den Schluss zu, dass die getroffenen Revitalisierungsmassnahmen sich positiv ausgewirkt haben und künftige Massnahmen im Rahmen der Umsetzung der Gewässerentwicklungskonzepte Erfolg versprechend sind.

Wiederaufbauprogramm Bachforellenbestand / Fischbrutanlage Ruggell
2006 konnten im Spörryweiher von 700 Bachforellen-Elterntieren 437 000 Eier gewonnen werden. 207 000 Bachforelleneier gingen in die Brutanlage Ruggell, 230 000 Eier in die Fischzuchtanlage Rorschach. Aufgrund der untypischen Witterungsverhältnisse lagen die Erträge deutlich unter jenen der vergangenen Jahre.

Laichfischfang
2006 wurde kein Laichfischfang im Binnenkanal durchgeführt.

Fischeinsätze
Es wurden 240 000 Bachforelleneier erbrütet und die Vorstrecklinge im Binnenkanal und seinen Zuflüssen eingesetzt.

Amt für Wald, Natur und Landschaft

Amtsleiter: Dr. Felix Näscher

Den Wald im Hinblick auf einen nachhaltig hohen Holzzuwachs zu bewirtschaften, diesen Zuwachs laufend abzuschöpfen und den Holzverbrauch im Bau- und energetischen Bereich zu steigern, bildet gemäss dem Ergebnis einer diesbezüglichen Studie nicht nur einen Beitrag zur Unterstützung der Klimapolitik, sondern gleichzeitig auch eine Voraussetzung zur dauerhaften Sicherstellung der verschiedenen Waldleistungen. Die im Berichtsjahr eingeleitete Erhöhung der Holznutzung sowie die deutlich verbesserte Absatzstruktur auf dem regionalen und globalen Holzmarkt kommen der Umsetzung dieser Strategie sehr entgegen. Über die gesamte Waldfläche betrachtet sind die vom Wild verursachten Schäden am Jungwald nach wie vor untragbar hoch – und dies trotz Aufwendungen für Massnahmen zur Verhütung von Wildschäden, welche im Vergleich zu unseren Nachbarn unverhältnismässig höher sind. Umso wichtiger erweist sich deshalb die eindeutige Festlegung auf das vorrangige Ziel der Jagd, welches darauf ausgerichtet ist, einen nachhaltig tragbaren Wildbestand zu erhalten, zu fördern und nach Möglichkeit dessen jagdliche Nutzung zu ermöglichen. Strategien zur Herstellung dieses nachhaltig tragbaren Schalenwildbestandes umfassen dabei einerseits die Abschussplanung und -durchführung sowie eine allfällige Ersatzvornahme; andererseits beinhalten sie Massnahmen zur Verbesserung des Lebensraumes, insbesondere die Äsungsverbesserung, die Vernetzung und ökologische Aufwertung, die Notfuttervorlage im Winter und Lenkungsmassnahmen zur Verminderung von schädlichen Einwirkungen aus Freizeit- und Erholungsaktivitäten auf das Wohlbefinden des Wildes.

In all diesen Bereichen konnten im Berichtsjahr in partnerschaftlicher Zusammenarbeit der betroffenen Akteure massgebliche Akzente gesetzt werden.

Wald

Inventare, Planung, Gesetzgebung

Eine sich über den Zeitraum von 1997 bis 2006 erstreckende Untersuchung konnte im Waldreservat «Schlosswald» abgeschlossen werden: Einerseits wurden die Auswirkungen der Unterschutzstellung in Bezug auf die Naturgefahrensituation untersucht; andererseits erfolgten vegetationskundliche und naturräumliche Bestandesaufnahmen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Überführungsprozess eines ehemalig als Wirtschaftswald genutzten Waldes in einen Naturwald sehr langsam abläuft. Stärkere Veränderungen finden lokal auf Kleinflächen statt. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Beobachtung des stark gefährdeten Alpenbocks (Rosalia alpina) auf einer ehemaligen Windwurffläche sowie der erstmalige Brutnachweis des Weissrückenspechts. In Bezug auf die Sicherheitsaspekte lässt sich sagen, dass trotz verzögerter Verjüngung bisher keinerlei negative Auswirkungen auf Naturgefahrenprozesse und Bodenabschwemmungen zu beobachten sind.

Eine im Jahr 2006 abgeschlossene Studie «Wald, Holz und CO2» kommt zum Schluss, dass sich eine Unterstützung der Klimapolitik durch geeignete Massnahmen in der Wald- und Holzwirtschaft als möglich erweist. Um die Klima relevanten CO2-Emissionen zu reduzieren, wird empfohlen, einen Strategiemix zu wählen, welcher sich nahe einem Szenario bewegt, welches sich dadurch auszeichnet, dass der Wald im Hinblick auf einen nachhaltig hohen Zuwachs bewirtschaftet, dieser Zuwachs laufend abgeschöpft und der Holzverbrauch gesteigert wird. Im Rahmen der Waldwirtschaft ist somit auf eine dauernd hohe Zuwachsleistung hinzuarbeiten. Dieser relativ hohe Zuwachs geht mit relativ hohen stehenden Holzvorräten einher. Die Holzverwendung wird insbesondere im Baubereich favorisiert, ebenso die energetische Holzverwendung anstelle von fossilen Energieträgern. Die einheimische Holzverarbeitung wird nicht nur gegenüber der Substitutions-, sondern auch gegenüber der Importkonkurrenz gestärkt. Die Emissionseffekte der Substitution erweisen sich langfristig als deutlich wirksamer als die Lagereffekte.

Schutz und Erhaltung des Waldes

Rodungen

Im Berichtsjahr hat die Regierung vier Waldrodungen bewilligt. Für die Weiterführung des Felsabbaues beim Steinbruch «Limsenegg» in der Gemeinde Ruggell wurde eine Waldfläche von 0.72 ha zur temporären Rodung freigegeben. Für den Bau und die Erschliessung von zwei Landwirtschaftsbetrieben im Gebiet «Studa», Gemeinde Triesenberg, müssen 1 720 m2 Wald entfernt werden. Ebenfalls in der Gemeinde Triesenberg fielen dem Bau der Beschneiungs- und Liftanlagen «Malbun» 0.82 ha Wald zum Opfer. Zum Aufbau der «Erlebniswelt Neuguthof», Gemeinde Vaduz war die Rodung einer Fläche von 290 m2 erforderlich.

Für bewilligte Rodungen müssen gemäss Waldgesetz im Normalfall in derselben Gegend funktions- und flächengleicher Realersatz geleistet werden. Ist dies nicht möglich, können auch gleichwertige Ersatzmassnahmen zu Gunsten von Natur und Landschaft getroffen werden.

Waldzustand

Wind oder Schadinsekten verursachten 2006 keine nennenswerten Waldschäden. Der vergangene, sehr heisse und trockene Sommer, welcher für den Wald einen grossen Stressfaktor darstellte, lässt für das Folgejahr allerdings eine markante Zunahme der Borkenkäferpopulationen und damit grosse Schäden durch Käferbefall an Waldbäumen erwarten.

Wald-Wild

Das Ausmass des Verbisses von Jungpflanzen durch Rothirsch, Gämse und Reh ist lokal sehr verschieden. Deshalb sind auch die durch Wildeinwirkungen entstehenden Einbussen bezüglich Quantität und Qualität der Waldverjüngung oder die zur Sicherung der Waldverjüngung erforderlichen Mehraufwände entsprechend unterschiedlich. Über die gesamte Waldfläche betrachtet sind die vom Wild verursachten Schäden aber nach wie vor untragbar hoch. Insbesondere die Edellaubhölzer sowie die Weisstanne haben ohne den Schutz eines Zauns kaum Überlebenschancen. Die Aufwendungen für Massnahmen zur Verhütung von Wildschäden sind im Vergleich zu unseren Nachbarn unverhältnismässig höher.

Waldbewirtschaftung

Holznutzung

Die Holznutzungen der letzten 5 Jahre bewegten sich immer zwischen 14 500 m3 und 18 000 m3. 2006 wurden insgesamt 20 776 m3 Holz eingeschlagen. Diese etwas erhöhte Nutzung ist auf die grössere Nachfrage von Nutzholz sowie von Energieholz zurückzuführen. Im Weiteren haben die steigenden Holzpreise auch einen gewissen Anreiz geschaffen, vermehrt Holz einzuschlagen. Auch bei einer Erhöhung der Holznutzung auf die mittelfristig angestrebten 25 000 m3 ist das Gebot der Nachhaltigkeit nach wie vor gewährleistet. Die im Berichtsjahr 2006 genutzte Holzmenge setzt sich aus 9 407 m3 Nutzholz, 928 m3 Industrieholz und 10 441 m3 Energieholz zusammen.

Holznutzung 2006

	Nadelholz m³	Laubholz m³	Hackschnitzel m³	Total m³	%
Nutzholz	8 898	509		9 407	45.28
Industrieholz	555	373		928	4.46
Energieholz	1 725	3 978	4 738	10 441	50.26

Holzmarkt / Holzverwertung

Mit einem Nadelschnittholzverbrauch von im Jahre 2006 über 150 Mio. m3 waren die USA in den vergangenen Jahren der weltweite Wirtschaftsmotor. Vor rund 10 Jahren begannen europäische Sägewerke mit dem Export von Schnittwaren in dieses riesige Verbraucherland: Der europäische Marktanteil ist in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen und wird im Jahre 2006 über 5 Mio. m3 erreichen.

Die Sägereien in der Schweiz sind voll beschäftigt, so dass sich die Nachfrage nach frischem Rundholz im Laufe des Berichtsjahres stetig verbessert hat. Die Nadelholzpreise haben sich deutlich erhöht. Wegen den neu aufgebauten Sägewerkkapazitäten und Erweiterungsbauten erwartet die Schweizer Holzindustrie für das Jahr 2007 deutlich erhöhte Holznutzungen. Verschiedene Sägereien befürchten Engpässe in der Versorgung der Betriebe mit genügend Rundholz.

Für die zwei wichtigsten Holzsortimente liegt der Holzpreis bei Fichte Trämel B bei CHF 132.00 m3, bei Fichte Trämel C bei CHF 110.00 m3. Dies ist gegenüber den letztjährigen Preisen eine Steigerung zwischen CHF 27.00 – CHF 30.00/ m3. Die Holzpreise haben ein Niveau erreicht, bei denen es sich wieder lohnen kann, Holz aufzurüsten.

Schutz vor Naturereignissen

Naturgefahrenkartierung

Die Unwetterereignisse der letzten Jahre lieferten zusätzliche Informationen und Kenntnisse über die einzelnen Gefahrenquellen; deren Übernahme in die Naturgefahrenkarte bildet eine wichtige Grundlage für das Risikomanagement.

Technische Schutzmassnahmen

Zum Schutz der Landstrasse Schaan - Nendeln wurde im stärksten gefährdeten Bereich des Brunnenbüchels eine Steinschlagverbauung aus flexibeln Stahldrahtnetzen erstellt. In Oberplanken wurde zum Schutz der Gebäude der bestehende Schutzdamm optimiert und erweitert. An der Steinschlagverbauung an der Vaduzer Schlosshalde erfolgten kleinere Abschlussarbeiten.

Schutzwaldpflege

Eine weitere Etappe im Rahmen der Verjüngung von überalterten und instabilen Schutzwaldbeständen konnte im Gebiet Schloss-/Frommenhausstrasse realisiert werden. Aufwändig gestaltete sich auch die Einleitung der Verjüngung im «Buachwäldle» der Gemeinde Planken, wo die Gefahr, die von schwergewichtigen und fäulebefallenen Altbäumen in steilen Hanglagen ausgeht, gebannt werden konnte. Der Helikopter erwies sich sowohl im Schlosswald, als auch in Planken als einzig geeignetes Bringungsmittel, um das dabei anfallende Holz aus dem Bestand an die Strasse zu bringen. Mit Hilfe von Seilkrananlagen hingegen wurde die Stabilisierung und Verjüngung der Waldungen in der Triesner «Eggastalta» vorgenommen, wo im abgelaufenen Jahr ein grösseres, sich über mehrere Jahre erstreckendes Massnahmenpaket abgeschlossen werden konnte. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Funktionstüchtigkeit der Wälder stellt die so genannte Stabilitätspflege dar. Ein solcher Pflegeeingriff erfolgte im «Unterforst» der Gemeinde Triesen auf einer grösseren Fläche.

Neben diesen grossen Projekten wurden in den rheintalseitigen Hanglagen auch an diversen kleineren Objekten Massnahmen ausgeführt mit dem Ziel, die Stabilität und den nachhaltigen Bestandesaufbau des Schutzwaldes zu verbessern. Darunter fallen Eingriffe zur Mischungsregulierung in Jungwaldbeständen ebenso wie das Entfernen von gefährlichen Einzelbäumen in Gerinnen sowie im Einzugsbereich von Wildbächen und Rüfen oder das Aufrüsten von Baumgruppen, die vom Borkenkäfer befallen wurden.

Bereits zum dritten Mal in Folge wurden im Schutzwald oberhalb der Gemeinde Schaan in Zusammenarbeit mit der Schweizer Stiftung «Bergwaldprojekt» wichtige Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Rahmen dieses Freiwilligenprojektes haben ca. 25 Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Staaten im Raum «Alpila - Plattawald» während 2 Wochen Aufforstungs-, Pflege- und Waldschutzarbeiten ausgeführt.

Forstliche Aus- und Weiterbildung

Im Frühjahr 2006 traten 4 Forstwartlehrlinge zur Abschlussprüfung an, wovon ein Teilnehmer den Abschluss leider nicht schaffte. Im Moment stehen 7 Forstwartlehrlinge in der dreijährigen Grundausbildung.

Natur und Landschaft

Inventare und Konzepte

Entwicklungskonzept Natur und Landwirtschaft

Im Laufe des Jahres 2006 wurde vom Landwirtschaftsamt das Modul 2 «Landwirtschaft» fertig gestellt. Dadurch konnten die konzeptionellen Vorbereitungen für die Umsetzung des Moduls 3 beginnen, welches die Synthese der Ergebnisse der Module 1 und 2 beinhaltet. Das zuständige Regierungsressort, involvierte Ämter der Landesverwaltung, die Gemeindevorsteher, betroffene Gemeindebehörden und die Naturschutzkommission wurden über den Stand und die Entwicklung des Konzepts ausführlich informiert.

Inventar der schützenswerten Objekte, Lebensräume und Landschaften innerhalb der Siedlung
Die den Gemeinden und interessierten Organisationen zur Verfügung gestellten Inventarberichte wurden in verschiedenen Gremien vorgestellt. Auch wurden einige Artikel zum Thema veröffentlicht. Die Berichte können auf der Internetseite des AWNL eingesehen werden.

Pflege und Schutz von Lebensräumen

Eingriffe in Natur und Landschaft
Es wurden insgesamt 18 Verfahren gemäss Art. 12 und 13 des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft betreffend «Eingriffe in Natur und Landschaft» durchgeführt. Davon betrafen sieben landwirtschaftliche Bauten und Anlagen, fünf Terrainveränderungen und Anlagen der Bergbahnen Malbun, drei Zonenplananpassungen sowie je eine Stützmauer, Leitung und Grabenumlegung. Einer der 18 zur Beurteilung vorgelegten Eingriffe wurde von der Regierung nicht bewilligt.

Unterhalt Naturschutzgebiete, Bewirtschaftung der Magerwiesen
Ziel ist es, für alle inventarisierten Magerwiesenflächen innerhalb und ausserhalb von gesetzlich geschützten Gebieten Bewirtschaftungsverträge abzuschliessen, um möglichst viele der noch verbliebenen Magerwiesen erhalten und deren extensive Bewirtschaftung fördern zu können. Im Verlauf des Jahres konnten wieder einige neue Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen werden: Innerhalb der Naturschutzgebiete bestehen für über 90%, ausserhalb der Schutzgebiete für ca. 80% der im Magerwieseninventar aufgeführten Parzellen Bewirtschaftungsverträge.

346 Regiestunden wurden für die Pflege von Naturschutzgebieten aufgewendet; zusätzlich kamen Unternehmer zum Einsatz: 215 Std. für das Ruggeller und Schellenberger Riet sowie 39 Stunden für das Mähen der Magerwiese am Schlosshügel Gutenberg. Für die Streuemahd wurden 56.5 Stunden, für den Grabenunterhalt 192 Stunden und für Kontrollgänge 14.5 Stunden aufgewendet.

Kommissionen

Kommission für Natur- und Landschaftsschutz
Die Naturschutzkommission traf sich im Berichtsjahr zu 2 Sitzungen und Begehungen.

Kommission für die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen
Die Magerwiesekommission traf sich zu einer Begehung. Beurteilt und beschlossen wurden einerseits die Streichung einer Magerwiesenfläche aus dem Magerwieseninventar aus Gründen des Steinschlagschutzes, andererseits die Aufnahme einer ökologisch wertvollen Waldwiese als Ersatz.

Forschung
Es wurden drei Arbeiten im Rahmen der naturkundlichen Erforschung des Landes fertig gestellt und veröffentlicht: Die Reptilien Liechtenstensteins, die Vögel Liechtensteins und eine Arbeit über die Neophyten und Neozooen des Landes. Eine Inventarisierung der Ameisen Liechtensteins wurde begonnen. Als Ergebnis von 950 Sammelproben wurden bis Ende Jahr 41 verschiedene Ameisenarten gefunden. Das entspricht rund zwei Drittel der in unserem Land zu erwartenden Arten. Die Inventarisierung wird 2007 weitergeführt.

Naturkundliche Sammlung

Sammlungsbetrieb
Die Arbeitsschwerpunkte im vergangenen Jahr umfassten die gezielte Anschaffung und Präparation von Tiermaterial aus der heimischen Fauna im Hinblick auf die Vervollständigung der Sammlung einheimischer Arten und für den Ausbau der Ausleihsammlung. Besonders zu erwähnen ist die Präparation von zwei Mongolischen Wölfen, die vom Zoo Zürich erworben werden konnten. Von einer privaten Sammlung dankbar zu vermerken ist eine Schenkung von 13 Wildschafpräparaten mit grossem Seltenheitswert aus drei verschiedenen Kontinenten. Objekte von naturkundlichen Untersuchungen (Weiterführung des Pilz- und Blütenpflanzenherbars, Reptilien, Vögel) wurden in die Naturkundliche Sammlung integriert.

Öffentlichkeitsarbeit
Es wurden zahlreiche Führungen durch die Sammlung und die Museumsausstellung durchgeführt, fachliche Auskünfte über präparations- und sammlungstechnische Angelegenheiten erteilt und Vorträge an Tagungen gehalten.

An der Messe «Freizeit, Natur, Tierwelt», Bern, führte die Naturkundliche Sammlung eine Schaupräparation zusammen mit dem Naturhistorischen Museum Bern durch: In vier Tagen wurde ein ganzes Pferdeskelett montiert, welches in den Besitz der Naturkundlichen Sammlung überging.

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen
In Zusammenarbeit mit dem Steirischen Naturkundemuseum wurden in der Naturkundlichen Sammlung umfangreiche Testserien «Enzymatische Entfettung von Knochen» durchgeführt: Es wurden verschiedene Enzyme getestet, um herauszufinden, welche Mengen, wie viel Zeit und welcher pH-Wert optimaler Weise anzuwenden sind. Ziel dieser neuen Verfahrensmethode ist es, zukünftig den Einsatz von Lösungsmitteln bei der Entfettung von Tiermaterial um ein Vielfaches verringern zu können. Die Tests werden im folgenden Jahr weitergeführt und die Ergebnisse anschliessend publiziert.

Naturhaus im Landesmuseum
Am «Liechtensteiner Familientag» vom 24. September und an der regionalen Veranstaltung «Lange Nacht der

Museen» vom 7. Oktober zeigte die Naturkundeabteilung zum Thema «Vom Teddy-Bär zum Alaskabär» diverse Bärenpräparate und eine Dokumentation zu verschiedenen aktuellen Themen rund um die Bären, unter anderem auch zu den Ereignissen um Bär «Bruno» oder «JJ1». Das Amt für Wald, Natur und Landschaft initiierte das Projekt «Mittwoch-Special-Führungen» im Landesmuseum und leitete eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung dieses Projektes, das ab Februar 2007 durchgeführt wird.

Wildtiere und Jagd

Jagdplanung

Grundsatz

Ziel der Regierung ist es, einen nachhaltig tragbaren Wildbestand zu erhalten, zu fördern und nach Möglichkeit dessen jagdliche Nutzung zu ermöglichen (Interpellationsbeantwortung 17/2006 der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein betreffend den Zustand des Waldes). Für das Schalenwild bilden die Grösse und die Qualität des Winterlebensraums den limitierenden Faktor. Die dem Schalenwild zur Verfügung stehenden Lebensräume bieten aufgrund deren Lage von ca. 430 m.ü.M. bis ca. 2 500 m.ü.M. unterschiedlich günstige Lebensvoraussetzungen; zudem stehen im gleichen Lebensraum Rothirsch, Gämse, Reh, nur gelegentlich auch der Steinbock, in gegenseitiger Konkurrenz. Diese Konkurrenz wird zusätzlich verschärft durch menschliche Nutzungsansprüche, welche die Tragfähigkeit eines an und für sich geeigneten Wildlebensraumes je nach dessen örtlicher Lage unterschiedlich stark weiter reduzieren können: Wo beispielsweise ein gut strukturierter Wald den Schutz von Menschenleben oder erheblichen Sachwerten zu gewährleisten hat oder wo die Freizeit- und Erholungsnutzung ihren Raum beanspruchen, verbleiben für das Schalenwild nur sehr eingeschränkte Lebensmöglichkeiten.

Strategien zur Herstellung eines nachhaltig tragbaren Schalenwildbestandes umfassen einerseits die Abschussplanung und –durchführung sowie eine allfällige Ersatzvornahme; andererseits beinhalten sie Massnahmen zur Verbesserung des Lebensraumes, insbesondere die Äsungsverbesserung, die Vernetzung und ökologische Aufwertung, die Notfuttervorlage im Winter und Lenkungsmassnahmen zur Verminderung von schädlichen Einwirkungen aus Freizeit- und Erholungsaktivitäten auf das Wohlbefinden des Wildes. In den Jagdpachtverträgen sind die anvisierten Bestandesgrössen von Gämse, Reh und Rothirsch verbindlich festgelegt. Massnahmen zur Verbesserung des Wildlebensraumes werden zielstrebig und konsequent umgesetzt. Damit sollte sichergestellt werden können, dass die Naturverjüngung des Waldes auf der Mehrheit der verjüngungsnotwendigen Flächen ohne Schutzaufwendungen entsprechend den Vorgaben des Waldgesetzes aufkommen kann. Notwendig dazu ist eine völlige Umkehrung der Verbissschadensituation: Es gilt zu erreichen, dass nur mehr auf weniger als 25% der verjüngungsnotwendigen Flächen untragbare Schadeneinwirkungen durch Verbiss und Schälen auftreten.

Die Vorgabe, einen hinsichtlich der Schadeneinwirkungen tragbaren Rothirsch-Winterbestand von ca. 100 bis 120 Stück zu erzielen und in der Folge langfristig zu erhalten, lässt sich nur erreichen, wenn zwei Strategien konsequent verfolgt werden: Zum einen müssen die Überwinterungstraditionen des Rothirsches durch entsprechende Lenkungsmassnahmen geändert werden; zum anderen ist es unumgänglich, die Abschussplanung am tatsächlich bejagbaren Sommerbestand auszurichten.

Erhebung des Wildbestandes

Zu Zeiten, als noch die intensive Rothirsch-Winterfütterungspraxis an vier Grossfütterungen zur Anwendung kam, konnten diejenigen Tiere, welche diese Futteranlagen aufsuchten, genau gezählt werden. Unter Zurechnung derjenigen Rothirsche, welche abseits der Futterstellen überwinterten, konnte schliesslich die Anzahl der überwinternden Rothirsche geschätzt werden. Seit Beginn der laufenden Pachtperiode gilt ein generelles Verbot der Winterfütterung des Schalenwildes. In winterlichen Extremsituationen kommt anstelle derer ein Konzept der Notfuttervorlage mittels Heutristen zur Anwendung. Als Folge davon verteilt sich der Rothirsch vom Spätherbst bis in den Frühling wesentlich gleichmässiger über den potentiell zur Verfügung stehenden Winterlebensraum. Um unter diesen veränderten Bedingungen für eine Rothirsch-Bestandeserhebung dennoch Aufschluss über die Entwicklungstendenz Bestandes zu bekommen, wurde anfangs April in den rheintalseitigen Jagdrevieren erstmals eine Rothirsch-Nachtzählung durchgeführt:

- Drei speziell ausgerüstete Geländewagen, jeweils besetzt mit einem Fahrer, einem Schreiber, zwei Beleuchtern und zwei Beobachtern, wurden auf vorbestimmte Routen geschickt. Die Aufgabe der Zählteams bestand darin, entlang von Strassen vom offenen Fahrzeug aus mit Hilfe von Scheinwerfern eine Wildzählung vorzunehmen. Langfristiges Ziel ist es, dieses Zählverfahren in den kommenden Jahren genau gleich anzuwenden und damit im Verlaufe der Jahre einen verlässlichen Trend über die Rothirsch-Bestandesentwicklung zu bekommen.
- In den Jagdrevieren Alpila, Balzers, Lawena, Pirschwald, Planken, Schlosswald, Triesen, Triesenberg und Vaduz wurden insgesamt 214 Rothirsche, dabei vorwiegend weibliches Wild und junge männliche Stücke, gezählt. Gegenüber der Winterschätzung von Anfang Februar, welche für diese Reviere einen geschätzten Bestand von 114 Stück ergab, bedeutet dieses Ergebnis eine um 188 Prozent erhöhte Bestandeszahl. Auch dies ist jedoch nicht die insgesamt effektiv vorhandene Bestandeszahl in den rheintalseitigen Jagdrevieren, da auch mit dieser Zählmethode mit Sicherheit nicht alle Tiere erfasst werden konnten. Das Ergebnis zeigt

zusätzlich, dass einerseits viele Rothirsche den Winter im Land verbracht haben, aber andererseits den Talraum gleichmässiger nutzen als zur Zeit der Konzentrationen an wenigen Winterfütterungen.

– Der Rothirsch-Winterbestand aller Jagdreviere, nämlich der rheintalseitigen Jagdreviere und der hinter dem Kulm liegenden Bergreviere, wurde im Februar mit insgesamt 203 Stück erhoben. Die Tatsache, dass das Ergebnis der Nachtzählung im April diese Zahl nun allein schon in den rheintalseitigen Jagdrevieren überschreitet, lässt erahnen, wie stark der für die Abschussplanung massgebende Rothirsch-Frühjahrsbestand in den vergangenen Jahren unterschätzt wurde. Eine Reduktion dieses Frühjahrbestandes auf die angestrebten waldverträglichen rund 120 Stück wird noch einen grossen Einsatz erfordern.

Die Herbstschätzung der Gämse ergab einen Bestand von 555 Stück.

Abschussplanung für das Jagdjahr 2006/2007
Mit Verordnung vom 25. April 2006, LGBl. 2006 Nr. 73, wurde der Abschussplan beim Rothirsch auf 259 Stück, bei der Gämse auf 108 Stück und beim Reh auf 248 Stück festgelegt. Die diesbezüglichen Abschüsse betrugen beim Rothirsch 208 Stück, bei der Gämse 98 Stück und bei Reh 240 Stück. Für den Steinbock wurde eine ganzjährige Schonung festgelegt.

Umsetzung des Konzepts der Notfuttervorlage
Im Hinblick auf eine einheitliche und zielführende Umsetzung des Konzepts der Notfuttervorlage legte die Regierung in Abwägung wald- und jagdwirtschaftlicher Interessen mögliche Standorte zur Notfuttervorlage für den Winter fest und erliess dazu einige präzisierende Festlegungen und Ergänzungen.

Jagdbeirat
An den insgesamt 9 Sitzungen des Jagdbeirates bildeten folgende Themen Schwerpunkte: Wildbestandeserfassung, Abschussplanung, Umsetzung des Konzeptes der Notfuttervorlage im Winter, Massnahmen zur Regulierung der Rabenkrähen und Schutz der landwirtschaftlichen Kulturen, Jagdverbot im Schaaner Riet, Massnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Wildlebensraumes vor Störungen durch Freizeitaktivitäten.

Im Herbst startete der Jagdbeirat zusammen mit einem Medienbüro eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema «Wald und Wildtiere».

Integrale Berggebietssanierung

Planung
Weitgehend abgeschlossen werden konnte die Neubeurteilung der Alpflächen betreffend deren Eignung zur Beweidung. Zudem laufen die Arbeiten zur Novellierung der BGS-Verordnung aus dem Jahre 1968 weiter.

Projektausführung

Alpwirtschaftliche Bauten und Anlagen
Auf der Alpe Lawena konnte die erste Etappe der Wasser- und Energieversorgung sowie der Abwasserentsorgung realisiert werden. Im Triesenberger Garselli wurden die Alphütte im oberen Garselli total saniert sowie die Wasserversorgung durch den Einbau eines Reservoirs entscheidend verbessert. Auf der Alpe Pradamee konnte die Wasserversorgung durch eine neue Quellfassung im Nachtsäss sowie durch den Anschluss des Nohbüchels an das bestehende Leitungsnetz optimiert werden. Mit einer Pumpleitung auf den Dürrenboden der Alpe Sücka ist nun auch dort die Wasserversorgung sichergestellt. Kleinere Arbeiten an den Wasserversorgungen fanden im Kleinsteg und im Mittleren Valorsch statt.

Naturgefahren
Folgearbeiten der Unwetterereignisse vom 22./23. August 2005, während denen im Alpengebiet erhebliche Schäden an Infrastrukturen und alpwirtschaftlichen Flächen verursacht wurden, bestimmten die Tätigkeiten. Nach Abschluss aller Arbeiten wurde das Alpengebiet am 16./17. September 2006 erneut durch ein stärkeres Unwetter getroffen, welches wiederum zahlreiche Schäden verursachte. Insgesamt wurden zur Behebung der Unwetterschäden knapp CHF 230 000 aufgewendet. Zum Schutz der Siedlung im Grosssteg vor der Berglekopfrüfe wurden Massnahmen zur Geschiebablagerung getroffen. Einerseits geschah dies durch den Bau von seitlichen Ablenkdämmen und einem neuen Geschiebesammler; andererseits soll nun innerhalb des durch diese technischen Massnahmen definierten Raumes mit Hilfe von Aufforstungen ein Schutzwald entstehen, innerhalb dessen sich das Geschiebe dauerhaft ablagern kann. Da die Wildbelastung in diesem Bereich sehr hoch ist, wurden zwei Wildzäune mit einer Gesamtlänge von 530 m Länge erstellt.

Erschliessungen
An Strassen und Wegen wurden folgende Arbeiten ausgeführt: Valorschstrasse Kontrolle der Anker der Böschungssicherung beim Grosstobelbach; Beseitigung von zwei Engstellen an der Gapfahlstrasse und Sanierung des Triebweges über das Kamin ins Triesenberger Garselli.

Waldbauliche Massnahmen
In den Waldungen «Hinterm Zügtobel» der Alpgenossenschaft Gross-Steg wurde der zu dicht stehende Fichten-Stangenholzbestand gepflegt. Insgesamt wurden 165 m3 Holz genutzt, wovon 95 m3 auf Nutzholz und 70 m3 auf Energieholz entfallen. Auf der Alpe Güschgle wurde ein Verjüngungsschlag in den Waldungen im Bereich der Schneeflucht ausgeführt. Die angefallene Holzmenge verteilt sich auf 69 m3 Nutzholz und 44 m3 Energieholz. Auf der Alpe Guschgfiel wurde der Zugang zu den Weideflächen «Rossboda» durch Entfernen von einwachsenden

Legföhren wieder instandgestellt. Die Aufforstung im unteren, rutschgefährdeten Gebiet der «Heita» wurde in diesem Jahr mit ca. 2 600 Topfpflanzen fortgesetzt. Zur Steigerung der Attraktivität als Erholungswald wurde die Waldbestockung im Gebiet «Grund» entlang des Saminabachs, Alpgenossenschaft Kleinsteg, etwas aufgelockert. Im «Schwemmiwald» der Alpgenossenschaft Kleinsteg wurde im zu dicht stehenden Fichten-Stangenholz unterhalb der Älplestrasse ein Pflegeeingriff ausgeführt, um die Stabilität zu verbessern. Die angefallene Holzmenge von 231 m3 verteilt sich auf 159 m3 Nutzholz und 72 m3 Energieholz. Die Bepflanzung im Schutzwaldprojekt «Rüfana» wurde mit ca. 3 600 Stück Topfpflanzen abgeschlossen. Zum Schutz des Wildzaunes sowie zum Schutz der Anpflanzung vor Steinschlag und Erosion wurden an verschiedenen Stellen Bäume quer gefällt.

Wanderwege

Allgemeines
Die umfangreichen Vorarbeiten für die Herausgabe einer neuen Wanderwegkarte 1:25 000 im Jahr 2007 konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Seit August 2006 können im Internet über www.wanderwege.llv.li 170 Wanderrouten abgerufen werden. Für die individuelle Streckenplanung werden einfache Suchmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Für jede Wanderroute werden Streckenprofile sowie interessante Detailinformationen wie Wegzeiten, Start- und Zielhöhe, Höhenunterschiede und Streckenlänge dargestellt; als Hintergrundinformationen dienen ein qualitativ hochwertiges Luftbild oder die topographische Karte.

Die Regierung hat im Jahre 2006 die Beteiligung Liechtensteins am Projekt «Schweiz Mobil» beschlossen. In Anerkennung der weiter zunehmenden Bedeutung der Zielgruppe «Human Powered Mobility» und des internationalen Wettbewerbs um dieses touristische Segment hat sich die Schweiz zum Ziel gesetzt, im Jahr 2008 weltweiter Leader in nachhaltiger Mobilität mit Angeboten im Freizeit-, Fremdenverkehrs- und Alltagsbereich zu sein. Um diese anvisierte Leader-Position zu erreichen, wird die Strategie verfolgt, eine Auswahl besonders attraktiver nationaler Routen und Routen-Highlights für Wanderer, Velofahrer, Velowanderer, Mountainbiker und Skater anzubieten. Für Liechtenstein und den Tourismus in Liechtenstein hat dieses ehrgeizige und zukunftsweisende Projekt ebenfalls eine sehr grosse Bedeutung.

Nach sehr aufwändigen Instandstellungsarbeiten als Folge der starken Niederschlägen vom 22./23 August 2005 konnte der Saminatal-Wanderweg nach einer gut einjährigen Sperre im Herbst 2006 wieder freigegeben werden. Allerdings mussten der Weg nun auf der ganzen Strecke auf die Westseite des Saminabachs verlegt und dort an verschiedenen exponierten Stellen auch neue Wegführungen gewählt werden. Damit ist der als ausgeprochener Bergweg geltende Saminatal-Wanderweg zwar anspruchsvoller, mit der Verlegung in landschaftlich reizvollere Gebiete gleichzeitig aber auch attraktiver geworden.

Landesforstbetrieb Unterau

Betriebsanalyse
Eine Betriebsanalyse, welche verschiedene Entwicklungsszenarien prüfte, wurde im Sommer abgeschlossen. Die Tätigkeiten des Landesforstbetriebes konzentrieren sich in Zukunft auf die Bereiche Forstpflanzennachzucht, Windschutzpflege und Pflege der Naturschutzgebiete. Der Bereich Holzbearbeitung wird bis Ende 2007 aufgelassen. Durch diese Rationalisierungsmassnahme werden einerseits eine Stelle eingespart, andererseits Investitionen zur Sanierung des Betriebsgebäudes und zum Neubau eines Geräteschuppens notwendig. Damit kann eine seit einigen Jahren laufende Neuorganisation und –strukturierung des Landesforstbetriebes zielführend abgeschlossen werden.

Pflanzgarten
Total wurden 66 700 Pflanzen verkauft, wovon 30 300 Stk. nacktwurzlige Nadelbäume, 25 100 Stk. nacktwurzlige Laubbäume, 1 240 Stk. Gartenpflanzen, 800 Stk. Sämlinge und 9 240 Stk. Topfpflanzen waren. 53 % dieser Pflanzen gingen an Forstbetriebe, forstliche Projekte und Private in Liechtenstein. Für die gesamten Arbeiten von der Samenernte bis zum Verkauf der Pflanzen wurden insgesamt 4 278 Arbeitsstunden aufgewendet.

Holzbearbeitung
Im Holzbearbeitungsbetrieb wurden total 194.75 m3 Rohholz aus den Liechtensteiner Gemeindewäldern verarbeitet. Ingesamt wurden 58 m3 Holz im Lohnauftrag imprägniert, davon 4.0 m3 für Dritte. Verkauft wurden insgesamt 3 736 Stk. Rundholz, 2 657 Stk. Latten und Halbrundlatten, 11 386 Stk. Pfähle, 723 Stk. Bretter und Balken. Für die Verarbeitung dieses Holzes wurden insgesamt 454 Arbeitsstunden aufgewendet.

Windschutz und Feldgehölze
In den Windschutzgehölzen wurden im Zuge von Verjüngungs- und Pflegeeingriffen total 697 m3 Holz aufgerüstet. Die 294 m3 Brennholz wurden zum grössten Teil im Land Liechtenstein verkauft. 403 m3 Energieholz sind durch einheimische Hackschnitzelproduzenten weiter verwertet worden. In der Vegetationsruhe wurden 28 955 Laufmeter Windschutzränder maschinell zurück geschnitten. Für die Pflege der Windschutzgehölze wurden gesamthaft 1 733 Regiestunden aufgewendet.

STABSSTELLE

Stabsstelle für Landesplanung

Leitung: Hubert Ospelt, Architekt ETH/SIA, Raumplaner NDS-ETH

Raumplanung beinhaltet insbesondere die Koordination aller raumwirksamen Tätigkeiten und die Erarbeitung und Festlegung der langfristigen Raumentwicklung. Diese Aufgabe ist für eine zukunftsweisende Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Liechtenstein von entscheidender Bedeutung. Nach wie vor wächst die Bevölkerung, die Arbeitsplatzzahlen nehmen weiterhin zu, die Ansprüche an Freizeit- und Erholungsräume steigen und in der Folge ist ein verstärkter Wandel bei den Orts- und Landschaftsbildern wie eigentlich gesamthaft bei der Kulturlandschaft festzustellen. Im Berichtsjahr stand die Vernehmlassung des Landesrichtplanes im Vordergrund der Tätigkeiten der Stabsstelle für Landesplanung.

Auf internationaler Ebene ist die Beteiligung Liechtensteins am Interreg III Programm der EU, insbesondere der Einsitz der Stabsstelle für Landesplanung in den Lenkungsgremien des Programms «Alpenraum» hervorzuheben. Im Berichtsjahr wurde insbesondere das neue Programm für die Periode 2007-2013 entwickelt.

Liechtenstein ist in besonderem Masse auch mit seinen Nachbarstaate in der Region vernetzt. In dieser Grenzregion, in der vier Länder aneinander stossen, ist eine gegenseitige Abstimmung notwendig, damit das vorhandene Potential genutzt werden kann. So wurden der regelmässige Austausch von Informationen mit den Raumplanungsfachstellen der angrenzenden Kantone St. Gallen und Graubünden sowie des Landes Vorarlberg institutionalisiert und regional relevante Themen gemeinsam behandelt.

Landesrichtplan

Die Regierung ist aufgrund der Verfassung und gesetzlicher Aufträge verpflichtet, Vorschläge über die räumliche Entwicklung auf Landesebene zu entwickeln, Strategien zu erarbeiten und entsprechende Handlungsanweisungen zu deren Umsetzung zu erlassen. Der Landesrichtplan ist ebenso wie in den umliegenden Ländern das wichtigste Instrument, um mittels Plänen und entsprechenden Berichten die auf Landesebene gewünschte räumliche Entwicklung darzustellen und um aufzuzeigen, wie potentielle Konflikte und Aufgaben in der Zukunft gelöst werden sollen. Der Entwurf des Landesrichtplans wurde im Berichtsjahr nach vorgängiger Information der Bevölkerung und betroffener Kreise in die Vernehmlassung gegeben.

Grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Raumplanung

Aufgrund der verstärkten grenzüberschreitenden Auswirkungen von räumlichen Entscheiden hat Liechtenstein am Interreg III Programm der Europäischen Union teilgenommen, das per Ende 2006 auslief. Der Programmnutzen für die liechtensteinischen Projektpartner wurde mittels Fragebogen evaluiert. Die Rückmeldungen waren äusserst positiv. So waren 58% mit der Programmerfahrung sehr zufrieden, während 42% zufrieden waren und 62% profitierten von Ihrer Teilnahme, während 38 % eher profitieren konnten. Insgesamt konnte bezüglich der Teilnahme an Interreg III ein positives Fazit gezogen werden.

In den zuständigen Steuerungsgremien selbst wurde intensiv an der Erarbeitung eines Programms für die kommende Periode 2007-2013 gearbeitet.

Mitwirkung bei den Ortsplanungen und Planungsvorhaben der Gemeinden

Die Stabsstelle für Landesplanung hat die Gemeinden in ihren Ortsplanungen beraten, zu ortsplanerischen Sachverhalten Stellungnahmen verfasst sowie zu bewilligungspflichtigen Gesuchen der Gemeinden, wie beispielsweise zur Genehmigung von Bauordnungs- und Zonenplanrevisionen oder Überbauungsplänen, entsprechende Regierungsanträge vorbereitet.

Insbesondere sind diesbezüglich im Berichtsjahr die Begleitung laufender Ortsplanungsrevisionen der Gemeinden Balzers, Triesen und Mauren durch die Stabsstelle für Landesplanung hervorzuheben. Bezüglich der Beratungen und Begutachtungen von Richt- und Überbauungsplänen durch die Kommission Art. 17ter BauG, deren Vorsitz der Leiter der Stabsstelle innehat, ist auf den separaten Bericht zur Tätigkeit der Kommission Art. 17ter BauG verwiesen.

Arealstatistik

Der Prozess der Landschaftsveränderung verläuft so langsam, dass man diesen kaum bemerkt. Erst der Vergleich über eine längere Zeitachse lässt diese Entwicklung sichtbar werden.

Gerade für Liechtenstein mit seinen beschränkten, aber stark genutzten Flächen ist es von grösstem Interesse, zu wissen, wie sich diese verändern. Die Regierung hat daher entschieden, dass eine Arealstatistik, also eine systematische Sammlung von Informationen über die Bodennutzung und -bedeckung, aufgebaut werde soll.

Per Ende 2006 konnte die Auswertung der Luftbilder für die Arealstatistik 1984-1996-2002 abgeschlossen werden. Für das Land Liechtenstein liegt nun erstmals eine systematische Aufarbeitung der Veränderungen der Landschaft mit entsprechenden Bilddokumentationen über einen Zeitraum von 20 Jahren vor. In einem weiteren Schritt wird die Nutzung und Archivierung sowie der Zugang zu diesen Daten zu definieren sein.

Vergleich Budget/Rechnung

Aufgrund von sektoriellen Schwerpunkten konnten in einigen Bereichen die zur Verfügung gestellten Kredite nicht vollumfänglich ausgenutzt werden. Die Raumplanung

und damit die Tätigkeit der Stabstelle sind in grossem Masse von äusseren Gegebenheiten gelenkt, die von dieser kaum beeinflussbar sind, da deren Intension in anderen Sachbereichen liegt. So konnten aus Kapazitätsgründen verschiedene geplante Arbeiten nur in einem reduzierten Rahmen umgesetzt werden.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommission für Bodenverbesserungen

Präsident: Alois Beck

Bodenverbesserungen sind Massnahmen oder Werke, die den Zweck haben, die Ertragsfähigkeit des Bodens zu erhalten oder wiederherzustellen und seine Bewirtschaftung zu erleichtern.

Gemäss Gesetz vom 25. November 1981 über Bodenverbesserungen (BVG, LGBl. 1982 Nr. 20 i.d.g.F., LR 214.14), Art. 68, entscheidet die Beschwerdekommission über Beschwerden gegen Einspracheentscheidungen der Ausführungsbehörde. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Landesverwaltungspflegegesetzes Anwendung.

Bei der Beschwerdekommission für Bodenverbesserungen sind im Berichtsjahr 2006 keine Beschwerden eingegangen.

Sämtliche Beschwerden bzw. Fälle aus den Vorjahren sind abgeschlossen, so dass es per 31.12.2006 keine Pendenzen gibt.

Kommission zur Beurteilung von Bau- und Planungsvorhaben (Art. 17ter Baugesetz)

Leitung: Hubert Ospelt, dipl. Architekt ETH/SIA, Raumplaner NDS-ETH

Mit der Novellierung des Baugesetzes wurde im Jahre 1992 unter Art. 17ter eine Gestaltungskommission eingesetzt. Unter der Leitung der Stabsstelle für Landesplanung beurteilt diese Fachkommission, der neben liechtensteinischen auch zwei auswärtige Fachleute angehören, Überbauungspläne und weitere Planungsvorhaben der Gemeinden sowie Bauvorhaben, die von der Regelbauweise abweichen. Die Gestaltungskommission steht dabei Baubehörden, Bauherrschaften und Baufachleuten beratend zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 9 Planungsvorhaben von 4 verschiedenen Gemeinden in der Kommission beraten und begutachtet.

Auftrag

Siedlung und Ortsbild sind durch die Bautätigkeit einem steten Wandel unterworfen. Jegliche Bautätigkeit ist raumrelevant und führt zu Veränderungen. Mit der Einrichtung der Stabsstelle für Landesplanung vor 35 Jahren hat die Raumplanungspolitik der elf Gemeinden und des Staates zu einer gewissen Sensibilisierung gegenüber der Raumbeanspruchung, der Wohn- und Siedlungsqualität sowie der Erhaltung von Orts- und Landschaftsbild geführt. Die Gestaltungskommission erachtet es zudem als wichtig, bei der Weiterentwicklung der Ortsplanung einbezogen zu werden. Es sind dabei insbesondere die Nutzungsordnung und die ergänzenden Planungsinstrumente wie Spezialbauvorschriften, Überbauungs- und Gestaltungsplan, die eine unverzichtbare Grundlage für diese Weiterentwicklung darstellen. Nur eine grossräumigere, d.h. eine parzellen- und strassenübergreifende Betrachtung der Bauentwicklung bietet Gewähr, langfristig die geforderte Raumqualität in den Wohn- und Arbeitsgebieten zu fördern und zu gewährleisten. Die Arbeit der Gestaltungskommission verlangt nach einer guten Zusammenarbeit mit der jeweiligen Standortgemeinde. Je präziser die ortsplanerischen Grundlagen erarbeitet und spezifiziert sind, umso erfolgreicher kann die im Rahmen der übergeordneten Planungsgrundsätze abgestimmte Realisierung eines Einzelprojektes erfolgen.

Projekte 2006

In fünf Sitzungen befasste sich die Gestaltungskommission mit den eingereichten Projekten und Anfragen. Gesamthaft wurden 9 Projekte, vorwiegend Überbauungspläne, in 4 verschiedenen Gemeinden behandelt. Neben den offiziellen Sitzungen der Gestaltungskommission hat der Leiter der Stabstelle für Landesplanung als Kommissionsvorsitzender fallweise zusätzliche Besprechungen mit Gemeindebaubehörden, Planenden und Bauherrschaften geführt. Diese Gespräche dienten zur Vorbereitung der Kommissionssitzungen wie auch zur Umsetzung der Beratungsergebnisse der Gestaltungskommission. Trotz zunehmender Komplexität der einzelnen Projekte und Aufgabenstellungen wurde gesamthaft eine möglichst pragmatische wie effiziente Erledigung der Anfragen erreicht. Folgende Projekte wurden beraten:

Triesenberg: Es wurde erstmals ein Überbauungsplan in der Gemeinde veranlasst. An landschaftlich exponierter Lage wurde in einem ersten Schritt für eine quartierübergreifende Wohnanlage ein Konzept mit unterschiedlichen und situationsgerechten Baustrukturen für die Weiterentwicklung festgelegt.

Vaduz: Es wurden vier Überbauungspläne, alle entlang der Landstrasse, beraten und im Geschäftsjahr einer dieser Überbauungspläne von der Regierung mit Auflagen bewilligt.

Gamprin: Innerhalb eines Richtplanareals wurde der Vorschlag zur Umsetzung eines Bankgebäudes gemäss diesen Vorgaben beraten und Empfehlungen abgegeben.

Mauren: Es wurden zwei Überbauungspläne für Wohn- und Geschäftsüberbauungen, einer in Schaanwald,der mittlerweile genehmigt ist und ein anderer in Mauren mehrmals begutachtet. Ebenfalls wurde die Weiterentwicklung des Wettbewerbprojekts zur Erweiterung der Gemeindeverwaltung beraten.

Bodenschutzkommission

Vorsitz: Dr. Helmut Kindle, Amtsleiter Amt für Umweltschutz

Die Bodenschutzkommission hat die vergangenen Jahre nur noch selten getagt. Im Hinblick auf die Schaffung eines umfassenden Umweltschutzgesetzes traf sich die Kommission zu einer Sitzung und behandelte Fragen zur grundsätzlichen Notwendigkeit der Kommission und mögliche zukünftige Aufgabenbereiche. Die Kommission gab in einer Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht über ein Umweltschutzgesetz bekannt, ob die Verankerung der Bodenschutzkommission im neuen Umweltschutzgesetz zweckmässig erscheint.

Fischereibeirat

Vorsitz: Dr. Helmut Kindle, Amtsleiter Amt für Umweltschutz

Der Fischereibeirat wurde für die Mandatsperiode 2006 bis 2010 neu bestellt. Im Berichtsjahr hat er sich unter dem Vorsitz des Leiters des Amtes für Umweltschutz zu zwei Sitzungen getroffen. An den Sitzungen wurden schwerpunktmässig die folgenden Themen behandelt: Inhalt und Ausrichtung der Arbeit des Fischereibeirates, Revitalisierungs- und Renaturierungsprojekte, Überarbeitung des Reglements des Fischereivereins und der Fischereiverordnung.

Kommission für die Durchführung der Fischereiprüfung

Vorsitz: Dr. Helmut Kindle,
Amtsleiter Amt für Umweltschutz

Die Kommission für die Durchführung der Fischereiprüfung hat am 29. November 2006 die 16. Fischereiprüfung abgenommen. Zur Prüfungsvorbereitung wurden drei Kursabende zu den Themen Geräte, Reglemente und Strukturen, der gefangene Fisch, Hege, Pflege und Aufzucht, Gerätekunde, Gewässerkunde und Natur- und Umweltschutz durchgeführt. Die schriftliche Prüfung wurde von 22 Teilnehmern abgelegt. 18 Teilnehmer haben die Prüfung bestanden.

Landestierzuchtkommission

Vorsitz: Regierungsrat Hugo Quaderer

Zu Beginn des Jahres 2006 hat die Landestierzuchtkommission die Schauordnung 2006 den betroffenen Zuchtverbänden zur Stellungnahme vorgelegt. Die Vorschläge konnten grösstenteils berücksichtigt und auch mit Vorschlägen des SG-Braunviehzuchtverbandes im Bereich der Einsätze der Experten ergänzt werden. Die Auffuhr, Rangierung und Prämierung der Tiere an den Prämienmärkten konnte mit wenigen Ausnahmen planmässig durchgeführt werden.

Das Verbot des Verklebens der Zitzen wird von verschiedenen Rindviehzüchtern immer noch nicht mitgetragen und äusserte sich in einer mangelnden Kooperation bei der Vorbereitung und Durchführung der Prämienmärkte.

Für die Schausaison 2007 wird versucht die einzelnen Schauplätze vermehrt zur Kooperation zu bewegen, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschütscher

Es ist das erklärte Ziel der Regierung, die Wettbewerbsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken. Die Regierung setzt dabei auf eine liberale Wirtschaftspolitik. In diesem Sinne wurden im Berichtsjahr entsprechende Gesetzesvorlagen verabschiedet. Die Sozialpartnerschaft im Lande und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit standen zudem ganz oben auf der Prioritätenliste des Ressorts Wirtschaft. Der Ressortinhaber nahm an verschiedenen Konferenzen teil und pflegte den bilateralen Kontakt insbesondere zu den Nachbarstaaten.

Die angeführten Tätigkeiten folgen keiner zeitlichen Chronologie, sondern sind nach Themenbereichen geordnet.

Wirtschaftsstandort

Soziale Sicherheit
In beschäftigungspolitischer Hinsicht hat der Landtag das Massnahmenpaket zur Erhaltung und Stärkung der Sozialpartnerschaft als zentrale Vorlage im Herbst 2006 erstmals behandelt. Mit dem vorgeschlagenen neuen Gesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen sowie den flankierend vorgeschlagenen Anpassungen im Entsendegesetz, dem Arbeitsvermittlungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrecht werden dabei Massnahmen getroffen, mit denen auf wirtschaftverträgliche Weise die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter missbräuchlichen Arbeitsbedingungen begegnet werden kann. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, ob parallel zum Inkrafttreten der Gesetzesvorlage eine Verfassungsänderung notwendig sei.

Arbeitslosigkeit
Mit einem ersten von der Regierung beschlossenen Massnahmenpaket wurden auf einander abgestimmte Projekte zur nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit besonderer Gewichtung auf die Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Dabei werden die Massnahmen in den Bereichen Gesetzgebung, Aufbau eines Arbeitsmarktservice, Arbeitsmarktkontrollen, Pilotprojekte mit definierten Zieladressaten und aussagekräftigen Statistiken gesetzt.

Ein moderner und effizienter Arbeitsmarktservice soll durch die Reorganisation der Abteilung Arbeitsvermittlung entstehen. Geplanter Abschluss der laufenden Arbeiten ist April 2007. Im Rahmen eines Pilotprojekts wird eine Clearingstelle eingerichtet. Dabei handelt es ich um die Realisierung eines so genannten Case Management für jugendliche Stellensuchende, die nach den gängigen Methoden der Arbeitsvermittlung oder Betreuung durch das Amt für Volkswirtschaft nur sehr schwer vermittelt werden können. Start dieses Projektes ist März 2007.

Das Ressort Wirtschaft hat weiters ein Konzept in Ausarbeitung gegeben, wie die gesetzlichen Vorgaben betreffend die Arbeits- und Gewerbebewilligungen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie betreffend die Arbeitssicherheit in Liechtenstein durch systematische und koordinierte Kontrolltätigkeiten durchgesetzt werden können.

Die Abteilung Statistik beim Amt für Volkswirtschaft wurde beauftragt, zur nachhaltigen und vertieften Analyse des liechtensteinischen Arbeitsmarkts entsprechende Statistiken, wie insbesondere eine Arbeitslosenstatistik und Lohnstatistik zu erstellen.

Energie
Das im Jahre 2004 durch die Regierung verabschiedete Energiekonzept 2013 postuliert verschiedene energiepolitische Ziele, die zwischenzeitlich zu beinahe 60 % umgesetzt werden konnten. Die Umsetzung des Konzeptes soll weiter konsequent vorangetrieben und nach den neuen Gegebenheiten aktualisiert und priorisiert werden. Das neue Energieeffizienzgesetz, dessen Vernehmlassung nahezu abgeschlossen ist, wird das geltende Energiespargesetz aus dem Jahre 1996 ablösen und durch ausgewählte Fördermassnahmen der Umsetzung des Energiekonzeptes 2013 mehr Schubkraft verleihen.

Verwaltungsreform
Die Diskussion um den Wirtschaftsstandort Liechtenstein und deren Ausrichtung bedingt, dass sich auch die Verwaltung und ihre Strukturen nach den Entwicklungen und Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichten. Das Amt für Volkswirtschaft und das Amt für Zollwesen (neu ab 1. Januar 2007: Amt für Handel und Transport) wurden daher in Teilschritten neu positioniert. Basierend auf Abklärungen und Erkenntnissen des Ressorts wurden die Abteilungen des Amtes für Volkswirtschaft (Sozialversicherung, Statistik, Wirtschaft und Arbeitsvermittlung wie auch Arbeitslosenversicherung) hinsichtlich Organisation und Prozesse optimiert. Zudem wurde die Stabsstelle Rechts- und Wirtschaftfragen neu geschaffen, um den Kontakt zwischen Verwaltung und Wirtschaft auf einer operativen Ebene zu stärken. In diesem Sinne wurden auch die beiden Leistungsvereinbarungen mit der Hochschule Liechtenstein konkreter ausgestaltet.

Gesetzesvorlagen und Verordnungen

Im Berichtsjahr wurden vom Ressort zahlreiche Gesetzesvorlagen und Verordnungen bearbeitet und dem Landtag oder der Regierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Namentlich sind dies:

Massnahmenpaket Sozialpartnerschaft
Die kooperative Sozialpartnerschaft gehört zu den Eckpfeilern der liechtensteinischen Wirtschaftsordnung. Das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 29. November 2004 über die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer hat unmittelbare

rechtliche Auswirkungen auf die Wirkungsweise der Sozialpartnerschaft, insbesondere die Geltung der Gesamtarbeitsverträge (GAV).

Die Gesetzesvorlage mit dem neuen Gesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen sowie mit den flankierend vorgeschlagenen Anpassungen am Entsendegesetz, dem Arbeitsvermittlungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrecht bietet die Basis, mit welcher auf wirtschaftsverträgliche Weise der Beschäftigung von Arbeitnehmern unter missbräuchlichen Arbeitsbedingungen wirksam begegnet werden kann. Damit soll die kooperative Sozialpartnerschaft auf gesicherten rechtlichen Grundlagen erhalten und gestärkt werden.

Arbeitslosenversicherungsgesetz
Mit der Revision wurden die Bestimmungen des Rechts auf Insolvenzentschädigung angepasst. Es wurde neu das Bruttolohnprinzip eingeführt. Zudem werden analog zur Kurzarbeit auch die Mitglieder eines obersten gesellschaftlichen Entscheidungsgremiums vom Bezug von Insolvenzentschädigung ausgeschlossen.

Wettbewerbsgesetz
Die Gesetzesvorlage regelt die Zusammenarbeit zwischen der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) und dem Amt für Volkswirtschaft (ab dem 1. Januar 2007 mit dem Amt für Handel und Transport) sowie die Durchführung von Hausdurchsuchungen. Die Anpassungen im Gesetz beziehen sich im Wesentlichen auf die Ausdehnung des Durchsuchungsrechts auf private Räumlichkeiten, Grundstücke und Transportmittel.

Gewerbegesetz
Gemäss Art. 36 der Liechtensteinischen Verfassung sind Handel und Gewerbe innerhalb der gesetzlichen Schranken frei. In der Zeitspanne zwischen der Schaffung des Gewerbegesetzes im Jahre 1969 und heute durchlief Liechtenstein eine wirtschaftliche Entwicklung mit einer bedeutenden Neuausrichtung.

Dieser Entwicklung wurde mit dem neuen liberalen Gewerbegesetz Rechnung getragen. Das neue Gewerbegesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft. Ziel der Gesetzesrevision war es, eine klare gewerbliche Ordnung bzw. ein wirtschaftspolitisch griffiges Rechtsinstrument zu schaffen, das den spezifischen heutigen Gegebenheiten des liechtensteinischen Wirtschaftsstandortes im Rahmen der Gewerbefreiheit und der europäischen Liberalisierung im Bereich der gegenseitigen gewerblichen Zugangsvoraussetzungen entspricht.

Strassentransportgesetz
Die bislang im Gewerbegesetz eingearbeiteten Regelungen für das Transportgewerbe wurden in das Gesetz über die grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransporte übergeführt. Damit wurde die Grundlage für die Neustrukturierung und Konzentration der Aufgaben im Transportgewerbe bei einem Amt geschaffen. Das Amt für Zollwesen wurde in Amt für Handel und Transport umbenannt.

Finanzbeschluss Personalstiftung der Ferdinand Frick AG
Die Personalstiftung der Ferdinand Frick AG war in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. In dieser Situation stellten sich zwei Aufgaben, nämlich einerseits die im Interesse der Versicherten notwendigen Massnahmen zur Beschaffung von Liquidität zu treffen sowie andererseits die Frage der Verantwortlichkeit der ehemaligen Organe zu klären. Zur Deckung des aktuellen Liquiditätsbedarfs hat das Land einen Sonderbeitrag zu Gunsten der 77 Versicherten der Personalstiftung zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug erhielt das Land sämtliche Forderungen und bestehenden Vermögenswerte, das sind insbesondere zwei Liegenschaften sowie die Schadenersatzforderungen gegen ehemalige Organe.

Gesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
Die Gesetzesvorlage diente der Umsetzung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft. Die entsprechende Anpassung der Urheberrechtsverordnung erfolgte im Dezember 2006.

Gesetz über die Versicherungsvermittlung
Mit dem Gesetz kommt Liechtenstein seiner EWR-rechtlichen Verpflichtung nach, die Richtlinie 2002/92/EG über die Versicherungsvermittlung umzusetzen. Ein Versicherungsbinnenmarkt erfordert, dass Versicherungsvermittler ihre Aktivitäten überall in der Europäischen Union ausführen und die vom Vertrag gewährleisteten Rechte der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs in Anspruch nehmen können.

Finanzbeschluss Tourismusfinanzierung
Mit Finanzbeschluss wurde die Finanzierung der «Liechtenstein Tourismus Anstalt» für einen Zeitraum von fünf Jahren (2007 bis 2011) sichergestellt, um einen ausreichenden strategischen Planungshorizont mit der entsprechenden Sicherheit für die operative Umsetzung bereitzustellen.

Obligatorische Unfallversicherung
Die Revision des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung beinhaltet Neuerungen im Bereich der Finanzierung, der Prämienfestsetzung, der Bewilligung von Versicherern zur Durchführung und Beendigung der Versicherung. Der seit 1986 bestehende Durchführungsvertrag über die obligatorische Unfallversicherung zwischen der Regierung und den Versicherern wurde auf Ende des Jahres 2006 aufgekündigt. In Zusammenhang mit der Gesetzesrevision wurde auch die Verordnung über die obligatorische Unfallversicherung abgeändert.

Depotverwahrstellen
Das Bundesamt für Privatversicherungen (BPV), als zuständige Aufsichtsbehörde über die Versicherungsunternehmen in der Schweiz, hat im Jahre 2004 beschlossen, dass die schweizerischen Versicherungsunternehmen, welche Vermögenswerte, die der Bedeckung von versicherungstechnischen Rückstellungen dienen, bei ausländischen Depotverwahrstellen angelegt haben, bis zum 31. Dezember 2004 diese Depotwerte auf eine von der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) bewilligte Bank in der Schweiz zurücktransferieren müssen. Nachdem liechtensteinische Banken als Depotverwahrstellen von schweizerischen Versicherungsunternehmen vom Entscheid des BPV betroffen waren, wurde der Geltungsbereich der Bestimmungen betreffend Anerkennung ausländischer Konkursverfahren von Versicherungsunternehmen im VersAG (Art. 59k ff.) auch auf die Schweiz ausgedehnt. Damit können liechtensteinische Banken weiterhin als Depotverwahrstellen von schweizerischen Versicherungsunternehmen fungieren.

Pensionsfondsgesetz
Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung sowie eines wachsenden Marktes der betrieblichen Altersversorgung in Europa strebt das Fürstentum Liechtenstein eine Positionierung als attraktiver Standort für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Pensionsfonds) an. Die Umsetzung der Richtlinie 2003/41/EG (Pensionsfonds-Richtlinie) mit der Schaffung eines neuen eigenständigen Pensionsfondsgesetzes stellt einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem europaweit organisierten Binnenmarkt im Bereich der freiwilligen betrieblichen Altersversorgung dar.

Rechtsgrundlage für die Umwandlung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK)
Die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) bedingt nebst einer finanziellen auch eine rechtliche Neuausrichtung der bisherigen Gewerbegenossenschaft. Zu diesem Zweck musste eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, um die Überführung der GWK von der bisherigen Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Genossenschaft in eine privatrechtliche Rechtsform zu ermöglichen. Darüber hinaus wurde mit dem neuen Gesetz Rechtssicherheit und -klarheit geschaffen, dass insbesondere auch die von der GWK und ihren Sektionen geschlossenen Gesamtarbeitsverträge und Lohnvereinbarungen weiterhin gültig sind. Das Gesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft.

Vereinbarung mit der Schweiz betreffend Anschluss an den schweizerischen Sicherheitsfonds
Die Vereinbarung sieht im Wesentlichen vor, dass sich die liechtensteinischen Vorsorgeeinrichtungen für die Sicherstellung der gesetzlichen und reglementarischen Leistungen von zahlungsunfähig gewordenen Vorsorgeeinrichtungen und für die Funktion der Zentralstelle 2. Säule dem schweizerischen Sicherheitsfonds (Stiftung Sicherheitsfonds BVG) anschliessen können. Die Vereinbarung trat am 1. Januar 2007 in Kraft.

Finanzbeschluss 7. Rahmenprogramm
Mit dem Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und Innovation wird die Kontinuität der gemeinschaftlichen Forschungstätigkeiten, welche mit den Rahmenprogrammen 1 bis 6 gestartet wurde, gewährleistet. Ziel ist es, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie zu stärken und die Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, sowie alle Forschungsmassnahmen zu unterstützen, die für den Europäischen Forschungsraum für erforderlich gehalten werden. Damit stehen unseren Industrie- sowie den Klein- und Mittelunternehmen verschiedenste Möglichkeiten offen, sich mit Projekten am Programm zu beteiligen.

EWR-Rechtsakte
Bei der Übernahme von folgenden EWR-Richtlinien waren Verfahren nach Art. 103 EWR-Abkommen Rechtsakte notwendig:
- Richtlinie 2005/68/EG über die Rückversicherung
- Richtlinie 2003/41/EG über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung
- Richtlinie 2005/56/EG über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten
- Richtlinie 2005/29/EG über unlauterer Geschäftspraktiken.

Bilaterale und internationale Beziehungen

Besuch bei Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements
Am 14. Februar 2006 weilte Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher als Wirtschaftsminister zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Dabei haben die beiden Minister einen generellen Gedankenaustausch geführt.

Besuch beim deutschen Wirtschaftsminister Michael Glos
Der Ressortinhaber besuchte am 11. Mai 2006 seinen Amtskollegen Wirtschaftsminister Michael Glos. Sie tauschten sich aus über Wirtschaftspolitik und Standortwettbewerb sowie über die Bedeutung der Aussenwirtschaftspolitik aus Sicht eines Kleinstaates.

Gouverneursrat der Europäischen Bank für Wiederaufnahme und Entwicklung
Am 21. und 22. Mai 2006 nahm Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher mit einer Delegation an der

Jahrestagung des Gouverneursrat der Europäischen Bank für Wiederaufnahme und Entwicklung in London teil.

Besuch der Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements
Frau Bundesrätin Doris Leuthard war am 9. Oktober 2006 zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Gesprächsthemen waren die Wirtschaftspolitik der Schweiz und Liechtenstein und ausgewählte Wirtschaftsthemen.

Sitzung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU und EFTA (ECOFIN)
Am 7. November 2006 nahm Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher mit einer Delegation am gemeinsamen Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU und der EFTA in Brüssel zum Thema Energiepolitik teil.

AMTSSTELLEN

Amt für Volkswirtschaft

Amtsleiter: Dr. Hubert Büchel

Das Amt für Volkswirtschaft wurde im Berichtsjahr umfassend reorganisiert und neu ausgerichtet. Einzelne Aufgabenbereiche wurden zum Amt für Handel und Transport (bis Ende 2006: Amt für Zollwesen) verlagert. Innerhalb des Amtes wurde die Abteilung Arbeit in zwei Abteilungen aufgegliedert (Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) sowie die Stabsstelle Rechts- und Wirtschaftsfragen geschaffen. Abteilungsintern wurde die Abteilung Statistik neu organisiert und bei der Abteilung Arbeitsvermittlung die Ausrichtung auf einen effizienten Arbeitsmarktservice in die Wege geleitet.

Das Jahr 2006 war für die liechtensteinische Volkswirtschaft wiederum erfolgreich. Die Direktexporte legten im vierten Jahr nacheinander zu, und zwar um den Rekordwert von 11.7 %. Auch der Finanzdienstleistungssektor meldete deutliche Zuwächse. Die Lage am Arbeitsmarkt war einerseits durch die Schaffung einer beachtlichen Anzahl neuer Arbeitsplätze gekennzeichnet, andererseits blieb die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Immerhin konnte aber eine Trendwende erreicht werden, lag doch die Anzahl Arbeitslose in jedem einzelnen Monat niedriger als im entsprechenden Monat des Vorjahrs. Die weiteren Wirtschaftsaussichten werden günstig beurteilt. Die liechtensteinische Volkswirtschaft kann sich mit hoher Qualität und hervorragendem Service im internationalen Wettbewerb bewähren.

Aussenwirtschaft
Der Bereich Aussenwirtschaft befasst sich mit allgemeinen Wirtschaftsfragen verschiedenster Art. Zudem werden liechtensteinische Interessen in verschiedenen EWR Arbeits- und Expertengruppen (Forschung und Entwicklung, kleine und mittlere Unternehmen) vertreten.

Teilnahme an Expo-Real in München
Bereits zum dritten Mal hat sich Liechtenstein an einem Gemeinschaftsstand der Bodenseeregion an der Expo Real beteiligt. Diese ist eine der bedeutendsten europäischen Fachmessen für Gewerbeimmobilien. Circa 21 000 Fachbesucher aus über 65 Ländern kommen an diese Messe. Liechtenstein hat sich in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen als interessanter Wirtschaftsstandort dargestellt.

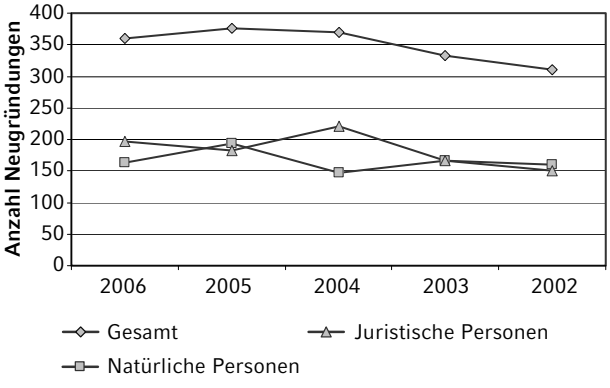
Forschung und Entwicklung
Liechtenstein hat bei CREST, dem wichtigsten Forschungsgremium der EU, Beobachterstatus. Dieses Gremium nimmt eine beratende Funktion sowohl für den Rat als auch für die Kommission ein.

Der Fachbereich Aussenwirtschaft ist Kontaktstelle und Informationsknotenpunkt für das 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft (2002-2006). Im Berichtsjahr wurde mit der Vorbereitung des 7. Forschungsrahmenprogramms (2007-2013) begonnen.

Postaufsicht
Die Liechtensteinische Post AG wurde hinsichtlich der Laufzeiten der Briefe der A-Post und der Pakete gemäss Postgesetz und Verordnung geprüft. Die gesetzlichen Vorgaben wurden gemäss Überprüfung eingehalten.

Gewerberecht

Gewerbebetriebe - Neugründungen



Die erteilten Bewilligungen für Neugründungen teilen sich nach in- und ausländischem Wohnsitz des Bewilligungsinhabers (natürliche Person) bzw. des Geschäftsführers (juristische Person) wie folgt auf die Jahre 2006 (2005) auf: Wohnsitz im Inland 244 (268), Wohnsitz im Ausland 130 (119).

An Mutationen sind im Berichtsjahr bei insgesamt 37 (43) Firmen Zweckergänzungen und bei 73 (68) Firmen Bestellung neuer Geschäftsführer gemeldet und im Gewerberegister eingetragen worden.

Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr
Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Volkswirtschaft 81 (85) Bewilligungen an ausländische Gewerbebetriebe erteilt.

Löschungen
Das Amt für Volkswirtschaft hat im Berichtsjahr 613 (155) Löschungen von Gewerbebewilligungen und Gewerbescheinen vollzogen. Die enorme Diskrepanz zum Vorjahr kommt daher, dass im Zuge einer Bereinigung des Gewerberegisters die Bewilligungen praktisch sämtlicher Firmen, die in den letzten vier Jahren keine gewerbsmässige Tätigkeit mehr ausgeübt haben, gelöscht wurden.

Entzug von Gewerbebewilligungen
Im Berichtsjahr hat die Regierung 9 Gewerbebewilligungen auf Antrag des Amtes für Volkswirtschaft entzogen, wovon am Ende des Berichtsjahres 8 Entzüge in Rechtskraft erwachsen sind.

Ergänzungsprüfung im Gastgewerbe
Diese Prüfung für im Ausland legitimierte Gastwirte wurde im Berichtsjahr zweimal durchgeführt. Von den 8 angetretenen Kandidatinnen und Kandidaten haben 5 die Ergänzungsprüfung bestanden und sich somit die Voraussetzung für den Nachweis der Fachkenntnisse für eine inländische Gastgewerbebewilligung erworben.

Kraftverkehrsunternehmer
Im Zuge der Gewerbegesetzrevision wurde der ganze Transportbereich ausgegliedert und in einer eigenen Gesetzgebung verankert. Das Strassentransportgesetz tritt ebenfalls – wie das neue Gewerbegesetz – am 1. Januar 2007 in Kraft.

Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Arbeitsvermittlungsgesetz (AVG)
Auf der Grundlage des Gesetzes vom 12. April 2000 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsgesetz, AVG), LGBl. 2000 Nr. 103, erteilt das Amt für Volkswirtschaft die erforderlichen Bewilligungen. Im Berichtsjahr 2006 (2005) wurden 5 (4) Bewilligungen erteilt. Dabei hat bei 3 (3) Bewilligungen die verantwortliche Person ihren Wohnsitz im Inland und bei 2 (1) Bewilligungen im Ausland (EWR-Staatsbürger).

Zur Regelung der grenzüberschreitenden Tätigkeit wurde mit der Schweiz gestützt auf das AVG eine zwischenstaatliche Vereinbarung abgeschlossen, wonach CH-Betriebe, welche grenzüberschreitend in Liechtenstein tätig werden möchten, eine liechtensteinische Bewilligung, welche vom Amt für Volkswirtschaft erteilt wird, benötigen. Umgekehrt benötigen FL-Betriebe für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung in die Schweiz eine entsprechende schweizerische Bewilligung. Im Berichtsjahr 2006 (2005) hat Liechtenstein 10 (10) und die Schweiz 3 (2) diesbezügliche Bewilligungen erteilt.

Eignungsprüfung
Für den Nachweis der beruflichen Qualifikation im Sinne des AVG bietet das Amt für Volkswirtschaft die Möglichkeit einer Ergänzungsprüfung an. Im Jahre 2006 wurde mangels Interessenten keine solche Eignungsprüfung durchgeführt.

Wettbewerbsrecht

EG-Verordnungen
Die folgenden EG-Verordnungen wurden geprüft und ins EWRA übernommen:
- Verordnung (EG) Nr. 1459/2006 der Kommission vom 28. September 2006 über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen betreffend Konsultationen über Tarife für die Beförderung von Passagieren im Personenlinienverkehr und die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen (Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschuss vom 8.12.2006) und
- Verordnung (EG) Nr. 1419/2006 des Rates vom 25. September 2006 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 über die Einzelheiten der Anwendung der Artikel 85 und 86 des Vertrages auf den Seeverkehr und zur Ausweitung des Anwendungsbereichs der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 auf Kabotage und internationale Trampdienste (Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschuss vom 8.12.2006).

Konsumentenschutz

EWR-Recht
EG-Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz
Die Übernahme der Verordnung (EG) 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden wurde im Berichtsjahr umfassend bearbeitet. Die Verordnung wurde mit Beschluss 92/2006 am 7.7.2006 ins EWRA übernommen.

Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich Verbraucherpolitik (2007-2013)
Am 18. Dezember 2006 wurde der Beschluss Nr. 1926/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich Verbraucherpolitik (2007-2013) verabschiedet. Auch Liechtenstein nimmt an diesem Aktionsprogramm teil.

Arbeitsgruppen Konsumentenschutz
Der Fachbereich Konsumentenschutz vertrat die liechtensteinischen Interessen in den entsprechenden EWR/

EFTA-Arbeitsgruppen in Brüssel. Ebenso war der Fachbereich Konsumentenschutz im Berichtsjahr als Beobachter bei Sitzungen der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen vertreten.

Marktüberwachung

Technische Prüf-, Mess- und Normenstelle (TPMN) / Liechtensteinische Akkreditierungsstelle (LAS)
Der Fachbereich TPMN und LAS im Amt für Volkswirtschaft beinhaltet im Sinne einer Marktüberwachung die Aufgabenbereiche: Technische Handelshemmnisse, freier Warenverkehr, Standardisierung und Normung, internationale Handelserleichterungen und Akkreditierung.

Technische Prüf-, Mess- und Normenstelle (TPMN)
Technische Handelshemmnisse
Aufgrund der so genannten parallelen Verkehrsfähigkeit ist Liechtenstein sowohl in den schweizerischen als auch in den europäischen Wirtschaftsraum eingebunden. Indem die EU-Binnenmarktgesetzgebung erst auf ihre Relevanz und Annehmbarkeit für Liechtenstein geprüft und dann übernommen wird, kann sichergestellt werden, dass die liechtensteinischen Unternehmen keine neuen Marktzutrittsschranken im EWR vorfinden.

Konformitätsabkommen
(Mutual Recognition Agreement - MRA)
MRAs sind Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen bestimmter Industrieprodukte, welche beim Markteintritt vorgeschriebenen Tests und Zertifizierungen unterliegen. Jede Vertragspartei kann die Produkte vor der Ausfuhr im eigenen Land im Hinblick auf die Konformität mit den Vorschriften des Einfuhrlandes prüfen, testen und zertifizieren lassen. Die Vertragsparteien anerkennen diese Tests und Zertifikate. Am 1. März 2006 sind zwei Abkommen zwischen den EWR-EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen einerseits und den USA andererseits über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen in Kraft getreten. Das erste Abkommen erfasst Industrieprodukte aus den Sektoren elektromagnetische Verträglichkeit, Telekommunikationsgeräte und Sportboote. Dieses MRA wird durch ein zweites Abkommen um den Bereich Schiffsausrüstung ergänzt. Beide Abkommen wurden am 17. Oktober 2005 in Washington unterzeichnet.

Umsetzung EWR-Recht
Im Jahre 2006 wurden 24 verschiedene Rechtsakte der EU im technischen Bereich, welche in den Zuständigkeitsbereich der TPMN fallen und in das EWR-Recht übernommen werden sollen, überprüft.

Zur Umsetzung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften ist eine Notifikation verfasst und der EFTA-Überwachungsbehörde übermittelt worden. Zu einer Notifikation, die 2005 an die EFTA-Überwachungsbehörde übermittelt worden ist, gab es von der EU-Kommission eine sogenannte Bemerkung, die bei der Umsetzung noch berücksichtigt werden sollte.

Des Weiteren vertrat der Fachbereich TPMN die liechtensteinischen Interessen in den entsprechenden EWR/EFTA-Arbeitsgruppen in Brüssel. In diesen Gruppen werden die Entwicklungen in der EU mitverfolgt und kommende Rechtsakte diskutiert.

Allgemeine Produktsicherheit
Der Fachbereich TPMN ist die nationale Kontaktstelle nach der Richtlinie 2001/95/EG über die allgemeine Produktsicherheit. Gemäss dieser Richtlinie müssen Hersteller und Händler die zuständigen nationalen Behörden umgehend unterrichten, wenn sie feststellen, dass ein von ihnen in Verkehr gebrachtes Produkt gefährlich ist. Im Berichtsjahr sind zwei Meldungen bei der TPMN eingegangen. Durch das RAPEX, Schnellwarnsystem für die Produktsicherheit im europäischen Binnenmarkt, hat die TPMN im Berichtsjahr 892 (2005: 701) Meldungen erhalten.

Liechtensteinische Akkreditierungsstelle (LAS)
Ende 2006 waren 2 Zertifizierungsstellen, 1 Kalibrierstelle und 1 Inspektionsstelle bei der LAS akkreditiert. Im Berichtsjahr sind zwei Stellen auf Antrag des Akkreditierungsrates wieder akkreditiert worden.

Arbeitssicherheit

Umsetzung EWR-Recht / Internationales
Im Jahre 2006 wurden diverse Rechtsakte der EU betreffend Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz hinsichtlich Übernahme ins EWR-Recht überprüft.

Vom Fachbereich wurden verschiedene Sitzungen der «Arbeitsgruppe über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz sowie Arbeitsrecht» des Ausschusses der hohen Arbeitsaufsichtsbeamten (SLIC) besucht. Liechtenstein nimmt regelmässig an Sitzungen des schweizerischen Focal Point teil. Eine zentrale Aufgabe des Focal Points ist die Durchführung der «European Week», welche im Berichtsjahr unter dem Motto «Jugendliche Arbeitnehmer» stand.

Erlass Verordnungen
Im Berichtsjahr wurde für den Entwurf der Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer auf Baustellen, für die Abänderung der Verordnung II zum Arbeitsgesetz (Sonderbestimmungen für bestimmte Gruppen von Betrieben und Arbeitnehmern) sowie die Verordnung V zum Arbeitsgesetz (Sonderbestimmungen für jugendliche Arbeitnehmer) die Stellungnahme der Sozialpartner eingeholt.

Baustellenkoordinationsgesetz
2006 wurden 38 neue Bewilligungen der fachlichen Fähigkeit für Planungs- und Baustellenkoordinatoren erteilt.

Arbeitssicherheit in landwirtschaftlichen Betrieben
Im Berichtsjahr wurden in 16 (12) Landwirtschaftsbetrieben mit Arbeitnehmern Kontrollen von der Stiftung agriss (Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in der Landwirtschaft) durchgeführt. Bis Ende 2006 haben sich 43 Landwirtschaftsbetriebe bei der Branchenlösung agriTOP (Präventationskonzept) bei der BUL (Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft) registrieren lassen.

Rohrleitungsgesetz
Es wurden im Berichtsjahr 3 Bewilligungen für Arbeiten in der Nähe der Hochdruckleitungen erteilt.

Luftfahrthindernisse / Seilbahnen
Im Jahr 2006 wurden 2 Luftfahrthindernisse dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) mitgeteilt. Ebenfalls wurde das Konzessionsgesuch für den Betrieb von drei Seilbahnen und 2 Schleppliften der Bergbahnen Malbun AG bearbeitet.

Jahresversammlungen / Kongresse / Fachtagungen / Vorträge
Die Mitarbeiter des Fachbereichs Arbeitssicherheit nahmen an verschiedenen Fachtagungen, Kongressen und Jahresversammlungen teil. Dies waren insbesondere die Eidgenössische Kommission für Arbeitssicherheit (EKAS), des Schweizerischen Staatssekretariats für Wirtschaft (seco), der Schweizerischen Unfallversicherung (SUVA), des Interkantonalen Verbands für Arbeitssicherheit (IVA) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien. Ebenfalls wurden Vorträge beim Beruflichen Weiterbildungsinstitut (BWI) der Gewerbe- und Wirtschaftskammer und der Hochschule Liechtenstein (HSL) gehalten.

Vollzug der arbeitsgesetzlichen Bestimmungen

Erteilte Arbeitszeitbewilligungen
Im Jahr 2006 (2005) wurden insgesamt 152 (114) Arbeitszeitbewilligungen erteilt, 104 (75) für Sonntagsarbeit, 38 (34) für Nachtarbeit, 7 (2) für Sonntags- und Nachtarbeit und 3 (3) für ununterbrochenen Betrieb.

Erteilte Planverfügungen und Betriebsbewilligungen
Im Jahre 2006 (2005) wurden 39 (0) Betriebsbewilligungen erteilt und 24 (4) Planverfügungen erlassen. In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verein für technische Inspektionen (SVTI) wurden 4 (14) Planverfügungen bzw. Betriebsbewilligungen für bewilligungspflichtige Druckbehälter erteilt.

Vorankündigungen von Baustellen
Im Berichtsjahr sind 207 (217) Vorankündigungen für Baustellen, auf denen mehr als 500 Manntage gearbeitet wird oder die gefährliche Arbeiten beinhalten, eingegangen.

Betriebsbesuche
Im Jahr 2006 (2005) fanden insgesamt 254 (248) Betriebsbesuche statt. Anlässlich dieser Besuche wurden 200 (193) Inspektionen durchgeführt, davon 36 (23) in industriellen Betrieben, 59 (54) in Gewerbebetrieben, 6 (4) in öffentlichen Verwaltungen und 99 (112) auf Baustellen. Weiters wurden in 2 (1) Betrieben verschiedene Abklärungen betreffend einer eventuellen Gesundheitsgefährdung vorgenommen. Ebenfalls haben 52 (51) Beratungsgespräche in verschiedenen Betrieben stattgefunden. Diverse weitere Beratungsgespräche über Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz sowie über Arbeitszeiten mit Arbeitgebern oder Arbeitnehmern fanden im Amt statt.

Unfalluntersuchungen
Im Jahre 2006 (2005) sind auf Baustellen sowie in Industrie- und Gewerbebetrieben 5 (11) Arbeitsunfälle untersucht worden.

Arbeitsmarkt / Arbeitsvermittlung

Interne Entwicklung / Reorganisation
Das Jahr 2006 stand wiederum im Zeichen der Reorganisation dieser Abteilung, die im Frühjahr 2007 ihren vorläufigen Abschluss finden wird.

Per Jahresbeginn wurden die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung in zwei Abteilungen getrennt.

Gemäss Regierungsprogramm 2005-2009 sollen durch den Reorganisationsprozess die Voraussetzungen für einen modernen Arbeitmarktservice (AMSFL) geschaffen werden. Das AMSFL-Projekt wurde im August 2006 gestartet und wird 2007 abgeschlossen werden. Inhaltlich geht es um die systematische Ausrichtung in Vermittlung, Beratung und Betreuung, damit entscheidende Kernprozesse wie z.B. proaktive Arbeitgeberkontakte mit einer verbindlichen Stellenbewirtschaftung umgesetzt werden.

Im November 2006 wurde die bisher von der Arbeitslosenversicherung geführte Anmeldung/Information von der Arbeitsvermittlung übernommen. Mit Übernahmedatum wurde das Anmeldeprozedere bis zum Erstberatungsgespräch vom 3-Wochen-Zeitrahmen auf 24 Stunden verkürzt. Die Kundendienstleistungen werden mit der Einführung eines ArbeitsMarktService Liechtenstein (AMSFL) ständig verbessert und mit nützlichen Modulen erweitert. Dazu dient seit Oktober 2006 auch das Mitwirken in einer «best-practice» Gruppe für EURES-Arbeitgeberkontakte im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Als flankierende Massnahme findet mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) Sargans und dem Arbeitsmarktservice (AMS) Dornbirn zweimal jährlich ein Benchmark-Treffen statt.

Abschliessend wurde das neue AVALV-EDV-Programm erarbeitet und im Dezember 2006, nach einer 3-monatigen Testphase, erfolgreich in Betrieb genommen.

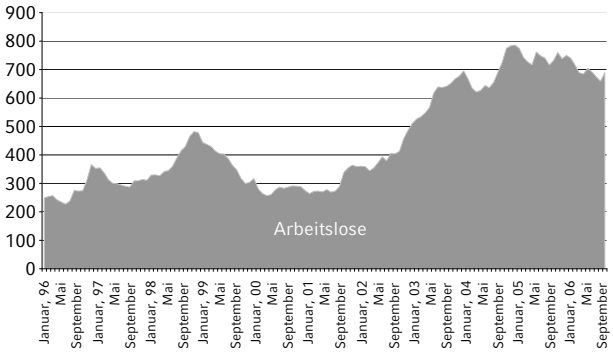
Beratung / Vermittlung

Obwohl die Meldung offener Stellen auf Freiwilligkeit beruht, kann im Berichtsjahr mit 948 Stellenmeldungen (gegenüber 905 in 2005) eine erfreuliche Zunahme festgestellt werden. Für die erfolgreiche Vermittlung Stellensuchender ist es notwendig, dass einerseits offene Stellen gemeldet und andererseits Kontakte zu den Arbeitgebern systematisiert gepflegt werden.

Zu-und Abgänge von stellensuchenden Personen

Insgesamt haben sich im Berichtsjahr 2006 rund 1094 stellensuchende Personen angemeldet und 1099 konnten wieder abgemeldet werden. Dies ergibt die hohe Fluktuation von 2193 Personen, welche durch die Arbeitsvermittlung bewältigt wurde. Einen Eindruck über die Entwicklung der letzten zehn Jahre gibt die Grafik zur Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen (1996 – 2006):

Arbeitslos gemeldete Personen: Januar 1996 bis Dezember 2006

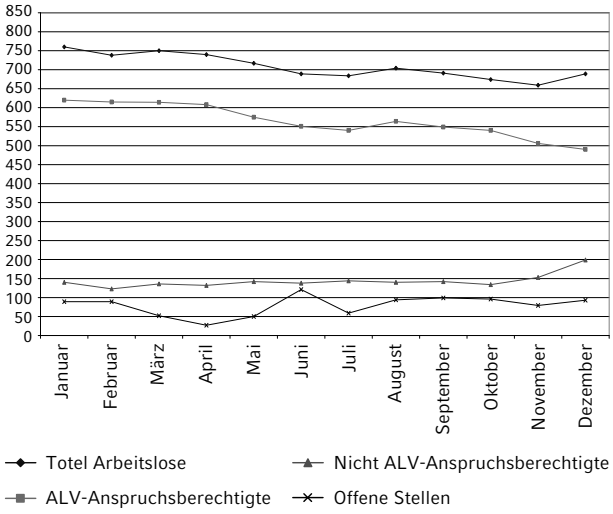


Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 2006

Der seit etwa Mitte 2001 bestehende negative Trend, der sich 2005 stabilisierte, konnte nun gebrochen werden. Die Arbeitslosenquote ging 2006 von 2.6 % im Januar auf 2.3 % im Dezember zurück.

Vor allem in der zweiten Jahreshälfte konnte zwar ein konstant hoher Bedarf an neuen Arbeitskräften registriert werden, entsprechend hoch war aber auch die Fluktuationsquote. Vor allem in der Jugendarbeitslosigkeit scheint sich ein allgemein negativer Trend zu bestätigen (Direktvergleich zum Kanton St. Gallen und dem Bundesland Vorarlberg bestätigen die regionale Problematik).

Entwicklung der Arbeislosigkeit im Jahr 2006



2006	Total Arbeitslose	ALV-Anspruchsberechtigte	Nicht Anspruchsberechtigte	Offene Stellen
Januar	760	620	140	89
Februar	738	615	123	89
März	750	614	136	52
April	740	608	132	27
Mai	717	575	142	50
Juni	689	551	138	121
Juli	684	540	144	59
August	704	564	140	94
September	691	549	142	99
Oktober	674	540	134	96
November	659	506	153	79
Dezember	689	490	199	93

Definitionen:
ALV-anspruchsberechtigt sind Personen, die Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben (arbeitslos, anspruchsberechtigt und vermittelbar sind).
ALV-nicht-anspruchsberechtigt sind arbeitslose Personen, welche die ALV-Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen, z.B. keine oder zu kurze Beitragsdauer (mind. 6 Monate während der letzten zwei Jahre).

Arbeitslose nach Monat, Geschlecht und Altersgruppe

	Arbeitslosenbestand		Frauen		Jüngere < 25 Jahre		Ältere 50+	
Monat	Quote %	absolut	Anzahl	Anteil %	Anzahl	Anteil %	Anzahl	Anteil %
Jan	2.6	760	362	48	122	16	162	21
Feb	2.5	738	346	47	124	17	162	22
März	2.5	750	351	47	133	18	167	22
April	2.5	740	344	46	129	17	170	23
Mai	2,4	717	378	53	125	17	169	24
Juni	2,3	689	328	48	122	18	160	23
Juli	2.3	684	340	50	151	22	157	23
Aug	2.3	704	358	51	166	24	152	22
Sept	2.3	691	343	50	162	23	148	21
Okt	2.2	674	341	51	143	21	148	22
Nov	2.2	659	328	50	150	23	146	22
Dez	2.3	689	337	49	136	20	156	23

Arbeitsmarktliche Massnahmen

In der Beratung und Betreuung von stellensuchenden Personen wird das Ziel verfolgt, deren Fach-, Sozial- und Persönlichkeits-Kompetenzen zu erweitern. Dies soll die Stellensuchenden dabei unterstützen, sich durch bessere Qualifikationen attraktiver für den Arbeitsmarkt zu machen. Ein wichtiges Instrument bilden die Arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM). Im Vergleich zum Vorjahr ist eine mengenmässige Abnahme der AMM von 32 % zu verzeichnen.

Die Gründe der Abnahme liegen vor allem im gezielteren und nicht mehr flächenmässigen Einsatz der AMM. Im Rahmen des AMSFL-Projektes werden die AMM überprüft und gezielter eingesetzt.

Programm EIPOLA (Einsatzprogramm Landesverwaltung): die ALV stellt der Landesverwaltung Arbeitslose für Einsätze bis maximal 3 Monate zur Verfügung. Die Kosten werden von der ALV via Taggelder getragen. Der Vorteil für die Teilnehmer besteht vor allem im Nachweis einer Berufstätigkeit. Im 2006 wurden über EIPOLA in 15 Ämtern von 41 Personen total 1 607 Arbeitstage geleistet.

AMM	**Teilnehmer 2006**	**Teilnehmer 2005**	**Veränderung**
Kollektivkurse	153	332	- 179
Spezielle Arbeitsmarktliche Massnahmen	99	119	- 20
Praktika	60	75	- 15
Beschäftigungsprogramme	86	54	+ 32
Einarbeitungszuschüsse	11	5	+ 6
Förderung der Selbständigkeit	12	33	- 21
Total	**421**	**618**	**- 197**

Energie

Energiekonzept «Liechtenstein 2013»

Ein Schwerpunkt der Energiefachstelle war im Berichtsjahr die Umsetzung des Massnahmenpakets des Energiekonzepts, unter anderem die Ausarbeitung eines Entwurfs für dessen Weiterentwicklung.

Arbeitsgruppe «Biogas»

Eine neue bzw. erweiterte Arbeitsgruppe «Biogas» wurde von der Regierung Ende 2005 bestellt. Den Abschlussbericht hat die Arbeitsgruppe der Regierung Mitte des Berichtsjahres zur Kenntnis vorgelegt.

Arbeitsgruppe «Einspeisemodell»

Die Regierung hat im Berichtsjahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt und beauftragt, verschiedene Einspeisevergütungsmodelle zur Förderung erneuerbarer Energien zu evaluieren. Ein Bericht kam noch im Berichtsjahr zum Abschluss.

Umsetzung EWR-Recht

Im Berichtsjahr wurden 7 verschiedene Rechtsakte der EU betreffend Übernahme ins EWR-Recht überprüft und ein Rechtsakt übernommen: Richtlinie 2004/8/EG über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung.

Liberalisierung des Erdgasbinnenmarktes

Im Berichtsjahr hat sich die Regulierungsbehörde zusammen mit der Liechtensteinischen Gasversorgung mit den «Technisch Betrieblichen Bestimmungen» befasst. Diese wurden abgeschlossen und von der Regulierungsbehörde genehmigt.

Verordnung über Niederspannungsinstallationen (NIV)

Im Zuge der gesetzlichen Grundlagen sowie im Hinblick auf die Strommarktliberalisierung wurde die Niederinstallationsverordnung an die heutigen Anforderungen

angepasst. Diese Verordnung wurde im Berichtsjahr zusammen mit den LKW erarbeitet und im Herbst an die ESA zur Notifikation weitergeleitet.

Gesetz über die Förderung des Energiesparens (Energiespargesetz)
Aufgrund des Gesetzes über die Förderung des Energiesparens wurden im Berichtsjahr 219 (Vorjahr 206) Anträge bearbeitet. 1 (0) Gesuch wurde abgelehnt, 0 (4) Gesuche wurde aufgeschoben. Von den 218 (202) bewilligten Gesuchen betrafen 11 (11) Gebäudesanierungen, 56 (55) Haustechnikanlagen, 141 (129) thermische Sonnenkollektoren, 4 (4) Photovoltaikanlagen und 6 (3) Demonstrationsanlagen. In der Förderkategorie Gebäudesanierungen wurden CHF 236 267 (156 011), für Haustechnikanlagen CHF 335 362 (368 830), für thermische Sonnenkollektoren CHF 544 722 (548 117) und für Photovoltaikanlagen CHF 19 769 (22 305) zugesichert. Auf Antrag der Energiekommission hat die Regierung für Demonstrationsanlagen Fördermittel von CHF 294 950 (58 850) zugesprochen. Insgesamt wurden Förderbeiträge in der Höhe von CHF 1 431 070 (1 154 113) zugesichert.

Energiestadt
Das Label «Energiestadt» erhalten Gemeinden für konsequente energiepolitische Massnahmen, die über das gesetzlich Vorgeschriebene hinausgehen. Die Gemeinde Planken hat im Berichtsjahr das Label «Energiestadt» erhalten. Weiters haben sich die Gemeinden Balzers, Eschen und Schaan entschieden, auf das «Energiestadt-Label» hin zu arbeiten.

Minergie
Im Berichtsjahr wurde 1 Gebäude mit dem Minergielabel ausgezeichnet. Es wurden insgesamt 4 Minergiegesuche eingereicht und von der Energiefachstelle geprüft.

Tätigkeit in Organisationen und Arbeitsgruppen sowie Öffentlichkeitsarbeit
Die Energiefachstelle hat in der Projektgruppe Energie der internationalen Regierungskommission Alpenrhein, den Arbeitsgruppen der Energiekommission sowie in den Konferenzen der kantonalen und ostschweizerischen Energiefachstellen sowie in der Arbeitsgruppe «Weiterbildung und Information» des Bundesamts für Energiewirtschaft mitgewirkt. Weiters hat die Fachstelle die liechtensteinischen Interessen in den entsprechenden EFTA/EWR-Arbeitsgruppen in Brüssel vertreten. Ebenfalls führt die Energiefachstelle gemäss EMG und GMG das Sekretariat der Regulierungsbehörde.

Die Energiefachstelle hat die Öffentlichkeit und Fachleute laufend durch Vorträge, Beratungsgespräche, Publikationen und Berichterstattung in Fachzeitschriften informiert.

Geistiges Eigentum

Marken
Insgesamt wurden im Jahre 2006 (2005) 463 (381) nationale und 118 (71) internationale Markeneintragungsgesuche behandelt. Dies bedeutet gegenüber 2005 eine Zunahme der nationalen Gesuche um 21.5 % sowie der internationalen Gesuche um 66.2 %. Ferner wurden 126 nationale Markenverlängerungen, 115 Übertragungen sowie 74 diverse Änderungen im Markenregister durchgeführt.

Am 24. November 2006 wurde vom Landtag das Gesetz über die Reorganisationsmassnahmen beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Zollwesen verabschiedet. Die Integration der Fachbereiche Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht in das Amt für Handel und Transport wurde genehmigt. Neu wird die Abteilung Schutz- und Wettbewerbsrechte vom Amt für Handel und Transport die Prüfung von internationalen Marken mit Schutz für Liechtenstein gewährleisten. Am 19. Dezember 2006 wurden von der Regierung die Verordnung über die Einhebung von Gebühren nach dem Markenschutzgesetz und die Verordnung betreffend die Abänderung der Verordnung über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben genehmigt. Die Dateien bezüglich neuer Markeneintragungen (Abbildung der Marken und detaillierte Waren- und Dienstleistungsliste) können nun via Internet unter der Homepage des Amtes für Handel und Transport veröffentlicht werden. Damit werden die Markenhinterleger keine zusätzliche Rechnung über die Publikationskosten mehr erhalten.

Design
Im Berichtsjahr wurden 10 Designs hinterlegt und die Schutzdauer von 9 Designs verlängert.

Verwertungsgesellschaften
Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Volkswirtschaft 21 Tarife genehmigt bzw. verlängert.

Statistik

Aufgaben und Publikationen
Aufgabe der amtlichen Statistik ist es, Informationen zu allen wichtigen Lebensbereichen wie Bevölkerung, Staat, Wirtschaft, Bildung und Umwelt in vergleichbarer Form bereitzustellen. Statistische Informationen tragen zu einer sachorientierten Diskussion über gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen bei und bilden eine Grundlage für fundierte Entscheide.

Die Tätigkeit der Abteilung Statistik stützt sich auf das Gesetz über die amtliche Statistik, LGBl. 1976 Nr. 44, und die statistikrelevanten Bestimmungen des EWR-Abkommens ab. Die amtliche Statistik Liechtensteins ist Teil des Europäischen Statistischen Systems und orientiert sich an den fünfzehn Grundsätzen des «European Statistics Code of Practice». Zu diesen Grundsätzen

zählen unter anderem Genauigkeit, Vergleichbarkeit, Zugänglichkeit und Relevanz der Statistiken.

Im Berichtsjahr veröffentlichte die Abteilung Statistik insgesamt 65 statistische Publikationen. In 61 Newslettern wurden die Abonnenten per E-Mail über neue Veröffentlichungen informiert. Den Internetauftritt der Statistik (www.avw.llv.li – Link «Statistik») nahmen die Statistiknutzer rege in Anspruch.

Reorganisation der amtlichen Statistik
Zur Verbesserung der Qualitätssicherung und zur besseren Verteilung der Aufgaben genehmigte die Regierung im März 2006 die von der Abteilung Statistik durchgeführte Reorganisation. Die Abteilung wurde neu in die drei Fachbereiche «Register und Internationales», «Wirtschafts- und Bildungsstatistik» sowie «VGR» gegliedert und die Abläufe zur Erstellung und Qualitätskontrolle der einzelnen statistischen Publikationen wurden neu definiert.

Neue Statistikprojekte
Die Regierung beauftragte die Abteilung Statistik im Berichtsjahr, eine verbesserte Arbeitslosenstatistik sowie neu eine Lohnstatistik aufzubauen. Die Lohnstatistik soll Auskunft geben über die mittleren Bruttolöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Kriterien wie Wirtschaftszweig, Geschlecht und Alter. Zweck der Arbeitslosenstatistik ist es, ein differenzierteres Bild über die Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu gewinnen.

Da die EU und die Schweiz auf den 1. Januar 2008 eine weitgehende Änderung der Klassifikation der Wirtschaftszweige einführen werden, hat die amtliche Statistik in Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung und der Abteilung Informatik auch ein Projekt zur Anpassung dieser Klassifikation gemäss den internationalen Vorgaben gestartet.

Neue Publikationen der amtlichen Statistik

Konjunkturbericht Liechtenstein
Der Konjunkturbericht Liechtenstein wird neu halbjährlich von der Abteilung Statistik des Amtes für Volkswirtschaft publiziert. Er informiert anhand von Texten und Grafiken über die konjunkturelle Entwicklung in Liechtenstein und die Entwicklung in wichtigen Exportländern. Bedeutsame Konjunkturindikatoren sind dabei die Umsätze der grösseren Unternehmen, die Beschäftigungsentwicklung, die Lagebeurteilung im industriellen Bereich und die Warenexporte. Einbezogen in die Beurteilung werden auch die Preisentwicklung und das monetäre Umfeld der liechtensteinischen Volkswirtschaft.

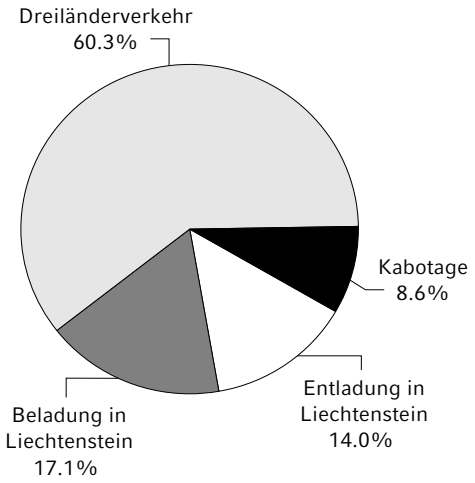
Steuerstatistik
Die Abteilung Statistik hat von der Steuerverwaltung die Erstellung und Publikation der Steuerstatistik übernommen. Die Steuerstatistik zeigt die Ergebnisse der einzelnen Steuerarten und ihre Berechnungsgrundlagen, stellt die Struktur der Steuereinnahmen gemäss international vergleichbaren Kategorien dar und zeigt die Entwicklung seit 1980 auf. In der Steuerstatistik findet sich auch die Fiskalquote, berechnet als das Verhältnis der Fiskaleinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2004 belief sich die Fiskalquote Liechtensteins auf 21.2 %, was im internationalen Vergleich einen tiefen Wert darstellt.

Gütertransportstatistik
Im September 2006 wurde die erste Gütertransportstatistik Liechtensteins veröffentlicht. Die Publikation umfasst die Transporte der in Liechtenstein zugelassenen Lastwagen und Sattelschlepper mit einem Gesamtgewicht von mindestens 6 Tonnen, wobei die Fahrten in der Schweiz und in Liechtenstein nicht enthalten sind.

Im Jahr 2005 wurden von den in Liechtenstein zugelassenen Lastwagen und Sattelschleppern 762 260 Tonnen Güter transportiert. Die zurückgelegte Strecke belief sich auf 29.6 Mio. km. Die Transportleistung betrug 390 Mio. Tonnenkilometer.

Von den transportierten Gütern wurden 17.1 % in Liechtenstein beladen und 14.0 % in Liechtenstein entladen. Somit haben 31.1 % der transportierten Güter einen Liechtenstein-Bezug. 8.6 % der Güter wurden innerhalb eines ausländischen Staates (Kabotage) und 60.3 % zwischen zwei verschiedenen ausländischen Staaten (Dreiländerverkehr) spediert.

Güter nach Verkehrsart



Liechtensteinisches Unternehmensregister
Die Abteilung Statistik führt jährlich per 31. Dezember bei den in Liechtenstein ansässigen Unternehmen eine Erhebung über deren Beschäftigte durch.

Bei der Anzahl Unternehmen wurde im Jahr 2005 (2004) ein Anstieg um 3.2 % auf 3254 (3153) Unternehmen festgestellt; davon waren 85.6 % (85.1 %) sehr kleine Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Als Unternehmen gelten alle im Land tätigen privatrechtlichen Betriebe und alle öffentlich-rechtlichen Institutionen. Privathaushalte mit Angestellten werden nicht zu den Unternehmen gerechnet.

	31.12.2005		31.12.2004	
	im Ganzen	in Prozent	im Ganzen	in Prozent
Anzahl Unternehmen nach Sektoren	**3254**	**100.0**	**3153**	**100.0**
Sektor 1: Land- und Forstwirtschaft	126	3.9	126	4.0
Sektor 2: Industrie	597	18.3	591	18.7
Sektor 3: Dienstleistungen	2531	77.8	2436	77.3
Anzahl Unternehmen nach Grössenklassen				
1 - 9 Beschäftigte	2784	85.6	2684	85.1
10 - 49 Beschäftigte	394	12.1	390	12.4
50 - 249 Beschäftigte	59	1.8	64	2.0
250 und mehr Beschäftigte	17	0.5	15	0.5
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigter pro Unternehmen	**9.4**		**9.4**	
Sektor 1: Land- und Forstwirtschaft	2.8		2.7	
Sektor 2: Industrie	22.5		22.4	
Sektor 3: Dienstleistungen	6.6		6.6	

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Jahre 2005 um 2.2% von 29 533 auf 30 170 Personen. Davon waren 14 503 Zupendler aus dem Ausland.

	31.12.2005		31.12.2004	
Beschäftigte nach Sektoren	Im Ganzen	in Prozent	im Ganzen	in Prozent
Total	**30170**	**100.0**	**29533**	**100.0**
Sektor 1: Land- und Forstwirtschaft	381	1.3	385	1.3
Sektor 2: Industrie	13242	43.9	13050	44.2
Sektor 3: Dienstleistungen	16547	54.8	16098	54.5

EWR - 23 neue Rechtsakten übernommen
Insgesamt wurden im Berichtsjahr 23 neue Rechtsakten in den Anhang XXI des EWR-Abkommens übernommen, welche die amtliche Statistik betrafen.

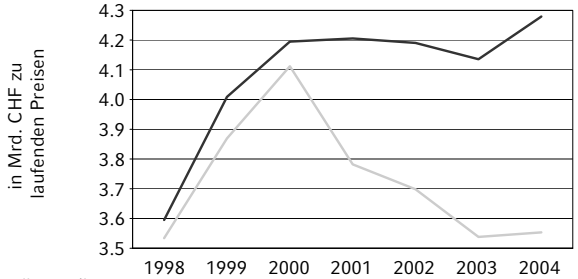
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)
Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung liefert Grundlagen für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung, die Finanzpolitik und die Bemessung der Beiträge an internationale Organisationen. Zu den wichtigsten Grössen der VGR FL zählen das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Bruttonationaleinkommen (BNE, früher als Bruttosozialprodukt (BSP) bezeichnet) und das Volkseinkommen.

Im Herbst 2005 wurde festgestellt, dass die provisorische, noch unveröffentlichte Berechnung des Volkseinkommens 2002 vom Herbst 2004 fehlerhaft gewesen war. Die Berechnung der VGR FL 2002 musste deshalb wiederholt werden. Entsprechend konnten die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 2002 und 2003 erst im Frühjahr 2006 publiziert werden.

Die von der Regierung angeordnete Untersuchung zu den Berechnungsfehlern in der VGR FL 2002 zeigte organisatorische und fachliche Mängel auf. Im Zuge dieser Untersuchung wurde deshalb eine Reihe von Massnahmen zur künftigen Fehlervermeidung ergriffen. So wurden das Vier-Augen-Prinzip durchgehend eingeführt, die Personenunabhängigkeit der VGR-Berechnung sichergestellt, zusätzliche Kontrollen eingerichtet und die Planungsinstrumente weiterentwickelt.

Im Anschluss an die Aufarbeitung der Jahre 2002 und 2003 erfolgte im Berichtsjahr auch die VGR-Berechnung für das Jahr 2004. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2004 auf CHF 4.3 Mrd. gegenüber CHF 4.1 Mrd. im Vorjahr an. Mit diesem relativ kräftigen Wirtschaftswachstum von 3.5 % wurden die Rückgänge der beiden Vorjahre wieder kompensiert. Mithilfe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Liechtensteins kann mittlerweile die wirtschaftliche Entwicklung über einen Zeitraum von sieben Jahren analysiert werden. Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich das Wirtschaftswachstum und die Einkommensentwicklung der liechtensteinischen Volkswirtschaft in den letzten Jahren ein Stück weit entkoppelt haben. So blieb das Bruttonationaleinkommen im Jahr 2004 praktisch unverändert bei CHF 3.5 Mrd., während das Bruttoinlandsprodukt deutlich zulegen konnte. Diese teilweise Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Einkommensentwicklung hängt zum Teil mit der besonderen Beschäftigungsstruktur Liechtensteins zusammen. Aufgrund des hohen Anteils der Zupendler am Beschäftigungswachstum in Liechtenstein fliesst ein Teil der zusätzlich erzielten Wertschöpfung in Form von Arbeitnehmerentgelten wieder ins Ausland ab, ohne im Inland einkommenswirksam zu werden. Zur schwachen Einkommensentwicklung beigetragen haben 2004 auch die geringeren Vermögensüberschüsse aufgrund höherer Ausschüttungen der Unternehmen an das Ausland.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttonationaleinkommens seit 1998



	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Zupendleranteil an den Erwrbstätigen im Inland	38%	38%	42%	45%	45%	46%	47%
Bruttoinlandsprodukt	3.60	4.01	4.19	4.21	4.19	4.14	4.28
Bruttonationaleinkommen	3.53	3.87	4.11	3.78	3.70	3.54	3.55

Unfallversicherung

Finanzabrechnung für das Jahr 2005

Im Jahr 2005 (die Angaben für 2006 liegen erst im Sommer 2007 vor) wurde die obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein (OUFL) von acht Versicherungsunternehmen durchgeführt. Die Anzahl der versicherten Betriebe stellt sich im Vergleich zum Vorjahr im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2005	2004	**Veränderung**
Berufsunfallversicherung (BU)	**3 211**	3 088	+123
Nichtberufsunfallversicherung (NBU)	**2 779**	2 724	+55
Freiwillige Versicherung (FV)	**46**	47	-1

Die versicherungspflichtige Lohnsumme betrug in der BU im Berichtsjahr CHF 1.873 Mio. (Vorjahr: CHF 1.816 Mio.) in der NBU CHF 1.848 Mio. (Vorjahr: CHF 1.794 Mio). und in der FV CHF 3.78 Mio. (Vorjahr: CHF 3.87 Mio.).

Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle hat im Jahr 2005 um 0.4 % (+0.7 %) abgenommen (von 6 436 auf 6 408). Aufgeteilt auf die verschiedenen Versicherungsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

	2005	2004	Veränderung
Gesamt Unfälle	**6 408**	6 436	-28
NBU	**4 462**	4 298	+164
BU	**1 939**	2 129	-190
FV	**7**	9	-2

Von den 6 408 gemeldeten Unfällen waren 50 (35) Invaliditätsfälle und 6 (3) Todesfälle.

Das detaillierte Finanzergebnis der OUFL hat sich verschlechtert und präsentiert sich 2005 wie folgt:

Einnahmen

	BU	**NBU**	**FV**	**Total**
Prämienbeiträge	10 080 413	22 729 120	115 143	32 924 676
Kapitalerträge	753 957	1 887 125	16 894	2 657 976
Regresseinnahmen	188 874	2 138 593	0	2 327 467
Total Einnahmen	11 023 244	26 754 838		
	132 037	37 910 119		

Aufwand

	BU	**NBU**	**FV**	**Total**
Versicherungsleistungen	11 319 193	25 540 130	-722 142	36 137 181
Teuerungszulagen auf Renten	377 877	608 916	0	986 793
Verwaltung, Steuern	1 952 482	4 213 939	25 754	6 192 175
Finanzierung neuer Rechnungsgrundlagen	171 367	386 395	1 957	559 719
Total Aufwand	13 820 919	30 749 380	-694 431	43 875 868
Fondszuweisungen bzw. -entnahmen	-2 797 675	-3 994 542	826 468	-5 965 749

Kontrolle von Subventionsgesuchen

Gemäss Art. 79 Abs. 2 des Gesetzes vom 28. November 1989 über die obligatorische Unfallversicherung, LGBl. 1990 Nr. 4, fallen die Prämien für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle zu zwei Dritteln zu Lasten der Versicherten und zu einem Drittel zu Lasten des Landes. Im Jahre 2006 wurden Anträge von acht Unfallversicherungsunternehmen auf Ausrichtung von (restlichen) Landesbeiträgen für das Rechnungsjahr 2005 und von acht Akontozahlungen für das laufende Rechnungsjahr 2006 kontrolliert.

Die Aufwendungen für NBU Subventionen beliefen sich im Jahr 2006 auf CHF 7.85 Mio. (CHF 7.78 Mio). Davon waren CHF 7.39 Mio. Vorauszahlungen für das Jahr 2006 und CHF 0.45 Mio. Restzahlungen für das Jahr 2005.

Arbeitslosenversicherung

Im Februar 2006 wurde von der Regierung eine Neustrukturierung der Abteilung Arbeit innerhalb des Amtes für Volkswirtschaft beschlossen. Neu bestehen seither die Abteilung Arbeitsvermittlung und die Abteilung Arbeitslosenversicherung.

Die Einführung der neuen EDV für die Arbeitslosenversicherung verzögerte sich zwar im Laufe des Jahres 2006, konnte aber mit dem Jahreswechsel 2006/2007 vollzogen werden.

Rechtsetzung und Klärungen
Es wurden die Mindestlohnrichtlinien für hauswirtschaftliche und landwirtschaftliche Angestellte überarbeitet und an die seit 2002 aufgelaufene Teuerung angepasst (RA 2006/2194-6413).

Eine Anpassung der ALV-Leistungen für stellenlose Lehrabgänger wurde auf dem Verordnungsweg eingeführt. Neu wird der massgebende Tagesverdienst mit CHF 80 anstatt mit bisher CHF 130 festgelegt. Das daraus errechnete Taggeld liegt damit in etwa in der Höhe des letzten Lehrlingslohns. Das bisherige System ermöglichte stellenlosen jungen Leuten ein Einkommen, das bedeutend höher lag als der durch Arbeit erzielte Lohn. Mit der Verordnungsänderung wurde dieser falsche Anreiz weitgehend beseitigt (LGBl. 2006 Nr. 192).

In Zusammenarbeit mit der Landeskasse und der Revisionsstelle der ALV wurde der Kontoplan der ALV komplett überarbeitet und vereinfacht. Der neue Kontoplan wird ab Januar 2007 eingesetzt.

Arbeitgeberbestand
Am Ende des Berichtsjahres 2006 waren 3356 (Vorjahr 3298) Arbeitgeber abrechnungs- und zahlungspflichtig.

Versicherungsbeiträge
Zum Zeitpunkt der Berichterstellung waren sämtliche Beitragsabrechnungen noch ausstehend bzw. noch nicht verbucht. Der diesbezügliche Ertragsnachtrag wurde mit CHF 9.3 Mio. transitorisch berücksichtigt.

Arbeitslosenentschädigungen
Prov. Zahlen vor Abschluss der Jahresrechnung 2006, Stand 12. 2. 2007 / Zahlen gerundet

Arbeitslosen-Entschädigung 2006	Total	Ganzarbeitslosigkeit	Kurzarbeit	
			wirtschaftlich bedingt	witterungsbedingt *
Arbeitslosenentschädigung CHF	13 592 666	12 008 574	41 929	1 542 163
Anzahl Anspruchs-Berechtigte	1 829	1 256	27	546
Anzahl Taggelder	112 195	103 161	245	8 789
DurchschnittlichesTaggeld (Franken)	121	116	171	175
Durchschnittliche Bezugstage	61	82	9	16
Durchschnittlicher Entschädigungsbetrag CHF	7 381	9 512	1 539	2 800

* In Betrieben, in denen Versicherte beschäftigt werden, für die witterungsbedingte Arbeitsausfälle anrechenbar sind, gelten in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. März wirtschaftlich bedingte Arbeitsausfälle für alle Versicherten als witterungsbedingt.

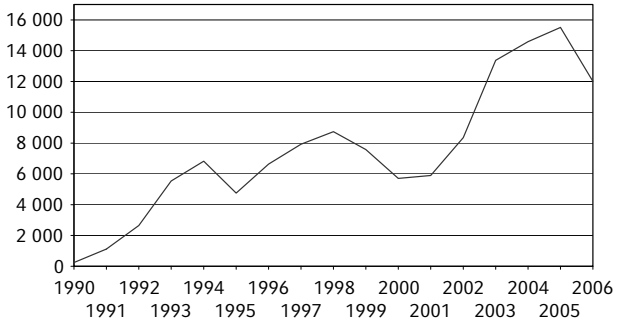
Sanktionen
Die Einstellungen (Aussetzen der Taggeld-Auszahlung) teilen sich wie folgt auf:

Grund	Anzahl Personen	EinstelltageTotal	Durchschnittliche Einstelltage
Verweigerung arbeitsmarktlicher Massnahmen	8	160	20
Verletzung der Mitwirkungspflicht	44	625	14
Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit	78	2050	26
Verunmöglichen des Stellenantritts	35	945	27
Total	**165**	**3780**	**23**

(22 Einstelltage entsprechen in etwa einem vollen Monatsgehalt)

Während des Berichtsjahrs hatten 161 (189) Versicherte die Höchstzahl der Taggelder bezogen und wurden ausgesteuert.

Ganzarbeitslosenentschädigungen seit 1990 (in tausend Franken)



Insolvenzentschädigungen

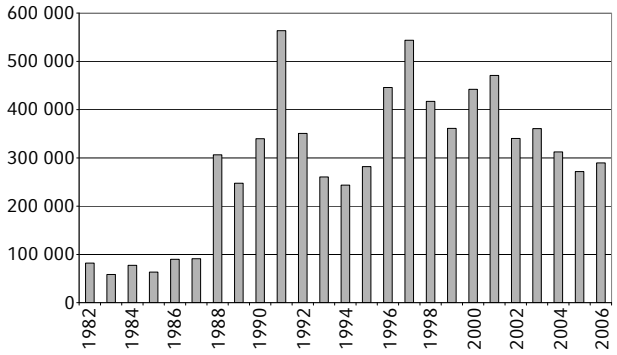
Im Jahre 2006 wurden wegen Konkurs bzw. Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers CHF 135 426 ausgerichtet und damit nochmals deutlich weniger als im Vorjahr (CHF 258 315).

Mutterschaftszulage

Im Jahr 2006 wurden CHF 289 781 an Mutterschaftszulagen ausgerichtet. Insgesamt wurden 128 Gesuche auf Mutterschaftszulage entschieden, davon erhielten 87 Personen eine zusprechende und 41 Personen eine ablehnende Verfügung. Der ausgerichtete Betrag betrug im Durchschnitt CHF 3 331.

Die ablehnenden Verfügungen waren in 10 Fällen auf ein Überschreiten der gesetzlichen Erwerbsgrenzen, in 27 Fällen auf Krankengeld- bzw. Lohnbezug und in 4 Fällen auf Nichterfüllung des Wohnsitzerfordernisses zurückzuführen. Es wurden keine Rechtsmittel erhoben.

Entwicklung der Auszahlungen der Mutterschaftszulage seit dem Jahr 1982 (in CHF)



Amt für Zollwesen

Amtsleiter: Wilfried Pircher

Im Rahmen der vom Ressort Wirtschaft veranlassten Verwaltungsreorganisation sind dem Amt für Zollwesen eine Reihe neuer Aufgaben, die bis anhin beim Amt für Volkswirtschaft eingegliedert waren, übertragen worden. Anlässlich der Revision des Gewerbegesetzes wurden die bisher beim Amt für Volkswirtschaft angesiedelten gewerblichen Bestimmungen für die Tätigkeit als Strassentransportunternehmen aus dem Gewerbegesetz herausgenommen und mit dem Gesetz für grenzüberschreitende Personen- und Gütertransporte zu einem neuen Strassentransportgesetz zusammengefasst. Damit wurde ein schlankes und übersichtliches Transportgesetz geschaffen, welches die gewerblichen und lizenzrechtlichen Angelegenheiten in einem Amt, dem neuen Amt für Handel und Transport, vereint. Die neue, übersichtliche Struktur wurde vom Landtag und der betroffenen Branche positiv aufgenommen. In Folge wurde die Integration der Technischen Prüf-, Mess- und Normenstelle und der Akkreditierungsstelle sowie der Fachbereiche Geistiges Eigentum, Wettbewerbsrecht und Konsumentenschutz in das Amt für Zollwesen (ab 1. Januar 2007 Amt für Handel und Transport) für sinnvoll erachtet und die personellen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dazu geschaffen. Die neue Struktur des Amtes ermöglicht, die liechtensteinische Wirtschaft besser zu unterstützen und erhöht so die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts.

Die wichtigsten weiteren Projekte waren:

- *Projektleitung bei der Einführung des «digitalen Fahrtschreibers» in Liechtenstein.*
- *Gesamtkoordination des Auftrages das Landwirtschaftsabkommen (Bilaterale I) der Schweiz mit der Europäischen Union auf Liechtenstein auszudehnen sowie die Delegationsleitung bei den diesbezüglichen Verhandlungen mit der Schweiz.*
- *Federführung bei der Überprüfung des Marktüberwachungs- und Kontrollsystems mit dem Ziel dieses zu vereinfachen und an die heutigen Gegebenheiten anzupassen.*
- *Ausbau und Vertiefung des Beziehungsnetzes mit den Interessensverbänden, den Unternehmen und den in- und ausländischen Fachverwaltungen.*

Zoll- und Ursprungswesen

EFTA-Committee of Customs Experts und EWR-Working Group of Customs Matters; Pan-Euro-Med-Kumulationszone (PEM)

Zu dieser Zone gehören neben den EFTA- und EU-Staaten die Türkei, die Färöer Inseln und die nachfolgend genannten südlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien, West Bank und Gaza Streifen. Im Berichtsjahr konnte die PEM Ursprungskumulierung bereits zwischen

folgenden Staaten und Staatengruppen angewendet werden: EU, EFTA, Israel, Tunesien und Jordanien.

Neue Freihandelsabkommen der EFTA
Auf den 1. Januar 2006 ist das Abkommen mit Korea in Kraft getreten. Die Verträge mit der SACU (South African Customs Union) wurden am 26. Juni 2006 unterzeichnet. Die Verhandlungen mit Ägypten und Kanada wurden wieder aufgenommen und stehen vor dem Abschluss, wogegen die Verhandlungen mit Thailand wegen der politischen Situation ins Stocken geraten sind. Mit dem Gulf-Co-operation-Council fanden zwei Verhandlungsrunden statt.

24 Stunden Vorab-Anmeldung von Ein- und Ausfuhrsendungen in der EU
Die grundsätzlichen Bestimmungen zur Einführung der Vorab-Anmeldungen sind im geänderten EU-Zollkodex in den Art. 73, 74, 154 und 155 enthalten. Diese haben erhebliche Auswirkungen auf die Import- und Exportverfahren sowohl für die EU als auch die EFTA- bzw. EU-Nachbarstaaten. Die EU-Kommission verfügt jedoch über ein Verhandlungsmandat, um mit betroffenen Staaten Abkommen über die Ausgestaltung der obigen Bestimmungen abzuschliessen. Die EFTA-Staaten haben vereinbart, diese Verhandlungen mit der EU bilateral zu führen, um die regionalen Bedürfnisse und Möglichkeiten besser berücksichtigen zu können. Das Amt für Zollwesen arbeitet hierbei eng mit den zuständigen schweizerischen Behörden zusammen.

Fünf-Länder-Ursprungskonferenz
Das Amt für Zollwesen konnte diese Tagung, an der Ursprungsexperten aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Slowenien und Liechtenstein teilnehmen, nun schon zum 10. Mal ausrichten. Themenschwerpunkte waren das PEM-Kumulationssystem, Neuerungen im Allgemeinen Präferenzsystem (APS), Vorschläge zur Änderung der Ursprungsprotokolle, die geplante Ursprungskonvention und aktuelle Ursprungsprobleme in den Teilnehmerstaaten.

Zollverfahren
Die im Rahmen der Auftragsverwaltung etablierten Verfahren haben auch im Jahre 2006 einen problemlosen Warenverkehr aus oder in den EWR gewährleistet. Es waren keine Importe zu verzeichnen, die eine Nachbelastung oder Rückerstattungen zur Folge hatten.

Amtshilfe in Zollsachen gemäss Protokoll 11 des EWR-Abkommen
Auf Ansuchen ausländischer Zollbehörden wurden vom Amt für Zollwesen vier Gesuche bearbeitet und in drei Fällen Amtshilfe in Zollangelegenheiten geleistet.

Bewilligungsverfahren
Die Bewilligungsverfahren bzw. die Vereinbarungen zwischen dem Amt für Zollwesen sowie den 17 schweizerischen Bewilligungsstellen über die EWR-konforme Erteilung von Bewilligungen an liechtensteinische Importeure und Exporteure, haben im vergangenen Jahr keine Änderungen erfahren und zu keinen Problemen geführt.

Salz (Monopolware)
Im Berichtsjahr wurden neun Salzsteuerverfügungen ausgestellt.

Ursprungswesen
Das Amt für Zollwesen ist für die ordnungsgemässe Durchführung des «Protokolls 4 des EWRA über die Ursprungsregeln» sowie für die Bearbeitung der mit der Schweiz getroffenen, speziellen Ursprungsverfahren zuständig.
Die Haupttätigkeiten in diesem Bereich umfassten im Berichtsjahr:
– Betreuung der 49 Firmen, die eine Vereinbarung «Ermächtigten Ausführer» besitzen und berechtigt sind, das vereinfachte Verfahren zur Ausstellung von Ursprungsnachweisen anzuwenden.
– Kontrolle der im Auftrag des Amtes für Zollwesen von den schweizerischen Zollämtern visierten und gestempelten Ursprungsnachweise (Warenverkehrsbescheinigungen Form. EUR 1). Im Berichtsjahr 2006 waren dies insgesamt 2 652 Formulare EUR 1 (Vorjahr 2 682).
– Von ausländischen Zollverwaltungen wurden 41 Nachprüfungsgesuche für insgesamt 108 Ursprungsnachweise liechtensteinischer Exporteure an das Amt für Zollwesen gerichtet, welche auf ihre Echtheit und Richtigkeit überprüft werden mussten und das Ergebnis den ansuchenden Behörden mitgeteilt wurde.

Marktüberwachung (MKS)
Das elektronische Verzollungssystem der Eidg. Zollverwaltung wurde von «Modell 90» auf «e-dec» umgestellt. Ab 1. Juni 2006 wurden alle elektronischen Verzollungen mit dem neuen System abgewickelt. Dies hatte auch Auswirkungen auf das Selektionssystem, indem die Anzeige der Tarifzeilen aus der Detaildatenbank in einer anderen Form erfolgte. Die Selektion nach sensiblen Waren konnte auch im neuen System einwandfrei durchgeführt werden. Es wurde im Berichtsjahr kein Umgehungsverkehr festgestellt.

Änderung des MKS
Im Anhang I der Vereinbarung vom 2. November 1994 zwischen der Schweiz und Liechtenstein zum Vertrag vom 23. März 1923 (Zollvertrag) sind die dem MKS unterstellten Produkte und die Massnahmen teilweise sehr detailliert aufgeführt. Seit Einführung des MKS im Jahre 1995 hat das MKS bestens funktioniert und es wurden keine bedeutenden Unregelässigkeiten festgestellt. Zwischenzeitlich haben sich durch den schweizerischen autonomen Nachvollzug und die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft die Unterschiede bei den Inverkehrsetzungsvorschriften erheblich verringert. Deshalb hat das Amt für

Zollwesen einen Vorschlag zur Anpassung des MKS an die zuständigen schweizerischen Behörden übermittelt. Eine schweizerisch/liechtensteinische Arbeitsgruppe prüft nun, welche Produkte aus dem MKS ausgeschieden werden bzw. welche darin verbleiben sollen. Ein entsprechend adaptierter Anhang I soll Mitte des Jahres 2007 der gemischten Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden.

Landwirtschaftsabkommen
Das Zusatzabkommen zwischen der EG, der Schweiz und Liechtenstein, welches die Einbindung Liechtensteins in das Abkommen Schweiz – EG von 1999 über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 21. Juli («Agrarabkommen») zum Ziel hat, wurde am 1. Dezember 2006 in Vaduz paraphiert. Das Zusatzabkommen wird voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte 2007 unterzeichnet und gleichzeitig in Kraft treten. Damit besteht nun für alle drei Vertragsparteien Klarheit, dass in Liechtenstein die mit dem Abkommen als äquivalent anerkannten schweizerischen Rechtsvorschriften anwendbar sind. Ausserdem werden die eigenen liechtensteinischen Rechtvorschriften im Tierschutz und die liechtensteinischen Ursprungsbezeichnungen für Wein und Spirituosen anerkannt. Liechtenstein kann somit von den unter dem Agrarabkommen gewährten Zollzugeständnissen der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Schweiz und dem Abbau der technischen Handelshemmnisse vollumfänglich profitieren. Dies beinhaltet auch eine klare, rechtlich abgesicherte Lösung im Veterinärbereich. Gleichzeitig wird die Anwendung der korrespondierenden Teile des EWR-Abkommens für die Dauer der Anwendung des Agrarabkommens suspendiert. Somit werden in Liechtenstein in den vom Agrarabkommen geregelten Bereichen nur noch schweizerische Rechtsvorschriften zur Anwendung kommen und das bisher zu übernehmende EWR-Recht aufgehoben. Dies betrifft konkret den Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz), Anhang II Kapitel XII (Lebensmittel) und Kapitel XXVII (Spirituosen) sowie Protokoll 47 (Wein) des EWR-Abkommens. Mit der Vereinheitlichung des Rechtsraumes wird sowohl die Wirtschaft als auch die Verwaltung erheblich entlastet.

Transport

EFTA/EWR-Arbeitsgruppe Transport
(EWR-Rechtsakte zu Anhang XIII des EWR-Abkommens)
Im Rahmen der EFTA-Arbeitsgruppe Transport wurde eine grosse Anzahl von Rechtsakten, Vorschlägen zu Rechtsakten und Programme der Europäischen Gemeinschaft auf mögliche EWR-Relevanz und sofern diese gegeben war, hinsichtlich Auswirkungen und Einfluss auf geltendes Recht, Behörden, Betriebe und Privatpersonen überprüft. In der Folge wurden für 29 in das EWR-Abkommen zu übernehmende Rechtsakte Formblätter erstellt. 16 Rechtsakte betrafen die Zivilluftfahrt, sieben den Strassentransport, vier den Seeverkehr und zwei Allgemeines. In der Zivilluftfahrt ging es vor allem um die Flug- und Luftsicherheit, Interoperabilität und Normen, im Strassentransport um die Fahrerausund Weiterbildung, Sicherheit in Tunnels und Sozialvorschriften, im Seeverkehr um Befähigungszeugnisse, Binnenschifffahrtsdienste und Gefahrenabwehr und bei den allgemeinen Akten um Sattelitennavigation und das transeuropäische Verkehrsnetz. Die Hauptsitzung der EFTA-/EWR-Arbeitsgruppe Transport wurde in Liechtenstein abgehalten. Dabei konnte den Delegierten die landesspezifischen Gegebenheiten vor Ort näher gebracht werden (z.B. Zivilluftfahrtinfrastruktur).

Projekt - Einführung des Digitalen Fahrtschreibers (DFS) in Liechtenstein
In der EU wurde der DFS am 1. Mai 2006 eingeführt. Ab dem 1. August 2006 konnten Unternehmen in Liechtenstein Fahrzeuge mit DFS auf freiwilliger Basis immatrikulieren. Als verbindlicher Einführungstermin wurde in Absprache mit dem Ressort Wirtschaft der 28. Oktober 2006 festgelegt. Ab diesem Termin konnten fahrtschreiberpflichtige Fahrzeuge nur noch mit DFS immatrikuliert werden. Somit wurde der DFS in Liechtenstein etwas später als in der EU eingeführt, aber fast zeitgleich mit der Schweiz.

Die Leitung des Grossprojektes «Einführung des Digitalen Fahrtschreibers in Liechtenstein» obliegt dem Amt für Zollwesen. In diesem Zusammenhang ergaben sich im Berichtsjahr eine Reihe von vielschichtigen Aufgaben wie die Erstellung einer Nationalen Sicherheitspolitik und deren Zertifizierung durch die zuständige EU-Behörde, die Übernahme der liechtensteinischen Datenverschlüsselungen von der EU und Integration in das Kartenerstellungssystem, die Festlegung des Kartendesigns, die Koordination der rechtlichen Umsetzung sowie der Kartenherstellung und deren Ausgabe.

Neues Strassentransportgesetz
Im Zuge der Überarbeitung des Gewerbegesetzes wurde vorgeschlagen, dass die gewerblichen Transportangelegenheiten aus dem Gewerbegesetz ausgeschieden und zusammen mit den Regelungen des Gesetzes über die grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransporte in ein Strassentransportgesetz zusammengefasst werden sollen. Bereits am 22. Juni 2006 wurde das neue Gesetz über die Zulassung als Strassentransportunternehmen und die grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransporte auf der Strasse (Strassentransportgesetz) vom Landtag einstimmig verabschiedet und auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird das Amt für Zollwesen in Amt für Handel und Transport umbenannt. Die Verordnung über die Zulassung und die Ausübung der Tätigkeit als Strassentransportunternehmen im Personen- und Gütertransport, die Verordnung betreffend die Abänderung der Verordnung über die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung

eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, die Verordnung über die Vergabe von CEMT-Genehmigungen und die Verordnung betreffend die Aufhebung der Verordnung über die Zuteilung von Ökopunkten für Transitfahrten durch Österreich wurden angepasst und von der Regierung verabschiedet. Weiters wurden die neuen Bestimmungen in alle Antragsformulare und Merkblätter eingearbeitet sowie in der neuen Homepage des Amtes integriert.

CEMT (Europäische Verkehrsministerkonferenz mit Sitz in Paris)
Für das Jahr 2006 stand den liechtensteinischen Transportunternehmen ein mehr als ausreichendes Kontingent an CEMT-Genehmigungen zur Verfügung. Es sind keine Anträge auf CEMT-Genehmigungen eingegangen und somit keine Genehmigungen ausgegeben worden.

Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Strohmännertums und unlauterer Machenschaften im Transportgewerbe: neu Arbeitsgruppe Strassentransport
Diese Arbeitsgruppe wurde von der Regierung im Jahr 2002 bestellt. Zwischenzeitlich sind die ursprünglichen Zielsetzungen weitestgehend erreicht worden, sodass die Arbeitsgruppe der Regierung neue Ziele und eine neue Zusammensetzung vorgeschlagen hat. In Folge hat die Regierung die Arbeitsgruppe in «Arbeitsgruppe Strassentransport» umbenannt und diese damit beauftragt, neben der Überwachung der Einhaltung der geltenden Vorschriften als Kompetenzgruppe für Strassentransportangelegenheiten auf die Förderung, die nachhaltige Entwicklung und den Erhalt eines gesunden und wettbewerbsfähigen einheimischen Transportgewerbes hinzuwirken. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern des Amtes für Zollwesen (Vorsitz), des Amtes für Volkswirtschaft, des Ausländer- und Passamtes, der Landespolizei und der Motorfahrzeugkontrolle zusammen. Sie traf sich zu vier Sitzungen.

Besprechungen mit der Gewerbe- und Wirtschaftskammer und dem Transportvorstand
Es fanden mehrere Besprechungen zwischen der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Vertretern des Vorstandes der Sektion Transport und dem Amt für Zollwesen statt, in denen transportrelevante Themen besprochen wurden. Im September erfolgte eine Informationsveranstaltung für den Transportvorstand. Nebst einer ausführlichen Information über die Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr wurde über den Projektstand Digitaler Fahrtschreiber, das neue Strassentransportgesetz und die neue Zielrichtung der Arbeitsgruppe Strassentransport informiert.

Überprüfung von Transportunternehmen
Gestützt auf das Gewerbegesetz und das Gesetz über die grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransporte wurden im Berichtsjahr bei fünf Transportunternehmen Betriebsstättenprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden anschliessend ausgewertet und die nötigen weiteren Schritte veranlasst.

Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)
Im November tagte die Gemischte Kommission zum LSVA-Vertrag zum fünften Mal in Vaduz unter Vorsitz (die Delegationsleitung liegt beim Amt für Zollwesen) Liechtensteins. Neben dem allgemeinen Informationsaustausch wurden die geplanten Rechtsänderungen in der Schweiz, die finanziellen Aspekte, wie Verwaltungs- und Investitionskosten sowie die Einnahmenentwicklung besprochen. Der Vollzug der LSVA auf liechtensteinischem Territorium und bei den liechtensteinischen Unternehmen durch die Motorfahrzeugkontrolle und die Eidg. Oberzolldirektion verlief problemlos. Dem Staatshaushalt fliessen somit im Berichtsjahr ohne erwähnenswerten eigenen Personalaufwand rund CHF 9 Mio. zu.

EWR-Dokumente
Im Jahr 2006 wurden sechs Eurolizenzen und 116 Lizenzkopien für den Gütertransport im EWR ausgestellt. Zusätzlich wurden vier Fahrerbescheinigungen ausgestellt. Im Personentransport wurden im Jahr 2006 keine Eurolizenzen und Lizenzkopien ausgestellt. Insgesamt wurden 17 Fahrtenblatthefte für den Personentransport ausgegeben.

Drittlandbewilligungen Österreich
Für den Drittlandtransport mit Österreich stand dem liechtensteinischen Transportgewerbe ein ausreichendes Kontingent zur Verfügung.

Arbeitsgruppe Gefahrgutbeförderungsgesetz
Die von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe «Gefahrgutbeförderungsgesetz» unter der Leitung des Ressorts Verkehr, der je ein Vertreter der Wirtschaftskammer Liechtenstein für Gewerbe, Handel und Dienstleistung, der Landespolizei sowie des Amtes für Zollwesen angehört, hat bereits einen ersten Gesetzesentwurf vorgelegt. Die Arbeiten werden 2007 fortgesetzt.

Fachprüfung Transport
Im Berichtsjahr gab es nur zwei Interessenten für die Fachprüfung. Teilweise wird es als Mangel empfunden, dass kurzfristig keine Prüfungen und keine Vorbereitungskurse abgehalten werden, da gemäss Verordnung wenigstens fünf Anmeldungen vorliegen sollten. Das Amt für Zollwesen prüfte alternative Möglichkeiten (z.B.: Prüfung in anderen Staaten), wird aber in dieser Angelegenheit im Folgejahr noch umfangreichere Abklärungen dazu vornehmen.

Dienststelle für Zivilluftfahrt

Allgemeines
Im Berichtszeitraum hat die Dienststelle für Zivilluftfahrt (DZL) eine Vielzahl der unterschiedlichsten Anfragen von in- und ausländischen Personen und Firmen sowie der Verwaltung, der EASA und der Presse bearbeitet. Weiters wurden für in Liechtenstein ansässige Firmen Betriebsgenehmigungen und damit im Zusammenhang stehende Sondergenehmigungen, wie z. B. Aussenlandegenehmigungen ausgestellt.

Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)
Seit dem 1. Juni 2005 ist Liechtenstein Mitglied der EASA. Im Berichtsjahr konnte die DZL aus Ressourcenmangel nur an der Sitzung der Direktoren der nationalen Zivilluftfahrtsbehörden in Köln teilnehmen.

Konferenz mit dem BAZL
Es kam im Jahr 2006 zu einer Sitzung zwischen dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) und der DZL in Vaduz. Über die Konferenz wurde ein Protokoll verfasst, das die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit bildet. Bis zur Aufarbeitung sämtlicher Bereiche der Kooperation soll mindestens ein jährliches Treffen stattfinden. Das BAZL hat nun die Anbindung der DZL an das Register der Pilotenlizenzen sowie an das liechtensteinische Luftfahrzeugregister umgesetzt. Dies ermöglicht der DZL Zugang zu den für sie relevanten Daten.

Bereinigung der Anlagen VZL
Die Übernahme von Rechtsakten aus der Schweiz erfolgte im Rahmen der 14. und 15. Bereinigung zum Notenaustausch vom 27. Januar 2003 betreffend die Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der Zivilluftfahrt (LGBl. 2003 Nr. 40).

KOMMISSIONEN

Akkreditierungsrat

Vorsitzender: Bruno Hälg

Gemäss Art. 18 des Gesetzes über die Akkreditierung und Notifizierung, LGBl. 1996 Nr. 82, berät der Akkreditierungsrat die Liechtensteinische Akkreditierungsstelle, überprüft vorgenommene Begutachtungen und erarbeitet Entscheidungsanträge zuhanden der Akkreditierungsstelle.

Im Berichtsjahr wurden zwei Akkreditierungsgesuche geprüft. Auf Grundlage der Begutachtungsberichte wurden die Entscheidungsanträge an die Liechtensteinische Akkreditierungsstelle gestellt. Der Beschluss erfolgte auf dem Zirkularweg.

Einigungsamt

Vorsitz: Norman Hoop

Die Aufgabe des Einigungsamtes besteht gemäss dem Arbeiterschutzgesetz darin, in Kollektivstreitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vermitteln.

Im Berichtsjahr fand keine Sitzung des Einigungsamtes statt.

Energiekommission

Vorsitzender: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschütscher

Gemäss Energiespargesetz, LGBl. 1996 Nr. 193, berät die Kommission die Regierung in Fragen der Energiepolitik und nimmt die ihr vom Energiespargesetz übertragenen Aufgaben wahr.

Die Energiekommission hat demzufolge Anträge zur Förderung von Demonstrationsanlagen zu prüfen und allfällige Förderungsanträge bei der Regierung zu beantragen. Im Jahre 2006 wurden sechs Förderungsgesuche - drei Gesuche für thermische Solaranlagen, ein Gesuch für eine Hackschnitzelfeuerungsanlage und zwei Gesuche für Photovoltaikanlagen - geprüft und bei der Regierung eine Förderung beantragt.

Die Energiekommission befasste sich im Berichtsjahr insbesondere mit der Umsetzung der im «Energiekonzept 2013» aufgelisteten Massnahmen und deren

Umsetzungsgrad. Sie hinterfragte kritisch alle Massnahmen des Energiekonzeptes und ortete den allfälligen Handlungsbedarf für Anpassungen. Des Weiteren wurde die geplante Revision des Energiespargesetzes in der Form eines neuen Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (EEG) und die Ausarbeitung einer neuen Fördersystematik als eine wichtige Massnahme zur Umsetzung des «Energiekonzeptes 2013» mehrmals in der Kommission diskutiert.

Die Energiekommission konnte den von der Arbeitsgruppe «Biogas» im Hinblick auf die Evaluation einer Biogasanlage in Liechtenstein oder in der Region erarbeiteten Schlussbericht zur Kenntnis nehmen und befasste sich intensiv mit der Erdwärmenutzung zur Beheizung von Gebäuden. Das Amt für Umweltschutz sowie ein Fachexperte der Geologie stellten der Kommission die von der Regierung zur Kenntnis genommene Erdsondenkarte im Detail vor.

Die Solargenossenschaft führte im Berichtsjahr eine Meinungsumfrage zum Thema Ökostrom in Liechtenstein durch. Dabei wurden 300 telefonische Befragungen durchgeführt. Das Resultat wurde der Energiekommission von einer externen Beratungsfirma vorgestellt und eingehend diskutiert.

Die Energiekommission traf sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen.

Kommission für Energiemarktaufsicht

Vorsitzender: Dr. Stefan Wenaweser

Im Berichtsjahr wurden sieben Sitzungen abgehalten. Der Arbeitsschwerpunkt lag einerseits in der Genehmigung der allgemeinen Gas-Netzzugangsbedingungen der LGV, welche mit Beschluss vom 16.03.2006 verabschiedet wurden und andererseits in der Vorbereitung der Durchleitungsentgeltüberprüfung im Elektrizitätsbereich.

Gemäss dem Gesetz über den Elektrizitätsmarkt (EMG), LGBl. 2002 Nr. 144, und dem Gesetz über den Erdgasmarkt (GMG), LGBl. 2003 Nr. 218, berät die Kommission für Energiemarktaufsicht (EMK) die Regierung in grundsätzlichen oder sonst bedeutsamen Fragen der Elektrizitäts- und Energiepolitik, erlässt bei Bedarf Richtlinien für eine transparente, nicht diskriminierende und kostenorientierte Berechnung der Preise, genehmigt Durchleitungspreise und Bedingungen für die Einspeisung aus Erzeugungsanlagen sowie der Benutzung von Verbindungsleitungen, entscheidet über die Verweigerung des Zugangs zu liechtensteinischen Netzen und übernimmt die Schlichtung von Streitfällen.

Prüfungskommission für die Fachprüfung im Gastgewerbe

Vorsitzender: Karl-Heinz Oehri, Leiter Abteilung Wirtschaft im Amt für Volkswirtschaft

Gestützt auf die Verordnung vom 27. Mai 2003 über die fachlichen Qualifikationen im Gastgewerbe, LGBl. 2003 Nr. 130, wird bei genügend Anmeldungen im Turnus von 2 Jahren die Fachprüfung im Gastgewerbe vom Amt für Volkswirtschaft durchgeführt. Die letzte Prüfung wurde im Jahr 2005 abgehalten.

Die bestandene Fachprüfung bildet die fachliche Grundlage zur selbständigen Führung eines gastgewerblichen Betriebes nach den Bestimmungen des Gewerbegesetzes, LGBl. 1970 Nr. 21.

Die Prüfungskommission hat sich mit der Neuausrichtung hinsichtlich der fachlichen Eignung im Gastgewerbe basierend auf dem vom Landtag im Juni 2006 erlassenen neuen Gewerbegesetz auseinandergesetzt und die neue Verordnung ausgearbeitet.

Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens

Vorsitz: Wilfried Pircher, Amt für Zollwesen (neu ab 1.1.2007 Amt für Handel und Transport)

Gestützt auf die Verordnung über die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, LGBl. 1996 Nr. 166, und Anhang 1 der Verordnung über den Zugang zum Beruf des Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, LGBl. 1998 Nr. 181 i.d.g.F., ist die Kommission für die Organisation, Durchführung und Aufsicht der Fachprüfung zuständig. Die Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, der Landespolizei, der Motorfahrzeugkontrolle, des Amtes für Volkswirtschaft und des Amtes für Zollwesen, das den Vorsitz inne hat.

Die Prüfung findet grundsätzlich bei Bedarf statt, in der Regel alle zwei Jahre. Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer hatte im Berichtsjahr den Vorbereitungskurs ausgeschrieben. Das Amt für Zollwesen unterstützte die Gewerbe- und Wirtschaftskammer bei der Erstellung der Dokumentation für die Informationsveranstaltung über den Vorbereitungskurs. Aufgrund der geringen Anzahl Anmeldungen wurde auf die Durchführung des

geplanten Vorbereitungskurses verzichtet und keine Prüfung ausgeschrieben.

Im Berichtsjahr wurden auf der Grundlage des neuen Strassentransportgesetzes (LGBl. 2006 Nr. 185) die notwenigen Änderungen der Verordnung vom 24. September 1996 über die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, LGBl. 1996 Nr. 166, vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Vorschläge der Prüfungskommission zu Präzisierungen und Klarstellungen (z. B. betreffend die Befreiung von Prüfungsfächern) in der Verordnung berücksichtigt. Durch die Verschiebung der Zuständigkeiten im gewerblichen Transport ändert sich auch die Zusammensetzung der Prüfungskommission. Gleichzeitig wurde der Anhang 1 der Verordnung über den Zugang zum Beruf des Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, LGBl. 1998 Nr. 181, in die Prüfungsverordnung überführt. Die Änderungen sind am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

Prüfungskommission für Maurermeister- und Zimmermeisterprüfungen

Vorsitzender: Karl-Heinz Oehri, Leiter Abteilung Wirtschaft im Amt für Volkswirtschaft

Rechtliche Grundlage für die Maurermeister- und Zimmermeisterprüfung bildet die Verordnung vom 18. Oktober 2000 über die Fachprüfung der Maurer- und Zimmermeister, LGBl. 2000 Nr. 194.

Die bestandene Meisterprüfung bildet die fachliche Grundlage zur Ausübung des Gewerbes als Maurermeister bzw. Zimmermeister im Sinne von Art. 11 des Gewerbegesetzes, LGBl. 1970 Nr. 21.

Die Prüfungen finden in Absprache mit der Gewerbe- und Wirtschaftskammer bei einer genügenden Anzahl von Interessenten statt. Aufgrund mangelnder Interessenten wurde im Jahre 2006 kein Fachkurs durchgeführt und demzufolge auch keine Prüfung abgehalten. Die letzte Prüfung wurde im Jahre 2004 durchgeführt.

Kommission für Statistik

Vorsitzender:
Dr. Hubert Büchel, Amt für Volkswirtschaft

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 27. Juni 2006 die Kommission für die Mandatsperiode 2006 bis 2010 bestellt. Im Jahre 2006 hat die Kommission für Statistik nicht getagt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Dr. Martin Meyer

Die Schwerpunkte der Aktivitäten des Ressorts Verkehr und Kommunikation lagen im Berichtsjahr vor allem in der Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs (Machbarkeitsstudie S-Bahn, Angebotskonzept 2007 der LBA) als auch in konkreten verkehrspolitischen Initiativen sowie der Auftaktveranstaltung zu «Mobiles Liechtenstein 2015». Im Kommunikationsbereich standen neben der Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen für die elektronische Kommunikation und der Medienförderung vor allem die Neuorganisation der LTN Liechtenstein TeleNet AG und den Liechtensteinischen Kraftwerken im Vordergrund.

Verkehr

Aktualisierung Verkehrsmodell und Prognose

Im Berichtsjahr wurde das Verkehrsmodell Liechtenstein aktualisiert und eine Prognose für das Jahr 2010 erstellt. Das Ressort hat die Ergebnisse in Form eines zusammenfassenden Berichts veröffentlicht. Das Verkehrsmodell zeigt, dass mit der Bevölkerung und den Arbeitsplätzen auch der Verkehr stark zunimmt, wobei die Verteilung auf die einzelnen Strassenabschnitte unterschiedlich ist. Die grössten Wachstumsraten sind dabei im grenzüberschreitenden Verkehr zu verzeichnen. Die Aktualisierung des Verkehrsmodells sowie die Prognose für das Jahr 2010 stellen eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Weiterentwicklung des liechtensteinischen Verkehrssystems dar. Mit dem aktualisierten Verkehrsmodell lassen sich Engpässe erkennen und mögliche Veränderungen im Verkehrssystem können auf ihre Verkehrswirksamkeit hin abgeschätzt werden.

Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs

Bei der Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs konnten im Berichtsjahr wichtige Massnahmen realisiert und Projekte vorangetrieben werden.

Unter der Leitung des Ressorts Verkehr und Kommunikation wurde das neue Liniennetz und der Fahrplan des «Liechtenstein Bus» seit Mai 2005 erarbeitet. Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse der Vernehmlassung ausgewertet und das Angebotskonzept in enger Zusammenarbeit mit den Subunternehmern, Wagenführern und Gemeinden ausgearbeitet. Die Regierung hat diesen Meilenstein in der Geschichte des öffentlichen Verkehrs in Liechtenstein im Juni genehmigt. Der Ausbau der direkten Verbindung zwischen den Gemeinden und dem angrenzenden Ausland, die Verbesserung der Anschlüsse innerhalb Liechtensteins und an die regionalen Bus- und Bahnangebote sowie die Schaffung einer neuen Hauptlinie von Mauren über Bendern nach Vaduz und Balzers stellen die Hauptmerkmale des neuen Angebots dar.

Im Hinblick auf die mittelfristige Realisierung konnte im Berichtsjahr die vom Ressort Verkehr und Kommunikation im Jahr 2005 eingebrachte Initiative für eine grenzüberschreitende S-Bahn konkretisiert werden. Einerseits wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens zwischen Liechtenstein, Österreich und der Schweiz ausgehandelt und im Mai 2006 paraphiert. Die Unterzeichnung durch die zuständigen Minister konnte im Berichtsjahr jedoch nicht mehr erfolgen. Andererseits konnte im Berichtsjahr die Machbarkeitsstudie zu einer grenzüberschreitenden S-Bahn weiter bearbeitet und das Teilpaket Markt abgeschlossen werden. Beteiligt an dieser Studie sind neben Liechtenstein das Land Vorarlberg, der Kanton St. Gallen sowie die Österreichischen Bundesbahnen und die Schweizerischen Bundesbahnen. In den nächsten Schritten werden die für das geplante Angebot notwenigen Infrastrukturmassnahmen definiert und die Finanzierung der Infrastruktur sowie des Betriebs geklärt.

Mit Fokus auf die langfristige Realisierung hat das Ressort Verkehr und Kommunikation eine Studie zur Systementwicklung des öffentlichen Verkehrs in Liechtenstein (PUTGAP) erarbeiten lassen, welche – aufbauend auf der Studie «Neues Verkehrsmittel» – einen Lösungsweg für die Wahl eines ÖV-Systems aufgezeigt, das die zunehmende Verkehrsnachfrage übernehmen kann. Dabei wurden in verschiedenen Varianten Kosten, Nachfragewirkung und die Einbettung in eine Migrationsstrategie sowie Fragen der baulichen Machbarkeit erarbeitet.

Die jetzt vorliegenden Studien werden im Rahmen des Forums «Mobiles Liechtenstein 2015» diskutiert werden und in die Gesamtverkehrskonzeption einfliessen.

Internationale Zusammenarbeit

Regelmässig haben im Berichtsjahr Kontakte mit den entsprechenden Regierungs- und Amtsstellen sowie einzelnen Stadt- und Gemeindepräsidenten im Kanton St. Gallen und Vorarlberg statt gefunden.

Am 2. und 3. März trafen sich die Verkehrsminister der EU sowie verschiedener angrenzender Länder zu einem informellen Treffen in Bregenz. Im Zentrum des Ministertreffens stand das Thema Verkehrssicherheit. Verkehrsminister Dr. Martin Meyer hat für Liechtenstein am Treffen teilgenommen. Das Treffen fand im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen die «Infrastruktur und Verkehrssicherheit» sowie bewusstseinsbildende Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Am 2. Juni hat der österreichische Vizekanzler und Verkehrsminister Hubert Gorbach Liechtenstein zu einem Arbeitsgespräch besucht.

In mehreren Gesprächsrunden mit Landesrat Manfred Rein wurden das Vorgehen der Vorarlberger Regierung in Bezug auf die Südumfahrung Feldkirch erörtert. Nicht zuletzt aufgrund der vom Ressort Verkehr und Kommunikation erarbeiteten Zweckmässigkeitsbeurteilung, aber auch aufgrund geänderter rechtlicher Vorgaben in Österreich, sah sich das Land Vorarlberg

veranlasst, das Projekt «Verkehrsplanung Feldkirch Süd» nochmals zu überprüfen. Damit Liechtenstein in diesem Verfahren seinen Standpunkt einbringen kann, hat das Ressort Verkehr und Kommunikation die Unterländer Gemeinden, verschiedene Interessensvertreter sowie die im Landtag vertretenen politischen Parteien zu einer Stellungnahme eingeladen, wobei diese ersucht wurden, die Anforderungen an eine Lösung im Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen Liechtenstein und Vorarlberg bzw. die Anforderungen an eine Südumfahrung Feldkirch aus ihrer Sicht darzulegen. Das Ressort Verkehr und Kommunikation hat diese Stellungnahmen in Form eines Berichtes zusammengefasst.

Die CEMT (Conférence Européenne des Ministres des Transport) hat an ihrer Sitzung vom 17. – 18. Mai 2006 in Dublin beschlossen, dass die Jahreskonferenz ab 2008 in einem neuen Rahmen stattfindet und als «Internationales Transportforum» bezeichnet wird. Die diesbezüglichen Weichenstellungen für das neue Forum werden durch ein so genanntes «Transport Management Board» erfolgen. Die Regierung hat als Vertreter Liechtensteins einen Mitarbeiter des Ressorts Verkehr und Kommunikation in dieses Gremium nominiert.

Vorlagen an den Landtag

Das Ressort Verkehr hat im Berichtjahr mehrere Vorlagen für die Behandlung im Landtag vorbereitet. Mit der Abänderung des Strassenverkehrsgesetzes konnten unter anderem wichtige Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit umgesetzt werden. Ebenfalls wurde die Interpellationsbeantwortung betreffend Alkohol und Unfallverhütung im Strassenverkehr, die Interpellationsbeantwortung betreffend Umfahrungsstrasse Schaan sowie die Interpellationsbeantwortung betreffend den grenzüberschreitenden Verkehr durch das Ressort vorbereitet und im Landtag vertreten.

Verkehrspolitische Initiativen

Das Ressort Verkehr und Kommunikation hat im Berichtjahr eine Reihe von verkehrspolitischen Initiativen umgesetzt.

Nach einer rund 1½ jährigen Vorbereitungszeit konnte am 14. Mai 2006 der erste SlowUp Werdenberg-Liechtenstein erfolgreich durchgeführt werden. Anlässlich der Generalversammlung des Trägervereins, worin das Ressort Verkehr und Kommunikation das Land Liechtenstein vertritt, wurde entschieden, den SlowUp im Jahr 2007 wieder durchzuführen. Als Termin wurde der 6. Mai 2007 festgelegt.

Das Ressort Verkehr und Kommunikation hat gemeinsam mit dem Verkehrs-Club Liechtenstein sowie der Liechtensteinischen Industrie und Handelskammer die Aktion «Mit dem Rad zur Arbeit» initiiert und unterstützt. In den 13 teilnehmenden liechtensteinischen Firmen haben rund 420 Mitarbeitende vom 1. Mai bis 30. Juni vorwiegend das Fahrrad für den Arbeitsweg benutzt. Von der Landesverwaltung haben 56 Mitarbeitende an der Aktion teilgenommen. Aufgrund des grossen Erfolgs haben die Initianten beschlossen, die Aktion im Jahr 2007 zu wiederholen.

Anlässlich der Europäischen Woche der Mobilität vom 16. – 22. September 2006 hat das Ressort Verkehr und Kommunikation den «Liechtenstein-Takt» intensiv beworben. Ebenfalls ist zur Erfolgskontrolle eine Fahrgastzählung vor und nach der Aktion durchgeführt worden, wobei eine Zunahme der Fahrgastzahl um durchschnittlich 7% festgestellt werden konnte.

Ein Schwerpunkt der verkehrspolitischen Initiativen bildete im Berichtjahr das betriebliche Mobilitätsmanagement. Das Ressort Verkehr und Kommunikation hat hierzu eine eigene Broschüre herausgegeben, die sich primär an interessierte Firmen richtet. Die Broschüre führt in das Thema ein und stellt die Nutzen für die Unternehmen und die Mitarbeitenden dar. Zudem werden sowohl mögliche Massnahmen im Sinne des betrieblichen Mobilitätsmanagements aufgezeigt als auch Beispiele konkreter Umsetzung in liechtensteinischen Firmen dargestellt. Um das Thema des betrieblichen Mobilitätsmanagements liechtensteinischen Unternehmen näher zu bringen, hat das Ressort einen Mobilitätsdialog gestartet.

Informationsveranstaltung «Mobiles Liechtenstein 2015»

Das Ressort Verkehr und Kommunikation hat am 27. November 2006 eine öffentliche Veranstaltung zum Thema «Mobiles Liechtenstein 2015» durchgeführt, wobei die Veranstaltung an die verkehrspolitische Diskussiondes Jahres 2004 «Verkehr – wie weiter?» anknüpft. Die Informationsveranstaltung gab einerseits einen Überblick über die zwischenzeitlich erfolgreich realisierten Projekte. Anderseits wurde mit Fokus 2010 das neue Angebotskonzept des «Liechtenstein Bus», das betriebliche Mobilitätsmanagement sowie aktuelle Verkehrsinfrastrukturprojekte vorgestellt. Mit Fokus 2015 wurde die regionale Zusammenarbeit beleuchtet, sowie die Machbarkeitsanalyse «Regionale S-Bahn» und die Studie «PUTGAP – neues Verkehrssystem» vorgestellt. Die Informationsveranstaltung ist Auftakt zur Initiierung eines Forums Verkehr «Mobiles Liechtenstein 2015», welches als künftige Informations- und Diskussionsplattform die Weiterentwicklung des Gesamtverkehrssystems in Liechtenstein begleiten soll.

Kommunikation

Liechtensteinischer Rundfunk (LRF)

Das Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk sieht einen Verwaltungsrat mit sieben Mitgliedern vor, wobei der Landtag drei, der Publikumsrat und die Regierung jeweils zwei Mitglieder des Verwaltungsrates bestellen können. Da die erste Mandatsperiode der von der Regierung und Publikumsrat bestellten Verwaltungsräte auf zwei Jahre beschränkt war (Jan. 2004 – Jan. 2006) und Frau Maria Pinardi im November 2005 ihren Rücktritt

aus dem Verwaltungsrat eingereicht hat, stand im Berichtsjahr die Ernennung aller durch die Regierung bestellten Verwaltungsratsmitglieder an. Die Regierung konnte als Mitglieder in den Verwaltungsrat folgende Personen gewinnen, die allesamt über langjährige Radio-Erfahrung verfügen:

- Wolfgang Burtscher, Landesdirektor Landesstudio Vorarlberg (bisher);
- Theo Haas, Leiter Finanzen und Administration bei Radio e Televisiun Rumantscha RTR (neu);
- Georges Lüchinger (Ersatzmitglied), langjähriger Redaktor und Moderator im Radiobereich und Inhaber einer Kommunikations-Agentur (bisher).

Der Landtag hat im Jahr 2003 mit der Schaffung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRFG) auch für drei Jahre Landesbeiträge an den Betrieb von «Radio Liechtenstein» bereitgestellt. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, dass der Liechtensteinische Rundfunk seinen gesetzlichen Auftrag auch weiterhin nicht kostendeckend erfüllen kann, weshalb neben den Werbeeinnahmen und weiterhin zusätzliche Zuwendungen notwendig sind. Da damit die Finanzierung des LRF über das Jahr 2006 hinaus nicht gesichert war, hat das Ressort Kommunikation diese Frage schon im Vorjahr im Rahmen eines Informationsberichts zum LRF im Landtag zur Diskussion gestellt. Ebenfalls hat das Ressort den Verwaltungsrat des LRF aufgefordert, bezüglich der Art und Umfang der finanziellen Zuwendungen des Landes an den LRF einen entsprechenden Antrag zuhanden der Regierung zu stellen. Auf Antrag des Verwaltungsrates hat die Regierung dann dem Landtag vorgeschlagen, für das Jahr 2007 dem Liechtensteinischen Rundfunk einen weiteren Landesbeitrag von 1.5 Mio. Franken zur Finanzierung des Betriebs von Radio Liechtenstein zu gewähren. Der Landtag hat diesem Verpflichtungskredit zugestimmt. Der Verwaltungsrat des LRF hat in der Begründung seines Antrags ausgeführt, dass für die folgenden Jahre eine gesetzliche Grundlage für die Weiterentwicklung und Finanzierung des LRF geschaffen werden solle und er entsprechende Vorschläge im Rahmen des «Konzeptes 08/13» vorschlagen werde.

Die durch den Landtag im Oktober des Berichtsjahres eingesetzte besondere Landtagskommission i.S. Abberufung von Verwaltungsräten des LRF wurde das zuständige Regierungsmitglied zu mehreren Sitzungen eingeladen und die Regierung mittels eines Fragenkatalogs zu einer Stellungnahme aufgefordert. Das Ressort Kommunikation hat diesbezüglich den umfassenden Bericht der Regierung vorbereitet und der besonderen Landtagskommission übermittelt.

Neuorganisation im Telekommunikationsbereich

Im Berichtsjahr konnte die Überführung der Nutzungsrechte an der Mehrzwecksendeanlagen Vaduz/Erbi und Nendeln von der Swisscom Broadcast AG an die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) abgeschlossen werden. Die sich im Eigentum des Landes Liechtenstein befindlichen Mehrzwecksendeanlagen wurden bis anhin von der Swisscom Broadcast AG betrieben und verwertet. Da die Regierung die Überführung der Nutzung und des Betriebs der beiden Anlagen an eine liechtensteinische Trägerschaft als zweckmässig erachtet, wurden die Verträge mit der Swisscom Broadcast AG gekündigt und statt dessen neue Verträge zwischen der Regierung und den LKW abgeschlossen. Per 1. Mai sind die LKW für den Betrieb und die Nutzung der beiden Mehrzwecksendeanlagen verantwortlich.

Im Juli 2006 haben die LTN Liechtenstein TeleNet AG und die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) einen Konsolidierungsvertrag zur Umsetzung von Phase II des Memorandum of Understanding vom 29. September 2004 unterzeichnet. Damit konnte die 2003 begonnene Neuorganisation der Zusammenarbeit der LTN und den LKW im Sinne des Zielsetzung des Landtags und der Regierung einen wichtigen Schritt vorwärts gebracht werden. Im Rahmen einer durch die Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe hat das Ressort bei der Prüfung der rechtlichen, finanziellen, personellen, organisatorischen und regulatorischen Auswirkungen intensiv mitgearbeitet. Die Ergebnisse der Prüfung und die Darstellung der geplanten Umsetzung wurden in einem Bericht und Antrag zuhanden des Landtags festgehalten.

Vorlagen an den Landtag

Neben den schon genannten Vorlagen hat das Ressort die 2./3. Lesung des Gesetzes über die elektronische Kommunikation (KomG) sowie die Totalrevision des Medienförderungsgesetzes im Landtag vertreten. Gemeinsam mit dem am 1. Januar 2006 in Kraft getretenen Mediengesetz konnte damit die gesamte Rechtslage in Bezug auf elektronische Verbreitung von Information, der Medieninhalte sowie die Medienförderung einer modernen, zeitgemässen und den einschlägigen europarechtlichen Vorgaben entsprechenden gesetzlichen Regelung unterstellt werden.

AMTSSTELLEN

Amt für Kommunikation

Amtsleiter: Dipl. Ing. Kurt Bühler

Das Amt für Kommunikation (AK) nimmt eine Vielzahl von komplexen Aufgaben in der Überwachung, Verwaltung und Regulierung im Bereich der elektronischen Kommunikation in Liechtenstein wahr.

Aufgaben/Organisation

Als Hauptaufgaben werden die Aufsicht und die technische Regulierung im Telekommunikationsbereich, die

Aufsicht und die Überwachung im Mobilfunkbereich, die Verwaltung knapper Ressourcen in der Nummerierungs-/Adressierungs- und Frequenzverwaltung, die Vertretung als liechtensteinische Experten in internationalen Gremien, die Aufsicht und Überwachung im Bereich der elektronischen Datenübertragung (Internet), administrative/technische Tätigkeiten im Bereich Massenfunk und die Zusammenarbeit in Koordinationsfragen mit anderen Amtstellen innerhalb der Landesverwaltung wahrgenommen. Das AK unterstützt die Regierung, insbesondere das Ressort Verkehr und Kommunikation im Bereich der elektronischen Kommunikation, sowie im Radio- und Fernsehbereich. Das AK hat zudem viele koordinative Aufgaben zwischen Gemeinden, Telekommunikationsanbietern und Bevölkerung wahrgenommen. Das AK war im Berichtsjahr mit fünf Vollzeitstellen besetzt und wurde ab Dezember 2006 aufgrund der zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit den neuen Rechtsgrundlagen in der elektronischen Kommunikation, welche am 17. März 2006 durch den Landtag verabschiedet wurden, um eine juristische Stelle ergänzt.

Regulatorische Aufgaben

Bewilligung Kostenrechnung, RIO und RUO

Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht müssen in regulierten Marktsegmenten vom AK die Preiskalkulation und das Leistungsangebot genehmigen lassen. So wurde unter anderem die Kostenrechnung der LTN Liechtenstein TeleNet AG als marktbeherrschendes Unternehmen und Grundversorger überprüft und genehmigt. Die Überprüfung und Genehmigung der Kostenrechnung von notifizierten marktmächtigen Unternehmen erfolgt jährlich durch das AK. Der Landtag hat im Dezember 2006 die Neuorganisation im Telekommunikationsbereich zur Kenntnis genommen. Im Zusammenhang mit diesem Projekt wurden innerhalb des AK aufgrund Abklärungen regulatorischer Fragen und Stellungnahmen erhebliche Kapazitäten gebunden. Nach dieser Neuorganisation werden die LTN nach wie vor für das RIO (Reference Interconnection Offer) und neu die LKW für das RUO (Reference Unbundling Offer) zuständig sein. Bedingt durch die neuen liechtensteinischen Rechtsgrundlagen ist die liechtensteinische Regulierungsbehörde angehalten, nach der Marktdefinition eine Marktanalyse mit anschliessender Feststellung von Unternehmen mit erheblicher Marktmacht durchzuführen. Marktmächtigen Unternehmen können mit Sonderregulierungs-Massnahmen belegt werden, um den Wettbewerb in den entsprechenden Märkten zu fördern. Sonderregulierungsmassnahmen können beispielsweise eine Auferlegung einer Zugangsverpflichtung oder die Regulierung von Preisen darstellen.

Mobil- / Festnetztelefonie

Im Bereich Festnetztelefonie zeichnet sich ein Wechsel der herkömmlichen Telefonie (PSTN, ISDN) auf VoIP-Telefonie ab. Internet Service Provider (ISP) offerieren zum ADSL-Anschluss die Möglichkeit von Sprachdiensten über den ADSL-Anschluss. ADSL-Endgeräte verfügen mit dem heutigen technischen Stand über einen Anschluss für VoIP-Telefonie. In vielen europäischen Ländern werden über den ADSL-Anschluss Internetdienste, TV-Dienste und Telefondienste angeboten. Derartige Dienstebündelung (so genanntes Triple-Play) werden auch in Liechtenstein den Wettbewerb zwischen den Diensteanbietern verstärken.

Im Bereich des Mobilfunks sind immer noch zunehmende Abonnementszahlen zu verzeichnen. Auch hier setzt sich allmählich der Trend durch, dass nicht nur Sprachdienste sondern auch Datenübertragungen, TV-Dienste und Internetdienste über das Mobilfunknetz bezogen werden können. Mit neuen Technologien wie UMTS mit HSDPA wird diese Entwicklung zunehmen. Nachdem die Regierung bereits in den Jahren 2001/2002 zwei Mobilfunkbetreiber eine UMTS-Konzession erteilt hat, werden 2007 auch in Liechtenstein UMTS-Netze zur Verfügung stehen. Diese Entwicklung wird durch den Technologiefortschritt und die grosse Vielfalt von Endgeräten getrieben. Der starke Marktzuwachs aus den Jahren 2003-2005 von je durchschnittlich 10% hat sich per 31.12.2006 auf ein Wachstum von ca. 6% reduziert. Mit Stichdatum Ende 2006 waren in Liechtenstein 28 479 Mobilfunk-Abonnemente registriert. Dies bedeutet, dass 81.6% der liechtensteinischen Bevölkerung ein Mobilfunk-Abonnement besitzt.

Mobilfunkmessungen

Als Regulierungs- und Überwachungsbehörde kontrolliert das AK neue und modifizierte Mobilfunksendeanlagen. Der Schwerpunkt liegt hier in der regelmässigen Überprüfung der Grenzwerte nicht-ionisierender Strahlung nach der aktuell gültigen NIS-Verordnung. Mittels den zur Verfügung stehenden Messgeräten (Breitbandmessgerät und selektiver Frequenzspektrum-Analyser) wurden 2006 Stichproben bei verschiedenen Anlagen durchgeführt. Nach den gültigen Rechtsgrundlagen wurden erfreulicherweise bei den Stichproben keine Grenzwert-Überschreitungen festgestellt.

Zugang zu schweizerischen Mehrwert-Nummern (08xx, 09xx und 18xy)

Seit dem EWR-Beitritt Liechtensteins erfolgte eine laufende Entkopplung vom schweizerischen Telefonnetz. Mit der Einführung der eigenen Landesvorwahl +423 und der Trennung der ursprünglichen Fernkennziffer (075) vom schweizerischen Telefonnetz, stand ein Grossteil der schweizerischen Mehrwertdienstenummern aus technischen und administrativen Gründen nicht mehr zur Verfügung. Bedingt durch viele Reklamationen aus Bevölkerung, Gewerbe und Industrie wurden grosse Anstrengungen unternommen, um dieses Problem zu lösen. In enger Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) konnte erreicht werden, dass ab 1. Januar 2006 die technisch-administrativen

Vorschriften in der Schweiz angepasst wurden. Auf der technischen Seite hat die LTN Liechtenstein TeleNet AG den Zugang für Liechtenstein zu den schweizerischen Mehrwertdienste-Nummern realisiert. Somit sind die schweizerischen 08x, 09x und 18xy, in Liechtenstein verfügbar, sofern der liechtensteinische Diensteanbieter (Nummerninhaber) dies zulässt.

Sendenetzkonsolidierung Radio Liechtenstein
Um die hohen Pendlerströme aus der Schweiz und Österreich durch den Landessender Radio Liechtenstein zu versorgen, wurden aufgrund von Qualitäts-Messungen, die durch das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) durchgeführt wurden, neue Standorte festgelegt. Dieses Konsolidierungs-Projekt konnte Ende 2005 in seiner ersten Phase umgesetzt werden. Das Projekt Sendenetzkonsolidierung kann voraussichtlich Mitte 2007 mit der Realisierung des Sendestandortes Thal (Flughafen Altenrhein) abgeschlossen werden. Nach der Fertigstellung des Sendestandortes Sücka (Kulm), wird Radio Liechtenstein im Sommer 2007 diesen neuen Standort für die Versorgung von Steg und Malbun nutzen. Aktuell werden die Signalanspeisungen der verschiedenen Sender auf einen qualitativ höheren Standard mittels Richtfunktechnologie realisert. Diese Umstellung bringt wesentliche Vorteile, da für das gesamte Netz automatische Überwachungsfunktionen ermöglicht werden. Somit können allfällige Störungen des Netzes schnell erkannt und behoben werden. Das gesamte Projekt Sendernetzkonsolidierung wird voraussichtlich Mitte 2007 abgeschlossen werden können.

Richtfunk
Kapazitätserweiterungen und Neubauten im Bereich Mobilfunk führten zu einer Aufstockung und Neuerstellung von Richtfunkstrecken. Die dichte Richtfunkbelegung in Liechtenstein und im Rheintal macht die Situation einer Frequenzzuteilung sehr komplex. Nur durch gute Zusammenarbeit und Koordination mit den Nachbarstaaten ist es möglich, diese Vielzahl von Richtfunkstrecken zu bearbeiten und zu realisieren.

Massenfunk
Sämtliche Aktivitäten im Bereich Massenfunk (Betriebsfunk, Amateur-Funk, CB-Funk) werden autonom vom AK erledigt.

Polycom (Funkgestütztes Sicherheitssystem)
Durch die Fertigstellung des Standortes Sücka (Kulm), wurde die letzte Lücke des Polycom-Netzes geschlossen. Die Landespolizei verfügt seit 2006 über ein lückenloses Netz, das ein integrierter Bestandteil des Netzes des schweizerischen Grenzwachtcorps ist. Somit ist die grenzüberschreitende Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden gewährleistet.

Nummerierung
Im Bereich der internationalen Mobilitätsdienste (+423 6xx xxxx) gibt es immer wieder Meldungen bezüglich Missbräuche. In diesem Nummernbereich werden Dienste, z.B. insbesondere internationale Prepaid – Dienste, angeboten. Im Berichtsjahr musste das AK feststellen, dass die Preise der jeweiligen Nummerngasse teilweise nahe den Preisgrenzen von Mehrwertdiensten liegen. Da in den Nummerngassen der Mobilitätsdienste keine Mehrwertdienste erlaubt sind, wurden durch das AK bereits Massnahmen ergriffen, um mit allen beteiligten Diensteanbietern das Problem zu lösen. Das Ziel soll sein, die Preise dem europäischen Mass anzugleichen. Dadurch wird das Missbrauchspotential erheblich verringert.

Neuer Rechtsrahmen in der elektronischen Kommunikation

Mit 6. Juni 2006 ist das Gesetz über die elektronische Kommunikation (KomG) in Kraft getreten. Zu den wichtigsten Neuerungen gegenüber der bisherigen Telekommunikationsgesetzgebung gehört die Beseitigung des Konzessionsregimes. Nunmehr können grundsätzlich alle Tätigkeiten im Bereich der elektronischen Kommunikation bewilligungsfrei erbracht werden. In verfahrensrechtlicher Hinsicht ist nunmehr lediglich eine Meldung an das Amt für Kommunikation erforderlich.

Weiters bezieht sich das KomG gegenüber der bisherigen Telekommunikationsgesetzgebung auch auf die Bereitstellung von Rundfunkdiensten (ausser Inhalte) sowie auf Dienste der Informationsgesellschaft (Bsp. Onlinemedien).

Das Gesetz stellt ein auf liechtensteinische Verhältnisse zugeschnittenes System dar. In praktischer Hinsicht geht mit dem Kommunikationsgesetz im Bereich der sog. Sonderregulierung ein enormer zusätzlicher Verwaltungsaufwand, insbesondere im Bereich der sog. Marktanalyse und der Auflegung entsprechender Verpflichtungen, einher.

Internationale Repräsentanz

Das AK vertritt die Interessen Liechtensteins auf Expertenebene in verschiedenen Kommissionen der EU, EFTA, CEPT und UNO.

Neuer Frequenzplan für den digitalen terrestrischen Rundfunk
Der geltende internationale Frequenzplan für die Nutzung der Frequenzbänder von 174-230 MHz und von 470-862 MHz wurde 1961 in Stockholm abgeschlossen (Stockholmer Abkommen 1961). Dieser Plan war für das analoge Fernsehen konzipiert worden. Ende der neunziger Jahre erwies er sich als ungeeignet für den effizienten Aufbau des digitalen terrestrischen Fernsehens. Folglich drängte sich die Ausarbeitung eines neuen Plans auf, der den bisherigen ersetzen soll.

Während 5 Wochen haben über 1 000 Delegierte aus 104 Staaten Europas, Afrikas und des Nahen Ostens im Mai/Juni 2006 in Genf einen neuen Frequenzplan für die digitale terrestrische Verbreitung ausgearbeitet. Liechtenstein konnte auf der Regionalen Funkkonferenz der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) die Anzahl der nationalen Programmabdeckungen für Radio und Fernsehen deutlich steigern. Dieser Plan wird die Einführung des digitalen Rundfunks in allen beteiligten Staaten ermöglichen.

Im neuen Frequenzplan (Genfer Abkommen 2006), der am 16. Juni beim Abschluss der Regionalen Funkkonferenz der ITU unterzeichnet wurde, werden Liechtenstein neu im digitalen Frequenzplan mehrere nationale Bedeckungen für das digitale terrestrische Fernsehen und Radio zugeteilt. Damit können in Liechtenstein die Zahl der potenziell übertragbaren Programme beträchtlich gesteigert werden, da mit einer Bedeckung für das digitale Fernsehen mindestens vier Fernsehprogramme in der heutigen Qualität der analogen Programme verbreitet werden können. Vor dieser Revision des Frequenzplanes verfügte Liechtenstein über lediglich eine nationale Programmabdeckung.

Analoge und digitale Rundfunksysteme werden eine gewisse Zeit lang nebeneinander bestehen müssen; während dieser Übergangsphase wird im neuen Abkommen der analoge Rundfunk gegenüber dem digitalen Rundfunk privilegiert. Gemäss der parallel zur Regionalen Radiokonferenz verhandelten bilateralen Abkommen, muss Liechtenstein nur noch mit Österreich die schrittweise Umsetzung des digitalen Planes verhandeln, da einige der für Liechtenstein vorgesehenen digitalen Frequenzen heute noch von analogen österreichischen Sendern belegt werden.

Die Frequenznutzung muss international koordiniert werden, damit der Empfang von Fernseh- und Radiosendungen nicht von Nachbarstaaten gestört wird. Diese Koordinierung ist in Plänen geregelt, welche die Rechte und Pflichten der Staaten betreffend die ihnen zugewiesenen Frequenzen festlegen.

ITU-Plenipotentiary 2006 in Antalya

Die Vollversammlung (Plenipotentiary Conference) ist oberste Körperschaft der ITU (International Telecom Union), eine Unterorganisation der UNO im Bereich Telekommunikation. Alle 4 Jahre entscheiden die Mitgliedsstaaten über die strategische Ausrichtung in Bezug auf Organisation, Finanzen, strategischen Pläne innerhalb der elektronischen Kommunikation und wählen die Direktoren der einzelnen Fachbereiche.

Vom 6.- 24. November 2006 fand die PP06 in Antalya, Türkei statt. In Antalya wurden dieses Jahr die gesamte Führungsspitze neu gewählt. Als neuer Generalsekretär wurde Hamadoun Touré aus Mali gewählt. Weiters wurden der Stellvertretende Generalsekretär, die Büro-Direktoren, die Mitglieder der Radio-Regulierung, sowie die Mitglieder des Councils gewählt. Das Amt für Kommunikation vertrat Liechtenstein zusammen mit einem Mitarbeiter des Ressorts Verkehr und Kommunikation an dieser Vollversammlung.

Motorfahrzeugkontrolle

Amtsleiter: Fidel Frick

Die Aufgaben der Motorfahrzeugkontrolle umfassen die Ausstellung von Fahrzeugzulassungen (Fahrzeugausweise und Kontrollschilder), die Erteilung von Lernfahrausweisen und Führerscheinen, die Erteilung von Sonderbewilligungen (Transporte mit Übermassen und Bewilligungen durch Fahrverbote), Administrativmassnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern sowie Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughaltern, die Subventionierung von Elektrofahrzeugen, die Ausstellung von Behinderten-Parkkarten, die Abnahme von Theorie- und Führerprüfungen, die technische Kontrolle von Motorfahrzeugen und Anhängern.

Digitaler Fahrtenschreiber DFS

In Zusammenarbeit mit den schweizerischen Bundesbehörden wurde der digitale Fahrtenschreiber per 1. August 2006 eingeführt. Die Motorfahrzeugkontrolle nimmt die Kartenanträge für die Fahrerkarten, die Werkstattkarten, die Unternehmerkarten und die Kontrollkarten entgegen, prüft die Anträge und erteilt den Produktionsauftrag. Den Kunden werden die Karten anschliessend per Post zugestellt.

Halterdaten für Gemeindepolizisten

Auf Antrag der Vorsteherkonferenz wurde den Gemeindepolizisten ein Zugriff zu den Fahrzeughalterdaten eingerichtet. Dies vereinfacht die Abläufe für die Motorfahrzeugkontrolle sowie für die Gemeinden erheblich.

Kundenbefragung

Die Motorfahrzeugkontrolle stellte sich als Pilotamt der Landesverwaltung zur Verfügung und führte eine Kundenbefragung durch. Insgesamt wurden 249 ausgefüllte Fragebogen eingereicht und daraus resultierend konnte eine repräsentative Auswertung vorgenommen werden. Die Motorfahrzeugkontrolle ist überzeugt, dass durch diese Umfrage verschiedene Verbesserungsmassnahmen für die Kunden umgesetzt werden können.

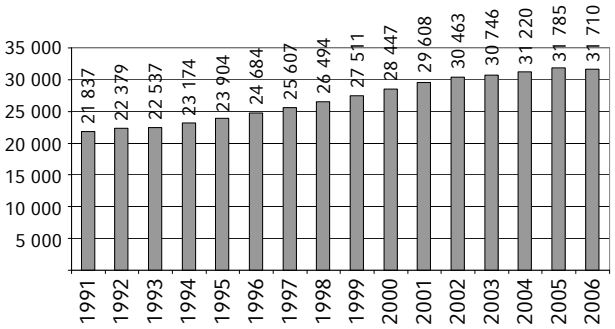
Entwicklung des Fahrzeugbestandes

Im Berichtsjahr wurden total 2590 neue Fahrzeuge immatrikuliert, davon waren 1891 Personenwagen und 266 Motorräder. Der Fahrzeugbestand sank erstmals seit Erstellung der Statistik um 0,5% oder 174 Fahrzeuge auf total 34782 Fahrzeuge. Die Entwicklung des Fahrzeugbestandes ist in den folgenden Tabellen ersichtlich.

Fahrzeugbestand per 1.7.2006:

FAZG	Fahrzeuggruppen	2006	2005	Verän.	in %
1	Personenwagen	24293	24393	-100	-0.4
2	Personentransport-fahrzeuge	239	247	-8	-3.2
3	Sachentransport-fahrzeuge	2525	2579	-54	-2.1
4	Landwirtschaftliche Fahrzeuge	938	935	3	0.3
5	Gewerbliche Fahrzeuge	545	521	24	4.6
6	Motorräder	3170	3110	60	1.9
	Total Motorfahrzeuge	**31710**	**31785**	**-75**	**-0.2**
7	Anhänger	3072	3171	-99	-3.1
Total Fahrzeuge		**34782**	**34956**	**-174**	**-0.5**

Bestand der Motorfahrzeuge



Abteilung Administration

In der Abteilung Administration wurden folgende Beträge erhoben:

Steuer-Einnahmen		CHF
1	Personen-, Lieferwagen und Kleinbusse	8 587 622
2	Lastwagen, schwere Sattelschlepper	868 115
3	Gesellschaftswagen	59 709
4	Anhänger	317 613
5	Motorräder, Kleinmotorräder	287 720
6	Landwirtschaftliche Fahrzeuge	52 694
7	Arbeitsfahrzeuge	51 339
8	Kollektivschilder	87 979
9	Tagesschilder	6 545
10	Motorfahrräder	9 260
11	Übrige/Stornos	2 279
12	Unzustellbare Steuerrückzahlungen	3 909
	Total Steuern	**10 334 784**

Gebühren-Einnahmen		CHF
1	Lernfahrausweise	54 665
2	Führerscheine	142 055
3	Fahrzeugausweise	556 740
4	Kontrollschilder	144 630
5	Versteigerung und Verkauf Kontrollschilder	6 800
6	Depotgebühren	47 370
7	Allgemeine Gebühren	280 107
8	Sonderbewilligungen	97 490
9	Fahrzeugprüfungen	717 670
10	Führerprüfungen	118 460
11	Drucksachen	4 859
	Bearbeitungsgebühren für:	
13	Autobahnvignetten inklusive Poolgelder «asa»	50 349
14	Schwerverkehrsabgaben	154 255
	Total Gebühren	**2 375 450**

Abteilung Technik

In der Abteilung Technik wurden folgende Führer- und Fahrzeugprüfungen durchgeführt:

Führerprüfungen		Theorie negativ	Theorie positiv	Prakt. negativ	Prakt. positiv	Total
A1	Motorräder bis 125 ccm	94	159	43	74	370
A	Motorräder über 125 ccm	-	-	46	84	130
B	Leichte Motorwagen	174	247	194	408	1023
BE	Anhänger an leicht. Motorwagen	-	-	3	2	5
BPT	Berufsmässiger Personen-transport mit Kat. B	-	-	3	9	12
C	Lastwagen	9	9	4	7	29
CE	Anhänger an Lastwagen	-	-	2	3	5
C1	Lastwagen bis 7.5t und Feuerwehr	3	3	2	2	10
D	Gesellschaftswagen	4	4	-	2	10
D1	Kleinbus (Taxi)	-	-	-	-	-
G/F	Motorfahrzeuge bis 45 km/h und landw. Fahrzeuge	27	41	-	3	71
M	Motorfahrräder	23	90	-	-	113
Total		**334**	**553**	**297**	**594**	**1778**

Kontrollfahrten	negativ	positiv	Total
Nicht anerkannte Führerscheine von Drittstaaten	8	27	35
Altersfahrten	3	3	6
Behinderte Fahrzeugführer	-	-	-
Total	**11**	**30**	**41**

Fahrzeugprüfungen	Gebrauchte Fahrzeuge	Neufahrzeuge
Personenwagen	5 784	2
Motorräder	693	0
Landwirtschaftliche Fahrzeuge	28	9
Lieferwagen	619	39
Gesellschaftswagen	56	1
Lastwagen	343	50
Arbeitsmotorfahrzeuge	48	28
Anhänger bis 3500kg	576	13
Anhänger über 3500kg	237	13
Übrige Fahrzeuge	112	5
Technische Änderungen	829	10
Import Personenwagen	129	156
Import Lastwagen	8	34
Import Motorrad	9	8
Import Anhänger	20	38
Import Übrige	8	8
Nicht erschienene Kunden		498
Nachkontrollen		2 230
Total		**12 641**

Fachbereich Administrativmassnahmen (ADMAS)

Im Jahre 2006 gingen beim Fachbereich Administrativ-Massnahmen 882 Polizeirapporte (Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz) von der Landespolizei sowie von verschiedenen Polizeistellen aus der Schweiz, Österreich, Deutschland, Italien und Frankreich ein. Nach Prüfung dieser Fälle mussten aufgrund von Verkehrsregelverletzungen mit Gefährdung der Verkehrssicherheit im Verwaltungsverfahren nach Art. 54 LVG **total 470 Führerausweis-Entzugsmassnahmen** (334 Ausweisentzüge, 136 Entzugsverwarnungen und darunter 6 Anordnungen für den Besuch des Verkehrsunterrichtes) Verfügt werden, was einer *Abnahme von 20 Massnahmen* gegenüber dem Vorjahr (2005=490 ADMAS) entspricht. Bei den übrigen 431 geprüften Polizeiberichten handelte es sich entweder um Delikte mit geringfügigen Verkehrsgefährdungen oder um Fälle, die aufgrund fehlender gesetzlicher Voraussetzungen zu keiner Administrativmassnahme führen konnten.

Von den 470 erlassenen Verfügungen sind ca. 30 % der Fälle auf Verkehrsübertretungen zurückzuführen, welche die betroffenen Fahrzeuglenker nicht in Liechtenstein sondern auf ausländischen Strassen, vorwiegend in der Schweiz, begangen haben.

Gesamthaft erfolgten im vergangenen Jahr **99 Entzüge** im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall (2004-86 Entzüge), die auf folgenden SVG-Widerhandlungen beruhen:

Verletzung von Verkehrsregeln mit Unfall	
Alkohol	41
Drogen/Medikamente	6
Übermüdung	1
Verkehrsregeln allgemein	51
Total	**99**

Gesamthaft wurden im Jahre 2006 im Zusammenhang mit **Alkohol am Steuer** eines Motorfahrzeuges **164 Führerausweise** (inklusive 43 Alkoholrückfällige) entzogen oder der ausländische Ausweise für Liechtenstein und die Schweiz aberkannt, was gegenüber im Jahre 2005 mit 192 Entzügen einer *Abnahme von 28 Massnahmen* entspricht. Der durchschnittliche Blutalkoholgehalt betrug bei den 143 männlichen Fahrzeuglenkern *1.56 Promille* und bei den 21 betroffenen Frauen *1.63 Promille*. Die höchst gemessene Blutalkoholkonzentration (BAK) betrug bei einem männlichen Fahrzeugführer 3.10 Promille.

In 43 Fällen (2005 = 46 Rückfälle) mussten den 164 betroffenen Fahrzeuglenkern/Innen der Ausweis wegen wiederholtem Fahren in angetrunkenem Zustand innert 5 Jahren (Rückfallsfrist) für ein bis zwei Jahre und in zwei Fällen für dauernd entzogen werden.

Gegen 10 (Vorjahr 17) Motorfahrzeugführer mussten wegen einem Drogen-Suchtleiden einen Führerausweis-Entzug auf unbestimmte Zeit verfügt werden. Wegen fehlender Fahreignung aus Krankheitsgründen oder Alkoholsuchtleiden mussten auf amtsärztlichen Antrag des Landesphysikus vom Amt für Gesundheit im Jahre 2006 gegen 32 (Vorjahr 35) Lenker/Innen Ausweisentzüge auf unbestimmte Zeit verfügt werden. Die Wiedererteilung dieser Sicherungsentzüge wurde jeweils als Auflage von einem positiv lautenden amtsärztlichen Gutachten des Landesphysikus abhängig gemacht.

Weitere Einzelheiten resultieren aus der nachstehenden Entzugstabelle.

Führerausweis-Entzüge 2006		Für die Kategorie								Entzugsgründe																				
	Anzahl erlassene Administrativmassnahmen im Strassenverkehr	Führerausweis-Entzüge für alle Ausweis-Kategorien	Aberkennung des ausländischen Führerausweises	Verweigerung des Lernfarausweises	Entzug des Lernfahrausweises	Mofa - FA-Entzug	Mofa - Fahrverbot	Verkehrs-Unterricht	Medizinische Auflagen	Alkoholeinfluss - Fahrunfähigkeit ohne Unfall	Betäubungsmitteleinfluss - Fahrunfähigkeit ohne Unfall	Verletzung von Verkehrsregeln ohne Unfall	Geschwindigkeits - Überschreitungen	Lernfahrten mit Motorfahrzeug ohne Begleitperson	Fahren ohne Besitz eines Führerausweises	Fahren trotz Entzug des Führer- oder Lernfahrausweises	Kontrollfahrt nicht bestanden - ausländischer Führerausweisinhaber	Alkoholeinfluss - Fahrunfähigkeit mit Unfall	Betäubungsmitteleinfluss - Fahrunfähigkeit mit Unfall	Verletzung von Verkehrsregeln mit Unfall	Übermüdung oder andere Fahrunfähigkeit mit Unfall	Fehlende Fahreignung wegen Krankheit - Sicherungsentzug	Fehlende Fahreignung wegen Betäubunsmittel-Suchtleiden - Sicherungsentzug	Vereitelung der Blutprobe bei pflichtwidrigem Verhalten nach Unfall	Verweigerung der Blutprobe nach Fahren unter Alkohol- oder Betäubunsmitteleinfluss	Rückfall - Alkohol- oder Betäubungsmitteleinfluss innert 5 Jahren seit letztem Entzug	Abänderungen von Motorfahrrädern zwecks Erhöhung der Motorleistung
Verwarnung	**136**	121	8	1				5	1			15	76		1					39		5						
1 Monat	**64**	61	2					1		1		7	45							9								2
2 Monate	**51**	49	2							28		2	10					8		2	1							
3 Monate	**63**	58	5							32	9		5					8	3					2	4			
4 Monate	**24**	23	1							8		1	1					12	2									
5 Monate	**14**	12	2							4								9						1				
6 Monate	**19**	14	1		4					4			3	2		5		2	1	1				1				
7 Monate	**3**	2	1										1			1		1										
11 Monate	**1**			1						1																		
12 Monate	**16**	16								1														1	2	12		
13 Monate	**14**	14																1								13		
14 Monate	**2**	2																								2		
15 Monate	**2**	2																								2		
18 Monate	**2**	1	1																							2		
20 Monate	**3**	3																								3		
22 Monate	**1**	1																								1		
24 Monate	**6**	6																								6		
Unbest, Zeit	**46**	37	8	1						1							8					27	10					
Dauernd	**3**	3														1										2		
TOTAL	**470**	**425**	**31**	**3**	**4**	**0**	**0**	**6**	**1**	**80**	**9**	**25**	**141**	**2**	**1**	**7**	**8**	**41**	**6**	**51**	**1**	**32**	**10**	**5**	**6**	**43**	**2**	

KOMMISSIONEN

Kommission für die Förderung des öffentlichen Verkehrs

Vorsitz: Regierungsrat Dr. Martin Meyer

Unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Martin Meyer traf sich die Kommission im Jahre 2006 zu vier Sitzungen. Aufgrund des Ausscheidens des bisherigen Vertreters der Wirtschaftskammer (ehem. GWK) hat die Regierung Hanspeter Tschütscher als neues Mitglied in die Kommission ernannt.

Der Vorsitzende hat die Kommission jeweils über die aktuellen Projekte der Regierung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs informiert und die Kommission hierzu angehört. Schwerpunkte waren dabei die Förderung des betrieblichen Mobilitätsmanagements, das neue Liniennetz und der Fahrplan der LBA, der regionale Eisenbahnverkehr sowie die Europäische Woche der Mobilität. Ebenfalls hat die Kommission die Regierung in spezifischen Fragen beraten. Die Kommission spricht sich klar für die Weiterführung der Finanzierung des Liechtenstein-Taktes aus und hat diesbezügliche Vorschläge zur Attraktivitätssteigerung eingebracht. Ebenfalls befürwortet die Kommission einhellig die Schaffung einer Busspur am Zollamt Schaanwald.

Daneben hat sich die Kommission mit verschiedenen verkehrspolitischen Themen sowie spezifischen Einzelproblemstellungen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs befasst.

Medienkommission

Vorsitzender: Michael Biedermann

Die Aufgaben der Medienkommission sind im Mediengesetz vom 19. Oktober 2005, LGBl. 2005 Nr. 250, sowie im Gesetz über die Förderung und Abgeltung von Leistungen der Medien vom 25. November 1999 LGBl. 2000 Nr. 14 (gültig bis Ende 2006) geregelt. Laut Gesetz vom 23. Oktober 2003 über den Liechtensteinischen Rundfunk obliegt der Medienkommission zudem die rechtliche Kontrolle über den Rundfunk. Im Zusammenhang mit dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit Medien hat die Regierung die Medienkommission beauftragt, die Erfüllung der Leistungsvereinbarungen zu kontrollieren.

Die Medienkommission wurde vom Landtag im März 2006 aufgrund der Bestimmungen im Mediengesetz neu bestellt. Die Zusammensetzung änderte sich dadurch von bisher 7 Vollmitgliedern zu 5 Voll- und 2 Ersatzmitgliedern. Aufgrund der Neubestellung setzte sich die Medienkommission im Berichtsjahr wie folgt zusammen:
– Michael Biedermann, Mauren, Vorsitzender
– Helmuth Müssner, Nendeln, Stellvertretender – Vorsitzender
– Joachim Batliner, Basel
– Michaela Braun, Zürich
– Marcel Ritter, Mauren
– Heinz Beck, Vaduz, Ersatzmitglied
– Thomas Ritter, Mauren, Ersatzmitglied

Die Besorgung der Sekretariatsarbeiten der Medienkommission wurde per Regierungsbeschluss an das Presse- und Informationsamt übertragen.

Die Medienkommission traf sich im Jahr 2006 zu sechs Sitzungen. In diesen Sitzungen wurden folgende Geschäfte behandelt:

Ausschüttung von ordentlichen Medienförderungsbeiträgen

Im Berichtsjahr erfolgte die Medienförderung zum letzten Mal nach den Bestimmungen des Medienförderungsgesetzes vom 25. November 1999, LGBl. 2000 Nr. 14. Die Medienkommission behandelte 23 Anträge auf ordentliche Medienförderung für Medien und Medienberichterstattungen und 3 Anträge auf ordentliche Medienförderung für die Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden. Ordentliche Medienförderungsbeiträge an Medien in Liechtenstein, Medien im Ausland sowie an Medienschaffende wurden wie folgt ausgeschüttet:
– Förderbereich «Medien und Medienberichterstattungen» (Art. 4 Abs. 1 lit. a) MFG):
  Total CHF 805 000 an 21 Medien und Medienschaffende.
– Förderbereich «Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden» (Art. 4 Abs. 1 lit. b) MFG):
  Total CHF 145 630 an 3 Medien.

Der für die Förderung von Medien und Medienberichterstattungen vorhandene Betrag von CHF 805 000 wurde zum ersten Mal vollständig ausgeschöpft. Der Betrag von CHF 190 0000 für die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden wurde um CHF 44 370 nicht ausgeschöpft.

Bei den Förderbereichen «Forschungsarbeiten und – projekte» und «weitere Veranstaltungen und Massnahmen» (Art. 4 Abs. 1 lit. c) und d) MFG) wurden keine Anträge eingereicht.

Behandlung von Beschwerden und Anträgen gemäss Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk

Die Medienkommission hat sich gemäss den Bestimmungen im Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk mit folgender Beschwerde und folgendem Antrag befasst:

- Beschwerde von Dr. Norbert Seeger und Alexander Batliner gegen den Beschluss des Landtages vom 23. November 2005 auf Abberufung der Beschwerdeführer als Präsident und als Mitglied des Verwaltungsrates des Liechtensteinischen Rundfunks, Feststellung der Verletzung des Art. 21. Abs. 7 lit. b) des LRFG.
- Antrag gem. Art. 43 Abs. 4 LRFG vom März 2006 von Dr. Wolfgang Burtscher, DI Paul Rosenich und Christina Schmid wegen Feststellung der Verletzung von Art. 21. Abs. 7 lit. b) des LRFG durch den Beschluss des Landtags vom 23. November 2005 auf Abberufung des Dr. Norbert Seeger als Präsidenten und des Alexander Batliner aus Mitglied des Verwaltungsrates des Liechtensteinischen Rundfunks.

Die Medienkommission ist weder auf die Beschwerde noch auf den Antrag eingetreten, da sie sich in beiden Fällen als nicht zuständig erklärt hat.

Berichterstattung und Anträge an die Regierung

Die Medienkommission ist mit folgenden Berichten und Anträgen an die Regierung gelangt:

- Zwei Stellungnahmen betreffend Erfüllung der Leistungsvereinbarungen durch zwei Medien im Jahr 2005.
- Stellungnahme zu den Entwürfen der Leistungsvereinbarungen mit zwei Medien für das Jahr 2006.
- Antrag auf Führung der Medienkommissions-Geschäfte durch das Presse- und Informationsamt.
- Ersuchen um Einholung eines Nachtragskredits für die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden für das Jahr 2006 aufgrund der verspäteten Auszahlung der Förderbeiträge für das Jahr 2005.
- Erstellung des Budgets für das Jahr 2007.

Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für die Medienkommission

Gemäss Art. 84 des Mediengesetzes gibt sich die Medienkommission eine Geschäftsordnung. Die Medienkommission hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine Geschäftsordnung ausgearbeitet und am 1. Dezember 2006 verabschiedet. Die Geschäftsordnung der Medienkommission wurde mit Begleitschreiben vom 20. Dezember 2006 an die Regierung zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr

Präsident: Mario Büchel

Im Berichtsjahr 2006 wurden von der Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr zwei Sitzungen abgehalten. Die Schwerpunkte der Arbeit betrafen die Diskussion und Überprüfung der Unterstützungsanträge an Institutionen und Organisationen, die sich für die Unfallverhütung im Strassenverkehr einsetzen.

Folgende Aktionen wurden im Berichtsjahr von der Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr unterstützt:

- Schulung der 4. Primarschulklassen auf der Verkehrsschulungsanlage beim Rheinpark-Stadion in Vaduz;
- Weiterführen der laufenden Aktionen:
  - «Velo-Helm Aktion» des Liechtensteiner Radfahrerverbandes;
  - «Sicher im Sattel» des Verkehrs-Clubs Liechtenstein in Vaduz und Eschen (Diese Aktion wird jährlich, jeweils in anderen Gemeinden, mit Unterstützung der Verkehrsinstruktoren der Landespolizei durchgeführt);
- Radiokampagnen: im März 2006 «Gschnallt?», im August 2006 «Schulanfang» und Mitte November bis Mitte Dezember 2006 «Alkohol am Steuer»;
- Verkehrsinstruktionsmaterial (diverses Unterrichtsmaterial, Werbe- und Abgabematerial für Kindergärtner und Schüler etc.);
- Anschaffung von Leuchtgürtel für die Kindergärten und 1./2. Primarschulklassen des Landes;
- Erneute Durchführung des Puppentheaters «Tiramisü» für sämtliche Kindergärten des Landes als spielerische Repetition nach der Verkehrsinstruktion durch die Landespolizei;
- Diavorführungen während dem ganzen Jahr im Schlosskino Balzers und im Takino Schaan sowie die Anpassung der Diavorführungen an die aktuelle landeseigene Kampagne «Gschnallt?»;
- Unterstützung der Verkehrskadetten Liechtenstein (Ausrüstung, div. Arbeitsmaterial);
- Subvention von Fahrsicherheitskursen in Veltheim, Bezholz, Heinzenberg und Driving Camp Vorarlberg;
- Kampagne «Sichtbar - sicher» - Verteilung von Flyern durch die Landespolizei in allen Kindergärten und Schulen und Auflage in allen Gemeindeverwaltungen und Postämtern des Landes (jährlich wiederkehrend);
- Anschaffung von Plakatwänden in Grossformat in allen Gemeinden des Landes auf Hauptachsen.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschütscher

Das Schwergewicht der Tätigkeiten des Ressorts Justiz liegt wie immer bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen. Dies umfasst je nach Gesetzesprojekt vor allem die Ausarbeitung von Gesetzestexten und die Erstellung des erläuternden Berichtes, die Begleitung von Experten und das Zeitmanagement der Projekte als auch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Kommissionen. Gesetzgebungsbedarf ergibt sich aus der Umsetzung von EWR-Richtlinien und internationalen Übereinkommen, parlamentarischen Eingängen, praktischer Notwendigkeit, finanzpolitischen Gründen usw. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch der frühzeitigen Erkennung von juristischen Themen und deren Lenkung und der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen gewidmet.

Die angeführten Tätigkeiten folgen keiner zeitlichen Chronologie, sondern sind nach Themenbereichen geordnet:

Arbeitsbesuch von Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher bei Bundesministerin für Justiz Karin Gastinger und Unterzeichnung Kooperationsvereinbarung

Am 24. Februar 2006 haben Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher und Justizministerin Karin Gastinger das Memorandum of Understanding über Kooperationsabsichten zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ressort Justiz des Fürstentums Liechtenstein unterfertigt.

Zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Fortbildung von Justizbediensteten wurde vereinbart, dass das Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich nach Rücksprache mit dem Ressort Justiz des Fürstentums Liechtenstein wiederkehrend einen Mitarbeiter des Ressorts Justiz zu einem ein- bis zweimonatigen Aufenthalt nach Österreich einlädt und umgekehrt.

Der Arbeitsbesuch von Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher bei Bundesministerin für Justiz Karin Gastinger diente ausserdem der Pflege und Intensivierung der bilateralen Beziehungen und widmete sich zudem dem Thema Opferhilfe. Dabei wurden vor allem die Erfahrungen Österreichs aus rechtlicher und praktischer Sicht erörtert und mit dem Besuch einer Institution der Opferhilfe vervollständigt.

Lenkungsgremium Justiz

Im Berichtsjahr wurde das «Lenkungsgremium Justiz» geschaffen. Zweck des Lenkungsgremiums ist es, Entwicklungen und Themen im Bereich Justiz frühzeitig aufzugreifen und so zu lenken, dass sie an kompetenter Stelle bearbeitet werden. Das Lenkungsgremium besteht aus Vertretern des Ressorts Justiz und je nach Thema aus Vertretern der Liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer, der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung oder z.B. des Liechtensteinischen Bankenverbandes. Themen im Berichtsjahr waren z.B. die Umsetzung der Geldwäscherei-Vorlage, verschiedene Verfahrensgesetze und internationale Abkommen, die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen und das Unternehmensstrafrecht. Der Informationsfluss zwischen dem Ressort Justiz und den verschiedenen Institutionen konnte mit der Schaffung des Lenkungsgremiums Justiz verbessert werden.

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen

Im Jahr 2006 ist zwar die Anzahl der eingegangenen ausländischen Rechtshilfeersuchen und der liechtensteinischen Rechtshilfeersuchen an das Ausland im Vergleich zu den Vorjahren etwas gesunken, dennoch ist der Aufwand für die jeweilige Sachbearbeitung aufgrund der zunehmenden Komplexität der Fälle annähernd gleich geblieben. An der Tatsache, dass Liechtenstein nach wie vor mehr Rechtshilfeersuchen an das Ausland stellt, als es selbst Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland erhält, hat sich aber nichts geändert.

Liechtensteinische Rechtshilfeersuchen an ausländische Justizbehörden: **397**
(Jahr 2005: 458)
(Jahr 2004: 576)
(Jahr 2003: 314)

Ausländische Rechtshilfeersuchen an liechtensteinische Justizbehörden: **224**
(Jahr 2005: 267)
(Jahr 2004: 282)
(Jahr 2003: 270)

Aus der nachfolgenden Aufstellung ist ersichtlich, welche Staaten häufig Rechtshilfeersuchen an die liechtensteinischen Behörden gerichtet haben. Wie auch in den Vorjahren stammen mehr als 95 % aller in Liechtenstein einlangenden Rechtshilfeersuchen aus denjenigen Staaten, welche das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen von 1959 (ERHÜ), LGBl. 1970 Nr. 30, ratifiziert haben. Die Schweiz, Deutschland und Österreich stellen schon seit vielen Jahren - und mit grossem Abstand - die meisten Rechtshilfeersuchen an Liechtenstein. Zudem zeigt sich, dass - wie auch in den vergangenen Jahren - in etwa dieselben Staaten Liechtenstein um Rechtshilfe ersuchen.

Auszug der ersuchenden Staaten:

Schweiz	92
Österreich	43
BRD	42
Italien	7
USA	7
Niederlande	5
Polen	5
Frankreich	4
Grossbritannien	4
Tschechien	4

Was die Delikte betrifft, deretwegen von ausländischen Behörden um Rechtshilfe ersucht wurde, so ergibt sich - vereinfacht dargestellt - folgendes Bild:

Betrug	91
Geldwäscherei	53
Urkundendelikt	33
Veruntreuung	32
Untreue	25
Bestechung	17
Verstoss gegen das Strassenverkehrsgesetz	14
Kriminelle Vereinigung/Organisation	12
Diverse Konkursdelikte	11
Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz	11

Die obige Darstellung der zehn häufigsten Delikte zeigt wiederum, dass die ausländischen Justizbehörden Liechtenstein auch weiterhin vorwiegend wegen vermögensrechtlicher Delikte um Rechtshilfe ersucht haben. Angemerkt wird, dass sich bei der obigen Aufstellung kaum Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren ergeben haben. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass in einem einzigen Ersuchen Rechtshilfe auch wegen mehrerer Delikte begehrt werden kann, was sich auch in den absoluten Zahlen der obigen Statistik niederschlägt.

Zudem hat es im Jahr 2006 im Bereich der Internationalen Rechtshilfe in Strafsachen zwei bilaterale Treffen gegeben. Zum einen gab es ein Gespräch zwischen Vertretern des Bundesamtes für Justiz und einer liechtensteinischen Delegation mit zwei Mitarbeitern des Ressorts Justiz am 3. November 2006 in Bern, zum anderen haben vom 15. bis 17. November 2006 in Washington, D. C. so genannte Konsultationen gemäss Art. 19 des bilateralen Rechtshilfevertrages zwischen Liechtenstein und den Vereinigten Staaten von Amerika stattgefunden, an welchen ein Mitarbeiter des Ressorts Justiz teilnahm.

Reform des Haftrechts (StPO-Revision)
Die Arbeitsgruppe zur Reform des Haftrechts (insbesondere zur Revision der geltenden Bestimmungen über die Untersuchungshaft; §§ 125 – 144 StPO) hat im Berichtsjahr mehrfach getagt und der Regierung einen Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung der Strafprozessordnung, des Jugendgerichtsgesetzes und des Rechtshilfegesetzes («Reform der Untersuchungshaft») vorgelegt. Durch die gegenständliche Reform des Haftrechts wird versucht, den sich aus Art. 5 EMRK ergebenden Anforderungen besser gerecht zu werden, wobei im Mittelpunkt der Revision insbesondere die Einführung eines strengen Haftprüfungssystems verbunden mit einer kontradiktorischen Prüfung der Haftfrage in der ersten Instanz und den sich daraus ergebenden Veränderungen im Beschwerdeverfahren vor dem Obergericht steht. Zudem wurde während des Berichtsjahres mit der Ausarbeitung eines Berichtes und Antrages der Regierung an den Landtag begonnen.

Totalrevision des Strafvollzugsgesetzes (StVG)
Während des Berichtsjahres hat die bereits seit mehreren Jahren tätige «Arbeitsgruppe Gefangenenbetreuung und Strafvollzug» ihre sehr umfangreichen Vorarbeiten für die Totalrevision des Strafvollzugsgesetzes und die Abänderung der Strafprozessordung abgeschlossen und der Regierung einen entsprechenden Vernehmlassungsbericht vorgelegt. Die Gründe für die Totalrevision des geltenden Strafvollzugsgesetzes, welches aus dem Jahr 1983 stammt, liegen insbesondere darin, dass sich die tatsächlichen Verhältnisse im Strafvollzug seither erheblich verändert haben. Zudem soll mit dem neuen Strafvollzugsrecht mehr Rechtssicherheit sowohl für die Gefangenen als auch für das Strafvollzugspersonal geschaffen werden. Während des Berichtsjahres wurden die zur Vernehmlassung eingegangenen Stellungnahmen gesichtet und von der Arbeitsgruppe besprochen; zudem wurde mit der Ausarbeitung des Berichtes und Antrages der Regierung an den Landtag begonnen.

Diversion im Strafverfahren
Im März wurde mit dem «Diversionspaket» die wohl umfangreichste und einschneidendste Revision des liechtensteinischen Strafrechts der letzten Jahrzehnte vom Landtag verabschiedet. Mittels der «Diversion», dem Kernstück dieses Paketes, können nunmehr Delikte minderschwerer Kriminalität von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten mit neuen Reaktionsformen, wie beispielsweise einem aussergerichtlichen Tatausgleich, Leistung gemeinnütziger Arbeit, Ausspruch einer Probezeit oder Bezahlung eines Geldbetrages abgehandelt werden, ohne dass ein förmliches Strafverfahren eröffnet wird. Dies setzt allerdings einerseits Freiwilligkeit beim Verdächtigen voraus, als auch, dass keine grosse Schuld vorliegt, beispielsweise der Verdächtige kein Wiederholungstäter ist. Wie in Österreich steht auch in Liechtenstein der Gedanke des Täter-Opfer-Ausgleichs wie auch die Vermeidung stigmatisierender Strafurteile im Bereich der Bagatellkriminalität im Vordergrund.

Daneben umfasst die Revision weitere wesentliche Neuerungen wie beispielsweise die Schaffung der Möglichkeit für die Staatsanwaltschaft, ein Verfahren wegen mangelnder Strafwürdigkeit nach § 42 StGB einstellen zu können; die Einführung des Heranwachsendenstrafrechts und eine Revision des Jugendgerichtsgesetzes. Die Revision bringt auch wichtige Neuerungen für die Bewährungshilfe Liechtenstein, beispielsweise neue Aufgaben im Rahmen der Diversion, aber auch die Möglichkeit der vorläufigen Bewährungshilfe.

Das Diversionspaket ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

Schaffung eines Gesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG)
Am 23. Juni 2006 fand im Landtag die erste Lesung zum Opferhilfegesetz statt. Die Vorlage ist auf breite Zustimmung gestossen und es wurden die Arbeiten der

Redaktionskommission, der zwei Vertreter des Ressorts Justiz angehören, sehr positiv gewürdigt. Da das Schweizer Opferhilfegesetz der liechtensteinischen Vorlage als Rezeptionsgrundlage dient und die umfassende Totalrevision in der Schweiz noch nicht abschliessend behandelt wurde, ist die zweite Lesung des liechtensteinischen Opferhilfegesetzes erst nach der Verabschiedung des revisionierten Schweizer Opferhilfegesetzes - aller Voraussicht nach Mitte 2007 - geplant.

Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Betäubungsmittelgesetzes und des Rechtshilfegesetzes

Die Regierung hat am 25. Januar 2006 den Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Betäubungsmittelgesetzes und des Rechtshilfegesetzes genehmigt. Für Liechtenstein bestehen aufgrund von verschiedenen internationalen Instrumenten Umsetzungsnotwendigkeiten im Bereich des materiellen Strafrechtes. Zum einen sind dies die Richtlinie 2001/97/EG des Europäischen Parlaments (II. Geldwäscherei-Richtlinie), zum anderen das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 15. November 2000 mit Resolution 55/25 verabschiedete Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität («Palermo-Übereinkommen»). Darüber hinaus hat die Financial Action Task Force ihre «40 Empfehlungen» aus 1996 revidiert und am 20. Juni 2003 als die «Revidierten 40 Empfehlungen (2003)» veröffentlicht.

In Umsetzung dieser internationalen Verpflichtungen wird der Vortatenkatalog des § 165 StGB durch die Aufnahme von § 278 StGB (kriminelle Vereinigung), Art. 23 Abs. 1 und 2 ANAG sowie von Art. 76 MwStG (Mehrwertsteuerbetrug) erweitert. Darüber hinaus wird mit § 153a StGB der Tatbestand des Förderungsmissbrauches geschaffen. Das von Liechtenstein am 14. März 2001 unterzeichnete «Palermo-Übereinkommen» macht die Schaffung der neuen Tatbestände des Menschenhandels (§ 104a StGB) sowie des grenzüberschreitenden Prostitutionshandels (§ 217 StGB) erforderlich und verlangt weiters die Modifizierung des § 278 StGB. Da Art. 76 MwStG nunmehr auch Vortat bei Geldwäscherei werden soll, ist eine Abänderung des Art. 51 des Rechtshilfegesetzes (RHG) notwendig. Die weiteren vorgeschlagenen Änderungen der StPO und des BMG sind rein technischer Natur aufgrund der im StGB vorgenommenen Revisionen (bzw. Umbenennungen) von einzelnen Straftatbeständen.

Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts

Dieses Gesetzgebungsprojekt, welches im Dezember des Berichtsjahres vom Landtag abschliessend behandelt worden ist, hat eine Reihe verschiedener Themen zum Inhalt, wenngleich die Modernisierung des Geschäftsverkehrs mit dem Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt und die damit zusammenhängende Umsetzung der modernisierten Publizitätsrichtlinie 2003/58/EG im Zentrum steht. Das Projekt ist schon deshalb als wegweisend zu betrachten, da das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt als erstes Amt einen Geschäftsverkehr auf elektronischer Basis anbieten kann. Auch das Öffentlichkeitsregister ist nunmehr, basierend auf einer entsprechend realisierten technischen Lösung, online abrufbar. Die gegenständlichen Vorlagen wurden aber auch dazu genutzt, um Vollzugsprobleme und Regelungslücken zu beseitigen sowie die Verfahrensabläufe, insbesondere das Rechtsmittelverfahren, neu und einfacher zu gestalten, das Beglaubigungs- und Beurkundungswesen neu zu ordnen sowie sprachlich missglückte Bestimmungen zu korrigieren. Weitere Schwerpunkte waren die Revision einzelner Gesellschaftsformen, aber dazu mehr im folgenden Punkt.

Revision des Vereinsrechts und des Genossenschaftsrechts

Insbesondere im Rahmen des so genannten «Modernisierungspaketes» zur Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts wurden die Rechtsformen des Vereins sowie der Genossenschaft einer Revision unterzogen. Beim Vereinsrecht ging es insbesondere um die Entschärfung der Haftungsbestimmungen einfacher Vereinsmitglieder. Auslöser hierzu war ein entsprechender Anlassfall in der Schweiz. Neben neu gewonnener Rechtssicherheit für Mitglieder und Geschäftspartner des Vereines wurde für bestimmte Vereine eine Revisionspflicht eingeführt und das Vereinsrecht generell übersichtlicher gestaltet.

So wie das Vereinsrecht war auch das Recht über die Genossenschaften im Grossen und Ganzen seit 80 Jahren unverändert und wurde einerseits, wo dies sinnvoll erschien, an den aktuellen Rechtsbestand der schweizerischen Rezeptionsgrundlage im schweizerischen Zivilgesetzbuch angenähert, andererseits auf die bevorstehende Einführung der Europäischen Genossenschaft (SCE) vorbereitet. Zur Einführung der SCE wurde im Berichtsjahr eine erfolgreiche Vernehmlassung durchgeführt, die im Dezember endete und in deren Anschluss noch im Jahre 2007 zu den bestehenden Gesellschaftsformen die Europäische Genossenschaft dazukommen soll.

Revision des Stiftungsrechts

Noch im Herbst 2005 wurden die Weichen für die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Revision des Stiftungsrechts neu gestellt. Es sollte nicht mehr nur eine punktuelle Abänderung der stiftungsrechtlichen Bestimmungen innerhalb der engen formalen Grenzen der Art. 552 – 570 PGR angestrebt, sondern eine Totalrevision des Stiftungsrechts verwirklicht werden. Darüber hinaus fiel die Entscheidung zu Gunsten einer Bearbeitung der Materie innerhalb des zuständigen Ressorts Justiz unter Verzicht auf die Einsetzung von Arbeitsgruppen oder Kommissionen. In der ersten Jahreshälfte des Berichtsjahres konnte sodann ressortintern die Ausarbeitung

einer neuen Vorlage zur Totalrevision verwirklicht werden, welche im Spätsommer 2006 einem ausgewiesenen Stiftungsrechtsexperten mit besonderen Kenntnissen auch zum liechtensteinischen Stiftungsrecht zur Begutachtung vorgelegt wurde. Auf Basis dieses Gutachtens und daran anknüpfenden rechtspolitischen Vorgaben wurde intensiv am Entwurf weiter gearbeitet, sodass der Herbst 2006 im Ressort Justiz im Bereich des Stiftungsrechts durch die Finalisierung des neuen Entwurfs geprägt war. Die im Rahmen der parlamentarischen Behandlung der so genannten «Modernisierungsvorlage (PGR)» im Dezember des Berichtsjahres verabschiedeten Beendigungsbestimmungen zum Stiftungsrecht waren bereits auf die neue Vorlage abgestimmt und finden sich daher inhaltlich unverändert im Entwurf wieder. Am 12. Dezember des Berichtsjahres erfolgte sodann die Kenntnisnahme der neuen Vorlage zur Totalrevision des Stiftungsrechts durch die Regierung. Zugleich wurde vor Start der offiziellen Vernehmlassung die Durchführung einer Vorvernehmlassung zur neuen Vorlage und eine anschliessende Berichterstattung zuhanden der Regierung beschlossen.

Postulat über die gemeinsame Obsorge

Mit Postulat vom 16. Februar 2006 wurde die Regierung eingeladen, Abklärungen hinsichtlich der gemeinsamen Obsorge von Eltern nach Trennung, Scheidung oder Ungültigerklärung der Ehe als Regelfall zu treffen und dem Landtag Vorschläge für eine allfällige Gesetzesänderung zu den entsprechenden Bestimmungen im ABGB zu unterbreiten.

Im Rahmen der vom Ressort Justiz vorbereiteten Postulatsbeantwortung werden die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen der gemeinsamen Obsorge der Länder Liechtenstein, Schweiz, Österreich und Deutschland detailliert dargelegt. Weiters werden die Studien, welche bis anhin von Österreich und Deutschland eingeholt wurden, einbezogen und näher gebracht.

Da die Schweiz, deren Bestimmungen über die gemeinsame Obsorge ins liechtensteinische ABGB rezipiert wurden, im Jahr 2006 ebenfalls eine Studie betreffend die Auswirkungen der gemeinsamen Obsorge in Auftrag gegeben hat, wurde die Einbringung der Postulatsbeantwortung bis zum Erscheinen dieser Studie aufgeschoben.

Initiative zur Abänderung von § 773a ABGB

Am 2. Oktober 2006 haben die Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick die Initiative zur Abänderung des § 773a ABGB eingebracht. Mit dieser Initiative wird die Anpassung von § 773a ABGB an die derzeitige österreichische Ausgestaltung von § 773a ABGB gewünscht.

Im Rahmen der Behandlung dieser Initiative wurde seitens des Ressorts Justiz ein Bericht und Antrag ausgearbeitet, welcher die Problematik der Pflichtteilsminderung darlegt und darüber hinaus einen Überblick über die unterschiedliche rechtliche Ausformung der Pflichtteilsminderung in Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Deutschland wiedergibt. Weiters werden die eingeholten Stellungnahmen der Liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer und des Fürstlichen Landgerichts zu dieser Thematik erörtert.

Gegenständlicher Bericht und Antrag wird im März-Landtag 2007 behandelt werden.

Reform des Zustellrechtes

Im Berichtsjahr wurden die Bestrebungen zur Schaffung eines Gesetzes über die Zustellung behördlicher Dokumente (Zustellgesetz) sowie die Abänderung zustellrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen intensiviert. Das geltende Zustellrecht ist veraltet und stark zersplittert; darüber hinaus weist es verschiedene Lücken auf, weshalb in der Praxis teilweise erhebliche Rechtsschutzdefizite festgestellt werden müssen. Das Zustellrecht soll daher einer umfassenden Reform mit dem Ziel der Modernisierung, Harmonisierung und Systematisierung des Zustellwesens zugeführt werden, damit die Qualität des Rechtsschutzes nachhaltig verbessert wird. Im Berichtsjahr wurde deshalb mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Vernehmlassungsberichtes begonnen.

EMRK-Beschwerdefall (Nr. 5010/04)

Das Ressort Justiz war im Zeitraum September 2005 bis ins Berichtsjahr mit der Behandlung dieser Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte befasst.

Im September 2005 reichte der Beschwerdeführer Beschwerde beim Gerichtshof ein. Dies, nachdem er im Zeitraum Mai 1994 bis März 2004 in ein Strafverfahren verwickelt war, welches zu einer Verurteilung geführt hatte und in welchem zuletzt der Staatsgerichtshof auf seine Beschwerde hin keine Verletzung seiner Grundrechte zu erkennen vermochte. Der Beschwerdeführer rügte eine Verletzung von Art. 3 der Menschenrechtskonvention (Verbot der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung); eine Verletzung von Art. 5 Abs. 1 und 3 der Menschenrechtskonvention (Recht auf Freiheit und Sicherheit, Vorführung vor den Richter und zügiges Verfahren) und eine Verletzung von Art. 6 der Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren), sowohl bezüglich Abs. 1 (Verfahrensdauer) als auch Abs. 1, 2 und 3 (Behinderung in der Verteidigung, Aktenführung und Beweisaufnahme).

In Konsequenz beantragte der Beschwerdeführer, der Gerichtshof möge feststellen, dass das Fürstentum Liechtenstein in den gerügten Punkten die Menschenrechtskonvention verletzt habe und das Fürstentum Liechtenstein zum Ersatz der dem Beschwerdeführer entstandenen Verfahrenskosten sowie zur Leistung einer Entschädigung für die Art und Dauer der Untersuchungshaft zu verurteilen sei.

Der ursprüngliche Beschwerdeumfang wurde vom Gerichtshof nur in einem Punkt zugelassen, nämlich

zur Frage der überlangen Verfahrensdauer nach Art. 6 Abs. 1 Menschenrechtskonvention. Der Gerichtshof kam zum Urteil, dass eine überlange Verfahrensdauer gegeben sei, weil im Vorverfahren während eines längeren Zeitraums keine Handlungen stattgefunden hätten und für diesen Unterbruch keine genügende Rechtfertigung nachgewiesen wurde. Als Folge dieser Verletzung der Konvention sprach der Gerichtshof dem Beschwerdeführer einen Verfahrenskostenersatz von EURO 2 500.– zu. Einen weiteren Schadenersatz sprach der Gerichtshof dem Beschwerdeführer jedoch nicht zu.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist am 11. Dezember 2006 in Rechtskraft erwachsen.

Stage-Aufenthalt im Bundesministerium für Justiz in Wien

Aufgrund der Kooperationsvereinbarung zur Fortbildung und zum Transfer von Expertenwissen wurde bereits eine Mitarbeiterin des Ressorts Justiz im Zeitraum von 2. Mai bis 9. Juni 2006 nach Wien entsandt, um einen Überblick über die unterschiedlichen Arbeitsgebiete des Bundesministeriums für Justiz, insbesondere im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 zu erhalten.

Die Mitarbeiterin wurde der Zivilrechtssektion zugeteilt und bearbeitete vornehmlich Causen des Familienrechts. Im Zuge des Aufenthalts fanden diverse Tagungen statt, so beispielsweise zum Thema «Familie heute» sowie zum Unterhaltsvorschussgesetz. Weiters fand ein IT-Kongress in der Hofburg und eine Pressekonferenz der Justizministerin Gastinger statt, an welcher die Ergebnisse der Evaluationsstudie zur gemeinsamen Obsorge präsentiert wurden. Schliesslich war die Mitarbeiterin des Ressorts Justiz im Parlament (Sitzungen des Justizausschusses, Plenum des Nationalrates, etc.) anwesend.

AMTSSTELLEN

Landespolizei (Landesgefängnis)

Amtsleiter: Polizeichef Adrian Hasler, lic. oec. HSG

Im Landesgefängnis werden sämtliche Haftarten, welche die liechtensteinischen Gesetze betreffen, vollzogen. Die Aufsicht und Betreuung wird ganzjährig im Schichtdienst rund um die Uhr geführt. Im Berichtsjahr waren fünf Stellen besetzt. Als Ergänzung werden Bereitschaftspolizisten als Teilzeitbeamte eingesetzt. Die Häftlingszahlen gingen 2006 um ca. 24 Prozent zurück.

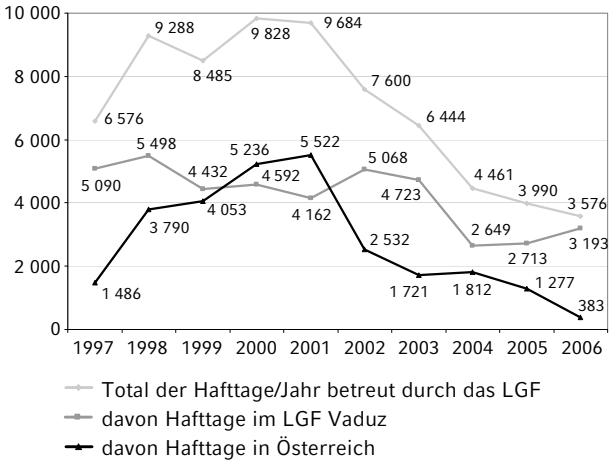
Belegung im Landesgefängnis

Im Landesgefängnis befinden sich 19 Hafträume mit insgesamt 22 Betten. Auf den Männerbereich entfallen 16 Hafträume mit 18 Betten. Im Landesgefängnis waren 2006 98 Personen untergebracht. Diese verbüssten insgesamt 3 193 Hafttage. Die Steigerung der Hafttage von über 17 Prozent gegenüber 2005 kann als im statistischen Schwankungsbereich interpretiert werden.

Jahresbericht	2006	2005
Inhaftierungen total	**98**	130
davon Männer	80	125
davon Frauen	18	5
Hafttage total	**3 193**	2 713
davon Männer	3 071	2 703
davon Frauen	122	10
Hafttage im Polizeibereich (ANAG)	**125**	231
Inhaftierungen nach Delikten / Gründen		
davon ANAG	50	68
davon BMG	6	11
davon StGB (total)	22	31
davon Ausnüchterung (Sicherheitszelle)	5	7
davon Auslieferung	6	3
davon Ersatzfreiheitsstrafe	9	7
davon sonstige	0	3

Das Landesgefängnis ist einerseits starken Fluktuationen ausgesetzt, andererseits ist es das einzige Gefängnis des Landes. Deshalb ist eine Vollauslastung nicht möglich, denn es müssen stets Reserven von 20 bis 40 Prozent für plötzliche Neuzugänge freigehalten werden. Neuzugänge sind in der Regel nicht planbar und können eine grössere Zahl von Personen umfassen (z.B. illegale Grenzübertritte), welche getrennt voneinander unterzubringen sind. Überschreitet die Auslastung zu bestimmten Zeiten die Reserveschwelle, müssen Häftlinge nach Österreich verlegt werden, um diese Notreserve freizuhalten.

Entwicklung der Hafttage pro Jahr

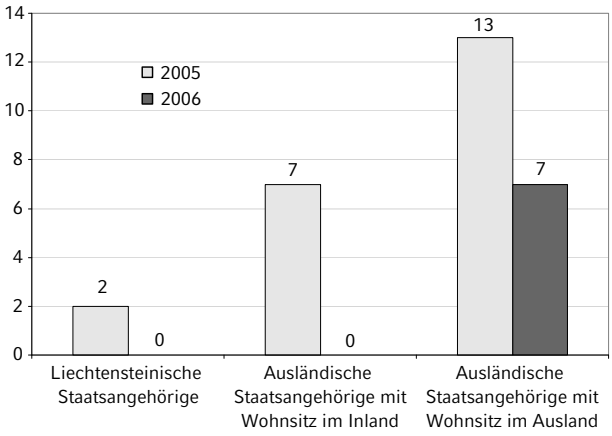


Besuche/Betreuung
Im Berichtsjahr erfolgten 567 reguläre Besuche. Hiervon waren 145 Anwaltsbesuche, 77 Besuche des Amtes für Soziale Dienste (ASD) und der Bewährungshilfe sowie 48 Arztbesuche.

Aufgrund der baulichen Situation im Landesgefängnis wird es immer schwieriger, geeignete Arbeit für die Insassen zur Verfügung zu stellen. Derzeit gibt es weder Lagerräume noch Arbeitsräume, in welchen die von der heimischen Industrie angebotene Arbeit verrichtet werden könnte.

Untersuchungshaften
Die Anzahl der Untersuchungshaften hat im Vergleich zum Vorjahr nominal deutlich abgenommen. Diese Schwankungen von einem Jahr zum anderen lassen als solche bei den relativ kleinen Zahlen jedoch keine Rückschlüsse auf besondere Kriminalitätsentwicklungen oder die strategischen Schwerpunkte der polizeilichen Tätigkeit zu. Solche Schwankungen hängen von individuellen Besonderheiten der im jeweiligen Jahr aufgeklärten Fälle oder auch von der Anzahl der in einzelne Fälle involvierten Tatverdächtigen ab. Aus der konkreten Abnahme lässt sich somit keine allgemeine Tendenzaussage ableiten.

Untersuchungshaften



Häftlingszahlen Ausland
Im Berichtsjahr waren zwei Häftlinge mit insgesamt 383 Hafttagen in österreichischen Strafanstalten zum Vollzug ihrer Haftstrafen von mehr als zwei Jahren untergebracht.

Grundsätzlich werden Insassen, welche zu einer Freiheitsstrafe von über zwei Jahren verurteilt werden, in österreichischen Strafvollzugsanstalten verlegt. Das Landesgefängnis verfügt nicht über die nötige personelle und materielle Infrastruktur, welche für den Vollzug längerer Freiheitsstrafen erforderlich ist.

Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt

Amtsleiter: Mag.iur. Edmund Freischer

Das Jahr 2006 stand wie bereits die Vorjahre ganz im Zeichen der Bereinigung und der elektronischen Erfassung der beiden Register sowie der Modernisierung des Amtes. So wurden die in den Vorjahren begonnene Datenerfassung sowie die Realisierung elektronischer Akten fortgeführt und darüber hinaus nach Schaffung der rechtlichen und technischen Grundlagen der Internetauftritt beider Register vorbereitet.

Grundbuch

Personelles
Der Personalstand blieb gegenüber dem Vorjahr mit 11.7 Stellen bzw. 12 Personen (ohne Amtsleiter, Stabsstelle Recht und Sekretärin) im Wesentlichen unverändert.

Projekte
Im Jahr 2006 wurden neben dem Tagesgeschäft drei Neuvermessungsoperate (Planken Los 3, Schaan Los 7 und Balzers Los 5) sowie zwei Baulandumlegungen (Eschen Bölsfeld und Ruggell Bezi) und die Liegenschaftszuteilung von der Gemeinde Balzers an die Bürgergenossenschaft Balzers zur Durchführung übernommen. Zudem wurde die Einführung des Grundbuches gemäss Sachenrecht in der Gemeinde Triesenberg abgeschlossen und mit der Vorbereitung der Grundbucheinführung gemäss Sachenrecht in der Gemeinde Balzers begonnen.

Da auch im Jahr 2006 sämtliche Arbeiten hinsichtlich Neuvermessungsoperaten, Baulandumlegungen und Mutationen neu vermessener Grundstücke rein elektronisch durchgeführt («EDV-Grundbuch») worden sind und darüber hinaus intensiv an der elektronischen Erfassung der Registerkarten gearbeitet worden ist, sind bereits rund 80% der Grundstücke des Landes elektronisch erfasst.

Statistik	2006	2005
Handänderungen	1 469	1 261
Schuldbriefe	112	108
Grundpfandverschreibungen	1 529	1 570
Zwangsweise Pfandrechtsbegründungen	17	25
Löschungen	988	1 025
Begründung von Stockwerkeigentum	74	73
Baulandumlegungen	2	3
Baurechte	10	21
Eigenheim-Darlehen	153	124
Einantwortungsurkunden	127	127
Dienstbarkeiten	643	692
Anmerkungen	359	355
Vormerkungen	427	395
Eintragung von Eigentumsvorbehalten	41	42
Löschung von Eigentumsvorbehalten	7	2
Tagebuchrelevante Belege	4 918	4 906
Anzahl sämtlicher abgeschlossener Geschäfte	5 603	5 659

Summe der im Jahr 2006 eingetragenen Hypotheken	CHF	704 820 717
Summe der im Jahr 2006 gelöschten Hypotheken	CHF	469 100 907
Hypothekenstand Ende Jahr 2006	CHF	666 899 425 854
Hypothekenstand Ende Jahr 2005	CHF	666 663 706 044

Grundbuchgebühren-Vorschreibung 2006	**CHF**	**3 009 757**
Grundbuchgebühren-Vorschreibung 2005	CHF	3 161 819

Zusammensetzung der Gebühren			
aus Handänderungen	CHF	2 156 645	(72%)
aus Hypotheken	CHF	681 843	(23%)
Diverses	CHF	171 269	(5%)
Total	**CHF**	**3 009 757**	**(100%)**

Öffentlichkeitsregister

Personelles

Der Personalstand blieb gegenüber dem Vorjahr mit 17 Personen (ohne Amtsleiter, Stabsstelle Recht und Sekretärin) bzw. 15.9 Stellen unverändert, wobei es sich per 31. Dezember 2005 bei 5 Stellen um befristete bzw. nicht ständige Stellen handelt.

Projekte

Seit Juni 2004 erfolgen sämtliche Änderungen und Neueintragungen mittels «HRWin», seit März 2005 werden sämtliche im Tagesgeschäft neu anfallenden Registerbelege mittels «ELAR» gescannt. Ausserdem wurde intensiv an der elektronischen Erfassung der Registerdaten gearbeitet, um den Verpflichtungen infolge der modernisierten EU-Publizitätsrichtlinie bis 31. Dezember 2006 nachkommen zu können. Zu diesem Zweck wurde auch eine Erweiterung des «HRWin» um eine Internet-Funktionalität vorgenommen und der Online-Firmenindex *(www.firmenindex.llv.li)* realisiert, welcher gewisse Informationen des Öffentlichkeitsregisters erstmals der Öffentlichkeit online zugänglich macht.

Statistik	Jahr 2006	Jahr 2005
Erstellung öffentlicher Urkunden	1 152	1 062
Gesamtanzahl der tagebuchpflichtigen Geschäfte	29 052	26 442
Gesamtanzahl der Geschäfte	30 204	27 504

Öffentlichkeitsregister-Gebührenvorschreibung 2006	**CHF 8 457 134**
Öffentlichkeitsregister-Gebührenvorschreibung 2005	CHF 8 962 321

Bei diesen Gebühreneinnahmen handelt es sich hauptsächlich um Eintragungs-, Hinterlegungs- und Änderungsgebühren. Es sind aber auch Beglaubigungsgebühren und Gebühren für die Ausstellung von Registerauszügen und Amtsbestätigungen sowie für die Durchführung von öffentlichen Beurkundungen hierin enthalten. Zudem ist in dieser Summe ein Betrag von CHF 541 145 an Bekanntmachungskosten enthalten, welche vom Amt anlässlich der Durchführung von Eintragungen eingehoben und sodann nach Rechnungsstellung an die als amtliche Publikationsorgane fungierenden Landeszeitungen bezahlt wurden.

Die Gebühren übersteigen den budgetierten Betrag um rund 21%. Der Grund liegt im Wesentlichen darin, dass sich das Geschäftsaufkommen des Jahres 2006 im Vergleich zu den Vorjahren (abgesehen von 2005), insbesondere auch auf Grund weiterer Wechsel grösserer Mandatsträger, wieder etwas erhöht hat.

STABSSTELLE

Stabsstelle für Datenschutz

Stabsstellenleiter: Dr. Philipp Mittelberger

Im Berichtsjahr stand im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben, die dem Datenschutzbeauftragten (DSB) zukommen, vor allem die Information von Betroffenen im Vordergrund.

Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben

Berichterstattung und Information

Im Berichtsjahr wurde erneut ein öffentlicher Tätigkeitsbericht, «Richtlinien über technische und organisatorische Massnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit» sowie «Richtlinien zur Bearbeitung von Personendaten durch Behörden» erstellt.

Daneben wurde auf der Internetseite über aktuelle und/oder wichtige Themen informiert. Davon sind vor allem die folgenden stichwortartig zu nennen: Datenschutz im Sozialversicherungsbereich; neues Lernprogramm zur Datensicherheit und zum Datenschutz; Telefonieren mit Internettechnologie; Spyware; Hooliganismus, Fussball WM und Datenschutz; Geolokalisierung (Ortung) von Personen; Datenschutztipps für die Ferien; Dokumentenmanagementsysteme (DMS) und Datenschutz bei Suchmaschinen.

Ein Newsletter wurde geschaffen. Bis Jahresende waren 194 Abonnenten registriert. Die Anzahl von Zugriffen auf die Internetseite während des Berichtsjahres betrug 50 332 (8 314 unterschiedliche Besucher) im Vergleich zu 36 373 (3 458 unterschiedliche Besucher) Zugriffen im Vorjahr.

Pressemitteilungen wurden zu Tarmed und der Problematik von Phishing Mails verschickt. Die Medien stellten Anfragen vor allem zu folgenden Themen: Tarmed, Phishing Mails, Videoüberwachung Fussgängerzone Vaduz und Swift Affäre.

Schliesslich wurde erneut eine landesverwaltungsinterne Schulung durchgeführt.

Beratungsfunktion

Dem DSB kommen verschiedene Beratungsfunktionen zu, die er in Ausübung seiner gesetzlichen Unabhängigkeit auszuführen hat.

Unterstützung privater Personen und von Behörden
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 320 registrierte Anfragen beantwortet. Die Anfragenstatistik sieht wie folgt aus:

Gesetzesthemen	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie Gewerbe, Dienstleistungen	Ausländische Datenschutzbehörden od. Institutionen	Landesverwaltung und Behörden	Medien	Privatpersonen	Vereine/ Verbände
Anmeldungen von Datensammlungen					2			
Auskunftsrecht					3		3	
Datenbekanntgabe	1	17	8		45	6	23	7
Datenschutz allgemein	1	4	15	9	27		28	10
Gesetzesvorlagen					21	50		
Information der Betroffenen	1		2	1	1			
Internationales (ausser Übermittlungen ins Ausland)								
Sicherheit		1	2		2	6		
Übermittlungen ins Ausland	6		6	1	1	4	2	
Überwachung am Arbeitsplatz			1			1	1	1
Total	**9**	**22**	**34**	**11**	**102**	**67**	**57**	**18**

Von den 320 registrierten Anfragen wurden 185 mündlich und 135 schriftlich eingereicht. Die schriftlichen Anfragen reichen von kurzen Anfragen per Email bis zu Anfragen der Regierung, z.B. im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren.

Im Informatikbereich war die SDS bei Arbeitsgruppen im Rahmen des elektronischen Gesundheitsnetzes, Enterprise Content Management (papierloses Büro), Public Key Infrastructures und Zentrale Personenverwaltung (ZPV) vertreten.

Stellungnahme zu Vorlagen und Erlassen
Vor allem zu folgenden Gesetzesvorhaben wurde in verschiedenen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens Stellung bezogen: Bankengesetz; Berufsbildungsgesetz, Energieeffizienzgesetz, Finanzkonglomeratsgesetz; Heimatschriftengesetz; Invalidenversicherungsgesetz; Kinder- und Jugendgesetz; Krankenversicherungsgesetz; Marktmissbrauchsgesetz; Pensionsfondsgesetz; Pensionsversicherungsgesetz; Personen- und Gesellschaftsrecht; Polizeigesetz; Prospektgesetz; Rechtsanwalts-, Treuhänder-, Patentanwalts- und Wirtschaftsprüfergesetz; Richterdienstgesetz; Sachenrecht; Sanitätsgesetz; Schulgesetz; Staatspersonalgesetz; Strafvollzugsgesetz; Strassenverkehrsgesetz sowie zu einem Vorhaben zur Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Zentrale Personenverwaltung der Landesverwaltung.

Aufsichtsfunktion

Aufsicht über Behörden

Datenschutzkonformität der Zentralen Personenverwaltung (ZPV)
Die Prüfung der Umsetzung der erteilten Zugriffsbewilligungen konnte nicht bis Jahresende abgeschlossen werden. Weiterhin stellen sich grundsätzliche Fragen zur Beschaffenheit der ZPV (Verhältnismässigkeit der Datenbebarbeitung, Protokollierung von Lesezugriffen, Löschung und Sperrung von Daten).

Andere Aufsichtsfunktionen über Behörden
Die Diskussionen um die Einführung von Tarmed machten verstärkte Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Krankenversicherungen nötig. Für bestimmte automatisierte Datensammlungen sind Bearbeitungsreglemente zu erstellen. Bis Jahresende hatte keine der Versicherungen alle für ein Bearbeitungsreglement nötigen Informationen geliefert bzw. in die entsprechenden Entwürfe eingebaut.

Die Gemeinde Vaduz beschloss im Spätsommer vor allem die Fussgängerzone mit Videokameras zu überwachen. Diesbezüglich waren bei Jahresende noch Abklärungen im Gang.

Abklärungen und Empfehlungen im Privatrechtsbereich

Im Privatrechtsbereich war insbesondere eine Beschwerde wegen Direktmarketing zu bearbeiten, welche auf Grund des komplexen Sachverhaltes nicht bis Ende des Jahres abgeschlossen werden konnte. Des Weiteren wurde im Sommer bekannt, dass US-Behörden auf Daten von internationalen Finanztransaktionen zugreifen können (Swift Affäre). Diese komplexe und internationale Problematik war bei Jahresende noch in Bearbeitung.

Führung des Registers der Datensammlungen

Im Register der Datensammlungen waren per Jahresende 490 Datensammlungen registriert. Weitere Anmeldungen waren in Bearbeitung.

Anderes

Personelles und Organisatorisches

Dank einer befristet angestellten Aushilfe, deren Anstellung auch für 2007 zugesagt wurde, konnten einige Lücken geschlossen werden. Weitere Vorbereitungen zur Verbesserung der Personalsituation waren bei Jahresende noch im Gang.

Die Regierung bezeichnete im Berichtsjahr einen Datenschutzberater beim Amt für Personal und Organisation, beim Ausländer- und Passamt und bei der Landespolizei. Dies kann als eine wichtige Massnahme zur Stärkung des Datenschutzes bezeichnet werden.

Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden ist sehr wichtig, da sich in einem kleinen Land sehr rasch Probleme einer internationalen Dimension stellen.

In verschiedenen Gremien wurden unter anderem folgende auch für Liechtenstein wichtige Themen diskutiert: Swift Affäre, Schengen Informationssystem II, Vorratsdatenspeicherung im Telekombereich, Vertrauensarzt: Wie vertrauenswürdig ist der Vertrauensarzt? und Gesundheitskarte: Patientendossier im Portemonnaie?

KOMMISSION

Datenschutzkommission

Vorsitzende: Dr. Marie-Theres Frick

Im Jahr 2006 wurden bei der Datenschutzkommission weder Beschwerden gegen Verfügungen von Behörden in Datenschutzfragen eingereicht, noch wurden ihr Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten zur Entscheidung vorgelegt. Aus diesem Grund fanden keine Sitzungen der Kommission statt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler

Im Berichtsjahr wurde das erweiterte Strassenbauprogramm (Strassenbaubericht) für 2007 und die nachgeführte Fassung des Hochbautenberichtes zuhanden des Landtags erstellt und verabschiedet. Des Weiteren wurde beim Landtag ein Ergänzungskredit zur Fertigstellung des Landeswerkhofes auf dem Wille-Areal in Vaduz eingeholt und der Verkauf der Telefonzentrale Vaduz zur Beschlussfassung vorgelegt. Ferner konnten einige Tiefbauten fertig gestellt werden. Im Rahmen der Zentrumsplanung in Schaan wurden die Richtpläne der Gemeinde und die Verkehrsführung im Zentrum an die gemäss der Überarbeitung des Verkehrsmodells Liechtenstein zukünftig zu erwartenden Kapazitäten angepasst und genehmigt.

Berichte
Die Regierung legte dem Landtag im Berichtsjahr das erweiterte Strassenbauprogramm im Sinne eines Strassenbauberichtes vor, welches wie im Vorjahr auch die Bauvorhaben der Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes beinhaltet. Die Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 6 Mio. CHF. Das erweiterte Strassenbauprogramm enthält neben verschiedenen Rest- und Fertigstellungsarbeiten an laufenden Projekten aus dem letzten Berichtsjahr auch vier neue Projekte: Landstrasse Vaduz-Triesen, Meierhofkreuzung; Landstrasse Schaan-Vaduz, Im Mühleholz bis Mühleholzrüfe; Essanestrasse Eschen, Eintrachtkreisel bis Presta, Teil 1; Westkreuzung Balzers. Beim Knoten Meierhof Vaduz soll eine neue Lichtsignalanlage erstellt werden. Schliesslich soll das Verkehrszählernetz komplettiert werden.

Im Berichtsjahr übermittelte die Regierung dem Landtag die aktualisierte Fassung des Hochbautenberichtes (Fassung 2006), der vor allem auch die langfristige Entwicklungsrichtung der Bauten aufzeigt. Neben dem aktuellen Stand der Neubauprojekte beinhaltet er auch eine Übersicht über die einzelnen Instandsetzungsprojekte. Fertig gestellt bzw. in Ausführung oder Planung befinden sich im Berichtsjahr die Projekte Schulzentrum Mühleholz II; Landtagsgebäude mit Tiefgarage, Landesführungsraum und Platzgestaltung; Landesarchiv mit Verwaltungsräumen der Regierung; Bushof Schaan mit Tiefgarage für das Post- und Verwaltungsgebäude; Sofortmassnahmen beim Polizeigebäude; Landeswerkhof Vaduz und Schulzentrum Unterland II. In Abklärung begriffen sind gegenwärtig die Projekte Um- und Neubau Gymnasiumsportplatz und Landesforstbetrieb Schaan, Neubau Einstell- und Lagerhalle.

Subventionsvorlage
Im Berichtsjahr leitete die Regierung kein Subventionsansuchen mit entsprechendem Bericht und Antrag an den Landtag weiter.

Fertigstellung von Bauten
Im Bereich Tiefbau konnten im Berichtsjahr die Mühleholzkreuzung in Vaduz, die Fussgängerzone im Städtle Vaduz, der Kreisel Schwibboga inklusive Bushof in Bendern und das Dorfzentrum Schellenberg fertig gestellt werden. Was den Hochbau anbelangt, konnte die Erweiterung Polizeigebäude, Sofortmassnahmen abgeschlossen werden.

Arbeitsgruppen
Die Arbeitsgruppe «Burg Gutenberg» befasst sich mit den Zielen, Chancen und Möglichkeiten einer Vollnutzung der Burg. Im Berichtsjahr wurde eine Machbarkeitsstudie «Renovation und Ausbau der Burg Gutenberg» erstellt. Die Regierung hat die empfohlenen Massnahmenschritte genehmigt und das Hochbauamt mit der Vorbereitung von Umsetzungsmassnahmen beauftragt.

Die Arbeitsgruppe «Räumliche Entwicklung der Landesverwaltung» legte ihren Abschlussbericht der Regierung vor.

Verkauf von Liegenschaften
Die Vorbereitungen für den Verkauf der Postgebäude bzw. Telefonzentralen in einzelnen Gemeinden konnte vorangetrieben werden. Insbesondere die Verhandlungen mit den Gemeinden Balzers und Schellenberg in Sachen Postgebäude wurden im Berichtsjahr abgeschlossen, so dass der entsprechende Bericht und Antrag dem Hohen Landtag im ersten Quartal 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

AMTSSTELLEN

Hochbauamt

Amtsleiter: Walter Walch, Dipl. Arch. ETH/BSA

Das Hochbauamt betreut einen sehr unterschiedlichen und breit gefächerten Aufgabenbereich. Dieser umfasst alle mit dem Baurecht und mit der Baubewilligung zusammenhängenden Geschäfte, die Projektierung, Ausführung und Weiterentwicklung staatlicher Bauten und Anlagen, den gesamten Bereich der Liegenschaftsverwaltung einschliesslich der Einmietung und Vermietung von Liegenschaften, die Denkmalpflege und Archäologie sowie die Erledigung subventionsrechtlicher Aufgaben. Dieses anspruchsvolle Aufgabenfeld ermöglicht die Nutzung von Synergien und eine Kosten sparende wie effiziente Erledigung der Amtsgeschäfte. Der Personalbestand beträgt im Kernbereich 26 Personen sowie ca. 60 Personen, die im Berichtsjahr für die Hausdienste voll- und teilzeitlich beschäftigt sind.

Der jährliche Hochbautenbericht der Regierung zuhanden des Landtages erläutert das aktuelle und künftige Geschehen der staatlichen Bauten und Anlagen. Insbesonders

werden aber auch die Strategien und die Politiken der Regierung und des Hochbauamtes aufgezeigt. Primär geht es künftig um die noch bessere Nutzung des Bestandes und dessen dauerhafte Werterhaltung. Bezüglich der Verwaltungsbauten hat eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Hochbauamtsleiters einen speziellen Bericht über deren Prioritäten und mittelfristige Entwicklung ausgearbeitet. Es muss das langfristige Ziel sein, die heute sehr dispers in ca. 40 eigenen und privaten Verwaltungsbauten untergebrachten Amtsstellen sukzessive in einige zentrale Baueinheiten zusammenzufassen, um einen noch effizienteren Verwaltungsbetrieb zu ermöglichen. Baulich war das Berichtsjahr geprägt von der komplexen Bauausführung des Landtagsgebäudes. Die Fertigstellung dieses ebenso bedeutenden wie höchst anspruchsvollen Bauwerkes hat sich verzögert und wird erst Ende 2007 möglich sein. Die zweite Grossbaustelle betrifft das Schulzentrum Mühleholz II, dessen Rohbauarbeiten grossteils im Berichtsjahr abgeschlossen wurden. Sein Bezug ist auf Sommer 2008 geplant. Begonnen wurde im Weiteren mit dem Neubau des Landesarchivs, dessen Bezug für 2009 vorgesehen ist und dann den Abschluss der langjährigen Erneuerungsarbeiten im Regierungsviertel darstellen wird. Die Bearbeitung eines neuen Denkmalschutzgesetzes, eines Gesetzes für den Kulturgüterschutz sowie gesamthaft die Weiterentwicklung der Denkmalpflege und der Archäologie war ein weiterer Schwerpunkt im Berichtsjahr. Fragen der Restrukturierung des gesamten Amtsbetriebes im Rahmen des Qualitätsmanagements, die Weiterführung der Deregulierung und Vereinfachung der Geschäfte für die Amtsstelle und die Regierung waren weitere wichtige Aufgaben im Berichtsjahr. Die Begleitung und Neuordnung organisatorischer Fragen der Liegenschaftsverwaltung sowie strukturelle Überlegungen im Zusammenhang mit der Bestellung eines Nachfolgers des Amtsleiters waren weitere wichtige Fragen im Berichtsjahr. Am 30. März 2007 wird der langjährige Amtsleiter Dipl. Arch. ETH Walter Walch altersbedingt aus dem Staatsdienst ausscheiden.

Hochbauten und Anlagen des Staates

Genereller Hochbauplanungskredit (Konto Nr. 028.318.03)

Unter dem Titel Genereller Hochbauplanungskredit werden Projekte und Studien finanziert, für die erst nach Vorliegen von Entscheidungsgrundlagen das weitere Vorgehen festgelegt wird. Im Berichtsjahr wurden verschiedene, zum Teil umfangreichere Abklärungen vorgenommen. Unter anderem wurde die Machbarkeitsstudie betreffend Renovation und Ausbau der Burg Gutenberg abgeschlossen und die Vorbereitungsarbeiten in Bezug auf Brandschutz und Sicherheit im Regierungsgebäude erstellt.

Nachdem vermehrt Unterhaltsarbeiten an der bestehenden Bausubstanz notwendig werden, hat die Regierung beschlossen, jeweils vor Inangriffnahme von umfangreicheren Umbauten und Sanierungsmassnahmen Zustandsanalysen der Objekte ausarbeiten zu lassen. Mit diesen Zustandsanalysen wird es möglich, die strategisch richtigen Entscheide betreffend die Instandsetzung zu treffen. Für diese Arbeiten wurden ca. CHF 190 000 aufgewendet.

Landtagsgebäude (Konto Nr. 011.503.01)

Verpflichtungskredit:	CHF 39 500 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 44 746 697
Baubeginn:	Herbst 2002
Baufertigstellung:	November 2007

Im Berichtsjahr konnte der Rohbau für das Lange Haus mit dem Verwaltungstrakt und das Hohe Haus mit dem Plenarsaal erstellt werden. Dabei zeigte sich, dass der hohe handwerkliche Anspruch gleichzeitig auch einen hohen zeitlichen Einsatz erfordert. Zur an sich schon angespannten Terminsituation addierten sich zusätzlich Lieferprobleme bei der Materialbeschaffung hinzu, so dass der geplante Fertigstellungstermin vom Februar 2007 auf Ende November 2007 verschoben werden musste.

Diverse Investitionen (Konto Nr. 090.503.02)

Dieses Konto ist für unerwartete und im Voranschlag nicht vorgesehene Investitionen reserviert. Im Berichtsjahr waren insbesondere folgende Projekte zu realisieren: Infolge der Bauarbeiten für das Schulzentrum Mühleholz II waren Aussenflächen für den Schulsport als Provisorien im nördlichen Bereich des Schulareales zu erstellen. In Koordination mit dem Ausbau der Städtlestrasse wurden die zurückgestellten Sockelanpassungen am Landesmuseum und Verweserhaus durchgeführt. Im Zuge von «200 Jahre Souveränität Liechtenstein» wurde von Jugendlichen ein Brunnen als Beitrag zu diesem Jubiläum im Bereich des Bahnhofs in Schaan erstellt. Infrastrukturarbeiten, Platzgestaltung etc. wurden über dieses Konto abgerechnet. Die gesamten Aufwendungen auf diesem Konto belaufen sich auf ca. CHF 230 000.

Erweiterung Polizeigebäude und Untersuchungsgefängnis (Konto Nr. 110.503.00)

Verpflichtungskredit:	CHF 1 460 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 1 495 040
Bauabrechnung:	CHF 1 282 774
Baubeginn:	3. Quartal 2005
Baufertigstellung:	2. Quartal 2006

Im Zusammenhang mit den Sofortmassnahmen wurde die Modernisierung des Schiesskellers im Februar 2006 abgeschlossen. Im Anschluss daran wurden die provisorischen Parkplätze, die Lagerräume für die Landespolizei und die Umgestaltung der Einstellhalle in eine Dienstfahrzeughalle ausgeführt. Parallel dazu wurde der Bereich Brandschutz den neuesten Erkenntnissen angepasst, so dass im Juli 2006 die Arbeiten für die Sofortmassnahmen abgeschlossen werden konnten.

Schulzentrum Mühleholz II (Konto Nr. 215.503.03)

Verpflichtungskredit:	CHF 42 000 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 46 051 352
Baubeginn:	Juni 2005
Baufertigstellung:	Sommer 2008

Die Bauarbeiten verlaufen termingerecht. Ende November 2006 wurde die letzte Decke betoniert und damit die Rohbauarbeiten fertig gestellt. Nachdem die Arbeiten an der Gebäudehülle und im Innenausbau plangemäss verlaufen, wird der Schulbetrieb voraussichtlich ab dem Herbstsemester 2008 im neuen Schulzentrum Mühleholz II erfolgen können.

Bushof mit Tiefgarage in Schaan

Verpflichtungskredit:	CHF 17 300 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 18 141 122
Baubeginn:	Anfang 2008
Baufertigstellung:	Ende 2009/Anfang 2010

Der Baubeginn verzögert sich infolge einer Weiterentwicklung des Richtplanes. Die Richtplanänderung ist auf das neue zweispurige Verkehrsregime im Lindenkreisel und die damit verbundene Umplanung für die Garageneinfahrten und -ausfahrten entstanden. Aus den planlichen Veränderungen resultierten umfangreiche Verhandlungen mit benachbarten Eigentümern. Die Einhaltung der Termine ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Unter anderem ist geplant, die Landerwerbsverhandlungen und die notwendigen Dienstbarkeiten im Frühjahr 2007 abzuschliessen. Ziel ist es, gegenüber dem ursprünglich geplanten Bauablauf in Etappen, die Tiefgarage und den Bushof in einer Etappe zu erstellen. Voraussetzung für dieses Vorgehen ist die Möglichkeit, den Bushof vorübergehend auf die neu zu errichtende Spange Feldkircherstrasse/Bretschastrasse zu verlegen.

Musikschule Triesen (Konto Nr. 281.503.02)

Verpflichtungskredit:	CHF 10 000 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 10 940 000
Prognostizierte Anlagekosten:	CHF 10 400 000
Baubeginn:	Frühjahr 2002
Baufertigstellung:	Frühjahr 2004
Nachbesserungsarbeiten:	2007

Im Berichtsjahr wurde die provisorische Bauabrechnung von der Regierung zur Kenntnis genommen und genehmigt. Nach langwierigen technischen Expertisen und Verhandlungen mit den Versicherungspartnern kann im Jahr 2007 die schalltechnisch erforderliche Nachbesserung der Akustikdecken des Untergeschosses durchgeführt werden.

Neubau Landesarchiv und Verwaltungsräume der Regierung (Konto Nr. 304.503.03)

Verpflichtungskredit:	CHF 31 800 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 32 840 000
Baubeginn:	Herbst 2006
Baufertigstellung:	Sommer 2009

Im Herbst wurde mit den Abbruch- und Hangsicherungsarbeiten begonnen. Die Bauprojektplanung ist soweit fortgeschritten, dass die Ausschreibung der Hochbauarbeiten erfolgt. Gleichzeitig mit der Bauprojektplanung wurde der Kunstwettbewerb abgeschlossen: Ausgeführt werden sollen drei verschiedene für den Innen- und den Aussenbereich bestimmte Kunstprojekte, die sich inhaltlich mit den Aufgaben des Landesarchivs auseinandersetzen.

Schulzentrum Unterland II (Konto Nr. 213.503.04)

Verpflichtungskredit: ca. CHF 43 000 000
(approximativer Kostenrahmen 2001)

Ein erster Bericht über die Schulplanung für ein zweites Schulzentrum Unterland seitens des Schulamtes liegt mit Datum November 2006 vor. Dieser Bericht ist die Basis für die weitere Projektentwicklung.

Landeswerkhof Wille-Areal, Vaduz (Konto Nr. 600.503.01)

Verpflichtungskredit:	CHF 3 970 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 4 021 282
Baubeginn:	1. Quartal 2006
Baufertigstellung:	April 2007

Im Frühjahr 2006 wurde mit dem Umbau des Bürogebäudes für den Werkbetrieb des Tiefbauamtes und für die Büros des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung begonnen. Mit der Ausschreibung des Hallenneubaus zeigte sich, dass der zur Verfügung stehende Verpflichtungskredit zur Finanzierung nicht ausreicht. Aufgrund dieser Ausgangslage erfolgten umfangreiche Umplanungen. Trotz Redimensionierung hat die Regierung beim Hohen Landtag einen Ergänzungskredit in Höhe von CHF 700 000 zur Fertigstellung des Werkhofes beantragt. Mit der Freigabe des Ergänzungskredites konnten der Neubau und die Umbauarbeiten an den bestehenden Hallen begonnen bzw. weitergeführt werden, so dass im April 2007 die Arbeiten voraussichtlich abgeschlossen werden und die Bauarbeiten innerhalb der zur Verfügung stehenden Mittel abgerechnet werden können.

Instandsetzungsarbeiten (Unterhaltsarbeiten)

Verwaltungsbauten (Konto Nr. 091.314.00)
Die Regierung wird das Augenmerk vermehrt auf die Instandsetzung und Werterhaltung von bestehenden Objekten legen. Auf der Grundlage von Zustandsanalysen werden Unterhaltsprojekte geplant und budgetiert. Im Berichtsjahr wurden unter anderem beim Zollamt Schaanwald Umnutzungen und Ersatzbauten realisiert. Aufwändige Sanierungsarbeiten wurden beim Gamanderhof in Schaan, Aufnahmezentrum für Flüchtlinge in Vaduz, Gewerbehaus Triesen, Polizeigebäude Vaduz, Aufräumarbeiten beim Wille-Areal in Vaduz und verschiedene Aufwendungen bei Liechtensteinischen Botschaften im Ausland durchgeführt. Gesamthaft beläuft sich die Instandsetzung von Verwaltungsgebäuden auf ca. CHF 2 230 000.

Schulbauten (Konto Nr. 295.314.00)
Dieselben Prämissen wie bei den Verwaltungsbauten gelten auch im Bereich der Schulbauten. Unter anderem wurde die Innen- und Aussensanierung beim Schulzentrum Mühleholz I in der elften Sanierungsetappe mit einem Aufwand von ca. CHF 1 430 000 weitergeführt. Für die Weiterführenden Schulen Triesen sind arbeitsvorbereitende Planungen erfolgt, so dass im 2007 die Sanierungsmassnahmen durchgeführt und die erforderliche Erdbebensicherheit hergestellt werden kann. Arbeitsvorbereitende Massnahmen wurden für die Hochschule im Spoerry-Areal geplant, so dass im Jahr 2007 Massnahmen in Bezug auf eine klimatische Verbesserung eingeleitet werden können.

Kulturgebäude (Konto Nr. 391.314.00)
Zur Werterhaltung der Burg Gutenberg wurden die Stützmauern beim «Rosengarten und der Kapelle» mit einem Aufwand von ca. CHF 100 000 saniert. Nachdem die Fassade beim Kunstmuseum Vaduz den gestalterischen Kriterien nicht mehr genügte, wurde eine Fassadensanierung/Fassadenimprägnierung mit einem Aufwand von ca. CHF 163 000 notwendig. Gesamthaft wurden im Berichtsjahr für den Unterhalt von Kulturgebäuden ca. CHF 274 000 aufgewendet.

Landessubventionen
Die Subventionen von Hochbauten sowie Sport- und Freizeitanlagen der Gemeinden werden vom Hochbauamt betreut. Im Rahmen der Bearbeitung von öffentlichen und privaten Subventionsprojekten erfolgten Stellungnahmen, Beratungen, Ressortanträge, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Rechnungskontrollen, Zahlungsanweisungen und Bauabnahmen.

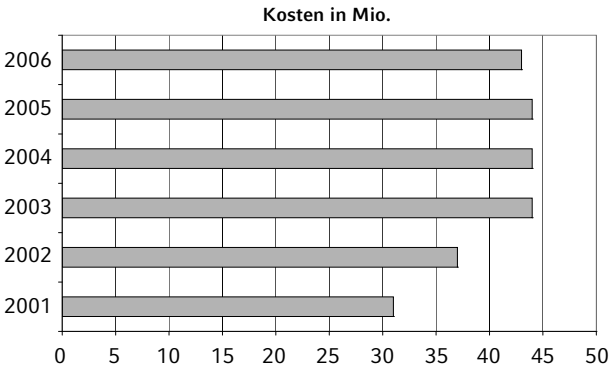
Subventionsprojekte (in Ausführung)	Bausumme in CHF	Subventionen in CHF
Erweiterung Rheinparkstadion Vaduz (ohne Trainingsanlagen)	8 670 000	2 750 000
Neubau Primarschule Eschen	30 533 000	8 454 600
Haus für Musik und Gesang Ruggell	ca. 8 420 000	2 445 000
Energieversorgung Gafadurahütte Planken Liecht. Alpenverein	ca. 480 000	138 600
Gesamtkosten Subventionsprojekte in Ausführung	**48 103 000**	**13 788 200**

Subventionsprojekte (zugesichert, aber noch nicht in Ausführung)	Bausumme in CHF	Subventionen in CHF
Erweiterung Dorfzentrum Triesenberg	ca. 23 000 000	8 300 400
Neubau Dorfsaal Schaan	ca. 40 000 000	12 000 000
Haus St. Martin Eschen Liechtensteinische Alters- & Krankenhilfe	ca. 28 000 000	13 250 000
Gesamtkosten Subventionsprojekte zugesichert	**ca. 91 000 000**	**33 550 400**

Subventionsprojekte (abgeschlossen)	Bausumme in CHF	Subventionen in CHF
Neuausrichtung Sportpark Eschen/Mauren	11 648 000	5 319 460
Gesamtkosten Subventionsprojekte abgeschlossen	**11 648 000**	**5 319 460**

Liegenschaftsverwaltung

Im Rechnungsjahr 2006 sind für die Betriebskosten (Bewachung, Eigen- und Fremdreinigung, Energie, Versicherung, Einmietungen) und Instandhaltungskosten (Wartungs- und Serviceverträge, Kleinreparaturen) ca. CHF 20 Mio. aufgewendet worden. Unter Einbezug von Amortisation und Verzinsung waren CHF 43 Mio. aufzuwenden. Nur durch restriktive und konsequente Einhaltung und Beschränkung auf das absolut Notwendige bezüglich baulicher Adaptionen und Betriebsführung konnte das Budget eingehalten werden.



Mit Bezug des Justizgebäudes im Frühjahr 2007 und des Landtagsgebäudes im Spätherbst 2007 sowie des Schulzentrums Mühleholz II im August 2008 werden sich die Betriebskosten sowie der Personalaufwand stark erhöhen. Die neu zu betreuende Innenfläche von ca. 16 000 m² bedingt, dass der Personalbestand um sechs Personen ausgebaut werden muss und auch die Kosten für Betriebsführung und Gebäudeunterhalt sich stark erhöhen werden.

Justizgebäude

Landtagsgebäude

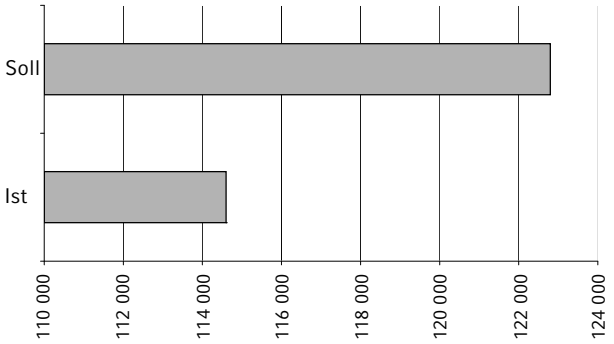
Nebst der Erhöhung der Betriebs- und Unterhaltskosten durch Neubauten muss auch der bestehende Gebäudebestand verstärkt unterhalten werden, andernfalls verliert er an Wert. Die vor 20 – 30 Jahren neu erstellten Landesbauten müssen in den kommenden Jahren sukzessive instand gesetzt werden. Zudem müssen auch diverse gesetzliche Vorgaben im Altbestand umgesetzt werden wie z.B. Vorgaben der Barrierefreiheit.

Bahnhof Schaan Renovation, Umbauten

Verwaltungs- und Postgebäude Vaduz
Erneuerung der Haustechnik, strukturelle Änderungen

Leistungsstundenvergleich Jahr 2006
Das Gebäudebewirtschaftungssystem ermöglicht eine detaillierte Stundenanalyse (SOLL/IST-Vergleich). Gesamthaft liegen die aufgewendeten Stunden 6.7 % unter der Soll-Vorgabe von 122 800 Std. Diese Leistungsstunden beinhalten die Reinigung und Pflege der Innen- und Aussenanlagen, den Gebäudeunterhalt und Dienstleistungen.

Soll-Ist-Vergleich 2006

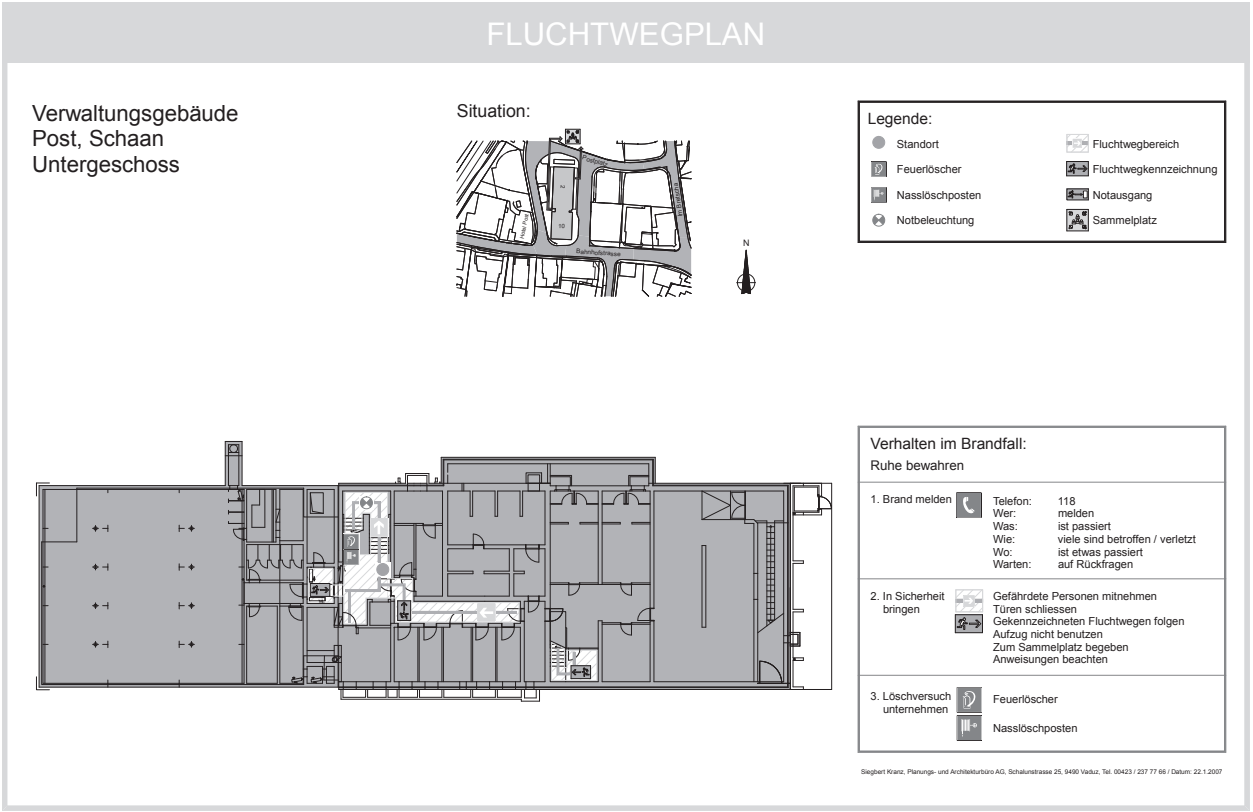


Flucht- & Rettungspläne (Brandschutz – Organisation)
Die Liegenschaftsverwaltung/Sicherheit hat sich zur Aufgabe gemacht, die Gebäudeinformation betreffend Personensicherheit für die Mitarbeiter sowie für die Kundschaft der Liechtensteinischen Landesverwaltung zu verbessern. Als Pilotprojekt wurde begonnen, das Verwaltungsgebäude Post Vaduz an stark frequentierten Stellen mit Flucht- und Rettungsplänen auszustatten. Ziel ist es, sämtliche Gebäude, die von der Landesverwaltung genutzt werden und Kundenverkehr generieren, kontinuierlich damit auszustatten.

Baurecht / Brandschutz

Allgemeines
Die Baubranche erlebte im Berichtsjahr eine Abschwächung im Vergleich zum Jahre 2005. Bemerkenswert ist der deutliche Rückgang des genehmigten Bauvolumens bei gleich bleibender Kostenstruktur.

Baurecht
Das Hochbauamt nahm verstärkt am Vollzug baurechtlicher Bestimmungen teil. Die Gemeinden vollziehen die Umsetzung ihrer gesetzlichen Aufgabenschwerpunkte zufrieden stellend. Grössere Überbauungen und komplexe Bauvorhaben wurden von Gemeinden und Hochbauamt koordiniert der Bauschlussabnahme zugeführt. Der Sachaufwand der Abteilung Baurecht/Brandschutz ist gleich bleibend hoch, die Anzahl an Besprechungsterminen, Teilnahme an Baukontrollen, Ausarbeitung und Auswerten von Rechtsgrundlagen etc. verlangen von den Mitarbeitern einen hohen Einsatz.



Fluchtplan Verwaltungsgebäude Post Schaan

Statistische Angaben
Das bewilligte Gesamtbauvolumen betrug ca. 500 000 m³ (Vorjahr 700 000 m³). Die geschätzten Baukosten von ca. CHF 350 Mio. (CHF 350 Mio.) blieben im Vergleich zum Vorjahr praktisch gleich. Der durchschnittliche Kubikmeterpreis beläuft sich somit auf ca. CHF 700, was ein relativ hohes Niveau im internationalen Vergleich bedeutet. Somit ist das Bauen generell teurer geworden, obwohl der Preisdruck weiterhin anhält. Das Hochbauamt genehmigte insgesamt 385 (Vorjahr 384) Baugesuche und fertigte 176 (174) Anträge im vereinfachten Verfahren aus. Es wurden insgesamt 106 (130) Planänderungen bewilligt. Zehn (5) Baugesuche wurden abgelehnt resp. im vereinfachten Verfahren beeinsprucht, 56 (66) Baugesuchanträge wurden zurückgestellt. Die Anzahl der Rohbaukontrollen sowie der Bauabnahmen bewegte sich auf Vorjahresniveau. Die durchschnittliche Baugesuchsbehandlung auf Gemeindeebene reduzierte sich geringfügig von 30 auf 28 Tage im Vergleich zum Vorjahr, jene des Hochbauamtes erhöhte sich von 8 auf 12 Tage. Dies ist mit der notwendigen Zirkulation an verschiedene Fachämter zu begründen, welche ihre Auflagen gemäss vollzugsrechtlicher Schwerpunkte neu zu definieren haben. Im internationalen Vergleich ist die gesamte Baugesuchsbehandlung, obwohl das Baugesetz umfangreiche und interdisziplinäre Vorschriften enthält, als äusserst kurz und speditiv zu werten.

Brandschutz / Feuerpolizei / Blitzschutz / Aufzugsanlagen
Die seit 1. Januar 2005 in Rechtskraft befindlichen feuerpolizeilichen Vorschriften der Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen VKF haben sich im Vollzug bewährt. Der in der Region gewünschte und praktizierte einheitliche Vollzug ist somit gewährleistet. Bis auf einzelne Schwerpunkte gab es auch materiell keine Verschärfung gegenüber früheren Bestimmungen. Die Eingabe und Vorbesprechung der Brandschutzkonzepte für Bauten verschiedenster Nutzungen verläuft im Normalfall problemlos. Die ausführenden Architekten wurden diesbezüglich sensibilisiert.

Der Vollzug feuerpolizeilicher Vorschriften funktioniert grösstenteils auf Kommunalebene problemlos. Anzustreben ist jedoch die periodische Schulung der Kontrollorgane, welche grösstenteils im Land durch private Ingenieurbüros gestellt werden. Zwecks Sicherstellung eines landesweit einheitlichen Vollzuges wird das Hochbauamt als Aufsichtsorgan die erforderlichen Schritte 2007 einleiten. Die fachliche Komponente bezüglich komplexerer Überbauungen ist durch die Teilnahme des zuständigen Abteilungsleiters bei Fachveranstaltungen und als Mitglied in verschiedensten Organisationen des Brandschutzes sichergestellt.

Die von der Regierung bestellten Fachstellen für Gas-, Feuerungs- und Blitzschutzanlagen haben ihre Aufgaben zielgerichtet und fristgerecht wahrgenommen. Es wurden im Berichtsjahr 74 (Vorjahr 112) Gasheizungen, 49 (49) Heizungen mit festem Brennstoff - grösstenteils auch als Zusatzheizungen -, 15 (20) Ölheizungen und 40 (22) Alternativheizungen genehmigt. Letztere haben einen massiven Anstieg erfahren. Hauptsächlich wurden Wärmepumpen verstärkt geplant und eingebaut. Lüftungs- und Klimaanlagen wurden insgesamt 7 Stück im Berichtsjahr genehmigt, was wiederum einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr gleichkommt.

2006 wurden 24 (39) neue Aufzugsanlagen genehmigt. Dies bedeutet eine erhebliche Reduktion im Vergleich zum Vorjahr und entspricht jener Anzahl aus dem Jahre 2004. Die Anzahl der periodischen Kontrollen im 5-Jahres-Turnus steigt mit der Anzahl bestehender Anlagen an und nimmt ein hohes Arbeitspensum der von der Regierung beauftragten Fachstelle in Anspruch.

Energie / Bauökologie
Bewilligungspflichtige Bauten und Anlagen haben den ökologischen und energierechtlichen Anforderungen zu entsprechen. Energieberatungen, Gesuchsprüfungen und örtliche Kontrollen für grosse Bauten und Anlagen erfolgen in Koordination zwischen dem Hochbauamt und einer der zwei extern beauftragten Energieexperten. Insgesamt wurden 19 Energiekonzepte sowie 16 Energienachweise für Bauten über 2 000 m³ bearbeitet. Die Genehmigung und Kontrolle der energierechtlichen Vorschriften für normale Bauten und Anlagen erfolgen im Rahmen der Baugesuchsbearbeitung.

Mit der Schaffung des Energieausweisgesetzes EnAG und der in diesem Zusammenhang stehenden erweiterten Energieverordnung auf Basis des Baugesetzes wurden im Jahr 2006 die Voraussetzungen zur Umsetzung der Richtlinie 2002/91 EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 und somit Grundsätze zur energiesparenden Bauweise und zur Energieeffizienzbewirtschaftung von Gebäuden erarbeitet. Aufgrund der komplexen Verzahnung mit technischen, behördlichen sowie marktwirtschaftlichen Belangen hat sich die ursprünglich auf 2006 geplante Inkraftsetzung auf Mitte 2007 verschoben. Auf Wunsch von Fachkreisen wurde im November 2006 eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Eine aus Fachleuten bestehende Arbeitsgruppe wird die für die Umsetzung und den Vollzug notwendige Informatiklösung bis zum Frühjahr 2007 erarbeiten.

Kommission für Ingenieure und Architekten (IAG)
Arbeitsschwerpunkt im Berichtsjahr bildete die Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. In enger Zusammenarbeit mit der Stabsstelle EWR wurde ein Entwurf eines Vernehmlassungsberichtes betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Berufsausübung der im Bauwesen tätigen Ingenieure und der Architekten ausgearbeitet. Ziel der vorliegenden Gesetzesrevision ist es, den Kritikpunkten der EFTA Überwachungsbehörde (ESA) nachzukommen und die zwei bestehenden Richtlinien, welche durch die

zitierte neue Richtlinie ersetzt worden sind, anzupassen. Es handelt sich hierbei vor allem um verfahrensrechtliche und formale Vorschriften für die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Zudem soll darüber hinaus auf Vollzugsprobleme der bestehenden rechtlichen Grundlagen reagiert werden. Es wird vorgeschlagen, das bisherige Gesetz auch im Wortlaut zu ändern, da die bewilligungspflichtigen Berufssparten nicht nur Ingenieure und Architekten betrifft, sondern zum Grossteil auch Fachplaner und Techniker. Zudem wird die bestehende Verordnung in Einzelpassagen angepasst bzw. überarbeitet.

Die Kommission IAG hat im Berichtsjahr turnusgemäss je Quartal eine Sitzung abgehalten und neben der Neufassung des Gesetzes und der Verordnung die in diesem Rahmen «üblichen» Geschäfte betreffend die Bewilligung von Anträgen und grenzüberschreitenden Zulassungen bearbeitet. Ein Antrag musste aufgrund der fehlenden fachlichen Qualifikation sowie des entsprechenden Praxisnachweises abgewiesen resp. zurückgestellt werden. Die Kommission IAG hat im Berichtsjahr insgesamt 12 Bewilligungen und 8 grenzüberschreitende Zulassungen erteilt. Dies entspricht in etwa dem Vorjahresniveau. Diese gliedern sich wie folgt auf:

– Architekten	12
– Bauingenieur	1
– Heizungs-, Lüftungs-, Klimaingenieur	4
– Bauleiter	2
– Brandschutzberater	1

Die Kommission ist zudem verantwortlich für die Aktualisierung des Verzeichnisses der zu den bewilligungspflichtigen Berufen zugelassenen Personen. Dieses wurde im September 2006 auf den neuesten Stand gebracht und angepasst. Das Verzeichnis ist derzeit noch nicht im Portal der LLV angeführt, diesbezüglich sind die entsprechenden Schritte eingeleitet.

Denkmalpflege und Archäologie

Denkmalpflege

Aufgaben

Die Denkmalpflege steht im Fürstentum Liechtenstein für eine «Zukunft mit Vergangenheit». Sie erarbeitet zukunftsorientierte Lösungen für den Erhalt, die Pflege und die Nutzung der Baudenkmäler. Dabei geht sie von einem Denkmalverständnis aus, das nicht nur den baugeschichtlichen und künstlerischen Wert oder die architektonische Qualität und Ästhetik eines Objekts oder eines Ensembles betont, sondern auch die sozial-, wirtschafts- oder technikgeschichtliche Aussagekraft. Fachkompetente Beratung, Baubegleitung, Erarbeitung von wissenschaftlich fundierten Inventaren und Baudokumentationen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen sind Kernaufgaben der Denkmalpflege. Durch Anlässe wie die Europa-Tage des Denkmals soll das Verständnis für die historische Bau- und Siedlungssubstanz des Fürstentums Liechtenstein gefördert werden.

Plakat Denkmalpflege

Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Begleitung

Die Betreuung von Umbauvorhaben bei geschützten oder schutzwürdigen Denkmälern und die baugeschichtliche Dokumentation von Schutzobjekten und von Bauten, die nicht erhalten werden können, zählen zu den Schwerpunkten der denkmalpflegerischen Arbeit. Speziell erwähnt seien die Begleitung der baulichen Massnahmen beim Schloss Vaduz sowie beim «Landweibelhaus» in Schaan. Im Berichtsjahr konnten die Gesamtrestaurierung der Kapelle St. Mamerten in Triesen und die Instandstellung und Weiterentwicklung des denkmalgeschützten «Brendlehauses» in Schellenberg abgeschlossen werden.

Der von der Regierung genehmigte Entwurf für das neue Kulturgüterpflegegesetz, welches die Bereiche Denkmalpflege, Denkmalschutz, Archäologie und Kulturgüterschutz umfasst, konnte in die Vernehmlassung geschickt werden. Um die Zielsetzungen und Inhalte der Gesetzesvorlage der Bevölkerung und den politischen Vertretern der Gemeinden näher erläutern zu können, hat das Hochbauamt zusammen mit dem Ressort Kultur zwei öffentliche Informationsabende durchgeführt. Die Stellungnahmen der Vernehmlassung sind durch das Hochbauamt ausgewertet und in den Gesetzesentwurf eingearbeitet.

Die umfangreichen Restaurierungsmassnahmen der Westfassaden von Schloss Vaduz konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Unterschutzstellungen
Im Berichtsjahr ist das 1873 nach den Plänen des Glarner Architekten Hilarius Knobel errichtete «Kosthaus» in Triesen formell unter Denkmalschutz gestellt worden. Das Arbeiterwohnhaus gilt als der älteste noch erhaltene Mehrfamilienbau in Liechtenstein und war lange Zeit das grösste Wohnhaus im Lande. Das mietkasernenartige, viergeschossige Gebäude besteht aus zwei zusammengebauten Achtfamilienhäusern, die Platz für 16 Familien bieten. Jede der Wohneinheiten besitzt einen Wohnraum, eine Küche sowie zwei Schlafzimmer. Wie bei fast allen Arbeiterhäusern gehört auch hier ein Gemüsegarten zur Selbstversorgung als wichtiger Bestandteil zur Anlage.

Nutzungsstudien und Restaurierungskonzepte
Die Denkmalpflege erarbeitete diverse Sanierungs- und Nutzungskonzepte für Denkmalschutzobjekte und beurteilte im Rahmen der Baugesuchsprüfung diverse Abbruch- und Baubegehren nach denkmalpflegerischen Kriterien. Auf Grundlage von verschiedenen Voruntersuchungen wurden zusammen mit den Gemeinden und den beauftragten Architekturbüros Restaurierungskonzepte für die Kapelle St. Josef in Planken sowie für das «Kosthaus» in Triesen erarbeitet. Hinzu kommen weitere Projekte im Bereich der Profanbauten. Zur Abklärung der notwendigen Sanierungsmassnahmen der denkmalgeschützten alten Rheinbrücke Vaduz-Sevelen hat die Denkmalpflege eine Bestandesaufnahme samt Zustandsanalyse, Sicherheitsabklärungen und Massnahmenkatalog erarbeiten lassen.

Für die denkmalgeschützte Kapelle St. Josef in Planken wurde das Restaurierungskonzept erarbeitet.

Die aus dem Jahre 1901 stammende Brücke ist heute die einzige noch erhaltene Holzbrücke im Raume Werdenberg-Liechtenstein und gehört zu 1/3 der Gemeinde Sevelen und zu 2/3 der Gemeinde Vaduz. Die Ergebnisse der umfassenden Untersuchungen konnten den Eigentümern sowie allen am Projekt involvierten Institutionen und Ämtern vorgestellt werden. Unter Mitwirkung der Denkmalpflege erarbeitete die von der Regierung bestellte Arbeitsgruppe «Burg Gutenberg» eine Machbarkeitsstudie betreffend die Renovation und den Ausbau der Burg Gutenberg. Der Bericht wurde Ende des Berichtsjahres der Regierung übergeben.

Forschung, Inventarisation, Dokumentation
Das Forschungsprojekt zum Thema Wärmeschutz in der Denkmalpflege wurde im Jahr 2006 erfolgreich abgeschlossen. Unter dem Titel «Denkmalpflege und Energiesparen - Konfliktsituation oder Ideallösung?» konnte die vom Hochbauamt herausgegebene Publikation anlässlich des Denkmaltages der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Broschüre soll Eigentümern, Baufachleuten und allen Interessierten Anregungen und Hinweise geben, wie in Beachtung von Bauphysik und Bausubstanz energetische Massnahmen bei Altbauten sinnvoll eingesetzt werden können.

Die vom Hochbauamt herausgegebene Publikation «Denkmalpflege und Energiesparen - Konfliktsituation oder Ideallösung?» wurde der Öffentlichkeit im September 2006 vorgestellt.

Im Rahmen des Dokumentationsauftrags wurden von rund 25 Bauten Sicherstellungsdokumentationen erstellt.

Die Objekte wurden baugeschichtlich und dendrochronologisch untersucht. Neue Erkenntnisse lieferten die umfassenden Untersuchungen von Schloss Vaduz, die im Rahmen der laufenden Umbauarbeiten baubegleitend ausgeführt wurden. Die Datenerfassung mit der neuen Denkmaldatenbank DEKUS wurde eingeleitet. Die Neueingänge in der Bibliothek des Hochbauamtes wurden mit dem Bibliotheksprogramm ALEPH inventarisiert.

Verlustbilanz/Abbrüche 2006

Im Berichtsjahr konnten wiederum viele bedeutende Gebäude nicht vor dem Abbruch bewahrt werden. Es handelt sich dabei um 25 kulturgeschichtlich und ortsbaulich wichtige Zeugnisse der liechtensteinischen Siedlungsentwicklung. Nachfolgend verzeichnete wertvolle Bauten mussten zum Abbruch freigegeben werden:

- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Egerta 27 (erbaut 1908)
- Mauren: Mehrzweckbauernhaus, Rennhofstrasse 3 (erbaut 1690/1759)
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Bogengasse 23 (erbaut 1834)
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Rotengasse 38 (erbaut Anf. 20. Jh. bzw. 1958)
- Schaan: Wohnhaus, Im Reberle 12 (erbaut 1941)
- Schaan: Wohnhaus und Stallscheune, Im Loch 4 (erbaut um 1900)
- Schaan: Wohn- und Geschäftshäuser, Landstrasse 11-17 (erbaut um 1900)
- Schaan: Wohn- und Geschäftshaus, Landstrasse 16 (erbaut 1950)
- Schaan: Ökonomieanbauten, Landstrasse 71-73 (erbaut Ende 19. Jh.)
- Schaan: Wohnhaus, Krüzbünt 2 (erbaut 1953, Arch. E. Sommerlad)
- Schaan: Wohnhaus und Schopf, Wiesengass 16 (erbaut um 1920)
- Schellenberg: Sennerei, Dorf 48 (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Schellenberg: Stallscheune, Winkel (erbaut Mitte 20. Jh.)
- Triesen: Gasthaus Sternen, Landstrasse 274 (erbaut 1913)
- Triesen: Chalethaus, Langgasse 12 (erbaut um 1940)
- Triesenberg: Wohnhaus und Stallscheune, Chummi 93 (erbaut Ende 19. Jh.)
- Triesenberg: Sennerei, Rietli (erbaut Anf. 20 Jh.)
- Triesenberg: Wohnhaus, Steinort 182 (erbaut 1619)
- Triesenberg: Alphütte 237 bzw. Ferienhaus, Kleinsteg 163 (erbaut 1814)
- Vaduz: Stallscheune, Altenbach (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Vaduz: Stallscheune, Austrasse 19 (erbaut 1915)
- Vaduz: Stallscheune, Fürst-Franz-Josef-Strasse 93 (Teilabbruch, erbaut 1701)
- Vaduz: Wohnhaus, Kirchstrasse 67 (erbaut 1960, Arch. B. Ospelt)
- Vaduz: Wohnhaus, Mitteldorf 20 (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Vaduz: Wohnhaus, St. Markusgasse 22 (erbaut 1946, Arch. Rheinberger und Gassner)

Europa-Tag des Denkmals 2006

Für die Förderung eines verstärkten Kulturverständnisses hat der Europarat auf Anregung Frankreichs 1991 die «European Heritage Days» eingeführt. Mittlerweile werden in rund 50 europäischen Staaten die Europa-Tage des Denkmals veranstaltet. Anfang September findet in einem der Mitgliedstaaten die offizielle Eröffnung dieser Denkmaltage statt. Sie gelangt in der Regel in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und dem betreffenden Mitgliedsland in der jährlich wechselnden «Kulturhauptstadt» Europas zur Ausführung. Dieses Jahr wurden die Feierlichkeiten in der russischen Metropole St. Petersburg - im Zarenpalast, in der sog. «Eremitage», im Stadtzentrum sowie in der ausserhalb der Stadt liegenden Sommerresidenz der Zarenfamilie - zelebriert. Seit vierzehn Jahren beteiligt sich das Fürstentum Liechtenstein an der europäischen Denkmalaktion. Die Regierung hat den Leiter des Hochbauamtes und den Leiter der Abteilung Denkmalpflege und Archäologie zur Teilnahme an die offiziellen Eröffnungsveranstaltungen der europäischen Denkmaltage nach St. Petersburg delegiert. Sie legten der Regierung einen schriftlichen Bericht über die Zeremonie sowie über das Ergebnis des im Rahmen der Feierlichkeiten durchgeführten Kolloquiums zu den vielfältigen Themen der europäischen kulturellen Zusammenarbeit, der Kulturpflege und der Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange der Kulturpflege vor. Darin wird die Prüfung des Beitritts Liechtensteins zur UNESCO, die konsequente Weiterführung des jährlich stattfindenden Europa-Tags des Denkmals in Liechtenstein und die Unterzeichnung und Ratifikation der Landschaftskonvention von Florenz (2002) sowie der Rahmenkonvention von Faro (2005) angeregt.

Der 14. Europa-Tag des Denkmals im Fürstentum Liechtenstein stand im Zeichen des «Neuen Wohnens im Baudenkmal». Das am 16. September 2006 zur Besichtigung zugängliche Denkmalschutzobjekt «Brendlehaus» in Schellenberg wurde unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten instand gestellt und architektonisch weiterentwickelt. Um- und ausgebaut bot es am Denkmaltag erstmals Einblicke in die spezifischen Anforderungen und die besonderen Qualitäten des heutigen Lebens in historischer Bausubstanz. Rund 600 interessierte Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich die neuen Wohnungen anzusehen.

Der 14. Europa-Tag des Denkmals stand im Zeichen des «Neuen Wohnens im Baudenkmal». Er lockte rund 600 Besucher und Besucherinnen in das sanierte «Brendlehaus» in Schellenberg.

Archäologie

Bauüberwachung/Archäologische Notgrabungen/Archäologischer Perimeter

Im Verlauf des Jahres 2006 wurden annähernd 200 Baugesuche der archäologischen Prüfung unterzogen. Bei ca. 150 Baustellen kontrollierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesarchäologie die Aushubarbeiten vor Ort. In den meisten Fällen konnten nebst den geologischen Schichten keine archäologischen Funde und Befunde festgestellt werden. Wieder einmal wurden dabei nach langer Zeit in Planken die Reste einer vermutlich urgeschichtlichen Kulturschicht erfasst.

Bei einer routinemässigen Baustellenbegehung in der Gemeinde Mauren wurde «Auf Berg» eine Fund führende Schicht aus der Bronzezeit entdeckt. Die bis anhin unbekannte Fundstelle liegt auf einer leicht nach Südosten abfallenden Hangterrasse des Eschnerbergs, wenige Kilometer südlich der bekannten urgeschichtlichen Fundstellen «Lutzengüetle», «Schneller» und «Malanser». In Absprache mit der Bauherrschaft und dem Bauunternehmen wurde der Aushub von Mitarbeitern der Landesarchäologie vor Ort überwacht. Eine kleine Fläche konnte wissenschaftlich untersucht werden, ohne dass die laufenden Bauarbeiten verzögert wurden. Bei dieser kurzen archäologischen Untersuchung wurden zahlreiche prähistorische Gefässfragmente, Tierknochen, Lehmbrocken, Holzkohle und verbrannte Steine geborgen. Strukturen wie Feuerstellen oder Pfostengruben dagegen kamen nicht zu Tage. Die mehrheitlich grobkeramischen Scherben stammen von Vorratsgefässen und lassen sich aufgrund ihrer Verzierungen und Randformen in die ausgehende Mittelbronzezeit oder in die beginnende Spätbronzezeit datieren (14./13. Jh. v. Chr.). Trotz fehlender Siedlungsbefunde deuten die Ausdehnung der Fundschicht und das Spektrum der Funde – insbesondere die verbrannten Lehmbrocken mit Abdrücken von Hölzern – auf ein Gehöft oder eine kleinere Ansiedelung hin.

Die Hinweise auf eine grössere Ausdehnung der bronzezeitlichen Schicht erforderte die Ausweitung des Archäologischen Perimeters in diesem Gebiet.

Mauren «Auf Berg» - bronzezeitliche Keramik und Hüttenlehm

Während des Aushubs für ein Mehrfamilienhaus an der «Reberastrasse» in Schaan kamen Gruben und Teile menschlicher Skelette zum Vorschein. Der Fund machte eine archäologische Notgrabung unabdingbar. Zu den jüngsten Zeugnissen im untersuchten Bereich gehören die sorgfältig gemauerten Fundamente eines Gebäudes, dessen Westseite durch frühere Störungen fehlt. Mehrere grosse Pfostenlöcher deuten auf einen hölzernen Vorgängerbau hin. Über den Verwendungszweck der Bauwerke gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Möglicherweise aus der gleichen Zeit stammt eine 4 x 2 Meter grosse Grube. Sie datiert ins 12./13. Jahrhundert. In deren Auffüllung kamen mittelalterliche Keramikscherben und der Abbruchschutt eines Kachelofens zum Vorschein. Das dritte Jahr in Folge stiessen die Archäologen in Schaan auf Gräber. Nach den frühmittelalterlichen Bestattungen – gefunden «Im Reberle» und «Im Winkel» – sind nun in der «Reberastrasse» weitere sechs Gräber mit den Überresten eines Neugeborenen, zweier Kinder und dreier Erwachsener freigelegt worden, die wiederum sowohl archäologisch als auch anthropologisch dokumentiert wurden. Leider sind sie bei den Aushubarbeiten durch den Bagger zum Teil zerstört worden. Die Ränder der Grabgruben waren sorgfältig mit Steinen ausgekleidet. Die Bestattungen sind eindeutig älter als die Reste der mittelalterlichen Gebäude und die Grube. Ihre Nähe zum römischen Kastell und zur frühchristlichen Kirche St. Peter (sie sind nur ca. 80 m entfernt), der Grabbau und das Fehlen von Beigaben lassen den Schluss zu, dass hier eine romanische Familie ihre letzte Ruhestätte gefunden hat. Aufgrund der neuen Befunde wurden die umliegenden Parzellen der neu entdeckten Fundstelle in den Archäologischen Perimeter integriert.

Schaan «Reberastrasse» - Abbruchmaterial eines hochmittelalterlichen Kachelofens

Schaan «Reberastrasse» - Freilegungen eines Skelettes. Deutlich ist die aufwendige Steinsetzung in der Grabgrube erkennbar

Im Laufe des Berichtsjahrs wurden die Renovierungsarbeiten im Landweibelhaus in Schaan baubegleitend beobachtet. Es kamen wider Erwarten keine älteren Strukturen zum Vorschein. Genauso ergaben auch die Beobachtungen beim Wasserleitungsbau direkt neben der römischen Villa in Schaanwald keine neuen Erkenntnisse.

Dokumentation, Bibliothek

Wiederum waren mehrere Fachkräfte der Archäologie mit der Aufbereitung von alten wie auch von aktuellen Grabungsdaten und mit deren Erfassung im Inventarisierungsprogramm SPATZ beschäftigt. Vor allem die Erschliessung der Dokumentationen wurde vorangetrieben. In Zusammenarbeit mit den Restauratorinnen und Restauratoren der archäologischen Dienststellen von Graubünden, Thurgau und Liechtenstein erstellte die ARGE SPATZ ein Konzept für ein Restaurierungsmodul, das im Laufe des nächsten Jahres in den Einsatz kommen soll. Dieses wird in Zukunft die Verwaltung aller relevanten Informationen zu einem Fundobjekt im Inventarisationsprogramm SPATZ ermöglichen. Eine externe Arbeitskraft hielt den Datenbestand der archäologischen Bibliothek im Bibliotheksprogramm ALEPH auf aktuellem Stand.

Restaurierungsatelier

Die Funde der Notgrabung Schaan, «Reberastrasse» wurden im Restaurierungslabor fotographisch dokumentiert und bearbeitet. Die Behandlung der Funde aus den Grabungen der Vorjahre (z.B. Balzers, «Rietle») wurde fortgeführt. In Zusammenhang mit dem Auswertungsprojekt Bendern «Kirchhügel» konnten zahlreiche Funde wie Fragmente von Ofenkacheln, Gefässkeramik und Glas zusammengefügt werden. Dies ermöglicht die weitere Bearbeitung durch die Archäologin, die Zeichnerin und den Fotografen. Im Rahmen der Sonderausstellung «ÖtziCultour», die vom 17. November 2006 bis 25. März 2007 im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz gezeigt wird, wurden Objekte aus der archäologischen Sammlung des Landes Liechtenstein für das «Liechtenstein-Fenster» restauratorisch vorbereitet. Der Aufbau dieses liechtensteinischen Beitrags zur Ausstellung wurde betreut. Für das Amt für Archäologie des Kantons Thurgau wurde im Rahmen des Dienstleistungsangebots Konservierung/Restaurierung wieder ein Auftrag ausgeführt.

Auswertungen und Publikationen

Die redaktionelle Bearbeitung der Publikation mit dem Titel «Die bronzezeitlichen Siedlungen Eschen-Malanser» wurde ebenso abgeschlossen wie die grafische Gestaltung. Das archäologische Fachbuch wird im Februar 2007 erscheinen. Die Gesamtauswertung der Ausgrabung Bendern «Kirchhügel» wurde weiter voran getrieben. In diesem Zusammenhang wurden wissenschaftliche Daten zu den Funden in der Inventarisationsdatenbank SPATZ erfasst. Diverse Fundobjekte wurden restauriert und gezeichnet. Die wissenschaftliche Bearbeitung der archäologischen Notgrabung Balzers, «Rietle» fand ihre Fortsetzung in der Datenaufbereitung im Inventarisierungsprogramm SPATZ und der Bearbeitung der Funde. Zahleiche Keramikscherben liessen sich zu Gefässen zusammensetzen. Diese vermitteln einen eindrücklichen Einblick in das Formenspektrum vorwiegend römerzeitlicher Keramik. Die anthropologischen Auswertungen der Skelettfunde der beiden Notgrabungen Eschen, «Friedhofserweiterung» und Eschen, «Alemannenstrasse» wurden weitergeführt. Mit Unterstützung der Ivoclar Vivadent AG in Schaan konnten für die Analyse der Zahnbefunde der bestatteten Menschen Röntgenbilder der Gebisse aufgenommen werden. In Zusammenarbeit mit dem Landespital in Vaduz wurden Röntgenaufnahmen pathologischer Befunde an den Gebeinen angefertigt.

Öffentlichkeitsarbeit, Führungen

Am 13. Januar 2006 war die Landesarchäologie Gastgeberin für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines internationalen paläopathologischen Kolloquiums. Im Medienraum des Liechtensteinischen Landesmuseums führten die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hochbauamtes in die Grabungsbefunde

Eschen, «Friedhofserweiterung» und Eschen, «Alemannenstrasse» ein. Anschliessend befasste sich die Arbeitsgruppe mit Diagnostik-Übungen an den Skelettfunden der Notgrabung Eschen, «Friedhofserweiterung». Während des ganzen Jahres fanden vor allem im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz Führungen für Schulklassen aller Altersstufen statt. Die meisten wurden im Rahmen der Sonderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern» durchgeführt. Im März 2006 veranstaltete die Archäologie parallel zu dieser Sonderausstellung einen «Römertag» für die 1. Klassen der Realschule Triesen im Liechtensteinischen Landesmuseum. Ein römischer Legionär weihte die Schüler in die Geheimnisse des Soldatenlebens ein. Eine Römerin präsentierte die Finessen der römischen Mode und des Schminkens.

«Römische Modeschau» - Archäologin Gudrun Schnekenburger mit Schülerinnen und Schüler der Realschule Triesen

Am 17. November 2006 wurde im Liechtensteinischen Landesmuseum die Wanderausstellung «ÖtziCultour» eröffnet. Sie wurde mit Objekten von den beiden liechtensteinischen Fundstellen Schellenberg, «Borscht» und Gamprin, «Lutzengüetle» sowie mit Informationen zur Siedlungsgeschichte des Alpenrheintals ergänzt. Konzept und Umsetzung dieses Sonderbeitrags wurden von den Fachkräften der Landesarchäologie entwickelt und betreut. Sie zeichneten auch für den Aufbau verantwortlich.

Einführende Worte von Angelika Fleckinger, Direktorin des Südtiroler Landesmuseums Bozen, anlässlich der Ausstellungseröffnung

Tiefbauamt

Amtsleiter: Dipl. Ing. Johann Ott

Strassenbau und –unterhalt

Die Liste der ausgeführten Projekte des Strassenbaus ist kurz. Sie umfasst die Müleholzkreuzung in Vaduz, die Fussgängerzone im Städtle Vaduz und das Dorfzentrum in Schellenberg. Es handelt sich aber um bedeutende Projekte.

Die Mühleholzkreuzung ist das Startprojekt zur Optimierung des Verkehrsregimes zwischen Vaduz und Schaan.

Die Städtlegestaltung in Vaduz ergänzt die Fussgängerzone zwischen dem Adlerkreisel und dem Peter-Kaiser-Platz zu einer Einheit. Mit diesem Ergänzungselement ist der typische Charakter des Vaduzer Zentrums nun vervollständigt. Der bedeutende Schlussstein wird der Peter-Kaiser-Platz bilden. Äule, Städtle, Peter-Kaiser-Platz und natürlich das Schloss werden die meist besuchten Örtlichkeiten unseres Landes sein; sie werden für viele Jahre den Eindruck für die Besucher prägen.

Der Neubau des Landstrassenabschnittes beim Gemeindezentrum in Schellenberg ist verkehrstechnisch und gestalterisch der bedeutendste Eingriff aller Sanierungen der letzten Jahre. Verkehrstechnisch wird das Zentrum zwar abgewertet, indem es sich nach hinten absetzt, seine Bedeutung als autonomer öffentlicher Raum gewinnt aber an Bedeutung.

Erwähnt gehören unbedingt auch die Anstrengungen für die Sicherheit der Fussgänger, indem mehrere Mittelinseln als Querungshilfen im Verlaufe des Berichtsjahres auf den Landstrassen eingebaut wurden.

Neu im Aufbau befindet sich nun ein RMS «Road Management System». Es handelt sich um eine Strassendatenbank, die alle möglichen Elemente der Strassen aufnehmen und verwalten kann.

Die Abteilung Strassenunterhalt konnte im Berichtsjahr in den neuen Werkhof auf dem ehemaligen Wille/Wimag Areal übersiedeln. Diverse Einsätze bei Anlässen und aufwendige Zügelarbeiten führten dazu, dass die eigentlichen Kernaufgaben des betrieblichen Unterhaltes, vernachlässigt wurden.

Die Anstrengungen zum Werterhalt der baulichen Infrastruktur wurden im Berichtsjahr im gewohnten Umfang weiterverfolgt. Die gute Erfahrung mit der Kernfahrbahn auf der Peter-Kaiser-Strasse in Mauren ermutigt, das Prinzip bis nach Eschen weiter zu führen.

Vermessung und Geoinformation

Das letzte noch nicht neu vermessene Baugebiet, nämlich die Gemeinde Schellenberg, ist nun bei den Vermarkungsarbeiten angelangt. Noch kann nicht das ganze Altkatasterwerk als Museumsexponat angesehen werden, der Weg dazu ist aber nur noch kurz. Die zunehmenden Schwierigkeiten zur Feststellung der Eigentumsgrenzen in diesen noch bestehenden Altkatastergebieten verdeutlichen immer mehr den Wert des Vermessungswerkes,

nicht zuletzt auch im Interesse des sozialen Friedens, indem dieses die Rechtssicherheit für das immobile Eigentum schafft.

Die Einführung des Bezugsystems LV95 für das neue Fixpunktnetz wurde konsequent weiterverfolgt. Es wurde auch das bestehende Höhenfixpunktnetz überprüft und zur Entscheidung über seine Weiterverwendung vorbereitet.

Das Datenmodell für die Amtliche Vermessung ist jetzt fertig gestellt, vollständig implementiert und bereit für die Datenumstellung.

Alle Operatsbearbeitungen sind im Berichtsjahr programmgemäss abgelaufen. Drei Ersterhebungsoperate wurden ins Grundbuch eingetragen, bei zwei weiteren ist die Aktenübergabe erfolgt.

Die Geodateninfrastruktur erlebt eine rege Nutzungszunahme. Es wurden die Informationsebenen Erdsondenkarte, öffentlicher Verkehr und Wanderwege neu in den öffentlichen Bereich des Geodatenportals übernommen.

Rüfen und Gewässer

Eine mit der im August des Vorjahres vergleichbare Wetterlage, liess für den 17. / 18. September wiederum rekordverdächtige Niederschlagsmengen erwarten. Entgegen den prognostizierten Werten fielen die effektiven Niederschlagsmengen mit knapp 100 mm bzw. die beobachteten Hochwasserspitzen moderat aus. Entsprechend waren auch die Schäden an den Schutzbauten und Infrastrukturen nicht mit jenen des Hochwasser vom 22. August 2005 vergleichbar.

Strassenbau

Strassenverbesserungen und -neubauten (Konto 600.501.01)

Das Kreditvolumen für das Strassenbauprogramm 2006 (Investitionsprojekte) wurde gegenüber dem letzten Jahr um CHF 1 Mio. reduziert. Grund dafür war die nachträgliche Erhöhung des Budgets für das Jahr 2005 um CHF 1 Mio.; so konnten die Arbeiten am Kreisel Schwibboga in Bendern abgeschlossen werden. Die gesamten budgetierten Aufwendungen für das Jahr 2006 beliefen sich somit auf CHF 6 Mio.

Mit einer mehrjährigen und frühzeitigen Projektplanung wurde auch im Berichtsjahr versucht, den Baubeginn aller Projekte möglichst in das Frühjahr zu verlegen, damit die Belagsarbeiten noch im Herbst, also vor Einbruch des Winters fertig gestellt werden konnten. Dies gelang im Jahr 2006, wobei der Baubeginn des Projekts Strassenraumgestaltung Städtlestrasse Vaduz, aus Rücksicht auf diverse Festanlässe, wie die Feierlichkeiten zu 200 Jahre Souveränität und den Staatsfeiertag, erst Ende August erfolgte.

Bei der Auswahl der Projekte und Ausbauvorhaben wurden auf der Basis der Interpellationsbeantwortung betreffend dem Gesamtverkehrskonzept und Verkehrserhebungsdaten (BuA 67/2005) die nachstehenden fünf verkehrspolitischen Grundsätze berücksichtigt:

- Die Verkehrspolitik berücksichtigt die Interessen des Wirtschaftsstandortes durch ein leistungsfähiges und zuverlässiges Gesamtverkehrssystem.
- Die Verkehrspolitik fördert die Lebensqualität der Menschen in Liechtenstein. Der Verkehrsfluss soll siedlungs- und wesensgerecht gestaltet sein.
- Die Verkehrspolitik steigert den Sicherheitsstandard für alle Verkehrsteilnehmer.
- Umweltanliegen fliessen zentral in die Verkehrspolitik ein. Möglichkeiten zur Reduktion von Luft- und Lärmbelastung sowie des betrieblichen Mobilitätsmanagements werden geprüft.
- Die Verkehrspolitik gewährleistet eine hoch stehende Grundversorgung an öffentlichem Verkehr zu einem attraktiven Preis.

Die Planung von Strassenbauvorhaben hat sich in den letzten Jahren erheblich verkompliziert. Sie ist zeitintensiver und komplexer geworden. Die Rahmenbedingungen stellen ständig höhere Anforderungen, sei es beispielsweise wegen der Aufrechterhaltung des Verkehrs während der Bauzeit, neuen Gesetzesbestimmungen, Normen oder europäischen Vorschriften, der Komplexität der Baustoffe oder des Koordinationsaufwandes. Dadurch werden die Organisation und das Leiten eines komplexen Strassenbauprojektes zur anspruchsvollen Projektmanagementaufgabe. Planung und Bauleistungen verteuern sich dadurch.

Es erhöhen sich aber nicht nur die Baukosten, sondern auch die Betriebs- und Unterhaltskosten, weil die Lebenszyklen der Strassen, vor allem im Bereich der Fahrbahnoberfläche durch das steigende Verkehrsaufkommen, insbesondere des Schwerverkehrs, kürzer werden. Der aktuelle Bestand der Landstrasseninfrastruktur (ca. 120 km) verursacht deshalb zunehmend hohe Kosten.

Das grösste Sparvolumen erzielt man durch sorgfältige Analysen der Bedürfnisse und Klassifizierung der einzelnen Bauvorhaben nach vorzugebenden Wertungskriterien. Die Finanzierbarkeit der langfristigen Folgekosten muss dabei stets im Auge behalten werden. Die Erfahrung bestätigt, dass bei der Qualitätsauswahl der Einzelkomponenten wenig Einsparpotential besteht und die Sorgfalt der Bauausführung hohe Aufmerksamkeit erfordert. Sparen bei Konstruktion und Materialisierung kann kontraproduktiv sein. Qualifizierte Mehrkosten bei den Investitionen zu Gunsten von Betriebs- und Unterhaltsaufwendungen senken langfristig die Gesamtkosten.

Aus ökonomischen und funktionalen Gründen wird auch grosser Wert auf eine gute Kooperation mit den Gemeinden und den beteiligten Werken gelegt. Die Strassenbauvorhaben des Landes werden jeweils mit den anderen öffentlichen Bauvorhaben koordiniert, um Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen. Der Strassenkörper ist in den meisten Fällen nicht allein Verkehrsträger, sondern auch Träger aller Ver- und Entsorgungsleitungen sowie diverser betriebsfunktioneller Steuerungskabel.

Auf der Grundlage obiger Überlegungen wurden im Berichtsjahr neben verschiedenen grösseren Rest- bzw. Fertigstellungsarbeiten an laufenden Projekten aus dem Jahr 2005 drei zentrale Projekte umgesetzt:

- Umbau der Mühleholzkreuzung in Vaduz, inklusive der Neubau einer Lichtsignalanlage zur Optimierung des Verkehrsablaufes auf der Landstrasse zwischen Schaan und Vaduz mit Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs.
- Strassenumbau und Strassenraumgestaltung in Bereich der Fussgängerzone der Städtlestrasse in Vaduz.
- Neubau des Strassenabschnitts zwischen dem Gemeindezentrum und der Abzweigung nach Mauren in Schellenberg, mit komplettem Umbau des Kreuzungsbereiches.

Der schrittweise Auf- und Ausbau des Verkehrszählernetzes wurde weiter verfolgt, um in Zukunft detailliertere Angaben über den Verkehrsablauf und die Verkehrsentwicklung als Grundlage für die Erarbeitung künftiger Verkehrsorganisationen zu erhalten.

Nachstehend sind die einzelnen Bauaktivitäten beschrieben.

Trotz Abweichungen in den einzelnen Unterkonti und interner Verschiebungen in den budgetierten Beträgen konnte der Gesamtkredit von CHF 6 000 000 eingehalten werden.

Laufende Projekte

An folgenden, bereits im Vorjahr gebauten Projekten wurden als baulicher Abschluss verschiedene Fertigstellungsarbeiten, vor allem Deckbelagsarbeiten ausgeführt:

	Aufwendungen 2006
– Kreisel Schwibboga, Bendern, Deckbelag und Bushof Bendern	CHF 758 046
– Landstrasse Triesenberg innerorts Wangerberg - Rütelti, Deckbelag	CHF 121 172
– Landstrasse Vaduz–Triesen, Knoten Heuweg, Fertigstellungsarbeiten und Deckbelag	CHF 51 038
– Zufahrt Rheinbrücke Vaduz, Deckbelag	CHF 78 495

Bushof Bendern - neuer Busbahnhof mit Mittelperron in Bendern

Neue Projekte

Landstrasse Schaan – Vaduz, Kreuzung Mühleholz

Technische Daten: L = 250.00 m, B = 7.00 m + 2 x 1.50 m
Projekt und Bauleitung: Ingenieurbüro Hoch & Gassner AG, Triesenberg
Baubeginn: April 2006
Fertigstellung: Dezember 2006

Im Jahr 2001/2002 hatte die Regierung eine Konzeptstudie zur Verkehrsorganisation auf der Landstrasse Vaduz – Schaan in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde Ende 2002 zur Kenntnis genommen und das Tiefbauamt mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen im Rahmen des Strassenbaus beauftragt. Im Zusammenhang mit dieser Studie wurde bereits im Jahr 2002 ein Vorschlag für die neue Ausgestaltung des Knotens Mühleholz gemacht, welcher sich mit dem Bau des Schulzentrums Mühleholz II, aber auch mit den Bauvorhaben von privater Seite im Einzugsgebiet dieses Knotens aufdrängte.

Das nun realisierte Projekt orientiert sich stark am Vorschlag aus der Konzeptstudie, da er sich im Rahmen einer vertieften Analyse bezüglich der Leistungsfähigkeit als beste Lösung erwies. Die bisherige Fussgängerampel, welche immer wieder zu Auffahrunfällen führte, wurde neu durch eine Lichtsignalanlage für den gesamten Knoten ersetzt. Zusätzlich wurden aus den Richtungen Schaan und Vaduz Einspurstrecken in die Marianumstrasse realisiert. Der von der Marianumstrasse kommende Verkehr wird neu ebenfalls richtungsgetrennt abgefertigt. Dies reduziert die Staulängen zu den Mittagsspitzen und führt zu einer Verflüssigung des Verkehrs. Die Lichtsignalanlage verfügt über eine Busbevorzugung, die es erlaubt, Linienbusse analog den bereits bestehenden Anlagen beim St. Peter und der Lindenkreuzung in Schaan, prioritär abzufertigen. Die spezifische Ausrüstung der Anlage bildet ein Element für weitere Lichtsignalanlagen auf der Strecke Schaan – Vaduz, die dereinst den Verkehr im Takt einer grünen Welle betreiben und die Linienbusse im selben Takt bevorzugt durchschleusen werden.

Aufwendungen 2006 CHF 863 983

Neue Lichtsignalanlage an der Mühleholzkreuzung Schaan/ Vaduz

Strassenraumgestaltung Städtlestrasse Vaduz
Technische Daten: L = 150.00 m
Projekt und Bauleitung: Seger & Gassner AG, Vaduz
Baubeginn: August 2006
Fertigstellung: Dezember 2006
Bei der Neugestaltung der Städtlestrasse in Vaduz handelt es sich um ein gemeinsames Projekt des Landes Liechtenstein und der Gemeinde Vaduz, welches als Gesamtlösung für das Zentrum von Vaduz, vom Lindenkreisel bis zum Adlerkreisel respektive bis zum neuen Landtagsgebäude, zu sehen ist. Der Ausbau der Äulestrasse ist seit längerer Zeit abgeschlossen. Die Gemeinde Vaduz hat im Jahr 2004 den Umbau der Städtlestrasse auf ihrem Hoheitsgebiet vom Rathaus bis zum Engländerbau fertig gestellt. Nun wurde die Bautätigkeit mit der Realisierung der Neugestaltung der Städtlestrasse vom Engländerbau bis zum Landtagsgebäude abgeschlossen. Für die vorliegende Gestaltung wurde von Land und Gemeinde bereits vor einigen Jahren ein Wettbewerb ausgeschrieben und gemeinsam juriert. Die nun realisierte Gestaltung des Bereichs entspricht derjenigen des Gemeindeteils. Neben der Oberflächengestaltung wurde auch die Lichtgestaltung analog dem Gemeindeteil ausgeführt. Gleichzeitig wurden im vorliegenden Perimeter Grundinstallationen für Strom und Wasser verlegt, welche es zu einem späteren Zeitpunkt erlauben, diesen Bereich für allfällige Veranstaltungen besser zu nutzen.

Die Baukosten überstiegen die budgetierten Kosten erheblich. Die budgetmässig zu Grunde gelegten Kosten beruhten auf den Erfahrungen des Gemeindeteilbereiches. Für den Ankauf der benötigten Materialien und Gestaltungselemente wurden schliesslich von den Lieferanten erheblich höhere Preise gefordert. Zudem waren im Budget des Strassenbaus die Aufwendungen zur Sanierung der Tiefgaragenabdichtung beim Postgebäude nicht enthalten. Ebenso waren die Elektroinstallation für die Strassenraumbeleuchtung und die Aufwendungen für die Beschaffung der Leuchtkörper nicht berücksichtigt. Diesbezüglich sind noch Gespräche mit der Gemeinde vorgesehen.

Aufwendungen 2006 CHF 2 052 404

Städtlestrasse - neu gestaltete Städtlestrasse kurz nach ihrer Fertigstellung

Landstrasse Schellenberg innerorts, Dorfplatz
Technische Daten: L = 250.00 m, B = 6.00 m + 2 x 1.50 m
Projekt und Bauleitung: Ingenieurbüro Frommelt AG, Vaduz
Baubeginn: März 2006
Fertigstellung: Dezember 2006
In den Jahren 2003 bis 2005 wurde die gesamte Landstrasse auf dem Gemeindegebiet von Schellenberg sukzessive saniert. Bei dem im Jahr 2006 ausgebauten Teilstück wurden neben den reinen Sanierungsarbeiten auch verkehrsorganisatorische Massnahmen und wesentliche Sicherheitsverbesserungen realisiert. Die wesentliche Massnahme betraf die Neuorganisation des Kreuzungsbereichs, der bis dahin als Rechtsvortritt geregelt war und immer wieder zu heiklen Situationen geführt hat. Die Rechtsvortrittsregelung wurde abgeschafft, indem der Anschluss zum Dorfplatz jetzt vortrittsbelastet ist. Gleichzeitig wurde in diesem Bereich die Fussgängerquerung mit einer Mittelinsel ausgestattet, und so der Gemeindeparkplatz besser an das Zentrum angebunden. Die Landstrasse im Dorfzentrum wurde baulich umgestaltet und neu mit einem beidseitigen Gehweg versehen. Dadurch spielt sich das eigentliche Verkehrsgeschehen weiter weg von den Liegenschaften ab und die Schulkinder bewegen sich auf einem gesicherten Trassee. Im Bereich des Dorfplatzes wurde eine weitere Fussgängermittelinsel angeordnet. Diese dient den Schulkindern aber auch den Buspassagieren, welche im Bereich der geplanten Fahrbahnhaltestelle die Strasse überqueren wollen. Im nördlichen Bereich wurde die Linienführung der Strasse zum Zweck der Verlangsamung des Verkehrs etwas versetzt und so die Sicherheit im ganzen Zentrum erhöht.

Leider konnten die erwähnten Arbeiten im Berichtsjahr nicht fertig gestellt werden, weil sich die Werkleitungsbauten der Gemeinde wegen einem anstehenden Felsrücken zeitaufwendiger als erwartet erwiesen.

Aufwendungen 2006 CHF 638 443

Lichtsignalanlage beim Knoten Mühleholz Vaduz
Das bestehende Strassennetz stösst mit den ständig steigenden Mobilitätsbedürfnissen immer mehr an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Die Folge sind Staus mit Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden. Das behindert auch den öffentlichen Nahverkehr und beeinträchtigt seine Fahrplantreue.

Im Jahr 2006 konnte mit dem Umbau der Lichtsignalanlage beim Knoten Mühleholz Vaduz ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Abfederung der angesprochenen Problematik umgesetzt werden.

Die getroffene Massnahme entstammt der Verkehrsstudie des Jahres 2002 über den Landstrassenabschnitt zwischen Vaduz und Schaan, welche eine Sanierung des Knotens Mühleholz und je nach Fortschritt der Verkehrszunahme auch der Knoten Fürst-Franz-Josef-Strasse, Lochgass und Hintergass vorsieht. Die neue Lichtsignalsteuerung am Knoten Mühleholz ist aus Sicherheits-,

aber auch aus Kapazitätsgründen notwendig geworden. Zudem wird mit dieser Anlage der öffentliche Verkehr mit Priorität bedient.

Aufwendungen 2006 CHF 183 104

Verkehrszähler

Um bessere Zähldaten des grenzüberschreitenden und landesinternen Arbeits- und Freizeitverkehrs zu erhalten, welche für die entwicklungskonforme Modellierung erforderlich sind, ist die sukzessive Modernisierung und Erweiterung des Zählernetzes bereits im Jahr 2004 mit der Genehmigung des neuen Verkehrszählerkonzepts von der Regierung beschlossen worden. Das bisherige, zwischenzeitlich veraltete Zählsystem und alle Geräte wurden ersetzt und ergänzend an strategisch einschlägigen Punkten zusätzliche Geräte installiert. Die Datenübermittlung und -auswertung erfolgt automatisch, via Modem direkt auf einen Zentralrechner, von welchem aus sämtliche Zähler fernüberwacht werden können. Die Vorteile sind direkt verfügbare, detaillierte und tagesaktuelle Daten und sehr geringer Personaleinsatz. Die neuen Geräte korrespondieren mit dem Modell der 10 Fahrzeugklassen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA).

Im Jahr 2005 wurden die entsprechenden Aufträge vergeben und die ersten fünf Zählerstandorte als Pilotversuch mit den neuen Geräten ausgerüstet sowie die Fernübermittlung und die automatische Datenauswertung installiert und getestet. Gemäss Zeitplan wurde im Jahr 2006 die Ausrüstung weiterer 15 Standorte vorgenommen.

Der Ausbau des neuen Verkehrszählernetzes mit 12 Geräten und 27 Zählstellen kann voraussichtlich im Jahr 2007 fertig gestellt werden.

Aufwendungen 2006 CHF 192 017

Diverses

Allgemeines und Unvorhergesehenes

Alljährlich fallen viele kleinere Baumassnahmen an, die bei der Budgetierung nicht voraussehbar sind. Meist sind es verkehrsorganisatorische Massnahmen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Zuverlässigkeit der Verkehrsabwicklung so rasch als möglich umzusetzen sind. Solche unvorhergesehenen Arbeiten werden auf diesem Sammelkonto verbucht. Grössere Aufwendungen ergaben sich für folgende Tätigkeiten:

– Trottoirergänzung, Mauren	ca. CHF	55 000
– Fürst-Franz-Josef-Strasse, Mittelinseln Fertigstellung	ca. CHF	20 000
– Fussgängermittelinsel Vorarlbergerstrasse Nendeln	ca. CHF	30 000
– Ergänzungsbericht UVP Industriezubringer Schaan	ca. CHF	50 000
– Zollstrasse Vaduz, Mittelinsel Bagudaweg	ca. CHF	130 000
– Baugrunduntersuchungen Zentrum Schaan	ca. CHF	40 000
– Rheinbrückenrampe Balzers	ca. CHF	80 000
– Anschaffung des Strassenmanagementsystems RMS	ca. CHF	90 000

Aufwendungen 2006 CHF 814 856

Übersicht über Abweichungen von den budgetierten Kosten

Objekt	Budget CHF	Aufwand CHF	Bemerkungen
Laufende Projekte			
– Kreisel Schwibboga, Bendern,	700 000	758 046	Deckbelag und Bushof Bendern
– Landstrasse Triesenberg innerorts Wangerberg - Rütelti	100 000	121 172	Deckbelag
– Landstrasse Vaduz – Triesen Knoten Heuweg,	150 000	51 038	Fertigstellungsarbeiten und Deckbelag
– Zufahrt Rheinbrücke Vaduz,	100 000	78 495	Deckbelag
Neue Projekte			
– Landstrasse Schaan – Vaduz, Kreuzung Mühleholz	1 100 000	863 983	Kreuzungsumbau
– Strassenraumgestaltung Städtlestrasse Vaduz	1 300 000	2 052 404	Strassenraumgestaltung
– Landstrasse Schellenberg innerorts, Dorfplatz	1 000 000	638 443	Strassenumbau
– Lichtsignalanlage Mühleholz	250 000	183 104	Neubau einer Lichtsignalanlage
– Verkehrszähler	200 000	192 017	Neues Verkehrszählernetz
Allgemeines			
– Bodenauslösungen	400 000	219 268	
– Allgemeines und Unvorhergesehenes	700 000	814 856	
Total	**6 000 000**	**5 972 823**	

Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr (Konto 650.501.01)

Budget 2006	CHF 350 000
Aufwendungen 2006	CHF 349 914

Im Jahr 2006 wurden wieder diverse Massnahmen, welche direkt oder indirekt zur Förderung des öffentlichen Verkehrs beitragen, getroffen. Folgende Haltestellen wurden neu mit einer Wartekabine ausgestattet:
– Garnetschhof, Triesen
– St. Georg-Strasse, Schellenberg
– Stotz, Schellenberg
– Dorfplatz Schellenberg, Vorarbeiten

Im Hinterschellenberg wurde die Buswendeschleife, welche aufgrund des neuen Liniennetzes wesentlich öfter befahren wird, erweitert.

In Balzers musste aufgrund der LBA-Netzumstellung eine provisorische Buswendeanlage realisiert werden.

Ebenfalls in Zusammenhang mit den Begleitmassnahmen zur Umsetzung des neuen LBA-Liniennetzes stand der Um- und Neubau des Busbahnhofs in Bendern. Da Bendern neu als zentraler Umsteigeknoten im Liechtensteiner Unterland fungiert, wurde an dieser Stelle eine neue Perroninsel mit Flugdach errichtet.

Für die Anbindung des öffentlichen Verkehrs an die Talstation der neuen Malbunbahnen, wurde ein Teil der dort neu gebauten Buswendeanlage und die Einspurstrecke für die Linienbusse in Fahrtrichtung Malbun realisiert.

Diverse Strassenprojektierungen (Konto 600.318.01)

Budget 2006	CHF 320 000
Aufwendungen 2006	CHF 319 895

Strassenunterhalt (Werkbetriebe)

Allgemeines

Das abgelaufene Betriebsjahr war für die Abteilung Strassenunterhalt in vielerlei Hinsicht ein besonders ereignisreiches Jahr. Im Zusammenhang mit dem Kauf des Wille/Wimag-Areals durch das Land Liechtenstein wurde mit der Gemeinde Vaduz vereinbart, dass diese den bestehenden Landeswerkhof an der Wuhrstrasse mittels Kauf- und Tauschvertrag übernimmt und im Gegenzug das Land auf dem ehemaligen Wille/Wimag-Areal einen neuen Werkhof erstellt. Am 4. Oktober 2006 konnte der neue Werkhof an der Zollstrasse 45 in Vaduz bezogen werden. Diesem Umzug gingen intensive Planungs- und Bauarbeiten voraus.

Die Feierlichkeiten zum 200 Jahr Jubiläum «Souveränität» brachten für die Abteilung Strassenunterhalt einen enormen Mehraufwand mit sich. Die Mitarbeiter wurden bei verschiedenen Anlässen stark engagiert. Sie haben einen Grossteil der Bau- und Signalisationsarbeiten beim Ländle Schwinget, beim Festumzug am 12. Juli und bei der Sonderausstellung im Landesmuseum ausgeführt.

Der Aufwand für Zügelarbeiten innerhalb der Landesverwaltung hat im Jahr 2006 neue Dimensionen erreicht. Die Mitarbeiter des Werkhofes waren in diesem Jahr an insgesamt 105 Arbeitstagen jeweils mit mindestens vier Mann mit Zügelarbeiten beschäftigt. Dabei fiel vor allem der Umzug des Landesarchives massgeblich ins Gewicht.

Aufgrund dieser Fremdaufgaben konnten die eigentlichen Kernaufgaben der Abteilung nicht im erforderlichen Umfang ausgeführt werden. Das Manko muss im Jahr 2007 mit vermehrtem Einsatz wettgemacht werden.

Material, Transporte etc. (Konto 600.313.01)

Budget	CHF 180 000
Aufwendungen	CHF 179 417

Über dieses Konto werden die verschiedensten Aufwendungen abgerechnet, u.a. die mechanische Trottoirreinigung, die von einem privaten Unternehmen ausgeführt wird. Holz für Steinschlagverbauungen und Zäune sowie viele kleinere Materialbezüge für Unterhaltsarbeiten werden ebenfalls diesem Konto belastet. Nach diversen Rüfeniedergängen in den Alpen wurden die Aufwendungen für die Aufräumarbeiten diesem Konto belastet. Im Weiteren wurden reguläre Unterhaltsarbeiten an Naturstrassen durchgeführt.

Technischer Dienst (Konto 600.314.02)

Budget	CHF 320 000
Aufwendungen	CHF 325 605

Über das Konto «Technischer Dienst» werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Lichtsignalanlagen und Leiteinrichtungen, den Unterhalt und die Erneuerung der Signalisationen an den Landstrassen, die Stromkosten für landeseigene Beleuchtungen und für die Signalisationen sowie die Materialbeschaffungskosten für die Markierarbeiten abgerechnet.

Maschinen und Werkzeuge (Konto 600.314.03)

Budget	CHF 375 000
Nachtragskredit	CHF 85 000
Aufwendungen	CHF 459 915

Das Konto «Maschinen und Werkzeuge» beinhaltet den Unterhalt und sämtliche Betriebsmittel aller Fahrzeuge des Werkbetriebes, wie Strassenwischfahrzeug, Markiermaschinen, Unimog, Mannschaftsfahrzeuge usw. Ebenfalls werden die Unterhaltsarbeiten für alle Winterdienstgeräte (Pflüge und Streuer) über dieses Konto abgerechnet. Erhöhte Unterhaltsarbeiten an den Winterdienstgeräten nach dem langen und intensiven Winter 2005/2006 sowie anhaltend steigende Treibstoffpreise und intensive Unterhaltsarbeiten am Strassenwischfahrzeug haben zu einem Nachtragskredit geführt.

Unterhalt von Strassen (Konto 600.314.04)

Budget	CHF 2 900 000
1. Nachtragskredit	CHF 400 000
2. Nachtragskredit	CHF 75 000
Aufwendungen	CHF 3 375 076

Malbun, Schneeflucht

Im Zuge des neuen Malbunkonzeptes wurde in Zusammenarbeit mit der Malbunbahn AG im Bereich Reservoir

Schneeflucht - Talstation Schneeflucht die Pflästerung erneuert und ein neuer Deckbelag aufgebracht. Im Bereich der Talstation Hochecklift wurde die Lücke des Trottoirs geschlossen und eine Buseinspurstrecke errichtet.
Aufwendungen CHF 132 520

Rotenbodenstrasse, Gädami-Tobelbach, Los 1
Aufgrund des neuen Entwässerungskonzeptes im Gebiet Gädami muss die Strassenentwässerung im Bereich Gädami-Tobelbach neu ausgebaut werden. Im abgelaufenen Berichtsjahr wurde eine erste Etappe von der Gädamikreuzung bis zum Anwesen Egon Schädler erstellt. Gleichzeitig wurde der Kieskoffer und die Tragschicht des Asphaltbelages erneuert.
Aufwendungen CHF 579 159

Landstrasse Triesenberg, Abschnitt Schulhaus Obergufer
Einem Wunsch der Gemeinde Triesenberg entsprechend, wurde im Bereich Schulhaus Obergufer eine Mittelinsel als Fussgängerschutz eingebaut. Dazu musste die bergseitige Stützmauer um bis zu 1.50 m zurückversetzt werden. Zudem wurde die gesamte Pflästerung neu erstellt und der Asphaltbelag erneuert.
Aufwendungen CHF 617 685

Landstrasse Triesen-Triesenberg
Der Belag auf der Landstrasse Triesen-Triesenberg, im Bereich vom Hennawibliboda bis Kiessammler Letzana, hat vor allem in den Kurvenbereichen infolge des starken Schwerverkehraufkommens während der letzten Jahre stark gelitten. Wegen starker Verformungen musste im Kurvenbereich der gesamte Belag erneuert werden. Die beengten Platzverhältnisse bedingten eine Gesamtsperre der Strasse.
Aufwendungen CHF 150 798

Bergstrasse Triesen, Abschnitt Vanolaweg-Poska
Die Hauptarbeiten an diesem Strassenstück wurden bereits im Jahr 2005 ausgeführt. Als Abschlussarbeit wurde im Jahr 2006 der Deckbelag aufgebracht.
Aufwendungen CHF 72 759

Meierhofstrasse, Vaschiel-Matschilsstrasse
Das Land Liechtenstein ist gemeinsam mit der Gemeinde Triesen und den anderen Werkleitungsbetreibern seit drei Jahren damit beschäftigt, die Meierhofstrasse in Etappen zu sanieren. Im abgelaufenen Jahr wurden im Bereich Matschilsstrasse bis Bächliweg sämtliche Werkleitungen neu verlegt, der Kieskoffer ausgetauscht und ein Teil der Tragschicht eingebaut. Im Bereich Vaschiel-Matschils wurde als Abschlussarbeit der Deckbelag aufgebracht.
Aufwendungen CHF 352 190

Meierhofstrasse Vaduz/Triesen, Abschnitt Schwefelstrasse-Erlenbach
Auf diesem Strassenabschnitt war der Belag stark verformt; es hatte mehrfach zu Reklamationen von Strassennutzern geführt. Als kurzfristige Lösung wurde bis zur definitiven Sanierung im gesamten Bereich ein neuer Deckbelag eingebaut.
Aufwendungen CHF 161 441

Bendern-Ruggell, Abschnitt Fallbretscha-Mühlegasse
Der Drainbelag auf diesem Strassenabschnitt war durch Frostschäden stark geschädigt und wies Löcher auf. Der Drainbelag wurde abgefräst und durch einen Splittmastixbelag ersetzt.
Aufwendungen CHF 179 501

Fallsgass Mauren
Im Jahre 2006 wurde die Fallsgass im Bereich Popers bis Gemeindegrenze Eschen saniert. Dabei wurde die Tragschicht der ostseitigen Fahrbahn im Zusammenhang mit dem Werkleitungsbau der Gemeinde neu eingebracht und die Pflästerung beidseitig auf die gesamte Länge der Fallsgass saniert. Als Deckschicht wurde ein 4 cm starker AB11S eingebaut.
Aufwendungen CHF 254 558

Vorarlbergerstrasse Schaanwald, Abzweigung Mauren
Auf der Vorarlbergerstrasse im Bereich der Abzweigung Mauren wurde auf der bergseitigen Fahrspur der gesamte Belag und auf der talseitigen Fahrspur nur der Deckbelag erneuert.
Aufwendungen CHF 173 663

Zollamt Schaanwald
Der Belag im unmittelbaren Bereich des Zollamtes wies erhebliche Schäden auf. Der gesamte Belag und das Koffermaterial mussten ausgetauscht werden.
Aufwendungen CHF 162 220

Wie jedes Jahr, wurden auch im Berichtsjahr wieder an diversen Landstrassen viele kleinere und grössere Pflästerungs- und Belagsschäden ausgebessert. Landeseigene Zäune und Leiteinrichtungen mussten repariert oder erneuert werden. Dasselbe gilt für Entwässerungseinrichtungen.
Aufwendungen CHF 538 582

Brückenunterhalt (Konto 600.314.05)
Budget CHF 1 200 000
Aufwendungen CHF 1 198 861

Kunstbauten Gädami-Rizlina, Triesenberg
Bei der Sanierung der Kunstbauten an der Landstrasse Triesenberg-Steg im Bereich Gädami-Rizlina wurde der 50 cm breite Kordon abgeschnitten und auf die Oberseite des Trägers ein neuer 35 cm breiter Kordon auf Belagshöhe aufbetoniert. Gleichzeitig wurde der Bordstein

entfernt, die Betonplatte im Gehwegbereich mit einer Abdichtung versehen und der Bordstein wieder auf die neue Höhe versetzt. Ein neuer Rohrzaun wurde an die Aussenseite des neuen Kordons montiert, so dass die Trottoirbreite erhalten blieb.
Aufwendungen CHF 324 561

Steinschlagschutz Tobelbach, Triesenberg
In den vergangenen Jahren kam es auf der Rotenbodenstrasse im Bereich Tobelbach immer wieder zu Steinschlag. Als Schutz vor den Steinschlägen wurde die bestehende Bruchsteinmauer rückverankert und auf ihrer Krone eine neue, 5 m hohe Mauer aufgebaut.
Aufwendungen CHF 68 106

Mauersanierung Meierhofstrasse, Triesen
An der Meierhofstrasse im Bereich Gletti wurde an der talseitigen Betonmauer der Kordon, welcher sich in einem schlechten Zustand befand, samt dem Zaun erneuert.
Aufwendungen CHF 80 338

Eschebrücke an der Schwarzen Strasse
Die Brücke war in einem bedenklich schlechten Zustand und ihre Nutzungsdauer abgelaufen. Die Kosten-Nutzen-Rechnung verlangte einen Neubau. Das Tragwerk wurde abgetragen und die bestehenden Widerlager verstärkt. Als Tragwerksbalken wurden Fertigbetonteile verwendet und die Fahrbahn als Überbetonauftrag ausgebildet.
Aufwendungen CHF 188 407

Mauersanierung Gamprin-Schellenberg
Die alten Mauerkronen auf den Bruchsteinmauern im Bereich Kehla, die sich in einem sehr schlechten Zustand befanden, wurden erneuert, ebenso der Zaun samt Leitplanken.
Aufwendungen CHF 483 282

Brückeninspektionen
Im abgelaufenen Jahr wurden Brückeninspektionen und dazugehörige Grundlagenbeschaffungen in Auftrag gegeben.
Aufwendungen CHF 37 174

Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten an vielen kleineren Kunstbauten, insbesondere auch an Bruchsteinmauern verursachten die nachstehenden Kosten. Namentlich genannt seien die Arbeiten an diversen Rheinbrücken und an der ÖBB-Überführung Schaanwald.
Aufwendungen CHF 16 993

Winterdienst (Konto 600.314.06)
Budget CHF 850 000
Aufwendungen CHF 840 778
Während in den vergangenen Jahren die budgetierten Mittel für den Winterdienst meist bei weitem nicht ausgereicht haben und jeweils Nachtragskredite beantragt werden mussten, haben die milden Monate November und Dezember 2006 dafür gesorgt, dass das Budget im Berichtsjahr eingehalten werden konnte.

Fremdleistungen (Konto 600.314.07)
Budget CHF 230 000
Aufwendungen CHF 236 930
Mit diesem Konto werden die Aufwendungen für die Entleerung der Einlaufschächte, die Entsorgung der Inhalte, die externen Kosten für Pflege und Unterhalt der Grünanlagen, die externen Kosten für die Felsräumung sowie die Felssicherungen bestritten. Auch die Kosten für die Abfallbeseitigung werden über dieses Konto abgerechnet.

Verbrauchsmaterial Magazine (Konto 600.314.08)
Budget CHF 250 000
Aufwendungen CHF 249 634
Unter diesem Konto werden die Aufwendungen für die Reparatur von Unfallschäden und Vandalismus an Landeseigentum und den Unterhalt von LBA-Wartekabinen verbucht. Ein grosser Teil der Unfallschäden kann zwar weiterverrechnet werden, wird aber dann einem anderen Konto gutgeschrieben. Die Verbrauchsmaterialien für den Betrieb und Unterhalt der Landstrassen wie Temporärsignalisationen, Schlossereibedarf, Kleinwerkzeuge und dergleichen gehen ebenso zu Lasten dieses Kontos. Die Kosten für die Telekommunikation werden ebenfalls diesem Konto belastet.

Unterhalt Werkleitungsstollen (Konto 600.314.09)
Budget CHF 15 000 (Anteil Land)
Aufwendungen CHF 14 575
Die Unterhaltsaufwendungen für den Werkleitungsstollen sind gemäss Aufteilungsschlüssel des Zweckverbandes zu 3/7 vom Land zu tragen. Eine Risikoanalyse für allfällige Szenarien im Portalgebäude West, die im Berichtsjahr in Auftrag gegeben wurde, bedingte Sofortmassnahmen, die bereits umgesetzt wurden.

Versicherungen (Konto 600.318.03)
Budget CHF 20 000
Aufwendungen CHF 15 974
Über dieses Konto werden alle Haftpflichtversicherungen der Fahrzeuge des Tiefbauamtes bezahlt.

Maschinen/Fahrzeuge Neuanschaffungen (Konto 600.506.00)
Budget CHF 250 000
Aufwendungen CHF 249 645
Die Erneuerung des bestehenden Fahrzeugparks wird weiter kontinuierlich fortgesetzt. So konnten zwei beinahe 20-jährige Fahrzeuge mit je 300 000 km Fahrleistung durch umwelttechnisch zeitgerechte Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter ersetzt werden. Für die Winterdienst-Strecke Balzers-Vaduz wurde ein moderner Salz/Solestreuer angeschafft. Seine neue Technologie verspricht ein grosses Einsparpotential bei den Streumitteln. Auch musste der alte Schneepflug für die Strecke Mühleholz Vaduz bis Gaflei abgelöst werden.

Übersicht über die Konten des Werkbetriebes

Konto Nr.	Text/Objekt	Budget	Aufwand	Bemerkungen
600.313.01	Material, Transporte etc.	180 000	179 417	
600.314.02	Technischer Dienst	320 000	325 605	
600.314.03	Maschinen und Werkzeuge	375 000	459 915	NK 85 000
600.314.04	Baulicher Unterhalt	2 900 000	3 375 076	NK 475 000
600.314.05	Brückenunterhalt	1 200 000	1 198 861	
600.314.06	Winterdienst	850 000	840 778	
600.314.07	Fremdleistungen	230 000	236 930	
600.314.08	Verbrauchsmat. Magazine	250 000	249 634	
600.315.09	Werkleitungsstollen	15 000	14 575	
660.318.03	Versicherungen	20 000	15 974	
600.506.00	Maschinen/Fahrzeuge Neuanschaffungen	250 000	249 645	
Total		**6 590 000**	**7 146 410**	**NK 560 000**

Vermessung und Geoinformation

Aufwendungen gemäss Finanzgesetz

Konto	Kontotext	Budget	Aufwand	Ertrag
104.318.01	Landesvermessung	950 000	809 123	
104.318.02	Nachführung Vermessungsoperate	110 000	116 955	
104.318.03	LIS/GIS-Koordination (GDI)	100 000	78 604	
104.318.04	Ertrag Landesinformationssystem	-70 000		-75 659
104	**Total**	**1 090 000**	**1 004 682**	**-75 659**

Landesvermessung (Konto 104.318.01)
Das Hauptereignis war der 23. Kongress der Internationalen Vereinigung der Vermessungsingenieure (FIG) im Oktober des Berichtsjahres in München. 2750 Teilnehmer aus 100 Nationen nahmen am Kongress teil. In seiner Ansprache zur Eröffnung des Kongresses richtete Professor Klaus Töpfer, ehemaliger deutscher Umweltminister, einen dringenden Appell für die Zusammenarbeit mit der dritten Welt an die Teilnehmer. Er bezeichnete Geomatik und Landmanagement als Basis von Entwicklung und Frieden in der Welt. Mit Blick auf die aktuellen Konflikte in der ganzen Welt zitierte er: «Zerstöre die Kataster und ihr beschwört einen Krieg herauf».

In Liechtenstein sieht es nicht nach Krieg aus. Nachdem bereits im Jahre 2004 die revidierte und digitalisierte Landesgrenze zur Schweiz offiziell anerkannt wurde, konnte nun auch im Oktober dieses Jahres die vierte Revision der Landesgrenze zu Österreich in bestem Einvernehmen offiziell abgeschlossen werden. Bei dieser Revision sind alle vermarkten Grenzpunkte neu vermessen worden. Die unvermarkten Bruchpunkte im Gebirge wurden aus je einer liechtensteinischen und österreichischen fotogrammetrischen Vermessung ausgewertet, gegenseitig kontrolliert und einvernehmlich pro Bruchpunkt die Koordinaten festgelegt. Die Landesfläche kann nun aus den Koordinaten exakt berechnet werden und beträgt neu nun 160,475 km^2.

Als letztes noch unvermessene Baugebiet ist nun auch in Schellenberg die Vermarkung der Grundstücke im Gang. Diese gestaltet sich teilweise schwierig, weil die vorhandene Vermarkung und die alten Pläne teilweise nur unzureichend übereinstimmen. Noch schlimmer ist die Situation in den Waldgebieten der Unterländer Gemeinden am Eschner Berg. Die Vermessungsfachleute müssen sich buchstäblich durch Gestrüpp durchschlagen, um eventuell noch Grenzzeichen zu finden. Eine Übereinstimmung der alten Pläne mit der vorhandenen Vermarkung ist kaum gegeben. Daher sind fehlende Eckpunkte nur schwer rekonstruierbar. Neben einem robusten Naturell ist daher vom Vermessungsingenieur auch viel Erfahrung und Verhandlungsgeschick gefordert. Von den Eigentümern andererseits wird viel Vertrauen in die Kunst der Vermessungsfachleute und Verständnis für die schwierige Ausgangslage abverlangt. Durch die Neuvermessung wird aber letztendlich Klarheit geschaffen und somit oftmals dem Misstrauen gegenüber einem Nachbarn oder gar einem schwelenden Grenzkonflikt der Boden entzogen. So leistet die Amtliche Vermessung einen wichtigen Beitrag zum inneren Frieden in Liechtenstein. Bis auf ein relativ kleines Gebiet im Eschner Riet sind nun auch in den letzten Gebieten die Arbeiten zur Neuvermessung im Gange.

Im Berichtsjahr bestätigte die Eidgenössische Vermessungsdirektion in ihren Verifikationsberichten die

einwandfreie Durchführung von Vermessungsarbeiten in Schaan, Balzers und Triesen. Nach der rechtlichen Anerkennung durch die Regierung konnte das Grundbuch die Neuvermessungen grundbuchlich eintragen.

Sowohl in der Schweiz wie auch bei uns setzte man die Anstrengungen zur qualitativen Verbesserung und Vereinheitlichung der Amtlichen Vermessung fort. Schweizweit sind die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des neuen Bezugssystems LV95 in der Abschlussphase. Im Berichtjahr wurde ein neues Datenmodell für die Amtliche Vermessung erarbeitet. Es soll bis Mitte des nächsten Jahres für alle Vermessungsoperate angewendet werden. Das neue Datenmodell wird diverse Verbesserungen für die Amtliche Vermessung mit sich bringen.

Amtliche Vermessung (AV)

Fixpunktnetz

Die Amtliche Vermessung baut auf dem Fixpunktnetz der Landesvermessung auf. In den letzten Jahren ist es dank sehr präzisen GPS-Messungen (Messungen mit Hilfe von Satelliten) sukzessive verbessert worden. Dank der modernen Vermessungsmethoden kann es auch ausgedünnt und damit die Anzahl der Fixpunkte reduziert werden. Dadurch werden sich langfristig die Unterhaltkosten erheblich sinken. Als Grundlage zur weiteren Ausdünnung des Fixpunktnetzes sind in Triesen und Triesenberg alle Fixpunkte lagemässig überprüft und auf ihren Vermarkungszustand hin untersucht worden.

Untersucht wurde auch der Zustand des Höhenfixpunktnetzes (Landesnivellement) landesweit. Es wurde festgestellt, dass ca. 20% aller Höhenfixpunkte fehlen. In den nächsten Jahren muss entschieden werden, was mit dem Höhenfixpunktnetz geschehen soll.

Ein Konzept zur Behandlung der Fixpunkte aus dem Jahr 1997 muss überarbeitet und den neuen Verhältnissen angepasst werden. Ein erster Entwurf wurde bereits verfasst.

Aufträge zur Amtlichen Vermessung

Im Berichtsjahr wurden sieben Aufträge zur Amtlichen Vermessung vergeben. Als grösster und wichtigster Auftrag wurde das Dorfgebiet Hinterschellenberg und Riet vergeben.

Sechs Vermessungsoperate konnten von der Regierung als rechtskräftig erklärt und dem Grundbuchamt zur Eintragung übergeben werden.

Gesetzliche Grundlagen und Richtlinien

Die neuen schweizerischen Richtlinien zum Detaillierungsgrad in der Amtlichen Vermessung für die Informationsebenen Bodenbedeckung und Einzelobjekte wurden überarbeitet und an die liechtensteinische Gesetzgebung und die liechtensteinischen Verhältnisse angepasst. Diese Richtlinie ist als Nachschlagkatalog mit entsprechenden Abbildungen konzipiert. Es soll dem bearbeitenden Vermessungsfachmann die Entscheidung, wie detailliert ein Objekt aufgenommen und dargestellt werden muss, erleichtern.

Zum neuen Sachenrecht arbeitete die Abteilung Vermessung und Geoinformation eine Stellungnahme zu den «Gebieten mit dauernder Bodenverschiebung» aus.

Hoheitsgrenzen/Landesgrenzen

Im Oktober konnte die österreichisch-liechtensteinische Landesgrenzkommission die vierte Revision der Landesgrenze Österreich-Liechtenstein offiziell abschliessen. Bei dieser Revision sind alle vermarkten Grenzpunkte revidiert und neu vermessen worden. Die nicht vermarkten Landesgrenzabschnitte konnten numerisch festgelegt werden. Die Koordinaten dieser Punkte entstammen einer liechtensteinischen wie auch österreichischen fotogrammetrischen Auswertung.

Aufwendungen 2006 (Konto 104.318.01)

Im Folgenden bedeutet:
- EE = Ersterhebungen (resp. Neuvermessung)
- EN = Erneuerungen (technische Anpassung bestehender Grundbuchvermessungen)
- AV = Amtliche Vermessung

EN Alpen- und Gemeindewaldungen (AGW) CHF 107 676

- EN AGW, Operat 1: Die Kontrollpunktmessungen sind abgeschlossen. Die Abklärungen entlang der Landesgrenze und die Perimeterbereinigungen, sowie die Aufarbeitung der Ebenen Liegenschaften, Blatteinteilung, Planrahmen und Toleranzstufeneinteilung sind grösstenteils erledigt und eine Flächenvergleichstabelle ist erstellt.
- EN AGW, Operat 2: Mit der Aufarbeitung der Ebene Liegenschaften wurde begonnen.

AV Balzers CHF 80 140

- EE Balzers, Operat 5 (Riet): Die Arbeiten sind abgeschlossen. Die Aktenübergabe erfolgte am 29. März 2006. Das Vermessungswerk ist im Grundbuch eingetragen.
- EN Balzers, Operat 8 (Erneuerung Bodenbedeckung Plan 1-9, 20-21) : Die Aufarbeitung der Pläne ist abgeschlossen. Die Abgabe zur Schlussverifikation ist in Vorbereitung.
- EN Balzers, Operat 9 (Erneuerung Los 1): Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Die Abgabe zur Schlussverifikation ist in Vorbereitung.
- EN Balzers, Operat 10 (Erneuerung Los 2): Das LFP3-Netz (Lagefixpunktnetz der Kategorie 3) wurde im Feld gemessen und im Büro bearbeitet. Die Berechnungsakten wurden zur Stellungnahme an die Verifikationsbehörde weitergeleitet.

AV Triesen CHF 36 202

- EE Triesen, Operat 8: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk ist vom 31. März

bis 18. April 2006 öffentlich aufgelegen. Die Aktenübergabe erfolgt am 12. Januar 2007.
– EE Triesen, Operat 9: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk ist vom 31. März bis 18. April 2006 öffentlich aufgelegen. Die Aktenübergabe erfolgt am 12. Januar 2007.

AV Triesenberg CHF 7 182
– EN Triesenberg, Operat 8 (Steg): Die Bodenbedeckung und die Einzelobjekte wurden gemäss FL Datenkatalog vor Ort überprüft und in den Vermessungsakten ergänzt. Die Abgabe zur Schlussverifikation ist in Vorbereitung.

AV Gamprin CHF 89 909
– EE Gamprin, Operat 2: Zur Durchführung der Neuvermessung im Waldgebiet wurde ein übergeordnetes Fixpunktnetz gemessen. Die Netzberechnung wurde am 7. Juli 2006 von der Verifikationsbehörde genehmigt.
– EE Gamprin, Operat 4: Die Feldaufnahme der Ebenen Liegenschaften, Bodenbedeckung und Einzelobjekte sowie die Detailpunktberechnung und die Aufarbeitung der Ebenen Liegenschaften, Bodenbedeckung, Einzelobjekte, Nomenklatur und Planrahmen ist abgeschlossen. Die Detailpunktberechnung befindet sich in der Zwischenverifikation.

AV Ruggell CHF 151 630
– EE Ruggell, Operat 3: Die Feldarbeiten sind beendet. Die Aufarbeitung der Pläne ist weitgehend abgeschlossen.
– EN Ruggell, Operat 4 (Erneuerung Los 1): Die bestehenden Ebenen der Amtlichen Vermessung wurden mittels Transformation an die neu bestimmten Fixpunkte angepasst. Im Weiteren wurde das bestehende Polygonnetz in ein modernes LFP3 Netz gemäss Vermessungsgesetz umgewandelt und die Spannungen in den Fixpunkthöhen ausgeglichen. Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Die Schlussverifikation fand am 7. Dezember 2006 statt.
– EE Ruggell, Operat 5: Die Feldarbeit ist abgeschlossen. Die Aufarbeitung der Pläne ist im Gange.
– EE Ruggell, Operat 6: Für den Beginn der Neuvermessungsarbeiten wurden administrative (Vorprojekt etc.) und organisatorische Vorarbeiten geleistet. Die Feldaufnahme der Gewanngrenzen ist abgeschlossen. Das LFP4-Netz (Lagefixpunktnetz der Kategorie 4) wurde rekognosziert.
– EE Ruggell, Operat 7: Für den Beginn der Neuvermessungsarbeiten wurden administrative (Vorprojekt etc.) und organisatorische Vorarbeiten geleistet. Ein Teil des LFP4-Netzes wurde rekognosziert.

AV Schellenberg CHF 23 006
– EE Schellenberg, Operat 5: Für den Beginn der Neuvermessungsarbeiten wurden administrative und organisatorische Vorarbeiten geleistet.
– EE Schellenberg, Operat 3: Diverse Vorarbeiten sind erledigt.
– EE Schellenberg, Operat 4: Diverse Vorarbeiten sind erledigt.

AV Schaan CHF 32 257
– EN Schaan, Operat 5: Die Vorabklärungen zur Bereinigung des Grundbuchs, betreffend die Löschung von Katasternummern, welche bei der grundbuchlichen Eintragung der Vermessungsoperate 1 und 2 versehentlich nicht gelöscht wurden, sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk befindet sich in der Schlussverifikation.
– EE Schaan, Operat 7: Die Schlussverifikation und die Schlussauflage wurden durchgeführt und die Register und Verzeichnisse sind erstellt. Das Vermessungswerk wurde zur grundbuchlichen Eintragung abgegeben. Das Vermessungswerk ist rechtskräftig und im Grundbuch eingetragen.

AV Planken CHF 9 718
– EE Planken, Operat 3: Die Schlussverifikation und die Schlussauflage wurden durchgeführt und die Register und Verzeichnisse sind erstellt. Das Vermessungswerk wurde zur grundbuchlichen Eintragung abgegeben. Das Vermessungswerk ist rechtskräftig und im Grundbuch eingetragen.

AV Mauren CHF 105 388
– EN Mauren, Operat 4: Das Vermessungswerk wurde in das Operat 10 integriert.
– EE Mauren, Operat 7: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk ist bereit zur Schlussverifikation.
– EE Mauren, Operat 8: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk ist bereit zur Schlussverifikation.
– EE Mauren, Operat 9: Diverse Vorarbeiten sind erledigt.
– EN Mauren, Operat 10: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk befindet sich in der Zwischenverifikation.

AV Eschen CHF 76 463
– EE Eschen, Operat 4: Die Feldaufnahme der Ebenen Liegenschaften, Bodenbedeckung und Einzelobjekte sowie die Detailpunktberechnung und die Aufarbeitung der Ebenen Liegenschaften, Bodenbedeckung, Einzelobjekte, Nomenklatur und Planrahmen sind abgeschlossen. Die Detailpunktberechnung ist zur Zwischenverifikation bereit.
– EE Eschen, Operat 5 (LFP3-Netz Malanser): Der Netzentwurf ist erstellt, und die Rekognoszierung und Vermarkung der Fixpunkte ist abgeschlossen. Die Toleranzstufeneinteilung und die Planeinteilung sind erstellt.

Weitere Aufwendungen für die Amtliche Vermessung

Instrumente CHF 246
In diesen Aufwendungen sind Gebühren für einen Servicevertrag zur Vermessungssoftware sowie weitere Dienste enthalten.

Verifikation CHF 55 170
Mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion in Bern besteht ein Vertrag zur Verifikation und fachlichen Begleitung der Vermessungsoperate.

Diverses CHF 34 135
Diese Kosten beinhalten Aufwendungen für Sitzungen und kleinere Arbeiten im Zusammenhang mit dem Vermessungswesen und der Geodateninfrastruktur (GDI) wie auch Mitgliederbeiträge für schweizerische Organisationen.

Nachführung der Vermessungsoperate (Konto 104.318.02)
Sämtliche Bestandteile der Amtlichen Vermessung unterliegen der Nachführungspflicht. Als Nachführung gilt die Anpassung der Bestandteile der Amtlichen Vermessung an die veränderten rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse. Die Kosten für die Nachführung sind nach dem Verursacherprinzip durch den Eigentümer (bei Grenzänderungen) resp. den Bauherrn (bei Gebäudenachführungen und Rekonstruktionen) zu tragen und werden durch den zuständigen Nachführungsgeometer in Rechnung gestellt. Aufwendungen, die nicht direkt einem Verursacher angelastet werden können, zum Beispiel Kosten für die Datenaufbewahrung, die Auskunftserteilungen, die Fehlerbehebungen oder die Vermarkung landeseigener Grundstücke werden durch das Land getragen.

Nachführung Grundbuchvermessung	CHF 106 358
Nachführung Altvermessung	CHF 10 597

Geodateninfrastruktur GDI (Konto 104.318.03)
Die Arbeiten zum weiteren Ausbau der Geodateninfrastruktur wurden auch im Jahr 2006 weitergeführt. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Amtsstellen wurden verschiedene Fragen im Bereich der Raumplanung, des Ereigniskatasters, des Wanderwegkataster, der neuen Wanderkarte und der Fliessgewässer bearbeitet. Das Angebot der öffentlichen Themen im Geodatenportal wurde mit den Themen Erdsondenkarte, öffentlicher Verkehr und Wanderwege erweitert.

Wir bemühten uns, das Angebot an Daten für Anwender der GDI noch zu verbessern. So haben wir z. B. mit österreichischen Behörden Kontakt aufgenommen, um die Möglichkeiten eines Datenaustausches zu erörtern.

Mit Genugtuung können wir feststellen, dass für ganz verschiedene Aufgabenstellungen mehr und mehr Daten der Geodateninfrastruktur genutzt werden. Als Beispiel erwähnt sei hier unsere Landespolizei, die einen neuen Arbeitsplatz zur Bearbeitung der Geodaten eingerichtet hat, damit für die Bewältigung ihrer zahlreichen Aufgaben die Daten der GDI besser genutzt werden können. Auch der Landesführungsstab hat damit begonnen, zur Erstellung von Plänen verschiedenster Art die Daten der GDI zu nutzen.

Wanderwegnetz auf dem Geodatenportal der Landesverwaltung

Im Berichtjahr wurde ein Konzept zum weiteren Ausbau der GDI ausgearbeitet. Das Konzept wurde im Hinblick auf die neusten Entwicklungen in unseren Nachbarländern angepasst und ergänzt das ursprüngliche Konzept aus dem Jahr 1994. Das Konzept soll der Regierung zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Aufwendungen Konto 104.318.03 im Einzelnen

Expertenhonorar CHF 31 047
Die Entwicklung im Bereich GDI wird von einem externen Experten begleitet.

Implementationen CHF 31 568
Darunter fallen die Aufwendungen für die Umstellung und Systemanpassung an das neue Datenmodell der Amtlichen Vermessung.

Koordination und Diverses CHF 15 990
Darunter fallen die Aufwendungen für die Koordination mit den Gemeinden und weiteren Partnern. Im Jahr 2006 wurden die alten Landeskarten 1:10 000 der Jahre 1967 und 1979 gescannt, die somit im Rahmen der GDI und der Datenausgabe zur Verfügung stehen. Ebenfalls sind die Nutzungsgebühren für die schweizerischen digitalen Landeskarten enthalten. Das Tiefbauamt übernimmt gemäss Vertrag mit dem Bundesamt für Landestopographie die erneuerten Karten und stellt sie den Amtsstellen zur Verfügung. Die gesamten Gebühren für diese Karten werden durch das Tiefbauamtsbudget abgedeckt.

Einnahmen aus der Datenabgabe (Konto 104.434.01, Einnahmen GDI)

Einnahmen 2006 CHF 75 659

Die Einnahmen für die Datenabgabe sind im Wesentlichen die Investitionsgebühren für die Amtliche Vermessung. Darin sind aber auch die Leistungen zur Datenabgabe enthalten.

Rüfen und Gewässer

Allgemeines

Eine mit der im August des Vorjahres vergleichbare Wetterlage, liess für den 17. / 18. September wiederum rekordverdächtige Niederschlagsmengen erwarten. Entgegen den prognostizierten Werten fielen die effektiven Niederschlagsmengen mit knapp 100 mm bzw. die beobachteten Hochwasserspitzen moderat aus. Entsprechend waren auch die Schäden an den Schutzbauten und Infrastrukturen nicht mit jenen des Hochwasser vom 22. August 2005 vergleichbar.

Die vom Landtag im Herbst 2005 verabschiedete Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden wurde im Berichtsjahr erstmals kostenwirksam. Beteiligten sich die Gemeinden in den Bereichen Rheinschutzbauten (vgl. Konto 750.314.01 – Unterhalt und Konto 750.314.01- Investitionen), Rüfeschutzbauten (vgl. Konto 750. 562.02) und Rutschsanierungen (vgl. Konto 750.562.04) bislang mit 20% an der Kostentragung, werden diese Aufwendungen neuerdings zu 100% vom Land finanziert. Bei einem Gesamtaufwand von CHF 3, 512 Mio. resultiert im Aufgabenbereich, Rüfen und Gewässer damit für das Land im Jahre 2006 eine Mehrbelastung von CHF 700 000.–.

Mit der Finanzentflechtung vereinfacht sich unter anderem die Rechnungslegung in den davon betroffenen Aufgabenbereichen. Die buchhalterisch aufwändige Ermittlung und Ausweisung der Gemeindeanteile entfällt. Um die Kontinuität in der Berichterstattung sicherzustellen, wird im Rahmen des Rechenschaftsberichts an der traditionell für jeden Aufgabenbereich in Tabellenform aufbereiteten Kostenzusammenstellung festgehalten. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die in der Abteilung Rüfen und Gewässer im Jahre 2003 eingeführte Kosten-/ Leistungsrechnung eine Vollkostenrechnung erlaubt. D.h., dass neben den im Budget genehmigten und in der Investitionsrechnung ausgewiesenen Aufwendungen (Primärkosten/Drittaufträge) auch die verwaltungsintern erbrachten Leistungen (Sekundärkosten) für jeden Aufgabenbereich ausgewiesen werden können.

Gewässerunterhalt (Konto 750.362.00) - Unterhalt/Betrieb Maschinen und Fahrzeuge (Konto 750.312.00)

Abgesehen vom dem im Berichtsjahr neu angeschafften Transportfahrzeug, sind beim Gewässerunterhalt noch durchwegs Gerätschaften älteren Jahrgangs im Einsatz. Unvorhersehbare und damit nicht budgetierbare Reparaturarbeiten am 14-jährigen Böschungsmäher sowie am 26-jährigen Mähboot führten zu einer Kreditüberschreitung von CHF 20 000.–.

Gewässerunterhalt (750.362.00)

Kostenträger	Bezeichnung	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)
T7500810	Spiersbach	2 551	42 590	45 141
T7500820	Grenzgraben	1 522	9 000	10 522
T7500830	Scheidgraben	989	26 479	27 468
T7500840	Esche	10 358	67 456	77 814
T7500850	Binnenkanal	32 920	37 408	70 328
T7500860	Parallelgraben	1 452	12 182	13 634
T7500890	Gräben allgemein	50	293	343
		49 842	**195 408**	**245 250**

Gewässerbau (Konto 750.501.02)

Die mit dem Land Vorarlberg im Grenzgebiet geplanten Realisierungen der Gewässerneugestaltungsprojekte, Egelsee und, Spiersbachmündung konnten nicht wie vorgesehen in Angriff genommen werden. Die Konkretisierung der im vergangenen Jahr für das Projekt, Egelsee vom zuständigen Bundesministerium erhaltene generelle Finanzierungszugsage, erweist sich als nicht einfach. Der bedingt durch die schwierigen baugrundtechnischen Verhältnisse vergleichsweise hohe Kostenvoranschlag, wurde von den österreichischen Bundesbehörden zur Überarbeitung zurückgewiesen.

Im Zuge der Projektgenehmigung, Spiersbachmündung äusserten verschiedene Sachverständige den Wunsch, innerhalb eines erweiterten Variantenstudiums zusätzliche Lösungsmöglichkeiten für die anstehenden Fragestellungen aufzuzeigen. Der ursprünglich für den Winter 2006 / 07 fixierte Baubeginn, wurde auf den kommenden Herbst 2007 verlegt.

Die Hochwasser der vergangenen Jahre (1999, 2000, 2005) haben die beschränkten hydraulischen Abflusskapazitäten des Binnenkanals in den Gemeinden Balzers, Triesen und Vaduz aufgezeigt. Zur Beurteilung der Überschwemmungsgefahr war basierend auf der im Jahre 2002 erstellten hydrologischen Studie bereits im Jahre 2004 die hydraulische Modellierung verschiedener Abflussganglinien geplant. Mit der Bereitstellung des hierfür erforderlichen digitalen Terrainmodells (DTM) durch die Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA), konnte im Herbst mit den Vorarbeiten zur Modellierung gestartet werden. Die im Frühjahr 2007 erwarteten Resultate gelangen in den aktuell laufenden Detailabklärungen zur Hochwassersicherheit bei der Dröschistrasse, Triesen, (Neubauprojekt Kanalbrücke) und der Kirchstrasse, Vaduz, (Anpassung Fussgängerbrücke) unmittelbar zur Anwendung.

Über die im Jahre 1998 fertig gestellte Neuanbindung des Kleinen Kanals an den Binnenkanal findet nicht nur die Fischfauna einen ungehinderten Zugang zum Schaaner Gewässernetz, sondern auch die wiederholt aufgetretenen Hochwasserspitzen des Binnenkanals. Mit dem Bau eines fischgängigen Drosselbauwerkes wurden die künftigen Hochwasserspitzen im Kleinen Kanal limitiert.

Gewässerbau (750.501.02)

Kostenträger	Bezeichnung	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)
T7500811	Gewässerneugestaltung Spiersbach	8 064	2045	10 109
T7500841	Esche - Egelsee	35 678		35 678
T7500842	Esche - Renaturierung Sportpark Es/Ma	5 056		5 056
T7500843	Esche - Gewässerentwicklungskonzept	4 923		4 923
T7500852	Binnenkanal - Retention Gartnetsch Tr.	39 673		39 673
T7500853	Binnenkanal - Totholzeintrag	2 339	503	2 842
T7500855	Binnenkanal - Neugestaltung ARA Be.	2 039	16	2 055
T7500891	Gewässerbau allgemein	67 189	73	67 262
		164 961	**2 637**	**167 598**

Rheinschutzbauten

Unterhalt Rheinwuhr (Konto 750.314.01)

Parallel zur Finanzentflechtung erfolgte in Abstimmung mit den Gemeinden beim Unterhalt des Rheinwuhrs auch eine effektive Entflechtung der Tätigkeiten vor Ort. Bis dato erledigten die Gemeinden den Unterhalt des Vorgrundweges mit eigenem Werkpersonal und stellten die Aufwendungen dem Land in Rechnung. Ab dem Jahre 2006 wird der jährliche Unterhalt des Vorgrundes, bestehend aus einer einmaligen Mahd des Weges sowie der Beseitigung von Gehölzpflanzen im Vorgrundbereich selbst, auf der gesamten Rheinstrecke von der Unterhaltsequipe des Tiefbauamtes gewährleistet. Die vom Tiefbauamt ausgeführten und finanzierten Unterhaltsarbeiten haben primär die Funktionstüchtigkeit des Vorgrundes im Sinne des Hochwasserschutzes zu gewährleisten. Der Vorgrundweg als Erholungseinrichtung stellt erfahrungsgemäss weitergehende Ansprüche an den Unterhalt (mehrmalige Mahd, Sitzbänke, Abfallentsorgung etc.). Diese Zusatzaufgaben werden künftig von den jeweiligen Hoheitsgemeinden nach eigenem Gutdünken und auf eigene Kosten wahrgenommen.

Auf Grund der im letzten Jahr abgeschlossenen systematischen Untersuchungen des Vorgrundes, wurden die notwendigen Ergänzungsarbeiten am Rheinwuhr in Balzers (km 34.6 – km 36.2) und Triesen (km 40.3 – km 41.3) fortgesetzt.

Angesichts seiner Artenvielfalt zählt der Rheindamm zu den wertvollsten im Lande vorhandenen Lebensräume für Flora und Fauna. Da der Standort einer naturgegebenen wie auch unterhaltsbedingten Sukzession unterliegt, muss die Pflege dieser einmaligen Magerwiese von Zeit zu Zeit den aktuellen Verhältnissen angepasst werden. Im Sinne eines Pilotprojektes wurden verschiedene neuartige Pflegeeingriffe (Bodenschürfungen, verschieden Mähtermine etc.) örtlich begrenzt ausgeführt. Der Effekt bzw. Erfolg der eingesetzten Unterhaltsmethoden soll im Rahmen eines gezielten Monitorings erfasst und dokumentiert werden.

Im Zuge der vom Denkmalschutz initiierten Abklärungen betreffend den bei der Alten Rheinbrücke Vaduz – Sevelen zwingend notwendigen Sanierungsarbeiten, wurden vom Tiefbauamt auch hochwasserspezifische Fragestellungen bearbeitet. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen bestätigen die bisherige Einschätzung: Bei grossen Hochwasserereignissen (Eintretenswahrscheinlichkeit < 100 Jahre) wächst der hydrostatische Druck auf ein Mass an, das die Tragfähigkeit der aus dem Jahre 1870 stammenden Brückenpfeiler in Frage stellt. Ein Versagen der Brückenpfeiler kann mit der Zerstörung der Brücke gleichgesetzt werden.

Investitionen Rheinwuhr (Konto 750.314.01)

Nachdem das gemeinsam mit dem Kanton St. Gallen vor zwei Jahren gestartete Pilotprojekt, Überprüfung der

Dammstabilität km 40.0 – 50.0 planmässig im Frühjahr 2006 abgeschlossen werden konnte, wurden die geotechnischen Untersuchungen auf den zwischen der Sohlschwelle Fläsch und der Binnenkanalmündung Ruggell verbleibenden Dammabschnitten (km 34.0 – 40.0 und km 50.0 – 61.5) fortgeführt. Dank den Erkenntnissen aus dem Pilotprojekt war es möglich, die weitere Begutachtung wesentlich effizienter und kostengünstiger auszugestalten. Auf Grund der vorliegenden Ergebnisse präsentiert sich der Zustand des Rheindamms wie folgt:

a) Die Dammstabilität ist ausreichend um ein hundertjähriges Hochwasser (HQ 100: 2 550 m3/s) auf der gesamten Länge des liechtensteinischen Rheinabschnitts (km 34 – 61.5) schadlos abzuleiten.
b) Bei grösseren Rheinhochwassern (HQ300 und grösser: 3 250 m3/s) ist die Standfestigkeit der Dämme abschnittsweise gefährdet. Werden im Ereignisfall die Schwachstellen rechtzeitig erkannt und Gegenmassnahmen (z.B. Auflastfilter im landseitigen Böschungsfussbereich) eingeleitet, kann die Gefahr eines Dammbruches weitgehend eliminiert werden.

Die zur Gewährleistung der Standfestigkeit bei grösseren Hochwassern notwendigen Kontrollen und Interventionen erfordern einen bei jeder Witterung uneingeschränkten Zugang zum landseitigen Dammfuss. Die Projektierung eines entsprechenden befestigten Unterhaltsweges und die Einholung der erforderlichen Grunddienstbarkeiten (Weg- und Baurechte) konnte im Berichtsjahr für den Abschnitt Triesen nahezu um Abschluss gebracht werden.

Die von der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) aktuell zur Bearbeitung frei gegebenen Projekte sind für Liechtenstein in mancherlei Hinsicht von besonderem Interesse:

Nach wiederholten Verzögerungen fand im Februar die Startsitzung und die effektive Auftragserteilung zum Projekt A2+ resp. C13 statt (Projekterweiterung A2 – Schadenrisiken und Schutzmassnahmen im Alpenrheintal). Wie bereits für das untere Rheintal erfolgt, sollen dabei für den Liechtensteiner und Werdenberger Talraum die Folgen eines Dammbruchs modelliert und in Form von Überflutungskarten dargestellt werden. Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen dürfen im Dezember 2007 erwartet werden.

Wird auf den Internationalen Rheinstrecken unterhalb von Kriessern der Pegel des 100-jährigen Hochwassers deutlich überschritten, kann momentan ein Überströmen des Dammes bzw. ein dadurch gezeitigter Dammbruch kaum verhindert werden. Im Rahmen des Projektes, Vertiefung Notentlastung wird untersucht, inwieweit die Hochwasserspitzen mit Retentionen im Oberlauf oder der Ausgestaltung von parallel zum Rhein verlaufenden Entlastungskorridoren zu brechen sind, dass Ausuferungen im Unterlauf verhindert werden können. Bezüglich der Einrichtung von Hochwasserretentionsräumen auf Liechtensteinischem Hoheitsgebiet hat das Land mit Verweis auf die beschränkten räumlichen Verhältnisse bereits zu Beginn des Projektes Vorbehalte deponiert.

Unterhalt Rheinwuhr (Konto 750.314.01) und Investitionen Rheinwuhr (750.501.03)

Kostenträger	Rheinabschnitt	Unterhalt Sekundärkosten	Mäharbeiten Primärkosten	Wuhrunterhalt Primärkosten	Wegunterhalt Primärkosten	Dammunterhalt Primärkosten	Investitionen Primärkosten
T7500710	Balzers	18 134	8 483	27 152		23 666	691
T7500720	Triesen	8 333	5 296	78 682		35 195	
T7500730	Vaduz	3 097	5 850	13		12 534	
T7500740	Schaan	13 073	6 275				
T7500750	Eschen	2 220	3 512				1 134
T7500760	Gamprin	3 114	4 663			3 309	
T7500770	Ruggell	13 303	5 814				
T7500790	Rhein allgemein	11 824			260	8 909	212 187
		73 098	**39 893**	**105 847**	**260**	**83 613**	**214 013**

Unterhalt Rheinwuhr:	Primärkosten	Mäharbeiten Rheindamm	39 893		
		Wuhrunterhalt	105 847		
		Wegunterhalt Rhein	260		
		Dammunterhalt allgemein	83 612.9	229 613	
	Sekundärkosten	Unterhaltsarbeiten Gewässergruppe		73 098	302 711
Investitionen Rheinwuhr:	Primärkosten	Untersuchungen Dammstabilität / Vorprojekt Unterhaltsweg			214 013
Total Aufwand Rheinwuhr					**516 723**

Rüfeschutzbauten (Konto 750. 562.02)

Die Starkniederschläge vom 17. September konzentrierten sich wie bereits beim Augustunwetter des vergangenen Jahres im südlichen Teil des Landes. Hochwasserabflüsse und damit einhergehende Schäden an den Schutzbauwerken waren daher ausschliesslich in den Gemeinden Balzers, Triesen und Triesenberg verlaufenden Gerinneabschnitte zu beobachten. Die ausserhalb der Gerinne an Fluren und Strassen in beschränkten Ausmass aufgetretenen Schäden waren nicht auf ausufernde Bäche, sondern auf lokal begrenzte Rutschungen zurückzuführen.

Wie die beobachteten Hochwasserspitzen, sind auch die Kostenfolgen des Unwetters vom 17. September nicht mit jenen des vorangegangenen Jahres vergleichbar. Wurden für das Jahre 2005 unwetterbedingte Sanierungsmassnahmen im Unfang von CHF 1.79 Mio. ausgewiesen, beschränken sich die Aufwendungen für die auf das Hochwasser vom 17. September zurückzuführenden Wiederinstandstellungsarbeiten auf insgesamt CHF 430 000.–. In der Tabelle Rüfeschutzbauten (Konto 750.562.02) werden nur die an Landstrassen aufgetretenen Schäden explizit ausgewiesen (T7500698 CHF 192 611.–). Die hochwasserbedingten Sanierungen an den Gerinnen selbst wurden auf den jeweiligen Kostenträgern bzw. Rüfen verbucht, können aber buchhalterisch mit CHF 227 773.– angegeben werden. In Anlehnung an den anlässlich der Vorsteherkonferenz vom 16. November 2006 erneut bestätigten Regierungsbeschluss vom 14. Juli 1999 (RA 99/1800-3409), beteiligte sich das Land auch bei diesem Unwetter an der Sanierung von nicht versicherbaren Schäden auf privaten Grundstücken (vgl. T7500699 Unwetterschäden Dritte CHF 9 101.–). Dabei übernimmt das Land ein Drittel der Sanierungskosten, sofern die Gemeinde, in der das Grundstück liegt, ebenfalls den gleichen Beitrag leistet.

Angesichts des beschränkten Schadenausmasses verzichtete man im Herbst auf die Einholung eines Nachtragskredites. Verzögerungen beim ordentlichen Bauprogramm liessen damals den Schluss zu, dass eine Finanzierung der Hochwasserschäden über das reguläre Budget möglich sein sollte. Da die milde Witterung am Ende des Jahres selbst im Alpengebiet eine uneingeschränkte Bautätigkeit bis Ende Dezember zuliess, konnte das vorgesehene Bauprogramm vollständig realisiert und das reguläre Budget für das Jahr 2006 entgegen der im Herbst gemachten Einschätzung planmässig ausgeschöpft werden. In der Folge musste dem Landtag eine Kreditüberschreitung von CHF 200 000.– zur Kenntnis gebracht werden.

Ein mit Hagelschlag verbundenes lokales Wärmegewitter im Gebiet des Dreischwesternmassivs, beendete am 28. Juli das 30jährige Schweigen der Kröppel- und Gamanderrüfe. Rüfegänge ähnlichen Ausmasses ereigneten sich in diesen beiden Gerinnen letztmals im Jahre 1975.

Im Detail wurden in den einzelnen Rüfen nachfolgende Arbeiten ausgeführt:

Alpengebiet

Malbunbach

– Neubau eines Ablenkbauwerks zwecks Umleitung der Schlucherrüfe in den neu verbauten Abschnitt (1800 m ü.M.)
– Ergänzungsarbeiten an der im letzten Jahr errichteten Sperrentreppe im Schlucher (1750 m ü.M.)
– Gestaltung einer naturnahen Pistenquerung beim Malbunbach in Zusammenhang mit dem Neubau der Skiliftanlagen (1550 m ü.M.)
– Sicherung der Strassenfundation mittels Verlängerung der Blockrampe auf dem Abschnitt, Klus / Madonna (1330 m ü.M.)
– Leerung der Sammler Fluatola und Schlucher
– Rinnensanierung beim Stachlerbach (1425 m ü.M.)

Valünabach / Saminabach

– Fundamentsanierung beim Wegübergang Grosstobelbach (1360 m ü.M.)
– Sanierungsarbeiten bei der Sperrentreppe Chauftobel (1330 m ü. M.)
– Bau eines neuen Geschiebesammlers bei der Bergleköpfrüfe, ein über die BGS finanziertes Projekt (1330 m ü.M.)
– Sperrensanierung unterhalb der Staumauer (1280 m ü.M.)
– Leerung des Kiessammlers beim Gänglesee in Verbindung mit der Strassensanierung auf Sücka

Balzers

Andrüfe

– Ausbau / Erweiterung des Kiessammlers (1. Etappe)
– Sanierung der Pflästerung unterhalb der Kantonsstrassenbrücke
– Leerung Schlammsammler
– Unterhalt Hochwasserrückhalteraum Balzner Riet

Balzner Rüfe

– Sanierung der gepflästerten Rinne, 4. Etappe (540 – 590 m ü. M.)
– Neugestaltung des zwischen dem oberen und unteren Schlammsammler liegenden Wegübergangs (500 m ü. M.)
– Leerung Kiessammler
– Einbau von Raubäumen in verschiedenen Runsen unterhalb der Mittagspitze

Böschabach

– Neugestaltung der Sammlerzufahrt im Zusammenhang mit der Sammlerleerung

Anaresch

– Ausbau des Auslaufbauwerks, Dammverstärkungen im Zusammenhang mit der Sammlerleerung

Triesen

Lawenarüfe
– Leerung des Kiessammlers
– Projektierungsarbeiten, Hochwasserrückhalteraum Alta Bach – Entamoos

Badtobelrüfe
– Gerinneprofilierung innerhalb der Sperrentreppe auf dem Abschnitt, Wisscheld (750 – 830 m ü. M.)
– Neubau von zwei Sperren auf dem Abschnitt Matruala (665 – 669 m ü.M.)
– Neubau von zwei Sperren auf dem Abschnitt Heuledi (579 – 589 m ü.M.)
– Einbau von drei Sohlschwellen beim Heuledidamm (592 – 560 m ü. M.)
– Ausbau bzw. Erhöhung des Rechenbauwerks beim Kiessammler (480 m ü. M.)
– Leerung Kiessammler
– Leerung Schlammsammler

Schindelholzbach
– Sperrensanierung im Falltobel (915 m ü. M.)
– Neubau einer Sperre im Ablaufgraben zum Schlammsammler / Sicherung des Rohrdurchlasses beim Kiessammler

Tiefegraben
– Sammlererhöhung inkl. Anpassung Auslaufbauwerk beim Hennawible Boda (650 m ü.M.)

Letzanabach
– Diverse Anpassungen (Strassenprofilierung, Abflusssektion, Umgebungsgestaltung) beim Sammler oberhalb des Neuen Weihers (700 m ü.M.)

Tobelbach
– Fertigstellung der neune Bachableitung auf dem Abschnitt, Wingarten (465 – 489 m ü. M.)

Triesenberg

Tiefegraben, Rückhaltebecken
– Erhöhung der nordseitigen Beckenabgrenzung

Rote Rüfe
– Neubau einer Holzabtreppung oberhalb der Guggerbodenstrasse (1180 – 1250 m ü. M.)
– Sennereitöbile: Instandhaltungsarbeiten an der Sammlerableitung

Vaduz

Sennereitöbile
– Sanierung der Bachableitung auf dem Abschnitt Sammler bis Städtle

Mühleholzrüfe
– Neubau eines Schutzdamms inkl. Strassenprofilierung auf dem Abschnitt Iragell – Baholz (610 – 650 m ü. M.)
– Leerung Kiessammler

Schaan

Quaderrüfe
– Neubau einer Sperre im Vorgrund der grossen Tidsperre (710 m ü. M.)

Krüppelrüfe
– Neubau einer Sperre unterhalb des Wegüberganges beim Kröppel (781 m ü. M.)
– Erhöhung des Kiessammlers in Zusammenhang mit der Sammlerleerung
– Schüttung eines talseitigen Dammes beim Ablaufgraben zur Gamanderrüfe (590 – 595 m ü. M.)

Gamanderrüfe
– Sperrensanierung im Efisalftobel (760 m ü. M.)
– Neubau eines Ablenkdammes auf Fanola (630 – 640 m ü. M.)

Eschen/Nendeln

Nendler Dorfbach
– Neugestaltung der Sammleranlage beim Café Meier (460 m ü. M.)

Heubergbach
– Neubau eines Kiessammlers

Mauren

Kracharüfe
– Sanierung des Ablaufgrabens unterhalb der Bahnlinie (440 – 450 m ü. M.)

Rüfeschutzbauten (Konto 750.562.02)

Kostentr.	Rüfe-Abschnitt	Primärkosten[1)]	Sekundärkosten[2)]	Gesamtkosten
T7500011	Malbunbach Steg	11 247	4 549	15 796
T7500014	Malbunbach Triesenberg/Schlucher	94 613	2 736	97 349
T7500016	Malbunbach Vaduzer Malbun	1 739		1 739
T7500018	Valünabach Gänglesee	3 264		3 264
T7500020	Valünabach	8 053		8 053
T7500021	Valünabach Kleinsteg	553		553
T7500022	Valünabach Triesen	6 688		6 688
T7500026	Valünabach Triesenberg	13 723		13 723
T7500027	Valünabach Grosssteg (Bergleköpf)		612	612
T7500101	Balznerrüfe	38 738	11 142	49 880
T7500102	Anaresch (Elltöbele)	12 368	6 084	18 452
T7500103	Muratöbele		293	293
T7500104	Andrüfe (Pradrüfe)	47 921	6 232	54 153
T7500105	Böschabach	23 886	466	24 352
T7500106	Kuelbrunnabäch	8 712	985	9 697
T7500201	Lawenarüfe	37 396	2 065	39 461
T7500202	Plättlitöbeli	835		835
T7500203	Badtobelrüfe	791 590	1 990	793 580
T7500204	Schindelholzbach	56 808	35 701	92 509
T7500205	Poskabach	4 181	355	4 536
T7500206	Tiefegraben/Tiefewaldgraben	23 010	10 942	33 952
T7500208	Erlenbach, Triesen	1 694	2 524	4 218
T7500209	Erlabach	392		392
T7500210	Tobelbach, Triesen	35 019	671	35 690
T7500211	Triesener Dorfbach	2 324		2 324
T7500213	Letzanabach	40 289	6 970	47 259
T7500214	Retentionsbecken Neua Weiher	5 030	1 187	6 217
T7500305	Tiefegraben, Triesenberg	8 148		8 148
T7500306	Tiefegraben, Rückhaltebecken	15 073		15 073
T7500307	Matteltigraben	6 533		6 533
T7500308	Krummer Zug	1 941		1 941
T7500311	Mühlebach-Bleikabach	2 143		2 143
T7500316	Tobelbach (Eichholztobel), T berg	7 174	3 514	10 688
T7500319	Zügigraben, Rote Rüfe	47 994		47 994
T7500402	Spaniarüfe, Erblebach	1 988	888	2 876
T7500404	Sennereitöbile	20 873	3 712	24 585
T7500405	Mühleholzrüfe	56 415	15 890	72 305
T7500407	Quaderrüfe	185 674		185 674
T7500501	Krüppelrüfe	93 543	39 217	132 760
T7500502	Gamanderrüfe (Efisalftobel)	23 312	15 035	38 347
T7500503	Igraben		4 831	4 831
T7500504	Forstrüfe	3 901	5 033	8 934
T7500508	Bühltobelbach	109	1 157	1 266
T7500601	Nendlerrüfe	13 785	862	14 647
T7500602	Nendler Dorfbach	100 847	1 572	102 419
T7500603	Heubergbach	201 642	7 090	208 732
T7500604	Kracharüfe	15 925	10 118	26 043
T7500606	Grenzgraben Tesnertobel	7 146	537	7 683
T7500698	Unwetterschäden Landstrassen	192 611		192 611
T7500699	Unwetterschäden Dritte	9 101		9 101
	Total	**2 285 951**	**204 960**	**2 490 911**

[1)] Primärkosten = Aufwand für Drittaufträge
[2)] Sekundärkosten = Aufwand für Regiegruppe des Tiefbauamtes

Konzessionen Rüfematerial (Konto 750. 439.00)
Die Hochwasser der vergangenen zwei Jahre waren mit grossen Geschiebeeinträgen in die Sammleranlagen verbunden. Das in den Kiessammlern anfallende, verwertbare Gesteinsmaterial konnte dank einer florierenden Bauwirtschaft wiederum gewinnbringend abgesetzt werden. Bei den letzten, am Ende des Jahres ausgegebenen Konzessionen, verzeichneten die offerierten Gebühren einen markanten Preisabfall, was auf eine Sättigung des Marktes hinweist. Die in der Andrüfe freigegebene Abbaumenge von 30 000 m3 fällt in Zusammenhang mit dem laufenden Ausbau des Sammlers an und ist damit nicht ein Resultat der letzten Hochwasser.

Unverwertbares Rüfematerial fällt in Form von Feinsedimenten in den Schlammsammlern oder bei ungünstigen Ablagerungsverhältnissen (Einstau infolge Verklausung der Rechenanlage mit Wildholz) im Nahbereich der Auslaufbauwerke in den Kiessammlern an. Nach Möglichkeit wird dieses Material auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ausgebracht. Die damit einhergehenden Sonderaufwendungen für Rekultivierungsarbeiten sowie die Ertragsausfallentschädigungen sind kostenintensiv und erklären die Höhe der Unterhaltsaufwendungen (ca. CHF 20.– / m3).

Konzessionsgebühren Rüfematerial (Konto 750.439.00)

Erträge aus dem Verkauf von verwertbarem Rüfematerial

Kostenträger	Rüfe	Menge m³	Preis pro m³ CHF	Betrag CHF
T7500104	Andrüfe	30 000	0.55	16 500.00
T7500201	Lawenarüfe	346	6.00	2 076.00
		60	5.00	300.00
T7500203	Badtobelrüfe	10 000	5.50	55 000.00
		1 800	5.50	9 900.00
		2 680	5.50	14 740.00
	(Steine - 34.85 to à CHF 20.00)	15	46.45	697.00
T7500405	Mühleholzrüfe	160	2.00	320.00
		10 000	4.00	40 000.00
		55 061		**139 533.00**

Entnahme von unverwertbarem Rüfematerial

Kostenträger	Rüfe	Menge m³
T7500018	Valünabach Gänglesee	1 000
T7500101	Balznerrüfe	1 600
T7500102	Anaresch	350
T7500104	Andrüfe	4 090
T7500105	Böschabach	700
T7500201	Lawenarüfe	10 860
T7500203	Badtobelrüfe	6 820
T7500210	Tobelbach Triesen	150
T7500501	Krüppelrüfe	5 300
		30 870

Unterhalt Kraftwerk Mühleholz (Konto 750.315.00)/Pachteinnahmen Kraftwerk Mühleholz (Konto 750.423.00)
Bezüglich des Betriebskonzeptes und den damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben verweisen wir auf die detaillierte Berichterstattung im Rechenschaftsbericht 2004.

Gemäss der mit den Liechtensteinischen Kraftwerken getroffenen Vereinbarung, liegt der Unterhalt der im Einzugsgebiet der Mühleholzrüfe angelegten Quellfassungen weiterhin in der Verantwortung des Landes. Ein Felssturz hat die im, Mittleren Zug situierten Fassungsanlagen arg in Mitleidenschaft gezogen, sodass zur Sicherstellung des Wasserdargebots umfangreiche Reparaturarbeiten angezeigt waren.

Unterhalt Kraftwerk Mühleholz (750.315.00)

Kostenträger	Bezeichnung	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)
T7500930	Kraftwerk Mühleholz	79 566	-	79 566
		79 566	**-**	**79 566**

Pachteinnahmen Kraftwerk Mühleholz (750.423.00)

Pächter	Gesamtertrag
Liechtensteinische Kraftwerke Schaan	**150 000**

Rutschsanierung (Konto 750.562.04)
Das zwischenzeitlich standardisierte Überwachungs- und Kontrollprogramm bestehend aus geodätischen Deformationsvermessungen einerseits sowie Inklinometer- und Ankerkraftmessungen andererseits, konnte planmässig durchgeführt werden. Im Gebiet der Gädamikreuzung (1090 m ü. M.) musste ein Inklinometer nach Erreichen des maximalen Deformationsmasses ersetzt werden.

In den Gemeinden Triesenberg und Triesen wurden im Zuge von Strassenbauprojekten folgende Entwässerungsmassnahmen durchgeführt:

Triesenberg
- Strassensanierung, Hofi-Gärbi : Bau einer Sickerleitung (865 – 870 m ü.M.)
- Bachöffnung Bodastr. – Rotenbodenstr.: Neubau einer Ableitung für die Bleikaquellen (910 – 940 m ü. M.)

Triesen
- Runkelsstr. Etappe II: Neuanschluss einer Hangwasserableitung
- Meierhofstr. Etappe II: Neubau der Bach- und Hangwasserableitung (555 – 585 m ü. M.)
- Umlegung der Hangwasserableitung oberhalb der Matschilsstr, Anwesen D. Risch

Im Frühjahr wurde in Triesenberg, im Gebiet, Hüschi , in einer übersteilen Hangzone (Parzelle Nr. 4285) ein frischer Anriss mit einem vertikalen Versatz von ca. 45 cm und einer Länge von ca. 20 m festgestellt. Zum Schutze der am Hangfuss situierten Gebäude, wurde unverzüglich ein Überwachungssystem installiert und ein mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter Geologe zur Beurteilung der Gefahrensituation beigezogen. Nachdem sich die Anfangs beobachteten Bewegungen sukzessive verlangsamten, wurde auf eine vorschnelle Realisierung von Schutzmassnahmen verzichtet.

Verschiedene Alpenländer studieren im Rahmen eines von der EU geförderten Interreg IIIB – Projektes den Einfluss des Klimawandels auf den alpinen Raum unter besonderer Berücksichtigung der Naturgefahren. (ClimCHAlp; Climate Change, Impacts and Adaption Strategies in the Alpine Space). Auf Grund des seit Jahren betriebenen umfangreichen Monitoring-Programms und der erst kürzlich mit der ETH-Lausanne abgeschlossenen Modellierung der Rutschungsmechanik, gehört der Bergsturz von Triesenberg zu den am besten untersuchten Grossrutschungen in den Alpen und ist daher bezüglich den von der EU geplanten Untersuchungen ein Studienobjekt von besonderer Qualität. Auf Einladung des Projektinitiators, dem Bayrischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, beteiligt sich Liechtenstein mit der Bearbeitung von Teilaspekten an diesem international koordinierten Forschungsprojekt. Konkret soll am Beispiel der Rutschung Triesenberg der Frage nachgegangen werden, inwieweit klimabedingte Veränderungen der Rutschungsaktivität erkannt und prognostiziert werden können.

Gefahrenkarte
Bei der Bearbeitung und Umsetzung der landesweiten Naturgefahrenkarte ist das Tiefbauamt, Abt. Rüfen und Gewässer, für die Bearbeitung sämtlicher mit den Gefahrenprozessen, Hochwasser und, Rutschungen verbundenen Fragestellungen zuständig:

Baugesuche in Gefahrenzonen
Im Rahmen des Baubewilligungsverfahren werden sämtliche Bauvorhaben, welche in eine Gefahrenzone zu liegen kommen begutachtet und mit entsprechenden Bauauflagen belegt. Im Berichtsjahr wurden diesbezüglich vom Tiefbauamt 21 Bauvorhaben behandelt.

Umsetzung der Gefahrenkarte in der Ortsplanung
Gemäss Waldgesetz (Art. 25 WaldG) sind Gefahrengebiete in den Zonenplänen der Gemeinden als Gefahrenzonen zu kennzeichnen. Des Weiteren empfiehlt die Regierung den Gemeinden, die Erkenntnisse der Gefahrenkarte bei der Nutzungsplanung, insbesondere bei der Zonierung und Neuerschliessung von Baugebieten, angemessen zu berücksichtigen. In diesem Sinne wurden Mitberichte und Stellungnahmen zu Handen der Gemeinden und der Regierung im Rahmen der Ortsplanungsrevision Balzers, Vaduz und Malbun verfasst.

Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit
Die Gefahrenkarte stellt eine Basisinformation bei der Bewältigung von Katastropheneinsätzen dar. Anlässlich von verschiedenen Ausbildungsveranstaltungen und Exkursionen, wurden den zivilen Einsatzkräften (Feuerwehr, Zivilschutz) des Landes, die Inhalte und Einsatzmöglichkeiten der Gefahrenkarte näher gebracht.

Arbeitsgruppe, Umsetzung Naturgefahrenkarte
Die praxisgerechte Umsetzung der Gefahrenkarte in den verschiedenen Planungs- und Bewilligungsverfahren ist mit komplexen Fragestellungen und weit reichenden Entscheidungen verbunden. Eine von der Regierung bestellte Arbeitsgruppe, in der neben dem Tiefbauamt und dem Amt für Wald, Natur und Landschaft auch das Hochbauamt und die Landesplanung vertreten sind, soll zu einer fachlich fundierten, breit abgestützten Entscheidungsfindung beitragen. Im Jahre 2006 traf sich die Arbeitsgruppe zu fünf Sitzungen.

Rutschsanierungen (Konto 750.562.04)

Hangsanierung Triesenberg / Triesen

Unterkonto	Bezeichnung	Kosten
750.562.04.200	Entwässerungsmassnahmen	398 441
750.562.04.300	Sondierbohrungen	4 888
750.562.04.400	Geodäsie / Deformationsvermessungen	46 663
750.562.04.900	Grundlagen / Entwässerungskonzepte	56 721
Total		**506 713**

Aufteilung nach Gemeinden

Hangsanierung Triesenberg	318 200
Hangsanierung Triesen	136 388
Hangsanierung Triesen/Triesenberg	52 125
Total	**506 713**

Geologische Untersuchungen (Konto Nr. 027.318.01)
Das Rheintal im weltweiten Vergleich im mittlerem Masse durch Erdbeben gefährdet. D.h., dass Erdbeben mit Intensitäten zwischen VII und VIII gemäss der Europäischen Makroseismischen Skala auch bei uns in Rechnung gestellt werden müssen. Viele der bestehenden Gebäude würden bei einem solchen Beben stark beschädigt oder zerstört werden.

Diese Erkenntnisse führten in den vergangenen Jahren zu einer grundlegenden Überarbeitung der Baunormen und entsprechenden Anpassungen in der Baugesetzgebung. Damit die neuen Normen und Gesetzesbestimmungen bei Neubauten effektiv umgesetzt werden können, bedarf es der Kenntnis der lokalen Baugrundverhältnisse in Bezug auf ihre Erdbebensensibilitäten. In der Mikrozonierungskarte werden diese Informationen dargestellt. Bereits im Jahre 2003 haben die Regierungen Liechtensteins und des Kantons St. Gallen vereinbart, ein gemeinsames grenzüberschreitendes Projekt zur seismischen Mikrozonierung des Talraums zu initiieren. Nach Abschluss der zeitintensiven Vorabklärungen, konnte gemeinsam mit den zuständigen Amtsstellen des Kantons St. Gallens die Ausarbeitung einer Mikrozonierungskarte in Auftrag gegeben werden.

Bauadministration

Leiter: Fritz Wohlwend

Die Bauadministration unterstützt das Hochbauamt und das Tiefbauamt im administrativen Bereich. Dem Leiter der Bauadministration obliegt die Durchführung der Verhandlungen für den Landerwerb zur Realisierung von Hoch- und Tiefbauten sowie für den vorsorglichen Bodenerwerb. Gleiches gilt für die Durchführung der Verhandlungen betreffend dem Verkauf von Liegenschaften, welche nicht zur Erfüllung der Kernaufgaben des Staates dienen.

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, sich auf die Kerngeschäfte zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang ist auch in Abstimmung mit der Finanzkommission des Landtages die Veräusserung von Liegenschaften, welche nicht der Erfüllung der Kernaufgaben dienen, vorgesehen. Die Verhandlungen betreffend dem Verkauf der insgesamt sechs Telefonzentralen konnten insofern weitergeführt werden, als der Verkauf der Telefonzentrale Vaduz dem Hohen Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Ein entsprechender Entscheid wurde in Abhängigkeit mit der Konsolidierung der Liechtenstein Telenet AG «LTN» und der Liechtensteinischen Kraftwerke «LKW» gebracht und konnte somit im Berichtsjahr nicht mehr erfolgen. Die Veräusserung der weiteren fünf Telefonzentralen wurden demzufolge ebenfalls zurückgestellt. Die Vorbereitungen für den Verkauf der Postämter an die einzelnen Gemeinden konnte vorangetrieben werden. Mit den Gemeinden Balzers und Schellenberg konnten die Verhandlungen abgeschlossen werden, der entsprechende Bericht und Antrag wird dem Hohen Landtag im ersten Quartal 2007 vorgelegt werden.

Im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung in Schaan, Bereich Feldkircherstrasse – Bendererstrasse, konnten die Verhandlungen weitergeführt werden. Zeitintensive Studien, die in der Detailplanung des Bushofes laufend erfolgten Optimierungen sowie die Verkehrsführung im Zentrum von Schaan, welche den zu erwartenden Verkehrsströmen angepasst wurde, waren alles Faktoren, welche unter anderem zur Anpassung des Richtplanes der Gemeinde Schaan und letztlich dazu führten, dass der Landerwerb im Berichtsjahr nicht vollständig abgeschlossen werden konnte.

Im Rahmen der genehmigten Strassenbauprojekte sind Bodenerwerbe für die Realisierung der Projekte in praktisch allen Fällen erfolgreich durchgeführt worden. Es handelt sich hierbei in der Regel um die Abgabe von geringen Bodenanteilen zu Gunsten der Strassenprojekte.

KOMMISSION

Schätzungskommission

Vorsitzender: Arch. HTL Peter Konrad, Landesschätzer

Gemeinden	Anzahl Schätzungen	Verkehrswert
Balzers	8	6 823 000
Triesen	2	819 000
Triesenberg	8	6 947 000
Vaduz	2	541 000
Planken	1	814 000
Mauren / Schaanwald	8	4 015 000
Eschen / Nendeln	10	6 685 000
Gamprin / Bendern	4	3 446 000
Schellenberg	2	1 460 000
Ruggell	3	2 357 000
Total per 2006	**48**	**33 907 000**

III. GERICHTE

Fürstliches Landgericht

Landgerichtsvorstand: Dr. Benedikt Marxer

Zivilstreitigkeiten (Cg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	204
Neue Fälle	383
Total	**587**
Streiturteile	107
Verzichts-, Anerkenntnis- und Versäumnisurteile	60
Anderweitige Erledigungen	269
Total Erledigungen	**436**
Pendent am 31.12.2006	**151**

Ehestreitigkeiten (Eg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	27
Neue Fälle	119
Total	**146**
Trennungsurteile	8
Scheidungsurteile	88
Andere Urteile	0
Scheidungsbeschlüsse	4
Andere Beschlüsse	11
Rückzüge	1
Anderweitige Erledigungen	7
Total Erledigungen	**119**
Pendent am 31.12.2006	**27**

Arbeitsstreitigkeiten (Ag-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	8
Neue Fälle	35
Total	**43**
Rückzüge	1
Vergleiche	12
Beschlüsse	16
Anderweitige Erledigungen	5
Total Erledigungen	**34**
Pendent am 31.12.2006	**9**

Ausserstreitige Handelsgerichtssachen (Hg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	188
Neue Fälle	49
Total	**237**
Total Erledigungen	**90**
Pendent am 31.12.2006	**147**

Öffentlichkeitsregisterbeschwerden (Ör-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	1
Neue Fälle	8
Total	**9**
Total Erledigungen	**6**
Pendent per 31.12.2006	**3**

Grundbuchbeschwerden (Gb-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neue Fälle	3
Total	**3**
Total Erledigungen	**3**
Pendent per 31.12.2006	**0**

Verlassenschaftssachen (Va-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	94
Neue Fälle	267
Total	**361**
Total Erledigungen	**266**
Pendent am 31.12.2006	**95**

Letztwillige Angelegenheiten (Erbverträge, -verzichte, Testamentserrichtungen, -hinterlegungen und – kundmachungen, Tr-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neue Fälle	145
Total	**144**
Total Erledigungen	**144**
Pendent per 31.12.2006	**1**

Vormundschafts-, Beistands-, Beirats- und Pflegschaftssachen einschl. Minderjährigenunterhalt (Pg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	27
Neue Fälle	183
Total	**210**
Total Erledigungen	**169**
Pendent am 31.12.2006	**41**

Unterhaltsbevorschussungssachen (Uv-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	17
Neue Fälle	81
Total	**98**
Total Erledigungen	**71**
Pendent am 31.12.2006	**27**

Sozialhilfesachen (Sh-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	2
Neue Fälle	27
Total	**29**
Total Erledigungen	**29**
Pendent am 31.12.2006	**0**

Übrige Pflegschaftssachen (Kuratelen, Adoptionen u.a., Np-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	6
Neue Fälle	210
Total	**216**
Total Erledigungen	**208**
Pendent per 31.12.2006	**8**

Übrige ausserstreitige Angelegenheiten (öffentliche Beurkundungen, Kraftloserklärungen u.a., Nz-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	17
Neue Fälle	151
Total	**168**
Total Erledigungen	**151**
Pendent am 31.12.2006	**17**

Gerichtliche Aufkündigungen (Kü-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neue Fälle	29
Total	**29**
Total Erledigungen	**29**
Pendent per 31.12.2006	**0**

Rechtsöffnungssachen (Rö-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	20
Neue Fälle	122
Total	**142**
Total Erledigungen	**128**
Pendent am 31.12.2006	**14**

Konkurssachen (Ko-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	66
Neue Fälle	1042
Total	**1108**
Total Erledigungen	**1027**
Pendent am 31.12.2006	**81**

Zahlbefehle und Exekutionen aller Art (Ex-Sachen)

Zahlbefehle	4049
Widersprüche	986
Fahrnispfändungen	3070
Fahrnispfändungen (Gesellschaftssteuern)	2862
Angeordnete Fahrnisversteigerungen	223
Teilzahlungsbeschlüsse	9
Lohn- und Guthabenpfändungen	665
Überweisungen einer Geldforderung	262
Kostenbeschlüsse Banken	468
Drittschuldneräusserungen	595
Liegenschaftsversteigerungen, Beitritte und Pfandrechtsbegründungen	33
Grundbuchlöschungen	25
Liegenschaftsschätzungen	9
Durchgeführte Liegenschaftsversteigerungen	4
Retentionen	20
Wechselproteste	2
Auszüge aus dem Pfändungsregister	3143
Offenbarungseide	109
Abweisung Offenbarungseide	193

Übrige Konkurs- und Nachlassvertragssachen (Nk-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neue Fälle	85
Total	**85**
Total Erledigungen	**85**
Pendent per 31.12.2006	**0**

Rechtshilfe in Zivilsachen (Rz-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	34
Neue Fälle	795
Total	**829**
Total Erledigungen	**791**
Pendent am 31.12.2006	**38**

Rechtshilfe in Strafsachen (Rs-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	94
Neue Fälle	223
Total	**317**
Total Erledigungen	**231**
Pendent am 31.12.2006	**86**

Untersuchungsrichterliche Geschäfte (Ur-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	263
Neuanfall Anträge Staatsanwaltschaft	393
Neuanfall Privat- und Subsidiaranklagen	15
Total	**671**
Total Erledigungen	**394**
Pendent am 31.12.2006	**277**

Strafsachen im Verfahren vor dem Einzelrichter nach § 312 StPO (Es-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	32
Neuanfall Strafanträge Staatsanwaltschaft	81
Total	**113**
Total Erledigungen	**95**
Pendent am 31.12.2006	**18**

Strafsachen im vereinfachten Verfahren nach § 317 StPO (Eu-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	268
Neuanfall Bestrafungsanträge Staatsanwaltschaft	1014
Neuanfall Privat- und Subsidiaranträge	0
Total	**1282**
Total Erledigungen	**1076**
Pendent am 31.12.2006	**206**

Kriminalgericht (Kg-Sachen)

Präsident: lic.iur. Uwe Öhri

Pendent vom Vorjahr	10
Neuanfall Anklagen Staatsanwaltschaft	24
Total	**34**
Total Erledigungen	**23**
Pendent am 31.12.2006	**11**

Schöffengericht (Sg-Sachen)

Vorsitzender: Dr. Benedikt Marxer

Pendent vom Vorjahr	1
Neuanfall Anklagen	4
Total	**5**
Total Erledigungen	**5**
Pendent am 31.12.2006	**0**

Jugendgericht (Jg-Sachen)

Vorsitzender: lic.iur. Uwe Öhri

Pendent vom Vorjahr	5
Neuanfall Anträge Staatsanwaltschaft	71
Neuanfall Privat- und Subsidiaranklagen	0
Total	**76**
Total Erledigungen	**69**
Pendent am 31.12.2006	**7**

Gerichtsgebührenangelegenheiten (Gg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	1
Neue Fälle	68
Total	**69**
Total Erledigungen	**68**
Pendent per 31.12.2006	**1**

Fürstliches Obergericht

Präsident: lic. iur. Max Bizozzero

1. Senat

Vorsitzender: lic. iur. Max Bizozzero

Zivilsachen (Cg-Sachen)

Berufungen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	25	37
neu angefallen	49	38
total	74	75
Erledigt	37	49
davon mit Urteil	25	40
davon mit Beschluss	11	9
davon anderweitig	1	0
anhängig verblieben	37	26
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Neudorfer	17	14
Oberrichter Dr. Künz	2	4
Oberrichter Dr. Hagen	2	4

Rekurse	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	5	20
neu angefallen	67	45
Total	72	65
Erledigt	52	52
davon mit Beschluss	52	52
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	20	13
davon erledigt durch:		
Oberrichter Dr. Künz	7	6
Oberrichter Dr. Hagen	4	9

Klagen (Co-Sachen)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	1	0
Erledigt	1	0
anhängig verblieben	0	0

Rekurse Ag-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	2
neu angefallen	9	8
total	9	10
Erledigt	7	4
davon mit Beschluss	7	4
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	2	6

Rekurse Pg-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	4	2
neu angefallen	21	14
total	25	16
Erledigt	23	13
davon mit Beschluss	23	13
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	2	3

Rekurse Hg-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	1	6
neu angefallen	28	28
total	29	34
Erledigt	23	22
davon mit Beschluss	23	22
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	6	12

Rekurse Np-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	1	1
neu angefallen	6	6
total	7	7
Erledigt	6	7
davon mit Beschluss	6	7
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	1	0

Rekurse Gb-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	1	1
total	1	1
Erledigt	1	1
davon mit Beschluss	1	1
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	0	0

Rekurse Sh-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	1	0
neu angefallen	4	5
total	5	5
Erledigt	5	5
davon mit Beschluss	5	5
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	0	0

Rekurse Rz-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	1
neu angefallen	2	3
total	2	4
Erledigt	1	2
davon mit Beschluss	1	2
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	1	2

Rekurse Uv-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	1	4
total	1	4
Erledigt	1	4
davon mit Beschluss	1	4
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	0	0

Rekurse Nz-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	1	4
total	1	4
Erledigt	1	2
davon mit Beschluss	1	1
davon anderweitig	0	1
anhängig verblieben	0	2

Rekurse Gg-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	4	0
total	4	0
Erledigt	4	0
davon mit Beschluss	4	0
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	0	0

Rekurse Eg-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	2
neu angefallen	19	15
total	19	17
Erledigt	17	12
davon mit Beschluss	17	12
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	2	5

Rekurse Ör-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	1
neu angefallen	2	2
total	2	3
Erledigt	1	2
davon mit Beschluss	1	2
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	1	1

Do-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	9	8
neu angefallen	2	7
total	11	15
Erledigt	3	7
davon mit Beschluss	3	7
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	8	8

Jo-Sachen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	2
neu angefallen	4	3
total	4	5
Erledigt	2	5
davon mit Beschluss	2	3
davon anderweitig	0	2
anhängig verblieben	2	0

Zusammenfassung	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	41	82
neu angefallen	225	183
total	266	265
Erledigt	184	187
anhängig verblieben	82	78
davon durch Stellvertreter bzw. rechtskundige Oberrichter erledigte Fälle	61	58
Anzahl der Sitzungstage:	**48**	**45**

(3 Sitzungstage mit lic. iur. et oec. R. Fehr als a.o. Stellvertreter des Vorsitzenden)

Anhängig verbliebene Fälle (Die Zahlen bedeuten laufende OG-Registerzahlen)

Cg-Sachen

Offene Berufungen

2002: 2 (vormals 195), 3 (vormals 196) (Total 2)
2004: 143 (Total 1)
2005: 155, 175, 359, 365, 592, 704, 717 (Total 7)
2006: 236, 298, 301,304, 316, 348, 437, 530, 534, 557, 558, 569, 583, 589, 595, 658 (Total 16)

Offene Rekurse

2002: 1 (vormals 194) (Total 1)
2006: 25, 150, 179, 255, 269, 299, 303, 321, 333, 596, 597, 656 (Total 12)

Offene Rekurse und Beschwerden in Ag-, Pg-, Np-, Sh-, Uv-, Gg-, Ör-, Hg-, Gb-, Rz-, Nz-, Eg-, Do- und Jo-Sachen

2004: Do 6 (vormals 15) (Total 1)
2006: Ag 130, 392, 393, 487, 488, 547
Pg 581, 607, 659
Ör 584
Hg 191, 192, 311, 385, 410, 490, 491, 615, 619, 620, 621,657
Rz 639, 640
Nz 158, 573
Eg 207, 452, 453, 577, 578
Do Do 2000.11, Do 2003.6, Do 2003.10,
Do 2004.2, Do 2004.6, Do 2006.2, Do 2006.3, Do 2006.4 (Total 39)

2. Senat

Vorsitzender: lic. iur. et oec. Rudolf Fehr (1. Vizepräsident)

Zivilsachen (abgekürzte Sachbezeichnung: CG)

Berufungen	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	9	6
neu angefallen	30	28
total	39	34
Erledigt	33	24
davon mit Urteil	19	16
davon mit Beschluss	14	8
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	6	10
davon erledigt durch Stellvertreter Dr. Dür	6	2

Rekurse (CG)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	1	8
neu angefallen	45	31
Total	46	39
Erledigt	38	34
davon mit Beschluss	38	34
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	8	5
davon erledigt durch Stellvertreter Dr. Dür	2	4

Strafsachen

Berufungen	2005	**2006**
Strafsachen (ES)		
vom Vorjahr übernommen	1	2
neu angefallen	13	4
total	14	6
Erledigt	12	5
davon mit Urteil	11	3
davon mit Beschluss	1	2
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	2	1
davon erledigt durch Stellvertreter Dr. Dür	2	0

Strafsachen (EU)		
vom Vorjahr übernommen	2	1
neu angefallen	7	9
total	9	10
erledigt	8	10
davon mit Urteil	3	8
davon mit Beschluss	5	2
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	1	0
davon erledigt durch Stellvertreter Dr. Dür	1	1

Strafsachen (JG)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	1
neu angefallen	1	3
total	1	4
erledigt	0	3
davon mit Urteil	0	2
davon mit Beschluss	0	1
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	1	1
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	0	1

Strafsachen (SG)		
vom Vorjahr übernommen	1	2
neu angefallen	2	0
total	3	2
erledigt	1	2
davon mit Urteil	1	2
davon mit Beschluss	0	0
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	2	0
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	0	0

Strafsachen (KG)		
vom Vorjahr übernommen	6	4
neu angefallen	12	18
total	18	22
erledigt	14	12
davon mit Urteil	12	10
davon mit Beschluss	2	2
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	4	10
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	4	2

Beschwerden im Erkenntnisverfahren, Gnadengesuch, Wiederaufnahmegesuch, Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Kostenbeschwerden (ES, EU, JG, SG, KG)

	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	1	1
neu angefallen	28	34
total	29	35
erledigt	28	33
davon mit Beschluss	28	33
davon mit Gutachten	0	0
anhängig verblieben	1	2
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	1	1

Berufungen in Sozialversicherungssachen (SV)		
	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	4	6
neu angefallen	27	30
total	31	36
erledigt	25	21
davon mit Urteil	21	17
davon mit Beschluss	3	3
davon anderweitig	1	1
anhängig verblieben	6	15
davon erledigt durch		
Beisitzer Dr. Augustin	25	21

Rekurse in Exekutionssachen (EX)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	2	4
neu angefallen	30	26
total	32	30
erledigt	28	27
davon mit Beschluss	28	27
anhängig verblieben	4	3
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	1	4

Rekurse in Konkurssachen (KO)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	3
neu angefallen	8	9
total	8	12
erledigt	5	12
davon mit Beschluss	5	12
anhängig verblieben	3	0
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	1	0

Rekurse in Rechtsöffnungssachen (RÖ)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	0	2
total	0	2
erledigt	0	2
davon mit Beschluss	0	2
anhängig verblieben	0	0
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	0	0

Rekurse in Verlassenschaftssachen (VA)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	10	11
total	10	11
erledigt	10	11
davon mit Beschluss	10	11
anhängig verblieben	0	0
davon erledigt durch		
Stellvertreter Dr. Dür	0	1

Rekurse in Nachlassvertrags-, Kündigungs- und andere Sachen (KÜ, NV, NE)

	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	0	0
total	0	0
erledigt	0	0
davon mit Beschluss	0	0
anhängig verblieben	0	0
davon erledigt durch Stellvertreter Dr. Dür	0	0

Zusammenfassung	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	25	38
neu angefallen	215	205
davon Berufungen		92
davon Rekurse, Beschwerden, etc.		113
erledigt	202	195
anhängig verblieben	38	47
davon erledigt durch Stellvertreter Dr. Dür und Beisitzer Dr. Augustin	39	37
Anzahl der Sitzungstage:	47	**39**

Anhängig verbliebene Fälle

(Die Zahlen bedeuten laufende OG-Registerzahlen)

Cg-Sachen

Offene Berufungen
2005: 364
2006: 14, 336, 449, 450, 526, 539, 568, 582, 602 (Total 10)

Offene Rekurse
2006: 91, 92, 335, 641, 654 (Total 5)

Strafsachen

Berufungen
2005: KG 470, 471, 688, 312, 313, 498, 517, 575, 613, 614
ES 565
JG 612
(Total 12)

Beschwerden
2006: 617, 666 (Total 2)

Sozialversicherungssachen

Berufungen
2006: 8, 10, 11, 15, 16, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30 (Total 16)

Exekutionssachen

Rekurse
2006: 616, 655, 663 (Total 3)

3. Senat

Vorsitzender: Dr. Gerhard Mislik (2. Vizepräsident)

Strafsachen

Berufungen (ES-Sachen)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	1
neu angefallen	5	2
Erledigt	4	3
davon mit Urteil	3	2
davon mit Beschluss	1	1
anhängig verblieben	1	0
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Paul Meier	1	1

Berufungen (EU-Sachen)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	1
neu angefallen	8	3
Erledigt	7	4
davon mit Urteil	5	4
davon mit Beschluss	2	0
anhängig verblieben	1	0
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Paul Meier		1

Berufungen (KG-Sachen)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	2	0
neu angefallen	1	1
Erledigt	3	1
davon mit Urteil	3	1
davon mit Beschluss	0	0
anhängig verblieben	0	0

Berufungen (JG-Sachen)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	0	0
neu angefallen	0	6
Erledigt		6
davon mit Urteil		6
davon mit Beschluss		
anhängig verblieben		0

Beschwerden in Strafsachen, Subsidiaranträge, Einsprüche, Wiederaufnahmeanträge, usw. (UR)

	2005	**2006**
Vom Vorjahr übernommen	11	5
neu angefallen	147	128
Total	158	133
Erledigt	153	127
davon mit Beschluss	153	126
davon anderweitig		1
anhängig verblieben	5	6
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Paul Meier	18	16
Dr. Alfons Dür	2	4
Beisitzer Dr. Dieter Santner	2	10

Beschwerden in Strafrechtshilfesachen und Verlängerungsanträge (RS)

	2005	**2006**
Vom Vorjahr übernommen	5	6
neu angefallen	118	117
Total	123	123
Erledigt	117	116
davon mit Beschluss	117	115
davon anderweitig		1
anhängig verblieben	6	7
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Paul Meier	9	7
Beisitzer Dr. Dieter Santner	1	21

Berufungen und mit der Berufung verbundene Kostenrekurse in EG-Sachen

	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	3	2
neu angefallen	9	9
Total	12	11
erledigt	10	11
durch Urteil	4	2
durch Beschluss	6	8
anderweitig		1
anhängig verblieben	2	0
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Paul Meier		2
Beisitzer Dr. Dieter Santner		8

Klagen (Co-Sachen)	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	4	4
neu angefallen	7	3
Total	11	7
Erledigt	7	4
erledigt durch Urteil	4	2
erledigt durch Beschluss	2	1
anderweitig	1	1
anhängig verblieben	4	3
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Paul Meier		2
Beisitzer Dr. Dieter Santner		1

Zusammenfassung	2005	**2006**
vom Vorjahr übernommen	25	19
neu angefallen	295	269
Erledigt	301	272
anhängig verblieben	19	16
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Paul Meier	27	27
Beisitzer Dr. Dieter Santner	4	40
lic.iur. Max Bizozzero	2	
Dr. Alfons Dür		4
Anzahl der Sitzungstage:	44	**44**

Anhängig verbliebene Fälle (Die Zahlen bedeuten laufende OG-Registerzahlen)

Offene Beschwerden in Strafsachen, Strafrechtshilfesachen, Subsidiaranträ¬ge, Einsprüche, Wiederaufnahmeanträge, usw.

RS 2006: 645, 646, 647, 651, 664, 670, 671 (Total 7)
UR 2004: 613, 614
UR 2006: 665, 668, 669, 672 (Total 6)

Offene Co-Sachen

2005: 6
2006: 1, 2 (Total 3)

Präsidialsachen

Ausschlussverfahren (§§ 10 ff GOG)	
neu angefallen	30
durch Beschluss erledigt	30
anderweitig erledigt	-
anhängig verblieben	-

Haftsachen (§ 131 StPO)	
neu angefallen	2
durch Beschluss erledigt	1
anderweitig erledigt	1
anhängig verblieben	-

Andere Präsidialsachen	
neu angefallen	11
durch Beschluss erledigt	11
anderweitig erledigt	-
anhängig verblieben	-

Zusammenfassung	
neu angefallen	43
Erledigt	43
anhängig verblieben	-

Fürstlicher Oberster Gerichtshof

Präsident: Dr. Hansjörg Rück

Die Geschäftsentwicklung des Fürstlichen Obersten Gerichtshofes zeigt im Jahre 2006 folgendes Bild:

	Zahl der Akten 2005	**2006**	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr
vom Vorjahr übernommen	18	18	0
Neuanfall	192	184	-8
Gesamtzahl der zu erledigenden Akten	210	194	-16
erledigt	160	143	-17
noch offen	70	51	-19

Die Erledigungen des Fürstlichen Obersten Gerichtshofes erfolgten wie bisher jeweils ungefähr zur Hälfte in Beschluss- bzw. Urteilsform, wobei wie immer der Arbeitsaufwand in den mit Urteil erledigten Geschäftsfällen höher einzustufen ist. Festzustellen ist, dass der Umfang und der Schwierigkeitsgrad der zu erledigenden Rechtsfälle zugenommen hat, vor allem auch deshalb, weil durch die in letzter Zeit erfolgten zahlreichen Gesetzesnovellierungen grundsatz- und richtungsweisende Entscheidungen vom Fürstlichen Obersten Gerichtshof zu treffen waren.

Die Erledigungen erfolgten an 16 Sitzungstagen und an 4 Verhandlungstagen.

Von den Erledigungen entfielen 79 auf den Zivilrechtsbereich und 64 auf den Strafrechtsbereich, davon 28 Strafrechtshilfesachen.

Von den anhängig verbliebenen 51 Akten entfallen 35 auf den Zivilrechtsbereich, 16 sind Straf- bzw. Strafrechtshilfesachen. Von diesen Geschäftsfällen wurden in der Sitzung vom 9.1.2007 bereits 18 erledigt, so dass zum heutigen Zeitpunkt noch 33 überjährige Akten offen sind.

Verwaltungsgerichtshof

Vorsitzender: lic. iur. Andreas Batliner

Im Jahr 2006 fielen 60 Beschwerdefälle an, also sehr viel weniger als in den Vorjahren.

Unter dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichtshofes wurden folgende Beschwerdefälle behandelt:

VBI-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2000/161	Zonenplan Triesenberg	06.06.2001: Verfahren unterbrochen 10.03.2004: 5 von 6 Beschwerden verworfen

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2003/55	Asyl	27.04.2005: Beschwerde i.W. abgewiesen 27.09.2005: StGH hebt VGH-Urteil auf 23.02.2006: Beschwerde teilweise stattgegeben 01.06.2006: Beschwerde teilweise abgewiesen
2004/76	Steuern	19.01.2005/23.02.2006: Beschwerde zum Teil abgewiesen, zum Teil stattgegeben und Verfahren zurückverwiesen
2004/89	Sozialhilfe	24.07.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/6	Verwaltungsstrafe	06.04.2006: Beschwerde i.W. stattgegeben
2005/8	Zonierung Triesenberg	29.03.2006: Beschwerde verworfen
2005/13	Aufenthaltsbewilligung	26.07.2006: Beschwerde verworfen
2005/32	Plangenehmigung Hochspannungsleitung	05.12.2006: Beschwerde stattgegeben
2005/37	Asyl	16.05.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/43	Forderung aus Dienstverhältnis	06.02.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/46	Niederlassungsbewilligung	09.03.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/48	öff. Auftragsvergabe	09.03.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/49	Parteikosten	Verfahren sistiert
2005/53	Verzugszins auf MWSt.	28.12.2006: Beschwerde verworfen
2005/54	Verzugszins auf MWSt.	28.12.2006: Beschwerde verworfen
2005/58	öff. Auftragsvergabe	16.03.2006: Beschwerde verworfen
2005/59	öff. Feldweg	09.03.2006: Beschwerde i.W. stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/60	Familiennachzug	05.12.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/64	Asyl	09.02.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/66	Bürgergenossenschaft	02.03.2006: Beschwerde verworfen
2005/67	Familiennachzug	06.04.2006: Beschwerde stattgegeben
2005/71	Bürgergenossenschaft	21.02.2006: Beschwerde verworfen
2005/74	Rechtsanwaltsgesellschaft	19.10.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/77	Ergänzungsleistungen	04.05.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/78	Kündigung Pachtvertrag	19.01.2006: Beschwerde i.W. abgewiesen
2005/79	Verwaltungsstrafe	09.03.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/80	Niederlassungsbewilligung	09.02.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/81	Aufenthaltsbewilligung	06.04.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/82	Verrechnung Krankentaggeld mit Sozialhilfe	22.06.2006: Beschwerde i.W. abgewiesen
2005/85	Aufenthaltsbewilligung	21.12.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/86	Führerausweisentzug	09.02.2006: Beschwerde abgewiesen

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2005/87	Mehrwertsteuer	09.02.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/88	Aufenthaltsbewilligung	22.06.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/89	Führerausweisentzug	09.02.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/91	Prämienverbilligung	05.12.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/92	Unterstellung unter SPG	09.03.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/93	Baubewilligung	21.12.2006: Beschwerde verworfen
2005/94	Überbrückungsrente	09.02.2006: Beschwerde stattgegeben
2005/95	Ergänzungsleistungen	22.06.2006: Beschwerde stattgegeben
2005/96	Konzession als Psychotherapeut	06.04.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2005/97	Insolvenzentschädigung	09.11.2006: Beschwerde z.T. stattgegeben, z.T. abgewiesen
2005/98	Parteikosten	09.02.2006: Beschwerde stattgegeben
2005/99	Verkehrssignalisation	Sachverhaltsabklärungen noch im Gange
2005/101	Aufenthaltsbewilligung	04.05.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/102	Zonenplan Triesenberg	Sachverhaltsabklärungen noch im Gange
2005/103	grundverkehrsbehördlicher Genehmigung	06.04.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/104	Aufenthaltsbewilligung	30.03.2006: Beschwerde verworfen
2005/105	Familiennachzug	06.04.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/106	Abberufung als Verwaltungsrat	23.02.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2005/107	Niederlassungsbewilligung	06.04.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2005/111	Niederlassungsbewilligung	17.05.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/112	grundverkehrsbehördlicher Genehmigung	06.04.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/1	Verfahrenshilfe	06.04.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/2	Einführung des TARMED	23.02.2006: Beschwerde verworfen
2006/3	Forderung aus Dienstverhältnis	09.03.2006: Beschwerde stattgegeben
2006/5	Entzug Gewerbebewilligung	16.05.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/6	Entzug Gewerbebewilligung	05.04.2006: Beschwerde verworfen
2006/7	öffentliche Auftragsvergabe	04.05.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2006/8	Parteikosten	04.05.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/9	öffentliche Auftragsvergabe	04.05.2006: Beschwerde stattgegeben
2006/11	Führerausweisentzug	04.05.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/12	Aufenthaltsbewilligung	24.07.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/13	Asyl	06.04.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/14	Entzug Gewerbebewilligung	04.05.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2006/15	Bewilligung als Geschäftsführer	01.06.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/16	Aufenthaltsbewilligung	22.06.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/17	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2006/18	Asyl	01.06.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/19	Arbeitslosenentschädigung	17.08.2006: Beschwerde stattgegeben
2006/21	Aufenthaltsbewilligung	24.07.2006: Beschwerde stattgegeben
2006/22	Sozialhilfe	24.07.2006: Beschwerde z.T. stattgegeben
2006/23	Aufenthaltsbewilligung	22.06.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/24	Baugesuch	Sachverhaltsabklärungen noch im Gange
2006/25	Stiftungsaufsicht	22.06.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/26	Entzug Gewerbebewilligung	28.09.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/28	Ausbildungsbeihilfe	09.11.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/29	Insolvenzentschädigung	28.09.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/30	Führerausweisentzug	28.09.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/31	Fahrerlaubnis	28.09.2006: Beschwerde abgewiesen

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2006/32	Mietbeihilfe	17.08.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/33	Abbruchgesuch	28.09.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/34	Akteneinsicht	21.12.2006: Beschwerde i.W. stattgegeben
2006/35	Aufenthaltsbewilligung	28.09.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/36	Aufenthaltsbewilligung	28.09.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2006/37	Ergänzungsleistungen	Sachverhaltsabklärungen noch im Gange
2006/38	Verfahrenshilfe	21.11.2006: Beschwerde verworfen
2006/39	Entzug Gewerbebewilligung	05.12.2006: Beschwerde stattgegeben
2006/40	Entfernung Bepflanzungen	21.12.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/41	Umweltverträglichkeitsprüfung	21.12.2006: Beschwerde stattgegeben
2006/42	grundverkehrsbehördliche Genehmigung	noch nicht behandelt
2006/47	Bewilligung für Privatgymnasium	noch nicht behandelt
2006/48	Arbeitslosenentschädigung	05.12.2006: Beschwerde stattgegeben
2006/50	Aufenthaltsbewilligung	05.12.2006: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2006/51	Entlassung aus Dienstverhältnis	Sachverhaltsabklärungen noch im Gange
2006/52	Entfernung Bepflanzungen	21.12.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/53	Aufenthaltsbewilligung	21.12.2006. Beschwerde abgewiesen
2006/54	Baubewilligung	noch nicht behandelt
2006/55	Verletzung des Rundfunkgesetzes	noch nicht behandelt
2006/56	Anwaltshonorar	noch nicht behandelt
2006/57	Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2006/58	Baubewilligung	noch nicht behandelt
2006/59	grundverkehrsbehördliche Genehmigung	noch nicht behandelt
2006/60	Bewilligung für Abfallentsorgungsanlage	noch nicht behandelt

Die folgenden Beschwerdefälle wurden wegen Ausstandes des Vorsitzenden an die Stellvertretende Vorsitzende des VGH zur Behandlung weitergeleitet:

VBI-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
1997/65	Zulassung zur Treuhänderprüfung	22.01.1998: Normenkontrollantrag an StGH 22.02.1999: StGH weist Antrag ab Sachverhaltsabklärungen noch im Gange
2000/11	Bewilligung Telekommunikationsdienst	Sachverhaltsabklärungen noch im Gange

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2004/94	Verpflockung	17.08.2006: Beschwerde abgewiesen
2004/98	Projektwettbewerb	09.02.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2005/75	Entschädigung wg. Nichteinzonierung	19.10.2006: Antrag ab- und zurückgewiesen
2005/100	Aufenthaltsbewilligung	09.02.2006: Beschwerde abgewiesen
2005/108	Konzession für Betrieb der Gesundheitspflege	04.05.2006: Normenkontrollantrag an StGH
2005/109	Konzession für Betrieb der Gesundheitspflege	Verfahren sistiert
2005/110	Baubewilligung	04.05.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/4	Aufsichtsbeschwerde	19.10.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/10	Arbeitsverhältnis	04.05.2006: Beschwerde zurückgewiesen
2006/20	Strafvollzug	21.12.2006: Beschwerde z.T. zurück-, z.T. abgewiesen
2006/27	Baubewilligung	noch nicht behandelt
2006/44	Rechtshilfe	21.12.2006: Beschwerde abgewiesen
2006/45	Rechtshilfe	21.12.2006: Beschwerde abgewiesen

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2006/46	Baubewilligung	noch nicht behandelt
2006/49	Disziplinarmassnahme im Strafvollzug	noch nicht behandelt

Der folgende Beschwerdefall wurde wegen Ausstandes sowohl des Vorsitzenden als auch der Stellvertretenden Vorsitzenden an einen ad-hoc-Vorsitzenden zur Behandlung weitergeleitet:

2006/43	Verletzung von Standesrichtlinien	noch nicht behandelt

Gemäss Art. 96 Abs. 4 LVG werden Beschwerden verworfen, wenn der Beschwerdeführer deren Rücknahme erklärt hat.

Staatsgerichtshof

Präsident: lic. iur. Marzell Beck

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 (101 Geschäftseingänge) ist ein Anstieg von 18 Geschäftseingängen zu verzeichnen.

Statistik für das Geschäftsjahr 2006

	Anfall	Erledigung	Offen
Aus Vorjahr	80		
Neu bis 31. Dezember 2006	119		
Total	199	101	98

Aufteilung der erledigten Geschäftsfälle
Die erledigten Akten unterteilen sich wie folgt:

90 Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässig gewährleisteter Rechte

- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Zonenplan — keine Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Kostenbeteiligung an Wildschadenverhütungsmassnahmen — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Verfahrenshilfe — Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Verleihung Wasserrecht — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Sicherungsgebot — Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Amtshaftung — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Beschlagnahme und Ausfolgung von Bankunterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Anklageerhebung — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Erbschaftsstreit — zurückgewiesen
- Beschluss des Obergerichtes w/Beigabe eines Verteidigers gemäss § 26 Abs. 2 StPO und Verfahrenshilfe — keine Folge gegeben
- Beschlüsse des Obergerichtes w/Verdachts des schweren gewerbsmässigen Betruges — Folge gegeben
- Beschlüsse des Obersten Gerichtshofes w/Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichts und Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Rechtshilfe — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Verdachts der Geldwäscherei — keine Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Verkehrsanordnung — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Verdachts des schweren gewerbsmässigen Betruges und der Untreue — Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Dienstleistungsvertrag — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Forderung — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/schweren gewerbsmässigen Betrug — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Aufhebung von Vermögenssperren — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Aufhebung von Vermögenssperren — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/bedingter Strafnachsicht — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Beschlagnahme und Ausfolgung von Unterlagen — keine Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Amtshilfe — keine Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Amtshilfe — keine Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Zonenplanrevision — teilweise Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfe — keine Folge gegeben

- Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfe und Ausfolgung von Unterlagen — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfe und Ausfolgung von Unterlagen — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Entlohnung eines Beistandes — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Verwaltung von gesperrten Vermögenswerten — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Verwaltung von gesperrten Vermögenswerten — keine Folge gegeben
- Beschlüsse des Obergerichtes w/Beschlagnahme von Unterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichts w/Beschlagnahme und Pfändung von Vermögenswerten — keine Folge gegeben
- Beschluss des Präsidenten des Obergerichtes w/Einsetzung eines Landrichters — zurückgewiesen
- Beschluss des Präsidenten des Obergerichtes w/Einsetzung eines Landrichters — zurückgewiesen
- Beschluss des Obergerichtes w/Beschlagnahme von Kontounterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Beschlagnahme von Kontounterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Landgerichtes w/Verlängerung von Kontensperren — zurückgewiesen
- Beschluss des Landgerichtes w/Verlängerung von Kontensperren — zurückgewiesen
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Rechnungslegung — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Gewährung der Verfahrenshilfe — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfeersuchen an eine ausländische Behörde — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung von Konten- und Vermögenssperren — keine Folge gegeben
- Antrag auf Gewährung der Verfahrenshilfe — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Teilinvaliditätsrente — keine Folge gegeben
- Teilurteil des Obersten Gerichtshofes w/Honorarforderung — Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Forderung — Folge gegeben
- Beschlüsse des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung von Konten- und Vermögenssperren sowie Befangenheit — zurückgewiesen
- Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation sowie Verwaltung und Übertragung von Vermögenswerten der kriminellen Organisation — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Forderungen — keine Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Bewilligungspflicht von Einfriedungen — keine Folge gegeben
- Beschlüsse des Landtages w/Abberufung des Präsidenten und eines Mitgliedes des Verwaltungsrates von Radio L — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfe und Ausfolgung von Unterlagen — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Erbschaftsstreit — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Schadenersatzforderungen — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Forderung — keine Folge gegeben
- Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Gemeindereglement über die Bemessung von Garagen und Abstellplätzen für Motorfahrzeuge — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Beschlagnahme von Unterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Beschlagnahme von Unterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Erlag von Sicherheitsleistungen — Folge gegeben
- Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Rechtshilfe und Ausfolgung von Unterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Hereinbringung vollstreckbarer Forderungen — zurückgewiesen
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Wohnrecht — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Telefonüberwachung — keine Folge gegeben
- Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Anrechnung einer Schenkung — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Beschlagnahme und Herausgabe von Kontounterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Herausgabe von Kontounterlagen — keine Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfe und Herausgabe von Kontounterlagen — Folge gegeben
- Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfe und Herausgabe von Kontounterlagen — Folge gegeben

– Beschlüsse des Obersten Gerichtshofes w/Beschlagnahme und Herausgabe von Unterlagen — keine Folge gegeben
– Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Abberufung des Präsidenten und eines Mitgliedes des Verwaltungsrates von Radio L — keine Folge gegeben
– Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Unterstellung unter das Sorgfaltspflichtgesetz — keine Folge gegeben
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung der Untersuchungshaft — Verfahren eingestellt
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnungsantrag — zurückgewiesen
– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Invalidenrente — keine Folge gegeben
– Antrag auf Gewährung der Verfahrenshilfe — keine Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Abberufung des Präsidenten und eines Mitgliedes des Verwaltungsrates von Radio L — keine Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung von Urkunden — keine Folge gegeben
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnungsantrag — zurückgewiesen
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung von Konten- und Vermögenssperren — keine Folge gegeben
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Beteiligtenstellung im Rechtshilfeverfahren — keine Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung von Unterlagen — keine Folge gegeben
– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Wort- und Bildmarke — Verfahren eingestellt (Rückzug)
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung einer Vermögenssperre — Verfahren eingestellt
– Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Eschen w/Verkehrsanordnung — Verfahren eingestellt (Rückzug)
– Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe — zurückgewiesen
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes sowie Beschluss des Obergerichtes w/Verlängerung der Untersuchungshaft — zurückgewiesen
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Baurechtsliegenschaft — Verfahren eingestellt (Rückzug)

11 Anträge

– Antrag des Landgerichts vom 09.06.2004 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des Art. 26 des Gesetzes vom 24.11.1971 über die Krankenversicherung (KVG), LGBl. 1971 Nr. 50
teilweise Folge gegeben

– Antrag des Obergerichtes vom 27.10.2005 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des § 63 Abs. 3 ZPO
Folge gegeben

– Antrag des Verwaltungsgerichtshofes vom 21.12.2005 auf Überprüfung der Staatsvertragswidrigkeit (EMRK) des Art. 70 Abs. 2 der Personenverkehrsverordnung vom 30.11.2004 (PVO)
keine Folge gegeben

– Antrag des Verwaltungsgerichtshofes vom 10.01.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des Art. 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Rechtsanwälte (RAG)
keine Folge gegeben

– Antrag des Land- als Jugendgerichtes vom 06.03.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des Art. 23 Abs. 1 des Gesetzes vom 30. Juni 1982 über Wappen, Farben, Siegel und Enbleme des Fürstentums Liechtenstein (Wappengesetz)
keine Folge gegeben

– Antrag des Verwaltungsgerichtshofes vom 09.05.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des Art. 52 Abs. 1 lit. d) des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Sanitätsgesetz)
Folge gegeben

– Antrag des Landgerichtes vom 8.05.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des § 159 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB)
Folge gegeben

– Antrag des Landgerichtes vom 13.04.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des § 159 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB)
Folge gegeben

– Antrag des Landgerichtes vom 8.05.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des § 159 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB)
Folge gegeben

– Antrag des Landgerichtes vom 5.05.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des § 159 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB)
Folge gegeben

– Antrag des Landgerichtes vom 15.09.2006 auf Überprüfung der Verfassungsmässigkeit des § 159 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB)
Verfahren eingestellt

Vermögensrechnung

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Verpflichtungskredite

Jahresrechnungen der unselbständigen Anstalten und Stiftungen

Jahresrechnungen der selbständigen Stiftungen

Rechnungen der Fonds und Stiftungen

Bericht zur Landesrechnung 2006

IV. LANDESRECHNUNG

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	2006	2005
AKTIVEN	**2 444 095 048.71**	**2 072 838 154.95**
FINANZVERMÖGEN	**1 846 907 269.70**	**1 485 117 199.57**
Flüssige Mittel		
Kassa, Post, Banken	5 967 265.91	11 860 270.61
Kurzfristige Finanzanlagen	216 001 260.00	207 599 820.00
Forderungen		
Steuerguthaben	19 227 570.36	20 511 750.86
Andere Guthaben	25 061 536.42	81 146 556.49
Kurzfristige Darlehen, Vorschüsse u. Kautionen	3 908 187.74	4 619 478.09
Kontokorrente	94 815 992.27	22 330 879.80
Delkredere	-11 410 000.00	-10 280 000.00
Anlagen des Finanzvermögens		
Langfristige Finanzanlagen	6 060 000.00	27 560 000.00
Poolanlagen	1 403 731 896.96	1 028 575 223.08
Gebäude und Grundstücke	78 851 099.62	77 756 099.62
Aktive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Aktiven	4 692 460.42	13 437 121.02
DECKUNGSKAPITALIEN FUER STIFTUNGEN UND ANSTALTEN	**66 008 232.91**	**71 074 923.76**
Anlagen der Stiftungen	10 721 110.50	10 759 394.03
Anlagen der unselbständigen Anstalten und Stiftungen	55 287 122.41	60 315 529.73
VERWALTUNGSVERMÖGEN	**531 179 546.10**	**516 646 031.62**
Darlehen		
Wohnbaudarlehen	198 691 201.30	194 799 551.30
Studiendarlehen	16 519 224.80	15 518 660.32
Darlehen an Junglandwirte	2 195 100.00	2 461 800.00
Darlehen Landesspital Vaduz	3 000 000.00	3 000 000.00
Darlehen Liecht. Fussballverband	184 000.00	276 000.00
Beteiligungen		
Liecht. Landesbank AG	83 640 000.00	83 640 000.00
Liecht. Kraftwerke	2 000 000.00	2 000 000.00
Liecht. Gasversorgung (nominal CHF 34.9 Mio.)	16 500 000.00	16 500 000.00
LTN Liechtenstein TeleNet AG	62 000 000.00	62 000 000.00
Liecht. Post AG	2 550 000.00	2 550 000.00
Sonstige Beteiligungen	18.00	18.00
Sachanlagen		
Tiefbauten	1.00	1.00
Hochbauten	128 500 000.00	117 800 000.00
Mobilien, Einrichtungen, Schulausstattungen, Vorräte	13 900 000.00	14 200 000.00
EDV-Anlagen	1 500 000.00	1 900 000.00
Investitionsbeiträge		
Investitionsbeiträge	1.00	1.00

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	2006	2005
PASSIVEN	**2 444 095 048.71**	**2 072 838 154.95**
FREMDE MITTEL	**291 507 309.23**	**282 809 379.27**
Kurzfristige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	104 840 905.12	83 249 831.08
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	13 395 932.92	20 218 158.88
Kontokorrente	551 938.76	703 905.16
Kreditreservierungen	2 826 018.48	3 461 513.55
Passive Rechnungsabgrenzungen		
Transitorische Passiven	32 027.90	28 137.25
Kurzfristige Finanzschulden		
Gemeindekassen	89 098 769.45	103 612 419.93
Lohnsteuer-Vorauszahlungen	78 844 828.82	69 707 650.09
Spezialfinanzierungen		
Diverse Spezialfinanzierungen	1 916 887.78	1 827 763.33
VERPFLICHTUNGEN GEGENÜBER STIFTUNGEN UND ANSTALTEN	**66 008 232.91**	**71 074 923.76**
Verpflichtungen gegenüber Stiftungen	10 721 110.50	10 759 394.03
Verpflichtungen gegenüber unselbständigen Stiftungen und Anstalten	55 287 122.41	60 315 529.73
REINVERMÖGEN	**2 086 579 506.57**	**1 718 953 851.92**
Allgemeine Reserven	150 000 000.00	150 000 000.00
Reserven für Krisen und Katastrophen	300 000 000.00	300 000 000.00
Reserven für Zukunftsausgaben (Zukunftsfonds)	600 000 000.00	600 000 000.00
Übrige Eigenmittel	668 953 851.92	629 935 973.25
Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung	367 625 654.65	39 017 878.67

Anmerkungen zur Vermögensrechnung

Treuhänderisch verwaltete Vermögen		
Kautionen Landgericht	28 540 555.10	25 805 197.44
Eventualverpflichtungen		
Staatsgarantie der Liecht. Landesbank AG	p.M.	p.M.
Amtshaftungsklagen	255 763.00	2 261 415.39
Liecht. Landesspital Bürgschaftsverpflichtung	1 500 000.00	1 500 000.00
Entwicklungsbank des Europarates	2 657 778.00	2 558 110.94
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	4 720 000.00	4 543 000.00
Sachversicherungswerte		
Gebäude zum Neuwert	544 871 886.00	484 983 000.00
Vorsorgeversicherung (für Neubauten, Anschaffungen, etc. in 2006)	50 000 000.00	32 000 000.00
Waren und Einrichtungen zum Neuwert	110 000 000.00	70 000 000.00
Motorfahrzeuge zum Zeitwert	2 500 000.00	2 500 000.00
Verpflichtungskredite		
Verpflichtungskredite	142 464 956.00	165 911 459.00

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
0	**Allgemeine Verwaltung**	**87 669 817.37**	**4 543 834.74**	**92 966 000**	**2 612 000**	**81 099 231.43**	**4 052 801.40**
011	**Landtag**	**3 392 011.83**		**3 869 000**		**3 317 073.04**	
011.300.00	Taggelder	1 504 419.70		1 781 000		1 473 212.76	
011.301.00	Gehälter	527 775.39		533 000		516 139.97	
011.303.01	Sozialbeiträge	164 355.35		231 000		166 008.05	
011.310.00	Kanzleiauslagen	53 456.37		87 000		71 428.55	
011.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	175 764.48		235 000		164 729.52	
011.318.00	Öffentlichkeitsarbeit	119 979.51		120 000		80 550.45	
011.318.01	Sonderaufgaben, Experten und Gutachten			35 000			
011.365.00	Beiträge an politische Parteien	815 000.00		815 000		815 000.00	
011.367.00	Beiträge an internationale Organisationen	31 261.03		32 000		30 003.74	
012	**Regierung**	**9 488 505.23**		**9 528 000**		**9 564 072.92**	
012.300.01	Gehälter Regierungsmitglieder	1 301 158.05		1 302 000		1 255 315.27	
012.300.02	Kommissionen	256 353.71		350 000		349 393.02	
012.300.03	Beschwerdekommission	166 507.35		161 000		172 665.90	
012.300.04	Historiker-/Expertenkommission 2. Weltkrieg					404 777.44	
012.301.01	Gehälter Regierungssekretariate, Regierungsmitarbeiter	4 184 545.73		4 007 000		3 777 504.80	
012.303.01	Sozialbeiträge	1 106 823.93		1 102 000		1 150 910.98	
012.310.01	Kanzleiauslagen	187 305.01		186 000		167 878.95	
012.310.02	Öffentlichkeitsarbeit	787 136.67		900 000		623 574.69	
012.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	598 674.78		600 000		662 051.87	
012.318.02	Bodensee-Agenda 21			20 000			
012.364.00	Staatsbeitrag Stiftung Image Liechtenstein	900 000.00		900 000		1 000 000.00	
015	**Stabsstelle EWR**	**906 487.71**	**5 020.60**	**923 000**	**10 000**	**905 146.80**	**11 697.30**
015.301.00	Gehälter	665 958.39		646 000		649 808.46	
015.303.01	Sozialbeiträge	113 302.05		120 000		113 206.90	
015.310.00	Kanzleiauslagen	48 702.07		52 000		46 491.52	
015.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	78 525.20		105 000		95 639.92	
015.431.00	Verwaltungsgebühren		5 020.60		10 000		11 697.30
020	**Allgemeine Verwaltung**	**16 203 247.91**	**272 718.25**	**17 075 000**		**12 250 238.51**	
020.301.01	Gehälter	4 995 490.08		4 792 000		4 722 014.07	
020.301.02	Fixer Leistungsanteil / Systemanpassungen			990 000			
020.303.01	Sozialbeiträge	372 656.81		847 000		914 695.62	
020.309.00	Betrieb Kindertagesstätte Landesverwaltung	162 674.55		185 000		97 721.65	
020.310.01	Telekommunikationsaufwendungen	1 691 288.27		1 620 000		1 753 420.60	
020.310.02	Literatur, Informationsmaterial, Inserate etc.	493 093.55		455 000		424 465.13	
020.317.02	Veranstaltungen und Repräsentationen	667 351.60		840 000		667 352.60	
020.317.05	200 Jahre Souveränität	2 909 706.94		2 935 000		314 971.06	
020.317.06	Liechtenstein-Dialogue	207 117.63		300 000			
020.318.03	Experten, Gutachten	3 444 741.99		3 700 000		2 626 423.46	
020.318.04	Verfahrenshilfe in Verwaltungssachen	118 730.55		135 000		100 142.10	
020.318.05	IGH-Klage	519 708.28					
020.319.00	Verschiedenes	26 125.80		26 000		17 240.00	
020.319.01	Amtshaftungen	394 980.86				134 477.37	
020.365.01	Liechtenstein-Dialogue					257 618.85	
020.367.00	Beiträge an Vereinigungen	199 581.00		250 000		219 696.00	
020.434.00	Ausschreibungsgebühren		200.00				
020.435.00	Reinerlös Münzenausgabe Souveränität		272 518.25				
022	**Landeskasse**	**738 363.16**		**734 000**		**742 602.82**	
022.301.00	Gehälter	614 190.31		598 000		620 513.55	
022.303.01	Sozialbeiträge	106 182.30		111 000		109 313.27	
022.310.00	Kanzleiauslagen	17 990.55		25 000		12 776.00	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

012.301.01 NK IX CHF 123 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 55 000

015.301.00 Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 9 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 11 000

020.301.01 NK IV CHF 500 000

020.310.01 NK IX CHF 73 000

020.310.02 NK IX 39 000

020.318.05 NK v. 22.11.2006 CHF 530 000 Klage Liechtensteins vor dem IGH

020.319.01 NK VII CHF 455 000

022.301.00 NK VI CHF 11 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 5 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
023	**Steuerverwaltung**	**5 780 919.01**	**2 757 471.50**	**6 120 000**	**1 110 000**	**5 657 908.73**	**2 543 032.93**
023.301.00	Gehälter	4 179 278.70		4 525 000		4 229 570.28	
023.303.01	Sozialbeiträge	702 208.58		837 000		745 005.20	
023.310.00	Kanzleiauslagen	172 746.55		215 000		112 028.15	
023.317.00	Reisespesen	22 422.59		30 000		18 823.45	
023.318.00	Eidg. Steuerverwaltung / Mitwirkung Stempelabgaben	693 091.76		452 000		536 017.92	
023.319.00	Verschiedenes	11 170.83		25 000		16 463.73	
023.319.01	Kostenvorschuss bei Konkursverfahren			36 000			
023.430.00	Liechtensteinische Gründungsgebühren		1 146 633.80		500 000		1 937 464.85
023.431.00	Inventarisationsgebühren		120 274.75		110 000		
023.431.01	Verwaltungsgebühren und Ordnungsbussen		483 219.35		500 000		605 568.08
023.436.00	Einbehalt Zinsbesteuerungsanteil		1 007 343.60				
024	**Amt für Personal- und Organisation**	**6 708 658.90**	**333 836.10**	**6 986 000**	**334 000**	**6 664 708.86**	**301 576.60**
024.301.00	Gehälter	3 992 294.68		3 989 000		3 721 211.26	
024.301.01	Gehälter Lehrlinge	323 510.20		345 000		330 293.30	
024.303.01	Sozialbeiträge	718 355.58		765 000		701 947.89	
024.309.01	Weiterbildung	799 300.47		1 000 000		898 063.58	
024.309.02	Inserate	119 930.10		100 000		95 712.50	
024.309.03	Sonstiger Personalaufwand	314 294.30		220 000		276 240.00	
024.310.01	Kanzleiauslagen	48 729.41		67 000		66 064.20	
024.317.00	Reisespesen	3 666.75		10 000		5 340.12	
024.317.02	Veranstaltungen Gesamtverwaltung	172 108.61		190 000		184 396.62	
024.318.00	Organisation	216 468.80		300 000		385 439.39	
024.436.00	Kostenrückerstattungen Pensionsversicherung		333 836.10		334 000		301 576.60
025	**Datenverarbeitung / Kommunikation**	**2 617 534.38**		**2 790 000**		**2 356 738.49**	
025.310.00	Materialaufwand	172 738.23		180 000		170 286.96	
025.315.00	Betriebskosten Informatik	2 154 631.35		2 300 000		1 906 448.23	
025.315.01	Unterhalt Telekommunikationsinfrastruktur	290 164.80		310 000		280 003.30	
026	**Bauadministration**	**325 793.59**		**342 000**		**304 688.54**	
026.301.00	Gehälter	265 812.44		270 000		245 751.25	
026.303.01	Sozialbeiträge	43 670.80		50 000		45 310.99	
026.310.00	Kanzleiauslagen	16 001.95		17 000		13 409.70	
026.317.00	Reisespesen	308.40		5 000		216.60	
027	**Tiefbauamt**	**833 734.83**		**846 000**		**788 950.44**	
027.301.00	Gehälter	575 705.57		576 000		556 477.22	
027.303.01	Sozialbeiträge	96 400.65		107 000		97 467.81	
027.310.00	Kanzleiauslagen	40 309.59		35 000		26 964.61	
027.317.00	Spesen und Reiseauslagen	101 951.02		108 000		108 040.80	
027.318.01	Geologische Untersuchungen	19 368.00		20 000			
028	**Hochbauamt**	**2 329 943.17**	**298 153.95**	**2 683 000**	**330 000**	**2 254 823.39**	**406 322.80**
028.301.00	Gehälter	1 570 816.82		1 679 000		1 566 865.54	
028.303.01	Sozialbeiträge	241 444.28		311 000		275 040.00	
028.310.00	Kanzleiauslagen	25 082.55		24 000		20 165.10	
028.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	22 462.60		16 000		18 953.35	
028.318.02	Baurecht, Baupolizei, Brandschutz	194 193.60		183 000		256 684.60	
028.318.03	Genereller Hochbauplanungskredit	227 417.75		400 000		52 848.00	
028.318.09	Kosten für Ersatzvornahmen			10 000			
028.367.00	Beiträge an Vereinigungen	48 525.57		60 000		64 266.80	
028.431.00	Baubewilligungsgebühren		207 619.50		220 000		224 981.30
028.435.00	Verkauf Drucksachen		615.60				1 329.70
028.436.00	Lift- und Brandschutzkontrollen		89 918.85		100 000		180 011.80
028.436.01	Weiterverrechnung Kosten Ersatzvornahmen				10 000		

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

023.318.00 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
024.309.02 NK VIII CHF 20 000
024.309.03 NK VI CHF 40 000, NK IX 67 000
028.318.02 NK IV CHF 30 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
029	**Stabsstelle für Chancengleichheit**	**481 236.41**		**506 000**		**384 473.52**	
029.300.01	Gleichberechtigungskommission	11 053.70		15 000		12 308.90	
029.301.00	Gehälter	255 413.60		248 000		193 124.76	
029.303.01	Sozialbeiträge	43 745.74		46 000		34 519.87	
029.310.00	Kanzleiauslagen	4 561.04		8 000		9 611.25	
029.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	4 767.90		4 000		3 190.00	
029.318.00	Projekte, Öffentlichkeitsarbeit	146 222.43		160 000		124 218.74	
029.365.00	Finanzhilfen GLG	15 472.00		25 000		7 500.00	
030	**Leistungen an Pensionierte**	**4 329 086.89**		**4 217 000**		**4 044 174.52**	
030.307.01	Pensionen	1 037 925.26		1 038 000		1 001 513.25	
030.307.03	Frühzeitige Pensionierung	3 291 161.63		3 179 000		3 042 661.27	
040	**Regierungskanzlei**	**931 304.72**	**848 138.84**	**1 020 000**	**800 000**	**1 021 367.56**	**762 105.52**
040.301.00	Gehälter	537 126.40		531 000		533 602.89	
040.303.01	Sozialbeiträge	94 523.39		98 000		98 863.81	
040.310.00	Kanzleiauslagen, Rechenschaftsbericht, usw.	184 245.16		244 000		252 261.10	
040.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	378.00		2 000		443.50	
040.317.01	Amtsanlässe	17 763.30		20 000		21 750.00	
040.367.00	Internationale Bodenseekonferenz (IBK)	97 268.47		125 000		114 446.26	
040.431.01	Stempel- und Verwaltungsgebühren		666 890.34		620 000		572 497.02
040.435.00	Verkauf von Gesetzblättern und Drucksachen		181 248.50		180 000		189 608.50
041	**Stabsstelle Rechtsdienst**	**1 964 297.47**	**800.00**	**1 912 000**		**1 893 577.48**	**800.00**
041.301.00	Gehälter	727 938.96		676 000		675 129.47	
041.303.01	Sozialbeiträge	122 843.45		125 000		119 333.54	
041.310.00	Kanzleiauslagen	27 242.77		38 000		29 022.98	
041.310.01	Gesetzblätter, Nachdrucke, Textausgaben	305 747.50		340 000		296 400.30	
041.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	2 483.60		10 000		7 383.45	
041.318.00	Systematische Gesetzessammlung (LR) und Register	677 153.04		593 000		704 519.14	
041.318.01	Rechtsdatenbanken	100 888.15		130 000		61 788.60	
041.435.00	Abgabe Rechtsvorschriften auf Datenträger		800.00				800.00
042	**Stabsstelle Protokoll**	**467 889.05**		**471 000**		**452 564.11**	
042.301.00	Gehälter	320 501.12		318 000		316 516.04	
042.303.01	Sozialbeiträge	53 264.34		59 000		54 932.84	
042.310.00	Kanzleiauslagen	15 924.75		16 000		15 082.04	
042.317.01	Reisespesen, Regierungswagen	32 774.30		40 000		32 351.78	
042.317.02	Ankauf von Geschenken, Fahnen, usw.	45 424.54		38 000		33 681.41	
043	**Finanzkontrolle / Finanzaufsicht**	**783 786.22**	**14 174.00**	**787 000**	**8 000**	**744 334.33**	**11 514.70**
043.301.01	Gehälter	256 280.61		255 000		222 817.38	
043.303.01	Sozialbeiträge	42 618.66		46 000		38 971.30	
043.310.00	Kanzleiauslagen	2 493.85		5 000		3 048.15	
043.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	3 999.70		2 000		1 708.80	
043.318.00	Revision der Landesrechnung	478 393.40		479 000		477 788.70	
043.434.00	Verrechnete Revisionsdienstleistungen		14 174.00		8 000		11 514.70
044	**Stabsstelle für Kommunikation und Oeffentlichkeitsarbeit**	**397 940.33**		**406 000**		**361 956.49**	
044.301.00	Gehälter	272 400.97		268 000		263 147.27	
044.303.01	Sozialbeiträge	45 093.35		50 000		45 666.89	
044.310.00	Kanzleiauslagen	22 369.91		20 000		22 584.55	
044.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	18 213.35		18 000		21 994.95	
044.318.00	Liechtenstein-Portal	39 862.75		50 000		8 562.83	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

030.307.03 NK VI CHF 170 000

041.301.00 Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 36 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 16 000

041.318.00 NK VIII CHF 85 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
045	**Stabsstelle Finanzen**	**410 142.56**		**385 000**		**378 491.36**	
045.301.00	Gehälter	346 710.22		320 000		318 636.55	
045.303.01	Sozialbeiträge	58 331.59		59 000		55 984.36	
045.310.00	Kanzleiauslagen	4 100.25		5 000		3 807.45	
045.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	1 000.50		1 000		63.00	
050	**Amt für Auswärtige Angelegenheiten**	**2 833 017.74**		**2 590 000**		**2 114 845.30**	
050.301.00	Gehälter	1 354 477.54		1 349 000		1 247 883.43	
050.303.01	Sozialbeiträge	223 081.97		250 000		215 956.69	
050.310.00	Kanzleiauslagen	28 641.55		37 000		37 358.63	
050.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	108 812.12		129 000		141 220.13	
050.317.01	Honorarkonsulate			70 000			
050.317.02	Umsetzung von Abkommen	63 538.95		75 000		41 704.12	
050.367.00	Beiträge an Vereinigungen / Intern. Organisationen	439 703.99		480 000		381 593.80	
050.367.01	Auslandkulturpolitik	124 761.62		200 000		49 128.50	
050.367.02	Projekte in Israel	490 000.00					
051	**Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg**	**821 316.77**		**892 000**		**792 401.42**	
051.301.00	Gehälter	294 495.13		298 000		274 628.72	
051.303.01	Sozialbeiträge	57 890.11		61 000		76 330.99	
051.310.00	Kanzleiauslagen	30 191.85		32 000		32 588.02	
051.315.00	Raumkosten Residenz	72 760.95		93 000		77 742.22	
051.316.01	Raumkosten Ständige Vertretung	40 282.21		68 000		32 036.28	
051.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	51 657.04		60 000		43 654.66	
051.367.00	Mitgliedsbeiträge	274 039.48		280 000		255 420.53	
052	**Mission bei den Vereinten Nationen**	**1 834 648.95**		**2 418 000**		**1 953 590.35**	
052.301.00	Gehälter	733 721.89		736 000		653 970.56	
052.303.01	Sozialbeiträge	97 071.37		109 000		62 016.30	
052.310.00	Kanzleiauslagen	58 691.37		63 000		43 022.78	
052.315.00	Raumkosten Residenz	79 308.29		91 000		80 462.46	
052.316.00	Raumkosten Ständige Mission	173 450.65		182 000		154 778.65	
052.316.01	Diplomatenwohnungen	161 653.19		157 000		123 935.98	
052.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	168 967.29		206 000		181 587.38	
052.367.00	Mitgliedsbeiträge	361 784.90		874 000		653 816.24	
053	**Botschaft in Washington**	**987 497.38**		**1 010 000**		**948 115.59**	
053.301.00	Gehälter	390 180.70		388 000		389 306.93	
053.303.01	Sozialbeiträge	31 996.30		38 000		36 886.70	
053.310.00	Kanzleiauslagen	49 345.05		53 000		46 002.40	
053.316.00	Raumkosten Botschaft	161 353.56		162 000		140 689.20	
053.316.01	Raumkosten Residenz	233 894.42		248 000		208 531.96	
053.316.02	Diplomatenwohnungen					9 101.87	
053.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	120 727.35		121 000		117 596.53	
054	**Mission bei den Europäischen Gemeinschaften**	**3 028 622.35**		**4 784 000**		**2 858 120.59**	
054.301.00	Gehälter	668 939.24		706 000		727 916.78	
054.303.01	Sozialbeiträge	106 995.63		120 000		113 349.72	
054.310.00	Kanzleiauslagen	37 143.07		45 000		38 131.98	
054.315.00	Raumkosten Residenz	92 064.13		94 000		88 716.53	
054.316.00	Raumkosten Mission	99 496.21		122 000		94 900.01	
054.316.01	Diplomatenwohnungen	92 945.62		100 000		88 230.90	
054.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	106 759.30		95 000		84 920.89	
054.367.00	Mitgliedsbeiträge EWR	1 824 279.15		3 502 000		1 621 953.78	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

045.301.00 NK IV CHF 14 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 14 000
050.367.02 NK v. 15.3.2006 CHF 496 000 Projekte in Israel (Jerusalem)
054.317.00 NK IX CHF 12 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
055	**Mission bei EFTA / Intern. Organisationen, Genf**	**1 149 080.04**		**1 316 000**		**1 255 472.02**	
055.301.00	Gehälter	393 239.07		405 000		395 992.65	
055.303.01	Sozialbeiträge	55 180.15		61 000		57 495.08	
055.310.00	Kanzleiauslagen	23 363.35		24 000		20 733.49	
055.316.01	Raumkosten Ständige Mission	72 518.45		82 000		75 003.50	
055.316.02	Raumkosten Residenz	234 496.90		240 000		235 694.60	
055.316.03	Diplomatenwohnungen	27 527.65					
055.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	60 648.30		92 000		194 055.24	
055.367.00	Mitgliedsbeiträge	282 106.17		412 000		276 497.46	
056	**Ständige Vertretung bei OSZE, UNO / Botschaft in Wien**	**1 192 990.09**		**1 295 000**		**1 154 258.42**	
056.301.00	Gehälter	479 191.82		485 000		467 590.59	
056.303.01	Sozialbeiträge	77 936.91		87 000		78 738.99	
056.310.00	Kanzleiauslagen	39 948.43		45 000		26 409.16	
056.316.01	Raumkosten Ständige Vertretung / Botschaft	62 103.37		91 000		62 137.28	
056.316.02	Raumkosten Residenz	150 651.50		188 000		146 352.89	
056.316.03	Diplomatenwohnungen	38 544.10		44 000		37 514.92	
056.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	87 754.90		90 000		63 944.27	
056.367.00	Mitgliedsbeiträge	256 859.06		265 000		271 570.32	
057	**Botschaft in Bern**	**758 565.05**		**802 000**		**764 219.50**	
057.301.00	Gehälter	503 871.19		503 000		499 961.44	
057.303.01	Sozialbeiträge	60 287.10		67 000		63 880.83	
057.310.00	Kanzleiauslagen	30 436.29		38 000		30 594.98	
057.315.00	Raumkosten Botschaft und Residenz	97 711.97		108 000		96 673.26	
057.316.01	Diplomatenwohnungen	30 561.05		36 000		35 479.25	
057.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	35 697.45		50 000		37 629.74	
058	**Botschaft in Berlin**	**627 303.61**		**662 000**		**580 979.47**	
058.301.00	Gehälter	283 434.98		283 000		280 416.88	
058.303.01	Sozialbeiträge	16 975.95		18 000		17 276.15	
058.310.00	Kanzleiauslagen	22 508.86		28 000		18 670.29	
058.316.00	Raumkosten Botschaft	70 586.62		79 000		68 261.06	
058.316.01	Raumkosten Residenz	130 477.83		150 000		115 554.32	
058.316.02	Diplomatenwohnungen	22 660.79		24 000		22 480.31	
058.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	80 658.58		80 000		58 320.46	
090	**Nicht aufteilbare Aufgaben**	**2 163 325.70**	**500.00**	**2 196 000**		**1 840 134.55**	**2 562.40**
090.318.03	Versicherungen	749 633.40		746 000		547 554.00	
090.318.04	Postalische Leistungen	1 413 692.30		1 450 000		1 292 580.55	
090.435.00	Verkauf von Mobilien, Maschinen und Geräte		500.00				2 562.40
091	**Liegenschaftsverwaltung**	**13 182 566.32**	**13 021.50**	**13 401 000**	**20 000**	**12 749 202.31**	**13 189.15**
091.301.00	Gehälter Verwaltung, Hauswarte	1 956 810.08		1 949 000		1 546 901.34	
091.303.01	Sozialbeiträge	345 034.39		361 000		343 747.22	
091.308.00	Gehälter Reinigungspersonal					322 738.42	
091.312.00	Betriebskosten Verwaltungsgebäude	3 693 963.06		3 841 000		4 288 040.52	
091.314.00	Unterhalt Verwaltungsgebäude	2 206 424.99		2 200 000		1 454 799.96	
091.316.00	Mieten Verwaltungsbereich	4 980 333.80		5 050 000		4 792 974.85	
091.434.00	Stromverkäufe Polizeigebäude		13 021.50		20 000		13 189.15

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

055.316.03 NK I CHF 28 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
1	**Oeffentliche Sicherheit**	**49 977 248.60**	**19 731 705.50**	**54 104 000**	**19 388 000**	**49 190 575.74**	**21 069 119.40**
100	**Grundbuch- und Öffentlichkeitsregister**	**3 668 907.65**	**11 478 620.03**	**3 860 000**	**10 053 000**	**3 388 375.10**	**12 147 517.78**
100.301.00	Gehälter	2 471 977.59		2 467 000		2 300 655.52	
100.303.01	Sozialbeiträge	420 977.53		456 000		412 481.80	
100.310.00	Kanzleiausgaben	81 128.86		111 000		84 036.13	
100.310.01	Publikationskosten	560 074.30		600 000		517 987.80	
100.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	16 079.80		15 000		8 047.30	
100.318.00	Schätzwesen	43 642.55		76 000		28 700.25	
100.318.01	Grundbuchrechtliche Abklärungen			5 000		2 094.90	
100.318.02	Kosten amtlicher Liquidatoren und Kuratoren	60 588.47		50 000		29 751.40	
100.318.03	Belegdigitalisierung	9 202.55		75 000			
100.367.00	Beiträge an Vereinigungen	5 236.00		5 000		4 620.00	
100.431.01	Grundbuchgebühren		3 110 650.73		3 000 000		3 161 818.78
100.431.02	Schätzungsgebühren		15 347.00		50 000		23 378.00
100.431.03	Öffentlichkeitsregistergebühren		8 352 622.30		7 000 000		8 962 321.00
100.431.04	Verwaltungsgebühren				3 000		
101	**Zivilstandsamt**	**548 110.10**	**85 968.15**	**588 000**	**92 000**	**580 815.38**	**90 470.40**
101.301.00	Gehälter	451 480.38		475 000		472 490.47	
101.303.01	Sozialbeiträge	75 853.27		88 000		83 993.22	
101.310.00	Kanzleiausgaben	20 549.45		23 000		23 981.69	
101.317.00	Reisespesen	227.00		2 000		350.00	
101.431.00	Verwaltungsgebühren		85 968.15		92 000		90 470.40
103	**Ausländer- und Passamt**	**2 887 846.33**	**946 474.58**	**3 626 000**	**1 080 000**	**2 348 436.29**	**941 027.75**
103.301.00	Gehälter	1 870 211.64		1 977 000		1 886 708.03	
103.303.01	Sozialbeiträge	322 211.39		366 000		336 188.02	
103.310.00	Kanzleiauslagen	89 752.32		135 000		80 420.23	
103.313.00	Biometrische Pässe	527 782.87		1 000 000		6 229.30	
103.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	44 488.11		48 000		38 890.71	
103.365.00	Integrationsmassnahmen	33 400.00		100 000			
103.431.00	Verwaltungsgebühren		946 474.58		1 080 000		941 027.75
104	**Landesvermessung**	**1 468 052.38**	**75 658.74**	**1 852 000**	**70 000**	**1 853 984.51**	**340 737.76**
104.301.00	Gehälter	394 725.66		584 000		392 389.31	
104.303.01	Sozialbeiträge	68 644.82		108 000		71 210.40	
104.318.01	Landesvermessung	809 122.65		950 000		953 773.55	
104.318.02	Nachführung Vermessungsoperate	116 955.00		110 000		377 560.50	
104.318.03	LIS/GIS - Koordination	78 604.25		100 000		59 050.75	
104.431.00	Katasterberichtigungen, Mutationen						255 101.23
104.434.01	Ertrag Geodateninfrastruktur		75 658.74		70 000		85 636.53
105	**Eichwesen**	**242 393.70**	**51 594.30**	**255 000**	**50 000**	**254 963.05**	**51 523.70**
105.301.00	Gehälter	196 838.38		203 000		202 337.04	
105.303.01	Sozialbeiträge	33 804.41		38 000		35 784.73	
105.313.00	Eichmaterial	6 885.45		10 000		8 431.00	
105.317.00	Reisespesen	4 865.46		4 000		8 410.28	
105.434.01	Einnahmen Eichstätte		51 594.30		50 000		51 523.70

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

100.318.02 NK VII CHF 30 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
110	**Landespolizei**	**15 366 837.37**	**1 482 368.15**	**16 576 000**	**1 470 000**	**14 773 446.41**	**1 485 182.92**
110.301.00	Gehälter	10 806 065.86		11 096 000		10 370 477.90	
110.303.01	Sozialbeiträge	1 810 504.78		1 982 000		1 819 284.76	
110.308.00	Entschädigung Bereitschaftspolizei	496 941.10		520 000		544 655.59	
110.309.01	Ausbildung Polizeiaspirantinnen und -aspiranten	258 392.25		260 000		4 000.00	
110.310.00	Kanzleiauslagen	229 613.99		322 000		247 122.10	
110.313.01	Ausrüstung	313 256.55		525 000		427 886.23	
110.313.02	Treibstoff	71 114.83		80 000		74 341.54	
110.315.00	Fahrzeugunterhalt	88 135.60		90 000		81 010.70	
110.315.02	Betriebskosten Informatik Landespolizei	447 841.20		450 000		405 126.81	
110.315.03	Unterhalt Polycom	17 785.78		300 000			
110.315.09	Unterhalt Polizeiequipment	53 567.41		110 000		67 297.58	
110.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	120 481.24		110 000		89 266.31	
110.318.00	Haftpflichtversicherung Fahrzeuge	21 592.30		33 000		26 178.70	
110.318.02	Analysen, Gutachten	159 958.10		150 000		184 607.70	
110.318.03	Externe polizeiliche Dienstleistungen	26 849.00		30 000		25 000.00	
110.318.09	Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen, Honorare	77 901.93		95 000		98 682.22	
110.319.00	Verschiedenes	127 701.75		153 000		87 159.97	
110.365.00	Unfallverhütung	135 380.00		145 000		144 452.10	
110.367.00	Jahresbeiträge	103 753.70		125 000		76 896.20	
110.431.00	Verwaltungsgebühren		115 508.66		150 000		112 426.70
110.434.00	Ertrag für polizeiliche Beanspruchung		39 647.00		50 000		39 736.00
110.436.00	Unfallverhütungsbeiträge		123 365.51		70 000		166 974.19
110.437.01	Bussen		1 203 846.98		1 200 000		1 166 046.03
111	**Motorfahrzeugkontrolle**	**1 567 843.01**	**2 375 449.75**	**1 605 000**	**2 348 000**	**1 568 796.73**	**2 461 246.49**
111.301.00	Gehälter	1 195 897.32		1 203 000		1 196 597.87	
111.303.01	Sozialbeiträge	202 414.11		223 000		213 007.28	
111.310.00	Kanzleiauslagen	22 090.45		33 000		28 950.42	
111.313.00	Schilder, Ausweise	141 076.28		140 000		126 589.16	
111.317.00	Reisespesen	6 364.85		6 000		3 652.00	
111.431.00	Motorfahrzeuggebühren		2 269 949.75		2 263 000		2 260 846.49
111.431.01	Altfahrzeug Entsorgungsgebühren		98 700.00		80 000		96 850.00
111.435.00	Erlös aus Versteigerung von Fahrzeugschildern		6 800.00		5 000		103 550.00
112	**Finanzmarktaufsicht**	**3 959 000.00**		**3 959 000**		**4 090 000.00**	
112.363.00	Staatsbeitrag Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA)	3 959 000.00		3 959 000		4 090 000.00	
113	**Financial Intelligence Unit**	**1 037 681.90**		**1 077 000**		**1 026 068.06**	
113.301.00	Gehälter	738 964.34		740 000		727 237.99	
113.303.01	Sozialbeiträge	123 241.99		137 000		122 806.39	
113.310.00	Kanzleiauslagen	68 830.56		90 000		77 931.96	
113.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	106 645.01		110 000		98 091.72	

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
120	**Gerichtswesen**	**14 274 156.20**	**3 152 831.45**	**15 096 000**	**4 105 000**	**14 224 018.02**	**3 445 130.15**
120.301.00	Gehälter	5 613 179.11		5 930 000		5 641 604.60	
120.303.01	Sozialbeiträge	930 430.59		1 057 000		986 126.18	
120.308.00	Kollegialgerichte	3 345 939.77		3 899 000		3 433 908.21	
120.309.00	Weiterbildung	34 599.23		55 000		56 681.62	
120.310.01	Kanzleibedarf Gerichte	209 799.33		215 000		235 658.06	
120.310.02	Inseratekosten	57 635.60		50 000		58 463.85	
120.310.03	Gerichtsbibliothek	91 101.42		65 000		75 740.55	
120.315.00	Betriebskosten Informatik Landgericht	59 202.61		60 000		59 172.47	
120.317.00	Reisespesen	30 295.75		45 000		33 332.15	
120.318.01	Zeugengebühren	19 244.70		50 000		65 017.30	
120.318.02	Experten, Gutachten	1 196 768.83		1 160 000		1 885 476.03	
120.318.04	Verfahrenshilfe in Zivilsachen	699 768.48		1 080 000		1 223 771.06	
120.318.05	Verfahrenshilfe in Strafsachen	1 415 201.48		900 000		446 429.61	
120.319.00	Verschiedenes	40 027.16		30 000		22 636.33	
120.319.01	Vertretungskosten zu Lasten des Landes	530 962.14		500 000			
120.431.00	Gerichtsgebühren		1 825 158.91		3 253 000		2 489 678.21
120.431.01	Entscheidungsgebühren Kollegialgerichte		503 310.65		160 000		239 393.55
120.435.00	Verkäufe beschlagnahmter Güter		2 050.00		2 000		2 079.00
120.436.00	Auslagen-Rückersatz		188 249.29		40 000		47 965.54
120.437.00	Geldstrafen		634 062.60		650 000		636 569.45
120.439.00	Verfallene Kaution						29 444.40
121	**Staatsanwaltschaft**	**1 958 359.31**		**2 184 000**		**2 005 758.36**	
121.301.00	Gehälter	1 603 413.12		1 755 000		1 637 023.76	
121.303.01	Sozialbeiträge	260 117.99		319 000		276 391.74	
121.310.00	Kanzleiauslagen	39 235.50		50 000		40 893.03	
121.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	55 592.70		60 000		51 449.83	
130	**Untersuchungsgefängnis**	**1 002 250.96**	**7 740.35**	**1 319 000**	**45 000**	**1 262 182.77**	**31 282.45**
130.301.00	Gehälter	484 678.45		470 000		468 926.10	
130.303.01	Sozialbeiträge	91 535.88		94 000		90 172.44	
130.308.00	Entschädigung Bereitschaftspolizei	146 655.80		155 000		132 190.00	
130.313.00	Häftlingskosten	157 607.95		200 000		170 390.20	
130.318.00	Unterbringung Ausland	121 772.88		400 000		400 504.03	
130.436.00	Kostenrückerstattungen Untersuchungsgefängnis		7 740.35		45 000		31 282.45
160	**Amt für Zivilschutz und Landesversorgung**	**1 995 809.69**	**75 000.00**	**2 107 000**	**75 000**	**1 813 731.06**	**75 000.00**
160.301.00	Gehälter	520 430.47		520 000		512 971.70	
160.303.01	Sozialbeiträge	87 571.90		96 000		87 984.44	
160.310.00	Kanzleiauslagen	13 911.04		17 000		12 606.81	
160.315.00	Unfall- und Katastropheneinsätze	2 197.57				11.40	
160.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	9 383.05		13 000		13 935.90	
160.318.01	Landesversorgung	49 762.90		48 000		56 141.30	
160.318.02	Berg- und Lawinenrettung / Beobachtungsdienst	119 474.95		124 000		106 769.02	
160.318.03	Katastrophen- und Zivilschutz	932 485.38		985 000		762 106.24	
160.319.00	Zuweisung Stiftung für Brandschutz und Löschwesen	75 000.00		75 000		75 000.00	
160.365.00	Samaritervereine	185 592.43		229 000		186 204.25	
160.439.00	Beitrag Schweiz. Sachversicherungsverband		75 000.00		75 000		75 000.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

120.310.03 NK IV CHF 30 000
120.318.02 NK IX CHF 50 000
120.318.05 NK IX CHF 520 000
120.319.00 NK IV CHF 30 000
120.319.01 NK VIII CHF 50 000
130.301.00 Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 9 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 6 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
2	**Bildung**	**136 139 334.31**	**22 392 118.04**	**143 606 000**	**23 155 000**	**133 727 645.05**	**21 003 148.61**
200	**Kindergärten**	**5 565 581.50**	**2 782 904.60**	**5 672 000**	**2 836 000**	**5 404 346.38**	**2 701 795.20**
200.362.01	Gehälter Kindergärtnerinnen	4 746 502.40		4 789 000		4 572 895.04	
200.362.02	Sozialbeiträge	819 079.10		883 000		831 451.34	
200.462.00	50 % Gemeindeanteil an Personalaufwand KG		2 782 904.60		2 836 000		2 701 795.20
205	**Primarschulen**	**24 324 775.65**	**12 180 207.89**	**25 344 000**	**12 672 000**	**24 202 784.26**	**12 115 967.00**
205.362.01	Gehälter Lehrpersonen	20 800 818.95		21 396 000		20 552 203.45	
205.362.02	Sozialbeiträge	3 523 956.70		3 948 000		3 650 580.81	
205.462.00	50 % Gemeindeanteil an Personalaufwand PS		12 180 207.89		12 672 000		12 115 967.00
206	**Sekundarschulen**	**975 523.59**		**1 010 000**		**1 075 222.69**	
206.302.01	Gehälter Sprachassistenten	139 116.75		179 000		146 806.65	
206.302.02	Aushilfen, Dienstjubiläen weiterführende Schulen	736 166.38		691 000		804 005.60	
206.303.02	Sozialbeiträge	100 240.46		140 000		124 410.44	
210	**Oberschule Vaduz**	**2 751 921.43**		**3 006 000**		**2 821 512.45**	
210.302.00	Gehälter Lehrpersonen	2 260 335.04		2 446 000		2 291 918.90	
210.303.01	Sozialbeiträge	381 636.69		453 000		414 152.10	
210.310.00	Schulmaterial und Beiträge	109 949.70		107 000		115 441.45	
211	**Ober- und Realschule Triesen**	**5 820 453.38**		**6 391 000**		**6 011 686.41**	
211.301.00	Gehälter Verwaltung	50 815.17		50 000		49 403.49	
211.302.00	Gehälter Lehrpersonen	4 731 194.80		5 144 000		4 872 983.10	
211.303.01	Sozialbeiträge	814 759.84		961 000		858 523.63	
211.310.00	Schulmaterial und Beiträge	223 683.57		236 000		230 776.19	
212	**Ober- und Realschule Eschen**	**7 226 753.90**		**7 427 000**		**7 158 062.18**	
212.301.00	Gehälter Verwaltung	57 292.54		58 000		85 033.07	
212.302.00	Gehälter Lehrpersonen	5 884 411.80		5 974 000		5 773 454.30	
212.303.01	Sozialbeiträge	1 006 108.64		1 116 000		1 032 345.17	
212.310.00	Schulmaterial und Beiträge	278 940.92		279 000		267 229.64	
213	**Hallenbad Schulzentrum Unterland**	**841 625.03**	**557 993.78**	**809 000**	**575 000**	**764 923.83**	**520 213.34**
213.301.00	Gehälter	326 401.04		335 000		273 433.65	
213.303.01	Sozialbeiträge	58 333.20		61 000		60 554.38	
213.308.00	Löhne Reinigungspersonal					50 611.72	
213.312.00	Wasser, Energie, Heizung	176 810.85		180 000		168 620.98	
213.313.00	Reinigungsmaterialien, Fremdreinigung	42 727.10		50 000		35 545.70	
213.315.01	Betriebskosten	30 839.25		33 000		38 620.15	
213.315.02	Unterhaltskosten	206 513.59		150 000		137 537.25	
213.434.01	Eintritte		243 330.84		225 000		216 897.80
213.434.02	Gemeindebeiträge für Mitbenützung		296 375.89		325 000		281 104.99
213.434.03	Stromverkauf BHKW		18 287.05		25 000		22 210.55
214	**Realschule Balzers**	**1 834 063.04**		**1 971 000**		**1 848 490.40**	
214.302.00	Gehälter Lehrpersonen	1 489 838.15		1 575 000		1 484 988.15	
214.303.01	Sozialbeiträge	253 323.40		291 000		260 418.08	
214.310.00	Schulmaterial und Beiträge	90 901.49		105 000		103 084.17	
215	**Liecht. Gymnasium und Realschule Vaduz**	**14 031 667.63**		**14 981 000**		**14 538 020.29**	
215.301.00	Gehälter Verwaltung	278 719.80		267 000		279 842.90	
215.302.00	Gehälter Lehrpersonen	11 257 492.20		11 857 000		11 584 726.15	
215.303.01	Sozialbeiträge	1 879 733.77		2 176 000		2 019 684.51	
215.310.00	Schulmaterial und Beiträge	615 721.86		681 000		653 766.73	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

206.302.02 Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 42 000
213.315.02 NK V CHF 50 000
215.301.00 Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 9 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 3 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
216	**Realschule Schaan**	**1 872 669.52**		**2 145 000**		**1 766 750.77**	
216.302.00	Gehälter Lehrpersonen	1 517 722.90		1 721 000		1 425 483.75	
216.303.01	Sozialbeiträge	259 113.19		319 000		254 253.07	
216.310.00	Schulmaterial und Beiträge	95 833.43		105 000		87 013.95	
217	**10. Schuljahr Schaan**	**1 451 820.74**		**1 467 000**		**1 346 897.74**	
217.302.00	Gehälter Lehrpersonen	1 190 888.05		1 187 000		1 097 496.05	
217.303.01	Sozialbeiträge	200 866.86		220 000		189 739.59	
217.310.00	Schulmaterial und Beiträge	60 065.83		60 000		59 662.10	
218	**Schulamt**	**4 514 913.55**		**4 642 000**		**4 499 553.57**	
218.301.00	Gehälter	3 767 800.50		3 805 000		3 714 420.78	
218.303.01	Sozialbeiträge	632 977.74		704 000		651 546.93	
218.310.00	Kanzleiauslagen	52 142.76		68 000		64 823.51	
218.317.00	Reisespesen	61 992.55		65 000		68 762.35	
219	**Allgemeine Ausgaben**	**4 370 668.92**	**44 800.00**	**4 748 000**	**48 000**	**4 206 080.25**	**60 000.00**
219.300.01	Kommissionen	130 025.16		150 000		134 137.55	
219.307.00	Ruhegehälter Ordenslehrer	459 340.20		468 000		433 666.20	
219.309.01	Lehrerweiterbildung	367 302.40		480 000		401 629.58	
219.310.01	«Schule heute» / Öffentlichkeitsarbeit	40 384.75		40 000		39 766.85	
219.315.00	Unterhalt Schulmobiliar	30 940.60		35 000		25 191.68	
219.318.01	Diverse Schulprojekte	642 427.61		700 000		508 853.58	
219.318.02	EDV-Support weiterführende Schulen	115 198.26		145 000		188 714.95	
219.318.06	Qualitätssicherung und Evaluation	29 360.60		30 000		20 688.30	
219.318.07	Schulsozialarbeit	395 016.16		360 000		286 076.43	
219.319.00	Verschiedenes	208 521.06		295 000		302 560.21	
219.365.00	Beitrag für Lehrerbibliothek	4 655.87		5 000		4 722.62	
219.366.01	Zubringerdienst	1 414 154.05		1 430 000		1 320 369.60	
219.366.02	Subvention für Mittagsverpflegung von Schülern	268 383.20		273 000		255 054.50	
219.366.05	Skikurse	72 739.00		87 000		72 625.00	
219.366.06	Unfallversicherung	192 220.00		250 000		212 023.20	
219.433.00	Schulgelder ausländischer Schülerinnen und Schüler		44 800.00		48 000		60 000.00
220	**Sonderschulung**	**6 781 547.08**	**4 860 237.41**	**6 692 000**	**5 270 000**	**6 207 704.74**	**3 967 440.00**
220.365.01	Heilpädagogisches Zentrum	2 657 114.15		2 667 000		2 337 192.55	
220.366.00	Pädagogisch-therapeutische Massnahmen	2 993 479.53		2 975 000		2 951 253.69	
220.367.00	Sonderschulheime	1 130 953.40		1 050 000		919 258.50	
220.436.00	IV-Beiträge Sonderschulung / Integrative Schulung		4 225 971.25		3 978 000		3 189 992.00
220.462.00	Gemeindeanteile Sonderschule		634 266.16		1 292 000		777 448.00
225	**Diverse Schulen**	**778 230.14**		**927 000**		**790 920.58**	
225.365.00	Subventionen an Privatschulen	462 038.75		480 000		478 196.25	
225.367.01	Schulabkommen, Beiträge	242 191.39		359 000		242 724.33	
225.367.02	Interstaatliche Maturitätsschule für Erwachsene	74 000.00		88 000		70 000.00	
240	**Lehrerausbildung**	**278 579.85**		**324 000**		**327 024.65**	
240.367.00	Beiträge an Seminarien	278 579.85		324 000		327 024.65	
250	**Berufsmittelschule**	**1 027 123.03**	**446 475.00**	**1 152 000**	**388 000**	**1 006 504.86**	**347 340.00**
250.302.00	Gehälter	875 349.20		972 000		850 822.30	
250.303.01	Sozialbeiträge	151 773.83		180 000		155 682.56	
250.433.00	Schulgelder		446 475.00		388 000		347 340.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

219.318.07 NK VIII CHF 45 000
220.366.00 NK IX CHF 25 000
220.367.00 NK VIII CHF 85 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
260	**Hochschulwesen**	**15 926 085.70**		**16 491 000**		**10 956 166.35**	
260.364.01	Hochschule Liechtenstein	7 988 000.00		7 988 000		7 988 000.00	
260.365.00	Liechtenstein Institut	750 000.00		750 000			
260.367.00	Beiträge gem. interkant. Universitäts-vereinbarung	4 033 935.00		4 028 000			
260.367.01	Beiträge gem. interkant. Fachhochschul-vereinbarung	1 859 247.60		2 399 000		2 051 636.35	
260.367.02	Trägerbeitrag an Hochschule für Technik Buchs NTB	842 848.00		839 000		916 530.00	
260.367.04	Trägerbeiträge an Schweizer Fachhochschulen	347 055.10		362 000			
260.367.05	Projektbeiträge im Hochschulwesen	105 000.00		125 000			
270	**Universitäten**					**4 225 050.00**	
270.365.00	Liechtenstein-Institut					750 000.00	
270.367.01	Interkantonale Vereinbarung über Hochschulbeiträge					3 366 500.00	
270.367.02	Beitrag an Hochschulen					108 550.00	
272	**Grundlagenforschung**	**500 000.00**		**500 000**		**500 000.00**	
272.367.01	Beitrag an Schweiz. Nationalfonds	250 000.00		250 000		250 000.00	
272.367.02	Beitrag an österr. Fonds für wissensch. Forschung	250 000.00		250 000		250 000.00	
273	**Internationale Programme**	**709 961.03**	**622 472.88**	**935 000**	**465 000**	**699 944.08**	**422 545.75**
273.366.01	Leonardo	328 316.26		435 000		323 212.86	
273.366.02	Sokrates	272 137.60		390 000		280 076.60	
273.366.03	EU-Programm «Jugend»	109 507.17		110 000		96 654.62	
273.436.01	Kostenrückerstattungen Leonardo		285 324.03		277 000		247 510.96
273.436.02	Kostenrückerstattungen Sokrates		337 148.85		188 000		175 034.79
280	**Stipendien, Ausbildungsbeihilfen**	**5 213 265.00**		**5 000 000**		**5 283 787.00**	
280.366.01	Stipendien	5 213 265.00		5 000 000		5 283 787.00	
281	**Liechtensteinische Musikschule**	**5 794 206.85**		**5 937 000**		**3 787 435.66**	
281.364.00	Staatsbeitrag Musikschule	5 704 206.85		5 847 000		3 697 435.66	
281.365.00	Staatsbeitrag Internationale Meisterkurse	90 000.00		90 000		90 000.00	
282	**Erwachsenenbildung**	**1 560 000.00**		**1 370 000**		**1 198 000.00**	
282.366.02	Staatsbeitrag Stiftung Erwachsenenbildung	1 560 000.00		1 370 000		1 198 000.00	
290	**Amt für Berufsbildung**	**12 325 593.77**		**13 959 000**		**12 053 356.44**	
290.300.01	Kommissionen	2 373.05		10 000		3 596.10	
290.301.00	Gehälter	747 899.17		742 000		741 987.36	
290.303.01	Sozialbeiträge	128 628.01		137 000		133 105.24	
290.310.00	Kanzleiausgaben	46 656.85		52 000		27 430.55	
290.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	6 987.25		15 000		10 929.80	
290.365.00	Staatsbeitrag Weiterbildungsinstitut GWK	276 491.30		375 000			
290.366.01	Internationale Berufswettbewerbe	42 412.08		44 000		235 647.15	
290.367.03	Grundausbildung - Lehrlinge	9 870 938.31		10 653 000		9 465 596.95	
290.367.04	Fort- und Weiterbildung Erwachsene	1 203 207.75		1 931 000		1 435 063.29	
291	**Berufsberatung**	**808 563.09**	**150 000.00**	**907 000**	**150 000**	**863 939.68**	**150 000.00**
291.301.00	Gehälter	647 115.40		691 000		676 161.81	
291.303.01	Sozialbeiträge	104 333.58		128 000		119 825.52	
291.310.00	Kanzleiausgaben	52 943.01		80 000		60 196.20	
291.317.00	Reisespesen	4 171.10		8 000		7 756.15	
291.436.00	Rückerstattung für IV-Beratungsleistungen		150 000.00		150 000		150 000.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

280.366.01 NK IX CHF 214 000
282.366.02 NK VII CHF 190 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
292	**Kunstschule**	**389 679.48**		**390 000**		**221 657.07**	
292.364.00	Staatsbeitrag Kunstschule	389 679.48		390 000		221 657.07	
293	**Amtlicher Lehrmittelverlag / Didaktische Medienstelle**	**953 383.76**	**576 846.50**	**1 085 000**	**581 000**	**1 061 898.35**	**565 238.35**
293.301.00	Gehälter	149 219.77		200 000		199 777.36	
293.303.01	Sozialbeiträge	21 356.74		37 000		36 693.80	
293.310.01	Ankäufe Primarschulen	154 392.00		195 000		194 969.94	
293.310.02	Ankäufe Sekundarschulen	516 326.13		520 000		497 502.82	
293.310.03	Ankäufe Klassenbestände	53 326.03		70 000		69 914.17	
293.310.09	Didaktische Medienstelle	56 220.54		57 000		57 382.38	
293.317.00	Spesen	2 542.55		6 000		5 657.88	
293.434.00	Benutzungsgebühren		9 680.00		13 000		14 467.80
293.435.01	Verkäufe Primarschulen		178 159.10		170 000		183 925.20
293.435.02	Verkäufe Sekundarschulen (verbilligte Abgabe)		389 007.40		398 000		366 845.35
294	**Jugendhaus Malbun**	**299 260.22**	**170 179.98**	**303 000**	**170 000**	**292 761.21**	**152 608.97**
294.301.00	Gehälter	177 380.94		174 000		168 089.30	
294.303.01	Sozialbeiträge	31 569.76		32 000		31 285.47	
294.310.00	Verwaltungskosten	5 627.94		6 000		6 536.12	
294.313.00	Verpflegungskosten	76 256.24		79 000		75 963.95	
294.315.00	Unterhalt Einrichtung	4 759.80		7 000		6 437.77	
294.319.00	Verschiedenes	3 665.54		5 000		4 448.60	
294.432.00	Verpflegungstaxen		170 179.98		170 000		152 608.97
295	**Liegenschaftsverwaltung Bildungsbereich**	**7 211 417.43**		**8 021 000**		**8 607 163.16**	
295.301.00	Gehälter Hauswarte	1 447 745.43		1 437 000		698 630.97	
295.303.01	Sozialbeiträge	262 716.91		266 000		253 167.05	
295.308.00	Gehälter Reinigungspersonal					619 121.51	
295.312.00	Betriebskosten Schulgebäude	2 936 556.64		2 966 000		3 494 996.74	
295.314.00	Unterhalt Schulgebäude	1 556 636.70		2 200 000		2 714 712.85	
295.316.00	Mieten Bildungsbereich	1 007 761.75		1 152 000		826 534.04	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

295.301.00 indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 15 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
3	**Kultur, Freizeit**	**26 984 878.99**	**36 675.00**	**25 974 000**	**32 000**	**25 480 470.37**	**25 125.00**
300	**Landesbibliothek**	**1 480 394.99**		**1 500 000**		**1 488 398.17**	
300.363.00	Staatsbeitrag Landesbibliothek	1 480 394.99		1 500 000		1 488 398.17	
301	**Landesmuseum**	**2 069 300.00**		**2 067 000**		**2 358 016.29**	
301.318.00	Ausstellungsprojekt Landesmuseum					441 541.92	
301.363.00	Staatsbeitrag Landesmuseum	2 069 300.00		2 067 000		1 916 474.37	
302	**Theater, Konzerte**	**2 252 000.00**		**2 252 000**		**2 252 000.00**	
302.365.00	Staatsbeitrag Theater am Kirchplatz	2 252 000.00		2 252 000		2 252 000.00	
303	**Kunstmuseum**	**4 580 000.00**		**3 430 000**		**3 400 000.00**	
303.363.01	Staatsbeitrag Kunstmuseum	4 580 000.00		3 430 000		3 400 000.00	
304	**Landesarchiv**	**902 716.28**		**907 000**		**930 155.44**	
304.301.00	Gehälter	524 143.56		516 000		545 786.37	
304.303.01	Sozialbeiträge	91 450.83		95 000		100 031.88	
304.310.00	Verfilmung, Restauration, Sammlung von Archivalien	274 529.79		280 000		271 775.99	
304.367.00	Beiträge an Vereinigungen	12 592.10		16 000		12 561.20	
305	**Historischer Verein / Historische Projekte**	**850 351.02**		**918 000**		**821 581.37**	
305.365.00	Beitrag an Historischen Verein	180 000.00		180 000		180 000.00	
305.365.01	Liechtensteinisches Urkundenbuch	75 782.60		92 000		92 243.50	
305.365.02	Vorarlb. Sprachatlas mit Einschluss Liechtensteins	39 493.95		50 000		42 388.25	
305.365.04	Historisches Lexikon	400 233.59		417 000		389 638.70	
305.365.05	Liechtensteiner Personennamen-Buch	112 303.18		115 000		71 459.72	
305.365.06	Kunstdenkmäler	42 537.70		64 000		45 851.20	
306	**Stabsstelle für Kulturfragen**	**2 300 849.47**		**2 297 000**		**2 173 980.04**	
306.300.01	Kulturbeirat	41 908.37		58 000		38 964.19	
306.301.00	Gehälter	227 328.26		225 000		221 533.37	
306.303.01	Sozialbeiträge	38 085.50		42 000		39 196.11	
306.310.00	Kanzleiauslagen	4 492.60		13 000		6 128.94	
306.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	4 140.20		6 000		10 146.40	
306.318.00	Öffentlichkeitsarbeit	174.00		20 000			
306.363.01	Beitrag an Stiftung pro Liechtenstein	1 064 878.00		933 000		892 838.00	
306.365.03	Kulturförderung	919 842.54		1 000 000		965 173.03	
307	**Rheinberger-Forschung**	**470 334.90**		**470 000**		**441 196.63**	
307.318.00	Gesamtausgabe Rheinberger-Werke	470 334.90		470 000		441 196.63	
308	**Zeitgenössisches Kunstschaffen**	**207 153.62**		**217 000**		**201 600.32**	
308.364.00	Ausstellung zeitgenössisches Kunstschaffen	207 153.62		217 000		201 600.32	
310	**Denkmalschutz**	**249 674.12**		**250 000**		**269 971.14**	
310.318.00	Dienstleistungen, Honorare	249 674.12		250 000		269 971.14	
311	**Archäologie**	**477 129.70**	**10 875.00**	**480 000**	**20 000**	**512 715.68**	**8 025.00**
311.365.01	Archäologische Grabungen und Auswertungen	477 129.70		480 000		449 855.23	
311.365.02	Notgrabungen					62 860.45	
311.434.00	Restaurierung/Konservierung archäol. Fundobjekte		10 875.00		20 000		8 025.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

303.363.01 NK v. 20.09.2006 CHF 1 150 000 f. Mitankauf Sammlung Rolf Ricke
306.363.01 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
320	**Presse- und Informationsamt**	**1 023 203.73**		**1 048 000**		**978 162.16**	
320.301.00	Gehälter	460 205.13		455 000		450 858.33	
320.303.01	Sozialbeiträge	78 372.19		84 000		80 740.42	
320.310.01	Kanzleiauslagen	19 288.46		24 000		22 309.36	
320.310.02	Publikationen und Informationsmaterial	145 015.50		145 000		121 571.60	
320.315.00	Betrieb und Ausbau Landeskanal	221 003.05		230 000		207 035.55	
320.317.00	Repräsentationen, Journalisten-Betreuung	31 391.50		30 000		28 934.90	
320.318.00	Verteilung von Pressemitteilungen	67 927.90		80 000		66 712.00	
321	**Medien**	**3 003 789.55**		**2 825 000**		**2 583 348.50**	
321.363.00	Landesbeitrag Liecht. Rundfunkanstalt	1 390 867.00		1 300 000		1 300 000.00	
321.365.00	Beiträge für Medien und Medien-berichterstattung	825 000.00		825 000		778 000.00	
321.365.01	Beiträge für Aus- und Weiterbildung	285 630.00		190 000			
321.365.04	Leistungsvereinbarungen	500 000.00		500 000		500 000.00	
321.365.05	Weitere Veranstaltungen und Massnahmen	2 292.55		10 000		5 348.50	
330	**Parkanlagen, Wanderwege**	**466 021.10**		**352 000**		**296 957.73**	
330.314.00	Unterhalt von Berg- und Wanderwegen	266 021.10		152 000		196 957.73	
330.365.00	Alpenverein (Subvention für Alpenvereinshütten)	200 000.00		200 000		100 000.00	
340	**Sport**	**3 469 144.41**	**25 800.00**	**3 476 000**	**12 000**	**3 535 139.67**	**17 100.00**
340.300.01	Sportkommission	34 785.80		50 000		31 537.60	
340.301.00	Gehälter	155 300.73		153 000		152 562.45	
340.303.01	Sozialbeiträge	26 820.27		28 000		27 553.87	
340.310.00	Kanzleiauslagen	7 088.00		10 000		3 279.30	
340.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	1 710.00		5 000		3 383.10	
340.365.05	Sportförderung	3 243 439.61		3 230 000		3 316 823.35	
340.434.00	Teilnehmergebühren		25 800.00		12 000		17 100.00
390	**Kirche**	**353 000.00**		**353 000**		**353 000.00**	
390.365.01	Beitrag an römisch-katholische Landeskirche	300 000.00		300 000		300 000.00	
390.365.02	Konfessionsbeiträge	53 000.00		53 000		53 000.00	
391	**Liegenschaftsverwaltung Kulturbereich**	**2 829 816.10**		**3 132 000**		**2 884 247.23**	
391.301.00	Gehälter Hauswarte	179 678.15		207 000		164 217.93	
391.303.01	Sozialbeiträge	32 127.42		38 000		37 957.33	
391.308.00	Gehälter Reinigungspersonal					40 039.88	
391.312.00	Betriebskosten Kulturgebäude	1 626 430.38		1 787 000		1 716 546.94	
391.314.00	Unterhalt Kulturgebäude	273 692.15		350 000		207 597.15	
391.316.00	Mieten Kulturgebäude	717 888.00		750 000		717 888.00	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

321.363.00 NK III CHF 100 000
321.365.01 NK VI CHF 140 000
330.314.00 NK I CHF 315 000
340.365.05 NK V CHF 150 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
4	**Gesundheit**	**21 359 001.97**	**255 696.90**	**22 643 000**	**265 000**	**20 713 363.75**	**297 250.15**
400	**Spitäler**	**16 279 309.16**		**17 122 000**		**16 470 252.45**	
400.363.00	Staatsbeitrag an Liechtensteinisches Landesspital	6 343 258.59		6 400 000		6 227 401.20	
400.367.01	Beitrag an ausländische Spitäler	9 639 406.02		10 347 000		9 838 863.75	
400.367.02	Ostschweiz. Kinderspital St. Gallen	296 644.55		375 000		403 987.50	
450	**Amt für Gesundheitsdienste**	**1 548 967.29**	**47 600.00**	**1 831 000**	**58 000**	**1 253 809.32**	**47 100.00**
450.301.00	Gehälter	785 474.06		863 000		835 985.95	
450.303.01	Sozialbeiträge	115 596.37		160 000		129 575.42	
450.310.00	Kanzleiauslagen	38 226.17		54 000		52 820.82	
450.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	14 998.57		12 000		11 076.97	
450.318.02	Gesundheitsvorsorge und -förderung	167 251.48		130 000		35 447.90	
450.318.05	Umgebungs- und Reihenuntersuchungen	60 513.72		62 000		46 087.01	
450.318.06	Elektronisches Gesundheitsnetz	50 384.77		200 000			
450.365.00	Beiträge an Vereinigungen	316 522.15		350 000		142 815.25	
450.431.00	Verkehrsmedizinische Untersuchungen		30 000.00		42 000		9 000.00
450.431.01	Gebühren im Gesundheitswesen		17 600.00		16 000		38 100.00
460	**Schulgesundheitsdienst**	**1 098 555.75**		**1 052 000**		**588 556.50**	
460.318.02	Schulzahnärztlicher Dienst	1 098 555.75		1 052 000		588 556.50	
465	**Sucht-Prävention**	**216 101.27**		**237 000**		**128 567.20**	
465.318.01	Informationsmaterial der Landespolizei	7 722.45		8 000		8 175.56	
465.318.02	Suchtprävention in Schulen	54 555.00		58 000		54 105.00	
465.318.04	Prophylaktische Kontrollmassnahmen					1 804.90	
465.318.05	Organisation und allgemeine Projekte	153 823.82		171 000		64 481.74	
470	**Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen**	**1 408 868.10**	**208 096.90**	**1 599 000**	**207 000**	**1 477 685.51**	**250 150.15**
470.301.00	Gehälter	774 985.95		767 000		770 818.48	
470.303.01	Sozialbeiträge	129 544.45		142 000		135 419.38	
470.310.00	Kanzleiauslagen	46 220.44		63 000		51 869.37	
470.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	27 779.07		50 000		32 706.22	
470.318.03	Lebensmitteluntersuchungen, Qualitätsverbesserung	62 589.71		115 000		101 275.81	
470.318.04	Seuchenbekämpfung	235 887.30		305 000		268 636.69	
470.318.05	Drittleistungen, Kontrollen	89 418.25		110 000		60 378.93	
470.365.00	Beitrag an Viehversicherung	409.25		1 000		510.40	
470.367.00	Beiträge an Vereinigungen	42 033.68		46 000		56 070.23	
470.431.00	Gebühren und Kostenrückerstattungen		146 508.95		147 000		189 896.15
470.431.01	Beiträge und Gebühren (Viehhandel, Sömmerung)		61 587.95		60 000		60 254.00
490	**Uebriges Gesundheitswesen**	**807 200.40**		**802 000**		**794 492.77**	
490.318.01	Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention	240 954.75		242 000		240 743.67	
490.365.01	Landesweite Notrufnummer (144)	346 245.65		340 000		333 749.10	
490.365.02	Rettungsdienst (Subv. Rotes Kreuz)	220 000.00		220 000		220 000.00	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

450.318.02 NK IV CHF 50 000
460.318.02 NK VIII CHF 50 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
5	**Soziale Wohlfahrt**	**187 105 284.79**	**3 734 403.20**	**199 714 000**	**4 103 000**	**183 105 959.55**	**4 452 033.85**
500	**Altersversicherung**	**42 079 859.50**		**40 700 000**		**40 297 349.57**	
500.363.00	Staatsbeitrag AHV	42 079 859.50		40 700 000		40 297 349.57	
510	**Invalidenversicherung**	**19 357 521.79**		**29 970 000**		**26 303 130.24**	
510.363.01	Staatsbeitrag IV	19 357 521.79		29 970 000		26 303 130.24	
520	**Krankenversicherung**	**54 908 378.02**		**55 645 000**		**52 800 492.00**	
520.318.01	KVG-Versichertenkarte					-27 702.95	
520.365.00	Staatsbeitrag Krankenkassen	49 931 425.00		51 100 000		47 893 057.00	
520.365.02	Landesbeitrag Krankenkassenverband	239 561.05		245 000		242 864.35	
520.366.00	Prämienverbilligung für Einkommensschwache	4 737 391.97		4 300 000		4 692 273.60	
530	**Sonstige Sozialversicherungen**	**16 963 917.62**	**3 585 473.10**	**17 505 000**	**3 952 000**	**16 931 731.45**	**3 025 396.30**
530.363.00	Staatsbeitrag ALV	3 430 000.00		3 768 000		3 615 000.00	
530.366.00	Ergänzungsleistungen zur AHV-IV	13 533 917.62		13 737 000		13 316 731.45	
530.450.00	50 %-Anteil der Gemeinden an Ergänzungsleistungen		3 585 473.10		3 952 000		3 025 396.30
534	**Unfallversicherung**	**7 845 098.10**		**8 300 000**		**7 782 449.20**	
534.365.00	Staatsbeitrag Nichtberufsunfallversicherung	7 845 098.10		8 300 000		7 782 449.20	
540	**Beihilfen gemäss Jugendgesetz**	**4 556 052.54**		**4 796 000**		**3 016 424.68**	
540.318.00	Jugendschutz	36 740.88		38 000		20 799.12	
540.365.00	Jugendpflege	1 290 409.47		1 348 000		1 449 640.68	
540.366.00	Jugendhilfe	3 228 902.19		3 410 000		1 545 984.88	
550	**Invalidität**	**1 473 054.00**		**1 715 000**		**1 815 784.00**	
550.365.00	Heilpäd. Verein (Beschützende Werkstätte, Wohnheim)	1 261 122.00		1 500 000		1 601 134.00	
550.366.00	Blindenbeihilfe	211 932.00		215 000		214 650.00	
560	**Amt für Wohnungswesen**	**7 571 013.96**		**7 436 000**		**5 753 312.77**	**504 915.00**
560.301.00	Gehälter	278 437.72		293 000		292 398.07	
560.303.01	Sozialbeiträge	45 485.09		54 000		51 850.35	
560.310.00	Kanzleiauslagen	4 616.60		7 000		9 823.15	
560.317.00	Reisespesen	727.80		2 000		1 431.20	
560.366.00	Bausubventionen	5 237 650.00		4 580 000		3 378 150.00	
560.366.01	Mietbeiträge für Familien	2 004 096.75		2 500 000		2 019 660.00	
560.462.00	Gemeindeanteil Mietbeiträge (25%)						504 915.00
580	**Amt für Soziale Dienste**	**2 641 056.63**	**595.00**	**2 737 000**	**1 000**	**2 695 607.61**	**144.35**
580.301.00	Gehälter	2 195 423.68		2 230 000		2 134 909.41	
580.303.01	Sozialbeiträge	375 500.70		413 000		389 704.64	
580.308.00	Sozialpsychiatrischer Dienst					78 195.35	
580.310.00	Kanzleiauslagen	50 412.23		54 000		53 923.87	
580.310.01	Öffentlichkeitsarbeit / Informationsmaterialien	5 483.85		15 000		8 962.40	
580.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	14 236.17		25 000		29 911.94	
580.436.00	Verkehrspsychologische Untersuchung		595.00		1 000		144.35
581	**Allgemeine Fürsorge**	**7 140 502.53**		**7 580 000**		**6 041 557.50**	
581.362.00	Landesbeiträge Alters- und Pflegeheime	2 732 672.90		2 649 000		3 569 714.18	
581.365.00	Bewährungshilfe	315 000.00		315 000		209 000.00	
581.365.01	Förderung nach Artikel 24 SHG	1 689 696.35		1 916 000			
581.366.01	Wirtschaftliche Hilfe	2 269 955.68		2 500 000		2 197 833.97	
581.366.02	Persönliche Hilfe	133 177.60		200 000		65 009.35	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

500.363.00 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
520.366.00 NK VI CHF 600 000
560.366.00 NK V CHF 1 300 000
581.362.00 NK IX CHF 84 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
583	**Familienhilfe**	**1 691 480.50**		**1 725 000**		**1 708 897.05**	
583.365.00	Subventionen an Familienhilfen der Gemeinden	1 691 480.50		1 725 000		1 708 897.05	
589	**Sonstige Beiträge**	**2 365 154.29**		**2 470 000**		**2 157 930.59**	
589.318.00	Verwaltungskosten für übertragene Aufgaben	950 000.00		950 000		950 000.00	
589.365.01	Caritasverein	40 000.00		40 000		40 000.00	
589.365.02	Liechtensteinisches Rotes Kreuz	130 000.00		130 000		130 000.00	
589.365.03	Arbeitnehmerverband	210 000.00		210 000		200 000.00	
589.365.04	Sparprämien	7 737.00		9 000		550.00	
589.366.02	Mutterschaftszulagen	289 781.25		270 000		271 577.30	
589.366.04	Unterhaltsvorschüsse	731 080.04		850 000		559 445.29	
589.367.02	Mitgliedschaftsbeiträge	6 556.00		11 000		6 358.00	
590	**Flüchtlingswesen**	**2 619 152.65**	**148 335.10**	**3 135 000**	**150 000**	**1 875 835.07**	**921 578.20**
590.318.01	Betreuung Flüchtlingszentrum	318 067.88		450 000		343 886.38	
590.318.03	Verfahrenskosten	32 635.02		60 000		32 678.65	
590.318.04	Rechtsberatungen, Verwaltungskosten der Hilfswerke	39 570.50		40 000		31 371.55	
590.366.00	Sozialhilfe für Flüchtlinge / Rückkehrhilfe	330 462.35		685 000		-530 810.71	
590.367.00	Unterstützung von Wiederaufbauprojekten	1 898 416.90		1 900 000		1 998 709.20	
590.436.00	Rückerstattungen Lohnverwaltung Asylsuchende		148 335.10		150 000		
590.452.00	Beteiligung der Gemeinden an Flüchtlingskosten						921 578.20
591	**Hilfsaktionen im Ausland**	**15 893 042.66**		**16 000 000**		**13 925 457.82**	
591.318.00	Öffentlichkeitsarbeit	10 000.00		10 000			
591.367.01	Internationale Nothilfe	2 674 174.69		2 700 000		2 378 322.00	
591.367.02	Entwicklungszusammenarbeit bilateral (inkl. LED)	11 612 000.00		11 340 000		10 620 000.00	
591.367.05	Entwicklungszusammenarbeit multilateral	689 575.00		700 000		152 750.00	
591.367.06	Bes. Projekte zur Verbrechens- und Drogenbekämpfung	408 023.35		750 000		574 620.00	
591.367.07	Secondments bei internat. Organisationen	499 269.62		500 000		199 765.82	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

589.366.02 NK VII CHF 50 000
591.367.02 NK v. 13.06.2006 CHF 272 000 Mensch f. Mensch in Äthiopien (Reinerlös Jubiläumsmünze)

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
6	**Verkehr**	**26 511 538.72**	**10 947 217.68**	**27 037 000**	**10 133 000**	**31 447 312.77**	**15 849 303.50**
600	**Landstrassen, Brücken**	**10 401 485.87**	**160 920.85**	**9 821 000**	**173 000**	**10 341 002.56**	**144 866.25**
600.301.00	Löhne Betriebspersonal	2 709 382.00		2 668 000		2 710 166.71	
600.303.01	Sozialbeiträge	474 223.94		493 000		505 449.77	
600.313.01	Material, Transporte, etc.	179 416.83		180 000		177 470.21	
600.314.02	Technischer Dienst	325 604.50		320 000		312 287.85	
600.314.03	Fahrzeuge, Maschinen und Werkzeuge	459 915.61		375 000		475 446.01	
600.314.04	Unterhalt von Strassen	3 375 075.65		2 900 000		2 899 014.39	
600.314.05	Unterhalt von Brücken und Stützbauten	1 198 861.30		1 200 000		1 199 886.95	
600.314.06	Winterdienst	841 997.59		850 000		1 201 074.53	
600.314.07	Fremdleistungen	236 929.69		230 000		221 498.65	
600.314.08	Verbrauchsmaterial Magazine	249 634.01		250 000		254 583.99	
600.314.09	Unterhalt Werkleitungsstollen	14 575.00		15 000		15 963.15	
600.318.01	Diverse Strassenprojektierungen	319 895.05		320 000		349 915.85	
600.318.03	Unfall- und Haftpflichtversicherung	15 974.70		20 000		18 244.50	
600.431.00	Gebühren für Strassenreklame-Tafeln		5 670.00		3 000		3 515.00
600.434.00	Externe Weiterverrechnung Arbeiten Regiepersonal		32 922.80		70 000		28 946.10
600.435.02	Materialverkauf, Vermietung, Signalisationen		86 769.65		30 000		40 210.20
600.436.02	Kostenverrechnung Unfallschäden		35 558.40		70 000		72 194.95
650	**Oeffentlicher Verkehr, verkehrspol. Massnahmen**	**14 756 930.96**	**9 301 788.13**	**15 200 000**	**8 402 000**	**14 959 204.17**	**8 679 741.40**
650.318.02	Werbung öffentlicher Verkehr	62 370.75		50 000		1 500.00	
650.318.03	Beitrag Liechtenstein-Takt	231 101.93		240 000		226 357.02	
650.318.04	Experten, Gutachten Verkehrsbereich	46 466.83		500 000		7 400.00	
650.363.00	Staatsbeitrag Liechtenstein Bus Anstalt	14 310 000.00		14 310 000		14 661 000.00	
650.366.00	Subvention von Elektrorollern und - fahrrädern	106 991.45		100 000		62 947.15	
650.407.00	Ertragsanteil LSVA		9 301 788.13		8 402 000		8 679 741.40
681	**Postwertzeichenstelle**		**1 074 950.15**		**1 224 000**	**2 700 822.18**	**6 554 934.25**
681.301.00	Gehälter					1 086 794.22	
681.303.01	Sozialbeiträge					237 307.82	
681.308.03	Aushilfen, Heimarbeiterinnen					249 167.25	
681.310.01	Kanzleiauslagen					689 196.46	
681.310.02	Werbung					48 851.56	
681.317.01	Reisespesen					14 149.61	
681.318.01	Postalische Leistungen					375 355.26	
681.435.00	Wertzeichenverkäufe						6 554 934.25
681.435.01	Abgeltung Philatelieleistungen durch Post AG		1 074 950.15		1 224 000		
682	**Postmuseum und Briefmarkengestaltung**					**1 963 106.47**	
682.301.00	Gehälter					427 169.04	
682.303.01	Sozialbeiträge					61 659.12	
682.310.01	Kanzleiauslagen					8 949.19	
682.310.03	Markenerstellung					1 370 683.77	
682.315.00	Ausstellungsbetrieb Postmuseum					39 969.13	
682.317.00	Reisespesen, Repräsentationen					33 774.70	
682.366.00	Förderungsbeiträge Philatelie					20 901.52	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

600.301.00 Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 34 000
600.314.03 NK VII CHF 85 000
600.314.04 NK VIII CHF 400 000, NK IX CHF 75 000
650.318.02 NK VIII CHF 13 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
684	**Amt für Kommunikation**	**1 353 121.89**	**409 558.55**	**2 016 000**	**334 000**	**1 483 177.39**	**469 761.60**
684.301.00	Gehälter	637 039.23		631 000		629 957.31	
684.303.01	Sozialbeiträge	105 932.07		117 000		109 640.22	
684.310.01	Kanzleiauslagen	12 526.05		34 000		19 457.03	
684.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	74 287.05		104 000		95 543.76	
684.318.03	Experten, Gutachten, Drittleistungen	520 290.21		1 120 000		625 220.33	
684.367.00	Beiträge an Vereinigungen und intern. Organisationen	3 047.28		10 000		3 358.74	
684.412.00	Konzessionen		98 050.60		88 000		187 913.60
684.431.00	Verwaltungsgebühren		311 507.95		246 000		281 848.00

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
7	**Umwelt, Raumordnung**	**6 221 786.04**	**863 537.45**	**7 123 000**	**313 000**	**6 078 741.61**	**509 660.60**
700	**Wasserwirtschaft**	**171 332.86**	**26 084.25**	**260 000**	**25 000**	**315 450.53**	**25 857.20**
700.318.01	Untersuchungen, Kontrollen, Gutachten	171 332.86		260 000		315 450.53	
700.434.00	Wasserzinsen		18 292.15		20 000		15 772.70
700.436.00	Kostenweiterverrechnung		7 792.10		5 000		10 084.50
701	**Luftreinhaltung/Klima**	**305 283.30**	**514 224.30**	**378 000**	**60 000**	**314 891.10**	**165 774.70**
701.313.00	Untersuchungen, Kontrollen, Massnahmenplan	305 283.30		378 000		314 891.10	
701.407.00	Rückerstattung Klimarappen		460 108.30				109 794.70
701.436.00	Kostenweiterverrechnung		9 116.00		15 000		10 980.00
701.436.01	Kostenrückerstattung VOC		45 000.00		45 000		45 000.00
702	**Lärmschutz**	**5 356.10**		**50 000**		**10 933.50**	
702.318.00	Untersuchungen, Kontrollen	5 356.10		50 000		10 933.50	
703	**Bodenschutz**	**13 322.05**		**25 000**		**6 240.00**	
703.318.00	Untersuchungen, Bodenmessnetz	13 322.05		25 000		6 240.00	
704	**Abfall und Verdachtsflächen**	**130 736.00**		**186 000**		**113 180.20**	**15 506.40**
704.318.00	Untersuchungen, Verdachtsflächenkataster	114 380.80		150 000		89 551.25	
704.318.01	Entsorgungsbeiträge Altfahrzeuge	16 355.20		36 000		23 628.95	
704.436.00	Kostenweiterverrechnung						15 506.40
705	**Störfallvorsorge, umweltgefährdende Stoffe**	**139 392.65**		**200 000**	**2 000**	**141 867.35**	
705.318.00	Risikoanalysen, Untersuchungen	139 392.65		200 000		141 867.35	
705.436.00	Kostenweiterverrechnung				2 000		
710	**Amt für Umweltschutz**	**1 980 922.73**	**28 132.10**	**2 061 000**	**43 000**	**1 987 159.29**	**35 393.40**
710.300.01	Kommissionen, Arbeitsgruppen	6 002.80		6 000		4 420.60	
710.301.00	Gehälter	1 302 259.30		1 411 000		1 379 609.61	
710.303.01	Sozialbeiträge	217 516.75		261 000		241 765.85	
710.310.00	Kanzleiauslagen	18 864.00		24 000		20 799.41	
710.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	28 684.99		45 000		46 859.73	
710.318.01	Oeffentlichkeitsarbeit	38 169.85		50 000		50 218.83	
710.318.02	Umweltverträglichkeits-Prüfungen	33 609.10		40 000		22 456.25	
710.318.03	Aktionsprogramm Alpenrhein 2000plus	100 941.44		101 000		165 271.76	
710.318.04	Umweltdaten, Berichterstattung	225 478.80		110 000		44 997.25	
710.367.00	Beiträge an Vereinigungen	9 395.70		13 000		10 760.00	
710.431.02	Verwaltungsgebühren		28 132.10		43 000		35 393.40
750	**Gewässerverbauungen**	**1 239 756.93**	**289 533.00**	**1 453 000**	**160 000**	**959 660.11**	**252 313.50**
750.301.00	Gehälter	674 707.51		852 000		715 848.46	
750.303.01	Sozialbeiträge	116 094.28		156 000		124 086.38	
750.312.00	Unterhalt / Betrieb Maschinen und Fahrzeuge	59 931.10		40 000		48 056.75	
750.313.00	Verbrauchsmaterial / Magazine	30 002.75		25 000		26 948.42	
750.314.01	Unterhalt Rheinwuhr	229 612.85		230 000			
750.315.00	Unterhalt Kraftwerk Mühleholz	79 566.35		80 000		15 217.30	
750.362.00	Gewässerunterhalt	49 842.09		70 000		29 502.80	
750.423.00	Pachterträge Kraftwerk Mühleholz		150 000.00		150 000		150 000.00
750.434.00	Weiterverrechnung Dienstleistungen						13 298.25
750.439.00	Konzessionsgebühren Rüfematerial		139 533.00		10 000		89 015.25

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

710.318.04 NK II CHF 149 000
750.312.00 NK V CHF 20 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
770	**Natur- und Landschaftsschutz**	**1 676 278.92**	**5 563.80**	**1 746 000**	**3 000**	**1 756 498.90**	**4 254.40**
770.300.00	Kommissionen	490.15		4 000		119.70	
770.309.00	Aus- und Weiterbildung	890.00		2 000		50.00	
770.310.01	Beratung, Naturerziehung, Öffentlichkeitsarbeit	62 494.65		70 000		69 257.30	
770.314.01	Geschützte Gebiete und Objekte	45 852.63		40 000		37 430.23	
770.315.03	Betrieb der naturkundlichen Sammlung	39 213.30		40 000		39 881.95	
770.318.01	Naturkundliche Erforschung	67 811.45		78 000		54 893.30	
770.318.02	Verwaltung	19 970.35		25 000		19 729.20	
770.318.03	Konzepte und Planungen	12 583.30		60 000		73 741.50	
770.365.00	Zusammenarbeit mit priv.Naturschutzorganisationen	166 500.00		167 000		166 500.00	
770.365.01	Beitrag CIPRA Geschäftsstelle	400 000.00		400 000		400 000.00	
770.365.02	Beiträge an Projekte	199 864.60		200 000		244 843.65	
770.366.00	Bewirtschaftungsprämien/Pacht für Magerstandorte	660 608.49		660 000		650 052.07	
770.434.00	Ertrag aus Dienstleistungen (Naturkundliche Sammlung)				2 000		3 412.00
770.435.01	Ertrag aus dem Verkauf von Büchern		5 563.80		1 000		842.40
791	**Landesplanung**	**559 404.50**		**764 000**	**20 000**	**472 860.63**	**10 561.00**
791.300.00	Kommission für Bau- und Planungsmassnahmen	14 857.30		20 000		14 213.35	
791.301.00	Gehälter	251 005.86		235 000		235 244.30	
791.303.01	Sozialbeiträge	41 749.81		43 000		41 068.38	
791.310.00	Kanzleiauslagen	3 983.71		3 000		179.45	
791.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	7 935.10		4 000		4 106.75	
791.318.00	Untersuchungen / Strategien zur Landesentwicklung	234 254.97		450 000		172 430.65	
791.367.00	Beiträge an Vereinigungen	5 617.75		9 000		5 617.75	
791.431.00	Gebühren für Ueberbauungspläne				20 000		10 561.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

791.301.00 Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 6 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
8	**Volkswirtschaft**	**29 584 577.24**	**3 961 221.43**	**32 216 000**	**3 804 000**	**31 207 190.50**	**4 275 184.86**
800	**Landwirtschaftsamt**	**2 206 602.70**		**2 440 000**		**2 326 813.83**	
800.300.01	Kommissionen	15 949.45		15 000		14 199.85	
800.301.00	Gehälter	578 680.55		566 000		563 690.41	
800.303.01	Sozialbeiträge	97 029.19		105 000		98 793.28	
800.310.00	Kanzleiausgaben	16 803.69		15 000		13 852.44	
800.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	8 577.15		13 000		9 624.80	
800.318.04	Beratung	52 250.00		56 000		54 683.65	
800.318.05	Kontrollen Abgeltungsgesetz	31 923.90		40 000		31 150.85	
800.365.02	Verschiedenes	270 121.77		330 000		198 720.55	
800.367.00	Entschädigung gemeinsamer Agrarmarkt mit Schweiz	1 135 267.00		1 300 000		1 342 098.00	
803	**Berg- und Alpwirtschaft**	**1 642 474.65**		**1 710 000**		**1 533 915.65**	
803.365.00	Alpungskostenbeiträge	551 609.00		590 000		559 067.00	
803.365.01	Alpverbesserungen	144 135.65		150 000		41 016.65	
803.366.01	Förderung Berglandwirtschaft und Hanglagen	946 730.00		970 000		933 832.00	
804	**Direktzahlungen**	**10 218 723.30**		**10 967 000**		**9 922 871.05**	
804.318.00	Erfolgskontrollen Abgeltungsgesetz	19 906.30		20 000			
804.366.00	Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens	5 378 998.50		5 547 000		5 256 440.50	
804.366.01	Abgeltung ökologischer Leistungen	4 819 818.50		5 400 000		4 666 430.55	
805	**Preis- und Absatzsicherung**	**1 449 820.85**		**1 500 000**	**2 000**	**1 680 649.00**	**31 558.00**
805.365.01	Vorwärtsintegration der Milchwirtschaft	1 449 820.85		1 500 000		1 680 649.00	
805.436.00	Milchkontigentierungsabzüge				2 000		31 558.00
806	**Tierzucht**	**136 192.65**		**135 000**		**128 921.75**	
806.366.00	Förderung der Tierzucht	136 192.65		135 000		128 921.75	
807	**Pflanzenproduktion**	**233 444.06**		**315 000**		**226 333.40**	
807.366.01	Weinbau	13 290.00		45 000		6 630.00	
807.366.02	Bekämpfung Feuerbrand	140 154.06		200 000		147 729.40	
807.367.01	Beiträge an Hagelversicherung	80 000.00		70 000		71 974.00	
810	**Amt für Wald, Natur und Landschaft**	**1 370 048.46**		**1 417 000**		**1 383 849.03**	
810.301.00	Gehälter	1 084 679.52		1 078 000		1 080 700.62	
810.303.01	Sozialbeiträge	181 426.79		199 000		187 350.66	
810.310.00	Kanzleiauslagen	23 632.96		24 000		24 704.95	
810.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	56 999.32		66 000		42 854.65	
810.319.00	Verschiedenes	882.62		5 000		5 281.75	
810.367.00	Beiträge an Vereinigungen und int. Organisationen	22 427.25		45 000		42 956.40	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

800.301.00 Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 5 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
811	**Waldwirtschaft**	**1 120 591.24**		**1 242 000**		**1 614 462.24**	
811.310.00	Information und Beratung	7 575.50		15 000		6 057.10	
811.318.00	Forschungen und Erhebungen	36 912.37		40 000		36 799.84	
811.362.01	Beiträge an die Besoldung der Gemeindeförster					317 088.65	
811.362.02	Beiträge für Planungsgrundlagen					40 430.50	
811.362.03	Beiträge an Weiterbildung des Forstpersonals					7 132.50	
811.362.04	Schutzwaldpflege / Sicherung vor Naturereignissen	889 853.97		1 000 000		831 434.75	
811.362.06	Beiträge für Massnahmen der Wildschadenverhütung	121 823.50		120 000		158 737.40	
811.362.08	Beiträge zur Förderung der Naturschutzfunktion	64 425.90		65 000		56 781.60	
811.362.12	Walderschliessung					159 999.90	
811.366.03	Privatwaldbewirtschaftung			2 000			
812	**Landesforstbetrieb Unterau**	**903 677.91**	**446 905.03**	**1 097 000**	**490 000**	**1 016 031.88**	**522 132.01**
812.301.00	Löhne Betriebspersonal	476 363.33		533 000		528 187.85	
812.303.01	Sozialbeiträge	82 333.90		99 000		95 512.47	
812.313.02	Rohstoffe und Verbrauchsmaterialien	173 140.72		245 000		224 292.08	
812.315.01	Betriebs- und Unterhaltskosten	23 467.74		60 000		26 431.05	
812.318.01	Drittleistungen	148 372.22		160 000		141 608.43	
812.435.00	Verkauf Holz, Materialien		446 905.03		490 000		522 132.01
820	**Jagd**	**86 278.06**	**288 124.80**	**80 000**	**286 000**	**67 638.17**	**205 415.80**
820.319.00	Jagdverwaltung	86 278.06		80 000		67 638.17	
820.439.01	Jagdabgabe		93 671.30		94 000		93 671.30
820.439.02	Jagdkarten		14 453.50		12 000		11 744.50
820.439.03	Rückbehalt Jagdpachtschilling		180 000.00		180 000		100 000.00
825	**Fischerei**	**26 315.76**	**13 970.00**	**50 000**	**15 000**	**56 325.83**	**16 170.00**
825.319.00	Fischereiwesen	26 315.76		50 000		56 325.83	
825.439.01	Fischereipachtzinsen		12 500.00		13 000		12 500.00
825.439.02	Fischereikarten		1 470.00		2 000		3 670.00
830	**Tourismus**	**1 017 271.95**		**1 005 000**		**1 116 800.65**	
830.364.00	Staatsbeitrag an Liechtenstein Tourismus	910 973.91		900 000		1 006 800.65	
830.364.01	Sonderbeitrag Liechtenstein Tourismus					110 000.00	
830.367.00	Mitgliedschaften Tourismus	106 298.04		105 000			
840	**Amt für Volkswirtschaft**	**7 154 718.42**	**3 196 021.60**	**8 204 000**	**2 991 000**	**8 153 366.28**	**3 466 101.30**
840.301.00	Gehälter	4 156 384.89		4 382 000		3 988 057.58	
840.303.01	Sozialbeiträge	715 959.28		811 000		716 935.89	
840.310.01	Kanzleiausgaben	124 038.95		140 000		150 151.76	
840.310.02	Inserate Geistiges Eigentum	222 829.20		200 000		209 716.80	
840.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	130 883.34		160 000		118 523.55	
840.318.01	Experten Akkreditierung	2 290.55		10 000		6 877.07	
840.318.02	Gebühren für intern. Markeneintragungen	189 294.00		210 000		368 554.00	
840.318.05	Statistische Erhebungen	797.10		51 000		19 463.75	
840.318.07	Arbeitssicherheit	10 417.11		30 000		8 402.00	
840.365.00	Beiträge für Wirtschaftsförderung	495 500.17		775 000		2 503 886.65	
840.366.00	Arbeitsmarktliche Massnahmen	976 229.96		1 300 000			
840.367.00	Beiträge an Vereinigungen	130 093.87		135 000		62 797.23	
840.431.01	Verwaltungsgebühren		188 231.88		180 000		457 191.80
840.431.02	Gebühren Geistiges Eigentum		760 715.87		800 000		817 882.65
840.431.03	Urheberrechte Verwertungsgesellschaften		7 000.00		5 000		7 350.00
840.435.00	Verkauf Statistisches Jahrbuch		6 440.00		6 000		6 417.00
840.436.00	Verwaltungskostenbeitrag ALV		2 233 633.85		2 000 000		2 177 259.85

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

830.364.00 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
840.310.02 NK IX CHF 23 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
841	**Amt für Zollwesen**	**739 013.53**	**16 200.00**	**752 000**	**20 000**	**722 459.89**	**33 807.75**
841.301.00	Gehälter	579 253.95		577 000		576 622.65	
841.303.01	Sozialbeiträge	97 344.21		107 000		99 136.43	
841.310.00	Kanzleiauslagen	15 243.54		18 000		12 204.06	
841.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	47 171.83		50 000		34 496.75	
841.439.01	Verwaltungsgebühren		16 200.00		20 000		33 807.75
842	**Gewerbe**	**300 000.00**		**500 000**		**500 000.00**	
842.365.00	Gewerbe- und Wirtschaftskammer	300 000.00		500 000		500 000.00	
860	**Energie**	**979 403.70**		**802 000**		**756 751.85**	
860.318.00	Energiefachstelle	29 675.70		52 000		78 333.35	
860.366.00	Förderbeiträge gem. Energiespargesetz	949 728.00		750 000		678 418.50	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

860.366.00 NK VII CHF 200 000

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
9	**Finanzen, Steuern**	**267 639 778.59**	**1 140 352 491.33**	**233 259 000**	**749 834 000**	**256 930 373.61**	**786 465 115.68**
900	**Landessteuern**		**575 411 837.51**		**549 502 000**		**540 816 496.03**
900.400.01	Vermögens- und Erwerbssteuer (Landesanteil)		49 820 133.80		43 200 000		44 828 622.81
900.400.02	Rentnersteuer		2 355 890.00		2 800 000		2 625 566.65
900.400.03	Quellensteuer (Grenzgänger)		17 251 758.05		17 100 000		16 739 838.55
900.401.01	Kapital- und Ertragssteuer		163 584 998.62		149 200 000		137 251 705.37
900.401.02	Besondere Gesellschaftssteuer		97 611 952.64		91 800 000		93 837 832.05
900.401.03	Steuer von ausl. Versicherungsgesellschaften		2 996 129.45		2 900 000		2 836 380.80
900.403.00	Grundstückgewinnsteuer		15 347 046.12		17 100 000		14 465 581.50
900.404.00	Couponsteuern		33 965 778.53		33 900 000		37 622 721.83
900.405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer		6 762 051.75		4 100 000		8 718 471.17
900.406.00	Motorfahrzeugsteuer		10 334 783.75		10 200 000		10 051 297.40
900.407.00	Mehrwertsteuer		176 399 562.74		177 200 000		173 953 048.58
900.408.00	Veränderung Steuerguthaben		-1 020 097.94				-2 116 820.68
900.409.00	Einbürgerungssteuer		1 850.00		2 000		2 250.00
905	**Eidgenössische Abgaben**		**66 128 677.28**		**43 500 000**		**50 812 811.56**
905.404.00	Stempelabgaben		66 128 677.28		43 500 000		50 812 811.56
920	**Zuweisungen an Gemeinden**	**155 775 113.98**		**155 100 000**		**142 193 923.40**	
920.352.01	Anteil an Grundstückgewinnsteuer	10 231 364.10		11 400 000		9 643 721.00	
920.352.02	Anteil an Kapital- und Ertragssteuer	76 499 260.33		74 600 000		68 625 858.70	
920.352.09	Anteil an übrigen Landessteuern	69 044 489.55		69 100 000		63 924 343.70	
940	**Vermögens- und Schuldenverwaltung**	**273 338.62**	**375 900 351.18**	**420 000**	**81 119 000**	**282 191.63**	**76 492 623.59**
940.318.00	Bankspesen	170 319.83		230 000		200 562.11	
940.321.00	Fremdkapitalzinsen	4 746.24		20 000		3 456.84	
940.329.00	Fremdwährungsdifferenzen	98 272.55		170 000		78 172.68	
940.420.00	Kontokorrentzinsen		6 291 365.73		1 800 000		1 858 869.59
940.426.01	Zinsen vom Anstaltskapital der LKW		660 000.00		660 000		660 000.00
940.426.02	Dividende LLB AG				48 400 000		49 560 000.00
940.426.04	Dividende Post AG				560 000		720 000.00
940.426.05	Abgeltung Staatsgarantie LLB		163 414.82		175 000		
940.426.06	Aufwertungsgewinn LKW				7 500 000		
940.426.07	Ablieferung Post AG aus Philateliegeschäft		799 000.00				
940.429.01	Gewinnanteil Landeslotterie		1 666 749.05		1 400 000		1 378 282.80
940.429.02	Gewinnanteil Sporttoto		7 555.95		4 000		8 895.55
940.429.03	Vermögensverfall aus Straftatbeständen		407 683.50				1 676 051.85
940.429.04	Bodenverkaufserlöse		901.00				1 250 955.00
940.429.05	Fremdwährungsdifferenzen		36 304.80		170 000		119 560.13
940.429.08	Ausserordentliche Erträge		1 000.00				56 075.61
940.429.10	Gewinn aus Verkauf Aktien LLB		365 866 376.33				
940.429.15	Verkauf Liegenschaft Rietacker Schaan						5 399 999.00
940.429.16	Verkauf LTN-Gebäude				15 562 000		
940.429.17	Verkauf Aktien Intelsat, New Skies Satellites						2 007 854.09
940.429.18	Verkauf Aktien Post AG						3 346 550.00
940.429.19	Verkauf Landeswerkhof Vaduz						8 449 529.97
940.429.20	Verkauf Postgebäude				4 888 000		

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

920.352.02 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem.FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
941	**Poolanlagen - extern verwaltetes Vermögen**	**43 351 943.18**	**83 508 617.06**	**4 600 000**	**38 000 000**	**26 483 435.85**	**80 389 943.01**
941.323.00	Realisierte Kursverluste	20 666 996.10				15 948 978.30	
941.323.01	Verwaltungskosten Poolanlagen	5 165 308.17		4 600 000		4 615 461.57	
941.330.01	Abschreibungen	17 519 638.91				5 918 995.98	
941.422.00	Erträge aus Poolanlagen		27 812 703.08		25 000 000		27 145 385.29
941.422.01	Realisierte Kursgewinne		47 320 311.15		13 000 000		38 462 350.53
941.422.02	Zuschreibungen		8 375 602.83				14 782 207.19
942	**Liegenschaften des Finanzvermögens**		**3 382 605.25**		**2 593 000**		**3 088 183.15**
942.423.00	Miet- und Pachtzinsen		3 382 605.25		2 593 000		3 088 183.15
950	**Zölle**		**35 764 705.00**		**34 820 000**		**34 576 140.00**
950.407.00	Zollerträge, Mineralölsteuer		35 764 705.00		34 820 000		34 576 140.00
990	**Abschreibungen**	**1 124 461.89**		**100 000**		**1 797 292.91**	
990.330.01	Abschreibungen Debitoren	254 374.89		100 000		1 797 292.91	
990.330.02	Debitorenverluste	870 087.00					
992	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**	**66 770 098.42**		**72 829 000**		**85 755 234.71**	
992.331.02	Tiefbauten	6 701 709.65		6 920 000		8 654 688.10	
992.331.03	Hochbauten	14 599 763.20		15 634 000		13 363 875.43	
992.331.05	Mobiliar und Einrichtungen	5 978 294.46		7 016 000		6 203 442.25	
992.331.07	EDV-Anlagen	4 739 964.43		7 001 000		6 036 661.89	
992.331.08	Grundstücke (ohne Hoch- und Tiefbau)	38 350.75		80 000		15 336 165.05	
992.331.12	Sonstige Beteiligungen	41 580.00		45 000		5 586 625.00	
992.331.13	Studiendarlehen					9 113.45	
992.331.21	Investitionsbeiträge	34 670 435.93		36 133 000		30 564 663.54	
997	**Einlagen in Spezialfinanzierungen**	**344 822.50**		**210 000**		**418 295.11**	
997.380.03	Einlagen zur Bekämpfung von Tierseuchen	181 541.78		130 000		191 753.25	
997.380.07	Einlagen für Unfallverhütung im Strassenverkehr	137 393.22		70 000		183 727.82	
997.380.10	Einlagen für die Milchqualitätsförderung	25 887.50		10 000		42 814.04	
998	**Entnahmen aus Spezialfinanzierungen**		**255 698.05**		**300 000**		**288 918.34**
998.480.03	Entnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen		105 661.60		135 000		127 509.74
998.480.07	Entnahmen für Unfallverhütung im Strassenverkehr		135 380.00		145 000		144 432.60
998.480.10	Entnahmen für Milchqualitätsförderung		14 656.45		20 000		16 976.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

997.380.03 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem.FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
997.380.07 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem.FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
997.380.10 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem.FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b

Laufende Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Zusammenfassung						
0	Allgemeine Verwaltung	87 669 817.37	4 543 834.74	92 966 000	2 612 000	81 099 231.43	4 052 801.40
1	Oeffentliche Sicherheit	49 977 248.60	19 731 705.50	54 104 000	19 388 000	49 190 575.74	21 069 119.40
2	Bildung	136 139 334.31	22 392 118.04	143 606 000	23 155 000	133 727 645.05	21 003 148.61
3	Kultur, Freizeit	26 984 878.99	36 675.00	25 974 000	32 000	25 480 470.37	25 125.00
4	Gesundheit	21 359 001.97	255 696.90	22 643 000	265 000	20 713 363.75	297 250.15
5	Soziale Wohlfahrt	187 105 284.79	3 734 403.20	199 714 000	4 103 000	183 105 959.55	4 452 033.85
6	Verkehr	26 511 538.72	10 947 217.68	27 037 000	10 133 000	31 447 312.77	15 849 303.50
7	Umwelt, Raumordnung	6 221 786.04	863 537.45	7 123 000	313 000	6 078 741.61	509 660.60
8	Volkswirtschaft	29 584 577.24	3 961 221.43	32 216 000	3 804 000	31 207 190.50	4 275 184.86
9	Finanzen, Steuern	267 639 778.59	1 140 352 491.33	233 259 000	749 834 000	256 930 373.61	786 465 115.68
	Zwischentotal	**839 193 246.62**	**1 206 818 901.27**	**838 642 000**	**813 639 000**	**818 980 864.38**	**857 998 743.05**
	Aufwand-/Ertragsüberschuss:						
	aus ordentlichem Geschäftsverkehr		38 397 395.56		58 403 000		14 888 628.49
	aus Aktienverkauf Liecht. Landesbank AG	365 866 376.33					
	aus Vermögensbewirtschaftung	40 156 673.88		33 400 000		53 906 507.16	
	Aufwandüberschuss				**25 003 000**		
	Ertragsüberschuss	**367 625 654.65**				**39 017 878.67**	
	Total	**1 206 818 901.27**	**1 206 818 901.27**	**838 642 000**	**838 642 000**	**857 998 743.05**	**857 998 743.05**

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
0	**Allgemeine Verwaltung**	**14 845 324.14**		**23 370 000**		**16 400 365.52**	
011	**Landtag**	**8 499 784.40**		**14 000 000**		**9 627 670.58**	
011.503.01	Landtagsgebäude mit Parkierung und Vorplatzgestaltung	8 396 816.20		13 900 000		9 329 485.73	
011.506.01	Informatik Landtag	102 968.20		100 000		298 184.85	
012	**Regierung**	**41 580.00**		**45 000**		**86 625.00**	
012.520.00	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	41 580.00		45 000		86 625.00	
090	**Nicht aufteilbare Aufgaben**	**6 303 959.74**		**9 325 000**		**6 686 069.94**	
090.503.02	Diverse Investitionen	233 051.99		300 000		193 473.10	
090.506.00	Kommunikation / Telefonie	269 841.00		780 000		460 801.81	
090.506.01	Büromobiliar, -maschinen, Fahrzeuge	537 949.15		550 000		998 367.75	
090.506.02	Informationstechnologie (IT)	2 919 125.01		5 600 000		4 187 959.19	
090.506.04	Sicherheitseinrichtungen	232 990.60		50 000		20 415.20	
090.506.06	Ausstattungen Botschaften	111 001.99		45 000		127 097.34	
090.506.07	Ausstattung Gerichtsgebäude	2 000 000.00		2 000 000		697 955.55	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

090.506.04 NK II CHF 220 000
090.506.06 NK I CHF 60 000

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
1	**Oeffentliche Sicherheit**	**4 599 179.74**		**3 691 000**		**3 540 483.74**	
110	**Landespolizei**	**3 266 960.59**		**2 662 000**		**2 648 405.59**	
110.503.00	Sofortmassnahmen Polizeigebäude	895 294.45		400 000		387 457.80	
110.506.01	Informatik Landespolizei	998 800.93		1 000 000		679 032.55	
110.506.02	Fahrzeuge und übrige Anschaffungen Landespolizei	527 238.71		400 000		657 969.18	
110.506.04	Digitales Funknetzwerk «Polycom»	845 626.50		862 000		923 946.06	
120	**Gerichtswesen**	**99 896.50**		**100 000**		**189 205.10**	
120.506.01	Datenverarbeitung Landgericht	99 896.50		100 000		189 205.10	
160	**Amt für Zivilschutz und Landesversorgung**	**1 232 322.65**		**929 000**		**702 873.05**	
160.506.01	Einrichtung Zivilschutzräume (Land)	66 601.50		110 000		47 408.35	
160.506.02	Landesweite Alarmierungsanlage (Helferalarmierung)					147 247.45	
160.506.05	Zivil- /Katastrophenschutzmaterial Organisationen	7 976.25		10 000		40 980.55	
160.506.06	Stützpunktanschaffungen	29 511.85		30 000		27 466.15	
160.562.02	Feuerwehrfahrzeuge (Subv. Gemeinden)	605 069.10		254 000		135 000.00	
160.565.00	Subventionen für Zivilschutzräume in Privatbauten	485 861.10		490 000		204 911.75	
160.565.01	Subvention Anschaffungen Rettungs-organisationen	37 302.85		35 000		99 858.80	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

110.506.02 NK IV CHF 250 000
160.562.02 NK V CHF 375 000

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
2	**Bildung**	**13 088 510.20**	**1 522 282.70**	**19 035 000**	**1 400 000**	**9 882 686.11**	**1 356 392.55**
211	**Ober- und Realschule Triesen**	**22 005.65**				**29 592.75**	
211.503.01	Erweiterung weiterführende Schulen Triesen	22 005.65				29 592.75	
213	**Hallenbad Schulzentrum Unterland**	**14 933.45**		**15 000**		**13 544.89**	
213.506.02	Ausstattungen/Einrichtungen Hallenbad SZU	14 933.45		15 000		13 544.89	
215	**Liecht. Gymnasium und Realschule Vaduz**	**9 363 805.95**		**15 100 000**		**5 946 643.83**	
215.503.03	Schulzentrum Mühleholz II	9 363 805.95		15 100 000		5 946 643.83	
219	**Allgemeine Ausgaben**	**1 004 152.25**		**1 070 000**		**600 786.99**	
219.506.01	Sekundarschulen	458 316.29		500 000		485 212.59	
219.506.03	Jugendhaus Malbun	4 857.99		5 000		4 468.74	
219.506.08	EDV Weiterführende Schulen (IKT)	219 173.79		220 000		77 949.82	
219.506.09	10. Schuljahr	174 046.80		175 000		17 882.84	
219.507.00	Liechtensteinische Lehrmittel	147 757.38		170 000		15 273.00	
280	**Stipendien, Ausbildungsbeihilfen**	**2 522 847.00**	**1 522 282.70**	**2 600 000**	**1 400 000**	**2 389 106.00**	**1 356 392.55**
280.520.00	Studiendarlehen	2 522 847.00		2 600 000		2 389 106.00	
280.620.00	Rückzahlung von Studiendarlehen		1 522 282.70		1 400 000		1 356 392.55
281	**Liechtensteinische Musikschule**	**-66 542.10**				**281 255.65**	
281.503.02	Musikschule Triesen	-66 542.10				281 255.65	
290	**Amt für Berufsbildung**	**227 308.00**		**250 000**		**621 756.00**	
290.567.01	Berufsschulzentrum Buchs (Baukostenbeitrag)	227 308.00		250 000		621 756.00	

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
3	**Kultur, Freizeit**	**7 121 230.31**	**92 000.00**	**5 581 000**	**98 000**	**6 003 596.60**	**92 000.00**
301	**Landesmuseum**					**590.10**	
301.503.01	Erweiterung Landesmuseum/Verweserhaus					590.10	
302	**Theater, Konzerte**					**600 000.00**	
302.562.00	Subvention Erweiterung Theater am Kirchplatz					600 000.00	
304	**Landesarchiv**	**2 410 644.76**		**500 000**		**1 086 984.40**	
304.503.03	Archiv- und Verwaltungsgebäude Vaduz	2 410 644.76		500 000		1 086 984.40	
310	**Denkmalschutz**	**798 589.70**		**1 300 000**		**1 500 000.00**	
310.565.00	Denkmalschutz-Subventionen	798 589.70		1 300 000		1 500 000.00	
321	**Medien**	**49 000.00**				**566 022.10**	
321.563.00	Auf-/Ausbau Sendeanlagen Liecht. Rundfunkanstalt	49 000.00				566 022.10	
340	**Sport**	**3 862 995.85**	**92 000.00**	**3 781 000**	**98 000**	**2 250 000.00**	**92 000.00**
340.562.04	Subvention Erweiterung Sportpark Eschen/Mauren	1 612 995.85		1 531 000		2 250 000.00	
340.562.06	Subvention Ausbau Rheinparkstadion/ Trainingsplätze	2 250 000.00		2 250 000			
340.620.00	Rückzahlung Darlehen Fussballverband		92 000.00		98 000		92 000.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

321.563.00 NK v. 23.06.2006 CHF 49 000 Aus- + Aufbau Sendeanlage LRF (Verlängerung Verpflichtungskredit)
340.562.04 Teuerungsbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. a

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
4	**Gesundheit**					**1 245 376.00**	
400	**Spitäler**					**1 245 376.00**	
400.563.00	Erweiterung Landesspital Vaduz					1 245 376.00	

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
5	**Soziale Wohlfahrt**	**21 372 295.95**	**13 918 350.00**	**21 838 000**	**13 000 000**	**14 428 349.50**	**13 455 512.50**
550	**Invalidität**			**200 000**			
550.564.01	Heilpädagogischer Verein			200 000			
560	**Amt für Wohnungswesen**	**17 810 000.00**	**13 918 350.00**	**17 000 000**	**13 000 000**	**12 638 000.00**	**13 455 512.50**
560.520.01	Darlehen Wohnbau-Förderung	17 810 000.00		17 000 000		12 638 000.00	
560.620.00	Rückzahlung von Wohnbaudarlehen		13 918 350.00		13 000 000		13 455 512.50
570	**Altersheime**	**3 562 295.95**		**4 638 000**		**1 790 349.50**	
570.564.00	Stiftung Liechtenst. Alters- und Krankenhilfe	3 562 295.95		4 638 000		1 790 349.50	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

560.520.01 NK V CHF 1 500 000

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
6	**Verkehr**	**10 617 068.15**		**11 400 000**		**27 201 263.78**	
600	**Landstrassen, Brücken**	**9 487 163.70**		**9 050 000**		**26 762 301.30**	
600.500.01	Zentrumsplanung Schaan (Bodenerwerb)					348 346.00	
600.500.02	Umwidmung Grundstück Wille/Wimag-Areal					15 247 524.00	
600.501.01	Strassenverbesserungen und -neubauten	5 972 823.25		6 000 000		7 993 812.85	
600.503.01	Werkhof Vaduz	3 264 695.45		2 800 000		64 892.85	
600.503.03	Umwidmung Gebäude Wille/Wimag-Areal					2 834 000.00	
600.506.00	Maschinen/Fahrzeuge Strassen- und Rüfeunterhalt	249 645.00		250 000		273 725.60	
650	**Oeffentlicher Verkehr, verkehrspol.**	**1 129 904.45**		**2 350 000**		**434 632.10**	
650.501.01	Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr	349 913.60		350 000		194 531.85	
650.503.00	Busbahnhof / Tiefgarage Post Schaan	779 990.85		2 000 000		240 100.25	
681	**Postwertzeichenstelle**					**4 330.38**	
681.506.01	Datenverarbeitung Postwertzeichenstelle					4 330.38	

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
7	**Umwelt, Raumordnung**	**8 893 084.02**		**7 270 000**		**9 403 743.24**	**633 733.00**
700	**Wasserwirtschaft**	**5 683 095.95**		**3 980 000**		**6 014 070.10**	
700.562.01	Wasserversorgung Liecht. Unterland	367 372.70		250 000		250 000.00	
700.562.02	Wasserversorgung Liecht. Oberland	2 424 575.65		1 000 000		1 000 000.00	
700.562.03	Renaturierung von Oberflächengewässern	992 829.25		250 000		244 070.10	
700.562.05	Abwassersanierung Balzers	180 000.00		180 000		420 000.00	
700.562.07	Abwasserzweckverband Liechtenstein	1 718 318.35		2 300 000		4 100 000.00	
710	**Amt für Umweltschutz**					**24 016.20**	
710.506.00	Umwelttechnische Messgeräte					24 016.20	
750	**Gewässerverbauungen**	**3 171 637.32**		**3 210 000**		**3 257 352.89**	**633 733.00**
750.501.02	Gewässerbau	164 960.20		350 000		117 997.40	
750.501.03	Investitionen Rheinwuhr	214 012.60		220 000			
750.562.01	Rheinschutzbauten					310 114.35	
750.562.02	Rüfeschutzbauten	2 285 950.97		2 100 000		835 078.04	
750.562.04	Rutschsanierungen	506 713.55		540 000		308 377.75	
750.562.05	Sofortmassnahmen Unwetter 2005					1 685 785.35	
750.662.00	Gemeindeanteile						633 733.00
770	**Natur- und Landschaftsschutz**	**38 350.75**		**80 000**		**108 304.05**	
770.500.01	Bodenerwerb Naturschutzflächen	38 350.75		80 000		88 641.05	
770.506.01	Ausstellungsmaterial Naturhaus					19 663.00	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

700.562.01 NK V CHF 120 000
700.562.02 NK V CHF 1 650 000
700.562.03 NK V CHF 755 000
750.562.02 NK IX CHF 200 000

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
8	**Volkswirtschaft**	**8 548 365.71**	**266 700.00**	**9 050 000**	**268 000**	**5 686 881.70**	**214 000.00**
800	**Landwirtschaftsamt**	**1 290 093.42**	**266 700.00**	**1 850 000**	**268 000**	**1 316 495.28**	**214 000.00**
800.520.00	Darlehen an Junglandwirte			500 000		350 000.00	
800.564.00	Meliorationen und Drainagen	290 544.60		350 000		13 200.00	
800.565.00	Förderung des landwirtschaftlichen Bauwesens	999 548.82		1 000 000		953 295.28	
800.620.00	Rückzahlungen Darlehen an Junglandwirte		266 700.00		268 000		214 000.00
810	**Amt für Wald, Natur und Landschaft**	**1 258 272.29**		**1 200 000**		**1 129 609.02**	
810.564.01	Integralmelioration im Alpengebiet	1 258 272.29		1 200 000		1 129 609.02	
825	**Fischerei**					**-9 222.60**	
825.565.00	Subventionsbeitrag Fischbrutanlage					-9 222.60	
830	**Tourismus**	**6 000 000.00**		**6 000 000**		**3 250 000.00**	
830.562.00	Beitrag an Bergbahnenprojekt Malbun	6 000 000.00		6 000 000		3 250 000.00	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2006

810.564.01 NK VIII CHF 60 000

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
9	**Finanzen, Steuern**	**8 017 887.20**		**10 015 000**		**7 694 815.10**	
920	**Zuweisungen an Gemeinden**	**8 017 887.20**		**10 015 000**		**7 694 815.10**	
920.562.00	Pauschalsubventionen an Gemeinden	5 000 000.00		5 000 000		5 000 000.00	
920.562.01	Subventionen für Grossprojekte der Gemeinden	3 017 887.20		5 015 000		2 694 815.10	

Investitions-Rechnung 2006

Konto		Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Zusammenfassung						
0	Allgemeine Verwaltung	14 845 324.14		9 170 000		16 400 365.52	
1	Öffentliche Sicherheit	4 599 179.74		3 291 000		3 540 483.74	
2	Bildung	13 088 510.20	1 522 282.70	3 935 000	1 400 000	9 882 686.11	1 356 392.55
3	Kultur, Freizeit	7 121 230.31	92 000.00	5 081 000	98 000	6 003 596.60	92 000.00
4	Gesundheit					1 245 376.00	
5	Soziale Wohlfahrt	21 372 295.95	13 918 350.00	21 838 000	13 000 000	14 428 349.50	13 455 512.50
6	Verkehr	10 617 068.15		6 600 000		27 201 263.78	
7	Umwelt, Raumordnung	8 893 084.02		7 270 000		9 403 743.24	633 733.00
8	Volkswirtschaft	8 548 365.71	266 700.00	9 050 000	268 000	5 686 881.70	214 000.00
9	Finanzen, Steuern	8 017 887.20		45 015 000		7 694 815.10	
	Zwischentotal	97 102 945.42	15 799 332.70	111 250 000	14 766 000	101 487 561.29	15 751 638.05
	Nettoinvestitionen		**81 303 612.72**		**96 484 000**		**85 735 923.24**
	Total	**97 102 945.42**	**97 102 945.42**	**111 250 000**	**111 250 000**	**101 487 561.29**	**101 487 561.29**
	Finanzierung						
	Nettoinvestitionen	81 303 612.72		96 484 000		85 735 923.24	
	Aufwandüberschuss der LR						
	aus ordentlichem Geschäftsverkehr	38 397 395.56		58 403 000		14 888 628.49	
	Abschreibungen Verwaltungsvermögen		66 770 098.42		72 829 000		85 755 234.71
	Zwischentotal	119 701 008.28	66 770 098.42	154 887 000	72 829 000	100 624 551.73	85 755 234.71
	Deckungsüberschuss I						
	Deckungsfehlbetrag I		**52 930 909.86**		**82 058 000**		**14 869 317.02**
	Total	**119 701 008.28**	**119 701 008.28**	**154 887 000**	**154 887 000**	**100 624 551.73**	**100 624 551.73**
	Deckungsüberschuss I						
	Deckungsfehlbetrag I	52 930 909.86		82 058 000		14 869 317.02	
	Aufwand-/Ertragsüberschuss der LR						
	aus Aktienverkauf Liecht. Landesbank AG		365 866 376.33				
	aus externer Vermögensbewirtschaftung		40 156 673.88		33 400 000		53 906 507.16
	Deckungsüberschuss II	**353 092 140.35**				**39 037 190.14**	
	Deckungsfehlbetrag II				**48 658 000**		
	Total	**406 023 050.21**	**406 023 050.21**	**82 058 000**	**82 058 000**	**53 906 507.16**	**53 906 507.16**

Verpflichtungskredite 2006

Nr. Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2006	Verfügbarer Restkredit	Voraussichtliche Fälligkeit 2007	2008	2009	2010	2011 ff.
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
01 Historisches Lexikon für das FL								
Verpflichtungskredit vom 15.11.1988	2 737 700							
Ergänzungskredit vom 25.10.2000 *	1 979 500							
* am 19.10.05 verlängert bis 2007								
Teuerung	38 000							
Totalkredit	4 755 200	4 336 020	419 180	420 000				
02 Beteiligung Europ. Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD)								
Verpflichtungskredit vom 6.12.1990 (EURO 2 Mio.)	3 200 000	1 032 120	2 167 880					
Verpflichtungskredit vom 18.9.1997 (EURO 2 Mio.)	3 200 000	632 728	2 567 272					
Totalkredit	6 400 000	1 664 848	4 735 152	32 000	22 000	10 000		
03 Liechtensteiner Personennamenbuch								
Verpflichtungskredit vom 30.10.1996	769 000							
Ergänzungskredit vom 20.11.2002	567 000							
Totalkredit	1 336 000	1 017 085	318 915	115 000	200 000			
04 Musikschulzentrum Triesen								
Verpflichtungskredit vom 12.12.1996	8 000 000							
Ergänzungskredit vom 24.11.1999	2 000 000							
+ Aufwertung um Baukostenteuerung	950 000							
Totalkredit	10 950 000	10 092 061	857 939					
05 Errichtung Landtagsgebäude, Vorplatz, Tiefgarage								
Verpflichtungskredit vom 1.4.1998	27 000 000							
Verpflichtungskredit vom 18.11.1998	9 000 000							
Verpflichtungskredit vom 17.04.2002	3 500 000							
+ Aufwertung um Baukostenteuerung	5 247 000							
Totalkredit	44 747 000	27 550 610	17 196 390	11 000 000	6 200 000			
06 Neubearbeitung Band «Kunstdenkmäler»								
Verpflichtungskredit vom 16.9.1998	300 000							
Ergänzungskredit vom 11.09.2002	313 000							
Totalkredit	613 000	349 731	263 269	34 000	47 000	23 000		
07 Josef-Gabriel-Rheinberger Gesamtausgabe								
Verpflichtungskredit vom 20.10.1999	3 532 000							
+ Aufwertung um Teuerung	124 000							
Totalkredit	3 656 000	3 006 669	649 331	590 000	60 000			
08 Weiterführende Schulanlage Triesen								
Verpflichtungskredit vom 15./17.12.1999	18 418 568							
+ Aufwertung um Baukostenteuerung	1 541 000							
Totalkredit	19 959 568	16 388 808	3 570 760					
Übertrag	**92 416 768**	**64 405 831**	**28 010 937**	**12 191 000**	**6 529 000**	**33 000**	**0**	**0**

Verpflichtungskredite 2006

Nr.	Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2006	Verfügbarer Restkredit	Voraussichtliche Fälligkeit 2007	2008	2009	2010	2011 ff.
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Hertrag	**92 416 768**	**64 405 831**	**28 010 937**	**12 191 000**	**6 529 000**	**33 000**	**0**	**0**
09	Schulzentrum Mühleholz II (1. Etappe)								
	Verpflichtungskredit vom 14.06.2000	42 000 000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	4 051 000							
	Totalkredit	46 051 000	16 985 328	29 065 672	13 000 000	16 000 000			
10	EWR-Finanzinstrument 1999 - 2003								
	Verpflichtungskredit vom 13.09.2000								
	EURO 1.2 Mio.	1 920 000	943 766	976 234	266 000	200 000	100 000		
11	Historiker-/Expertenkommission 2. Weltkrieg								
	Verpflichtungskredit vom 12.09.2001	2 020 000							
	Ergänzungskredit vom 11.6.2003	900 000							
	Ergänzungskredit vom 15.09.2004	617 000							
	Totalkredit	3 537 000	3 493 712	43 288	42 000				
12	IGH-Klage Liechtenstein gegen Deutschland								
	Verpflichtungskredit vom 17.04.2002	2 400 000							
	Ergänzungskredit vom 22.11.2006	530 000							
	Totalkredit	2 930 000	2 921 274	8 726					
13	Landesarchiv-Neubau (mit Verwaltungsräumen)								
	Verpflichtungskredit vom 19.06.2002	31 800 000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	1 536 000							
	Totalkredit	33 336 000	4 153 134	29 182 866	5 000 000	10 500 000	10 500 000	2 900 000	
14	Informatiklösung für Steuerverwaltung (2002-2005)								
	Verpflichtungskredit vom 23.10.2002	7 700 000	6 502 677	1 197 323		1 200 000			
15	EU-Programm für Forschung u. techn. Entwicklung								
	Verpflichtungskredit vom 22.11.2002								
	EURO 2.8 Mio.	4 480 000	2 410 440	2 069 560	1 277 000	700 000			
16	Aufbau Schulsozialarbeit								
	Verpflichtungskredit vom 12.6.2003	1 000 000							
	Ergänzungskredit vom 25.10.2006	290 000							
	Totalkredit	1 290 000	968 726	321 274	290 000				
17	Neubau Bushof mit Tiefgarage in Schaan								
	Verpflichtungskredit vom 17.9.2003	22 490 000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	841 000							
	Totalkredit	23 331 000	6 560 306	16 770 694	3 500 000	5 500 000	5 500 000	2 000 000	
18	Aus- und Aufbau Sendeanlagen Liecht. Rundfunk								
	Verpflichtungskredit vom 23.10.2003	750 000	750 139	-139					
	Übertrag	**217 741 768**	**110 095 334**	**107 646 434**	**35 566 000**	**40 629 000**	**16 133 000**	**4 900 000**	**0**

Verpflichtungskredite 2006

Nr.	Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2006	Verfügbarer Restkredit	Voraussichtliche Fälligkeit 2007	2008	2009	2010	2011 ff.
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Hertrag	**217 741 768**	**110 095 334**	**107 646 434**	**35 566 000**	**40 629 000**	**16 133 000**	**4 900 000**	**0**
19	Betrieb Liecht. Rundfunk 2004 - 2006 Verpflichtungskredit vom 23.10.2003	4 200 000	4 190 867	9 133					
20	Liechtensteinisches Urkundenbuch Verpflichtungskredit vom 27.11.2003	560 000	205 757	354 243	92 000	92 000	92 000	46 000	
21	Digitales Funknetzwerk «POLYCOM» Verpflichtungskredit vom 27.11.2003	8 080 000	4 697 525	3 382 475	1 500 000				
22	Erhöhung Aktienkapital Bergbahnenprojekt Malbun Verpflichtungskredit vom 27.12.2003	13 000 000	9 250 000	3 750 000	3 250 000	500 000			
23	Vierjähriger Schulversuch «Schule und Sportförderung» an der Realschule Schaan Verpflichtungskredit vom 27.12.2003	654 000	255 528	398 472	152 000	190 000	60 000		
24	EWR-Finanzmechanismus 2004 - 2009 Verpflichtungskredit vom 11.03.04 EURO 4.5 Mio.	7 200 000	95 528	7 104 472	814 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 790 000
25	Neuausrichtung Milchmarktordnung u. Milchwirtschaft Verpflichtungskredit vom 12.05.04	6 000 000	3 130 470	2 869 530	1 500 000	1 370 000			
26	200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein Verpflichtungskredit vom 15.12.04	3 250 000	3 224 678	25 322					
27	Verwendung von eingezogenen Vermögenswerten aus Strafverfahren wegen Betäubungsmitteldelikten zur Vorbeugung und Behebung der Folgen von Betäubungsmittelkriminalität Verpflichtungskredit vom 15.06.05 US$ 2.0 Mio.	2 440 000	982 643	1 457 357	710 000	229 000			
28	Bauliche Sofortmassnahmen beim Polizeigebäude Verpflichtungskredit vom 15.06.05 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	1 460 000 53 000 1 513 000	1 282 752	230 248	230 000				
29	Multifunktionaler Landeswerkhof auf dem Wille/Wimag-Areal Verpflichtungskredit vom 21.09.05 Ergänzungskredit vom 21.09.2006 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	3 270 000 700 000 51 000 4 021 000	3 329 588	691 412	690 000				
	Übertrag	**268 659 768**	**140 740 670**	**127 919 098**	**44 504 000**	**44 510 000**	**17 785 000**	**6 446 000**	**1 790 000**

Verpflichtungskredite 2006

Nr.	Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2006	Verfügbarer Restkredit	Voraussichtliche Fälligkeit 2007	2008	2009	2010	2011 ff.
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Hertrag	**268 659 768**	**140 740 670**	**127 919 098**	**44 504 000**	**44 510 000**	**17 785 000**	**6 446 000**	**1 790 000**
30	Bibliothek f. jüdisch-arabische Erziehung der Jerusalem Foundation in Jerusalem 2005 - 2008 Verpflichtungskredit vom 15.03.2006 US$ 600 000	732 000	390 000	342 000	366 000				
31	Drucklegung des Historischen Lexikons Verpflichtungskredit vom 20.09.2006	750 000	17 142	732 858	262 000	470 000			
32	3. Generation der Europäischen Bildungsprogramme «Programm zum lebenslangen Lernen 2007-2013» Verpflichtungskredit vom 13.12.2006 Euro 1 097 000	1 755 000	0	1 755 000					
33	7. Rahmenprogramm der EU für Forschung, technolog. Entwicklung und Demonstration 2007-2013 Verpflichtungskredit vom 14.12.2006 Euro 7 400 000	11 840 000	0	11 840 000					
	Gesamttotal	**283 736 768**	**141 147 812**	**142 588 956**	**45 132 000**	**44 980 000**	**17 785 000**	**6 446 000**	**1 790 000**

[1)] Garantieverpflichtungen

Hochbauten

Abrechnung über Pauschalkredit für Hochbauprojekte (Sammelkonto 930.503.00)

Beträge in CHF

Konto Nr.	Projekt	Budget	Rechnung
011.503.01	Landtagsgebäude mit Parkierung und Vorplatzgestaltung	13 900 000.00	8 396 816.20
090.503.02	Diverse Investitionen	300 000.00	233 051.99
110.503.00	Sofortmassnahmen Polizeigebäude	400 000.00	895 294.45
211.503.01	Erweiterung Weiterführende Schulen Triesen	-	22 005.65
215.503.03	Schulzentrum Mühleholz II	15 100 000.00	9 363 805.95
281.503.02	Musikschule Triesen	-	-66 542.10
304.503.03	Archiv- und Verwaltungsgebäude Vaduz	500 000.00	2 410 644.76
600.503.01	Werkhof Vaduz	2 800 000.00	3 264 695.45
650.503.00	Busbahnhof/Tiefgarage Post Schaan	2 000 000.00	779 990.85
930.503.00	Total	35 000 000.00	25 299 763.20

Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LGBI. 2000 Nr. 273)

Übersicht über die Abgabenverwendung

Beträge in CHF

Konto Nr.	Projekt		Rechnung
650.407.00	Ertragsanteil LSVA (7.117 ‰ von CHF 1 306 981 584)		9 301 788.13
	2/3 an AHV für Rentenvorbezug:		
500.363.00	Staatsbeitrag AHV (2/3 LSVA-Anteil)		-6 201 192.10
	1/3 an Umwelt- und gesundheitspolitische Massnahmen:		
	1/3 LSVA-Anteil	3 100 596.03	-3 100 596.03
	Verwendung:		
600.501.01.234	Verkehrszählungen	-192 017.05	
650.318.03	Beitrag Liechtenstein-Takt	-231 101.93	
650.318.04	Experten/Gutachten Verkehrsbereich	-46 466.83	
650.366.00	Subvention von Elektrorollern und -fahrrädern	-106 991.45	
650.501.01	Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr	-349 913.60	
701.313.00.10	Emissionskataster und Massnahmenplan Luftreinhaltung	-110 108.70	
702.318.00	Untersuchungen und Kontrollen im Bereich Lärmschutz	-5 356.10	
710.318.04	Umweltdaten, Umweltberichterstattung	-225 478.80	
	Zwischentotal	-1 267 434.46	
	Übertrag aus Vorjahr	4 075 205.58	
	Vortrag auf neue Rechnung 2007	5 908 367.15	

Liechtensteinische Arbeitslosenversicherungskasse *)

(Unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel		
Liecht. Landesbank Kontokorrent	158 540.10	
Callgelder LLB	5 700 000.00	
Festgelder LLB	4 000 000.00	
Anlagen des Finanzvermögens		
Pool - Anlagen (Neue Bank)	20 301 760.79	
LLB-Pool-Anlagen (Salmann)	25 041 920.58	
Forderungen		
Rückforderung Arbeitslosenentschädigungen	26 027.50	
Ausstehende Insolvenzentschädigungen	405 578.66	
Beitragsvorauszahlungen an Oesterreich	997 526.00	
Aktive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Aktiven	9 254 312.71	
Abrechnung BPV-Beiträge	110 059.50	
Kurzfristiges Fremdkapital		
Ausstehende Versicherungsbeiträge		5 793 247.29
Auszuzahlende Entschädigungen		935 463.35
Beitragsvorauszahlungen aus Oesterreich		28 871.13
AHV/IV-Abzüge		233 978.30
Lohnsteuer Abzüge		818 261.35
Durchlaufkonto Insolvenzentschädigungen		9 266.37
Rückstellung Arbeitslosenentschädigungen		26 027.50
Rückstellung Insolvenzentschädigungen		405 578.66
Passive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Passiven		5 592 083.87
Eigenkapital		
Versicherungskapital		52 152 948.02
	65 995 725.84	65 995 725.84

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Arbeitslosenentschädigungen	13 569 244.72	
Abschreibung Arbeitslosenentschädigungen	37 224.10	
Kurzarbeit	1 584 091.40	
Insolvenzentschädigungen	153 124.74	
Abschreibung Insolvenzentschädigungen	129 608.16	
Versicherungsbeiträge Grenzgänger aus Oesterreich	2 091 744.00	
AHV/IV/FAK-Beiträge	944 370.60	
Betriebliche Personalvorsorge-Beiträge	135 347.18	
Krankenpflegebeiträge	600 525.00	
Verwaltungskosten	2 233 654.50	
Aufwand Pool-Anlagen	385 976.15	
Bankspesen	2 276.47	
Versicherungsbeiträge		9 327 771.91
Beitragsausfälle		-9 899.30
Versicherungsbeiträge Grenzgänger nach Oesterr.		57 147.58
Ertrag aus Entschädigungs-Rückforderungen		120 824.95
Ertrag aus Rückzahlung Insolvenzentschädigungen		144 060.11
Fördermittel FL-EU		35 113.40
Beitragserstattung Saisonniers		0.00
Staatsbeiträge		3 430 000.00
Ertrag Pool-Anlagen		2 882 900.09
Bankzinsen		13 316.20
	21 867 187.02	16 001 234.94
Aufwandüberschuss 2006		5 865 952.08
	21 867 187.02	21 867 187.02

*) Die Arbeitslosenversicherungskasse bildet Bestandteil der staatlichen Vermögensrechnung (vgl. Kapitalien der unselbständigen Anstalten und Stiftungen in der Bilanz).

Stiftung pro Liechtenstein*)

(Unselbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	Aktiven	Passiven
Liecht. Landesbank AG	755 557.72	
Wertschriften	891 685.16	
Forderungen	9 166.00	
Inventar	1.00	
Kreditoren		69 855.60
Stiftungskapital		500 000.00
Gewinnvortrag per 1.1.2006 6997 179.53		
Ertragsüberschuss 2006 689 374.75		1 086 554.28
Total	1 656 409.88	1 656 409.88
Verwaltete Stiftungen		
Dr. Albert Schädler'sche Stiftung für Koch- u. Haushaltskurse	1.00	1.00
Landsch. Wegmacherunterstützungsfonds	1.00	1.00
Ing. Karl Schädler'sche Realschulstiftung	1.00	1.00
Total	3.00	3.00

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Atelier-Betrieb und Stipendien	41 610.68	
Anerkennungsgaben	20 554.00	
Werkjahre, Werkbeiträge	78 327.00	
Autonome Vergabungen	0.00	
Musik	85 500.00	
Theater, Tanz	144 500.00	
Literatur	122 422.10	
Bildende u. angewandte Kunst	167 481.75	
Film, Kino	115 000.00	
Museen, Ausstellungen	105 248.75	
Kulturelles Erbe, Brauchtumspflege	0.00	
Bildung, Wissenschaft u. Forschung	20 000.00	
Besondere kulturelle Projekte	60 300.00	
Kulturveranstaltungen	15 000.00	
Diverses, Administration, Spesen	16 950.80	
Wertschriftenaufwand (Transaktions- und Verwaltungskosten)	4 030.75	
Wertschriften - Realisierter Kurs- u. Währungsverlust	4 976.00	
Wertschriften - Abschreibungen	55.65	
Wertschriften - Realisierter Kurs- u. Währungsgewinn		19 553.61
Wertschriften - Wertaufholung nach Vorjahresabschreibungen		4 654.82
Wertschriften - Erträge		2 245.80
Ertragsanteil an interkantonaler Landeslotterie und Schweizer Zahlenlotto		1 064 878.00
	1 001 957.48	1 091 332.23
Ertragsüberschuss 2006	89 374.75	
Total	1 091 332.23	1 091 332.23

*) Die Stiftung pro Liechtenstein bildet Bestandteil der staatlichen Vermögensrechnung (vgl. Kapitalien der unselbständigen Anstalten und Stiftungen in der Bilanz).

Kunstmuseum Liechtenstein*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

		Aktiven	Passiven
Kasse		9 711.07	
Liecht. Landesbank AG		562 783.50	
Verwaltungs- und Privatbank AG		146 757.50	
Skulpturen		1.00	
Kunstgut		1.00	
Debitoren		464 410.99	
Kreditoren			150 716.28
Stiftungskapital			20 000.00
Freies Stiftungskapital (Gewinnvortrag)	552 594.51		
Ertragsüberschuss 2006	460 354.27		1 012 948.78
Total		1 183 665.06	1 183 665.06

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Personalkosten	1 518 962.86	
Kunstankäufe aus Landesbeitrag	1 615 218.93	
Kunstankäufe aus Stiftungsvermögen	50 000.00	
Ausstellungen	849 585.59	
Öffentlichkeitsarbeit	174 969.40	
Sonstige Aufwendungen	576 827.81	
Staatsbeitrag		4 580 000.00
Sponsorengelder		100 000.00
Sonstige Erträge		565 918.86
	4 785 564.59	5 245 918.86
Ertragsüberschuss 2006	460 354.27	
Total	5 245 918.86	5 245 918.86

*) Die Jahresrechnung des Kunstmuseums Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinisches Landesmuseum*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	Aktiven	Passiven
Kasse	225.90	
Liecht. Landesbank AG	286 627.80	
Debitoren	1 138.00	
Sammlungen	1.00	
Mobiliar	1.00	
Kreditor Landeskasse		88 366.64
Rückstellung Ankauf «Wachssammlung Bühler»		50 000.00
Stiftungskapital per 01.01.2006	209 208.67	
Aufwandüberschuss 2006	-59 581.61	
Stiftungskapital per 31.12.2006		149 627.06
Total	287 993.70	287 993.70

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	1 214 584.98	
Sozialbeiträge	217 825.28	
Bürobedarf, Kanzleiauslagen	51 699.37	
Ankäufe, Restaurationen	140 191.09	
Sonderausstellungen, Diaschau, Medien, Publikationen	30 388.50	
Mobiliar, Ausstattungen	49 845.25	
Foto, Film, Bilddokumentationen	24 884.31	
Depot, Studiensammlungen, Restaurierungen	83 159.66	
Wohnmuseum Schellenberg	1 574.65	
Stiftungsrat, Museumskommission	7 013.95	
Wechselausstellungen	214 804.90	
Marketing / Public Relations	17 829.70	
Museumspädagogik / Sachaufwand	50 075.98	
Multimedia / Ausstellungen (Unterhalt)	10 481.60	
Museumsrelevante Verbrauchsmaterialien	15 229.63	
Verschiedene Aufwendungen	112 816.95	
Eintritte, Kartenverkauf, Spenden, Zinsen		113 524.19
Staatsbeitrag		2 069 300.00
	2 242 405.80	2 182 824.19
Aufwandüberschuss 2006		59 581.61
Total	2 242 405.80	2 242 405.80

*) Die Jahresrechnung des Landesmuseums bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Musikschule*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	Aktiven	Passiven
Kasse	125.65	
Liecht. Landesbank AG	48 550.50	
Debitoren	365 415.75	
Lehrmittel	1.00	
Mobiliar	1.00	
Schulgelder		414 091.90
Stiftungskapital		2.00
Total	414 093.90	414 093.90
Anmerkungen zur Vermögensrechnung		
Treuhänderisch verwaltete Vermögen:		
Internationale Meisterkurse D-Konto Liecht. Landesbank AG		77 883.40
Spendenkonto Musikwettbewerb D-Konto Liecht. Landesbank AG		62 218.40
Instrumentenfond D-Konto Liecht. Landesbank AG		262 320.40
Sonderkonto «Projekte» Verwaltungs- und Privatbank AG		46 149.00

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	6 462 374.86	
Sozialbeiträge	1 081 399.06	
Rückerstattung Personalaufwand Weiterführende Schulen	-312 880.00	
Dienstjubiläen	8 339.50	
Fahrspesen-Entschädigungen	36 479.60	
Lehrmittel	4 523.57	
Kanzleibedarf	86 361.80	
Mobiliar, EDV, Ausstattungen	150 359.06	
Unterrichtskosten	9 313.25	
Schulzeitung	28 195.75	
Veranstaltungen	67 908.35	
Instrumentenpflege	34 749.96	
Schulgeldermässigungen	8 659.10	
Sitzungsgelder Stiftungsrat	13 623.25	
Schulgelder (mind. 25% der Aufwendungen)		1 975 175.06
Zinserträge		25.20
	7 679 407.11	1 975 200.26
Staatsbeitrag 2006		5 704 206.85
	7 679 407.11	7 679 407.11

*) Die Jahresrechnung der Liecht. Musikschule bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Kunstschule Liechtenstein*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	Aktiven	Passiven
Verwaltungs- und Privatbank AG	32 006.00	
Debitoren	990.00	
Unterrichtsmaterial	1.00	
Mobiliar	1.00	
Schulgeldvorauszahlungen		32 996.00
Stiftungskapital		2.00
Total	32 998.00	32 998.00

Anmerkung zur Vermögensrechnung

Treuhänderisch verwaltete Vermögen:

Zweckbestimmte Spenden	CHF 76 596.20
Buchverkäufe «sil»	CHF 345.00
Verwaltete Gelder EU-Projekt	EUR 26 586.30

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	450 829.85	
Sozialbeiträge	73 221.12	
Stiftungsrat	375.30	
Weiterbildung	4 612.19	
Lehrmittel, Schulmaterial	41 113.67	
Büromaterial	17 894.85	
Ausstattungen, Anschaffungen	62 162.90	
Externe Aufträge	17 577.68	
Veranstaltungen, Informationsmaterial	39 231.65	
Ersatzanschaffungen	2 454.00	
Unterhalt	8 286.20	
Diverses	11 320.07	
Mieten/Raumadaption	600.00	
Materialbeitrag		40 000.00
Schulgelder (mind. 25% der Aufwendungen)		300 000.00
Spenden		0.00
	729 679.48	340 000.00
Staatsbeitrag 2006		389 679.48
	729 679.48	729 679.48

*) Die Jahresrechnung der Kunstschule Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Landesbibliothek*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	Aktiven	Passiven
Kasse	454.45	
Liecht. Landesbank Kontokorrent	860.90	
Liecht. Landesbank Sparkonto Wasserschaden	248 596.80	
Liecht. Landesbank Anlagesparkonto Wasserschaden	201 250.00	
Liecht. Landesbank Sparkonto Feger-Stiftung	12 023.50	
Liecht. Landesbank Sparkonto Mayer-Stiftung	5 845.70	
Liecht. Landesbank Sparkonto Peter-Kaiser-Stiftung	1 048.20	
Liecht. Landesbank Callgeldanlage	606 000.00	
Debitoren	451.00	
Bücherbestand	1.00	
Mobiliar	1.00	
Kreditoren		86 101.95
Kautionen		2 100.00
Stiftungskapital:		
Stand 01.01.2006 1 017 478.56		
Aufwandüberschuss 2006 -29 147.96		988 330.60
Total	1 076 532.55	1 076 532.55

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	984 337.74	
Sozialbeiträge	166 057.24	
Anschaffungen von Medien	266 053.68	
Buchbindearbeiten	45 287.54	
Büchereimaterialien	4 008.73	
EDV	62 793.23	
Mobilien, Anschaffungen, Einrichtungen	5 251.65	
Europäische Patentbibliothek	4 088.08	
Allgemeine Unkosten	64 355.47	
Stiftungsrat, Bibliotheks-Kommission	7 104.60	
Gemeindebeiträge		5 100.00
Spenden, Beiträge, Zinserträge		16 295.40
Staatsbeitrag		1 480 394.98
Subvention Europabibliothek		8 955.67
Betriebseinnahmen, Gebühren		69 443.95
	1 609 337.96	1 580 190.00
Aufwandüberschuss 2006		29 147.96
Total	1 609 337.96	1 609 337.96

*) Die Jahresrechnung der Liecht. Landesbibliothek bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Stiftung Erwachsenbildung Liechtenstein*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

		Aktiven	Passiven
Liecht. Landesbank AG		230 122.63	
Kreditoren			43 201.25
Stiftungskapital			
Bestand 1.1.2006	228 558.51		
Aufwandüberschuss 2006	-41 637.13		186 921.38
Total		230 122.63	230 122.63

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Erwachsenenbildung Stein-Egerta	600 000.00	
Freizeit- und Weiterbildung	288 000.00	
Haus Gutenberg Balzers	200 000.00	
Gemeinschaftszentrum Resch	60 000.00	
Stefanuskreis	5 500.00	
Liecht. Arbeitnehmerverband	3 000.00	
Verein Bildungsarbeit für Frauen	30 000.00	
Eltern-Kind-Forum	15 000.00	
Solargenossenschaft	0.00	
Schwestern A.S.C. St. Elisabeth	12 000.00	
ArGe Liechtensteiner Literaturtage	0.00	
Verein für interkulturelle Bildung	40 000.00	
Literaturhaus Liechtenstein	0.00	
Seniorenkolleg	20 000.00	
ISB Institut für Sprachkurse und Bildungsreisen	188 811.60	
Geschäftsführung	78 858.85	
Bürokosten	24 297.00	
Sachbearbeitung/Studien/Tagungen	5 048.35	
Stiftungsrat	14 085.45	
Projekte	18 600.00	
Zinsertrag		1 564.12
Gemeindebeiträge		0.00
Staatsbeitrag		1 560 000.00
	1 603 201.25	1 561 564.12
Aufwandüberschuss 2006		41 637.13
Total	1 603 201.25	1 603 201.25

*) Die Jahresrechnung der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Landesspital*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2006

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel	1 059 039.75	
Debitoren	4 921 825.02	
Vorräte	661 886.00	
Transitorische Aktiven	36 745.45	
Mobiliar	4 387.40	
Kunstgegenstände	46 230.00	
Kreditoren		2 578 556.41
Baukonto		13 395.69
Darlehen Land Liechtenstein		3 000 000.00
Rückstellungen Anschaffungen		402 758.75
Transitorische Passiven		1 000.00
Fondsvermögen per 31.12.2006		11 973.82
Ertragsüberschuss 2006		722 428.95
Total	6 730 113.62	6 730 113.62

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Aufwand	Ertrag
Besoldungen, Sozialleistungen	11 882 487.95	
Arzthonorare	4 855 689.50	
Personalnebenkosten	206 198.70	
Medizinischer Bedarf	2 315 230.98	
Lebensmittelaufwand	1 297 096.86	
Haushaltsaufwand	231 272.29	
Unterhalt u. Reparaturen Immobilien u. Mobilien	832 995.03	
Aufwand für Anlagenutzung	160 076.15	
Investitionen	606 738.09	
Aufwand für Energie u. Wasser	192 932.20	
Kapitalzinsen	88 688.00	
Büro- u. Verwaltungskosten	745 888.86	
Versicherungen, Gebühren, Abgaben, Entsorgung	112 866.55	
Pflege-, Behandlungs- u. Aufenthaltstaxen		21 391 088.25
Erträge aus Arzthonoraren		1 392 649.22
Erträge aus med. Nebenleistungen		1 019 855.73
Erträge aus Spezialuntersuchungen u. Therapien		284 268.32
Übrige Erträge		-76 418.23
Leistungen an Personal u. Dritte		202 074.07
Betriebsfremder Aufwand und Ertrag (Caféteria)		37 072.75
	23 528 161.16	24 250 590.11
Ertragsüberschuss 2006	722 428.95	
Total	24 250 590.11	24 250 590.11

*) Die Jahresrechnung des Liechtensteinischen Landesspitals bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Hochschule Liechtenstein*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. August 2006

		Aktiven	Passiven
Kasse		4 919.85	
Bank		5 441 787.82	
Fondsvermögen «Verwaltete Fonds»*		96 439.60	
Forderungen		519 344.02	
Sonstige Forderungen		84 326.77	
Kautionen		21 200.00	
Aktive Rechnungsabgrenzung		126 267.70	
Anlagevermögen		1.00	
Fondskapital «Verwaltete Fonds»*			96 439.60
Kreditor Landeskasse			1 055 407.44
Kreditoren			513 105.22
Sonstige Sicherheiten			13 660.00
Sonstige Verbindlichkeiten			54 635.36
Passive Rechnungsabgrenzung			1 580 119.93
Fondskapital			2 024 854.46
Eigenkapital	185 395.33		
Ertragsüberschuss 2006	770 669.42		
Eigenkapital nach Erfolgsverbuchung	956 064.75		956 064.75
Total		6 294 286.76	6 294 286.76

*** Von der Hochschule verwaltete Fonds:**	**EUR**	**37 158.82**	**CHF**	**96 439.60**
Thematische Netzwerke	EUR	4 876.20	CHF	7 701.07
NA Famous 2003			CHF	-46.80
EC Famous 2003	EUR	2 990.30	CHF	4 722.63
IC Erasmus	EUR	10 157.73	CHF	16 042.31
EU Programm Management			CHF	28 685.98
NA Famous 2005	EUR	3 162.65	CHF	4 994.83
EC Famous 2005	EUR	2 652.34	CHF	4 188.89
Fonds Studienreisen			CHF	9 114.80
Sommerakademie	EUR	5 305.70	CHF	8 379.39
IC Socrates	EUR	8 013.90	CHF	12 656.51

Kurs per 31.08.2006: 1 € = CHF 1,5793

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. August 2006

	Aufwand	Ertrag
Personalkosten	10 033 251.21	
Aufwandsentschädigungen (Spesen)	335 128.24	
Bezogene Leistungen von Dritten	680 155.16	
Aus- und Weiterbildung	43 563.65	
Materialaufwand	383 081.38	
Investitionen	520 137.81	
Informationsaufwand (Literatur)	122 160.69	
Raumkosten	340 957.58	
Wartung Instandhaltung	71 053.40	
Marketing	801 159.54	
Übriger Verwaltungsaufwand	415 048.62	
Kapitalkosten	-14 938.85	
Ertrag Lehrbetrieb und Forschung		755 475.54
Ertrag Weiterbildung und Wissenstransfer		2 539 239.86
Staatsbeitrag Studienplatzförderung Liechtenstein		7 988 000.00
Pro-Kopf Beiträge Schweiz		1 891 685.38
Projektbeiträge Land Liechtenstein		270 633.00
Sponsoring		752 033.78
Sonstige Erträge		304 360.29
Ertragsüberschuss 2006	770 669.42	
Total	14 501 427.85	14 501 427.85

*) Die Jahresrechnung der Fachhochschule Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Stiftungsrechnungen per 31. Dezember 2006

Bezeichnung der Stiftung	Vermögensstand 1.1.2006	Einnahmen	Ausgaben	Vermögensstand 31.12.2006
Fürstlicher Landes-Wohltätigkeitsfonds (Stiftung)	584 679.44			
Kapitalgewinn, Zinsertrag		11 845.41		
Bankspesen			1 615.83	594 909.02
Franz und Elsa Stiftung für die Jugend Liechtensteins	237 575.80			
Zinsertrag		75.90		237 651.70
Stiftung Andreas Marxer zur Ausbildung röm.-kath. Priester	31 409.20			
Zinsertrag		31.15		
Pachtzinsertrag		184.65		31 625.00
Johann Schädler AGRA-Stiftung für wohltätige Zwecke	358 356.59			
Zinsertrag		17.84		
Wertschriftenzuschreibungen		1 793.26		
Realisierte Wertschriftengewinne		12 547.87		
Unterstützungsbeiträge			60 000.00	
Bankspesen			1 333.79	311 381.77
Hermine Kindle de Contreras Torres und Miguel Contreras Torres-Stiftung	584 307.18			
Zinsertrag		289.63		
Wertschriftenzuschreibungen		2 469.75		
Realisierte Wertschriftengewinne		14 807.88		
Unterstützungsbeiträge			20 000.00	
Realisierte Wertschriftenverluste			3 229.39	
Bankspesen			1 568.10	577 076.95
Stiftung für den Brandschutz und das Löschwesen	258 084.15			
Beitrag des Schweizerischen Versicherungsverbandes		75 000.00		
Zinsertrag		872.75		
Löschdemonstrationen			20 998.52	
Kostenanteil Feuerwehrausbildung			38 710.20	
Subventionen Anschaffungen			98 300.00	175 948.18
Fürst Franz Josef von Liechtenstein Stiftung	8 704 981.67			
Zins- und Wertschriftenerträge		207 958.22		
Realisierte Kurs- und Währungsgewinne		160 505.48		
Wertschriftenzuschreibungen		21 067.54		
Realisierte Kurs- und Währungsverluste			48 438.58	
Nicht-realisierte Kursverluste (Abschr.)			92 643.05	
Bankspesen, Courtage, Stempel, etc.			12 780.78	
Wertschriftenverwaltung			66 565.97	
Sekretariats- und Revisionskosten			11 902.85	
Preise, Beiträge, Stipendien			60 000.00	8 792 517.88
Total	10 759 394.03	509 467.33	538 087.06	10 721 110.50

Spezialfinanzierungen per 31. Dezember 2006

Bezeichnung der Spezialfinanzierung	Vermögensstand 1.1.2006	Einnahmen	Ausgaben	Vermögensstand 31.12.2006
Tierseuchenfonds	1 204 368.38			
Beiträge Gemeinden & Tierbesitzer		56 047.95		
Landesbeitrag		72 934.00		
Verkaufserlöse, Verkehrsscheine etc.		2 040.00		
Sömmerungsgebühren		3 500.00		
Wertschriftenertrag		47 019.83		
Entnahme für Tierseuchenbekämpfung			105 661.60	1 280 248.56
Fonds zur Unfallverhütung im Strassenverkehr	359 306.47			
Prämieneingänge		123 365.51		
Wertschriftenertrag		14 027.71		
Unfallverhütungsmassnahmen			135 380.00	361 319.69
Milchqualitätsfonds	264 088.48			
Einnahmen aus Qualitätsabzügen		15 577.20		
Wertschriftenertrag		10 310.30		
Entnahme für Qualitätsverbesserung			14 656.45	275 319.53
Total	1 827 763.33	344 822.50	255 698.05	1 916 887.78

Erläuterung zur Landesrechnung 2006

1. Gesamtergebnis

1.1 Einleitung

Das Jahr 2006 stellte für die liechtensteinische Wirtschaft eine erfolgreiche Periode dar. Wie der Konjunkturbericht des Amtes für Volkswirtschaft für das erste Halbjahr 2006 aufzeigte, hat sich der konjunkturelle Aufschwung auch nach dem guten Jahr 2005 fortgesetzt. Die Verkaufserlöse von 20 grösseren Unternehmen lagen im ersten Halbjahr 2006 um 12 % über der Vergleichsperiode des Vorjahres. Per Mitte 2006 waren 30 500 Personen in Liechtenstein beschäftigt, was einem Zuwachs von 2.5 % entsprach. Die direkten Warenexporte erhöhten sich im ersten Halbjahr 2006 um 13 % gegenüber den ersten sechs Monaten im 2005. Dem Konjunkturbericht war auch zu entnehmen, dass gemäss den Zahlen des Internationalen Währungsfonds die Weltwirtschaft derzeit die stärkste Wachstumsphase seit den frühen Siebzigerjahren durchläuft. Wichtige Indikatoren im Herbst 2006 zeigten auf, dass die Aussichten für ein weiteres, relativ kräftiges Wachstum intakt waren. Dies unterstrich auch die im vierten Quartal durchgeführte Konjunkturumfrage der amtlichen Statistik Liechtensteins. Sie ergab die positivste Lagebeurteilung der Industrie und des warenproduzierenden Gewerbes der letzten sieben Jahre. Über 80 % der antwortenden Unternehmen bezeichneten ihre Lage als gut, 97 % meldeten stabile oder steigende Auftragseingänge! Die mittlerweile veröffentlichten Jahresergebnisse verschiedener grosser Liechtensteiner Unternehmen im Finanzdienstleistungs- und im Industriebereich unterstreichen diese Feststellungen eindrücklich.

Diese positive Entwicklung hat sich erwartungsgemäss auch im Ergebnis der Landesrechnung niedergeschlagen und die Regierung kann dem Landtag ein erfreuliches Jahresergebnis zur Genehmigung unterbreiten. Dieses ist von zwei Sonderfaktoren geprägt, welche sowohl das Resultat wie auch die Vergleiche mit dem Budget 2006 und mit der Vorjahresperiode beeinflussen:

Zum einen hat die Regierung im Frühjahr 2006 insgesamt 430 000 Aktien der Liechtensteinischen Landesbank AG veräussert und damit den Anteil des Landes an dieser Beteiligung von zuvor 67 % auf 54 % gesenkt. Aus dieser Transaktion flossen der Landesrechnung Mittel im Umfang von CHF 387 Mio. zu und der Reingewinn belief sich – nach Abzug des Buchwertes – auf CHF 366 Mio. Nach 1998, 1999 und 2000 wurden damit zum vierten Mal Landesbank-Aktien veräussert, wobei das im letzten Jahr realisierte Projekt sowohl was die Anzahl verkaufter Aktien als auch den Verkaufserlös angeht die grösste Tranche darstellte.

Zum anderen hat die Regierung eine Änderung der Verbuchungspraxis für Dividendenerträge aus der Beteiligung an staatlichen Unternehmen beschlossen. Konkret handelt es dabei um die Gewinnanteile an der Liechtensteinischen Landesbank AG sowie der Liechtensteinischen Post AG, welche nach der ursprünglichen Praxis noch vor der Durchführung der jeweiligen Generalversammlungen in der Landesrechnung abgegrenzt wurden. Neu werden diese Geldflüsse in demjenigen Jahr erfolgswirksam für den Landeshaushalt, in welchem sie ausbezahlt werden. Dies bedeutet, dass in der Landesrechnung 2006 als Umstellungsjahr diese Erträge einmalig fehlen, wobei es sich dabei um einen Betrag von rund CHF 58 Mio. handelt.

Diese beiden Ereignisse werden in den nachfolgenden Kommentaren zur Landesrechnung 2006 möglichst separiert dargestellt resp. es wird wo nötig auf den Einfluss dieser Effekte hingewiesen.

1.2 Zusammenfassung Laufende Rechnung

Zur besseren Interpretierbarkeit des Ergebnisses wird die Laufende Rechnung in zwei Teilergebnissen – einmal dasjenige der ordentlichen Staatstätigkeit und einmal das Finanzergebnis – dargestellt. Aufgrund des mittlerweile beträchtlichen extern verwalteten Vermögens übt das Finanzergebnis einen wesentlichen Einfluss auf die Laufende Rechnung aus und ist zudem der nicht beeinflussbaren Volatilität der Finanzmärkte ausgesetzt.

Im Teilbereich der ordentlichen Staatstätigkeit schloss die Laufende Rechnung 2006 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 38.4 Mio. ab. Die bereits erwähnte Umstellung bei der Verbuchung der Dividendenerträge an Beteiligungsunternehmen des Landes beeinflusste das Ergebnis mit CHF 57.9 Mio., sodass für den korrekten Vergleich mit den Plan- und Vorjahreswerten von einem positiven Ergebnis in Höhe von CHF 19.5 Mio. ausgegangen werden kann. In jedem Fall konnte der mit dem Voranschlag 2006 prognostizierte Aufwandüberschuss von CHF 58.4 Mio. abgewendet werden und das Resultat lag effektiv um CHF 20.0 Mio. oder unter Berücksichtigung des erwähnten Umstellungseffektes um CHF 77.9 Mio. besser als ursprünglich angenommen. Mit Totalerträgen von CHF 757 Mio. und –aufwänden von CHF 729 Mio. belief sich der operative Cash Flow auf CHF 28.4 Mio., was gegenüber dem Budget einer Verdoppelung entsprach. Trotz dem Effekt der erwähnten Praxisumstellung lagen die ordentlichen Erträge nur gerade um 2.3 % unter den Planwerten und hätten diese ohne den Sondereffekt um CHF 39.7 Mio. oder 5.1 % überboten. Ebenso deutlich haben aber die laufenden Aufwendungen zur Ergebnisverbesserung beigetragen, lagen sie im Berichtsjahr doch um mehr als 4 % unter den angenommenen Werten, was den Cash Flow gegenüber Budget mit CHF 32.1 Mio. positiv beeinflusste. Nicht beanspruchte Investitionskredite bewirkten, dass die Laufende Rechnung 2006 mit CHF 6.1 Mio. tieferen Abschreibungen belastet werden mussten als den geplanten CHF 72.8 Mio.

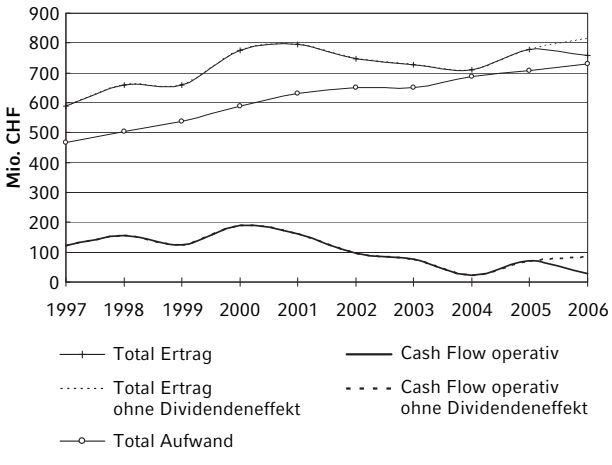
Beträge in CHF Mio.

Ergebnis der ordentlichen Staatstätigkeit	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Ertrag	757.4	775.6	777.6
Aufwand	729.1	761.2	706.7
Cash Flow aus ordentlicher Staatstätigkeit	*28.4*	*14.4*	*70.9*
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	66.8	72.8	85.8
Ergebnis der ordentlichen Staatstätigkeit	**-38.4**	**-58.4**	**-14.9**
– ohne Dividendeneffekt	**19.5**	**-58.4**	**-14.9**

Der Vorjahresvergleich stellt sich auf der Ertragsseite fast identisch dar wie für die Budgetabweichung, da die geplanten Erträge nur leicht vom Vorjahresniveau abwichen. Auf der Aufwandseite hingegen war ein Anstieg um 3.2 % zu verzeichnen, was Mehraufwendungen in Höhe von CHF 22.3 Mio. bedeutete. Da das Rechnungsjahr 2005 jedoch mit ausserordentlich hohen Abschreibungen belastet war (Grundstück Wille/Wimag-Areal) wurde dieser Aufwandzuwachs im Resultat der ordentlichen Laufenden Rechnung teilweise durch tiefere Abschreibungen (-CHF 19.0 Mio.) wieder wettgemacht, sodass das Ergebnis per Saldo um CHF 23.5 Mio. hinter dem Vorjahr zurückblieb. Unter Aufrechnung des Dividendeneffektes wäre es jedoch um CHF 34.4 Mio. besser ausgefallen.

Während der operative Cash Flow ab 2001 über einen Vierjahreszeitraum kontinuierlich abnahm, konnte dieser im Berichtsjahr das zweite Mal nach 2005 wieder erhöht werden (ohne Berücksichtigung der Praxisänderung bei der Dividendenverbuchung). Der Anstieg ist auch qualitativ positiv zu werten, nachdem im Cash Flow des Rechnungsjahres 2005 noch Erlöse von CHF 15 Mio. aus der Veräusserung von Liegenschaften enthalten waren.

Entwicklung Laufende Rechnung (ordentliche Staatstätigkeit)



Mit CHF 40.2 Mio. steuerte das Finanzergebnis erneut einen äusserst positiven Beitrag zum Abschluss des Landeshaushalts 2006 bei. Es lag um CHF 6.8 Mio. über Budget, konnte jedoch nicht an das Vorjahresresultat von CHF 53.9 Mio. anknüpfen. Vor allem mussten stichtagsbedingte Abschreibungen auf Niederstwert in Höhe von CHF 17.5 Mio. vorgenommen werden, was vorwiegend auf die sowohl zins- wie auch währungsseitig unter Druck geratenen festverzinslichen Anlagen zurückzuführen war.

Beträge in CHF Mio.

Finanzergebnis aus externer Vermögensbewirtschaftung	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Ertrag			
Erträge aus Poolanlagen	27.8	25.0	27.1
Realisierte Kursgewinne	47.3	13.0	38.5
Zuschreibungen	8.4		14.8
Aufwand			
Realisierte Kursverluste	-20.7		-15.9
Verwaltungskosten Poolanlagen	-5.2	-4.6	-4.6
Abschreibungen auf Niederstwert	-17.5		-5.9
Finanzergebnis netto	**40.2**	**33.4**	**53.9**

Zusammengefasst schloss die Laufende Rechnung vor Berücksichtigung des Gewinns aus Aktienverkäufen der Liechtensteinischen Landesbank AG mit einem leichten Plus von CHF 1.8 Mio. und hätte – wäre die Praxis der Dividendenverbuchung nicht geändert worden – einen erfreulichen Ertragsüberschuss von CHF 59.7 Mio. erzielt. Damit konnte sowohl die Erwartung des Voranschlags von –CHF 25.0 Mio. sehr deutlich wie auch das Ergebnis 2005 von CHF 39 Mio. deutlich übertroffen werden.

Beträge in CHF Mio.

Gesamtergebnis Laufende Rechnung nach Bereichen (ohne Aktienverkauf)	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Ergebnis ordentliche Staatstätigkeit	-38.4	-58.4	-14.9
– ohne Dividendeneffekt	19.5	-58.4	-14.9
Finanzergebnis netto	40.2	33.4	53.9
Ergebnis der Laufenden Rechnung	**1.8**	**-25.0**	**39.0**
– ohne Dividendeneffekt	**59.7**	**-25.0**	**39.0**

Nach Erträgen und Aufwendungen betrachtet erreichten die Laufenden Erträge ein Total von CHF 841 Mio. und lagen damit trotz «Dividendenausfall» CHF 27.3 Mio. oder 3.4 % über dem Voranschlag. Die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen erreichten in Summe CHF 772 Mio. und übertrafen damit die gesamten Voranschlagskredite

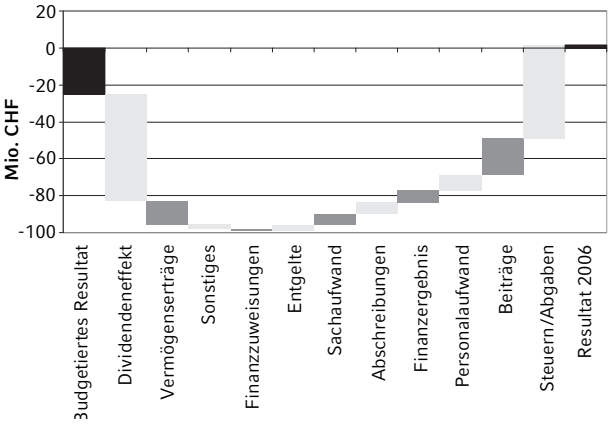
um 0.9 %, was allerdings vor allem eine Folge der Bruttodarstellung realisierter Kursgewinne und –verluste ist. Die laufenden Aufwendungen enthalten aus diesem Grund auch realisierte Kursverluste von CHF 20.7 Mio. Der Cash Flow der Laufenden Rechnung lag bei CHF 68.5 Mio. resp. CHF 126.4 Mio. ohne «Dividendeneffekt» und konnte damit an das Vorjahresniveau anknüpfen resp. das Budget um CHF 78.6 Mio. übertreffen.

Beträge in CHF Mio.

Gesamtergebnis der Laufenden Rechnung	**Rechnung 2006**	**Voranschlag 2006**	**Rechnung 2005**
Ertrag	841.0	813.6	858.0
Aufwand	772.4	765.8	733.2
Cash Flow	*68.5*	*47.8*	*124.8*
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	66.8	72.8	85.8
Ergebnis der Laufenden Rechnung vor Aktienverkauf	**1.8**	**-25.0**	**39.0**
– ohne Dividendeneffekt	**59.7**	**-25.0**	**39.0**
Verkauf Aktien LLB AG	365.9		
Ergebnis der Laufenden Rechnung	**367.6**	**-25.0**	**39.0**
– ohne Dividendeneffekt	**425.5**	**-25.0**	**39.0**

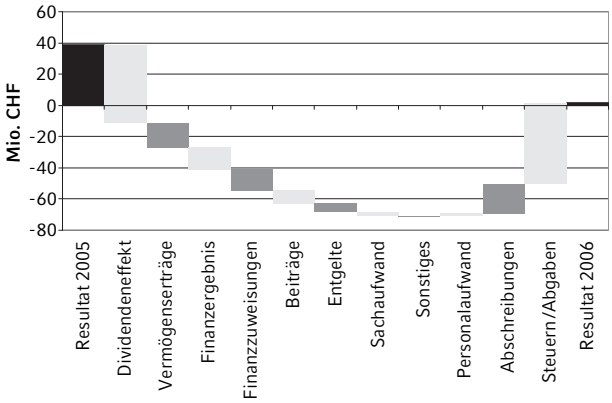
Die nachfolgende Grafik stellt die Komponenten dar, welche dazu geführt haben, dass aus dem geplanten Aufwandüberschuss von CHF 25 Mio. ein leichter Ertragsüberschuss von CHF 1.8 Mio. wurde.

Ergebnis Laufende Rechnung 2006/vom Budget zum Ist



Dabei dominierten zwei Hauptabweichungen, nämlich einerseits die Praxisumstellung der Dividendenverbuchung (-CHF 57.9 Mio.) und andererseits die deutlich über dem Budget gelegenen Steuer- und Abgabenerträge (+CHF 50.1 Mio.). Geringere Vermögenserträge beeinflussten die Abweichung negativ, währenddem fast alle restlichen Komponenten im Vergleich mit dem Budget dazu beitrugen, dass die Laufende Rechnung im positiven Bereich abschloss.

Ergebnis Laufende Rechnung 2006/vom Vorjahr zum Ist



Dieselbe Betrachtung als Vorjahresvergleich ergibt das beinahe identische Bild. Wiederum waren der Dividendeneffekt und die Ertragszuwächse aus Steuern und Abgaben die wesentlichen Veränderungskomponenten. Allerdings verschlechterten das tiefere Finanzergebnis wie auch höhere Finanzzuweisungen und Beitragsleistungen das Resultat merklich.

1.3 Zusammenfassung Investitionsrechnung

Das Land tätigte im Berichtsjahr durch Eigeninvestitionen, Darlehensgewährungen sowie Investitionsbeiträge Bruttoinvestitionen in Höhe von CHF 97.2 Mio. Nach Berücksichtigung der investiven Einnahmen in Höhe von CHF 15.8 Mio. ergaben sich Nettoinvestitionen von CHF 81.4 Mio. Damit wurden auch in der Investitionsrechnung die vom Landtag bewilligen Ausgabenkredite nur teilweise ausgeschöpft (-13 %).

Beträge in CHF Mio.

Finanzierung der Nettoinvestitionen	**Rechnung 2006**	**Voranschlag 2006**	**Rechnung 2005**
Bruttoinvestitionen	97.2	111.3	101.5
Investive Einnahmen	15.8	14.8	15.8
Nettoinvestitionen	*81.4*	*96.5*	*85.7*
Selbstfinanzierung	68.6	47.8	124.8
Finanzierungsüberschuss/ -fehlbetrag vor Aktienverkauf	**-12.8**	**-48.7**	**39.0**
– ohne Dividendeneffekt	**45.1**	**-48.7**	**39.0**
Verkauf Aktien LLB AG	365.9		
Finanzierungsüberschuss/ -fehlbetrag	**353.1**	**-48.7**	**39.0**
– ohne Dividendeneffekt	**411.0**	**-48.7**	**39.0**

Im Vorjahresvergleich lagen die Nettoinvestitionen im Berichtsjahr leicht niedriger. Höhere Darlehensauszahlungen und Hochbauinvestitionen wurden in erster Linie durch tiefere Ausgaben für Grundstücke des Verwaltungsvermögens (Vorjahr Wille/Wimag-Areal) überkompensiert.

Zur Finanzierung der Nettoinvestitionen steht der Cash Flow der Laufenden Rechnung zur Verfügung. Dieser belief sich auf CHF 68.6 Mio. (ohne Aktienverkauf), sodass die Investitionsrechnung auf dieser Ebene mit einem Minus von CHF 12.8 Mio. abschloss. Wäre bei den Beteiligungserträgen keine Praxisänderung erfolgt, hätte ein Plus von CHF 45.1 Mio. resultiert. Mit Einschluss der Erträge aus den Verkäufen von Aktien der Liechtensteinischen Landesbank AG im Umfang von CHF 366 Mio. schloss die Investitionsrechnung mit einem Finanzierungsüberschuss von CHF 353 Mio. ab.

1.4 Gesamtrechnung

Laufende Rechnung und Investitionsrechnung führen gemeinsam betrachtet zur Gesamtrechnung des Landeshaushalts. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Berichtsjahr auf CHF 826 Mio. Der Landtag stellte der Regierung einen gesamten Budgetrahmen von CHF 873 Mio. zur Verfügung, welcher damit zu 94.7 % ausgeschöpft wurde, wobei die operativen laufenden Aufwendungen rund zwei Drittel der Unterschreitung ausmachten und der Rest aus nicht beanspruchten Investitionskrediten resultierte. Gegenüber der Vorjahresperiode stiegen die Gesamtausgaben um CHF 18 Mio. oder 2.2 % an, was gänzlich auf höhere laufende Aufwendungen zurückzuführen war.

Die Gesamteinnahmenseite (ohne die Erträge des Finanzergebnisses) blieb um CHF 17.2 Mio. hinter den Budgeterwartungen zurück, womit das Gesamtergebnis aus der ordentlichen Staatstätigkeit bei –CHF 53 Mio. zu liegen kam. Ohne Praxisänderung bei den Beteiligungserträgen hätte die Gesamtrechnung im operativen Bereich einen Finanzierungsüberschuss von CHF 4.9 Mio. erwirtschaftet.

Beträge in CHF Mio.

Gesamtrechnung	**Rechnung 2006**	**Voranschlag 2006**	**Rechnung 2005**
Aufwand aus ordentlicher Staatstätigkeit	729.1	761.2	706.7
Bruttoinvestitionen	97.2	111.3	101.5
Gesamtausgaben	*826.2*	*872.5*	*808.2*
Gesamteinnahmen aus ord. Staatstätigkeit	773.2	790.4	793.4
Gesamtergebnis aus ord. Staatstätigkeit	*-53.0*	*-82.1*	*-14.9*
– ohne Dividendeneffekt	4.9	-82.1	-14.9
Finanzergebnis netto	40.2	33.4	53.9
Gesamtergebnis vor Aktienverkauf	*-12.8*	*-48.7*	*39.0*
Verkauf LLB-Aktien	365.9		
Finanzierungsüberschuss/ -fehlbetrag	**353.0**	**-48.7**	**39.0**
– ohne Dividendeneffekt	**411.0**	**-48.7**	**39.0**

Nach Einbezug des Finanzergebnisses sowie des Gewinns aus dem Aktienverkauf resultierte ein Finanzierungsüberschuss 2006 in Höhe von CHF 353 Mio., was nach dem Jahr 2000 das zweitbeste je erreichte Resultat des liechtensteinischen Landeshaushalts darstellt. Um diesen Betrag wurde somit der Deckungsüberschuss (als Verhältnis zwischen Finanzvermögen und Fremden Mitteln) per 31.12.2006 erhöht.

Auf die einzelnen Komponenten aufgeteilt ergibt sich folgendes Bild für die Abweichung der Gesamtrechnung zum Voranschlag und zum Vorjahr:

Beträge in CHF Mio.

Gesamtrechnung/Abweichungsanalyse	**Abweichung ggü. Voranschlag**	**Vorjahr**
Cash Flow aus ordentlicher Staatstätigkeit	+13.9	-42.5
Finanzergebnis	+6.8	-13.8
Nettoinvestitionen	+15.1	+4.4
Abweichung Gesamtrechnung vor Aktienverkauf	**+35.8**	**-51.9**
Verkauf Aktien LLB AG	+365.9	+365.9
Abweichung Gesamtrechnung	**+401.7**	**+314.0**

Trotz dem einjährigen Verzicht auf die Verbuchung von Dividendenerträgen der Landesbeteiligungen konnte im Berichtsjahr ein operativer Cash Flow erarbeitet werden, welcher um CHF 14 Mio. über dem Plan lag. Zusammen mit dem Finanzergebnis und unter dem Budget liegenden Nettoinvestitionen übertraf das Resultat der Gesamtrechnung 2006 die Budgeterwartungen um rund CHF 36 Mio. Anders im Vorjahresvergleich: einerseits konnte das Finanzergebnis nicht an dasjenige von 2005 anknüpfen, andererseits führte die Umstellung der Dividendenverbuchungs-Praxis zu einer negativen Cash-Flow-Veränderung.

1.5 Konformität mit dem Finanzleitbild

Das Finanzleitbild setzt sich zur Aufgabe, mit der Festsetzung weniger Kennzahlen den Staatshaushalt zu steuern, um eine untragbare Verschuldung zu vermeiden und die finanzielle Lage des Landes langfristig gesund zu erhalten. Aufgrund des guten Ergebnisses konnte die Landesrechnung alle der fünf formulierten Eckwerte erfüllen.

Eckwerte	Forderung Leitbild	Ist-Stand Rechnung 2006
1. Ertragsüberschuss		
Laufende Rechnung	> 0	
– mit Dividendeneffekt		1.8 Mio.
– ohne Dividendeneffekt		59.7 Mio.
2. Absolutes Wachstum des laufenden		
Aufwands / Ertrags	A<E	
– Aufwand		+39.2 Mio.
– Ertrag		-17.0 Mio.
– Ertrag ohne Dividendeneffekt		+40.9 Mio.
3. Selbstfinanzierungsgrad der		
Nettoinvestitionen	> 90 %	84 %
– ohne Dividendeneffekt		155 %
4. Deckungsgrad der		
Verbindlichkeiten	> 420 %	634 %
– per 31.12.2006 (1 847 : 292 Mio.)		
5. Verhältnis Reserven / Aufwand	> 100 %	201 %
der Laufenden Rechnung	bis	
– per 31.12.2006 (1 555 : 772 Mio.)	< 300 %	

Eckwert 1 des Finanzleitbilds verlangt ein positives Resultat der Laufenden Rechnung. Auch ohne Dividendeneffekt ist der Eckwert mit dem erzielten Ertragsüberschuss von CHF 1.8 Mio. erfüllt. Im Gegensatz zum Vorjahr hätte im 2006 bereits das Ergebnis der ordentlichen Staatstätigkeit (ohne Berücksichtigung des Dividendeneffekts) ausgereicht, die Forderung des Eckwerts 1 zu erfüllen. Eckwert 2 verlangt einen mindestens gleich bleibenden Cash Flow und konnte damit im Berichtsjahr ebenfalls erfüllt werden. Der Cash Flow aus ordentlicher Staatstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert um CHF 1.7 Mio., wobei für diesen Vergleich der einmalige Dividendenausfall ausgeblendet bleibt. Aus dem Cash Flow der Laufenden Rechnung und den Nettoinvestitionen ergab sich im Berichtsjahr ein Selbstfinanzierungsgrad von 84 %, welcher bei unveränderter Verbuchungspraxis der Beteiligungserträge bei 155 % gelegen wäre. Damit konnte die mit dem Finanzleitbild definierte Mindestanforderung von 90% für die Direktfinanzierung der Nettoinvestitionen erneut deutlich übertroffen werden.

Der Deckungsgrad der Verbindlichkeiten belief sich per Ende 2006 auf 634 % und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahreswert deutlich um 109 Prozentpunkte, was in erster Linie auf die Auflösung stiller Reserven durch den Verkauf von Aktien der Liechtensteinischen Landesbank zurückzuführen ist. Mit dem Eckwert 5 wird die Anforderung aufgestellt, dass sich der Deckungsüberschuss (Finanzvermögen – Fremde Mittel) zwischen dem Ein- bis Dreifachen der laufenden Aufwendungen bewegen soll. Bei einem Deckungsüberschuss von CHF 1.55 Mia. per 31.12.2006 und einem Total der laufenden Aufwendungen im Rechnungsjahr 2006 von CHF 772 Mio. ergab sich ein Verhältnis von 201 %, welches das Vorjahresniveau damit ebenfalls sehr deutlich übertraf.

Mit dem Erlös aus der im Berichtsjahr erfolgten weiteren Veräusserung von Landesbank-Aktien wird das Finanzvermögen des Landes deutlich erhöht und damit auch der Deckungsüberschuss als Verhältnis des Finanzvermögens zu den Fremden Mitteln ebenfalls stark verbessert. Entgegen der Praxis in früheren Jahren verzichtet die Regierung darauf, dem Landtag einen Vorschlag für die Erhöhung der Limiten für die Eckwerte 4 und 5 zu unterbreiten, nachdem sie voraussichtlich noch im laufenden Jahr im Rahmen einer Revision des Finanzhaushaltsgesetzes dem Landtag eine Weiterentwicklung des Finanzleitbildes als finanzpolitisches Steuerungsinstrument unterbreiten wird und einer kurzfristigen Änderung wohl nur ein einjähriger Charakter zukommen würde.

2. LAUFENDE RECHNUNG

Inhalt und Form der Laufenden Haushaltsrechnung entsprechen der kaufmännischen Erfolgsrechnung. Der Ertrag umfasst die Eingänge aus Steuern, Vermögenserträgen, Gebühren, Verkaufserlösen und Kostenrückerstattungen. Ihm werden die Personal- und Sachaufwendungen, die Passivzinsen, die Finanzzuweisungen an die Gemeinden, die laufenden Beitragsleistungen sowie die Abschreibungen auf das Finanzvermögen gegenübergestellt. Der Saldo dieser Grössen bildet den Cash Flow aus der ordentlichen Staatstätigkeit. Aus Gründen der Transparenz werden die Ertrags- und Aufwandpositionen aus der externen Verwaltung der nicht betriebsnotwendigen flüssigen Mittel (Poolanlagen) im «Finanzergebnis», getrennt von der ordentlichen Staatstätigkeit, dargestellt. Bestandteil des Aufwands bilden auch die Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen, welche den Wertverzehr aber auch die Verluste auf den Aktiven des Verwaltungsvermögens abbilden. Übersteigt der Ertrag den Aufwand, ergibt sich ein Ertragsüberschuss (Gewinn), der zu einer Erhöhung des Eigenkapitals führt. Im umgekehrten Fall resultiert ein Aufwandüberschuss (Verlust), welcher sich in einer Verminderung des Eigenkapitals in der Bilanz niederschlägt.

2.1 Aufwand der Laufenden Rechnung

Die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr im operativen Bereich auf CHF 729 Mio. Gegenüber Budget ergab sich somit eine positive Abweichung von 4.2 %, womit bewilligte Aufwandkredite von CHF 32.1 Mio. nicht beansprucht werden mussten und einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Cash Flows der Laufenden Rechnung gegenüber dem Plan leisteten.

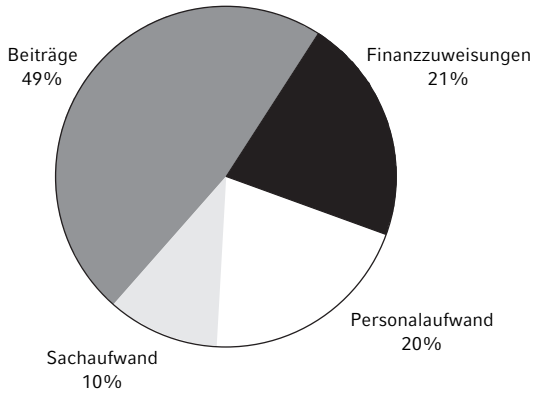
Beträge in CHF Mio.

Laufender Aufwand	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Personalaufwand	147.1	155.5	148.6
Sachaufwand	76.3	82.3	73.8
Passivzinsen/ Währungsdifferenzen	0.1	0.2	0.1
Zwischentotal Eigenkonsum	*223.5*	*237.9*	*222.5*
Finanzzuweisungen	155.8	155.1	142.2
Beitragsleistungen	348.4	367.9	339.8
Einlagen Spezialfinanzierungen	0.3	0.2	0.4
Abschreibungen Finanzvermögen	1.1	0.1	1.8
Liquiditätswirksamer Aufwand der ordentlichen Staatstätigkeit	*729.1*	*761.2*	*706.7*
Verwaltungskosten Poolanlagen	5.2	4.6	4.6
Abschreibung auf Poolanlagen (Niederstwert)	17.5		5.9
Realisierte Kursverluste	20.7		15.9
Liquiditätswirksamer Aufwand total	*772.4*	*765.8*	*733.2*
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	66.8	72.8	85.8
Aufwandtotal	**839.2**	**838.6**	**819.0**

Zum Vergleichswert 2005 hingegen stiegen die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen aus der ordentlichen Staatstätigkeit um CHF 22.3 Mio. (+3.2 %) an. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen verharrte das Aufwandtotal auf dem Niveau des Vorjahres. Die absolut wie relativ wesentlichste Steigerung verzeichneten die Finanzzuweisungen an die Gemeinden aufgrund der stark angestiegenen Steuererträge. Aber auch die laufenden Beitragsleistungen erhöhten sich mit 2.5 % (+CHF 8.5 Mio.), was u.a. auf die im 2005 beschlossene Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden zurückzuführen war. Aufgrund von Neuregelungen zur Bestimmung des Staatsbeitrags an die Invalidenversicherung konnte die Steigerungsrate beträchtlich abgedämpft werden, lag der Staatsbeitrag doch um CHF 6.9 Mio. unter demjenigen des Vorjahres. Die Sachaufwendungen stiegen um CHF 2.5 Mio. an (v.a. Souveränitäts-Feierlichkeiten), während der Personalaufwand aufgrund der Auslagerung des Philateliebereichs zur Liechtensteinischen Post um CHF 1.5 Mio. oder 1 % hinter dem Vorjahr zurück blieb.

Die laufenden Beitragsleistungen stellen mit einem rund hälftigen Anteil nach wie vor die mit Abstand grösste Aufwandkategorie dar. Je rund 20 % beanspruchen die Personalaufwendungen sowie die Finanzzuweisungen an die Gemeinden. Damit wird auch bildlich vor Augen geführt, dass der kurz- und mittelfristig steuerbare Bereich des Finanzhaushaltes sehr gering ist. Beitragsleistungen und Finanzzuweisungen sind überwiegend gesetzlich geregelt. Am stärksten kann kurzfristig der Sachaufwand beeinflusst werden, allerdings auch nur beschränkt unter Berücksichtigung der Tatsache, dass auch hier ein erheblicher Fixkostenblock (z.B. Gebäudebetriebs- und Unterhaltskosten, Mietaufwendungen, usw.) besteht.

Zusammensetzung laufender Aufwand 2006



Nach Aufgabenbereichen betrachtet stellen sich die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen wie folgt dar:

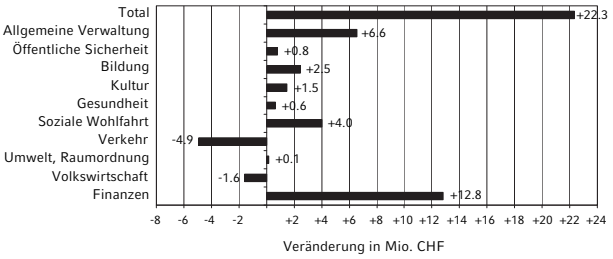
Beträge in CHF Mio.

Laufender Aufwand operativ	Rechnung 2006		Voranschlag 2006		Rechnung 2005	
	abs.	Anteil	abs.	Anteil	abs.	Anteil
Allgemeine Verwaltung	87.7	12.0%	93.0	12.2%	81.1	11.5%
Öffentliche Sicherheit	50.0	6.9%	54.1	7.1%	49.2	7.0%
Bildung	136.2	18.7%	143.6	18.9%	133.7	18.9%
Kultur, Freizeit	26.9	3.7%	26.0	3.4%	25.5	3.6%
Gesundheit	21.4	2.9%	22.6	3.0%	20.7	2.9%
Soziale Wohlfahrt	187.1	25.7%	199.7	26.2%	183.1	25.9%
Verkehr	26.5	3.6%	27.0	3.6%	31.4	4.4%
Umwelt, Raumordnung	6.2	0.9%	7.1	0.9%	6.1	0.9%
Volkswirtschaft	29.6	4.1%	32.2	4.2%	31.2	4.4%
Finanzen, Steuern	157.5	21.6%	155.8	20.5%	144.7	20.5%
Total	**729.1**	**100%**	**761.2**	**100%**	**706.7**	**100%**

Nach wie vor stellt die soziale Wohlfahrt mit rund einem Viertel des gesamten Aufwandvolumens den grössten Aufgabenbereich dar. Ihm folgt der Bildungsbereich mit einem Anteil von knapp 20 %. Gegenüber dem Voranschlag 2006 wie auch zum Vorjahr hat sich im Berichtsjahr keine wesentliche Abweichung in Bezug auf die Anteile der einzelnen Aufgabenbereiche am Aufwandtotal ergeben. Wie schon im vergangenen Jahr beansprucht der Bereich «Finanzen» die grösste Steigerung in absoluten Werten. Die Zunahme um CHF 12.8 Mio. ist ausschliesslich auf höhere Finanzzuweisungen an die Gemeinden zurückzuführen, nachdem die Gemeindeanteile an der Kapital- und Ertragssteuer um CHF 7.9 Mio. zulegten und die Finanzausgleichszahlungen um CHF 5.1 Mio. anstiegen. Im Bereich «Allgemeine Verwaltung», welcher ein Aufwandplus von CHF 6.6 Mio. verzeichnete,

liegt die Hauptbegründung in den Aufwendungen für die 200-Jahr-Feier zur liechtensteinischen Souveränität, aber auch die Ausgaben für Experten und Gutachten der Regierung und für den Unterhalt von Verwaltungsgebäuden stiegen im Vorjahresvergleich mit je CHF 0.8 Mio. an. Obwohl der Staatsbeitrag an die IV um rund CHF 7 Mio. gesenkt werden konnte, stiegen die Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt dennoch um CHF 4.0 Mio. an. Die Einsparungen bei den IV-Ausgaben wurden dabei in erster Linie durch höhere Krankenkassensubventionen, gestiegene Wohnbauförderungssubventionen sowie einen höheren AHV-Staatsbeitrag kompensiert. Aufgrund der Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden ergaben sich auch bei den Sozial- und Jugendhilfeausgaben deutliche Steigerungen, nachdem diese Aufgabenbereiche – mit Ausnahme der wirtschaftlichen Sozialhilfe und der stationären Alterspflege – seit 2006 zur Gänze vom Land finanziert werden. Der Rückgang im Verkehrsbereich ist auf die Auslagerung der Philatelie zur Liechtensteinischen Post AG zurückzuführen, aber auch ein tieferer Beitrag an die Liechtenstein Bus Anstalt hat zur Aufwandsenkung beigetragen.

Veränderung laufender Aufwand nach Aufgabengebieten Rechnung 2006 zu Rechnung 2005



2.11 Personalaufwand

Der Personalaufwand umfasst die Ausgaben für die Besoldung der Regierung, des Verwaltungs- und Gerichtspersonals, die Löhne für die Lehrpersonen an Landesschulen sowie Rentenleistungen, Sitzungsgelder und Sozialbeiträge des Landes als Arbeitgeber. Nicht enthalten sind die Personalaufwendungen für Mitarbeitende der Stiftungen und Anstalten sowie die Subventionen an die Gehälter der Lehrpersonen an Primarschulen und Kindergärten, welche unter den Beitragsleistungen an Gemeinden ausgewiesen sind. Letztere werden ab Budget 2007 ebenfalls als Personalaufwendungen in der Landesrechnung erscheinen.

Mit CHF 147 Mio. stellen die Personalaufwendungen die drittgrösste Aufwandkategorie des Landes dar. Bei budgetierten Aufwendungen von CHF 155.5 Mio. wurden rund CHF 8.4 Mio. oder 5.4 % der bewilligten Mittel nicht beansprucht. Im Vorjahresvergleich reduzierten sich die Personalaufwendungen um CHF 1.5 Mio. oder 1 %. Dies war in erster Linie auf die Auslagerung der ehemaligen Postwertzeichenstelle sowie des Amtes für Briefmarkengestaltung zur Liechtensteinischen Post AG zurückzuführen. Um diesen Effekt bereinigt beträgt der Anstieg der gesamten Personalaufwendungen 0.3 %, wobei sich vor allem die Senkung des Sonderbeitrags an die Pensionsversicherung des Staatspersonals entlastend ausgewirkt hat.

Beträge in CHF Mio.

Personalaufwand	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Behörden, Kommissionen	3.5	3.9	3.9
Löhne Verwaltungs-/ Gerichtspersonal	83.7	86.5	82.1
Löhne Lehrkräfte	30.1	31.7	30.3
Sozialbeiträge	19.0	21.8	20.5
Rentenleistungen	4.8	4.7	4.5
Temporäre Mitarbeitende	4.0	4.6	5.5
Übriger Personalaufwand	2.0	2.3	1.8
Total	**147.0**	**155.5**	**148.6**

Die **Gehälter für das Verwaltungs- und Gerichtspersonal** beliefen sich im Rechnungsjahr 2006 auf CHF 83.7 Mio., was einer Budgetunterschreitung von CHF 2.8 Mio. oder 3.2 % gleichkommt. Dabei ergaben sich die grössten Abweichungen bei der Steuerverwaltung, dem Landgericht, der Landespolizei und dem Amt für Volkswirtschaft, vor allem durch die teilweise oder gänzliche Nicht-Besetzung offener Stellen. Über Budget lagen die Personalkosten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung sowie die Auszahlungen für geleistete Überstunden. Im Vergleich zum Vorjahreswert stiegen die Personalaufwendungen in diesem Bereich – bereinigt um den Effekt der Philatelieauslagerung – um 2.6 % an, wobei die grössten Zuwächse bei der Landespolizei sowie bei den Mitarbeitenden der Regierung zu verzeichnen waren.

Für die **Gehälter der Lehrpersonen** an weiterführenden Schulen (Oberschulen, Realschulen, Gymnasium, 10. Schuljahr, Berufsmittelschule) wurden im Berichtsjahr rund CHF 30 Mio. ausbezahlt. 37 % davon beanspruchte das Liechtensteinische Gymnasium, die übrigen 63 % entfielen auf die anderen weiterführenden Schulen, v.a. die Schulzentren in Triesen und Eschen. Der Budgetkredit von CHF 31.7 Mio. wurde damit um 5.2 % oder CHF 1.7 Mio. unterschritten. Auch diesbezüglich fällt der Hauptteil auf das Gymnasium, bei welchem die Umstellung auf das Kurzzeitgymnasium v.a. aufgrund des Wegfalls von Wahlfächern grössere Minderausgaben als erwartet nach sich zog. Auch im Vorjahresvergleich ergab sich eine Ausgabenreduktion um 0.8 % oder CHF 0.3 Mio., welche wiederum durch tiefere Ausgaben aufgrund des Wegfalls eines Jahrgangs am liechtensteinischen Gymnasium begründet war.

Die vom Land zu leistenden **Arbeitgeberbeiträge** auf die Gehälter des Verwaltungs- und Lehrpersonals erreichten im Berichtsjahr die Höhe von CHF 19 Mio., was eine durchschnittliche Belastung von 16.1 % pro Lohnfranken

darstellte. Für den Voranschlag 2006 wurde von einem Sozialbeitragssatz von 17.9 % ausgegangen. Die Abweichung ist in erster Linie auf den Landtagsentscheid zurückzuführen, nach welchem der Sonderbeitrag des Landes an die Pensionskasse für das Staatspersonal auf 1 % festgesetzt wurde, wogegen die Regierung einen solchen von 2 % sowohl im Budget vorsah als auch zur Genehmigung beantragte. Durch den insgesamt um 1.8 %-Punkte tieferen Sozialbeitragssatz ergaben sich damit Minderaufwendungen in Höhe von CHF 2.1 Mio., während eine positive Budgetabweichung von CHF 0.8 Mio. auf die gegenüber dem Voranschlag tiefer abgerechneten Lohnsummen zurückzuführen war. Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2005 war es alleine der tiefere Sozialbeitragssatz, welcher zu Minderaufwendungen von CHF 1.5 Mio. führte. Der Sonderbeitrag an die Pensionskasse für das Staatspersonal belief sich im 2005 auf 2.5 %.

Der Budgetkredit für die Entschädigung der Mitglieder von **Behörden und Kommissionen** wurde ebenfalls nicht gänzlich beansprucht. Bei Aufwendungen von CHF 3.5 Mio. verblieben Kreditrestanzen in Höhe von CHF 0.4 Mio. Die Entschädigungen von Landtag und Regierung stellen in dieser Aufwandkategorie die bedeutendsten Positionen dar. Auch im Vorjahresvergleich ergab sich eine Reduktion um CHF 0.4 Mio., was in erster Linie durch die im 2005 verbuchten Aufwendungen der Historiker- und Expertenkommission zur Aufarbeitung der Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg zurückzuführen war.

Für die Ausrichtung von **Rentenleistungen** wurden CHF 4.7 Mio. budgetiert, welche gänzlich ausgeschöpft wurden. Unter der Besoldung von **temporären Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** werden vorwiegend die Entschädigungen der Mitglieder der Kollegialgerichte abgerechnet. Gegenüber den von den Gerichten geschätzten Aufwendungen wurden im Berichtsjahr CHF 0.6 Mio. weniger ausbezahlt, während die deutlich tieferen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr nebst dem Wegfall der Aushilfen und Heimarbeiterinnen des Philateliebereichs auf eine Verbuchungsumstellung beim Reinigungspersonal zurückzuführen war. Tiefere Ausgaben für Aus- und Weiterbildungsmassnahmen sowohl im Verwaltungs- wie auch im Lehrerbereich als geplant waren sind verantwortlich für die Budgetunterschreitung der **übrigen Personalaufwendungen** um rund 10.6 % (0.2 Mio.).

2.12 Sachaufwand

Der Sachaufwand umfasst die laufenden Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltsausgaben sowie den Konsum des Landes für Dienstleistungen Dritter. Der Voranschlag 2006 ging von einem Aufwandtotal von CHF 82.3 Mio. aus. Demgegenüber schloss die Landesrechnung 2006 mit Sachaufwendungen von CHF 76.3 Mio. ab und unterschritt die Planwerte damit um CHF 6.0 Mio. oder 7.3 %. Vor allem die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter lagen um CHF 2.5 Mio. (-9.4 %) deutlich unter Budget. Gegenüber Vorjahr ergab sich eine Zunahme von CHF 1.0 Mio., was einer Steigerung von 4.4 % entspricht. Während durch die Auslagerung des Philateliebereichs zur Liechtensteinischen Post AG eine Aufwandentlastung eintrat wurde diese in erster Linie durch die Feierlichkeiten zur 200jährigen Souveränität des Landes im Umfang von CHF 2.9 Mio. kompensiert.

Beträge in CHF Mio.

Sachaufwand	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Büro- u. Schulmaterial, Drucksachen	9.7	10.5	11.7
Wasser, Energie, Heizung	8.5	8.8	9.7
Verbrauchsmaterialien	2.0	2.9	1.7
Baulicher Unterhalt durch Dritte	11.3	11.3	11.2
Übriger Unterhalt durch Dritte	4.1	4.6	3.7
Mieten, Pachten, Benützungskosten	8.5	8.9	8.0
Reisespesen, Repräsentationen	6.9	7.7	4.3
Dienstleistungen, Honorare	23.8	26.2	22.8
Übriger Sachaufwand	1.5	1.3	0.8
Total	**76.3**	**82.3**	**73.8**

Für **Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen, Kanzleiauslagen, usw.** wurden im Berichtsjahr insgesamt CHF 9.7 Mio. ausgegeben. Damit lag die Kategorie um 7.7 % unter Budget. Die grösste Position dieses Aufwandbereichs stellen die zentralen Kommunikationsaufwendungen mit rund CHF 1.7 Mio. dar. Deutlich unterschritten wurden die Kredite für die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung als auch die Sachaufwendungen der Landespolizei. Die **Betriebskosten für die Verwaltungs-, Schul- und Kulturgebäude** beanspruchten im Berichtsjahr insgesamt CHF 8.5 Mio., während der Landtag für diesen Aufwandbereich im Voranschlag Mittel im Umfang von CHF 8.8 Mio. bereitgestellt hatte. Damit wurden die bewilligten Kredite zu rund 96 % beansprucht. Für die Beschaffung von **Verbrauchsmaterialen** wurde ein Total von CHF 2.9 Mio. vorgesehen. Dieser Betrag wurde in der Rechnung 2006 um CHF 0.9 Mio. oder 31 % unterschritten, nachdem für das Projekt «Biometrische Pässe» ursprünglich in der Laufenden Rechnung geplante Ausgaben aufgrund ihrer Aktivierbarkeit über die Investitionsrechnung abgerechnet wurden. Zu nahe 100 % ausgeschöpft wurden die Budgetmittel für den **Unterhalt der Anlagen im Hoch- und Tiefbaubereich.** Mit Aufwendungen von CHF 3.4 Mio. bildet der Strassenunterhalt die stärkste Position dieser Kategorie und lag damit um CHF 0.5 Mio. über Budget. Dies konnte durch geringere Aufwendungen für den geplanten Unterhalt von Schulgebäuden wettgemacht werden. Hauptprojekte im Bereich des Liegenschaftsunterhalts bildeten das Zollamt Schaanwald, der Gamanderhof in Schaan, das Schulzentrum Mühleholz I, die Burg Gutenberg

sowie das Gebäude des Kunstmuseums. Kreditrestanzen von CHF 0.5 Mio. ergaben sich bei den **übrigen Unterhalts- und Betriebskosten** (vorwiegend IT-Betriebskosten). Mit Aufwendungen von CHF 4.1 Mio. wurden die Planwerte um 12 % unterschritten. Rund die Hälfte der Abweichung ist auf nicht beeinflussbare Verzögerungen beim Funknetzprojekt «Polycom» zurückzuführen, wodurch die für das Berichtsjahr vorgesehenen Betriebskosten nur in einem geringen Ausmass beansprucht wurden. Die **Mietaufwendungen** für Verwaltungs- und Schulräumlichkeiten sowie den Kulturbereich und den diplomatischen Dienst blieben im Rechnungsjahr 2006 mit einem Gesamttotal von CHF 8.5 Mio. rund 5 % unter Budget. Unter der Kategorie **«Reisespesen, Repräsentationen»** werden auch die Veranstaltungen des Landes wie z.B. der Staatsfeiertag oder die Ausgaben im Zusammenhang mit der 200-Jahr-Feier der liechtensteinischen Souveränität budgetiert und abgerechnet. Von den budgetierten CHF 7.7 Mio. wurden CHF 6.9 Mio. in Anspruch genommen, was zu einer Budgetunterschreitung von 9.4 % oder CHF 0.7 Mio. führte. Während die zentral budgetierten Aufwendungen für Veranstaltungen und Repräsentationen sowie die geplanten Ausgaben für den «Liechtenstein Dialogue» nur zum Teil verwendet wurden, blieben die für die Einrichtung von Honorarkonsulaten vorgesehen Mittel gänzlich unangetastet. Für die Aufwandkategorie **Dienstleistungen und Honorare** – die grösste innerhalb des Sachaufwandes - fielen im Berichtsjahr Ausgaben von CHF 23.8 Mio. an, womit die hierfür budgetierten Mittel um gesamthaft CHF 2.5 Mio. oder 9.4 % unterschritten wurden. Vor allem die vorgesehenen Expertenkredite im Telekommunikations- und Verkehrsbereich aber auch der zentral budgetierte Kredit für Gutachten und Experten der Regierung und der Amtsstellen wurden nur teilweise verwendet. Aber auch die Verfahrenshilfeaufwendungen für Zivilsachen steuerten rund CHF 0.4 Mio. zur Kreditrestanz bei. Gerade jedoch bei den Ausgaben für Verfahrenshilfen in Strafsachen musste der Landtag zusätzliche Mittel im Umfang von CHF 0.5 Mio. bewilligen. Zudem wurden für den (finanziellen) Abschluss der Klage des Landes vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) nicht geplante Zahlungen von CHF 0.5 Mio. mittels Nachtragskredit notwendig.

Während der Sachaufwand in den vergangenen zwei Jahren jeweils gesenkt werden konnte, verzeichnet die Landesrechnung 2006 im Vorjahresvergleich einen Anstieg um CHF 2.5 Mio. oder 3.4 %. Entlastet wurde die Kategorie durch die Auslagerung des Philateliebereichs zur Liechtensteinischen Post AG um rund CHF 2.6 Mio. Grössere Mehraufwendungen hingegen fielen durch die Souveränitätsfeierlichkeiten (+CHF 2.6 Mio., Vorjahr CHF 0.3 Mio.), durch Verfahrenshilfen in Strafsachen (+CHF 1.0 Mio.) als auch durch von der Regierung in Auftrag gegebene Gutachten und Expertentätigkeiten (+CHF 0.8 Mio.) an.

2.13 Finanzzuweisungen an Gemeinden

Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden setzen sich aus der hälftigen Kapital- und Ertragssteuer, dem Zweidrittelsanteil an der Grundstückgewinnsteuer sowie am Anteil an den übrigen Landessteuern (Finanzausgleich) zusammen, welcher vom Landtag für das Jahr 2006 mit 15 % des relevanten Steuervolumens festgelegt wurde.

Auf Basis der budgetierten Steuer- und Abgabenerträge rechnete die Regierung mit einem Transfervolumen in Höhe von CHF 155.1 Mio. Die effektiven Steueranteile der Gemeinden erreichten im Berichtsjahr einen Betrag von CHF 155.8 Mio., was einer Budgetüberschreitung von lediglich CHF 0.7 Mio. resp. 0.4 % entspricht. Während die Gemeindeanteile an der Grundstückgewinnsteuer um CHF 1.2 Mio. unter dem geplanten Wert blieben, übertrafen diejenigen an der Kapital- und Ertragssteuer die Budgethöhe um CHF 1.9 Mio. Das Finanzausgleichsvolumen hingegen lag fast exakt auf Budgethöhe und betrug CHF 69.0 Mio. Sowohl das Finanzausgleichsgesetz als auch das Steuergesetz sehen vor, dass Gemeindesteueranteile reduziert werden, wenn bestimmte Umstände eintreten. So werden die Finanzausgleichsbetreffnisse zum einen gekürzt, wenn eine Gemeinde einen unter 200 % liegenden Zuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer erhebt. Dies war im vergangenen Jahr bei den in den Finanzausgleich fallenden Gemeinden Balzers wie auch in Planken der Fall, was zu Reduktionen von CHF 0.9 Mio. resp. CHF 0.2 Mio. führte. Einen weiteren Kürzungsgrund stellen hohe Reserven im Verhältnis zu den durchschnittlichen Gesamtausgaben einer Gemeinde dar. Daraus ergaben sich im Berichtsjahr Kürzungen für die Gemeinden Balzers (CHF 3.1 Mio. resp. 24 %), Triesen (CHF 0.5 Mio. resp. 12.4 %), Planken (CHF 0.5 Mio. resp. 12 %) sowie Schellenberg (CHF 1.1 Mio. resp. 14.8 %). Des weiteren werden Steueranteile zurückbehalten, wenn der Anteil an der Kapital- und Ertragssteuer einer Gemeinde sehr stark ansteigt. Aus diesem Umstand resultierten im Berichtsjahr für die Gemeinde Vaduz (CHF 5.1 Mio.) wie auch für die Gemeinde Planken (CHF 0.2 Mio.) Kürzungen der Kapital- und Ertragssteueranteile, welche jedoch nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes wieder in die Einnahmenbasis zur Berechnung der Finanzausgleichsbetreffnisse der Gemeinden flossen und so zu einem Anteil von 15 % wieder den Finanzausgleichsgemeinden zu Gute kamen.

Beträge in CHF Mio.

Finanzzuweisungen	**Rechnung 2006**	**Voranschlag 2006**	**Rechnung 2005**
Grundstückgewinnsteuer (2/3)	10.2	11.4	9.6
Kapital- und Ertragssteuer (50%)	76.5	74.6	68.6
Gesetzliche Steueranteile	*86.7*	*86.0*	*78.3*
Finanzausgleich (15%)	69.0	69.1	63.9
Total	**155.8**	**155.1**	**142.2**

Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2005 erhöhte sich das Total der Finanzzuweisungen mit CHF 13.6 Mio. oder 9.6 % sehr deutlich. Dabei wuchsen die Gemeindeanteile an der Kapital- und Ertragssteuer trotz der erwähnten Kürzungen um CHF 7.9 Mio. (+ 11.5 %) an, während sich das Finanzausgleichsvolumen um CHF 5.1 Mio. oder 8 % erhöhte. Auch die Anteile der Grundstückgewinnsteuer nahmen um CHF 0.6 Mio. zu. Die für die Berechnung des Finanzausgleichsvolumens massgebende Basis der relevanten Steuer- und Abgabenerträge stieg im Vorjahresvergleich erneut stark, nämlich um CHF 31.4 Mio. auf CHF 502.3 Mio. an, was in erster Linie höheren Erträgen aus den Stempelabgaben sowie der Kapital- und Ertragssteuer zu verdanken war. Den grössten absoluten Zuwachs verzeichnete die Gemeinde Triesen aufgrund eines stark gestiegenen Anteils an der Kapital- und Ertragssteuer, gefolgt von Planken (100 %ige Finanzausgleichskürzung im 2005) und Eschen.

Beträge in CHF Mio.

Aufteilung Fiskaleinnahmen	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Fiskaleinnahmen Land (o/LSVA, Klima-Rp.)	678.3	627.8	626.2
Finanzzuweisungen an Gemeinden	155.8	155.1	142.2
in % der Fiskaleinnahmen	23.0%	24.7%	22.7%
Nettoerträge Land	522.6	472.7	484.0
in % der Fiskaleinnahmen	77.0%	75.3%	77.3%

Die gesamten Steuer- und Abgabeneinnahmen des Landes beliefen sich im Berichtsjahr auf CHF 678 Mio. Davon floss ein Anteil von 23 % als Finanzzuweisungen an die Gemeinden, womit sich diese Quote gegenüber dem Vorjahr um 0.3 %-Punkte erhöhte und sich der Netto-Landesanteil entsprechend um die gleiche Grössenordnung auf 77 % reduzierte.

2.14 Beitragsleistungen

Die laufenden Beitragsleistungen an Privatpersonen, in- und ausländische Institutionen sowie an Gemeinden stellen sowohl anteils- wie auch betragsmässig die gewichtigste Aufwandkategorie der Laufenden Rechnung dar und unterstreichen damit den hohen Transferanteil des staatlichen Haushalts. Ein Grossteil davon ist an Gesetze, Finanzbeschlüsse oder Verträge gebunden und kann damit kurz- und mittelfristig in ihrem Umfang nicht oder nur in einem sehr geringen Ausmass beeinflusst werden. Im Berichtsjahr erreichten sie ein Volumen von CHF 348.4 Mio. und blieben damit um CHF 19.5 Mio. hinter dem Voranschlag zurück. Sie leisteten damit aufwandseitig mit Abstand den grössten Beitrag zur Verbesserung gegenüber dem Budget 2006, wobei mehr als die Hälfte der Budgetunterschreitung auf den einmaligen Effekt einer Gesetzesänderung betreffend den Staatsbeitrag an die Invalidenversicherung zurückzuführen war.

Beträge in CHF Mio.

Beitragsleistungen an	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Gemeinden	33.7	34.9	34.8
Eigene Anstalten / Stiftungen	100.0	108.3	104.2
Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	16.1	16.2	14.2
Private Institutionen	84.8	88.0	82.8
Private Haushalte	59.3	60.7	52.5
Ausland	54.3	59.6	51.3
Total	**348.4**	**367.9**	**339.8**

Bei den **Beitragsleistungen an die Gemeinden** stellen die Personalaufwendungen der Kindergärtnerinnen und Primarlehrpersonen mit rund CHF 30 Mio. die bedeutendsten Positionen dar. Nebst geringeren Gehaltsauszahlungen (-2.4 %) lagen auch die Sozialleistungen aufgrund eines tieferen Sonderbeitrags an die staatliche Pensionskasse unter Budget.

CHF 100 Mio. wurden im Berichtsjahr als staatliche **Beiträge an die eigenen staatlichen Institutionen** verwendet, wobei über 60 % davon die Staatsbeiträge an die AHV und die IV beanspruchten. In diesem Bereich wurden die Planwerte zu nur 92.5 % ausgeschöpft. Die vom Landtag beschlossene Änderung in Bezug auf die Berechnung des IV-Staatsbeitrags bewirkte einmalig eine Anpassung nach unten, wodurch dieser das Budget um CHF 10.6 Mio. unterschritt und damit den grössten aufwandseitigen Einzelbeitrag zur Verbesserung des Cash Flows im Budgetvergleich erbrachte. Eine Teilkompensation erfolgte durch einen höheren Staatsbeitrag an die AHV, welcher durch den zweckgebundenen 2/3-Anteil an den LSVA-Einnahmen (leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe) höher als geplant ausgefallen ist (+CHF 1.4 Mio.). Zudem erhielt die Stiftung Liechtensteiner Kunstmuseum vom Landtag einen Sonderbeitrag zum Ankauf einer bedeutenden Kunstsammlung zugesprochen.

Die **Beitragsleistungen an gemischtwirtschaftliche Unternehmen** schlossen mit einer Abweichung von lediglich 0.9 % budgetkonform ab. Sie beinhalten in erster Linie die Landesbeiträge an die Fachhochschule Liechtenstein (CHF 8 Mio.) sowie an die Liechtensteinische Musikschule (CHF 5.7 Mio.). Letzterer lag gegenüber dem Vorjahr um CHF 2 Mio. höher, nachdem die Finanzierungsanteile der Gemeinden (25 %) aufgrund der beschlossenen Aufgabenentflechtung nicht mehr in Rechnung gestellt wurden. Dementsprechend erhöhte sich die Kategorie im Vorjahresvergleich um CHF 1.9 Mio. oder 13.2 %.

Private Institutionen erhielten im Berichtsjahr staatliche laufende Beiträge im Umfang von CHF 84.8 Mio. ausgerichtet, während der Voranschlag in diesem

Bereich mit Ausgaben von CHF 88.0 Mio. rechnete. Deutlich unter Budget blieben dabei die Krankenkassensubventionen als auch der Staatsbeitrag an die Nichtberufsunfallversicherung. Während die Subventionen für die Krankheitskosten an Erwachsene seit 2005 pauschaliert sind und dementsprechend auch zur Gänze ausbezahlt werden, trat bei den nach wie vor kostenabhängigen Subventionen im Kinderbereich eine nicht so starke Steigerung ein, wie sie für das Budget 2006 angenommen wurde. Dennoch war ggü. 2005 ein Anstieg um CHF 2.5 % oder 2.1 Mio. zu verzeichnen, was ebenfalls zur Hauptsache auf den Krankenversicherungsbereich (+CHF 2.0 Mio.) zurückzuführen war.

An die **privaten Haushalte** flossen im Berichtsjahr Beiträge im Umfang von CHF 59.3 Mio. Die grösste Position stellen die Ergänzungsleistungen und Hilflosenentschädigungen zur AHV/IV dar, welche mit CHF 13.5 Mio. zu Buche schlugen. Aber auch Wohnbausubventionen (CHF 5.2 Mio.), Stipendien (CHF 5.2 Mio.), Prämienverbilligungen für Einkommensschwache (CHF 4.7 Mio.) oder Direktzahlungen und ökologische Abgeltungen im Landwirtschaftsbereich (CHF 10.2 Mio.) stellten wesentliche Ausgabeposten dieser Kategorie dar. Das Budget wurde mit 97.7 % fast gänzlich ausgeschöpft. Gegenüber der Vorjahresperiode stiegen diese Aufwendungen stark – um 13 % oder CHF 6.8 Mio. - an. Hauptursache bildeten hier einerseits deutlich höhere Wohnbauförderungszahlungen (+CHF 1.9 Mio.) sowie die neu 100%ige Finanzierung des Jugendhilfebereichs durch das Land (vor Aufgabenentflechtung 50 %).

Insgesamt flossen im vergangenen Jahr CHF 54.3 Mio. als **Beitragsleistungen ins Ausland.** Darunter fallen u.a. die Zahlungen des Landes im Rahmen der internationalen humanitären Zusammenarbeit, Beiträge im Bildungsbereich (Fachhochschulen, Hochschulen, Berufsschulen) oder auch Beitragsleistungen an ausländische Spitäler für die Behandlung liechtensteinischer Patientinnen und Patienten. Damit wurde dieser Teilkredit sehr deutlich – um 9 % oder CHF 5.3 Mio. – unterschritten. Vor allem die Zahlungen Liechtensteins an den EWR-Finanzmechanismus für die Jahre 2004 – 2009 wurden seitens des EFTA-Sekretariats nur in geringem Masse abgerufen und blieben um CHF 1.3 Mio. unter dem angenommenen Wert. Die Beitragsleistungen an ausländische Spitäler sowie diejenigen im Bereich des Lehrlingswesens und der Fort- und Weiterbildung für Erwachsene blieben ebenfalls deutlich unter Budget, nachdem diese Kategorien in den vergangenen Jahren zu den stark ansteigenden Ausgabeposten gezählt hatten. Gegenüber 2005 betrug der Zuwachs in diesem Bereich 5.7 % (+CHF 3.0 Mio.), was zur Hauptsache auf die planmässige Anhebung des finanziellen Engagements des Landes im Bereich der internationalen humanitären Zusammenarbeit zurückzuführen ist.

2.15 Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen richten sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 10. Oktober 2000 über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens. Diese regelt die Bewertungs- und Abschreibungspraxis sowohl des Finanz- wie auch des Verwaltungsvermögens. Darauf basierend wurden der Landesrechnung 2006 die folgenden Abschreibungsaufwendungen belastet:

Beträge in CHF Mio.

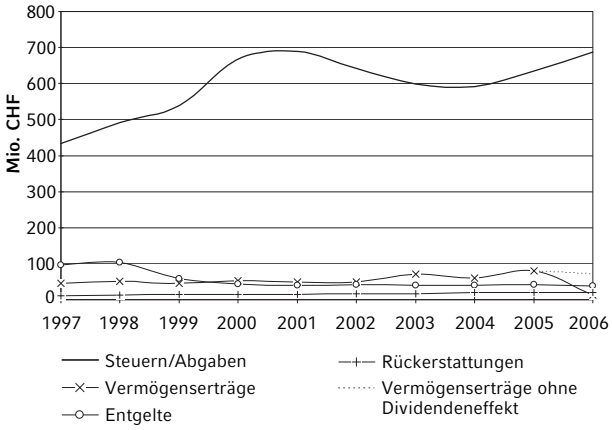
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Tiefbauten	6.7	6.9	8.7
Hochbauten	14.6	15.6	13.4
Mobiliar und Einrichtungen	6.0	7.0	6.2
Informatik	4.7	7.0	6.0
Grundstücke	0.0	0.1	15.3
Beteiligungen	0.0	0.0	5.6
Studiendarlehen			0.0
Investitionsbeiträge	34.7	36.1	30.6
Total	**66.8**	**72.8**	**85.8**

Bei vorgegebenen Abschreibungssätzen kann eine Abweichung der Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen gegenüber Budget nur aus veränderten Nettoinvestitionen oder aus Sonderabschreibungen resultieren. Letztere ergaben sich in der Landesrechnung nicht, sodass die Budgetunterschreitung durch die Abweichung der einzelnen Investitionskategorien gegenüber Plan zustande kam. Gegenüber dem Vorjahreswert ergab sich ein sehr deutlicher Rückgang um CHF 19.0 Mio., da im 2005 ein grosses Grundstück (Wille/Wimag-Areal) vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen umgewidmet wurde und dies aufgrund der Bewertungspraxis zu einer gänzlichen Abschreibung des Buchwerts führte.

2.2 Erträge der Laufenden Rechnung

Die Ertragsseite der Laufenden Rechnung ist im Bereich der ordentlichen Staatstätigkeit wesentlich durch die bereits erklärte Änderung der Verbuchungspraxis bei den Dividendenerträgen aus den staatlichen Beteiligungen beeinflusst. Aufgrund dessen entfallen im Rechnungsjahr 2006 einmalig die Dividendenerträge aus den Beteiligungen an der Liechtensteinischen Landesbank AG sowie der Liechtensteinischen Post AG, welche mit CHF 49.0 Mio. budgetiert waren und im 2007 voraussichtlich die Höhe von CHF 57.9 Mio. erreichen werden. Das Ertragsvolumen 2006 ist somit unter diesem Aspekt zu werten. Mit CHF 757.4 Mio. lagen die operativen Erträge um CHF 18.2 Mio. unter Budget und um CHF 20.2 Mio. unter Vorjahr. Unter Ausschluss des erwähnten Sondereffektes hätten sich operative Gesamterträge von CHF 815.4 Mio. und damit Abweichungen von +5.1 % (+CHF 39.7 Mio.) gegenüber Budget resp. +4.9 % (+CHF 37.8 Mio.) gegenüber Vorjahr ergeben.

Entwicklung Laufender Ertrag aus ordentlicher Staatstätigkeit



Den Hauptbeitrag des Zuwachses lieferten eindeutig die Steuern und Abgaben, welche gegenüber 2005 um CHF 52.1 Mio. zulegen konnten. Die Erträge aus der Bewirtschaftung der Poolanlagen lagen nach dem bereits positiven Börsenjahr 2005 noch einmal höher und erreichten ein Total von CHF 83.5 Mio. Dabei war ein Anteil von CHF 8.4 Mio. auf kursbedingte Aufwertungen von früher abgeschriebenen Wertpapieren bis maximal zum Anschaffungswert zurückzuführen. Unter Einbezug der im 2006 erfolgten Verkäufe von Aktien der Liechtensteinischen Landesbank AG schloss die Ertragsseite der Laufenden Rechnung mit einem Total von CHF 1.26 Mia. ab.

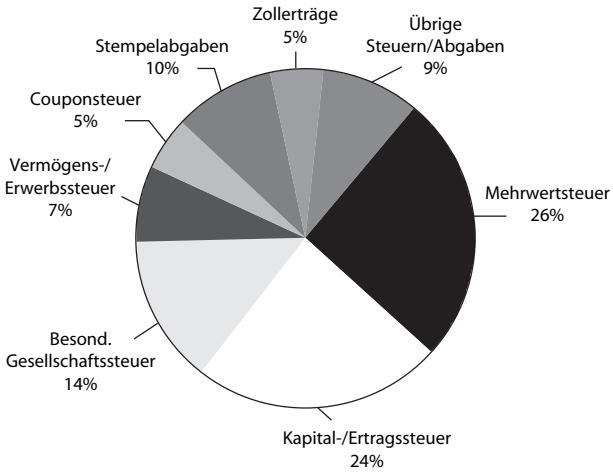
Beträge in CHF Mio.

Laufende Erträge	**Rechnung 2006**	**Voranschlag 2006**	**Rechnung 2005**
Steuern und Abgaben	687.1	636.2	635.0
Vermögenserträge	13.6	83.9	79.7
Entgelte, Verkaufserlöse	37.4	34.5	42.5
Rückerstattungen Gemeinden	19.2	20.8	20.0
Entnahmen Spezialfinanzierung	0.3	0.3	0.3
Zwischentotal I	*757.4*	*775.6*	*777.6*
Erträge aus Poolanlagen	83.5	38.0	80.4
Zwischentotal II	*841.0*	*813.6*	*858.0*
Verkäufe Aktien LLB	365.9		
Ertragstotal	**1 206.8**	**813.6**	**858.0**

2.21 Steuern und Abgaben

Im Rechnungsjahr 2006 betrug das Gesamtvolumen an Steuern und Abgaben CHF 687.1 Mio. Dadurch wird die äusserst positive wirtschaftliche Lage des Landes offensichtlich, verfehlte das Steuerergebnis dasjenige des Spitzenjahres 2001 doch nur um CHF 3.0 Mio. Damit wurden die für die Budgetierung getroffenen Annahmen um CHF 50.8 Mio. oder 8 % übertroffen. Spitzenreiter waren die Stempelabgaben, welche aufgrund der guten Börsenentwicklung um CHF 22.6 Mio. über Budget lagen. Die Kapital- und Ertragssteuer übertraf die Planwerte um CHF 14.4 Mio. Die Mehrwertsteuer als stärkste Steuerart schloss nur gerade CHF 0.8 Mio. unter Budget ab, obwohl im Berichtsjahr eine Rückerstattung von CHF 7.6 Mio. an die Schweizerische Eidgenossenschaft aufgrund einer Fehlberechnung aus den vorangegangenen Jahren erfolgte.

Mit einem Anteil von 26 % am Gesamtvolumen aus Steuern und Abgaben stellte die Mehrwertsteuer auch im Berichtsjahr 2006 die bedeutendste Einnahmequelle des Landeshaushaltes dar, während die Kapital- und Ertragssteuer mit einem Beitrag von 24 % und die Besondere Gesellschaftssteuer mit einem solchen von 14 % die nachfolgenden Positionen belegten.



Für die Planung der **Vermögens- und Erwerbssteuer** der natürlichen Personen ging die Regierung für das Rechnungsjahr 2006 von 25 600 Veranlagungen aus und unterlegte einen durchschnittlichen Landessteuerertrag von CHF 1 688, woraus sich das budgetierte Steuervolumen von CHF 43.2 Mio. ergab. Demgegenüber entwickelte sich diese Steuerart sehr viel positiver als angenommen und erreichte im Berichtsjahr ein Volumen von CHF 49.8 Mio. Wohl blieb die Anzahl der Veranlagungen unter dem angenommen Wert (-0.5 %), was jedoch durch einen rund 16 % über der Planung liegenden durchschnittlichen Steuerbetrag von CHF 1 956 mehr als wettgemacht wurde. Wie schon ein Jahr zuvor erhöhten sich sowohl das steuerbare Vermögen als auch der steuerbare Erwerb im Vorjahresvergleich deutlich und legten im Durchschnitt aller Veranlagungen um 8.6 % resp. 4.6 % zu mit der Folge, dass die mittlere Landessteuer rund 10.3 % anstieg. In dieser Erhöhung steckt allerdings auch der Effekt (0.9 %) des gegenüber dem Vorjahr reduzierten Verzinsungssatzes für die im Voraus abgelieferte Lohnsteuer der Steuerpflichtigen von 1 % auf 0.5 %.

Die **Quellensteuer** wird von dem im Land erzielten Arbeitseinkommen der österreichischen Grenzgänger im Abzugsweg erhoben und belastet dieses mit einem fixen Ansatz von 4 %, wobei die Liechtensteinische Steuerverwaltung den Zupendlern die Differenz zu einer allfällig tieferen Steuerbelastung am Wohnort zurückerstattet

(allerdings aufgrund einer vom Landtag beschlossenen Praxisänderung letztmalig im 2006). Im Rechnungsjahr 2006 kamen die im Jahre 2005 erhobenen Quellensteuern zur Abrechnung, für welche von einem durchschnittlichen Zupendlerbestand von 7 250 und einem durchschnittlichen Steuerertrag von CHF 2 360 ausgegangen wurde, woraus sich ein geplanter Gesamtertrag von CHF 17.1 Mio. ergab. Mit total CHF 17.3 Mio. wurden die Erwartungen auch bei dieser Steuerart übertroffen (+0.9 %). Per Ende 2005 waren total 7 258 ZupendlerInnen aus Österreich in Liechtenstein beschäftigt, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme um 186 Personen (+2.6 %) entspricht. Damit lag der effektive Durchschnittsbestand um 1.2 % unter dem angenommenen Wert. Demgegenüber übertraf der durchschnittliche Steuerbetrag das Budget um 2.0 %, was netto zum erwähnten Ergebnis führte.

Die **Kapital- und Ertragssteuer** wird von den Körperschaften, Anstalten und Treuunternehmen erhoben, die im Land ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben. Trotz einem starken Wachstum von 19.2 % (Vorjahr +11.3 %) konnte das Ergebnis 2006 mit CHF 163.6 Mio. jedoch noch nicht an den Höchstwert des Rechnungsjahres 2001 von CHF 187.8 Mio. anknüpfen. Nach deutlichen Einnahmenrückgängen in den Jahren 2002 und 2003 steigen die Erträge aus der zweitgrössten Einnahmenquelle des Landes seit 2004 wieder an. Die mit CHF 149.2 Mio. budgetierte Einnahmenhöhe konnte damit um über CHF 14 Mio. oder 9.6 % übertroffen werden.

Die **Besondere Gesellschaftssteuer** wird von den Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften, den Eigenversicherungen (Captives) sowie den Investmentunternehmen (Anlagefonds und Anlagegesellschaften) erhoben. Sie beträgt für die Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften 1 ‰ des investierten Kapitals, mindestens aber CHF 1 000 pro Jahr, während die Eigenversicherungen (Captives) grundsätzlich eine Kapitalsteuer von 1 ‰ des Eigenkapitals entrichten. Die Investmentunternehmen entrichteten für das Jahr 2006 letztmalig besondere Gesellschaftssteuern, nachdem der Landtag im vergangenen Jahr eine Gesetzesänderung beschlossen hat, nach welcher diese Unternehmen inskünftig der ordentlichen Kapital- und Ertragsbesteuerung unterliegen. Die Besondere Gesellschaftssteuer erreichte im Berichtsjahr den Spitzenwert von CHF 97.6 Mio. und lag damit um CHF 5.8 Mio. (+6.3 %) über den Erwartungen des Voranschlags. Davon entfielen CHF 0.4 Mio. auf Captives, CHF 86.7 Mio. auf Sitzgesellschaften und rund CHF 10.5 Mio. auf Investmentunternehmen. Nach mehreren Jahren negativer Nettoveränderungen des Bestandes an Sitzunternehmen erhöhte sich dieser nun das zweite Jahr in Folge. Die von der Regierung angenommene Zunahme von netto 1 300 Gesellschaften konnte mit 1 252 nur knapp nicht erreicht werden. Gegenüber 2005 stieg die Steuerart um CHF 3.8 Mio. oder 4 % an, wovon der grösste Anteil - rund CHF 3 Mio. - auf Investmentunternehmen zurückzuführen war.

Beträge in CHF Mio.

Steuern und Abgaben	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Vermögens- u. Erwerbssteuer	49.8	43.2	44.8
Rentnersteuer	2.4	2.8	2.6
Quellensteuer	17.3	17.1	16.7
Kapital- und Ertragssteuer	163.6	149.2	137.3
Besondere Gesellschaftssteuer	97.6	91.8	93.8
Ausl. Versicherungsgesellschaften	3.0	2.9	2.8
Grundstückgewinnsteuer	15.3	17.1	14.5
Couponsteuer	34.0	33.9	37.6
Erbschaftssteuer	6.8	4.1	8.7
Motorfahrzeugsteuer	10.3	10.2	10.1
Stempelabgaben	66.1	43.5	50.8
Mehrwertsteuer	176.4	177.2	174.0
Zollanteile	35.8	34.8	34.6
LSVA	9.3	8.4	8.7
Rückerstattung Klimarappen	0.5		0.1
Veränderung Steuerguthaben	-1.0		-2.1
Abgabentotal	**687.1**	**636.2**	**635.0**

Die **Grundstückgewinnsteuer** erfasst die Gewinne aus der Veräusserung bebauter und unbebauter Grundstücke zu den für die Erwerbssteuer geltenden Steuertarifen. Da die Einnahmen von der Anzahl Handänderungen und von der Höhe der erzielten Verkaufsgewinne abhängig sind, wird für die Budgetierung jeweils auf den Durchschnittsertrag der fünf vorangegangenen Rechnungsperioden abgestellt. Nach dieser Systematik ergab sich für den Voranschlag 2006 ein Budgetwert von CHF 17.1 Mio. Dagegen blieb das Ergebnis 2006 hinter den Erwartungen zurück. Mit Steuererträgen von CHF 15.3 Mio. wurde der Planwert zu 90 % erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr hingegen ergab sich eine Zunahme um 6.1 % oder CHF 0.9 Mio. Die Anzahl der besteuerten Handänderungen erhöhte sich gegenüber 2005 sehr stark um 265 Fälle, was einem Zuwachs von rund 38 % entspricht. Deutlich geringer stieg der steuerbare Gewinn an. Mit CHF 99.4 Mio. lag er um 4.3 % über dem Vorjahreswert. Somit wurden die erzielten Veräusserungsgewinne im Durchschnitt mit 15.4 % belastet. Nach geltendem Recht werden die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer zwischen Land und Gemeinden im Verhältnis ein Drittel zu zwei Drittel aufgeteilt, wobei jeweils die Gemeinde, in welcher das die Grundstückgewinnsteuer bedingende Grundstück liegt, den Gemeindeanteil erhält. Dabei stellt sich die Verteilung unter den Gemeinden sehr uneinheitlich dar. Im Rechnungsjahr 2006 konnte die Gemeinde Schaan knapp 24 % der gesamten Gemeindeanteile (CHF 3.7 Mio.) für sich beanspruchen, gefolgt von den Gemeinden Vaduz mit einem Anteil von 14 % und Mauren mit rund 12 %. Den geringsten Gemeindeanteil erhielt Schellenberg mit 1.0 %, was einem Steueranteil von CHF 154 000 entsprach.

Die **Couponsteuer** erfasst die Gewinnausschüttungen von Verbandspersonen mit aufgeteiltem Kapital sowie die Zinsen auf langfristigen Schuldverpflichtungen (Obligationen, Anleihen) mit einem fixen Satz von 4 %, welcher auf den Empfänger der Leistung zu überwälzen ist. Die Abgabe ist grösseren Schwankungen unterworfen und hängt in erster Linie von der Höhe der Gewinnausschüttungen ab. Für die Festlegung des Voranschlagswertes wird deshalb von einem dreijährigen Durchschnitt der Vorjahre ausgegangen, wobei Einzelfälle mit ausserordentlich hohen Steuereinahmen von der Durchschnittsberechnung ausgeklammert werden. Die Regierung ging für die Budgetierung 2006 auf diese Weise von einem Steuerertrag von CHF 33.9 Mio. aus. Mit einem Steuertotal von CHF 34.0 Mio. wurde der Planwert fast exakt erreicht resp. leicht um 0.2 % übertroffen. Demgegenüber konnte im Berichtsjahr nicht an den Vorjahreswert angeknüpft werden, welcher um CHF 3.7 Mio. über dem Ergebnis 2006 lag. Die steuerbaren Leistungen beliefen sich dabei auf CHF 849 Mio.

Die Einnahmen aus der **Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer** sind ebenfalls grossen Schwankungen unterworfen, da nicht nur die Höhe des Vermögensübergangs das Ergebnis beeinflusst, sondern auch das Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Erblasser bzw. Geschenkgeber einerseits und dem Erben bzw. Geschenknehmer andererseits. Auch bei dieser Steuerart wird für die Festlegung des Voranschlags das Durchschnittsergebnis der letzten fünf Rechnungsjahre unterstellt. Für den Voranschlag 2006 ergab sich ein Wert von CHF 4.1 Mio. Demgegenüber fielen im Berichtsjahr Nachlass- und Erbanfallssteuern von CHF 3.0 Mio. sowie Schenkungssteuern in Höhe von CHF 3.7 Mio an. Damit übertraf das Gesamtergebnis von CHF 6.8 Mio. den Planwert um fast zwei Drittel. Dennoch blieb das Resultat um rund CHF 2.0 Mio. hinter dem Vorjahr zurück, in welchem aufgrund eines grossen Einzelfalls ein sehr hohes Ergebnis erzielt wurde. Bei 315 Veranlagungen wurde der Vermögensübergang im Erbfall mit durchschnittlich CHF 9 600 besteuert, währenddem bei den Schenkungen eine mittlere Steuerbelastung von CHF 6 700 entstand. Der steuerbare Vermögensübergang verdoppelte sich im Vorjahresvergleich auf CHF 543 Mio., wovon CHF 482 Mio. auf den Vermögensübergang durch Schenkung entfielen. Die durchschnittliche Belastung aller Vermögensübertragungen betrug im Steuerjahr 2006 1.2 % und erreichte die Höhe von rund CHF 7 700.

Die **Mehrwertsteuer** erfasst die Lieferung von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch) sowie die Einfuhr von Gütern und der Bezug von Dienstleistungen aus dem Ausland. Die Landesrechnung 2006 wies mit CHF 176.4 Mio. ein Netto-Mehrwertsteuervolumen aus, welches um CHF 0.8 Mio. oder um 0.5 % unter dem Budgetwert 2006 lag. Dieser Wert beinhaltete jedoch bereits eine Rückerstattung von CHF 7.6 Mio. an die Schweizerische Eidgenossenschaft, welche aufgrund einer Fehlberechnung des liechtensteinischen Volkseinkommens 2002 und eines daraus resultierenden zu hohen liechtensteinischen Anteils an den gemeinsamen Mehrwertsteuererträgen mit der Schweiz notwendig wurde.

Der Staatsvertrag mit der Schweiz sieht vor, dass beiden Vertragsparteien die aus dem Dienstleistungssektor erzielten Mehrwertsteuererträge direkt erhalten, während die übrigen Einnahmen gepoolt und auf Basis eines Schlüssels aufgeteilt werden, welcher die unterschiedliche Pro-Kopf-Nachfrage beider Parteien berücksichtigt. Bei den separierten Dienstleistungsbranchen veranschlagte die Regierung für das Jahr 2006 Erträge im Umfang von CHF 65.2 Mio. Mit CHF 81.6 Mio. schloss die Rechnung 2006 diesbezüglich mit einem ausserordentlich guten Ergebnis ab, welches das Budget um CHF 16.4 Mio. und die Rechnung 2005 um CHF 9.3 Mio. übertraf. Der Grund hierfür liegt schwerpunktmässig in der äusserst positiven Wirtschafts- und Börsenentwicklung. Demgegenüber konnte der Zielwert für die übrigen Mehrwertsteuererträge aus dem gemeinsamen Pool mit der Schweiz nicht erreicht werden. Er lag mit CHF 102.4 Mio. rund CHF 9.6 Mio. unter Budget und leicht über Vorjahr. Der gesamte unter den beiden Ländern zu verteilende Poolertrag belief sich im vergangenen Jahr auf CHF 15.4 Mia., womit die Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung von CHF 14.8 Mia. um 3.9 % übertroffen wurden. Dementsprechend ist der deutlich tiefere liechtensteinische Anteil auf einen niedrigeren Anteilsschlüssel am gemeinsamen Poolertrag zurückzuführen. Dieser betrug im vergangenen Jahr 0.665 %, während die Regierung für den Voranschlag 2006 von einer Plangrösse von 0.75 % ausgegangen war. Das Gesamtergebnis 2006 der Mehrwertsteuererträge von CHF 184 Mio. vor Abzug der erwähnten Rückzahlung lag damit um CHF 6.8 Mio. über dem Voranschlag (+3.8 %) und übertraf den Vorjahreswert gar um stolze CHF 10.1 Mio. (+5.8 %). Es stellte im Mehrjahresvergleich den bisher höchsten erzielten Wert dar, was in erster Linie auf das ausgezeichnete Ergebnis aus den separierten Dienstleistungsbranchen zurückzuführen ist.

Die **Stempelabgaben** setzen sich aus Erträgen aus Emissionsabgaben, den Effektenumsatzabgaben sowie den Einnahmen aus Prämienquittungen zusammen. Dabei stellen die Effektenumsatzabgaben den betragsmässig bedeutendsten Teil dar, womit die Gesamtposition stark von der Börsenentwicklung abhängig ist. Nachdem bereits im 2005 eine 13%ige Zunahme bei den Umsatzabgaben verbucht werden konnte, legten die Erträge im Berichtsjahr noch einmal deutlich um 32.4 % zu, was Mehreinnahmen von rund CHF 12.7 Mio. ausmachte. Der Planwert für 2006 von CHF 34.7 Mio. wurde damit um die Hälfte übertroffen. Auch bei dieser Steuerart wird für die Budgetierung ein mehrjähriger Durchschnitt herangezogen, was für 2006 einen Budgetwert der Gesamtposition von CHF 43.5 Mio. ergab. Mit dem Resultat von CHF 66.1 Mio. schlug sich das gute Börsenjahr in einer

rund 50%igen Budgetüberschreitung (+CHF 22.6 Mio.) nieder. Dazu steuerten die Effektenumsatzabgaben CHF 17.0 Mio., die Emmissionsabgaben CHF 4.7 Mio. und die Prämienquittungen schliesslich CHF 0.9 Mio. bei. Auch im Vorjahresvergleich ergab sich mit einem Mehrertrag von CHF 15.3 Mio. (+30.1 %) eine sehr deutliche Zunahme.

Auf Basis von Schätzungen des Eidg. Finanzdepartements wurde der Anteil des Landes an den von der Eidg. Zollverwaltung vereinnahmten **Einfuhrzöllen und steuerähnlichen Abgaben** für das Jahr 2006 auf CHF 34.8 Mio. festgesetzt. Mit einem Zollanteil 2006 von CHF 35.8 Mio. konnte der Budgetwert damit um rund CHF 0.9 Mio. oder 2.7 % übertroffen werden, was in erster Linie auf höhere Einnahmen aus der Tabaksteuer sowie auf deutlich gestiegene Einfuhrzölle zurückzuführen war. Die bedeutendste Einnahmenquelle im Bereich der Zölle und steuerähnlichen Abgaben stellen die Mineralölsteuern auf Treibstoffen dar, deren Landesanteil sich im 2006 auf CHF 11.8 Mio. belief und damit rund einen Drittel zur gesamten Einnahmenposition beisteuerten. Im Vorjahresvergleich ergab sich eine Einnahmensteigerung um CHF 1.2 Mio. resp. 3.4 %, deren Begründung erneut in höheren Tabaksteuereinnahmen infolge veränderter Gesetzgebung lag.

An den gemeinsamen Einnahmen mit der Schweiz aus der Erhebung der leistungsabhängigen **Schwerverkehrsabgabe** (LSVA), ist das Land mit einem Anteil von 7.1 ‰ der Nettoeinnahmen beteiligt. Die Totaleinnahmen abzüglich der Aufwandentschädigung an die Kantone und die liechtensteinische Motorfahrzeugkontrolle erreichten im Berichtsjahr rund CHF 1.3 Mia. Der Anteil Liechtensteins erhöhte sich damit von CHF 8.7 Mio. im Vorjahr auf CHF 9.3 Mio. und übertraf den Budgetwert 2006 um CHF 0.9 Mio. oder 10.7 %. Nach den Bestimmungen des Schwerverkehrsabgabegesetzes fliessen zwei Drittel der liechtensteinischen LSVA-Einnahmen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung zur Deckung der Mehrkosten für die Finanzierung eines verbesserten Rentenvorbezugs, währenddem ein Drittel für die Subventionierung von umwelt- und gesundheitspolitischen Massnahmen im Verkehrsbereich sowie zum Ausgleich ungedeckter Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr verwendet werden soll.

2.22 Vermögenserträge

Nebst Erträgen aus den in den Poolanlagen verwalteten freien Mitteln des Finanzvermögens ergeben sich auch Vermögenserträge aus dem Verwaltungsvermögen. Aufgrund einer Änderung der Praxis bei der Verbuchung von Dividendenerträgen bei den Staatsbeteiligungen ergibt sich im Berichtsjahr eine gewollte Budgetunterschreitung von rund CHF 49 Mio. Im Rahmen der Budgetierung für das Jahr 2007 hat die Regierung dem Landtag vorgeschlagen, den Zeitpunkt der Verbuchung der Dividendenerträge aus der Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG sowie der Liechtensteinischen Post AG inskünftig in dem Jahr festzulegen, in welchem die Erträge effektiv fliessen. Nach der ursprünglichen Praxis wurden diese Erträge der Landesrechnung jeweils im Voraus gutgeschrieben, ohne dass die definitiven Gewinnverwendungsbeschlüsse des obersten Organs (der Generalversammlung) schon vorgelegen hätten. Durch die Erlöse aus dem Verkauf von Aktien der Liechtensteinischen Landesbank AG bot sich das Rechnungsjahr 2006 als Umstellungszeitpunkt an. Die Finanzkommission des Landtags hat den entsprechenden Regierungsbeschluss zustimmend zur Kenntnis genommen und demzufolge entfallen diese Erträge im Berichtsjahr 2006 einmalig. Die Vermögenserträge beliefen sich im vergangenen Jahr (ohne Erträge aus Poolanlagen und Aktienverkaufserlösen) auf CHF 13.6 Mio. gegenüber den ursprünglich budgetierten CHF 83.9 Mio. Nebst dem bereits erwähnten Umstellungseffekt konnten auch die geplanten Verkäufe verschiedener Liegenschaften (Verwaltungsgebäude LTN, Postgebäude) nicht im Berichtsjahr realisiert werden, wofür der Voranschlag Erlöse in der Höhe von CHF 20.5 Mio. vorgesehen hatte. Mehreinnahmen resultierten demgegenüber bei den Kapitalerträgen. Die aus dem Aktienverkauf geflossenen Mittel wurden von der Regierung in ein zusammen mit der Liechtensteinischen Landesbank realisiertes Fondsprojekt investiert, welches jedoch erst gegen Ende 2006 spruchreif wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden diese Mittel bestmöglich angelegt, wodurch entsprechende Zinserträge realisiert und gegenüber dem Budget 2006 Mehrerträge im Umfang von CHF 4.5 Mio. verzeichnet werden konnten. Ebenfalls nicht zur Realisierung gelangte das Vorhaben zur teilweisen Abschöpfung nicht betriebsnotwendiger liquider Mittel der Liechtensteinischen Kraftwerke (Aufwertungsgewinn LKW),wofür das Budget 2006 Mittel von CHF 7.5 Mio. vorgesehen hatte.

Beträge in CHF Mio.

Vermögenserträge	**Rechnung 2006**	**Voranschlag 2006**	**Rechnung 2005**
Gewinnanteile	2.5	57.9	51.7
Zinsen auf Dotationskapitalien	0.7	0.7	0.7
Kapital- und Mietzinsen etc.	9.9	4.7	5.2
Gewinne aus Liegenschaftsverkäufen	0.0	20.5	15.1
Sonstige Erträge	0.6	0.2	7.1
Zwischentotal I	*13.6*	*83.9*	*79.7*
Erträge aus Poolanlagen	83.5	38.0	80.4
Zwischentotal II	*97.1*	*121.9*	*160.1*
Verkauf Aktien LLB AG	365.9		
Total Vermögenserträge	**462.9**	**121.9**	**160.1**

Das Finanzergebnis 2006 beinhaltete Bruttoerträge im Umfang von CHF 83.5 Mio., welche sich aus Zinsen, Dividenden, realisierten Kursgewinnen sowie Zuschreibungen zusammensetzten und sich damit auf dem

Niveau des bereits sehr hohen Vorjahreswerts bewegten. Weitere Informationen zu den Erträgen aus der Vermögensbewirtschaftung sind in Kapitel 5 dieses Berichts enthalten.

2.23 Gebühren, Verkaufserlöse, Kostenrückerstattungen
Nebst Steuer- und Abgabenerträgen sowie Vermögenserträgen fliessen dem Land im laufenden Haushalt auch Einnahmen aus Gebühren, Verkaufserlösen, Rückerstattungen und Bussen zu. Das Total dieser Ertragskategorie erreichte im Berichtsjahr ein Volumen von CHF 37.3 Mio., was 5 % der operativen laufenden Erträge entsprach. Der Budgetwert von CHF 34.5 Mio. wurde damit deutlich um CHF 2.9 Mio. oder 8.3 % übertroffen, was in erster Linie höheren Öffentlichkeitsregistergebühren (+CHF 1.4 Mio.) sowie den Einnahmen aus dem Einbehalt von Abgaben aufgrund des Zinsbesteuerungsabkommens mit der Europäischen Union (CHF 1.0 Mio.) zu verdanken war.

Unter den **Ersatzabgaben** werden die Einnahmen aus liechtensteinischen Gründungsgebühren verstanden, welche das Pendant zu den schweizerischen Stempelabgaben darstellen und im Berichtsjahr Erträge von CHF 1.1 Mio. einbrachten. Sie übertrafen damit das Budget 2006 deutlich (+CHF 0.6 Mio.), blieben jedoch ebenso klar hinter dem Vorjahreswert von CHF 1.9 Mio. zurück. Im Bereich der **Verwaltungsgebühren** wurde der geplante Wert von CHF 20.2 Mio. recht genau erreicht. Dabei wurden deutlich geringere Gerichtsgebühren (-CHF 1.4 Mio.) gänzlich durch Mehreinnahmen des Öffentlichkeitsregisters in der gleichen Höhe kompensiert. Gegenüber 2005 lagen sowohl die Gerichts- wie die Öffentlichkeitsregistergebühren rund CHF 0.6 Mio. tiefer, sodass im Vergleich ein Minus von total CHF 1.6 Mio. resultierte. Von den **Verkaufserlösen** von CHF 2.7 Mio. entfielen 41 % auf die einmalige Abgeltung von Philatelievorleistungen durch die Liechtensteinische Post AG. Die **Rückerstattungen** im Umfang von CHF 9.2 Mio., wovon CHF 4.2 Mio. die IV-Rückerstattungen für den Sonderschulbereich betreffen, übertrafen den Budgetwert um CHF 1.7 Mio. und damit recht deutlich. Dies jedoch nicht ganz unerwartet, nachdem ein Betrag aus dem Einbehalt des Zinsbesteuerungsanteils für EU-Bürger zu erwarten war, dieser aufgrund der nicht abschätzbaren Grössenordnung jedoch bewusst nicht budgetiert wurde. Die Zinsertragsbesteuerung für EU-BürgerInnen ist seit dem 1.7.2005 in Kraft. Als Aufwandentschädigung verbleibt dabei ein Viertel der Einnahmen beim Land. Dies ergab für die erste Anwendungsperiode 1.7.05 bis 31.12.05, welche im Folgejahr 2006 ertragswirksam wurde, einen Betrag von CHF 1.0 Mio. Im Berichtsjahr wurden **Bussen und Geldstrafen** in Höhe von CHF 1.8 Mio. in Rechnung gestellt, welche sich aus Bussen von CHF 1.2 Mio. der Landespolizei und vom Landgericht ausgesprochene Geldstrafen in Höhe von CHF 0.6 Mio. zusammensetzen.

Beträge in CHF Mio.

Entgelte	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Konzessionsgebühren	0.1	0.1	0.2
Ersatzabgaben	1.1	0.5	1.9
Gebühren für Amtshandlungen	20.4	20.2	22.0
Verpflegungstaxen	0.2	0.2	0.2
Schulgelder	0.5	0.4	0.4
Benützungsgebühren/ Dienstleistungen	0.8	0.9	0.8
Verkaufserlöse	2.7	2.5	8.0
Rückerstattungen	9.2	7.5	6.9
Bussen	1.8	1.9	1.8
Übrige Entgelte	0.5	0.4	0.4
Total Entgelte	**37.4**	**34.5**	**42.5**

Gegenüber der Vergleichsperiode 2005 stellt die Auslagerung der Philatelie zur Liechtensteinischen Post AG und damit der Wegfall der Wertzeichenverkaufserlöse (CHF 6.6 Mio. im 2005) die entscheidende Veränderung dar, sodass das Total der Entgelte rund CHF 5.1 Mio. unter Vorjahr lag.

2.24 Rückerstattungen der Gemeinden
Im Jahr 2005 hat der Landtag im Zuge der Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden eine Reihe von Gesetzesanpassungen beschlossen, mit welchen die Durchführungs- und Finanzierungsverantwortung eindeutig einer der beiden Staatsebenen zugewiesen wurde. Die Neuregelungen fanden erstmals für das Rechnungsjahr 2006 Anwendung. So leisten die Gemeinden seither keine Zahlungen mehr für die Finanzierung der Flüchtlingskosten wie auch der Mietbeiträge für Familien. Der Gemeindeanteil an den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV wurde indessen – in Anlehnung an die je hälftige Finanzierung der wirtschaftlichen Sozialhilfe – von 40 % auf 50 % angehoben. Unverändert blieben die Gemeindeanteile für die Finanzierung der Personal- und Sonderschulungsaufwendungen im Primarschul- und Kindergartenbereich. Im Berichtsjahr flossen somit Mittel im Umfang von CHF 19.2 Mio. von den Gemeinden an das Land. Nebst dem Anteil an den Ergänzungsleistungen blieben vor allem die Personalaufwendungen für PrimarlehrerInnen unter Budget, was nebst geringeren Bruttoaufwendungen auch auf den vom Landtag tiefer als beantragt angesetzten Sonderbeitrag an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal zurückzuführen war.

Beträge in CHF Mio.

Rückerstattungen	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
für Primarlehrerbesoldungen	12.2	12.7	12.1
für Kindergärtnerinnen	2.8	2.8	2.7
für Sonderschulung	0.6	1.3	0.8
für Ergänzungsleistungen	3.6	4.0	3.0
für Flüchtlingskosten			0.9
für Mietbeiträge			0.5
Total	**19.2**	**20.8**	**20.0**

Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Anteile an den Ergänzungsleistungen aus dem erwähnten Grund, während aufgrund der weggefallenen Einnahmenposten um CHF 0.8 Mio. geringere Finanzierungsanteile seitens der Gemeinden geleistet werden mussten.

Wie die nachstehende Tabelle aufzeigt betrug der Mittelfluss vom Land zu den Gemeinden im Berichtsjahr netto CHF 197.3 Mio. Dieser besteht aus den Finanzzuweisungen aufgrund gesetzlicher Steueranteile, laufenden und investiven Beiträgen des Landes, abzüglich der Finanzierungsanteile der Gemeinden an bestimmten Landesausgaben. Damit stiegen die Nettotransfers um CHF 17.3 Mio. oder 10 % ggü. 2005 an, was in erster Linie auf höhere nicht zweckgebundene Finanzzuweisungen zurückzuführen war.

Beträge in CHF Mio.

Transferleistungen an Gemeinden	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
1. Finanzzuweisungen			
Gesetzliche Steueranteile	86.7	86.0	78.3
Finanzausgleich	69.0	69.1	63.9
Zwischentotal Finanzzuweisungen	155.8	155.1	142.2
2. Subventionen			
Investitionssubventionen	27.0	26.7	23.1
Beiträge an laufende Aufwendungen	33.7	34.9	34.8
Bruttoleistungen des Landes	216.5	216.7	200.1
Rückerstattungen der Gemeinden	-19.2	-20.8	-20.0
Total netto	**197.3**	**195.9**	**180.0**

3. INVESTITIONSRECHNUNG

3.1 Nettoinvestitionen

In der Investitionsrechnung werden die Ausgaben für die Schaffung von Sachgütern und die Begründung von Forderungsansprüchen - v.a. aus der Gewährung von Darlehen - ausgewiesen. Gleichgestellt sind die Investitionsbeiträge des Landes an Projekte öffentlicher Körperschaften oder Privater. Die über die Investitionsrechnung abgerechneten Ausgaben bilden somit in der Bilanz des Landes das an die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe gebundene Verwaltungsvermögen.

Beträge in CHF Mio.

Nettoinvestitionen	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Bruttoinvestitionen	97.2	111.3	101.5
Investive Einnahmen	15.8	14.8	15.8
Nettoinvestitionen	**81.4**	**96.5**	**85.7**

Die Nettoinvestitionen stellen die Differenzgrösse der Bruttoinvestitionen und der investiven Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen, allenfalls Verkaufserlösen oder rückfliessenden Investitionsbeiträgen dar. Sie erhöhen in der Bilanz den Buchwert des Verwaltungsvermögens (vor Abschreibungen). Im Gegensatz zur privatwirtschaftlichen Jahresrechnung werden mit der Investitionsrechnung auch jene Vorgänge sichtbar gemacht, welche vom freien Finanzvermögen in das an einen bestimmten Zweck gebundene Verwaltungsvermögen übertragen werden.

Mit einem Nettoinvestitionsvolumen von CHF 81.4 Mio. blieb die Investitionsrechnung um CHF 15.1 Mio. oder 16 % unter den budgetierten Werten. Während bei den Bruttoinvestitionen Kreditrestanzen von CHF 14.1 Mio. verblieben, erhöhten sich die investiven Einnahmen um rund CHF 1.0 Mio. gegenüber den Planwerten. Im Vergleich zur Rechnungsperiode 2005 ergab sich ein Rückgang im Nettoinvestitionsvolumen um CHF 4.4 Mio.

3.2 Bruttoinvestitionen

Mit dem Voranschlag 2006 bewilligte der Landtag ein Bruttoinvestitionsvolumen von CHF 111.3 Mio., welches zu lediglich 87 % ausgeschöpft wurde und damit die Höhe von CHF 97.2 Mio. erreichte. Davon entfielen CHF 34.7 Mio. (36 %) auf Investitionsbeiträge an Dritte, CHF 25.3 Mio. auf den staatlichen Hochbaubereich (26 %) und CHF 20.3 Mio. (21 %) wurden für öffentliche Darlehen ausgegeben.

Beträge in CHF Mio.

Bruttoinvestitionen	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Grundstücke	0.0	0.1	15.7
Tiefbauten	6.7	6.9	8.3
Hochbauten	25.3	35.0	20.4
Mobilien, Maschinen, Informatik	9.9	12.8	10.4
Vorräte	0.1	0.2	0.0
Zwischentotal Sachgüter	*42.1*	*55.0*	*54.8*
Darlehen	20.3	20.1	15.4
Beteiligungen	0.0	0.0	0.1
Zwischentotal Eigeninvestitionen	*62.4*	*75.1*	*70.3*
Investitionsbeiträge an:			
– Gemeinden	27.0	26.7	23.1
– Eigene Anstalten und Stiftungen	0.0		1.8
– Gemischtw. Unternehmungen	5.1	6.4	2.9
– Private	2.4	2.8	2.7
– Ausland	0.2	0.3	0.6
Total	**97.2**	**111.3**	**101.5**

Für den Ankauf von **Grundstücken** wurden in den vergangenen Jahren v.a. Ausgaben für den Grundstückserwerb im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung in Schaan getätigt. Im Rechnungsjahr 2005 schlug speziell die Umwidmung des für die Erstellung des neuen Landeswerkhofs notwendigen Grundstücks Wille/Wimag zu Buche. Demgegenüber wurden im Berichtsjahr lediglich einige wenige Grundstückskäufe von Naturschutzflächen im Umfang von CHF 38 000 getätigt.

Im Rahmen der **Tiefbauaktivitäten** des Landes stellte der Landtag für die Realisierung des Strassenbauprogramms einen Gesamtkredit im Umfang von CHF 6 Mio. zur Verfügung, welcher zur Gänze in Anspruch genommen wurde. Die Strassenraumgestaltung im Städtle Vaduz, die Mühleholzkreuzung an der Landstrasse Schaan-Vaduz sowie die Neugestaltung der Landstrasse im Zentrum Schellenberg bildeten die Hauptprojekte der Berichtsperiode. Zusätzlich wurden CHF 350 000 in bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr investiert.

Der staatliche **Hochbau** erreichte mit Investitionen von CHF 25.3 Mio. im vergangenen Jahr den zweithöchsten Wert im langfristigen Vergleich. Die Kumulation von vier Projekten, nämlich dem Schulzentrum Mühleholz II, dem Landtagsgebäude, dem Neubau des Archivgebäudes sowie dem neuen Landeswerkhof führte zu diesem hohen Investitionsvolumen, wenngleich das Hochbauamt im Rahmen der Budgetierung von noch höheren Ausgaben von CHF 35 Mio. ausgegangen war. Dabei wurden die Projektfortschritte beim Landtagsgebäude wie auch beim Schulzentrum Mühleholz II zu optimistisch eingeschätzt, wodurch dieser Bereich auch für den grössten Teil der Budgetabweichung bei den Bruttoinvestitionen verantwortlich ist.

Für die Anschaffung von **Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge,** usw. wurden im 2006 Investitionen von CHF 5.5 Mio. getätigt, währenddem der Voranschlag 2006 Mittel im Umfang von CHF 5.8 Mio. vorgesehen hatte, welche somit grösstenteils ausgeschöpft wurden. Dabei stellten die Ausgaben für die Ausstattung des neuen Gerichtsgebäudes mit CHF 2 Mio. die grösste Position dieser Kategorie dar.

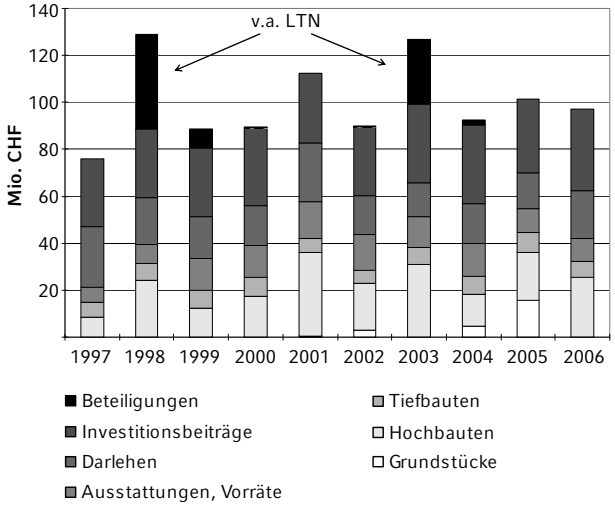
Demgegenüber wurden die genehmigten Kredite im Bereich der **Informationstechnologie (IT)** nur zu knapp 2/3 ausgeschöpft. Hauptgrund bildete das Projekt zur Einführung einer neuen Lösung in der Steuerverwaltung (Projekt INES). Nach der Realisierung der ersten Phase wurde diese in den Produktivbetrieb überführt, die geplante Weiterentwicklung jedoch aus Ressourcengründen nicht im vorgesehenen Tempo in Angriff genommen.

Das Land richtet auf Basis verschiedener spezialgesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund von vom Landtag gefassten Finanzbeschlüssen - meist zinslose - **Darlehen des Verwaltungsvermögens** aus. Im Berichtsjahr wurden Darlehen im Umfang von CHF 20.3 Mio. gewährt. Das Budget 2006 ging von einem Darlehensvolumen von CHF 20.1 Mio. aus, welches damit leicht überschritten wurde. Während der Voranschlag 2006 mit 140 auszuzahlenden Wohnbauförderungsdarlehen zu durchschnittlich CHF 121 000 rechnete, kamen im vergangenen Jahr 138 Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen in den Genuss eines zinslosen Darlehens. Da die durchschnittlich ausbezahlte Darlehenshöhe mit knapp CHF 129 000 doch deutlich über dem angenommenen Wert lag, wurde das Budget trotz einer geringeren Anzahl Anträge um rund 5 % überschritten. Dieser Umstand wurde grösstenteils dadurch kompensiert, dass die Budgetmittel für Darlehen an Junglandwirte im Berichtsjahr unangetastet blieben.

Mit CHF 34.7 Mio. stellten die **Investitionsbeiträge an die Gemeinden** im Rechnungsjahr 2006 die gewichtigste Ausgabenkategorie der Investitionsrechnung dar. CHF 6.3 Mio. entfielen auf Subventionsprojekte (Feuerwehrfahrzeuge, Wasserversorgungs-/Abwasserentsorgungsprojekte), welche aufgrund der mit der im Jahr 2005 realisierten Aufgabenentflechtung vom Landtag beschlossenen Übergangsregelung für laufende Projekte noch zweckgebundene Landesbeiträge erhielten. Des Weiteren leistete das Land die zweite Zahlung für die Realisierung des Bergbahnenprojekts in Malbun in Höhe von CHF 6 Mio. sowie den Hauptteil der Subvention für den Ausbau des Rheinparkstadions in Vaduz von CHF 2.3 Mio. Im Bereich der Subventionen für Grossprojekte, welche im Rechnungsjahr 2006 CHF 3.0 Mio. betrugen, beanspruchte die Unterstützung für das Primarschulprojekt in Eschen CHF 1.7 Mio., der Neubau des Dorfsaals in Schaan CHF 0.7 Mio., das Haus für Musik in Ruggell CHF 0.5 Mio. sowie die Erweiterung des Dorfzentrums in Triesenberg CHF 0.2 Mio.

Der Voranschlag 2006 sah Investitionsbeiträge an **gemischtwirtschaftliche Unternehmungen** in Höhe von CHF 6.4 Mio. vor. Davon wurde ein Anteil von 80 % in Anspruch genommen. Die Hauptabweichung liegt in diesem Bereich beim Investitionsbeitrag des Landes an die Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe, welcher um CHF 1.1 Mio. tiefer lag als angenommen. Dabei wurde der Landesbeitrag für die Investition in ein mobiles Altersheim in Höhe von CHF 1.1 Mio. bereits für das Rechnungsjahr 2006 vorgesehen, währenddem der Landtag den entsprechenden Subventionsbeschluss erst im März 2007 gefällt hat, sodass über diese Mittel im Berichtsjahr nicht verfügt werden konnte.

Entwicklung Bruttoinvestitionen



3.3 Investive Einnahmen

Bei den im Rechnungsjahr 2006 verbuchten investiven Einnahmen handelt es sich vollumfänglich um die Rückzahlung von Darlehen des Landes. Diese beliefen sich auf CHF 15.8 Mio. und lagen damit um 7 % oder rund CHF 1.0 Mio. über der angenommenen Höhe. Die grösste Einzelabweichung ergab sich bei der Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen, welche das budgetierte Volumen von CHF 13.0 Mio. um CHF 0.9 Mio. überstiegen.

Beträge in CHF Mio.

Investive Einnahmen	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Rechnung 2005
Rückzahlung Studiendarlehen	1.5	1.4	1.4
Rückzahlung Wohnbauförderungsdarlehen	13.9	13.0	13.5
Rückzahlung Darlehen an Junglandwirte	0.3	0.3	0.2
Rückzahlung Darlehen Fussballverband	0.1	0.1	0.1
Gemeindeanteile Rüfen/Rhein/Hangsanierung			0.6
Total	**15.8**	**14.8**	**15.8**

4. VERMÖGENSRECHNUNG

Die Vermögensrechnung zeigt den Bestand und die Zusammensetzung der Vermögensbestandteile, Schuldverpflichtungen und Eigenmittel des Landes am Jahresende. Ergänzend werden auch die separat angelegten Vermögenswerte der unselbständigen Stiftungen und Anstalten sowie die vom Staat verwalteten Stiftungen aufgeführt. Die Ergebnisse der laufenden und investiven Haushaltsrechnung finden in der Vermögensrechnung ihren Niederschlag. Ein Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung hat eine Verminderung des staatlichen Reinvermögens zur Folge und ein Ertragsüberschuss führt zu einer Erhöhung des staatlichen Reinvermögens. Ein Deckungsüberschuss im Investitionshaushalt bewirkt eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Finanzvermögen und dem eingesetzten Fremdkapital und ein Deckungsfehlbetrag zeigt, dass die Nettoinvestitionen nicht zur Gänze durch die Selbstfinanzierung gedeckt sind. Die Bewertung des Vermögens erfolgt nach dem Niederstwertprinzip. Für die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sind in der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz abgestufte Abschreibungssätze vorgesehen, welche sich nach der erfahrungsgemässen Lebens- oder Nutzungsdauer der Sachgüter richten. Unter den Anmerkungen zur Vermögensrechnung sind das treuhänderisch verwaltete Vermögen, die Eventualverpflichtungen, die Sachversicherungswerte und die Verpflichtungskredite aufgelistet.

4.1 Aktiven

Die Aktiven zeigen die Gliederung und Zusammensetzung der staatlichen Vermögenswerte. Sie sind in die Hauptgruppen **Finanzvermögen,** Deckungskapitalien und Verwaltungsvermögen unterteilt. Das freie und ungebundene Finanzvermögen beläuft sich am Bilanzstichtag auf CHF 1 846.9 Mio. und hat sich um beachtliche CHF 361.8 Mio. gegenüber dem Vorjahr erhöht. Diese markante Zunahme ist vor allem auf den Verkauf von 430 000 Aktien der Liecht. Landesbank AG zurückzuführen, die einen Erlös von CHF 387.4 Mio. einbrachten. Die ***Flüssigen Mittel*** werden mit CHF 222.0 Mio. ausgewiesen und übertreffen damit die Vergleichswerte des Vorjahres um CHF 2.5 Mio. Die Flüssigen Mittel enthalten die Kassabestände, Postcheckguthaben und kurzfristigen Bankanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft. Ihr Bestand orientiert sich unter anderem an den Ausgabenverpflichtungen, welche nach Ablauf des Kalenderjahres noch zulasten des abgelaufenen Verwaltungsjahres zu erfüllen sind. Erfahrungsgemäss kann ein Grossteil des Aufwands, besonders im Bereich der Investitionen, Beiträge, Subventionen und Finanzzuweisungen, erst in den ersten drei Monaten des Folgejahres abgerechnet werden, was den Mittelbedarf in diesem Zeitabschnitt stark ausweitet und die Bereithaltung eines entsprechend hohen Geldbestandes erforderlich macht. Um die Zahlungsbereitschaft gewährleisten zu können,

wurden zu Beginn des Jahres 2006 CHF 53.0 Mio. von den Poolanlagen in die Flüssigen Mittel übertragen. Die Höhe der Rücknahme der Geldmittel von den Poolanlagen in die Flüssigen Mittel richtet sich vor allem nach dem veranschlagten Deckungsfehlbetrag aus dem ordentlichen Geschäftsverkehr.

Die ***Forderungen*** haben sich gesamthaft um CHF 13.3 Mio. auf CHF 131.6 Mio. erhöht, wobei in dieser Nettosumme eine Delkredererückstellung von CHF 11.4 Mio. zur Abdeckung möglicher Forderungsverluste in Abzug gebracht wurde. Die *Steuerguthaben* haben sich im Berichtsjahr um CHF 1.3 Mio. vermindert und werden mit CHF 19.2 Mio. ausgewiesen. Desweiteren haben sich die *Debitoren und Andere Guthaben* um beachtliche CHF 56.0 Mio. auf CHF 25.1 Mio. verringert. Der Grund für diese Abnahme liegt vor allem an der Praxisänderung hinsichtlich der Verbuchung der Dividendenerträge aus den Beteiligungen des Landes an der Liecht. Landesbank AG und der Liecht. Post AG. Im Vorjahr wurde diesbezüglich ein Betrag von insgesamt CHF 50.3 Mio. abgegrenzt. Neu werden die Erträge in demjenigen Rechnungsjahr erfolgswirksam verbucht, in welchem die Dividenden effektiv ausgeschüttet werden. Die weitere Verminderung dieser Position ist damit begründet, dass eine Abgrenzung von CHF 4.5 Mio. betreffend der Arbeitslosenversicherungskasse nicht mehr vorgenommen werden musste. Die Abnahme der *kurzfristigen Darlehen, Vorschüsse und Kautionen* um CHF 0.7 Mio. auf CHF 3.9 Mio. ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Bevorschussung des Mindestbeitrages der LSVA an die AHV zur Gänze abgebaut werden konnte. Dieser Vorschuss wird mit den seit 2005 steigenden Erträgen aus der LSVA verrechnet. Die Unterhaltsvorschüsse haben sich geringfügig um CHF 0.2 Mio. auf CHF 2.1 Mio. erhöht. Die *Kontokorrentguthaben* sind im Berichtsjahr um stattliche CHF 72.5 Mio. angestiegen und werden mit CHF 94.8 Mio. ausgewiesen. Diese massive Erhöhung ist im wesentlichen auf die Zunahme der Forderungen gegenüber der Eidg. Finanzverwaltung um CHF 68.7 Mio. auf CHF 83.0 Mio. zurückzuführen. Die Guthaben gegenüber den Gemeindesteuerkassen haben um CHF 1.0 Mio. zugenommen. Die Wertberichtigung auf den Forderungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.1 Mio. erhöht und wird mit CHF 11.4 Mio. ausgewiesen. Zurückzuführen ist diese Zunahme ausschliesslich auf den höheren Anteil an Einzelwertberichtigungen.

Die ***Anlagen des Finanzvermögens*** erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 354.7 Mio. auf insgesamt CHF 1 488.6 Mio. Die *Langfristigen Finanzanlagen*, welche die freien Anteile des Landes an den Aktienkapitalen der Liecht. Landesbank AG und der Liecht. Post AG beinhalten, haben sich aufgrund des Verkaufs von 430 000 Aktien der Liecht. Landesbank AG um CHF 21.5 Mio. auf CHF 4.9 Mio. verringert. Die Aktien der Liecht. Landesbank AG werden zum Nennwert von CHF 50 pro Aktie bilanziert. Der Staatsanteil am Aktienkapital der Liecht. Landesbank AG beläuft sich per 31. Dezember 2006 auf 54.0 %. Die *Poolanlagen*, in welchen die Reservekapitalien zusammengefasst sind und von Dritten im Auftrag der Regierung verwaltet werden, haben sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des Verkaufs der Aktien der Liecht. Landesbank AG, dessen Erlös zur Gänze in die Poolanlagen übernommen wurde, um CHF 375.1 Mio. auf CHF 1 403.7 Mio. erhöht. Die Poolanlagen werden zum Niederstwert bilanziert. Die *Gebäude und Grundstücke* haben sich um CHF 1.1 Mio. auf CHF 78.9 Mio. leicht erhöht. Grund für diese Zunahme ist die Übernahme von zwei Eigentumswohnungen der Pensionsversicherung der konkursiten Firma Ferdinand Frick AG. Die ***Aktive Rechnungsabgrenzung*** bzw. die Transitorischen Aktiven betreffen ertragsmässige Abgrenzungen zwischen dem alten und neuen Rechnungsjahr unter dem Aspekt einer periodengerechten Darstellung. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 8.7 Mio. auf CHF 4.7 Mio. vermindert. Die Abnahme ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr die Januarlöhne 2007 für das Staatspersonal nicht im voraus bezahlt wurden und somit im Vergleich zum Vorjahr keine Abgrenzung vorgenommen werden musste.

Beträge in CHF Mio.

Aktiven	**31.12.2006**	**31.12.2005**	**+/-**
Flüssige Mittel	222.0	219.5	2.5
Forderungen	131.6	118.3	13.3
Anlagen Finanzvermögen	1 488.6	1 133.9	354.7
Transitorische Aktiven	4.7	13.4	-8.7
Finanzvermögen	1 846.9	1 485.1	361.8
Deckungskapitalien	66.0	71.1	-5.1
Verwaltungsvermögen	531.2	516.6	14.6
Total Aktiven	**2 444.1**	**2 072.8**	**371.3**

Bei den **Deckungskapitalien für Stiftungen und Anstalten** resultiert im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme von CHF 5.1 Mio., die sich einerseits aus dem Defizit der Arbeitslosenversicherungskasse von CHF 5.9 Mio. und andererseits aus dem Ertragsüberschuss von CHF 0.1 Mio. der Stiftung pro Liechtenstein und aus dem Ertragsüberschuss der Liechtenstein Bus Anstalt von CHF 0.7 Mio. zusammensetzt. Das Vermögen der Stiftungsrechnungen hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich verändert.

Das **Verwaltungsvermögen** entspricht dem Anlagevermögen der privatwirtschaftlichen Bilanz. Es ist an einen bestimmten, gesetzlich festgelegten Zweck gebunden und kann damit im Gegensatz zu den Bestandteilen des freien Finanzvermögens nicht ohne weiteres realisiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Verwaltungsvermögen um CHF 14.6 Mio. erhöht und wird mit CHF 531.2 Mio. ausgewiesen. Die Zunahme entspricht den Nettoinvestitionen des Berichtsjahres in Höhe von CHF 81.3 Mio. vermindert um die vorgenommenen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 66.8 Mio.

Die gewährten ***Darlehen*** belaufen sich auf CHF 220.6 Mio., was einer Zunahme von CHF 4.5 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die *Wohnbaudarlehen* verzeichneten einen Zugang von CHF 3.9 Mio. und die *Studiendarlehen* stiegen um CHF 1.0 Mio. an. Die *Darlehen an Junglandwirte* haben sich geringfügig um CHF 0.3 Mio. auf CHF 2.2 Mio. vermindert, was ausschliesslich auf den Eingang von Rückzahlungsraten zurückzuführen ist, da im Berichtsjahr keine neuen Darlehen an Junglandwirte gewährt wurden.

Für das im Jahr 2003 bewilligte Darlehen an den *Liechtensteiner Fussballverband* für die Kosten zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit anlässlich der Heimspiele gegen England und die Türkei zur Qualifikation für die Fussball-Europameisterschaft in Portugal wurde die dritte von fünf Rückzahlungsraten in Rechnung gestellt.

Die ***Beteiligungen*** haben sich im Berichtsjahr nicht verändert und werden weiterhin mit CHF 166.7 Mio. ausgewiesen. Die vom Land zu haltenden 51%-Pflichtanteile am Aktienkapital der *Liecht. Landesbank AG* und der *Liecht. Post AG* betragen nach wie vor CHF 83.6 Mio. bzw. CHF 2.55 Mio. Auch die Beteiligungen an den *Liecht. Kraftwerken* mit CHF 2.0 Mio., der *Liecht. Gasversorgung* mit CHF 16.5 Mio. und der *LTN Liechtenstein TeleNet AG* mit CHF 62.0 Mio. blieben unverändert. Im Vorjahr wurde die Beteiligung an der *LTN Liechtenstein TeleNet AG* um CHF 3.0 Mio. auf CHF 62.0 Mio. wertberichtigt. Obwohl die LTN Liechtenstein TeleNet AG im Rechnungsjahr 2006 einen Konzerngewinn von CHF 2.7 Mio. ausweist, wird aufgrund der aktuellen Vorgänge und Umstellungen im Zusammenhang mit der Netzkonsolidierung zwischen der LTN Liechtenstein TeleNet AG und den Liecht. Kraftwerken auf eine Wertaufholung verzichtet. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Bewertung und Abschreibung von Bestandteilen des staatlichen Vermögens sehen vor, dass für Beteiligungen, für die kein Kurswert vorhanden ist, eine vorsichtige Bewertungsmethode anzuwenden ist.

Die ***Sachanlagen,*** bestehend aus Tiefbauten, Hochbauten, Mobilien und Einrichtungen, Schulausstattungen und Vorräte sowie Informatikanlagen, sind nach Vornahme der gesetzlichen Abschreibungen mit insgesamt CHF 143.9 Mio. bewertet, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von CHF 10.0 Mio. gleichkommt. Die Hochbauten erhöhten sich um CHF 10.7 Mio., demgegenüber verringerten sich die Mobilien und Einrichtungen um CHF 0.3 Mio. und die Informatikanlagen um CHF 0.4 Mio.

4.2 Passiven

Die Passiven setzen sich aus den Fremden Mitteln, den Deckungskapitalien der separat verwalteten Stiftungen und Anstalten sowie aus dem Reinvermögen zusammen. Nach Ausklammerung der Verpflichtungen an Stiftungen und Anstalten, welche durch separate Vermögensanlagen zur Gänze abgedeckt sind, weist das Fremdkapital einen Anteil von 12.2 % an der Bilanzsumme aus. Demgegenüber stellt das Eigenkapital 87.8 % der Bilanzsumme, was deutlich macht, dass die Finanzierungsstruktur des Staatshaushalts nach wie vor ein gesundes Verhältnis aufweist. Zum Jahresende beläuft sich das **Fremdkapital** auf CHF 291.5 Mio., was einer Zunahme um CHF 8.7 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die ***kurzfristigen Verbindlichkeiten*** haben sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 14.0 Mio. auf CHF 121.6 Mio. erhöht. Die *Verbindlichkeiten aus Lieferungen* und Leistungen haben um CHF 21.6 Mio. auf CHF 104.8 Mio. zugenommen, was vor allem mit dem zeitlichen Verzug des Rechnungseingangs zusammenhängt. Demgegenüber haben sich die *Übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten* um CHF 6.8 Mio. auf CHF 13.4 Mio. vermindert. Diese Abnahme ist insbesondere auf den Abschluss von Geldbeschlagnahmungen in Höhe von CHF 7.2 Mio. zurückzuführen, für die im Berichtsjahr eine Teilungsvereinbarung vorlag. Der überwiegende Teil dieser in Vorjahren sichergestellten Geldmittel wurde an die begünstigten Staaten ausbezahlt. Der Rest wurde erfolgswirksam in der Laufenden Rechnung verbucht. Im Berichtsjahr wurden Geldbeschlagnahmungen aus dem Verfall von Vermögenswerten in Höhe von CHF 0.9 Mio. vereinnahmt.

Die ***Kurzfristigen Finanzschulden*** haben um CHF 5.4 Mio. auf CHF 167.9 Mio. abgenommen. Die Guthaben der Gemeindekassen verringerten sich um CHF 14.5 Mio. und betragen nun im Berichtsjahr CHF 89.1 Mio. Um beachtliche CHF 9.1 Mio. auf CHF 78.8 Mio. haben sich die *Lohnsteuer-Vorauszahlungen* erhöht, welche im kommenden Jahr mit der fällig werdenden Vermögens- und Erwerbssteuer der Arbeitnehmer verrechnet werden.

Beträge in CHF Mio.

Passiven	**31.12.2006**	**31.12.2005**	**+/-**
Kurzfristige Verbindlichkeiten	121.6	107.6	14.0
Transitorische Passiven	0.0	0.0	0.0
Kurzfristige Finanzschulden	167.9	173.3	-5.4
Spezialfinanzierungen	1.9	1.8	0.1
Fremde Mittel	291.5	282.8	8.7
Stiftungen, Anstalten	66.0	71.1	-5.1
Reinvermögen	2 086.6	1 719.0	367.6
Total Passiven	**2 444.1**	**2 072.8**	**371.3**

Bei den **Verpflichtungen gegenüber Stiftungen und Anstalten** resultiert im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme von CHF 5.1 Mio., die sich einerseits aus dem Defizit der Arbeitslosenversicherungskasse von CHF 5.9 Mio. und andererseits aus dem Ertragsüberschuss von CHF 0.1 Mio. der Stiftung pro Liechtenstein und aus dem Ertragsüberschuss der Liechtenstein Bus Anstalt von CHF 0.7 Mio. zusammensetzt. Das Vermögen der Stiftungsrechnungen hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich verändert.

Das **Reinvermögen** hat sich im Berichtsjahr um den Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von CHF 367.6 Mio. erhöht und wird am Bilanzstichtag mit CHF 2 086.6 Mio. ausgewiesen.

4.3 Vermögensbewertung

Zur Beurteilung der Vermögenslage wird das Verhältnis zwischen dem Finanzvermögen und dem eingesetzten Fremdkapital herangezogen. Die Bestandteile des Verwaltungsvermögens werden nicht berücksichtigt, da sie an eine gewisse öffentlich-rechtliche Aufgabe gebunden und damit der freien Verfügbarkeit als Finanzierungsquelle entzogen sind. Gemäß dem Finanzleitbild bildet der Deckungsgrad der Verbindlichkeiten eine der fünf Kennzahlen für die Gewährleistung eines längerfristig gesunden Staatshaushalts.

Beträge in CHF Mio.

Faktoren	2003	2004	2005	2006	+/-
Finanzvermögen	1 433.9	1 430.4	1 485.1	1 846.9	361.8
Fremdkapital	256.0	267.2	282.8	291.5	8.7
Deckungsüberschuss	1 177.9	1 163.2	1 202.3	1 555.4	353.1
Deckungsgrad der Verbindlichkeiten in %	560	535	525	634	

Das Finanzvermögen beläuft sich auf CHF 1 846.9 Mio. Diesem stehen Schuldverpflichtungen an Dritte in der Höhe von CHF 291.5 Mio. gegenüber. Der Deckungsüberschuss beträgt somit CHF 1 555.4 Mio., was einem Deckungsgrad von 634 % entspricht und bedeutet, dass das Fremdkapital 6,34 mal gedeckt ist. Das Finanzleitbild fordert ein Deckungsverhältnis von 420 %. Aus Sicht der Vermögenslage kann der Finanzhaushalt als gesund betrachtet werden.

5. ERTRÄGE AUS DER VERMÖGENSBEWIRTSCHAFTUNG

5.1. Vorbemerkungen

Das Jahr 2006 kann in Bezug auf die Entwicklung der Finanzmärkte insgesamt als erfreulich bezeichnet werden. Insbesondere zeigten weltweit die Aktien einmal mehr eine gute Performance. Im Gegensatz dazu fielen die Erträge auf den Obligationenanlagen eher bescheiden aus. Der Wert der verschiedenen Währungen gegenüber dem Schweizer Franken veränderte sich uneinheitlich, indem vor allem die Anlagen in US-Dollar und Yen Währungsverluste brachten. Hingegen verzeichneten der Euro und das britische Pfund gegenüber dem Schweizer Franken einen leichten Aufwärtstrend.

Die Grundlage für ein weiteres ausgezeichnetes Aktienjahr bildeten ein im langfristigen Durchschnitt immer noch tiefes Zinsniveau sowie eine positive Entwicklung der Unternehmensgewinne. Zusätzlich unterstützt wurde die freundliche Entwicklung durch die bei den Unternehmen und Investoren bestehende hohe Liquidität, die kontinuierlich auch in die Aktienmärkte angelegt wurde. Die verschiedenen geopolitischen Störfaktoren belasteten die Stabilität der Aktienmärkte nur wenig. In diesem günstigen Umfeld legte der Index für Schweizer Aktien SPI rund 21 % zu und erreichte damit neue historische Höchststände. Auch an den ausländischen Aktienmärkten wurden Renditen von durchschnittlich 20 % erzielt (MSCI Welt Index). Der Einbruch des US-Dollars und des Yens im Verlaufe des Jahres 2006 belastete allerdings dieses erfreuliche Ergebnis, so dass in Schweizer Franken noch eine Rendite von rund 13 % resultierte.

Aufgrund des verhältnismässig starken Anstiegs der Kapitalmarktzinsen im ersten halben Jahr, standen die Anleihensmärkte stark unter Druck. So lagen die Zinssätze per Ende Juni in den Hauptmärkten Schweiz, Europa, USA und Japan wieder auf hohem Niveau. Im dritten Quartal bildete sich das Zinsgefüge infolge der nachlassenden Inflationsängste und konjunktureller Zweifel wieder leicht zurück. Insgesamt resultierten damit nur moderat höhere Kapitalmarktzinsen. Die kurzfristigen Zinsen sind über das ganze Jahr aufgrund der fortgesetzten Straffung der Geldpolitik durch die wichtigsten Notenbanken weiter gestiegen. Im US-Dollar lagen sie per Ende Jahr sogar höher als die langfristigen Zinsen, was eine inverse Zinsstruktur bedeutet. In diesem Marktumfeld konnte mit Schweizer-Franken-Obligationen nur eine bescheidene Rendite von rund 0.3 % gemäss Swiss Bond Index erzielt werden. Auf Fremdwährungsobligationen fiel die Rendite aufgrund der Währungsverluste mit -1.2 % gemäss Lehman Global Aggregate Index sogar leicht negativ aus.

5.2 Poolanlagen des Finanzvermögens

5.21 Anlagestrategie

Das im Jahre 2003 neu eingesetzte Anlagekonzept, welches auf einer auf Risikofähigkeit und Risikotoleranz des Finanzvermögens abgestützten Anlagestrategie mit klar definierten Benchmarks und Bandbreiten basiert, bildete auch im Berichtsjahr die Grundlage der Vermögensbewirtschaftung. Die Anlagestrategie 2006 wurde gegenüber den Vorjahren nur geringfügig angepasst.

5.22 Bewertung

Die Bewertung der Vermögensanlagen stützt sich auf die Verordnung vom 10. Oktober 2000 über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens und auf die Verordnung vom 5. Februar 2002 betreffend die Abänderung der Verordnung über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens, welche nach wie vor die Bewertung nach dem Niederstwertprinzip (Anschaffungswert bzw. tieferer Marktwert auf Einzelbewertungsebene) vorsehen.

5.23 Entwicklung der Poolanlagen nach dem Niederstwertprinzip

5.23.1 Buchwerte

Die Anlagewerte des staatlichen Reservevermögens haben sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2006	2005	2004
Bestand per 01.01.	1 028.6	1 029.7	1 039.7
Kapitaleinlage /-rückzug	335.0	-55.0	-50.0
Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden)	27.8	27.1	28.1
Realisierte Gewinne / Verluste	26.6	22.5	0.2
Gebühren, Kosten, Steuern	-5.2	-4.6	-4.2
Zu-/Abschreibungen auf Niederstwert	-9.1	8.9	16.0
Bestand per 31.12.	**1 403.7**	**1 028.6**	**1 029.7**

Unter der Berücksichtigung des Kapitalrückzugs zu Beginn des Berichtsjahres von CHF 53.0 Mio., der Kapitaleinlage am Ende des Berichtsjahres von CHF 388.0 Mio. und dem erwirtschafteten Nettogewinn von CHF 40.2 Mio. erhöht sich der Buchwert um CHF 375.1 Mio. auf CHF 1 403.7 Mio. Die Kapitalerträge liegen in etwa im Bereich der Vorjahre. Bei den realisierten Gewinnen und Verlusten konnte ein positiver Beitrag von CHF 26.6 Mio. erzielt werden. Die Gebühren, Kosten und Steuern haben sich aufgrund der angestiegenen Depotwerte leicht erhöht. Im Vergleich zu den letzten zwei Jahren mussten Abschreibungen auf den Niederstwert vorgenommen werden, welche auf die Zinsentwicklung und die damit zusammenhängenden Obligationenpreise zurückzuführen sind.

5.23.2 Erträge und Verluste aus Vermögensanlagen

Die buchmässigen Erträge bzw. Verluste aus der Verwaltung der Poolanlagen stellen sich im Dreijahresvergleich wie folgt dar:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2006	2005	2004
Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden)	27.8	27.1	28.1
Realisierte Gewinne / Verluste	26.6	22.5	0.2
Bruttoerträge	54.4	49.6	28.3
Nicht realisierte Kapitalerfolge	-9.1	8.9	16.0
Zwischentotal	45.3	58.5	44.3
Kosten, Gebühren, Steuern	-5.2	-4.6	-4.2
Zwischentotal	40.2	53.9	40.1
Schwankungsrückstellung	0	0	0
Nettogewinn /-verlust	**40.2**	**53.9**	**40.1**

Die Kapitalerträge haben gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.7 Mio. auf CHF 27.8 Mio. zugenommen. Der realisierte Erfolg von CHF 26.6 Mio. setzt sich aus den realisierten Gewinnen von CHF 47.3 Mio. und realisierten Verlusten von CHF 20.7 Mio. zusammen. Aufgrund der Zinsentwicklung mussten auf den Obligationenbeständen Wertberichtigungen vorgenommen werden, welche zu einer Wertverminderuung von insgesamt CHF 9.1 Mio. führten. Der Nettogewinn für das Berichtsjahr beläuft sich auf CHF 40.2 Mio.

5.23.3 Kosten der Vermögensverwaltung

Die Kosten der Vermögensverwaltung und für das Investmentcontrolling einschließlich Compliance und Consulting sowie für die Wertschriftenbuchhaltung zeigen den folgenden Verlauf:

Beträge in CHF

Positionen	2006	2005	2004
Transaktionskosten (Bankspesen, Courtage, Steuern und Abgaben)	2 285 119	1 623 083	1 653 667
Verwaltungsgebühren / Pauschalgebühren	2 402 415	2 459 818	2 046 737
Depotgebühren	-	-	-
Buchhaltung / Investmentcontrolling / Consulting	477 773	532 559	517 895
Total Kosten	**5 165 307**	**4 615 461**	**4 218 299**
durchschnittliches Kapital in Mio.	1 118.7	1 082.3	1 070.6
Aufwand in % vom durch. Kapital	0.46	0.42	0.39

Die Kosten für die Verwaltung der Poolanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.6 Mio. auf CHF 5.2 Mio. erhöht. Dieser Anstieg ist vornehmlich auf die höheren Transaktionskosten von CHF 0.7 Mio. zurückzuführen. Die Verwaltungs- und Pauschalgebühren blieben nahezu unverändert, obwohl eine Performancebeteiligung von netto CHF 0.1 Mio. ausbezahlt wurde. Die Kosten für die Wertschriftenbuchhaltung, das Investmentcontrolling und die Beratung haben sich gegenüber dem Vorjahr um 10 % vermindert.

5.24 Entwicklung der Poolanlagen nach dem Marktwertprinzip

5.24.1 Bewertung zu Marktwerten

Im Gegensatz zum Niederstwertprinzip, welches die Wertpapiere und Anlagen zum Anschaffungs- oder tieferen Marktwert ausweist, zeigt die Bewertung zum Marktwertprinzip die am Ende des Jahres für die einzelnen Anlagenkategorien geltenden Kurswerte. Die folgende Übersicht verdeutlicht die Entwicklung der Marktwerte:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2006	2005	2004
Marktwert per 01.01.	1 144.6	1 087.4	1 100.3
Kapitaleinlagen /-rückzug	335.0	-55.0	-50.0
Kapitalerträge	27.8	27.1	28.1
Kapitalgewinne / -verluste	31.4	89.7	13.2
Gebühren, Kosten, Steuern	-5.2	-4.6	-4.2
Marktwert per 31.12.	**1 533.7**	**1 144.6**	**1 087.4**

Unter der Berücksichtigung des Kapitalrückzugs zu Beginn des Berichtsjahres von CHF 53.0 Mio. und der Kapitaleinlage am Ende des Berichtsjahres von CHF 388.0 Mio. hat sich der Marktwert der Anlagen im Vergleich zum Vorjahr um CHF 389.1 Mio. auf CHF 1 533.7 Mio. erhöht. Die Kapitalerträge in Form von Zinsen und Dividenden liegen mit rund CHF 27.8 Mio. im Bereich der Vorjahre. Die Kosten belaufen sich auf CHF 5.2 Mio. und die Kapitalgewinne auf CHF 31.4 Mio. Die gesamte Wertsteigerung liegt mit CHF 54.0 Mio. weit unter derjenigen des Vorjahres von CHF 112.2 Mio.

5.24.2 Performance

Die Nettoperformance nach dem Marktwertprinzip beinhaltet die realisierten Erträge und aufgelaufenen Marchzinsen unter Berücksichtigung allfälliger Kursgewinne oder –verluste nach Abzug der Kosten für die Vermögensverwaltung. Im Dreijahresvergleich zeigt sich die folgende Entwicklung:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2006	2005	2004
Marktwert per 01.01. inkl. Marchzinsen	1 144.6	1 087.4	1 100.3
Kapitaleinlagen / -rückzug	335.0	-55.0	-50.0
Zwischentotal	1 479.6	1 032.4	1 050.3
Kapitalerträge	27.8	27.1	28.1
Kapitalgewinne / -verluste	31.4	89.7	13.2
Gebühren, Kosten, Steuern	-5.2	-4.6	-4.2
Marktwert per 31.12. inkl. Marchzinsen	1 533.7	1 144.6	1 087.4
Performance nach Kosten	**54.0**	**112.2**	**37.1**
Performance in %	**4.8**	**10.8**	**3.5**

Nach dem letztjährigen äusserst positiven Resultat von CHF 112.2 Mio. konnte im Berichtsjahr ein weiteres positives Resultat mit einem Wertzuwachs von CHF 54.0 Mio. erzielt werden. In Prozenten ausgedrückt wurde für das Finanzvermögen eine Nettoperformance von 4.8 % erwirtschaftet.

Das Finanzvermögen stellt sich im Dreijahres-Vergleich bezüglich der Depotstruktur und der Entwicklung der einzelnen Anlagekategorien wie folgt dar.
(siehe Tabelle unten)

Im Berichtsjahr gab es Kursgewinne bei den Aktien, jedoch Verluste sowohl auf den Obligationenanlagen als auch aus den Fremdwährungsanlagen, welche überwiegend auf die Entwicklung des US-Dollars zurückzuführen sind.

5.25 Vergleich zwischen Niederstwerten und Marktwerten

Im Vergleich zum angewandten Bewertungsmodell des Niederstwertes zeigen sich folgende Unterschiede gegenüber einer Bewertung der Anlagen zu Marktwerten:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2006	2005	2004
Marktwerte inkl. Marchzinsen	1 533.7	1 144.6	1 087.4
Anschaffungswerte inkl. Marchzinsen	1 403.7	1 028.6	1 029.7
Stille Reserven	**130.0**	**116.0**	**57.7**

Die Bewertungsreserven für das Berichtsjahr liegen bei CHF 130.0 Mio., was Stillen Reserven von 9.3 % gleichkommt.

5.26 Wertung des Ergebnisses

Das Börsenjahr 2006 war je nach Anlagekategorie sehr unterschiedlich. Zum einen entwickelten sich die Aktienmärkte in Lokalwährung überwiegend positiv. So legte beispielsweise der schweizerische Aktienmarkt um rund 21 % zu und die weltweiten Aktienmärkte machten einen Kurssprung von durchschnittlich 20 %. Dabei stieg der amerikanische Aktienmarkt um 13 % und der Japanische um 6 % an. Zum anderen entwickelten sich die Renditen

	2006			2005			2004		
Anlagekategorie	**Marktwert in CHF Mio.**	**Portfolio in %**	**Perf. in %**	**Marktwert in CHF Mio.**	**Portfolio in %**	**Perf. in %**	**Marktwert in CHF Mio.**	**Portfolio in %**	**Perf. in %**
Obligationen CHF	1 053.6	68.7	0.3	697.4	60.9	1.8	706.5	65.0	2.8
Obligationen FW	-0.3	-0.0	-1.7	52.8	4.6	6.6	59.0	5.4	3.1
Aktien CH / FL	144.7	9.4	20.0	113.2	9.9	33.9	106.9	9.8	4.9
Aktien Ausland	286.9	18.7	11.6	234.8	20.5	27.8	194.1	17.9	5.4
Alternative Anlagen	48.7	3.1	9.1	46.4	4.1	11.7	20.9	1.9	4.4
Gesamttotal	**1 533.7**	**100.0**	**4.8**	**1 144.6**	**100.0**	**10.8**	**1 087.4**	**100.0**	**3.5**

der Obligationenanlagen mit 0.3 % in Schweizer Franken, 0.2 % in Euro und 1.3 % im globalen Bereich eher schleppend. Erschwerend kam die negative Entwicklung des US-Dollar mit -7.4 % hinzu.

Das Gesamtresultat von +4.8 % für das konsolidierte Vermögen kann aufgrund der konservativen Anlagestrategie bzw. der konservativen Gewichtungen von rund 30 % Aktien und 25 % Fremdwährungen als gut bewertet werden. Die festgelegte Anlagestrategie bzw. der definierte Benchmark hätte ein Gesamtergebnis von +4.7 % ergeben. Trotz der zusätzlichen Belastung von fiskalischen Abgaben und Verwaltungskosten konnte eine Outperformance von 0.1 % für die Poolanlagen des Finanzvermögens erzielt werden.

5.27 Ausblick

Die Schweizer Franken und Euro-Obligationen haben sich im Jahre 2006 gehalten. Die US-Dollar-Obligationenrenditen sind anfangs des Jahres deutlich gestiegen und im zweiten Halbjahr jedoch wieder gefallen. Dies vor allem aufgrund des rückläufigen US-Wirtschaftswachstums. Die amerikanische Notenbank nimmt eine abwartende Haltung ein, weshalb in den nächsten Monaten keine Zinserhöhungen zu erwarten sind. Aufgrund dieser Situation kann für das Jahr 2007 mit stabilen Obligationenrenditen gerechnet werden. Einzig ein steigender Erdölpreis könnte störend wirken, da dieser eine höhere Inflation begünstigen und die Notenbanken zu Zinserhöhungen zwingen würde. Für die Schweizer-Franken-Obligationenpreise könnte sich zusätzlich ein weiterhin schwacher Schweizer Franken negativ auswirken, da dies die Importe verteuern und dementsprechend die Inflation in der Schweiz anheizen würde. Die schweizerische Notenbank könnte darauf mit Zinserhöhungen reagieren.

Die Aktienmärkte konnten auch im Jahre 2006 gute Ergebnisse liefern. Stabile Obligationenmärkte sowie ein gutes wirtschaftliches Umfeld in Europa und in den asiatischen Ländern haben dazu beigetragen. Aufgrund der deutlich höheren Aktienmärkte sollte man für das Jahr 2007 eher vorsichtig gestimmt sein und mit gleichbleibenden bis moderat steigenden Aktienmärkte rechnen.

5.3 Sonstige Erträge aus dem Finanzvermögen

Neben den extern verwalteten Vermögensanlagen fliessen dem Land aus der kurzfristigen Anlage von Liquiden Mitteln, aus der Haltung freier Beteiligungsrechte und aus der Verzinsung von Guthaben zusätzliche Erträge zu, welche ebenfalls als Finanzierungsmittel eingesetzt werden können. Sie werden durch ausserordentliche, nicht jährlich wiederkehrende Buchgewinne aus dem Verkauf von Bestandteilen des Finanzvermögens ergänzt. Im Dreijahresvergleich stellen sich die Nettoerträge wie folgt dar:

Beträge in CHF

Positionen	2006	2005	2004
Zinserträge aus Bank- und sonstigen Guthaben	6 291 366	1 860 315	1 823 705
Dividende Liecht. Landesbank AG (freier Anteil)	-	2 721 600	11 598 400
Dividende Liecht. Post AG (freier Anteil)	-	230 400	122 500
Bruttoerträge	6 291 366	4 812 315	13 544 605
Fremdkapitalzinsen	-4 746	-3 457	-5 270
Nettoerträge	**6 286 620**	**4 808 858**	**13 539 335**

Der aus dem Verkauf der Aktien der Liecht. Landesbank AG vereinnahmte Erlös von CHF 387.4 Mio. wurde bis zum Ende des Berichtsjahres im Geldmarkt angelegt, weshalb die Zinserträge gegenüber dem Vorjahr wesentlich anstiegen sind. Bei den Dividenden der Liecht. Landesbank AG und der Liecht. Post AG wurde eine Praxisänderung vorgenommen, indem neu die Erträge in demjenigen Rechnungsjahr erfolgswirksam verbucht werden, in welchem die Dividenden effektiv ausgeschüttet werden. Bisher wurden die Dividendenerträge am Ende des Rechnungsjahres abgegrenzt.

5.4 Erträge aus dem Verwaltungsvermögen

Aus den Bestandteilen, welche dem gebundenen Verwaltungsvermögen zugeordnet sind, resultieren Einkünfte aus Dividenden, Gewinnanteilen, Kapital-, Miet- und Pachtzinsen. Der Hauptanteil dieser Einnahmen stammte bisher aus den Dividendenausschüttungen der Liecht. Landesbank AG, an welcher das Land aufgrund gesetzlicher Vorschrift einen Pflichtanteil von 51 % des gesamten Aktienkapitals zu halten hat. Neu werden die Dividendenerträge in demjenigen Rechnungsjahr erfolgswirksam verbucht, in welchem die Dividenden effektiv ausgeschüttet werden. Diese Praxisänderung gilt auch für die Ausschüttungen der Liecht. Post AG. Im Dreijahresvergleich weisen diese Vermögenserträge folgende Entwicklung auf:

Beträge in CHF

Positionen	2006	2005	2004
Dividende			
Liecht. Landesbank AG	-	46 838 400	36 801 600
Dividende Liecht. Post AG	-	489 600	127 500
Verkauf Aktien			
Liecht. Landesbank AG	365 866 376		
Verkauf Aktien			
Liecht. Post AG	-	3 346 550	
Verzinsung Grundkapital			
Liecht. Kraftwerke	660 000	660 000	660 000
Abgeltung Staatsgarantie			
Liecht. Landesbank AG	163 415		
Gewinnausschüttungen Intelsat	-	-	1 950
Verkauf Aktien Intelsat	-	2 007 854	434 128
Bodenverkäufe (Buchgewinne)	901	1 250 955	-
Verkauf Landeswerkhof Vaduz	-	8 449 530	
Verkauf Liegenschaft			
Rietacker Schaan	-	5 399 999	-
Miet- und Pachtzinsen	3 382 605	3 088 183	3 246 998
Total Erträge	**370 073 297**	**71 531 071**	**41 272 176**

Der aus dem Verkauf der Aktien der Liecht. Landesbank AG vereinnahmte Erlös von CHF 387.4 Mio. brachte nach Abzug des Buchwertes von CHF 21.5 Mio. einen Ertrag von CHF 365.9 Mio. Desweiteren wurde erstmals eine Abgeltung der Liecht. Landesbank AG für die Gewährung der Staatsgarantie für Sparguthaben und Kassaobligationen der LLB vereinnahmt. Aus den Beteiligungen des Landes an den Kapitalien der Liecht. Gasversorgung und der LTN Liechtenstein TeleNet AG waren bisher keine Gewinnausschüttungen zu verzeichnen. Der Hauptanteil der Mietzinsen resultiert aus der Vermietung der Post- und Telefongebäude an die Liecht. Post AG bzw. die LTN Liechtenstein TeleNet AG. Die folgende Übersicht zeigt die Aufteilung des Aktienkapitals der Liecht. Landesbank AG in Pflichtanteil und freier Anteil des Landes per 31. Dezember 2006:

Beträge in CHF

Positionen	2006	2005	2004
Aktienkapital Liecht. Landesbank	164 000 000	164 000 000	164 000 000
Anzahl ausgegebener Aktien	3 280 000	3 280 000	3 280 000
Nominalwert je Aktie	50	50	50
Anzahl Aktien Land	1 770 000	2 200 000	2 200 000
Nominalwert Landesbesitz total	88 500 000	110 000 000	110 000 000
Dividendenausschüttung in %	56	56	44
51 % - Pflichtanteil des Landes:			
– Gebundener Anteil nominal	83 640 000	83 640 000	83 640 000
– in % vom gesamten Aktienkapital	51.0	51.0	51.0
Freier Anteil des Landes (Finanzvermögen):			
– Freier Anteil nominal	4 860 000	26 360 000	26 360 000
– in % vom gesamten Aktienkapital	3.0	16.1	16.1
Marktwert freier Anteil:			
– Börsenkurs per 31.12.	1 055	795	615
– Anzahl Aktien	97 200	527 200	527 200
– Marktwert total	102 546 000	419 124 000	324 228 000
– Buchwert freier Anteil	4 860 000	26 360 000	26 360 000
– Stille Reserven auf Marktwert	97 686 000	392 764 000	297 868 000

Regierung
des Fürstentums Liechtenstein

Regierungskanzlei
Städtle 49
9490 Vaduz
Fürstentum Liechtenstein
T +423 236 60 30
F +423 236 65 97
info@rk.llv.li

www.rk.llv.li
© Vaduz 2007